

Lasst uns ohne nachricht nit.  
Botenwesen und Informationsbeschaffung unter der Regierung des Markgrafen  
Albrecht Achilles von Brandenburg

Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades  
der Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität  
München

vorgelegt von

Robert Walser

aus

München

Referent: Prof. Dr. Wolfgang Giese

Korreferentin: Prof. Dr. Claudia Märkl

Tag der mündlichen Prüfung: 27.07.2004

*Angela und Franziska*

*gewidmet*

## ***Lasst uns ohne nachricht nit***

*Botenwesen und Informationsbeschaffung unter der Regierung des Markgrafen Albrecht Achilles von Brandenburg.*

### **Gliederung**

#### **Vorwort und Danksagung**

<b>Kapitel 1: Einführungen</b> .....	2
1.1 Einleitende Bemerkungen zur Forschungslage .....	2
1.2 Probleme der Begrifflichkeit .....	5
1.3 Grundzüge des Botenwesens im Mittelalter .....	6
1.3.1 Früh- und Hochmittelalter .....	6
1.3.2 Spätmittelalter .....	24
1.3.2.1 Städtische Botenanstalten .....	25
1.3.2.2 Kaufmännische Botenorganisationen .....	29
1.3.2.3 Fürstliche Botenanstalten .....	31
1.4 Fürstliche Briefe .....	39
1.5 Markgraf Albrecht Achilles – biographischer Abriss .....	41
1.6 Die äußere Form der Briefe Albrechts .....	49
1.7 Fragestellungen der Arbeit .....	53
<b>Kapitel 2: Botenorganisation</b> .....	58
2.1 Organisation am Hof .....	60
2.1.1 Die Hofordnung .....	60
2.1.2 Boten in der Hofordnung .....	64
2.1.3 Botenpferde am Hof .....	68
2.1.4 Organisation bei der Abreise .....	69
2.1.5 Weitere Informationen zur Organisation – Botenmeister und Botenreserve ...	79
2.1.6 Fazit .....	81
2.2 Organisation auf der Strecke .....	82
2.2.1 Das Finden der Route – Landkarten, Entfernungstabellen, sonstige Hilfsmittel und persönliche Kenntnisse .....	82

2.2.2	Reitende und laufende Boten .....	88
2.2.3	Pausen, Ruhetage und nächtliche Reisen .....	91
2.2.4	Gefahren für die Boten und Verzögerungen .....	99
2.2.5	Ansbach als Nachrichtenzentrum .....	105
2.2.6	Die Plassenburg als Nachrichtenzentrum .....	115
2.2.7	Cöln als Verteilstation .....	121
2.2.8	Identifikation durch Siegel, Botenbüchse und Schild der Boten .....	123
2.2.9	Fazit .....	128
2.3 Reisegeschwindigkeit .....		129
2.3.1	Arbeitsschritte bei der Ermittlung der Reisegeschwindigkeit von Boten .....	130
2.3.2	Die Meile – das Maß der Entfernung .....	132
2.3.3	Botenreisen zwischen Franken und Brandenburg .....	134
2.3.4	Regionale Botenreisen innerhalb der fränkischen Fürstentümer und dem Kurfürstentum Brandenburg .....	143
2.3.5	Botenreisen im Reich .....	148
2.3.6	„Internationale“ Botenreisen .....	159
2.3.7	Fazit .....	164
2.4 Die Arbeit der Boten .....		165
2.4.1	Reguläre Boten – hauptamtliche Eilboten und andere reguläre Kuriere .....	165
2.4.2	Boten aus gehobenem Stand .....	190
2.4.3	Gelegenheitsboten aus dem Umfeld Albrechts .....	199
2.4.4	Boten fremder Herren .....	203
2.4.5	Andere Boten – Betroffene als Boten in eigener Sache, geschworene Boten ....	213
2.4.6	Fazit .....	217
2.5 Bezahlung der Boten .....		218
2.5.1	Ausweisung von Botenlohn im Haushalt und Bezahlung der Boten .....	218
2.5.2	Berechnung der Kosten einer Botenreise .....	225
2.5.3	Fazit .....	227
<b>Kapitel 3: Der Inhalt der Nachrichten</b> .....		228
3.1	Generelle Informationsschreiben .....	228
3.2	Informationen von Reichstagen, zur Reichspolitik und Königswahl .....	243
3.3	Die Konsolidierung der Herrschaft in Brandenburg – Innerer Widerstand und Auseinandersetzung mit Pommern .....	282
3.4	Die Beziehungen zu den nord- und mitteldeutschen Nachbarn .....	314
3.5	Die Beziehungen zum Königreich Böhmen und das Glogauer Erbe .....	328

3.6 Territorialpolitik in Franken .....	371
3.7 Die Pfaffensteuer .....	393
3.8 „Lasst uns ohne nachricht nit“ – Die Suche nach Informationen .....	409
3.8.1 Informationssuche zu den Verhältnissen in den Reichen der Krone Böhmens ...	409
3.8.2 Die politische Situation in Brandenburg .....	416
3.8.3 Informationsbitten über die Lage in Franken .....	422
3.8.4 Informationsbitten die Reichspolitik betreffend .....	427
<b>Kapitel 4: Mündlichkeit und Schriftlichkeit .....</b>	<b>431</b>
4.1 Ausschließlich mündliche Nachrichten .....	433
4.2 Zusammenwirken von schriftlichen und mündlichen Nachrichten .....	436
4.3 Sammeln von mündlichen Nachrichten und deren schriftliche Weiterleitung .....	448
4.4 Schriftliche Fixierung mündlicher Nachrichten .....	450
4.5 Wahl des Mündlichen aus bestimmten Gründen .....	458
4.6 Fazit .....	467
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>469</b>
<b>Benutzte Archivalien und Archivlage .....</b>	<b>474</b>
<b>Gedruckte Quellen .....</b>	<b>478</b>
<b>Sekundärliteratur .....</b>	<b>483</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>516</b>

## Vorwort und Danksagung

Die Arbeit, die als Dissertation an der Ludwig-Maximilians-Universität angenommen wurde, ist das Ergebnis einer dreijährigen Forschung über die Informationsbeschaffung und die Botenorganisation des Kurfürsten Albrecht Achilles von Brandenburg.

Besonders möchte ich mich bei meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Wolfgang Giese, bedanken, der mein Dissertationsthema nicht nur annahm und mir dadurch formell die Möglichkeit für die Promotion gab, sondern der sich auch dem Thema gegenüber sehr aufgeschlossen zeigte und die Arbeit die gesamte Zeit über mit lebhaftem fachlichen Interesse und kundigen Ratschlägen begleitete. Durch die Aufnahme in sein Oberseminar ermöglichte er mir auch, in vielen Sitzungen das Thema Nachrichtenverkehr und Boten mit sachkundigen Kommilitonen zu diskutieren.

Frau Professor Dr. Claudia Märkl, die dankenswerterweise die Zweitkorrektur der Arbeit übernommen hat, ließ mir eine Reihe von wertvollen Hinweisen zukommen, die es mir erleichterten, die Arbeit in den größeren historischen Zusammenhang des späteren Mittelalters einzubinden. Für fruchtbare Fachgespräche möchte ich ihr besonders danken.

Fruchtbare, kritische und auch sehr anregende wissenschaftliche Dialoge im Oberseminar Giese brachten oft großen Erkenntnisgewinn, ließen manchen Irrweg früh erkennen und neue Wege gangbar erscheinen. Manches in den Bibliotheken schlummernde Werk fand durch den Rat der Kommilitonen den Weg zu mir. Dafür schulde ich Doris Bampi-Hautmann, Ulf Koppitz, Dieter Baumgarten, Stefan Hackenspiel und nicht zuletzt Maximilian Büttermann großen Dank. Letzterer kämpfte sich beim Korrekturlesen auch Bote um Bote durch die Seiten und reduzierte durch seine unermüdliche Arbeit die Zahl der Tippfehler erheblich. Außerdem gab er eine Vielzahl von zusätzlichen fachlichen Anregungen. Ebenso danke ich meinem guten Freund Hans Piontek für sein geduldiges, effektives und zügiges Gegenlesen. Dr. Frank Legls Kritik ist es geschuldet, dass der sprachliche Stil der Arbeit deutlich gewonnen hat und damit das Lesen – so hoffe ich – leichter fällt.

Sollte sich dennoch ein Fehler eingeschlichen haben, bitte ich, dies mir anzulasten und nicht den Helfern.

Ein ganz besonderer Dank gilt Peter T. Schmidt, ohne dessen fachkundigen Rat in Computerfragen und dessen von großem fachlichen Können geprägten Einsatz sich die technische Gestaltung der Arbeit als sehr viel schwieriger erwiesen hätte.

Den Archivaren in den bayerischen Staatsarchiven Nürnberg, Bamberg und Würzburg sowie dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin ist es zu danken, dass die Archivalien trotz mancher Umorganisation der Archive über die Jahrhunderte nicht spurlos in den Ablagen verschwanden, sondern auffindbar blieben und mir zugänglich gemacht werden konnten. Besonders danke ich Herrn Dr. Rechter (Nürnberg), Herrn Dr. Pörnbacher (Bamberg) und Frau Dr. Heeg-Engelhart (Würzburg), die mich auch für die Nöte des modernen Archivars sensibilisierten, es beiden Recht machen zu müssen, dem Historiker und dem Sammelauftrag des Archivs. Den Mitarbeitern der Bayerischen Staatsbibliothek und ihren Kollegen in der Bibliothek des Deutschen Museums in München, die mich viele Stunden in ihren jeweiligen Räumen beherbergten und mir die nötigen Bücher beschafften, sei an dieser Stelle auch herzlich gedankt.

Der allertiefste Dank gebührt allerdings meiner Frau Angela, die mich nicht nur mehr als drei Jahre mit Albrecht Achilles teilte, sondern die meine Arbeit ebenfalls gegenlas, mir aber vor allem bei familiären Sorgen den Rücken frei- und unser Töchterchen meist von Störaktivitäten abhielt, so dass die Arbeit gedeihen konnte und zu einem guten Abschluss kam.

## 1. Einführungen

### 1.1 Einleitende Bemerkungen zur Forschungslage

„Wenn du dich selbst und deinen Feind kennst, wirst du in hundert Schlachten nie Angst vor dem Ausgang haben“, fasste der chinesische Kriegsmann Sun Tzu vor rund 2500 Jahren <sup>(1)</sup> die Wichtigkeit von Informationen in einem Satz zusammen. Dies gilt sicher nicht nur für den Krieg, sondern für die gesamte Spannweite der politischen Auseinandersetzung. Vernünftige und zielgerichtete Handlungen sind nur möglich, wenn ausreichend Informationen über eine bestimmte Situation oder Entwicklung zur Verfügung stehen.

Seit Beginn der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts ist man sich der Bedeutung der Kommunikation auch in der Geschichtswissenschaft wieder sehr bewusst. Die kommunikationsgeschichtliche Forschung erlebte einen deutlichen Aufschwung, während es zuvor auf diesem Gebiet sehr ruhig gewesen war. Sicherlich war der äußere Anlass dafür die 500-Jahr-Feier der Post in Deutschland, bei der man die 90er Jahre des 15. Jahrhunderts mit dem Start des Botenwesens der Thurn und Taxis als Beginn der deutschen Postgeschichte definierte. <sup>(2)</sup> Neben diesem Jubiläum kann man aber sicherlich auch die zunehmende Bedeutung der Kommunikation für unser alltägliches Leben als einen Beweggrund dafür ansehen, sich der Forschung über verschiedene Bereiche der Kommunikation auch in anderen Epochen zu widmen.

Noch ist aber die Meinung verbreitet, dass der als gering eingeschätzte Kommunikationsgrad bis zum Ende des 15. Jahrhunderts einen der konstituierenden Unterschiede zwischen Mittelalter und Neuzeit ausmacht. Diese Annahme, die auf Theorien von Jürgen Habermas und auf Untersuchungen von Otto Brunner beruht <sup>(3)</sup>, verführte lange zu der Ansicht, dass das Mittelalter als statische Gesellschaft kaum Nachrichtenaustausch betrieb und die Kommunikation folglich einen geringen Stellenwert hatte. <sup>(4)</sup>

Einer großen Zahl von Publikationen, die seit 1990 erschienen sind, gelingt es allerdings langsam, diese Einschätzung zu korrigieren. <sup>(5)</sup> Dabei geht die Forschung von einem sehr

---

<sup>1</sup> Sun Tzu gilt als der große Theoretiker der Kriegs- und Kampfkunst Chinas. Auch Meister Sun genannt, lebte er im 6. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung und steht in historischem Zusammenhang unter anderem mit Konfuzius. Seine Schriften sind heute vor allem unter japanischen und US-amerikanischen Geschäftsleuten populär, die sich eine größere Durchsetzungskraft erhoffen, wenn sie sich seiner Methoden und Ratschläge – transferiert auf unsere Zeit – bedienen.

<sup>2</sup> Aus einer Vielzahl erschienener Werke sei die zusammenfassende Darstellung von W. Behringer; Thurn und Taxis. Geschichte ihrer Post und ihrer Unternehmen; München, 1989, erwähnt. Ein ausführlicher Literaturbericht findet sich im Ausstellungskatalog 500 Jahre Thurn und Taxis; Regensburg, 1990.

Mit den Themen Boten aus der Sicht der Städte und der Kaufleute als Teil der Entwicklung von Institutionen sowie mit dem Aufkommen von Briefen in deutscher Sprache als Träger der Kultur hatte man sich schon im 19. Jahrhundert auseinandergesetzt. Viele neuere Arbeiten stützen sich bei der Wiedergabe von Fakten auf diese ältere Forschung. Neuere Quellenstudien sind eher selten. Entsprechende Werke werden aber an geeigneter Stelle vorgestellt.

<sup>3</sup> Jürgen Habermas; Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft; Neuwied, Berlin, 1962; Otto Brunner; Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter; Darmstadt, 6. Aufl., 1970.

<sup>4</sup> Prägnant zusammengefasst ist die Problematik der Sichtweise bei Hedwig Röckelein; Kommunikation – Chancen und Grenzen eines mediävistischen Forschungszweiges; In: Das Mittelalter 6, 2001, S. 5 – 13.

<sup>5</sup> Die wichtigsten Arbeiten sind bei Röckelein, a.a.O., S. 5 f. genannt und müssen hier nicht noch einmal aufgelistet werden. Zusätzlich lohnt sich ein Blick in die Arbeiten von Horst Wenzel: Zentralität und Regionalität. Zur Vernetzung mittelalterlicher Kommunikationszentren in Raum und Zeit; In: Schöne, Albrecht (hrsg.) Kontroversen, alte und neu; Band 7; Tübingen, 1986; S. 14 – 26, Ders. Gespräche-Boten-Briefe. Körpergedächtnis und Schriftgedächtnis im Mittelalter; Berlin, 1997 und Ders. Hören und Sehen, Schrift und Bild. Kultur und Gedächtnis im Mittelalter; München, 1995.

weiten Kommunikationsbegriff aus. *„Im gegenwärtigen wissenschaftlichen Gebrauch wird ‚Kommunikation‘ weit gefasst als ein Begriff, der alle Formen wechselseitiger Mitteilung zwischen Menschen sowie zwischen Menschen und transzendenten Phänomenen in Handlungen, Gesten, Worten, Texten, Bildern, Zeichen einschließt.“* <sup>(1)</sup> Drei Themenblöcke sind in dieser Definition zu erkennen: die Medien und die Wahrnehmung der Kommunikation, das Zusammenwirken von verbaler und nonverbaler, symbolischer Kommunikation und schließlich die soziale Reichweite der Kommunikation.

Einen etwas einseitigen Schwerpunkt scheint mir die Forschung zur Zeit auf die nonverbale, symbolische Kommunikation zu legen. Gerd Althoff, dem das Verdienst zukommt, die Bedeutung des Austauschs von Information für die mittelalterliche Geschichte mit als erster erkannt zu haben, wies mit seinen Arbeiten den Weg. Seinem Vorbild folgten eine Reihe von Wissenschaftlern nach, die sich in ihren Arbeiten auf Althoffs Ansatz beziehen. <sup>(2)</sup>

Das neueste Werk in dieser Richtung ist der von Karl-Heinz Spieß herausgegebene und 2003 erschienene Sammelband mit dem Titel *Medien der Kommunikation im Mittelalter*. Er vereinigt elf Aufsätze, die sich sowohl mit konzeptionellen und theoretischen Fragen der Kommunikation beschäftigen, als auch mit den realen Trägern der Kommunikation. <sup>(3)</sup> Neben drei Aufsätzen über die theoretischen Grundlagen der Kommunikation enthält der Band einen Beitrag von Hedwig Röckelein, der sich mit der nonverbalen Kommunikation am Beispiel des Transfers von Heiligen im Frühmittelalter befasst. Ludwig Biewer untersucht die nonverbale Kommunikation mittels Wappen und Klaus Krüger analysiert Bilder als Medien der Kommunikation, während sich Robert Fajen um die Literatur und die Malerei als Medien adeliger Familienpolitik kümmert. Der Aufsatz von Nikolaus Henkel schließlich untersucht die medialen Wirkungsstrategien des mittelalterlichen Dramas. <sup>(4)</sup>

Ohne die Bedeutung der symbolischen und nonverbalen Form der Kommunikation negieren zu wollen, muss man sich dennoch immer ins Gedächtnis rufen, dass die konkrete, bewusste und zielgerichtete Kommunikation, die Nachrichtenübermittlung mittels Boten, Briefen und Gesandten, ebenfalls von großer Bedeutung für das Zusammenwirken der politischen Akteure war. Die Übermittlung von schriftlichen Nachrichten steht dabei im Zusammenhang mit dem verstärkten Aufkommen von „pragmatischer Schriftlichkeit“, deren Besonderheit Hagen Keller wie folgt definiert: *„Als pragmatisch verstehen wir dabei alle Formen des Gebrauchs von Schrift und Texten, die unmittelbar zweckhaftem Handeln dienen oder die menschliches Tun durch die Bereitstellung von Wissen anleiten wollen.“* <sup>(5)</sup>

Zwei Forschungsansätze bei der Untersuchung der pragmatischen Kommunikation im Mittelalter sind zu beobachten. Aus der Sicht der modernen Kommunikationswissenschaft stehen Modellstrukturen im Vordergrund. Man versucht zu zeigen, wie Kommunikation in

<sup>1</sup> Röckelein, a.a.O. S. 7 f.

<sup>2</sup> Dargelegt ist der Forschungsansatz in Althoffs programmatischem Aufsatz: Zur Bedeutung symbolischer Kommunikation für das Verständnis des Mittelalters; In: *Frühmittelalterliche Studien*; Band 31; 1997; S. 370 – 389. Aus der großen Zahl von Arbeiten zur symbolischen Kommunikation seien hier für das Hochmittelalter Knut Görich; *Die Ehre Friedrich Barbarossas. Kommunikation, Konflikt und politisches Handeln im 12. Jahrhundert*, Darmstadt, 2001, genannt. Die Dissertation von Tobias Fischer mit dem Arbeitstitel *Verbindliches Verhalten. Fürstliche Interaktion am Beispiel des Markgrafen Albrecht Achilles*, die an der Universität Greifswald bei Professor Spieß im Entstehen begriffen ist, befasst sich mit dem Aufbau eines Beziehungsgeflechtes um Kurfürst Albrecht Achilles, bei der die Untersuchung der symbolischen Kommunikation im Mittelpunkt steht. Eine Reihe von weiteren Arbeiten sind bei Röckelein, a.a.O., S. 5, Anm. 4, aufgelistet.

<sup>3</sup> Karl-Heinz Spieß (Hrsg.) *Medien der Kommunikation im Mittelalter*; (=Beiträge zur Kommunikationsforschung, Band 15) Stuttgart, 2003.

<sup>4</sup> Siehe alle Aufsätze bei Spieß, a.a.O. Der zehnte Beitrag – Nummer elf behandelt ein neuzeitliches Thema – ist eine Analyse von Jürgen Herold über Zweck, Form und Funktion mittelalterlicher Briefe, der unten noch ausführlicher gewürdigt wird.

<sup>5</sup> Hagen Keller in seinem einführenden Artikel zu einem Kolloquium in Münster mit dem Titel: *Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter. Erscheinungsformen und Entwicklungsstufen*; In: Ders./Klaus Grubmüller/Nikolaus Staubach. (Hrsg.) München, 1992, S. 1.

unterschiedlichen Epochen ablief. <sup>(1)</sup> Dieser Ansatz scheint mir wenig brauchbar für historische Studien, in denen die konkrete Situation in einer konkreten Epoche dargestellt werden soll. Er liefert jedoch Hintergrundwissen über die Vergleichbarkeit oder eben die mangelnde Vergleichbarkeit der Lebensrealitäten in unterschiedlichen Epochen, und so soll ihm die Existenzberechtigung keineswegs abgesprochen werden. Dennoch: Die Realien der Information, die Arbeit der Boten und der Nachrichteninhalte der Briefe, die die vorliegende Arbeit für einen Fürsten des Spätmittelalters untersuchen will, scheinen mir aus der Sicht der historischen Forschung als der bessere Weg, um die konkrete politische, soziale und wirtschaftliche Situation einer Epoche darzustellen. <sup>(2)</sup>

Arbeiten über gezieltes Informieren oder gar über das bewusste Sammeln von Informationen im Mittelalter sind bisher selten. Hinzuweisen ist meiner Kenntnis nach nur auf eine Arbeit von Colin Richmond aus dem Jahr 1988. <sup>(3)</sup> Richmond beschreibt darin Maßnahmen der englischen Regierungsgewalt, mit deren Hilfe man sich Informationen über das Verhalten und die Ansichten der Untertanen beschaffen wollte. Ziel war es besonders, über die finanzielle Leistungsfähigkeit und mögliche aufrührerische Ideen und Praktiken Bescheid zu wissen. Rundbriefe an die Sheriffs und andere lokale Behörden mit der Bitte um Informationen konnten zusammengetragen werden. Auch private Briefe enthielten die Bitte um Informationen und die Quellen verzeichnen ebenfalls einige Amtsträger und Privatpersonen, die sich als Informanten für König oder Parlament besonders auszeichneten.

Gerade in jüngster Zeit brachten zwei Publikationen die Forschung über Botenwesen und die Information der politisch Handelnden deutlich voran. Die Dissertation von Harm von Seggern über das Botenwesen am Hof Herzog Karls des Kühnen und der Sammelband zu

---

<sup>1</sup> Als Beispiele für Arbeiten, die diesen Forschungsansatz vertreten, sei auf die beiden von Werner Faulstich verfassten Bände zur Geschichte der Medien verwiesen, die sich mit dem Mittelalter befassen. Der zweite Band der Reihe, Werner Faulstich, Medien und Öffentlichkeiten im Mittelalter. (800 – 1400); Göttingen, 1996, behandelt die Zeit des Hoch- und Spätmittelalters sehr kursorisch. Oft werden Vorgänge und Regionen miteinander verglichen, die eine eigenständige Würdigung verdient hätten. Faulstich kommt zu dem Schluss, dass Briefe bis zum Ende des Hochmittelalters nur systemintern unterwegs gewesen seien. Für die Ritter habe der Knappe die Schreiben überbracht, für den Abt sei ein Mönch unterwegs gewesen. (S. 253) Auch sonst fasst er den Forschungsstand wohl zutreffend zusammen. Der dritte Band der Reihe umfasst unter anderem die Zeit des 15. Jahrhunderts. Faulstich wählt hier einen sehr weit gespannten Medienbegriff, nämlich alle Äußerungsformen des Menschen, von der bloßen Existenz eines Menschen als Kommunikationsträger, über mündliche und bildliche Darstellung, bis hin zu den vielen Formen der schriftlichen Kommunikation. Die Post und der institutionalisierte Botendienst der Städte und der Kaufleute sind für Faulstich ein Beitrag zur frühmodernen, von ihm schon als kapitalistisch bezeichneten Wirtschaftsordnung. War die vorher praktizierte Form des Informationsaustausches fast ein Zufallsprodukt, so wurde die schriftliche Kommunikation nun zielgerichtet eingesetzt, um den Wirtschaftsverkehr zu unterstützen. Werner Faulstich, Medien zwischen Herrschaft und Revolution. Die Medienkultur der frühen Neuzeit (1400 – 1700); Göttingen, 1998. Die folgende Arbeit soll zeigen, dass es auch außerhalb der wirtschaftlich ausgerichteten Kommunikation durchaus zielgerichtete Informationsübertragung gab.

<sup>2</sup> Jürgen Herold, der in Greifswald an einer Dissertation zum Briefverkehr zwischen den Gonzaga aus Mantua und deren deutschen und skandinavischen Verwandten arbeitet, kümmert sich in dem schon erwähnten Aufsatz Empfangsorientierung als Strukturprinzip: Zum Verhältnis von Zweck, Form und Funktion mittelalterlicher Briefe, In: Spieß, a.a.O., S. 265 ff. um die Frage der Wirksamkeit von Informationen. Er untersucht dabei Briefe formal, um ein wichtiges Strukturprinzip mittelalterlicher Briefe greifbar zu machen: die personale Empfangsorientierung. Mittelalterliche Briefe, so seine Erkenntnis, sind so verfasst, dass sie zum einen die Formen der unmittelbaren Begegnung abbilden. Sie beinhalten deshalb immer wiederkehrende Teile, eine Disposition oder ein Formular, und die Sprechformeln stimmen teilweise sogar wörtlich überein. Zum zweiten sollen Text und Form des Briefes beim Adressaten eine Haltung hervorrufen, die dem Anliegen des Absenders förderlich sind. Das geschieht dadurch, dass ein Interpretationsrahmen geschaffen wird, der die eigentliche Mitteilung einbettet. Diese „*captatio benevolentiae*“ aus der mittelalterlichen Brieftheorie wurde in der Praxis umgesetzt, so seine These.

<sup>3</sup> Colin Richmond; Hand and Mouth. Information gathering and use in England in the later middle ages: In: Journal of Historical Sociology; Band 1, Nummer 3, 1988; S. 233 – 252.

Gesandtschafts- und Botenwesen im spätmittelalterlichen Europa sind hier zu nennen. <sup>(1)</sup> Beide Werke werden an geeigneter Stelle ausführlich besprochen und ihre Ergebnisse fließen in die vorliegende Arbeit ein.

Die Institution des Briefes in der mittelalterlichen Geschichte, des wichtigsten Trägers der Information, ist hingegen schon seit längerem in der Forschung sehr eingehend untersucht worden. Die Arbeiten von Steinhausen <sup>(2)</sup> aus dem 19. Jahrhundert leisteten dabei wichtige Pionierarbeit. Als Zusammenfassung sei hier auf den entsprechenden Artikel im Lexikon des Mittelalters hingewiesen. <sup>(3)</sup>

## 1. 2 Probleme der Begrifflichkeit

Zu Beginn der Beschäftigung mit den Boten muss eine genaue Begriffsdefinition stehen, um missverständliche Interpretationen zu vermeiden. In lateinischen Texten des Mittelalters <sup>(4)</sup> sind eine Reihe von Begriffen zu finden, die einen Menschen bezeichnen, der Nachrichten überbringt. Man findet in Texten über und bei Erläuterungen von Abbildungen von Boten (siehe zum Beispiel den berühmten Teppich von Bayeux) meist das Wort „*nuntius*“. Doch ist Vorsicht geboten, wenn man dabei in erster Linie an den Überbringer einer Nachricht, gar einer schriftlichen Benachrichtigung denkt. Die als „*nuntii*“ bezeichneten Personen waren oft eher Gesandte, die zusätzlich zu ihrer Aufgabe, ein Schreiben zu überbringen, noch weitere, oft wichtigere Dienste zu leisten hatten, nämlich Verhandlungen zu führen oder als Diplomaten länger vor Ort zu bleiben und die politische Situation zu beobachten und zu lenken. <sup>(5)</sup>

Der lateinische Begriff „*cursor*“, (=Läufer) <sup>(6)</sup> kommt der Bezeichnung dessen, was wir als Briefboten bezeichnen, schon näher. Bei der Beschreibung von Illustrationen – so im unten

<sup>1</sup> Harm von Seggern; Herrschermedien im Spätmittelalter. Studien zur Informationsübermittlung im burgundischen Staat unter Karl dem Kühnen; Ostfildern, 2003. Und: Rainer C. Schwinges und Klaus Wriedt (Hrsg.) Gesandtschafts- und Botenwesen im spätmittelalterlichen Europa; Ostfildern, 2003. Die Beiträge im Werk von Schwinges und Wriedt, die von Spezialisten für das europäische Spätmittelalter verfasst wurden, legen einen deutlichen Schwerpunkt auf die Arbeit der Gesandtschaften und berühren die Arbeit der Boten nur in sofern, als sie diese als Kontaktpersonen zu den jeweiligen Auftraggebern betrachten. Hier wird also ein etwas anderer Schwerpunkt gesetzt als in der vorliegenden Arbeit. Eine Ausnahme macht der Beitrag von Klara Hübner, der die Organisation des Botenwesens der Stadt Bern untersucht und auf den noch näher einzugehen sein wird.

<sup>2</sup> Georg Steinhausen; Geschichte des deutschen Briefes. Zur Kulturgeschichte des deutschen Volkes. 1. Teil; Berlin, 1889.

<sup>3</sup> LexMa, Band 2, Sp. 648 ff.

<sup>4</sup> Gehen wir ins klassische Latein und betrachten die Begrifflichkeit des „*cursor publicus*“, so stößt man auf fast ein Dutzend Bezeichnungen für einen Kurier. Die häufigsten Formen sind *cursores*, *agentes in rebus*, *iuvenes*, *mittendarii*. Siehe dazu Anne Kolb, Transport und Nachrichtenverkehr im Römischen Reich; (=Klio; Beiträge zur Alten Geschichte; Beihefte; Neue Folge, Band 2); Berlin, 2000. Schon dort ist keine einheitliche Begrifflichkeit zu finden.

<sup>5</sup> In der lateinischen Einheitsübersetzung der Bibel, der Vulgata, werden für die Bezeichnung der Nachrichtenübermittler zwar beide Worte gebraucht. Doch ist dabei der Ausdruck „*nuntius*“ im Sinne von Bote bei weitem häufiger zu lesen, als die Bezeichnung „*cursor*“. Mehrere Dutzend Belegstellen finden sich für „*nuntius*“. Das lateinische Wort „*cursor*“, eindeutig als Bote verstanden, kommt in der Vulgata lediglich an zwei Stellen vor. Das Buch Esther mit den Versen 3, 13 und 3, 15 ist dabei zu nennen. In Jeremiah 51, 31, findet sich noch eine Stelle, die in den Konkordanzen auch als Beleg für „*cursor*“ im Sinne von Bote aufgelistet ist. Doch die Formulierung ist in Wirklichkeit völlig anders. „... *currens obviam currenti veniet et nuntius obvius nuntianti ut adnuntiet regi Babylonis* ...“. Hier taucht das Wort „*cursor*“ nicht im Sinne von Bote auf, sondern von schneller Bewegung, die allerdings ein Bote, als „*nuntius*“ bezeichnet, ausführt.

<sup>6</sup> Übersetzt wird „*cursor*“ mit Läufer, Vorläufer oder auch Vorreiter und Eilbote. Der Thesaurus Linguae Latinae, Band 4, Sp. 1527 f., bringt eine Reihe von Belegstellen aus dem klassischen Latein, in denen „*cursor*“ als Bote auftaucht. Niermeyer, *Mediae Latinitatis Lexicon Minus*, Band 1, S. 382 f. sieht die Übersetzung mit Bote als erste Bedeutungsvariante, gibt aber zusätzlich noch Gerichtsbeamter, Reiter in einer Vorhut und fliegender Händler als mögliche Übersetzung an.

noch zu analysierenden Werk des Petrus de Ebulo – findet sich dieses Wort ebenfalls. Als dritte lateinische Bezeichnung für die Überbringer von Briefen findet sich auch der Ausdruck „*perlator*“ von *perferre* (=hintragen, überbringen). <sup>(1)</sup> Selbst die Ausdrücke „*missus*“ und „*portitor litterarum*“ finden sich. Alles in allem ist zu sehen, dass von einer einheitlichen Nomenklatur nicht die Rede sein kann, was schon einmal als wichtiges Zwischenergebnis festgehalten werden soll.

Die entsprechenden Ausdrücke in den deutschsprachigen Texten sind „*bote*“, „*bot*“ oder auch „*pot*“. <sup>(2)</sup> Nicht selten findet sich auch das Wort Läufer in unterschiedlichen Schreibweisen. <sup>(3)</sup>

### 1.3 Grundzüge des Botenwesens im Mittelalter

#### 1.3.1 Früh- und Hochmittelalter

Das mittelalterliche Botenwesen als faktische Grundlage der Kommunikation entstand natürlich nicht erst im Spätmittelalter. Auch in den vorangehenden Jahrhunderten wurden Nachrichten durch Kuriere übermittelt. Was die Boten im Früh- und Hochmittelalter betrifft, so muss man davon ausgehen, dass die Infrastruktur der römischen Reichspost, des „*cursus publicus*“, mit ihren Relaisstationen, berufsmäßigen Boten und den anderen organisatorischen Hilfsmitteln schon im Fränkischen Reich der Merowinger und Karolinger vollständig verschwunden war. Jedenfalls findet sich keine Erwähnung diesbezüglicher „staatlicher“ Einrichtungen in den Quellen. <sup>(4)</sup>

Allerdings sind andere Möglichkeiten des Brieftransportes gefunden worden, die sich aus den sich entwickelnden feudalen Strukturen der germanischen Nachfolgereiche ergaben. Francois-Louis Ganshof, der den Einfluss der germanischen Rechtstraditionen auf die Entstehung des königlichen Beherbergungs- und Transportrechtes hervorhebt, schreibt, dass keine Quellen überliefert sind, die eine Unterkunftspflicht, eine „*evectio publica*“ oder das Beförderungsrecht, die „*tractoria*“, speziell für Boten nachweist. Er listet aber einige Fälle

<sup>1</sup> Thesaurus Linguae Latinae, Band 10, Fasz. 10, Sp. 1512 bringt Belegstellen, die den „*perlator*“ in erster Linie als Überbringer von Schreiben und Briefen ausweisen. Unten werden noch Quellen zu analysieren sein, die diesen Begriff verwenden.

<sup>2</sup> Siehe die ausführliche etymologische Erklärung in Goebel/Reichmann (Hrsg.), Frühneuhochdeutsches Wörterbuch, Band 4, Spalte 858 ff.

<sup>3</sup> Wenn wir die Bibelübersetzung Martin Luthers heranziehen, so kann man deutlich sehen, dass „*cursor*“ meistens mit Läufer im sportlichen Sinn übersetzt wird. Es kommt auch vor, dass es sich um eine Umschreibung für einen Menschen handelt, der sich schnell bewegt wie ein Reh. Das Wort „*cursor*“ im Sinne von Bote übertrug der Reformator an den beiden oben schon erwähnten entsprechenden Stellen mit „leuffter“. (Esther, 3, 13 und 3, 15) Die missverständliche Stelle bei Jeremias hat er aus ungeklärten Gründen überhaupt nicht übersetzt. „*Nuntius*“ hingegen übersetzte Luther immer mit Bote.

Grimms Deutsches Wörterbuch, Band, 12, Sp. 326 gibt eine Reihe von Beispielen, in denen das Wort Läufer die Bedeutung Bote annimmt.

<sup>4</sup> Eine sehr informative und ausführliche Darstellung des Nachrichtenwesens und des Botenverkehrs im antiken Römischen Reich hat Anne Kolb, a.a.O. erstellt. Kolb zeichnet ein sehr differenziertes Bild der Botenorganisation des Imperiums, das sowohl auf fester organisatorischer Basis mit strikter Kontrolle, als auch auf regionalen Besonderheiten beruhte. Schon nach der Mitte des 4. Jahrhunderts nach Christus sei die organisatorische Dichte – die des öffentlichen Botenwesens und die der gesamten Staatsverwaltung – deutlich zurückgegangen, so Kolbs Fazit. Bei den Ostgoten in Italien sei das System noch mit Einschränkungen aufrechterhalten worden. Schon für die Reiche der Burgunder und Vandalen ließen die Quellen aber keine eindeutigen Aussagen mehr zu. Westgoten und Franken hätten das System sogar nachweislich aufgegeben und sich auf die Dienste von Abhängigen beschränkt. (Kolb, a.a.O., S. 225 f.) Siehe dazu auch die weiteren Ausführungen in dieser Arbeit.

der Merowinger- und Karolingerzeit auf, in der Reisende von hoher Abkunft, so zum Beispiel Königssöhne, auf Reisen diese Infrastruktur nutzten. <sup>(1)</sup>

Die Zahl der Quellen ist in der Tat sehr begrenzt und sie müssen, bezogen auf das Botenwesen, mit großer Zurückhaltung interpretiert werden. Für die Merowingerzeit scheint Ganshof zumindest aber eine Stelle übersehen zu haben, die bei Gregor von Tours überliefert ist und als einschlägig bezeichnet werden kann. Der Geschichtsschreiber berichtet von einem intensiven Austausch von Nachrichten anlässlich eines Aufstandes des Herzogs Rauching unter der Regierung König Childeberts II. (570 – 595), des Sohnes von Königin Brunichildis. Dabei, so erfahren wir von einem Fall, der in den 80er Jahren des 6. Jahrhunderts spielte, konnten die Boten auf ihrer Reise auf das Recht der öffentlichen Beförderung zurückgreifen, das eigentlich nur dem König und hohen Amtsträgern zustand. „*Qui cum adfuisset, priusquam eum rex suo iussisset adstare conspectui, datis litteris et pueris destinatis cum evectioe publica, qui res eius per loca singula deberent capere, iussit eum in cubiculo intromitti.*“ <sup>(2)</sup>

Während die anderen Boten, die in diesem Kapitel bei Gregor von Tours auftauchen und die mit Nachrichten im Frankenreich umherreisten, mit der Bezeichnung „*nuntius*“ belegt werden, werden diese Boten als „*pueri*“, Knechte, bezeichnet. Auffällig ist, dass nur diesen Knechten, die neben dem Informationsauftrag auch staatliche Handlungen vollziehen sollten, nämlich das Hab und Gut des Aufständischen zu beschlagnahmen, das Recht auf die Infrastruktur explizit zugestanden wurde. Ist von den üblichen Boten die Rede, findet sich ein entsprechender Hinweis nicht. <sup>(3)</sup> Nicht auszuschließen ist auch, dass die bewusste Verwendung des Begriffs der „*evectio publica*“ die Öffentlichkeit und Selbstverständlichkeit der königlichen Reaktion – der Entsendung von Beauftragten zur Lösung eines politischen Problems – besonders hervorheben sollte.

Es ist aber zu vermuten, dass ein einfacher Briefbote eben keinen Anspruch auf königliche Transportrechte hatte, sondern nur diejenigen Mitglieder des Gefolges, die als Machtboten oder Beauftragte des Königs reisten, was die Aussage über das Vorhandensein einer Botenorganisation in diesen ersten mittelalterlichen Jahrhunderten stark relativiert. Was aber sicher richtig ist, ist die Feststellung, dass es in der Zeit der Merowinger noch sehr wohl Reste der spätrömischen Infrastruktur gab. <sup>(4)</sup>

Georg Waitz trägt eine Reihe von Quellenstellen aus der Karolingerzeit zusammen, die seiner Meinung nach ebenfalls den Schluss zulassen, dass der Versuch unternommen wurde, ein

<sup>1</sup> Francois-Louis Ganshof; La tractoria. Contribution à l'étude des origines du droit de gîte; In: Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis, Band 8, 1928; S. 69-91.

<sup>2</sup> MGHSS, Rer. Mer., Buch IX, 9, S. 422, Z. 10 – 13. Der Ausdruck „*evectio publica*“ entstammt der spätrömischen Fachterminologie für die Organisation des „*cursus publicus*“ und bedeutet das Recht auf die Bereitstellung von Infrastruktur für den Transport. Siehe Kolb, a.a.O., S. 31, 36, 66 etc.; Thesaurus Linguae Latinae, Band 5,2, Sp. 1005 f. Dort wird auch auf die entsprechende Regelung des Codex des Kaisers Theodosius verwiesen.

<sup>3</sup> Zwar findet sich im selben Kapitel bei Gregor von Tours eine Gleichsetzung von *puer* und *nuntius*. Doch dieser Gefolgsmann, der geschickt wurde, um Rauchings Gemahlin den Tod ihres Gatten mitzuteilen, war nur als Bote im Einsatz und wahrscheinlich deshalb findet sich keine Erwähnung des Rechts auf „*evectio publica*“. Quelle: MGHSS, a.a.O., S. 423, Zeilen 1 und 6. Ohnehin kommt der Begriff im gesamten Werk des Bischofs nur einmal vor.

<sup>4</sup> Margarete Weidemann; Kulturgeschichte der Merowingerzeit nach den Werken Gregors von Tours; Mainz, 1982, listet eine Vielzahl von Quellenstellen auf, die auch rechtliche Kontinuitäten, die aus der Römerzeit hinübergerettet worden waren, beschreiben. Auch die Tätigkeit der Machtboten und deren Rückgriff auf die „*evectio publica*“ findet sich beschrieben, allerdings nur im Zusammenhang mit der Ausstellung der Briefe „*dati litteris*“ für die Boten. Weidemann, a.a.O., Bd. 1, S. 7, sieht in den Schreiben Geleitbriefe für Untersuchungsbeamte und deshalb sei den „*pueri*“ das Recht auf öffentliche Beförderung auch verbrieft. Auf die Begrifflichkeit der „*evectio publica*“ wird nicht näher eingegangen. Dennoch wird klar, dass auch Weidemann in den Reisenden in keinem Fall Briefboten sieht. Sie erwähnt auch noch einige andere Stellen bei Gregor, in denen Beglaubigungsbriefe erwähnt sind. Die Überbringer dieser Schreiben konnten aber offensichtlich nicht das öffentliche Beförderungrecht in Anspruch nehmen.

leistungsfähiges System aufzubauen, das die Reise des Hofes, von königlichen Beauftragten und auch den Transport von Gütern für den König sicherstellte. Inwieweit ist nun nachzuweisen, dass auch königliche Briefboten auf diese Infrastruktur zurückgreifen durften? Die Kapitularien Karls des Großen, so Waitz, gäben einige Hinweise dazu. Kleinere Vasallen seien zu Botendiensten zu Fuß und zu Pferde herangezogen worden. Die Quellen würden diesen Dienst „*scaram facere*“ nennen, so Waitz‘ These. Größeren Vasallen sei die Stellung von „*scararii*“, ebenfalls mit Boten zu übersetzen, aufgegeben worden und königliche Beamte wiederum hätten besondere Boten, die mit dem aus dem klassischen Latein übernommenen Begriff „*veredarii*“ bezeichnet worden wären, einsetzen können. Diesen wären „*paraveredi*“, spezielle Botenpferde, zur Verfügung gestanden. Die spätere Forschung zum Botenwesen, die Anfänge im früheren Mittelalter ohnehin immer nur kurz streift, bezieht sich meist fast ausschließlich auf Waitz und übernimmt seine Schlussfolgerungen unreflektiert. <sup>(1)</sup>

Analysiert man die von Waitz zusammengetragenen Quellenstellen gründlicher, so müssen grundlegende Zweifel an dessen Thesen angemeldet werden. Zuerst sollte eine Klärung der Terminologie stattfinden. Mit welcher Art von Pferden hatte man es hier zu tun, wenn von „*veredi*“, „*paraveredi*“, oder „*parafreda*“ die Rede ist? Die Bezeichnungen „*veredus*“ und „*paraveredus*“ stammen ebenfalls aus der Fachterminologie der Gesetzgebung über den „*cursus publicus*“ und beziehen sich allgemein auf Pferde, die zu Transportleistungen auf den Römerstraßen im Einsatz waren. Die „*veredi*“ dienten auf den Hauptstrecken, die „*paraveredi*“ kamen auf den Nebenstrecken zum Einsatz. Es sind Pferde, die für den Transport von Mensch und Gepäck bestimmt sind. Die Zuggpferde, die begrifflich deutlich abgehoben waren, hießen „*avertarii*“. <sup>(2)</sup> Nirgends ist davon die Rede, dass mit den beiden Begriffen „*veredi*“ und „*paraveredi*“ ausschließlich Botenpferde gemeint waren. Die

<sup>1</sup> Georg Waitz; Deutsche Verfassungsgeschichte. Die Verfassung des Fränkischen Reiches; Vierter Band; Dritte Auflage, Ndr. Darmstadt, 1955; S. 25 ff. Viktor Menzel, Deutsches Gesandtenwesen im Mittelalter; Hannover, 1892; S. 161 ff. und 180 ff. Ernst Kießkalt, Karl Bosl, Heinz-Dieter Heimann und andere sind hier zu nennen, die in ihren Arbeiten in erster Linie die Angaben von Waitz wiederholen und allenfalls um einige Vermutungen über die Reichweite der dargelegten Quellen ergänzen. In der Forschung zum Botenwesen wird generell meist sehr oberflächlich argumentiert und manchmal werden sogar spätantik/frühmittelalterliche Kontinuitäten gesucht, die sich m. E. aber nicht belegen lassen. So Ernst Kießkalt, Geschichte der Deutschen Post, Erlangen, 1935, der glaubt, Relaisstationen für Kurierreiter, aufbauend auf den spätantiken Strukturen, konstatieren zu können. So führt er aus: „Die Karolinger benutzten bereits den Pferdewechsel für ihre Sendboten und Kuriere, weil die Verwendung eines einzigen Pferdes für weite Strecken eine wesentliche Verzögerung bedeutet hätte. Es besteht sogar Anlaß zu der Vermutung, daß bereits die Merowinger den Pferdewechsel anwendeten.“ Siehe Kießkalt, a.a.O., S. 27. Leider läßt er uns ohne Quellenangaben für seine These. Auch im Folgenden postuliert Kießkalt ein umfassendes Botensystem im früh- und auch hochmittelalterlichen Reich, beläßt es aber bei Zitaten aus anderer Sekundärliteratur und reinen Vermutungen. Siehe Kießkalt, a.a.O., S. 149 ff. Denn alle von ihm angeführten Zitate aus der Sekundärliteratur sprechen von Gesandten des Königs und dem Herrscher selbst, der auf gewisse Dienste Anspruch hatte. In keinem Fall ist von Boten die Rede, was die Argumentation Kießkalts völlig ins Leere laufen läßt. Das Fehlen von Quellenaussagen findet er nicht störend. Ein Beispiel mag genügen: Berichte über das Vorhandensein von drei Poststraßen nach Spanien zur Zeit Kaiser Karls des Großen schenkt er Glauben, weil „... diese Nachricht nicht etwa zu verwerfen ist, weil uns die Quelle für diese Nachricht fehlt, sondern sie muss jedem Postfachmann ohne weiteres als vollkommen glaubwürdig erscheinen.“ Trotz dieser eher ungewöhnlichen Herangehensweise an die Quellenproblematik wird Kießkalts Arbeit immer noch unkommentiert zitiert. Doch auch angesehene Historiker halten sich, was den Einsatz von Boten angeht, fast immer auf dem Feld der Vermutungen auf. Die Tatsache, dass viele Briefe geschrieben wurden (Alcuin, Einhard, Bonifatius, Hinkmar von Reims) beweise, dass viele Boten unterwegs gewesen seien. Siehe zum Beispiel Pierre Riché; Die Welt der Karolinger; 2. Auflage, Stuttgart, 1999; S. 32 f. Diesen eklatanten Mangel hat auch schon Adolf Korzendorfer, Die Nachrichtenbeförderung in Bayern während des Mittelalters; In: ZBLG, Band 2; 1929/31; S. 361 ff., erkannt und ihn entsprechend kritisiert. Korzendorfer fand dann auch für das Frühmittelalter keine Quellen über Nachrichtenverkehr in Bayern.

<sup>2</sup> Thesaurus Linguae Latinae, Band 10, 1, Sp. 323 f. Die entsprechenden Belegstellen sind die Gesetzestexte des Kaisers Theodosius aus dem 4. Jahrhundert, in denen das Postsystem des späten Kaiserreiches normiert wurde. Kolb, a.a.O., S. 215, kommt für den antiken „*cursus publicus*“ zu dem selben Schluss. Aus der Bezeichnung „*paraveredi*“ entwickelte sich das französische Wort „*palefroi*“ und – so zumindest von den Linguisten vermutet – auch das deutsche Wort Pferd.

Mehrzahl der Reisenden, die auf dem „*cursus publicus*“ unterwegs war, waren ja auch keine Briefboten, sondern kaiserliche Beamte. <sup>(1)</sup> Diese Tatsache und die klassische Nomenklatur, die im Frühmittelalter weiter Verwendung fand, muss beachtet werden, wenn wir die Quellen analysieren.

Ebenso ist die Bedeutung des Wortes „*scara*“ m. E. nicht ohne weiteres als Botendienst wiederzugeben, wie es oft geschieht. Waitz beruft sich bei seiner Vermutung auf nur eine Belegstelle. Nur im Glossarium Teutonicum hinc Caesario Heisterbach, das wiederum im Glossarium Du Cange dann auch als Belegstelle angeführt wird, findet sich die Definition Botendienst für „*scaram facere*.“ Es heißt dort: „*Scaram facere, est domino, quando ipse iusserit, servire et nuncium eius seu literas ad locum sibi determinatum deferre*.“ Da es, wie schon gesagt, nur eine einzige Belegstelle, noch dazu nur in einem Glossar und nicht in Primärquellen, für die Spezialbedeutung Botendienst gibt, ist es erstaunlich, dass man die gesamte Beweisführung darauf stützt.

Denn das Wort „*scara*“ kann – selbst nach Du Cange – nämlich auch einen allgemeinen Herrendienst zu Pferd beschreiben: „*Angaria in equis vel aliis servitiis*“, so die Formulierung. Schardienste sind also im allgemeinen Dienstleistungen zu Pferd, die die Scharmannen, „*scaramanni*“ oder „*scararii*“, zu leisten haben. Dieser Verpflichtung kann im Krieg als berittener Kämpfer nachgekommen werden oder aber in Friedenszeiten durch die Bereitstellung von Pferden für andere Dienste. Entsprechend ist eine Scharhufe eine Reithufe, die zur Stellung eines Saum- oder Reitpferdes verpflichtet. Es handelt sich bei „*scaram facere*“ daher im Prinzip eher um eine generelle Verpflichtung, Pferde, also Transportkapazität, zur Verfügung zu stellen. <sup>(2)</sup>

Schaut man sich jetzt die Quellen an und untersucht jeweils die Bedeutung der beiden Kernaussdrücke, so muss man Waitz' These wohl weitgehend zurückweisen. So findet sich, kümmert man sich um den Begriff „*paraveredi*“, <sup>(3)</sup> in einem Brief Karls an seinen Sohn Pippin eine Stelle, in der der Kaiser darüber klagte, dass Herzöge und deren Gefolge „... *mansionaticos et paraveredos accipiant, non solum super liberos homines, sed etiam in ecclesias Dei*.“ Das möge man in Zukunft unterlassen, so die väterliche Weisung. <sup>(4)</sup> Die Großen des Reiches usurpierten Unterkunfts- und Transportleistungen. Es findet sich dagegen kein Wort, dass Boten etwas mit dem Beherbergungs- und Transportrecht zu tun hatten.

Auch in der Lex Baiwariorum, deren Entstehung wohl in der Mitte des 8. Jahrhundert anzusiedeln ist <sup>(5)</sup>, stoßen wir auf den Begriff „*parafretos*“ als einer der Abgaben der abhängigen Bauern: „*Parafretos donent, aut ipsi vadant ubi eis iniunctum fuerit. Angarias cum carro faciant usque quinquaginta leugas, amplius non minetur*.“ <sup>(6)</sup> Zum einen ist zu bemerken, dass das Verb „*donare*“ immer eine Abgabe beschreibt, die die abhängigen Bauern zu leisten hatten. Das Pferd wurde also dem Grundherrn auf Dauer übergeben, nicht

<sup>1</sup> Siehe Kolb, a.a.O.

<sup>2</sup> Du Cange; Glossarium mediae et infimae latinitatis; VII. Band; Ndr. Graz, 1954; S. 336 f. gibt für das Wort „*scara*“, die deutsche Version ist Schar, noch eine ganze Reihe von weiteren möglichen Definitionen an. Die erste Bedeutung ist die der Brandrodung. Dann kann es einen Urwald bezeichnen, den Teil der Landschaft, der noch nicht unter den Pflug genommen wurde. Weit häufiger ist die Bedeutung von „*scara*“ mit einer kleineren berittenen militärischen Formation, vielleicht sogar einer Art Leibwache eines Gefolgherrn, wiedergegeben. Neben diesem speziellen militärischen Gefolge ist es auch möglich, dass „*scara*“ Abstammung bedeuten kann. In bestimmten Zusammenhängen bezieht sich das Wort Schardienst auch auf die Arbeit in gemeinschaftlich genutzten Flächen, der Allmende, in diesem Zusammenhang auch Hauberg genannt, weil dort der Wildwuchs der Natur abgehauen werden musste. Siehe dazu die Erklärungen im Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, Band 1, Sp. 2015 f. Du Cange führt auch einige Belegstellen für diese Möglichkeit auf.

<sup>3</sup> Heinrich Dannenbauer hat in einem Aufsatz 1954 entsprechende Quellenstellen aufgespürt und kommt nirgends zu dem Schluss, dass mit „*paraveredus*“ ein Botenpferd gemeint sein müsste. Siehe Dannenbauer, Heinrich; Paraveredus – Pferd. In: ZRG, Germ. Abt.; 71. Band, 1954, S. 55 – 73.

<sup>4</sup> Waitz, a.a.O., S. 19, Anm. 2.

<sup>5</sup> LexMa, Band, 5, Sp. 1928.

<sup>6</sup> MGHLNG, Band 5, Teil 2, Lex Baiwariorum; Titulus I, Kapitel 13, S. 288, Z. 3 – 5.

für ihn zu einem bestimmten Zweck bereitgehalten. Generell ist m. E. aber auch hier eindeutig eine allgemeine Transportleistung der Kolonen gemeint. Wenn sie die Pferde nicht dem Grundherrn abtreten konnten oder wollten, mussten sie entweder eine unbegrenzte Transportleistung selbst erbringen oder mit Zugtieren und Karren Güter eine Distanz von bis zu 50 Leugen weit <sup>(1)</sup> transportieren. Auch aus dieser Stelle ist keine Botentätigkeit der Abhängigen zu rekonstruieren.

Kaiser Lothar I., um noch eine Quelle zu nennen, befreite im Jahr 835 die Geistlichen des Bistums Cremona von Transportleistungen für den kaiserlichen Hof. Die Geistlichen hatten sich bei ihm beschwert und der Kaiser stellte in seinem Privileg zuerst einmal den Sachverhalt fest: „... *quod parafreda et carra ad nostram cameram deportanda iniuste dedissent.*“ Der Kaiser bestimmte dann: „*Quapropter omnibus fidelibus nostris precipimus, ut nullus deinceps eis de ipsis parafredis vel carris nullam contrarietatem inferre praesumat, nec ad nostrum peragendum servitium, nec etiam alicui persone ...*“ <sup>(2)</sup> Die Pferde werden auch hier in einem Atemzug mit Wagen genannt, die Vorräte an die Kammer des Kaisers lieferten. Es handelt sich deswegen wieder eindeutig um Pack- und nicht um Botenpferde.

Andere Quellen aus der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts beweisen ebenfalls, dass bei der Erwähnung von „*paraveredi*“ keinesfalls Botenpferde gemeint sein können. Karl II. ließ im Jahr 864 im sogenannten Edictum Pistense alle königlichen Rechte aufzeichnen und dabei in Kapitel 26 festhalten: „*Ut pagenses Franci qui caballos habent vel habere possunt, cum suis comitibus in hostem pergant; et nullus per violentiam vel per aliquod malum ingenium aut per quamcumque indebitam oppressionem talibus Francis suas res aut caballos tollat, ut hostem facere et debitos paraveredos secundum antiquam consuetudinem nobis exsolvere non possint, neque comes neque aliquis minister rei publicae.*“ <sup>(3)</sup> Hier sind die „*paraveredi*“ wieder eindeutig Pack- oder Reitpferde, die im Zusammenhang mit militärischen Leistungen zum Einsatz kommen sollten. Wiederholt wurde die Auflistung der königlichen Rechte des Karolingers im kommenden Jahr für Burgund. Auch hier finden sich die Transportpferde genannt: „*Ut missi nostri de omnibus censibus vel paraveredis quos Franci homines ad regiam potestatem exsolvere debent, inquirant et, ubi per neglectum dimissum est, exsolvi faciant et diligenter de singulis comitatibus cuncta describant, et nobis renuntient.*“ <sup>(4)</sup> Die Königsboten sollten die Bereitstellung der dem König geschuldeten Pferde sicherstellen. Von irgendwelchen Briefboten ist weiterhin nicht die Rede.

Die als angeblicher Beweis für die Existenz von Botenreitern und sogar einer reichsweiten Botenorganisation am häufigsten zitierte Quelle des Früh- und Hochmittelalters ist ein Diplom Kaiser Arnulfs von Kärnten vom August 896, in dem der Karolinger dem Bischof von Worms königliche Dienstmänner und deren Abgaben und Leistungen schenkt: „*Ad hec etiam nostre celsitudinis precati sunt clementiam, ut nostros fiscalinos servos, qui regie potestati parafridos debita subministracione in expeditionem reddere consueverant, una cum ipsa institutione persolutionis parafridorum ceterumque utensilium, que dominicus fiscus ab eis exigere solitus erat, quorum nomina quidem inscripta videntur: Liebof, Herolf, Anstolf, Gozbraht, Oci, Richgo, Diedo, Ezo, Madelolt, item Ezo, Iso, eos cum filiis eorum omnemque familiam utriusque sexus et cum omni progenie ad eandem societatem parafridorum pertinente oportunitati predictae sedis Wormatie episcopi propter dei amorem concederemus et ...*“ <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> Eine Leuge entspricht in etwa dem doppelten einer Meile. Es ist hier also eine sehr große Transportleistung verlangt.

<sup>2</sup> MGHDD, Dipl. Karo., Band 3; Nr. 25, S. 99, Z. 13 f. und 19 ff. Siehe auch Waitz, a.a.O., S. 17, Anm. 2.

<sup>3</sup> MGHLL, Kap., Band 2, Nr. 273, S. 321, Z. 20 – 25. Siehe auch Waitz, a.a.O., S. 17 f., Anm. 2.

<sup>4</sup> MGHLL, a.a.O., Nr. 274, S. 331, Z. 1 – 4.

<sup>5</sup> MGHDD, Arn., Nr. 158, S. 240, Z. 18 – 25.

Aufbauend auf die zitierte Quelle wird in der Forschung vom Vorhandensein einer regelrechten Kurierdienst-Genossenschaft <sup>(1)</sup> gesprochen. Dagegen ist zuerst einzuwenden, dass es sich bei den Verantwortlichen für diese Pferde um Angehörige der Grundherrschaft handelte. Sie können deshalb schwerlich eine Genossenschaft gebildet haben, da dies nur persönlich Freien möglich war. Darüber hinaus muss ins Auge fallen, dass es schwer zu glauben ist, dass ein einziger Königshof Ende des 10. Jahrhunderts elf Kurierreiter unter seinen Knechten hatte. Vielmehr scheint es so gewesen zu sein, dass die genannten Männer mit ihren Höfen und ihrem Gesinde dafür zu sorgen hatten, dass früher dem König und nun dem Bischof für Reise- und Transportzwecke genügend Pferde zur Verfügung standen. Diese Gruppe von Fiskalknechten musste auch die Ausrüstung für die Pferde bereit halten und sicherlich auch durch die Stellung von Pferde- oder Trossknechten einen reibungslosen Verlauf der „*expeditio*“ sicherstellen.

Botenritte könnten natürlich auch einen Teil des Aufgabengebietes der „*parafridores*“ umfasst haben. Doch dass auf Grund dieser Quelle von einer reichsweiten Organisation des Beförderungsdienstes mit Relaisstationen gesprochen wird, wie es manchmal geschieht, ist unverständlich. Denn in dem Privileg findet sich kein Wort, das auf weitere Reisen der „*parafridores*“ hinweist, oder gar etwas von Pferdewechsel oder der Verpflichtung berichtet, den Angehörigen anderer Grundherrschaften oder des königlichen Haushalts Pferde für Botenritte zur Verfügung zu stellen.

Betrachten wir noch eine Quelle aus dem Hochmittelalter, so ist festzustellen, dass sich die Begrifflichkeit nicht geändert hat. Das Traditionsbuch von Neustift bei Freising aus der Mitte des 12. Jahrhunderts beschreibt eine Leistung folgendermaßen: „ ... *tamen quia in expeditionem hierosolimitanam profecturus erat, recipit XX talenta et palefridum unum.*“ <sup>(2)</sup> Derjenige, der nach Jerusalem reist, bekommt also ein Reit- oder ein Packpferd gestellt und sicher kein Kurierpferd.

Nirgends ist also explizit die Rede davon, dass die „*paraveredi*“ Kurierpferde gewesen sind. Es ist natürlich nicht auszuschließen, dass die Abhängigen im Rahmen der Dienstbarkeiten auch einmal einem königlichen Boten eines ihrer Pferde geben mussten. Doch die später generell benutzte Übersetzung für „*paraveredi*“ mit Kurier- oder Postpferd, wie sie auch in vielen modernen Lexika zu finden ist, ist zumindest für die Zeit des Früh- und Hochmittelalters nicht durch die Quellen gedeckt. Meist handelte es sich um ein Packpferd. Und falls ein Reitpferd gemeint war, waren es immer Männer von hohem Rang, die Zugriff auf die Pferde hatten. <sup>(3)</sup>

Ähnliche Zurückhaltung ist angebracht, wenn wir uns den zweiten Schlüsselbegriff anschauen. Mit Hilfe von nur zwei Quellen konstruieren Waitz und seine Epigonen einen besonders engen Zusammenhang des Wortes „*scara*“ mit dem Botendienst. <sup>(4)</sup> In einer Urkunde Kaiser Lothars I. aus dem Jahr 840, ausgestellt in Straßburg für das elsässische Kloster Murbach, die eine Schenkung König Pippins und Kaiser Ludwigs des Frommen bestätigte, heißt es: „ ... *homines ingenuos quinque ... cum filiis et posteris eorum, commanentes in loco nuncupante Villa Emau super fluvium Riusa in pago Aregaua, videlicet ut illud, quod ad partem publicam facere consueverant, ad praedictum monasterium*

<sup>1</sup> So argumentiert Karl Bosl; Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter; Band 1, Stuttgart, 1972; S. 198, in dieser Richtung.

<sup>2</sup> Monumenta Boica, Band 9, S. 534.

<sup>3</sup> J.F. Niermeyer, sieht im entsprechenden Artikel im *Mediae Latinitatis Lexicon Minus*, zweite überarbeitete Ausgabe, Darmstadt, 2002, Band 2, S. 994, allerdings in den oben dargelegten und noch einigen zusätzlichen Stellen in „*paraveredus*“ explizit ein Kurierpferd, das er sogar Postpferd nennt. Doch auch die dort angeführten Beispiele lassen m. E. eher den Schluss zu, dass es sich um Pack- oder Saumpferde handelt und keineswegs um Kurierpferde.

<sup>4</sup> Niermeyer definiert „*scara*“, a.a.O. Seite 1230, in vier verschiedenen Richtungen: eine militärische Einheit, ein Militärdienst, ein Anteil an der Allmende und Nachrichten und Beförderungsdienst zu Pferd. Bei den einzelnen zu untersuchenden Stellen werden wir die Angaben im Lexikon dann jeweils diskutieren.

*fecissent.*“ Das Dokument spezifiziert diese üblichen Leistungen dann folgendermaßen: „*Praecipientes ergo iubemus, quemadmodum et in eodem praecepto continetur, de itinere exercitale seu scaras vel quamcumque partem ire praesumat aut mansionaticos aut mallum custodire aut navigii facere vel alias functiones aut freda exactare et quicquid ad partem comitum aut iuniorum eorum seu successorum exigere poterat, ...*“<sup>(1)</sup> Es handelt sich hier bei „*scara*“ m. E. eindeutig um Leistungen der fünf Freien im Zusammenhang mit militärischen Einsätzen. Niermeyer kommt zu dem definitiven Schluss, dass es sich um Kriegsdienst gehandelt haben muss.<sup>(2)</sup> Das ist m. E. nicht ganz klar, denn obwohl die Leistung eindeutig im Zusammenhang mit den Leistungen bei Kriegszügen aufgeführt ist, könnte es sich auch um Transportleistungen handeln, die für das Heer zu erbringen waren. Ein Dienst mit der Waffe muss nicht zwingend gemeint sein. Eindeutig klar ist hingegen, dass damit kein spezieller Botendienst nachzuweisen ist.

Zusätzlich verweist die Forschung auf eine Stelle in den *Formulae imperiales*, einer Formelsammlung der Kanzlei aus der Zeit Kaiser Ludwigs des Frommen. Dort wird den unter kaiserlichem Schutz stehenden Kaufleuten (*negotiatores*) die Befreiung von Leistungen zugesichert, die hochgestellte Männer einfordern könnten. Der kaiserliche Befehl an seine Beamten lautet: „*Proinde autem per presentem ordinationem nostram decernimus et iubemus, ut neque vos neque iuniores seu successores vestri aut missi nostri discurrentes memoratos fideles nostros illos de nullis quibuslibet illicitis occasionibus inquietare aut calumniam generare vel de rebus illorum contra iustitiam aliquid abstrahere aut minuere neque naves eorum quasi pro nostro servitio tollere neque scaram facere neque heribannum aut aliter bannos ab eis requirere vel exactare praesumatis.*“<sup>(3)</sup>

Auch in diesem Fall muss man wieder sehr vorsichtig sein, wenn man „*scara*“ mit Botendienst gleichsetzt. Die Privilegierung der Kaufleute hätte für diese eher einen Vorteil bedeutet, wenn man sie entweder vom Kriegsdienst selbst oder von allen Transportleistungen für den König und andere Große im Krieg und auch im Frieden freigestellt hätte. Denn diese Pflicht hätte Transportkapazität gebunden, Gefahren sowohl für Leib und Leben wie auch für Hab und Gut bedeutet. Einen Brief auf einer Reise zu überbringen, eine Aufgabe, die reisende Kaufleute in den späteren Jahrhunderten oft übernahmen, scheint mir hingegen keine große Beeinträchtigung dargestellt zu haben.<sup>(4)</sup> Auch die gemeinsame sich ergänzende Nennung von Schiffstransport und „*scaram*“ scheint mir eher darauf hinzudeuten, dass mit „*scara*“ eine allgemeine Transportleistung auf dem Landweg gemeint war.

Sieht man sich einen dritten Fall an, den Waitz in seiner Argumentation außer Acht ließ, so muss man wiederum Zweifel hegen, dass „*scara*“ mit Botendienst gleichgesetzt werden kann. So bestimmte Karl der Große im Dezember 775 in der Immunitätsurkunde für das Kloster Prüm in der Eifel: „*... nullus iudex publicus absque iussione nostra vel heredum nostrorum*

<sup>1</sup> MGHDD, Dipl. Karo., Band 3; Nr. 45, S. 136, Z. 9 – 13 und 16 – 20; Waitz, a.a.O., S. 26, Anm. 1. Bei dem Petenten handelt es sich um das Kloster Murbach bei Egisheim in der Nähe von Colmar. Die fünf freien Männer lebten im Aargau am Ufer des Flusses Reuss (Riusa). Die weite Entfernung vom Kloster im Elsass und auch vom Luzerner Kloster zum Hof Emau im Aargau macht es unwahrscheinlich, dass die fünf genannten „*ingenuii*“ regelrechte Boten für diese geistlichen Institutionen waren. Allenfalls wäre es denkbar, dass diese fünf Höfe im Rahmen ihrer Dienste besondere Botenleistungen für das durchziehende Heer zu erbringen hatten. Siehe Joseph Hürbin, Murbach und Luzern. Aus Anfang und Ende murbachischer Hoheit über Luzern; Luzern, 1896, der die Beziehungen zwischen den beiden Klöstern näher untersuchte, kommt zu dem Schluss, dass mit „*scaras vel quamcumque partem ire presumat*“ ein Geleitrecht gemeint war, das die fünf genannten Freien bewaffnet zu schützen gehabt hätten. Siehe Hürbin, a.a.O., S. 11. Dazu passt, dass Niermeyer für das Wort „*scaramannus*“ eine Belegstelle anführt, die bewaffneten Transportschutz als mögliche Übersetzung zulässt. Siehe Niermeyer, a.a.O., Band 2, S. 1230 f.

<sup>2</sup> Niermeyer, a.a.O., Band 2, S. 1230.

<sup>3</sup> MGHLL, Form., Nr. 37 (*praeceptum negotiatorum*), S. 315, Z. 5 – 10; Siehe auch Waitz, a.a.O., S. 26.

<sup>4</sup> Man könnte natürlich argumentieren, dass der Kaufmann auf Briefe hätte warten oder Umwege in Kauf nehmen müssen, wenn er zum Kurierdienst verpflichtet gewesen wäre. Doch scheinen mir beide Annahmen sehr konstruiert. Niermeyer listet diese Stelle nicht auf.

*ad causas audiendo aut freda undique exigendo nec fideiussoris tollendo nec scaras vel mansionaticos seu coniectos tam de carrigio quamque de parafredos iudiciaria potestas quoque tempore non presumat ingredi;*“<sup>(1)</sup> Auch hier ist es mehr als zweifelhaft, dass der königliche Beauftragte auf einen speziellen Botendienst zurückgegriffen hätte. Entweder es waren militärische Leistungen gemeint, die der Richter zum Beispiel bei der Exekution eines Urteils benötigte. Oder aber der Aufgabenbereich des „*iudex*“ war ohnehin nicht auf die reine Rechtsprechung beschränkt, sondern er war als Stellvertreter des Königs für die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Gebiet zuständig und musste deshalb auf Bewaffnete zurückgreifen können.

Eine zwingende Beziehung des Wortes „*scara*“ zum Botendienst auf Reichsebene lässt sich aus den Quellen also m. E. nicht ableiten. Es ist allerdings auch hier nicht auszuschließen, dass diejenigen, die Pferde für die Herrschaft zu stellen hatten, auch zu Botendiensten herangezogen worden sind. Folglich kann man zwar konzedieren, dass die karolingische Reichsgesetzgebung versuchte, die Beförderung von Reisenden in königlichem Auftrag und auch militärische Unternehmen mit Hilfe der Bereitstellung von Pferden und anderen Transportleistungen sicherzustellen, dass sich aber in den Gesetzestexten kein Beleg dafür findet, dass schlichte Boten zu den Nutznießern dieser Transportdienste zählten.

Verlässt man jetzt die Gesetzestexte und wendet sich den Quellen zu, die den realen Einsatz von Boten in der Karolingerzeit beschreiben, so zeigt sich die Mühseligkeit der Botenreisen. Aussagekräftige Quellen hierzu finden sich in den Briefen des Bonifatius aus der erste Hälfte des 8. Jahrhunderts, Schriftstücken Alcuins und den Schreiben Einhards, die dieser in der Regierungszeit Kaiser Ludwigs des Frommen verschickte.<sup>(2)</sup>

In den gut 100 überlieferten Briefen, die Bonifatius versandte oder die an ihn gesandt wurden, tauchen immer wieder Textstellen auf, die einen Hinweis auf den Transport des Schreibens enthalten.<sup>(3)</sup> Bonifatius schickte in der Mehrzahl der dokumentierten Fälle Geistliche mit Schreiben los. Die Überbringer aus dem geistlichen Stand hatten zum einen Briefe dabei, zum anderen mussten sie mündliche Nachrichten überbringen. Das beste Beispiel findet sich in einem Brief vom Sommer 751: *„Paternae pietatis vestrae sanctitatem subnixis precibus obsecro, ut hunc presbiterum meum portitorem litterarum mearum nomine Lul grato animo clementer suscipiatis. Habet enim secreta quaedam mea, quae soli pietati vestrae profiteri debet: quaedam viva voce vobis dicere, quaedam per litteras notata ostendere ... .“*<sup>(4)</sup>

<sup>1</sup> MGHDD, Dipl. Karo., Band 1, Nr. 108, S. 153, Zeilen 20 – 23. Die Urkunde spezifiziert eine Immunitätsverleihung durch König Pippin aus dem Jahr 763. Fast dieselbe Wortwahl findet sich auch in einer Urkunde Karls des Großen für die Kirche von Osnabrück aus dem Jahr 803. Ergänzt ist hier die Personengruppe, die die Immunität zu achten hat, noch durch Herzöge, Grafen und Königsboten. Kaiser Lothar I. bestätigte diesen Aspekt der Immunität Osnabrücks mit derselben Formulierung 841, 65 Jahre nach Karl dem Großen, nachdem schon Ludwig der Fromme den Beschluss seines Vaters konfirmiert hatte. Die Immunität Prüms wurde ebenfalls noch dreimal durch karolingische Herrscher bestätigt, wobei sich die Formulierung ebenfalls nicht änderte. Ludwig der Fromme, sowie die Kaiser Lothar I. und Lothar II. stellten entsprechende Urkunden aus. Quelle: MGHDD, Dipl. Karo. Band 3, Lothar I. Nr. 57, S. 162 und Lothar II. Nr. 3, S. 386. Die Bedeutung des Wortes „*scara*“ veränderte sich also über ein Jahrhundert nicht.

<sup>2</sup> Diese Stellen in Einhard-Briefen hat Wilhelm Matthaei zusammengetragen. Er versucht damit zu belegen, dass es zur Zeit der Herrschaft Kaiser Ludwigs des Frommen nicht nur einen dichten Reiseverkehr im Allgemeinen gab, sondern auch Reisen von Briefboten nachzuweisen sind. Siehe: Wilhelm Matthaei; Über Reisen und Reiseverkehr im Zeitalter Ludwigs des Frommen (9. Jahrhundert); In: Archiv für Post und Telegraphie; 13. Jahrgang, Nr. 10; 1885, S. 289 ff. Hier besonders S. 294. Kießkalt, a.a.O., S. 116, schreibt nur von Matthaei ab.

<sup>3</sup> Eine systematische Durchsicht der Briefe soll hier in der Einleitung nicht versucht werden. Es würde sich aber lohnen, weil damit für das frühere Mittelalter interessante Aussagen über die Botenorganisation möglich wären.

<sup>4</sup> MHG, Epist., Band 3, Nr. 86, S. 368, Z. 7 – 10. Es handelt sich um einen Brief an Papst Zacharias, in dem Bonifatius sich über die Verzögerung in der Frage der Übersendung des Palliums beklagte und auf die Probleme bei der Gründung des Klosters Fulda einging. Lul war nicht nur Priester, sondern Schüler und engster Vertrauter des Bonifatius. Später wurde er Abt von Fulda, Chorbischof und schließlich Nachfolger Bonifatius‘ auf dem Mainzer Stuhl und mit der wichtigste Berater Karls des Großen in kirchenpolitischen Fragen. (LexMa, Band 6, Sp. 1 f.)

Lul reiste also in diplomatischem Auftrag nach Rom und war mehr als ein Briefbote. Das zeigt sich vor allem darin, dass er dem Papst mündliche Botschaften des Bonifatius zu überbringen hatte, die nicht dem Schreiben anvertraut werden durften. Das Zusammenspiel von Mündlichem und Schriftlichem, das sich als Kontinuität durch die Geschichte des mittelalterlichen Botenwesens zieht, ist also ebenfalls schon sehr früh fassbar. In rund einem Dutzend der überlieferten Briefe gibt es Hinweise darauf, dass Lul oder ein anderer Priester die Briefe überbrachte, organisatorische Fragen sind aber in keinem dieser Fälle angesprochen.

Darüber gibt uns nur ein einziger Brief des Heiligen Aufschluss. Es ist ein Schreiben an einen Grafen Reginbert, wo es im Wortlaut heißt: „*Carissimo filio Regeberhto praefecto Bonifatius servus servorum Dei in Domino aeternam salutem. Dignitatis tuae clementiam obsecramus precibus, ut hunc missum litterarum mearum, Romam pergentem propter responsa aecclesiastica et orationum causa, per vestros fines conservatum transire permittatis; et eum adiuvaré in propriis necessitatibus dignemini, sicut prioribus missis nostris fecistis, ut mihi revertentes referebant.*“<sup>(1)</sup>

Bonifatius' Bote, der als „*missus*“ und nicht als Priester bezeichnet wurde, konnte also offensichtlich auf eine Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen ebenso vertrauen wie offensichtlich dessen Vorgänger. Die Forschung konnte den Grafen Reginbert allerdings weder zeitlich noch örtlich näher fassen, so dass die Datierung des Briefes zwischen 732 und 754 sehr unbefriedigend ausfällt und auch über den Reiseweg der Bonifatius-Boten nichts ausgesagt werden kann. Der Name Reginbert könnte auf einen Adligen aus dem Umfeld der Agilolfinger hinweisen, dessen Herrschaft dann im Süden des Reiches gelegen hätte.

Der Graf hat wohl das Geleit für den Boten sichergestellt, der sich mit dem Brief des Bonifatius, den man ein Empfehlungsschreiben nennen könnte, beim örtlichen Machthaber ausgewiesen hat. Der Hinweis auf die Absicht des Boten, zusätzlich zur Botentätigkeit religiöse Handlungen in Rom verrichten zu wollen, gaben ihm einen höheren rechtlichen Schutz. Dies könnte als Indiz dafür genommen werden, dass man den Boten zusätzlich schützen beziehungsweise ihn besonders empfehlen musste, was die Selbstverständlichkeit der gräflichen Unterstützung etwas revidieren würde. Allerdings könnte es sehr wohl auch der Wahrheit entsprechen, dass jemand, der nach Rom reiste, dort auch betete.

Noch mühseliger als für Bonifatius scheint es für Einhard rund 80 Jahre später gewesen zu sein, einen Brief an den Adressaten zu bringen. An einen Geistlichen in Metz schickte der Laienabt im März 828 oder 829 ein Schreiben unter anderem mit der Aussage, dass jener ihm einen Brief durch einen Knecht habe überbringen lassen. „*Nescio quis prevenit adventum pueri vestri, qui mihi litteras vestras attulit et effecit, ...*“<sup>(2)</sup> Ein Knecht der Kirche von Metz, so die Quintessenz dieser Quellenstelle, war also mit dem Brief gereist, und zwar vom Absender bis zum Adressaten und ohne dass er auf Hilfe hätte zurückgreifen können.

Noch aussagekräftiger ist eine Stelle in einem Brief Einhards an einen unbekanntem Freund aus dem Herbst des Jahres 834, den Einhard um Weiterleitung seines Briefes an den Abt Fulko von Sankt Wandrille bei Rouen bittet. „*Misi per hunc puerum litteras ad N. abbatem. Quem, rogo, si ire potuerit, ut per aliquem tuorum usque ad illum deduci facias; aut si forte propter lassitudinem iumentorum, ut evenire solet, longius ire non poterit, precor, ut litteras, quas Folconi mitto, accipias et ei per aliquem dirigas eumque preceris, ut mihi respondeat atque responsum, quod ei dare placuerit, tibi remittat; et tu ad me, cum prium idoneum perlatores inveneris, ipsum responsum facias pervenire.*“<sup>(3)</sup>

<sup>1</sup> MGH, Epist., Band 3, Nr. 95, S. 382, Z. 21 – 26.

<sup>2</sup> MGH, Epist., Band 5, Nr. 4, S. 111, Z. 11 f.

<sup>3</sup> MGH, Epist., Band 5, Nr. 35, S. 127, Z. 21 – 26. Ein Schreiben an den Abt ist überliefert. Darin geht es um die von Einhard aus Rom besorgten Reliquien der Heiligen Marcellinus und Petrus. Ein Antwortschreiben aus Sankt Wandrille ist nicht auf uns gekommen.

Hier zeigt sich, dass das Überbringen einer Nachricht selbst für einen der führenden Männer im Reich nicht einfach war. Er brauchte Hilfe bei der Briefüberstellung. Sein Knecht kannte den Weg nach Rouen offensichtlich nicht, oder er musste zumindest geleitet und damit geschützt werden, wenn er überhaupt in der Lage war, noch zu reisen. Das Tier von Einhards Boten war vielleicht erschöpft, ein Problem, das ausweislich des Textes offensichtlich häufig vorkam. Und ein Ersatztransportmittel für den Boten war im Haushalt des Freundes augenscheinlich weder vorhanden, noch dachte man überhaupt daran, den Kurier durch einen Pferdewechsel wieder mobil zu machen. Der Bote blieb bei seinem Pferd.

Nimmt man das Wort „*iumentum*“ wörtlich, so muss man davon ausgehen, dass der Bote auf einem Lasttier reiste, das nur ein Zugtier gewesen sein könnte. Dann wäre der Briefbote sogar mit einem Karren unterwegs gewesen. <sup>(1)</sup> Ein schnelles Reitpferd, das kann als sicher gelten, war auf jeden Fall nicht gemeint.

Ein anderer, ein Knecht aus dem Haushalt des Freundes, sollte den Brief dann überstellen. Und die Antwort musste offensichtlich ebenso wieder über einen Umweg reisen, weil eine direkte Nachrichtenverbindung von der Seine an den Main, wo sich Einhard zu dieser Zeit aufhielt, nicht denkbar war. Leider ist nicht festzustellen, wo der mit der Hilfe beauftragte Freund lebte, so dass der Verlauf der Botenreise nicht zu ermitteln ist.

Hier könnte ein Unterschied zum oben angeführten Brief des Missionsbischofs Bonifatius zu sehen sein, der als wichtigster Vermittler zwischen Papst und König und als Beauftragter für den Aufbau der Kirchenorganisation im Frankenreich auf „staatliche“ Infrastruktur zurückgreifen konnte. Der Laienabt Einhard war hingegen jemand, der sich mit seinen eigenen Mitteln und denen seiner Freunde behelfen musste.

Dass dies funktionierte, zeigt eine weitere Stelle aus seinen Briefen. Einhard schrieb zu einem anderen Zeitpunkt dem kaiserlichen Bibliothekar Gerward nach Aachen und teilte diesem mit, dass er jetzt nicht an die Königspfalz kommen könne und man folglich im Moment brieflich miteinander verkehren müsse: „*Non deerunt perlatores, si hoc, quod scripseris, Bonotto vicedomino nostro mittere volueris.*“ <sup>(2)</sup>

Der Leiter von Einhards Haushalt fungierte hier also als Botenmeister. Der Bibliothekar sollte die Briefe nach Maastricht ins Sankt-Servatius-Kloster schicken, wo Bonotto für den Laienabt Einhard wirkte. Von dort aus sollten die Schreiben dann zu Einhard gebracht werden, der sich in Michelstadt oder Obermühlheim am Main aufhielt, wo er sich zu dieser Zeit wieder um die aus Rom besorgten Reliquien kümmern musste. Von Aachen nach Maastricht sind es rund 25 bis 30 Kilometer in westlicher Richtung. Erst von dort aus konnte dann der vom Verwalter geschickte Bote nach Süden reisen.

Sieht man sich die Äußerungen zum Briefverkehr in den Quellen über den dritten Mann auf der Liste, den Karl-Vertrauten Alcuin, an, so wird die These von den schwierigen Verhältnissen im Botenwesen nur untermauert. Alcuin schrieb im Jahr 803 an Erzbischof Arn von Salzburg, dass dieser sicherstellen möge, dass der ohnehin reisende Bischof Adalwin von Regensburg einen Brief Alcuins befördere. <sup>(3)</sup> Schon einige Jahre früher hatte Alcuin einen reisenden Abt um den gleichen Gefallen gebeten. <sup>(4)</sup> Selbst einer der führenden Männer am Hof Karls des Großen musste also Gefälligkeiten erbitten, um den Brieftransport sicherzustellen.

Diese Stellen, die den Ablauf von konkreten Botenreisen in Umrissen erkennbar machen, zeigen, dass die Zustellung von Korrespondenz auch für führende Persönlichkeiten des Reiches sehr mühsam war. Ansätze von Infrastruktur sind allerdings erkennbar. Klar wird

<sup>1</sup> Niermeyer, Band 1, S. 742, gibt Lasttier als Übersetzung an. Andere Lexika legen die Betonung dagegen eindeutig auf Zugtier, wobei die Bedeutung Packpferd oder auch Esel aber nicht ausgeschlossen wird.

<sup>2</sup> MGH Epist., a.a.O., Nr. 52, S. 135, Z. 32 f.

<sup>3</sup> MGH Epist., Band 4; Nr. 264, S. 421 f.

<sup>4</sup> MGH Epist., a.a.O., Nr. 57, S. 100 f. Der Brief stammt aus den Jahren 782 – 796. Genauer konnte ihn die Forschung nicht einordnen.

aber ebenfalls wieder, dass kein Bote mit dem Austausch von Pferden rechnen konnte und er das Schreiben die gesamte Strecke zu befördern bereit sein musste.

Scheint es auf Reichsebene also keine ausgeprägte Organisationsform für Boten gegeben zu haben, so war dies auf regionaler Ebene etwas anders. Landesherrliche Bestimmungen aus dem Hochmittelalter, die die Tätigkeiten von Boten regelten, finden sich jedenfalls. Im herzoglich bayerischen Urbar von 1240 erscheint für den Ort Au bei Kiefersfelden der Eintrag: „*Ibidem unum botenlehen, tritici dimidium modium avene I modium.*“<sup>(1)</sup> Die Pflicht des Botengehens ist hier unter den Naturalabgaben verzeichnet. Das Vorhandensein eines Boten in einer Ansiedlung scheint auch eine gewisse Logik zu haben.

Im Lehnbuch der Herzöge von Bayern, das zeitlich zu Beginn des 14. Jahrhunderts eingeordnet wird, findet sich für das Amt Pfarrkirchen unter den Leistungen der Hintersassen von Ötting, die sonst alle – der Entwicklung der Abgabensituation folgend – Geldabgaben zu leisten haben, der Eintrag: „*Aber Brieflehen der soll brief tragen.*“<sup>(2)</sup> Doch ist diese Quellenstelle bereits zu Beginn des Spätmittelalters anzusiedeln, wenngleich anzumerken ist, dass die Aufzeichnung diejenigen Dienste umfasst, die auch in den vorhergehenden Jahrhunderten zu leisten gewesen waren. Beide Stellen über Botendienste sind in Urbaren von Herrschaften erwähnt, die am Inn und damit an der wichtigsten Handelsstraße durch das Herzogtum lagen. Dort war der Nachrichtenaustausch sicher von besonderer Wichtigkeit.

Die Klöster trugen im Früh- und Hochmittelalter ebenfalls ihren Teil zur Botenorganisation bei. Teile der Forschung sehen in den kirchlichen Institutionen sogar das Rückgrat des Botenwesens. Die darauf hinweisenden Indizien müssen allerdings ebenfalls mit Vorsicht behandelt werden. Zum einen wird argumentiert, dass die Klöster eine ausgereifte Botenorganisation aufgebaut hatten, um Nachrichten untereinander auszutauschen. Das Vorhandensein von Gebetsverbrüderungen, die umfangreiche Korrespondenz bedeutender Äbte und Kleriker untereinander und der Zusammenschluss zu Kongregationen hätten solche Strukturen, die den Nachrichtenaustausch über weite Strecken ermöglichten, unentbehrlich gemacht.<sup>(3)</sup>

Inwieweit dies in großem Maßstab wirklich so ablief, ist schwer zu klären. Vor allem die konkrete Ausprägung des Klosterbotenwesens ist quellenmäßig nicht zu fassen. Vermutungen, die sich ebenfalls in der Forschung finden, die Klosterboten wären auch im reichsweiten und transalpinen Einsatz für den König als Boten unterwegs gewesen, müssen ebenfalls wieder mangels Quellen nachhaltig bezweifelt werden.<sup>(4)</sup>

<sup>1</sup> Monumenta Boica, Band 36, Teil 1, München, 1852, S. 224, Z. 15 f. Auffällig ist hier noch, dass dieser Hof doppelt soviel Hafer wie Weizen zu liefern hat, weshalb zu vermuten ist, dass dort mehr Hafer angebaut wurde, vielleicht auch, weil man Pferde zu versorgen hatte.

<sup>2</sup> Monumenta Boica, Band 36, Teil 2, München, 1861, S. 94, Z. 5.

<sup>3</sup> Einen generellen Überblick über die Klosterboten gibt Arthur Wyss; Die Post in der Schweiz; 2. Auflage, Bern, Stuttgart, 1988; S. 20 ff. Als Grundlage der Botentätigkeit sieht Wyss Kapitel 67 der Regel des Benediktinerordens, das für reisende Mönche explizit eine Ausnahme von der Regelung der „*stabilitas loci*“ vorsieht. Er sieht diese Reisenden als Boten im Auftrag ihres Klosters unterwegs, die lange Pergamentrollen, „*rotulae*“, transportierten, in denen die jeweils besuchten Klöster ihre jeweiligen Nachrichten aufzeichneten und so einen Rundbrief erstellten. Dort sind in einigen Fällen auch die Ankünfte und Abreisen der Klosterboten verzeichnet. Vor allem die großen Klöster – Wyss nennt Sankt Gallen als Beispiel – hielten so Kontakt zu anderen Ordenseinrichtungen und ihren Besitzungen. Auch Pferdewechsel soll es gegeben haben. Wyss Darlegungen sind allerdings sehr kursorisch und verzichten auf Quellenangaben. Siehe auch Kießkalt, a.a.O., S. 30 ff. Ausführlicher hat sich J. Hollenstein, Die Klosterboten, PTT-Zeitschrift der Schweizerischen Post-Telegraphen- und Telephonverwaltung, 1950, Dritter Teilband, mit den Klosterboten auseinandergesetzt. Doch auch dort finden sich nur wenige verwertbare Quellenstellen.

<sup>4</sup> Die Forschung zu den Themen Memoria und Verbrüderungsbücher haben die politische Bedeutung dieser Verbindungen für das Früh- und das frühe Hochmittelalter herausgearbeitet. Besonders zu nennen sind hier die Arbeiten von Karl Schmid und Joachim Wollasch, Die Gemeinschaft der Lebenden und der Verstorbenen in Zeugnissen des Mittelalters; In: Frühmittelalterliche Studien; Band 1; 1967; S. 365 – 405 und dies., Societas und Fraternitas; In: Frühmittelalterliche Studien; Band 9; 1975; S. 1 – 48. Doch in den Untersuchungen, die hier nur

Nachzuweisen ist jedoch, dass Klöster – wie offensichtlich auch weltliche Herrschaften – auf regionaler Ebene Botendienste organisiert haben. Doch auch hier ist die Begrifflichkeit wieder genau zu betrachten. Nicht alle Lehnsleute eines Klosters, die ein Pferd zu stellen hatten, sind zu den möglichen Briefboten zu rechnen, wie zum Beispiel Kießkalt es tut. Und: Die entsprechenden Lehnsverpflichtungen sehen nur einen Botendienst im Auftrag des Klosters vor. Von regional übergreifenden oder gar reichsweiten Botenbeziehungen ist auch hier nirgends die Rede.

Ins frühe Hochmittelalter ist das Urbar des Klosters Prüm in der Eifel einzuordnen. <sup>(1)</sup> Dort sind Dutzende von Eintragungen zu finden, die den Hintersassen die Pflicht zu Transportleistungen im Auftrag des Klosters auferlegten. Sowohl von „*parafredus*“ (zehnmal) als auch von „*scaram facere*“ (sogar 44 Mal) ist im Urbar die Rede. <sup>(2)</sup> Sehen wir uns die Belege an, in denen das Wort „*scara*“ vorkommt, so erscheint es schon wegen der großen Zahl sehr plausibel, dass es sich auch hier bei „*scaram facere*“ eher um allgemeine Transportleistungen handelte und nicht um Botendienste im speziellen. <sup>(3)</sup>

Eine Stelle, die genauer betrachtet werden soll, könnte allerdings darauf hindeuten, dass durchaus von Botendiensten die Rede ist. In Folio 31 v., Zeilen 13 bis 15, heißt es über den Hof Iversheim – 30 Kilometer südlich von Prüm: „*Facit scaram ad Prumiam, ad Aquisgrani, ad Coloniam, ad Bunnam, ad S. Goarem, sive cum eco seu cum pedibus.*“ <sup>(4)</sup> Die Dienste des Hofes in Iversheim waren die Reisen zu bestimmten Orten, die eine große regionale Bedeutung hatten. Es ist durchaus einsichtig, dass mit diesen Orten eine intensive Kommunikation gepflegt werden musste.

Es ist im Fall der als „*scara*“ definierten Transportleistungen für die Abtei Prüm also ebenfalls nicht ausgeschlossen, dass die Hintersassen, die die entsprechenden Transportaufgaben übertragen bekommen hatten, auch Botendienste leisteten und Nachrichten auf ihren Reisen überbrachten. Doch lagen die Zielorte aller Reisen auf jeden Fall auch nur im engeren regionalen Bereich und die Botentätigkeit war nur eine zusätzliche Aufgabe der Abhängigen. <sup>(5)</sup>

Das Wort „*scara*“ taucht im Sinne von Transporttätigkeit im hohen Mittelalter nicht mehr auf. Das könnte daran gelegen haben, dass die Beschreibung für die verschiedenen damit verbundenen Tätigkeiten zu unspezifisch war und durch präzisere Ausdrücke ersetzt werden

beispielhaft für andere genannt werden, wird auf eine spezielle Würdigung der Boten, so sie überhaupt möglich ist, verzichtet.

<sup>1</sup> Das Urbar entstand nach den Jahren 882 und 892, als die Verwüstung des Klosters durch Wikingereinfälle eine Bestandsaufnahme des Besitzes und der Rechte notwendig machte. Es ist zwar nur in einer Abschrift aus dem Jahr 1222 erhalten, doch ist sich die Forschung darüber einig, dass die Verhältnisse des 9. Jahrhunderts dargestellt werden. Zu Prüm und dem Urbar finden sich eine knappe Zusammenfassung und Literaturangaben im LexMa, Band 7, Sp. 290 ff.

<sup>2</sup> Das Urbar ist 1983 neu herausgegeben und kommentiert worden. Ingo Schwab (hrsg.); Rheinische Urbare, 5. Band, Das Prümer Urbar; (=Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Band XX); Düsseldorf, 1983.

<sup>3</sup> Unter den Abgaben von Meckenheim bei Rheinbach ist zum Beispiel von einem „*scaram pedestriam*“ (fol. 35 v., Zeile 9; Schwab, S. 226) die Rede. Und auf Blatt 36, in dem die Leistungen des Hofes in Retersdorf bei Königswinter am Rhein verzeichnet sind, lesen wir in den Zeilen 8 und 9: „*Scaram cum nave bis in anno ad S. Goarem sive ad Duzburgh.*“ (Schwab, a.a.O., S. 227). Die Transporte erfolgten in einem Fall zu Fuß, im anderen Fall mit dem Schiff.

<sup>4</sup> Schwab, a.a.O., S. 218.

<sup>5</sup> Waitz, a.a.O., S. 26, Anm. 1 zitiert ebenfalls einige dieser Stellen und kommt zu dem Schluss, dass es sich um Botendienste handelt. Eine Einschätzung, die aus den oben dargelegten Gründen nicht uneingeschränkt geteilt werden kann. Niermeyer, Band 2, S. 1230, sieht die Stellen im Prümer Urbar und eine Erwähnung im Fuldaer Traditionsbuch als Beleg für die Bedeutung des Wortes für Nachrichten und Beförderungsdienst. Da er nicht differenziert, hilft uns seine Aussage hier aber nicht weiter. Ludolf Kuchenbuch, Bäuerliche Gesellschaft, S. 299 ff., der die Sozialstruktur des Klosters Prüm umfassend untersuchte, differenziert bei den entsprechenden Leistungen der Hintersassen des Klosters nicht zwischen Transport- und Botentätigkeit, so dass uns dies bei der zu behandelnden Fragestellung nicht weiterbringt.

musste. Darauf könnte die Analyse des Urbars des Frauenklosters Sonnenburg im Pustertal in Tirol hinweisen, das als Ersatz einer lateinischen Version des Hochmittelalters Anfang des 14. Jahrhunderts in Deutsch erstellt wurde. Es listet neun Stellen auf, die sich mit dem Transport von Nachrichten befassen. Es finden sich „*potenlehen*“, (3) „*lauflehen*“ (4) oder explizit Höfe, die einen „*beraitem poten*“ (2) zu stellen hatten. Drei Beispiele sollen genügen: „*Laurenci pei Pingelim ainen hof, der gehoret ze ainem lauflehen.*“ „*Von Pühel ain huoben ze einem beraiten poten.*“ „*Der Wille pei Sache hat ein potenlehen.*“<sup>(1)</sup> Das Kloster hatte also nachweislich eine größere Zahl von Abhängigen, die als Dienstleistung Nachrichten überbringen mussten. Die unterschiedlichen Ausdrücke, die das in der nicht überlieferten lateinischen Version vielleicht vorhandene „*scara*“ ersetzt hatten, zeigen nun genau an, was der entsprechende Hintersasse zu tun hatte.<sup>(2)</sup>

Aus den besitzgeschichtlichen Quellen weltlicher und geistlicher Provenienz ist ein organisierter Botendienst – zumal zu weiter entfernt liegenden Zielorten – nur mit Einschränkungen zu belegen, reichsweit dürfte er – legt man die bisher erörterten Quellen zugrunde – überhaupt nicht existiert haben. Dass festgefügte Verbände, wie Klöster, für sich ein Transport- und auch Botenwesen schafften, liegt auf der Hand, da sie eine Zentrale hatten – die Abtei. Sie musste versorgt und informiert werden. Der König kam hingegen selbst vor Ort und holte sich, was er brauchte, Verpflegung und eben auch Informationen.

Eine Quelle, die in der schon zitierten verdienstvollen Arbeit von Adolf Korzendorfer teilweise ausgewertet ist, gibt für den Beginn des 13. Jahrhunderts einen genauen Aufschluss über die Botenorganisation eines Reichsbischofs und zeichnet ein etwas anderes Bild. Es handelt sich um Bischof Wolfger von Passau, der sich im Dienst für König Philipp von Schwaben vom September 1203 bis Juli 1204 in Italien aufgehalten hat und über seine Ausgaben genau Buch führen ließ.<sup>(3)</sup> Wolfger entlohnte während dieser zehn Monate 58 Boten, wobei auffällig ist, dass 51 Zahlungen an Kuriere gingen, die zu ihm kamen. Im Gegensatz zu anderen Botenorganisationen scheinen hier die Boten, die aus Salzburg, Mainz, Ungarn, Passau, Böhmen, Venedig und anderen Orten kamen, nicht für die Hin- und Rückreise bezahlt worden zu sein, sondern sie mussten vom Empfänger noch einmal entlohnt werden.

Nur sieben Mal zahlte der Bischof den abreisenden Boten etwas. In diesen sieben Fällen schrieb der Bischof von sich aus und schickte dabei jeweils einen seiner beiden zu seinem Haushalt gehörigen Boten, Wilhelmus und Burghardus, „*cursores*“ genannt, los. Diese beiden scheinen ein festes Auskommen im bischöflichen Haushalt gehabt zu haben und bekamen nur ergänzende Zahlungen, wenn sie etwa wegen der Länge des Weges eine Zulage erhielten. Korzendorfer errechnete für die 58 Botenreisen Ausgaben des Bischofs in Höhe von 4120 Pfennigen, wobei unklar ist, ob wertvollere bayerische oder leichtere italienische

<sup>1</sup> Ignaz von Zingerle (hrsg.), Urbarbuch des Klosters zu Sonnenburg; In: Archiv für österreichische Geschichte; Band 40; 1869; S. 84 ff.

<sup>2</sup> Kießkalt führt auch noch eine Reihe von „*rosselehen*“ an, die er ebenfalls als Belege für Botendienste sieht. Das Urbar enthält – so ergab eine Durchsicht des Verfassers – eine größere Zahl dieser Lehen. Es scheint mir daher auch hier nicht angebracht, diese „*rosselehen*“ mit einer Botentätigkeit ihrer Inhaber in Beziehung zu setzen, sondern die allgemeine Transportleistung mit Pferden dahinter zu vermuten. Denn höchstwahrscheinlich handelte es sich bei der aufgelisteten Verpflichtung wiederum um die Bereitstellung eines Pack- oder Zugpferdes, oder sogar nur um die Stellung eines Ackerpferdes. „*Bei Bores des Erben sün habent ainen hof. Der ist ein rosselehen.*“ Kurz davor ist aufgeführt: „*Von Benid ain ros zu fueren über den Ritten.*“ Gerade die letzte Quellenstelle zeigt, was mit den Rosselehen bei den Abhängigen in den Gebirgsgegenden gemeint ist. Sie mussten Transportleistung bereitstellen, mit der die Überquerung der Pässe, hier des Ritten, sichergestellt werden konnte. Zingerle, a.a.O.

<sup>3</sup> Korzendorfer, a.a.O., S. 366. Er fand diese Rechnungen – elf Pergamentblätter – im Gemeindearchiv von Cividale.

Pfennige gemeint waren, so dass eine Aussage über die tatsächlich entstandenen Kosten nicht möglich ist. <sup>(1)</sup>

Festzuhalten ist, dass der im Reichsauftrag tätige Bischof von verschiedenen Absendern Briefe durch deren Boten erhielt und diese durch die selben Boten wieder beantwortete. Er selbst hatte zwei Kuriere in seinem Haushalt, die er aber relativ selten einsetzte. Auch hier kann – soweit die indirekte Kenntnis der Quelle eine Auswertung zulässt – noch nicht von einer reichsweiten Botenorganisation gesprochen werden. Die Übermittlung der Nachrichten basierte vielmehr wieder auf der Initiative eines Einzelnen.

Finden sich nun Informationen zur Botenorganisation, zur Wirksamkeit und auch zum Aussehen von Boten, wenn wir literarische Quellen und Illustrationen ansehen? Nachrichten aus der Literatur des 12. und 13. Jahrhunderts über Boten haben Alwin Schultze in seinem Buch über das höfische Leben und Ernst Kießkalt zusammengetragen. <sup>(2)</sup> Obwohl die jeweiligen Stellen aus der zeitgenössischen Literatur eher kurz und knapp sind, lassen sich doch eine Reihe von interessanten Punkten zu den Boten herausarbeiten.

Als Boten waren Knappen oder „*garzune*“ für ihre Herren im Einsatz. Im Heldengedicht Wigamur, einem Artusroman aus dem 13. Jahrhundert, wird „*garzun*“ und Bote deckungsgleich verwendet. „*Mit schoner kurthaseye/Nayt sich gen meniglichen der garzaun/Scharlach rot und prawn/Was sein mantel gehalbirt/Mit zendal gefüttert/Der pot also von dannen lieff.*“ <sup>(3)</sup> Dieser Bote war ausweislich des Kontexts zu den Rittern gekommen, um sie zu einem Turnier zu laden. Die Sendung des Boten, der von einem benachbarten König geschickt worden war, galt deshalb wohl als besonders ehrenvoll. Dies erklärt auch seine schicke Kleidung, womit wir zur zweiten zentralen Aussage dieser Quellenstelle kommen: Boten konnten, hatten sie besonders wichtige Aufgaben übertragen bekommen, durchaus besonders auffällig und gut gekleidet sein. Denn folgt man dieser Stelle, so sieht man einen Boten vor sich, der mit einem aufwändig gefertigten, farbigen und gefütterten Überwurf ausgestattet ist.

Diese Feststellung wird durch einige andere Textstellen erhärtet. So heißt es in Heinrich von Freibergs Tristan: „*Sein rock war hübsch geschniten Wohl nach gendes boten siten.*“ <sup>(4)</sup> Hier wird das Aussehen des Boten sogar als beispielhaft für andere angeführt. Daraus kann man den Schluss ziehen, dass ein gut gekleideter Bote eine gängige Erscheinung war. Nur so ergibt es Sinn, ihn als Beispiel für etwas zu nennen. Auch dieser Kurier war ausweislich des Kontexts in einer ehrenvollen Mission unterwegs.

Auch Hinweise auf den Botenstab finden sich an mehreren Stellen. Ein entsprechendes Zitat erscheint zum Beispiel in Amadas et Ydoine, einem der bekanntesten anglo-normannischen Heldenromane, geschrieben im späten 13. Jahrhundert: „*En sa main porte un bastoncel/de couleurs et d’or bien paint.*“ <sup>(5)</sup>

Besonders deutlich wird die Tatsache, dass ein Stab in der Dichtung als konstituierendes Element eines Boten galt, im Artusroman Wigalois, entstanden zwischen 1210 und 1220. Der Ritter Wigalois, Gaweins Sohn, war unterwegs und traf auf einen Boten des Königs der Bretagne, der nach Spanien unterwegs ist, um dort Verstärkung anzuwerben – wieder geht es

<sup>1</sup> Es wäre sehr verdienstvoll diese wichtige Quelle über das Botenwesen des frühen 13. Jahrhunderts genauer zu untersuchen.

<sup>2</sup> Alwin Schultze; Das höfische Leben zur Zeit der Minnesinger; Band 1, Leipzig, 1879; Kießkalt, a.a.O., S. 28 ff.

<sup>3</sup> Danielle Buschinger (Hrsg.); Wigamur; Göppingen, 1987; (=Göppinger Arbeiten zur Germanistik, Nr. 320); Verse 4682 – 4685; S. 91. Siehe auch Kießkalt, a.a.O., S. 46. Auch Grimms Wörterbuch, Band 4, Sp. 1427 f. setzt das Wort, das sich noch heute im französischen *garçon* findet, mit Knappe, aber auch mit Bote gleich.

<sup>4</sup> Heinrich von Freiberg, Tristan, Vers 1173. Zitiert nach Kießkalt, a.a.O., S. 28. Dieser Artusroman gilt als Fortsetzung des Werks Gottfrieds von Straßburg und war ebenfalls ein schon in seiner Entstehungszeit sehr verbreitetes Werk. Auch Grimm, a.a.O., führt diese Stelle als Beleg an.

<sup>5</sup> Celestin Hippeau (Hrsg.), Amadas et Ydoine, Poème d’aventures; Paris, 1863; Vers. 1690 f.

um ein Turnier, also um eine für die Welt der Ritterromane sehr wichtige Angelegenheit. Die für uns entscheidende Stelle lautet: „*Den stap begunde er wenden nach der garzune site.*“<sup>(1)</sup> Der Botenstab erscheint in dieser Stelle als prägendes Attribut des Boten. Denn der Umgang des Boten mit dem Stab wird wieder als erklärendes Beispiel für einen Vorgang verwendet. Die Menschen, zumindest diejenigen, die an einem Fürstenhof lebten, mussten also mit dem Aussehen, den Aufgaben und dem Verhalten der Boten einigermaßen vertraut sein, was es wiederum sehr wahrscheinlich macht, dass der Bote mit dem Stab eine in der Realität in dieser Form auftretende und sogar relativ häufig vorkommende Gestalt war. Sonst macht eine Bezugnahme auf sie wiederum keinen Sinn.

Einen besonderen Botenstab finden wir dann noch an einer anderen Stelle des Wigalois beschrieben: „*Do braht in leidin maere/uf dem wege ein garzun/des rock was gel und brun/in einander geparieret/sin houbet was gezieret/mit einem schapel blumin/Ouch truc er inden henden sin/einen stap von helfenbeine.*“<sup>(2)</sup> Der Bote war in diesem Fall abgeschickt worden, um reisenden Kämpfern eine wichtige Nachricht zu überbringen. Der Stab aus Elfenbein erhöhte zusätzlich die Würde des Boten und damit diejenige seines Herrn. Auch die anderen Botenattribute, die besondere Kleidung und hier sogar noch ein Kopfschmuck, tauchen wieder auf.

In einer weiteren Stelle bei Wigalois findet sich auch ein genauer Hinweis auf die Transportbehälter und das Aussehen der Briefe: „*Die brieve waren getihtet/geschriban unde gerihet/ unt wurden zesamene geleit/Do man sie vielt unt besneit/Man warmte wahs daz was zetriben/Sie wurden gesigelt und uberscriben/Mit Namen nach ir rehte/Do gewonnen si die knehte/unt die boten sa zehant.*“<sup>(3)</sup> Und noch eine weitere Quellenstelle bietet sich für die Interpretation an: „*Ein bühe an sinem gürtel hienc/Mit brieven und mit maeren.*“<sup>(4)</sup> Die Kuriere überbrachten anscheinend also in den meisten Fällen geschlossene, versiegelte Briefe und verwahrten diese Schreiben in Büchsen oder Fässchen, die am Gürtel hingen. In Jansen Enikels Wiener Reimchronik aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts findet sich an mehreren Stellen der Ausdruck „*briefvaz*“, was der oben genannten Bezeichnung „*barriil*“ wohl nahe kommt. Ein Beispiel soll genügen: „*Einen andern brief si im leit in sin briefvaz wit.*“<sup>(5)</sup>

In der oben schon analysierten Stelle der Dichtung Wigamur, bei der ein Bote ja einen sehr ehrenvollen und wichtigen Auftrag hatte, ist davon die Rede, dass der Kurier zu Fuß kam. „*Weygamur bey seinem gemahel saß, auf ainem teppich seydin; wan da kam gelauffen ein ain gartzun jung, wol geclayt.*“<sup>(6)</sup> Die Tatsache, dass ein Kurier kein Pferd zur Verfügung hatte, tat seinem Ansehen und offensichtlich auch seiner Leistungsfähigkeit keinen Abbruch.

Korzendorfer sah sich bei seiner Forschung über den Nachrichtenverkehr in Bayern das Nibelungenlied<sup>(7)</sup> an, das um 1200 in Passau seine endgültige Form erhielt und auf der Basis

<sup>1</sup> George Friedrich Benecke (Hrsg.) Wigalois. Der Ritter mit dem Rade; Berlin, 1819, Vers 1430/31, S. 55. Auch an dieser Stelle ist der Bote, der bis nach Spanien soll, zu Fuß unterwegs. „*In disen sorgen reit er/Nu kom gegen im geloufen her/uf dem wege ein garzun/der trug einen schapperun/gesniten von fritschale/mit roten zendale/was er gefurririert/sin hut der was gezieret/mit blumen und mit loubes/sus lief er in dem stoube/des roten Seites von der gran/truc er einen rok an/gebriset mit grossem flizze/hantschuhe vil wizze/het er an den henden/den stap begunde er wenden nach der garzune site/da furdert er sin loufen mite/sin hosen waren gut genuc/zwene brisschuhe er an truc.*“ Siehe Benecke, Wigalois, a.a.O., Vers.1411 ff.; S. 55 f. Wieder ist der Bote bestens gekleidet für seinen wichtigen Auftrag.

<sup>2</sup> Benecke, Wigalois, a.a.O., Vers 11295 – 11302; S. 414.

<sup>3</sup> Zitiert nach Schultze, a.a.O., S. 135.

<sup>4</sup> A. von Keller (Hrsg.) Konrad von Würzburg. Der Trojanische Krieg, Stuttgart, 1858, Vers. 977. Hier zeigt sich, dass Boten, ihre Tätigkeit und ihr Aussehen auch in anderen Genres der mittelalterlichen Romane vorkamen.

<sup>5</sup> MGH, Deutsche Chroniken, Band 3, S. 526, Vers 27025 f.

<sup>6</sup> Buschinger, Wigamur, a.a.O., Vers. 4654 – 4657.

<sup>7</sup> Es ist hier nicht der Ort, näher auf die Überlieferung und Deutung des Nibelungenliedes einzugehen. Das soll Fachleuten überlassen bleiben. Entscheidend sind nur die Aussagen über Boten, die teilweise deutlich von den Schilderungen in den anderen Dichtungen abweichen.

älterer Vorlagen aus den vorangegangenen Jahrhunderten entstand. Darin fand Korzendorfer eine Reihe von Stellen, die sich mit der Tätigkeit von Boten befassen. Allerdings überbrachten diese in fast allen von Korzendorfer zitierten Stellen nur mündliche Nachrichten und waren immer beritten. Nur in Strophe 1361 des Nibelungenliedes ist von Briefen die Rede. <sup>(1)</sup>

Sicherlich sind die Aussagen in den literarischen Quellen insofern zu relativieren, als dass sie immer eine Überhöhung der Realität darstellten, also ein Idealbild lieferten. Doch in der einen oder anderen ähnlichen Form, vielleicht weniger wertvoll und geschmückt, müssen die vorgeführten Gegenstände aber vorhanden gewesen sein und die Verhaltensmuster in ähnlicher Form vorgekommen sein. Sonst hätte man sie nicht beschrieben. Es ist also zu konstatieren, dass es an den Höfen des Hochmittelalters spezielle Bedienstete höheren Ranges gab, die in besonderen Fällen neben ihrer jeweiligen Haupttätigkeit auch Botendienste verrichteten. Denn man schickte nicht irgendjemanden mit Briefen los, sondern wählte dazu die Knappen aus, die im Hofstaat schon eine gewisse Position erreicht hatten. Sie waren noch keine spezialisierten Boten mit speziellen Erkennungszeichen, doch entwickelten sich die Boten späterer Zeit und deren Attribute wahrscheinlich aus diesen existierenden Vorläufern. Allerdings handelte es sich in allen dargestellten Fällen um eine sehr wichtige Botschaft, für deren Überbringung dann ein aufwändig gekleideter Knappe zum Einsatz kam. Weniger wichtige Nachrichten werden wohl weniger aufwändig gekleidete Boten als Überbringer gehabt haben. Geht man nun der Frage nach, ob sich die Aussagen in den literarischen Quellen durch zeitgenössische Abbildungen erhärten lassen, so muss wieder konstatiert werden, dass die Forschung relativ leichtfertig und oberflächlich argumentiert, wenn sie zum Beispiel die Existenz von spezieller Botenkleidung und Ausrüstung im Hochmittelalter als Tatsache darstellt.

Sicherlich finden sich eine Reihe von Abbildungen von Boten in Handschriften. Diese zeigen die Kuriere mit Botenstab, Büchse und versiegeltem Brief, auch eine spezielle Kleidung in den Farben seines Herrn kann man des öfteren auf den Abbildungen erkennen und es sind sogar spezielle Botenschilder an der Brust oder am Oberarm, die zur Kennzeichnung dienen, zu finden. Zusammengetragen haben diese Abbildungen unter anderem Schultze in seinem oben schon erwähnten Werk <sup>(2)</sup>, Lauffer <sup>(3)</sup> und in neuerer Zeit Heinz-Dieter Heimann in einem Aufsatz von 1993. <sup>(4)</sup> Die Autoren sprechen auch davon, dass die Abbildungen von fürstlichen Kurieren zeigen würden, dass sie auf ihrer Kleidung die Farben und Wappen der jeweiligen Herren tragen.

Doch muss hier der scharfe Einwand gebracht werden, dass fast alle aufgeführten Beispiele entweder schon im Spätmittelalter oder sogar in ihrer großen Mehrzahl schon in der Frühen

---

<sup>1</sup> Korzendorfer, a.a.O., S. 365.

<sup>2</sup> Schultze, a.a.O., S. 136 und 434. Schultze fand Darstellungen von Boten in der Pariser Minnesinger Handschrift, (Tafel VIII) und in den Miniaturen der Welislawischen Bilderbibel, Tafel 19; Sie zeigen beide die Boten mit einem Fässchen (barril) oder einer Büchse. Doch schon die Darstellung in der Welislawischen Bibel, die zeigt, wie ein rechteckig gefalteter Brief aus einer runden Büchse herausgenommen wurde, erscheint eher wieder wie eine symbolische Darstellung. Der Bote ist mit einem dünnen Stab abgebildet, der weder bei der Wanderung noch bei der Verteidigung hätte nützlich sein können und der an einen Heroldsstab erinnert.

<sup>3</sup> Otto Lauffer; Der laufende Bote im Nachrichtenwesen der früheren Jahrhunderte. Seit Amt, seine Ausstattung und seine Dienstleistungen; In: Beiträge zur deutschen Volks- und Altertumskunde; Band 1, 1954. In seiner Darstellung auf den Seiten 38 ff. kommt der Autor zu dem Schluss, dass die ursprüngliche Kleidung der hochmittelalterlichen Boten ein grauer Wams war, dass sich aber nach und nach Farben und auch Wappen dazu gesellten.

<sup>4</sup> Heinz-Dieter Heimann; Zur Visualisierung städtischer Dienstleistungskultur. Das Beispiel der kommunalen Briefboten; In: Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums, 1993, S. 22 – 36. Trotz des einschränkenden Titels finden sich bei Heimann auch Abbildungen von Boten aus dem Hochmittelalter. So aus Petrus de Ebulo's Werk, Liber ad honorem Augusti, das unten noch genauer untersucht wird. Sonst sind keine Darstellungen aus dem Hochmittelalter bei Heimann zu finden.

Neuzeit anzusiedeln sind. Es wird m. E. der Fehler gemacht, Verhältnisse aus späteren Jahrhunderten ins Hochmittelalter zurück zu projizieren.

Sehr detailliert und quellennah stellt hingegen Richard Ernst Jacob Weber die Bildzeugnisse vor, die uns über das Aussehen von Boten und insbesondere der Botenbüchsen informieren.

(<sup>1</sup>) Als Abbildungen von Boten aus dem späten Hochmittelalter finden sich bei Weber vor allem Illustrationen aus den verschiedenen Handschriften des Werkes „*De Moribus Hominum et Officiis Nobilium*“ des Jakob von Cessolis aus dem 13. Jahrhundert. Alle fünf Illustrationen zeigen die Boten ohne Stab, sehr wohl aber mit einer Botenbüchse. Der Stab als Kennzeichen des Boten ist also daraus nicht zu belegen, sehr wohl aber die Bedeutung der Büchse. (<sup>2</sup>)

Die einzige weitere von Weber abgebildete Darstellung eines Boten aus dem Hochmittelalter stammt aus einer Handschrift des Werkes des Matthias Paris, die um 1250 entstanden sein dürfte und im British Museum aufbewahrt wird. Sie zeigt einen Boten mit einer ovalen Büchse, einem langen, einfachen Gewand, längeren Haaren und einem langen Botenspieß. (<sup>3</sup>) Diese Illustration nimmt dahingehend aber eine Ausnahmestellung ein.

Weitere genuin hochmittelalterliche Botendarstellungen hinterließen uns die Illustratoren im Werk des Petrus de Ebulo. (<sup>4</sup>) Schaut man sich die stattliche Zahl von Abbildungen an, so stößt man zuerst einmal auf den lateinischen Ausdruck für Boten; sie sind als „*cursores*“ bezeichnet. Auch findet sich kein einziger Anhaltspunkt dafür, dass einer der gezeigten Kuriere seinen Auftrag mit Hilfe eines Pferdes erledigte. Alle Boten waren ausweislich der Darstellungen zu Fuß unterwegs. Dies deckt sich mit den Ergebnissen aus der Analyse der literarischen Texte.

Bei Petrus de Ebulo finden sich insgesamt 21 Darstellungen von Boten auf fünf verschiedenen Seiten des Codex. (<sup>5</sup>) Die Kuriere sind in einfachen Gewändern, ohne jegliches Wappen oder andere farbliche Attribute abgebildet. Hier kann folglich keine Übereinstimmung mit den Aussagen in den Dichtungen gefunden werden. Sie tragen allerdings langes Haar, was dahingehend zu interpretieren sein könnte, dass sie keine Abhängigen sondern Freie waren und einer etwas höheren sozialen Schicht entstammten. Dies wiederum deckt sich mit den Aussagen in den literarischen Quellen, die die Boten als Knappen bezeichnen.

Befinden sich die Kuriere unterwegs, tragen sie fast immer einen Gegenstand in der Hand, der ein schlichter Stab (Folio 106), ein Knüppel (Folio 101), eine Keule (Folio 124) oder eine Streitaxt (ebenfalls Folio 124) sein kann. Angekommen beim Adressaten sind sie ohne dieses Attribut dargestellt, beziehungsweise haben – wie auf Folio 124 – die Waffe abgelegt. Wäre der Botenstab das Erkennungszeichen der Kuriere, müsste er ja gerade jetzt in den Händen des Mannes sein, wenn er seinen Auftrag erfüllt und das Schreiben an den Adressaten übergibt. Es scheint daher klar zu sein, dass der Stab oder die Waffe in der Hand bei Petrus de Ebulo kein Symbol für den Boten darstellt, sondern lediglich eine symbolische Darstellung dafür ist, dass er unterwegs ist. In diesem Punkt ergibt sich ein deutlicher Widerspruch zu den Aussagen in den höfischen Dichtungen.

---

<sup>1</sup> Richard Ernst Jacob Weber; *La boite de messenger en tant que signe distinctif du messenger au pied*; Harlem (Ndl.), 1972. Freundlicher Hinweis von Doris Bampi-Hautmann. Es muss bedauert werden, dass dieses Büchlein, das auf seinen 34 Textseiten und seinen 40 Abbildungen viele wichtige Anhaltspunkte gibt, in der Forschung sonst weniger berücksichtigt wurde.

<sup>2</sup> Bei Weber sind dies die Abbildungen 20 – 24.

<sup>3</sup> Weber, a.a.O., Abbildung 3.

<sup>4</sup> Theo Kölzer und Marlis Stähli (Hrsg.), *Petrus de Ebulo. Liber ad honorem augusti sive de rebus Siculis*. Eine Bilderchronik der Stauferzeit (= Codex 120 II der Burgerbibliothek Bern) Textrevision und Übersetzung von Gereon Becht-Jördens; Sigmaringen, 1994. Zwei der dort vorgestellten Illustrationen finden sich auch bei Weber, a.a.O., Abbildungen 1 und 2.

<sup>5</sup> Boten sind abgebildet auf Folio 101, 106, 124, 125 und 128, wobei die Kuriere teilweise mehrmals dargestellt sind.

In fast allen 21 Abbildungen hingegen gleich ist die Darstellung der Boten mit der runden, aber ebenfalls ungekennzeichneten Botenbüchse, so dass wohl ausschließlich dieses Merkmal als das charakteristische Erkennungszeichen der Kuriere im Codex des Petrus de Ebulo zu gelten hat. Die Botenbüchsen sind an Schnüren um den Bauch des Kuriers gebunden, wie mehrmals genau zu erkennen ist. <sup>(1)</sup> Dies deckt sich mit den oben vorgestellten Aussagen in den literarischen Quellen.

Die Vermutung von Gereon Becht-Jördens, dass die dargestellten Behälter Wasserflaschen sein könnten, ist zurückzuweisen. Denn zum einen erscheint auf Folio 101 ein Bote, der aus einer Wasserflasche trinkt und zusätzlich am Körper ein weiteres Behältnis hat, bei dem es sich um die Botenbüchse handeln muss. Und auf Folio 125 sind neben der Wasserflasche und der Botenbüchse sogar noch zusätzlich Lebensmittel dargestellt, so dass auch die Gleichsetzung des Behältnisses mit dem Paket für den Reiseproviant nicht möglich ist. Außerdem, und das ist m. E. das stichhaltigste Argument, tragen die Boten die Botentasche auch dann, wenn sie in Gegenwart eines Königs oder Kaisers den zu transportierenden Brief entgegennehmen. In dieser Situation wäre eine Wasserflasche oder ein Proviantbeutel wirklich unpassend gewesen.

Es dürfte sich bei der runden Büchse um den bevorzugten Transportbehälter für Briefe gehandelt haben, der ja auch einen praktischen Sinn hatte, wenn man das beschriebene Pergament unversehrt ans Ziel bringen wollte. Obgleich, das muss noch angeführt werden, nicht alle dargestellten Briefe Schriftrollen sind. Es begegnen auch Abbildungen von quadratisch gefalteten Schreiben, die einer runden Büchse entnommen wurden (Folio 106 und 125). Doch sind dies wahrscheinlich ebenfalls symbolische Darstellungen, bei denen einfach die Übergabe der Schreiben dargestellt werden sollte. Dabei kam es dann nicht auf die Form des Briefes an. <sup>(2)</sup> Auch die literarischen Quellen, hier haben wir eine weitere sehr wichtige Übereinstimmung, sprechen von Botenbüchsen, die am Gürtel getragen werden.

Die Illustration eines Boten in der Pariser Minnesänger-Handschrift aus dem 13. Jahrhundert zeigt den stilisierten Typ eines Kuriers. Interessant ist hier die genaue Darstellung des Fässchens an seinem Gürtel, das ja auch in den literarischen Quellen als „*barril*“ oder „*briefvaz*“ auftaucht. Doch auch in diesem Fall fehlt jeder Hinweis auf Botenstab oder gar Wappen als Erkennungszeichen. <sup>(3)</sup>

Die Schwierigkeiten, sich die teilweise recht hohen Geschwindigkeiten von Boten im Hochmittelalter zu erklären, führen oft dazu, dass auf das Vorhandensein von Relaisstationen mit Pferdewechsel geschlossen wird. Dies geschieht allerdings immer, ohne aussagekräftige Quellenstellen dafür aufweisen zu können.

Die Reisegeschwindigkeit von Boten im Hochmittelalter sind von Reinhard Elze <sup>(4)</sup> und Friedrich Ludwig <sup>(5)</sup> für einige Strecken untersucht worden. Elze zeigt, dass päpstliche Boten Ende 1075/Anfang 1076 in 23 Tagen von Rom nach Goslar reisten. Die drei Männer, die die scharf formulierte Aufforderung Gregors VII. an Heinrich den IV. überbrachten, die Investitur von Bischöfen nicht mehr in der bisher üblichen Form zu betreiben, waren mit einem Schreiben vom 8. Dezember in Rom aufgebrochen und schon am 1. Januar 1076 beim König

<sup>1</sup> Am besten ist dies auf Folio 106 zu sehen.

<sup>2</sup> Der Herausgeber des Codex spricht hier von einem handwerklichen Fehler des Illustrators. Das scheint mir eher unwahrscheinlich.

<sup>3</sup> Schultze, a.a.O., S. 434.

<sup>4</sup> Reinhard Elze, Über die Leistungsfähigkeit von Gesandtschaften und Boten im 11. Jahrhundert. Aus der Vorgeschichte von Canossa 1075 – 1077; In: Werner Paravicini und Karl Ferdinand Werner (hrsg.) *Histoire comparée de l'administration (IV. à XVII. siècles)*; (=Beihefte der Francia, Band 9) München, 1980; S. 3 – 10.

<sup>5</sup> Friedrich Ludwig; Untersuchungen über die Reise- und Marschgeschwindigkeit im 12. und 13. Jahrhundert; Berlin, 1897.

in Goslar. Elze errechnete für die 1700 bis 1800 Kilometer im Winter somit einen Tagesdurchschnitt von 74 bis 78 Kilometer. <sup>(1)</sup>

Ludwig, der sich hauptsächlich mit den Reisen von Fürsten und deren Gefolge beschäftigt, führt in einem Exkurs auch Beispiele für schnelle Botenreisen aus dem 12. und 13. Jahrhundert an. Er kann tägliche Geschwindigkeiten von 50 bis 63 Kilometer nachweisen. Als ein Beispiel sei auf die Benachrichtigung Kaiser Heinrichs VI. im Dezember 1192 verwiesen, als der Staufer spätestens am 28. Dezember über die Gefangennahme König Richards von England informiert war, die am 21. Dezember erfolgt war. Vom Ort der Gefangennahme (Erdberg bei Wien) bis zum Aufenthaltsort Heinrichs in Redwitz waren es rund 375 Kilometer. Der Bote konnte also in sechs bis sieben Tagen täglich zwischen 54 und 63 Kilometer zurücklegen, so Ludwigs Folgerung. <sup>(2)</sup>

Als Fazit kann für das Botenwesen des Früh- und Hochmittelalters gesagt werden, dass es eindeutig zu belegen ist, dass versucht wurde, auf Reichsebene die organisatorischen Strukturen für die Bereitstellung von Transportkapazität zu schaffen. Inwieweit diese Kapazitäten auch Boten zur Verfügung gestellt wurden, ist nicht zu klären.

Die angeführten Quellen beweisen hingegen, dass es lehnsrechtliche Bestimmungen – bei Klosterlehen, aber auch in weltlichen Herrschaften – gab, die es Abhängigen auferlegten, Botendienste für ihre jeweiligen Herren – wahrscheinlich also auf regionaler Ebene – zu verrichten. Die Zitate aus der zeitgenössischen Literatur und die Abbildungen, die überliefert sind, zeigen ebenfalls, dass es spezielle Boten gab, die in der einen oder anderen Form besonders gekennzeichnet waren und die neben den anderen zufällig reisenden Pilgern oder Mönchen schriftliche Nachrichten zustellten. Sicherlich gab es noch keinen regelmäßigen Botenverkehr, sondern die Kuriere verkehrten nur aus besonderem Grund, wobei die Geschwindigkeit von Reisenden mit eiligen Nachrichten schon recht hoch war. Ein Beleg für das Vorhandensein von Relaisstationen konnte nicht beigebracht werden, entsprechende Thesen, die in der Literatur immer wieder auftauchen, sind m. E. nicht belegbar.

### 1.3.2 Spätmittelalter

Ausgangspunkt der historischen Forschungen über die schriftliche Kommunikation im Spätmittelalter ist oft der Vergleich mit dem Postwesen der Familie Thurn und Taxis, die ab den 90er Jahren des 15. Jahrhunderts im Auftrag des Habsburgers Maximilian I. ein Postennetz im Reich aufbaute, um die Nachrichtenverbindung zwischen den weit auseinander liegenden Herrschaftsgebieten des Hauses Habsburg sicherzustellen. Man sollte sich aber davor hüten, die Geschichte des Botenwesens und der Nachrichtenübermittlung zu einseitig als Vorgeschichte der neuzeitlichen Post zu interpretieren. Sicherlich erwuchs in vielen Fällen das heutige moderne Postsystem aus dem vorangegangenen Kurierwesen. Doch die Kommunikationsstrukturen der vorausgehenden Jahrhunderte hatten ihre Bedeutung für sich selbst und waren durch die konkrete Zeit und den konkreten Ort bestimmt. Man sollte sie in ihrem historischen Umfeld würdigen und nicht immer Vergleiche zu späteren Jahrhunderten ziehen und von daher zu Wertungen kommen.

Gerade die Zeit unmittelbar vor dem Beginn dieser neuen, mit dem Namen der Thurn und Taxis in Verbindung stehenden Organisationsform der Nachrichtenübermittlung im Reich

<sup>1</sup> Elze, a.a.O., S. 4. Auch die Boten, die die Ladung Heinrichs an die italienischen Bischöfe zur Synode von Piacenza überbrachten, reisten im Januar/Februar 1076 mit rund 70 Kilometern Tagesdurchschnitt. (Elze, a.a.O., S. 5 f.) Im Gegensatz dazu benötigten Gesandtschaften aus dem Reich nach Rom mindestens einen Monat, wie Viktor Menzel, a.a.O., S. 200, für Reisen im Auftrag Friedrichs I. in der Mitte des 12. Jahrhunderts berechnete.

<sup>2</sup> Ludwig, a.a.O., S. 190 ff. Ludwig nimmt die Luftlinie zu seinen Berechnungen. Versucht man den Weg des Boten auf den Straßen zu folgen, die ihn von Wien über Budweis, Pilsen und Eger, wo der Kaiser Weihnachten gefeiert hatte, nach Redwitz brachten, so kommt man auf rund 450 Kilometer und damit auf einen noch höheren Durchschnitt von bis zu 75 Kilometern.

fand – was die Tätigkeiten der Reichsfürsten angeht – in der Forschung bisher noch kaum Interesse. Wesentlich besser untersucht sind die Tätigkeiten der Städte und der Kaufleute auf diesem Gebiet. Der Forschungsstand zu diesem Teil des Botenwesens soll in Kürze dargestellt werden, auch um Vergleichsmöglichkeiten mit den fürstlichen Botenanstalten ziehen zu können. <sup>(1)</sup>

Hans Conrad Peyer sieht das Spätmittelalter und die aufkommende Geld- und Kreditwirtschaft als Wendepunkt auch in der Kommunikation und der dafür notwendigen Botendienste der Städte. Reisten früher wenige viel, so machten sich im Spätmittelalter viele Menschen auf den Weg, die dann jeweils relativ wenig reisten. Doch insgesamt führte dies zu einem größeren Verkehrsaufkommen und einem Ausbau der Infrastruktur, von der natürlich auch die reisenden Boten profitierten. <sup>(2)</sup>

Mit verschiedenen Formen der Kommunikation befasst sich der von Jean-Philippe Genet herausgegebene Sammelband aus dem Jahr 1993. Das Spätmittelalter sei die Zeit der Verschriftlichung gewesen, in der auch die Nachrichten mehr und mehr in schriftlicher Form übermittelt wurden, so Genet in seiner Einleitung. <sup>(3)</sup>

Paul-Joachim Heinig sieht in den Städten schlechthin die Vermittler königlicher Nachrichten. Dabei macht er natürlich die Einschränkung, dass nicht jede Stadt in der selben Weise am Informationsauftrag im Namen des Reichsoberhauptes beteiligt war. <sup>(4)</sup>

Klaus Gerteis, der die Bedeutung des Boten- und Nachrichtenwesens aus wirtschaftsgeschichtlicher Sicht darzustellen versucht, listet vier Ursachen auf, die im Spätmittelalter eine steigende Nachfrage nach schriftlicher Kommunikation bewirkten: Aufschwung des Städtewesens einschließlich der wachsenden politischen Bedeutung der Städte, der sich ausweitende Fernhandel und die dadurch entstehenden großen Handelsgesellschaften, die damit einhergehende Monetarisierung der Wirtschaft und auch die zunehmende Verdichtung der Territorialherrschaft. <sup>(5)</sup> Zumindest der letzte Punkt hätte es mit sich bringen müssen, dass die Träger der Herrschaftsverdichtung, die Reichsfürsten, ausgedehnte Botennetze aufbauten. Doch Gerteis kommt in seiner Untersuchung mit keinem Wort auf die Territorialfürsten zu sprechen.

### 1.3.2.1 Städtische Botenanstalten

Die wichtigen Städte im Reich schufen ihr Botensystem aus politischen Gründen, um den Aufbau und die Weiterentwicklung von Städtebünden zu ermöglichen, so Gerteis, der damit die überwiegende Meinung in der Forschung repräsentiert. Bald jedoch stellte der Rat die Boten auch Privatleuten – in erster Linie den ansässigen Kaufleuten – zur Verfügung. Diese ließen die Korrespondenz, die für ihren Wirtschaftsverkehr wichtig war, gegen Bezahlung überbringen. Die städtischen Botenanstalten entwickelten sich auf diese Weise zu umfassend

<sup>1</sup> Knapp zusammengefasst hat den Stand der Forschung zum spätmittelalterlichen Botenwesen Th. Szabo in seinem Beitrag für das LexMa, Band 2, Sp. 484 – 487. Dort ist auch die wichtigste Literatur verzeichnet, die bis Anfang der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts zu dem Thema verfasst wurde. Die neueren Arbeiten werden im Folgenden in diesem Forschungsüberblick gewürdigt.

<sup>2</sup> Hans Conrad Peyer, *Gastfreundschaft, Taverne und Gasthaus im Mittelalter*; München, Wien, 1983; Einleitung, S. XI.

<sup>3</sup> Jean-Philippe Genet, *L'Histoire et les nouveaux publics dans l'Europe médiévale (XIII. – XV. siècles)*; Paris, 1997. Der Schwerpunkt der Forschungen, die in diesem Band vorgestellt werden, beziehen sich auf Frankreich und die iberische Halbinsel. Auch geht es weniger um die von Boten zugestellten Nachrichten, als viel mehr um die Informationen, die in verschiedenen Textgattungen – Memoiren, Theaterstücken – überliefert wurden.

<sup>4</sup> Paul-Joachim Heinig, *Reichsstädte, Freie Städte und Königtum. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte*; Wiesbaden, 1983; S. 134 ff.

<sup>5</sup> Klaus Gerteis, *Reisen, Boten, Posten. Korrespondenz im Mittelalter und Früher Neuzeit*; In: Hans Pohl (hrsg.) *Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft (=Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Beiheft 87)* Stuttgart, 1989.

tätigen Dienstleistungsunternehmen der Stadt für ihre Bürger, die im Prinzip eine Korrespondenz mit jedem wichtigen Ort im Reich ermöglichten. <sup>(1)</sup>

Otto Lauffer zieht für das spätmittelalterliche Botenwesen eine Entwicklungslinie von Gelegenheitsboten über die Kuriere bestimmter Körperschaften wie Orden, Universitäten und Kaufmannsbünde bis hin zu den städtischen Boten. Diese waren die bei weitem wichtigste Gruppe und es waren besonders die Städte, die die Botenstrukturen weiter entwickelten. Sie bildeten Spezialisten aus, so auch sein Fazit. <sup>(2)</sup>

Zusammenfassend hat Pierre Monet vor kurzem die Geschichte des städtischen Botenwesens bearbeitet und unterstreicht die Ergebnisse der älteren Forschung. <sup>(3)</sup> Er kommt zu dem Schluss, dass sich die städtischen Boten in Frankfurt, aber auch in anderen Reichsstädten, die er zum Vergleich für seine Untersuchung herangezogen hat, professionalisierten und spezialisierten. Boten reisten zu bestimmten Zeiten zu bestimmten Orten. Monet spielt sogar mit der Überlegung, dass das ab den 90er Jahren aufgebaute Postnetz der Taxis nur deshalb in so kurzer Zeit so gut funktionierte, weil es auf den Erfahrungen und den Vorarbeiten der städtischen Botenanstalten aufbauen konnte.

Einen epochenübergreifenden Ansatz verfolgt Heinz-Dieter Heimann in seinem Aufsatz im Sammelband Kommunikation und Alltag in Spätmittelalter und Früher Neuzeit. <sup>(4)</sup> Heimann versucht den Beginn der Tätigkeit der Thurn und Taxis nicht als Wendepunkt vom statischen Mittelalter hin zur mobilen Neuzeit zu sehen. Er will vielmehr zeigen, dass „*das lange Mittelalter*“ eine Entwicklung auch in der Kommunikation mit sich brachte, die schon weit vor der Epochenwende eingesetzt hat. Dabei geht er von einem breiteren Forschungsansatz aus. Nicht die technisch/organisatorischen Neuerungen der Taxispost allein will er betrachten, sondern einen sozial- und kulturgeschichtlichen Rhythmus erkennen.

Heimann setzt den Beginn der Postgeschichte schon in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts an, als sich die Städte besondere Beamte zulegten, die in einer Vielzahl von Quellen im gesamten Reich meist als „*brivedregher*“ bezeichnet wurden <sup>(5)</sup> und sich von den offiziellen Boten, den Machtboten oder Ratssendboten der Städte, nach Aufgabe und sozialer Herkunft unterschieden. Handelte es sich bei den einen um bevollmächtigte Unterhändler, also Diplomaten oder um Herolde, so überbrachten die „*brivedregher*“ ausschließlich schriftliche Nachrichten; zuerst nur solche des Rates, gegen Ende des 15. Jahrhunderts und vor allem in der frühen Neuzeit immer mehr auch private Korrespondenz gegen Gebühr. Heimann konstatiert ebenfalls eine Institutionalisierung und Spezialisierung des städtischen Botenwesens.

Botenordnungen, wie sie in einer Reihe von Städten im Reich schon zu Beginn und dann verstärkt ab der Mitte des 15. Jahrhunderts nachweisbar sind, <sup>(6)</sup> zeigen einen weiteren Schritt

---

<sup>1</sup> Gerteis, a.a.O., S. 21 ff.

<sup>2</sup> Lauffer, a.a.O., S. 22 ff.

<sup>3</sup> Pierre Monet; Die Außenbeziehungen der Reichsstadt Frankfurt am Main im Spätmittelalter; In: Horst Brunner (hrsg.) Die Wahrnehmung und Darstellung von Kriegen im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit; Wiesbaden, 2000; S. 199 – 222. In seinem Referat beim Deutschen Historikertag in Kiel 2004 fasste er seine Forschungen noch einmal zusammen. Das Referat von ???? beschrieb die Informationsbeschaffung durch den Rat der Stadt Köln am Rhein.

<sup>4</sup> Heinz-Dieter Heimann; Briedregher. Kommunikations- und alltagsgeschichtliche Zugänge zur vormodernen Postgeschichte und Dienstleistungskultur; In: Helmut Hundsbichler (Hrsg.) Kommunikation und Alltag in Spätmittelalter und Früher Neuzeit. (=Österreichische Akademie der Wissenschaften Philosophisch-Historische Klasse Sitzungsberichte, 596. Band; Veröffentlichung des Instituts für Realienkunde des Mittelalters und der Frühen Neuzeit Nr. 15) Wien 1992; Er regt in einer Fußnote auch an, die Korrespondenz der deutschen Fürsten des Spätmittelalters und insbesondere die des Markgrafen Albrecht Achilles detaillierter zu untersuchen. Die folgende Arbeit wird dieser Anregung gern folgen.

<sup>5</sup> Heimann verweist in den Anmerkungen auf den Seiten 262 f. auf eine Reihe von Arbeiten und Quelleneditionen aus dem 19. und dem frühen 20. Jahrhundert, die diese Begrifflichkeit herausgearbeitet haben.

<sup>6</sup> Die älteste überlieferte Botenordnung mit den entsprechenden Eidesformeln für die Boten ist für Straßburg im Jahr 1405 nachweisbar. Heimann hält sie m. E. zu Recht für einen Beweis dafür, dass das Botenwesen noch effektiver und professioneller war, als bisher in der Forschung angenommen wurde.

hin zur Professionalisierung. Die Boten, so Heimanns Erkenntnis aus der Analyse der Botenordnungen, sollten nicht nur die ihnen anvertrauten Schreiben unverzüglich zustellen und die Antworten so schnell wie möglich zurück zum Auftraggeber bringen, sondern unterwegs auch Informationen sammeln und dem heimischen Rat zugänglich machen. Zusätzlich dienten die Boten, auch das ist in den Botenordnungen explizit festgelegt, den Bürgern der Stadt, für die sie Nachrichten gegen Bezahlung zu überbringen hatten.

Die Bezahlung der städtischen Boten entwickelte sich ebenfalls hin zu einer Professionalisierung. So liegt eine Untersuchung über das Postwesen der niederrheinischen Stadt Wesel vor, aus der klar hervorgeht, dass der „*brivedregher*“ der Stadt schon im Jahr 1406 ein festes Gehalt von zehn „*denarii*“, dazu fünf Ellen Tuch und außerdem noch Lebensmittel bekam. Zusätzlich wurde er für jeden Botengang entlohnt. Bald wurde darüber hinaus für jede Botenstrecke ein festes Porto bestimmt. <sup>(1)</sup> Ähnliches weiß man über die städtischen Boten in Regensburg, wengleich die erste überlieferte Portoordnung erst aus dem Jahre 1533 stammt. <sup>(2)</sup>

Wieder ist es Heimann, der sich in einem Aufsatz aus dem Jahr 1993 mit einem besonderen Aspekt des Botenwesens befasst, dem Aussehen der städtischen Boten. Sowohl eine spezielle Amtstracht als auch im Aussehen festgelegte Transportbehälter für die Korrespondenz lassen sich, so seine Erkenntnis, schon ab Ende des 14. Jahrhunderts nachweisen, <sup>(3)</sup> wengleich, wie oben bereits ausgeführt, die überwiegende Zahl der überlieferten Botenabbildungen erst aus dem 16. Jahrhundert stammt. Auch die noch erhaltenen Briefbüchsen, die als Teil der Amtstracht zu bewerten sind, sind überwiegend von Handwerkern der Frühen Neuzeit hergestellt worden. Es gibt allerdings schon seit dem Beginn des 15. Jahrhunderts Handwerkerrechnungen in den städtischen Ausgabenbüchern, die die Anfertigung oder auch die Reparatur von Botenbüchsen bezeugen. Zu Anfang waren dies Hohlkörper aus Holz, später dann aus Metall. <sup>(4)</sup>

Weber fand vier städtische Botenbüchsen, die noch im Spätmittelalter gefertigt wurden, zwei davon sogar im 14. Jahrhundert. Sie sind oval, aus vergoldetem Kupfer und tragen Verzierungen. Doch erst die Briefbüchsen aus der frühen Neuzeit, die Weber ebenfalls zeigt, sind wirklich mit einem Wappen versehen. <sup>(5)</sup>

Die wichtigste Bildquelle, die die Frage nach dem Aussehen von städtischen Boten im 15. Jahrhundert beantwortet und die Heimann zu seiner Argumentation heranzieht, ist die Darstellung des Frankfurter Stadtboten aus dem Jahr 1439, die als die früheste Abbildung eines städtischen Boten im Reich gilt. Er trägt Botenspieß, einen kleinen Brief in der rechten Hand, die Botenbüchse auf dem Rücken und das Frankfurter Wappen ist auf der Vorderseite der Kleidung befestigt. Im Frankfurter Bürgermeisterbuch, das mit der Botendarstellung geschmückt ist, wird der Bote sowohl in Winter-, als auch in Sommerkleidung mit den jeweils gleichen Attributen dargestellt. <sup>(6)</sup>

---

<sup>1</sup> Friedrich Stricker/Günter Warthuysen; Briefträger, laufende Boten und Postillione. 600 Jahre Weseler Postwesen; Wesel, 1980; S. 50 ff.

<sup>2</sup> Wilhelm Eisenbeiß; Briefe, Boten und Belege. Ein Beitrag zur Geschichte des Botenwesens und der Post, dargestellt an der Geschichte der Stadt Regensburg bis zum Jahr 1920; Regensburg, 1966; S. 98 f. Bei Eisenbeißs Untersuchungen ist insofern ein Fragezeichen anzubringen, weil er aus den Kammerrechnungen der Stadt Regensburg herausgelesen haben will, dass einem Boten ein Wochenlohn von drei Gulden zugestanden habe. Das entspräche rund 150 Gulden im Jahr und würde sich der Bezahlung für die städtischen Rechtsgelehrten annähern. Es sei denn, der Wert des Guldens hätte sich von Ende des 15. bis zu Beginn des 16. Jahrhunderts sehr stark verringert, wofür es aber keine Indizien gibt.

<sup>3</sup> Heinz-Dieter Heimann; Zur Visualisierung a.a.O., S. 22 – 36.

<sup>4</sup> Heimann, a.a.O., S. 31.

<sup>5</sup> Weber, a.a.O., Abbildungen 25 – 28 und 30.

<sup>6</sup> Heimann, a.a.O., S. 24 f. Lauffer, a.a.O., S. 38 ff., glaubt, dass ab 1400 vor allem die Städte ihre Boten in bestimmte Farben kleideten. Die meisten Beispiele, die Lauffer aufführt, stammen allerdings wieder aus der Frühen Neuzeit. Er fand aber auch Hinweise auf die Hamburger Boten des 14. Jahrhunderts, die bereits ein

Eine Beschreibung der Ausrüstung eines städtischen Boten liefert uns die Chronik des Erhard Schürstab, eines Nürnberger Patriziers, die die Geschichte des ersten Markgrafenkrieges zwischen Albrecht Achilles und der Reichsstadt in den Jahren 1449-1452 aus der Sicht der Stadt erzählt. <sup>(1)</sup> In dem Text erfahren wir auch etwas über die Botenorganisation der Stadt im Kriegsfall und über die Behältnisse, in denen die Kuriere die ihnen anvertraute Korrespondenz transportierten. Die Chronik schreibt: „15. Item so potschafft bey nacht kam vnd von den briffen. Item, so potschafft oder kundschaftt bey nacht an die tor cham, so weist man die poten alle an daz Irhertürlein, vnd es waz vonr ratz wegen bestellt, der das selbst die potschaft uernam. Item man het bestellt iijj gesworen poten, die brieff hin vnd her trugen, vnd sy trugen sye vast verporgen in steben, alzo daz die steb vnten warn ausgeport vnd die brieff darein getan vnd zapfen dafür slagen, auch trugen sye die brieff in schüßeln vnd flaschen mit zwifachen pöden.“ <sup>(2)</sup>

Die Chronik gibt uns also den Hinweis auf drei verschiedene Behältnisse für die Briefe, wenngleich hier die Einschränkung zu machen ist, dass es sich um Kriegszeiten handelte und es sich von daher natürlich verbot, eine Büchse mit dem Nürnberger Wappen durch Feindesland zu tragen, das das Territorium der Reichsstadt ja fast gänzlich umgab. Doch es zeigt sich hier wieder, dass man mit schematischen Überlegungen zum Aussehen von Boten nicht weit kommt. Sie mussten sich den Umständen anpassen und in Aussehen und Verhalten sehr flexibel sein.

Auch einzelnen bedeutenden Reichsstädten und deren Botenorganisation sind Arbeiten gewidmet. Besonders die Stadt Nürnberg spielte für die Nachrichtenübermittlung eine wichtige Rolle. Miloslav Polivka, der sich mit dem Briefverkehr der Reichsstadt Nürnberg in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts auseinandersetzt, kommt zu dem Schluss, dass der Rat vom Reichsoberhaupt regelrecht zu einem Nachrichtenzentrum ausgebaut wurde, das die Aufgabe bekommen hatte, Informationen aus Böhmen und vor allem über die Auseinandersetzung mit den Hussiten im Reich zu verbreiten. <sup>(3)</sup>

Gut dargestellt sind auch die Botenorganisationen weiterer wichtiger Reichsstädte wie Regensburg <sup>(4)</sup>, Straßburg <sup>(5)</sup>, Köln <sup>(6)</sup> und Frankfurt am Main. <sup>(7)</sup> Monet, Lauffer und Kießkalt listeten in ihren schon zitierten Werken jeweils noch eine Reihe weiterer

Botenschild trugen. Es war an einem um den Hals geschnallten Riemen befestigt, später an einer Kette. Lauffer, a.a.O., S. 43.

<sup>1</sup> Joseph Bader (hrsg.); Erhard Schürstabs Beschreibung des Ersten Markgräflichen Krieges gegen Nürnberg; (=Quellen zur bayerischen und deutschen Geschichte; Achter Band; München, 1860) Erhard Schürstab der Ältere, zur Zeit des Krieges Oberster Ratsherr der Stadt, hat die Chronik und die Beilagen wohl nicht selbst geschrieben, sondern ließ Aufzeichnungen zusammentragen. Zur Bewertung der Chronik siehe W. von Stromer; Das Schriftwesen der Nürnberger Wirtschaft vom 14. bis zum 16. Jahrhundert; Nürnberg, 1967.

<sup>2</sup> Bader, a.a.O., S. 185.

<sup>3</sup> Miloslav Polivka; Nürnberg als Nachrichtenzentrum in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts; In: Heinz-Dieter Heimann (hrsg.) Kommunikationspraxis und Korrespondenzwesen im Mittelalter und in der Renaissance; S. 165 – 177; Die Arbeiten von Lore Sporhan-Krempel; Nürnberg als Nachrichtenzentrum zwischen 1400 und 1700; Nürnberg, 1968 und Dieter Rübsamen (hrsg.) Das Briefeingangsregister des Nürnberger Rates für die Jahre 1449 – 1457; Sigmaringen, 1997, ergänzen das ohnehin schon sehr detaillierte Wissen über die Organisation der Boten in der fränkischen Reichsstadt noch. Für das Jahr 1449, zu Beginn des ersten Markgrafenkrieges gegen Albrecht Achilles, gibt es eine Nachricht über eine regelmäßige Botenverbindung zu Pferd zu anderen Reichsstädten. Siehe Kraus, Handbuch der Bayerischen Geschichte, 3,1, S. 910, Anm. 86/87.

<sup>4</sup> Eine zusammenfassende Darstellung liefert Wilhelm Eisenbeiß, a.a.O.

<sup>5</sup> H. Gachot; Louffende Boten; Die geschworenen Läuferboten und ihre Silberbüchsen mit besonderer Berücksichtigung der Straßburger Botenordnungen; In: Archiv für deutsche Postgeschichte, Band 3, 1964, S. 1-20; Johannes Brucker (hrsg.); Die Straßburger Zunft- und Polizeiornungen des 14. und 15. Jahrhunderts; Straßburg, 1989, S. 138 ff.

<sup>6</sup> Heinz-Dieter Heimann; Zum Boten- und Nachrichtenwesen im niederrheinischen Raum, vornehmlich der Stadt Köln im Spätmittelalter; In: Geschichte in Köln 28, 1990, S. 31 – 46.

<sup>7</sup> Die Quellen zum Frankfurter Nachrichtenwesen sind von Johannes Janssen herausgegeben. Frankfurts Reichs-correspondenz nebst verwandten Aktenstücken von 1376 – 1519; Freiburg, 1863 – 1866.

Monographien zum Botenwesen bestimmter Städte auf, auf die hier nicht weiter eingegangen werden muss.

Doch auch die Botenorganisationen kleinerer Städte sind untersucht worden und bringen durchaus eine Reihe von interessanten Aspekten zu Tage. So schickte die oberösterreichische Stadt Enns in den untersuchten Jahren des 15. Jahrhunderts jährlich durchschnittlich 30 Boten los. Die Zahlen schwanken aber sehr stark. Im besonders mitteilbaren Jahr 1474 machten sich Kuriere 60 Mal auf den Weg, in anderen Jahren reisten nur zwischen vier und sechs Männer mit Botschaften ab. Fast ausschließlich fanden die Boten ihr Ziel in der umliegenden Region. Wien und Salzburg galten schon als sehr weite Reisen. Die Boten, die nur Briefe überbrachten, stammten aus niedrigem Stand. Doch auch höher gestellte Stadtbürger überbrachten Schreiben, hatten dann aber meist noch einen zusätzlichen Auftrag im Dienst des Rates zu erledigen. <sup>(1)</sup>

Die niederrheinische Stadt Wesel bildete ebenfalls schon zu Beginn des 15. Jahrhunderts einen städtischen Botendienst aus, der die Kommunikationsbeziehungen zu den umliegenden Städten und Territorialfürsten sicherzustellen versuchte. Im frühen 16. Jahrhundert fand sich auch hier ein ausgebildetes Portowesen und eine regelmäßige Bezahlung der Kuriere. Auch hier ist die Spezialisierung in Machtboten auf der einen Seite und *brivedregher*“ auf der anderen Seite nachzuweisen. <sup>(2)</sup> Auch über die Stadtboten der heute estnischen ehemaligen Hansestadt Dorpat ist eine umfangreiche Untersuchung erschienen. <sup>(3)</sup>

Klara Hübner legt in ihrem Aufsatz von 2003 die Entstehung und Funktionsweise des städtischen Berner Botenwesens ebenso fundiert wie übersichtlich und auch optisch ansprechend dar. Ihre Erkenntnisse beruhen auf einer genauen Durchsicht der entsprechenden Berner Dokumente, der Missivenbücher und der Stadtrechnungen. <sup>(4)</sup> Sie kommt zu dem Schluss, dass laufende Boten das Rückgrat der Berner Nachrichtenübermittlung bildeten, während Reiter eher seltener in den Quellen aufscheinen. Die Briefboten, die in ihrer sozialen Stellung zur unteren Mittelschicht zu zählen waren, gingen aus dem Personal der städtischen Machtboten und Gerichtsdienner hervor und waren schon im 14. Jahrhundert aber noch deutlich im Verlauf des 15. Jahrhunderts eine klar zu fassende Berufsgruppe. Die meisten Kuriere übten das Amt des Boten allerdings zusätzlich zu einer anderen Tätigkeit aus. Fester Sold und zusätzliche Einnahmen für jeden ausgeführten Botenritt, standesgemäße Kleidung und festgelegtes Aussehen definierte sie ebenso wie ihr zu leistender Boteneid und ihre ständige Verfügbarkeit. Hübner konnte in 63 Stadtrechnungen für die Jahre zwischen 1375 und 1527 genau 8222 Einsätze nachweisen, die die Boten in der überwiegenden Zahl in benachbarte eidgenössische Städte, meistens zu den Tagsatzungen der Eidgenossenschaft, führten. Auch weitere Reisen nach Rom, Dijon, Frankfurt und Wien sind aktenkundig.

### 1.3.2.2 Kaufmännische Botenorganisationen

Neben den Städten taten sich auch die Kaufleute im Botenwesen hervor. Handelsgesellschaften und einzelne Handelshäuser organisierten ihre Botenverbindungen oft selbstständig und benutzten dazu in den meisten Fällen die Warentransporte, deren Begleitpersonal man auch Nachrichten mitgab. Der Einsatz von Boten ist auch erwähnt, wenngleich dies eher die Ausnahme darstellte und sich auf besonders eilige Nachrichten beschränkte. Ausführlicher ist man über die Korrespondenz der Großen Ravensburger

<sup>1</sup> Albert Müller; *Mobilität – Interaktion – Kommunikation. Sozial- und alltagsgeschichtliche Bemerkungen anhand von Beispielen aus dem spätmittelalterlichen Österreich*. In: Hundsbichler, a.a.O., S. 219 – 248.

<sup>2</sup> Friedrich Stricker/Günter Warthuysen, a.a.O.

<sup>3</sup> Robert Arthur von Lemm; *Die Dorpater Ratslinie 1319 – 1889 und das Dorpater Stadtamt 1878 – 1918*; Marburg, 1960.

<sup>4</sup> Klara Hübner; „Nüwe mer us Lamparten.“ Entstehung, Organisation und Funktionsweise spätmittelalterlicher Botenwesen am Beispiel Berns; In: Schwinges/Wriedt (Hrsg.) *Gesandtschaftswesen*, a.a.O., S. 265 – 286.

Handelsgesellschaft informiert. <sup>(1)</sup> Rechnungsbücher geben für einige wenige Jahre Aufschluss darüber, wie die Korrespondenz erledigt wurde. Eigene Boten, Kuriere im Dienst von Reichsstädten, aber besonders auch befreundete Kaufleute übernahmen die Zustellung von Briefen. <sup>(2)</sup> Ein besonders gut untersuchtes Beispiel für die Korrespondenz von Handelsgesellschaften ist der Fall des Kaufmanns Hildebrand Veckinchusen aus den ersten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts, dessen geschäftliche Korrespondenz Margot Lindemann in einer Dissertation aus dem Jahr 1978 wissenschaftlich bearbeitet hat. <sup>(3)</sup> Doch obwohl Tausende von Briefen des Kaufmanns überliefert sind, finden sich nur in sehr wenigen Schreiben Bemerkungen über den Transport. Wo es der Fall ist, erfahren wir, dass „*loperes*“, also Läufer, die Korrespondenz zugestellt haben. So führt Lindemann ein Beispiel aus dem Jahr 1414 an. Veckinchusen bestätigte in einem Schreiben einem Geschäftspartner, dass er einen Brief von ihm durch den Läufer Wydow erhalten habe. <sup>(4)</sup> Leider wurde die Korrespondenz des Kaufmanns nicht quantitativ ausgewertet, so dass schwer zu sagen ist, wie oft im Verhältnis zur gesamten Korrespondenz solche Boten in seinem Dienst standen. Auch die Herkunft sowie die soziale und organisatorische Stellung der Kuriere wurden nicht ermittelt – lassen sich vielleicht auf Grund des Quellenmangels auch nicht feststellen.

Inhaltlich, so die Feststellung Lindemanns, befassten sich die Briefe Veckinchusens mit der Reichspolitik und natürlich im Besonderen mit allen Nachrichten, die die Handelsinteressen der Familie berührten, Aufständen, Seuchen, der Sicherheit der Handelswege sowie dem Geldverkehr. Die inhaltliche Auswertung der Korrespondenz ist wesentlich ergiebiger als die Untersuchung organisatorischer Fragen, bestätigt aber nur, was ohnehin zu erwarten war.

Ein Sonderfall in der Entwicklung der Botenorganisation im Spätmittelalter ist die so genannte Metzgerpost. Metzger waren von Berufs wegen <sup>(5)</sup> beritten, kamen auf Grund ihres Berufes weit herum und dienten in kriegerischen Auseinandersetzungen ihren Heimatstädten dann als Soldaten zu Pferd. Es gilt als wahrscheinlich, dass sie schon im späteren Mittelalter als Boten dienten, wengleich die erste Erwähnung einer Metzgerpost erst aus dem Jahr 1595 stammt. Im frühen 17. Jahrhundert versuchte man die Metzgerpost als lästige Konkurrenz der sich entwickelnden landesherrlichen Postanstalten zu verbieten. <sup>(6)</sup>

Die an den Universitäten in Nationen zusammengefassten Studenten verschiedener Provenienz bauten ebenfalls ein Botenwesen auf, um mit ihren Heimatregionen und anderen Universitäten im Kontakt zu bleiben. An der Pariser Universität ist eine solche Institution schon vor 1297 nachzuweisen, in Heidelberg wird sie 1397 das erste Mal erwähnt. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts ist eine entsprechende Einrichtung auch für Wien belegt. Im Gegensatz zu Frankreich, wo die Universitätsboten seit dem Hochmittelalter königliche Privilegien aufweisen konnten, die sie berechtigten, den Briefverkehr unter den Gelehrten konkurrenzlos zu betreiben, waren die Universitätsbotenanstalten im Reich schwächer ausgeprägt. <sup>(7)</sup>

<sup>1</sup> Alois Schulte; Geschichte der Großen Ravensburger Handelsgesellschaft (1380 – 1530) (=Handelsakten des Mittelalters, Band 1 bis 3) Neudruck; Wiesbaden, 1964. Allgemein zur Ravensburger Handelsgesellschaft siehe den Artikel im LexMa, Band 7, Sp. 488 f. Eine ebenfalls kürzere Zusammenfassung bietet Peter Eitel; Die Große Ravensburger Handelsgesellschaft, Ravensburg, 1984 (=Band 13 der Ravensburger Stadtgeschichte)

<sup>2</sup> Schulte, a.a.O., S. 404 ff., Gerteis, a.a.O., S. 23 f.

<sup>3</sup> Margot Lindemann; Nachrichtenübermittlung durch Kaufmannsbrieve. Brief-„Zeitungen“ in der Korrespondenz Hildebrand Veckinchusens (1398 – 1428); München, 1978; Die Briefe des Kaufmanns Veckinchusen wurden schon 1921 von Wilhelm Stieda ediert. Hildebrand Veckinchusen. Briefwechsel eines deutschen Kaufmanns im 15. Jahrhundert; Leipzig, 1921.

<sup>4</sup> Lindemann, a.a.O., S. 33. Weitere Beispiele sind auf den Seiten 34 ff. zu finden. Insgesamt listet Lindemann aber nur rund ein halbes Dutzend Briefe auf, die Angaben zum Transport enthalten.

<sup>5</sup> Sie mussten lebende Tiere aus teilweise weit entfernten Gegenden holen und benötigten deshalb die Reittiere.

<sup>6</sup> Zu den Metzgerboten siehe zusammenfassend Kießkalt, a.a.O., S. 141 ff.

<sup>7</sup> Auch hier kann man wieder auf die falsche Spur geraten, wenn man das Wort „*nuntius*“ unreflektiert mit Briefbote wiedergibt. Denn wenn die Quellen von „*nuntii maiores*“ im Zusammenhang mit der Universität sprechen, sind damit ortsansässige Geldverleiher gemeint, die die Studenten zwischenfinanzierten, bis wieder Geld von den Angehörigen kam. Nur „*nuntii minores sive volantes*“ waren Männer, die den Kontakt zur Heimat

### 1.3.2.3 Fürstliche Botenanstalten

Lässt man die mannigfaltige wissenschaftliche Aufarbeitung des städtischen und kaufmännischen Boten- und Nachrichtenwesens Revue passieren, so steht dazu im krassen Gegensatz das offensichtlich mangelnde Wissen der Forschung um die Ausgestaltung des Botenwesens der mächtigsten Glieder des Reiches, der Fürsten. Die geringe Zahl und oft mangelnde Qualität der Veröffentlichungen über das Botenwesen und die Nachrichtenübermittlung der Territorialfürsten ist auch nicht annähernd mit den Arbeiten zu den städtischen und kaufmännischen Strukturen auf diesem Feld zu vergleichen. So stellt sich die Frage, ob das Botenwesen der Fürsten wirklich dem der Städte hinsichtlich seiner Organisation soweit nachstand, oder ob nur die Forschung noch nicht so weit gediehen ist, um ein differenzierteres Bild zu zeichnen. <sup>(1)</sup>

Das Botenwesen der Ansbacher Markgrafen hat Robert Staudenraus in mehreren Aufsätzen im Archiv für Postgeschichte in Bayern in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts untersucht. Staudenraus' Untersuchungen umfassen allerdings fast ausschließlich die Neuzeit und verweisen nur sporadisch auf das 15. Jahrhundert. Dann allerdings auch noch falsch, wenn er schon für die Regierungszeit Markgraf Albrecht Achilles' (1440 – 1486) einen regelmäßigen Botenkurs von Küstrin in Brandenburg nach Ansbach erwähnt. Die entsprechende Quelle stammt aus dem 16. Jahrhundert und wurde schon 1862 von Eugen Hartmann falsch eingeordnet. Staudenraus schreibt diesen Fehler ab. <sup>(2)</sup> Auch sonst findet man in der historischen Forschung kaum etwas Brauchbares über das markgräfllich-fränkische Botenwesen des 15. Jahrhunderts. <sup>(3)</sup> Die ersten Quellen zum neuzeitlichen Botenwesen im Brandenburger Kurfürstentum und in den fränkischen Landen der Zollern stammen aus dem 17. Jahrhundert. <sup>(4)</sup>

---

aufrecht erhielten und neben Nachrichten wohl in erster Linie Geld für die Studenten überbrachten. Da die meisten mittelalterlichen Studenten fern der Heimat studierten und auch öfters die Hochschule wechselten, fiel den Boten eine wichtige Aufgabe zu. Angerissen ist das Thema bei Walter Rugg (hrsg.); Geschichte der Universität in Europa; Band I, Mittelalter; München, 1993; S. 125 und S. 266. Siehe auch Kießkalt, a.a.O., S. 67 ff. Mit den Boten der Universität von Heidelberg hat sich A. von Kirchenheim; Die Universitätsbotenanstalten des Mittelalters; In: Festschrift zur fünfzehnhundertjährigen Stiftungsfeier der Universität Heidelberg, 1886, S. 123 ff., befasst. Kirchenheim verweist dabei auf die „*authentica habita*“, das Scholarenprivileg für Magister und Studenten Kaiser Friedrichs I. von 1155, in dem auch die Boten, die zu Universitäten reisten, unter Schutz gestellt wurden: „... *ut ad loca in quibus literarum exercentur studia tam ipsi quam eorum nuntii veniant et in eis secure habitent.*“ Kirchenheim, a.a.O., S. 123. Das Gesetz ist Teil des Scholarenprivilegs Barbarossas, das in den Codex iuris civilis aufgenommen wurde. Siehe dazu Näheres im LexMa, Band 3, Sp.275.

<sup>1</sup> Auch auf dem Historikertag 2004, der sich dem Thema Kommunikation und Raum widmete, wurde kein Reichsfürstentum in Hinsicht auf die dortige Botenorganisation untersucht. Die Nachrichtenbeschaffung scheint weiterhin nicht unter dem Oberbegriff Kommunikation gefasst und untersucht zu werden.

<sup>2</sup> Robert Staudenraus; Das Post- und Botenwesen in der ehemaligen Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach; In: Archiv für Postgeschichte in Bayern; 13. Jahrgang, Heft 1, S. 26.

<sup>3</sup> An der Universität Greifswald ist unter der Leitung von Professor Spieß eine Dissertation im Entstehen, die die Beziehungen zwischen Albrecht Achilles und der Markgrafschaft von Mantua analysieren will. Dabei sollen auch die Nachrichtenverbindungen zwischen beiden Fürstenhäusern untersucht werden.

<sup>4</sup> Nach einem Bericht des brandenburgischen Generalpostinspektors Michael Matthias, der im 17. Jahrhundert die Institution im Kurfürstentum Brandenburg leitete, wurde in den Zeiten der beiden Kurfürsten Joachim I. und Joachim II. (1499 bis 1571) die gesamte landesherrliche Post inklusive der Privatbriefe durch 30 vereidigte Boten bestellt, die aus der Hofrente in Cölln besoldet wurden. Sie bekamen auch ein Warte- und Zehrgeld. Der Bericht des Generalpostinspektors selbst ist nicht mehr aufzufinden. Doch sein Namensvetter, Wilhelm Heinrich Matthias, zu Beginn des 19. Jahrhunderts in der preußischen Postverwaltung und auch als Posthistoriker tätig, zitiert diesen Bericht in zwei Werken aus den Jahren 1812 beziehungsweise 1832. Siehe Wilhelm Heinrich Matthias, Darstellung des Postwesens in den königlich preußischen Staaten. Band 1, Berlin, 1812 und ders. Über Posten und Postregale. Erster Band, Berlin, 1832. Spätere Autoren bis in unsere Tage beschränkten sich darauf, die Erkenntnisse Matthias' zu wiederholen.

Im Fürstentum Ansbach sind entsprechende Verordnungen erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts nachweisbar.

Eine botentechnische Zusammenarbeit verschiedener Herrscher, wie sie zwischen Wettinern und Brandenburgern im 16. Jahrhundert zu konstatieren ist, als man Botenkurse aufeinander abstimmte, (<sup>1</sup>) kann man für die in der Arbeit zu untersuchende Regierungszeit Albrechts in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts ebenfalls in keinem Reichsterritorium nachweisen.

Um die organisatorischen Leistungen bei der Nachrichtenübermittlung, die Kurfürst Albrecht Achilles erbrachte und die das Thema der Dissertation sind, besser einordnen zu können, soll eine kurze Zusammenfassung der Forschung über landesherrliches Botenwesen im Spätmittelalter versucht werden. Neben den bekannten Fakten sollen auch offene Fragen thematisiert werden, um dann Vergleiche ziehen zu können.

Beginnt man im 14. Jahrhundert, so stößt man auf eine interessante und sehr widersprüchliche Quelle aus dem Umfeld des Erzbischofs Balduin von Trier. Sie gibt Hinweise auf das Aussehen von fürstlichen Boten des 14. Jahrhunderts. Auf einer Darstellung im Codex Balduini Treverensis wird ein Bote gezeigt, der dem Erzbischof von Trier, der sich auf der Rückreise von der Kurie befand, die Nachricht von der Ermordung König Albrechts I. überbringt. Dieser Bote ist als Mann des Erzbischofs von Köln dargestellt und als solcher durch die Farben des Erzstiftes auf der Tasche, die den Brief enthalten hat, und einen Spieß zu erkennen. Die Bildunterschrift lautet: „*In reditu de cur(ia) nuntiat(ur) ei obitus Alb(er)ti Regis Romanoru(m).*“ (<sup>2</sup>)

Die Tatsache, dass gerade ein Kölner Wappen auf der Tasche zu sehen ist, wird in der Forschung diskutiert, scheint nicht abschließend erklärbar zu sein. (<sup>3</sup>)

<sup>1</sup> Im Jahre 1583 schlossen Kurfürst Johann Georg von Brandenburg und Kurfürst August von Sachsen einen entsprechenden Vertrag, der im Jahre 1614 in die Botenordnung Kurfürst Johann Sigismunds von Brandenburg, der ersten in der Mark, einfluss. Siehe Matthias, Darstellung, S. 3.

<sup>2</sup> Lauffer, a.a.O., S. 22; Herausgegeben und kommentiert ist der Bilderzyklus von Georg Irmer; Die Romfahrt Kaiser Heinrichs VII. im Bildercyclus des Codex Balduini Trevirensis; Berlin, 1881. Eine neue Edition besorgte Franz-Josef Heyen, Kaiser Heinrichs Romfahrt. Die Bilderchronik von Kaiser Heinrich VII. und Kurfürst Balduin von Luxemburg (1308 – 1313); Boppard, 1965 (Taschenbuchausgabe mit demselben Titel, München, 1978) Neuausgabe, Koblenz, 1985. Balduin war im Jahr 1308 auf der Rückreise von der Kurie von Poitiers nach Trier, als ihm der Bote die Nachricht überbrachte.

<sup>3</sup> In Band 23 des Archivs für Post und Telegraphie von 1895 wird diese Botendarstellung auf Seite 764 kommentiert. Der Autor wundert sich darüber, dass der Bote des Mainzer Erzbischofs mit einem Kölner Wappen (schwarzes Kreuz auf weißem Grund) auf der Botenbüchse dargestellt ist und vermutet, dass dies entweder ein Fehler des Zeichners war oder aber gar kein Wappen darstellen sollte, sondern es sich nur um Striche handelte. Betrachtet man sich die entsprechende Illustration genau, so muss man feststellen, dass es sich sehr wohl um ein absichtlich gezeichnetes Wappen auf der Botentasche handelt. Die Frage, warum ein als Kölner Bote dargestellter Mann den Brief überbringt, in dem der Tod des Königs und die Einladung zur Wahl nach Frankfurt mitgeteilt wird, kann er nicht beantworten. Auch Irmer, a.a.O., S. 15, findet keine Erklärung für dieses Wappen auf der Tasche. Er belässt es bei einem Fragezeichen. Untersuchungen der Entstehungsgeschichte des Codex haben ergeben, dass der unbekannte Autor die „Gesta Balduini“ erst nach dem Tod des Erzbischofs 1354 geschrieben hat. Die Bilder hingegen scheinen schon zur Zeit des Romzuges entstanden zu sein, wobei der Maler sogar Augenzeuge gewesen sein dürfte. Vor allem was die Geschehnisse in Italien angeht, weisen daher die Gesta eine Reihe von Irrtümern auf. (Ludwig, a.a.O., S. 67) Auch Irmer bestätigt dies: „Dass diese Bilder für den Codex Balduinus nicht ursprünglich bestimmt gewesen sind, lässt sich mit ziemlicher Sicherheit daraus schließen, dass die Einleitung desselben sie mit keiner Silbe erwähnt.“ (Irmer, a.a.O., S. XI) Mir erscheint es daher sehr plausibel, dass die beiden Quellen, der Text des Codex und die Illustration, auch in der Darstellung der Benachrichtigungsszene nicht übereinstimmen müssen. Aus der Illustration und der ihr beigefügten Bildunterschrift geht nicht hervor, dass es ein Mainzer Bote war, der Balduin die Nachricht von der Ermordung Albrechts I. – er starb am 1. Mai 1308 in Baden bei Wien – überbrachte. Der Text des Trierer Codex beschreibt dies zwar so: „*Cum hic Petrus mortem Alberti audivit, statim nuncium Baldewino in archiepiscopum Treverensem consecrato obviam destinavit, Alberti mortem ei intimavit et ut dominus Henricus ad regnum adipiscendum se praeepararet, quia ipsum eligere vellet, insinuavit.*“ Erzbischof Peter von Aspelt von Mainz und Balduin arbeiteten bei der Erhebung Heinrichs von Luxemburg auf den römischen Königsthron eng zusammen, was dem Autor der später geschriebenen Darstellung im Codex bekannt war - weshalb er die Kontaktaufnahme der beiden Erzbischöfe schon in diese frühe Zeit verlegte. Aspelt wollte verhindern, dass ein Sohn Albrechts I. auf den Thron gelangte, um eine de facto Erblichkeit des Reiches zu verhindern und den Habsburgern nicht den Zugriff auf Böhmen zu ermöglichen, den Albrecht I. so tatkräftig verfolgt hatte. Siehe zusammenfassend: Ernst Schubert; Kurfürsten und Wahlkollegium. Die Wahlen von 1308, 1314 und 1346 und der Kurverein von Rhens;

Für die Fragestellung hier ist aber wichtig, dass spätmittelalterliche Fürstenkuriere mit Wappen und Speiß dargestellt wurden. Wieder gilt, dass sich die dargestellte Szene nicht unbedingt genau so abgespielt haben muss. Doch die besonders deutliche Heraushebung des Boten durch seine Attribute zeigt, dass diese in der Vorstellung der Zeitgenossen so aussehen konnten und sicher in vielen Fällen auch so oder zumindest ähnlich ausgesehen haben.

Weber bringt in seiner Arbeit über die Botenbüchsen ein gutes Dutzend von Illustrationen, die Boten aus der Zeit des Spätmittelalters darstellen. Alle tragen Botenbüchse oder ein Fässchen, meistens einen Stab oder Speiß und meist einfache Kleidung. Wappen auf der Botenbüchse oder auf der Kleidung sucht man vergeblich. Allerdings ist ein Kurier mit einem schmucklosen Überrock abgebildet. <sup>(1)</sup>

Eine weitere Darstellung eines reichsfürstlichen Boten mit Wappenschild findet sich noch bei Kießkalt. <sup>(2)</sup> Es handelt sich um einen habsburgischen Boten, der das rot-weiß-rote Wappen an der Brust trägt. Zu diesem Boten erfährt man allerdings nichts Näheres, insbesondere verschweigt uns der Autor den Quellennachweis.

Für das 15. Jahrhundert gibt es einige Quellen, die das Botenwesen der wettinischen Fürstentümer in Sachsen etwas erhellen. Die Verwendung einer Briefbüchse mit dem sächsisch/wettinischen Wappen ist zumindest in einem Fall aus dem Jahr 1449 belegt. Der sächsische Rat Reinprecht von Ebersdorf berichtete Kurfürst Friedrich II. von Sachsen von Verhandlungen mit dem brandenburgischen Kurfürsten über Besitzstreitigkeiten in der Lausitz und schrieb, dass er den Brief ausnahmsweise nicht in der mit dem Wappen geschmückten Botenbüchse überstellen ließ, weil dieser sonst vielleicht hätte abgefangen werden können: „*Auch habe ich uwer gnade boten geheischen, er solle dy buchse uwer gnaden wapen in der bothschaft abelegen, sunder sich uff mich zcihen solle.*“ <sup>(3)</sup> Es ist ersichtlich, dass das Ablegen der offiziellen Briefbüchse ein besonderer Fall war, so dass es üblich gewesen sein dürfte, dass der kursächsische Bote eine besonders gezeichnete Büchse verwendete.

Aus dem Jahr 1482 sind zwei Verfügungen des Kurfürsten Ernst und seines Bruders Albrecht überliefert, in denen die Entlohnung von Boten geregelt ist. <sup>(4)</sup> Die Hofordnung Herzog Albrechts, die in der Zeit von 1470 bis 1480 redigiert wurde, spricht einfach vom Vorhandensein von „*zwene botin – 2 pferd*“. Über Tätigkeit und Organisation der Boten erfahren wir dort aber nichts.

In: Franz-Josef Heyen (hrsg.) Balduin von Luxemburg; Mainz, 1985; S. 103 ff. Die ältere Forschung hatte diese zeitige Zusammenarbeit zwischen Mainz und den Luxemburgern noch als nicht belegt qualifiziert. Siehe J. Heidemann; Die Königswahl Heinrichs von Luxemburg im Jahre 1308; In: Forschungen zur deutschen Geschichte; Elfter Band; 1871; S. 41 – 78. Sicher hingegen scheint zu sein, dass Aspelt einen Boten zu Balduin und den anderen Kurfürsten schickte, um sie zur Neuwahl zu laden, wie es seine Aufgabe als Erzkanzler Germaniens war. Der Chronist Johann von Victring beschreibt den Vorgang für das Jahr 1308, ohne allerdings ein genaues Datum für die Botenentsendung zu geben. „*Petrus vero Mognuntinus presul celeres nuntios dirigit, ut Baldewinus ruptis omnibus retinaculis veniat, quia regnum vacans eius presentiam prestolatur. Similiter et aliis proceribus demandavit ...*“ Quelle: Johannes Victoriensis 4,1; In: Johann Friedrich Boehmer (hrsg.) Fontes Rerum Germanicarum I, Stuttgart, 1843, S. 358. Das Fazit, das man aus der Stelle bei Victring ziehen kann: Es gab eine Mainzer Botschaft, die aber nicht explizit den Tod des Königs meldete, sondern die Einladung zur Neuwahl aussprach. Eine Kölner Botschaft ist allerdings auch weder nachgewiesen noch plausibel, da Heinrich von Virneberg, der Kölner Erzbischof, lange Zeit auf Heinrichs Gegenkandidaten Karl von Valois setzte und daher keinen Anlass hatte, mit den Luxemburgern zu konferieren. Erst im September 1308 trat Virneberg zu Heinrichs Partei über. Der Luxemburger wurde schließlich am 27. November in Frankfurt gewählt.

<sup>1</sup> Illustration eines französischen Buches aus dem Jahr 1481. Weber, a.a.O., Abbildung 4. Auffällig ist die Darstellung eines Boten auf einer Spielkarte aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Er hat ein Schild um den Hals, auf dem der Reichsadler zu sehen ist. Siehe Weber, a.a.O., Abbildung 17.

<sup>2</sup> Kießkalt, a.a.O., S. 27, druckt die Abbildung eines habsburgischen Briefboten aus dem 15. Jahrhundert ab, die in der Münchner Handschrift des Schachbuches des Jakob de Cessolis zu finden ist.

<sup>3</sup> Zitiert nach dem Beitrag von W. Lippert im Archiv für Post und Telegraphie; 23. Jahrgang, 1895, S. 764.

<sup>4</sup> Die Landesordnung von Kurfürst Ernst und Herzog Albert zu Sachsen ist im Codex Augusteus oder neuvermehrtes Corpus Iuris Saxonici, Band I,1, Sp. 1 bis 12; Leipzig, 1724, ediert. Siehe genauer in Kapitel 1.5.

Herzog Albrecht von Sachsen bekam im Jahr 1498 von Kaiser Maximilian die Regentschaft über die niederländische Provinz Seeland übertragen. Da er von nun an neben seinen sächsischen Hauptlanden auch dieses weit entfernt liegende Gebiet zu verwalten hatte, etablierte er einen regelmäßigen Botendienst, der bis 1515 aufrechterhalten wurde, als Albrechts Nachfolger Georg die Provinz Seeland an Kaiser Karl V. verkaufte. <sup>(1)</sup>

Eduard Leiß befasst sich in zwei Arbeiten aus den Jahren 1925 und 1939 mit dem Postwesen der Herzöge von Landshut. Leiß ermittelte für einige Jahre die Ausgaben des herzoglichen Hofes für die Boten. Für das Jahr 1472 lässt sich nachweisen, dass Herzog Ludwig der Reiche 320 Boten mit Briefen ausgesandt hatte. Dabei nahmen die Boten, die fast ausschließlich zu Fuß unterwegs waren, einen oder mehrere Briefe mit und mussten dabei eine längere Tour zurücklegen, die sie jeweils zu verschiedenen Orten im Herzogtum brachte. Für die Benachrichtigung der Verantwortlichen in den herzoglichen Ämtern waren sechs verschiedene Botenkurse festgelegt, die der Kurier mit den amtlichen Schreiben zurückzulegen hatte. Eine Meile, die er zurücklegte, wurde dem Kurier mit acht Pfennigen vergütet. <sup>(2)</sup>

Es liegen auch Nachrichten darüber vor, dass die herzoglich bayerischen Boten silberne Botenbüchsen trugen. <sup>(3)</sup>

Hinweise auf die Tätigkeit von Wittelsbacher Boten finden sich auch für das Jahr 1433. Gesandte Kaiser Sigmunds bestätigten Herzog Wilhelm III. von München am 11. Juli 1433, dass jener einen Brief des Wittelsbachers in Konstanz erhalten habe. „... *als ewer gnade uns desen kegenvortigen reitenden boten Jacob untder ogen mit ewren briefff zwgeschickt und den wir zw Costnicz als hewte nach vesperzeit funden han.*“ Der Kaiser selbst schrieb am 3. September 1433 aus Rimini an den Fürsten: „*Deinen briefff bey disem deinem botten uns gesant haben wir empfangen ...*“ <sup>(4)</sup> Aus beiden Stellen geht klar hervor, dass ein und derselbe Bote die gesamte Reise unternommen hatte.

Was das Botenwesen des Reichsoberhauptes betraf, so scheint sich Kaiser Friedrich III. in einer Vielzahl von Fällen darauf beschränkt zu haben, die Mandate und Privilegien nur auszustellen. Die Petenten selbst mussten für den Transport sorgen. Diese als Reskript bezeichnete Vorgehensweise wird in der Forschung als der dezentralen Struktur des spätmittelalterlichen Reiches angemessen bezeichnet. In Anlehnung an die Praxis der päpstlichen Kanzlei ging der Kaiser auch dazu über, Schriftstücke über Handels- und Bankhäuser zustellen zu lassen. Diese besorgten dann auch die Eintreibung der entsprechenden Gebühren für die Ausstellung eines Diploms. Es wurde dem Petenten erst dann übergeben und somit erst wirksam, wenn dieser dem Bankier die entsprechende Summe gezahlt hatte. <sup>(5)</sup> Dies gilt natürlich nur für kaiserliche Diplome und Urteile des Kammergerichts.

<sup>1</sup> Arthur Kern; Deutsche Hofordnungen; Zweiter Band, S. 33; Quelle: Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Finanzarchiv 32436, alte Hofordnungen Nr. 1. Siehe Günther Holfert, Der erste sächsische landesherrliche Botenkurs vom 15. bis zum 16. Jahrhundert und sein objektiv bedingtes Ende im Frühjahr 1515; In: Michael von Meyeren (Hrsg.), 500 Jahre früheste bekannte sächsische Nachrichtenverbindung (1498 – 1998). Gustav Schaefer erwähnt noch den Fall des kursächsischen Münzmeisters Mohnhaupt aus Freiberg, der zwischen 1451 und 1459 die Verpflichtung hatte, fürstliche Schreiben aus Wittenberg an Adressaten weiterzuleiten. Siehe Gustav Schaefer; Geschichte des sächsischen Postwesens; Dresden, 1879, S. 7.

<sup>2</sup> Eduard Leiß; Die Boten der Herzöge von Landshut; In: Archiv für Postgeschichte in Bayern, 1. Jahrgang, 1925; S. 111 ff. Ders. Die Postgeschichte von Landshut; In: Archiv für Postgeschichte in Bayern; 15. Jahrgang, Heft 1, 1938; S. 257 – 272, v.a. S. 258 f.

<sup>3</sup> Kießkalt, a.a.O., S. 121.

<sup>4</sup> RTA, I, 11, S. 45 und 54; Kießkalt, a.a.O., S. 121; Die beiden Fürsten korrespondierten zu dieser Zeit, weil Gerüchte aufgekommen waren, dass das neu einberufene Konzil zu Basel den Wünschen des Kaisers entgegenarbeiten wolle.

<sup>5</sup> Paul-Joachim Heinig; Der König im Brief; In: Heinz-Dieter Heimann (Hrsg.) Kommunikationspraxis und Korrespondenzwesen im Mittelalter und in der Renaissance. S. 46 ff.

Für Informationsbriefe musste allerdings auch das Reichsoberhaupt Boten einsetzen. Über deren Existenz und deren Tätigkeiten finden sich die wenigen überlieferten Nachrichten bei Heinig zusammengetragen. Friedrich III. schuf in seinen mehr als 50 Regierungsjahren keine neuen Strukturen. Der Kaiser verpachtete die Kanzlei und auch das Kammergericht, so dass die jeweiligen Pächter auch die Botentätigkeit organisierten. Das Taxregister Erzbischofs Adolf von Mainz gibt Auskunft über einige Boten, die Briefe zustellten. Über die gesamte Regierungszeit des Habsburgers konnte Heinig ein knappes Dutzend Namen von Boten in Erfahrung bringen. Offensichtlich waren die Kuriere des Kaisers aber stets auf einem Pferd unterwegs. Einer der Boten, der aus den Erbländen stammende Mathes Gruber, bezog ein festes Gehalt von 26 Pfund Pfennigen pro Halbjahr. <sup>(1)</sup>

Der Kaiser behalf sich bei der Zustellung von Schreiben auch dadurch, dass er die großen Reichsstädte zu Briefverteilzentren machte, wie in der oben schon angeführten Arbeit von Polivka für die Zusammenarbeit Kaiser Sigmunds mit der Reichsstadt Nürnberg bereits dargelegt wurde.

Das Botenwesen Kaiser Friedrichs III. ist auch von Harm von Seggern in einem Aufsatz behandelt worden. <sup>(2)</sup> Er findet zusammenfassend keinen großen Unterschied zu den Botensystemen von Herrschern im Westen Europas. Der Kaiser konnte nachgewiesenermaßen auf sieben Boten zurückgreifen, die dem niederen Personal angehörten und auf ihren Reisen durch Credenzen und Botenbüchsen ausgewiesen waren. Die Botenorganisationen, so von Seggern, reichte aus, um dem Kaiser die Kommunikation mit allen für ihn wichtigen Machtzentren Europas zu gewährleisten.

Detaillierter ist die Geschichte des Botenwesens im Deutschordensstaat des 14. und 15. Jahrhunderts untersucht worden. Hartmut Boockmann fasste die wichtigsten Arbeiten zu diesem Thema in einem Aufsatz zusammen. <sup>(3)</sup> Sein Fazit ist zum einen, dass die Entwicklung des Botenwesens in Preußen nicht überschätzt werden darf. Es war keineswegs so ausgefeilt und effektiv, wie ältere Arbeiten es darstellen. <sup>(4)</sup> Allerdings lassen die Beförderungshinweise, die sich auf rund 1500 Briefen aus dem 15. und dem beginnenden 16. Jahrhundert erhalten haben, konkrete Aussagen über die Organisationsform der hochmeisterlichen Post zu. Die Briefe wurden in Etappen von verschiedenen Reitern auf wechselnden Pferden von einem Amtsträger des Ordens zum anderen gebracht. Dabei legten die Boten Teile des Wegs auch nachts zurück, erreichten aber mit rund 60 Kilometern am Tag nur recht durchschnittliche Leistungen. Jede Ankunfts- und jede Abreisezeit wurde auf den Begleitschreiben vermerkt, die die wichtigste Quelle für die Analyse der Botenordnung darstellen. <sup>(5)</sup>

---

<sup>1</sup> Paul-Joachim Heinig; Kaiser Friedrich III. (1440 – 1493). Hof, Regierung und Politik; Erster Teil; Köln, 1997; S. 797 – 799. Noch intensiver mit dem Gesandtschaftswesen der Könige und Kaiser des 15. Jahrhunderts hat sich Heinig in seinem Aufsatz Römisch-deutscher Herrscherhof und Reichstag im europäischen Gesandtschaftssystem an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, In: Schwinges/Wriedt (Hrsg.) Gesandtschaftswesen, a.a.O., S. 225 – 264 befasst.

<sup>2</sup> Harm von Seggern; Das Botenwesen Friedrichs III.; In: Helga Schnabel-Schüle (Hrsg.) Vergleichende Perspektiven – Perspektiven des Vergleichs. Studien zur europäischen Geschichte von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert; Mainz, 1998; S. 67 – 122.

<sup>3</sup> Hartmut Boockmann; Die Briefe der Deutschordensmeister; In: Heimann (Hrsg.) Kommunikationspraxis a.a.O., S. 103 – 112. Daneben ist auf den Artikel von Ekkehard Rotter; Die Organisation des Briefverkehrs beim Deutschen Orden; In: Wolfgang Lotz (Hrsg.) Deutsche Postgeschichte; Berlin, 1989; S. 23 – 43 zu verweisen.

<sup>4</sup> Als Beispiel für eine Arbeit, die den Organisationsgrad der hochmeisterlichen Post besonders herausstellt, sei das Buch von Peter Gerrit Thielen; Die Verwaltung des Ordensstaates Preußen vornehmlich im 15. Jahrhundert; (=Osteuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Band 11) Köln, Graz, 1965, genannt, besonders die Seiten 117 – 219.

<sup>5</sup> Als Beispiel ist bei Boockmann, a.a.O., S. 110 f., die Reise eines Kuriers im Jahr 1421 nachgezeichnet. Der Reiter verließ Riga, den Sitz des livländischen Landmeisters, am Freitag, 28. Februar 1421, zur Mittagszeit und brachte die in einer Tasche aufbewahrten Schreiben an den Hochmeister und den Obersten Marschall über die Ordensburgen Tuckum, Kandau, Memel, Königsberg, Brandenburg, Balga und Elbing nach Westen. Jede Ankunft und jeder Abgang ist mit einem Vermerk versehen. „*Gekome und gegangen czu Memel an der*

Die Wege der Boten im Ordensland zeichnen Jürgen Jahnke und Heinz Zimmermann in einer detaillierten Karte nach. <sup>(1)</sup> Ihre Erkenntnisse geben die Situation in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts wieder und zeigen, dass das Nachrichtennetz der Hochmeister zumindest in der Theorie sehr dicht gewebt war.

Gut ausgebildet und in einer neuen Arbeit in Teilaspekten auch eingehend untersucht, ist das Nachrichtenwesen des Burgunderherzogs Karl des Kühnen. Unter dem Titel Herrschermedien im Spätmittelalter untersucht Harm von Seggern den Nachrichtenfluss im burgundischen Staat. <sup>(2)</sup> Im Mittelpunkt der Arbeit steht der propagandistische Einsatz der Botenorganisation durch den Herzog. Ein zweiter Schwerpunkt ist jedoch auch die Informationsgewinnung Karls und die Organisation seines Botenwesens. Dabei kommt von Seggern nach Auswertung der Quellen für den untersuchten Botenverkehr zwischen der Grafschaft Holland und dem herzoglichen Hof einmal zu dem Schluss, dass der überwiegende Teil der Botenreisen nicht der Überbringung von Nachrichten diente, sondern die Verteilung von Urkunden oder der Publikation von fürstlichen Bekanntmachungen zum Ziel hatte. Karl erhielt, so die Auswertung von Seggers, bestenfalls alle zwei Monate einen Bericht aus der Grafschaft. Die herzoglichen Oberämter hörten noch seltener etwas aus dieser Provinz. Innerhalb der Grafschaft oder in die Hauptorte der anderen niederländischen Provinzen waren die Botenreisen hingegen sehr viel häufiger.

Karl konnte – je nach Jahr unterschiedlich – auf 40 bis 57 eigene Boten zurückgreifen, die als „chevaucheurs de l' écurie“ (=Reiter des Marstalls) bezeichnet werden. Sie trugen die Büchse mit dem Wappen des Herzogs und waren seinem Hofstaat zugeteilt. Sie wurden formell ernannt und damit Teil des Hofstaates. Darüber hinaus lässt sich aus den Rechnungsbüchern noch eine Vielzahl von Gelegenheitsboten und freien Boten ermitteln, die sporadisch Nachrichten überbrachten. Die regulären Boten erhielten einen festen Sold und zusätzlich Leistungen, die sich meist nach der Dauer ihres Auftrags, seltener nach der zurückgelegten

---

*myttewoch nach Letare ora IX. vor mittage.*“ Die erste Etappe von Riga nach Tuckum – ungefähr 60 Kilometer – legte der Reiter in sieben bis acht Stunden zurück. Das macht ein Stundenmittel von 8,5 Kilometern. In weiteren fünf Stunden, zwischen acht Uhr abends und ein Uhr nachts, schaffte der Briefkurier – wahrscheinlich mit neuem Pferd – weitere 30 Kilometer bis Kandau. Das ergibt einen Durchschnitt von sechs Kilometern pro Stunde – allerdings in der Nacht. Die nächste verzeichnete Zwischenstation ist Memel, rund 250 Kilometer von Kandau entfernt. Dort kamen die Briefe am kommenden Mittwoch um 9 Uhr vormittags an. Das waren fünfeinhalb Tage für die Strecke, die teilweise durch litauisches Gebiet führte und somit ein Tagesdurchschnitt von rund 45 Kilometern. Wie sich Pferdewechsel und sonstige organisatorische Fragen im Verlauf dieser fünf Tage darstellten, verschweigen uns die Quellen. Die folgende Etappe von Memel nach Königsberg – 150 Kilometer durch das Herrschaftsgebiet des Ordens – dauerte von Mittwochvormittag bis Samstagabend und damit dreieinhalb Tage. Das ergibt einen Tagesdurchschnitt von 43 Kilometern. Obwohl der Kurier hier auf eigenem Territorium unterwegs war, ging die Reise nicht schneller vonstatten als im „Feindesland“. Drei Stunden später war der Kurier dann in der 22 Kilometer von Königsberg entfernten Burg Brandenburg am Frisches Haff. Das Pferd legte somit 7,3 Kilometer pro Stunde zurück. Daraus ergibt sich, dass die Leistung der Kurierpferde besonders dann groß war, wenn es sich um relativ kurze Strecken handelte. Auf weiteren Entfernungen konnte das Botensystem des Ordens hingegen keine besonders große Leistungsfähigkeit entwickeln.

<sup>1</sup> Jürgen Jahnke/Heinz Zimmermann; Die Postwege des Deutschen Ordens in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts; Fünf Blätter mit Erläuterungen; In: Hans Mortensen, Gertrud Mortensen und Reinhard Wenskus (Hrsg.) Historisch-geographischer Atlas des Preußenlandes, Lieferung 1) Wiesbaden, 1968.

<sup>2</sup> Harm von Seggern; Herrschermedien im Spätmittelalter. Studien zur Informationsübermittlung im burgundischen Staat unter Karl dem Kühnen; Ostfildern, 2003. Das Buch ist aus einer im Jahr 1999 in Kiel eingereichten Dissertation entstanden und verfolgt in einigen Punkten die selbe Konzeption wie die vorliegende Arbeit, weshalb sie im Forschungsüberblick etwas ausführlicher dargestellt werden soll. Auch Seggern kommt zu dem Schluss, dass die vorhandenen Arbeiten über das Botenwesen sich nicht durch große Qualität auszeichnen. Er spricht vom „allerdürftigsten Charakter“ der Bücher. (a.a.O., S. 96) Ein Forschungsüberblick, S. 94 ff. und ein Literaturverzeichnis, S. 404 ff. stellen eine wertvolle Hilfe für Historiker dar, die sich in die Materie einarbeiten wollen.

Strecke bemaßen. Die Bezahlung erfolgte für Hin- und Rückreise durch den Auftraggeber, allerdings meist erst nach der Rückkehr des Boten. <sup>(1)</sup>

Eine Botenordnung, die schon Herzog Philipp der Gute 1437 im Rahmen seiner Hofordnung erlassen hatte, regelte den Einsatz der teureren berittenen und der nicht so hoch entlohnten Fußboten. Auch schriftliche Reiseanordnungen an die Boten sind überliefert.

Der Informationsbeschaffung des Herzogs widmet sich das letzte empirische Kapitel bei von Seggern. Der Herzog erhielt zum einen Stimmungsberichte aus seinen Provinzen, die ihm zeigen sollten, was das Volk dachte. Bei wichtigen politischen Ereignissen ist ein sehr dichter Nachrichtenfluss zu erkennen. Außerdem enthielten die Briefe selten Nachrichten, die dem Herzog völlig neu gewesen sein dürften, so von Seggers Resümee. <sup>(2)</sup>

Frankreichs König Ludwig XI. (reg. 1461 – 1482), der sich außenpolitisch gegen seinen mächtigen Vasallen Karl von Burgund und dann dessen Nachfolger Maximilian von Habsburg und innenpolitisch gegen Fürstenfronde durchzusetzen hatte, schien die Wichtigkeit von Informationen ebenfalls erkannt zu haben und erließ 1464 ein Edikt, in dem er die Bereitstellung von Kurierreitern und Pferden in allen Städten und königlichen Schlössern anordnete. <sup>(3)</sup> Es ist unklar, inwieweit dieses Dekret umgesetzt wurde. Erst zwölf Jahre später, Ende 1476, sieht man die Botenreiter im Einsatz, als Ludwig XI. eine Botenkette zwischen dem lothringischen Kriegsschauplatz, auf dem Karl von Burgund – durch Niederlagen schon geschwächt – erneut gegen seine Gegner antrat, und der königlichen Residenz aufziehen ließ, um möglichst bald vom Ausgang der Kämpfe unterrichtet zu sein. <sup>(4)</sup> 1487 erneuerte Ludwigs Nachfolger Karl VIII. das Dekret von 1464 und ordnete an, im ganzen Königreich Kuriere und Eilboten zu bestellen. <sup>(5)</sup>

Sowohl die Quellenlage als auch die Auswertung der Dokumente zu Nachrichtenübermittlung und fürstlichem Botenverkehr sind vor allem für das Italien des 15. Jahrhunderts als besonders gut zu bezeichnen. Dort etabliert sich zur Zeit ein Forschungsschwerpunkt zur Untersuchung des Botenwesens und des Nachrichtenverkehrs norditalienischer Fürsten. Eine Reihe von Quelleneditionen wie auch analysierende Arbeiten sind in den letzten Jahren entstanden. Vor allem das Herrscherhaus der Sforza in Mailand betrieb demnach eine sehr intensive Informationspolitik und sicherte sich in regelmäßigen Abständen Nachrichten aus den die Mailänder Herzöge interessierenden Gebieten. So ist ein 14-tägiger regelmäßiger Nachrichtenfluss aus Rom nachzuweisen. Das „*sistema informativo sforzesco*“ ist dabei in der Arbeit von Francesco Senatore herausgearbeitet, in der er die Gesandtenberichte des Mailänder Herzogshauses aus Neapel als Grundlage verwendete. <sup>(6)</sup> Auch die Kontakte zu Frankreich und zu Burgund waren ebenso intensiv wie gut organisiert, wie die Arbeit von Paul Murray Kendall belegt. <sup>(7)</sup>

Isabella Lazzarini kündigt in der *Nuova Rivista Storica*, Band 83 von 1999, die Herausgabe der ersten sieben Bände der Mantuanischen Gesandtschaftsberichte vom Hof Francesco Sforzas (1450 – 1466) in Mailand an. Dabei steuert die Autorin Beobachtungen unter

---

<sup>1</sup> Seggern, a.a.O., S. 190 ff.

<sup>2</sup> Seggern, a.a.O., S. 339 ff.

<sup>3</sup> Ediert ist das Edikt bei M. Petitot; *Collection complète des mémoires relatifs à l'histoire de France*; Paris, 1820; Band 11, S. 304 f. Ernst Kießkalt, a.a.O., S. 229 ff., stellt diese Tatsachen dar, versucht im Folgenden aber nur zu beweisen, dass dies keine Postanstalt war und dass den Deutschen die Ehre zukomme, als erste ein Postwesen etabliert zu haben. Dieses eher merkwürdige Vorgehen muss der politischen Situation in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts geschuldet sein, als Kießkalts Arbeit entstand.

<sup>4</sup> Die Organisation dieser Botenstafette ist von Roland Schäffer; *Zur Geschwindigkeit des staatlichen Nachrichtenverkehrs im Spätmittelalter*; In: *Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark*; 76. Jahrgang, 1985, S. 106 f. nachgezeichnet. Siehe dazu zusammenfassend Werner Paravicini, *Karl der Kühne und das Ende des Hauses Burgund*; Göttingen, 1976. Der König erfuhr dann auch als erster von Karls Niederlage bei Nancy.

<sup>5</sup> Kießkalt, a.a.O., S. 231 f.

<sup>6</sup> Francesco Senatore; *Uno mundo di carta. Forme e strutture della diplomazia sforzesca*; Neapel, 1998.

<sup>7</sup> Paul Murray Kendall und Vincent Ilardi (Hrsg.) *Dispatches with related Documents of Milanese Ambassadors in France and Burgundy (1450 – 1483)* Bisher erschienen Band 1 und 2, Ohio, 1970/1971.

anderem zum Informationsfluss bei, die sie bei der Vorbereitung der Edition gemacht hat. <sup>(1)</sup> Die Schreiben, so ihr Ergebnis, waren zwischen Mailand und Mantua auf dem Weg über Cremona und Bozzolo drei oder vier Tage unterwegs. Das ergibt bei den rund 230 Kilometern zwischen beiden Fürstensitzen eine recht ordentliche Tagesleistung von 58 bis 76 Kilometern. Die Briefe wurden entweder von Mailänder Boten befördert, die die Hin- und Rückreise erledigten, oder die Gonzaga setzten eigene Reiter ein. Die Boten verkehrten oft, aber es ist noch kein regelmäßiger Postverkehr zu erkennen. Der Informationsaustausch, so Lazzarini Fazit „... *non funzionava con impeccabile regolarità*, ...“ <sup>(2)</sup>

Einen Überblick über die gesamte Quellenlage zu Gesandtenberichten im spätmittelalterlichen Italien bietet der Microfilm-Index, den Vincent Ilardi als Anhang zu dem von David Abulafia herausgegebenen Sammelband *The French Descent into Renaissance Italy 1494-95. Antecedents and Effects*, erstellt hat. <sup>(3)</sup>

Ebba Severidt befasst sich im Rahmen ihrer Arbeit über die Verwandtschaftsbeziehungen zwischen der italienischen Familie der Gonzaga und deutschen Fürstenhäusern ebenfalls mit dem Nachrichtenverkehr dieses italienischen Fürstenhauses, mit dessen Hilfe die Kontakte aufrecht erhalten wurden. <sup>(4)</sup> Severidt stellt dabei unter anderem die Beziehungen Markgräfin Barbaras von Mantua zu den Verwandten im Reich, auch zu ihrem Onkel Markgraf Albrecht Achilles, in den Mittelpunkt, um zu zeigen, wie die Gonzaga versuchten, aus diesen verwandtschaftlichen Beziehungen Kapital zu schlagen. Die Briefe der Markgräfin Barbara sind eine der Hauptquellen, auf die sich Severidt stützt. Die Autorin versucht aber mehr eine Analyse der familiären und verwandtschaftlichen Strukturen, als eine Bearbeitung der Nachrichteninhalte oder gar der Botenorganisation. Barbara schrieb 20 erhaltene Briefe an ihren Onkel, 80 weitere an andere Verwandte aus dem Haus Brandenburg. Inhaltlich lässt sich, folgt man Severidts Aussagen, feststellen, dass Nachrichten über familiäre Verhältnisse und Vorkommnisse das Übergewicht hatten. Politische Benachrichtigungen waren die Ausnahme. <sup>(5)</sup>

Auch die Infrastruktur, die für die Boten bereitgestellt werden musste, das heißt die Wege, Unterkunftsmöglichkeiten und Reittiere, ist für das Spätmittelalter nicht in dem Maße erforscht, dass eine schlüssige Antwort auf die Frage möglich wäre, wie sich Boten auf der Reise verhalten mussten und konnten. Eine Einführung in die Problematik gibt Dietrich Denecke, der zu dem Schluss kommt, dass Kommunikation auf dem Landweg zwar schwierig, aber durchaus zu bewältigen war. Es scheint, dass die Problemlosigkeit der Reiseorganisation dazu führte, dass relativ wenig Quellen vorhanden sind. Denn zu Aufzeichnungen kam es wohl in erster Linie immer dann, wenn Probleme auftraten. <sup>(6)</sup>

<sup>1</sup> Isabella Lazzarini; *L'informazione politico-diplomatica nell'età della pace di Lodi: Raccolta, Selezione, Trasmissione. Spunti di ricerca dal carteggio Milano-Mantova nella prima età sforzesca (1450 – 1466)*; In: *Nuova Rivista Storica*; Band 83, Fasz. II, S. 247 – 280. Freundlicher Hinweis von Frau Prof. Märkl, München.

<sup>2</sup> Lazzarini, a.a.O., S. 268 f.

<sup>3</sup> The Ilardi Microfilm Collection of Renaissance Diplomatic Documents ca. 1450 – ca. 1500; In: David Abulafia (hrsg.) *The French Descent into Renaissance Italy 1494 – 95. Antecedents and Effects*; Aldershot, 1995; S. 405 – 483.

<sup>4</sup> Ebba Severidt; *Familie, Verwandtschaft und Karriere bei den Gonzaga*; Leinfelden-Echterdingen, 2002. Das Buch entstand aus Severidts Dissertation, die sie Anfang der 90er Jahre vorlegte. Die Autorin untersuchte dazu in erster Linie das markgräfliche Archiv in Mantua.

<sup>5</sup> Severidt, a.a.O., S. 172 ff. Die Briefe aus dem Archiv aus Mantua, die für die Benachrichtigung Albrechts über politische Ereignisse wichtig waren, werden in den entsprechenden Kapiteln analysiert.

<sup>6</sup> Dietrich Denecke; *Straße und Weg im Mittelalter als Lebensraum und Vermittler zwischen entfernten Orten*; In: Bernd Hermann (hrsg.) *Mensch und Umwelt im Mittelalter*, Stuttgart, 1986; S. 207 – 223. Ders. *Methoden und Ergebnisse der historisch-geographischen und archäologischen Untersuchung und Rekonstruktion mittelalterlicher Verkehrswege*; In: *Geschichtswissenschaft und Archäologie. (=Vorträge und Forschungen; Band 22)* Stuttgart, 1979; S. 433 – 483.

Zu den Verkehrs- und vor allem Straßenverhältnissen im gesamten deutschen Mittelalter und auch im Spätmittelalter liegen bisher kaum aussagekräftige Untersuchungen vor, die über regional eng begrenzte Gebiete hinausreichen würden. Als Fazit ziehen die Autoren meistens den Schluss, dass sich das Straßenwesen im

Das zeigt sich besonders deutlich, wenn wir uns die Situation beim Übergang über die Alpen ansehen. Die dortigen Verhältnisse, die den Reisenden oft Schwierigkeiten bereiteten, sind besser dokumentiert. Es scheint so, dass im Früh- und Hochmittelalter die römische Infrastruktur weiter genutzt und nur geringfügig ergänzt wurde. Erst seit dem Jahr 1300 ging man daran, mit Hilfe von Brücken über die Flüsse, aber vor allem durch den Bau von Straßen an Stelle von Saumpfaden dem zunehmenden Handelsverkehr Rechnung zu tragen. <sup>(1)</sup> Natürlich profitierten auch die Boten von dieser Verbesserung der Infrastruktur.

Eine besondere Lage ergab sich an den Pilgerwegen zu den großen Wallfahrtsorten in Europa, vor allem nach Rom und Santiago de Compostela. <sup>(2)</sup> Dort entstand seit dem Hochmittelalter ein dichtes Netz von Herbergen und Gasthäusern, die neben den Pilgern natürlich auch von anderen Reisenden, also auch Kurieren, aufgesucht werden konnten. Nähere Nachrichten darüber, wie speziell Boten in Gaststätten Aufnahme fanden, gibt es allerdings nicht.

#### 1.4 Fürstliche Briefe

Eine Entwicklungslinie der fürstlichen Briefkultur im Mittelalter ist nicht leicht zu zeichnen, da sich die Forschung dieses Themas in seiner ganzen Breite noch nicht angenommen hat. Der Brief, vom lateinischen „*libellus brevis*“ (kurzes Schreiben) abgeleitet, war das wichtigste Mittel der Nachrichtenübermittlung, auch in politischen Fragen, und somit wohl so alt, wie die Schrift selbst. Dies zumindest ist in der Forschung unumstritten.

Briefe, die von Fürsten oder doch zumindest in deren Auftrag verschickt wurden, sind in ihrer Systematik nicht genau zu erfassen. Die Forschung, noch ist die oben bereits mehrfach erwähnte Arbeit von Georg Steinhausen vom Ende des 19. Jahrhunderts im Wesentlichen nicht überholt, sieht zu Beginn der Entwicklung Befehlsbriefe. Darunter sind Schreiben zu verstehen, die amtlichen Charakter hatten. Sie wurden offiziellen Emissären als Mandate oder Beglaubigungen oft auf Reisen mitgegeben. <sup>(3)</sup>

Die mit Abstand größte Zahl von überlieferten und edierten mittelalterlichen Briefen aus dem fürstlichen Umfeld sind literarische Briefe, die festen Normen folgten, meist den Charakter von Liebesbriefen hatten und in Sammlungen beziehungsweise innerhalb von

---

Spätmittelalter aufgrund des zunehmenden Verkehrs verbessert haben muss. Direkt zu belegen sei es aber kaum. Einen Versuch der Zusammenfassung unternimmt Norbert Ohler in seinem Werk *Reisen im Mittelalter*, München, 1991. Weiterhin ist zu nennen: Edwin S. Hunt; *A History of business in Medieval Europe 1200 – 1500*; Cambridge, 1999. Eine ältere, aber immer noch lesenswerte weil materialreiche Arbeit ist das Buch von Ernst Gasner; *Zum deutschen Straßenwesen von der ältesten Zeit bis zur Mitte des XVII. Jahrhunderts*; Leipzig, 1889, in dem auf den Seiten 58 bis 144 Quellen aus der Zeit zwischen dem 13. und 17. Jahrhundert zusammengetragen werden. Allerdings kommt auch Gasner nicht über das Zusammentragen von Bruchstücken hinaus. In einer Zusammenfassung der Forschungslage zum Straßenbau im Mittelalter schreibt Friedrich Pfeiffer (*Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, Beiheft VII/10. Transitzölle 1000-1500*, Köln, 2000), dass der Forschungsstand ungleichmäßig und demzufolge auch zum Teil widersprüchlich sei. Dem muss man sich anschließen.

<sup>1</sup> Detaillierte Untersuchungen liegen zu den alpinen Verkehrswegen durch das Gebiet des Bistums Chur vor. In Ergänzung zu römischen Einrichtungen entstanden seit dem frühen Mittelalter Tavernen, Fährverbindungen und Zollstationen. Auch Hospize auf den Bergpässen lassen sich nachweisen. Zusammenfassend dazu siehe: Otto Paul Clavadetscher; *Verkehrsorganisation in Rätien zur Karolingerzeit*; In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 5, 1955, S. 1 – 30. Die entsprechenden Verhältnisse in Tirol sind zusammengefasst bei Josef Fontana u.a.; *Geschichte des Landes Tirol*; Band 1; Bozen, Innsbruck, 1985; S. 156 ff., 347 ff. und 497 ff.; 1310 wurde ein Saumtierpfad entlang der Eisack von Bozen zum Brenner gebaut. Erst 1480 wurde der Pfad zu einem Karrenweg verbreitert.

<sup>2</sup> Hans-Conrad Peyer, a.a.O.

<sup>3</sup> Schon im Verlauf dieser Einführung wurde auf entsprechende Schreiben in der Zeit der Merowinger hingewiesen. Siehe oben Seite 6 f.

mittelhochdeutschen Epen überliefert sind. <sup>(1)</sup> In Briefsammlungen und Briefbüchern sind Musterformen niedergelegt, die viele Autoren formal und oft sogar inhaltlich übernahmen. Eine Sonderform des fürstlichen Schreibens waren offene Briefe, die gerade bei besonders heftig geführten politischen Auseinandersetzungen als Propagandaschreiben und öffentliche Proklamationen zum Einsatz kamen. Zu denken ist hier an den umfangreichen Schriftverkehr während des Investiturstreits zwischen den deutschen Herrschern und dem Papst und auch – was die deutsche Geschichte angeht – während der Konflikte zwischen Rom und dem Reich unter den Staufern. <sup>(2)</sup> In Frankreich fand diese Form des propagandistischen Einsatzes von Briefen im 15. Jahrhundert bei den burgundischen Herzögen Johann dem Guten und Karl dem Kühnen einen besonderen Höhepunkt.

Mit dem Aufkommen und dem Verbreiten des Deutschen als Schriftsprache und der Fähigkeit auch der Fürsten, sich schriftlich <sup>(3)</sup> ausdrücken zu können, kommen wir zu der Kategorie von Briefen, die in dieser Arbeit die zentrale Rolle spielen soll. Die Forschung spricht von Privatbriefen oder persönlichen Schreiben, weil Alltagsprobleme angesprochen und konkrete Briefpartner fassbar wurden. Der persönliche, informelle Stil der Briefe wurde herausgestrichen, um diese Interpretation zu untermauern. <sup>(4)</sup> M.E. geht der Ausdruck „Privatbrief“ aber in die falsche Richtung, weil in den meisten Fällen von den Fürsten gerade nicht private oder persönliche Fragen angesprochen wurden, sondern politische und somit öffentliche Sachverhalte breiten Raum einnahmen. <sup>(5)</sup> Man müsste daher eigentlich von politischer Korrespondenz sprechen, wie es Friedrich Priebatsch bei der Herausgabe der Schreiben Albrechts auch tat. Diese Bezeichnung konnte sich aber nicht allgemein durchsetzen.

Was m. E. aber in der Forschung bisher völlig vernachlässigt wurde, ist der Informationscharakter, der einen Großteil der fürstlichen Schreiben auszeichnet und den diese Arbeit anhand der überlieferten Korrespondenz des Brandenburger Markgrafen herausarbeiten will. Gerade die Fürsten hatten in vielen Schreiben ein klares Ziel vor Augen: Nachrichten zu bekommen, auf deren Grundlage sie Entscheidungen treffen mussten. Deshalb verzichteten sie auf Floskeln, Anreden, Titel und die formelle, kunstvolle Gestaltung von den Briefen, die in erster Linie dem Informieren dienten. Diese These soll für die politische Korrespondenz des Kurfürsten Albrecht erhärtet werden. <sup>(6)</sup>

---

<sup>1</sup> Schöne Beispiele dafür finden sich im Artikel von Eugen Mayser in der Zeitschrift für Deutsche Philologie, Band 59, 1935, S. 136 – 147. Er hat Briefsammlungen aus allen europäischen Sprachräumen zusammengetragen.

<sup>2</sup> Die Forschung über den Investiturstreit und auch die Literatur über die propagandistischen Elemente in diesem Konflikt ist sehr umfangreich. Eine Auseinandersetzung mit ihr ist nicht Teil dieser Arbeit. Es sollte nur der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen werden. Das selbe gilt für die Geschichte der Auseinandersetzung zwischen Staufern und Papsttum.

<sup>3</sup> Steinhausen setzt das späte 14. Jahrhundert als den Zeitpunkt an, ab dem Deutsch flächendeckend im Briefverkehr der Fürsten verwendet wurde. Die Fürsten waren bis auf wenige Ausnahmen ab diesem Zeitraum schriftkundig und konnten die Korrespondenz selbst führen beziehungsweise intensiv überwachen und in ihrem Sinne lenken.

<sup>4</sup> Zusammengefasst finden sich die Ergebnisse der bisherigen Forschung im sehr ausführlichen Artikel zum Stichwort „Brief“ im LexMa, Band 2, Sp. 648 – 682.

<sup>5</sup> Natürlich gibt es Briefe, mit rein privatem Inhalt. Gerade Albrecht Achilles führte eine sehr liebevolle Korrespondenz mit seiner zweiten Frau Anna von Sachsen.

<sup>6</sup> Um diese Aussagen auf eine breitere Basis zu stellen, wäre es nötig, die Korrespondenz auch anderer spätmittelalterlicher deutscher Reichsfürsten zu untersuchen und natürlich zuerst deren Briefe zu edieren. Bisher ist dazu wenig geschehen. Ediert ist meines Wissens nur der Briefverkehr zwischen Kaiser Maximilian I. und seinem wichtigen Berater Sigmund Prüschenk. Viktor von Kraus; Maximilians I. vertraulicher Briefwechsel mit Sigmund Prüschenk; Innsbruck 1875.

## 1.5 Markgraf Albrecht Achilles – biographischer Abriss

Bevor die Informationspolitik des Fürsten ausführlich untersucht werden soll, scheint es nötig, in einer kurzen biographischen Skizze die wichtigsten Lebensstationen Albrechts darzulegen. Das Leben des zollerischen <sup>(1)</sup> Markgrafen Albrecht Achilles bewegte sich in den Bahnen eines spätmittelalterlichen Territorialfürsten, dessen Hauptaugenmerk auf die Stärkung der Macht seiner Familie und seiner Herrschaft gerichtet war. Alle Konflikte mit seinen Nachbarn und alle diplomatischen Aktionen des Fürsten dienten diesem Zweck, genauso wie alle reichs- oder kirchenpolitischen Schachzüge in seiner mehr als 45-jährigen Regierungszeit im Dienst dieses übergeordneten Ziels standen. Die nachfolgende kurze biographische Skizze soll das Leben des Fürsten nachzeichnen <sup>(2)</sup> und die grundlegenden politischen Strukturen und Ereignisse aufzeigen, auf deren Hintergrund sich sein Leben und Handeln abspielte. Die Skizze soll helfen, die Hintergründe der Informationspolitik des Fürsten besser zu verstehen. <sup>(3)</sup> Spezielle Fragen sind im Zusammenhang mit den konkreten informationstechnischen Vorgängen erläutert, für die sie eine Rolle spielten.

Gerade in der preußisch/deutschen Historiographie des 19. Jahrhunderts wurde Albrecht Achilles als wagemutiger Draufgänger beschrieben und war deshalb ein „Star“ unter den Vorfahren der damals regierenden Hohenzollern. Seine Vorgänger und Nachfahren wurden an ihm und seinen vermeintlichen kriegerischen Leistungen gemessen und entsprechend für zu leicht empfunden. Dieses Bild muss revidiert werden. Schon die jüngere Forschung, die sich mit seinem Wirken in Franken beschäftigte, kam zu einem differenzierten Urteil, zumindest was die späteren Jahre seines Lebens anging. Doch auch die ersten Regierungsjahre, in denen zugegebenermaßen kriegerische Ereignisse im Mittelpunkt standen, waren nicht die glorreichen Heldenjahre, als die sie oft dargestellt wurden. Sondern auch damals war Albrecht ein Taktiker, nur einer, der sich öfter verkalkulierte.

Geprägt wurde die Jugend des am 9. November 1414 in Tangermünde geborenen dritten Sohnes von Burggraf Friedrich VI. von Nürnberg, der auf den Namen Albrecht <sup>(4)</sup> getauft

---

<sup>1</sup> In der Arbeit wird durchgehend der Begriff Zollern für die Bezeichnung der Familie Albrechts verwendet. Das entspricht der zeitgenössischen Begrifflichkeit. Die Erhöhung des Namens in Hohenzollern ist eine neuzeitliche Entwicklung. Im Sprachgebrauch der Quellen des 15. Jahrhunderts ist ohnehin der Name Zollern nur in Ausnahmefällen auf die fränkisch/brandenburgischen Fürsten angewendet worden. Die Markgrafen und Kurfürsten waren Angehörige des Hauses Brandenburg. Die Bezeichnung Zollern war eher für die schwäbische Linie der Grafen von Zollern reserviert.

<sup>2</sup> Die Skizze nimmt für sich nicht in Anspruch, eine umfangreiche Biographie Albrechts zu ersetzen. Es wäre – das sei hier gesagt – aber ein lobenswertes Unterfangen, eine solche zu schreiben. Denn bis heute existiert keine Monographie, die sich mit dem Zollern befasst, der der Stammvater aller späteren Kurfürsten, Könige und Kaiser seines Hauses war. Der Versuch einer Lebensbeschreibung, den Erhard Waldemar Kanter; Markgraf Albrecht Achilles I. von Brandenburg; Berlin, 1911, startete, scheiterte schon nach dem ersten Band und bietet für die frühen Jahre des Prinzen und jungen Markgrafen nur eine unsystematische Aneinanderreihung von Vorfällen. Fast fühlt man sich an hochmittelalterliche Klosterannalen erinnert. Eine kurze, aber die wichtigsten Ereignisse anreißende Beschreibung von Albrechts Leben verfasste Günther Schuhmann 1980 im Jahrbuch des Historischen Vereins für Mittelfranken. Ähnliches gilt für die beiden Artikel in der ADB und der NDB über Albrecht Achilles. Ernst Schubert kümmerte sich in der Reihe Fränkische Lebensbilder; Band 4; Würzburg, 1971, um den Markgrafen und Kurfürsten, und liefert uns die bis dato beste Schilderung des persönlichen und politischen Wirkens Albrechts. In vielen Punkten stütze ich mich gerade auf diese Arbeit. Ähnlich informativ ist der Artikel von Heinz Quirin, Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach als Politiker; In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung; Band 31; 1971; S. 261 – 308.

<sup>3</sup> Alle historischen Vorgänge sind mit der wichtigsten Sekundärliteratur belegt. Genauer wird auf die Quellenlage eingegangen, wenn sich ein Thema für die Fragen des Botenverkehrs und der Nachrichtenbeschaffung als besonders wichtig herausstellte. Dies geschieht dann in den entsprechenden Kapiteln der Arbeit.

<sup>4</sup> Der Beinamen Achilles, der ihm von seinem Bewunderer Aeneas Silvio Piccolomini, dem nachmaligen Papst Pius II. gegeben wurde, scheint nicht vor dem 17. Jahrhundert in der Geschichtsschreibung gebräuchlich geworden zu sein. In der Arbeit soll die zusätzliche Bezeichnung trotz des möglichen Anachronismus beibehalten werden, gerade auch um Verwechslungen mit anderen Fürsten, die den selben Vornamen hatten, zu

wurde, durch die Extreme im politischen Leben seines Vaters. Nach der Belehnung mit der Mark 1415/1417 gehörten die Zollern zu den höchsten Fürsten des Reiches, waren auf der anderen Seite aber finanziell so schwach gestellt, dass sie Herrschaften und Rechte in ihrem Stammland Franken verpfänden, ja sogar verkaufen mussten, um politisch einigermaßen handlungsfähig zu bleiben. <sup>(1)</sup> Für Albrecht war es früh klar, dass ein Fürst nur dann fürstlich leben und entsprechend handeln konnte, wenn die finanzielle Basis gegeben war. Er richtete deshalb sein Handeln danach aus – manchmal schielte er zu sehr auf das Geld und verlor die politischen Zusammenhänge aus den Augen.

Nach der für die damalige Zeit typischen Erziehung am Hof des Vaters, des Großvaters mütterlicherseits, des Herzogs von Bayern-Landshut <sup>(2)</sup>, und schließlich am Königshof von Sigmund von Luxemburg und Barbara von Cilli, beendete Albrecht seine ritterlich/fürstliche Ausbildung 1435 durch eine Kavaliersreise nach Jerusalem. <sup>(3)</sup> Schon vorher hatte er mit seinem Vater und dem fränkischen Reichsaufgebot weitgehend erfolglos gegen die Hussiten gekämpft. Sein Kriegerlebnis, den sowohl die Zeitgenossen als auch spätere Historiker in Erzählungen immer wieder pfl egten, stammt auch aus dieser Zeit, als er noch als Knappe auf dem Schlachtfeld focht.

Im Testament Kurfürst Friedrichs I. bekam Albrecht 1437 die Anwartschaft auf das untergebirgische Fürstentum der Zollern zugesprochen. Es handelte sich dabei um die Herrschaft, die sich die Familie in drei Jahrhunderten westlich und südlich der Reichsstadt Nürnberg aufgebaut hatte. Die Cadolzburg bei Fürth war das administrative Zentrum, das Albrecht in den 50er Jahren nach Ansbach verlegte, womit er dafür sorgte, dass später von der Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach gesprochen wurde. Sein ältester Bruder Johann, der auf die Kurwürde verzichtet hatte, bekam das obergebirgische Fürstentum rund um die Plassenburg bei Kulmbach. Friedrich I. sollte dessen gleichnamiger zweiter Sohn als Kurfürst in Brandenburg nachfolgen. <sup>(4)</sup>

Noch vor dem Tod des Vaters im September 1440 handelte Albrecht schon politisch selbstständig. Er diente König Albrecht II. 1438/39 bei dessen Kämpfen gegen den König von Polen in Schlesien <sup>(5)</sup> und ging im Auftrag eines Fürstenbundes um den Erzbischof von

vermeiden. Näheres zur Namensgebung findet sich bei Reinhard Lebe, War Karl der Kahl wirklich kahl? Über historische Beinamen; S. 104 – 109.

<sup>1</sup> Besonders herausragend war dabei der 1427 notwendig gewordene Verkauf aller burggräflichen Rechte in Nürnberg und des burggräflichen Anteils an der Nürnberger Kaiserburg an die Reichsstadt. Doch die Zollern waren auch bei einer Reihe von fränkischen Adeligen hoch verschuldet. Detailliert dargestellt sind die finanziellen Verbindungen der Markgrafen zu fränkischen Adeligen bei Hillay Zmora, State and nobility in early modern Germany. The knightly feud in Franconia 1440 – 1567; Cambridge, 1997. Friedrich I. benötigte viel Geld aus Franken, um sich in der Mark Brandenburg einigermaßen behaupten zu können. Albrecht versuchte es in den 16 Jahren, in denen er Franken und die Mark regierte, zu vermeiden, Geld von Ansbach nach Cölln zu transferieren.

<sup>2</sup> Burggraf Friedrich VI. hatte 1401 Elisabeth (\*1383), eine Tochter Herzogs Friedrichs von Landshut, geheiratet. Sie war die Schwester des späteren Herzogs Heinrich des Reichen und Albrecht Achilles somit der Cousin seines späteren Hauptwidersachers Ludwig des Reichen von Bayern-Landshut. Albrechts Mutter Elisabeth gebar zehn Kinder, die das Kleinkindalter überlebten, und sie starb 1442.

<sup>3</sup> Siehe Friedrich Geisheim, Die Hohenzollern am Heiligen Grabe zu Jerusalem; Berlin, 1858. Dort ist die Pilgerfahrt der Markgrafen Johann und Albrecht von Brandenburg im Jahre 1435, deren Verlauf ein sie begleitender Nürnberger Arzt festhielt, nachgezeichnet.

<sup>4</sup> Herrmann von Caemmerer (hrsg.), Die Testamente der Kurfürsten von Brandenburg und der beiden ersten Könige von Preußen; München, Leipzig, 1915. Friedrich I. hatte noch einen vierten Sohn, Friedrich den Feisten. Diesem wurden im Testament nur Einkünfte aus Herrschaften in Brandenburg zugestanden. Doch nach dem Tod des Vaters mussten die drei jungen Fürsten ihrem Bruder einen Anteil an der Herrschaft übergeben. Ihm wurde 1447 im Vertrag von Mühlhausen/Sachsen die Altmark und die Prignitz um Tangermünde zugewiesen, wo er bis zu seinem Tod 1463 als Markgraf herrschte. Er hinterließ mit Amalia eine Tochter, die Albrecht Achilles später an Graf Eitelriedrich von Zollern verheiratete.

<sup>5</sup> RTA I, 13, Nr. 379, S. 766 ff.; Schubert, a.a.O.

Mainz gegen Raubritter im badischen Raum vor. <sup>(1)</sup> Militärische Leistungen standen also am Anfang seiner politischen Tätigkeit.

Im September 1440 trat Albrecht die Herrschaft auf der Cadolzburg an, nachdem sein Vater dort verstorben war. Geprägt waren die ersten Jahren seiner Herrschaft durch eine extreme Geldnot, die soweit ging, dass er zusammen mit seiner Mutter, der Kurfürstinwitwe Elisabeth von Landshut, nur einen Hofstaat unterhalten konnte. Der frühe Tod seiner Mutter 1442 erlaubte Albrecht, über deren Wittum zu verfügen und brachte eine erste Entspannung der finanziellen Malaise.

Seine großen pekuniären Befreiungsschläge, die es ihm in den späteren Jahren ermöglichten, eine aktive Politik zu betreiben, waren von äußerster Skrupellosigkeit und politisch kurzsichtigen Motiven geleitet. Viele politische Schachzüge, die Albrecht in den 40er und frühen 50er Jahren plante und ausführte, brachten ihm Geld, legten aber gleichzeitig die Grundlagen für seine jahrzehntelangen politischen Auseinandersetzungen, bei denen er dann meistens stärkeren Gegnern gegenüber stand und oft den Kürzeren zog.

Zum einen mischte sich Albrecht in die inneren Auseinandersetzungen im Würzburger Stift ein, brachte seinen Kandidaten auf den Bischofsstuhl, schädigte die Nachbarn durch Kriegszüge und gewann trotz des militärisch keineswegs überzeugenden Ausgangs der Kämpfe die Pfandschaft über die Stadt Kitzingen und eine Kriegsentschädigung von 20 000 Gulden. <sup>(2)</sup> Bis ans Ende seiner Tage musste er aber nun mit der erbitterten Feindschaft aller Würzburger Bischöfe rechnen.

Außerdem griff Albrecht Anfang der 40er Jahre ungebeten an der Seite der Landshuter Herzöge in den Kampf um Bayern-Ingolstadt ein. Er verhalf den Landshutern durch die Gefangennahme des Ingolstädter Herzogs Ludwig des Bärtigen zum Sieg und verkaufte den gefangenen Herzog für eine hohe Summe, 32 000 Gulden, an Landshut. <sup>(3)</sup> Dadurch aber stärkte er die ohnehin schon große Macht der reichen Landshuter Herzöge und half ihnen, die Expansionsroute entlang der Donau nach Schwaben und Franken zu eröffnen, die das politische Geschehen in Süddeutschland bis ans Ende des Jahrhunderts entscheidend mitbestimmen sollte. <sup>(4)</sup> In Landshut schuf sich Albrecht dadurch den mächtigsten territorialpolitischen Gegner der kommenden Jahrzehnte quasi selbst.

Das dritte Konfliktfeld eröffnete Albrecht durch seine Rivalität zur Reichsstadt Nürnberg. Wirtschaftspolitische, finanzielle und rechtliche Streitigkeiten waren es, die 1449 zum Ausbruch eines offenen Krieges führten, der ebenfalls unentschieden ausging. <sup>(5)</sup> Albrecht konnte 1453 nach Ende des sogenannten ersten Markgrafenkrieges zwar eine Kriegsentschädigung von diesmal 25 000 Gulden erstreiten, doch die politischen und wirtschaftlichen Strukturen der mächtigen Stadt, die sich mit Hilfe eines aus 30 Städten bestehenden Bundes behauptete hatte, wurden durch den Krieg noch gefestigt. Und ein weiterer Gegner war geschaffen, der sich noch während des Krieges durch einen langfristigen Vertrag an die Herzöge von Landshut band.

Weitere 20 000 Gulden gewann der Markgraf als Mitgift bei seiner Heirat mit Margareta von Baden. Doch dafür musste Albrecht ein Bündnis mit Markgraf Jakob von Baden schließen

---

<sup>1</sup> Schubert, a.a.O.

<sup>2</sup> Albrechts Politik gegenüber dem Würzburger Stift ist in Kapitel 1.3 näher dargestellt, weil sie für die dort dargelegten informationstechnischen Vorgänge von großer Bedeutung ist.

<sup>3</sup> Am ausführlichsten stellt Sigmund Riezler, *Baierische Geschichte*, Band 3, Gotha, 1889; S. 335 ff., diese Vorgänge dar. Eine Zusammenfassung findet sich im entsprechenden von Dieter Weiß verfassten Abschnitt des *Handbuchs der Bayerischen Geschichte*, III, 1, *Geschichte Frankens bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts*; Neu herausgegeben von Andreas Kraus; 3. Auflage, München, 1997; S. 427 – 450.

<sup>4</sup> Reinhard Stauber, *Herzog Georg von Bayern-Landshut und seine Reichspolitik. Möglichkeiten und Grenzen reichsfürstlicher Politik im wittelsbachisch-habsburgischen Spannungsfeld zwischen 1470 und 1505*; Kallmünz, 1993, beschreibt diese Expansionspolitik ausführlich.

<sup>5</sup> Ausführlich ist dies bei Richard Kölbl; *Der erste Markgrafenkrieg 1449 bis 1453*; In: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg*; Band 65; 1978; S. 91 – 123, nachzulesen.

und machte sich dessen territorialpolitische Gegner, allen voran die Wittelsbacher Kurfürsten von der Pfalz, ebenfalls zu Feinden.

Die enge politische Anlehnung an König und Kaiser Friedrich III. brachte kein Geld, aber rechtliche Unterstützung für alle politischen Expansionspläne Albrechts in Franken. Doch auch dafür musste der Markgraf einen hohen Preis zahlen. Denn die Gegner des Habsburgers im Reich – und das waren nicht wenige – sahen nun auch in Albrecht ihren Feind. <sup>(1)</sup>

Die Konflikte in den südlichen Regionen des Reiches kulminierten Ende der 50 Jahre, als zwei große Fürstenkoalitionen aufeinander stießen. Albrecht versuchte, sich die Hegemonie in Franken zu erkämpfen, indem er den Herzogstitel annahm und danach strebte, die Jurisdiktion des Kaiserlichen Landgerichts Burggrafentums Nürnberg räumlich und sachlich auszudehnen. <sup>(2)</sup> Er rief damit seine drei Feinde – Landshut, Würzburg und Nürnberg – auf den Plan, die zusammenwirkten, um die Machtansprüche Albrechts zurückzuweisen. Ludwig der Reiche stand als Territorialfürst auch in starker Konkurrenz zu Kaiser Friedrich III. und war deswegen ein Bündnis mit König Georg Podiebrad von Böhmen eingegangen. Der Kaiser unterstützte Albrecht, indem er die Rechte des Burggrafengerichts stärkte und erneuerte und indem er ihn zum Reichsfeldherrn ernannte. Friedrich III. und seine südwestdeutschen Verbündeten, vor allem die Markgrafen von Baden und die Grafen von Württemberg, bekämpften gleichzeitig ihren Hauptgegner Kurfürst Friedrich den Siegreichen von der Pfalz, der wiederum das Bündnis mit Landshut suchte. Albrecht Achilles und seine Partei erlitten in den Kämpfen militärisch entscheidende Niederlagen. Albrecht verlor am 19. Juli 1462 die Schlacht von Giengen an der Brenz gegen Ludwig von Landshut, während der Kurfürst von der Pfalz schon am 30. Juni in der Schlacht von Seckenheim siegreich geblieben war. In der Rother Richtung und im Frieden von Prag musste Albrecht alle hegemonialen Ziele in Franken aufgeben, kam Dank der Ausgleichsbemühungen Georgs von Böhmen aber sonst ohne große Verluste davon. <sup>(3)</sup>

Der Politikwechsel Podiebrads hin zu einer ausgleichenden Position hatte seinen Grund in dessen zunehmenden politischen Problemen. Podiebrad hatte sich nach dem Tod des Böhmenkönigs Ladislaus Postumus 1457 die Wenzelskrone mit Unterstützung der Utraquisten oder Kalixtiner, des gemäßigten Teiles der böhmischen Hussiten, gesichert. Diese und damit ihr neues Oberhaupt Georg Podiebrad stützten ihre kirchenrechtlich prekäre Stellung in Böhmen nicht zuletzt auf die in den 30er Jahren mit dem Basler Konzil und Kaiser Sigmund ausgehandelten Basler oder Iglauer Kompaktaten, die ihnen in Glaubensfragen eine Autonomie zustanden und ihnen dadurch erlaubten, den von anderen als Ketzerei bezeichneten utraquistischen Glauben <sup>(4)</sup> frei auszuüben. <sup>(5)</sup>

Schon Papst Pius II., der auch die Kreuzzugs-idee gegen die Türken neu entfachen wollte und der seit 1458 auf dem Stuhl Petri saß, sah diese böhmische Sonderrolle mit Missfallen. Sein Nachfolger Paul II. (1464 – 1471) drang dann aktiv darauf, die „utraquistische Ketzerei“ in Böhmen wenn nötig mit einem Kreuzzug zu bekämpfen. Auch in Böhmen, vor allem den weitgehend katholischen Nebenländern Mähren, Schlesien und der Lausitz, gab es religiös und machtpolitisch motivierten Widerstand gegen König Georg. Podiebrad und seine

<sup>1</sup> Albrecht diente gegen Sold dem Habsburger sowie dessen Bruder Albrecht VI. von Österreich auch als Truppenführer. Er kämpfte in der Steiermark gegen Rebellen und wurde dabei sogar lebensgefährlich verwundet. Darüber hinaus war er auch in den Auseinandersetzungen der 40er Jahre mit den Eidgenossen und den Armagnaken für das Haus Habsburg und das Reich tätig. Siehe hierzu Schubert, a.a.O.

<sup>2</sup> Sieh Klaus von Andrian-Werburg, Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg-Ansbach und das Kaiserliche Landgericht Burggrafentums Nürnberg; In: Jahrbuch für Fränkische Landesforschung; Band 60; 2000; S. 56 – 65.

<sup>3</sup> Willi Ulsamer, Die Rother Richtung; In: 900 Jahre Roth, FS, 1960, S. 103 – 154.

<sup>4</sup> Sie feierten das Abendmahl in beiderlei („*sub utraque specie*“) Gestalt; den Gläubigen war der Laienkelch erlaubt.

<sup>5</sup> Zur Situation in Böhmen siehe die ausführliche und noch immer gültige Darstellung bei Frantisek Palacky, Geschichte Böhmens, Band 4,2. Das Zeitalter Georgs von Podiebrad; Prag, 1860.

Unterstützer wurden vom Papst gebannt, so dass der Böhmenkönig zunehmend isoliert wurde und deshalb im Reich – und auch außerhalb – um Unterstützung nachsuchte. <sup>(1)</sup>

So näherte sich der Böhmenkönig auch den Brandenburgern an und versuchte vor allem Albrecht, um dessen gute Beziehungen zum Papsttum er wusste, als Vermittler zu gewinnen. 1467 kam es sogar zu einem Ehebündnis, als Albrechts Tochter Ursula Podiebrads Sohn Heinrich von Münsterberg heiratete. Der Markgraf wurde zu einem der engsten Verbündeten des Böhmenkönigs und musste dies ebenfalls mit dem Kirchenbann büßen. Bedeutender noch war, dass er sein Haus durch diese Zusammenarbeit auf eine neue politische Linie brachte, bei der in den kommenden 20 Jahren die Situation in Böhmen immer eine entscheidende Rolle spielte. Seit 1469 stand Albrecht fast allein auf Podiebrads Seite, während Kaiser, Papst und die meisten Reichsfürsten einen Krieg gegen den „Ketzerkönig“ planten. Die innerböhmische Opposition wählte 1469 mit Matthias Corvinus von Ungarn einen Gegenkönig und brachte damit einen Herrscher ins Spiel, mit dem sich Albrecht Achilles über viele Jahre auseinandersetzen musste.

Die zweite grundlegende Änderung in der politischen Situation Albrechts war, dass er in den 60er Jahren zunehmend in die Rolle des Oberhauptes des Hauses Brandenburg hineinwuchs. Schon 1457 hatte sich Markgraf Johann, der den Beinamen der Alchimist trug, von der Herrschaft im obergiebigen Fürstentum zurückgezogen und Albrecht Achilles übernahm die Regentschaft. Den Bestimmungen des Testaments ihres Vaters gemäß folgte Albrecht im November 1464 nach dem Tod des Alchimisten diesem als Markgraf auf der Plassenburg nach.

Kurfürst Friedrich II. hatte sich seit 1440 als erfolgreicher Herrscher in dem sehr schwierigen Brandenburger Territorium erwiesen. Er schaffte zum einen eine innere Konsolidierung, wobei es ihm gelang, sowohl die kommunale Autonomie, als auch die bis dahin weitgehende Selbstständigkeit der kirchlichen Institutionen und sogar das grassierende Raubrittertum zu kontrollieren. Durch den Rückkauf der Neumark vom Deutschen Orden 1455 konnte Friedrich II. auch das Territorium der Mark deutlich arrondieren. Diese Tatkraft schwand in den 60er Jahren mehr und mehr, vor allem ab 1466, als erneut ein ihm und seiner Frau Katharina von Sachsen geborener Knabe nach nur wenigen Monaten starb. Friedrich begann zu realisieren, dass er keinen männlichen Erben haben und sein Bruder Albrecht sein Nachfolger werden würde. <sup>(2)</sup> Der Kurfürst zog sich daraufhin mehr und mehr von der Politik zurück und überließ Albrecht weitgehend die Entscheidungen.

Albrecht übernahm deshalb seit der Mitte der 60er Jahre die Leitung der Brandenburger Politik. <sup>(3)</sup> Im Mai 1470 nach der Resignation seines Bruder wurde Albrecht Kurfürst und Erzkämmerer des Reiches, <sup>(4)</sup> hatte nun drei territorial getrennte Fürstentümer zu regieren und

---

<sup>1</sup> Palacky, Geschichte Böhmens, a.a.O. Die Fakten gut und knapp wiedergegeben finden sich auch bei Karl Bosl (Hrsg.) Handbuch der Geschichte der Böhmisches Länder; Band 1; Stuttgart, 1967; S. 537 – 568. Knapp zusammengefasst sind die Fakten auch in der Cambridge Medieval History, Cambridge, 1964, Band 8, Kapitel 3, S. 65 – 115. Weniger Fakten, als vielmehr die großen politischen Grundlinien finden sich in der Neuauflage, der New Cambridge Medieval History, Band 5 von 1998, S. 367 – 391.

<sup>2</sup> In der Forschung ist dies aber umstritten. Sowohl eine beginnende geistige Erschlaffung als auch körperliche Gebrechen haben Friedrich geplagt, wenn man seine Äußerungen in Briefen zu diesen Fragen ansieht. Schon 1467 nahm Friedrich seinen Neffen Johann, Albrechts ältesten damals zehnjährigen Sohn, mit nach Brandenburg, um ihn auf die Herrschaft vorzubereiten. Zusammenfassend hat sich Johannes Schultze in seinem Artikel über Friedrich II. in der Geschichte der Mark Brandenburg; Band 3; Berlin, 1963; S. 92 ff., zu den Gründen für Friedrichs Rückzug aus der Politik geäußert.

<sup>3</sup> Albrecht verhinderte 1469 auch den Versuch des für Böhmen zuständigen päpstlichen Legaten, Friedrich II. von Brandenburg als Gegenkönig gegen Podiebrad zu installieren. Formal in Form von Ratschlägen abgefasst, machte Albrecht seinem Bruder in mehreren Schreiben klar, dass das Wagnis zu groß sei und er nicht mit brüderlicher Hilfe rechnen könne.

<sup>4</sup> Friedrich zog sich auf die Plassenburg zurück und starb bereits im Februar 1471. Seine Frau und seine unverheiratete Tochter blieben in Cölln zurück und mussten von Albrecht versorgt werden. Dies führte zu einigen Auseinandersetzungen zwischen Albrecht und den Frauen, die sich vernachlässigt fühlten.

erbte auch die Konflikte in der Mark und den Streit mit den Nachbarn. Besonders die Auseinandersetzung mit Pommern, die seit 1464 aufgeflammt war, führte immer wieder zu Streitigkeiten und sogar Kriegen. Nach dem Ende der Linie Pommern-Stettin 1464 hatten sowohl die Herzöge von Pommern-Wolgast, als auch die Markgrafen von Brandenburg Anspruch auf deren Nachfolge erhoben. Außerdem hielten die Brandenburger seit den Zeiten Albrechts des Bären Mitte des 12. Jahrhunderts den Anspruch auf eine Lehnsoberrhoheit über das damals gerade erst christianisierte und in den Reichsverband eingegliederte Gebiet der Pommern aufrecht. 1467 war es zu einem Kompromissfrieden gekommen, doch schon zu Beginn der Herrschaft Albrechts war die Gefahr eines Krieges mit Pommern wieder virulent. Außerdem musste Albrecht mit einer chronischen Finanznot in Brandenburg zurechtkommen. Vor allem der Rückkauf der Neumark, aber auch die Intensivierung der Herrschaft, die Friedrich II. erfolgreich durchgesetzt hatte, hatten viel Geld gekostet. Der Kurfürst hinterließ bei seiner Abdankung einen Schuldenberg von 140 000 Gulden. In langen Verhandlungen mit den Ständen während seines ersten Aufenthaltes in der Mark 1472/73 gelang es dem neuen Kurfürsten und dem Landtag eine Regelung zu finden: Man teilte sich die Schulden, wobei Albrecht den Löwenanteil von 100 000 Gulden übernehmen musste.

Die Stände durften ihren Anteil in Form von außerordentlichen Steuern, einer Landbede, in Jahresraten begleichen. Albrecht glaubte seinen Anteil durch eine neue Steuer aufbringen zu können. Er verfügte im Frühjahr 1473, kurz vor seiner Rückreise nach Franken, eine indirekte Steuer, eine Akzise, auf Wein und Bier. Diese sogenannte Tonnensteuer, die als Zoll beim Transport von Wein- und Bierfässern erhoben werden sollte, führte in Brandenburg zu einem flächendeckenden Steuerboykott der Stände. Die gesamte Regierungszeit Albrechts bis 1486 weigerten sich die Städte, das Tonnengeld zu zahlen und hinderten in einigen Fällen fürstliche Steuereinnahmer sogar mit Gewalt daran, den Zoll zu kassieren.<sup>(1)</sup>

Albrecht setzte seinen ältesten Sohn Johann als Regenten in der Mark Brandenburg ein und stellte dem jungen Prinzen eine Gruppe von Statthaltern zur Seite, deren Arbeit durch den aus Franken stammenden Kanzler Friedrich Sesselmann, den Bischof von Lebus, geleitet wurde. Unterschiedlicher Charakter und unterschiedliche Interessenlagen in konkreten Fragen führten immer wieder zu Konflikten zwischen Vater und Sohn. Albrecht versuchte durch zwischenzeitliche Besuche in Brandenburg, aber vor allem durch intensiven brieflichen Kontakt mit der Residenz in Cölln die großen Linien der Politik vorzugeben. Nicht immer funktionierte dies.

Neben Steuerproblematik und Pommernkrise tat sich bald ein neues Konfliktfeld für Brandenburg auf. 1472 verheiratete Albrecht seine damals achtjährige Tochter mit Herzog Heinrich XIV. von Glogau, Herr eines der schlesischen Kleinherzogtümer. 1476 starb der schon lange kränkelnde Herzog, Barbara und damit Brandenburg hofften auf eine schöne Erbschaft. Doch stattdessen entwickelte sich ein sechsjähriger Konflikt, der oftmals in kriegerische Auseinandersetzungen mündete und der Albrecht tief in die Thronwirren des Königreichs Böhmen verwickelte.

Im Februar 1471 war König Georg Podiebrad gestorben und der utraquistische Teil des Adels wählte den polnischen Prinzen Ladislaus, den ältesten Sohn König Kasimirs, zum neuen Böhmenkönig. Der junge Jagiellone stand nun Matthias von Ungarn in einem Konflikt gegenüber, der bis 1479 ausgefochten wurde, als man sich schließlich im Vertrag von Olmütz auf eine Aufteilung des Königreiches einigen konnte.<sup>(2)</sup> In den Jahren zwischen 1471 und 1479 lösten sich Kämpfe und Waffenstillstände in Böhmen immer wieder ab. Schlesien und damit auch das Herzogtum Glogau zählte von Anfang an zum Reichsteil des Ungarnkönigs. Doch Albrecht stand auf der Seite des Ladislaus, erkannte nur diesen als König von Böhmen an, verheiratete ihm noch im Jahr 1476 sogar die Glogauer Erbin Barbara und verweigerte

<sup>1</sup> Siehe Schultze, a.a.O., S. 146 ff.

<sup>2</sup> Dieser Vertrag blieb bis zum Tod des Corvinen 1490 in Kraft. Dann erbte Ladislaus – ebenfalls vertragskonform – den Anteil des Corvinen an Böhmen und zusätzlich das Königreich Ungarn.

Matthias die Huldigung für Glogau. Matthias fühlte sich in seinen Rechten geschmälert und daraus erstand eine erbitterte – immer wieder mit militärischen Mitteln ausgefochtene – Feindschaft zwischen Albrecht und Matthias. <sup>(1)</sup>

Hintergrund von Albrechts Position war auch die weitere Zusammenarbeit des Kurfürsten mit dem Kaiser. Friedrich III. war der Hauptfeind des Corvinen, weil er dessen Macht an den Grenzen der habsburgischen Erblande fürchtete und diesen auch als König von Ungarn verdrängen wollte. Matthias schürte im Gegenzug immer wieder Aufstände in den habsburgischen Herrschaften, griff den Kaiser schließlich sogar militärisch an und konnte Friedrich III. bis 1485 sogar aus der Steiermark, Kärnten und Oberösterreich verdrängen. <sup>(2)</sup> Albrecht geriet durch die Unterstützung der kaiserlichen Position zusätzlich ins Fadenkreuz des Corvinen.

Anzuführen ist bei der Bewertung von Albrechts Politik auch noch die Nachbarschaft zum großen Königreich Polen, dessen Herrscher natürlich auf der Seite seines Sohnes Ladislaus stand. Polens Neutralität, wenn nicht sogar dessen diplomatische Unterstützung konnte Brandenburg aber in der Auseinandersetzung mit den Herzögen von Pommern gut gebrauchen. Albrecht Achilles musste also auch aus diesem Grund an der Seite der Jagiellonen stehen.

Besonders schwierig war Albrechts Lage in Brandenburg in den Jahren 1477 bis 1479, als sich der Krieg in Schlesien und die Steuerverweigerung der Stände mit einem neuen Ausbruch des Konflikts mit Pommern überschnitten. Den Pommern gelang es im Frühjahr 1478 im Handstreich einige Grenzfestungen einzunehmen und in Kontakt mit Matthias von Ungarn zu treten. Sie verfolgten das Ziel, die militärischen Aktionen der Albrecht-Gegner zu koordinieren. Brandenburg drohte folglich ein Zweifrontenkrieg und der Kurfürst musste alle verfügbaren Machtmittel aufbieten, in die Mark eilen und dort den Kampf selbst leiten. Militärische Siege gegen die Pommern und die schlesischen Verbündeten Matthias' erlaubten es Albrecht, den Status quo wieder herzustellen und aus einer relativ starken Position heraus Gespräche zu führen. <sup>(3)</sup> Intensive Verhandlungen durch Gesandtschaften und mit Hilfe eines häufigen Briefverkehrs führten schließlich zu einem Übereinkommen zwischen Matthias und Albrecht. Beide Seiten einigten sich 1483 in dem Streit in der Weise, dass Brandenburg aus dem Glogauer Erbe vier Herrschaften rund um die Stadt Crossen als Pfandlehen bekam und man Matthias als Lehnsherrn anerkannte.

Diese Annäherung an den Corvinen wurde auch dadurch befördert, dass die politische Zusammenarbeit mit König Ladislaus zunehmend bröckelte. Hauptgrund dafür war die Weigerung des Jagiellonen, die schon geschlossene Ehe mit Barbara von Brandenburg zu vollziehen und damit rechtsgültig zu machen. Dieser aus der Sicht Brandenburgs eklatante Rechtsbruch des Böhmen veranlasste Albrecht zu einer intensiven diplomatischen Tätigkeit, durch die er die Heirat doch noch durchsetzen wollte. Der Versuch scheiterte aber.

Die reichspolitischen Handlungen Albrechts waren seit Beginn der 70er Jahre neben der Böhmenfrage, in die er auch territorialpolitisch verstrickt war, von der Situation im Westen des Reiches bestimmt. Herzog Karl von Burgund griff in seiner Expansionspolitik immer stärker auf das Reich aus und machte neben Moers und Geldern am Niederrhein auch das Elsass und das Herzogtum Lothringen von sich abhängig. Da Karl zu dieser Zeit auch gegenüber König Ludwig XI. von Frankreich im Vorteil war, befand er sich auf dem

---

<sup>1</sup> Näheres zur politischen Situation in Schlesien und die Konflikte um die brandenburgische Erbschaft von Glogau findet sich bei Felix Priebatsch, *Der Glogauer Erbfolgestreit*; In: *Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertums Schlesiens*; Band 33; 1899; S. 67 – 106. Knapp zusammengefasst ist der Verlauf auch bei Karl Nehring, *Matthias Corvinus, Kaiser Friedrich III. und das Reich. Zum hunyadisch-habsburgischen Gegensatz im Donauraum*; München, 1975; S. 143 ff.

<sup>2</sup> Paul-Joachim Heinig; *Kaiser Friedrich III. (1440 – 1493) Hof, Regierung und Politik*; Drei Bände; Köln, 1997.

<sup>3</sup> Der detaillierte Ablauf dieser Auseinandersetzungen wird in den entsprechenden Kapiteln jeweils dargestellt, weil er für den Ablauf von Botenreisen und der Organisation des Nachrichtenflusses von großer Bedeutung war.

Höhepunkt seiner Macht. <sup>(1)</sup> Die Tatsache allerdings, dass der Burgunderherzog mit Maria von Burgund nur eine Tochter als Erbin hatte, war die Achillesferse seiner Position, die von seinen Kontrahenten entsprechend ausgenutzt werden konnte. Besonders Friedrich III. bemühte sich in Konkurrenz zu Ludwig XI. die Hand der Herzogtochter für seinen Sohn Maximilian zu gewinnen.

Ende 1473, bei einem Zusammentreffen in Trier, sollte das Ehebündnis und gleichzeitig die Erhebung Karls zum König beschlossen werden. Mit der Erlangung der Königskrone wollte Karl der Kühne seine faktische Machtstellung rechtlich festigen und endlich auch protokollarisch auf der selben Stufe wie seine Partner in der Politik stehen. Um diese Pläne politisch abzusichern, ergriff Karl auch diplomatische Initiativen gegenüber den Kurfürsten des Reiches, und somit trat somit auch mit Albrecht von Brandenburg in Kontakt.

Die Motivation der Vorgehensweise des Burgunderherzogs ist in der Forschung umstritten. Die ältere Forschung ging davon aus, dass der Valois, der um die Reichsverfassung und die starke Stellung der Kurfürsten darin wusste, sehr darauf bedacht war, seine erhofften zusätzlichen Rechte auch durch Übereinkommen mit diesen Fürsten abzusichern. Neuere Arbeiten hingegen kommen eher zu dem Schluss, dass Karl von Burgund das Gewicht der Kurfürsten falsch einschätzte und deshalb mit seiner Diplomatie scheiterte. <sup>(2)</sup>

Da der Königs-Plan scheiterte, nahm Karl seinen Eroberungszug ins Reich wieder auf und griff in die Kölner Stiftsfehde ein. Das löste einen auf relativ breiter Basis stehenden Reichskrieg gegen den Burgunder aus, bei dem Albrecht Achilles oberster militärischer Befehlshaber wurde und Karl, der sich bei der Belagerung der Stadt Neuss festgebissen hatte, zwang, seinen Angriff aufzugeben. Albrecht hielt sich vom Herbst 1474 bis zum Frühsommer 1475 im Westen des Reiches auf, um dort erst zu kämpfen und dann an den Verhandlungen teilzunehmen.

Nachdem der Burgunder auch in Lothringen, im Elsass und in Savoyen mit seinen Eroberungsplänen nicht weitergekommen war und er schließlich im Kampf mit den Eidgenossen im Januar 1477 den Tod gefunden hatte, rückte der Kampf um das burgundische Erbe in den Vordergrund. Maximilian von Habsburg konnte sich gegen die Stände in den burgundischen Niederlanden und gegen König Ludwig XI. bis 1483 weitgehend durchsetzen und das Erbe für sein Haus sichern. Zur Festigung dieser erreichten Stellung, aber auch zur Sicherung der Nachfolge im Reich, versuchten Kaiser Friedrich und Maximilian die Wahl des jungen Habsburgers zum Römischen König noch zu Lebzeiten des Kaisers durchzusetzen. Dabei stießen sie vor allem bei Kurfürst Albrecht von Brandenburg auf Widerstand, der vergeblich versuchte, eine Kurfürsteneinung zu Stande zu bringen, um für die Kurstaaten einen Gewinn aus der Wahl zu ziehen. Friedrich überlistete ihn, einigte sich mit den anderen Königswählern auf bilateraler Basis und zwang Albrecht damit, sich der Wahl in Frankfurt anzuschließen. <sup>(3)</sup> Schon sehr krank reiste Albrecht Achilles Ende 1485 in die Stadt am Main, wo Maximilian am 16. Februar 1486 zum Römischen König gewählt wurde. Knapp vier Wochen später, am 11. März 1486, verstarb der Kurfürst von Brandenburg am Ort der Königswahl.

---

<sup>1</sup> Zum letzten der vier großen Burgunderherzöge gibt es eine Fülle von Literatur, auf die in der Arbeit immer wieder an geeigneter Stelle eingegangen wird. Als gute Überblicksdarstellung ist hier auf Werner Paravicini, *Karl der Kühne. Das Ende des Hauses Burgund*; Göttingen, 1976, verwiesen. Zu Karls Expansionspolitik siehe Petra Ehm; *Burgund und das Reich*; München, 2002; S. 27 – 100. Zu den Vorgängen um das Herzogtum Geldern am Niederrhein sind besonders die Seiten 35 ff. und 75 ff. einschlägig.

<sup>2</sup> Siehe Ehm, a.a.O. Der Kaiser könnte auch deshalb vorzeitig und überhastet aus Trier abgereist sein, weil er eine Entführung befürchtete. Die Gefangennahme König Ludwigs XI. von Frankreich durch den Burgunderherzog, die so genannte Falle von Peronne 1468, lag noch nicht weit zurück. Die oben erwähnten Arbeiten führen die jeweiligen Argumente ausführlich aus.

<sup>3</sup> Hermann Wiesflecker; *Kaiser Maximilians I. Das Reich, Österreich und Europa an der Wende zur Neuzeit*; 1. Band; München, 1971; S. 182 – 194.

Er wurde nach Franken überführt und in der Familiengruft der fränkischen Zollern im Stift Heilsbronn beigesetzt. <sup>(1)</sup>

Seinem Testament, der „Dispositio Achillea“, folgend, wurde sein ältester Sohn Johann Kurfürst von Brandenburg. Seine beiden weiteren Söhne, Friedrich und Sigmund, erbten Ansbach beziehungsweise das oberbergische Fürstentum. Damit trennten sich für mehr als ein Jahrhundert die brandenburgischen von den fränkischen Besitzungen der Zollern.

Albrecht hinterließ ein gefestigtes Erbe, auf das seine Nachfolger in Franken und in Brandenburg aufbauen konnten. Er hatte den Grundstein für die Ausweitung der zollerischen Machtstellung in Schlesien gelegt, hatte politische Strukturen geschaffen und auf der geerbten festen territorialen Basis konnten seine Söhne und Enkel ihre Machtbasis auch in Preußen, in Mitteldeutschland und im Westen des Reiches erweitern. <sup>(2)</sup>

## 1.6 Die äußere Form der Briefe Albrechts

Betrachtet man nun zu Beginn der Beschäftigung mit den Briefen, die im Umfeld Albrechts zirkulierten, deren Form, Aussehen und den Inhalt unter formalen Aspekten, so ist zu aller erst festzustellen dass alle Schreiben aus Papier bestehen. Papyrus, Pergament oder andere mögliche Stoffe tauchen nicht auf.

Während es im europäischen Mittelalter schon seit dem 12. Jahrhundert technisch möglich war, Papier herzustellen, war die Technologie erst Ende des 14. Jahrhunderts soweit ausgereift, dass man von einer einigermaßen kostengünstigen Massenproduktion sprechen kann. Gerade Franken – hier ist die Papiermühle des Nürnbergers Ulman Stromer zu nennen – hatte hier eine Vorreiterrolle im Reich. <sup>(3)</sup> Papier stand Albrecht und seinen Schreibern somit in ausreichender Menge zur Verfügung.

Doch der Umgang mit dem Schreibmaterial zeigt, dass das Papier am Hof Albrechts nicht verschwendet wurde. Das Gegenteil war der Fall. Das Format der Schreiben, die erhalten sind, ist höchst unterschiedlich: Es richtete sich offensichtlich allein nach der Länge der Texte. War der Text zu Ende, schnitt man den Bogen an dieser Stelle ab und versendete den teilweise sehr kurzen Brief. Die maximale Länge eines Bogens umfasste rund 26 bis 27 Zentimeter. Beschriebene Briefbögen dieser Länge sind allerdings in nur recht geringer Zahl erhalten. Meist fasste man sich – vielleicht auch aus Gründen der Sparsamkeit – kürzer.

Es schien bei der Länge der Briefbögen keine Rolle gespielt zu haben, wer der Empfänger war, gleich ob ein markgräflicher Amtmann oder ein befreundeter Reichsfürst. Auch ein Schreiben an Herzog Wilhelm von Sachsen, um ein Beispiel zu nennen, das nur eine kurze Notiz enthielt, bestand nur aus einem kleinen Zettel, der äußerlich sicherlich nicht viel hermachte. <sup>(4)</sup>

Dieser Verzicht auf repräsentative Aufmachung zeigt sich auch bei Schreiben, die an Albrecht gerichtet waren. Als ein Beispiel sei eine wichtige Nachricht des kaiserlichen Rates Martin

<sup>1</sup> Das Grab des Kurfürsten wurde während des Dreißigjährigen Krieges durch Soldateska unter dem Befehl des Fürsten Tilly geschändet und zerstört. Heute liegen die sterblichen Überreste Albrechts in einer Sammelgruft unter der Heilsbronner Kirche.

<sup>2</sup> Erst 1603 nach dem Aussterben der älteren Markgrafenlinie in Franken erbten die Kurfürsten von Brandenburg die beiden fränkischen Fürstentümer. Damals kam auch das Herzogtum Preußen in den Besitz der Brandenburger, das ein fränkischer Fürst, Albrechts gleichnamiger Enkel, für die Familie gesichert hatte. Albrecht hatte auch verwandtschaftliche Kontakte zum Fürstentum Kleve hergestellt, die sich schließlich Anfang des 17. Jahrhunderts in Form einer Erbschaft auszahlten.

<sup>3</sup> Die beste Überblicksdarstellung zur Geschichte des Papiers stammt aus der Feder von Wisso Weiß: Zeittafel zur Papiergeschichte; Leipzig, 1983. Dort sind in knapper Form auch die mittelalterlichen Ursprünge der Papierherstellung in Papiermühlen beschrieben. Informationen über die Herkunft und den Erwerb des Papiers, auf dem Albrechts Briefe geschrieben wurden, sind in den Quellen nicht zu finden. Es scheint sich folglich um einen problemlosen Vorgang gehandelt zu haben, der in den Quellen keinen Niederschlag fand.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 181, S. 199.

Heiden vom 14. Februar 1475 zu nennen, in der dieser dem Brandenburger Kurfürsten und Reichshauptmann im Krieg gegen Karl von Burgund von Geheimverhandlungen zwischen dem französischen König und dem Kaiser berichtete. Ganze 13 Zentimeter ist der Bogen lang, knapp unterhalb der Unterschrift Heidens ist das Blatt abgeschnitten und dann in dieser Form verschickt worden. <sup>(1)</sup>

War ein Schreiben sehr lang, beschrieb man in der Kanzlei des Fürsten die Vorder- und die Rückseite eines Blattes. Beide Seiten sind in fast allen in den Archiven zu findenden Schriftstücken noch gut zu lesen. Die verwendete Tinte und die Qualität des Papiers erlaubte offensichtlich diese beidseitige Benutzung, ohne dass der Inhalt dadurch unleserlich geworden wäre. Überhaupt ist zu sagen, dass der Zustand fast aller Schriftstücke auch nach mehr als 500 Jahren in den Archiven noch sehr gut ist.

Ist die Länge der beschriebenen Briefbögen völlig unterschiedlich, so kann, was die Breite der Blätter angeht, in gewisser Hinsicht von einem Standardmaß ausgegangen werden. Die Bögen sind an die 20 Zentimeter breit, was ungefähr einem heutigen DIN-A-4-Bogen entspricht. Meist ist links ein rund fünf Zentimeter breiter Rand gelassen worden, während an der rechten Seite bis ans äußerste Ende geschrieben wurde. Der freigelassene linke Rand bot dann offensichtlich Platz für Marginalien, die sowohl der Fürst als auch seine Räte anzubringen pflegten.

Bestand ein Brief nur aus einem und nur einseitig beschriebenen Bogen, verwendete man kein zusätzliches Blatt als Umschlag, sondern faltete den Brief – nach den Knicken zu urteilen – rechteckig zusammen und verwendete die noch unbeschriebene Rückseite als Adressenfeld. Die Bögen wurden dabei teilweise auf ein Viertel ihrer ursprünglichen Größe zusammengefaltet und den Boten als kleine Papierstückchen mitgegeben.

Die überwiegende Zahl der Bögen weist diese Knickspuren auf. Das deutet darauf hin, dass eher flache, rechteckige Behälter beim Transport benutzt wurden und keine runden Botenbüchsen oder Fässchen. Die Art der Behältnisse, wie sie für das Spätmittelalter beschrieben werden und auch auf uns gekommen sind, wären für den Transport dieser Schreiben bestens geeignet gewesen. Beide Erkenntnisse bestätigen sich also gegenseitig.

Weniger wahrscheinlich ist der Einsatz von Botenrollen, wie sie in der Zeit üblich gewesen waren, als die Schreiben auf gerolltem Pergament ausgefertigt worden waren. Denn gerollte Schreiben fanden sich bei den Archivrecherchen nicht.

Bestanden Briefe aus mehreren Bögen Papier meist unterschiedlicher Größe – es gibt Schreiben aus Albrechts Kanzlei mit bis zu sechs doppelseitig beschriebenen Blättern – scheint man einen zusätzlichen Bogen als Umschlag verwendet zu haben. Darauf findet sich dann auch der Adressat verzeichnet.

Handelte es sich um längere Schreiben, so ist einer der Bögen meist als Hauptbrief auszumachen. Er ist unterschrieben und trägt auch eine Datumszeile. Die zusätzlich beiliegenden Schriftstücke sind meist mit der Überschrift „Zettel“ oder „Zedula“ versehen und nicht eigens signiert. „Datum ut supra“ ist dann als Abschluss des Zusatztextes zu lesen. In einigen wenigen Fällen sind die zusätzlichen Bögen auch nummeriert. Es scheint aber so zu sein, dass dies erst im Archiv geschehen ist, denn meist ist die Nummerierung in einer anderen Handschrift angefügt.

Reste von rotem Siegellack finden sich auf der überwiegenden Zahl der Schreiben, so dass davon auszugehen ist, dass Albrecht alle seine Schreiben siegeln ließ. Es sind aber Unterschiede festzustellen. Die Siegel befanden sich in vielen Fällen unten auf dem Hauptbrief, so dass die Briefe durch das Siegel nicht geschlossen und damit vor unbefugtem Lesen bewahrt wurden. Die gebrochenen Siegel auf der Außenseite anderer Briefe hingegen zeigen, dass dieser Schutzmechanismus bekannt war und auch angewendet wurde.

Albrecht, seine Schreiber und Briefpartner verwendeten beim Schreiben lateinische Buchstaben, die teilweise sehr verschnörkelt, doch leicht zu entziffern sind. Eine ganze Reihe

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 5.

von Briefen verfasste der Fürst selbst. Die entsprechenden Schriftstücke sind mit dem Kürzel d.p.s. (dominus per se) versehen. Krankheitsbedingt – Albrecht Achilles litt an der Gicht – schrieb der Kurfürst mit zunehmendem Alter immer seltener. Gibt es noch von ihm selbst verfasste Schreiben aus den 80er Jahren des 15. Jahrhunderts, so ist die Handschrift nicht mehr so klar, wie in seinen früheren Regierungsjahren. Meistens scheint er in seinen späten Jahren aber diktiert oder den Räten die Formulierung der Schreiben gänzlich selbst überlassen zu haben.

Die verwendete Sprache ist frühneuhochdeutsch, allerdings finden sich noch eine ganze Reihe von mittelhochdeutschen Wörtern. <sup>(1)</sup> Doch der überwiegende Teil der Wortbedeutungen in den Briefen Albrechts ist neuhochdeutsch, was das Verständnis der Texte wesentlich erleichtert. Kaum zu finden sind Briefe in Latein. <sup>(2)</sup> Nur bei den Kontakten zur Kurie und zu anderen Briefpartnern außerhalb des engeren Reichsgebietes bediente man sich noch der Lingua Franca des Mittelalters. Meistens ließ Albrecht für sich eine deutsche Übersetzung anfertigen, die dem Original im Archiv beigefügt wurde. Er selbst war des Lateinischen nicht mächtig.

Informationen aus Frankreich oder den östlichen Nachbarn – Böhmen, Ungarn, Polen – kamen auch von Gewährsleuten, die nur eine dieser einheimischen Sprachen zu benutzen wussten. Der Fürst hatte unter seinen engen Vertrauten aber sprachkundige Männer, die diese fremdsprachigen Nachrichten übersetzten und sie dem Fürsten somit zugänglich machten. Der Rat Sebastian Wallenrode wird in einem Schreiben explizit als einer genannt, der mit Informanten gesprochen habe, die nur der „*Behemischen sprach*“ mächtig seien. <sup>(3)</sup> Schreiben in fremden Sprachen – von Latein abgesehen - finden sich unter der Korrespondenz Albrechts folglich nicht. Informationen von Menschen fremder Zunge konnten, so ist zu schließen, nur in Übersetzungen von mündlichen Berichten an ihn gelangt sein.

Bestand ein Teil eines Briefes an Albrecht aus eigens durch Gewährsleute oder Gesandte zusammengetragenen Nachrichten, so setzte der Verfasser des Schreibens diesen Teil des Textes sowohl räumlich als auch mit einer eigenen Überschrift vom Rest des Briefes ab. Meist begann der Nachrichtentext mit einem neuen Absatz und wurde mit den Worten „*newe zeitung*“ eingeleitet. Dies ist allerdings nur bei einem Teil der Schreiben so geschehen. Oft tauchen die Nachrichten auch innerhalb des sonstigen Textes auf. Eine regelrechte Systematik ist nicht zu erkennen.

Auch der Stil der Briefe zeigt, dass auf die Form und die höfische Etikette kaum Wert gelegt wurde. Auch Höflichkeitsfloskeln sucht man meist vergeblich. Die Schreiben beginnen meist mit einer formlosen Anrede, wobei auch in der Adresse keineswegs alle Titel des Briefpartners genannt werden.

Albrecht ist als Absender auch mit seinen eigenen Titeln zurückhaltend. Einem Schreiben an seine Räte auf einem Nürnberger Reichstag, das er am 21. September 1470 losschickt, findet man als Absender: „*Albrecht, marggrave von Brandenburg, kurfürste etc.*“ <sup>(4)</sup>

Bei den Anreden war natürlich der Stand des Empfängers zu beachten. Der Kaiser wurde von Albrecht als „*gnediger her*“, in selteneren Fällen als „*allergnedigster her*“ <sup>(5)</sup> angesprochen,

<sup>1</sup> Als Beispiel sei das Wort „*vast*“ angeführt, das die Bedeutung von „sehr“ hat.

<sup>2</sup> Insgesamt sind nur rund ein Dutzend Briefe in Latein überliefert.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 173, S. 246. Ein Schreiben, das kurze Zeit später von Albrecht expediert wurde, spricht sogar explizit davon, dass Wallenrode Tschechisch und Ungarisch spricht. Priebatsch 1, Nr. 586, S. 515.

<sup>4</sup> Die gesamte Titulatur, die Albrecht Achilles für sich beanspruchte und die in den Briefen sehr selten erscheint, lautete: „*Wir Albrecht, von gots gnaden marggrafe von Brandenburg, des heiligen römischen Reichs erkämmerer, churfürste, herzog von Pommern und Stettin und der Kaschuben, herr von Rügen, burggrave von Nuremberg.*“ Die Titel eines Herzogs von Pommern und Stettin und die daraus abgeleiteten Rechte über die Insel Rügen und die Kaschuben waren auf Grund der realen Machtverhältnisse lediglich hypothetischer Art und natürlich nur zu propagandistischen Zwecken in die Titulatur aufgenommen worden.

<sup>5</sup> Die sehr höfliche Anrede des Kaisers findet sich in einem Schreiben vom 18. Mai 1472, in dem Albrecht dem Kaiser den Wunsch abschlägt, brandenburgische Söldner noch länger im Dienst des Habsburgers zu belassen.

Könige mit „*koniglich wirde*“ bezeichnet. Reichsfürsten mussten sich mit dem Ausdruck „*gevatter*“ und „*swager*“ oder „*sweher*“ begnügen. Manchmal ergänzte Albrecht die Anrede eines anderen Reichsfürsten noch durch den Ausdruck „*hochgeborener furste*“<sup>(1)</sup>. Schrieb er seinen Räten, so verwendete Albrecht die Bezeichnungen „*liebe getreue*“ oder „*lieber besunder*“. Markgraf Johann musste sich fast immer mit der Anrede „*lieber sone*“ begnügen.<sup>(2)</sup> Ohne sich weiter mit Vorreden aufzuhalten, kam der Fürst in seinen Schreiben sofort zum Inhaltlichen, referierte kurz die Informationen des Schreibens, auf das er sich bezog und schloss dann seine Überlegungen, Weisungen oder Ratschläge an.<sup>(3)</sup>

Noch deutlicher wird der formlose Charakter des Briefverkehrs, wenn man die Schreiben betrachtet, in denen Albrecht der Adressat ist. Briefe an Albrecht, die von Untergebenen oder einem Absender niedrigeren Standes kamen, begannen fast immer mit der kurzen Anrede „*gnediger her*“ oder „*hochgeborener furste*“. Nur in wenigen Fällen wird mit Worten wie „*meyn willigst dinst in aller gehorsam bereyt*“<sup>(4)</sup> mehr Ehrerbietung an den Tag gelegt. Albrecht bestand bei formlosen Informationsschreiben an ihn also nicht auf Titel und besondere Ehrerbietung.

Das Entscheidende ist, dass man nach den wenigen Begrüßungsworten unmittelbar zur Sache kam und in vielen Fällen sofort und ohne weitere Umschweife das Thema des Schreibens kurz darlegte und dann zu den Einzelheiten kam. Sieht man sich als Beispiel ein Schreiben an, das die brandenburgischen Räte am 20. September 1470 vom damals stattfindenden Reichstag in Nürnberg nach Hause sandten, so findet sich diese Aussage bestätigt. Das vierseitige Schreiben, das wichtige Nachrichten über die Reichspolitik enthält, beginnt mit den Worten: *Gnediger Her. Auff heit morgen zwu or auf den tag ist man wider auff das haus komen, und haben sich die keyserlichen anwelden uf ir gestriges anbringen antwurt zu geben der kurfursten ...*“<sup>(5)</sup>

Die überwiegende Zahl der Briefe endet ohne jeglichen Gruß mit der Datumsangabe. Das ist wieder gut zu sehen im gerade genannten Schreiben. Es endet mit den Worten: „*Haben wir eweren gnaden nit wollen verholden, des also ein wissen zu haben. Datum am donerstag vor Mathey anno etc. lxx.*“<sup>(6)</sup> Vergeblich sucht man auch in anderen Schreiben Segenswünsche, die Bitte um eine gute Gesundheit oder einen Gruß an einen gemeinsamen Freund oder Bekannten.

Die Geschäftsmäßigkeit der Schreiben, das ist als Fazit festzuhalten, ist ihr herausragendes Merkmal. Es handelte sich um Alltagsgeschäfte, waren sie oft auch sehr wichtig, und Albrecht sowie die meisten seiner Brieffpartner begnügten sich mit sehr knappen Vorreden, um dann zügig die zu behandelnde Sache in den Mittelpunkt zu stellen.

Man könnte vermuten, dass der Grad der Höflichkeit in Schreiben mit unangenehmen Inhalten immer etwas höher gewesen sein dürfte.

<sup>1</sup> Dies geschah, wenn sich Albrecht an Reichsfürsten wendet, zu denen er keinen sehr häufigen Kontakt hatte. Hier ist der Kurfürst von der Pfalz oder der Erzbischof von Köln zu nennen.

<sup>2</sup> Albrecht verwendete in den Schreiben an seinen Sohn kein einziges Mal dessen Titel Markgraf von Brandenburg. In einigen wenigen Fällen redete er ihn als „*hochgeborener furste*“ an.

<sup>3</sup> Ein besonders gutes Beispiel ist ein Schreiben des Kurfürsten an seinen Sohn Johann vom 5. November 1481, in dem wichtige Fragen im Zusammenhang mit der Ungarnpolitik diskutiert wurden: „*Lieber sone. Als ir uns geschriben und zugeschickt habt die werbung des brobsts von Breslaw, auch Jorgen vom Steins brief darauf, haben wir verlesen und finden Jorgen vom Stein, als wir in liessen, dann der konig schreibt uns, ...*“ Priebatsch 3, Nr. 807, S. 112.

<sup>4</sup> Hertnid von Stein bediente sich in einem Schreiben vom 18. April 1472 dieser Formulierung. Priebatsch 1, Nr. 327, S. 351.

<sup>5</sup> FRA, Nr. 105, S. 129.

<sup>6</sup> A.a.O., S. 133.

## 1.7 Fragestellungen der Arbeit

Zum Abschluss des Einführungskapitels soll nun noch auf einige weitere Fragen eingegangen werden, die von der Forschung meines Erachtens bis jetzt überhaupt noch nicht aufgenommen wurde, oder die zumindest meistens falsch oder nur zu summarisch dargestellt wurden.

Oft kommt es zur Verwirrung, wenn in den Quellen von „*lauffend bot*“ oder einfach „*läufer*“ die Rede ist. Viele Autoren können sich offenbar nicht vorstellen, dass auch längere Botenreisen zu Fuß unternommen wurden. Und das, obwohl, wie schon oben bei der Analyse der literarischen Texte gezeigt wurde, die Quellen eine eindeutige Sprache sprechen. Es ist also offensichtlich, dass sowohl Reiter als auch Menschen zu Fuß in unterschiedlichen Situationen als Boten im Einsatz waren.

Nachrichten über laufende Boten im Unterschied zu berittenen Kurieren tauchen auch in zahlreichen weiteren Quellen auf. So findet sich ein Bericht aus Ulm aus dem Jahr 1389, in dem es heißt: „*Einem reitenden knecht und einem lauffenden boten gen Nuremberg ...*“<sup>(1)</sup>

Weber, der sich – wie oben schon gezeigt – der Erforschung der Botenbüchsen widmet, bringt ebenfalls einige eindeutige Belege für Boten, die zu Fuß unterwegs waren. Die Illustration eines englischen Rechnungsbuches für Boten des späten 14. Jahrhunderts stellt explizit einen Reiter und einen Mann zu Fuß dar, die Botendienste verrichten. Der laufende Bote ist übrigens wieder durch eine lange Lanze charakterisiert.<sup>(2)</sup>

Auch eine Quelle aus dem Hochmittelalter, auf das hier noch einmal zurückgegriffen werden soll, unterscheidet laufende und reitende Boten und belegt somit eindeutig, dass es beide Einrichtungen gab. Bischof Brun von Speyer schrieb um das Jahr 1116 an Kaiser Heinrich V. einen Brief, in dem er eine weitere politische Zusammenarbeit anregte. Sein Schreiben schließt mit der Aufforderung: „*Preterea gratiam vestram deprecor, ut crebros nuntios et, si non potestis equites, saltem pedites ad nos dirigatis; qui et vestra nobis referre et vicissim nostra vobis valeant intimare.*“<sup>(3)</sup> Brun sah es zwar als wünschenswert an, wenn die Kuriere zu Pferd unterwegs waren, doch in der Not würden auch Boten zu Fuß den Anforderungen genügen. Der Bischof kann sich sogar vorstellen, den von ihm angeregten regelmäßigen Nachrichtenaustausch allein mit laufenden Boten zu bewerkstelligen. Dies zeigt, dass man den Fußboten eine große Leistungsfähigkeit zutraute. Die Aussage des Bischofs, dass der Kaiser auch laufende Boten schicken könne, erlaubt sogar noch die weitergehende These, dass reitende Boten recht selten im Einsatz waren, wenn sogar vermutet wird, dass der Kaiser nicht genügend davon aufbieten kann.

Auch aus anderen Quellen wissen wir, dass an fürstlichen Höfen und ebenso in den Städten neben den reitenden Boten desgleichen Kuriere eingesetzt wurden, die zu Fuß unterwegs waren. In den Hofordnungen verschiedener Herrscher, die zeitlich gesehen etwas später verfasst wurden, heißen diese Männer „*lauffend boten*“ und sind von den „*reitend boten*“

<sup>1</sup> RTA, I, 2, Nr. 54, S. 109, Z. 31; Menzel, a.a.O., S. 220. Das Dokument, das die Ausgaben der Städte des Schwäbischen Bundes für Einsätze von Boten im Januar 1389 auflistet, die zur Vorbereitung eines Tages in Mergentheim auf den Weg geschickt werden mussten, unterscheidet in jedem der zehn Eintragungen zwischen Boten und reitendem Knecht. Man kann daher sogar zur Auffassung kommen, dass die Boten generell zu Fuß unterwegs waren.

<sup>2</sup> Weber, a.a.O., Abbildung 9.

<sup>3</sup> Codex Udalarici, Nr. 185, S. 322; In: Philipp Jaffé (hrsg.) *Biblioteca Rerum Germanicarum*, Band 5, Berlin, 1869; Siehe auch Menzel, a.a.O., S. 220. Auch die oben schon angeführten Urbare unterscheiden exakt in „*lauflehen*“ und Lehnslenten, die einen größeren Hof hatten und dafür einen berittenen Boten stellen mussten. Auch die „*cursores*“ aus dem Codex des Petrus de Ebulo sind zu Fuß unterwegs. Und die Kuriere im Dienst der römischen Imperatoren reisten nachweislich ebenfalls nicht alle auf Reittieren. Siehe Kolb, a.a.O., S. 269 ff. Sie widerspricht auch der These, dass allein die große Entfernung zwischen den Posten den Einsatz von laufenden Boten ausschloss. Die verschiedenen Kuriere, die auf dem „*cursus publicus*“ verkehrten, hätten dies zu Fuß oder zu Pferd tun können.

abgegrenzt. <sup>(1)</sup> Die laufenden Boten sind am Hof zudem sozial schlechter gestellt, müssen mit der niederen Dienerschaft essen.

Kuriere, die laufende Boten, Läufer oder niederdeutsch „*lopere*“ genannt werden, tauchen in vielen weiteren mittelalterlichen Quellen auf. Otto Lauffer unterscheidet in seinem Aufsatz von 1954 explizit zwischen laufenden und reitenden Boten. Er führt seinen Nachnamen auf die Tätigkeit eines seiner Vorfahren als laufender Boten zurück. Lauffer belegt die These mit einer Quelle aus dem Jahr 1350, in der ein Braunschweiger Bote namens Berthold Löper ein Schreiben seines Rates an die Autoritäten von Göttingen überbrachte. <sup>(2)</sup> Lauffer geht davon aus, dass sein früher Namensvetter die rund 120 Kilometer zwischen den beiden norddeutschen Städten zu Fuß zurückgelegt hat.

Margot Lindemann glaubt hingegen, dass die in den Quellen genannten Läufer auf jeden Fall berittene Boten waren, schränkt aber ein: „... für die Frage, ob diese Läufer zu Fuß gingen oder ob sie beritten waren, bieten die Briefe Veckinchusens keinen Anhaltspunkt.“ <sup>(3)</sup> Wieso sie dann so sicher ist, dass die Kuriere ritten, bleibt ihr Geheimnis. Als Indiz dafür, dass die Läufer Pferde benutzen, führt Lindemann nur Eintragungen in die Geschäftsbücher des Regensburger Kaufmanns Matthias Runtinger an, die vom Ende des 14. und vom Beginn des 15. Jahrhunderts stammen. Darin finden sich einige Stellen, die bei Reisekosten für Boten nach Venedig und Wien auch die Zehrung für die Pferde miteinberechneten. <sup>(4)</sup> Da dort aber nicht explizit von Läufern, sondern von Boten im allgemeinen die Rede ist, kann dies m. E. nicht als Beleg für Lindemanns Vermutung gelten.

Die Reisegeschwindigkeit von Boten im Spätmittelalter ist ebenfalls eine in der Forschung noch nicht sehr gut untersuchte Materie. Es gibt nur Momentaufnahmen. So dauerte Mitte des 15. Jahrhunderts eine Kurierreise von der Hansestadt Lübeck in das wichtige Handelszentrum Brügge zwölf Tage. Bei einer Entfernung von rund 670 Kilometern kommen wir hier auf eine Tagesleistung von 55,8 Kilometern. Die Reise von Hamburg nach Avignon dauerte zwischen 18 und 26 Tagen. So kommen wir für die 1300 Kilometer lange Strecke von der Elbe an die Rhone auf eine Tagesdurchschnittsleistung, die zwischen 50 und 72 Kilometern schwankt. <sup>(5)</sup> Eine Reihe von schnellen Verbindungen im Spätmittelalter und auch in der frühen Neuzeit hat Roland Schäfer zusammengetragen. Dabei zeigte es sich, dass bei sehr wichtigen Ereignissen die Boten mit den Informationen pro Tag an die 100 Kilometer zurücklegen konnten. Das war aber die Ausnahme, sonst ging es deutlich langsamer. <sup>(6)</sup>

<sup>1</sup> So in der Hofordnung Kurfürst Joachims II. von Brandenburg, die 1542 redigiert wurde. Sechs „*reitende botten*“ sind dort aufgelistet, sowie unter dem Kapitel „*gemain hoffgesindt*“ „*X lauffende potten*“. Siehe Martin Hass, Die Hofordnung Kurfürst Joachims II. von Brandenburg; Berlin, 1910; S. 94 f.

Ähnliches findet sich in der Mecklenburgischen Hofordnung von 1524: „*Item wir wollen einen reitenden und lauffenden potten halten*.“ Siehe dazu Kern, Deutsche Hofordnungen, S. 30.

Und schließlich sei noch die landgräflich-hessische Hofordnung von 1513 zitiert, die vier reitende und „*drey gehend botten*“ Siehe Kern, a.a.O., S. 85, aufführt.

<sup>2</sup> Otto Lauffer, Der laufende Bote, a.a.O., S. 20.

<sup>3</sup> Lindemann, a.a.O., S. 32.

<sup>4</sup> Lindemann, a.a.O., S. 32. Die Stelle lautet: „*Item dez mantag yn der martterbochen gor fru, da sand ich Albrecht, den poten, gein Venedig zu dem Lechen, er sol mit der hilf gocz zu Venedig sein am leczen veirtag ze ostern. Ich hab ym ze zirung 1 Tukat, 40 chrautzer und 40 helbling. So lech ym der Lech zu Venedig ½ Gulden und gab 30 schilling fur in an der chost. Darzu gab ych ym hie 2 guldein und 24 helbling an dez heiligen chrautz tag. Und 11 R. zirt das pfard von salczpurch*.“ Quelle: Franz Bastian (hrsg.); Das Runtingerbuch; Zweiter Band; Regensburg, 1935; S. 126. Näheres zur Einordnung des Werkes findet sich bei Wiltrud Eikenberg, Das Handelshaus der Runtinger zu Regensburg; Göttingen, 1976..

<sup>5</sup> Aufgezeichnet sind diese beiden Beispiele bei Harry Kühnel, Alltag im Spätmittelalter; Wien, 3. Auflage 1996, S. 114 f.

<sup>6</sup> Roland Schäfer; Zur Geschwindigkeit des „staatlichen“ Nachrichtenverkehrs im Spätmittelalter; In: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, 76. Jahrgang, 1985, S. 101 – 119. Als Beispiel aus den von Schäfer zusammengetragenen Quellenbelegen sei hier auf die Wahl des Habsburgers Friedrich zum König im Jahr 1440 verwiesen. Von der Wahl, die am 2. Februar in Frankfurt stattgefunden hatte, erfuhr der gekürte Fürst acht Tage

Die Möglichkeit eines Pferdewechsels auf Botenritten wird in der Forschung ebenfalls für das späte Mittelalter immer wieder angedeutet. Fritz Ohmann<sup>(1)</sup> verweist auf das Vorhandensein von „posta“ in Norditalien ab dem Beginn des 14. Jahrhunderts. Ein Quelle für die Behauptung bleibt er schuldig. Des weiteren ist zu bemerken, dass „posta“ auch einfach nur Stall bedeuten kann und so ist bei Ohmann auch nur von Reisenden die Rede, die dort Pferde ausleihen durften, nicht explizit von Kurieren, die dort auf Botenritten Pferde wechseln konnten. Natürlich konnten, so ist zu vermuten, auch berittene Boten von dieser Einrichtung profitieren, sie ist aber sicher nicht im Zusammenhang mit dem Aufbau des Botenwesens entstanden.

Eine Quelle für die Eidgenossenschaft aus dem Jahr 1425 könnte ebenfalls dahingehend gedeutet werden, dass die Stadt Bern in einer Auseinandersetzung um den Ort Domodossola, bei der sie den Kämpfern des Kantons Schwyz zu Hilfe kam, eine Etappenlinie über Meiringen und Münster im Wallis gelegt hatte, die auch für den Transport von Briefen genutzt wurde.<sup>(2)</sup> Hans Müller verweist in seiner Arbeit darauf, dass diese Postenkette nur in einem außergewöhnlichen Notfall eingesetzt wurde, um den Kontakt zwischen den Truppen und den Befehlshabern in Bern nicht abreißen zu lassen.

Näher hat sich mit diesem Fall einer möglichen Stafettenpost Klara Hübner in ihrem schon zitierten Beitrag befasst. Sie zitiert zwei Quellen aus dem Alten Missivenbuch 1414 – 1446, aus denen hervorgehe, dass die Nachrichten durch Boten, die an Relaisstationen ausgewechselt worden seien, schneller nach Bern gekommen seien.<sup>(3)</sup> Die Übergabe an den beiden Etappenorten, der Berner Besetzung Meiringen und Münster im Wallis, sei jeweils durch einen Berner Amtmann kontrolliert worden.

Betrachten wir Hübners Belegstellen: „... *harumb so bitten wir aber üch üns noch by tag und stündlich zewüssene tun allen handel und ob oder wie ir über die gebirg komen seyt doch beydi reyrend und louffend botten by üch hant.*“ Das zweite Zitat, das die Tätigkeit eines in Meiringen amtierenden Botenmeisters belegen soll, zeigt nur, dass der Kommandant Anthoni Gugla einen ihm anvertrauten geheimen Brief aufgebrochen und gelesen hat.<sup>(4)</sup> Aus diesen von Hübner zitierten Stellen lässt sich m. E. aber eine Reiterstafette noch nicht schlüssig nachweisen, denn die zitierte Aufforderung der Berner Autoritäten an ihre Truppenführer, möglichst schnell und kontinuierlich zu unterrichten, beweist noch nicht das Vorhandensein einer Botenstafette. Und auch die Tatsache, dass ein Amtmann entgegen seinen Anweisungen einen Brief öffnete, belegt nicht, dass er für die Organisation ihrer Weiterleitung mit Hilfe einer Stafette zuständig war. Auch in diesem Fall ist die Beweislage also wieder eher dürftig. Die sächsische Botenordnung von 1482, die wir oben schon gesehen haben, spricht hingegen explizit von der Pflicht, Kurieren Pferde zur Verfügung zu stellen. Dieser Text lautet: „So

---

später in Wiener Neustadt. Das bedeutet acht Tage für knapp 800 Kilometer, also einen beachtlichen Tagesdurchschnitt von rund 100 Kilometern.

Dass sich an der Botengeschwindigkeit im kommenden halben Jahrhundert wenig geändert hatte, zeigt der Informationsfluss nach der Wahl von Friedrichs Nachfolger Maximilian. Die Kurfürsten wählten ihn am 16. Februar 1486, acht Tage später, am 23. Februar, war dies in Wien, rund 750 Kilometer entfernt, bekannt. Diese beiden Beispiele, bei Schäfer auf Seiten 103 mit Quellenbelegen nachzulesen, liegen am Anfang und am Ende der Regierungszeit Albrechts und bilden so auch einen sehr exakten chronologischen Rahmen der Beförderungsgeschwindigkeit.

<sup>1</sup> Fritz Ohmann; Die Anfänge des Postwesens und die Taxis; Leipzig, 1909; S. 51. Kießkalt, a.a.O., S. 139, zieht daraus den m. E. voreiligen Schluss, dass diese Pferde automatisch auch für Boten zur Verfügung standen.

<sup>2</sup> Hans Müller; Die Fischersche Post in Bern; 1675 – 1698; Bern, 1917; S. 23. Kießkalt versteift sich wieder auf die Behauptung, dass damit der Pferde- und sogar Reiterwechsel auf Botenstrecken erwiesen sei und fügt hinzu, dass es so etwas ähnliches auch für die Habsburger Besitzungen gegeben haben müsste. Doch bleibt er eine quellenmäßige Erhärtung seiner These wieder einmal schuldig. Siehe Müller, a.a.O., S. 225.

<sup>3</sup> Hübner, a.a.O., S. 285. Sie zitiert in Anmerkung 80 aus dem Stadtarchiv Bern, das Dokument, das unter A III 1, Nr. 33 und 34, abgelegt ist. Noch eingehender befasst sich Hübner in einem kurzen Aufsatz aus dem Jahr 2001 mit dem Fall: Botenwesen und überregionale Nachrichtennetze als Innovationen spätmittelalterlicher Städte im eidgenössischen Raum; In: Hans-Jörg Gilomen u.a. (Hrsg.) Innovationen, a.a.O., S. 321 – 328.

<sup>4</sup> Zitiert nach Hübner, Botenwesen, S. 327.

*lassen wir es bey Unserer Polickey-Ordnung verbleiben, das nemlich diejenigen Rätthe in Steten, welche uns keine Post-Klepper zu verschaffen, verpflichtet, denen durchreisenden Post-Reutern, oder andern verschickten Hof-Dienern, ob sie gleich Patenta haben, die Pferde vorzuziehen, nicht verbunden seyn sollen.*“<sup>(1)</sup> Die Quelle ist m. E. so zu interpretieren, dass der sächsische Kurfürst zum einen für eine Reihe von Städten anordnete, Kurierpferde zur Verfügung zu stellen. Es bleibt dahingestellt, inwieweit dieser Anordnung Folge geleistet wurde. Zum zweiten wird aus der Quelle aber auch deutlich, dass es eine nicht geringe Zahl von Ausnahmen gab. Allerdings scheint klar, dass durchreitende Postreiter im Prinzip Anspruch auf frische Pferde hatten. Es ist dies die einzige entdeckte Quelle, die mir bekannt ist, aus der zweifelsfrei ein Vorhandensein von Relaisstationen mit Pferdewechsel geschlossen werden kann.<sup>(2)</sup>

Zusammenfassend kann für das Botenwesen des späteren Mittelalters gesagt werden, dass laufende und reitende Boten nebeneinander existierten und meist auch explizit als solche in den Quellen ausgewiesen sind. Auch für das Spätmittelalter ist festzuhalten, dass es außer für das Ordensland und die gerade dargelegte Quelle für Sachsen keine Belege für nachweisbaren Pferdewechsel und für Relaisstationen gibt. Es scheinen sich aber äußere Kennzeichen – Wappen auf der Kleidung, der Botenbüchse oder einem Brustschild – für die Boten etabliert zu haben, was eine deutliche Weiterentwicklung im Verhältnis zur Situation des Hochmittelalters darstellt. Für die städtischen Boten ist bereits eine große Professionalisierung zu beobachten, wohingegen in der Forschung Aussagen über die Kurier der Territorialfürsten sehr spärlich sind.

Aus der hier dargestellten Forschungssituation und den aufgetauchten und noch nicht befriedigend geklärten Fragen zur Botenorganisation, vor allem zu der der Reichsfürsten im Spätmittelalter, ergeben sich die Fragestellungen, die bei der Untersuchung der Quellen zum Boten- und Nachrichtenwesen Kurfürst Albrechts von Brandenburg zu beantworten sind. Sie sollen das Gerüst der folgenden Arbeit bilden.

Da es sich bei Markgraf und Kurfürst Albrecht Achilles um einen der wichtigsten Reichsfürsten des 15. Jahrhunderts handelt, soll als erstes mit Hilfe einer biographischen Skizze versucht werden, sein politisches Wirken in den historischen Gesamtzusammenhang einzuordnen, auch um seine Informationspolitik besser verstehen zu können.

Dann ist der Frage nachzugehen, ob Albrecht Achilles die Notwendigkeit erkannte, sich umfassend zu informieren, um seine politischen Pläne und Zielsetzungen verwirklichen zu können. Diese Frage, die die Wichtigkeit der Information im politischen Handeln der Fürsten thematisiert, ist in der Forschung meines Wissens noch gar nicht diskutiert worden.

Es stellt sich weiterhin die Frage, ob er sich ein eigenes Botennetz aufgebaut, oder doch zumindest den Versuch gemacht hat, sich ein funktionierendes System von zuverlässigen Kurieren zu schaffen. Wie stellte sich dann der Organisationsgrad des Boten- und Informationsnetzes dar? Konnte es den gestellten Aufgaben gerecht werden?

Es soll im Folgenden darum gehen, zu prüfen, ob Albrecht Achilles auch auf dem Feld der politischen Informationsbeschaffung und des Botenwesens erfolgreich Strukturen aufbauen konnte, die Bestand hatten.

Die Inhalte der Informationsschreiben werden einen zweiten Schwerpunkt der Untersuchung ausmachen. Die Fragen, von wem sich Albrecht worüber informieren ließ, beziehungsweise von wo ihm ungefragt Informationen zugingen, sind entscheidend dafür, wenn man die politischen Handlungen des Fürsten einschätzen will. Lässt sich nachweisen, dass er präzise und schnell auf Informationen reagierte? Vertraute er den Informanten und den Nachrichten und setzte er die Informationen zielgerichtet in eigene Handlungen um?

---

<sup>1</sup> Holfert, a.a.O., S. 241.

<sup>2</sup> Unverständlicherweise wurde sie von den engagierten Verfechtern der Pferdewechsel-Theorie bis jetzt nicht zur Untermauerung ihrer Thesen herangezogen.

Am Schluss wird noch zu bewerten sein, ob die nachweisbaren schriftlichen Informationen, die Albrecht zugingen, ausreichten, um einen Wissensstand zu erreichen, der ihn in die Lage versetzte, Politik zu betreiben. War das in bestimmten Fällen, in bestimmten historischen Situationen nicht der Fall, so stellt sich die Frage, ob es zusätzlich zu den Briefen noch mündliche Informationen – wie auch immer an ihn herangetragen – gab, die seinen Wissenshorizont erweiterten? Waren gar die mündlichen Informationen im schon weitgehend verschriftlichten 15. Jahrhundert nicht doch noch wichtiger als die Briefe und Dokumente?

Aus welchen Quellen auch immer Albrecht sein Wissen speiste, sehen wir uns an, ob er genug über seinen Feind wusste, damit er – um wieder Meister Sun zu bemühen – in hundert Schlachten und noch wichtiger in Hunderten von politischen Schachzügen keine Angst vor dem Feind zu haben brauchte.

## 2 Botenorganisation

Die Organisation des Botenwesens, der Arbeit derjenigen, die die schriftlichen Informationen von Ort zu Ort brachten, stellte die Regierung des Markgrafen und den Kurfürsten Albrecht Achilles selbst vor schwierige Aufgaben. Denn die Organisation des markgräflichen Hofes in Ansbach<sup>(1)</sup>, Kulmbach und Cölln<sup>(2)</sup> war noch nicht so differenziert, dass eine dauerhafte und regelmäßige Nachrichtenübermittlung ohne weiteres hätte garantiert werden können. Dennoch, so wird die Quellen-Analyse zeigen, gelang es den Verantwortlichen, rudimentäre Organisationsstrukturen zu errichten, sich mit Hilfe der Boten Nachrichten zu besorgen, weiterzuleiten und damit eine Intensivierung und eine bessere Abstimmung der Herrschaftsausübung zu erreichen.

Natürlich – das muss hier ebenso einschränkend wie als Selbstverständlichkeit angemerkt werden – dienten die Boten nicht nur dem reinen Nachrichtenverkehr. Markgraf Albrecht nutzte die Dienste seiner Boten auch in hohem Maße dazu, seine Entscheidungen und Befehle zu überbringen, sowie diplomatische Verbindungen aufzubauen oder sich einen persönlichen Wunsch erfüllend, Luxuswaren anzufordern und sich diese dann bringen zu lassen.

Die Information des Fürsten war somit nur ein Aufgabenbereich der Boten, wenngleich – auch dazu wird die Quellenanalyse in den weiteren Kapiteln eine Fülle von Belegen liefern – keineswegs nur eine nebensächliche Beschäftigung dieser Männer. Die verschiedenen Aufgabengebiete vermischten und bedingten sich gegenseitig. Eine Analyse des Botenverkehrs ist deshalb auch nur in der Gesamtheit der Tätigkeiten der Boten möglich und sinnvoll, denn jeder Botenritt konnte mehrere, durchaus verschiedene Gründe haben.

Die Mehrzahl der Quellen über die eigentliche Botenorganisation, die wir zur Untersuchung heranziehen können, beziehen sich auf die Zeit zwischen 1470 und 1486, die Jahre, in denen Albrecht in Brandenburg und in Franken regierte. Dokumente aus den Jahren und Jahrzehnten seit 1440, in denen Albrecht als Markgraf nur fränkische Territorien unter seiner Kontrolle hatte, sind aber gleichwohl greifbar und so ist auch für die frühere Regierungszeit des Fürsten eine Analyse möglich.

Markgraf Albrecht Achilles regierte in den gut 45 Jahren seiner Herrschaft von mehreren Zentren aus. Der alte zollerische Stammsitz Cadolzburg bei Fürth, seine neue Residenz Ansbach, die Plassenburg ob Kulmbach, ab 1470 das kurfürstliche Schloss in Cölln an der Spree und eine Reihe von Nebenresidenzen und Jagdschlössern sowohl in Brandenburg als auch in Franken und zeitweise anderen Gebieten des Reiches waren seine wechselnden Aufenthaltsorte. Nicht zu vergessen sind die Kriegszüge und diplomatischen Reisen, die er in eigener Sache oder in Vertretung fremder Interessen unternahm und die ihn zu einem „Reisefürsten“ machten. Die Organisation seines Hofes und damit auch seines Botenwesens und seiner Nachrichtenbeschaffung sind auch unter diesem Gesichtspunkt zu sehen.

Die Regierungsübernahme des Markgrafen Albrecht Achilles in Brandenburg Anfang Mai 1470<sup>(3)</sup> durch den in Gera in Anwesenheit der sächsischen Herzöge erfolgten

<sup>1</sup> In ihrer Arbeit über die Struktur des Ansbacher Hofes ab dem 16. Jahrhundert kommt Karin Plodeck (siehe Literaturliste) in einer halben Seite auch auf die Verhältnisse unter Albrecht Achilles zu sprechen. Sie zitiert das Betteninventar aus Riedel 3,2, Nr. 51, S. 47 – 50. Sie kommt auf 70 Personen für den markgräflichen Haushalt im Jahr 1471, gesteht aber zu, dass mit einer erheblichen Dunkelziffer gerechnet werden muss. Siehe: Plodeck, a.a.O., S. 52 f.

<sup>2</sup> Die Residenz der Markgrafen, die zwischen 1443 und 1451 erbaut wurde, lag auf der linken Spree-Seite, dem Gebiet der Stadt Cölln, die nach der Niederschlagung des Berliner Unwillens 1448 durch Kurfürst Friedrich II. von Berlin getrennt worden war. Erst 1710 wurden beide Städte wieder zu einer Kommune zusammengefasst. Auch die Quellen sprechen im 15. Jahrhundert immer von Cölln als Sitz der kurfürstlichen Residenz, so dass auch in dieser Arbeit daran festgehalten wird, den brandenburgischen Regierungssitz mit Cölln anzugeben.

<sup>3</sup> Belegt ist das Treffen und der Vorgang in einer Instruktion Albrechts an seine Gesandten zu Kaiser Friedrich III. „so sind die herrn von Sachsen dabei gewesen.“ STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 132. Ediert bei Priebatsch 1, S. 132, Nr. 54. Die kaiserliche Bestätigung der Kurübertragung ist datiert auf Mitte Mai. Siehe STAN, a.a.O., Nr. 44, fol. 129; Priebatsch 1, S. 125, Nr. 44.

Regierungsverzicht seines Bruders und Vorgängers Friedrich II. ist für den Historiker, der sich mit dem Botenwesen beschäftigt, ein Glücksfall. Dadurch, dass der 56-jährige Zoller als neuer Kurfürst von Brandenburg nun drei gebietsmäßig völlig getrennte Herrschaften unter seinem Zepter vereinigte, musste das Botenwesen ausgebaut und besser organisiert werden; damit wird es auch automatisch besser dokumentiert und somit leichter fassbar.

Albrecht Achilles stand 1470 bei seiner Regierungsübernahme in Brandenburg bereits mehr als 30 Jahre in politischer Verantwortung und war entsprechend erfahren; so ging er bei der Inbesitznahme seines neuen Fürstentums systematisch und gründlich vor. Während er sich im Oktober und November 1470 persönlich beim Kaiser um die Bestätigung der Belehnung mit dem Kurfürstentum bemühte <sup>(1)</sup>, im Mai 1471 <sup>(2)</sup> auch selbst zum Reichstag nach Regensburg reiste, um nach sechs Jahren und nach Verhandlungen mit dem dort weilenden päpstlichen Legaten Francesco Piccolomini die Bürde der Exkommunikation loszuwerden <sup>(3)</sup>, schriftlich und erfolgreich die Aufnahme in die Kurfürsteneinung betrieb <sup>(4)</sup> und sich um die Belehnung mit Pommern kümmerte <sup>(5)</sup> – die formelle Belehnung mit Pommern erfolgte dann am 6. August 1471 auf dem Regensburger Reichstag – mussten in Brandenburg selbst erst einmal Vertraute tätig werden, die er in die Mark entsandt hatte.

Diese beiden Emissäre aus Franken, Kanzler Georg von Absberg und der Rat Ludwig von Eyb, machten sich als eine ihrer ersten Aufgaben an eine Sichtung der Verhältnisse, die sie dort vorfanden, und sie berichteten fortan regelmäßig nach Ansbach. <sup>(6)</sup> Boten, die die Ergebnisse der Bestandsaufnahme dem Fürsten zur Kenntnis brachten, ihn dadurch auf dem Laufenden hielten und politisch handlungsfähig machten, waren – wie auf der Hand liegt – von fundamentaler Bedeutung bei der durch die Umstände erzwungenen Herrschaftsausübung aus der Ferne.

Dazu war es nötig, das Botenwesen besser zu organisieren. Dieses Bestreben manifestierte sich in einem Abschnitt einer Hofordnung, die am Hofe des Kurfürsten Albrecht Achilles entstand und die sich auch mit den Boten befasste. Diese Botenorganisation am Cöllner Hofe soll deshalb zuerst untersucht werden.

<sup>1</sup> Die Belehnung erfolgte im Herbst in Graz bei einem Besuch des Kurfürsten beim Kaiser. Albrecht berichtete davon dem Brandenburger Statthalter Friedrich Sesselmann am 1. Februar 1471 „... *das uns dann sein k. m. on alles gelt und gab gelihen hat*“; Priebatsch 1, S. 205, Nr. 123. Die Grazreise Albrechts ist auch dokumentiert in drei weiteren Dokumenten, ediert bei Riedel, 2,5, Nr. 1892 – 1894, S. 144 – 147.

<sup>2</sup> Das erste Mal auf dem Regensburger Reichstag nachgewiesen ist Albrecht Achilles am 3. Mai 1471. Siehe RTA I, 22,1; S. 377, Z. 18 f.; Nr. 103, C1; Bericht des Mailänder Gesandten.

<sup>3</sup> Die Loslösungsbulle wurde proklamiert am 18. März 1471 durch den Kardinallegaten Francesco Piccolomini. Quelle: RTA I, 22, 1, Nr. 100 i, S. 364; aus: Bibl. Vat. Cod Vat lat 10637, fol. 606 a – 607 a.

<sup>4</sup> Die Briefe an die anderen Kurfürsten sind datiert vom 6. Mai und vom 26. Mai 1471. Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44., fol. 57 v. und 58; Priebatsch 1, S. 118, Nr. 35 und S. 126, Nr. 46. Die bejahenden Antworten der rheinischen Kurfürsten erfolgten prompt, am 1. Juni Pfalz, am 3. Juni Trier und am 9. Juni Mainz. Köln fehlt. Quelle: STAN, a.a.O., fol. 58 v. und 59.

<sup>5</sup> Der Gebotsbrief Kaiser Friedrichs III. an die Pommern, Albrecht als Herzog zu huldigen, ist vom 17. Dezember 1470 und in Graz ausgestellt. Quelle: Riedel 2,5, Nr. 1893, S. 146 f. Das Herzogtum Pommern entstand schon zur Zeit der Christianisierung der Region im 12. Jahrhundert und bereits damals erhob Markgraf Albrecht der Bär Anspruch auf eine Oberlehnshoheit. Erbansprüche kamen später hinzu. Kaiser Ludwig IV. erhob das inzwischen zweigeteilte Herrschaftsgebiet zum Reichslehen und Karl IV. bestätigte auch das gegenseitige Erbrecht der beiden Pommerschen Linien. Brandenburg erkannte dies aber nicht an und ab 1464, als die Stettiner Linie der Pommernherzöge ausstarb, erneuerte Kurfürst Friedrich II. sowohl die Erbansprüche auf Pommern-Stettin, als auch auf die Lehnshoheit über das gesamte Land. Diesen Konflikt, der erst 1493 durch einen Verzicht Brandenburgs auf die Lehnshoheit gegen die Zusicherung der Eventualnachfolge gelöst wurde, erbte Albrecht Achilles bei seinem Regierungsantritt in der Mark. 1478/79 kam es auch zu kriegerischen

Auseinandersetzungen. Eine gute Überblicksdarstellung dieses Konflikts findet sich bei Johannes Schultze, Die Mark Brandenburg; Dritter Band; Berlin, 1963, sowie bei Oskar Eggert; Geschichte Pommerns, Hamburg, 1961.

<sup>6</sup> Der Auftrag an die beiden Räte stammt vom 17. Mai 1470. Quelle: Priebatsch 1, Nr. 75, S. 157 ff. Ein gutes Dutzend an Berichterstattungen ist für die kommenden Monate überliefert und bei Priebatsch im ersten Band ediert. Im Verlauf der Arbeit werden die relevanten Stellen dieser Berichte analysiert.

## 2.1 Organisation am Hof

Die Forschung zu den Hofhaltungen europäischer und deutscher Fürsten erlebte in den letzten Jahren einen großen Aufschwung. In erster Linie ist hier das von Werner Paravicini maßgeblich geförderte Projekt „Residenzen-Kommission der Akademie der Wissenschaften in Göttingen“ zu nennen, das die Erforschung des Lebens an spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Fürstenhöfen zum Ziel hat. <sup>(1)</sup>

### 2.1.1 Die Hofordnung

Die Tatsache, dass Boten in einer Hofordnung vorkommen, ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Im Falle Brandenburgs wurden erst in der Hofordnung des Kurfürsten Joachim II. aus dem Jahre 1542 Boten als Teil des Hofpersonals genannt. <sup>(2)</sup> Bevor die Hofordnung Albrechts nach Hinweisen auf die Boten untersucht werden soll, muss man sich dieser so wichtigen Quelle erst einmal selbst annehmen, um ihren historischen Wert und ihre Aussagefähigkeit richtig würdigen zu können. Um die Datierung der Hofordnung Albrechts für das Kurfürstentum Brandenburg hat sich seit der Edition der Quellen über die Regierungszeit Albrechts im 19. Jahrhundert eine wissenschaftliche Kontroverse entwickelt <sup>(3)</sup>, deren Lösung einer Analyse der Hofordnung und der darin vorkommenden Bestimmungen über das Botenwesen vorausgehen muss. Denn nur wenn man die Bestimmungen auch zeitlich einordnen kann, ist m. E. eine eindeutige Aussage über Albrechts Intentionen hinsichtlich der Botenorganisation möglich.

Die Hofordnung war im Königlichen Hausarchiv in Charlottenburg unter der Archivnummer Rep. XXVIII P. Kurf. Johann (Cicero) kurprinzli. Hofhaltung überliefert, als sie von Riedel Mitte des 19. Jahrhunderts ediert wurde. <sup>(4)</sup> Ausgehend von dieser Publikation diskutierte man die Entstehungsgeschichte. Das von einer Hand abgefasste Schriftstück besteht aus sieben ineinandergelegten Bogen, die ein Folioheft bilden. Folio 1 bis 3 r ist das Hofpersonalverzeichnis, auf Folio 3 v bis 10 r folgt – ohne dass eine eigene Überschrift auf ein neues Dokument hinweist – die eigentliche Hofordnung. Die kommenden Seiten, 10 v bis 14 r sind leer; dann folgt Folio 14 v mit einem Verzeichnis der Lebensmittel, die dem abgedankten Kurfürsten Friedrich II. auf seinen Alterssitz, der Plassenburg bei Kulmbach in Oberfranken, als Teil seiner Bezüge geschickt werden sollten. <sup>(5)</sup>

---

<sup>1</sup> Paravicini selbst forschte ausgiebig zum Hof in Burgund. Der zollerische Hof in Cölln wurde von Karl-Heinz Ahrens untersucht, Reinhard Seyboth kümmerte sich in mehreren Arbeiten um die fränkische Residenz der Zollern in Ansbach. Auf die Werke beider Wissenschaftler wird im Verlauf der vorliegenden Arbeit noch genauer einzugehen sein. Arbeiten aus diesem Umfeld verdankt der Autor eine Reihe von grundsätzlichen Erkenntnissen über die Funktion eines spätmittelalterlichen Fürstenhofes, die die konzeptionelle Einordnung der botengeschichtlich relevanten Fakten sehr erleichterte. Doch auch ältere Literatur war hilfreich und ist an den entsprechenden Stellen gewürdigt.

<sup>2</sup> Publiziert ist die Hofordnung Joachims II., des Urenkels Albrechts, bei Arthur Kern, *Deutsche Hofordnungen*, Band 1, 1905, S. 1 – 34. Das Dokument liegt in Berlin, Königliches Hausarchiv, Kurfürst Joachim II Hofstaat. Pr. XXX. Zwei Abschnitte befassen sich mit der Behandlung fremder Boten. Analysiert ist sie dann bei Martin Hass, *Die Hofordnung Kurfürst Joachims II. von Brandenburg*; Berlin, 1910. Hass ergänzt die Hofordnung noch durch das Hofstaatsverzeichnis, das bei Kern nicht ediert ist. Darin tauchen dann die Boten auf: S. 94 „*Reitende botten: I Matthis, I Veith, I Jorge, I, Hans, I Merten, I Lorenz, Summa VJ person*“ und S. 95 „*X laufende potten*“.

<sup>3</sup> Die Quelle selbst ist von Raumer, Riedel und Priebatsch ediert.

<sup>4</sup> Riedel, 3,2, Nr. 93, S. 115 ff. Heute befindet sich das Original der Hofordnung im Geheimen Staatsarchiv in Berlin, Rep. 27, L. 3. Eine zweite Fassung ist unter Rep. 36, Nr. 564 abgelegt.

<sup>5</sup> Siehe dazu Gerhard Schapper, *Die Hofordnung von 1470 und die Verwaltung am Berliner Hof zur Zeit Kurfürst Albrechts*; Leipzig, 1912; S. 1.

Es existiert über keinem der Dokumente eine Überschrift. Der Text des brandenburgischen Hofpersonalverzeichnisses beginnt mit dem Satz „*Item disse hir nachschriben wirdet unser gnedeger heere marggrave Johans an seins hern und vaters stat am hof vorlegen.*“ Erst später wurde mit anderer Hand hinzugefügt: „*dieß ist das Modell, wie Churfürst Albrecht seinen Sohn Johansen den hiesigen Hoffstaht vbergeben.*“<sup>(1)</sup> Keines der zusammengehängten Blätter trägt ein Datum, auch die offensichtlich später von anderer Hand gefertigte Nachschrift ist ohne Datumsvermerk eingetragen worden, was den Datierungsstreit unter den Historikern zusätzlich in Gang brachte.

Der Herausgeber der Dokumente, Adolph Riedel, entschied sich für den 10. April 1473 als Entstehungstag der Hofordnung, wobei er sich in seiner Argumentation in erster Linie auf zwei Briefe stützte, die um dieses Datum herum geschrieben worden waren und die sich auf organisatorische Fragen am Hof beziehen. Markgraf Johann schrieb am 10. April 1473, kurz nach der Abreise des Kurfürsten aus der Mark nach Ansbach, an seinen Vater und führte in diesem Schreiben unter anderem aus, dass er ihm mit diesem Brief zusätzlich ein Dokument schicke, in dem aufgelistet sei „*... wie wir unsern hofe geordnet und was wir für hofgesinde haben, Auch was vns von Silbergeschirr, zeug, bettgewandt vnd allem andern hir innen bliben ist vnd in einer zetel bestellung des frawen zymers.*“<sup>(2)</sup>

Auch der neue Statthalter der Mark, der brandenburgische Kanzler und Lebuser Bischof Friedrich Sesselmann, schrieb in einem Brief vom 9. April 1473 an Albrecht über den Hof: „*... was bey ewer gnaden zeiten hirinnen verzert ist vnd was man vber alles Innemen vns verweisung schuldig ist bliben, wirdet ewer gnade ausz registern mit setzung des hofs, auch frowen Margreth, aus yetzunt zugesandten schriften eigentlich vernehmen.*“<sup>(3)</sup>

Darüber hinaus scheint sich Riedel, ohne es explizit zu sagen, auch auf die nachträgliche – oben bereits erwähnte – Kanzleinotiz zu beziehen, in der davon die Rede ist, dass Albrecht seinem Sohn Johann damit ein Modell für einen Hofstaat übergeben habe. Das passt politisch zum Zeitpunkt im Frühjahr 1473, als Albrecht nach seinem ersten Aufenthalt in der Mark wieder nach Franken zurückkehrte. Kurz vorher hatte er mit der sogenannten „Dispositio Achillea“ eine Nachfolgeordnung für das Brandenburger Kurfürstentum und die anderen zollerischen Fürstentümer getroffen<sup>(4)</sup>, eine neue Finanzorganisation beschlossen<sup>(5)</sup> und versucht, das Steuersystem im Kurfürstentum neu zu regeln.<sup>(6)</sup> Es ist also nicht ausgeschlossen, dass er mehr oder minder zeitgleich mit diesen Weichenstellungen auch den

---

<sup>1</sup> Schapper, a.a.O., S. 2.

<sup>2</sup> Riedel, 2,5, Nr. 1939, S. 202.

<sup>3</sup> Riedel, 3,2, Nr. 91, S. 111.

<sup>4</sup> Die „Dispositio Achillea“ ist ediert bei Hermann von Caemmerer, Die Testamente der Kurfürsten von Brandenburg und der beiden ersten Könige von Preußen; München, 1915; S. 27 – 43. Die Wichtigkeit dieses Dokuments für die brandenburgische Verfassungsentwicklung ist in der Forschung unumstritten. Wenngleich es nicht klar ist, ob der Kurfürst eine allgemeine Regelung schaffen wollte, oder nur eine gerechte und praktikierbare Dreiteilung seines Besitzes unter seine drei Söhne erreichen wollte. Detailliert dargelegt hat dieses Problem Werner Klank, Die Entwicklung des Grundsatzes der Unteilbarkeit und der Primogenitur im Kurfürstentum Brandenburg; Diss. Erlangen, 1908.

<sup>5</sup> „*... haben wir im besten furgenommen und ein ordnung gemacht under anden was man des jars in die haushalt einnymt und wie das wider hinaus verbraucht wurd, des ein wissen zu haben.*“ Quelle: STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 737, fol. 10 Priebatsch I, Nr. 75, S. 157.

<sup>6</sup> Albrecht einigte sich nach langen Verhandlungen mit den Ständen in Brandenburg darauf, dass man sich die Schulden, die Friedrich II. hinterließ, sowie die Kosten, die bei einer Heirat von Friedrichs noch lediger Tochter Margareta entstehen würden, teilt. Der Anteil der Städte sollte durch eine auf mehrere Jahre verteilte Landbede abgetragen werden. Offensichtlich ohne Rücksprache, namentlich mit den Städten, entschied Albrecht sich dafür, seinen Anteil an den brüderlichen Schulden mit Hilfe einer neuen indirekten Steuer, einer Akzise auf Bier und Wein, aufzubringen. Diese in den Quellen Tonnenzoll genannte indirekte Steuer war natürlich insbesondere eine Belastung der städtischen Bevölkerung, weil deren Bier und Wein geliefert und damit durch Zollstationen transportiert werden musste. Da sie sich zusätzlich besteuert und vom Fürsten hintergangen fühlten, eskalierte der Streit um den Tonnenzoll zu einer generellen Auseinandersetzung um die Steuerpolitik in Brandenburg.

Hofstaat seines noch unerfahrenen Sohnes, Stellvertreters und designierten Nachfolgers zu ordnen versuchte.

Felix Priebatsch, Herausgeber der Briefe Albrechts und im späten 19. Jahrhundert der versierteste Fachmann für Leben und Wirken Albrechts, schließt sich im analysierenden Vorwort zur Briefausgabe 1894 diesem Urteil an <sup>(1)</sup>, ohne diese Entscheidung allerdings weiter zu begründen.

Gerhard Schapper, der die Hofordnung in einer Monografie aus dem Jahre 1912 detailliert untersuchte, sprach sich, gestützt auf eine Reihe von Argumenten, gegen die Datierung ins Jahr 1473 aus. <sup>(2)</sup> Schapper ging davon aus, dass die drei zusammengebundenen Dokumente – und damit eben auch die Auflistung der Lebensmittellieferungen für Friedrichs II. – in einem engen zeitlichen Zusammenhang entstanden waren. War dem so, dann konnte unmöglich das Jahr 1473 als Entstehungsjahr angenommen werden können. Denn der frühere Kurfürst starb bereits am 10. Februar 1471. <sup>(3)</sup>

Weiterhin, so Schapper, komme in der Hofordnung und den anderen Dokumenten nichts über Silberzeug und andere Wertsachen vor, so wie es im Brief Johanns an Albrecht aus dem Jahr 1473 aber angeführt worden sei. Auch sei Bischof Friedrich Sesselmann von Kurfürst Albrecht kurz vor seiner Abreise aus der Mark im März 1473 zum Statthalter ernannt worden, hätte also in der Liste des Hofpersonals als solcher auftauchen müssen, wenn sie um diese Zeit erstellt worden wäre. Sesselmann werde aber nicht einmal erwähnt.

Im Gegensatz dazu würden im Hofpersonalverzeichnis aber Regenten erwähnt, ein Zustand, wie er sich für das Jahr 1470 dargestellt habe, als Friedrich II. abgedankt und der neue Kurfürst das Amt noch nicht übernommen habe. Weiterhin sei kein Hausvogt genannt, den es mit Kurt Slaberndorff aber 1473 sehr wohl gegeben habe und einen Mühl-schreiber, den man in der Hofpersonalordnung ebenfalls vergeblich suche, habe es 1473 mit Siegmund Plohofer auch gegeben. Dieser sei schon im Oktober 1470 in die Mark geschickt worden. <sup>(4)</sup> Über diese Position sei in der Hofordnung, so Schapper, nur vermerkt worden, dass sie noch besetzt und somit ein Mühl- oder Gegenschreiber noch ernannt werden müsse. „*Item man sol eynen redelichen mulschreiber haben ... findt man dan, das solch sein geschefft der herschaft zu ugt dienet, dar zu sol man Im den Rucken statlich halten ...*“ <sup>(5)</sup> Auch seien in der brandenburgischen Hofordnung sowohl die Räte wie auch der Küchenmeister noch mit Aufgaben vertraut gewesen, die 1473 längst anderen, neu ernannten Finanzbeamten übertragen worden wären, so die Analyse des Wissenschaftlers vom Beginn des 20. Jahrhunderts.

Schapper zieht aus all diesen Widersprüchen den Schluss, dass die Hofordnung bereits im Jahr 1470 abgefasst worden sein muss. Als Autor sieht er Ludwig von Eyb, den für finanzielle Fragen am Ansbacher Hof zuständigen Rat Albrechts, der bekanntlich zusammen mit dem Kanzler Absberg Ende Juni 1470 nach Cölln gekommen war. Als positive Quelle für seine Behauptung führt Schapper eine Aussage der beiden Räte in einem Brief vom 15. Juni 1470 an. Sie meldeten darin dem Kurfürsten in kurzen Worten: „... *haben wir ein ordnung gemacht.*“ <sup>(6)</sup> Die Räte, so führt Schapper aus, seien nach Brandenburg gekommen, hätten alles in Unordnung vorgefunden und sich daran gemacht, nicht nur alles nach Franken zu melden, sondern gleich auch eine neue Hofordnung zu erstellen, um die Organisation zu verbessern.

<sup>1</sup> „Vor seinem Abschied aus der Mark regelte er den Hofhalt zu Cölln auf das genaueste“, schreibt Friedrich Priebatsch im Vorwort zu Band 1 seiner Quellenedition, S. 44.

<sup>2</sup> Schapper, a.a.O., S. 3.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 206; Priebatsch 1, Nr. 130, S. 211 f. Die Beauftragung für eine Trauerbotschaft aus Franken nach Brandenburg erfolgte am 17. Februar 1471.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., Nr. 44, fol. 87 ff. Priebatsch 1, Nr. 101, S. 182 ff.

<sup>5</sup> Riedel 3,2, Nr. 93, S.117.

<sup>6</sup> Priebatsch 1, Nr. 40, S. 122.

Historiker, die sich Ende des 20. Jahrhunderts im Rahmen der Forschung über Regierungszentralen und den Hof von spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Fürsten wieder mit der Hofordnung befassten, schlossen sich Schappers Datierungsvorschlag an.<sup>(1)</sup>

Die Quellen zeigen meines Erachtens, um ein Fazit zu ziehen, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass die Hofordnung aus dem Jahr 1470 stammt und von den Emissären aus Franken erarbeitet wurde. Entscheidend ist, dass sie auf jeden Fall den Willen des Kurfürsten wiedergibt. Denn Eyb und Absberg waren im Dienste Albrecht Achilles' in Cölln, mit dem expliziten Auftrag, die Zustände in der Mark zu ergründen und wenn möglich umgehend Lösungen zu ersinnen und umzusetzen. Die enge persönliche Bindung vor allem Eybs an den Fürsten lässt ihn hier sogar als Sprachrohr seines Herrn erscheinen. Es ist sogar denkbar, dass Eyb, der lange Jahre am Ansbacher Hof wirkte, die dortigen, von Albrecht geschaffenen Verhältnisse zum Vorbild nahm und sie nach Brandenburg übertrug.

Entstand das Dokument 1473 während der Anwesenheit Albrechts in Cölln, was weniger wahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen ist, dann spiegelt die Hofordnung erst recht seine Entscheidungen wider.

Dass die Hofordnung und damit die unten zu erläuternden Punkte zum Thema Botenorganisation auf jeden Fall als das Werk Albrechts gelten müsse, zeigt meines Erachtens am deutlichsten der später eingefügte – oben schon erwähnte – Kanzleivermerk, in dem sie als Albrechts Anweisung an Johann bezeichnet wurde. Diese sicher noch zeitnah eingefügte Notiz stellt die Hofordnung als das hin, als was sie damals gesehen wurde: die Anweisung Albrechts. Stamme das Werk ursprünglich von wem auch immer, am Cöllner Hof wurde sie in der Kurprinzenzeit Johanns, die ja die Kurfürstenzeit Albrechts ist, befolgt.

„Hofordnung“ und „Hofpersonalverzeichnis“ sind Wortschöpfungen, wie sie von modernen Historikern geschaffen wurden, die versuchten, die Art von Information, die sie enthält, in einen für uns verstehbaren Kontext zu bringen. Die Auflistung von Namen und von Tätigkeitsfeldern, die den Inhalt der Hofordnung ausmacht, war für den damaligen Auftraggeber der Hofordnung kein striktes Organisationsschema, sondern eine ad hoc Beschreibung des Zustandes: Just in diesem Moment sollte eine bestimmte Aufgabe von einem bestimmten Mann erfüllt werden.<sup>(2)</sup>

Diese Einschränkungen berauben den Text keineswegs seines hohen Quellenwertes, sondern zwingen nur dazu, ihn aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Die Hofordnung zeigte den Ist-Zustand im Moment der Regierungsübernahme Albrechts durch seine Emissäre oder kurze Zeit später und blieb offensichtlich ab dem Zeitpunkt, an dem die Übergabe des Tagesgeschäftes vom Vater auf den Sohn erfolgte, weiter in Kraft, wenngleich Änderungen an den Detailregelungen nicht ausgeschlossen werden können.

Sowohl innen- wie auch außenpolitisch war die Herrschaft in Brandenburg durchaus prekär. Albrecht war es bei seinem Aufenthalt 1472/73 nicht gelungen, den Abbau der Staatsverschuldung und die Steuergesetzgebung voranzubringen. Der Konflikt mit den Pommernherzögen war nur vertagt und die unsichere Entwicklung an der brandenburgischen Ostgrenze in Schlesien infolge des Doppelkönigtums in Böhmen ließ nichts Gutes erwarten.<sup>(3)</sup> Umso wichtiger war es für den Fürsten, die zentrale Organisationsstelle des Kurfürstentums, den Hof in Cölln, zu stärken, um eine handlungsfähige Regierung zurückzulassen. Die Abfassung der Hofordnung – ich möchte bei dieser modernen Bezeichnung bleiben – ist neben der Ernennung der wichtigsten Räte ein bedeutender Bestandteil dieser Politik. Dass in diesem Dokument auch auf die Boten eingegangen wird,

<sup>1</sup> Siehe zu diesem Thema Ahrens, Hofordnung und Eckhard Müller-Mertens, Die landesherrliche Residenz in Berlin und Cölln 1280 – 1486. Der Markgrafenhof; In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft; 36. Jahrgang; Heft 2; 1988; S. 138 – 154.

<sup>2</sup> Diese These vertritt unter anderem Ahrens, Hofordnung a.a.O. Vor allem die Unterschiede in den Strukturen bei Kurfürst Friedrich II. im Gegensatz zu der Organisation bei seinem Bruder und Nachfolger Albrecht Achilles führen ihn zu dieser Erkenntnis.

<sup>3</sup> Siehe dazu die Ausführungen in der Einleitung.

macht klar, dass Albrecht den Kontakt mit der Regentschaft in Brandenburg für sehr wichtig hielt. Wichtig deshalb, weil er sich informieren wollte und wichtig auch deshalb, weil er die wichtigen, grundlegenden Entscheidungen – auf der Basis der ihm zugegangenen Informationen – immer noch selbst treffen und seine Befehle dann übermitteln wollte.

### 2.1.2 Boten in der Hofordnung

Für unser Thema, die Botenorganisation, ist nun eine Textstelle in der Quelle einschlägig. Die Hofordnung hält fest, dass die Aufsicht über die Boten am Hof zu Cölln dem Küchenmeister und seinem ersten Gehilfen, dem Küchenschreiber, obliegt. Sehen wir uns den Passus dazu im Original an: „*Item der kuchenschreiber sol die poten vnd potlon ausrichten vnd Alsbald Im der brief aufz der Cantzley geantwort worden, sol Im domit angefragt werden, ab an den selben brifen icht lige, damit er die richtige boten versorgen müg vnd sust zu eyner yden Zeyt keynen brief verhalt odder ligen lasz, Sunder die vf das furderlichst hin weg fertig, damit der herschaft nicht versewmit werde vnd den boten allwegen damit beuelhen, wen sie widder kümen, das sie sagen, ab In einer yden sach antwert geben sey oder nicht, damit man ein wissen erlang, das die brief geantwortet seint, vnd sulchs handels sol der kuchenschreiber dem kuchmeister, der Im solch gelt gibt, alle wochen darumme Rechnung thun.*“<sup>(1)</sup> Dieses ungemein wichtige Dokument liefert eine Fülle von Informationen über die Organisation des Botenwesens in Brandenburg, die im Anschluss zu bewerten sind.

Weder der Küchenmeister noch der Küchenschreiber, die in dieser Zeit Dienst taten, sind im Hofpersonalverzeichnis namentlich erwähnt. Was auffällig ist, weil die Verantwortlichen der anderen Ämter, des Kellers, der Kammer und der Kanzlei, sehr wohl dezidiert beim Namen genannt sind.<sup>(2)</sup> Allerdings steht im Hofpersonalverzeichnis auch explizit, dass es Verantwortliche für die Küche gab: „*Kuchen: Kuchmeyster vnd sein schreiber ...*“<sup>(3)</sup> Da zusätzlich sowohl dem Küchenmeister als auch seinem ersten Gehilfen eine Reihe konkreter Aufgaben zugewiesen werden, muss man davon ausgehen, dass beide Positionen auch besetzt waren. Das Fehlen von konkreten Namensnennungen bleibt aber ein gewisser Unsicherheitsfaktor. Schapper meint, dass das Amt des Küchenschreibers 1470 im Rahmen der Erstellung der Hofordnung neu geordnet worden sei. Vorher sei es nie explizit erwähnt worden.<sup>(4)</sup> Dieses „argumentum ex silentio“ ist mit Vorsicht zu genießen, da vor 1470 keine explizite Hofordnung überliefert ist, in der die Funktion des Küchenschreibers hätte auftauchen können.

Schapper gesteht auch ein, dass der langjährige Küchenmeister Ulrich Zeuschel, der von 1443 bis 1465 im Amt war, mit Petrus Pletz bereits einen Schreiber hatte, der dann ab 1464 auch als Küchenmeister „über Land“ sein Stellvertreter wurde und immer dann selbstständig agierte, wenn der Hof reiste und Zeuschel schließlich 1465 sogar als Küchenmeister am Hof nachfolgte.<sup>(5)</sup> Dass der spätere Küchenmeister Pletz in seiner Zeit als Gehilfe Zeuschels nicht explizit Küchenschreiber genannt wurde, besagt m. E. in einer Zeit, in der die Verfasser schriftlicher Unterlagen kaum auf genaue Bezeichnungen achteten, nicht viel. Wir können deshalb nicht sicher sein, dass das Amt des Küchenschreibers am Brandenburger Hof nicht schon auch vorher eine größere Zahl an Pflichten und Rechten umfasste.

Richtig ist hingegen eine weitere Feststellung Schappers. Dass nämlich der Küchenmeister, der bei Friedrich II. eine große persönliche Vertrauensstellung genoss<sup>(6)</sup>, am neuen Cöllner

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 93, S. 122 f.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 94, S. 127.

<sup>3</sup> Riedel, 3,2, a.a.O.

<sup>4</sup> Schapper, a.a.O., S. 56.

<sup>5</sup> Schapper, a.a.O.

<sup>6</sup> Zeuschel war der Baumeister des Cöllner Schlosses. Um diese Aufgabe durchzuführen, erhielt er eine Reihe von Vollmachten und zur Finanzierung des Baus Privilegien, mit denen er das nötige Geld eintreiben konnte. Bis

Hof tendenziell an Einfluss verlor, und er den Räten, dem Gegenschreiber und dem Kämmerer Kompetenzen abgeben musste. Besonders die Einführung eines Rentmeisteramtes unter Albrecht Achilles schwächte die Position des Küchenmeisters, da dieser neu installierte Hofbeamte wichtige Kontrollaufgaben über den gesamten Haushalt nun für sich reklamieren durfte, die vorher dem Küchenmeister oblagen. <sup>(1)</sup> Die Schwächung des Küchenmeisters könnte auch dazu geführt haben, dass der ihm unterstellte Küchenschreiber eine größere Eigenverantwortlichkeit entwickeln konnte und deshalb auch in der Hofordnung eigens mit Rechten und Pflichten gewürdigt wurde.

Der Küchenschreiber hatte der Hofordnung zu Folge eine ganze Reihe von Aufgaben: Natürlich ist er als erstes für die Organisation der Versorgung des Hofes mit Lebensmitteln verantwortlich. Im Besonderen hält die brandenburgische Hofordnung aber zusätzlich fest, dass der Küchenschreiber unter der Oberaufsicht des Küchenmeisters und der Räte den Marstall zu kontrollieren habe. Besonders muss er darauf achten „... was von dem hofgesind abreytt, sich mit der futterung darnach hab zu halten, dann dis zu zeyten an den hofen gewöhnlich ist vil pfert zu futtern vnd damit mit am hof zu sein.“ <sup>(2)</sup>

Offensichtlich war es Usus, dass die Adeligen unter den Hofbediensteten die Dienste des kurfürstlichen Marstalls über Gebühr strapazierten. Auch wenn sie keinen Dienst am Hof taten, ließen sie ihre Pferde dort versorgen. Dem wollte die Hofordnung mit Hilfe der Aufsicht durch den Küchenschreiber einen Riegel vorschieben.

Dass nun auch die Boten, die ja für ihre Arbeit auf Pferde angewiesen waren, dem Küchenschreiber insofern unterstanden, als er sie einsetzte und kontrollierte, könnte sich deshalb einmal aus den Zuständigkeiten eben des Küchenschreibers für den markgräflichen Marstall ergeben haben.

Weiterhin könnte man auch vermuten, dass bei der Einsetzung des neuen Küchenschreibers dieser Mann als tüchtig und treu ergeben erachtet wurde. Man übertrug ihm deshalb eine Reihe von Aufgaben, ohne all zu sehr auf die uns heute logisch erscheinenden organisatorischen Zusammenhänge zu achten. Da uns zu einer Beantwortung dieser Frage aber die quellenmäßige Basis fehlt, sollen nicht länger Spekulationen ausgebreitet werden. Vermutlich lag eine Kombination aus beiden Gründen vor.

Als nächsten Punkt gilt es herauszuheben, dass der Küchenschreiber einen geeigneten Boten auswählen und in Marsch setzen sollte, er also als Botenmeister diente. Das zeigt übrigens auch deutlich, dass es verschiedene Arten von Boten geben musste, je nachdem, welcher Art die zu erledigende Botenreise war. <sup>(3)</sup> Der Küchenschreiber musste entscheiden, ob er einen reitenden oder einen laufenden Boten mit der Besorgung beauftragte, ob er einen Mann auswählte, der besonders zuverlässig war, oder ob er einen Kurier deshalb schickte, weil dieser sich auf einer bestimmten Strecke besonders gut auskannte.

Dem Küchenschreiber oblag also ausweislich der Hofordnung eine sehr wichtige, man kann sagen zentrale organisatorische Aufgabe. Er musste erkennen, welcher Bote der geeignete war und diesen auf den Weg bringen. Die Botenordnung sieht nicht vor, dass ihm jemand Anweisungen zu geben hatte, wenngleich es in einem so überschaubaren Rahmen wie dem

1465 war Zeuschel als Küchenmeister im Amt, bis ihm sein bis dahin zuarbeitender Gehilfe Petrus Pletz nachfolgte. Siehe Ahrens, Hofordnung, S. 143.

<sup>1</sup> Ahrens, Hofordnung, S. 143. Mit Konrad von Eben und Hans Schultz tauchen in den frühen 70er Jahren des 15. Jahrhunderts wieder Küchenmeister namentlich auf. Doch kommen sie nur sehr sporadisch vor, so dass klar wird, dass sie keinen großen Einfluss in der Hofverwaltung oder sogar in der Politik ausüben konnten. Schon unter Kurfürst Friedrich I. (1415 – 1440) diente mit Konrad Ehe ein Küchenmeister im Hofstaat. Nach den über ihn vorliegenden Quellen aus den 20er Jahren war er mit einer großen Fülle an Aufgaben betraut gewesen. Zum Beispiel quittiert er am 22. Oktober 1423 die Entgegennahme von 72 Schock, 31 Gulden von den märkischen Steuereinnehmern. Auch 1424 war er zur Einnahme von größeren Summen aus dem Steueraufkommen befugt. Quellen: Riedel 3,1, Nr. 113 ff., S. 181 ff.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 93, S. 122.

<sup>3</sup> Über die verschiedenen Gruppen von Boten wird unten in Kapitel 1.4 noch genauer zu berichten sein.

Brandenburger Hof mit seinen rund 300 Bediensteten durchaus als wahrscheinlich erachtet werden kann, dass einer der Räte dem Küchenschreiber jeweils einen entsprechenden Befehl gab. Auch dürfte sich der Küchenschreiber bei Unklarheiten sicher an einen der Räte gewendet haben, um Weisungen einzuholen. Dennoch ist die organisatorische Stellung des Küchenschreibers in diesem Punkt erstaunlich.

Üblicherweise galt der Kanzleiknecht als derjenige an einem Hof, der als Botenmeister agierte. <sup>(1)</sup> Für den Cöllner Hof ist auch ein Kanzleiknecht verzeichnet. Zusätzlich zum Kanzler Howeck und den beiden Kanzleischreibern, denen jeweils das Recht zugestanden wurde, zwei Pferde im kurfürstlichen Stall zu halten, und die dadurch eine gesellschaftlich durchaus beachtliche Stellung hatten <sup>(2)</sup>, taucht unter der Rubrik „*item die person die nit pferd haben*“ mit dem Eintrag „*Pascha, I knecht In der Cantzley*“ <sup>(3)</sup> auch ein Bediensteter einfacherer Ordnung auf. Welche Aufgaben dieser Knecht hatte, ist nicht vermerkt. Dass er die Boten nicht befehligen durfte, weil sie ihm im Rang vielleicht gleich waren, ist nur eine Vermutung.

Dem Küchenschreiber wurde zusätzlich auferlegt, dies ist der nächste wichtige Punkt in der Botenordnung, dafür zu sorgen, dass keine Briefe liegen blieben und dass die ihm übergebenen Schreiben unverzüglich abgesendet wurden. Damit ist klar, dass die Abfassung eines Briefes und die Abreise des Boten in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang stehen. Die Kanzleivermerke, die den Tag der Abreise des Boten extra festhielten, zeigen auch, dass dies meist am Tag unmittelbar nach der Datierung des Briefes geschah. Der Küchenschreiber hatte in der Theorie keinen Ermessensspielraum in dieser Frage. Inwieweit die besondere Erwähnung dieses Punktes darauf hinweist, dass es zu möglichen Verzögerungen bei Botenreisen deshalb kam, weil Boten vom Küchenschreiber gar nicht oder verspätet losgeschickt worden waren, muss dem Feld der Spekulation überlassen bleiben.

Auch nach der Rückkehr der Boten von einer Mission musste der Küchenschreiber dafür sorgen, dass die Männer tunlichst sofort sagten, wie die Reise verlaufen sei, ob der Brief angekommen und ob eine Antwort ergangen sei. Auch dies zeigt, dass man auf die Zuverlässigkeit der Kuriere ein wachsames Auge hatte. M. E. scheint dieser allgemeine Befehl aber in erster Linie deshalb erteilt worden zu sein, weil sich die Regierung des Kurfürsten und der Herrscher selbst sehr wohl der Wichtigkeit eines schnellen und zuverlässigen Nachrichtenverkehrs bewusst waren. Die besondere Vertrauensstellung einiger Boten zum Fürsten, die unten noch zu zeigen sein wird, macht es eher unwahrscheinlich, dass man den Boten generell misstraute. Da die Hofordnung aus der Anfangszeit der Herrschaft Albrechts über die Mark datiert, ist natürlich auch zu bedenken, dass man mit den Verhältnissen in der Mark noch nicht sehr vertraut war und die Vorsicht regierte. <sup>(4)</sup>

Kontrollen, so zeigen auch andere Stellen der Hofordnung, waren nicht auf die Boten beschränkt, sondern sie waren dem ganzen Regelwerk immanent. Um diese Argumentation nicht ausufern zu lassen, mögen zwei Beispiele genügen, bei denen Kontrolle und Gegenkontrolle deutlich werden. „*Item der Bartholomeus Zwerch, der den silber knechten In der silber Camber zugeben ist, der sol In sündlichkeit achtung haben auf den Hauszrat im Slosz Coln. Als pett vnd pettgewant, tischtucher vnd Handtczwelen, des ein wissen zu haben, damit das nicht gemyndert, was man In das hausz kauft ...*“ <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> Schapper, Hofordnung, S. 59. Er listet dort einige Beispiele auf, in denen der Kanzleiknecht als Botenmeister fungierte. Für das Jahr 1458 ist ein Thomas Mewes, Sohn eines Berliner Lehnbürgers, genannt. Für Ansbach untersuchte Franz Wagner, *Archivalische Zeitschrift*; Band 10, S. 52 und Band 13, S. 97 diese Frage.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 94, S. 126 f. „*Cantzley: II pferd howeck, II pferd Albert, II pferd ...*“

<sup>3</sup> Riedel, a.a.O., S. 127.

<sup>4</sup> Liest man die Berichte Eybs und Waldenfels' aus dem Jahr 1470, so zeigt sich in ihnen zwar ein großes Misstrauen in die Fähigkeiten der dortigen Hofbediensteten und Beamten. Doch sicherlich schrieben sie auch deshalb in dieser Weise, um ihrer Inspektionsreise die nötige Wichtigkeit zu verleihen und ihre Leistungen herauszustellen. Auch Räte sind Menschen.

<sup>5</sup> Riedel 3,2, Nr. 93, S. 122.

*Item der kuchmeister sol mit fleysz In allen ampten der hauszhalt auch gein dem mulschreiber, Zolner vnd denandern ampten, die Im In sein Hausszhalt bescheiden sinn ein aufsehn haben, mit fleisz darob zu sein, das In dem ampte herschaft nutz vnd bestes gehandelt wird ... .“<sup>(1)</sup>*

Diese zusätzlichen Beispiele mögen zeigen, dass versucht wurde, das gesamte Hofgeschehen erst einmal in geordnete Bahnen zu lenken, zu organisieren und natürlich auch zu kontrollieren. Darin zeigt sich eine Systematik, die sich auch auf die Botenorganisation übertrug.

Die wöchentliche Rechnungslegung, um einen weiteren Punkt der Botenordnung herauszuheben, zeigt uns ebenfalls den Versuch, organisatorische Angelegenheiten zu regeln. Doch auch dies ist keine Besonderheit des Botenwesens. Die Rechnungslegung in der kurfürstlichen Kammer, um wieder ein Beispiel zu bringen, sollte auch wöchentlich geschehen.<sup>(2)</sup> Die häufige Kontrolle ist im Gegenteil wieder ein Indiz dafür, wie wichtig man im Hof die Dienste der Boten nahm. Deshalb kümmerte man sich auch um ihre Belange. Zusätzlich weist diese häufige Rechnungslegung auch darauf hin, dass Boten oft und regelmäßig unterwegs waren. Denn wenn es nichts zum Abrechnen gegeben hätte, würde auch ein sehr misstrauischer Fürst nicht so oft abrechnen lassen.

Als letzten wichtigen organisatorischen Punkt zum Thema Boten in der Hofordnung gilt es festzuhalten, dass die Boten einen Lohn erhielten und zwar in dem Moment, in dem sie zu einer Botenreise aufbrachen.<sup>(3)</sup>

Ein Punkt, der bei der Analyse der Hofordnung in Hinsicht auf botentechnische Fragen stark auffällt, ist die Tatsache, dass die Organisation des Botenwesens gut dokumentiert ist. Die Boten selbst existierten aber – quellentechnisch betrachtet – nicht. Obwohl im Verzeichnis des Hofpersonals auch untergeordnete Chargen, zum Beispiel die Helfer aus der Küche und dem Reitstall, Erwähnung finden, man also feststellen muss, dass nicht nur die höheren Hofbediensteten in Erscheinung treten, suchen wir die Erwähnung von Boten vergebens.<sup>(4)</sup>

Schapper, der sich, wie schon erwähnt, sehr ausführlich mit der Hofordnung von 1470 befasst hat, glaubt einfach an Auslassungen. So seien auch der Herrenkoch und drei weitere niedrigere Kanzleischreiber ursprünglich nicht erwähnt und in dem Dokument erst später mit anderer Hand nachgetragen worden.<sup>(5)</sup> Dagegen ist aber einzuwenden, dass diese Personen zwar vergessen worden waren, später aber nachgetragen worden sind. Die Boten hingegen fanden auch später keinen Eingang in das Personalverzeichnis.

Allerdings finden wir im Hofpersonalverzeichnis auch nur zwei Wachsoldaten und vier Pferdeknechte aufgelistet, was ebenfalls nicht der Realität entsprochen haben kann, denn rund 200 Pferde von vier Leuten pflegen zu lassen ist ebenso unmöglich, wie ein großes Schloss nur zwei Mann zur Bewachung anzuvertrauen.

Auch die Möglichkeit, dass die Boten nicht am Hof selbst, sondern am benachbarten Mühlenhof angestellt waren, dessen verantwortlicher Leiter der Küchenmeister ja war, und sie deshalb in der Hofordnung nicht aufgelistet sind, ist eher unwahrscheinlich. Denn die dortigen Bediensteten finden in der Hofordnung ebenfalls sehr wohl Erwähnung.

Die These, dass die Botenreiter nicht fest am Hof beschäftigt waren, sondern zu den jeweiligen Botenritten von wo her auch immer angefordert wurden, ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen. Erstens würde es den Versuch konterkarieren, eine dichtere Organisationsstruktur der Regierung zu entwickeln. Zum anderen müsste dann dieses Anwerben und die Bezahlung dafür in irgendeiner Form dokumentiert sein.

---

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 93, S. 123.

<sup>2</sup> Riedel a.a.O., S. 122.

<sup>3</sup> Siehe näheres dazu in Kapitel 1.5.

<sup>4</sup> Aufgelistet sind die Hofbediensteten bei Riedel 3,2, Nr. 94, S.126 ff.

<sup>5</sup> Schapper, Hofordnung, S. 7.

Auf die Spur einiger Auslassungen kommt man, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Boten, zumindest diejenigen, die ab 1470 von Cölln aus Dienst taten, oft keine hauptamtlichen Kuriere waren, sondern Männer, die eine Funktion am Hofe hatten und zusätzlich auch als Boten Dienst taten, wenn es denn notwendig war. Darüber hinaus sind aber auch in der Anfangszeit einige Kuriere namentlich zu fassen, die explizit als Eilboten bezeichnet wurden und so sicherlich das waren, was man mit dem heutigen Ausdruck hauptamtlich bezeichnen könnte. <sup>(1)</sup> Doch auch ihre Namen fehlen im Verzeichnis.

Da die Hofordnung, wie schon mehrmals dargelegt, am Anfang der brandenburgischen Regierungszeit Albrechts liegt, musste vielleicht noch improvisiert werden, wenngleich die Hofordnung ja den Versuch machte, den Mangel zu organisieren. Da der Fürst selbst noch nicht anwesend war, war der Hof auch noch nicht ganz ausgebildet. Das, so wird sich in späteren Quellen nachweisen lassen, sollte sich ändern. Dann gab es festangestellte Boten, nur keine neue Hofordnung und kein Personalverzeichnis, in dem man sie hätte namentlich auführen können.

Außerdem ist es wichtig, sich klar zu machen, dass Albrecht Achilles ein fränkischer Reichsfürst war. Von Ansbach aus steuerte er seine Herrschaften. Die Beauftragten, die er zur Regierungsübernahme nach Brandenburg geschickt hat, kamen aus Franken, brachten ihre Leute aus Franken mit und auch die Boten, mit deren Hilfe sie am Anfang mit dem Kurfürsten kommunizierten, waren sicher teilweise aus Ansbach mitgebracht worden. Sie waren deshalb wie Eyb und Absberg selbst nicht Mitglieder des Brandenburger Hofes und konnten im dortigen Verzeichnis nicht auftauchen.

### 2.1.3 Botenpferde am Hof

In der Brandenburger Hofordnung tauchen auch keine Botenpferde auf, was ähnlich wie die fehlende Erwähnung der Boten ein Rätsel bleibt. Denn ohne Pferde ist auch der beste Bote zur Untätigkeit verdammt. Insgesamt rechnet man für den Cöllner Hof der Jahre um 1470 mit rund 200 Pferden, die sowohl im Schloss zu Cölln als auch im benachbarten Mühlenhof standen. <sup>(2)</sup> Pferde gab es also genug, nur welche sollten die Boten besteigen?

Die brandenburgische Hofordnung des Jahres 1542, auf die ein vergleichender Blick wieder lohnend ist, erwähnt die Pferde der Boten Kurfürst Joachims II. sehr wohl. „*4 pferd für die reittend bothen*“ steht da zu lesen. <sup>(3)</sup> Auch dieses ist noch eine ungewöhnliche Äußerung, wo wir doch oben gesehen haben, dass der Urenkel Albrecht Achilles‘ sechs reitende Boten beschäftigte, zusätzlich zu zehn laufenden Kurieren. Trotz der Zahl von sechs Boten konnten nur vier auf einmal im Einsatz sein, wenn sie nur die vier ihnen zugedachten Pferde satteln durften.

Wie es zur Zeit des Kurfürsten Albrecht Achilles am Cöllner Hof um die Botenpferde bestellt war, können wir aus den Quellen nicht entnehmen. Doch gibt eine Quelle aus dem Jahr 1483, ein Brief Albrechts an Markgraf Johann, Auskunft über die Situation in Ansbach. Die Stelle in der Quelle lautet: „*... so behielten wir XL pferd in unserm stall, nemlich XII trumeter, pfeifern, falcknern und jegern, und uns VI hengst, zwen köch, zwen kellner, zwen marstaller, ein thürhüter, zwen reitend boten, einen herolt und X knecht sunst ...*“ <sup>(4)</sup>

Diese Botenpferde standen also im Stall des Fürsten. Man kann deshalb davon ausgehen, dass es sich nicht um die schlechtesten Pferde handelte. Zudem ist in Betracht zu ziehen, dass ein Pferd in der damaligen Zeit schon von einem beachtlichen Wert war. Während ein Schlachtochse mit vier Rheinischen Gulden taxiert wurde, mussten für ein gutes Reitpferd

<sup>1</sup> Siehe dazu Kapitel 1.4.1.

<sup>2</sup> Schapper, a.a.O., S. 35; Ahrens, a.a.O., S. 193.

<sup>3</sup> Hass, Hofordnung, S. 75.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 172 v.; Priebatsch 3, Nr. 934, S. 241.

wesentlich höhere Beträge hingelegt werden. Ein im Jahre 1470 zuschanden gerittenes Pferd wurde dem Besitzer, dem brandenburgischen Adligen Otto von Nostitz, mit 18 Gulden vergütet, und war somit fast fünf Schlachtochsen wert. <sup>(1)</sup> Albrecht behielt die teuren Botenpferde sicher auch deshalb unter seiner Obhut und sicherlich war es auch so, dass zusätzliche Reittiere aus dem Stall des Fürsten zum Einsatz kamen, wenn zusätzliche Boten auf den Weg geschickt werden mussten.

#### 2.1.4 Organisation bei der Abreise und Beauftragung des Boten

Generell ist festzustellen, dass die Abreise des Boten in der Regel einen Tag nach der Abfassung und Datierung eines Briefes stattfand. Dass dies die von Albrecht im Prinzip auch gewollte Regelung ist, führte er in einem Brief vom 3. November 1480 auch *expressis verbis* so aus: „*Vnser gewonheitt ist, das wir sie (die Boten; d. Verf.) am andern tag fertigen. Es hab dann vrsach, das man botschaft wart, die vor zu erkunden, dester statlicher wissen zu antworten. Ewer lieb must aber den botten beuelhen, So sie von vns gefertigt weren, das sie bald wider komen.*“ <sup>(2)</sup>

Der Normalfall war also die Fertigung, das heißt die Absendung des Boten am Tag nach der Datierung des Briefes. Dass dies nicht nur eine Forderung des Fürsten war, sondern auch eingehalten wurde, sollen die im folgenden angeführten Quellenstellen belegen. Immerhin haben wir rund ein halbes Dutzend Briefe mit Kanzleivermerken, die belegen, dass der Tag nach der Ausstellung der Tag der Abreise des Boten war.

Das erste dieser Beispiele mit einem entsprechenden Kanzleivermerk findet sich in einem Brief, der am 1. Mai 1476, „*am tag Philipi und Jacobi*“ geschrieben und am folgenden Tag dem Boten übergeben wurde. „*bey dem vogel Fritzen, der ist ausgegangen am donerstag nach Walpurgis (2. Mai; d. Verf.)*.“ <sup>(3)</sup> Einen Tag nach Ausstellung des Briefes war der Bote also unterwegs.

Ein Brief vom 4. Januar 1479, „*montag nach dem jarstag*“, den die Ansbacher Statthalter an Albrecht schickten, wurde ebenfalls mit einem Kanzleivermerk versehen. Dort heißt es: „*bei Albr. Jeger hineingeschickt am dinstag vor trium regum.*“ <sup>(4)</sup> Das war der 5. Januar und wieder haben wir den Fall, dass der Kurier einen Tag nach der Ausstellung des Briefes wegritt.

Ein Schreiben Albrechts an Johann, das auf den 2. April 1481 datiert ist, trug als Kanzleivermerk den Satz: „*Antwort meinem Herrn margrave Johannsen bey seyne eigen boten, der am dinstag nach letare (3. April; d. Verf.) ausgegangen ist.*“ <sup>(5)</sup>

Ein Brief Albrechts vom 22. Juli 1481 aus Schwabach an Johann nach Cölln trug den Kanzleivermerk: „*Diese schrift hett Conzlin bot von Swabach aus hinain gefurt am dinstag nach maria Magdalena (23. Juli; d. Verf.)*“ <sup>(6)</sup>

Bote Conrad Bartel überbrachte ein Schreiben Albrechts an Johann, das auf den 13. Februar 1483 datiert ist, dem Donnerstag nach Aschermittwoch, am 14. Februar von Ansbach nach

<sup>1</sup> Riedel 3,1, Nr. 381, S. 534.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 210, S. 261; Priebatsch 2, Nr. 697, S. 650. Markgraf Johann hatte sich bei Albrecht beschwert, dass eine Nachricht sehr spät gekommen sei. Albrecht nahm sein Antwortschreiben zum Anlass, den Sohn über das übliche Prozedere aufzuklären. Im Jahre 1480, aus dem die Quelle stammt, kommunizierten die beiden bereits rund zehn Jahre teilweise sehr intensiv miteinander, so dass es verwundert, dass die Klarstellung erst so spät erfolgte.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 8, 9 und 10; Priebatsch 2, Nr. 211, S. 219 ff.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 485, S. 454.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 96 v.; Priebatsch 3, Nr. 731, S. 46.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., fol. 157 v.; Priebatsch 3, Nr. 892, S. 204.

Cölln: „*Auf anbringen graf Eytel Friczen von Zollr meinem herrn marggraf Johansen geschriben und bei Conrads Bartel hineingeschickt am freitag nach aschermitwoch.*“<sup>(1)</sup>

In einer beachtlichen Zahl von Fällen, die quellenmäßig belegt sind, ist aber auch eine Abweichung von dieser Regel festzustellen. Briefe gingen entweder noch am selben Tag weg, wenn die Nachricht besonders eilig war, oder aber man ließ sich im Gegenteil auch länger Zeit damit, die Kuriere auf den Weg zu bringen.

Die Quelle, die uns den besten Eindruck darüber vermittelt, wie es am Hof zugegangen ist, wenn eine besonders eilige Nachricht zu expedieren war, stammt aus dem Herbst des Jahres 1477. Wir verlassen daher die Chronologie und stellen dieses Dokument zuerst vor. Am 2. September 1477 schrieben die Räte aus Cölln an Albrecht und Markgraf Johann, der zu dieser Zeit ebenfalls in Franken weilte, einen Brief mit einer Reihe von politischen Informationen. Die Kanzleinotiz des Hauptbriefes lautete: „*Mitgenomen am mitwoch nach Egidy.* (eben dem 2. September; d. Verf.) *In der dritten stund nach mitemtag.*“<sup>(2)</sup> Der Bote sollte also noch am Nachmittag zu den Fürsten nach Franken geschickt werden.

Doch daraus wurde nichts. Denn einem dem Schreiben beigelegten Zettel ist zu entnehmen, dass noch etwas passierte: „*Als der briue hirbei geschriben vnd heinenlin bot darmit gefertigt was, wurden vns diese hirinnen geschlossen briue dorch unsers heren von Lubus knecht einen zu bracht.*“ Und ganz am Ende dann der Satz: „*am mitwuch zu nacht nach Egidi.*“<sup>(3)</sup> Ein Mann des Bischofs von Lebus hatte wahrscheinlich aus dem ganz im Osten Brandenburgs gelegenen Bistum Nachrichten in die Hauptstadt gebracht, die noch schnell eingearbeitet werden mussten. Der Bote wurde zurückgehalten und dann mit beiden eiligen Schreiben noch am Abend losgeschickt.

Neben diesem Beispiel finden wir noch einige weitere Quellenstellen, die eine besonders schnelle Abfertigung des Boten belegen, so geschehen im September 1470. Albrecht hatte drei seiner Räte zum Reichstag nach Nürnberg geschickt, der Anfang September begonnen hatte. Die Räte schickten alle zwei bis drei Tage Informationen und Albrecht begab sich von Ansbach nach Cadolzburg, nur rund 20 Kilometer westlich der Reichsstadt gelegen, um nahe am Geschehen zu sein. Eine Meldung der Räte aus Nürnberg, sie trägt das Datum 22. September, enthält nach der Auflistung des Inhalts einen weiteren Punkt: „*Item das die botschaft von stund an hieausgeschickt sollen werden.*“<sup>(4)</sup> Die Räte beim Reichstag wollten die Nachrichten also so schnell wie möglich auf den Weg bringen. Das Schriftstück ist allerdings nur ein Konzept. Ob eine Berichterstattung ebenso unverzüglich erfolgte, ist nicht nachzuweisen. Entscheidend ist allerdings, dass Schnelligkeit angemahnt und damit wieder klar gemacht wurde, dass man sie anstrebte.

Am 31. Mai 1472 schrieben die Räte aus Ansbach an Albrecht, der sich in Cölln aufhielt. Der Bote, der kurfürstliche Wundarzt Meister Conrad, machte sich noch am selben Tag auf den Weg und überbrachte dabei auch zwei päpstliche Bullen, auf die Albrecht schon wartete, was die beschleunigte Abreise erklären könnte.<sup>(5)</sup>

Von einem späteren Reichstag aus Nürnberg berichtete Albrechts Kanzler Johann Volker am Mittwoch, dem 23. März 1474, an Albrecht, der in Ansbach weilte. Volker meldete, dass er das kaiserliche Mandat an die Dithmarscher bekommen habe und wollte nun wissen, wie weiter zu verfahren sei.<sup>(6)</sup> Volker schickte diesen Brief noch am selben Tag los: „*Datum*

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 175; Priebatsch 3, Nr. 936, S. 243.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 172, S. 208.

<sup>3</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>4</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 137; FRA II, 46, Nr. 108, S. 136.

<sup>5</sup> Die Kanzleinotiz lautete: „*Bei meister Conraten wundarzt hinein geschickt am sonntag nach corporis Christi.*“ Quelle: Priebatsch 1, Nr. 359, S. 382.

<sup>6</sup> Dithmarschen war bekanntlich die Region in Norddeutschland, die sich als Gemeinschaft reicher Bauern einer großen Unabhängigkeit gegenüber den Fürsten erfreuen konnte. So weigerten sich die bäuerlichen Anführer, ihrem nominellen Oberherren, dem Grafen, später dem Herzog von Holstein, zu gehorchen und Steuern zu entrichten. Herzog Christian, als Christian I. auch König von Dänemark, hatte sich mittels Albrecht an den

*eylends am mitwuch nach letare.*“ <sup>(1)</sup> Dass der Brief auch losgeschickt wurde, wird durch die Nachschrift klar, die Volker dem Schreiben beilegte und die das selbe Datum wie der Hauptbrief trug. Darin heißt es: „... *als dieser briefe geschriben was, bin ich wider zu meinem herrn grafen haugen gegangen, den han ich aus dem rate biten lassen und im gesagt, ich vernem von andern, wie unser herr der kayser biss sambstag aufbrechen woll, bit ich ine von eurer gnaden wegen, ob dem also wer, mir zu versteen geben, euren gnaden wissen zu schreiben, antwurt er, ja, die k. m. und die andern churfursten und fursten mit im werden auf sambstag zu nacht zu Gunczenhausen sein. umb den briefe herrn Jorgen Vizthum halb, soll ich morgen zu im kommen, wol er mir der k.m. maynung sagen, die will ich vernemen.*“ <sup>(2)</sup> Volker verhandelte noch am selben Tag mit dem kaiserlichen Rat Haug von Werderberg und schrieb in dem Brief an Albrecht, dass er morgen wieder bei Werderberg sein werde. Deshalb musste der Brief samt der Zedula noch am selben Tag auf den Weg gebracht werden. Das war vor allem deshalb wichtig, weil der Brief den Fürsten davon in Kenntnis setzte, dass ein Großteil der Teilnehmer des Reichstages auf dem Weg nach Gunzenhausen, einer Stadt auf markgräflichem Gebiet, war. Diese zu empfangen und vor allem zu beherbergen erforderte Vorbereitungszeit. Je früher die Nachricht eintraf, desto mehr Zeit verblieb Albrecht für die Planungen.

Am Dienstag, dem 16. Dezember 1477, schrieben die brandenburgischen Räte aus Frankfurt an der Oder an Markgraf Johann und übermittelten ihm wichtige militärische und diplomatische Neuigkeiten von der Front gegen die schlesischen Gegner der Brandenburger. Der Kanzleivermerk auf dem Schreiben lautet: „*Geben zu franckfort eylends am dinstag zu nacht nach Lucie.*“ <sup>(3)</sup>

Eine prompte Erledigung zeigt sich uns auch bei einem Brief, den Albrecht am 21. Oktober 1480, am Samstag nach dem Sonntag Galli, von Ansbach nach Cölln schickte und in dem er die Ungarnpolitik Brandenburgs definierte. Die Kanzleinotiz lautete: „*Antwort meins herrn bey dem Neninger in die Marck gefurt am sambstag nach Galli.*“ <sup>(4)</sup> Es war exakt der Tag der Ausstellung des Briefes, an dem Bote Nenninger sich auf den Weg nach Cölln machte.

Vier Briefe gleichzeitig musste Bote Utz Baur im Mai 1481 von Ansbach nach Cölln bringen. Drei waren auf den 20. Mai datiert und der vierte Brief stammt vom 21. Mai. Die entsprechende Kanzleinotiz lautete: „*hat Utz Baur genommen eodem die.*“ <sup>(5)</sup> Die Abreise erfolgte also am Tag, an dem der letzte der vier Briefe geschrieben war.

Mit Schreiben vom 10. Oktober 1481 setzte Albrecht Markgraf Johann in Cölln über eine Reihe von Entscheidungen in Kenntnis und riet ihm auch, Kurfürst von Brandenburg zu bleiben und nicht in eines der fränkischen Fürstentümer zu wechseln. Die Kanzleinotiz auf diesem Brief lautete: „*Dem hernach geschriben verpetschaften brief hat vogel meinem herrn marggrave Johannsen geschriben und wegh geschickt bey Wilhelm Roder am mittwoch nach dionisy.* (10. Oktober; d. Verf.)“ <sup>(6)</sup>

Vom selben Tag, Mittwoch, 10. Oktober 1481, gibt es noch zwei Schreiben von Albrecht an Johann. Eines hat den Kanzleivermerk „*Mitgenommen durch M. Johanns Boten Joslein am selben Tag.*“ <sup>(7)</sup> Das dritte Schreiben, das sich um den Adligen Balthasar von Schlieben drehte, ist ohne Kanzleivermerk, aber sicherlich auch mit einem der Boten zur selben Zeit

---

Kaiser gewandt, um bei dieser Unterstützung in Form von kaiserlichen Mahnschreiben an die Dithmarscher zu erhalten. Albrecht wurde als kaiserlicher Kommissar eingesetzt, konnte aber den fürstlichen und kaiserlichen Willen ebenfalls nicht durchsetzen. Literatur: William L. Urban, Dithmarschen – A Medieval Peasant Republic; Lewiston, 1991; S. 104 ff.

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 802, S. 635.

<sup>2</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>3</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 8; Priebatsch 2, Nr. 341, S. 336.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 85 r.; Priebatsch 2, Nr. 697, S. 650.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O. Nr. 45, fol. 105 r.; Priebatsch 3, Nr. 743, S. 57 ff.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O. Nr. 45, fol. 123 r.; Priebatsch 3, Nr. 798, S. 98.

<sup>7</sup> A.a.O., fol. 122 r.; Priebatsch, a.a.O.

abgegangen. Wir haben hier also drei Schreiben, die noch am Tag der Ausstellung auf den Weg gebracht wurden.

Sehr eilig hatte es auch der Bamberger Kanoniker Martin Thumbeck, der im November 1481 als Albrechts Gesandter in Rom war. Er schrieb mit dem Datum vom 11. November, dem Martinstag, an Kanzler Johann Volker und übermittelte außerordentlich wichtige und ausführliche Nachrichten vom päpstlichen Hof. Thumbeck schrieb: „... *hab in der nacht eylig geschriben und han bis dag geschriben, so ich all brief antwort.*“ Heute, also am Martinstag, habe er noch einige Gespräche geführt, schrieb Thumbeck dann weiter und referierte kurz den Inhalt. Er müsse jetzt aber aufhören, weil der Bote, ein Knecht des Grafen von Barby, zum Aufbruch dränge.<sup>(1)</sup>

Thumbeck schrieb also in der Nacht zum 11. November 1481, nahm dann noch Termine wahr, brachte die Ergebnisse dieser Gespräche ebenfalls zu Papier und gab das Ganze dann dem wartenden und zum Aufbruch drängenden Boten in die Hand. Hier kann mit Fug und Recht von einem Eilbrief gesprochen werden. Die schnelle Fertigung ergab sich aus dem organisatorischen Umstand, dass der Bote, der in fremden Diensten stand und sicherlich auch andere Korrespondenz zu überbringen hatte, abreisen musste. Schnell einen anderen Boten zu finden, der von Rom ins Reich reiste, wäre sicherlich nicht einfach gewesen.

Montag, der 21. April 1483, ist wieder als Datum des Beginns einer Botenreise überliefert. Ein Schreiben Albrechts an Johann von diesem Tag trug die Kanzlerinotiz: „*Hat der Gürtler den brief wegk getragen am montag nach jubilate.*“<sup>(2)</sup>

Ein Schreiben der Räte Eyb und Pfofel aus Frankfurt vom dortigen Reichstag schien auch postwendend abgeschickt worden zu sein. Die Räte führten in dem Brief vom 7. Februar 1485 aus, dass morgen noch eine Sitzung stattfände, über deren Verlauf dann gesondert in einem anderen Schreiben berichtet werde.<sup>(3)</sup> Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass der vorliegende Brief sofort – noch vor morgen, also somit am selben Tag – auf den Weg gebracht wurde.

Einen Eilbrief erhielt Albrecht auch, als der Bürgermeister von Nördlingen am 5. August 1485 während der Belagerung der Stadt durch die Truppen Herzog Georgs von Landshut Nachrichten über die militärische Stärke der Bayern schnell an Albrecht gelangen lassen wollte. „*Gegeben eylends freitags vor Afre (das ist der 5. August; d. Verf.) inn der XII stund umb mitag.*“<sup>(4)</sup>

Doch die Abreise von Kurieren konnte sich auch etwas oder sogar länger verzögern, was uns die kommenden Textstellen zeigen sollen. Das Sammeln einer Reihe von Briefen, die dann gleichzeitig losgeschickt wurden, wenn ein Bote verfügbar war, ist eine mögliche Ursache der Verzögerung.

Albrecht schickte bei seinem ersten Aufenthalt in der Mark im Mai 1472 eine ganze Reihe von Schreiben nach Ansbach. So ist ein Brief mit Datum vom 4. Mai überliefert, einer vom 10. Mai, vier vom 11. Mai, einer vom 12. Mai und dann wieder der nächste vom 24. Mai. Die sechs Briefe mit den Ausstellungsdaten 10. Mai, 11. Mai und 12. Mai, die wir uns etwas genauer anschauen wollen, sind offensichtlich zusammen losgeschickt worden. Der erste Brief, der vom 10. Mai, bekam den Kanzleivermerk „*Gein Franken zu schreiben, bei dem*

<sup>1</sup> STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 226 I, Fasz. 10, fol. 3 v.; Priebatsch 3, Nr. 809, S. 116 ff. Die Familie derer von Barby stammte ursprünglich aus dem Märkischen, war aber seit dem Hochmittelalter vor allem im Erzstift Magdeburg begütert. Der oben genannte von Barby, Günther, Graf von Mühlingen, taucht in den Quellen öfters als Pfandherr von brandenburgischen Ämtern auf. Schließlich wurde er Dechant von Straßburg. Siehe Priebatsch 3, S. 565; Erklärungen zur Familie siehe auch bei Johann Friedrich Gauhe, *Des heiligen Römischen Reichs Adels-Lexicon*; Drei Bände; Leipzig, 1740 ff.; Band 1,1; S. 68 f. und Ernst Heinrich Kneschke (hrsg.), *Deutsches Adelslexikon*, Neun Bände, Leipzig, 1859 ff.; Band 1; S. 193.

<sup>2</sup> STAN, *Herrschaftliche Bücher*, Nr. 45, fol. 180 r.; Priebatsch 3, Nr. 951, S. 255.

<sup>3</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 3, fol. 71; Priebatsch 3, Nr. 1038, S. 342.

<sup>4</sup> STAN, *Bayerische Bücher* 10, fol. 61 r.; Priebatsch 3, Nr. 1107, S. 430.

*Heintzlein.*“ <sup>(1)</sup> Einer der Briefe vom 11. Mai weist als Bemerkung ebenfalls aus „*Gein Francken bey Heintzlein boten. Ist hinwegk geritten am dinstag nach exaudi.*“ <sup>(2)</sup> Der 10. Mai war der Sonntag Exaudi, der 11. Mai folglich ein Montag und der 12. Tag dieses Monats, an dem sich der Bote auf den Weg gemacht hat, war, wie in der Quelle auch festgehalten ist, ein Dienstag. An diesem Datum sind drei weitere Briefe ausgestellt, die sich teilweise mit den selben Themen befassen, wie die Schreiben, die zwei oder einen Tag vorher geschrieben worden waren. Unter anderem ging es um Ausgleichsverhandlungen mit dem Herrn von Hohenlohe (Brief vom 10. Mai), über die die entsprechende Urkunde am 12. Mai ausgestellt wurde. Es ist deshalb mehr als wahrscheinlich, dass die Urkunde zusammen mit der Entscheidung Albrechts in dem Rechtsstreit nach Ansbach geschickt wurde, von wo aus beide Schriftstücke dann dem fränkischen Adeligen zugestellt wurden. Von der Ausstellung des ersten Briefes bis zur Abreise des Boten vergingen also zwei Tage. Zurückzuführen ist diese Verzögerung sicherlich darauf, dass die Urkunde zur Hohenlohe-Entscheidung noch auszustellen war und mitgeschickt werden sollte.

Markgraf Johann von Brandenburg informierte seinen Vater in einem sehr ausführlichen Schreiben vom 17. Mai 1473 über die finanzielle Situation im Land, vor allem über die generelle Weigerung der Städte, die neu eingeführte indirekte Steuer, das Tonnengeld, zu entrichten. Auch Sicherheitsfragen, wie die Lage in der immer gefährdeten Grenzstadt Gartz, wurden diskutiert und auch Nachrichten über das persönliche und politische Befinden einer Reihe von wichtigen Persönlichkeiten Brandenburgs waren in dem Schriftstück enthalten. Johann beendete das ausführliche Schreiben, das eine Reihe sehr wichtiger und auch brisanter Informationen enthielt, mit den Worten: „*Datum am montag nach Cantate. Anno domini LXXIII. Bey dem jungen Ewlen Schmid hinaus geschriben.*“ <sup>(3)</sup>

Dann legte er noch einen undatierten Zettel bei, in dem der Markgraf fragte, wie man mit der Judenbesteuerung verfahren solle und es wurde noch ein Zettel verfasst, in dem eine finanzielle Frage noch einmal detaillierter aufgegriffen wurde. Diese Zedula endete: „*Datum Coln an der Sprew, am donnerstag nach Cantate.*“ <sup>(4)</sup> Letztes Stück in diesem Briefkonvolut ist ein weiterer Zettel über eine am „*freytag nach Cantate*“, dem 21. Mai, eingegangene Nachricht des Hausvogtes Kurt von Slaberndorf bezüglich der Begleichung von Schulden. Auch dieses Schreiben, so stand zu lesen, überbrachte der junge Eulenschmid. Also war der Brief vom Montag auch am Freitag, vier Tage später, immer noch in Cölln. Wann die Schreiben endlich abgeschickt wurden ist nicht feststellbar, vermutlich aber bald nach dem 21. Mai.

Eine Reihe von eigentlich ebenfalls eilbedürftigen Informationen war im Sommer 1473 in Cölln zusammengetragen worden, bei deren Weiterleitung man sich jedoch auch viel Zeit ließ. Damals hatte Markgraf Johann Briefe ausweislich des Kanzleivermerks „*Bey hern Bartholomeus*“ <sup>(5)</sup>, einem der wichtigsten Amtsträger des im Südwesten Berlins liegenden Zisterzienserklosters Lehnin, nach Franken geschickt. <sup>(6)</sup> Der Inhalt des Schreibens mit Datum vom 8. Juli 1473 lässt eigentlich auf eine gewisse Eilbedürftigkeit schließen. Johann warnte noch einmal davor, dass seine Hochzeit mit Margaretha von Sachsen-Weimar, Tochter

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 59 r.; Burkhardt, Nr. 55, S. 110 ff.; Priebatsch 1, Nr. 350, S. 373.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 352, S. 376 f. Bei Burkhardt sind nur fünf Briefe abgedruckt, einer vom 10. Mai, drei vom 11. Mai und einer vom 12. Mai. Dort sind es die Nummern 55 – 59, S. 110 ff.

<sup>3</sup> Gercken, Codex VIII, Nr. LXIV, S. 531 ff.; Riedel 2,5, Nr. 1945, S. 217; Priebatsch 1, Nr. 569, S. 506 f.

<sup>4</sup> Gercken, Codex, a.a.O.

<sup>5</sup> Priebatsch 1, Nr. 601, S. 522; Riedel 2,5, Nr. 1946, S. 217 ff.

<sup>6</sup> Zur Geschichte des Klosters Lehnin ist allgemein die Dissertation von Stephan Warnatsch, Die Geschichte des Klosters Lehnin. 1180 – 1542; Diss. Berlin 2000, heranzuziehen. Die Arbeit stellt die gesamte Klostergeschichte ausgehend von einem intensiven Quellenstudium dar und geht auch auf den Kellner Bartholomeus ein. Der Kellner oder „*camerarius*“ war nach dem Abt und dem Prior des Klosters der wichtigste Funktionsträger. Warnatsch geht vor allem auf die große Bedeutung unseres Bartholomeus ein, der über seine Rolle als Chef der Klosterwirtschaft in einem für den Konvent sehr wichtigen Rechtsstreit die entscheidenden Verhandlungen führte. Siehe Warnatsch, a.a.O., S. 395 f.

Herzog Wilhelms III. von Sachsen, wegen des fehlenden Geldes scheitern könnte, dass die kürzlich verordneten Tonnenzölle offen missachtet würden, dass die Verhandlungen mit den Herzögen von Mecklenburg nicht vorankämen und dass sich die Stadt Gartz in einer prekären Situation befände.

Eigentlich würde es uns angebracht erscheinen, einen solchen Befund, der gravierende finanztechnische, dynastische und außenpolitische Probleme aufzeigte, umgehend an den Kurfürsten zu schicken. Die Hochzeit mit dem sächsischen Herzogshaus war für Albrecht eine wichtige diplomatische Absicherung seiner Politik in Schlesien und seiner Position gegenüber der böhmischen Krone. <sup>(1)</sup> Eine Verzögerung der Kommunikation hätte Albrechts und Brandenburgs Stellung im Machtgefüge schwächen können. Allein dies hätte eine beschleunigte Beförderung des Briefes erfordert.

Doch ob der Bote, der Kellner von Lehnin, sofort losgeschickt wurde, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Der Zweifel wird durch einen zweiten Brief vom 12. Juli – fünf Tage später – erweckt, in dem der Kellner von Lehnin wieder auftaucht. Dieses Schreiben, das sich im Prinzip um die selben Problemfelder dreht, und neben dem Hauptbrief sechs beigelegte Zettel umfasst, trägt keinen Kanzleivermerk. Aber in der letzten, der sechsten Zedula, geht das Schreiben auf die spezifischen Probleme des Klosters Lehnin ein, die wohl der Anlass waren, warum der Lehniner Kellner Bartholomeus sich auf die Reise nach Ansbach machte: „ ... *alsdann ewr lieb wissentlich ist, der Grenitz halben zwischen den hoch gebornen vnnsern lieben Oheimen ewern Swegern den hertzogen von Sachsen vnd dem Abbt zu lehnyn, so ist solich grenitz ewr lieb land vnd kurfürstentum mehr an, denn den Abbt vorberurt, als ewr lieb dieser gegenwurtig. Er Bartolomeus, kellner zu lehnyn, furder muntlich wol berichten wirt ...*“ <sup>(2)</sup>

Der erste Brief, dessen Kanzleinotiz den Kellner als Überbringer ausweist, enthält keinerlei Nachrichten über den Grenzkonflikt. Es ist m. E. unwahrscheinlich, dass der Lehniner Amtsträger am 8. Juli mit einem Schreiben, in dem nichts über seine Angelegenheit stand, zum Kurfürsten reiste und der Markgraf dann ein fünf Tage später abgesendetes Schreiben an seinen Vater als eine Art Credenz für den Mönch Bartholomeus nachreichte und darin meldete, was das Begehren des Mönches sei und dass er noch mehr mündlich zu berichten habe. Man muss also davon ausgehen, dass der Kellner auch das später datierte Schreiben mitgenommen hat und solange in Cölln warten musste. <sup>(3)</sup>

Der Inhalt des zweiten Schreibens könnte erklären, weshalb sich die Abreise des Mönches so lang verzögerte. Johann schrieb im Brief vom 12. Juli, dass er eine Botschaft von Albrecht durch Albrecht Clitzing und Oswald von Seckendorf erhalten habe, in der die geplante Heirat des Markgrafen eine Rolle spielte. „*Ewr lieb schreiben vns Jungst bey Albertus klitzing vnd oswalten von Seckendorff gethan, haben wir vernommen, vnd wievolvns ewr lieb vormals geschriben hat, das jr ewerer Rette zu vnnserm Sweher vnd vater hertzog Wilhelmen schicken, darzu wir vnsser botschafft vf ewr erinnern auch senden sollten, der sachen vnssers beyligens eins zu werden, vnd vns aber nun ewr lieb heym gibt, das wir solichs durch vnser botschafft selber thon mogen ...*“ <sup>(4)</sup> Albrecht hatte also durch sein Schreiben, das augenscheinlich ankam, als Bartholomeus sich schon auf den Weg machen wollte, die Abmachung geändert

<sup>1</sup> Da das Kurfürstentum Sachsen ebenfalls territoriale Interessen in Schlesien hatte und deshalb auch seine Beziehungen zur böhmischen Krone pflegte, war entweder eine Zusammenarbeit notwendig, oder aber eine Konkurrenzsituation zu erwarten. Näheres zu dieser Phase der brandenburgisch-sächsischen Beziehungen findet sich bei Hellmut Kretschmar, Die Beziehungen zwischen Brandenburg und den wettinischen Landen unter den Kurfürsten Albrecht Achilles und Ernst 1464 – 1486. In: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte; Band 35; 1923; S. 22 ff. und Band 37; 1925; S. 204 ff.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 608, S. 525; Riedel 2,5 Nr. 1947, S. 221.

<sup>3</sup> Die Aussage von Warnatsch, dass Bartholomeus noch einmal reiste, ist natürlich nicht haltbar, denn das ist zeitlich nicht möglich. Dieser kleine Fehler soll den Wert der quellennahen Arbeit von Warnatsch aber nicht schmälern.

<sup>4</sup> Riedel 2,5, Nr. 1947, S. 221.

und dies musste Johann mit seinen Räten besprechen, dann dazu Stellung beziehen und konnte erst dann antworten.

Weiterhin finden wir im ersten der beigelegten Zettel die Aussage, dass noch ein Brief angekommen war. *„Wir schicken ewr liebe hir inn ein briue, der vns vf heut von Er bossen geschriben ist, dar inn ir wol vernemen werdt, wenn vns haftig not thon wurd vnd sollten dann allererst einen herntag machen, wie wir sitzen vns gefolgt wurde. Datum ut supra.“* <sup>(1)</sup> Johann schrieb dann noch weiter, dass Frankfurt an der Oder ebenfalls die Landbede verweigere. Als Beleg für die allgemeine Steuerverweigerung, die er noch einmal beklagte, legte er das Schreiben des altmärkischen Landeshauptmanns Busso von Alvensleben bei, das er in der Zedula erwähnt hatte und das gerade angekommen war. <sup>(2)</sup>

Dieser Brief ist datiert auf den 6. Juli, wurde von Alvensleben entweder in Tangermünde oder in Stendal verfasst und war offensichtlich am 8. Juli, dem Tag der Ausfertigung des ersten Schreibens, noch nicht in Cölln im Schloss. Da der Bote aufgehalten worden war, glaubte man jetzt offenbar, weiter warten und dann auch noch diese Nachricht nach Ansbach schicken zu können. Wenn die Aussage Johanns richtig ist, dass der Brief erst „heut“, also auch am 12. Juli, angekommen war, war die zusätzliche Wartezeit nicht sehr lang.

Vom selben Tag ist dann noch ein drittes Schreiben mit einigen Zetteln überliefert, das ebenfalls Johann verfasst hat. Darin heißt es zu Beginn: *„Liber her und vater, diese Hernachbetrachtung vnd Artickel sein durch vnns vnd vnser aller heymlichst rete, den mit vns die burden dieser land vnd herschafft zu versorgen ufgelegt ist, im besten betracht vnd die ewr lieb furter fur zu halden, die dann ewr lieb im allerbesten unvemen, betrachten vnd zu herten wolle lassen geen.“* <sup>(3)</sup> Dieser Brief ist also erst nach langen Beratungen und Diskussionen verfasst worden und analysiert die Probleme der Herrschaft in Brandenburg. Man brauchte Zeit, die Meinungen und Schlussfolgerungen schriftlich zusammenzufassen. Der Brief trägt leider keinen Kanzleivermerk, der etwas über den Boten aussagen könnte.

Der vierte der beigelegten Zettel bringt uns noch auf eine andere Spur. *„Lieber her und vater. Wir lassen ewr lieb wissen, das wir mangel haben an guten laidthunden vnd bitten mit gantzem vleis, ewr lieb wolle vns zu vnserm waydwerk stewern vnd mit einem guten Laydthund begaben vnd mit disem gegenwartigen vnnsern Jegerknecht schicken, wollen wir gein der genannten ewr lieb in aller gehorsam gerne vergleichen. Datum Coln an der Sprew. Am Montag nach kiliani, anno LXXIII.“* <sup>(4)</sup> Die Formulierung könnte darauf hinweisen, dass der Jägerknecht zusammen mit der schriftlichen Bitte nach einem guten Jagdhund unterwegs war und damit der Bote gewesen sein könnte, der das gesamte Konvolut vom 12. Juli transportierte. Das würde dann allerdings bedeuten, dass die Schreiben vom 12. Juli mit diesem Boten abgingen und der Kellner sich schon vorher auf den Weg gemacht hatte. Bartholomeus hätte dann nicht gar solange gewartet mit seiner Botenreise. Dies erscheint aber wegen der oben genannten Gründe eher unwahrscheinlich.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Übermittlung aller dieser hier kurz referierten Nachrichten an Albrecht offensichtlich nicht sehr zügig erfolgte, obwohl es sich teilweise um wichtige Informationen handelte.

Der Bote Peter Semler machte sich laut Kanzleinotiz am Freitag, dem 24. Mai 1476, auf den Weg, um einen Brief Albrechts von Cölln nach Ansbach zu bringen, der am Mittwoch, 22. Mai, datiert war. <sup>(5)</sup> Er reiste vielleicht erst am zweiten Tag nach der Abfassung des Briefes, weil der Donnerstag dazwischen Christi Himmelfahrt war.

<sup>1</sup> Riedel, a.a.O., S. 223.

<sup>2</sup> Riedel 3,3, Nr. 102, S. 135.

<sup>3</sup> Riedel 2,5, Nr. 1448, S. 225 ff.

<sup>4</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>5</sup> *„Hat Peter Semler die brief hinausgetragen am freitag dornach.“* Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 20 r.; Priebatsch 2, Nr. 217, S. 231.

Organisatorische Fragen könnten der Grund für eine Verzögerung gewesen sein, die sich im August 1480 ereignete. Albrecht schrieb damals seinem Sohn Johann mit Datum vom 12. August aus Cadolzburg einen langen Brief, in dem er das Für und Wider einer Heiratsverbindung zwischen Eitelfriedrich von Zollern und seiner Nichte Magdalena, Tochter Markgraf Friedrichs des Feisten, diskutierte. Die Kanzleinotiz auf dem Schreiben besagt: „*Bey der ammen hinhein geschickt von Langenn Zenn an unser lieben frauen tag wurzweih.* (15. August, Maria Himmelfahrt; d. Verf.)“<sup>(1)</sup> Die Amme Annas sollte ohnehin nach Cölln, um sich dort um die vor der Niederkunft stehende Frau Johans, Margaretha, zu kümmern. Anscheinend hielt sich die Amme in dem nahe Cadolzburg gelegenen Langenzenn auf und reiste von dort aus in die Mark. Vielleicht diktierte die Knappheit an Boten dem Hof dieses Prozedere und man schickte den Brief eben dann, als die Amme zur Reise fertig war.

Auf Donnerstag nach Luzia, dem 14. Dezember 1480, datiert ist ein Schreiben aus Ansbach an den Domdechanten Hertnid von Stein, der Ende November nach Wien und Rom abgereist war, um in Barbaras Ehestreit mit König Ladislaus von Böhmen zu vermitteln. Da noch wichtige Nachrichten aus Böhmen eingetroffen waren, schickte man dem Gesandten einen Boten hinterher, der ihm einen kurzen erklärenden Brief, eine Credenz der Markgräfin Barbara an den Papst und Abschriften der neu hinzugekommenen Briefe hinterher brachte. Der Aufbruch dieses Eilboten verzögerte sich aber, wie uns die Kanzleinotiz überliefert: „*Dieser briefe ist dem thumdechant geschickt gein Wien und ob man ine do nit fund gein Rome bei dem Gurtler. Ist ausgegangen am sambstag nach Lucie.*“<sup>(2)</sup> Der Eilbote machte sich also erst am 16. Dezember auf den Weg. Vielleicht musste er wegen der möglicherweise sehr langen Reise aufwändigere Vorbereitungen treffen.

Und noch einmal im Dezember 1480 finden wir eine Belegstelle, in der ein verzögertes Abschicken eines Briefes belegt ist. Albrecht schrieb wieder einmal an seinen Sohn Johann. Sein Schreiben, das auf den „*donrstag nach Lucie*“, also in diesem Jahr auf den 14. Dezember, datiert ist, ging laut Kanzleinotiz erst zwei Tage später auf die Reise: „*Dieser briefe ist bei Hansen meiner g. frauen marstaller in die Marck geschickt, und ausgeriten am sambstag nach Lucie.* (16. Dezember; d. Verf.)“<sup>(3)</sup> Auch dieser Kurier Richtung Norden ist wie der oben genannte Gurtler, der nach Südosten reiste, also erst mit zwei Tagen Verspätung losgeritten. Es ist also plausibel, dass vorher kein Bote zur Verfügung stand, weil alle im Einsatz waren und erst am 15. oder gar am 16. Dezember einige zurückgekehrt waren.

Ein Schreiben Kurfürstin Annas vom 23. April 1481, „*dem ander ostertag*“, also Ostermontag, wurde erst zwei Tage später auf die Reise geschickt. „*Mit dem Beyerlein domit ausgeritten am mittwoch in den ostern mit des von Schlieben Knecht.*“<sup>(4)</sup> Das Warten auf den Begleiter könnte der Grund für die Verzögerung gewesen sein.

Einen Brief Albrechts an Markgraf Johann vom 2. Mai 1481 brachte Bote Heinzlein erst am 4. Mai auf den Weg. „*Der ist ausgeritten am freitag nach crucis invencionis*“<sup>(5)</sup>, liest man in der Quelle.

Am 22. Juni 1481, einem Freitag, schrieb Albrecht an König Matthias von Ungarn und machte darin Vorschläge zur Beilegung des Streites um Glogau. Die Kanzleinotiz führt aber aus: „*Bote Siegerstorffer, der Montag darnach* (25. Juni; d. Verf.) *wegritt.*“<sup>(6)</sup> Da es sich um eine weite Reise handelte, könnte die Verzögerung von drei Tagen auch in diesem Fall darauf zurückzuführen gewesen sein, dass der Bote einige Vorbereitungen zu treffen hatte. Eine ausreichend befriedigende Antwort ist das aber nicht.

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 33 r.; Priebatsch 2, Nr. 684, S. 633.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 704, S. 657.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 709, S. 660.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher Nr. 45, fol. 99; Priebatsch 3, Nr. 714, S. 34.

<sup>5</sup> Priebatsch 3, Nr. 736, S. 53.

<sup>6</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 96; Priebatsch 3, Nr. 759, S. 71.

Sehr lang dauerte es einmal im November 1481, bevor ein Brief abging. Ein Schreiben Albrechts an Johann ist auf den 5. November datiert, dem Montag nach Allerheiligen. Dem Schreiben wurden zwei Zettel beigegeben. Der eine ist auf „*mitwochen nach Leonhardi*“ datiert, das war in diesem Jahr der 7. November. Und die Kanzleinotiz, die auf dem zweiten Zettel stand, lautet: „*Hat Beyerlein die brief hinweggefurt am freitag dornach.*“<sup>(1)</sup> Der Brief vom Montag ging demnach zusammen mit den später geschriebenen Zetteln erst vier Tage später, am 9. November, auf die Reise. Auch hier scheint kein Bote vorher verfügbar gewesen zu sein.

Ein Schreiben Albrechts, das auf den 11. März 1483 datiert ist, ging erst drei Tage später, „*am freitag nach letare*“ auf den Weg Richtung Cölln.<sup>(2)</sup> Ein Grund für die Verzögerung ist nicht auszumachen.

Ein Brief an den Kaiser, datiert auf den 28. April 1485 aus Ansbach, wurde erst zwei Tage später auf die Reise geschickt: „*Antwort auf des kaysers briefe. Und sein selb antwort bei dem sneyder boten hinabgeschickt, der hie ausgelaufen ist am sambstag vig. Philippi et Jacobi. Was der Samstag vor cantate.* (30. April; d. Verf.)“<sup>(3)</sup>

Die Tatsache, dass die Zahl der Quellen, die eine Abweichung von der Ein-Tages-Regel belegen, wesentlich größer ist, als diejenige, die die Regel untermauert, darf keinesfalls als Beweis dafür angeführt werden, dass die Weisungen und Pläne Albrechts nicht umgesetzt wurden. Die relativ häufige Nennung der von der Regel abweichenden Abreisetage zeigt sogar, dass man es als notwendig erachtete, die Abweichung zu dokumentieren. Sei es, dass der Kurier mit dem Brief aus bestimmten Gründen besonders schnell oder aus gewissen Notwendigkeiten heraus erst ungewöhnlich spät auf die Reise geschickt wurde. Es bleibt festzuhalten, dass Albrecht bemüht war, Regelmäßigkeit und Berechenbarkeit in den Botenverkehr zu bringen. Natürlich wurden diese Pläne durch Notwendigkeiten und die Widrigkeiten des konkreten Ablaufes öfter gestört. Was ebenfalls klar zum Ausdruck kommt, ist die Tatsache, dass Briefe nicht einfach liegen gelassen wurden. Zu Verzögerungen kam es immer nur dann, wenn es einen triftigen Grund gab. Oft scheint der Mangel an Boten dieser Grund gewesen zu sein.

Neben dem Tag der Abreise war auch die Frage wichtig, welcher Bote die Korrespondenz überbrachte. War es ein- und derselbe Mann, der hin und zurück mit dem Schreiben unterwegs war? Oder kann man Erkenntnisse darüber gewinnen, dass öfter unterschiedliche Boten verkehrten?

Die Regel war, das zeigen die Quellen, dass ein und derselbe Bote für die Hin- und Rückreise eingesetzt wurde. Das ist wiederum ein Beleg dafür, dass es keine Relaisstationen gab, in denen die Reiter wechselten. Die Quellenstellen, die die Hin- und Rückreise eines Boten belegen, sind zahlreich. Dass dies das übliche Prozedere ist, erfahren wir explizit durch einen Brief, der ebenfalls aus Albrechts Feder stammt und der im Zusammenhang mit der Bezahlung der Boten stand.

Am 21. Dezember 1471 forderte Albrecht von Cölln aus die Entsendung noch einer Reihe von Mitarbeitern nach Brandenburg und wunderte sich dann ausweislich des Briefes, dass Bote Heinzlein noch nicht zurück sei. „*Vns nymet fremd, warumb Ir Heintzen boten alslang enthalt, dann wir vermuten vns, es sol allwegen einer In XIII tagen auß vnd ein reyten. Und Ir bedorfft keine zerung geben, denn wir richten sie des botenlons hynnen aus. Desgleichen thut doaussen auch, dannwenn Ir einen boten herein schickt, So wollen wir Im hynnen nichts geben.*“<sup>(4)</sup>

Dass diese Weisung, den Boten für Hin- und Rückreise auszustatten und damit die Feststellung, dass Boten in der Regel immer für die Hin- und Rückreise benutzt wurden, auch

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 127 v.; Priebatsch 3, Nr. 807, S. 112 ff.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 178 r. und 179 r.; Priebatsch 3, Nr. 941, S. 249 f.

<sup>3</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 3, fol. 90 f.; Priebatsch 3, Nr. 1064, S. 379 ff.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 10 r.; Burkhardt 1, Nr. 8, S. 15; Priebatsch 1, Nr. 262, S. 300.

ausgeführt wurde, zeigt uns eine Quelle aus dem Jahr 1473. Markgraf Johann schrieb seinem Vater am 12. Juli dieses Jahres aus Cölln. Auf einem beigelegten Zettel bemerkte er, dass er den Weisungen über den Einsatz der Boten Folge leiste: „*Als vns ewr lieb schreibt der botten halben ist vns vnvergessen das vns ewr lieb vormals vor etlichen Jahren derhalben auch geschriben hat, vnsser botten die wir hinausz schicken mit zerung vfz und ein zu uersehen, desgleichen ji mit eweren botten auch thon wollet, also geben wir vnssern botten von zerung vfz vnd ein, was sich geburt bis gein onoltzpach. Darnach sich ewr lieb hab zu richten.*“<sup>(1)</sup>

Beide Fürsten legten also klar, dass es üblich war, dass der selbe Bote die Hin- und auch die Rückreise absolvieren sollte. Das zeigt sowohl die Bezahlung für die Hin- und Rückreise, als auch die Aussage, dass es für einen einzelnen Boten sehr wohl möglich war, hin und zurück reiten zu können – und das sogar in nur 13 Tagen.

Einige zusätzliche Quellenstellen unterstreichen die Erkenntnis, dass dies der übliche Ablauf war. Ende März 1469 hatte Albrecht seinem Bruder Friedrich II. nach Cölln geschrieben und ihn über den geplanten Verlauf der beiden Reichstage in Nürnberg und in Regensburg informiert. Friedrich II. antwortete am 5. April 1469 aus Cölln und beauftragte Albrecht darin, auch seine Interessen wahrzunehmen. Auf der Rückseite des Briefes findet sich im Archiv die Kanzleinotiz: „*Copie an Marggrauen Albrecht geschrieben, dii brif nam sin bote.*“<sup>(2)</sup>

Albrechts Kanzler Johann Volker, der im März 1474 als Gesandter auf einem Reichstag in Nürnberg war, berichtete regelmäßig an seinen Fürsten in Ansbach, so auch am 23. März. Volker vermerkte dazu: „*... das Heinczlein bot wohl wider kommen und mir euer gnaden maynung einbringen mag.*“<sup>(3)</sup> Volker ging also davon aus, dass der selbe Bote wieder zurückkommen werde.

Markgraf Johann sandte seinem Vater am 25. April 1478 ein langes Schreiben, in dem er unter anderem den Fall der Festungen und Städte Gartz und Vierraden in der Uckermark melden musste. Er schilderte im selben Brief auch die Aktionen, die er nach diesem Handstreich der Pommern gegen Brandenburg schon unternommen hatte, um einen Gegenschlag vorzubereiten. Unter anderem sei auch ein ausführliches Schreiben an Herzog Bogislaw von Pommern geschickt worden. „*... unser bot ist aber mit der antwort noch nicht einkommen*“<sup>(4)</sup>, erfuhr Albrecht.

Am 17. Juni 1481 schrieb Hertnid von Stein, der in Albrechts Auftrag an der Kurie war, aus Rom an den Kurfürsten und bestätigte darin, dass dieser Brief mit dem Boten nach Ansbach geschickt werde, der auch Albrechts Schreiben nach Rom gebracht habe.<sup>(5)</sup>

Der Kanzleivermerk eines Briefes Albrechts vom 26. Dezember 1482 an Johann, in dem es um das Heiratsgut der sächsischen Frau Johanns, Margaretha, ging, beweist wieder die aufgestellte These: „*... hat des Vogels knecht den brief genomen, der mein herrn m. Hans brief heraus gefurt hat.*“<sup>(6)</sup>

Allerdings tauchen in den Briefen auch einige Stellen auf, die davon sprechen, dass nicht der selbe Bote mit dem Brief hin und dann mit der Antwort zurückreiste.

Die Ansbacher Räte informierten Albrecht mit Schreiben vom 5. Oktober 1472, dass ihr Bote ohne Antwort von Herzog Ludwig von Landshut entlassen worden sei. Ihm sei bedeutet worden, dass Herzog Ludwig selbst einen Boten schicken wolle. Dieser sei aber bis heute nicht aufgetaucht.<sup>(7)</sup> Die Verwunderung über das Vorgehen Ludwigs ist in dem Brief der Räte zu erkennen und zeigt, dass es nicht die übliche Vorgehensweise war. Ludwig von Landshut wollte oder konnte nicht sofort antworten und schickte den brandenburgischen Boten deshalb ohne Antwort zurück.

<sup>1</sup> Riedel 2,5, Nr. 1947, S. 224.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 45, S. 43.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 802, S. 636.

<sup>4</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 71; Priebatsch 2, Nr. 391, S. 378.

<sup>5</sup> Priebatsch 3, Nr. 755, S. 67.

<sup>6</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 168 v.; Priebatsch 3, Nr. 927, S. 233.

<sup>7</sup> Priebatsch 1, Nr. 487, S. 456.

Im Mai 1476 stoßen wir auf einen zweiten Fall, bei dem es nicht der selbe Bote war, der einen Antwortbrief überbrachte. Ein Schreiben Albrechts aus Cölln an die Räte in Ansbach vom 22. Mai 1476 trug als erste Kanzleinotiz „*Hat Vogelfritz die brief bracht*“ und darunter als zweite Notiz „*Hat Peter Semler die brief hinaus getragen.*“<sup>(1)</sup> Es ist davon auszugehen, dass Fritz Vogel die Schreiben der Räte nach Cölln gebracht hatte und Albrecht den Peter Semler zurückschickte. Der Grund dafür könnte gewesen sein, dass dieses Schreiben, mit dem Albrecht Näheres über den gerüchteweise gemeldeten Tod des Ansbacher Propstes Dr. Knorre in Erfahrung bringen wollte, eine eilige Nachricht war. Der ursprüngliche Bote und wahrscheinlich auch dessen Pferd, mussten sich möglicherweise noch schonen.

Auch das nächste Beispiel, das von einem Wechsel des Boten zeugt, scheint sich auf einen besonderen Fall zu beziehen. Albrecht schrieb am 10. Dezember 1483 aus Bayreuth an seine Nichte Margaretha, die Frau des Herzogs Bogislaw X. von Pommern. Der Brief, so ist zu lesen, sei nur für sie bestimmt: „... *in ir selbs hant, sonst nymandt aufzubrechen oder zu lesen.*“ Sie solle ihn nach dem Lesen gleich zerreißen, bat Albrecht seine Nichte. Der Grund für diesen Wunsch Albrechts liegt im Inhalt des Schreibens, bei dem es sich um eine wüste Beschimpfung des Herzogs von Pommern handelte, die dieser tunlichst nicht zu Gesicht bekommen sollte. Die Kanzleinotiz dieses Briefes nach Pommern lautet deshalb: „*Antwort frauen Margareten von Stettin auf das Schreiben, das sie bey hannsen Rugern meinem g. herren gethan hat, seinen gnaden geantwort zu Bayreut am mitwoch nach katharine und diese antwort hat der Pley meins g. herrn botman getragen.*“<sup>(2)</sup>

Da es sich um eine heikle Angelegenheit handelte, nämlich die Beschimpfung des Pommern-Herzogs, konnte man den Brief schlecht einem pommerschen Boten anvertrauen, der vielleicht jemanden über den Brief informiert hätte. Also schickte Albrecht seinen Mann los. Dazu kam noch, dass es vom selben Tag noch einen Brief Albrechts gibt, der an Johann gerichtet war. Auch diesen transportierte nach Aussage der Kanzleinotiz der Bote Pley<sup>(3)</sup>, der ohnehin nach Norden ritt, so dass er das Schreiben an Margaretha mitnehmen konnte.

Der Austausch eines Boten geschah also immer nur auf Grund eines besonderen Umstandes. Man versuchte also die generelle Regelung, dass ein und derselbe Bote die Hin- und die Rückreise unternahm, einzuhalten und wich nur selten davon ab.

### 2.1.5 Weitere Informationen zur Organisation – Botenmeister und Botenreserve

Was weitere organisatorische Fragen des Botenwesens angeht, so hilft eine Quelle weiter, die sich mit dem Türknecht beschäftigt. Dabei handelte es sich nicht um einen Wachsoldaten, sondern um eine Vertrauensperson im unmittelbaren Umfeld des Fürsten, einem Adjutanten vergleichbar.<sup>(4)</sup> Einem Brief des Kurfürsten vom 4. Januar 1481 aus Ansbach an seinen Sohn Johann ist ein Zettel beigegeben, in dem der junge Fürst über ein zusätzliches Schreiben informiert wird, das Albrecht dem brandenburgischen Kanzler Friedrich Sesselmann mit dem selben Boten zugehen ließ und das sich um den Kauf von „*tebichten*“<sup>(5)</sup> dreht: „*item bei*

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 20 r.; Priebatsch 2, Nr. 217, S. 231.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O. Nr. 45, fol. 190 v.; Priebatsch 3, Nr. 993, S. 290.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 189 v. f.

<sup>4</sup> Ebenso wie die Kammerdiener gehörten sie zum engsten Kreis des Fürsten. Die Position erwies sich oft als Ausgangsstellung für den Aufstieg in hohe Ämter wie die eines Landvogts oder Haushofmeisters. Siehe Ahrens, Residenz und Herrschaft, S. 174. Paul-Joachim Heinig befasst sich in einem Aufsatz mit den Türhütern Kaiser Friedrichs III. und kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass sie – der Kaiser scheint vier Türhüter beschäftigt zu haben – eine entscheidende Position im Umfeld des Herrschers einnahmen. Paul-Joachim Heinig, Die Türhüter und Herolde Kaiser Friedrichs III.. Studien zum Personal der deutschen Herrscher im 15. Jahrhundert; In: Ders. (hrsg.) Kaiser Friedrich III. in seiner Zeit; Köln, 1993; S. 355 – 375.

<sup>5</sup> Das Wort „*tebicht*“ taucht in dieser Form weder im Deutschen Wörterbuch der Gebrüder Grimm noch in Zedlers Universallexikon auf. Mit „*tebe*“ ist laut Jacob und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, Leipzig, 1854 ff.; Neudruck München, 1984; Band 21, Sp. 231 ein Hund oder eine Hündin gemeint.

*dem Geysserlein, ist von meins gn. Herrn wegen dem von Lubus geschriben, meinem herrn zehen tebicht zu Poln, oder wo er die am bequemsten zu bekummen weyß, zu bestellen und zum furderlichsten heraus zu schicken; die sullen im gutlich bezalt werden.“* <sup>(1)</sup> Der Text endet mit der Kanzleinotiz: *„actum eodem die, hat bevolhen Henslein förster, turknecht bey der nacht.“* <sup>(2)</sup>

Hier zeigt sich, dass in Ermangelung anderer Beamter der diensthabende Türknecht einem Boten einen Auftrag erteilen konnte. Diese Befehlsgewalt ist aber m. E. mit einer Einschränkung zu versehen. Der Bote Geyslerlein, der den wichtigen Brief an Johann über dynastische Interessen bestellen sollte, war schon abgefertigt. Der Türknecht gab ihm nur noch einen zusätzlichen Auftrag mit, bei dem es um den verhältnismäßig weniger wichtigen Kaufauftrag an den Kanzler ging. Der Türknecht wird wohl die Weisung des Kurfürsten an die Kanzlei, den zusätzlich für nötig erachteten Brief zu schreiben, und dann den Befehl an den Boten, diesen Zettel auch zu besorgen, weitergegeben haben. Eine eigenständige Befehlsgewalt ist dieser Textstelle nicht zu entnehmen.

Die Frage, ob Boten am Hof quasi als Reserve bereitstanden, die dann bei wichtigen Anlässen eingesetzt wurden, ist aus den Quellen nicht zu beantworten. Allerdings gibt es eine Stelle – sie findet sich in einem Brief vom 16. März 1482 – die darauf schließen lässt, dass im Prinzip genügend Kuriere zur Verfügung standen.

In der Endphase der Verhandlungen zwischen den Brandenburgern und Matthias von Ungarn über die Regelung der Glogauer Frage wurde auch Markgraf Johann eng eingebunden. Albrecht verständigte ihn über alle Vorgänge und ließ ihm alle Schreiben der Gegenseite, die nach Ansbach gekommen waren, in Kopie zusenden. So auch Anfang März 1482, als Albrecht wieder Kopien von Briefen nach Cölln schickte. Ein paar Tage später sah man schon wieder einen Boten nach Norden reiten. Zur Begründung für diesen erneuten Einsatz eines Kuriers lesen wir in der Quelle: *„Es ist vergessen, eins zettels euch einzulegen vnd zuzuschicken. Auch wie wir der koniglichen wirde der abschrift, wir euch hirinn zuschicken, geschriben haben, das ist das, das notturftig ist, das vnser dochter die Irn besendt oder besenden lasz, an ein gewarsame stat vnd sich mit In vnterrede, nachdem hertzog Hanns vngrisch vnd sie des konigs von Beheim gemahel sei vnd der friden zwischen den beden konigen vff Jeory ausgee ...“* <sup>(3)</sup> Dem Brief lag also außer dem im vorangehenden Schreiben vergessenen Zettel auch noch die Kopie eines Schreibens bei, das Albrecht an Matthias von Ungarn geschickt hatte. Zusätzlich gab Albrecht Markgraf Johann noch Informationen und erteilte den Ratschlag, sich mit den Ständen zu besprechen, da der ausgehandelte Friede Ende April zu Ende gehen werde.

Wichtig in botentechnischer Hinsicht ist, dass man wegen der Abschrift eines Briefes und einer vergessenen Kopie noch einen Boten einsetzte. Das zeigt, dass man in diesem Moment einen Mann zur Verfügung hatte. Allerdings muss man sich auch noch einmal ins Gedächtnis rufen, dass Albrecht immer besorgt war, dass er und sein Sohn in der Ungarnpolitik nicht am selben Strang zogen. Er wollte deshalb Johann möglichst genau auf dem Laufenden halten und auch mit offenen Karten spielen, um seinen Sohn zur selben Handlungsweise zu bewegen. Der zusätzliche Boteneinsatz könnte diesem Koordinierungsversuch geschuldet sein.

Ein Schreiben vom 16. Februar 1482 enthält hingegen eine Stelle, in der von einer regelrechten Botenknappheit die Rede ist. Hatte der märkische Kanzler Sesselmann schon im September 1479 geklagt, dass die Eilboten knapp seien – als Eilbote sei ihm nur der Bayerlein gelassen worden, der auch gewöhnlich sehr lange außen bleibe – <sup>(4)</sup> kam er jetzt noch einmal auf dieses Thema zu sprechen. Albrecht hatte ihm vorgeworfen, ihn nicht genügend über die

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 92 r.; Priebatsch 3, Nr. 711, S. 3.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 228, S. 281.

<sup>4</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 12; Priebatsch 2, Nr. 603, S. 557.

Verhandlungen mit Ungarn informiert zu haben, die in Cölln liefen. Der Kanzler rechtfertigte sich in einem langen Brief und versichert, dass er immer nur zum Besten des Landes habe arbeiten wollen. Zusätzlich führte er das Argument an, er hätte ja schon früher geschrieben, doch sei er so spät nach Berlin gekommen, dass kein Bote mehr verfügbar gewesen sei.<sup>1)</sup> Inwieweit dieses Argument stichhaltig ist, ist schwer zu überprüfen. Dennoch fällt es auf, dass Sesselmann die Nichtverfügbarkeit von Boten als Entschuldigungsgrund für die verspätete Benachrichtigung des Fürsten anführen konnte. Wäre dies außerhalb der Vorstellungswelt gelegen, hätte der Kanzler sicher nicht dieses Argument benutzt, sollte es in diesem konkreten Fall auch nur eine Schutzbehauptung gewesen sein.

Dass der Hof in Ansbach auch die Möglichkeit hatte, mehrere Schreiben an ein und dem selben Tag zuzustellen, beweist ein Blick auf den 11. April 1474. Damals gingen vier Briefe in unterschiedliche Richtungen ab: an König Ladislaus nach Prag, an Herzog Wilhelm III. nach Weimar, an Graf Haugg von Werderberg nach Augsburg und an Markgraf Ludwig nach Mantua. Da die Nachrichten alle von einer gewissen Wichtigkeit waren, darf man davon ausgehen, dass der Fürst und seine Kanzlei beziehungsweise der Botenmeister dafür sorgten, dass auch alle Schreiben zügig auf den Weg gebracht wurden. Das würde bedeuten, dass vier Boten gleichzeitig auf die Reise gingen.

#### 2.1.6 Fazit

Die Quellen belegen, dass Albrecht Achilles großen Wert darauf legte, nach der Regierungsübernahme in Brandenburg die Organisation des Botenwesens am Hof von Cölln zu verbessern. Er schuf in der Position des Küchenschreibers einen Verantwortlichen für den Einsatz der Boten und stellte generelle Richtlinien auf, wie der Botenverkehr abzuwickeln sei. Eine möglichst zügige Erledigung der Korrespondenz und die Verwendung des selben Boten für Hin- und Rückreise waren Wunschvorgaben des Kurfürsten, die auch meist eingehalten wurden. Die Abreise sollte wenn möglich am Tag nach der Ausfertigung der Schreiben sein. Abweichungen von der Regel waren selten und fast immer dadurch bedingt, dass kein Bote zur Verfügung stand oder dass wichtige Gründe dafür sprachen, im konkreten Fall anders zu verfahren, zum Beispiel, wenn noch auf neue Nachrichten gewartet werden musste. Die untersuchten Quellen lassen es als sehr wahrscheinlich erscheinen, dass Briefe auf der gesamten Strecke von ein und dem selben Boten transportiert wurden, denn ein Boten- oder auch ein Pferdewechsel waren in den von Albrecht erlassenen Richtlinien nicht vorgesehen.

---

<sup>1</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 108; Priebatsch 3, Nr. 845, S. 151 f.

## 2.2 Organisation auf der Strecke

Mit dem Verlassen des markgräflichen Hofes oder eines anderen Ausgangspunktes der Botenreise war die organisatorische Leistung, die der Aufbau eines Nachrichtensystems notwendig machte, noch keineswegs beendet. Der Reiter – die überwiegende Zahl der Boten war mit Pferden unterwegs – musste ebenso wie sein Reittier auf den oft langen Strecken Unterkunft und Verpflegung erhalten, aber er benötigte auch Kenntnisse über die Entfernungen, den Verlauf des Weges, Gefahren, Zölle, Geleitrechte oder den Aufenthaltsort desjenigen, dem er den Brief zuzustellen hatte.

### 2.2.1 Das Finden der Route – Landkarten, Entfernungstabellen, sonstige Hilfsmittel und persönliche Kenntnisse

Wie fanden die Boten Albrechts den richtigen Weg? Wir müssen uns bei der Untersuchung dieses Problems weitgehend auf Hypothesen und Vermutungen stützen. Nur wenige Quellen stehen zur Verfügung, in denen die Suche nach dem Weg problematisiert wurde, was zu der Arbeitshypothese führt, dass diese Suche für die Zeitgenossen kein Problem dargestellt hat.

Sicherlich muss man unterschiedliche Botenwege ganz unterschiedlich bewerten. Es steht fest, dass der günstigste Weg zwischen Cölln an der Spree und Ansbach Kurfürst Albrecht bekannt war. Darüber informiert uns eine auch in anderem Zusammenhang interessante Quelle, ein Brief Albrechts an seine Ansbacher Räte vom Dezember 1471, in der die Etappen für die Reise von kaiserlichen Kommissaren zu Beginn des Jahres 1472 aufgelistet wurden, die von Franken nach Brandenburg kommen sollten. <sup>(1)</sup> Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit handelte es sich um den besten Weg zwischen den beiden Herrschaftsgebieten Albrechts, so dass man davon ausgehen kann, dass auch die Boten sich an diesen Routenverlauf gehalten haben.

Listen wir zuerst einmal die Reiseetappen der beiden kaiserlichen Gesandten auf, wie sie die Quelle ausweist. <sup>(2)</sup>

Erste Etappe: Gunzenhausen-Schwabach über 32 Kilometer

Zweite Etappe: Schwabach-Baiersdorf über 40 Kilometer

Dritte Etappe: Baiersdorf-Zwernitz (Wonsees) über 45 Kilometer

Vierte Etappe: Zwernitz-Kulmbach über 20 Kilometer

Fünfte Etappe: Kulmbach-Hof über 45 Kilometer

Sechste bis Achte Etappe: Hof-Leipzig über 140 Kilometer

Neunte Etappe: Leipzig-Düben über 32 Kilometer

Zehnte Etappe: Düben-Wittenberg über 36 Kilometer

Elfte Etappe: Wittenberg-Beelitz über 47 Kilometer

Zwölfte Etappe: Beelitz-Cölln über 45 Kilometer

Ergänzt wird die Information über die Streckenführung noch durch einen Brief Albrechts an den Hauptmann auf dem Gebirge, Heinrich von Aufsess, in dem er diesem am 14. März 1472 darüber in Kenntnis setzte, dass die kaiserlichen Kommissare über Coburg zögen. <sup>(3)</sup>

Diese Strecke werden wohl auch die Boten des Kurfürsten zurückgelegt haben, da es der kürzeste Weg von Ansbach nach Cölln war und entweder über Gebiet des Zollernfürsten führte oder Besitzungen der sächsischen Wettiner berührte, zu denen Albrecht meistens in freundschaftlicher Verbindung stand. Der Ausgangspunkt für die Boten war natürlich nicht

<sup>1</sup> Siehe ausführlich oben in Kapitel 1.1.1.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 7 r.; Priebatsch 1, S. 301, Nr. 263.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O. Nr. 47, fol. 33 r.; Burkhardt, Nr. 29, S. 61; Priebatsch 1, Nr. 304, S. 333 f.

Gunzenhausen, sondern Ansbach, doch sind die beiden Orte so nahe zusammen, dass der Streckenverlauf fast derselbe war.

Allerdings muss eingeräumt werden, dass nur die Plausibilität für diese Annahme spricht, direkte Beweise, dass die markgräflichen Boten die oben bezeichneten Strecke zurücklegten, gibt es nicht.

Generell ist zu sagen, dass Albrecht und seinen Emissären geographische Gegebenheiten vertraut zu sein schienen, was sich mit verschiedenen Äußerungen belegen lässt. So diktierte Albrecht in einem Schreiben an Heinrich von Aufsess vom 16. Mai 1472 diesem den Weg, auf dem man Rüstungsgüter durch das Land Herzog Wilhelms von Sachsen transportieren könne, ohne dass man auf das Gebiet des Kurfürstentums Sachsen gerate – Ernst von Sachsen habe Vorbehalte gegen den Durchmarsch der Wagenzüge: „*Vnser sweger haben uns versagt weder Trabanten gereysig, buchsenmeister oder Wagenburg furer zuleyhen, Wollen Wir sie vmb solchs auch nicht ersuchen, denn der zewg ist zu gering, den Wir Vns herein volgen lassen, das vil geschreys darauß wert solt, er kann wol durch Hertzog Wilhelms land vnd die von Anhalt herein komen, das er Vnser Schweger nichts berürt.*“<sup>(1)</sup> Albrecht Achilles erwies sich hier wieder als Kenner der geographischen Verhältnisse. Dass man die Gebiete des Kurfürsten von Sachsen auf einem bestimmten Weg umgehen könne, schien auch für alle anderen Beteiligten eine Selbstverständlichkeit zu sein.

Geographische Kenntnisse – jetzt zu einer anderen Region – blitzen auch in einem Schreiben Albrechts an den kaiserlichen Rat Haugg von Werdemberg auf.<sup>(2)</sup> Dieser hatte ihn im Frühjahr 1474 zu einem Reichstag nach Augsburg eingeladen. Albrecht antwortete am 11. April aus Ansbach. Er könne, so schrieb der Kurfürst, erst am 22. April aufbrechen, werde in Gunzenhausen übernachten, reise am 23. April dann bis Donauwörth und sei am 24. April schließlich in Augsburg.<sup>(3)</sup>

Albrechts Rat und Gesandter Hertnid von Stein schrieb seinem Fürsten am 25. Juli 1481 aus Bologna und unterrichtete ihn darin über das, was er im Heiratsstreit Barbara – Ladislaus von Böhmen erreicht habe. Am Ende des Briefes ließ Stein Albrecht Achilles wissen, er werde seinen Weg von hier aus nach Pavia, vier Tagesreisen von Bologna entfernt, nehmen, wo er noch vieles zu erledigen habe, und von dort aus dann auf der „*gewonlich stras*“ heimwärts reisen.<sup>(4)</sup> Albrecht musste also geläufig sein, wie man von Pavia aus über die Alpen ins Reich reiste.

Dass Albrecht auch eine gute Meinung über die Orientierungsfähigkeit der Boten hatte, zeigt sein Verhalten im Dezember 1480, als er den Kurier Gürtler auf den Weg schickte. Dieser sollte dem Gesandten Hertnid von Stein, der Ende November 1480 nach Wien und Rom

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 62 r.; Burkhardt, Nr. 60, S. 117; Priebatsch 1, Nr. 354, S. 379.

<sup>2</sup> Haugg von Werdemberg war einer der wichtigsten Berater Kaiser Friedrichs III. in Reichsangelegenheiten. Näheres zu ihm in ADB, Band 41, S. 755 ff. Haugg, auch Hugo genannt, elfter Graf dieses Namens seiner weitverzweigten Familia wurde um 1440 im Schwäbischen geboren und stand seit 1460 in kaiserlichem Dienst. Friedrich ernannte ihn 1466 zum obersten Truchsess und Rat. In den 70er und 80er Jahren war er des öfteren als diplomatischer Vertreter des Kaisers auf den Reichstagen präsent. 1466 vermittelte er bei Verhandlungen zwischen Albrecht Achilles und Ludwig von Landshut. Eine wichtige Rolle spielte Haugg auch 1473 bei den Verhandlungen mit Karl von Burgund in Trier.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 818, S. 645 f.

<sup>4</sup> Priebatsch 3, Nr. 772, S. 79. Der Weg von Bologna nach Pavia, also eine Reise ziemlich weit nach Westen, macht nur dann Sinn, wenn Stein sich im Anschluss daran über Mailand, vorbei am Comer See und dann bei Chiavenna in die Berge begeben und dann weiter über den Splügenpass an Chur und am Bodensee vorbei durch Schwaben nach Franken reisen wollte. Dass Stein diese Strecke die „*gewonlich stras*“ nannte, lässt den Schluss zu, dass die meisten Reisen über die Westalpen führten. In Etzlaubs Romkarte von 1500 (siehe unten) ist diese Straße über Chur und Splügenpass auch eingezeichnet.

Stein war im Jahr vorher ebenfalls in Rom gewesen und reiste in diesem Sommer über den Brenner zurück, weil er noch nach Wien musste. Er informierte Albrecht Achilles in einem Brief vom 8. Juli 1480 und schrieb aus Matrei noch, dass er jetzt nach Hall östlich Innsbrucks reise und von dort aus mit dem Schiff nach Wien fahre. Auch dies zeigt, dass die Geographie den reisenden Zeitgenossen kein Buch mit sieben Siegeln war. Quelle: Priebatsch 2, Nr. 676, S. 634.

aufgebrochen war, noch zusätzliche Credenzen und Informationen für dessen Verhandlungen am Kaiserhof und an der Kurie bringen. Dabei traute man dem Boten Gürtler zu, dass er sich zurecht fand. *„Dieser briefe ist dem thumdechant geschickt gein Wien und ob man ine do nit fund, gein Rome bei dem Gurtler.“* <sup>(1)</sup>

Der Mann sollte also nach Wien und den Gesandten dort am Kaiserhof suchen. Falls Stein schon weitergereist sein sollte, war geplant, den Boten Gürtler einfach hinterher zu schicken, was natürlich gewisse Unwägbarkeiten barg. Gürtler musste eine Ahnung haben, wie Stein beabsichtigte zu reisen, um ihn, wenn möglich, noch vor Rom einzuholen und ihm die Papiere zu überbringen. Bote Gürtler musste also geographische Kenntnisse auch jenseits seiner engeren Heimat haben. Ganz nebenbei bemerkt – man musste dem Boten auch eine größere Summe Geldes mitgeben, weil er sich ja im Notfall bis nach Rom durchschlagen musste.

Zwei Gesandte, die im Frühjahr 1479 von Brandenburg über Schlesien nach Preßburg reisten, informierten Albrecht in Frankfurt an der Oder, dass sie am 28. April bis Görlitz gekommen seien und jetzt über Liegnitz nach Breslau weiterreisten. In Liegnitz werde man dann hinterlassen, wo man zu finden sei: *„... so wollen wir hinder uns verlassen welchs wegs wir hieauf wollen.“* <sup>(2)</sup>

Diese Stelle darf m. E. nicht als ein Indiz für geographische Unsicherheit gelten. Denn die beiden Männer aus Brandenburg, es waren Dr. Johann Pfofel und Sigmund Rotenberg, waren nicht das erste Mal in dieser Gegend im Einsatz. Im weiteren Verlauf des Briefes erfährt man den Grund für die Tatsache, dass der Weg noch nicht feststand. Sie berichteten nämlich: *„... und geet gemein gerücht, die werden Furstenstein und das Laenhaus vir und funf meil von Legnitz gelegen, berennen und notigen.“* <sup>(3)</sup> Da der weitere Reiseweg nicht klar war, wollte man für einen gegebenenfalls nachfolgenden Boten – einer hatte sie schon in Görlitz erreicht – die Route hinterlassen. Die Gesandten trauten dem Boten zu, dass dieser zurecht kam und herausfand, wo und in welcher Form die Nachricht hinterlassen wurde und wie er sie dann erreichen würde können.

Auch im obergerbirgischen Franken kannte sich Albrecht gut aus, wie er in einem Schreiben an Hans von Redwitz vom 19. März 1478 bewies. Der Hauptmann auf dem Gebirge hatte ein Treffen mit dem Böhmen Burian von Guttenstein in Eger ausgehandelt, zu dem auch Albrecht aus Ansbach Gesandte schicken wollte. Sollte das für den 29. März geplante Treffen aus irgendeinem Grund nicht stattfinden, so solle ihn Redwitz darüber bis spätestens 26. März informieren, schrieb Albrecht. Denn die Räte bräuchten von Ansbach nach Eger vier Tage. Albrecht listete auch die Etappen auf: Am ersten Tag gehe es von Ansbach bis nach Frauenaarach, dann bis zur Burg Zwernitz – dem heutigen Wonsees bei Bayreuth –, am dritten Tag dann nach Gefrees und schließlich bis Eger. <sup>(4)</sup>

In nur einer Quelle taucht in der Frage der Routenfindung ein Problem auf. Am 10. Mai 1474 schrieb Albrecht an den damaligen Hauptmann auf dem Gebirge, Heinrich von Aufsess, er habe dem Amtmann Jakob Schirndinger in einem Brief vom 28. April befohlen, den böhmischen Gesandten auf deren Reise nach Augsburg zum Reichstag Geleit zu geben. Er befehle nun ihm, Aufsess, diesen böhmischen Räten die beiliegenden Briefe zu geben. Welchen Weg die Räte nähmen, wisse er allerdings nicht. <sup>(5)</sup> Die Schreiben, die für die Tätigkeit der Räte des Königs Ladislaus wichtig zu sein schienen, erreichten vielleicht ihr Ziel nicht, weil ihr Reiseweg durch das obergerbirgische Fürstentum unbekannt war. Albrecht musste deshalb die oberste Autorität dort beauftragen, die Gesandten zu suchen und abzufangen. Ob Aufsess den Auftrag erfüllen konnte, erfahren wir nicht.

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 306; Priebatsch 3, Nr. 704, S. 657.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., Nr. 49, fol. 231 v.; Priebatsch 2, Nr. 551 a, S. 508 f.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 367, S. 358 ff.

<sup>5</sup> Priebatsch 1, Nr. 843, S. 662.

In keiner Quelle, die von den Tätigkeiten der Boten Albrecht Achilles' berichtet, findet sich ein Hinweis darauf, dass die Boten auf dem Weg irgendwelche Hilfsmittel zur Verfügung hatten oder benötigten, um den richtigen Weg zu finden. Aus der Abwesenheit von Quellen ist natürlich nicht sofort der Schluss erlaubt, dass diese Hilfsmittel nicht vorlagen. Versuchen wir deshalb eine generelle Übersicht über mögliche Hilfen für Boten zu geben, die Ende des 15. Jahrhunderts verfügbar gewesen sein könnten.

Landkarten verbreiteten sich im Verhältnis zu Seekarten in Europa deutlich später. Die erste überlieferte Landkarte für die Gegend um Nürnberg, die natürlich auch für Albrecht und seine Boten interessant hätte sein können, stammt erst aus dem Jahr 1492. Der Nürnberger Wissenschaftler und Kartograph Erhard Etzlaub schuf diese Karte mit einem Maßstab von ungefähr 1 : 1 000 000 und zeichnete darin die Flüsse, die politischen Grenzen und die Rechtsbezirke ein. Das Werk, das allerdings keine Straßenverläufe zeigt, umfasst das Gebiet von Coburg bis zur Donau und von der Tauber bis zum Böhmerwald. <sup>(1)</sup>

Eine absolute Neuheit war dann die Romwegkarte des selben Erhard Etzlaub, die kurz vor 1500 in Nürnberg entstanden sein dürfte. Sie ist „gesüdet“, also auf Rom zu ausgerichtet und gibt einen recht präzisen Überblick über die Straßen durch das Reich, die Richtung Rom führen. Anlass für die Herstellung der Straßenkarte war das Heilige Jahr 1500. „*Von meyllen zu meyllen mit puncten verzeichnet von eyner stat zu der anderen durch deutzsche lannt*“, lautet der Titel der Karte. Die Entfernungen zwischen den Städten – und das ist das entscheidende – sind mit Meilenpunkten erläutert – pro Punkt, eine Meile zu ungefähr 7,4 Kilometern. Allerdings sind nur einige Routen durch das Reich verzeichnet, nämlich logischerweise diejenigen, die von wichtigen Zentren nach Rom führen. Querverbindungen fehlen und die Mehrzahl der in der Karte aufgezeichneten Städte liegt auf keiner dieser Pilgerrouen, weshalb weder die Wege noch die Entfernungen zwischen diesen Orten in der Romkarte verzeichnet und berechnet sind. Das von Jörg Glockendon gedruckte Werk hatte großen Erfolg und musste schon 1501 in der dritten Auflage erstellt werden. Als die drei üblichen Alpenübergänge sind von Chur aus der Splügenpass und dann weiter der Weg zum Comer See, der Brenner und von Wien aus der Semmering dargestellt. <sup>(2)</sup>

Aus dem Jahr 1501 stammt eine zweite Wegekarte, die die Straßen durch das Reich und die angrenzenden Gebiete aufzeichnet. Sie trägt den Titel: „*Das seyn dy landstrassen durch das Romisch reych von einem Kunigreich zw dem andern dy an Tewtsche land stossen*“ und ist eine eingenordnete Landkarte, die Straßen durch ganz Mitteleuropa zeigt.

Die gedruckten Werke Etzlaubs gelten in der Forschung als Beginn der Erstellung von Wege- und Straßenkarten. Vor dieser Zeit sind keine Werke überliefert, was natürlich nicht ausschließt, dass Karten nicht doch schon hergestellt worden waren. Es gibt allerdings keinen Beweis, dass Nürnberger Kartographen in irgendeiner Beziehung zu Albrecht und dessen Hof standen. Alle überlieferten Landkarten, seien es regionale Gebiets- und Herrschaftskarten, oder auch Wegekarten, entstanden erst nach dem Tod des Fürsten.

Dass die Karten zumindest für den praktischen Gebrauch der einzelnen Boten nicht einzusetzen waren, zeigt schon der Preis. Aus dem Jahr 1519 liegt eine Quittung Etzlaubs vor, der für eine damals für den Rat der Stadt Nürnberg angefertigte Karte 25 Rheinische Gulden in Rechnung stellte. Dabei bekam der Kartograph nur zwölf Gulden, während der Maler der

<sup>1</sup> Genauer mit der Etzlaub-Karte von 1492 hat sich Fritz Schnellbögl, Nürnberger Kartographie I; In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg; Band 49; 1959, S. 170 ff., befasst. Ende des 15. Jahrhunderts erkennt Schnellbögl eine Vorreiterrolle der Pegnitz-Stadt in der Kartographie, man spreche sogar von einer Nürnberger Kartographen-Schule. Die Weltkarte in der Schedelschen Weltchronik und Behaims Globus seien Beispiele dafür.

<sup>2</sup> Neben den Arbeiten von Schnellbögl basiert die vorliegende Wertung der möglichen Nutzung von Karten in Albrechts Botenorganisation auf der Arbeit von Peter Fleischmann (hrsg.), Die handgemachten Karten des Staatsarchivs Nürnberg bis 1806 (=Bayerische Archivinventare Band 49) München, 1998 und dem von Hans Wolff, herausgegebenen Ausstellungskatalog der Bayerischen Staatsbibliothek von 1991, Bayern im Bild der Karte. Cartographia Bavariae.

Druckvorlage immerhin 13 Gulden erhielt. <sup>(1)</sup> Diese Karte hatte zwar einen Maßstab von nur 1 : 18 000 und wäre somit geeignet gewesen, Wege zu finden. Es gibt aber auch keinen Quellenhinweis darauf, dass solche Karten im Eigentum der Ansbacher Fürsten gewesen wären.

Neben den gedruckten Karten gab es auch kleinere handgemalte Landkarten. Doch alle Werke, die auf uns gekommen sind, stammen – was die Reichsstadt Nürnberg – angeht, erst aus der Mitte des 16. Jahrhunderts. Die ersten Landkarten aus dem Besitz der fränkischen Markgrafen aus dem Hause Zollern, die überliefert sind, weisen sogar erst Entstehungsdaten aus dem Beginn des 17. Jahrhunderts auf. Es ist zu vermuten, dass der Dynastiewechsel – die ältere Markgrafenlinie starb 1603 aus und die Brandenburger Kurfürsten erbten beide Herrschaften in Franken – der Anlass für die Erstellung von Kartenmaterial war. <sup>(2)</sup>

Kurz soll noch auf eine Besonderheit hingewiesen werden, die mit dem Namen der sogenannten Fredericus-Karte verbunden ist. Sie soll von einem Wiener Mathematiker erstellt worden sein und von einem Mönch aus St. Emmeram in Regensburg, Friedrich Amann, (gestorben 1464) kopiert und nach Regensburg mitgenommen worden sein. Es handelt sich dabei um eine Karte in sogenannter Azimutalprojektion mit einer willkürlich gewählten Perspektive, wobei der Nullmeridian durch Sterzing, Salzburg und Wien verläuft. Das Werk, von dem heute noch die Auflistung der Ortsangaben und einige Skizzen überliefert sind, soll als Karte existiert haben. Die Liste enthält die Position von 100 Orten im fränkischen und bayerischen Gebiet und folgt bei deren Auflistung dem Lauf der Flüsse. So ist sie kaum als Wegekarte geeignet, zumal die Orte, die die Botenreiter zum Beispiel auf dem Weg zwischen Ansbach und Cölln berühren mussten, weitgehend fehlen. <sup>(3)</sup>

Ein ebenfalls nur indirekter Hinweis auf das Vorhandensein von schriftlichen Hilfsmitteln für Boten sind die Entfernungstabellen, die in deutschen Handelszentren entstanden sind. Sie sind in Form von Scheiben angelegt und weisen die Heimatstadt als Zentrum zu. Eine Vielzahl von Straßen führt als Radien von diesem Mittelpunkt weg. Auf ihnen sind die wichtigsten Städte auf dem Weg zu einem Ziel abgetragen, ebenso die Zahl der Stunden, die man jeweils von einem Ort zum anderen brauchte. Eigentlich hätte es sich um ein ideales Hilfsmittel für Boten gehandelt. Doch ist einzuwenden, dass die ersten Exemplare dieser Meilenscheiben erst aus dem beginnenden 17. Jahrhundert stammen, also für die Zeit, die uns interessiert, nicht mehr als einschlägig zu betrachten sind. <sup>(4)</sup>

Literatur, die bereits seit Jahrhunderten vorlag und gerade im Spätmittelalter einen großen Boom erlebte, waren Pilgerführer und Wegbeschreibungen für Reisen zu wichtigen Wallfahrtsorten der Christenheit. <sup>(5)</sup> Doch auch hier muss wieder als Einschränkung angefügt werden, dass diese Art der Wegebeschreibung nur für die Reisen zu bestimmten religiösen

<sup>1</sup> Schnellbögl meint sogar, dass die Kosten relativ niedrig seien, weil es sich nicht um eine Erstanfertigung sondern um einen Nachdruck handelte. Sonst hätte man mit noch höheren Kosten rechnen müssen.

<sup>2</sup> Auch der gelehrte Kirchenmann Nikolaus von Kues hat sich mit Kartographie beschäftigt und aufbauend auf dem ptolemäischen Weltbild eine sogenannte Cusanus-Karte geschaffen. Doch dieses Werk, das 1478 in Rom erstmals ediert und 1491 auch in Eichstätt gedruckt wurde, ist eine große Europa-Karte, die ebenfalls für die Planung von Reisen nicht geeignet war. Theoretisch hätte ein solches Werk natürlich am Hof in Ansbach vorhanden sein können, um dort dabei zu helfen, den Überblick zu bewahren. Doch ist auch davon nichts überliefert.

<sup>3</sup> Das Original der „Fredericus-Karte“, die Ortslisten und die Skizzen, liegt unter der Signatur Clm 14583 in der Münchner Staatsbibliothek. Genau befasst mit der Erforschung dieser möglichen Karte hat sich Dana Benett Durand, *The Vienna-Klosterneuburg map corpus of the fifteenth century*; Leyden, 1952.

<sup>4</sup> Die Augsburger Meilenscheibe, von Caspar Augustin hergestellt, stammt aus dem Jahr 1629. Das Original liegt im Deutschen Postmuseum in Frankfurt am Main. Die Entfernungsscheibe des Johann Schermer, die dessen Heimatstadt Nürnberg ins Zentrum Europas rückt, hat das Jahr 1612 als Entstehungszeit.

<sup>5</sup> Die große Mehrzahl der Pilgerberichte befasst sich mit Reisen zu den drei großen Pilgerzentren des Abendlandes, Rom, Jerusalem und Santiago de Compostela. Die meisten anderen Pilgerorte hatten nur regionale Bedeutung, dann allerdings große. Als mittlere Pilgerzentren in deutschen Raum sind Köln und Wilsnack in Brandenburg zu nennen. Aus der Fülle der Literatur sei hier verwiesen auf Jean Richard, *Les Récits de voyages et de pèlerinages*; Turnhout, 1981.

Zentren vorlag, zu denen Pilger in größerer Zahl strebten. Nachrichten, dass Boten den Weg mit Hilfe von Pilgerführern gefunden hätten, suchen wir wohl auch deshalb vergeblich.

Das Haupthindernis bei der Benutzung der genannten Hilfsmittel bestand für die Boten, die ja meist aus sozial nicht privilegierten Schichten stammten, in deren Illiteralität. Die Benutzung aller oben erwähnten Hilfsmittel hätte zumindest Grundkenntnisse des Lesens erfordert, die man bei den Boten nicht voraussetzen darf. Anders sieht es bei Hofbeamten und gelehrten Räten aus, die ja auch öfter als Boten oder bei Gesandtschaftsreisen zum Einsatz kamen. Sie hätten mit schriftlichen Hilfsmitteln ausgestattet werden können. Doch auch darüber gibt es keine Quellenzeugnisse.

Denkbar und auch sehr wahrscheinlich ist es, dass in erster Linie die Weitergabe von persönlichem Wissen die Grundlage geographischer Kenntnisse bildete. Erfahrene und langgediente Boten nahmen einen möglichen Nachfolger mit auf die Reise und arbeiteten ihn dabei ein. Die neuen Kuriere lernten so unter anderem den Weg kennen. Einen indirekten Hinweis darauf gewinnen wir aus einer Quelle aus dem Jahr 1475, aus einem Brief des Markgrafen Johann an seinen Vater Albrecht Achilles: „*Mychelin, Roszknecht, hat vns erkennen geben, wie er vor etlicher zeyt das land knecht Ampt zu Cadolzburg, da nun eyner gnant Cotzman schneider hatt, gehabt habe vnde nachdem Ime nen soliche ferne botschafft, als zu vns herein vnde an ander ende zu reyden, seyenes alters halben vast swer vnde vber seyn vermogen sein woll, ...*“<sup>(1)</sup> Der alte Bote, der auch Landknecht – Gerichtsbüttel – der ehemaligen markgräflichen Residenz Cadolzburg war, ging in den Ruhestand und ein Nachfolger hatte die Arbeit übernommen. Ob nur als Landknecht oder auch als Bote, sagt uns die Quelle nicht. Jedenfalls ist hier die Nachfolge auf einen Posten nach dem Ausscheiden des alten Amtsinhabers dokumentiert.

Die bedeutendste Quelle in diesem Zusammenhang taucht in einem Brief von Kurfürstin Anna vom 23. April 1481 an ihre Nichte Margaretha auf. Diese war mit Herzog Bogislaw von Pommern verheiratet und sollte von Anna ein Halsband bekommen. Darum war es schon in einem Schreiben vom 22. Januar gegangen. Doch damals konnte das Kleinod noch nicht geschickt werden, weil es erst noch gefertigt werden musste. Anna hatte jedoch schon damals geschrieben: „*So schick den Beyerlein heraus, so wollen wir euch des zu stund an hineinschicken unverruckt ...*“<sup>(2)</sup> Einen anderen Boten wollte die Kurfürstin offensichtlich nicht einsetzen.

Jetzt im Frühjahr war das Halsband fertig und Anna schrieb, man wolle mit dem Halsband nicht mehr länger warten, weil Margaretha es sicher brauche. Anna entschuldigte sich für die Verzögerung noch mit den Worten: „*Wir hetten eur lieb das ehe geschickt, so haben wir verharret bis auf des Beyerlein hineinreyten, in getrauen, es sey versorgt, nachdem er die Wege weis und in den landen, dadurch er reyt, beandt, gering und wol geritten ist.*“<sup>(3)</sup>

Bote Bayerlein, der dem Kurfürsten wohl am nächsten stehende Kurier, wurde für den Pretiosentransport sicherlich auch deshalb gewählt, weil er sehr zuverlässig war. Schon im Januar hatte er in Annas Auftrag an Markgräfin Barbara – in Cölln von ihrem Halbbruder Johann sehr kurz gehalten – 50 Gulden überbracht. Dennoch ist die Aussage, er wisse den Weg, von nicht zu unterschätzender Bedeutung für Beweisführung. Denn sie besagt, dass zumindest die Kurfürstin nicht sicher war, ob jeder beliebige Bote hundertprozentig wegekundig bis Pommern war. Für Eilbote Bayerlein galt das schon, sicherlich auch, weil er den Weg schon viele Male zurückgelegt hatte.

Bei längeren Strecken scheint es so gewesen zu sein, dass man den Boten den Weg zumindest im Groben wies. So ist es nachzulesen in einem Brief Albrechts vom 15. Dezember 1464, in dem er seinen Bruder Friedrich II. informierte, dass er ihm den benötigten Lehnsbrief für die Inbesitznahme des Fürstentums Pommern-Stettin zukommen lassen wolle. Einer seiner Räte

<sup>1</sup> Riedel 3,2, S. 155, Nr. 122.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 93 r.; Priebatsch 3, Nr. 714, S. 34.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 99 a; Priebatsch 3, Nr. 714, S. 34.

sei beim Kaiser in Oberösterreich und sei angehalten worden „ ... *mit der botschaft zu eylen vnd durch Beheim, als wie hoffen, den erlangten lehenbrief furderlich zuzuschicken.*“ <sup>(1)</sup>

Auslöser dieses Schreibens war ein Brief Friedrichs, der wohl Anfang Dezember 1464 zu Albrecht geschickt worden war. <sup>(2)</sup> Friedrich berichtete von harten Verhandlungen mit den konkurrierenden Anwärtern auf das Stettiner Herzogtum, den Herzögen von Pommern-Wolgast. Acht Tage nach Dreikönig wolle man sich noch einmal zu Verhandlungen treffen. Friedrich weiter: „ ... *das vns die brieff ye noch vor dem achten tag nach Trium Regum zwkomen möchten vnd das der Bote durch Beheim heraufz rite, das hette er neher dann den anderen wegk, dann wir der brief auff solichen tag notturfftig werden.*“ <sup>(3)</sup>

Friedrich instruierte also via Albrecht den Ansbacher Rat in Österreich, auf welchem Weg er den Boten von Österreich nach Brandenburg schicken sollte. Und Albrecht gab die Weisung Friedrichs an seinen Kurier weiter, wie uns das Antwortschreiben des Markgrafen an seinen kurfürstlichen Bruder zeigt. Leider ist nicht überliefert, welchen Weg der Kurier schließlich nahm. Doch alles deutet darauf hin, dass er der Wegekunde seiner Fürsten gehorchend durch Böhmen unterwegs war.

Auch für das Jahr 1479 können wir nachweisen, dass eine Reise von Ungarn nach Brandenburg über Böhmen führte. Der Gesandte Jan Mila, der am 22. Februar 1479 aus Budapest zurück gekommen war, schickte von Cottbus aus ein Schreiben mit ersten Informationen an Albrecht, der sich in Frankfurt an der Oder aufhielt. <sup>(4)</sup> Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, dass ihn seine Reise durch Böhmen in die Lausitz und dann weiter nach Brandenburg geführt hatte.

Schriftliche Unterlagen – ebenso wenig wie Landkarten – dürften weder für die hauptberuflichen Boten und schon gar nicht für die große Zahl von Gelegenheitskurieren existiert haben, da sie für Menschen, die nicht lesen konnten, keinerlei Sinn hatten. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Boten den Weg, den sie zurückzulegen hatten, kannten und sonst nach dem Weg fragen mussten. Da, wie die Untersuchung der Botenreisen zeigen wird (Kap.1.4), die überwiegende Zahl der Ritte auf nur einer kleinen Zahl von Routen stattfand, ist es durchaus plausibel, dass es einfach die Ortskenntnis der Boten war, die den Großteil des Nachrichtenverkehrs ermöglichte. Neue Boten wurden von ihren Vorgängern eingeführt. Hörensagen und lokaler Anschauungsunterricht bildeten die Vorbedingung für die Ausbreitung der Schriftlichkeit – ein interessanter Gedanke.

## 2.2.2 Reitende und laufende Boten

Üblicherweise schienen die Boten Albrechts beritten gewesen zu sein, wenngleich die Zahl der Quellen, die dies explizit aussagen, gering ist. Den klaren Beweis dafür, dass reitende Boten für Albrecht im Einsatz waren, finden wir in einer Quelle vom 23. März 1474. Johann Volker, Rat und Vertrauter Albrechts, ist an Stelle seines Fürsten auf einem Reichstag in Nürnberg. Unter anderem soll er ein kaiserliches Mandat an die Dithmarscher erwirken und dieses sobald wie möglich in die Mark schicken, wo der Hauptmann der Altmark, Busso von Alvensleben, die Aktionen gegen die Dithmarscher in die Wege leiten sollte. <sup>(5)</sup> Nachdem Volker das kaiserliche Dokument in Händen hatte, schrieb er an Albrecht und bat um neue Direktiven. Unter anderem heißt es dort: „ ... *darumb han ich Heinczlein auf einer meiner Pferd hinausgeschickt, auf das sein Pferd dester gerueter ist und bit untermeniglich, eur gnad*

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 251, S. 370 ff.

<sup>2</sup> Es ist nicht möglich ein genaues Datum zu nennen, weil der Schluss des Briefes, der Datum und Ort enthalten hätte, im Archiv nicht aufzufinden war.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 34, S. 29 f.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 518, S. 482 f.

<sup>5</sup> Siehe Kapitel 1.1.3.

*woll mich unterrichten, den brief an herrn Bosso, den ich hie hab oder einen, den ir mir schicken werdet, mit den Gebotsbriefen zu zuschicken. ... das heinczlein wohl wider kommen und mir euer gnaden maynung einbringen mag.“*<sup>(1)</sup>

Volker schickte Heinzlein auf seinem Pferd auf den Abstecher von Nürnberg nach Ansbach, um noch weitere Briefe an die Autoritäten in der Mark zu holen und dann den zurückgekehrten Boten auf dessen Pferd nach Norden zu schicken. Die explizite Feststellung, dass der Bote ein bestimmtes Pferd habe, zeigt, dass es sich um ein einzelnes Tier handelte, mit dem offensichtlich der gesamte Ritt nach Cölln ausgeführt werden sollte. Wäre es anders, so könnte Heinzlein irgendein Pferd nehmen, um es in der nächsten Relaisstation ohnehin gegen ein anderes Reittier einzutauschen. Das Vorhandensein von Relaisstationen und Pferdewechseln ist auch wegen der Aussage dieser Quelle wieder als sehr unwahrscheinlich zu betrachten.

Wieder explizit von einem berittenen Boten ist in einem Schreiben des Ansbacher Hausvogts Sebastian von Seckendorf vom 3. April 1475 die Rede. Kurfürstin Anna habe auf seine Anregung hin „... *einen eylenden reytenen knecht*“<sup>(2)</sup> nach Bamberg geschickt.

Eine weitere Erwähnung von berittenen Boten stammt aus dem Jahr 1483. Albrecht schrieb seinem Sohn Johann am 26. November aus Bayreuth nach Cölln und antwortete auf eine Reihe von wichtigen Informationsschreiben des Markgrafen, in denen über Konflikte mit benachbarten Fürsten die Rede war. Die noch in Bayreuth oder später in Ansbach angefertigte Kanzleinotiz auf dem Konzept des Antwortschreibens lautete: „*Antwort meins g. herrn marggraf Johansen gegeben von Bayreut aus auf vier briefe, die sein reytenender bot an sant kathrin tag (25. November; d. Verf.) dahin gein Bayreut bracht hat.*“<sup>(3)</sup>

Erneut ein Botenpferd entdecken wir, wenn wir uns ein Schreiben der kurfürstlichen Räte Johann Pfoitel und Ludwig von Eyb anschauen, das diese am Dienstag, dem 7. Februar 1485, vom Frankfurter Reichstag an Albrecht sandten.<sup>(4)</sup> Die Räte schilderten in dem Schreiben die häufigen, aber im Endeffekt fruchtlosen Gespräche zwischen den Gesandten der Fürsten. Am morgigen Mittwoch, so die Brandenburger Gesandten, sei ein weiteres Gespräch mit den Vertretern der beiden Habsburger, Kaiser Friedrich und Herzog Maximilian, anberaunt, über das dann Mitteilung gemacht werde „... *bei Jorgen Geyrn, der hie blieben ist mit seinem hinckenden Pferd, das nit hat geen mogen ...*.“<sup>(5)</sup> Wieder sieht man Kurier und Pferd als eine Einheit. Der Bote blieb, weil sein Pferd nicht einsatzfähig war und man suchte sich einen anderen Boten, der das Schreiben vom 7. Februar überbringen musste. Fünf Tage später, am 11. Februar, ist der Bote noch nicht in Ansbach, wie man aus dem Inhalt eines Schreibens Albrechts an seine Gesandten entnehmen kann. Da es sich um eine Strecke von rund 200 Kilometern handelte, schien der Bote nur mit einem Tagesmittel von unter 40 Kilometern gereist zu sein. Diese langsame Beförderung könnte darauf zurückzuführen sein, dass man nicht den eigenen Eilboten eingesetzt hatte, weil dessen Pferd lahnte.

Neben den reitenden Boten begegnen uns in zwei Quellenstellen auch Boten zu Fuß, was umso erstaunlicher ist, da es sich in beiden Fällen um die Besorgung einer Nachricht über eine weite Distanz handelte.

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 802, S. 635.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 130, S. 162.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 187; Priebatsch 3, Nr. 991, S. 287. Bemerkenswert ist auch, dass Albrecht die Briefe Johanns sehr schnell beantworten ließ, nämlich schon am nächsten Tag. Ob diese schnelle Beantwortung die Regel war, lässt sich auf Grund der zahlenmäßigen Knappheit derartiger Aussagen nicht belegen.

<sup>4</sup> Der Kurfürst hielt sich selbst nur vom 26. Januar bis zum 3. Februar in Frankfurt auf. Albrecht und auch andere Fürsten protestierten mit ihrer schnellen Abreise dagegen, dass weder der Kaiser noch Herzog Maximilian zum Reichstag erschienen waren. Gesandte, die in Frankfurt zurückgeblieben waren, hielten unter anderem auch Albrecht von Brandenburg auf dem Laufenden und lieferten, nebenbei bemerkt, durch ihre Berichte wichtige Informationen über den Tag, die sonst wohl nicht überliefert worden wären.

<sup>5</sup> STAN, A.R.T.A. Nr. 3, fol. 72 r.; Priebatsch 3, Nr. 1038, S. 341.

Ein Brief Markgraf Johanns vom 27. April 1478, in dem Albrecht über die Schwierigkeiten in der Mark informiert und sein baldiges Erscheinen im Kurfürstentum gefordert worden war, scheint von Frankfurt an der Oder bis nach Ansbach von einem Fußgänger überbracht worden zu sein. Die Kanzleinotiz lautete: „*Ist bey einem laufenden boten komen am mittwoch nach exaudi* (6. Mai; d. Verf.) *gein Onolzpach. Zorniger brief des hineinkommens.*“<sup>(1)</sup>

Die zweite Quelle mit der Formulierung „*laufender Bote*“ ist für das Jahr 1481 überliefert. Albrecht schrieb am 30. März dieses Jahres aus Ansbach an Johann nach Cölln und auf dem Konzept, das in der Kanzlei in Franken blieb, stand: „*Antwort meinem herrn marggrave Johannssen uf sein Schreiben. Actum am freitag nach oculi.* (30. März; d. Verf.) *Kam bey einem laufenden boten.*“<sup>(2)</sup> Im Verlauf des Briefes erfährt man, dass der Bote Geyslerlein hieß.

Ein weiterer Brief Albrechts an Johann vom 2. April, also drei Tage später, in dem es um die Zollstätten Verleberg und Lentzen ging, erwähnt erneut den laufenden Boten: „*Antwort meinem Herrn marggrave Johannsen bey seyne eigen geenden boten, der am dinstag nach letare* (3. April; d. Verf.) *ausgegangen ist.*“<sup>(3)</sup>

Die Abfolge der Botenreisen, die um die Wende vom März zum April 1481 zu rekonstruieren ist, scheint die Tatsache zu stützen, dass es auch laufende Boten gab, die über größere Entfernungen hin eingesetzt wurden. Das Schreiben Albrechts an Johann vom 30. März ist an eben diesem Tag zusammen mit einem Brief an Kanzler Sesselmann und Nachrichten sowie Geld und Samtstoff für Markgräfin Barbara mit einem reitenden Boten auf den Weg geschickt worden.<sup>(4)</sup> Vier Tage später machte sich dann Bote Geyslerlein zu Fuß auf den Rückweg und hatte nur ein Schreiben im Gepäck. Die Existenz von „laufenden Boten“, die auch im Einsatz für andere Fürsten nachzuweisen ist, ist also auch bei Albrecht Achilles sehr gut zu dokumentieren.<sup>(5)</sup>

Die Entfernung von Frankfurt an der Oder nach Ansbach auf dem kürzesten Wege beträgt rund 520 Kilometer. Das Schreiben vom 27. April soll im Laufe des 6. Mai in der Ansbacher Residenz gewesen sein. Selbst wenn wir den 27. April als Abreisetag nehmen und ihn erst spät am 6. Mai die Schwelle des Schlosses in Ansbach überschreiten lassen würden, hätte der Kurier nur zehn Tage für die Strecke benötigt. Das wiederum würde bedeuten, dass der Mann, der im Frühjahr 1478 unterwegs war, pro Tag durchschnittlich 52 Kilometer zu Fuß zurückgelegt haben müsste. Da man einem Fußgänger fünf Kilometer pro Stunde zutrauen kann, müsste der Briefkurier mehr als zehn Stunden täglich gelaufen sein und das zehn Tage hintereinander, ohne sich an einem Tag eine Pause zu gönnen. Dies lag sicher an der Leistungsgrenze. Es gibt allerdings keinen Grund, der Quellenaussage zu misstrauen.

Außerdem ist festzustellen, dass es sich um eine besonders eilige Nachricht handelte und noch dazu um eine eindringlich formulierte Aufforderung an Albrecht, endlich wieder in die Mark zu kommen. Die Lage war nach den Anfangserfolgen der Pommern auch sehr ernst, so dass so schnell wie möglich Hilfe nach Brandenburg kommen musste. Weshalb hatte Johann also auf einen Boten gesetzt, der zu Fuß unterwegs war, wenn ein berittener Eilkurier im günstigsten Fall nur sechs Tage gebraucht hätte? War in diesem Moment kein Eilbote mit einem Pferd verfügbar?

Im zweiten Fall, in dem ein laufender Bote zum Einsatz gekommen war, ist dem Inhalt des Schreibens nach keine solche Eilbedürftigkeit festzustellen. Die Kanzleinotiz verrät uns allerdings auch nicht, wie lang dieser Bote von Cölln nach Ansbach – die Distanz beträgt rund 490 Kilometer – unterwegs war.

<sup>1</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. II, fol. 68; Priebatsch 2, Nr. 392, S. 379.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 97 r. und v.; Priebatsch 3, Nr. 731, S. 44.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 96 v.; Priebatsch 3, Nr. 731, S. 45.

<sup>4</sup> Es handelte sich um Barbaras Schneider, der in die Mark ritt. Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 98 r.; Priebatsch 3, Nr. 731, S. 46. Da der Schneider mit dem Stoff und dem Geld ohnehin ritt, konnte man ihm wohl auch die beiden schon fertigen Schreiben nach Cölln mitgeben.

<sup>5</sup> Siehe dazu die Ausführungen in der Einleitung.

Was die Zahl der Quellen angeht, so ist nicht zu entscheiden, ob reitende oder laufende Boten den Hauptteil der Kurierarbeit für Albrecht Achilles erledigten. Es dürfte aber feststehen, dass zumindest versucht wurde, eilige Nachrichten mit berittenen Boten zu schicken. Aber auch Fußgänger waren im Einsatz und erledigten ihren Auftrag zuverlässig. Dies unterstreicht die schon in der Einleitung gewonnene Erkenntnis, dass Kuriere zu Fuß ein fester Bestandteil des Nachrichtenwesens des Spätmittelalters waren; sie dienten auch Kurfürst Albrecht Achilles.

### 2.2.3 Pausen, Ruhetage und nächtliche Reisen

Sparsam unterrichten uns die Quellen auch über mögliche Ruhetage für Boten und Botenpferde. Ein Exkurs ins 16. Jahrhundert ist nötig, um dem Wort „Ruhetag“ überhaupt auf die Spur zu kommen. <sup>(1)</sup> Eine sehr interessante Nachricht über Botenreisen im 15. Jahrhundert, die allerdings nicht in Zusammenhang mit Albrecht Achilles steht, zeigt, wie sich Reisende an Feiertagen zu verhalten hatten. Die Stadt Halberstadt sandte ihren Schreiber Eggelin Brunsroder im Dezember 1429 nach Preßburg, um dort in einem Rechtsstreit König Sigmund Briefe und Urkunden zu überbringen. <sup>(2)</sup> Die auch in anderen Zusammenhängen sehr aufschlussreiche Quelle berichtet, dass der Schreiber am 22. Dezember aufbrach und zum Beispiel am 24. Dezember von Weissensee nach Erfurt reiste. Am 25. Dezember, dem Weihnachtstag, reiste er nicht. *„Item ipso die nativitatis per totam diem et in vigilia pro mensa et vino et pro avena j flor. Rinsch. Item j novum gr. pro podio.“* <sup>(3)</sup> Am Sankt Stefanstag reiste er dann wieder und kam bis Arnstadt. Auch am Sonntag, 1. Januar 1430, reiste der Schreiber. *„Item in die circumcicionis Domini de mane in Fucht j. gr. et ij d. sed de vespere in Novoforo iij gr. et iij d.“* <sup>(4)</sup> An Heilig Drei König und an den folgenden Sonntagen reiste Schreiber Eggelin ebenfalls jeweils wie an einem normalen Werktag. Der einzige Ruhetag war der folglich der Weihnachtsfeiertag, einen normalen Sonntag verbrachte er hingegen auf der Straße.

Wie sah es mit Sonntags- und Feiertagsruhe im Umfeld Albrechts aus?

Die Kanzlei des Fürsten arbeitete, das lässt sich feststellen, auch an hohen Feiertagen. Zumindest die Datierung von Briefen ist auch an solchen Tagen, wie dem Ostersonntag, nachzuweisen. Offensichtlich sehr eilig hatte es Albrecht, als er am 22. April 1470, eben dem Ostersonntag dieses Jahres, an seinen Amtmann Sigmund von Schwarzenberg schrieb und ihn aufforderte, eine Reihe von Erkundigungen einzuziehen und Albrecht zu informieren. *„... wie du eystet abscheidest und was du erkundst, lass uns ey lens wissen.“* <sup>(5)</sup> Das beweist, dass der Fürst und offensichtlich auch die Kanzleibeamten am höchsten Feiertag der Christenheit arbeiteten, wenn es denn dringend und nötig war.

Andererseits gibt es auch die gegenteilige Erkenntnis. An Ostern des Jahres 1480 wurde nicht gearbeitet. Ein Gesandter des Herzogs von Münsterberg trug am Ostersonntag dem

<sup>1</sup> Im Jahre 1559 unter der Herrschaft von Kurfürst Joachim II. wurden zwei feste Botenrouten festgelegt. Eine Strecke ging von Küstrin in Schlesien nach Ansbach und sah 18 Reisetage und sechs Ruhetage vor. Die zweite Strecke war von Ansbach nach Wolfenbüttel konzipiert, bei der dann 13 Reisetagen nur zwei Ruhetage gegenüberstanden. Ursache dafür, diese Botenkurse einzurichten, waren dynastische Verbindungen zwischen den Herrschern, die an den genannten Orten residierten. Literatur: Wilhelm Heinrich Matthias, Darstellung des Postwesens in den königlich preußischen Staaten; Band 1; Berlin, 1812; S. 1 – 3. In der genannten Arbeit sind noch weitere brandenburgische Poststrassen des 16. Jahrhunderts genannt, die jedoch keine Ruhetage aufweisen.

<sup>2</sup> Die Rechnungslegung des Schreibers, auf der alle Angaben fußen, ist im Stadtarchiv Halberstadt unter EE 46 erhalten. G. Schmidt edierte die Quelle und erklärte kurz ihren Hintergrund in einer Miscelle in MIÖG, Band 7, 1886; S. 647 – 652. Die Zitate erfolgen nach dieser Edition.

<sup>3</sup> Schmidt, a.a.O., S. 648.

<sup>4</sup> Schmidt, a.a.O., S. 649.

<sup>5</sup> Priebatsch 1, Nr. 33, S. 117. Der Brief ist in Kapitel 2.8, in dem das Thema Informationssuche behandelt wird, ausführlich analysiert.

Kurfürsten die Anliegen seines Herrn vor. Die Antwort Albrechts wurde erst am Montag nach Ostern schriftlich gefasst und an Münsterberg geschickt. <sup>(1)</sup>

Albrecht selbst reiste auch an Sonntagen. So ist eine Quelle vom 11. April 1474 überliefert, in der er darlegte, dass er am Sonntag, 24. April, von Donauwörth aus rund 40 Kilometer bis nach Augsburg reiten werde. Er beabsichtigte also, eine volle Tagesetappe am Sonntag zu unternehmen. <sup>(2)</sup>

Auch andere reisten an Sonntagen. So die Räte des Pfalzgrafen Otto II. von Mosbach-Neumarkt, die zur Berichterstattung über die Ergebnisse einer Gesandtschaft ihres Herrn in Ungarn nach Cölln zu Albrecht Achilles ritten. Sie kamen dort „*am suntag Misericordia in der nacht*“ an, waren also den Sonntag über unterwegs, nachdem sie vorher noch bei Kurfürst Ernst von Sachsen gewesen waren. <sup>(3)</sup>

Die politischen Geschäfte ruhten auch an Sonntagen nicht, wenn man wichtige Angelegenheiten zu erledigen hatte. Graf Eitelriedrich II. von Zollern, in diesen Jahren als Diplomat in Diensten Albrechts, kam Ende Januar 1478 von Cölln nach Ansbach und berichtete dem Kurfürsten und dessen Räten am „*sonntag Conversionis*“ über die politische und militärische Lage in der Mark. <sup>(4)</sup>

Kriegerische Ereignisse führten ohnehin zu Sonderregelungen. Während der Belagerung Nördlingens durch Georg den Reichen im Sommer 1485, bei der Albrecht für die Nördlinger diplomatisch tätig war und auch regelmäßig über die Vorgänge informiert wurde, wurden immer wieder auch Waffenstillstände geschlossen. Von einer dieser Feuerpausen berichtete Graf Ludwig von Öttingen am 13. August an Albrechts Rat Johann Volker: „*... heut sambstag ist das here weyland bei Teiningen gelegen ufgebrochen und zeucht yederman wider heym, ausgenommen der raisig zeug bleibt zu Wembding und ist also abgeret, dass man die von Nordling ir getraid hiezzwischen und montag schierst unverhindert haymsen, aber sunst nicht zugeen lassen.*“ <sup>(5)</sup> Das Getreide durfte am Sonntag, als die Waffen ruhten, geschnitten werden.

Hinweise auf eine Ruhepause an Feiertagen hingegen liefert uns ein Brief, den der Domherr Hertnid von Stein am 4. April 1483 aus Bamberg an Albrecht schrieb. Stein war in Albrechts Auftrag in Rom gewesen, hatte von dort brieflich berichtet und schickte jetzt – nach Hause zurückgekehrt – noch ein paar durchaus wichtige Informationen per Brief aus Bamberg. Zusätzlich dazu schrieb der Bamberger Kleriker: „*Gnedigster her, ich bin zu rom lenger aufgehalten worden, denn ich mich versehen, darumb ich mich an meinem ausreyten desterbas gefurdert hab, vor der heiligen zeit anheim zu kommen und unterwegen vernomen, das eur gnad sich gein Cadolzburg gefuget hab und wolle ungehindert sey von menniglich die heiligen zeit mit andacht zu volbringen, darumb ich auch vermiten hab, alsdann eur gnad zu ersuchen, so bin ihcichtz hie beladen etlicher hendel halben ...*“ <sup>(6)</sup>

Natürlich ist auch zu bedenken, dass Stein möglicherweise keine Lust gehabt hatte, zu Albrecht zu reisen und deshalb die Ausrede mit Karwoche und Ostern erfand. Dagegen ist aber zu sagen, dass es keine Weisung Albrechts gab, dass Stein zu kommen habe, beziehungsweise auch keine Beschwerde des Fürsten, dass er nicht gekommen sei. Die Formulierung im Brief weist auch darauf hin, dass Albrecht irgendetwas verlautet lassen haben muss, was seinen Wunsch, die Osterwoche und das Fest selbst ungestört verbringen zu wollen, betraf. Und: Die Tatsache, dass man religiöse Feste als Grund für den Aufschub einer Reise anführen konnte, zeigt, dass sie dies auch sein konnten.

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 656, S. 598.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 818, S. 645 f.

<sup>3</sup> STAN, C 3, Nr. 267, fol. 72 f.; Priebatsch 2, Nr. 549, S. 506 f.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 350, S. 344.

<sup>5</sup> STAN, Bayerische Bücher, 10, fol. 73 v.; Priebatsch 3, Nr. 1111, S. 434.

<sup>6</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 339 v.; Priebatsch 3, Nr. 949, S. 252.

Ähnliches gilt für einen Fall, der sich im November 1485 ereignete. Markgraf Friedrich war im Auftrag seines Vaters am Hof Kaiser Friedrichs III., der sich damals in Nürnberg aufhielt. Markgraf Friedrich berichtete mit einem Schreiben vom 4. November nach Hause, dass der Kaiser gesagt habe, er wolle an Allerheiligen und Allerseelen nicht mit den Nürnbergern verhandeln. <sup>(1)</sup> Natürlich könnte dies auch eine Ausrede gewesen sein, aber auch wieder eine, die plausibel begründbar war.

Die Quellen des 15. Jahrhunderts, die im Zusammenhang mit der Nachrichtenübermittlung und dem Botenwesen Albrechts Achilles stehen, kennen das Wort Pause und Ruhetag nicht. Es gibt keine Stelle, die von einer Pause der Boten berichten würde. Mussten die Kuriere aber nicht doch Ruhetage einlegen, um ihr Reittier nicht zu überfordern, um sich selbst zu schonen, oder um einfach die religiösen und sozialen Regeln zu befolgen? Es finden sich nur einige Indizien zur Beantwortung dieser Frage, die aber sowohl die Einhaltung der Feiertagspflicht als auch deren Nichteinhaltung belegen.

So verkehrten um die Weihnachtszeit 1475 Boten zwischen Ansbach und Landshut, weil es zwischen Albrecht Achilles und Ludwig dem Reichen wieder einmal zu Unstimmigkeiten über das Geleitrecht und den Salzhandel gekommen war. Albrecht ließ ein bayerisches Salzfuhrwerk beschlagnahmen <sup>(2)</sup> und Herzog Ludwig beschwerte sich am Samstag, 23. Dezember 1475, in einem Brief aus Landshut bei Albrecht Achilles darüber. Dieser antwortete schon am 26. Dezember, also nur vier Tage später, mit einem Rechtfertigungsbrief aus Ansbach. Der Streit wurde auch noch im Januar 1476 fortgesetzt, bis man sich auf einen Kompromiss einigte. <sup>(3)</sup>

Die Strecke von Landshut über Ingolstadt und Eichstätt nach Ansbach erstreckt sich über rund 170 Kilometer. Wenn wir vom Ausstellungstag, dem 23. Dezember, und dem Tag, an dem das Schreiben beantwortet wurde, dem 26. Dezember, jeweils ein paar Stunden Reisezeit abziehen, weil ja in der Kanzlei gearbeitet werden musste, dann bleiben uns netto rund drei Reisetage, also ein Tagesmittel von rund 57 Kilometern, was dem Erfahrungswert für eine Botenreise auf dieser Entfernung entspricht. Zögen wir nun den Weihnachtsfeiertag, den 25. Dezember, ab, so hätten dem Boten nur gut zwei Tage für das Überbringen der Nachricht zur Verfügung gestanden. Und die dann zu errechnenden 85 Kilometer am Tag, die Strecke, die der Bote in diesem Fall zurückzulegen gehabt hätte, wäre ein exorbitant hoher Durchschnitt gewesen. So erscheint es plausibel, dass der Landshuter Bote auch am 25. Dezember unterwegs gewesen ist. <sup>(4)</sup>

Ein Schreiben Albrechts aus Cölln an die Ansbacher Räte, in dem sich Albrecht über Gerüchte, die in Franken kursierten, erkundigte, ist mit Datum vom 22. Mai 1476 überliefert. Die Kanzleinotiz auf dem Schreiben lautete: „*Hat peter Semler die brief hinaus getragen am freitag dornach.*“ <sup>(5)</sup> Der 22. Mai 1476 war ein Mittwoch, so dass der Brief nicht – wie üblich – einen, sondern zwei Tage später auf den Weg geschickt wurde. Der Donnerstag, an dem der Bote offensichtlich nicht abreiste, war in diesem Jahr Christi Himmelfahrt. <sup>(6)</sup> Allerdings ist hier einschränkend zu sagen, dass es noch weitere dokumentierte Fälle gibt, in denen ein

<sup>1</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 3, fol. 129; Priebatsch 3, Nr. 1146, S. 477. Friedrich III. sollte die Nürnberger von einem Vertrag mit Georg von Landshut abhalten, der für Albrecht ungünstig gewesen wäre.

<sup>2</sup> Männer Albrechts hatten Kaufleuten der Stadt Wemding, die dem Machtbereich Ludwigs zugehörte, in der Nähe von Oettingen einen Salzwagen beschlagnahmt. Hintergrund ist ein genereller Streit um den Salzhandel zwischen Albrecht von München und seinem Landshuter Vetter, bei dem Kurfürst Albrecht aus taktischen Erwägungen heraus auf Seiten des Münchner Herzogs stand.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 165, S. 189.

<sup>4</sup> Einer der weiteren Briefwechsel in der Sache des Salzfuhrwerks ist für Ende Januar 1476 überliefert. Ludwig schrieb am 27. Januar aus Ingolstadt und Albrecht antwortete am 29. Januar aus Ansbach; Wir finden hier für den Boten eine Zwei-Tages-Reise für gut 100 Kilometer, was rund 50 Kilometer pro Tag ergibt. Diese zweite Streckenleistung auch im Winter untermauert die These daher.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 20 v.; Priebatsch 2, Nr. 217, S. 231.

<sup>6</sup> Siehe Hermann Grotefend, Die Zeitrechnung des Deutschen Mittelalters und der Neuzeit; Zwei Bände; Hannover, 1890/91; Band 1; Tafel GF; S. 80.

Schreiben mit einigen Tagen Verspätung losgeschickt wurde. Eine andere Ursache als die Ruhepause am Feiertag ist also nicht auszuschließen.

Markgraf Johann schickte kurz vor Weihnachten 1477 den Boten Kunz von Cölln aus auf die Reise nach Ansbach. Der Brief vom 18. Dezember weist als Eingangsbestätigung in Ansbach die Worte „ ... *hat gebracht Cunctz bottin Johannes zu weihnachten*“<sup>(1)</sup> auf und zeigt damit, dass das Schreiben am 27. Dezember angekommen ist. Das wäre dann eine Reise von neun oder zehn Tagen gewesen, und damit deutlich mehr als die schnellsten Verbindungen von sechs bis acht Tagen, die zwischen Ansbach und Cölln nachzuweisen sind. Ein Ruhetag an Weihnachten kann also auch in diesem Fall als möglich angenommen werden.

Bote Kunz, so überliefert uns ein Kanzleivermerk auf einem Schreiben vom 22. Juli 1481, startete am Tag danach aus Neustadt an der Aisch zu seiner Reise nach Cölln.<sup>(2)</sup> Wieder zurück von seiner Reise aus Brandenburg ist er – ebenfalls ausweislich einer Kanzleinotiz – am 9. August.<sup>(3)</sup> Nimmt man für den Schnellboten eine Reise von jeweils sieben Tagen an, so hätte er in Cölln eine Ruhepause von vier Tagen einlegen können.

Reisen in der Nacht scheinen, verlässt man sich auf die Quellenzeugnisse, selten gewesen zu sein.<sup>(4)</sup> Über die gesamte Regierungszeit Albrechts hin, stößt man auf rund ein Dutzend Erwähnungen von nächtlichen Reisen. Dass Reisen in der Nacht explizit ausgewiesen wurden, kann m. E. schon einmal dahingehend gedeutet werden, dass sie etwas Besonderes waren.<sup>(5)</sup> Ein Hinweis auf eine nächtliche Botenreise soll besonders untersucht werden, weil dabei der Wert einer entsprechenden Aussage hinterfragt werden kann. Am 12. Juni 1478 schrieb Markgraf Johann aus Cölln an Albrecht Achilles und die Datierung lautet: „*freytag zu nacht nach Bonifacy*.“<sup>(6)</sup> Wie bei einer Reihe von unten noch zu untersuchenden Textstellen könnte dies ausdrücken, dass der Brief wegen Eilbedürftigkeit noch nachts geschrieben und der Bote dann sofort weggeschickt wurde. Doch gibt es noch ein Schreiben, es stammt vom brandenburgischen Rat und Berliner Propst Erasmus Brandenburg, ist auf den 13. Juni datiert und auch dieses Schreiben nahm der Bote Kunz mit.<sup>(7)</sup> Kunz reiste also erst am kommenden Morgen, nur die Kanzleischreiber mussten eine Nachtschicht einlegen.

Herzog Wilhelm III. von Sachsen informierte Albrecht mit Schreiben vom 20. Juni 1472, dass ein Brief des Ladislaus von Böhmen heute um 9 Uhr morgens in Weimar eingetroffen sei.<sup>(8)</sup>

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 1; Priebatsch 2, Nr. 343, S. 337.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 157 v.; Priebatsch 3, Nr. 892, S. 204.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 159 v.; Priebatsch 3, Nr. 899, S. 213.

<sup>4</sup> Ein eher normaler Vorgang scheint es indes bei den Kurierritten der Boten im Herrschaftsbereich des Deutschen Ordens gewesen zu sein. Die dort geführten Stundenbücher weisen immer wieder Reisen in der Nacht auf. In der schon in der Einleitung zitierten Quelle aus dem Jahr 1421 ist zumindest eine Nachtetappe nachzuweisen: „*Gekomen und gegangen von Canden am frietage vor Letare in der I. stunde na mitternacht*.“ Siehe Boockmann, a.a.O., S. 111.

<sup>5</sup> Dass Boten in der Nacht reisen konnten, weisen die Quellen aus, die sich auf die Organisation des Postwesens durch die Familie Thurn und Taxis Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts beziehen. In den Stundenbüchern der frühen Jahre der Postreiter der Thurn und Taxis aus den Jahren 1495 bis 1497 sowie 1506 sind Nachtreisen sogar in gebirgiger Gegend dokumentiert, so auf der Strecke zwischen Innsbruck und Salzburg über Schwaz, Kirchberg und St. Johann. Die Quellen sind gedruckt bei Fritz Ohmann, *Die Anfänge des Postwesens und die Taxis*; Leipzig, 1909; S. 318 bis 329; Beilagen 5 bis 10 und S. 119 ff. sowie 131 ff. Eine Überblicksdarstellung über die Frühzeit der Postorganisation durch die Familie Thurn und Taxis gibt das Werk von Max Piendl, *Das fürstliche Haus Thurn und Taxis*; Regensburg, 1980.

Wenngleich der Organisationsgrad des Botenverkehrs, den die italienische Familie im Auftrag König Maximilians geschaffen hat, nicht mit den eher rudimentären Strukturen zum Beispiel im Falle Albrecht Achilles verglichen werden darf, so hat das nichts mit dem Reiten in der Nacht zu tun. Denn die Dunkelheit konnte auch von einer noch so ausgeklügelten Organisation nicht erhellt werden.

<sup>6</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 24; Priebatsch 2, Nr. 409, S. 399. Diese Datierung ist in sofern erklärungsbedürftig, da der Bonifatiusstag, der 5. Juni, in diesem Jahr selbst auf einen Freitag fiel. Doch der Ausdruck nach Bonifacy zeigt meines Erachtens sehr deutlich, dass nicht der Abend des Bonifatius-Tages gemeint sein kann, sondern es sich um den 12. Juni handeln muss.

<sup>7</sup> STAN, a.a.O., fol. 27; Priebatsch 2, Nr. 410, S. 399 f.

<sup>8</sup> Priebatsch 1, Nr. 418, S. 423.

Das Eintreffen am Vormittag könnte zumindest andeuten, dass auch nachts geritten worden sein könnte. Das ist allerdings nicht zwingend. Denn zur Zeit der Sommersonnwende wird es schon kurz nach 4 Uhr morgens hell und dem Boten wären dann noch rund fünf Stunden Tageslicht für die letzte Etappe zur Verfügung gestanden.

Am 31. Januar 1474, dem Montag vor Maria Lichtmess, schrieb Albrecht einen Brief an den Rat der Stadt Rothenburg, in dem er diesen zum wiederholten Male dazu zu bringen suchte, einer polnisch/böhmischen Delegation, die im Verdacht stand mit den ketzerischen Hussiten zusammenzuarbeiten, in ihre Stadt zu lassen. Der Kurfürst legte dem Schreiben an die Reichsstadt dann noch einen Zettel bei, in dem er von den neuesten Reiseplänen des Kaisers berichtete, der ebenfalls in Rothenburg an den Verhandlungen teilnehmen wollte. Diese Informationen waren Albrecht wohl gerade zugegangen, wenn man dem Beginn der Zedula Glauben schenken darf. *„als dieser brive geschriben was, kome uns heinacht umb acht hore nach mittag ein brive von Ludwigen von Eyb ... .“* <sup>(1)</sup>

Eyb war in Albrechts Auftrag mit dem kaiserlichen Hof unterwegs, der Ende Januar den Main aufwärts zog. Das Schreiben, auf das Albrecht sich in dem Brief an die Rothenburger bezog, war von Eyb am 29. Januar in Aschaffenburg abgeschickt worden. <sup>(2)</sup> Da es Ende Januar schon gegen fünf Uhr nachmittags dunkel wird, scheint der Reiter zumindest am 31. Januar drei Stunden in der Finsternis geritten zu sein. Da sich die kriegerischen Ereignisse am Rhein zuspitzten und die Verhandlungen zwischen Kaiser und der Gesandtschaft für Albrecht sehr wichtig waren, scheint eine eilige Beförderung der Nachricht einleuchtend zu sein. Also hat sich der Bote von der hereinbrechenden Dunkelheit nicht abschrecken lassen und ritt auch ohne Tageslicht weiter bis zum Ziel.

Ein langer Brief aus dem Jahr 1475 gibt eine Fülle von Informationen über das nächtliche Reisen von Boten und auch von normalen Reisenden, weswegen er im Detail untersucht werden soll. Der Ansbacher Hausvogt Sebastian von Seckendorf schrieb Kurfürst Albrecht, der auf dem Feldzug gegen Burgund noch am Rhein im Einsatz war, am 3. April 1475, <sup>(3)</sup> dass die Königin von Dänemark auf ihrer Pilgerreise nach Rom bis nach Bamberg gekommen sei, nun in Ansbach empfangen werden wolle und man sie deshalb von Bamberg an den kurfürstlichen Hof geleitet habe. Diese Nachricht stand auch in einem Brief vom selben Tag, den Kurfürstin Anna an ihren Gemahl schickte. <sup>(4)</sup>

Sebastian von Seckendorf beschrieb den gesamten Ablauf der Vorbereitung des Besuches in Ansbach in seinem Schreiben sehr ausführlich, sicherlich auch, um sich vor dem Fürsten rechtfertigen und in Szene setzen zu können. *„Gnedigster her, am Mitwoch nach dem palmtag vast spat, als mein gnedige fraw von dem Salve in das Slosz gieng, war Irn gnaden durch einen Bambergischen knecht behendigt ei brieff von meiner gnedigsten frawen der konigin zu Tennemarck, dorinn sie Iren gnaden von Eyssfelt ausz schrayb, wie sei vff der fart were, Ir kirchfart gein Rom zu uolbringen. Wiewol nu ir nechster weg fur Nurmberg hin, So sy aber In die genehe dieser land komen were, wolt sie den nechsten zu Ir hieher gein onoltzpach keren, sich fruntlich mit Ir besprechen vnd an den hayligen Charfreitag oder uff den osterabent hir sein. Also schicket mein gnedige fraw aufz meinen rat zu stundan dieselben nacht hinwegk einen eylenden reytenden knecht, Fritzen Crewsen, iren marstaller, mit einem brieff gein Bamberg zu schicken.“* Dies alles geschah, nachdem die Nachricht des dänischen Besuchswunsches von einem Bamberger Boten am Mittwoch in der Osterwoche, 22. März, *„vast spat“*, also sehr spät, gebracht worden war. <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 238 f.; Priebatsch 1, Nr. 774, S. 621.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 233 ff.; Priebatsch 1, Nr. 770, S. 619.

<sup>3</sup> Der Bericht entstand knapp zwei Wochen nach den Ereignissen, am Montag nach dem Sonntag Quasimodo Geniti, dem Weißen Sonntag, als der Besuch Dorotheas in Ansbach zu Ende gewesen war.

<sup>4</sup> Riedel 3,2, Nr. 130, S. 162; Priebatsch 2, Nr. 91, S. 134. Die folgenden Zitate stammen alle aus dieser Quelle.

<sup>5</sup> Priebatsch, a.a.O. Wie schon erwähnt, hat das Wort *„vast“* genauso wie in den mittelhochdeutschen Texten auch in Schriften, die frühneuhochdeutsch geschrieben wurden, die Bedeutung sehr. Der Bamberger Bote kam also sehr spät in der Nacht und ritt seinerseits in der Dunkelheit.

Auch hier ist die Eile verständlich, denn die Königin von Dänemark musste gut empfangen werden, schon deshalb, weil sie eine Nichte Albrechts war und die Beziehungen wegen Streitigkeiten um das Erbe Johanns des Alchimisten nicht sehr gut waren. Die Tatsache, dass die Nachricht von der Ankunft so spät am Abend erst eintraf, zwang den Hof zu großen organisatorischen Leistungen.

Interpretiert man die Stelle wörtlich, so heißt es hier noch nicht, dass der Bote wirklich ritt. Allerdings geht das aus dem folgenden Text des Briefes hervor. Denn der Rat schrieb weiter: „*Schicket auch domit ein Credentz uff heren Hansen von Rebitz, der die konigin in irer gnaden namen entpfahen, laden vnd auch mit Ir bisz hieher reyten solt ...*“<sup>(1)</sup> Also hat der Ritt des Stallmeisters nach Bamberg effektiv stattgefunden, weil ein Brief in die Bischofsstadt und von dort weiter an den Hauptmann auf dem Gebirge überbracht wurde. Dass aber auch in der Nacht geritten wurde, kann nicht als bewiesen angesehen werden, ist aber doch wahrscheinlich, weil sich Seckendorf sonst im Nachhinein nicht so auf das Thema Nacht kapriziert hätte. Geht man von dem nächtlichen Eilritt des Boten aus, so könnte man die Wahl des Kuriers, die auf den Stallmeister der Fürstin fiel, dahingehend bewerten, dass man für einen schwierigen Ritt in der Nacht einen erfahrenen Reiter auswählen musste. Der Einsatz des Stallmeisters erscheint also folgerichtig.

Die Quelle geht aber noch weiter: „... *dann der dechant zu Rom ist vnd doctor knor der heyligen zeit halb zu Nürnberg was, vnd schicket morgens zu mitternacht Nordwein von Hesperg gein der Newenstat ...*“<sup>(2)</sup>

Es wird also nicht nur ein Bote in der Nacht mit einer Credenz nach Bamberg geschickt, um die Reise der Königin Dorothea zu organisieren, sondern es reitet auch ein Beauftragter nach Neustadt an der Aisch, um dort die Vorbereitungen für die Aufnahme der Königin zu überwachen. Der Ausdruck „*morgens zu mitternacht*“ bedeutet, dass die Reise in den ersten Stunden nach Mitternacht begonnen hat. Das wird klar, wenn wir uns ein weiteres Stück des Berichtes des Hausvogts anschauen, in dem er berichten muss, dass seine Planungen und Maßnahmen vergeblich gewesen waren.

Denn: „*Also ist die königin an der obgemelten mitwoch zu nacht, als Ir brieff hie eynbracht ist, gein Bamberg komen vnd an dem grün donerstag frü, zwüschen zwayen vnd dreyen nach mitternacht, nüchtern uffgewesen vnd gein Nürnberg gezogen, do sie ir mittagsmal vmb zwu hor nachmittag entpfangen, dar sie meiner gnedigen frawen botschaft zu Bamberg nit betreten hat, das ist mir durch die Jenen, die ich der konigin zukunfft vffmerken bestellt han, am karfreitag zu morgens, als mein gnedige fraw zu mitternacht herausz gein kirchen zu metten geen wolt, zu wissen worden.*“<sup>(3)</sup>

Hier finden wir also den Beleg dafür, dass morgens schlicht den Anbruch des kommenden Tages bedeutet und sich diese Zeitangaben auf die Nachtstunden zwischen Mitternacht und Morgendämmerung beziehen. Die Boten, das ist damit belegt, waren also sehr wohl nachts unterwegs.

Die Stelle zeigt auch, dass sich noch ein Bote in der Dunkelheit aufgemacht hatte, nämlich der, der Informationen über Dorotheas Reiseweg und Ankunft in Nürnberg berichtete. Auch die Fürstin und ihr Gefolge machten sich ohne das Tageslicht abzuwarten auf den Weg und reisten am Gründonnerstag, dem 23. März, in den ersten Stunden des Tages drei bis vier Stunden in der Finsternis. Noch dazu kamen sie recht schnell voran, denn sie legten die rund 60 Kilometer zwischen Bamberg und Nürnberg in weniger als zwölf Stunden zurück, was einem Stundenmittel von fünf Kilometern entspricht und damit etwa der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit der damaligen Zeit.

Warum die Königin von Dänemark zu nachtschlafender Stunde ohne Frühstück aus Bamberg aufbrach, ist abschließend nicht zu klären. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass sie, wie sie

<sup>1</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>2</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>3</sup> Priebatsch, a.a.O.

in dem Schreiben an Kurfürstin Anna erwähnt hatte, am Karfreitag oder Ostersonntag, also schon am 24. oder 25. März, in Ansbach sein und deshalb schnell vorankommen wollte.

Jetzt griff Seckendorf ein und reiste umgehend nach Nürnberg, um Königin Dorothea persönlich zu betreuen. Bei der Schilderung dieses Einsatzes ist aber nicht mehr von nächtlichen Ritten die Rede, so dass wir Seckendorfs Eifer nicht weiter verfolgen wollen.

Der Brief in seiner Gesamtheit zeigt, dass Reisen in der Nacht sehr wohl möglich war und wenn es nötig war, auch mit großer Selbstverständlichkeit und Regelmäßigkeit angeordnet und ausgeführt wurde.

Gleich zwei Stellen, die sich mit nächtlichen Ritten befassen, finden wir in Briefen aus dem September 1477. Die Brandenburger Räte schrieben in Abwesenheit des Kanzlers Friedrich Sesselmann und des Markgrafen Johann am 3. September 1477 einen Brief nach Ansbach und schickten die Botschaft, nachdem am Nachmittag noch eine inzwischen angekommene Nachricht ausgewertet und die Zusammenfassung als Zettel in den Brief eingelegt worden war, noch am selben Tag sehr spät los. Die Stelle im ersten Brief lautet: „*Datum Coln an der sprew, under unsers gnedigen heren Insigel, am mitwoch nach Egidy, In der dritten stund nach mittemtag.*“ Der Text des zweiten Briefes: „*Gnediger her, als der briue hirbei geschriben vnd heinenlin bot darmit gefertigt was, wurden uns diese hirinnen geslossen briue durch unsers heren von Lubus knecht einen zu bracht, die ewer gnad lesende wol vernemen wirt vnd ewer gnaden auch zu zuschicken nicht haben wollen verhalten, vns darmit eweren gnaden als vnserm gnedigen herrn beuelhende. Datum Coln an der Sprew, under ewer gnaden Insiegel, am mitwoch zu nacht nach Egidi.*“<sup>(1)</sup>

Doch auch hier ist es nicht sicher, ob der Bote auch noch in der Nacht aufbrach. Es heißt wiederum nur, dass der Brief noch in der Nacht geschrieben wurde. Allerdings, und auch das ist nicht uninteressant, war es wohl geplant, den Boten noch am Nachmittag auf die Reise zu schicken, so dass ihm an diesem Tag ohnehin nur noch rund viereinhalb Stunden Licht zur Verfügung gestanden hätten.

Der brandenburgische Kanzler Sesselmann, aus Frankfurt an der Oder wieder zurück in Cölln, schickte ein Schreiben am 10. September nach Ansbach, dessen Kanzleivermerk lautete: „*In der nacht nach Natiuitatis marie, vmb eylf hor vor mitternacht.*“ Im Brief selbst ist dann zu lesen: „*Ewr schreiben, das vns vf heut nacht vmb acht hor zukomen ist.*“<sup>(2)</sup>

Dieser seltene Glücksfall einer Quelle berichtete in ein paar Sätzen viel über die Botenorganisation am Cöllner Hof. Sie belegt zum wiederholten Mal, dass Boten gegen Ende des Tages ankommen. Mitte September wird es schon gegen 19 Uhr, also eine Stunde vor „acht hor“, langsam dunkel. Der Reiter musste also noch eine knappe Stunde zumindest in der Dämmerung geritten sein, allerdings nur noch in unmittelbarer Nähe der Städte Cölln und Berlin. Die Boten scheinen also insoweit einem gewissen Plan gefolgt zu sein, dass sie versuchten, bei Anbruch der Dunkelheit am Ziel zu sein. Drei Stunden dauerte es, bis der neuangekommene Brief gelesen, diskutiert und dann noch mit einem zusätzlichen kurzen Begleitschreiben versehen fertiggestellt wurde. Wir finden hier eine der wenigen Stellen, in denen die Arbeitszeit der Kanzlei nachzuweisen ist.

Nun stellt sich wieder die Frage, ob der Bote, nachdem die Antwort noch in der Nacht geschrieben worden war, auch gleich wieder losritt. Der Aufbruch des Boten nach elf Uhr nachts hätte sich natürlich dann bei völliger Dunkelheit abgespielt. Es ist für den Mann zu hoffen, dass, wenn es denn so war, nicht er es gewesen ist, der sofort wieder in den Sattel musste. Ein klarer Beleg für den nächtlichen Aufbruch, das muss festgehalten werden, ist diese Stelle aber ebenfalls nicht.

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 172, S. 208.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 173, S. 209. Zum Thema Uhrzeit im Spätmittelalter liegen in der Nachfolge des Aufsatzes von Jacques Le Goff, *Temps de l'Eglise et temps du marchand*; In: *Annales*; Band 15/3; 1960, eine Reihe von Untersuchungen vor, die belegen, dass die Verwendung von Uhrzeiten ein üblicher Vorgang war. Die in dieser Arbeit untersuchten Quellen bestätigen diese Aussagen.

Am 16. Dezember 1477 waren es die Räte, die in Frankfurt an der Oder weilten und den Kampf gegen den Herzog Johann von Sagan organisierten, die möglicherweise einen nächtlichen Boten schickten. Sie übermittelten Markgraf Johann nämlich Nachrichten vom Kriegsschauplatz und als Kanzleinotiz findet sich: „*Geben zu franckfort eylends am dinstag zu nacht nach Lucie.*“<sup>(1)</sup> Da hier die Eilbedürftigkeit der Nachricht noch eigens betont wurde, ist es plausibel, dass der Kurier auch gleich losgeschickt wurde. Die große Eile, Nachrichten von den Gefechten in die Hauptstadt zu übermitteln, könnte eine Botschaft auch in der Nacht bedingt haben.

Klarer wird die Aussage in einem Schreiben zu Beginn des Jahres 1479. Albrechts Gesandter Jan von Mila war mit wichtigen Nachrichten aus Ungarn zurückgekehrt und bis Cottbus gekommen. Von dort schickte er Albrecht, der zu diesem Zeitpunkt in Frankfurt an der Oder residierte, noch am Abend seiner Ankunft in Cottbus die erste Meldung, um später selbst zum Fürsten zu reisen und ihn detailliert zu unterrichten. Die Kanzleinotiz im Schreiben des Cottbuser Landvogts lautete: „*datum eylende in der nacht kathedra Petri.* (22. Februar, Tag Petri Stuhlfeier oder Petertag; d. Verf.)“<sup>(2)</sup>

Im Brief des Landvogts wird ausgeführt, dass Mila kurz vor Sonnenuntergang angekommen sei und verlangt habe, dass eine Reihe von Schreiben sofort durch einen „*reittend botten*“ zu Albrecht gebracht werden sollten. Der Landvogt schrieb dann auch, dass er den Auftrag des Gesandten sofort ausgeführt habe. Mila habe nämlich noch zusätzlich gesagt, dass Matthias von Ungarn einen Waffenstillstand akzeptiert habe.<sup>(3)</sup> Diese Tatsache, das versteht sich, musste sofort weitergemeldet werden. Da der damals gültige Waffenstillstand in Schlesien bald auslaufen sollte, war es nötig, Albrecht umgehend zu informieren, um den Ausbruch neuer Feindseligkeiten zu verhindern. Die Aussage des Landvogts, dass er dem Wunsch Milas, der erst kurz vor Sonnenuntergang angekommen war, nachgekommen sei, beweist nun auch, dass der Bote wirklich noch in der Nacht auf die Reise geschickt wurde.

Wiederum eine explizite Bestätigung einer Botenreise in der Nacht finden wir in einem Schreiben Johanns vom 16. Januar 1482, in dem er versuchte, seine eigenmächtige diplomatische Initiative bei Verhandlungen mit König Matthias Corvinus von Ungarn zu entschuldigen. Er argumentierte in dem Schreiben, dass er versucht habe, Albrecht zu informieren und berichtete dabei auch von einem Einsatz eines Boten in der Nacht: „*... die sachen uns schrift des konigs von Hungern halben an eur lieb gelanget und durch Beyrlein boten behendet, der hie am abent circumcisonis zu mitternacht gefertigt eylends war und uns furgehalden, das er in dritthalben tagen hinaus und desgleichen herein auf den wegh und nicht länger gewest wer ...*“<sup>(4)</sup>

Da Bote Bayerlein ein Vertrauter Albrechts war und den Fürsten regelmäßig sah, ist es unwahrscheinlich, dass Johann eine Geschichte erfand, um eine größere Eilfertigkeit zu simulieren. Die Abfertigung des Boten Bayerlein in der Nacht muss wohl stattgefunden haben, wenngleich es auch möglich ist, dass der Bote bis zum Morgengrauen wartete und sich erst dann auf die Reise machte.

Darüber hinaus tauchen in einer Reihe von Briefen Formulierungen auf, die ebenfalls von einer Nachtreise sprachen. Dies scheint mir allerdings ein Stereotyp zu sein, um damit eine schnelle Beförderung der Nachrichten anzuregen oder anzudeuten. Ein mehrfach wiederkehrender Ausdruck findet sich zum Beispiel in einem Brief Albrechts aus Ansbach an seine Räte, die bei einem Reichstag in Augsburg für ihn verhandelten. Dabei wurde auch der Versuch gemacht, Streitigkeiten zwischen Albrecht Achilles und dem Landshuter Herzog

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 8; Priebatsch 2, Nr. 341, S. 336.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 518, S. 482.

<sup>3</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 142 r.; Priebatsch 3, Nr. 830, S. 139. Die Quelle ist in Kapitel 1.3.3 detailliert untersucht, weil sich damit die Reisegeschwindigkeit zwischen Ansbach und Cölln bestens ermitteln lässt.

Ludwig dem Reichen auszuräumen. Es wurde ein Rechtstag in Eichstätt angesetzt, zu dem auch Herzog Albrecht IV. von München Gesandte schicken sollte, um zu vermitteln. Albrecht Achilles sorgte sich, ob die Münchner Räte auch rechtzeitig in Eichstätt sein würden und ermahnte deshalb seine Augsburger Gesandten: „ ... *es must ein bott tag und nacht gein München rennen, das wir das gnanten unseres oheims rette neben uns auf denselben tag hetten.*“<sup>(1)</sup>

Die Strecke zwischen Augsburg und München beträgt 60 Kilometer. Es war für einen Boten möglich, diese Strecke an einem Tag zurückzulegen. Das Pferd konnte gerade deshalb angestrengt werden, weil es sich um nur eine Tagesreise handelte. Eine Reise in der Nacht war also gar nicht nötig. Albrecht, so ist zu vermuten, wollte den Boten nur zu besonderer Eile anhalten.

Bei einer anderen entsprechenden Stelle wird dies noch deutlicher. Der Kurfürst forderte seine in Ungarn weilenden Räte in einem Schreiben vom 26. April 1479 auf, ihm Nachrichten zukommen zu lassen. Die entsprechende Textstelle lautet: „ ... *und thut vleys, das Jan von Mila tag und nacht zu uns komm uns last uns sonder botschaft nit.*“<sup>(2)</sup> Hier ist es noch unwahrscheinlicher, dass Albrecht dies wörtlich gemeint hatte, da er wusste, dass ein Bote über rund zehn Tage nicht wirklich Tag und Nacht unterwegs sein konnte. Er benötigte dringend Informationen und drängte mit der Formulierung auf Eile.

Als kurzes Fazit lässt sich festhalten, dass Reisen in der Nacht, seien es solche von Boten oder auch solche kleiner Kavalkaden von Räten oder Fürsten mit Gefolge, nur sehr selten vorkamen. Die Quellenbelege lassen darauf schließen, dass es sich um Ausnahmen handelte, die aber sehr wohl möglich waren, wenn es die Umstände erforderten. Zumindest die Fertigung der Boten in der Nacht kann aus den Quellen heraus als erwiesen gelten, ob die Reiter dann noch in der Nacht aufbrachen oder sich erst beim ersten Tageslicht auf den Weg machten, kann nicht abschließend beantwortet werden. Textstellen, die vom Reiten am Tag und in der Nacht sprechen, müssen als Redewendungen gelten, mit denen die Reiter zu größtmöglicher Eile angehalten wurden.

#### 2.2.4 Gefahren für den Boten und Verzögerungen

Nicht immer ging die Botenreise glatt. Kuriere wurden abgefangen, sie verirrt sich oder sie kamen aus anderen Gründen zu spät. In diesem Kapitel soll den Quellen nachgespürt werden, die von Problemen bei der Nachrichtenübermittlung berichten, die darin begründet waren, dass Boten nicht ankamen. Von Überfällen auf Boten oder von anderen Übergriffen auf Kuriere, die mit Korrespondenz Albrechts unterwegs waren, ist in den mehr als vier Jahrzehnten seiner Herrschaft lediglich fünfmal die Rede.

Im Krieg gegen Herzog Ludwig den Reichen von Landshut war Markgraf Albrecht in den Jahren 1460 bis 1462 mit seinen Truppen auch im Schwäbischen unterwegs, wo es des öfteren zu Kampfhandlungen kam. Vom Feldlager aus versuchte Albrecht mit Kaiser Friedrich III., der zumindest nominell sein Verbündeter war, Kontakt zu halten. In einem Brief vom 24. Februar 1462 aus dem Feldlager vor Monheim berichtete Albrecht dem Kaiser unter anderem auch von abgefangenen Briefen: „*Ich hab e. gn. all briue dedriueligt, was uch der nit worden sein, hat hertzog Ludiwig die boten nidergeworfen.*“<sup>(3)</sup> Es ist nicht zu ermitteln, wie viele Boten die Truppen des Landshuter Herzogs abgefangen hatten, aber es scheinen einige gewesen zu sein. Die Übergriffe auf die Boten in diesen Jahren waren kriegsbedingt und sind deshalb kein Zeichen für generelle Schwierigkeiten bei der Nachrichtenübermittlung.

<sup>1</sup> STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 118 r.; Priebatsch 1, Nr. 871, S. 679.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 223 v.; Priebatsch 2, Nr. 546, S. 503.

<sup>3</sup> FRA II, 20, Nr. 270, S. 264.

Die nächste Quelle, die uns von Übergriffen auf Boten berichtet, stammt aus den Februartagen des Jahres 1475, als Kurfürstin Anna in einem Schreiben, dessen genaues Datum nicht vermerkt wurde, mitteilte, dass ein für sie bestimmter Brief dem Boten, einem Priester, auf dem Weg durch den Spessart abgenommen worden sei. *„Denselben priester ich beschied vnd sein meynung selbs von im auch gehort, des erfrewt mich. Wider aber er sagt mir dabey, ewr lieb hab mir bey Im geschrieben, derselb brieffe sey im auff dem spechszhart genomen worden, das ist mir gar leid. Dar ich nit cleins verlangen han, teglich botschaft vnd schriefft von ewr lieb zu entpfahen.“*<sup>(1)</sup>

In diesem Zusammenhang ist auch noch auf eine Nachricht hinzuweisen, die Asmus von Eberstein, der Vogt zu Königsberg und in diesen Monaten bei den Truppen Albrechts in Süddeutschland weilend,<sup>(2)</sup> am 5. Mai desselben Jahres an den Ritter Sigmund von Schwarzenberg schickte. Eberstein meldete, dass pfälzische Bewaffnete im Gebiet der Herrschaft Ebern in Oberfranken beim heutigen Staffelstein herumstreiften. Ihre konkreten Pläne seien aber unbekannt.<sup>(3)</sup> Es ist nicht nachzuweisen, ob pfälzische Streifscharen auch im Mittelgebirge des Spessarts, wo sich kurpfälzische und Mainzer Interessensgebiete berührten, unterwegs waren, die vielleicht den Privatbrief des Kurfürsten abgefangen haben könnten. Weder erlauben uns die Aussagen des Boten irgendetwas über die Art des „Nehmens“ zu sagen, noch gehen Anna oder Albrecht in einem späteren Brief auf den Vorfall noch einmal ein. Die bedauernden Worte der Kurfürstin waren die einzige Reaktion auf die Tatsache, dass der Brief abhanden gekommen war.

Im Mai 1477 erfuhr Albrecht, damit kommen wir zum dritten Fall, durch einen Brief des Untervogts Reithans von Kitzingen, dass Würzburger Soldaten einen gewissen Peter Kadolt, einen „*armmann*“ Albrechts, der als Bote unterwegs gewesen sei, gefangen genommen hätten. Schon am 31. Mai, drei Tage nachdem Reithans geschrieben hatte, protestierte Albrecht beim Bischof von Würzburg gegen den Übergriff. Der Bischof erläuterte in seinem Antwortschreiben vom 2. Juni, dass dieser Kadolt ein Unruhestifter und zusammen mit seinem Kumpan Beynlein wegen einer Schlägerei auf einem Kirchweihfest festgenommen worden sei.

Daraufhin schrieb Albrecht wieder an den Bischof und entschuldigte sich bei ihm, ging der Sache dann aber noch insofern nach, als er Untervogt Reithans und den Rat von Kitzingen über den Brief des Würzburger Bischofs in Kenntnis setzte. Beide rechtfertigten sich dann damit, dass sie geglaubt hätten, Kadolt und Beynlein hätten keine Schwierigkeiten mit dem Gesetz. Der Rat bestätigte in dem Schreiben auch, dass man den Beynlein als Boten nach Bamberg geschickt hätte.<sup>(4)</sup>

Das Schicksal des oder der Boten – offensichtlich waren beide als Kuriere tätig – und das Schicksal der Nachrichten, die sie überbringen sollten und die ja zumindest zeitweise den Würzburgern in die Hände gefallen waren, interessierte bei dem Schriftwechsel, der sich noch bis Mitte Juni hinzog, niemanden mehr. Beynlein war auch nur ein Bote des Kitzinger Rates und gehörte somit nicht direkt zu Albrechts Leuten, wenngleich Kitzingen als Pfandstadt Teil des Ansbacher Fürstentums war.

Der vierte uns bekannte Fall eines Übergriffs auf Boten ereignete sich, als ein Kurier Albrechts wohl im Verlauf des Oktobers 1478 nach Böhmen unterwegs war und überfallen

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 123, S. 156.

<sup>2</sup> Die Familie von Eberstein war seit dem 12. Jahrhundert in Pommern ansässig. Näheres zu den Vertretern des Hauses im 15. Jahrhundert bei Kneschke, Adelslexikon, Band 3, S. 5 f., Zedlitz-Neukirch, Zweiter Band, S. 100 f., Gauhe, I, S. 355 f. und II, S. 229 – 235. Asmus von Eberstein begleitete Albrecht auch auf dem Kriegszug 1474/75 im Westen des Reiches. Graf Ludwig von Eberstein wurde 1471 zum 22. Bischof von Cammin gewählt. Zu Bischof Ludwig siehe Eubel, Hierarchia, a.a.O., Band 2, S. 116. Der Ort Königsberg liegt in der Neumark an der Grenze zu Pommern. Eberstein amtierte also an der unmittelbaren Nahtstelle der beiden Herrschaftsbereiche und seine Informationen waren von großer Wichtigkeit.

<sup>3</sup> STAN, C 3, Nr. 237 I, fol. 115; Priebatsch 2, Nr. 106, S. 148.

<sup>4</sup> STAN, C 3, Nr. 236 (alte Bamberger Signatur Märckeriana 1911 e, fol. 2 – 9; Priebatsch 2, Nr. 291, S. 301 f.

wurde. Die Nachricht darüber stammt aus einem Brief, den Albrecht am 2. November dieses Jahres an seinen böhmischen Schwiegersohn Heinrich von Münsterberg nach Glatz schickte: *„Item den offen brief. Lieber sone. Wir haben unsrer tochter geschriben neue zeitung. Sind die veind über den boten komen und im die brief genomen und den ausgezogen. Abschrift desselben briefs schicken wir euch hiemit.“* <sup>(1)</sup> Der Brief wurde also nicht nur gestohlen, der Bote scheint auch ausgeplündert und schlecht behandelt worden zu sein. Wahrscheinlich handelte es sich bei dem abgefangenen Schreiben um einen Brief vom 11. Oktober 1478 aus Frankfurt an der Oder, der eine Siegesnachricht nach Glatz übermitteln sollte. <sup>(2)</sup> Albrechts Reaktion auf den Überfall auf seinen Boten beschränkte sich darauf, einen weiteren Brief zu schreiben, darin die abgefangene Nachricht zu wiederholen und ein zweites Mal zu übermitteln. Es hagelte keine Verwünschungen gegen die Übeltäter und erst recht gab es kein Lamento über die Gefahren an sich. Der Sache wurde offensichtlich keine große Bedeutung beigemessen.

Ein fünfter Fall spielte sich im Jahre 1485 ab. Der Versuch Herzog Georgs von Landshut, die Reichsstadt Nördlingen in seinen Einflussbereich zu ziehen, rief auch Albrecht Achilles als dessen territorialpolitischen Gegner auf den Plan. <sup>(3)</sup> Albrecht stand in den Sommermonaten 1485 mit dem Nördlinger Bürger Jakob Protzner in Kontakt, der ihm in einem Schreiben vom 11. Juli unter anderem berichtete, dass die Lage wegen der bayerischen Truppen rund um Nördlingen unsicher sei. In dem Brief Protzners an Albrecht ging es fast ausschließlich um den Übergriff auf einen Boten, weswegen er hier im Wortlaut wiedergegeben werden soll: *„Gnedigster herr. Ich mus eurn gnaden auch eins schreiben, so gescheen ist. Der Trechsel hat von bet wegen her Wilhalm Marschalcks etlich brief zu herrn Casparn gein Eystett gefurt, am herwiederreiten, so er bei Wemdingen komen ist, hat man in angenommen, gefangen, in die stat gefurt. Hat her Caspar (Kaspar von Vestenberg, Amtmann Herzog Georgs in Wemding; d. Verf.) geschafft, das man in durn leg, als man auch gethun hat. Als man in darzu gebracht, hat ein herzogischer trumeter im meins gnedigen hern marggraf Johannsen schilt wollen nehmen, den er öffentlich an im gefurt. Hat der Drechsel gesprochen: las mir den schilt stan oder ich stoß dich in dem aucht und des ich noch ein mal gefangen wer. Damit er in auf die zeit behielt, das man in nit in den thurn legt. Darnach ist der trumeter komen und gesprochen: lieber gib den schilt bald von dir, dann der Caspar spricht: duest du es nit, du mustest drieiß und peyln haben. Also gab er in von im. Da kam herr Ludwig von Bayrn und her Gotz von Aleczheim, welicher sich sein annam mit her Casparn, es wer nit gut, er solt den ledig lassen und uberredt in, das er den betagt hat mit dem schilt auf widerstellen und in mitler zeit den von Nordling nicht zuzufurn.“* <sup>(4)</sup>

Besonders klar wird an dieser Stelle die besondere Rechtsstellung eines Boten, der sich durch ein Wappen – hier offensichtlich sogar das des Markgrafen von Brandenburg – ausweisen konnte. Dies ersparte ihm die Gefangenschaft im Turm und er wurde sogar auf Ehrenwort freigelassen, wenn er sich verpflichtete, im laufenden Konflikt nicht mehr als Bote zur Verfügung zu stehen. <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 444, S. 425 f.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 20. In der selben Gegend fühlte sich auch die Gegenseite unsicher. Der ungarische Statthalter Georg von Stein weigerte sich Ende April 1479, einen Boten von der Stadt Görlitz aus, wo er zu Verhandlungen mit den Brandenburgern war, zu seinem Verbündeten Herzog Johann von Sagan zu schicken, „... aus furcht der bot würde niedergeworfen.“ Er wollte dies erst von Liegnitz in Schlesien aus tun. Quelle: Priebatsch 2, Nr. 551 a, S. 508 f.

<sup>3</sup> Ausführlich mit dem Kampf Herzog Georgs des Reiches um den Einfluss in den Gebieten entlang der Donau hat sich Reinhard Stauber; Herzog Georg von Bayern-Landshut, Kallmünz, 1993, auf den Seiten 232 bis 273 befasst. Stauber sieht den Konflikt um Nördlingen als einen einer langen Reihe von Versuchen des Herzogs und seines Vorgängers Ludwig, seine Machtposition in Schwaben südlich und nördlich der Donau auszubauen. Die Markgrafschaft Burgau, die Pflugschaft Heidenheim, die Grafen von Oettingen und eben die Reichsstadt Nördlingen waren Ziele der Landshuter Expansionspolitik.

<sup>4</sup> STAN, Bayerische Bücher 10, fol. 21; Priebatsch 3, Nr. 1087, S. 411.

<sup>5</sup> Näheres zu dieser Quelle noch in Kapitel 1.2.8.

Während sich die Bayern, ermahnt durch Ludwig, dem unehelichen Sohn des früheren Pfalzgrafen Friedrich des Siegreichen, und späteren Grafen von Löwenstein, peinlich genau an Rechtsregeln hielten, war Albrecht der Vorgang, über den er durch den Brief Protznern zeitnah informiert wurde, keine Reaktion wert. Es findet sich keine Zeile in einem der vielen Briefe, die in diesen Monaten zwischen Ansbach und Nördlingen ausgetauscht wurden, die sich mit dem Übergriff auf den Boten befasst hätte.

Die Reaktion Albrechts auf Übergriffe auf seine Boten, das zeigen alle fünf Fälle, war es, nichts zu tun. Man könnte jetzt natürlich auch argumentieren, dass Überfälle während kriegerischer Auseinandersetzungen und generell in spannungsreichen Momenten an der Tagesordnung waren und man sich deshalb nicht aufregte. Da die Quellen aber außer diesen wenigen Überfällen keinerlei weitere Übergriffe auf Boten aufweisen, scheint mir diese einschränkende Argumentation nicht angebracht. Es ist vielmehr so, dass Albrecht die Übergriffe auf seine Boten nicht wichtig nahm.<sup>(1)</sup>

Eine größere Störung des Nachrichtenverkehrs, als diejenige, die durch das Abfangen von Boten entstand, ergab sich, wenn man die Zahl der Quellen als Maßstab nimmt, durch Verzögerungen. Die Ursachen der Verzögerungen wurden dabei nie in der Organisationsstruktur gesucht, auch nicht in möglicherweise widrigen Umständen auf der Reise, sondern viel eher im persönlichen Fehlverhalten der Boten.

Hier ist als Beleg besonders eine Quelle aus dem Jahre 1480 einschlägig. Sie zeigt, dass die Zuverlässigkeit der Boten nicht immer den Grad erreichte, den die Regierungsstellen sich wünschten und die für eine effektive Abwicklung des Botenverkehrs notwendig war. Albrecht Achilles – ein Freund der ebenso unverblühten wie treffenden Worte – teilte seinem Sohn Johann in einem Schreiben vom 3. November 1480 seine Einschätzung mit, weshalb es immer wieder zu Verzögerungen bei der Zustellung eiliger und wichtiger Nachrichten kam: *„Der botten halben ist vnser schuld nicht, sie liegen gern hieaussen bey Iren bulschaften, so sie schon gefertigt sind. Vnser gewonheit ist, das wir sie allwegen am andern tag fertigen, Es hab dann vrsach, das man botschaft wart, die vor zu erkunden, dester statlicher wissen zu antworten. Ewer lieb must aber den botten beuelhen, so sie von vns gefertigt weren, das sie bald wider kommen“*<sup>(2)</sup>

---

<sup>1</sup> Neben den vier Überfällen auf Briefboten Albrechts, tauchen in den Quellen noch fünf Stellen auf, in denen berichtet wird, dass Boten angegangen wurden. Männer Albrechts fingen Ende Februar 1475 einen burgundischen Boten und nahmen ihm zwei Briefe und einen Zettel ab, die Albrecht zum Kaiser nach Andernach schickte. Friedrich III. bedankte sich am 4. März für die übermittelten Schreiben, die er habe übersetzen und in der übersetzten Version Albrecht zuschicken lassen. „... *daraus du versteen magst, worauf der von Burgundi seinen grundt setzt.*“ Albrecht solle den gefangenen Boten gut verwahren, also nicht freilassen. Quelle: STAN, C 237 I, fol. 418; Priebatsch 2, Nr. 69, S. 118. Beim zweiten Fall handelte es sich auch um das Abfangen eines burgundischen Boten im Reichskrieg, von dem Albrecht nur erfährt, weil der Bischof von Straßburg den Kurfürsten als Feldhauptmann des kaiserlichen Reiches informierte. Der Bischof schrieb Albrecht mit Datum vom 27. März 1475, dass man den Boten Karls, der Bündnispläne bei sich gehabt habe, im Elsass gefangen genommen habe. In Abschrift seien die Briefe an König Ludwig XI. von Frankreich und an den Kaiser geschickt worden, so der Bischof. Albrecht selbst wurde nur über die Tatsache des Abfangens als solche informiert. Interessant ist, dass das Abfangen des Boten durch den Bischof bis zu einem gewissen Grad damit gerechtfertigt wurde, dass Rupprecht von Straßburg explizit schrieb, der Bote habe Briefe *„gegen das romisch reich“* bei sich getragen. Quelle: Priebatsch 2, Nr. 87, S. 131 f. Die drei anderen Fälle sind Übergriffe auf Machtboten, also Herolde, die in einem Fall ein kaiserliches Mandat an Albrechts Gegner Georg von Landshut im Jahr 1485 überbrachten. Quelle: STAN, Bayerische Bücher 10, fol. 36 v., 37; Priebatsch 3, Nr. 1094, S. 418. Das andere Mal handelte es sich um einen Kurier, der die Kriegserklärung der Stadt Nürnberg an Albrecht im ersten Markgrafenkrieg im Jahr 1449 zustellt. Quelle: Müllnersche Chronik; Chroniken der Deutschen Städte, Band 2, S. 130, S. 373, S. 387. Und schließlich betraf es einen Boten, der im Auftrag des Bischofs von Lebus im Jahr 1444 zwei Rittern eine Vorladung vor das bischöfliche Gericht aushändigen wollte. Quelle: Zitiert nach Stölzel, a.a.O., S. 65 f. In all diesen Fällen handelte es sich nicht um Kuriere, die beim Überbringen von Informationen zu Opfern wurden.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 210, S. 261; Priebatsch 2, Nr. 697, S. 650.

Johann musste in seinem Schreiben die Tatsache moniert haben, dass mehrere Nachrichten aus Franken erst mit Verzögerung angekommen waren. Der Fürst in Cölln war es also gewohnt, dass Schreiben relativ zuverlässig und zügig zugestellt wurden, sonst hätte er den in diesen Wochen oder Monaten auftretenden Mangel ja nicht als solchen wahrgenommen. Nun darf diese Stelle nicht überschätzt werden. Sicherlich war es nicht so, dass es der übliche Ablauf war, dass die Boten – kaum waren sie den wachsamen Augen des Hofes entkommen – erst einmal das Pferd anbanden und sich angenehmeren Verpflichtungen hingaben. Doch die Äußerung Albrechts muss auf einem Wissen, einem Erfahrungswert, basiert haben, das sicherlich ein Fundament hatte.

Es ist unwahrscheinlich, dass Albrecht nur schwadronierte, wenn er den Boten in großer Zahl vorhielt, solchermaßen pflichtvergessen zu sein. Denn eine Reihe von Quellen beweist, dass Albrecht seinen Boten im Gegenteil oft sogar großes Vertrauen entgegenbrachte, dass den speziellen Eilboten sogar Geld und größere Sachwerte anvertraut wurden (siehe Kapitel 2.4), ja dass Albrecht sogar auf ihr Wort vertraute. (siehe Kapitel 4) So scheint dieses hier aufscheinende generelle Misstrauen nicht immer geherrscht zu haben. Wahrscheinlich gab es einige konkrete Vorfälle oder Verzögerungen in den zurückliegenden Wochen und Monaten und Albrecht bezog sich bei seiner verallgemeinernden Aussage auf sie.

Auf der anderen Seite wäre es ein faszinierender Gedanke, sich vorzustellen, dass wichtige Nachrichten nicht rechtzeitig ankamen, weil die Boten Schäferstündchen hielten. Die Möglichkeit wäre natürlich gegeben gewesen, da man sie nach Verlassen des Schlosses unbeaufsichtigt lassen musste und man ihre Arbeitsleistung nicht ganz genau messen konnte. Stundenbücher und Postrelaisstationen mit entsprechenden Registern weisen die untersuchten Quellen nicht auf. <sup>(1)</sup> Die Mobilität der spätmittelalterlichen Boten ermöglichte ihnen Freiheiten, die dann im frühmodernen Staat mit seiner Bürokratisierung nicht mehr existierten.

Wie sah es nun mit den tatsächlichen Verspätungen der Boten und den Reaktionen darauf aus? Der bereits zitierte Brief, der die generelle Ursache der Verzögerungen zu kennen vorgibt, bringt noch ein Beispiel für eine konkrete Verzögerung. Albrecht schrieb darin: „*Wir mercken aus disem eweren schreiben, das euch vnser nechste antwort auff ewer vorigs schreiben, die wir euch bey dem Nennynger gethan haben, dennoch nit ist zukommen, aus derselben vnd dieser unser antwort findet Ir vnseres willens genügsame vnderrichtung.*“ <sup>(2)</sup> Albrecht hatte aus dem Antwortschreiben Johanns entnommen, dass dieser sein voriges Schreiben vom 21. Oktober 1480 noch nicht erhalten hatte. <sup>(3)</sup> Ausweislich der Kanzleinotiz hatte Albrecht den Brief vom 21. Oktober durch den vertrauten Boten Nenninger aus Ansbach nach Cölln bringen lassen, wo er aber offensichtlich nicht in der vorgegebenen Zeit ankam.

Albrechts Reaktion war nun die, das zu konstatieren und dann den Inhalt des offensichtlich überfälligen Schreibens noch einmal zu wiederholen. Er ging damit auf Nummer sicher, hoffte aber, dass auch der erste Brief irgendwann noch ankommen würde. Auch in diesem Fall wird kein großes Aufhebens gemacht. Die Tatsache, dass Johann geantwortet hatte, bevor der Brief aus Ansbach kam, zeigt, dass von einer Durchrationalisierung und einem turnusgemäßen Ablauf der Kommunikation noch nicht die Rede sein kann. Die Verzögerungen und die Tatsache, dass die Kommunikation nicht abgestimmt verlief, wurden mehr oder minder achselzuckend akzeptiert.

---

<sup>1</sup> Wie in der Einleitung schon erwähnt, mussten die Boten des Deutschen Ordens solche Einträge auf der von ihnen transportierten Korrespondenz vornehmen lassen. Die Kuriere der Thurn und Taxis führten dieses System dann flächendeckend ein.

<sup>2</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>3</sup> Inhaltlich befasste sich das Schreiben mit der Diskussion über eine Nachricht des ungarischen Kanzlers, des Bischofs von Wardein, in dem es um die Türkenhilfe des Reiches ging. Diese wollte Albrecht ausschließlich aus den Einkünften der fränkischen Fürstentümer bestreiten. Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 85 ff.; Priebatsch 2, Nr. 697, S. 648 ff.

Zeitlich der erste Hinweis auf eine Verzögerung der Briefzustellung ist uns aus dem Jahr 1464 überliefert. Nach dem Tod des letzten Herzogs von Pommern-Stettin machten sich die Brandenburger Hoffnung auf den Gewinn dieses Fürstentums und suchten deshalb auch Unterstützung am Kaiserhof. Albrecht hatte für seinen Bruder einen Gesandten zu Friedrich III. geschickt, der wiederum Kurfürst Friedrich in Cölln mittels Boten über den Fortgang der Ereignisse informieren sollte. Doch Mitte Dezember 1464 kam ein – heute verlorener – Brief aus Cölln nach Ansbach, der deutlich machte, dass noch keine Nachricht vom kaiserlichen Hof nach Brandenburg gekommen war. Albrecht antwortete in einem Schreiben: *„Wir merken an seinem schreiben, das der bot ausz dem keiserlichen hof noch nicht bey Im gesesen ist vnd wir sind teglich wartend Heren wentzaw ...“* <sup>(1)</sup>

Weder war der Bote des Gesandten Wentzlaw aus Graz schon nach Cölln gekommen, als Kurfürst Friedrich II. schrieb, noch war der Gesandte selbst vom Kaiserhof in Ansbach zurück, als Albrecht antwortete. Das Ausbleiben der Informationen lähmte die Tätigkeit der Zollernfürsten. Diese Tatsache wurde vermerkt und Kurfürst Friedrich mitgeteilt. Weitere Maßnahmen scheinen nicht unternommen worden zu sein.

Gegen Ende des Jahres 1471 schrieb Albrecht aus Cölln an die Ansbacher Räte, und befahl ihnen, einige Leute aus Ansbach in die Mark zu schicken, die er dort benötigte. Er wunderte sich, so der Kurfürst, dass der Bote Heinzlein so lange fortbleibe. *„Vns nymet fremd, warumb Ir Heintzen boten als lang enthalt, dann wir vermuten vns, es sol allwegen einer in XIII. tagen auß vnd ein reyten..“* <sup>(2)</sup> Die übliche knapp zweiwöchige Reisezeit schien schon etwas überschritten zu sein, weshalb der Kurfürst höflich nachfragte.

Eine weitere Belegstelle dafür, dass es zu Verzögerungen im Botenverkehr kam, liefert uns das Jahr 1473. Markgräfin Margaretha, Albrechts Nichte, beschwerte sich in einem Schreiben vom 7. Juli 1473, dass sie erfahren habe, dass ihr Bote nach Rom in Ansbach vier Wochen aufgehalten worden war. Man solle ihn doch endlich weiterschicken, monierte sie. <sup>(3)</sup>

Bei einem Briefwechsel zwischen Albrecht und Heinrich von Münsterberg zu Beginn des Jahres 1477 scheint es auch zu Verzögerungen gekommen zu sein. Albrecht legte seinem Antwortbrief vom 1. April einen Zettel bei, in dem er nochmals die Zusendung eines wichtigen Dokumentes anmahnte und sich wunderte, dass es noch nicht angekommen sei. *„Lieber sone. Als uns euer lieb geschriben hat des bischofs von Halberstat halben emoln und auch itzundt, haben wir uns in nutzlicher, fruntlicher meynung verstanden und han deshalb euer lieb vormals auch lassen schreyben und befremdt uns, das uch der brief nicht zukommen ist. Aber wie dem allen, so bitten wir euer lieb gar fruntlich, ir wollet uns solchen brief zum furderlichsten zuschicken.“* <sup>(4)</sup> Ein kurfürstliches Schreiben kam nicht beim Adressaten an und Albrecht begnügte sich damit, einfach noch einmal zu schreiben. Dass Münsterberg den Brief mit der Bitte zwar erhalten, aber nichts unternommen hatte, ist unwahrscheinlich, denn der zweiten Bitte Albrechts leistete er ohne Aufschub Folge, indem er eine Kopie des Dokuments anfertigen und nach Ansbach schicken ließ. Der Brief Albrechts scheint also wirklich verschwunden gewesen zu sein.

Der Tod des Ansbacher Propstes Dr. Peter Knorre am 24. Februar 1478 löste einen intensiven Briefwechsel zwischen dem Landesherrn Albrecht Achilles, dem zuständigen Bischof von Würzburg und dem Bischof von Bamberg aus, der als Vermittler fungierte. Der Briefwechsel zwischen Ansbach und Bamberg funktionierte dabei im zweitägigen Rhythmus. Ein Schreiben allerdings, das in Bamberg am 13. März geschrieben wurde, kam erst am 17. März in Ansbach an. Dies bemerkte Albrecht bei seiner Replik auch, als er dem Bamberger Bischof schrieb: *„... aber der bot ist zu lang ausen gewesen.“* <sup>(5)</sup> Irgendwelche Reaktionen Albrechts

<sup>1</sup> Riedel 3,1, Nr. 250, S. 369.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 10 r.; Burkhardt, Nr. 8, S. 15 f.; Priebatsch 1, Nr. 262, S. 300 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 600, S. 522.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 279, S. 293.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 364; S. 356 f.

mit dem Ziel, dem Problem auf den Grund zu gehen und damit eine Wiederholung zu vermeiden, sind aber nicht überliefert.

Der Hauptmann auf dem Gebirge, Hans von Redwitz, schickte am 8. August 1480 ein heute wohl verlorengegangenes Schreiben an Albrecht, in dem er über die diplomatischen Schritte des böhmischen Adligen Burian von Guttenstein informierte. Albrecht antwortete Redwitz am 29. August. Die Kanzleinotiz lautet: „Datum Onolzpach am dinstag decollcionis Johannis anno dni. Lxxx.“ Und im Text vermerkte Albrecht: „Dein schreiben uns itzund getan, herrn Burian antreffend, in einem brief, des datum stet uf dinstag nach Affre (8. August; d. Verf.), der uns erst uf heut dato geantwortet worden ist, haben wir vermerkt.“<sup>(1)</sup>

In seiner Antwort vom 4. September führte Redwitz unter anderem aus, dass er den Brief dem Hans Rehberger zur Besorgung übergeben habe. Er wisse nicht, wieso der Bote mit dem Schreiben so spät gekommen sei.<sup>(2)</sup> Mit dieser lapidaren Antwort ließen es beide bewenden. Redwitz machte keine – in den Quellen nachvollziehbare – Anstrengungen, den organisatorischen Mangel zu klären und dann zu beheben. Und auch Albrecht hakte, soweit auch hier die Quellen Maßstab sein können, nicht nach.

Die Berichterstattung aus Rom scheint auch nicht immer optimal funktioniert zu haben, wie uns ein Vorgang aus dem Jahr 1482 zeigt. Albrecht hatte den Bamberger Kanoniker Martin Thumbeck im Oktober 1481 an die Kurie geschickt, um im Streit um die Pfaffensteuer<sup>(3)</sup> die Position des Kurfürsten zu vertreten. Das tat er auch, informierte seinen Auftraggeber, beziehungsweise den Ansbacher Kanzler Johann Volker, aber erst mit Schreiben vom 19. Februar, sowie vom 26. und vom 29. März.<sup>(4)</sup>

Schon am 3. März 1482, hatte Albrecht moniert, dass keine Nachrichten Thumbecks eingetroffen seien<sup>(5)</sup> und schließlich kam am 16. April ein Bote Albrechts in die Ewige Stadt, der Thumbeck mit den Vorwürfen Albrechts konfrontierte. Thumbeck schrieb daraufhin am 21. April an Johann Volker und rechtfertigte sich mit dem Hinweis auf die drei Schreiben, die er durch die Nennung der jeweiligen Boten identifizierte. Er habe Briefe mit dem Lebuser Domherrn Johann Theodoricus von Eschenbach, einem gewissen Puczen und dem Kleriker Meister Konrad Greffestein geschickt.<sup>(6)</sup> Auch diese Verspätungen – die Briefe kamen nach der Absendung von Albrechts Mahnschreiben an – wurden im Endeffekt hingenommen, obwohl sie darauf zurückzuführen waren, dass man dem Gesandten an die Kurie keinen Boten mitgegeben hatte, der für die regelmäßige und prompte Zustellung der Informationsschreiben hätte sorgen können. Dies blieb von Rom ins Reich zurückreisenden Klerikern vorbehalten, deren Reisegeschwindigkeit nicht den Vorstellungen Albrechts entsprach.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass weder das Abfangen von Boten, noch die Tatsache, dass sich Boten aus welchen Gründen auch immer verspäteten und damit die Nachrichten sehr viel später oder im schlimmsten Fall gar nicht zugestellt werden konnten, als Katastrophe gewertet wurden. Die nur wenigen Nachrichten darüber zeigen allerdings auch, dass die Vorfälle nicht so häufig waren, als dass sie eine nachhaltige Verschlechterung der Informationslage bewirkt hätten.

## 2.2.5 Ansbach als Nachrichtenzentrum

Nicht immer reisten die Boten mit ihren Nachrichten direkt vom Absender zum Empfänger. Ein Grund könnte gewesen sein, dass die Kuriere nicht wussten, wo der Empfänger sich

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 690, S. 637.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, a.a.O., S. 639.

<sup>3</sup> Der Ablauf des Streites um die Pfaffensteuer ist in Priebatsch 3, Nr. 713 ausführlich geschildert. Im folgenden Kapitel 2.7 dieser Arbeit wird es um den Informationsfluss während der Auseinandersetzung gehen.

<sup>4</sup> STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 226 II, Fasz. 12, fol. 17 und 18; Priebatsch 3, Nr. 849 und Nr. 863.

<sup>5</sup> STAB, a.a.O., fol. 16; stark beschädigter Zettel. Priebatsch 3, Nr. 855. S. 160.

<sup>6</sup> STAB, a.a.O., fol. 20; Priebatsch 3, Nr. 871, S. 183 f.

aufhielt, so dass sie die Nachricht irgendwo abgeben mussten, von wo aus sie weitergeleitet werden konnte. Oder aber sie taten es, weil sie den Auftrag erhalten hatten, ein Regierungszentrum aufzusuchen, in dem die Nachricht empfangen, registriert, vielleicht bearbeitet und dann an den Adressaten weitergeleitet wurde. Es finden sich sowohl Quellen, die belegen, dass Albrecht seine Briefe über ein „Nachrichtenzentrum“ leitete, als auch, dass Schreiben an ihn von diesen Orten weitergeleitet wurden. Schauen wir die Quellen auf diese Frage hin an und beginnen mit der wichtigsten Residenz Albrechts, dem untergebirgischen Hof im Schloss von Ansbach.

Zum ersten Mal berichtet eine Quelle vom 2. Mai 1471, dass Ansbach als Verteilstation diente. Markgraf Johann schickte einen Brief aus Cölln nach Süden, in dem er von Gerüchten berichtete, die es um einen drohenden Krieg gegen Pommern gebe. Dem Schreiben lag ein zusätzlicher Brief bei, dessen Lektüre Johann seinem Vater ebenfalls empfahl. Der Brief war an Albrecht adressiert, aber mit dem Zusatz versehen, dass die Räte diesen Brief öffnen und Albrecht nachsenden sollten, wenn er nicht in Ansbach sein sollte. *„Dem hochgeborenen fursten, vnserm liben heren und vater ... In seinem abwezen seine libe Stathaltern die den brief wol mogen vfbrechen vn fort dan schicken.“* <sup>(1)</sup>

Da das Öffnen und das Weiterschicken von Briefen explizit erwähnt war, kann man wohl sagen, dass es nicht unbedingt die Regel war. Der Hintergrund für diesen konkreten Fall war die Tatsache, dass in Brandenburg bekannt war, dass sich Albrecht schon auf den Weg zum Regensburger Reichstag gemacht hatte. <sup>(2)</sup> Die Brandenburger schickten den Boten aber nicht direkt nach Regensburg, sondern nach Ansbach. Von dort aus sollten die Räte die Weiterleitung übernehmen. Denn die Ankunftszeit des Fürsten in der Donaustadt war nicht mit Sicherheit anzugeben, so dass vor Ort die Entscheidung getroffen werden musste, wie dem Kurfürsten der Brief zugänglich gemacht werden konnte.

Mit Datum vom 7. Mai 1471 existiert eine weitere Quelle, die belegt, dass eine Nachricht nach Ansbach kam, als Albrecht nicht da war, und sogleich weitergeleitet wurde. Hausvogt Heinz von Kindsberg schrieb, dass ein Brief Herzog Wilhelms von Sachsen bezüglich einer Fehde gekommen sei, der unbedingt beantwortet werden müsse. Aus diesem Grund schickte Kindsberg das Schreiben zu Albrecht, der – wie schon erwähnt – auf dem Regensburger Reichstag war. <sup>(3)</sup>

Im Oktober des Jahres 1471 befand sich Albrecht schon auf dem Weg in die Mark und war bis nach Oberfranken gekommen. In Hof erreichte ihn ein Schreiben des Pfalzgrafen Friedrich des Siegreichen, das ihm von Ansbach nachgeschickt worden war. Es ging darin um einen Rechtsstreit wegen eines Knechts. Sicherlich wusste man in Heidelberg noch nicht, dass Albrecht bereits abgereist war, weswegen es nachvollziehbar ist, dass der pfälzische Bote nach Ansbach kam.

Mit Datum vom 17. Oktober adressierte Albrecht ein Schreiben an den Pfalzgrafen, das er ausweislich des Begleitbriefes an die Ansbacher Räte schickte und sie beauftragte, das Schreiben an Friedrich den Siegreichen weiterzuleiten. <sup>(4)</sup> Brief und Antwortschreiben wurden also über Ansbach transportiert.

Albrecht Achilles forderte mit einem Schreiben vom 12. Dezember 1471 aus Cölln die Ansbacher Räte auf, ihm Privilegien und Bullen – die kirchliche Gerichtsbarkeit in der Mark betreffend – aus Ansbach nach Brandenburg zu senden. Zusätzlich, und das ist hier das Entscheidende, sollten die Ansbacher auch noch die Dokumente, die auf der Plassenburg lagerten, besorgen und ihm dann alles zusammen nach Cölln zu schicken. <sup>(5)</sup> Ansbach taucht

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 50, S. 46 f.

<sup>2</sup> Ein Brief Albrechts vom 8. April nach Cölln gibt sein Abreisedatum mit dem 29. April an. Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 104 v.

<sup>3</sup> STAN, A.A. Nr. 732, fol. 58; Priebatsch 1, Nr. 181, S. 251.

<sup>4</sup> Vom Brief Friedrichs erfährt man nur, weil er im Antwortschreiben Albrechts erwähnt ist. Priebatsch 1, Nr. 240, S. 286.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 3 f.; Burkhardt, Nr. 2, S. 6 ff.; Priebatsch 1, Nr. 258, S. 296.

hier das erste Mal auch als Verteilstation von Briefen und Dokumenten auf, die aus dem obergiebigischen Fürstentum stammten.

Einen sehr wichtigen Brief ließ Albrecht seine Ansbacher Räte im Dezember 1471 besorgen. Mit Schreiben vom 21. Dezember 1471 beauftragte Albrecht die Ansbacher Statthalter, die kaiserlichen Kommissare, die im Streitfall zwischen Brandenburg und Pommern-Wolgast um die Nachfolge im Herzogtum Stettin entscheiden sollten, über die Reiseroute zu informieren und sie entsprechend zu instruieren. <sup>(1)</sup> Die Entsendung der beiden Kommissare, die der Kaiser veranlasst hatte, war ein wichtiger diplomatischer Sieg Albrechts in der Auseinandersetzung um die Herrschaft in Pommern. Das sichere Geleit der Kommissare war zum Gelingen des Plans unabdingbar und wurde von Ansbach aus organisiert.

Mit Datum vom 18. Januar 1472 erfahren wir dann von einem Brief der Räte, der kurz vorher aus Ansbach nach Norden geschickt worden war. Albrecht beantwortete das Schreiben und rekapitulierte zu Beginn noch einmal kurz den Inhalt des Briefes aus Ansbach, so dass wir die behandelten Themen erschließen können. <sup>(2)</sup> Darin stand zum einen zu lesen, dass mit dem selben Kurier ein Schreiben des päpstlichen Legaten weitergeleitet worden war, in dem es um eine Pfründe ging. Auch die Weiterleitung der Nachrichten an die beiden oben schon erwähnten kaiserlichen Kommissare, wurde darin bestätigt. Zusätzlich enthielt das Schreiben noch weitere Informationen, die der Rat Jakob Protzner zusammengetragen und nach Ansbach vermeldet hatte. <sup>(3)</sup>

Die Rolle Ansbachs als Nachrichtenzentrale kommt erneut in einem Vorgang zum Ausdruck, der sich rund zwei Wochen später ereignete. Die Ansbacher Räte waren von Albrecht beauftragt worden, ein Schreiben an den Kaiser zu entwerfen, in dem es um die Nachfolgefrage in Pommern-Stettin ging. Dieses Konzept hatten die Ansbacher nach Cölln geschickt, von wo aus es Albrecht mit Korrekturen zurücksandte und anordnete, das verbesserte Schreiben zusammen mit einem von ihm selbst konzipierten Brief <sup>(4)</sup> an den Kaiser zu schicken. Außerdem sollten beide Konzepte in Abschrift zum Erzbischof von Mainz gehen. Anselm von Eyb sollte die Beförderung übernehmen, so Albrechts Anweisung. Das alles erfahren wir durch ein Schreiben Albrechts vom 4. Februar 1472: „*Ewer schreyben Vns itzund gethan vnder anderm Heinczen von Kindsperg Vnd die Marstaller berurende mit zuschickung Abschrift einer k. Citation Vnd wie Ir vnserm hern dem kayser kurtz darvff geschriben auch dabey ein Noteln zugesant, Wie seiner kayserlichen gnad mit entdeckung des handels zuschreyben stee, Haben wir alles vernomen vnd In derselben Notteln etlichermaß endrung gemacht vnd darinn zu vnd abgesaczt, wie ir hirinn aus eingeschlossener abschrift vernemen werdt, an euch mit ernst begerende, ir wollet den brieff nach laut solcher Noteln von euch lautende zustundan fertigen, auch vnserm Swager von Mencz dabey von eweren wegen schreyben Vnd Im abschrift desselben briefs, wie Ir vnserm hern dem kayser deshalb schreybt mit zuschicken ...*“ <sup>(5)</sup> Da es sich um Angelegenheiten des fränkischen Fürstentums handelte, erledigte Albrecht die Korrespondenz über Ansbach, das die regionale Regierungszentrale war. Ein effektives Botensystem erlaubte es Albrecht also, die Regierungsgeschäfte in der jeweiligen Region erledigen zu lassen.

In einem Schreiben vom 22. Februar 1472 bezog sich Albrecht auf einen Brief des Pfalzgrafen Otto II. von Mosbach-Neumarkt. Der Inhalt des Schreibens, in dem der benachbarte Fürst seine Meinung zum Umgang mit Straßenräubern dargelegt hatte, wurde

<sup>1</sup> STAN, a.a.O. Nr. 47, fol. 7 r.; Priebatsch 1, Nr. 263, S. 301.

<sup>2</sup> Das Schreiben der Räte selbst ist nicht überliefert.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 18 r.; Burkhardt, Nr. 17, S. 31 ff.; Priebatsch 1, Nr. 276, S. 312.

<sup>4</sup> Es ging darin um den Streit zwischen Albrecht und der Reichsstadt Nürnberg um eine Schankgerechtigkeit und weitere Streitfälle aus dem fränkischen Raum. Der Brief an den Kaiser, der sich über sechs Seiten hinzieht, ist bei Burkhardt, Nr. 20, S. 41 ff., überliefert. Ob es sich dabei um die erste Fassung des Schreibens handelt, die von Albrecht zur Begutachtung nach Cölln gesandt worden war, oder schon um den endgültigen Text, der an Friedrich III. abging, ist nicht zu entscheiden.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 26 v. f.; Burkhardt Nr. 21, S. 46 f.; Priebatsch 1, Nr. 288, S. 321.

von Albrecht in einem Satz gebilligt. Dieser Brief Ottos war ihm zuvor von Ansbach aus nach Cölln nachgeschickt worden. <sup>(1)</sup> Da Albrecht zu dieser Zeit bereits mehrere Monate aus Ansbach weg war, ist es kaum zu glauben, dass der benachbarte Fürst dies noch nicht erfahren hatte. Die Tatsache, dass der Brief über den Raubüberfall nach Ansbach geschickt worden war, ist ein weiterer Beleg dafür, dass Ansbach auch bei den Nachbarn als regionale Regierungsstelle für das zollerische Franken galt.

Noch eine Stufe professioneller lief die Weiterleitung von Nachrichten in einem Fall im April 1472 ab. Der Rat Sebastian von Seckendorf meldete am 16. April aus Eichstätt nach Ansbach, dass es Schwierigkeiten um das Geleitrecht von Heideck gebe, das mittlerweile im Besitz des Herzogs Ludwig von Landshut sei. <sup>(2)</sup> Dies meldeten die Ansbacher Räte am 18. April weiter an Herzog Wilhelm von Sachsen, weil sie mit Schreiben vom 14. April erfahren hatten, dass Kurfürst Albrecht sich mit dem Sachsenherzog treffen werde. <sup>(3)</sup> Rat Seckendorf schrieb sicher aus organisatorischen Gründen via Ansbach, so dass er in Eichstätt nur einen Boten finden und bezahlen musste, der bis Ansbach reiste. Die Ansbacher besorgten dann die korrekte Weiterleitung zum aktuellen Aufenthaltsort des Fürsten nach Sachsen-Weimar.

Am 25. Juli 1472 beauftragte Albrecht die Statthalter, dass sie Hans von Thalheim <sup>(4)</sup> veranlassen sollten, zwei Briefe weiterzuleiten: einen an den Pfalzgrafen, einen an den Erzbischof von Mainz. In den Schreiben wurden seine kurfürstlichen Kollegen gebeten, sich beim Kaiser dafür einzusetzen, dass dieser den Friedensschluss zwischen Brandenburg und Pommern billige. Zusätzlich sollte noch ein Brief an den Kaiser zugestellt werden, in dem es um Söldner ging, die Friedrich III. gegen die Türken zu Hilfe geschickt werden sollten. Diese drei Briefe wurden also ebenfalls über Ansbach zugestellt. <sup>(5)</sup>

Mit Schreiben vom 4. September 1472 leiteten die Ansbacher Räte einen Brief des Bischofs von Augsburg an Albrecht weiter. Darüber hinaus liegt der Bericht der kurfürstlichen Gesandten bei, die kurz vorher auf einem „*Rechttag*“ in Neumarkt gewesen waren, wo sie mit Otto von Neumarkt verhandelt hatten. <sup>(6)</sup>

Albrecht hatte wohl in den Sommermonaten des Jahres 1472 eine Reihe von Aufträgen nach Süden gesandt, die sowohl die Räte in Ansbach, als auch der Hauptmann auf dem Gebirge, Heinrich von Aufsess, zu erledigen hatten. Beiden Adressaten waren die Aufgaben offensichtlich zu umfangreich und wohl auch zu weitgehend, weswegen man in Cölln erst einmal um genauere Instruktionen bat. Ansbach leitete die beiden Beschwerden

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 30 a; Priebatsch 1, Nr. 293, S. 324 ff.

<sup>2</sup> STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 45. Das Geleitrecht entwickelte sich aus dem Königsrecht und auch der Pflicht des Herrschers, Reisende auf öffentlichen Straßen zu schützen. Im Statutum in favorem principum von 1231 wurde den Fürsten dieses Recht eingeräumt. Das Geleitrecht hatte sich im Spätmittelalter zu einem der wichtigsten Merkmale der Landesherrschaft entwickelt. Es erlaubte die Kontrolle über die Reisenden und auch die Lenkung der Warenströme hin zu bestimmten Zollstätten oder Handelsplätzen. Allerdings, das war die Kehrseite, war der Geleitherr auch zu Schadenersatz verpflichtet, wenn einem Kaufmann innerhalb des Geleites etwas geschah. Kurz dargelegt ist die Entwicklung des Geleitrechts im LexMa, Band 4, Spalte 1204 f. Dort findet sich auch weiterführende Literatur.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 49 v.; Burkhardt 1, Nr. 47, S. 92; Priebatsch 1, Nr. 329, S. 353. Eine Antwort auf den Brief der Räte ist erhalten. Allerdings nur eine von Herzog Wilhelm III., die dieser am 24. April aus Weimar abschickte.

<sup>4</sup> Hans von Thalheim tauchte als Rat im Gefolge Albrechts auf. Er war auch als militärischer Führer tätig und kämpfte als solcher auch in württembergischen Diensten gegen den Pfalzgrafen.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 99 r. ff.; Priebatsch 1, Nr. 434, S. 429 f. Albrecht stellte um den 25. Juli sieben Briefe aus, die alle bei Burkhardt abgedruckt sind. Quelle: Burkhardt, Nr. 92 – 98, S. 170 ff. Sie datieren entweder vom Jakobstag selbst oder vom 26. und 27. Juli. Albrechts Mann Hans von Thalheim war mit dem Pfalzgrafen in Streit geraten und Albrecht intervenierte für ihn.

<sup>6</sup> Ein Raubritter aus dem fränkisch-böhmischen Grenzland, genannt der „Zaunrude“, hatte auf markgräfllich-fränkischem Gebiet einige böhmische Kaufleute überfallen, ausgeplündert und einen bewaffneten Geleitknecht des Markgrafen entführt. Auf neutralem Gebiet, der Residenz des Pfalzgrafen Ottos von Neumarkt, verhandelte man über etwaige Entschädigungen der Böhmen und Maßnahmen gegen den Raubritter. Näheres zu dem Fall in Kapitel 2.6.

zusammengefasst auf einem Zettel weiter, der dem Schreiben vom 4. September beilag, und wirkte so erneut als Koordinator der beiden fränkischen Fürstentümer bei der Berichterstattung. <sup>(1)</sup> Wieder sieht man Ansbach in einer privilegierten Stellung, nachdem sich die Vertreter in beiden fränkischen Residenzen vorher untereinander verständigt hatten.

Am 22. Mai 1476 war Ansbach wieder als Verteilstation gefragt. Zusammen mit einer Reihe von Briefen, die Albrecht an diesem Tag aus Cölln – er war zu seinem zweiten Aufenthalt in der Mark – nach Ansbach schickte, wurden auch zwei Schreiben zugestellt, die weitergeleitet werden sollten. Es handelte sich um Briefe an den kaiserlichen Rat Dr. Martin Heiden sowie an einen brandenburgischen Lehnsmann, der in Österreich weilte. *„Lieben getreuen, wir schicken euch hiemit ein brive an doctor Jorgen Heyden, in seinem abwesen an Volckarten von Auersberg lautend, auch dabey ein brive, Veyten von Eberstorff, unserem lehentrager in Osterreich zugehörig, dorinne wir ine eins schloss halben genannt Sladendorff im land Osterreich gelegen, das von uns zu lehen rürt und uns heimgestorben ist, auf doctor heydens schriff uns deshalb gethan und durch euch jungst zugesandt, widerumb antworten und schreyben ,mit vleys begernde, ir wollet in solich brive furderlich bey unserem aigen botten einem, wo ir anders vergeben gewisse bottschaft nit bekommen mogt, hinab schicken, damit sie die ding des gemelten sloss halben unserm bevehle nach wissen zu handeln und wir nicht umb die lehen kommen. Daran tut ir unsern willen und ernste meinung.“* <sup>(2)</sup> Einmal wurde schon die Benachrichtigung Heidens über den Heimfall der Burg über Ansbach zu Kurfürst Albrecht gemeldet. Und auch Albrechts Befehle, deren Ausführung ihm sehr wichtig waren, weil er befürchtete, ihm könnte sonst das Lehen entfremdet werden, sollten durch einen von Ansbach ausgesandten Boten nach Österreich überstellt werden.

Die Jahre 1475 und 1476 waren für Albrecht und seine Fürstentümer eine eher ruhige Zeit. Das zeigt auch der im Verhältnis zu anderen Zeiten reduzierte Botenverkehr, aber eben auch, wie hier zu sehen, die in seiner Abwesenheit nur selten in Anspruch genommene Funktion der Hauptresidenz als Nachrichtenzentrale. Weder war die Herrschaft in Brandenburg durch innere und äußere Gegner bedroht, noch kam es zu größeren Problemen in den fränkischen Fürstentümern. Während des knapp siebenmonatigen Aufenthalts Albrechts in Brandenburg im Jahr 1476, von März bis September, war der oben geschilderte Vorgang der einzige Fall, in dem Ansbach als Verteilstation dienen musste.

Wichtig wurde Ansbachs Rolle als Nachrichtenzentrale wieder in der Zeit des dritten Aufenthalts des Kurfürsten in Brandenburg, von Juni 1478 bis Mai 1479.

Zwei sehr wichtige Nachrichten trafen im Juni 1478 – kurz nach Albrechts Abreise – in Ansbach ein und wurden in einem Schreiben an Albrecht umgehend weitergeleitet. Ausweislich dieses Schreibens vom 8. Juni hatten die Räte vom Jägerknecht Muschler, der zur Zeit in Ellingen – dem Sitz des fränkischen Landkomtur des Deutschen Ordens – sei, erfahren, dass man in Nürnberg eine Versammlung von hohen Ordensrittern einberufen habe. Der Großkomtur aus Preußen habe Ulrich von Leutersheim, den Deutschmeister aus Burg Horneck, und den fränkischen Landkomtur Melchior von Neunneck zu sich gebeten, um ihnen vorzuschlagen, die fränkischen Besitzungen des Ordens zu verkaufen und damit Pfandschaften in Preußen auszulösen. All dies meldeten die Räte weiter nach Cölln. <sup>(3)</sup>

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 467, S. 445.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 20 r.; Priebatsch 2, Nr. 217, S. 231 f.

<sup>3</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 38 r.; Priebatsch 2, Nr. 571, S. 532. Die Beziehungen zwischen Albrecht und den fränkischen Deutschherren waren sehr eng. Es gab enge wirtschaftliche Verflechtungen. Die Brüder Tucher aus Nürnberg betrieben zum Beispiel eine Kupferschmelze bei Ellingen. Der Handelsverkehr von und zu der Schmelze verlief über Ansbacher Gebiet und wurde von Albrecht besonders geschützt. Gerade deshalb arbeiteten der Landkomtur und Albrecht in Bezug auf die Stadt Nürnberg politisch eng zusammen und Albrecht scheint eine Art von Schutzvogtei über die Ballei ausgeübt zu haben. Ein Verkauf der Herrschaften wäre für Albrecht nicht von Vorteil gewesen. Der Landkomtur versicherte Albrecht dann auch in einem Schreiben, dass an den Verkaufsgütern nichts dran sei. Quelle: STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 51 r. Albrecht reagierte

Dem selben Schreiben lag ein weiterer Zettel bei, in dem die Räte Informationen Albrechts von Biberen weitergaben. Dieser sei in Würzburg gewesen, um dort über Zollfragen zu reden. Dabei habe ihm der Bischof im Geheimen gesagt, dass er mit Albrecht zu einem Bündnis gelangen wolle. Dies meldete man Albrecht und fügte die Analyse an, dass der Bischof wohl nur deshalb Albrecht ins Spiel gebracht habe, um auf die Verhandlungspartner Bayern und Pfalz Druck auszuüben. Zusätzlich zur Information und Analyse schlugen die Räte dann noch eine Vorgehensweise vor. Man wolle zwei Räte unter einem Vorwand nach Würzburg schicken und dann verhandeln. Damit würde man die Sache bis zu Albrechts Rückkehr in der Schwebe halten. <sup>(1)</sup>

Albrecht von Biberen, der von den Räten zu den Verhandlungen mit dem Bischof erneut nach Würzburg geschickt worden war, meldete am 19. Juni 1478 die Ergebnisse nach Ansbach. Der Bischof verhandle sehr zögerlich und führe an, er könne nichts ohne das Domkapitel beschließen, so das an Albrecht gemeldete Fazit. <sup>(2)</sup> Den Brief sandten die Räte am 1. Juli 1478 weiter nach Cölln. <sup>(3)</sup>

In diesem Schreiben tauchen noch zwei weitere wichtige Nachrichten auf, die die Ansbacher übermittelten. Der Domdechant Hertnid von Stein habe dem Ansbacher Dechanten Stephan Scheu eine Reihe von Informationen übermittelt. <sup>(4)</sup> Außerdem legten die Räte noch einen Brief des Ritters Stefan von Kehlheim bei, der als ein Dienstmann Sigmunds von Tirol bezeichnet wurde. <sup>(5)</sup>

Am 4. Dezember 1478 schrieb der Wormser Domherr Peter Anton von Clapis an Albrecht nach Ansbach. Er habe bei seinem Aufenthalt in Rom einen Auftrag von Papst Sixtus IV. erhalten und da er selbst krank sei, schicke er seinen Vikar Bernhard Dichlin, so der Kleriker in seinem Brief in lateinischer Sprache. <sup>(6)</sup> Die Ansbacher meldeten dies am 21. Dezember nach Cölln und schickten zwei Schreiben mit, die mit dem „*annulo piscatoris*“ gesiegelt waren. <sup>(7)</sup>

Der Auftrag des Wormser Domherrn hatte also darin bestanden, dem Kurfürsten zwei Briefe des Papstes zuzustellen. Entweder wusste der Domherr, der offensichtlich gerade aus Rom zurückgekommen war, nicht, dass Albrecht schon seit ein paar Monaten in Brandenburg weilte, oder er entschloss sich, die Briefe nach Ansbach zu senden, weil er das dortige Schloss für Albrechts Regierungszentrale hielt. Der Inhalt eines der päpstlichen Schreiben ist auch überliefert. Albrecht wurde darin gebeten, an den König von Frankreich zu schreiben. <sup>(8)</sup>

Schon am 7. Dezember 1478 hatten die Ansbacher Räte nach Cölln geschrieben und in dem Schreiben auch einen Brief der Räte von der Plassenburg an den Kurfürsten erwähnt. Diesen,

---

auch und forderte den Landkomtur auf, nichts zu verkaufen. Das Verhältnis des Ordenskomturs zu Albrecht zeichnet Dieter J. Weiß nach: Die Geschichte der Deutsch-Ordens Ballei Franken im Mittelalter; Neustadt, 1991

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 41; Priebatsch 2, Nr. 571, S. 533.

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. I, fol. 48; Priebatsch 2, Nr. 574, S. 536 f.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 49; Priebatsch, a.a.O.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., Priebatsch a.a.O. Stein meldete, dass er mit päpstlichen Nachrichten auf dem Weg zum Kaiser nach Österreich sei.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., fol. 50; Priebatsch, a.a.O. Bei dem Schreiben Kehlheims handelte es sich um ein Schreiben, in dem der englische König Eduard mit Wissen Herzog Maximilians von Burgund, des späteren Kaisers, Albrecht ein Ehebündnis vorschlug. Es wird in den Kapiteln 2.4 und 3.3 näher auf diesen interessanten Brief einzugehen sein. Quelle: STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. I, fol. 45.

<sup>6</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. III, fol. 84; Priebatsch 2, Nr. 456, S. 436 f.

<sup>7</sup> Priebatsch 2, a.a.O.

<sup>8</sup> Dies geht aus einem Schreiben der Räte hervor, das sie am 11. Dezember 1478 nach Cölln schickten, um den Kurfürsten daran zu erinnern, diesen Briefe zu schreiben. Quelle: STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 12; Priebatsch 2, Nr. 463, S. 442. Diesem Schreiben der Räte ist indirekt sogar auch noch der Tenor des päpstlichen Briefes zu entnehmen. Albrecht sollte wohl bei Ludwig XI. für Maximilian Stellung beziehen. Denn die Räte schrieben weiter unten, dass noch eine Gesandtschaft nach Frankreich unterwegs ist, die „*auch von des konigs von Hungern wegen herzog Maximilian zu gute zu dem konig von Franckreich reyten.*“ Dies zeigt, dass die Räte die Schreiben, obwohl sie mit dem päpstlichen Siegel geschlossen waren, auch geöffnet und aufmerksam studiert hatten.

so die Ansbacher Räte, habe man gelesen und lege ihn nun in Abschrift bei. <sup>(1)</sup> Das bedeutet, dass die Ansbacher Räte den Plassenburg Originalbrief behielten und wahrscheinlich im Archiv ablegten. Sie verfügten somit eigenverantwortlich über die Korrespondenz des Fürsten, was ihre Rolle als bevollmächtigte Vertreter des Fürsten noch einmal herausstellt.

Einen sehr komplexen Auftrag für seine Räte hatte Albrecht dann am 11. Dezember dieses Jahres, als er sie anwies, eine Gesandtschaft zu Herzog Maximilian in die Niederlande zu schicken. Die Räte antworteten darauf am 27. Dezember 1478 und berichteten von Schwierigkeiten bei der Organisation und der Notwendigkeit, zusätzliche Instruktionen zu bekommen, um sie an die Gesandten weitergeben zu können. <sup>(2)</sup> Auch meldeten sie dem Fürsten, dass sie dem Amtmann von Osternohe, Konrad Irlbeck, das Entlassungsschreiben wie befohlen zugestellt hätten. <sup>(3)</sup> Hier zeigt sich die Mittlerfunktion Ansbachs sowohl für regionale Verwaltungsakte, als auch für weitreichende diplomatische Aktivitäten, die mit Hilfe des Botenwesens sichergestellt werden konnte. Albrecht befand sich in diesen Monaten in Brandenburg im Krieg mit den Pommern und den Gegnern in Schlesien, musste seine Leute und Ressourcen zusammenhalten und beauftragte deshalb Ansbach mit den Reichsgeschäften und regionalen fränkischen Angelegenheiten.

Ebenfalls eine besondere Rolle Ansbachs ist festzustellen, wenn wir einen Brief anschauen, den die Räte am 7. Dezember 1478 zu Albrecht schickten. Dieser Brief sei schon abgefertigt gewesen, als ein Schreiben aus dem Fürstentum auf dem Gebirge eingetroffen sei. Dieses werde, so die Ansbacher Räte, in Abschrift beigelegt.

Dem Brief, der über Ansbach nach Cölln geschickt werden sollte, war zu entnehmen, dass die Verantwortlichen auf der Plassenburg über Gerüchte informiert worden waren, dass das Fürstentum von Böhmen aus angegriffen werden könnte. Die Plassenburg Räte klagten, dass sie Instruktionen bräuchten, da Hauptmann Hans von Redwitz noch in der Mark sei. Man habe bereits zweimal direkt an Albrecht geschrieben und noch keine Antwort erhalten, so die Klage der Plassenburg im Brief via Ansbach. Dieses Schreiben war am 30. November, dem Andreastag, von Kulmbach aus auf den Weg gebracht worden. Die Adresse lautete: „*Den würdigen und besten herrn gnedigsten Albrechten zu Brandenburg Kurfürst Statthaltern und Reten zu Onolzpach unseren hern und guten freunden.*“ <sup>(4)</sup>

Die Verantwortlichen im Obergebirgischen, die wohl befürchteten, dass ihre Briefe nicht angekommen waren oder nicht für wichtig genug erachtet worden waren, versuchten den Weg über Ansbach, der als sicher und zuverlässig galt. Die Position Ansbachs als Nachrichtenverteilzentrum kommt hier wieder bestens zum Ausdruck.

Albrecht reagierte dann auch auf das über Ansbach weitergeleitete Schreiben und antwortete mit entsprechenden Befehlen und Vorschlägen. <sup>(5)</sup> Das Entscheidende für unsere Fragestellung ist aber, dass auch dieser Brief nach Ansbach geschickt und von dort weitergeleitet worden war. Albrecht hieß die Maßnahmen, die man auf der Plassenburg eingeleitet und über die man ihn via Ansbach informiert hatte, gut und schickte seine

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 459, S. 438 ff. Dem Ansbacher Schreiben ist auch der Grund zu entnehmen, weshalb der Brief über Ansbach lief. Ansbach hatte eindeutig die führende Stellung in den fränkischen Besitzungen und die anderen Räte mussten zu Besprechungen in die untergebirgische Residenz. „*Sein alsbald die anderen statthalter von euren gnaden zu der rechnung geordnet bei uns hie gewest,*“ liest man im Brief der Räte aus Ansbach. Man habe nun ein Aufgebot erlassen und die entsprechenden Befehle dann auch an die Verantwortlichen auf der Plassenburg geschickt, so die Mitteilung an Albrecht. Quelle: Priebatsch, a.a.O.

<sup>2</sup> Das Datum des Schreibens steht in sofern unter Vorbehalt, weil der Schreiber es seinem Eintrag nach am Tag des Johannes des Evangelisten ausfertigte. Und der 27. Dezember ist eigentlich dem Apostel Johannes gewidmet. Interessant ist auch, dass es Schwierigkeiten damit gab, dass der fränkische Kämmerer Sixt die notwendigen 300 Gulden für die acht Reiter in die Niederlande nicht ohne direkten Zahlungsbefehl des Fürsten bereitstellen wollte.

<sup>3</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. II, fol. 12; Priebatsch 2, Nr. 463, S. 442 ff.

<sup>4</sup> STAN, C 3, Nr. 267, fol. 7 v.; Priebatsch 2, Nr. 459, S. 438 ff.

<sup>5</sup> Der wichtigste Schachzug war die Rücksendung des Hauptmanns Hans von Redwitz.

Antwort, die auf den 20. Dezember 1478 datiert ist, wieder über Ansbach auf das Fürstentum auf dem Gebirge. <sup>(1)</sup>

Der oberpfälzische Ritter Kaspar von Vestenberg meldete Albrecht am 22. Dezember 1478, dass er zusammen mit Pfalzgraf Otto von Mosbach-Neumarkt zu Verhandlungen mit Matthias von Ungarn nach Budapest reisen werde. Dieses Schreiben scheint ebenfalls via Ansbach nach Cölln zu Albrecht geschickt worden zu sein. <sup>(2)</sup> Auch hier muss der Absender bewusst Ansbach als den Ort gewählt haben, an den er seinen Brief schickte. Denn Albrecht war schon rund ein halbes Jahr aus Franken weg und Kaspar von Vestenberg musste darüber informiert gewesen sein.

Eine etwas undurchsichtige Angelegenheit war es, die Ansbachs Rolle wieder deutlich werden ließ. Der neue Bischof von Bamberg, Philipp von Henneberg, schickte mit Datum vom 30. Dezember 1478 einen Brief nach Ansbach. Das Schreiben war eigentlich nach Rom an den Kardinal von Mantua, Albrechts Großneffen, adressiert und enthielt eine Reihe von Beschwerden über den Bamberger Domherrn Hertnid von Stein. <sup>(3)</sup> Bischof Henneberg bemerkte dazu in einem Anschreiben, dass dieser Brief ursprünglich von Albrecht gekommen sei und nun in Ansbach gesiegelt und dann im Namen beider Fürsten nach Rom geschickt werden solle. <sup>(4)</sup>

Doch den Statthaltern in Franken schien das wohl nicht ganz glaubhaft zu sein. Also schrieben sie Albrecht mit Datum vom 4. Januar 1479, meldeten den oben aufgeführten Sachverhalt, baten um Auskunft und legten auch den Brief Hennebergs in Abschrift als Zettel bei. Auch der Bamberger Bischof sei über die Nachfrage in Cölln informiert worden, fügten die Räte noch an. <sup>(5)</sup> Leider ist keine Reaktion Albrechts überliefert, aus der zu entnehmen ist, ob es sich um eine Finte des Bischofs handelte, seinem Schreiben nach Rom mehr Gewicht zu verleihen oder wirklich um eine konzertierte Aktion der beiden Fürsten. <sup>(6)</sup> Wie auch immer

<sup>1</sup> Priebatsch 2, a.a.O. Die Ansbacher waren es auch, die von sich aus eine Reihe von Gegenmaßnahmen einleiteten. In Abwesenheit des Hauptmanns regierten die Räte im Unterland bei Extremfällen auch das Fürstentum auf dem Gebirge.

<sup>2</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. II, fol. 14; Priebatsch 2, Nr. 468, S. 446. Pfalzgraf Otto wäre als Lehnsman der böhmischen Krone und als Nachbar Frankens bei einem militärischen Konflikt zwischen Matthias und Albrecht zwischen den Stühlen gesessen und wollte wohl deshalb Frieden stiften. Auch der Ritter Kaspar scheint in einem Loyalitätskonflikt gewesen zu sein, weil er zwar mit Otto mitreiste, aber auch Albrecht informierte. Der Ritter stand zu beiden Fürsten in Abhängigkeiten. Genaueres über Pfalzgraf Otto von Neumarkt und seine politische Tätigkeit findet sich bei Günther Wüst, Pfalz-Mosbach; a.a.O.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 485, S. 454, Anm. 3. Stein war ein enger Berater Albrechts, galt selbst als Kandidat für das Bamberger Bistum und führte als Dompropst den Widerstand des Kapitels gegen den Kandidaten und dann vom Papst promovierten Philipp von Henneberg an. Bischof Philipp versuchte das Kapitel und vor allem Stein unter anderem auch durch Beschwerden in Rom zum Schweigen zu bringen. Dabei musste er sich wichtiger Leute vor Ort bedienen, die die Beschwerden entsprechend weiterleiteten. Kardinal Gonzaga, der auch oft für Albrecht tätig und mit diesem verwandt war, sollte wohl durch die Fürsprache Albrechts gewonnen werden. Die Auseinandersetzung um den Bamberger Bischofsstuhl zeichnet Matthias Thumser, Der Konflikt um die Wahlkapitulation zwischen dem Bamberger Domkapitel und Bischof Philipp von Henneberg; Bamberg, 1990; S. 135 – 140, nach.

<sup>4</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. I, fol. 38 ff.; Priebatsch 2, Nr. 485, S. 454 f.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 485, S. 454.

<sup>6</sup> Thumbeck bezeichnete den Brief als fingiertes Schreiben Albrechts, ohne das aber zu belegen. Thumbeck, Hertnid von Stein, a.a.O., S. 137, Anm. 48. So klar scheint dies auch nicht zu sein. Denn Stein schien Albrecht in der Angelegenheit nicht getraut zu haben. Denn als der Kurfürst im Streit um die Auseinandersetzung zwischen dem Dompropst und Henneberg als einer der Vermittler benannt wurde, boykottierte Stein das Verfahren und wandte sich direkt nach Rom. Es ist gut möglich, dass Albrecht wirklich ein Schreiben über Bamberg nach Ansbach geschickt hatte, um es dort zur Weiterreise nach Rom bearbeiten zu lassen. Stein, der Albrecht bei vielen kirchenrechtlichen Fragen als Gesandter und Ratgeber diente, versuchte damals auch eine Pfründe in der Reichsstadt Nürnberg zu bekommen, die Albrecht traditionellerweise nicht freundlich gesinnt war. Das könnte das Verhältnis der beiden abgekühlt haben, wenngleich ein Beschwerdebrief Albrechts zusammen mit Henneberg eine sehr große Missstimmung andeuten würde. Der Domkapitular war auch später noch als Gesandter Albrechts in Rom tätig. Schon am 7. März 1479 war Stein nachweislich beim Kardinal von Mantua

es war, es bleibt die Feststellung, dass Ansbach als Ort für die Weiterleitung von Briefen und sogar deren Siegelung galt.

Der Tod Herzog Ludwigs des Reichen am 18. Januar 1479 wurde von Landshut nach Ansbach gemeldet und die Ansbacher Räte, die sich im Plenum im Kloster Heilsbronn trafen, meldeten dieses Ereignis am 26. Januar weiter nach Brandenburg, wo Albrecht bestätigte, davon am 6. Februar in Frankfurt an der Oder erfahren zu haben. <sup>(1)</sup>

Drei Briefe aus Graz vom kaiserlichen Hof wurden von dort im April 1479 nach Ansbach geschickt. Es handelte sich um ein Schreiben des päpstlichen Legaten, des Bischofs Alexander von Forlì, vom 8. April mit Informationen über Venedig, die Türken und Italien, ein Schreiben des Kaisers vom 12. April über die erfolgte Belehnung der Herzöge Magnus und Albrecht von Mecklenburg <sup>(2)</sup> und eine Nachricht des kaiserlichen Rates Martin Heiden, der als Stellvertreter des Legaten eingesetzt worden war, vom 14. April, in der ebenfalls Informationen aus Italien und vom Balkan zu finden waren. <sup>(3)</sup> Diese drei Briefe an Albrecht schickten die Räte aus Ansbach weiter nach Brandenburg.

Die Schreiben aus Graz gingen nach Ansbach, obwohl am kaiserlichen Hof bekannt war, dass Albrecht schon seit längerem in der Mark war. Auch von einer Rückkehr Albrechts nach Franken war im April nirgends die Rede. Man muss also davon ausgehen, dass die Schreiben bewusst nach Ansbach geschickt wurden, weil man glaubte, dass eine Weitervermittlung von dort aus zuverlässig geschehen werde. Finanzielle Aspekte – von Graz aus kostete ein Bote nach Ansbach weniger als einer bis nach Brandenburg – mögen ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Dafür gibt es aber keinen Beleg. Die fränkischen Statthalter jedenfalls schickten, das zeigen diese Quellen, nicht jeden ankommenden Brief gleich weiter, sondern hielten Schreiben zurück, bis einige zusammengekommen waren. Entweder wartete man auf den turnusmäßigen Boten oder schickte dann einen Kurier los, wenn es wegen der Bedeutung der Angelegenheit notwendig war.

Pfalzgraf Otto von Mosbach-Neumarkt bediente sich nach seiner Rückkehr aus Ungarn ebenfalls Ansbach als Vermittlungsstation für seine Kontakte mit Albrecht Achilles. Er schickte seine Räte zuerst nach Ansbach, die dort die Statthalter Albrechts informierten. Erst im Anschluss daran reiste die Neumarkter Delegation weiter zu Albrecht nach Brandenburg. Die Ansbacher Räte schickten einen Eilkurier voraus, der Albrecht die wichtigsten Informationen, die sie von den pfälzischen Räten erhalten hatten, schon mitteilte. <sup>(4)</sup>

Trotz der Rückkehr des Hauptmanns Hans von Redwitz auf die Plassenburg fungierte Ansbach teilweise weiter als Nachrichtenverteilzentrum für obergebirgische Angelegenheiten, wie gezeigt werden kann. Albrecht hatte befohlen, in Franken Truppenverstärkungen anzuwerben und nach Brandenburg zu schicken. Dieser Befehl, der ausdrücklich beide fränkischen Fürstentümer betraf, ging ausweislich der Antwort der Ansbacher Räte vom 17. Mai 1479 zentral nach Ansbach. Die Räte schrieben in ihrem Antwortbrief, dass der Befehl an den Hauptmann auf dem Gebirge, 100 Pferde zu stellen und zusätzlich eine Anzahl namentlich genannter Leute zu schicken, weitergeleitet worden sei. Auch die Antwort, die inzwischen von der Plassenburg eingetroffen war, wurde Albrecht als Anlage mitgeschickt. <sup>(5)</sup> Ansbach war also nicht nur als Regierungszentrum, sondern auch als Nachrichtenzentrum zu diesem Zeitpunkt dem Verwaltungszentrum auf der Plassenburg eindeutig übergeordnet.

und sprach dort in Albrechts Namen vor. Quelle: STAN, C 3, Nr. 267, fol. 66; Priebatsch 2, Nr. 524, S. 485.

Eine nachhaltige und dauerhafte Verstimmung ist also nicht feststellbar.

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 5; Priebatsch 2, Nr. 509, S. 475.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 7; Priebatsch 2, Nr. 537, S. 495 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 538, S. 496.

<sup>4</sup> STAN, C 3, Nr. 267 fol. 72, f.; Priebatsch 2, Nr. 548, S. 506. Dieser sehr interessante Vorgang ist in Kapitel 3 ausführlich geschildert.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 557, S. 516 ff. Neben der Berichterstattung über die eigenen Versuche, Truppen anzuwerben, kamen die Räte auch auf das obergebirgische Fürstentum zu sprechen. Der Brief des von Redwitz schilderte die finanziellen Engpässe seiner Herrschaft, die es unmöglich machen würden, die gewünschten Truppen zu stellen.

Dem gerade analysierten Schreiben lag noch ein Zettel bei, in dem die Ansbacher das Weiterleiten von weiterer Korrespondenz und die Erledigung von zusätzlichen Aufträgen bestätigten. Sie hätten, so schrieben sie, Johann Polraus mit Credenzen zum Kaiser, an den Kardinal Heßler und die Höflinge Waldner und Nyderthorer geschickt, um Mandate im Streit um das Herzogtum Stettin zu bekommen. Außerdem sei ein Brief des Martin Heiden angekommen, den sie ihm im Original beilegen würden.<sup>(1)</sup>

Die Analyse dieser zusammen rund 30 Quellen zeigt, dass sich die fränkische Residenz Ansbach immer in Zeiten der Abwesenheit des Fürsten zu einem Nachrichtenzentrum entwickelte. Die Räte empfangen Nachrichten, leiteten sie an den Fürsten weiter, archivierten und bearbeiteten sie aber auch. Sie stellten Sendungen zusammen, ergänzten die Nachrichten aus Briefen mit zusätzlichen Informationen und bearbeiteten Schreiben auch redaktionell, bevor diese weitergeschickt wurden. Die Räte leiteten Schreiben des Kurfürsten an den Kaiserhof und andere Fürsten, aber auch im regionalen Raum weiter. Selbst Einfluss auf das obergergische Fürstentum ergab sich aus dieser Stellung als Nachrichtenzentrale. Ansbach war in regionalen Angelegenheiten der Residenz auf der Plassenburg übergeordnet. Der Fürst selbst bediente sich explizit auch der Räte im Ansbacher Schloss, um seine Informationsbeschaffung und seinen Nachrichtenverkehr zu intensivieren und zu optimieren.

Die Wahl von Ansbach als Verteilzentrum von Nachrichten entsprang manchmal dem reinen Zufall. Die Absender von Briefen wussten oft einfach nicht, dass Albrecht Achilles nicht in seiner fränkischen Residenz war. Doch das war eher selten der Fall. Überwiegend schrieb man bewusst nach Ansbach, da man davon ausgehen konnte, dass die Informationen von dort aus zuverlässig weitergeleitet wurden. Die Verantwortlichen dort hatten für regionale Angelegenheiten eine gute Ortskenntnis und ortskundige Boten an der Hand. Außerdem waren sie über den Aufenthaltsort des Fürsten informiert und konnten ihn relativ schnell erreichen.

Neben anderen Aspekten, welche die Entwicklung zu einem Herrschaftszentrum, einer Regierungszentrale dokumentieren, zeigt auch die Entstehung des Nachrichtenzentrums, dass Ansbach zu dem zentralen Ort der Zollern in Franken geworden war. Ansbach funktionierte auch ohne die Anwesenheit des Fürsten als Residenz. Ein leistungsfähiges und zuverlässiges Botenwesen war unabdingbarer Bestandteil dieser Art von Regierungsführung.

Ansbach kann sich als Nachrichtenverteilzentrum in seiner organisatorischen Leistung qualitativ durchaus mit der benachbarten Reichsstadt Nürnberg messen, die – wie in der in der Einleitung vorgestellten Arbeit von Polivka nachgewiesen ist – das Nachrichtenzentrum des Reiches war. Dieser Vergleich kann natürlich nicht aufrecht erhalten werden, wenn man die Zahl der Informationen betrachtet, die von Nürnberg aus weitergeleitet wurden.

---

Sie würden den Albrecht Stieber ins Oberland schicken, um noch Geld aufzutreiben. Es sei ihnen aber zuviel, sich auch noch um die dortigen Angelegenheiten zu kümmern, schrieben die Ansbacher Räte.

Auch Redwitz schien vom Hineinregieren der Ansbacher in sein Territorium nichts zu halten und trat mit Albrecht auch wieder direkt in Kontakt. Allerdings erst am 12. Juni schilderte er ihm nochmals die Problemlage. Die Befehle, Truppen und Geld sammeln, sei ihm zu spät zugegangen. Quelle: Priebatsch 2, Nr. 557, S. 517 f. Ob damit eine Verzögerung wegen der Benachrichtigung über Ansbach festgestellt oder nur vorgeschoben wurde, ist nicht zu klären.

<sup>1</sup> Priebatsch, a.a.O. Der Zettel vermerkte, dass Ihnen der Brief von einer „*Marktbotschaft*“ überbracht wurde. Es ist das einzige Mal, dass in den Quellen zu Albrecht Achilles dieser oder ein ähnlicher Terminus auftaucht. Zu denken ist dabei an die Überbringung der Nachricht durch einen Kaufmann. Dies war ein Verfahren, das sich besonders im 14. Jahrhundert entwickelt hatte und dazu führte, dass Kaufmannsfamilien oder Handelsgesellschaften sich ein Botennetz aufbauten. Auch die Metzgerzünfte, deren Mitglieder weit reisten, wurden immer wieder als Überbringer von Botschaften eingesetzt. Siehe dazu Näheres in der Einleitung. Da die Quellenstelle, wie schon gesagt, alleine steht, ist es nicht möglich, die Hintergründe klarer zu beleuchten. Nach dem Kenntnisstand, der sich aus den Quellen ergibt, scheint sich Albrecht dieser Art der Nachrichtenübermittlung kaum bedient zu haben.

## 2.2.6 Die Plassenburg als Nachrichtenzentrum

Was das zweite Regierungszentrum in Franken betrifft, die Plassenburg ob Kulmbach, so geben uns die Quellen immerhin auch in rund einem Dutzend von Fällen Hinweise auf eine Weiterleitung von Nachrichten.

Der erste nachzuweisende Fall einer Weiterleitung stammt aus dem Jahr 1467. Heinrich von Aufsess, der Hauptmann auf dem Gebirge, schickte seinem Fürsten mit Datum vom 6. April 1467 einen Brief weiter, den er aus Böhmen erhalten hatte. *„Caspar Junkheer und Clemens Buchelberger zu Eger haben mir geschriben vnd etlich werbung an euch thun lassen, als ewer gnad in den eingeslossen brief und zettel der meynung nach sulcher werbung vernemen wirdt. Mich dabey ersucht, zu verfügen, domit das in geheim gehalten vnd sie nicht vermerkt werden.“*<sup>(1)</sup> Es ging in dem Schreiben um Informationen über eine mögliche böhmische Fürstenfronde gegen König Podiebrad.<sup>(2)</sup> Die Plassenburg als Relaisstation wurde wahrscheinlich gewählt, um die Geheimhaltung zu ermöglichen. Eine Reise bis nach Ansbach an den Hof Albrechts wäre wohl zu auffällig gewesen. Dass aber Bürger aus Eger ins fast benachbarte Kulmbach reisten, war sicherlich ein alltäglicher Vorgang.

Ein Brief Albrechts von seinem ersten Aufenthalt in Brandenburg in den Jahren 1471 bis 1473 liefert eine weitere zu untersuchende Stelle. Albrecht schrieb am 1. Januar 1472 aus Cölln an den Hauptmann Heinrich von Aufsess und übermittelte ihm dabei unter anderem einen Brief an Heinrich von Münsterberg. Diesen sollte Aufsess an Albrechts Schwiegersohn in Böhmen weiterleiten. *„Lieber getrewer. Wir haben dein schreyben vns itzund gethan alles gelesen, vnd als Du berurst vnsern sone Hertzog Heinrich von Münsterberg zuschreiben, das thun Wir hiemiet, Wie Du eingeschlosner abschrift vernemen wirst vnd schicken die denselben briue auch hiebey, das du Im den bei einem botten selbst hineinschickest und die antwort, die er weder geben wirdet auffbrechen vnd vernemen mogest, wie wol vns nicht zweifelt er werdt sich nicht anders halten, dann wir gern sehen.“*<sup>(3)</sup> Aufsess sollte also den Brief nicht nur weiterleiten, er bekam den Inhalt in einer Kopie auch mitgeteilt und durfte die Antwort Münsterbergs öffnen. Dies zeigt, dass der Hauptmann auf dem Gebirge in der Politik gegenüber Böhmen eine wichtige Rolle spielte, die weit über das Weiterleiten von Schreiben hinausging. Der größte Teil des Briefes, den Albrecht am 1. Januar an Aufsess geschrieben hatte, bestand dann auch aus Informationen über die Situation in den Reichen der Krone Böhmens. Aufsess, ein wichtiger Mann in Fragen der böhmischen Politik, musste schließlich informiert werden.

Am 26. Februar des selben Jahres schrieb Albrecht wieder an Aufsess und informierte ihn über anstehende Verhandlungen zwischen Brandenburg und Sachsen, in denen unter Vermittlung des Bischofs von Augsburg Grenzstreitigkeiten beigelegt werden sollten. Aufsess wurde angewiesen, die Räte Jakob Protzner und Dr. Peter Knorre darüber zu informieren, dass sie als brandenburgische Gesandte agieren sollten. Knorre werde er selbst schreiben, so Albrecht.<sup>(4)</sup> Wieso Aufsess hier als Vermittler der Schreiben eingesetzt wurde, ist nicht zu klären.

Post für Aufsess gab es dann wieder am 14. März 1472, als Albrecht ihn über den Weg der kaiserlichen Kommissare informierte, die auf dem Weg nach Pommern waren. Dieses

<sup>1</sup> FRA II, 42, Nr. 299, S. 407.

<sup>2</sup> Siehe die genauere Analyse in Kapitel 2.3.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 11 r.; Burkhardt Nr. 11, S. 18; Priebatsch 1, Nr. 269, S. 304 f. Es gibt einen umfangreichen Briefverkehr zwischen Albrecht und Münsterberg über all die Jahre ihrer verwandtschaftlichen Verbindung und politischen Zusammenarbeit. Vor allem zwischen Brandenburg und Schlesien wurde dieser Schriftverkehr immer direkt abgewickelt, so dass der hier geschilderte Umweg über Kulmbach eine Ausnahme blieb.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 33 r.; Burkhardt, Nr. 26, S. 58 ff.; Priebatsch 1, Nr. 297, S. 329 f.

Informationsschreiben sollte er nach Ansbach weiterleiten. <sup>(1)</sup> Die Reise der Kommissare war – wie oben schon ausgeführt – von großer Bedeutung für Albrecht, so dass dieser Umweg der Nachricht nur damit zu erklären ist, dass die Kommissare auch über das Gebiet des obergerbirgischen Fürstentums reisten und Aufsess folglich auch informiert sein musste.

Am 17. Juni 1472 schrieb Albrecht aus Cölln wieder an Aufsess. Diesmal hieß es nur, dass er beiliegende Briefe an die Adressaten weiterleiten solle. *„Lieber getrewer. Wir haben dir des fordern tags bey einem von Guntzenhausen geschriben, das du die brief vnssern Reten doaussen zusteende, die er tregt auffbrechen, die wider versigeln vnd denselben vnssen reten furter bey Inn zusenden sollest. Bey denselben briuen findest du zusammen gepunden zwen brief einer an Doctor knorrn vnd Albrechten Stieber, in sunderheitt der ander ist ein kleins brieflein, dem landkomethur vndd Doctor knorrn auch in sunderheit Inir selbs hant zusteende lautend, dasselb klein brieflein dem Lantkomether vnd Doctor knorren zugehörig, das gib dem Beyerlein und beuilh im, das er das keinem menschen geb, dann dem Johannes Volcker, dem schreiben wir hiemit, wie er es damit halten soll. Datum Cöln an der Sprew am Mittwoch zunacht nach Viti.“* <sup>(2)</sup>

Es sind drei Briefe aus diesen Tagen überliefert, die in Cölln ausgestellt und an Adressaten in Franken gerichtet waren. Am 15. Juni schrieb Albrecht an Knorre und Stieber einen Brief, in dem er Anweisungen über Zahlungen an Leute in Bamberg und im Land auf dem Gebirge gab. Das zweite Schreiben, ebenfalls auf den 15. Juni datiert, ging an den Landkomtur Neuneck und an Knorre. In diesem Schreiben wies er beide detailliert an, wie in anstehenden Verhandlungen mit der Reichsstadt Nürnberg in Finanzfragen vorzugehen sei. <sup>(3)</sup> Dokument Nummer drei stammt vom 17. Juni, hat Albrechts Kanzler Johann Volker als Adressaten und beauftragte ihn mit einer etwas prekären Mission. Er sollte nämlich den Brief an Knorre und Neuneck an sich nehmen und darüber keinem Menschen etwas sagen, auch den beiden nicht, die sonst ärgerlich werden könnten. Dieser Brief lautet vollständig: *„Lieber getrewer. Wir begern vnd beuelhen die, das du disen brief dem Landkomethur vnd Doctor knorrn zusteende zu deinen handen nemest, dir den allein behaltest vnd an kein mensch der do lebt gelangen last, vnd wiss duch vnsser meynung dorinnen zuhandeln. Doch las es nicht herauß gegen keinen lebendigen menschen, Du sehest dann einen grunt, das es also einen furgangk neme, dannoch sag nicht, das wir dirs geschriben haben, dann es möchte jene zwen verdriessen. Und versuch vor trewlichen, ob du vns was von newerungen wegen erlangen mogst von gelt, vnd das man die vnssern nicht alos beswer mit dem walde. Und die annderen ding mocht man die stellen als vnsser brief anzeigt, liessen wir gescheen. Wir schreiben hiemit dem Lantkomethur vndd dir, Dornach habt euch bede zurichten, vnd das du in sunderheit der ding ein wissen hast, ob es uff das hertzst kom was vnsser meynung ist, und was do gescheen solt, das es bald geschee.“* <sup>(4)</sup>

Der Hauptmann auf der Plassenburg erhielt das gesamte Konvolut aus Cölln mit einem außerordentlichen Boten, jemandem aus der markgräflichen Stadt Gunzenhausen. Zusätzlich übertrug Albrecht Aufsess die Verfügungsgewalt über den vertrauten Eilboten Bayerlein, der das prekärste der Schreiben auch sicher an Volker überbringen sollte. Albrecht hatte durch die Benutzung der Plassenburg als Verteilstation die Kanzlei in Ansbach umgangen. Wäre der Geheimbrief an Volker dort eingegangen, so wäre er vielleicht nicht länger geheim geblieben und der Rat Knorre hätte von der Beaufsichtigung seiner Tätigkeit erfahren. Ein gewisses Misstrauen Albrechts gegenüber Knorre wurde in der Forschung immer schon konstatiert und damit begründet, dass Knorre neben seiner Pfründe in Ansbach, wo er ja Dekan war, auch

<sup>1</sup> STAN, a.a.O.; Burkhardt, Nr. 29, S. 61; Priebatsch 1, Nr. 304, S. 333 f. Wie oben in Kapitel 1.2.2. schon erwähnt, reisten die Kommissare auf Albrechts Bitten hin nach Pommern, weshalb er für deren Vorankommen sorgen musste.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O. Nr. 47, fol. 83 r.; Burkhardt, Nr. 84, S. 156; Priebatsch 1, Nr. 413, S. 420.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 82 v.; Burkhardt, Nr. 83, S. 155 f.; Priebatsch 1, Nr. 414, S. 420.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O. Nr. 47, fol. 82 r.; Burkhardt, Nr. 82, S. 154 f.; Priebatsch 1, Nr. 415, S. 421.

noch eine Pfarrstelle in Nürnberg innehatte. Albrecht handelte in diesem Fall durch den Einsatz seiner Boten und der Nachrichtenzentrale Plassenburg sehr geschickt und umsichtig, um die Geheimhaltung zu wahren. <sup>(1)</sup>

Außerdem existiert noch ein Schreiben aus diesen Tagen, das direkt an die Ansbacher Räte ging. Offensichtlich wurde es durch einen weiteren Boten direkt nach Ansbach gebracht, was die Dichte des Nachrichtenverkehrs einmal mehr bestätigt. Es enthielt eine Reihe von Instruktionen, vor allem was die Weiterentwicklung der Beziehungen zu Herzog Ludwig von Landshut anging. <sup>(2)</sup>

Ein weiteres Schreiben Albrechts an Aufsess ist vom 14. August 1473 aus Neustadt an der Aisch überliefert. Darin enthalten war ein Brief an Jobst von Einsiedel, der ebenfalls in Neustadt an der Aisch geschrieben war. Diesen sollte Aufsess von Kulmbach zum Adressaten nach Troppau bringen lassen. <sup>(3)</sup> Hier diente die Plassenburg wieder als Verteilstation für den Briefverkehr nach Böhmen. Wahrscheinlich hatte Aufsess Zugriff auf Boten, die die Wege kannten.

Auch aus Augsburg vom Reichstag schrieb Albrecht an Aufsess und forderte ihn auf, beiliegende Briefe an die Adressaten weiterzuleiten. <sup>(4)</sup>

Mit dem Amtsantritt des neuen Hauptmanns auf dem Gebirge, des Ritters Hans von Redwitz, im Jahre 1476 stieg die Bedeutung der Plassenburg als Briefverteilstation, qualitativ und quantitativ. Das zeigte sich bereits im März 1478. Der böhmische Adelige Burian von Guttenstein, Vertrauter des Königs Ladislaus, schickte durch den Amtmann Nickel Schirndinger einen Brief an Redwitz, in dem ein Treffen vorgeschlagen wurde, bei dem auch die Heirat zwischen Ladislaus und Barbara ein Thema sein sollte. Diesen Brief, der am 8. März angekommen war, schickte Redwitz schon am 9. März weiter zu Albrecht. <sup>(5)</sup>

Die wichtigsten Quellen dafür, dass die Plassenburg eine Drehscheibe für die Kontakte mit Böhmen war, stammen aus dem Jahr 1479. In den Monaten Oktober bis Dezember sind mindestens sieben Briefe zwischen Prag, der Plassenburg und Ansbach ausgetauscht worden, bei denen Hauptmann Hans von Redwitz als Mittler diente.

Mit Datum vom 9. Oktober 1479 schrieb wieder Burian von Guttenstein an Redwitz, „*seinem besondern, guten freunde*“, wie es in der Anrede hieß. Burian teilte mit, dass sich der böhmische Adel „*itzunt auf dem tag*“ König Ladislaus angeschlossen habe. Ladislaus habe das gesamte Land unter Kontrolle und wolle sich mit Albrecht treffen, um Verhandlungen zu führen. <sup>(6)</sup> Redwitz leitete das Schreiben am 16. Oktober weiter zu Albrecht und gab seiner Vermutung Ausdruck, dass es sich bei den Gesprächen um die Heiratsfrage Ladislaus-Barbara drehen könnte. <sup>(7)</sup> Albrecht antwortete auf den Brief am 25. Oktober aus Ansbach mit dem Auftrag, Guttenstein zu sagen, er solle einen Vertrauten schicken. <sup>(8)</sup>

---

<sup>1</sup> Nach langen kirchenrechtlichen Auseinandersetzungen gelang es Knorre auch mit Hilfe des zuständigen Bamberger Bischofs Anton von Rotenhan schon 1454 die Pfarrstelle von St. Lorenz in Nürnberg zu bekommen. Außerdem hatte er noch weitere Pfründe inne, die Stiftspropstei in Wetzlar und die Pfarrstelle in Hallstadt. Knorre war demnach finanziell von Albrecht weitgehend unabhängig, wengleich die beiden Ansbacher Pfründe, die Ansbacher Propstei und die Stelle des Scholasters an der Stiftskirche von St. Gumbert, doch die wichtigeren waren. Näheres über Knorres finanzielle und politische Stellung und weitere Literatur findet sich in Johannes Kist, Peter Knorr; In: Fränkische Lebensbilder; Zweiter Band; Würzburg, 1968; S. 159 – 176.

<sup>2</sup> Burkhardt, Nr. 80, S. 148 ff.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 656, S. 549.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 843, S. 662. Der Brief gibt keine direkte Auskunft darüber, an wen die beigelegten Schreiben gehen sollten. Allerdings informierte Albrecht Aufsess im selben Schreiben darüber, dass er Jobst Schirndinger, dem Amtmann von Bayreuth befohlen habe, die böhmischen Gesandten zum Reichstag zu geleiten. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Briefe, die Aufsess weiterleiten sollte, auch mit der Gesandtschaft zum Reichstag zu tun hatten.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 367, S. 358.

<sup>6</sup> Priebatsch 2, Nr. 610, S. 561.

<sup>7</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>8</sup> Priebatsch, a.a.O.

Redwitz tat wie gewünscht, meldete sich mit einem Schreiben vom 20. Dezember 1479 wieder zu Wort und berichtete darin, dass Burian erneut einen Brief geschickt hätte. Aus dem Schreiben Burians, das auf den 12. Dezember in Tachau <sup>(1)</sup> datiert ist, ist zu entnehmen, dass Redwitz im Auftrag seines Fürsten sich tatsächlich an Burian gewandt hatte. Redwitz, dessen Brief nicht überliefert ist, hatte ausweislich der Antwort Burians die Nachricht übermittelt, dass eine persönliche Reise Albrechts nach Böhmen bedingt durch dessen Krankheit zur Zeit nicht möglich sei. Entweder könne Burian von Guttenstein oder einer seiner Vertrauten nach Ansbach oder Redwitz nach Prag kommen. <sup>(2)</sup>

In dem Brief Burians vom 12. Dezember, der am 20. Dezember von Kulmbach nach Ansbach weitergeschickt worden war, stand, dass die Sache so wichtig sei, dass er an Neujahr persönlich nach Ansbach kommen wollte, um zu verhandeln, denn die Sache könne er nur direkt mit Albrecht besprechen. <sup>(3)</sup> Noch am 20. Dezember schrieb Redwitz an Burian, dass er das Schreiben weitergeleitet habe. <sup>(4)</sup>

Am 27. Dezember meldete sich wiederum Albrecht zu Wort und wies Redwitz an, dem Burian zu schreiben, dass Heinrich von Münsterberg in der Sache verhandle. Weiter meinte Albrecht, dass Münsterberg geeigneter sei als Burian. Dieses solle Redwitz Burian allerdings nicht weitererzählen, wurde der Hauptmann gebeten. Wolle Burian aber dennoch kommen, so habe er nichts dagegen und man solle ihn geleiten. *„So wayst du wol, das unsers gleits gewonheit nit anders ist dann fur uns und die unsern, er wir ongeverlich mechtig sind. Demnach versahen wir uns des gleits nicht. Ist es aber verfenglich und will er dich des handels berichten, so reyrt gegen im oder er schick seiner diener ein zu uns, den man stillschweigend mog durchbringen. Den wollen wir gern hören und geburlich antworten.“* <sup>(5)</sup>

Dann brachen die Nachrichten über die Verhandlungen mit Burian für mehr als ein halbes Jahr ab. Für eine Reise Redwitz' oder einen Besuch eines böhmischen Abgesandten in Ansbach ist kein Quellenzeugnis überliefert, so dass nicht festzustellen ist, ob der Nachrichtenaustausch über die Plassenburg damals einen zählbaren Erfolg hatte.

Bei der Analyse dieses Nachrichtenverkehrs fällt zum ersten auf, dass von Redwitz der alleinige Mittelsmann ist. Kein Schreiben scheint direkt zwischen Ansbach und Prag ausgetauscht worden zu sein. Zum zweiten wird deutlich, dass Redwitz nicht nur Briefe weiterleitete. In der Mehrzahl der Fälle formulierte er die Schreiben nach Albrechts Vorgaben weitgehend selbst, wurde vom Fürsten voll ins Vertrauen gezogen und gab auch seine politischen Einschätzungen wieder. <sup>(6)</sup> Albrecht scheint gewusst zu haben, über welches Thema Burian von Guttenstein verhandeln wollte, obwohl es in keinem Schreiben anklang und auch von mündlichen Nachrichten nicht die Rede ist. Der Fürst verließ sich in dieser Angelegenheit auf von Redwitz.

Was den technischen Ablauf des Briefverkehrs angeht, so scheinen Burians Boten dessen Schreiben bis nach Kulmbach gebracht zu haben, wo die Briefe dann von Redwitz' Leuten weiter nach Ansbach transportiert und die Antworten von diesen wieder nach Kulmbach gebracht wurden. Das kann daran gelegen haben, dass die jeweiligen Boten ihr Terrain besser kannten. Wichtiger war aber wahrscheinlich noch, dass man Aufsehen vermeiden wollte und kein böhmischer Bote bis nach Ansbach reiten sollte. Eine explizite Aussage zu diesem Punkt liefern uns die Quellen allerdings nicht. Da Albrecht Redwitz aber in seinem Schreiben vom 27. Dezember anwies, einen möglichen Gesandten *„stillschweigend durchzubringen“*, ist es sehr wahrscheinlich, dass man keine große Aufmerksamkeit durch den häufigen Einsatz von fremden Kurieren erregen wollte.

<sup>1</sup> „Datum ex Tachaw dominica ante festum Lucie anno LXXIX“

<sup>2</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>3</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>4</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>5</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>6</sup> Redwitz war auch als persönlicher Gesandter Albrechts in böhmischen Fragen tätig, so zum Beispiel in Verhandlungen mit böhmischen Adeligen, wozu er zu Unterhandlungen nach Karlsbad ritt.

Einen ähnlichen Fall des indirekten Briefverkehrs zwischen Ansbach und Böhmen finden wir, wenn wir uns eine Quelle aus dem Sommer des Jahres 1480 anschauen. Trotz Albrechts Auffassung, Guttenstein sei für Verhandlungen über Barbaras Zukunft nicht so geeignet, ging der Schriftverkehr zu diesem Thema mit dem böhmischen Adeligen weiter. Mit Datum vom 29. August dankte Albrecht Hans von Redwitz für ein Schreiben „*uns itzund getan, herrn Burian antreffend.*“<sup>(1)</sup> Darin ging es um das mögliche Heiratsgut beziehungsweise die Mitgift Barbaras. Burian von Guttenstein hatte sich in dieser Frage wieder an Redwitz gewandt, der dann entweder den Brief nach Ansbach weiterleitete oder aber zumindest eine Nachricht schickte, in der der Inhalt von Burians Schreiben so detailliert referiert wurde, dass Albrecht eine zweiseitige Antwort verfassen konnte.

Albrecht schickte diese Antwort zurück an von Redwitz. Dieser antwortete wieder am 4. September und fragte den Fürsten, ob er Burian eine Abschrift des Briefes senden, oder diesem nur mündlich darüber berichten solle, etwa unter Weglassung bestimmter Stellen, die sich auf die Herzöge von Sachsen bezögen.<sup>(2)</sup> Albrecht hatte anscheinend aus anderen Quellen erfahren, dass Kurfürst Ernst und dessen Bruder Albrecht Herrschaften in Böhmen gegen hohe Summen von Ladislaus zu Pfandlehen nehmen wollten. Albrecht hatte dies Redwitz mitgeteilt, diesem erschien es aber unklug, Burian von Guttenstein mitzuteilen, dass man im Hause Brandenburg davon wusste.

Daraufhin schrieb Albrecht am 9. September aus Cadolzburg, von Redwitz möge dem Burian den Brief in einer Abschrift zukommen lassen. Die ihm verfänglich erscheinende Stelle solle aber abgeändert werden. Albrecht schickte von Redwitz auch den entsprechenden neuen Text mit.<sup>(3)</sup>

Hier zeigt sich, dass Redwitz zum einen wieder als Vermittler bei Verhandlungen mit Böhmen diene. Doch er beriet den Herrscher auch in politischen Fragen und Albrecht war bereit, die Ratschläge seines Hauptmannes auch umzusetzen. Nachrichten wurden nicht nur einfach weitertransportiert, sondern, wenn nötig, auch modifiziert. Allerdings hielt von Redwitz Rücksprache mit dem Fürsten, bevor er aktiv wurde.

Das Antwortschreiben des Hauptmanns vom 4. September belegt auch noch eine zweite Nachrichtenweiterleitung. So vermeldete von Redwitz, dass ein Brief der Herzöge von Sachsen angekommen sei. Diesen habe er aufgebrochen und nun weitergeleitet.<sup>(4)</sup> Ob es darin auch um die Dreiecks-Beziehung Böhmen-Sachsen-Brandenburg ging und von Redwitz deshalb die Abänderung der Sachsen betreffenden Stelle vorschlug, ist nicht zu beweisen, aber sehr wahrscheinlich. Doch auch wenn sich der Brief der Sachsenherzöge mit einem anderen Problem befasst hatte, so bleibt er für die Bewertung der Stellung der Plassenburg als Nachrichtenverteilstation sehr wichtig. Denn von Redwitz öffnete einen versiegelten Brief, las ihn und leitete ihn dann weiter.

Der soeben dargelegte Ablauf einer Nachrichtenübermittlung muss aber wenigstens zum Teil auch als Negativbeispiel für ein explizites Nichtfunktionieren der Plassener Verteilstation erhalten. Denn eine der Zustellungen im August 1480 klappte nur mit Verzögerungen, wie die nachfolgende Textstelle verdeutlichen soll. Albrecht schrieb Hauptmann von Redwitz mit Datum vom 29. August: „*Dein schreiben uns itzung getan, herrn Burian antreffend, in einem brief, des datum stet uf dinstag nach affre (8. August; d. Verf.) nechstvergangen, der uns erst uf heut dato geantwort worden ist, haben wir vermerkt ... .*“<sup>(5)</sup> Der Brief aus dem obergiebigischen Fürstentum, mit dem zusammen die Schreiben Burians transportiert wurden,

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 690, S. 637.

<sup>2</sup> Priebatsch, 2, Nr. 690, S. 639.

<sup>3</sup> Priebatsch, a.a.O. Der Hintergrund dieses Briefwechsels ist die Rivalität zwischen Sachsen und Brandenburg um den Einfluss im Königreich Böhmen. Beide deutschen Kurfürsten waren auch Lehnsleute der böhmischen Krone und versuchten durch Kauf oder Heiratsverbindungen ihren Einfluss dort zu verstärken. Im 15. Jahrhundert waren die Wettiner deutlich erfolgreicher. Literatur: Kretschmar, a.a.O.

<sup>4</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 690, S. 637 ff.

kam also erst nach mehr als drei Wochen in Ansbach an, während sonst drei Tage die übliche Zeitspanne waren.

Anfang des Jahres 1480, um zeitlich noch einmal etwas zurückzugehen, stoßen wir auf Nachrichten zu anderen Fragen, deren Weiterleitung der Hauptmann auf dem Gebirge besorgte. Die Geleitstrecken durch Oberfranken und die thüringischen Gebiete Sachsens nach Norden waren immer wieder ein Streitpunkt zwischen Albrecht und den Sachsenherzögen. So offensichtlich auch im Januar 1480, als am 19. dieses Monats der sächsische Hauptmann zu Voigtsberg und Plauen, Thym von Hermannsgrün, an den markgräflichen Kastner in Hof, Laurein Voit, schrieb. Er beschwerte sich im Namen des Kurfürsten von Sachsen, dass Kaufleute, die von Hof kämen, nicht die vorgeschriebene Straße über Plauen nähmen. <sup>(1)</sup>

Diesen Brief schickte der Kastner am 28. Januar 1480 an von Redwitz weiter und bat seinen Vorgesetzten um Rat. Er erinnerte auch an den Streit, den man wegen des Geleites schon mit Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar hatte, der seinerseits das Geleit durch sein Territorium forderte. Beim Amtmann von Hof könne er keine Hilfe erwarten, klagte Voit, denn dieser „... *sunder mich alzeit hasset und neydt*“. <sup>(2)</sup>

Redwitz schien daraufhin den Fürsten in Ansbach verständigt zu haben. Leider ist das Schreiben des Hauptmanns nicht erhalten. Sehr wohl aber die Antwort Albrechts an von Redwitz aus Ansbach vom 5. Februar. Darin schrieb der Kurfürst, dass er die Kaufleute nur auf seinem Gebiet zur Einhaltung der vorgeschriebenen Geleitstrecke zwingen könne. Was sie außerhalb seines Territoriums machen würden, gehe ihn nichts an. Er empfehle, Herzog Wilhelm die Sache mitzuteilen und ihn zu bitten, sich mit seinen Neffen zu einigen. <sup>(3)</sup>

Die Nachrichtenweiterleitung hatte hier einen diplomatischen Hintergrund. Redwitz wollte, dass Albrecht mit seinen fürstlichen Standesgenossen die Sache bereinigte. Albrecht hingegen wollte sich heraushalten. Denn wie auch immer er entschied, das Geleit durch das Gebiet des Kurfürstentums oder durch das Gebiet des Herzogtums Sachsen-Weimar zu organisieren, mit einem der Wettiner Fürstentümer würde er Ärger bekommen. Deshalb wollte er die Verhandlungen wohl auf niedrigerer Ebene laufen lassen.

Auf die Streitigkeiten innerhalb seiner Beamtschaft ging Albrecht in seiner Antwort an von Redwitz nicht ein. Es ist nicht klar, ob von Redwitz das Thema überhaupt angesprochen hatte, oder ob es Albrecht nicht für notwendig hielt, hier einzugreifen, obschon die Hilfeverweigerung des Vogtes dem Kastner gegenüber ein schwerwiegender Vorgang war, der die Funktionsfähigkeit der markgräflichen Verwaltung gefährden konnte.

So weit die geringe Zahl an Quellenstellen ein Fazit erlaubt, ist zum einen die Zuständigkeit des Regenten auf der Plassenburg für die Böhmen-Korrespondenz zu konstatieren. Die Weiterleitung von Nachrichten war im Falle der Plassenburg beschränkt auf die benachbarten Regionen, meist Böhmen, in einem Fall auch Sachsen. Das unterscheidet die Plassenburg von Ansbach, wo ein Nachrichtenverteilstützpunkt etabliert wurde, das für die Kommunikation in allen Angelegenheiten zuständig war.

Die beiden für die Jahre 1479 und 1480 überlieferten Fälle von Nachrichtenweiterleitung zeigen das große Vertrauen, das Albrecht in den Hauptmann Hans von Redwitz hatte, dessen Kompetenzen weit über die bloße Weiterleitung von Nachrichten hinausgingen. Dieser schien bei Albrecht eine noch größere Vertrauensstellung zu besitzen, als sie der Vorgänger Heinrich von Aufsess innegehabt zu haben scheint, wengleich auch dieser bei einigen Kontakten zu Böhmen miteinbezogen wurde und als Verhandlungspartner diente.

<sup>1</sup> STAN, Brandenburg-Ansbach 25, Korrespondenz des Markgrafen Albrecht, fol. 46 r. Zum Thema Geleitrecht und seine Bedeutung für die spätmittelalterliche Herrschaftsbildung siehe kurzgefasst den entsprechenden Artikel im LexMa, Band 4, Sp. 1204 f. Dort ist auch auf weiterführende Literatur verwiesen.

<sup>2</sup> STAN, a.a.o., fol. 46 v.

<sup>3</sup> STAN, Brandenburg-Ansbach 25, Korrespondenz des Markgrafen Albrecht, fol. 110 r.

Bis zu einem gewissen Grad versuchte Albrecht mit Hilfe der Vertrauten auf der Plassenburg die Statthalter in Ansbach zu kontrollieren. Geheimbefehle, die in Ansbach bald publik geworden wären, ließ der Fürst über die Plassenburg zustellen, um sie so geheim zu halten.

### 2.2.7 Cölln als Verteilstation

Natürlich diente auch der Hof in Cölln in einigen Fällen als Verteilstation für Briefe, die von Albrecht abgeschickt oder an ihn adressiert waren. Doch ist dies in wesentlich weniger Fällen nachzuweisen, als wir sie aus Albrechts Hauptresidenz Ansbach überliefert finden. Ursache dafür dürfte zum einen die relativ kurze Zeit gewesen sein, die Albrecht in Brandenburg verbrachte. <sup>(1)</sup> Zum anderen ist es wohl ein Beweis dafür, dass Ansbach die Hauptresidenz Albrechts war.

Im Frühjahr 1473, als Kurfürst Albrecht von seinem ersten Aufenthalt in Brandenburg wieder nach Franken zurückgekehrt war, trafen im Hof zu Cölln zwei Briefe ein, einer mit Datum vom 3. April von Busso von Alvensleben, dem Hauptmann der Altmark, und einer datiert am 5. April aus der Stadt Gartz in der Uckermark, in denen wichtige Informationen für Albrecht standen. <sup>(2)</sup> Alvenslebens Brief und das Schreiben der Stadt <sup>(3)</sup>, das am 8. April in Cölln war, wurden von dort aus an Albrecht nach Süden weitergeschickt. Im Fall des städtischen Schreibens wird dies deutlich, weil es im Begleitschreiben des Kanzlers Sesselmann an Albrecht explizit aufgeführt wurde: „*Ist gestern (8. April; d. Verf.) der von gartz brieff seiner gnaden zugeschickt, den ich ewer gnaden hiemit sende.*“ <sup>(4)</sup>

Was den Brief des altmärkischen Hauptmannes anging, so ist aus dem Inhalt von Sesselmanns Schreiben zu entnehmen, dass die Informationen weitergeleitet wurden. Beide Absender gingen wohl noch davon aus, dass Albrecht, der Ende März von Cölln aufgebrochen war, noch dort sei. Offensichtlich haben die Verantwortlichen in der Stadt Gartz den Brief explizit an Albrecht, ihren Landesherrn, adressiert, so dass das Schreiben, ohne in Cölln selbst politische Aktivitäten auszulösen, weitergeschickt wurde. Das Schreiben Alvenslebens hingegen, das auch an Albrecht adressiert war, wurde anscheinend nicht weitergeschickt, sondern dessen Inhalt dem Fürsten nur in zusammengefasster Form mitgeteilt. Damit kann in diesem Fall nur mit Einschränkungen von einer Weiterleitung des Briefes gesprochen werden. Bischof Sesselmann informierte Albrecht am 6. Mai 1473 erneut darüber, dass zwei an ihn adressierte Schreiben in Cölln eingetroffen seien. Eines stamme vom König von Polen und das zweite vom Erzbischof von Magdeburg. Beide Briefe leitete der Kanzler zusammen mit einem Informationsschreiben an Albrecht weiter. <sup>(5)</sup> Es ist zu vermuten, dass sich die Abreise Albrechts nach Süden noch nicht bis Polen herumgesprochen hatte und somit der Brief einfach falsch adressiert wurde. Was das Schreiben des Magdeburger Erzbischofs anging, der sich für die Frage eines Heiratsdispenses interessierte, kann das nicht gelten. Albrecht war

---

<sup>1</sup> Während seiner Zeit als Kurfürst hielt sich Albrecht dreimal in Brandenburg auf und brachte es dabei zwischen 1470 und 1486 auf zusammen 35 Monate, die er im Norden des Reiches verbrachte. Albrecht führte die Regierungsgeschäfte in der Mark also nur in knapp drei von gut 15 Jahren selbst. 16 Monate hielt er sich von Anfang November 1471 bis Anfang März 1473 zu seinem ersten Besuch dort auf. Im Jahr 1476 verweilte Albrecht von Anfang April bis Anfang September rund fünf Monate im Kurfürstentum. Sein letzter Aufenthalt in der Mark begann im Juli 1478 und endete im August 1479, was eine rund 14-monatige Tätigkeit im Kurfürstentum bedeutete.

<sup>2</sup> Alvensleben berichtete aus den altmärkischen Städten und der Weigerung derselben, die neue Tonnensteuer zu entrichten. Die Stadt Gartz ließ den Fürsten wissen, dass die benachbarten Pommernherzöge einen Angriff auf die zwischen beiden Fürstentümern umstrittene Stadt planten.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 88, S. 102 f.

<sup>4</sup> Riedel 3,2, Nr. 91, S. 111.

<sup>5</sup> Riedel 2,5, Nr. 1943, S. 213.

schon zwei Monate weg, was man im benachbarten Erzstift hätte wissen müssen. Wieso das Schreiben dennoch nach Cölln geschickt worden war, ist unklar. <sup>(1)</sup>

Als nächster Beleg ist ein Schreiben Johanns vom 3. September 1476 anzuführen, in dem er Albrecht mitteilte, dass er anbei ein Schreiben des Hochmeisters des Deutschen Ordens, das nach Cölln gekommen sei, an ihn weiterleite. Er habe das Siegel aber erbrochen und den Brief des Hochmeisters gelesen. <sup>(2)</sup> Albrecht war im Sommer 1476 zu seinem zweiten Aufenthalt in Brandenburg gewesen und Anfang September wieder nach Süden aufgebrochen. Der Brief aus Preußen erreichte ihn nicht mehr und wurde deshalb nachgeschickt. Sicher hatte der Hochmeister geglaubt, Albrecht befände sich noch in Cölln.

Ähnlich stellte sich die Lage im Sommer 1477 dar, als Markgraf Johann nach Franken gereist war. Die Berliner Statthalter schickten ihm mit Datum vom 25. August einige Briefe hinterher. Explizit wurde ein Schreiben des Cottbuser Landvogts Sigmund von Rotemberg erwähnt. Man tat dies, weil die Schreiben „... *alhir vergessen ist worden*.“ <sup>(3)</sup> Eine weitere Analyse erübrigt sich bei dieser Wortwahl der Quelle.

Eine Besonderheit ergibt sich, wenn wir den Briefverkehr betrachten, der das Thema Ungarn zum Inhalt hatte. Schauen wir uns einen Fall aus dem Frühjahr 1483 als Beispiel an. Johann hatte im Rahmen der Verhandlungen mit Matthias von Ungarn über das Glogauer Erbe eine Reihe von Schreiben erhalten. Er schickte diese Briefe, einen von Matthias selbst, weitere von dessen schlesischem Statthalter Stein und den Herzögen von Sachsen, zu Albrecht. Der Kurfürst selbst beantwortete diese Schreiben am 11. März, indem er einige Ratschläge zum Verhalten gegenüber Ungarn und Sachsen gab. Aber Albrecht schickte auch einen Text für ein Antwortschreiben, das Johann nach Ungarn senden sollte. <sup>(4)</sup>

Die Korrespondenz mit Ungarn lief also über Cölln ab. Hier diente die brandenburgische Residenz als genuine Verteilstation für die Briefe. Albrecht wollte sich die Kontrolle über die Ungarnpolitik sichern, über deren Konzeption es schon mehrmals zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Albrecht und Johann gekommen war. Er formulierte die diplomatischen Schreiben. Dass die Briefe in Cölln ausgefertigt und nicht von Ansbach aus direkt nach Ungarn übermittelt wurden, lag sicher an kommunikationstechnischen Überlegungen. Denn die direkte Verbindung nach Ungarn durch die habsburgischen Erblande war nicht möglich, weil Kaiser Friedrich und König Matthias gegeneinander Krieg führten und Boten des Kriegsgegners Schwierigkeiten bekommen hätten. <sup>(5)</sup>

Eine Wertung der Funktion Cöllns als Briefverteilstation ermöglicht die Analyse eines Briefwechsels aus dem Jahr 1472. Albrecht schrieb am 12. Juni 1472 an den ungarischen Rat Georg von Stein. Dieser hatte Albrecht zu Verhandlungen nach Zerbst eingeladen. <sup>(6)</sup> Albrecht, der dabei war, ein Ehebündnis mit dem schlesischen Herzog Heinrich XIV. von Glogau zu schließen und sich der Partei des Ladislaus anzunähern, reagierte ausweichend und entschuldigte sich, dass er nicht selbst nach Zerbst kommen, sondern nur Räte schicken könne. Diesem Schreiben ist ein Zettel beigelegt, dessen Text die Gründe für Albrechts Weigerung nach Zerbst zu reisen, darlegen sollten. Er habe eine Reihe von Gesandtschaften abgeschickt „... *und warten an allen enden botschaft, die wir eylends wider fertigen müsien*.“

<sup>1</sup> Im Jahr 1473 war Johannes von Wittelsbach Erzbischof von Magdeburg. Er saß von Mai 1465 bis Dezember 1475 auf dem Bischofsstuhl. Siehe Eubel, Band 2, S. 183 und Gatz, Bischöfe, S. 808. Zur Geschichte des Erzbistums im Spätmittelalter unter Erzbischof Johannes siehe ausführlicher Josef Steinstraß, Das ehemalige Erzbistum Magdeburg; Düsseldorf, 1930; S. 70 ff.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 154, S. 187.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 168, S. 204.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 178 f.; Priebatsch 3, Nr. 941, S. 249 f.

<sup>5</sup> Siehe auch Kapitel 2.5.

<sup>6</sup> Dort sollten Vertreter König Matthias' von Ungarn, als einer der Könige von Böhmen, sowie Sachsens und Brandenburgs über die gegenseitigen Beziehungen beraten. Beide Kurstaaten hatten teils gemeinsame teils divergierende Interessen in Böhmen. Es kam immer wieder zu Dreiecks-Verhandlungen. Literatur: Kretschmar, a.a.O.; S. 208 ff.

*Darumb können wir nyendert dann hie oder in zwaiien oder dreyen meilen hie umb sein, da uns die unsren von hynnen in zweien oder dreyen stunden wissen zu finden.*“<sup>(1)</sup>

Diese Mitteilung an Stein riecht nun zum einen förmlich nach einer Ausrede. Man würde ja gerne, aber leider sei man hier an Ort und Stelle gebunden. Dennoch ist die Stelle einer weitergehenden Betrachtung wert und führt uns zu einer zweiten Überlegung. Denn immerhin ist Albrecht ja gezwungen, eine wenn schon nicht glaubhafte, so doch nicht völlig aus der Luft gegriffene Ausrede zu gebrauchen. Es darf also davon ausgegangen werden, dass die Abwesenheit des Fürsten vom Hof in Cölln zumindest als ernstes Kommunikationsproblem wahrgenommen wurde. Die Funktion Cöllns als Nachrichtenzentrum, die Möglichkeit, dass ihm von dort Schreiben nachgesendet werden könnten, spielte in den Überlegungen des Kurfürsten anscheinend keine große Rolle. Er hätte sich wohl kaum getraut, zu behaupten, er könne nicht aus Ansbach weg, weil ihn seine Räte sonst nicht erreichen könnten. Die Quellenstelle kann also in erster Linie als ein Beleg für die Schwäche der Verteilfunktion Cöllns gewertet werden.

In fast allen Fällen, in denen von Cölln aus eine Weiterleitung von Briefen stattgefunden hat, geschah dies nur, weil der Brief quasi aus Versehen nach Cölln gekommen war. Die Adressaten, meistens Albrecht, in einem Fall auch Kurprinz Johann, waren kurz vorher noch am Hofe, so dass die Absender hofften, sie dort zu erreichen. Eine Ausnahme gilt nur für die Ungarn-Korrespondenz.

In allen anderen Fällen, in denen Briefe aus Cölln weitergeleitet wurden, geschah dies, nachdem dort auf die Informationen in den Schreiben reagiert worden war. Zwar wurde Albrecht dann auch über die eingegangenen Schreiben informiert und sie wurden ihm manchmal auch noch beigelegt. Doch die Weiterleitung der ursprünglichen Briefe war nur eine Zugabe. Die eigentliche Information, die dem Fürsten aus Cölln zuzuging, war die über die eigenständige politische Handlung. Cölln als Zentrale des Kurfürstentum Brandenburg, das zeigt sich hier deutlich, regierte das Land selbstständiger als Ansbach als fränkisches Zentrum die südlichen Herrschaften Albrechts verwaltete. In Franken waren seine Person und seine Handlungen und Entscheidungen noch wichtiger.

## 2.2.8 Identifikation durch Siegel, Botenbüchse und Schild der Boten

Eine wichtige Frage, die im Rahmen der Organisation der Botenreisen geklärt werden muss, ist diejenige nach der Identität des Boten und damit der Authentizität der Nachrichten, die sie überbrachten. Natürlich wurden die Schreiben gesiegelt und somit durch den Fürsten selbst als echt ausgewiesen. Doch nicht alle Schreiben trugen ein Wachssiegel, vor allem dann nicht, wenn sie von untergeordneten Stellen abgesendet worden waren. Auch dann musste festzustellen sein, ob es sich um einen authentischen Brief handelte.

Das Siegeln von Briefen, das kann generell gesagt werden, scheint bei der Korrespondenz im Umfeld von Albrecht Achilles kein größeres Problemfeld gewesen zu sein. Wir lesen in keinem Fall davon, dass ein gefälschtes Schreiben ankam, das an seinem unechten oder fehlenden Siegel als solches erkannt wurde, oder auch von anderen Problemen mit dem Siegel. Ist der Absender des Briefes selbst der Siegelführende, wird meist gar nicht erwähnt, dass das Schreiben mit einem Siegel geschlossen wurde.

Eigens Erwähnung fand das Vorgehen nur dann, wenn ein Absender ein offizielles Schreiben abschickte, der dazu nicht berechtigt war. Das zeigte sich am 3. September 1477, als Kanzler Sesselmann und Markgraf Johann nicht in Cölln waren und dennoch ein wichtiges Schreiben nach Ansbach geschickt werden musste. Die im Schloss zurückgebliebenen Räte schlossen ihr Anschreiben mit dem Satz: *„Datum Coln an der sprew, vnder vnsers gnedigen heren Insigel, am mitwoch nach Egidy, In der dritten stund nach mittemtag, Anno LXXVII. E.f.g.*

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 399, S. 406.

*vndertenige Nachgelassen rethe Im haws zum Berlin.*“ <sup>(1)</sup> Ein zusätzliches Schreiben, das ebenfalls am 3. September nach Ansbach geschickt wurde, endete mit dem Satz: „*Datum Coln an der Sprew, vnder ewer gnaden Insigel ...*“ <sup>(2)</sup> Die in Cölln zurückgebliebenen Räte schienen das Siegel nur ausnahmsweise benutzen zu dürfen und rechtfertigten sich in der Datumszeile entsprechend.

In einer geringen Zahl von weiteren Fällen wird explizit auf das Siegel verwiesen und zwar immer dann, wenn es aus irgendeinem Grund von jemandem aufgebrochen wurde, der dieses Tun zumindest erklären musste.

So berichtete Albrecht in einem Schreiben an seinen Bruder Friedrich II. vom 3. Januar 1467, dass ein brandenburgischer Bote von Herzog Sigmund von München mit einem Brief nach Ansbach gekommen sei: „... *als ewer lieb bot itzund von vnsserm Oheim Hertzog Siegmunden von Bayern sunen wegen fur vnns stehen hat lassen Haben wir Hertzog Sigmunds brief auf gebrochen, verlesen vnd dan eweren boten wider behendigt.*“ <sup>(3)</sup> Das Siegel wurde aus politischer und sachlicher Notwendigkeit gebrochen, weil Albrecht den Inhalt kennen wollte. <sup>(4)</sup> Da das Schreiben dann aber an den eigentlichen Adressaten, Kurfürst Friedrich II., weitergeleitet wurde, wurde der Siegelbruch dokumentiert, wahrscheinlich auch um Missverständnisse gar nicht erst aufkommen zu lassen. Das Siegel diente in diesem Schreiben, gerade da es von einem Briefpartner stammte, mit dem man nur gelegentlich Korrespondenz pflegte, als Identifikationsmerkmal. Man kannte den Boten nicht und musste so auf andere Weise sicherstellen, dass die Nachricht authentisch war.

In den meisten der in dieser Arbeit untersuchten Fällen wurden die Nachrichten aber von einem persönlich bekannten Boten zugestellt. Vor allem im Informationsfluss zwischen den verschiedenen Herrschaftszentren des Fürsten überbrachte eine überschaubare Anzahl von Boten die Briefe, so dass hier das Authentizitätsproblem nicht aufgeworfen wurde, waren die Schreiben nun gesiegelt oder nicht. <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 172, S. 208.

<sup>2</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>3</sup> Riedel 3,1, Nr. 281, S. 407.

<sup>4</sup> Die Zollern und Herzog Sigmund von München verhandelten über eine Heiratsverbindung. Eine Tochter Friedrichs II. sollte den Sohn des Wittelsbachers heiraten, der damals schon seinen Regierungsverzicht zu Gunsten seines Bruders Albrecht IV. erklärt hatte. Die Einheirat in die kurfürstlich-brandenburgische Familie war deshalb eine etwas heikle Angelegenheit, weil sie die konkurrierenden Familien der Zollern und der Wittelsbacher verbunden und vielleicht einen Keil in die Familienphalanx des Hauses Wittelsbach getrieben hätte. Im Endeffekt wurde nichts aus der Verbindung. Näher dargelegt sind die Ereignisse im Münchner Herzogshaus bei Riezler, S. 458 ff. In einem Brief mit Datum vom 29. November 1460 nach den ersten Friedensverhandlungen in Prag, wo König Podiebrad zwischen ihm und Herzog Ludwig von Landshut schlichten wollte, an Herzog Wilhelm von Sachsen erwähnte Albrecht den bayerischen Hochzeitsplan. Die Räte schrieben für den Fürsten: „... *das ander. Er habe sich mit seiner tochter, die hertzog Sigmunden von Munchen solt gehabt haben, zu dem konig von Behem Victorein sinem sone zu nehmen gefrundet, aber es sey fast heimlich, es sey auch gereijet verbriuet vnd versigelt, vund wisse nyman dauon, dann er, doctor Knorre und er Heinrich von Aufsess; er solle auch mit siner tochter XVI m gulden gebin, der sey er auch gereijet quitiret.*“ Quelle: FRA II, 44, Nr. 55, S. 67. Der Gedanke an eine Hochzeit mit Sigmund von München hatte sich also zerschlagen und jetzt sollte Herzog Victorin von Podiebrad der Bräutigam werden. 1467 kam es dann zu der Verbindung zwischen Albrechts Tochter Ursula und Podiebrads anderem Sohn Heinrich. Vielleicht war Ursula ursprünglich für Victorin vorgesehen und damit noch früher auch für Sigmund von München.

Stauber, Herzog Georg, a.a.O., S. 98 ff., referiert den Ablauf der Konflikte im Münchner Herzogshaus ebenfalls kurz.

<sup>5</sup> Gerade die Eilboten, das wird Kapitel 1.4.2 zeigen, waren Albrecht Achilles und auch den in seinem Dienst stehenden Hofbeamten sehr gut bekannt, ja sogar vertraut. Dass aber auch falsche Boten auftraten, beweist ein Schriftwechsel zwischen dem Rat der Stadt Nürnberg und den Bürgern Niklas Groß und Jobst Haller. Die Nürnberger schreiben am 15. November 1475 über einen Hans Weyckhart, der sich als vermeintlicher Bote in dem Städtchen Rothenfels bei Neumarkt Einlass in ein Haus verschaffte, dann die Türe heimlich öffnete und mit Hilfe von Komplizen den dort lebenden Heinrich III., Herrn von Plauen-Reuß, entführte. Der Nürnberger Rat verbindet die Schilderung dieses Vorgangs mit der Bitte, kundzutun, dass dieser Weyckhart, der sich für einen Nürnberger Boten ausgegeben hätte, in keinerlei Verbindung zur Obrigkeit der Reichsstadt stünde. Das zeigt, dass das Auftreten und Agieren eines falschen Boten sich zu einer sehr unangenehmen Sache für denjenigen

Markgraf Johann hatte im Herbst 1471 einmal mit einem Boten zu tun, dem er offensichtlich nicht ganz traute. Er schrieb am 19. September 1471 an Herzog Heinrich von Mecklenburg, dass ein Brief ohne Unterschrift von einem Boten abgegeben worden sei, der sagte, er komme von ihm aus Schwerin. <sup>(1)</sup> Johann beschuldigte den Boten nicht explizit, ein Betrüger zu sein, er fragte nur sehr vorsichtig formuliert nach, was es mit dem Boten auf sich habe, der sich nur durch sein Wort als ein Kurier des Mecklenburger Fürsten ausgewiesen habe. Es ging in dem Schreiben um die Beilegung von Streitigkeiten, die ausgebrochen waren, weil sich beide Fürstentümer gegenseitig vorwarfen, Raubüberfälle zu tolerieren und anzustiften. Heinrich von Mecklenburg hatte sich über Übergriffe Brandenburger Untertanen beklagt, Johann konterte, indem er Beschwerden des Bischofs von Havelberg weiterleitete, dem Pferde und Ochsen entwendet worden waren. Man wollte jedoch den Waffenstillstand weiter einhalten und musste daher sicher sein, ob man mit dem richtigen Verhandlungspartner verkehrte, weshalb Johanns Nachfrage nachvollziehbar ist. <sup>(2)</sup>

Während Reichsstädte bei der Ausstattung ihrer Boten schon seit dem 14. Jahrhundert großen Wert auf eine gewisse Einheitlichkeit legten, um damit auch deren Erkennbarkeit zu gewährleisten, <sup>(3)</sup> sind die Quellenstellen zu Kleidung und Utensilien der Boten Albrechts sehr dünn gesät. Man muss davon ausgehen, dass es keine „Dienstkleidung“ gab, wiewohl der Kurfürst bei anderen Bediensteten, mit denen er zu repräsentieren pflegte, sehr wohl auf ein ansprechendes Äußeres Wert legte. <sup>(4)</sup> Die Bezahlung der Boten, soweit man diese belegen kann, beinhaltete auch keine Stoffzuteilung, wie sie in vielen Reichsstädten üblich war. Zum Aussehen der Boten, die im Auftrag des Kurfürsten Albrecht Achilles unterwegs waren, kann man also leider nichts sagen.

Etwas besser ist die Quellenlage, wenn man der Frage nach dem Transportbehälter nachgeht, in dem die Briefe während der Reise verwahrt wurden. Die Bezeichnung „*buchsen*“ taucht einige Male auf. Einmal ist in einer Quelle vom Mai 1477 von einer Botenbüchse die Rede, als ein Bote der markgräflichen Stadt Kitzingen auf seinem Weg nach Bamberg von Männern des Bischofs von Würzburg abgefangen wurde. Augenscheinlich suchte man im Stift nach eben diesem Boten, Peter Kadolt, der ein Untertan des Bischofs war, wegen einer rüden Kirchweihschlägerei und gemeinsamer Untaten mit einem anderen gesuchten Rechtsbrecher, dem Hans Beynlein. Im Verlauf des Schriftwechsels zwischen Vogt und Rat von Kitzingen, Albrecht und dem Würzburger Bischof, stellte sich heraus, dass der Kitzinger Vogt Albrechts,

---

auswachsen konnte, dessen Name missbraucht wurde. Quelle: Priebatsch 2, S. 119, Nr. 72, Anm. 2. Niklas Groß und Jobst Haller waren Angehörige bedeutender Nürnberger Patrizierfamilien. Mitglieder der Familie von Plauen waren die Konkurrenten der Wettiner, die die Burggrafschaft Meißen Ende der 20er Jahre des 15. Jahrhundert geerbt und in ihren Besitzkomplex integriert hatten. Die Herr von Plauen erhoben aber ebenfalls Ansprüche auf diese Burggrafschaft, führten auch den entsprechenden Titel und in den 60er Jahren kam es sogar zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den sächsischen Herzögen und den Herren von Plauen. Ob dieser hier angedeutete Entführungsfall etwas mit dieser Auseinandersetzung zu tun hat, ist nicht nachweisbar. Es ist aber sehr wahrscheinlich, denn Heinrichs gleichnamiger Sohn beanspruchte noch 1480 die Burggrafschaft und bat Albrecht, sich beim Kaiser und bei Matthias von Ungarn, der als nomineller König von Böhmen theoretisch über das böhmische Lehen Meißen verfügen konnte, für ihn einzusetzen. Albrecht, so ließ er in einem Schriftstück festhalten, war der Ansicht, dass den von Plauen auf Grund eines Schiedsspruch König Albrechts II. aus dem Jahr 1439 Titel und Rechte der Burggrafen zustünden. Siehe dazu Priebatsch 2, Nr. 699, S. 651, v.a. Anmerkung 5. Albrecht unternahm aber nichts, um sie Heinrich von Plauen zu verschaffen.

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 225, S. 278.

<sup>2</sup> Johann schrieb dem Herzog in Schwerin noch zwei weitere Male in dieser Zeit. Einmal gleich am 22. September und dann noch einmal am 28. September. Quelle: Priebatsch 1 Nr. 226 und Nr. 230. Beide Male versprach er, den Waffenstillstand zu halten, wenn Heinrich es auch täte. Schreiben des Mecklenburger Herzogs in dieser Angelegenheit sind nicht überliefert. Es wird aber von Verhandlungen zwischen dem Brandenburgischen Amtmann Busso von Alvensleben und der Frau Herzog Heinrichs berichtet, die in der Folgezeit stattgefunden hätten. Der Bote scheint also schon der richtige gewesen zu sein.

<sup>3</sup> Siehe die entsprechenden Ausführungen in der Einleitung.

<sup>4</sup> In einem Schreiben an Markgraf Johann instruierte er diesen auf das Genaueste, wie gekleidet und ausgerüstet er zu einer Hochzeit mit dem Brandenburger Gefolge kommen sollte.

Reithanns, Beynlein mit einer BÜchse auf eine Botenreise nach Bamberg geschickt hatte. Die BÜchse war also das Zeichen der Botentätigkeit, für die Beynlein, dessen Ruf nicht der beste war, sonst durch nichts qualifiziert gewesen zu sein scheint. <sup>(1)</sup>

Offensichtlich waren beide gefangengenommene Männer als Boten unterwegs, einer für den Vogt, der andere für die Stadt Kitzingen. Es könnte sich bei dieser BÜchse also um diejenige der Stadt Kitzingen gehandelt haben. Die Stadt war zwar seit 1444 unter Albrechts Kontrolle, als er sie sich durch den Würzburger Bischof verpfänden ließ. Aber der städtische Rat hatte seine Autonomie bewahrt, zu der offensichtlich auch das Recht gehörte, eine eigene BotenbÜchse zu haben und Leute damit auf Reise zu schicken. Damit hätte diese hier erwähnte BÜchse nur indirekt mit Albrecht zu tun.

Andererseits klingt es wahrscheinlicher, dass die BÜchse, die der Untervogt dem Kadolt ausgehändigt hatte, diejenige der Markgrafschaft gewesen war. Es ist nicht davon die Rede, dass sich ein Wappen oder ein anderes Erkennungszeichen auf ihr befunden hätte. Die Erwähnung der BÜchse bei der Beschwerde über die Festnahme zeigt m. E. allerdings, dass es sich um ein Hoheitszeichen handelte. Dass der Mann trotz dieser BÜchse in Gewahrsam genommen wurde, scheint die Ungebührlichkeit der Handlung noch erhöht zu haben.

Der zweite Fall, in dem eine BÜchse in einer Quelle genannt wurde, ist noch aufschlussreicher und aussagekräftiger. In einem Schreiben an den Kaiser, das Albrecht am 18. April 1474 aus Ansbach nach Augsburg schickte, machte sich der Kurfürst für die Belehnung Ladislaus' mit dem Königreich Böhmen stark und bestärkte den Kaiser darin, mit der Gesandtschaft des Böhmen, die nach Augsburg unterwegs war, zu verhandeln.

Albrecht legte auch Briefe bei, die er nach Böhmen schicken wollte. Der Kaiser solle sie lesen, um so kein Misstrauen hegen zu müssen, und wenn ihm die darin gemachten Vorschläge einer Zusammenarbeit gefallen würden, solle er sie mit einem Boten Herzog Albrechts von München „*unter meiner büchsen*“ an Ladislaus und Herzog Heinrich von Münsterberg nach Böhmen schicken. Wenn dem Kaiser die Aussagen in den Briefen nicht gefallen würden, dann könne er welche herausnehmen oder einen Zettel einlegen und darin erklären, dass er mit den Vorschlägen, die darin gemacht würden, nicht einverstanden sei, so Albrechts Angebot an das Reichsoberhaupt. <sup>(2)</sup>

Der Transportbehälter, die BÜchse, galt also zum einen als Beweis für die Glaubwürdigkeit des Inhalts. Folglich musste sie in irgendeiner Weise als einem bestimmten Fürsten zugehörig erkennbar sein. Das Anbringen eines Wappens hätte sich dazu angeboten und Albrecht hätte dann mit seiner BÜchse auch für die Authentizität der darin verwahrten Briefe gebürgt.

Zum anderen könnte es auch das Ziel gewesen sein, durch die Verwendung einer bestimmten BÜchse, sei es besonders die eines Unbeteiligten oder Unverdächtigen, einen Kontakt zwischen zwei Verhandlungspartnern zu verschleiern. Albrecht und Friedrich galten zwar in der ersten Hälfte der siebziger Jahre des 15. Jahrhunderts als Verbündete Ladislaus' im Kampf gegen dessen Gegner Matthias von Ungarn. Doch war es immerhin noch ein Unterschied, ob Albrecht oder der Kaiser selbst mit der auch von päpstlichen Bannflüchen belegten Partei des Ladislaus in Kontakt trat. <sup>(3)</sup>

Der württembergische Landhofmeister Georg von Absberg schrieb am 9. März 1476 aus Stuttgart an Albrecht und führte in dem Schreiben unter anderem aus: „... *der puchsen brief han ich eurn gnaden gesant bey dem hannsen von Talheim, versihe ich mich, er sey euch nun behendigt.*“ <sup>(4)</sup> Auch hier ist wieder von einem Behältnis für Briefe, einer BÜchse, die Rede. Absberg versuchte Albrecht, das geht aus dem weiteren Inhalt des Briefes hervor, zu einer

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 291, S. 301 f. Näher auf diese Quelle wird in Kapitel 1.4 einzugehen sein.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 827, S. 649. Albrecht versuchte in diesen Jahren, Friedrich dazu zu bewegen, Ladislaus als König von Böhmen anzuerkennen. Mit dessen Partei hatte er schon ein Ehebündnis geschlossen und er versprach sich Gebietszuwachs durch böhmische Lehen in Schlesien und der Lausitz.

<sup>3</sup> Dass man einen Boten des Münchner Herzogs verwenden sollte, der nicht in der ersten Reihe der Konfliktpartner stand, spricht für die These der Geheimhaltung.

<sup>4</sup> STAN, A.A., Nr. 732, fol. 109; Priebatsch 2, Nr. 196, S. 208 f.

ihm genehmen Stellungnahme in einer Auseinandersetzung zu veranlassen. Wahrscheinlich hatte Absberg Albrecht Dokumente zugestellt, die er in der erwähnten Büchse transportieren ließ, um sie zu schützen.

Besonders klar wird die Bedeutung der Identifikation der Boten in einem Fall aus dem Jahr 1485, als wir endlich auch etwas über das Aussehen einer Briefbüchse erfahren. Während der Belagerung der Stadt Nördlingen durch Truppen Herzog Georgs des Reichen von Landshut verkehrten auch immer wieder Boten Albrechts, der die Stadt unterstützte, zwischen Nördlingen und angrenzenden Städten und Fürstentümern, um Verhandlungen am Laufen zu halten. Einer der Boten, Drechsel, wurde vom bayerischen Amtmann Kaspar von Vestenberg bei Wemding abgefangen, sollte verhaftet werden und konnte sich nur dadurch retten, dass er als Bote identifizierbar war. Die entsprechende Stelle, die uns schon in Kapitel 1.2.4 begegnete, sei hier noch mal in Auszügen wiederholt: „... *Als man in darzu (den Turm; d. Verf.) gebracht, hat ein herzogischer trumeter im meins gnedigen hern marggraf Johannsen schild wollen nehmen, der er öffentlich an im gefurt. Hat der Drechsel gesprochen: las mir den schild stan oder ich stoß dich in dem aucht und des ich noch ein mal gefangen wer. Damit er in auf die zeit behielt, das man in nit in den thurn legt. Darnach ist der trumeter komen und gesprochen: lieber gib den schilt bald von dir, dann der Caspar spricht: duest du es nit, du mustest driefß und peyln haben. Also gab er in vom im. Da kam herr Ludwig von Bayrn und her Gotz von Alezheim, welicher sich sein annam mit her Casparn, es wer nit gut, er solt den ledig lassen und uberredt in, das er den betagt hat mit dem schilt auf widerstellen und in mitler zeit den von Nordling nicht zuzefurn.*“<sup>(1)</sup>

Nicht festzustellen ist in diesem Fall, ob sich der Wappenschild auf der Botenbüchse befand, oder ob der Kurier ein zusätzliches Abzeichen an der Kleidung hatte. Sehen wir uns die Verhältnisse in den Reichsstädten und bei anderen Fürsten des 15. Jahrhunderts an, wie sie in der Einleitung dargelegt wurden, so kann es sich um beide Möglichkeiten gehandelt haben. Botenbüchse oder Schild des Kuriers, das dieser sichtbar trug, waren mit dem Wappen der Markgrafen von Brandenburg versehen und somit wohl mit dem roten Adler Brandenburgs geschmückt. Das Wappenschild auf der Büchse schützte den Boten, so dass es ihm vor der Gefangennahme abgenommen werden musste. Dass die Schutzfunktion des Botenwappens allerdings nur begrenzt war, zeigt der Vorgang in Wemding, bei dem dem Boten mit der Folter gedroht wurde, um ihm zur „freiwilligen“ Herausgabe des Schildes zu bewegen. Allerdings war das Eingreifen des Herrn von Alesheim eben auch darauf zurückzuführen, dass die offen getragene Botenbüchse oder das Schild erkannt wurde. Deshalb wurde dem Boten Hilfe zuteil. Zu der vom Amtmann Vestenberg anberaumten Gerichtsverhandlung sollte der Bote dann wieder mit seiner Büchse kommen, die ihm auch vor den Schranken des bayerischen Gerichts als Legitimation dienen sollte.

Nicht ganz einzuordnen ist eine Quellenstelle vom 30. Januar 1473, in der wir wieder von einem Behältnis für Briefe lesen: „... *der landkomthur hat meinem hern geschriben und im mein her wider geantwortet, hat lorentz den brief in seiner laden. Actum am sambstag nach conv. Pauli.*“<sup>(2)</sup>

Der Name Lorenz tauchte mehrmals auf, wenn es sich um Boten handelte. So gab es einen Einrösser, der im Hofpersonalverzeichnis aufgelistet und der nachweisbar auch als Bote unterwegs war. Da es in dieser Quelle auch um transportierte Schriftstücke geht, könnte man wieder von einem Transportbehälter ausgehen. Doch ist der Begriff „*laden*“ in sonstigen spätmittelalterlichen/frühneuhochdeutschen Quellen immer mit einer Truhe, einem sehr wuchtigen Möbelstück, gleichzusetzen. Dass dieses im Zusammenhang mit einem Boten auftauchen sollte, würde überraschen.

So spricht viel dafür, dass mit „*lorentz*“, der kurfürstliche Rat Lorenz von Schaumburg gemeint ist, der den Schriftverkehr zwischen dem Landkomtur, der bei Verhandlungen

<sup>1</sup> STAN, Bayerische Bücher 10, fol. 21; Priebatsch 3, Nr. 1087, S. 411.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47 fol. 137 v.; Priebatsch 1, S. 481, Nr. 526.

zwischen Albrecht und der Stadt Nürnberg oft eine wichtige Rolle spielte, und dem Fürsten in persönlicher Verwahrung hatte, eben in einer Truhe. Dies würde, um den Einschub zu bringen, dann aber einen wichtigen Aspekt der Verwaltung in Ansbach betreffen, nämlich die Tatsache belegen, dass einige Räte außerhalb des eigentlichen Archivs Dokumente sammelten. <sup>(1)</sup>

### 2.2.9 Fazit

Es waren die persönlichen Kenntnisse, wahrscheinlich vom Vorgänger auf den Nachfolger weitergegeben, die persönliche Findigkeit und der häufige Einsatz auf den teilweise selben Strecken, die es den Boten ermöglichten, ihren Weg zu finden. Jedenfalls ergab die Untersuchung der Quellen keinen Hinweis darauf, dass den Kurieren irgendwelche Hilfsmittel wie Landkarten zur Verfügung gestanden hätten.

Die Identifikation der Boten durch die Siegel der Briefe, Wappen auf der Botenbüchse oder Credenzen war offensichtlich so klar geregelt und scheint so reibungslos abgelaufen zu sein, dass Probleme damit kaum auftauchten und somit auch kaum angesprochen wurden. Das selbe scheint für die Übernachtung der Boten auf deren Reisen gegolten zu haben. Denn diese Frage wurde in den untersuchten Quellen überhaupt nicht problematisiert, sie war weder irgendwie geregelt, noch mussten jemals diesbezügliche Probleme geschildert werden. Auch sprachliche Probleme, die den Boten bei Reisen in Länder fremder Zunge eigentlich hätten begegnen müssen, schlugen sich in den Quellen nicht nieder.

Reisen in der Nacht, oder doch zumindest bei einbrechender Dunkelheit kamen vor, scheinen aber die Ausnahme gewesen zu sein. Hier ist ein bedeutsamer Unterschied zu den Ergebnissen zu sehen, die die Forschung bei der Behandlung der Boten der Thurn und Taxis und auch schon des Ordensstaates erzielte.

Ansbach, das zeigt die große Zahl der Schreiben, die über die untergebirgische Residenz Albrechts geleitet wurde, entwickelte sich auch botentechnisch zur wichtigsten Residenz des Fürsten. Die Plassenburg und Cölln lagen hier in der Bedeutung weit zurück.

---

<sup>1</sup> Ähnliches wird von Ludwig von Eyb berichtet, der eine persönliche Dokumentensammlung unterhielt, die erst 1492 durch Abschrift in das Ansbacher Archiv integriert wurde. Siehe dazu Näheres bei Christian Meyer, Freiherr Ludwig der Ältere von Eyb, Hofmeister und Rath des Markgrafen Albrecht Achilles von Ansbach; Ansbach, 1890 und Ferdinand Koeppel und Günther Schuhmann; Ludwig von Eyb der Ältere; In: Gerhard Pfeiffer (hrsg.) Fränkische Lebensbilder; Band 2; Würzburg, 1968; S. 177 – 192.

## 2.3 Reisegeschwindigkeit

Mitentscheidend für das Funktionieren eines Botendienstes war die Geschwindigkeit, mit der die Kuriere eine Nachricht von Ort zu Ort bringen konnten. Informationen hatten oft nur dann einen Sinn, wenn sie in angemessener Zeit zur Kenntnis des Entscheidungsträgers gebracht wurden. Befehle, die der Fürst übermittelte, mussten ebenfalls zügig weitergeleitet werden, um ein möglichst zeitnahes Handeln der regionalen Befehlshaber, der Gesandten oder der Statthalter zu gewährleisten.

Eine Reihe von Gegebenheiten mussten die Boten des Kurfürsten Albrecht Achilles einfach hinnehmen. So ist die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur im 15. Jahrhundert eine Determinante, die die Reisegeschwindigkeit der Boten entscheidend beeinflusste. Der Zustand der Straßen, Brücken und auch der Bergpässe hatte sich im Verhältnis zum Früh- und Hochmittelalter nachhaltig verbessert. Der zunehmende Verkehr bedingt durch den intensiveren Wirtschaftsaustausch, gestiegene Bevölkerungszahlen und die generelle Zunahme von Kommunikation machten den Ausbau der Infrastruktur erforderlich, der auch den Boten zugute kam. <sup>(1)</sup>

Das Wetter und die Jahreszeit, in der die Botenreise stattfand, spielten natürlich auch eine wichtige Rolle für die Schnelligkeit oder eben die mangelnde Schnelligkeit, mit der der Kurier vorankam. <sup>(2)</sup> Auch dies ist bei der Ermittlung der Reisegeschwindigkeit mit einzuberechnen. Aus den Quellen zu den Botenreisen im Auftrag Albrechts ist keine Nachricht erhalten, dass Boten durch schlechtes Wetter aufgehalten wurden. Im Gegenteil. Am 21. Januar 1476 schickte Herzog Wilhelm III. von Sachsen einen Kurier mit einem Schreiben zu Albrecht, in dem er dem Kurfürsten mitteilte, dass die Räte, die an Lichtmess (2. Februar) in Ansbach sein sollten, nicht rechtzeitig dort eintreffen könnten. Die Herren könnten wegen des großen Unwetters und Schneefalls nicht reiten. Der Bote, der diese Nachricht übermitteln sollte, wurde allerdings auf die Reise geschickt. Drei Tage später schickte Wilhelm noch einen Kurier los, der meldete, dass sich das Wetter gebessert habe und die Räte Heinrich von Witzleben und Friedrich Schultheis nun abreisen würden. <sup>(3)</sup>

Die Leistungsfähigkeit der Pferde, die ebenfalls eine wichtige Grundkonstante bei der Reisegeschwindigkeit darstellt, ist von der englischen Historikerin Ann Hyland in mehreren Werken untersucht worden. Dabei ermittelte sie Spitzenreisegeschwindigkeiten von bis zu 56 Kilometern im anglonormannischen Königreich des 14. Jahrhunderts. Bis zu elf Kilometer konnte ein Reiter mit seinem Pferd über den Tag hinweg in der Stunde zurücklegen. Allerdings nur dann, wenn das Tier ein- oder mehrmals rasten durfte. Weitere Untersuchungen der englischen Wissenschaftlerin ergaben, dass große Tagesleistungen auch über längere Zeit hinweg durchaus möglich waren. <sup>(4)</sup> Das 13. und 14. Jahrhundert war eine

<sup>1</sup> Siehe dazu die Erläuterungen in der Einleitung.

<sup>2</sup> Rüdiger Glaser, *Klimageschichte Mitteleuropas. 1000 Jahre Wetter, Klima, Katastrophen*; Darmstadt, 2001. Siehe besonders die Seiten 61 – 92. Gabriela Schwarz-Zanetti, *Grundzüge der Klima- und Umweltgeschichte des Hoch- und Spätmittelalters in Mitteleuropa*; Zürich, 1998, geht auch auf die Fragestellung ein. Die Autorin untersucht Wetteraufzeichnungen aus dem 15. Jahrhundert aus dem oberdeutschen Raum und findet immerhin 28 dieser zeitgenössischen Berichte, die teilweise sehr detaillierte Aussagen über Wetterverläufe, Temperaturen und Niederschläge gaben. Diese beiden sehr verdienstvollen und grundlegenden Werke werden in dieser Arbeit immer wieder zur Erlangung von Hintergrundinformationen herangezogen, wenn es konkrete Hinweise darauf gibt, dass Botenreisen durch Witterungsverhältnisse beeinflusst worden sind.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 171, S. 194 f.

<sup>4</sup> Ann Hyland, *The Endurance Horse. A World Survey from Ancient Civilisations to Modern Competition*; London, 1988; S. 110 ff. und dies. *The Horse in the Middle Ages*; Stroud, 1999; S. 117 – 119. Gefunden durch freundlichen Hinweis von Doris Bampi-Hautmann.

Hyland führt aus, dass es im 20. Jahrhundert Ritte über 500 Kilometer an zehn aufeinanderfolgenden Tagen gab, was eine Tagesleistung von 50 Kilometer ergibt. Siehe Hyland, *The Endurance Horse*, S. 225. Stundenleistungen von bis zu 12 Kilometern ermöglichen es, am Tag bis zu 64 Kilometer zurückzulegen. Siehe Hyland, a.a.O., S. 110 und 261. Wenn auch die Leistung der Pferde des 20. Jahrhunderts nicht mit den Tieren des Spätmittelalters

Zeit, in der in der Pferdezucht große Fortschritte gemacht wurden. Die Änderung der Kriegsführung mit dem Einsatz von schweren Panzerreitern machte es notwendig, größere und stärkere Pferderassen zu züchten, als diejenigen, die in den früheren Jahrhunderten im Einsatz waren. Auch Botenpferde werden von diesen Zuchterfolgen profitiert haben.

Die exakte Reisegeschwindigkeit für Boten wurde bisher nur in einigen wenigen Arbeiten errechnet. Im Forschungsüberblick sind die einzelnen ermittelten Reisegeschwindigkeiten für das Spätmittelalter zusammengetragen, hier sollen nur die Botenreisen im Dienst Albrechts untersucht werden.

Als zentraler Punkt dieses Kapitels soll herausgearbeitet werden, wie hoch die tatsächliche Reisegeschwindigkeit der Boten Albrechts war, um damit etwas über den Organisationsgrad seines Botenwesens und die Bedeutung desselben auf seine Politik aussagen zu können.

### 2.3.1 Arbeitsschritte bei der Ermittlung der Reisegeschwindigkeit von Boten

Die Ermittlung der Reisegeschwindigkeit basiert in erster Linie auf Daten und einschlägigen Textstellen, die den überlieferten Briefen entnommen werden können. Ihre sorgfältige Analyse ermöglicht zusammen mit indirekten Beweisen, die aus dem Kontext der Briefe zu entnehmen sind, eine recht genaue Berechnung der Streckenleistung.

Die wichtigste Informationsquelle sind die Daten, die in den rund 3000 untersuchten Briefen auftauchen. Um diese Informationen genau einzuordnen, ist eine Bestimmung der Begrifflichkeit angebracht. Unter „*datum*“ (lat. = gegeben) versteht man in den Schreiben der damaligen Epoche nicht nur den Tag, sondern auch den Ort, an dem der Brief verfasst wurde. Zur großen Erleichterung der Untersuchung kann man feststellen, dass in der überwiegenden Zahl der Briefe diese Angaben – meistens beide – vorhanden sind. Die Tage sind dem damaligen Brauch entsprechend nicht wie in Schreiben der modernen Zeit mit dem Monatsnamen und dem entsprechenden Tag benannt, sondern folgen den Bezeichnungen der Heiligtage des christlichen Kalenderjahres. Der Wochentag und sein Bezug zum nächsten oder nächst zurückliegenden wichtigeren Feiertag ermöglicht es, den Brief chronologisch präzise einzuordnen. (<sup>1</sup>)

---

gleichzusetzen ist, so geben diese Zahlen dennoch einen Eindruck davon, was Reittiere leisten können. Die Untersuchungen in dieser Arbeit werden belegen, dass auch Pferde des 15. Jahrhunderts weite Strecken zurücklegen konnten.

Weitere Beweise dafür, dass ein Reiter auf ein und demselben Pferd über mehrere Tage hinweg jeweils längere Strecken zurücklegen konnte, ergeben sich aus Reiseberichten über Jahrhunderte aus verschiedenen Ländern Europas. Als Beispiel sei hier die Reise des berühmten Kupferstechers Daniel Chodowiecki aus dem Jahre 1773 von Berlin nach Danzig angeführt. Er brauchte für rund 500 Kilometer auf der Hin- und auf der Rückreise jeweils neun Tage. Das ergibt einen Durchschnitt von stolzen 55,55 Kilometern pro Tag. Die Reise fand in den Sommermonaten statt. Quelle: Willi Geismeyer, (Hrsg.), Daniel Chodowiecki. Die Reise von Berlin nach Danzig. Das Tagebuch; Zwei Bände; Berlin, 1994. Der ungarische Graf und Pferdekennner Stephan Széchenyi reiste Anfang des 19. Jahrhunderts auf einem wie er schreibt schlechten Pferd auf schlechter Straße in fünfeinhalb Tagen von Debrecen über Budapest nach Wien. Das sind zusammen 463 Kilometer und ein Tagesdurchschnitt von rund 84 Kilometern. Literatur: Stephan Széchenyi; Über Pferde, Pferdezucht und Pferderennen. Leipzig, 1830.

<sup>1</sup> Bei der Übertragung der auf dem christlichen Heiligenkalender beruhenden Daten auf die Tage und Monate der modernen Zeitrechnung wurde das einschlägige Standardwerk von Hermann Grotefend, *Zeitrechnung des Deutschen Mittelalters und der Neuzeit*; Zwei Bände; Hannover, 1891/1892, verwendet. Alle relevanten Daten von Briefen, die für die Bestimmung der Reisegeschwindigkeit entscheidend waren, wurden vom Autor an Hand der bei Grotefend abgedruckten Tabellen kontrolliert. Dabei war insbesondere zu beachten, dass es im christlichen Heiligenkalender regionale Unterschiede gab. Der Gedenktag eines Heiligen konnte von Diözese zu Diözese variieren, wiewohl zu sagen ist, dass die Editoren der Quellen im 19. Jahrhundert die Daten bereits mit großer Sorgfalt umgerechnet haben. Fehler wurden – sieht man von der Edition von Riedel, *Codex Diplomaticus Brandenburgensis* ab – kaum entdeckt; wenn doch, versuchte ich sie zu verbessern. Sehen wir uns zum besseren Verständnis ein paar Beispiele an: der ander ostertag (Ostermontag), michaelitag (29. September), montag nach ambrosy (der Ambrosiustag in den deutschen Diözesen ist der 4. April), dritter pfingstag (Dienstag nach

Die Jahreszahl begegnet uns in zwei verschiedenen Versionen. Entweder wird das Jahrhundert als arabische Ziffer geschrieben und die Zehner und Einer in Worten angehängt. Oder man bedient sich der römischen Ziffern, um die Jahre zu bezeichnen. Manchmal werden Zahlen auch ausgeschrieben. Die Datumsnennung, das ist hier das entscheidende, ist aber immer nachvollziehbar und damit eindeutig. <sup>(1)</sup> In den Briefen in lateinischer Sprache, die für internationalen Austausch zum Beispiel mit der Kurie, dem polnischen und ungarischen Königshof Anwendung fanden, wird die Datierung mit Monatsnamen in Latein und den Tagen des laufenden Monats angewandt. <sup>(2)</sup>

Was die Schreibweise der Orte angeht, die in den Briefen auftauchen, so sind sie in frühneuhochdeutscher, regional geprägter Version gehalten und praktisch immer eindeutig identifizierbar. Auch hier mögen zur Anschauung ein paar Beispiele helfen: Onoltzbach (Ansbach), Cölln (Berlin), Beierstorff (Baiersdorf), Brandenburch (Brandenburg).

Üblicher Abreisetag des Boten, so ergibt sich aus einer Reihe von Kanzleivermerken, die bei der Untersuchung in Kapitel 2.1.4 schon detailliert herangezogen wurden, ist der Tag unmittelbar nach dem Ausstellungstag. Die entsprechenden Aussagen sind – wie oben gezeigt – so deutlich, dass eine gewisse Routine darin gesehen werden kann. Findet sich keine explizite Aussage, dass der Bote an einem anderen Tag auf die Reise ging, so unterstelle ich in der Untersuchung den Start am folgenden Tag. <sup>(3)</sup>

Es sind auch Belege in den Quellen zu finden, die aussagen, dass ein Brief noch am selben Tag auf die Reise geschickt wurde, beziehungsweise, dass der Bote sich aus einem bestimmten Grund erst später auf den Weg machte. Diese Stellen, die ebenfalls schon in Kapitel 2.1 aufgelistet sind und die den Tag der Abreise exakt festhalten, stellen die Aussagen über die Reisegeschwindigkeit auf eine noch sicherere Basis, so dass sie in den weiter unten ausgearbeiteten Berechnungen der Reisegeschwindigkeit einen herausragenden Platz einnehmen werden.

Eindeutig ist die Reisegeschwindigkeit zu ermitteln, wenn nicht nur Abreisezeit und Ausgangsort, sondern auch Ziel und Ankunftszeit in den Schreiben nachgewiesen sind. Diese Glücksfälle tauchen leider nur in sehr wenigen Quellen auf, die im Zusammenhang mit der Geschichte Albrecht Achilles' stehen. Die zusammen rund ein Dutzend Beispiele sind in der Arbeit natürlich ausführlich dargestellt und bringen uns in der Beweisführung ein gutes Stück weiter. <sup>(4)</sup> Denn die Anzahl der Quellenbelege, die Genauigkeit der Angaben, wie auch die zeitliche und räumliche Streuung der solcher Art dokumentierten Botenreisen, erlauben es, ausreichend fundierte Aussagen treffen zu können.

Es gibt auch Beispiele dafür, dass Textstellen in den Briefen zu finden sind, die von der Reisedauer dieses oder eines anderen Briefes berichten. Hierbei handelt es sich um eine ergänzende direkte Beweismethode, die in einigen Fällen bei der Untersuchung auch zum Einsatz gekommen ist.

Natürlich sind wir mangels direkter Aussagen oft darauf angewiesen, uns auf eine indirekte Beweisführung zu stützen, bei der über den Inhalt der Briefe auch die Reisegeschwindigkeit ermittelt werden konnte. Dazu bedient sich die Untersuchung der im folgenden schematisch charakterisierten Arbeitshypothese:

Pfingsten) montag nach reminiscere (Reminiscere ist der zweite Fastensonntag), circumciso domini (31. Dezember), donstag nach viti (der Tag viti ist der 15. Juni).

<sup>1</sup> Auch hier sollen ein paar Beispiele helfen, sich die Datumsnennungen vorzustellen: anno 1400 XXII, anno LXXI, anno dni LXXIII, LXXX primo, LXXXV jare.

<sup>2</sup> Beispiele zu den lateinischen Datumsangaben sind XIII mensis Martii anno LXXI oder XVII Martii MCCCCLXXI. Auch hier ist das Datum eindeutig zu identifizieren.

<sup>3</sup> Insgesamt taucht der Vermerk, dass am Tag nach der Ausstellung des Briefes die Abreise erfolgte, in einer größeren Zahl von Fällen auf. Die entsprechenden Kanzleivermerke wurden in Kapitel 1.1 genauer untersucht.

<sup>4</sup> Ist über den Ankunftsort kein direktes Quellenzeugnis verfügbar, so kann man sich auch mit einem möglicherweise vorhandenen Itinerar, aber auch mit der Hypothese des gewöhnlichen Aufenthaltsortes des jeweiligen Empfängers helfen. Beispiele dazu sind in den unten untersuchten Quellen zu finden.

Absender „A“ schreibt zu einem bestimmten Datum einen Brief an den Empfänger „B“ und liefert ihm darin gewisse, spezifische Informationen. Empfänger „B“ wiederum verwendet diese Informationen zu einem späteren Zeitpunkt in einem von ihm abgesendeten Brief, der entweder zurück zu „A“ geht oder zu einer dritten Person, dem Empfänger „C“. Dann ist der Abfassungstag des zweiten der beiden Briefe der spätest mögliche Ankunftsstag des ersten Briefes und zeigt die Mindest-Reisegeschwindigkeit des Boten. Bei dieser Beweisführung sind aber zwei wichtige Einschränkungen zu beachten: Es muss ausgeschlossen werden können, dass diese spezifischen Informationen nicht auch auf einem anderen Weg zu „B“ gelangt sein können. Und zweitens ist zu konstatieren, dass der Absendetag des zweiten Briefes der spätest mögliche Tag der Ankunft des ersten Briefes ist; dieser kann natürlich auch schon früher angekommen sein.

Aus dem Inhalt des Briefes beziehungsweise den historischen Umständen muss dann in einer weitergehenden Interpretation gefolgert werden, ob die Nachricht so wichtig war, dass sie sofort weitergeleitet wurde. Oder aber, ob es sich um ein aufschiebbares Problem handelte, dessen Weiterleitung mit einer späteren, vielleicht ohnehin geplanten Botenreise zu erledigen war.

### 2.3.2 Die Meile – das Maß der Entfernung

Wie schnell eine Botschaft an den Adressaten kommen konnte, war mitentscheidend dafür, ob das Übermitteln einer Nachricht überhaupt sinnvoll war. Dazu musste die Entfernung wenigstens einigermaßen abgeschätzt werden, und das in einer Zeit, in der von maßstabgerechten Landkarten natürlich noch keine Rede sein konnte. War es schon für damalige Zeitgenossen schwierig die Entfernung zu berechnen, so fällt es dem heutigen Historiker keinesfalls leichter, die damaligen Verhältnisse zu überblicken. Diese Unklarheiten aufzuarbeiten, muss der erste Schritt sein, um Entfernungsberechnungen für Botenreisen des 15. Jahrhunderts zu ermöglichen.

Entfernungsangaben erfolgten in zeitgenössischen Texten gewöhnlich in Meilen oder in Stunden. Oft ist argumentiert worden, eine Meile sei einfach die Entfernung, die ein Reiter in einer Stunde zurücklegen konnte. Als Quellen für eine solche Behauptung dienen Postordnungen aus dem 18. Jahrhundert, so die sächsische Verordnung von 1713. <sup>(1)</sup> Dort ist die Meile kürzer, wenn schlechtes Gelände das Vorankommen erschwert und verlangsamt.

Eine Quelle aus der Feder Albrechts könnte ebenfalls in diese Richtung weisen. In einem Brief vom 12. Juni 1472 aus Cölln an den ungarischen Rat Georg von Stein lehnte der Fürst die Einladung zu Verhandlungen ab. Er tat dies mit der Begründung, er müsse in der Nähe seines Hofes bleiben, weil man Nachrichten erwarte: „... *Darumb können wir nyendert dann hie oder in zwaien oder dreyen meilen hie umb sein, das uns die unsren von hynnen in zweien oder dreyen stunden wissen zu finden.*“ <sup>(2)</sup> Zwei Meilen wurden also mit zwei Stunden gleichgesetzt.

Es ist m. E. nach aber eine völlige Fehlkalkulation, wenn man diese Gleichsetzung auf die Meilenberechnung des Spätmittelalters anwenden will. Obwohl die Umrechnung einer Meile in metrische Maße schwierig ist, weil die Meilenlänge von Region zu Region deutlich differierte, so kann man aus zeitgenössischen Quellen durchaus Annäherungswerte gewinnen. Eine wichtige Quelle liefert uns sogar die Korrespondenz des Kurfürsten Albrecht Achilles.

<sup>1</sup> Genau genommen spricht die sächsische Postordnung davon, dass eine Meile die Strecke ist, die ein Fußgänger in einer Stunde zurücklegen könne. Einem Reiter werden dazu nur 45 Minuten zugestanden. War das Gelände sehr schlecht, dann galt, dass eine Meile in anderthalb Stunden zurückzulegen war. Literatur: H. Mendthal; *Geometria Culmensis* (=Publikation des Vereins für die Geschichte Ost- und Westpreußens) 1886, S. 20 ff.; H. Witthöft; Rute, Elle und Schuh in Preußen (=Scripta Mercaturae 15, 1, 1981) S. 1 ff. und H.-J. von Alberti; Maß und Gewicht, 1957, S. 70 ff.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 399, S. 406.

Albrecht hatte als neuer Kurfürst die Rivalitäten zwischen Brandenburg und Pommern geerbt. <sup>(1)</sup> In diesem Streit suchten beide Seiten auch die Unterstützung des Kaisers. Albrecht Achilles gelang es, vom Reichsoberhaupt die Entsendung von zwei kaiserlichen Kommissaren zu erwirken, die den Streit untersuchen sollten. Marschall Heinrich von Pappenheim und der Bischof von Augsburg wurden zu Schiedsrichtern bestellt. Deren auch in anderem Zusammenhang schon vorgestellte Reise im Januar 1472 von Franken nach Brandenburg liefert uns die Quelle, in der Albrecht angab, was er unter einer Meile verstand. Er organisierte nämlich die Reise und gab in einem Brief vom 21. Dezember 1471 auch Entfernungsangaben. <sup>(2)</sup>

Unter anderen, so schrieb Albrecht an seine Räte, sollten die kaiserlichen Gesandten auf ihrer Reise nach Norden an drei Tagen von Hof nach Leipzig reisen. Diese Strecke, es handelt sich um rund 140 Kilometer, waren für Albrecht 15 – 16 Meilen. An zwei weiteren Tagen sollten sie von Leipzig nach Wittenberg unterwegs sein. Diese Strecke, die insgesamt 68 Kilometer ausmacht, bestand für Albrecht aus acht Meilen. Wir kommen so zu einer durchschnittlichen Meilenlänge von 8,5 bis 8,75 Kilometer. Die Tagesleistung einer Reiterkavalkade schwankte nach dieser Quelle zwischen vier und gut fünf Meilen, die hohen Herren konnten also pro Tag etwas mehr als 40 Kilometer zurücklegen.

Eine weitere Quelle bei Albrecht, in der Aussagen über Streckenlängen getroffen wurden, stammt aus dem Jahr 1477. Albrecht schrieb am 13. September aus Cadolzburg an den Grafen Ulrich V. von Württemberg und teilte ihm mit, dass dessen Wunsch, mit ihm und dem auf Besuch weilenden Markgrafen Johann auf die Jagd zu gehen, nicht erfüllt werden könne. Denn Johann müsse spätestens am 21. September in Prenzlau in der Uckermark sein, um dort seine Cousine mit dem Herzog von Stettin zu verheiraten. Er müsse bald aufbrechen, denn er habe 60 Meilen bis Cölln zurückzulegen. <sup>(3)</sup> Der Weg zwischen Cadolzburg und Prenzlau macht 570 Kilometer aus, so dass man hier sogar auf eine Meilenlänge von ungefähr 9,5 Kilometern kommt.

Bestätigt werden diese Meilenberechnungen auf der Basis von Quellen, die direkt Albrecht Achilles zuzuschreiben sind, wenn man weitere zeitgenössische Quellen zum Vergleich heranzieht. Hier sind die Aufzeichnungen des Nürnberger Kaufmanns Hanns Paumgartner des Jüngeren zu nennen, der Ende des 15. Jahrhunderts für seine Familie in Italien Geschäfte abwickelte und der ein Handbuch mit praktischen Informationen für Kaufleute hinterließ. <sup>(4)</sup> Darin lieferte er unter anderem auch Entfernungsangaben für ein gutes halbes Dutzend von Strecken. Rechnen wir die Angaben des wegekundigen Kaufmanns in Kilometer um, so kommen wir auf einen Durchschnittswert von 8,1 Kilometer pro Meile. <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> Siehe die entsprechenden Ausführungen in der biographischen Skizze.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 7 r. und v.; Priebatsch 1, S. 301, Nr. 263.

<sup>3</sup> STAN, A.A. Nr. 732, fol. 144; Priebatsch 2, Nr. 321, S. 322. Einen dritter Verweis auf die Meilenberechnung finden wir bei Albrecht Achilles in einem Brief, den er am 29. November 1474, einem Dienstag, an seinen Rat Hans von Thalheim nach Frankfurt sandte. Quelle: STAN, C 3, Nr. 237 I, fol. 54; Priebatsch 1, Nr. 1006, S. 768. Darin schrieb Albrecht, dass er täglich nur zwei Meilen vorankomme. Heute sei er in Bürgstadt bei Miltenberg am Main und morgen, Mittwoch, 30. November, werde er bis Wörth am Main gekommen sein. Am Freitag, 2. Dezember, sei er dann in Frankfurt. Von Bürgstadt über Wörth nach Frankfurt sind es ziemlich genau 60 Kilometer dem Fluss folgend, für die erste Etappe am 30. November, waren es 13 Kilometer, die Albrecht zurücklegen wollte, für die zweite und dritte Etappe berechnete er zusammen knapp 50 Kilometer, also 25 Kilometer pro Tag. Versuchen wir aufbauend auf dieser Aussage eine Meilenlänge zu berechnen, so schwankt unser Ergebnis zwischen 6,5 und 12,5 Kilometer, was uns nicht sehr viel weiter hilft.

<sup>4</sup> Diese Aufzeichnungen sind ediert von Karl Otto Müller; Welthandelsbräuche, Stuttgart/Berlin, 1934.

<sup>5</sup> Paumgartner gibt zum Beispiel die Entfernung von Graz nach Villach (165 Kilometer) mit 18 Meilen an. Das macht 9,1 Kilometer pro Meile. Von Bruck an der Muhr nach Salzburg (229 Kilometer) sind es 26 Meilen, also ein Verhältnis von 1 : 8,8. Die Entfernung Budapest – Wien, um noch ein letztes Beispiel aus dem Werk von Paumgartner zu erwähnen, summiert sich auf 30 Meilen. Die Streckenlänge von 243 Kilometer ins Verhältnis zu den spätmittelalterlichen deutschen Meilen gesetzt, ergibt 1 : 8,1. Paumgartner unterscheidet die deutsche Meile von der „welsch meyl“, die in Italien gilt und ungefähr 1,77 Kilometer ausmacht. Siehe Müller, a.a.O., S. 196 f.; Kap. I, Nr. 164. Gestützt wird die Aussage über die Meilenlängen, wenn man die Memminger Chronik zu Rate

In der wohl ersten deutschen Straßenkarte, der schon vorgestellten Romkarte des Erhard Etzlaub aus Nürnberg, die um 1500 entstand, entspricht eine deutsche Meile ungefähr 7,4 Kilometern. (<sup>1</sup>) 7,4 bis 9,1 Kilometer für die Länge einer spätmittelalterlichen Meile ist eine recht große Spannbreite, mit der man bei der Berechnung der Geschwindigkeiten zurecht kommen muss.

### 2.3.3 Botenreisen zwischen Franken und Brandenburg

Die Verbindung zwischen den beiden Herrschaftsmittelpunkten Albrechts, der markgräflichen Residenz Ansbach in Franken und dem kurfürstlichen Schloss in Cölln an der Spree, war für die Herrschaftsausübung des Fürsten ab 1470, als er in beiden Regionen regierte, von eminent großer Bedeutung. Da es sowohl im norddeutschen als auch im süddeutschen Herrschaftsbereich immer wieder zu politischen und auch militärischen Spannungen kam und Albrecht nur auf einem der Schauplätze vertreten sein konnte, musste er im jeweils anderen Fürstentum mittels Vertrauter handeln. Um mit diesen in Kontakt zu bleiben, Informationen zu erhalten und Befehle zu übermitteln, war eine zügige Nachrichtenverbindung von der Fränkischen Rezat an die Spree von grundlegender Bedeutung. Wie schnell konnten Boten die rund 490 Kilometer lange Strecke bewältigen?

Ein großer Glücksfall, der die Beantwortung dieser Frage ermöglicht, ist die Entdeckung einer Quelle aus dem Januar des Jahres 1482, in der eine explizite Aussage des Kurfürsten Albrecht Achilles über die Reisedauer des Boten überliefert ist. Anlässlich eines Streits mit seinem Sohn und Statthalter Johann von Brandenburg um eine zu selbstständige Schlesienpolitik ist die Aussage überliefert: Ein Bote brauche genau sechs Tage von Cölln nach Ansbach. So schrieb es Albrecht in einem Brief vom 30. Januar an Johann. Die Worte des Fürsten sind: „...am *dinstag* ist er weggeritten, am *sontag dornach* ist er *gein* Berlin kommen.“ (<sup>2</sup>)

Der Brief entstand in der Hochphase der Auseinandersetzung zwischen Albrecht und Matthias von Ungarn um das Glogauer Erbe. (<sup>3</sup>) Ende 1481/Anfang 1482, befanden sich beide Herrscher in einer intensiven Phase der Verhandlungen. Albrechts Sohn und Statthalter, Markgraf Johann, der in Brandenburg nach vielen Gefechten mit den Ungarn und deren Verbündeten vor allem Frieden haben wollte, war zu größeren Zugeständnissen bereit. Albrecht, dem die Versorgung seiner Tochter Barbara am Herzen lag, der die Beziehungen zum Kaiser nicht gefährden wollte und der auch mit einer gehörigen Portion Sturheit gesegnet war, zeigte sich härter im Verhandeln. Es kam zu unterschiedlichen diplomatischen Zügen der

---

zieht, die für Anfang des 16. Jahrhunderts die Strecken überliefert, die die Boten des Hauses Thurn und Taxis zurückzulegen hatten. Die Post der Thurn und Taxis hatte im Schwäbischen alle fünf Meilen einen Posten eingerichtet. Eine dieser Relaisstationen war in Kempten, die nächste bei Pleß nördlich Memmingen und dann fand sich eine an der Donaubrücke bei Elchingen. Das sind jeweils rund 45 Kilometer. Wir kommen also zu einem Verhältnis von neun Kilometern pro Meile. Die Memminger Chronik entstand noch im 16. Jahrhundert und wurde bereits im Jahr 1660 von Christoph Schorer in Ulm gedruckt, ist also als sehr zeitnah zu werten.

<sup>1</sup> Wir befassten uns schon in Kapitel 1.2.2 mit der Karte. Grundlegend zu Etzlaub ist Herbert Krüger, *Des Nürnberger Meisters Erhard Etzlaub älteste Straßenkarte von Deutschland*; In: *Jahrbücher für fränkische Landesforschung*; Band 18; 1958; S. 1 – 280. Auch im oben schon zitierten Ausstellungskatalog der Staatsbibliothek München, wird genauer auf die Kartenwerke Etzlaubs eingegangen.

<sup>2</sup> STAN, *Herrschaftliche Bücher*, Nr. 45, fol. 140; *Priebatsch* 3, Nr. 834, S. 141 ff. Vergleichen wir hiermit die Reiseleistung eines markgräflichen Rates, so sehen wir einen deutlichen Unterschied. Albrecht befahl seinem Rat Albrecht Stieber am 15. März 1468, dem „*dienstag nach reminiscere*“ als Experten in böhmischen Angelegenheiten nach Cölln zu Kurfürst Friedrich II. zu reiten. Nach Weisung seines Fürsten sollte Stieber dort bis spätestens „*letare*“ eingetroffen sein. Letare, der vierte Fastensonntag, oder auch Mitfasten genannt, war in diesem Jahr der 27. April. Stieber hatte also zwölf Tage Zeit, um die 490 Kilometer zurückzulegen. Das wären aber immerhin noch 40 Kilometer am Tag. Quelle: *Riedel* 3,1, Nr. 334, S. 447.

<sup>3</sup> Zum Hintergrund der Auseinandersetzungen siehe die Ausführungen in der biographischen Skizze.

beiden Zollernfürsten, die einen heftigen Streit auslösten und uns die Quellen lieferten, die die Reisegeschwindigkeit der Boten dokumentieren.

Eine ungarische Gesandtschaft war am Jahresende 1481 in Cölln, wollte eine konkrete Antwort auf die Kompromissvorschläge ihres Königs haben und beschuldigte die Brandenburger, sie würden gegen Ungarn arbeiten. Die Gesandtschaft drohte dann den Brandenburgern, dass Ungarn erneut Krieg führen werde, wenn es zu keiner Einigung komme. Darüber wurde Albrecht von Johann informiert. Dieser Brief – es ist sicherlich der unten erwähnte vom 31. Dezember 1481 – ist nicht erhalten. Man kann den Inhalt dieses Schreibens aber erschließen. Denn Albrecht antwortete seinem Sohn darauf am 8. Januar 1482 und schrieb, dass die Vorwürfe der Ungarn nicht wahr seien. Man solle erst einmal in Ruhe abwarten und keine Zugeständnisse machen. <sup>(1)</sup>

Darauf antwortete Johann seinem Vater am 16. Januar 1482, dass er den Ungarn schon eine Antwort gegeben habe, weil er nicht mehr habe warten können. Er begründete sein Vorgehen wie folgt: „*Lieber herr und vater. Die sachen und schrift des konigs von Hungern halben an eur lieb gelanget und durch Beyrlein boten behendet, der hie am abent circumcisionis (31. Dezember; d. Verf.) zu mitternacht gefertigt eylends was und uns furgehalden, das er in dritthalben tagen hinaus und desgleichen herein auf den wegh und nicht länger gewest wer, wissen wir nicht die lang verzihungs eur lieb anwort, ob es seyn schuld sey oder nicht.*“ Da von Albrecht keine Instruktion gekommen sei, habe man die Stände einberufen und den Ungarn dem Rat des Landtags folgend geantwortet, so Johann weiter. Diese Antwort muss spätestens am 12. Januar gegeben worden sein, weil die ungarischen Gesandten an diesem Tag das entsprechende Schreiben in Händen hielten, wie aus einem anderen Brief zu entnehmen ist. <sup>(2)</sup>

Am 17. Januar 1482, einen Tag nach Johanns Schreiben, ging ein Brief von Ansbach nach Cölln, der durch den Knecht der Markgräfin Barbara bestellt wurde. <sup>(3)</sup> Auch ein Messer als Geschenk für Johann ist Teil des Botengepäckes. Aus dem Inhalt des Schreibens geht klar hervor, dass Albrecht an diesem Tag noch nicht verärgert war. Er hatte also wohl noch keine Kenntnis von dem eigenmächtigen Vertragsabschluss seines Sohnes, der am 12. Januar erfolgt war, nachdem der Herrentag in Cölln zusammengetreten war.

Der Ärger brach sich aber im nächsten Schreiben Bahn, das in Ansbach am 30. Januar 1482 ausgefertigt wurde. Albrecht weigerte sich darin kategorisch, den ihm im Schreiben vom 16. Januar mitgeschickten Vertragsentwurf abzusegnen, weil er, so seine Argumentation, nichts dergleichen befohlen hätte. Der Ungarn-Vertrag, würde er denn in dieser Weise abgeschlossen, würde sein Verhältnis zum Kaiser schwer beeinträchtigen. Er fuhr dann fort: „*... ir schreibt, wie der Beyerlein langsam geritten sey, der solt in fünf tagen aus und ein sein geritten, ist unmüglich. Wie könnten wir in solchen grossen sachen, die uns sele, leib, ere und gut antreffen, so bald antworten on grossen rate.*“ <sup>(4)</sup>

Festzuhalten ist einmal, dass von einer fünftägigen Reisezeit – noch dazu für beide Etappen – in Johanns Brief nirgends die Rede war, weswegen es unklar ist, wieso Albrecht darauf kam. Johann sprach von insgesamt sieben Netto-Reisetagen für die Hin- und die Rückreise. Außerdem nannte Albrecht als Grund dafür, dass fünf Tage für die Beantwortung des ungarischen Vorschlags zu knapp bemessen seien, nicht die Reisezeit, sondern den Umstand, dass die Notwendigkeit bestand, intensiv über das ungarische Angebot zu beraten.

Albrecht warf seinem Sohn dann weiter vor, dass er gelogen habe, als er geschrieben habe, er habe den Herrenrat binnen sechs Tagen zusammenrufen müssen. Dazu würde man mindestens 14 Tage brauchen. Schließlich kenne er sich in der Mark aus, so Albrechts Vorhalt.

<sup>1</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 106; Priebatsch 3, Nr. 827, S. 137 f.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 142 r.; Priebatsch 3, Nr. 830, S. 139.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 132 b; Priebatsch 3, Nr. 831, S. 140.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 140 f.; Priebatsch 3, Nr. 834, S. 141 ff.

Die für die Ermittlung der Reisegeschwindigkeit erste entscheidende Aussage des Briefes folgt nun: „... *ist doch datum eurs letzten briefs und unser antwort acht tag voneinander, wie mocht es dann der Beyrlin nicht erritten haben ...*.“ (Johann hatte ja die Vermutung geäußert, der Bote habe sich durch irgendetwas verspätet; d. Verf.) „... *wissen wir doch für war, das der Beyrlin gein Berlin ist komen, da der ungrisch schreiber noch da ist gewesen.*“ In acht Tagen war die einfache Reise Cölln – Ansbach also allemal machbar, so die Aussage Albrechts.

Man muss rekapitulieren, dass dieser Brief vom 30. Januar stammt. Bayerlein, der am 31. Dezember oder 1. Januar aus Cölln abgeritten, dann wieder nach Cölln zurückgekehrt war und mit dem Brief Johanns vom 16. Januar sich erneut auf den Weg gemacht hatte, war nun abermals zurück in Ansbach. Dort legte er Albrecht dann seine Version der Vorgänge dar. Albrecht scheint dem Mann geglaubt zu haben, was zusätzlich ein wichtiger Hinweis darauf ist, dass der Fürst einem seiner wichtigen Eilboten großes Vertrauen schenkte, wenn er seinen Aussagen, die immerhin den Worten des Kurprinzen widersprachen, Glauben schenkte.

Weiter im Text: „*Ir schreibt, der Bairlin sei lang aussen gewest, und prelaten, herrn, mann und stete haben das geraten, das hett ein ratslag lassen sein und hett gewart unser antwort. So wert ir eins andern unterrichtet worden.*“ Sie hätten also gefälligst auf seine Entscheidung warten sollen, beschied er sie.

Jetzt folgt die nächste entscheidende Stelle des Briefes, die der Berechnung der Reisegeschwindigkeit dient: „*Wie bald sollten wir in fertigen. Er ist am sambstag zu nach hieher kommen. (Das war der 5. Januar) „am sonntag obersten (Dreikönigstag; d. Verf.) sind die brive gehort worden im rate, am montag (7. Januar) ist er gefertigt worden, am dinstag (8. Januar) ist er weg geritten, am sonntag dornach (13. Januar) ist er gein berlin komen. Do ist der Hungrisch schreiber noch do gewest“*, überführte Albrecht seinen Sohn der Lüge. Es wäre also gut möglich gewesen, den Brief aus Ansbach abzuwarten und erst dann den Ungarn die Antwort zu geben, so das Fazit von Albrechts Beweisführung.

Der Kurier brauchte folglich nur fünf Tage – wenn er in der Nacht des 31. Dezembers losgeritten war ein paar Stunden länger – für den Weg von Cölln nach Ansbach. Für den Rückweg benötigte Bote Bayerlein, der sich am 8. Januar aufgemacht hatte, dann sechs Tage, bis er in den Schlosshof in Cölln einreiten konnte. Das bestätigen die eben analysierten Quellen.

Schaut man die Reisegeschwindigkeit an, so kommt man bei einer Streckenlänge von rund 490 Kilometern und einer Fünf-Tages-Reise auf ein Tagespensum von 98 Kilometern. In den Wintermonaten können wir mit nur rund acht Stunden Tageslicht rechnen. Wir haben dann eine Stundenleistung von 12,5 Kilometern vor uns. <sup>(1)</sup> War ein sechster Tag für die Reise nötig, kann immer noch von einem hohen Tagesdurchschnitt von fast 82 Kilometern ausgegangen werden. Ritt der Bote teilweise auch nachts, so verringerte das zwar die Stundenleistung, brachte aber erfahrungsgemäß keine höhere Gesamtleistung, weil das Pferd stärker angestrengt wurde und deshalb langsamer unterwegs war.

Die Quellenaussage ist so klar und eindeutig, dass ihr ein hoher Wahrheitsgehalt zukommt. Es gibt keinen Grund, weshalb Albrecht diese Reiseleistung erfinden sollte, denn sie war ja von allen Beteiligten zu kontrollieren. Denn alle entscheidenden Männer an den beiden Höfen wussten, wann der Bote abgereist und wann er angekommen war.

Die Reiseleistung des Boten Bayerlein ist folgendermaßen zu rekonstruieren: Er verließ das Cöllner Schloss wohl am 1. Januar 1482, kam am 5. Januar in Ansbach an, verließ am 8. Januar die fränkische Residenz Albrechts, kam am 13. des Monats wieder nach Cölln, von wo aus er sich mit dem Schreiben Johanns vom 16. Januar an diesem oder dem folgenden Tag wieder auf den Weg machte. Rechnet man wieder fünf oder sechs Tage, dann war er am 21. Januar oder am Tag darauf wieder in Franken und konnte den Brief Albrechts, in dem er seinen Sohn mit scharfen Worten zurecht wies, am 30. Januar oder einen Tag später wieder

<sup>1</sup> Siehe die Berechnungen von Hyland in Kapitel 1.3.1.

nach Cölln befördern. Das kommt einer regelmäßigen Kurierverbindung schon sehr nahe. Dass zwischen der Ankunft des Entschuldigungsschreibens aus Cölln und der Abfassung der Philippika mehrere Tage vergingen, muss darauf zurückgeführt werden, dass in Ansbach beraten wurde.

Die hohe Kilometerleistung des Boten Bayerlein ist sicherlich auf die Eilbedürftigkeit der Schreiben zurückzuführen. Sie liegt mit fast 100 Kilometern pro Tag deutlich über dem Tagesdurchschnitt der Boten, der bisher in der Forschung angenommen wurde. Die Botenverbindung zwischen Albrechts beiden Regierungszentren war also sehr schnell und effizient.

In den nächsten drei Tagen, Ende Januar/Anfang Februar, schickte der Kurfürst aus Ansbach noch drei weitere Briefe in dieser Sache an Johann und die Räte nach Cölln, in denen er sie und den Markgrafen gehörig zusammenstauchte. <sup>(1)</sup> Wer diese Briefe mit Datum vom 1. und 2. Februar transportierte und wie lange sie unterwegs waren, ist leider nicht nachzuweisen.

War diese Fünf-Tagesreise zu Beginn des Jahres 1482 ein Ausnahmefall oder gibt es noch mehr Quellenzeugnisse, die belegen, dass solch schnelle Reisen stattgefunden haben oder ob es sogar noch schneller ging?

Das Quellenzeugnis für die schnellste Reise zwischen Ansbach und Cölln haben wir für das Jahr 1475. Der Polenkönig Kasimir schickte im August 1475 den Bischof von Ermland zu Gesprächen über ein Heiratsbündnis mit den Brandenburgern nach Cölln. Dabei teilte er Markgraf Johann mit, dass eine weitere Tochter Kasimirs, die Prinzessin Hedwig, auf dem Weg zu ihrem Bräutigam Georg von Landshut durch Brandenburg kommen werde und man Geleit erbitte. Johann schrieb dies seinem Vater am 24. August, einem Donnerstag: „*datum Coln an der Sprew am donrtstag Bartholomei im LXXV. Jar*“ Der Text lautet: „*Der bischove von Heylsberg ist heut bey uns von des konigs wegen von Poln gewest mit einem desselbigen konigs credenzbrive ans uns geworben, das wir dem konig mochten unsern brive zuschicken und schreiben, das wir sein tochter sicher durch die Marck schaffen wollen und sie umb sant Michels tag uf der grenitz der Marck ufnehmen, wann sie umb dieselben zeyt oder ein tag, vir oder fünf darnach die grenitz der Marck beruren wurde.*“ Später habe er noch erfahren, so fuhr Johann fort, dass die Polen mit 3000 Pferden kommen würden, was das Geleit für Brandenburg doch sicher sehr teuer machen werde. Da er aber nun schon mal zugesagt habe und man wegen der Ehepläne Friedrichs, der eine andere Tochter des Polenkönigs heiraten wolle, keinen Affront riskieren wolle, wisse er nicht, was er tun solle. Er schrieb deshalb: „*... und wissen deshalb an nymants rate zu besuchen, dann an eur liebe, mit sundern fleys bittende, uns eylende zu schreiben, wy wir uns in solchen sachen halben halden sollen.*“ <sup>(2)</sup>

Kanzler Sesselmann schrieb Albrecht nur sieben Tage später aus Cölln und meldete in diesem Brief, dass man Albrechts Anordnungen betreffs des Durchzugs der polnischen Braut befolgen werde. <sup>(3)</sup> Sesselmanns Brief ist datiert vom 30. August. Es wären dies also nur maximal sieben Tage für die Botenreise hin- und zurück, was eine exorbitant schnelle Reise belegen würde. Doch sowohl die thematische Übereinstimmung der beiden Briefe, als auch die Formulierung Johanns, dass er zum ersten Mal von den Reiseplänen der Prinzessin gehört hatte und explizit um Anweisungen bat, lassen kaum einen Zweifel zu, dass die Reise des Boten so schnell ablief und die Weisungen Albrechts sieben Tage nach der Anfrage in Cölln vorlagen. Denn der Donnerstag Bartholomeus war 1475 der 24. August und der 30. August war im Jahr 1475 eindeutig der Mittwoch nach dem Festtag des Kirchenlehrers Augustinus, der am 28. August begangen wird. <sup>(4)</sup>

<sup>1</sup> Zwei Briefe sind überliefert, ein weiterer vom 31. Januar an Johann, STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 146 a; Priebatsch 3, Nr. 837, S. 145 f., und einer vom 2. Februar an Johann Vogel, STAN, a.a.O., fol. 148 r.; Priebatsch 3, Nr. 838, S. 146 ff.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 145, S. 170 ff.

<sup>3</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>4</sup> Grotefend, a.a.O., Tafel 43, und a.a.O., S. 13.

Eine Reaktion Albrechts auf den zweiten Punkt in Johanns Schreiben, in dem dieser die Übergriffe des Ritters Glaubitz schilderte, sind um diese Zeit nicht nachweisbar. Das ist aber kein Gegenbeweis, weil Albrecht darauf in einem Schreiben an Johann geantwortet haben könnte, beziehungsweise Sesselmann in seiner Antwort vom 30. August nicht auf alle Punkte in Albrechts Brief eingegangen sein musste.

Eine Eilbedürftigkeit war sicher gegeben, weil Albrecht fürchten musste, Johann begehe aus Sparsamkeitsgründen einen diplomatischen Fauxpas und ziehe die Zusage, Durchreise und Geleit zu genehmigen, zurück. Bevor der Gesandte wieder nach Polen reiste, musste man Klarheit schaffen. Und das könnte Albrecht mit dem leider nicht überlieferten Schreiben aus Franken getan haben. Nach dem Itinerar hielt sich der Kurfürst um diese Zeit in Ansbach auf, wo er auf jeden Fall am 25. August und am 7. September nachweisbar ist. Die 490 Kilometer lange Strecke Cölln – Ansbach wurde, wie erwähnt, in durchschnittlich 3,5 Tagen zurückgelegt, was einem Tagesschnitt von 140 Kilometern entsprach und damit an die Tagesleistungen der Boten der Thurn und Taxis heranreicht. Erinnern wir uns auch der oben schon angeführten Aussage des Boten Bayerlein, in der von dreieinhalb Tagen einfacher Reisezeit von Cölln nach Ansbach die Rede ist, so haben wir einen weiteren Hinweis darauf, dass diese schnelle Reise möglich gewesen wäre. Sie kann also als durchaus wahrscheinlich angenommen werden.

Eine weitere strukturelle Aussage Albrechts zur Geschwindigkeit der Boten zwischen Ansbach und Cölln findet sich für das Jahr 1471. Am 21. Dezember forderte Albrecht von Cölln aus die Entsendung noch einer Reihe von Mitarbeitern nach Brandenburg und wunderte sich dann ausweislich des Briefes, dass Bote Heinzlein noch nicht zurück sei. *„Vns nymet fremd, warumb Ir Heintzen boten alslang enthalt, dann wir vermuten vns, es sol allwegen einer In XIII tagen auß vnd ein reyten. Und Ir bedorfft keine zerung geben, denn wir richten sie des botenlons hynnen aus. Desgleichen thut doaussen auch, dannwenn Ir einen boten herein schickt, So wollen wir Im hynnen nichts geben.“* <sup>(1)</sup> Sechseinhalb Tage erschienen Albrecht für eine Reise von 490 Kilometern also als eine durchaus zu erbringende Durchschnittsleistung.

Geht man bei der Analyse der Quellen, die etwas über die konkrete Reisegeschwindigkeit der Boten auf der Strecke zwischen Brandenburg und Franken aussagen, chronologisch vor, so stößt man als zeitlich frühesten Hinweis auf einen Brief aus dem Jahr 1466. Am 15. Juni 1466 schrieb Kurfürst Friedrich II. aus Tangermünde an Albrecht. Dieser gab dem Kurfürsten erst in einem Schreiben mit dem Datum vom 1. Juli 1466 Antwort, also mehr als 14 Tage später. <sup>(2)</sup> Einen Brief Albrechts vom 25. März 1467 aus Ansbach <sup>(3)</sup> beantwortete Kurfürst Friedrich erst nach dem 5. April, also erst mindestens elf Tage später. <sup>(4)</sup> Am 11. April 1467, sechs Tage nach dem Brief aus Cölln, ging Albrecht in einem neuerlichen Schreiben an seinen Bruder nicht auf die Nachricht aus Brandenburg ein. <sup>(5)</sup> Die Botenreisen dauerten zur Zeit, als verschiedene Fürsten in den beiden Territorien der Zollern regierten, offensichtlich länger. Die Nachrichtenverbindungen waren seltener und noch nicht gut organisiert. Ähnliches ist im Februar 1468 festzustellen. Ein Schreiben Friedrichs von Mitte Februar beantwortete Albrecht erst am 1. März, rund 14 Tage später. <sup>(6)</sup>

Von einer Reise von acht Tagen zwischen Cölln und der Plassenburg ob Kulmbach erfahren wir aus zwei Briefen aus dem Frühjahr 1469. Friedrich II. schrieb seinem Bruder am 26. März 1469, dem Palmsonntag, aus Cölln einen Brief, den Albrecht schon am 3. April, Ostermontag,

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 10 r.; Burkhardt, 1, Nr. 8, S. 15; Priebatsch 1, Nr. 262, S. 300.

<sup>2</sup> Riedel 3,3; Nr. 64, S. 77 f. und Nr. 65, S. 79 ff.

<sup>3</sup> Riedel 3,1, Nr. 297, S. 428.

<sup>4</sup> Riedel 3,1, Nr. 301, S. 431 ff.

<sup>5</sup> Riedel 3,1, Nr. 303, S. 434.

<sup>6</sup> Riedel 3,1, Nr. 329, S. 460 ff. und Nr. 333, S. 470 ff. Der genaue Zeitpunkt der Datierung des Schreibens Friedrichs ist nicht festzustellen. Es muss aber vor dem 20. Februar hinausgegangen sein. Die Antwort Albrechts erfolgte *„am samstag nach dem sontag estomichi“*, also dem 1. März 1468.

auf der Plassenburg beantwortete. Es ist absolut sicher, dass dieses Schreiben Albrechts die Antwort auf Friedrichs obengenannten Brief ist, weil Albrecht die Fragen Friedrichs zu Beginn seines Briefes noch einmal rekapitulierte. <sup>(1)</sup>

Die Strecke Cölln – Plassenburg umfasst 360 Kilometer. Bei acht Reisetagen entspricht dies 45 Kilometern am Tag und bei zwölf Stunden Tageslicht einem Stundenmittel von 3,75 Kilometern, was schon eine ganz ordentliche Leistung war, aber noch deutlich hinter den Leistungen in den späteren Jahren zurück lag.

Schon relativ kurz nach dem Regierungsantritt Albrechts in Brandenburg aber scheinen schnellere Verbindungen möglich gewesen zu sein, wie die kommenden Beispiele zeigen mögen. Albrecht schrieb am 14. September 1471, kurz bevor er zu seiner ersten Reise nach Brandenburg aufbrach, aus Cadolzburg an Markgraf Johann und vermerkte, dass er dem Statthalter in der Mark, Friedrich Sesselmann, „... *unser maynung alle geschriben und entdeckt hat.*“ <sup>(2)</sup> Dieses hier erwähnte Schreiben stammt auch vom 14. September und Albrecht lehnte darin Verhandlungen mit den Ständen in Brandenburg über die Huldigung ab. Die Vertreter sollten nur zum Landtag erscheinen und huldigen. Auf dem Tag sollte dann auch über die Beziehungen zu Pommern geredet werden. Explizit bezog sich Albrecht auf die Kontroverse, die er mit seiner Schwägerin, der Frau des ehemaligen Kurfürsten Friedrich II. hatte, und die er zu entschärfen versprach: „... *so wir hinein kommen, in unser swester sachen zu seiner zeyt gern verbotten ...*.“ Gesandt wurde das Schreiben ausweislich der Kanzleinotiz durch einen speziellen Boten: „*Bei Heinrichen dem Merckischen boten hinein geschickt.*“ <sup>(3)</sup> Bereits am 18. September antwortete Sesselmann und ging in diesem Schreiben auf die Ausführungen des Kurfürsten ein. „... *eurer gnaden meynung, uns schriftlich ytzunt zu versteen gegeben.*“ Und Sesselmann bezog sich auch auf die Angelegenheit der Kurfürstin Witwe Katharina ein: „... *die maynung der alden frowen halben gefellet uns ganz ...*.“ <sup>(4)</sup>

Damit ist eindeutig erwiesen, dass sich Sesselmanns Schreiben vom 18. September auf den Brief Albrechts vom 14. September bezog. Das beweist, dass ein Schreiben durch einen Eilboten auch zwischen Cadolzburg und Cölln in fünf Tagen oder sogar noch etwas schneller transportiert werden konnte. Denn selbst, wenn der Bote schon am 14. des Monats losgeritten war, konnte er das nicht am frühen Morgen getan haben, denn der Brief Albrechts an Sesselmann war sehr lang, er umfasste drei Blatt. Dazu kam noch der Brief an Johann. Und am 18. September musste Sesselmann dann noch die Antwort verfassen, der Bote konnte also nicht ganz am Ende des Tages angekommen sein. Wir können also durchaus etwas weniger als fünf Tage Netto-Reisezeit annehmen. Die Strecke von Cadolzburg nach Cölln führte über 460 Kilometer. Teilen wir dies durch vorsichtig geschätzte 4,5 Tage so kommen wir auf ein Tagesmittel von ebenfalls etwas mehr als 100 Kilometern.

Fast genauso schnell fand ein Brief im Sommer 1478 seinen Weg vom Absender zum Empfänger. Markgraf Johann schrieb seinem Vater aus Cölln nach Hollfeld in Oberfranken <sup>(5)</sup> einen Brief, in dem er über Verhandlungen mit den Pommernherzögen berichtete. <sup>(6)</sup> Der Brief ist datiert auf „*freytag zu nacht nach Bonifacy* (12. Juni; d. Verf.).“ Um das Datum zu verifizieren, muss man etwas länger ausholen. Der Bonifatiusstag, der 5. Juni, war im Jahr

<sup>1</sup> Höfler, Nr. 89 f., S. 186 ff.; Riedel 3,1, Nr. 355, S. 501 f. und Nr. 356, S. 503 f.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 125 v.; Priebatsch 1, Nr. 222, S. 276.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 44, fol. 124 r.; Priebatsch 1, Nr. 221, S. 274 ff.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 224, S. 277.

<sup>5</sup> Der Ort liegt etwa 20 Kilometer westlich von Bayreuth, fast auf halber Strecke zwischen der markgräflichen Stadt und der Bischofsresidenz Bamberg. Er wird in den Quellen öfter als Aufenthaltsort Albrechts erwähnt. Der Bote Kunz, der zuvor von Albrecht mit Nachrichten und Befehlen nach Brandenburg geschickt worden war, schien den Fürsten auf seiner Rückreise ohne Schwierigkeiten dort getroffen zu haben. Entweder war der Weg zwischen Ansbach und Cölln vorgegeben, so dass der Bote nur reiten und dann irgendwann zwangsläufig auf den Hof des Kurfürsten stoßen musste, oder aber Albrecht hatte den Boten Kunz informiert, wo er sich wann auf seiner Reise von Franken nach Brandenburg aufhalten würde.

<sup>6</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 24; Priebatsch 2, Nr. 409, S. 399.

1478 selbst ein Freitag, so dass die Datierung zu Diskussionen Anlass gab, es könnte die Nacht zum 6. Juli gemeint gewesen sein. <sup>(1)</sup> Dem muss aber entschieden widersprochen werden, denn es ist eindeutig von einem Freitag die Rede und von einem Freitag nach dem Bonifatiustag, also ist der 12. Juni der Tag der Datierung.

Das ist deshalb wichtig, weil es eine Kanzleinotiz aus Ansbach gibt, die festhielt: „*Komen bei Conzlei boten gein Holfelt am mitwoch nach Viti.*“ Der Vitustag ist der 15. Juni und Mittwoch nach Viti war 1478 der 17. Juni. Der Kurier war also vom 12. bis zum 17. Juni unterwegs und es zeigt sich hier wieder die Fünf- oder Sechstagesfrist einer Botenreise, die in diesem Fall sogar mit Abreise- und Ankunftsdatum belegt ist.

Dass die Abreise des Boten aus Cölln sogar erst am 13. Juni stattfand und wir deshalb eine Reise von maximal fünf Tagen beweisen können, zeigt ein weiterer Brief aus diesen Tagen. Darin schrieb der Propst von Berlin, Erasmus Brandenburg, mit Datum eben vom 13. Juni, dass er zusammen mit Johann in Prenzlau in der Uckermark gewesen sei, dort mit den Pommern verhandelt habe und am Freitag zusammen mit dem Markgrafen wieder zurück nach Cölln gekommen sei. Aus der Kanzleinotiz dieses Schreibens ist ersichtlich, dass Kunz auch den Brief des Propstes, datiert auf Samstag nach Barnabas, überbracht hatte. <sup>(2)</sup>

Kunz konnte also frühestens am 13. Juni morgens oder am Vormittag losgeritten sein und da er am 17. Juni, spätestens abends in Hollfeld, einem Ort in der Nähe der Burg Zwernitz in Oberfranken, war, kommen wir bei fünf Reisetagen und einer Streckenlänge von rund 365 Kilometern auf eine Tagesleistung von 73 Kilometern. Da wir Mitte Juni 16 Stunden Tageslicht ansetzen können, können wir einen Stundendurchschnitt von rund 4,5 Kilometern errechnen. Das ist ein Ergebnis, das die anderen Berechnungen erneut bestätigt.

Zwischen Cölln und Cadolzburg war im September 1479 wieder ein Bote relativ schnell unterwegs. Er reiste mit einem Schreiben, datiert auf den 8. September dieses Jahres, von Cölln nach Süden. Der Inhalt des Schreibens befasste sich mit Kriegsrüstungen der Pommern, die Kanzler Sesselmann große Sorgen bereiteten. Da beide Fürsten zu diesem Zeitpunkt in Franken weilten, adressierte er sein Schreiben an Albrecht und Johann. <sup>(3)</sup> Albrecht antwortete schon am 15. September aus Cadolzburg, so dass der Bote sieben Tage unterwegs gewesen sein dürfte. Das macht bei rund 460 Kilometern, die zwischen beiden Orten liegen, eine Tagesleistung von immerhin noch 66 Kilometern. Teilt man dies noch durch die um diese Zeit anzunehmenden 12 Stunden Tageslicht, so kommt man auf eine Stundenleistung von rund 5,5 Kilometer.

Eilkurier Bayerlein reiste mit einem Schreiben Johanns ausweislich einer Kanzleinotiz am 22. Februar 1480 aus Cölln ab und kam vor dem oder am 28. Februar in Ansbach an, so dass eine Sechs-Tage-Reise in diesem Wintermonat stattgefunden zu haben scheint. Zum Beweis die Kanzleinotiz: „*Antwort meins herrn uf das schreiben so im mein herr marggrave Johans gethan hat bei dem Beyerlein dinstag nach invocavit. ... datum O. am montag nach dem sonntag reminiscere.*“ <sup>(4)</sup> Das ergibt wieder einen Tagesdurchschnitt von knapp 82 Kilometern. Ein Briefkontakt Ende Juli 1480 gibt uns wieder ein Quellenzeugnis für eine zügige Reise. Auf einem Brief Albrechts an Johann aus Schwabach vom 2. August 1480 findet sich folgende Kanzleinotiz: „*Antwurt marggraf Johansen auf sein schrift, bei dem Beyrlein heraus geschickt und gein Schwabach kommen am montag vor vincula Petri.*“ <sup>(5)</sup> Der Inhalt bezieht sich auf Schwierigkeiten, die Brandenburg mit dem schlesischen Statthalter des ungarischen Königs, Georg von Stein, hatte.

Albrecht antwortete damit auf ein Schreiben Johanns, das in den Archiven nicht zu finden ist. Allerdings gibt es einen zweiten Brief in dieser Angelegenheit aus Brandenburg. Die Familie

<sup>1</sup> Herausgeber Friedrich Priebatsch diskutiert dieses Problem in einer längeren Fußnote. Priebatsch 2, a.a.O.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol., 27; Priebatsch 2, Nr. 410, S. 399 f.

<sup>3</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 10; Priebatsch 2, Nr. 598, S. 553 f.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 64 a; Priebatsch 2, Nr. 647, S. 589.

<sup>5</sup> Riedel 3,2, Nr. 204, S. 255; Priebatsch 2, Nr. 678, S. 626.

von Eulenburg, die mit Stein in direktem Konflikt um die Belehnung mit der schlesischen Herrschaft Zossen stand, hatte sich ebenfalls von Cölln aus an Albrecht gewandt. Dieses Schreiben trug das Datum „*sonntag nach Maria Magdalena*“, wurde also am 23. Juli verfasst. <sup>(1)</sup> Da Johanns Brief um die selbe Zeit herum geschrieben wurde, Albrecht beide Briefe zusammen beantwortete und die Antworten höchstwahrscheinlich auch zusammen durch den Boten Bayerlein überstellen ließ, ist es sehr plausibel, dass Bote Bayerlein auch beide Briefe aus Cölln nach Schwabach brachte. Der Brief der Eulenburgers musste erst ins Schloss gebracht werden, dann verfasste Johann seinen Brief, so dass man frühestens den 24. Juli, wohl eher den 25. Juli als Abreisetag des Boten Bayerlein ansehen dürfte. Damit wäre er wieder sieben bis acht Tage im Sattel gewesen. Die Entfernung Cölln – Schwabach via Baiersdorf vorbei an Nürnberg erstreckt sich auf 470 Kilometer. Der Bote legte damit auf seinem Kurierritt zwischen 59 und 67 Kilometer pro Tag zurück. Bei mehr als 15 Stunden Tageslicht, die Ende Juli zur Verfügung stehen, kommen wir auf eine Stundenleistung von bis zu 4,5 Kilometern.

Ebenfalls sieben Tage war im Mai 1481 ein Bote unterwegs, der zwischen Cölln und Baiersdorf verkehrte. Markgraf Johann hatte mit Datum vom 21. Mai dieses Jahres aus Brandenburg geschrieben und Albrecht antwortete am 28. Mai aus Baiersdorf. <sup>(2)</sup> Hier haben wir es mit rund 430 Kilometern zu tun und können somit ein Tagespensum von 61 Kilometern ermitteln. Pro Stunde legte der Bote 4,1 Kilometer zurück, wenn wir für Ende Mai rund 15 Stunden Tageslicht ansetzen.

Für den Spätsommer 1481 finden wir wieder eine sehr schnelle Reise, die auch quellenmäßig sehr genau erfasst ist. Am 5. September 1481 schrieb Albrecht aus Cadolzburg an Markgraf Johann und gab Anweisungen, wie man mit Gefangenen aus den Scharmützeln in Schlesien verfahren solle. Wichtiger ist die Kanzleinotiz, die wir auf dem Schreiben Albrechts finden. Sie lautet: „*Ist antwort auf einen Brief M. Johanns, der bei dessen eigenem boten auf Egidii nach Cadolzburg gelangte. Ist der Bote ausgegangen am mittwoch vor Egidy.*“ <sup>(3)</sup>

Der Aegidiustag war der 1. September, ein Samstag im Jahr 1481. Ritt der Bote wirklich am Mittwoch vor dem Aegidiustag, also am 28. August, aus Cölln weg und war am 1. September schon in Cadolzburg, so war der Kurier auf der 460 Kilometer langen Strecke nur fünf Tage unterwegs. Damit ist erneut erwiesen, dass auch die Verbindung von Cölln in die zweite fränkische Residenz, Cadolzburg, in fünf Tagen zurückzulegen war. Pro Tag bedeutet dies eine Streckenleistung von 92 Kilometern für den Boten.

Es gibt aber auch Quellenzeugnisse für deutlich langsamere Reisen zwischen Franken und Brandenburg. Diese zeigen uns, dass der schnelle Ritt eines Boten nicht selbstverständlich war. Das wohl beste Beispiel dafür, dass ein Brief sehr lange unterwegs war, obwohl die Eilbedürftigkeit der Nachricht außer Zweifel stand, bietet sich uns in einer Quelle aus dem November 1472. Die Räte meldeten am 5. November dieses Jahres einen zwei Tage zurück liegenden Überfall auf das Schloss Möhren bei Treuchtlingen und die Gefangennahme des mit Albrecht verbündeten Hans von Seckendorf. <sup>(4)</sup> Hinter dieser Attacke stand Herzog Ludwig von Landshut, der die Abwesenheit Albrechts dazu nutzen wollte, territoriale Vorteile im Grenzgebiet ihrer jeweiligen Einflusszonen zu erkämpfen.

In einem Schreiben Albrechts an die Räte vom 13. November 1472, also acht Tage nach der Meldung aus Ansbach, ging Albrecht auf den Angriff nicht ein, so dass davon ausgegangen werden muss, dass ihm nichts davon bekannt war. Erst am 18. November, noch einmal fünf Tage später, reagierte der Kurfürst. Es scheint also, dass der Brief aus Franken erst an diesem

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 202, S. 254 f.; Priebatsch 2, a.a.O.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 108 a; Priebatsch 3, Nr. 749, S. 63 f.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 118 r. f.; Priebatsch 3, Nr. 788, S. 90.

<sup>4</sup> STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 20 f.; Priebatsch 1, Nr. 496, S. 460 ff.

Tag oder kurz vorher einging. <sup>(1)</sup> Das Schreiben der Räte war folglich fast zwei Wochen unterwegs.

Auch die Antwort verzögerte sich offensichtlich. Denn nach dem kurzen Brief vom 18. November 1472 schrieb der Kurfürst – mit eigener Hand, wie die Quelle vermerkt – eine ausführlichere Stellungnahme, in der er den Räten Vorhaltungen machte, nicht richtig reagiert zu haben. <sup>(2)</sup> Die Männer in Ansbach rechtfertigten sich aber erst in einem Brief vom 5. Dezember. <sup>(3)</sup>

Am 11. Dezember 1478 sandte Albrecht seinen Räten in Ansbach den Befehl, eine Gesandtschaft zusammenzustellen, um sie zu Herzog Maximilian in die Niederlande zu senden. Darauf antworteten die Räte erst am Sonntag „*Johannes der Evangelist*“, <sup>(4)</sup> also mithin erst 16 Tage später. <sup>(5)</sup> Das wäre dann ein Tagesdurchschnitt von nur rund 36 Kilometern. Die Verzögerung könnte aber auch dadurch erklärt werden, dass es offensichtlich Meinungsverschiedenheiten im Gremium der Räte gab. So führte man im Antwortschreiben an Albrecht aus, dass sich der Kämmerer Sixt geweigert habe, ohne ausdrücklichen Befehl die notwendigen 300 Gulden für die acht Reiter herauszugeben, die in die Niederlande aufbrechen sollten. Die Verzögerung bei der Beantwortung des kurfürstlichen Schreibens ist also höchstwahrscheinlich nicht durch die Langsamkeit des Boten, sondern durch Kompetenzstreitigkeiten innerhalb des Ratsgremiums verursacht worden.

Albrecht schrieb seinem Sohn am 2. August 1480 aus Schwabach, beantwortete in dem Schreiben einige Fragen und informierte den Sohn dann über die Vorgänge im Süden des Reiches und über das Verhältnis zu Ungarn. <sup>(6)</sup> Acht Tage später schrieb Johann aus Tangermünde und ging mit keinem Wort auf den Brief des Vaters ein. <sup>(7)</sup> Da der Markgraf nicht in Cölln, sondern 110 Kilometer davon entfernt in Tangermünde residierte, konnte das Schreiben binnen acht Tagen offensichtlich nicht zugestellt werden.

Ein Verzögerung scheint es auch im Oktober 1480 gegeben zu haben, als Albrecht mit Datum vom 3. November an Johann schrieb: „*Wir mercken aus disem eweren schreiben, das euch vnser nechste antwort auff ewer vorigs schreiben, die wir euch bein Nennynger gethan haben, dennoch nit ist zukomen ...*“ <sup>(8)</sup>

Ebenfalls quellenmäßig nachzuvollziehen ist der langsame Transport eines Briefes im Dezember 1480. Nachdem bereits zwei Tage vorher ein Schreiben an Markgraf Johann expediert worden war, schrieb Albrecht am 18. Dezember, dem „*montag nach Lucie*“, einen weiteren Brief an seinen Sohn. Dieses Schreiben war ausweislich des Kanzleivermerks durch

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 126 v.; Burkhardt 222, Nr. 131.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O. Nr. 47, fol. 127 v. ff.; Burkhardt 222, Nr. 133; Priebatsch 1, Nr. 501, S. 463.

<sup>3</sup> STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 27 f.; Priebatsch 1, Nr. 507, S. 467 f. Dazu ist zu bemerken, dass dem Brief vom 19. November ein Zettel beiliegt, der das Datum „*in die Andree*“, also 30. November, trägt und in dem Albrecht die Kampfkraft seiner Truppen mit der der möglichen Kriegsgegner vergleicht. Diese Tatsache lädt jetzt zu Spekulationen ein. Ist der Zettel erst später im Archiv vielleicht aus Gründen der sachlichen Zusammengehörigkeit zu dem Brief gelegt worden? Dafür spräche, dass die Räte in ihrem Schreiben nicht auf dieses Thema eingingen. Gehören die beiden Schriftstücke aber wirklich zusammen, so muss man feststellen, dass Albrecht seinen Brief vom 19. November erst nach dem 30. November auf den Weg gebracht hat. Die Reise des Boten wäre dann mit fünf oder sechs Tagen wieder sehr schnell gewesen. Ein klarer Beweis für eine schnelle Botenreise ist dies aber nicht, weswegen wir das Schreiben auch nicht als solches gewertet wissen wollen.

<sup>4</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. II, fol. 12; Priebatsch 2, Nr. 463, S. 442.

<sup>5</sup> Gedenktage für die Heiligen mit dem Namen Johannes gab es im Spätmittelalter und noch lange danach in großer Zahl. Grotefend zählt rund 50 verschiedene Bezeichnungen an rund einem Dutzend verschiedener Tage auf. Doch dem Evangelisten Johannes ist in den Wintermonaten ausschließlich der 27. Dezember zugeordnet, so dass die Kanzleinotiz sich einzig und allein auf diesen Tag beziehen kann. Der Vollständigkeit halber soll hinzugefügt werden, dass Grotefend noch einen Johannestag am 17. Dezember ermittelte. Doch galt dieser nur in der Diözese Amiens und war mit dem Zusatz „*Receptio faciei*“ versehen. Er kann also unmöglich vom Ansbacher Schreiber gemeint gewesen sein.

<sup>6</sup> Riedel 3,2, Nr. 204, S. 255 ff.

<sup>7</sup> Riedel 3,2, Nr. 205, S. 257.

<sup>8</sup> Riedel 3,2, Nr. 210, S. 262; Priebatsch 2, Nr. 697, S. 650.

den Boten Stoltzenrod gekommen und am Ende findet sich der Vermerk: „*hat der bot gut santa marga eodem die hinein tragen.*“<sup>(1)</sup> Das Schreiben kam also am Namenstag der Heiligen Margaretha, dem 30. Dezember, an. Diese Reise dauerte also elf Tage und Stolzenrod legte an einem Tag nur knapp 45 Kilometer zurück.

Am 7. August 1481 schrieb Markgraf Johann aus Cölln einen Brief, in dem er sich danach erkundigte, was man jetzt nach dem Friedensschluss mit König Matthias von Ungarn mit den Gefangenen machen solle.<sup>(2)</sup> Albrecht antwortete auf das Schreiben erst am 24. August aus Cadolzburg. Die Kanzleinotiz auf dem Brief Albrechts nennt dankenswerterweise auch ein genaues Datum, an dem der Brief aus Cölln angekommen war. „*antwort bey dem Bayerlein uf die Schrift assumcionis Marie (15. August; d. Verf.) gein Nur. kommen.*“<sup>(3)</sup>

Die 460 Kilometer lange Strecke Cölln – Nürnberg hatte für den Boten also eine Reisezeit von acht Tagen bedeutet. Pro Tag saß Bayerlein somit im Durchschnitt 57,5 Kilometer im Sattel. Albrecht hielt sich Mitte August erst seit kurzem in Nürnberg auf. Es ist deshalb nicht sicher, ob der Bote das wusste, so dass es gut sein könnte, dass der Brief erst nach Ansbach ging und von dort dem Fürsten nach Nürnberg übermittelt wurde, was die längere Übermittlungszeit erklären könnte.

Ein Schreiben Johanns aus dem November 1485, datiert auf den „*dienstag nach presentacionis Mariä*“, also auf den 22. November, trägt den Ansbacher Kanzleivermerk „*bracht durch Contzlin am Freitag nach Andreä.*“ (2. Dezember; d. Verf.)“<sup>(4)</sup> Das zeigt, dass der Brief zehn Tage unterwegs war und folglich nur ein Tagesdurchschnitt von 49 Kilometern erreicht wurde.

Die Strecken zwischen Cölln und Ansbach beziehungsweise den anderen Aufenthaltsorten Albrechts in Franken waren die Hausstrecken der kurfürstlichen Boten. Auf diesen Strecken konnten die Kuriere Albrechts sehr hohe Tagesleistungen erzielen. Es waren immerhin zehn Quellen zu finden, die eine besonders schnelle Botenreise von deutlich über 60 Kilometern am Tag beweisen. In drei Fällen kommen wir sogar auf einen Tagesdurchschnitt von 100 Kilometern und mehr. Die eingesetzten Eilboten kannten den Weg, den sie teilweise mehrmals im Monat zurücklegten sehr gut, so dass Verzögerungen wegen der fehlenden Ortskunde auszuschließen waren. Es ist auch sehr plausibel, dass diese Boten die besten Pferde aus dem fürstlichen Stall erhielten und deshalb sehr schnell unterwegs waren.

Doch die schnelle Beförderung von Briefen zwischen Ansbach und Cölln war keine Selbstverständlichkeit. Die Quellen informieren uns auch über eine Reihe von Botenritten, die wesentlich länger dauerten. Für die Zeit von vor 1470, als Albrecht noch nicht in beiden Fürstentümern regierte und die Botenritte noch nicht so häufig und gut organisiert waren, ist kein ähnlich schneller Ritt festzustellen, wie sie nach 1470 möglich waren. Albrecht, so ist zusammenfassend festzustellen, verbesserte also die Organisation seiner Botenverbindung nachhaltig und dauerhaft.

### 2.3.4 Regionale Botenreisen innerhalb der fränkischen Fürstentümer und in Brandenburg

Auch Informationen aus den der Regierungszentrale relativ nahe gelegenen Regionen mussten den Weg an den Hof finden. Ein Brief vom 17. März 1478, den der Hauptmann auf dem Gebirge, Hans von Redwitz, von der Plassenburg ob Kulmbach nach Ansbach schickte<sup>(5)</sup>, gibt uns einen Hinweis, wie es um die Geschwindigkeit von regionalen Botenreisen bestellt war. In Redwitz' Schreiben geht es um ein geplantes Treffen in Böhmen mit dem böhmischen

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 91 r. f.; Priebatsch 2, Nr. 709, S. 662.

<sup>2</sup> Priebatsch 3, Nr. 775, S. 80 f.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 117; Priebatsch 3, Nr. 781, S. 85 f.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 283 r.; Priebatsch 3, Nr. 1155, S. 493.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 367, S. 358 ff.

Adeligen und Heerführer Burian von Guttenstein, einem der wichtigsten Gefolgsmänner König Ladislaus'. Er, so informierte von Redwitz seinen Fürsten, wolle sich wegen der Beilegung von Grenzstreitigkeiten, die immer wieder zu Scharmützeln geführt hätten, mit dem Böhmen zu Verhandlungen treffen. Man habe ein Treffen in „warmbad“ <sup>(1)</sup> am 27. März 1478 verabredet. Zwei Tage später, am 29. März 1478, wolle man dann in Eger sein, um weiter zu verhandeln. Er, Redwitz, wolle am 25. März 1478, „mitwoch in den ostern“, losreiten, um am 27. März 1478 rechtzeitig in „warmbad“ zu sein.

Es sind von Kulmbach über Marktredwitz und Eger rund 110 Kilometer nach Karlsbad. Da der Hauptmann sicherlich frühzeitig am Verhandlungstag in Karlsbad eintreffen wollte, können wir von nur zwei bis zweieinhalb Reisetagen ausgehen, was eine tägliche Reiseleistung des Ritters von Redwitz von rund 50 Kilometern ergibt. Es handelt sich hierbei noch nicht einmal um einen der markgräflichen Botenreiter. Dennoch war dies eine stattliche Leistung.

Auch die Leistung der Kuriere verschweigen uns die Quellen nicht. Als Antwort auf Redwitz' Schreiben vom 17. März 1478 ist uns ein Brief Albrechts vom 19. März 1478 aus Ansbach an den Hauptmann auf dem Gebirge überliefert. <sup>(2)</sup> Leider findet sich auf diesen Schreiben keinerlei Kanzleivermerk, der den Eingangstag dokumentieren würde. Wir müssen also mit Annäherungswerten arbeiten. Ging das Schreiben des Hauptmanns von Redwitz noch im Laufe des 17. März auf die Reise und kam es am 19. März so rechtzeitig an, dass Albrecht noch am selben Tag antworten konnte, dann sind brutto zwar drei Reisetage zu konstatieren. Netto kommen wir aber auf nur zwei bis zweieinhalb Tage Reisedauer, da sowohl der 17. März als auch der 19. März nicht als voller Tag für die Reise zur Verfügung standen.

Dass das Schreiben nur zwei Tage unterwegs war, schon am 18. März – recht spät am Tag – einging und Albrecht erst am nächsten Tag antworten ließ, ist genauso möglich. Es handelte sich zwar um eine eilbedürftige Angelegenheit, doch eine zügige Abwicklung am folgenden Tag wäre durchaus auch noch schnell genug gewesen. Da zu dieser Jahreszeit rund zwölf Stunden Tageslicht zur Verfügung standen – wir nähern uns der Tag- und Nachtgleiche –, sind hohe Streckenleistungen möglich. Die Gesamtentfernung von Kulmbach nach Ansbach beträgt rund 125 Kilometer, so dass eine durchschnittliche Tagesleistung von bis zu 62,5 Kilometern und eine Stundenleistung von 5,2 Kilometern das Rechenergebnis sind. Allerdings mussten die Boten nach diesen Hypothesen zweimal oder dreimal übernachten und die realen Tagesleistungen an den zwei oder drei Reisetagen müssen unterschiedlich gewesen sein.

Um bei der Eingrenzung der tatsächlichen, täglichen Reisegeschwindigkeit weiter zu kommen, müssen wir uns den weiteren Ereignissen zuwenden. Der Inhalt von Albrechts Antwortbrief ist dabei sehr hilfreich. Der Kurfürst hieß den Plan seines Statthalters gut und gab seinem Wunsch Ausdruck, bei den Verhandlungen mit Guttenstein durch Gesandte vertreten zu sein. Deshalb, so Albrecht, werde er von Ansbach aus Gesandte nach Eger schicken. Doch da der Fürst aus der Erfahrung seiner schon sehr langen Regierungszeit natürlich genau wusste, dass nicht alle vereinbarten Verhandlungstage auch zu Stande kamen, fügte er hinzu, dass ihm eine Absage des Tages in Eger mitgeteilt werden solle. Falls das Treffen vom 29. März also nicht zu Stande komme, möge Redwitz ihm bis zum 26. März Bescheid geben. Denn die Gesandten wollten sich an diesem Tag auf den Weg machen.

<sup>1</sup> Warmbad ist der damals gebräuchliche Name für Karlsbad in der Nähe des Schlosses Elbogen an der Döpel. Noch Caspar Bruschius schreibt 1683 in seinem Reisebuch „Beschreibung des Fichtelgebirges“, S. 72: „... von Petschau läuft die Döpel zwei Meilen zwischen fast hohen Bergen auf Warmbad zu, welches man sonst Karlsbad nennt.“

Entstanden ist der Name aus der sagenhaften Schilderung der Entdeckung der Quellen durch den damals jugendlichen späteren Kaiser Karl IV., der bei der Hirschjagd in das warme Wasser gefallen sei. Auch gibt es ein Privileg des Kaisers für das Bad aus dem Jahr 1370. In der Realität ist es wohl so, dass die Quellen schon weit früher bekannt waren und auch benutzt wurden.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 367, S. 358 ff.

Die Räte, so sagt uns dieser Teil des Briefes, benötigen von Ansbach nach Eger also vier Reisetage. Die Herren mussten von Ansbach nach Eger in diesen vier Tagen rund 190 Kilometer zurücklegen, was einer theoretischen Durchschnittsleistung von rund 47,5 Kilometern entspricht und damit der Reiseleistung des Herrn von Redwitz nahe kommt.

Albrecht, und das ist für unsere Zwecke noch wichtiger, teilte dem Hans von Redwitz auch die Orte mit, an denen seine Räte übernachten würden. Es sind dies Frauenaarach, die Burg Zwernitz bei Bayreuth und der Ort Gefrees.

Das ergibt für die Gesandten an den vier Tagen nun folgende reale Streckenleistungen:

1. Tag: Von Ansbach nach Frauenaarach; rund 45 Kilometer.
2. Tag: Von Frauenaarach auf die Burg Zwernitz (Wonsees); rund 55 Kilometer.
3. Tag: Von der Burg Zwernitz nach Gefrees; rund 40 Kilometer.
4. Tag: Von Gefrees über Marktredwitz nach Eger; rund 50 Kilometer.

Gesandte konnten also pro Tag mehr als 50 Kilometer zurücklegen. Die Etappen mussten aber oft unterschiedlich lang ausfallen, je nachdem, wo Unterkunftsmöglichkeiten vorhanden waren. Die zersplitterten Herrschaftsverhältnisse gerade in Franken machte es fast unmöglich, in gleichem Abstand solche Stützpunkte zu etablieren. Die drei genannten Übernachtungsorte sind als markgräfliche Herrschaftszentren nachgewiesen. <sup>(1)</sup> Dort fanden die Reisenden Unterkunft und waren unter dem Dach ihres Herren.

Versucht man nun diese Erkenntnis auch auf die Boten zu übertragen, so müssen zwei Varianten bedacht werden. Gehen wir von drei Reisetagen der Boten aus, könnten die Etappen auf der Reise von Kulmbach nach Ansbach dann gewesen sein:

- 1. Tag: Von Kulmbach nach Zwernitz; 20 Kilometer.**
2. Tag: Von Zwernitz nach Baiersdorf; 45 Kilometer.
3. Tag: Von Baiersdorf nach Ansbach; 50 Kilometer.

Gerade die erste Etappe von nur 20 Kilometern scheint mir für einen reitenden Boten sehr kurz gewesen zu sein. Weshalb die zweite Variante wahrscheinlicher ist:

1. Tag: Von Kulmbach nach Baiersdorf; 65 Kilometer.
2. Tag: Von Baiersdorf nach Ansbach; 50 Kilometer.

Hier haben wir Streckenleistungen, die einem Eilboten wieder eher entsprechen, wenn wir uns die Leistungen der Boten auf dem Weg von Ansbach nach Cölln in Erinnerung rufen. Bei zwölf Stunden Tageslicht, die wir für die damalige Jahreszeit annehmen können, kommen wir auf eine durchschnittliche Stundenleistung der Boten von 5,4 Kilometern.

Etwas länger schien die Reise von Ansbach nach Kulmbach im Sommer 1480 gedauert zu haben. Einen Brief Albrechts vom 29. August aus Ansbach, in dem ein Verhandlungsangebot des Burian von Guttenstein kommentiert wurde, beantwortete der Hauptmann auf dem Gebirge erst am 4. September. Die Replik Albrechts, der sich mittlerweile von Ansbach nach Cadolzburg begeben hatte, erfolgte erst am 9. September. <sup>(2)</sup> Wir sehen also Zeitspannen von fünf bis sechs Tagen als die maximale Reisezeit.

Ein weiterer Kurierritt zwischen der Plassenburg ob Kulmbach und Ansbach ist im Februar 1485 überliefert. Nach dem Fall der Burg Stein bei Berneck am 18. Februar schrieb Sebastian

---

<sup>1</sup> Alle drei Orte gehörten zum Besitz der Markgrafen und beherbergten Amtspersonen mit sicherlich auch adäquaten Unterkünften. Zwernitz ist seit 1290 im Besitz der Burggrafen von Nürnberg nachgewiesen und war eine wichtige Burg. Gefrees war Sitz eines markgräflichen Vogtes und Kastners und Baiersdorf schließlich beherbergte eines der Jagdschlösser Albrechts.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 690, S. 637 ff.

von Seckendorf, zu dieser Zeit Hauptmann auf dem Gebirge, an Albrecht. Er meldete ihm den Angriff der Truppen Pfalzgraf Ottos von Neumarkt und riet dem Fürsten, schwere Artillerie einzusetzen, um die Burg zurückzuerobern. Albrecht entgegnete mit Schreiben vom 21. Februar und ordnete an, dass man zuerst die Lage erkunden solle. <sup>(1)</sup>

Selbst wenn Seckendorf sehr schnell vom Vorfall bei Burg Stein erfahren haben sollte, die ja nur rund 15 Kilometer von der Plassenburg entfernt stand, wird er erst am kommenden Tag den Boten nach Ansbach geschickt haben. Wir haben für die rund 120 Kilometer lange Strecke also wieder den zwei- oder dreitägigen Botenritt. Das scheint mir auch die reale Geschwindigkeit der Boten zwischen den beiden fränkischen Residenzen der Zollern gewesen zu sein.

Zwischen Ansbach und der markgräflichen Pfandstadt Kitzingen am Main sind es rund 66 Kilometer. Diese Strecke musste ein Bote Ende Mai 1477 mit einer Nachricht des dortigen Untervogtes an Albrecht zurücklegen. Der Vogt meldete am 28. Mai, dass ein Bote Albrechts von Würzburger Schergen festgenommen worden sei. Auf Grund dieser Meldung protestierte Albrecht am 31. Mai in Würzburg. <sup>(2)</sup> Da man davon ausgehen muss, dass Albrecht sehr schnell auf die Festnahme seines Boten reagiert haben dürfte, wird der Brief nicht viel vor dem 31. Mai in Ansbach angekommen sein. Das bedeutet, dass der Bote für die relativ kurze Strecke zwischen dem Ansbacher Außenposten und der Residenzstadt zwei oder drei Tage unterwegs war. Auch dies ergibt keine Spitzenleistung.

Indirekt auf die Geschwindigkeit eines reitenden Boten kann man schließen, wenn man die Aussage Albrechts in einem Brief an den kaiserlichen Rat Haugg von Werderberg am 12. April 1481 betrachtet. Dieser hatte den Kurfürsten aufgefordert, schon zum Reichstag nach Nürnberg zu reisen. Albrecht, in dessen Briefen an den kaiserlichen Rat immer eine gewisse Schärfe durchkommt, antwortete, er bliebe lieber in seinen eigenen Besitzungen. Von Schwabach oder Cadolzburg aus sei er in zwei oder drei Stunden in der Stadt. <sup>(3)</sup>

Von Nürnbergs Innenstadt, dem Bereich um die Burg, sind es rund 17 Kilometer bis Cadolzburg und 19 Kilometer bis Schwabach. Glaubte Albrecht in zwei Stunden diese Strecken bewältigen zu können, so trifft dies natürlich auch auf einen berittenen Boten zu. Die Stundenleistung läge dann bei neun bis zehn Kilometern, wenngleich man in diesem konkreten Fall allerdings die Einschränkung machen muss, dass es nur eine Aussage Albrechts ist, mit der er sich der lästigen Pflicht entziehen will, schon frühzeitig ins teure Nürnberg zu ziehen. Doch auch hier gilt, dass Ausreden nur etwas taugen, wenn sie sich der Realität annähern.

Innerhalb des Kurfürstentums Brandenburg kam es in den 16 Jahren von Albrechts Regierungszeit auch zu Botenreisen, über deren Geschwindigkeit Aussagen zu treffen sind. Kurz bevor Albrecht die Regierung in der Mark übernahm, spitzten sich die Konflikte zwischen Brandenburg und Pommern wieder zu. Der Landvogt der Neumark, Heinrich Borck, informierte den damaligen Kurfürsten Friedrich II. mit Schreiben vom 17. Dezember 1468 aus Reets im nördlichen Teil der Neumark, dass Herzog Erich von Pommern-Wolgast einen Überfall auf die Stadt versucht habe. <sup>(4)</sup>

Die Reaktion Friedrichs aus Prenzlau in der Uckermark erfolgte am 22. Dezember. <sup>(5)</sup> Das bedeutet, dass die Botenreise nur maximal fünf Tage gedauert haben kann. Die Strecke zwischen beiden Orten in Luftlinie umfasst nur rund 100 Kilometer. Doch der brandenburgische Bote hätte, wäre er den kürzesten Weg geritten, fast ausschließlich feindliches, pommersches Gebiet durchqueren müssen. Es ist deshalb wahrscheinlicher, dass

<sup>1</sup> Priebatsch 3, Nr. 1050, S. 363 f.

<sup>2</sup> STAN, C 3, Nr. 236, fol. 3; die alte Bamberger Signatur lautet Märckerina, 1911 e; Schriften und Widerschriften zwischen Rudolph Bischofen zu Wurzburg und Markgraf Albrecht zu Brandenburg; Priebatsch 2, Nr. 291, S. 301 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 3, Nr. 734, S. 48.

<sup>4</sup> Riedel 3,1, Nr. 345, S. 492 f.

<sup>5</sup> Riedel 3,1, Nr. 346, S. 493 f.

er in einem großen Bogen nach Süden die pommerschen Besitzungen umging und er deshalb einen wesentlich längeren Weg zurückzulegen hatte.

Ritt er über Oderberg, um dort die Oder zu überqueren und dann nach Norden nach Prenzlau, so musste er rund 170 Kilometer zurücklegen. Wusste der Bote und auch der Landvogt nicht, dass Kurfürst Friedrich zu diesem Zeitpunkt in Prenzlau war, so musste er wohl erst nach Cölln und hätte dann wieder nach Norden, nach Prenzlau, insgesamt 260 Kilometer zurücklegen müssen. 34 Kilometer pro Tag im günstigsten Fall und 52 Kilometer beim Umweg über Cölln wären dann seine Tagesleistungen gewesen.

Das rund 120 Kilometer nordöstlich von Cölln liegende Gartz, immer wieder zwischen Brandenburg und Pommern umstritten, lieferte stets Nachrichten, die übermittelt sein wollten. Bei zwei dieser Botenritte können Geschwindigkeiten ermittelt werden, wenngleich die Quellen sorgsam zu studieren sind. Der erste Fall spielte im Mai 1473. Werner von der Schulenburg, der brandenburgische Stadtkommandant, sandte mit Datum vom 1. Mai einen Brief nach Cölln, in dem er eine Fülle von Informationen über die prekäre Sicherheitslage lieferte und anregte, Kurfürst Albrecht über die Situation zu informieren. <sup>(1)</sup>

Mit Datum vom 2. Mai desselben Jahres schrieb Johann an Albrecht einen Brief, der sich ausführlich mit den gespannten Beziehungen zu Pommern befasste. Zusätzlich dazu, so steht es in Johanns Schreiben, schicke er einen „*ingeschlossen brive*“ mit, der eben gebracht worden sei. „*So hat der Bote den vam Sunde den brief van des lands zu Rügen wegen oberantwortt, dy den ufbenommen vnd gesagt haben. Sy wollten den an iren heren bringen, dy sy furder kegen d. k. M. wol vorantworten wurden. Derselbe bote sagt auch, das sie sich daselbst am Seestrame allenthalben zu krige richten, wo aber das hen gulde, woste er nicht.*“ <sup>(2)</sup>

Sollte es sich bei diesem Schreiben um den Brief des von der Schulenburg handeln, so wäre dem eine exorbitant schnelle Beförderung vorausgegangen. Die 120 Kilometer wären dann in maximal anderthalb Tagen zurückgelegt worden. Es gibt jedenfalls keinen anderen überlieferten Brief zu den pommerschen Verhältnissen, der um diese Zeit nach Cölln gekommen wäre und folglich dem Brief nach Ansbach hätte beigelegt werden können.

Dem Brief des Herrn von der Schulenburg ist eine Notiz über die Beförderung angefügt „*Gefordert van eyner stat to der andern, wen vnserm gnedigen heren macht daran gelegen isz*“, ist dort zu lesen. <sup>(3)</sup> Hier stößt man wieder auf das Problem von möglicherweise vorhandener Infrastruktur zum Pferdewechsel, der die relativ hohe Geschwindigkeit von 80 Kilometern pro Tag erklären würde. Doch auch auf anderen Strecken, besonders von Ansbach nach Cölln, konnten ähnlich hohe Tagesleistungen nachgewiesen werden, ohne dass ein Pferdewechsel plausibel wäre, weswegen ein direkter Zusammenhang nicht bewiesen ist.

Eine Reise von drei Tagen zwischen Gartz und Cölln belegt ein Briefverkehr aus den Apriltagen des Jahres 1473. Der Rat der Stadt Gartz schrieb mit Datum vom 5. April an Markgraf Johann und warnte ebenfalls vor einem möglichen Überfall auf die Stadt. <sup>(4)</sup> In einem Schreiben des brandenburgischen Kanzlers Sesselmann vom 9. April steht der Satz: „*Ist gestern der von gartz brieff seiner gnaden zugeschickt, den ich ewer gnaden hiemit sende.*“ <sup>(5)</sup> Somit sind der 6., 7. und 8. April als Reisetage anzunehmen und nur rund 40 Kilometer pro Tag als Durchschnitt zu kalkulieren. Das wäre nur halb so schnell wie in dem oben analysierten Schreiben, das einen Monat später übers Land gebracht wurde. Dort findet sich allerdings auch kein Hinweis auf Stafettenreiter.

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 49, S. 45 f.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 50, S. 46 f.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 49, S. 45 f.

<sup>4</sup> Riedel 3,2, Nr. 88, S. 102 f.

<sup>5</sup> Riedel 3,2, Nr. 91, S. 111 ff.

Ein Brief des Hauptmanns der Altmark, Busso von Alvensleben, aus Tangermünde, der dort am 6. Juli 1477 geschrieben wurde, war am 8. Juli sicherlich noch nicht in Cölln. <sup>(1)</sup> Wenn wir hier nun einmal eine negative Rechnung aufmachen, so ist festzuhalten, dass die 110 Kilometer zwischen Tangermünde und Cölln nicht in zwei Tagen zurückgelegt werden konnten. Die Leistung dieses Boten liegt folglich unterhalb der 50-Kilometer-Marke und entspricht der Geschwindigkeit, die der Bote der Stadt Gartz vier Jahre vorher erreichte. Da auch Alvensleben ein hoher markgräflicher Beamter war, hätte er sicherlich ebenfalls die Stafettenpost benutzen können, wenn es sie in Brandenburg flächendeckend gegeben hätte und hätte damit eine schnellere Beförderung bewirken können.

Wir stoßen im November 1478 auf ein weiteres Schreiben, das aus Schlesien kommend von Frankfurt an der Oder nach Berlin weitergeleitet wurde. Markgraf Johann schickte den Brief am 28. November los und am 30. November kam er im Schloss von Cölln an. <sup>(2)</sup> Wir haben es also auf einer Strecke von 90 Kilometern mit einer zwei- bis dreitägigen Botenreise zu tun, kommen damit auf eine Tagesleistung von maximal 45 Kilometern, was der üblichen Leistung zu entsprechen scheint.

Im April 1479 meldeten die beiden brandenburgischen Gesandten, die auf dem Weg nach Ungarn waren, dass sie noch von einem Kurier eingeholt worden seien, der ihnen die Credenz für den ungarischen Hof und noch weitere Informationen gebracht habe. Der Brief ist datiert auf den 28. April. Dort heißt es: „ ... *nü ist uns heut ein ander brief von euern g. gehendigt, des datum stet zu Colen an der Spreü am montag nach misericordia* (26. April; d. Verf.).“ <sup>(3)</sup>

Die Strecke vom Schloss zu Cölln bis nach Görlitz beträgt ziemlich genau 212 Kilometer. Selbst wenn man annimmt, dass der Kurier am Samstag am frühen Morgen losritt und erst am Montagabend in Görlitz war, ihm also volle drei Tage zubilligt, an denen er im Sattel saß, so kommt man dennoch auf eine durchschnittliche Leistung von mehr als 70 Kilometern am Tag und kann damit wieder eine recht schnelle Reise eines offiziellen brandenburgischen Dokuments belegen. Auch bei dieser schnellen Botenreise findet sich aber kein Hinweis auf einen möglichen Pferdewechsel, so dass die oben erwähnte Andeutung einer Relaisstation eine völlige Ausnahme bleibt.

Regionale Botenreisen weisen eine sehr unterschiedliche Geschwindigkeit auf. Selbst die schnellsten nachweisbaren Verbindungen auf relativ kurzen Strecken kommen kaum an die hohen Leistungen der Boten heran, die Kuriere Albrechts auf der Strecken von Ansbach nach Cölln erreichten. Das zeigt m. E., dass kürzere Reisen nicht notwendigerweise einen schnelleren Durchschnitt garantierten.

### 2.3.5 Botenreisen im Reich

Auch in anderen Regionen des Reiches hatte Albrecht Achilles als Markgraf von Ansbach oder Kurfürst von Brandenburg Interessen. Zügige Nachrichtenverbindungen mit Residenzen und Städten mussten deshalb etabliert werden. Wie es um die Geschwindigkeit der Boten auf diesen Strecken aussah, soll das folgende Kapitel untersuchen.

Der Dauerkonflikt zwischen dem Markgrafen Albrecht Achilles und dem Bistum Würzburg um territoriale Besitzungen und Gerichtsrechte in Franken beschert uns das zeitlich gesehen früheste Beispiel für eine sehr schnelle Reise eines Boten, der Nachrichten für Albrecht

<sup>1</sup> Das bestätigt das Prozedere um einen Brief Johanns aus Cölln an Albrecht. Der Markgraf verfasste ein Schreiben mit Datum vom 8. Juli 1473, das ausweislich der Kanzleinotiz vom Kellner von Lehnin, Bartholomeus, nach Süden gebracht werden sollte. Quelle: Priebatsch 1, Nr. 608, S. 525 f. Mit Datum vom 12. Juli gibt es ein weiteres Schreiben Johanns, das sich mit den selben Fragen befasste und in dem festgehalten wurde, dass mittlerweile ein Schreiben Alvenslebens vom 6. Juli gekommen sei, das im Original sogar beigelegt werde. Quelle: Priebatsch, a.a.O.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 444, S. 425 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 551 a, S. 509.

transportierte. Es handelte sich um Botenritte im Sommer 1447 zwischen Stuttgart und Würzburg beziehungsweise München und Heidelberg, deren historisches Umfeld ich zuerst etwas genauer erläutern möchte. <sup>(1)</sup>

1440 gelang es Albrecht Achilles, mit dem Wettiner Sigmund einen gänzlich von ihm abhängigen Mann auf den Bischofsstuhl von Würzburg zu bringen und somit großen Einfluss auf das Stift auszuüben. Doch es regte sich Widerstand im Bistum und auch bei den wettinischen Sachsenherzögen, die ihren Verwandten nicht auf dem Bischofsstuhl haben wollten. Dieser Zwist wurde auch militärisch ausgetragen, kannte aber keinen Sieger und keinen Verlierer.

1443 ließ Albrecht Achilles seinen Protegé in Würzburg fallen, nicht ohne zuvor eine Schuldverschreibung über 40 000 Gulden und die Pfandschaft über die bischöfliche Stadt Kitzingen erhalten zu haben. Da Bischof Sigmund zusätzlich – wie Albrecht in seiner Anfangsphase ebenfalls – ein Anhänger des Basler Konzils war, wurde der Ansbacher Markgraf durch seinen Schwenk weg vom Konzilsbischof auch für Papst Eugen IV. zu einem wichtigen Verbündeten und erhielt dafür zusammen mit seinem Bruder Friedrich II. von Brandenburg eine Reihe von kirchenrechtlichen Privilegien, deren genauer Inhalt uns hier nicht interessieren muss. <sup>(2)</sup>

Diese von wenigen Skrupeln gekennzeichnete Vorgehensweise des Zollern vergiftete die Atmosphäre zwischen der Markgrafschaft und dem Würzburger Stift, deren Beziehungen ohnehin von starken Interessensgegensätzen geprägt waren, nachhaltig. Bis zum Jahre 1463 kam es immer wieder zu – oft auch kriegerischen – Auseinandersetzungen zwischen den beiden Fürstentümern.

Der erste Konflikt zwischen dem seit 1442/3 amtierenden Bischof Gottfried Schenk von Limburg <sup>(3)</sup> und Albrecht, der damals ohne direkte militärische Auseinandersetzungen ausgetragen wurde und uns hier wegen seines botentechnischen Hintergrundes interessiert, begann im August 1445, als Gottfried den fränkischen Herzogstitel annahm, auf den auch der Markgraf Anspruch erhob. <sup>(4)</sup> Gerichtsstreitigkeiten der beiden Fürsten sowie offene zoll- und territorialpolitische Fragen taten ein übriges, um die Situation zu verschärfen. Persönliche Verhandlungen der jeweiligen Räte führten zu keinem Ergebnis, so dass man sich Verbündete suchte, mit diesen verhandelte und brieflich auch weiterhin direkt miteinander in Kontakt blieb.

---

<sup>1</sup> Die detaillierte Schilderung dieser Frühphase der Auseinandersetzung ist von August Amrhein in seinen vier Artikeln aus den Jahren 1908/11 im Archiv des Historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg nachzulesen. Zitiert ist dieses Werk mit Amrhein 1-4. Amrhein zitiert die Archivalien des damaligen Würzburger Kreisarchivs noch nach der alten Signatur: Würzburger Standbücher 440, liber hadrorum Wurtzburgk, Bamberg, Marggraff. Die aktuell gültige Signatur ist: Würzburger Standbücher 717, die sich unten auch verwendet findet.

Allgemein über den Konflikt zwischen Markgrafschaft und Stift Würzburg und die politische Entwicklung des Bistums geben zum einen die Werke von Alfred Wendehorst Auskunft, die dieser in der Reihe *Germania Sacra* über das Bistum Würzburg verfasste. Wendehorst, Würzburg, Teil 2, S. 173 ff. und Teil 3, S. 3 ff. Die neueste Arbeit, in der auch ausführlich auf die Beziehungen zwischen Würzburg und Albrecht Achilles eingegangen wird, ist die von Johannes Merz; *Fürst und Herrschaft. Der Herzog von Franken und seine Nachbarn 1470 – 1519*; München, 2000. Doch die Zeitspanne zu Beginn der Regierung Albrechts in den 40er Jahren ist dort nicht berücksichtigt.

<sup>2</sup> Albrecht und Friedrich erhielten als Gegenleistung für ihre politische Hilfe persönliche Immunität gegen Interdikte und eine Reihe von kirchenrechtlichen Privilegien für das Kurfürstentum und die Markgrafschaft Ansbach. Die genauen für die Landesherrschaft sehr nützlichen Ergebnisse dieser pro-päpstlichen Politik sind kurz zusammengefasst bei Ingo Materna und Wolfgang Ribbe (Hrsg.), *Brandenburgische Geschichte*; Berlin, 1995; S. 192 – 196. Detailliert ausgearbeitet wird die Materie auch von Karl-Heinz Ahrens, *Die verfassungsgeschichtliche Stellung und die politische Bedeutung der märkischen Bistümer im späten Mittelalter*; In: Roderich Schmidt (Hrsg.) *Mitteldeutsche Bistümer im Spätmittelalter*; Lüneburg, 1988; S. 19 – 52.

<sup>3</sup> In den Quellen sind unterschiedliche Schreibweisen des Namens überliefert, so findet man auch Limpurg. Die moderne Geschichtswissenschaft hat sich auf die auch in dieser Arbeit gewählte Namensform verständigt.

<sup>4</sup> Zum Hintergrund um den Streit um den fränkischen Herzogstitel siehe Amrhein 1, a.a.O.

Albrecht war im Juli 1447 nach Pforzheim gereist, um dort der von ihm eingefädelteten Hochzeit zwischen Karl von Zähringen, dem Sohn des Markgrafen Jakob I. von Baden und Katharina von Österreich, Tochter Herzog Ernsts I. und Schwester König Friedrichs III., beizuwohnen. <sup>(1)</sup> Er kam auf der Rückreise Richtung Ansbach nach Cannstatt bei Stuttgart an den Hof der Grafen von Württemberg. Am Mittwoch, den 12. Juli 1447, schickte Albrecht Achilles von dort ein Schreiben nach Würzburg, dessen Inhalt nur darin bestand, Verhandlungsbereitschaft in der Auseinandersetzung mit dem Bischof zu signalisieren. <sup>(2)</sup> Auf den nächsten Tag, Donnerstag, den 13. Juli, sind dann zwei weitere Schreiben des Markgrafen Albrecht aus der württembergischen Residenz Cannstatt datiert; eines an Herzog Albrecht III. von München und ein zweites an Pfalzgraf Ludwig IV. nach Heidelberg. <sup>(3)</sup> Schon am Samstag, dem 15. Juli, schrieb der Pfalzgraf dann an Bischof Gottfried und berichtete ihm, dass Albrecht ihm ein Schreiben aus Stuttgart übersandt habe. <sup>(4)</sup> Dem folgte ein etwas ausführlicheres Schreiben an den Bischof mit Datum vom 16. Juli. <sup>(5)</sup> Die Meldung Albrechts III. aus München an Würzburg, dass ein Brief des Markgrafen Albrecht bei ihm eingegangen sei, stammt vom Sonntag, dem 16. Juli. <sup>(6)</sup> Gottfried selbst antwortete Markgraf Albrecht am 17. Juli aus Würzburg und bestätigte darin unter anderem den Eingang des Schreibens vom 12. Juli aus Cannstatt. <sup>(7)</sup>

Was bedeutet das für die Leistung des Boten? Die Strecke Cannstatt – Heidelberg beträgt gut 90 Kilometer, Cannstatt und München liegen – je nachdem, wie man reist – rund 220 bis 260 Kilometer von einander entfernt und die Entfernung zwischen der württembergischen Residenzstadt und Würzburg beträgt rund 140 Kilometer.

Was den Ankunftstag angeht, so helfen uns für die exakte Bestimmung weitere Schreiben, die im Zusammenhang mit dem gerade angeführten Briefwechsel standen. Pfalzgraf Ludwig IV., der sowohl als Alliiertes Würzburgs, als dann auch später als Vermittler Interessen in dem Streit hatte, schrieb – wie schon erwähnt – am 15. und am 16. Juli nach Würzburg und bekam von dort am 18. Juli auf den ersten und am 21. Juli auf den zweiten Brief Antwort, <sup>(8)</sup> jeweils

<sup>1</sup> Die Hochzeit ist im Zusammenhang mit dem Abwehrkampf des Reiches und namentlich der Habsburger in ihren vorderösterreichischen Besitzungen gegen den steigenden Einfluss Frankreichs und der Eidgenossen zu sehen. Die Raubzüge der Armagnaken, die König Karl VII. unter anderem ins Reich lenkte, schädigten die betroffenen Gebiete massiv. Im sogenannten „Alten Zürichkrieg“ Friedrichs III. und seines Bruders Albrecht gegen die Söldnertruppen der Armagnaken konnten die Habsburger auf die Hilfe der Markgrafen von Baden und auch Markgraf Albrechts von Brandenburg-Ansbach zählen. Die Hochzeit war eine Festigung des Bündnisses. Näheres dazu in Alois Niederstätter, *Österreichische Geschichte 1400 – 1522*; Wien, 1996; S. 323 ff.

<sup>2</sup> STAW, Würzburger Standbücher 717. Neue Signatur: fol. 468 v., 469 r.; alte Signatur: fol. 470 v., 471 r.; Albrecht datierte: „Zu Kannstadt an mitwoch vor sand margarethen tag ...“

<sup>3</sup> Der Brief an Herzog Albrecht III. von Bayern ist datiert „Gebn zu kannstadt an sand margarethen tag ...“ Quelle: STAW, a.a.O. Neue Signatur: fol. 468 r.; alte Signatur: fol. 470 r. Das Schreiben an den Pfalzgrafen weist die Datumszeile „Zu Canstat am donrstag sant margarethen tag ...“ auf. Quelle: STAW, a.a.O., Neue Signatur: fol. 441 v., 442 r.; alte Signatur: fol. 442 v., 443 r. Die Quellen verraten uns nicht, welche Boten Albrecht für die Zustellung seiner Briefe einsetzte. Nahm er Männer aus seinem Gefolge, die er auf eigenen Pferden losschickte, oder konnte er sich unter den Boten des Gastgebers den einen oder anderen Mann ausleihen?

<sup>4</sup> „heydelberg ipso die divisio apost.anno etc. Lvij.“ Quelle: STAW, a.a.O.; Neue Signatur: 441 r.; alte Signatur: fol. 442 r.

<sup>5</sup> „Datum heidelberge diem post divis. Apostolorum anno etc. Lvij.“ Quelle: STAW, a.a.O.; Neue Signatur: fol. 442 r.; alte Signatur: fol. 443 r.

<sup>6</sup> „Munche am sontag nach sant Margreten tage ...“ Quelle: STAW, a.a.O.; Neue Signatur: fol. 440 r.; alte Signatur: fol. 441 r. Amrhein lässt den Brief am Montag nach dem Tag Sankt Margarethen datiert sein. Doch die Quellenstelle ist eindeutig als Sonntag zu lesen.

<sup>7</sup> „am montag nach divisio apostolorum anno etc. LVij.“ Quelle: STAW, a.a.O.; Neue Signatur: fol. 470 v.; alte Signatur: fol. 472 v.

<sup>8</sup> „...feria iij post divisionis Apost. Anno etc Lvij“ und „Datum am freitag vor marie magdalena anno etc. Lvij.“ Quelle: STAW, a.a.O.; Neue Signatur: fol. 442 v. und 443 v.; alte Signatur: fol. 443 v. und 444 v. Der Ausdruck „feria iij“ ist so zu deuten, dass es sich um den Tag drei Tage nach dem Festtag Divisio Apostolorum

drei Tage nachdem der Bote losgeritten war. Die Strecke Heidelberg – Würzburg, die der kurpfälzische Bote zurücklegen musste, schlägt mit 135 bis 150 Kilometern zu Buche.

Da der Bischof es sehr eilig hatte, sich mit dem Verbündeten auszutauschen, ist hier mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von einer sofortigen Antwort auf den ersten Brief auszugehen, so dass der 18. Juli sicher der Ankunftstag des Schreibens vom 15. Juli war. Das Schreiben vom 16. Juli, das die Angelegenheit etwas genauer diskutierte, wurde erst fünf Tage später beantwortet. Wir können also davon ausgehen, dass der Bote von Heidelberg nach Würzburg drei Tage unterwegs war, wobei der Kurier am dritten Tag nur noch einige Stunden unterwegs gewesen sein dürfte, weil Bischof Gottfried den Brief ja lesen, sich beraten und dann antworten musste. Teilen wir die durchschnittlich 140 Kilometer nun durch 2,5, so ergibt sich eine Tagesleistung von 56 Kilometern. Im Sommer standen rund 16 Stunden Tageslicht zur Verfügung, wir kommen also für zweieinhalb Tage auf rund 40 Stunden Reisezeit, was ein Stundenmittel von 3,5 Kilometern ergibt.

Wie helfen uns diese Erkenntnisse nun weiter, wenn wir uns die Reisen von Albrechts Boten anschauen? Vergleichen wir die Leistungen des Heidelberger mit dem Ansbacher Boten, so ergibt sich ein eklatanter Unterschied. Albrecht schrieb am 13. Juli nach Heidelberg zum Pfalzgrafen, von wo aus am 15. Juli das Bestätigungsschreiben nach Würzburg abging. Der Brief von Stuttgart nach Heidelberg war folglich auch rund 2,5 Tage unterwegs. Da die Strecke Stuttgart – Heidelberg aber nur rund 90 Kilometer betrug, ist die Botenleistung mit täglichen 36 Kilometern oder stündlichen 2,25 Kilometern deutlich schwächer, was damit erklärt werden könnte, dass der Ansbacher Bote die Strecke nicht kannte.

Das Bestätigungsschreiben des Bischofs mit der Antwort, dass auch er zu einer gütlichen Einigung bereit sei, aber seine Rechte wahren wolle, wurde am 17. Juli verfasst und schon am 20. Juli von Albrecht, der mittlerweile zurück in Ansbach war, beantwortet. <sup>(1)</sup> Der Bote Albrechts, der sicherlich Hin- und Rückweg erledigte, war vom Fürsten informiert worden, dass er beabsichtigte nach Ansbach zurückzukehren. Die Strecke Würzburg – Ansbach beträgt rund 80 Kilometer. Teilen wir dies durch 2,5, so kommen wir auf einen Tagesdurchschnitt von rund 32 Kilometern. Auch dieser Kurier schien sich auf seiner Reise Zeit gelassen zu haben.

Verfolgen wir nun noch den Brief Albrechts vom 13. Juli aus Cannstatt nach München zu Herzog Albrecht III. und sehen dessen Antwort vom 16. Juli, dann stoßen wir hingegen auf eine sehr hohe Leistung des Boten. <sup>(2)</sup> Selbst wenn wir hier davon ausgehen, dass das Schreiben bereits am 13. Juli abgegangen ist, dann können wir 3,5 Reisetage von Stuttgart nach München annehmen. Das entspräche dann bei der kürzeren Streckenführung über 220 Kilometer einer Tagesleistung von 63 Kilometern. Berechnen wir die Leistung des Boten in Stunden, so kommen wir auf 3,9 Kilometer pro Stunde. Sollte sich der Bote, wie es üblich war, erst am darauffolgenden Tag auf den Weg gemacht haben, dann hätte er stattliche 88 Kilometer pro Tag geschafft. Pro Stunde Tageslicht wäre der Mann dann 5,5 Kilometer geritten, was ebenfalls als sehr hoch zu bezeichnen ist.

Die Beziehungen zwischen Albrecht und den Grafen von Württemberg, namentlich dem Zweig des Grafenhauses, der in Stuttgart residierte, waren aus politischen Gründen, wie auch auf Grund verwandtschaftlicher <sup>(3)</sup> und persönlicher Beziehungen recht eng. Aus diesem Grund bestand auch ein intensiver Briefverkehr, den wir auch auf seine Aussagen hinsichtlich der Reisegeschwindigkeit ansehen wollen. Im April 1471 – 24 Jahre nach den oben analysierten Kurierritten – ist eine Botenreise von Stuttgart aus dokumentiert. Mit Datum vom

---

handelt, denn der erste Tag ist immer der Ausgangstag der Berechnung, hier der 15. Juli. Der Freitag vor Maria Magdalena ist aber eindeutig der 21. Juli und nicht der 19. des Monats, wie Amrhein meint.

<sup>1</sup> „*Onolzpach am Dornstag vor marie magdalena ...*“ Quelle: STAW, a.a.O.; Neue Signatur: fol. 447 r.; alte Signatur: fol. 448 r.

<sup>2</sup> STAW, a.a.O.

<sup>3</sup> Albrechts Tochter Elisabeth (1451 – 1524) war mit dem Grafen Eberhard dem Jüngeren von Württemberg-Stuttgart verheiratet.

23. April schickte Graf Ulrich V. einen Brief an Albrecht nach Ansbach, in dem er einen Gesandten ankündigte. Dieses Schreiben wurde bereits am 25. April beantwortet. <sup>(1)</sup> Die Strecke beträgt rund 150 Kilometer, bei rund zwei Tagen Nettoreisezeit kommen wir auf einen Tagesdurchschnitt von 75 Kilometern. An Tageslicht können wir zu dieser Zeit des Jahres rund 12,75 Stunden ansetzen, wodurch man auf eine Stundenleistung von 5,9 Kilometern kommt.

Sehen wir uns weiter einen Briefwechsel vom Frühjahr 1476 an. Albrecht schrieb am 3. März 1476 an den württembergischen Haushofmeister Georg von Absberg nach Stuttgart. Es ging um eine Zahlung Albrechts an Absberg und der Kurfürst teilte den Württembergern außerdem mit, dass er nach Brandenburg reisen werde. <sup>(2)</sup> Absberg und Graf Ulrich antworteten am 9. März. Der Graf wünschte ihm darin im wesentlichen eine gute Reise. <sup>(3)</sup> Dieses Schreiben allerdings beantwortete Albrecht bereits am 11. März mit einem inhaltlich ebenfalls eher belanglosem Text. <sup>(4)</sup>

Da Albrecht kurz vor seiner Abreise in den Norden war – am 17. März war er schon mindestens zwei Tagesreisen von Ansbach entfernt auf der Plassenburg – hat er sicher den Antwortbrief nach Stuttgart recht zügig geschrieben. Als Reisetage von Stuttgart nach Ansbach kommen also teilweise der 9. März, der 10. März und teilweise der 11. März in Betracht. Das macht wiederum zwei Tage und 75 Kilometer pro Tag. Da wir uns Mitte März, der Tag- und Nachtgleiche, nähern und mit fast 12 Stunden Tageslicht rechnen können, ist eine Stundenleistung von 6,25 Kilometern zu eruieren.

Ein Schreiben Graf Eberhards des Jüngeren, Ulrichs Sohn und Albrechts Schwiegersohn, aus Stuttgart vom 7. Oktober 1476 beantwortete Albrecht erst am 12. Oktober. <sup>(5)</sup> Wir haben es also mit vier oder fünf Reisetagen zu tun. Hier ist anzunehmen, dass die Antwort nicht sofort erfolgte, denn sonst ist die lange Zeitspanne für nur 150 Kilometer nicht zu erklären.

Wesentlich schneller ging es wieder im Februar 1477, als Kurfürst Albrecht ein Schreiben des württembergischen Hofmeisters Absberg mit Nachrichten aus dem Burgunderkrieg erhielt. Das Schreiben aus Stuttgart ist auf den 23. Februar datiert, die Antwort Albrechts erfolgte am 26. Februar. <sup>(6)</sup> Man kann für die 150 Kilometer maximal drei Tage und damit einen 50-Kilometer-Durchschnitt annehmen, was wesentlich geringer war, als die Leistungen auf den vorher geschilderten Reisen. Da wir Ende Februar nur neuneinhalb Stunden Tageslicht haben, ist der Kurier pro Stunde rund 5,25 Kilometer vorangekommen, das Stundenmittel war also fast so hoch wie im Sommer.

Etwas länger dauerte es wieder im März 1477, als Albrecht ein Schreiben Ulrichs V. von Württemberg vom 3. April, in dem die Entlassung Graf Heinrichs, Ulrichs zweiten Sohnes, aus der langen burgundischen Gefangenschaft gemeldet wurde, erst am 7. April, vier Tage später, in Ansbach beantwortete. Wahrscheinlich blieb der Brief, der zusätzlich die Bitte um ein Geschenk an Heinrich enthielt, etwas liegen, bevor der Kurfürst eine Antwort verfassen ließ. <sup>(7)</sup>

Die Beziehungen zu Sachsen waren für Albrecht Achilles in all seinen Regierungsjahren von großer Bedeutung, was sich auch in der Zahl der Schreiben ausdrückt, die zwischen den zollerischen Höfen in Ansbach beziehungsweise Cölln und Sachsen hin- und her gingen.

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 732, fol. 54 r; Priebatsch 1, Nr. 171, S. 245.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 109; Priebatsch 2, Nr. 196, S. 208 f.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 110; Priebatsch 2, Nr. 196, S. 208 f.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 112; Priebatsch 2, Nr. 199, S. 209 f.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., fol. 124 f.; Priebatsch 2, Nr. 240, S. 259.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., fol. 141 r.; Priebatsch 2, Nr. 273, S. 286.

<sup>7</sup> Ebenso erging es einem Schreiben Ulrichs vom 9. September 1477, in dem er sich selbst zur Jagd nach Franken eingeladen hatte. Auch dieser Brief wurde erst am 13. September von Albrecht in der Form beantwortet, dass die Jagd leider ausfalle, weil Kurprinz Johann, auf Besuch in Franken, wieder nach Brandenburg müsse. Allerdings erging die Antwort aus dem weiter nördlich gelegenen Cadolzburg. Quelle: STAN, A.A. Nr. 732, fol. 144; Priebatsch 2, Nr. 321, S. 322 f.

Manchmal lässt sich auch die Geschwindigkeit des Boten errechnen. Als ersten dahingehend aussagekräftigen Kontakt zwischen Franken und Sachsen finden wir einen Briefwechsel zwischen Albrecht und seinem Bruder Friedrich II., der im Oktober 1467 zu Verhandlungen in Meißen weilte und mit Albrecht in brieflichem Kontakt stand. Albrecht schrieb seinem Bruder am 5. Oktober und noch einmal am 7. Oktober aus Ansbach. <sup>(1)</sup> Es ist nicht klar, ob beide Briefe, deren Entstehungsdatum ja sehr nahe beieinander liegen, mit dem selben Boten nach dem 7. Oktober abgeschickt wurden.

Friedrich, der nach Meißen gereist war, ging in seiner Antwort vom 14. Oktober auf beide Schreiben Albrechts ein. <sup>(2)</sup> Dies beweist auf jeden Fall, dass der Brief vom 7. Oktober schon in Meißen war. Gehen wir davon aus, dass Albrecht und der Bote wussten, dass Friedrich in Meißen war, und die Kurierreise folglich auf direktem Weg von Ansbach nach Meißen führte, so haben wir für die 340 Kilometer lange Strecke eine Reisezeit von wahrscheinlich sieben Tagen, was einen Tagesdurchschnitt von 49 Kilometer ergibt.

Welche Unterschiede es in der Reisegeschwindigkeit gab, zeigen uns zwei Fälle zu Beginn des Jahres 1476. Langsam ging es zwischen dem 3. Januar und dem 9. Januar dieses Jahres zu. Ein auf den 2. Januar in Ansbach datiertes Schreiben an Herzog Wilhelm III. von Sachsen-Weimar, in dem die Verzögerung bei den Verhandlungen um die Hochzeit zwischen Johann von Brandenburg und Margaretha von Weimar beklagt wurde, kam ausweislich der Kanzleinotiz erst am 9. Januar in Thüringen bei Wilhelm an: „ ... *isst diensttag nach Epiphanie gein Weimar kommen.*“ <sup>(3)</sup>

Das bedeutet, dass für die rund 290 Kilometer lange Strecke zwischen den beiden Orten eine Reise von sieben Tagen – wenn wir den 3. Januar als Abreisetag des Boten definieren – und damit eine durchschnittliche Tagesleistung von nur 42 Kilometern anzusetzen ist. Pro Stunde mit Tageslicht – Anfang Januar ist nur mit rund acht Stunden zu rechnen – hatte der Bote 5,2 Kilometer zurückgelegt.

Eine sehr große Reisegeschwindigkeit der Boten auf der Strecke Ansbach – Sachsen beweist hingegen die Geschichte eines Briefes, der ein paar Wochen später unterwegs war. Albrecht Achilles schickte im Januar dieses Jahres erneut einen Boten mit zwei Schreiben nach Norden. Eines war an die Wettiner gerichtet, der zweite Brief ging nach Cöln. Hintergrund waren die immer wieder stattfindenden Scharmützel zwischen Untertanen des Erzstiftes Magdeburg und Adeligen der Markgrafschaft Brandenburg, die böses Blut schufen und deshalb eine nachhaltige politische Zusammenarbeit der beiden Kurhäuser sehr erschwerten. Zusätzlich ist anzumerken, dass Ernst, der zweite Sohn des Kurfürsten Ernst von Sachsen, im Januar 1476 bereits mit elf Jahren Postulat <sup>(4)</sup> des Erzbistums Magdeburg wurde, damit den Einfluss der Wettiner nach Norden hin ausdehnte und die möglichen Konfliktfelder mit Brandenburg vermehrte. Die Räubereien waren ein Ausdruck dieser Rivalität und Albrecht musste versuchen, diese zu beenden, um die Zusammenarbeit mit den Wettinern, die für die Umsetzung wichtiger übergeordneter Pläne notwendig war, fortsetzen zu können.

<sup>1</sup> Riedel 3,1, Nr. 318 und 319, S. 446 ff.

<sup>2</sup> Albrecht hatte im Brief vom 5. Oktober gemeldet, dass Verhandlungen mit dem Herzog von Landshut bezüglich einer gemeinsamen Position gegenüber König Podiebrad von Böhmen geführt worden seien. Friedrich bedankte sich ausdrücklich für die Mitteilung. „*Sundern als ir vns geschriben habt, der eynung halben ytz zu lantzhut begriffen, anlangend den konig und die kron zu Beheimen.*“ Im zweiten Schreiben hatte er angekündigt, er wolle zum kommenden Reichstag reisen und Nachrichten von dort übermitteln. Kurfürst Friedrich antwortete, die Sachsenherzöge würden ihrerseits Gesandte zum Reichstag schicken, die dann dort mit Albrecht sprechen würden.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 171, S. 194.

<sup>4</sup> Unter Postulatio versteht man die Wahl eines Bischofs, die eigentlich durch kanonische Hindernisse – meist das zu geringe Alter des Kandidaten – nicht möglich ist. Im vorliegenden Fall übten die Wettiner großen Druck auf das Magdeburger Domkapitel aus und setzten den jungen Fürsten durch. Drei Jahre später wurde Ernst auch noch Administrator von Halberstadt, was den wettinischen Einfluss in Mitteldeutschland noch vergrößerte.

Deshalb hieß es für Albrecht schnell zu handeln. <sup>(1)</sup> Er tat dies mit den beiden Schreiben. Erhalten ist nur der Brief an die Wettiner, der auf den 31. Januar 1476 in Ansbach datiert ist. <sup>(2)</sup> Angekommen ist er ausweislich des Kanzleivermerks in Dresden schon am 2. Februar: „*angek. Purificat. Mariä*“. Das bedeutet für eine Winterreise von rund 350 Kilometern eine Reisezeit von maximal nur drei Tagen. Pro Tag legte der Bote auf der ihm wohl größtenteils bekannten Strecke also fast 117 Kilometer zurück. Das bedeutet, da ja nur rund acht bis neun Stunden Tageslicht zur Verfügung standen, ein rekordverdächtiges Stundenmittel von rund 14 Kilometern.

Da es sich um eine relativ kurze Reise von nur drei Tagen handelte und ohnehin nur rund acht bis neun Stunden geritten werden konnte, konnte das Pferd vielleicht stärker beansprucht werden. Generell wurden die Winter in den 70er Jahren des 15. Jahrhunderts als mild beschrieben, doch die Jahre 1476 und 1477 machten eine Ausnahme. Sie galten sogar als sehr kalt. <sup>(3)</sup> Es scheint so gewesen zu sein, dass ein kalter Winter die Geschwindigkeit der Boten nicht entscheidend beeinflusste, da die beiden dargestellten Winterreisen sehr unterschiedlich schnell verliefen. Man muss natürlich einschränkend sagen, dass sich das Wetter binnen vier Wochen stark verändert haben könnte.

Dass die Sieben-Tage-Reise zwischen Ansbach und sächsischen Residenzstädten durchaus die übliche Zeitspanne für Botenritte gewesen zu sein scheint, beweisen auch zwei Fälle, die zeitlich etwas später liegen. Einmal ist hier zu erwähnen, dass Albrecht einen Brief seines Rates Albrecht Clitzing vom 10. Oktober 1477 aus Leipzig am 17. Oktober aus Ansbach beantwortete. <sup>(4)</sup> Im Frühsommer 1478 brauchte ein Schreiben Hertnids von Stein von der Festung Giebichenstein bei Halle bis Ansbach ebenfalls sieben Tage. <sup>(5)</sup>

Die Strecke Leipzig – Ansbach misst 325 Kilometer, so dass der Bote pro Tag 47 Kilometer zurücklegen konnte. Von Halle bis Ansbach sind es 330 Kilometer. Teilen wir diese Strecke durch sieben ergibt sich eine Tagesleistung von ebenfalls rund 47 Kilometern.

Auch von Brandenburg nach Sachsen waren natürlich Boten im Auftrag Albrechts unterwegs. Ein Kontakt ist im Jahr 1472 nachzuweisen, als Albrecht am 21. April ein Schreiben aus Tangermünde nach Weimar zu Wilhelm III. schickte. Dieser antwortete am 26. April und es findet sich die Aussage im Brief, dass das Schreiben Albrechts „*eben*“ erst angekommen sei.

<sup>(6)</sup> Gehen wir wieder vom Tag nach der Datierung als Beginn der Botenreise aus, so haben wir fünf Tage für die rund 240 Kilometer und damit nur einen Tagesdurchschnitt von 48 Kilometern und können rund 3,8 Kilometer pro Stunde bei zu dieser Jahreszeit anzunehmenden 12,75 Stunden Tageslicht ermitteln.

Der sächsische Kurfürst Ernst schrieb am Freitag nach Aegidius, dem 5. September 1473, aus Dresden einen Beschwerdebrief an den brandenburgischen Kanzler Sesselmann, des Inhalts, dass ein sächsischer Gesandter, der auf dem Weg zurück von Dänemark war, am vergangenen Montag überfallen worden sei. <sup>(7)</sup> Da die Sachsen über den Überfall vom Montag, den 2. September, bei Halberstadt schon am Freitag Bescheid wussten, kann der Bote, der es sicherlich sehr eilig hatte, von Halberstadt nach Dresden nur vier Tage gebraucht haben. Das ergibt bei rund 260 Kilometern den beachtlichen Tagesdurchschnitt von 65 Kilometern.

<sup>1</sup> Zur Beziehung des brandenburgischen und des sächsischen Kurhauses liegt eine sehr umfangreiche und detailreiche Arbeit von Hellmut Kretschmar, *Die Beziehungen zwischen Brandenburg und den wettinischen Landen*, a.a.O., vor, auf die ich mich immer wieder beziehe.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 181, S. 199.

<sup>3</sup> Siehe dazu Gabriela Schwarz-Zanetti, *Grundzüge*, a.a.O., S. 70 und Rüdiger Glaser, *Klimageschichte Mitteleuropas*, a.a.O., S. 82.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 327, S. 326 ff. Clitzing informierte sehr ausführlich über mögliche Bündnisse zwischen Sachsen, Mecklenburg und Dänemark.

<sup>5</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 85 und 87; Priebatsch 2, Nr. 404, S. 395 f. Stein berichtete am 30. Mai über Konflikte zwischen dem wettinischen Erzbischof Ernst von Magdeburg und der Stadt Halle. Albrecht dankte für die Informationen am 6. Juni.

<sup>6</sup> Priebatsch 1, Nr. 332, S. 356 und Priebatsch 1, Nr. 333, S. 357 f.

<sup>7</sup> Riedel 1,2, Nr. 32, S. 290 f.

Die Kontakte zum Kaiser oder zu dessen Räten in Österreich machten ebenfalls einen wichtigen Teil der Korrespondenz des Kurfürsten von Brandenburg aus, besonders da beide Fürsten in politischen Fragen oft zusammenarbeiteten. Auch andere wichtige Kontakte, die in den Südosten des Reiches bestanden, veranlassten Botenreisen. Bei einigen Kurierritten zu diesem Ziel können wir die Reisegeschwindigkeit des Boten ermitteln. <sup>(1)</sup>

So schrieb der Feuchtwanger Kanoniker Lorenz Thum, der im Frühjahr 1471 zu Gesprächen mit dem Papst in Rom und mit dem päpstlichen Legaten, dem Bischof Lorenzo Rovarella, in Ungarn war, <sup>(2)</sup> nach seiner Rückreise ins Reich von Wien aus an Albrecht. Dieses Schreiben Thums kam am 9. April in Nürnberg an. <sup>(3)</sup> Wir können daher für die Botenreise Donau aufwärts neun Tage annehmen. Bei einer Strecke von ziemlich genau 500 Kilometern kommen wir so auf eine Tagesleistung von rund 56 Kilometern.

Am 10. September 1481 schrieb der kaiserliche Rat Haugg von Werdemberg aus Wien an Albrecht und sprach darin die Problematik der Pfaffensteuer an, <sup>(4)</sup> Albrechts eigenmächtige Besteuerung von Geistlichen in den Diözesen, deren Sprengel sein Herrschaftsgebiet umfasste. Albrecht beantwortete diesen Brief aus Wien am Mittwoch, den 19. September, in Neuhof, 20 Kilometer westlich von Cadolzburg, „... *mitwoch nach Lamperti*.“ Albrecht schrieb darin jedoch, dass er das Schreiben Werdembergs bereits am Montag vorher, dem 17. September, um vier Uhr nachmittags bekommen habe. <sup>(5)</sup>

Die Strecke Wien bis Neuhof beträgt deutlich mehr als 500 Kilometer, so dass man bei sieben Reisetagen einen Tagesdurchschnitt von mehr als 71 Kilometern errechnen kann. Und den letzten Reisetag musste der Boten nicht einmal mehr ganz im Sattel verbringen, da er nachmittags um vier Uhr schon bei Albrecht war.

Eine weitere schnelle Reise in den Südosten des Reiches ist für den Juni 1485 dokumentiert. Einen Brief Albrechts vom 1. Juni beantwortete der kaiserliche Fiskal und Rat Johann Waldner aus Salzburg bereits am 5. Juni. Albrecht schrieb darin mit zornigem Unterton, dass er kaiserliche Mandatsschreiben an die Stadt Nürnberg, die er bekommen sollte, noch nicht

<sup>1</sup> Die Verbindung von Franken über Bayern hinein nach Österreich konnte natürlich auch auf dem Schiff auf der Donau zurückgelegt werden. Es existiert aber keine Quelle, die für die Reise eines Boten die Benutzung eines Donauschiffes belegen würde. Pfalzgraf Otto von Neumarkt reiste im Jahr 1483 nach Ungarn, um dort mit König Matthias zu verhandeln. Seine Reise fand nachweislich wenigstens zum Teil auf einem Schiff statt. Was die Kilometerleistungen auf dem Fluss angeht, so konnte eine Vergleichsquelle ausgemacht werden. Es sind Berichte über den Mautner von Schärding bei Passau bekannt, der im Jahr 1449 mehrmals auf Inn und Donau nach Wien reiste. Für die Hinreise flussabwärts benötigte er gewöhnlich drei oder vier Tage. Das machte für die zusammen rund 330 Kilometer lange Strecke auf dem Fluss rund 93 Kilometer pro Tag. Also eine Leistung, die an der Obergrenze dessen liegt, was Kurierreiter zurücklegen konnten. Die Rückreise absolvierte der Mautner jedoch immer auf dem Landweg, weil eine Fahrt flussaufwärts viel langsamer vonstatten ging. Quelle: Fritz Redlbacher, Die Schifffahrt auf der bayerischen Donau; Diss. Erlangen, 1923; S. 93) Reisen flussabwärts scheinen häufiger vorgekommen zu sein. Auch Albrechts theologischer Berater Hertnid von Stein, der im Juli 1480 aus Rom zurückreiste, informierte Albrecht am 8. Juli aus Matrei nördlich des Brenners, dass er noch zu Kaiser Friedrich III. nach Wien müsse. Er begeben sich daher nach Hall in Tirol und fahre von dort aus auf dem Wasser nach Wien, also erst den Inn und dann die Donau abwärts. Quelle: Priebatsch 2, Nr. 676, S. 634.

<sup>2</sup> Albrecht war wegen der Unterstützung des der Ketzerei bezichtigten Georgs Podiebrad seit 1467 im Bann. Im Vorfeld des großen Reichstages zu Regensburg und im Hinblick darauf, dass er gerade Kurfürst von Brandenburg geworden war, versuchte er, die Lösung vom Bann zu erreichen. Kanonikus Thum sollte die Lage sondieren. Dieser reiste im September 1470 nach Rom, Quelle: STAN, A.R.T.A., Nr. 5 fol. 120 f.; FRA II, 46, Nr. 102, S. 122; Priebatsch 1, Nr. 94, S. 175 ff., und kehrte von dort mit der Zusicherung zurück, der in Ungarn weilende Legat Rovarello werde sich des Problems annehmen. Thum meldete die Ergebnisse nach Ansbach, um bald darauf über Österreich und Preßburg zum Legaten zu reisen, der sich im ungarischen Raab aufhielt. Von diesem erhielt er allerdings nur ausweichende Antworten und wurde auf den geplanten Reichstag verwiesen. Thum begab sich wieder ins Reich, unterbrach seine Reise in Wien und schickte von dort aus ein Schreiben an Albrechts Rat Dr. Peter Knorre, der sich in Nürnberg aufhielt. Auch die lateinischen Schreiben des Legaten in dieser Angelegenheit legte Thum seinem Schreiben bei.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 168, S. 240 f.

<sup>4</sup> Priebatsch 3, Nr. 789, S. 92 ff.

<sup>5</sup> Priebatsch 3, Nr. 789, S. 92 ff.

erhalten habe. <sup>(1)</sup> Waldner ging in seiner Antwort genau auf diese Beschwerde ein: „... e. f. g. schreiben, mit der von Nuremberg halben getan, hab ich diemutiglich empfangen und vernomen und mag e. g. glauben, das ich die schrift, von den e. g. vormalis copey zugesandt sein, den von Nurmberg vor guter zeit bey einem k. boten zugeschickt ...“ <sup>(2)</sup>

Die beiden Schreiben beziehen sich also aufeinander. Wir können so für die rund 300 Kilometer lange Reise des Boten Albrechts von Ansbach nach Salzburg maximal fünf oder sogar nur vier Tage annehmen. Dies sind dann 60 bis 75 Kilometer täglich, die der Bote zurücklegte und das bei einer recht weiten Reise, die das Pferd sicherlich forderte.

Von München nach Ansbach und zurück war ein Bote im Juli 1473 unterwegs. Er verließ München mit einem auf den 1. Juli datierten Brief Herzog Albrechts IV., in dem er Albrecht Achilles vor Truppenzusammenziehungen im böhmisch/oberpfälzisch/fränkischen Raum warnte. <sup>(3)</sup> Albrecht Achilles antwortete darauf bereits am 4. Juli. <sup>(4)</sup>

Für die Entfernung München – Ansbach sind 180 Kilometer anzusetzen. Bei geschätzten drei Reisetagen des Boten ergibt sich eine Tagesleistung von rund 60 Kilometern und bei der Reise an Tagen mit fast dem Sonnenhöchststand ein Stundenmittel von 3,75 Kilometern.

Im Januar 1474 bemühte sich Albrecht, ein Treffen zwischen Kaiser Friedrich und einer polnisch/böhmischen Gesandtschaft zu arrangieren. Sein Ziel war es, ein Bündnis zwischen dem Kaiser, dem König von Polen und dem aus Polen stammenden König Ladislaus von Böhmen zu ermöglichen, was gut in seine schlesischen Pläne gepasst hätte. Um die Reiserouten sowohl des Kaisers, als auch der Polen aufeinander abzustimmen, unterhielt Albrecht eine intensive Korrespondenz. Ein Schreiben aus dieser Reihe schickte Albrechts Gesandter Ludwig von Eyb am 29. Januar 1474 aus Aschaffenburg und es kam ausweislich der Notiz auf einem Zettel am Abend des 31. Januar in Ansbach an: „... kome uns heinacht umb acht hore nach mittag ein brive“ <sup>(5)</sup>

Da die Strecke Aschaffenburg – Ansbach ziemlich genau 150 Kilometer ausmacht, sind das bei drei Reisetagen 50 Kilometer pro Tag. Offensichtlich ist der Bote zumindest den letzten Streckenabschnitt in der Dunkelheit geritten, denn er kam erst um acht Uhr abends an. Und die Dunkelheit setzt im Januar schon gegen fünf Uhr nachmittags ein.

Teilweise auf der selben Strecke war ein Bote unterwegs, der im Februar 1485 zwischen Albrecht und seinen Gesandten in Frankfurt pendelte. Für die 190 Kilometer zwischen beiden Orten benötigte der Mann, der einen auf den 7. Februar datierten Brief der Gesandten Eyb und Pfofel nach Ansbach trug, rund vier bis fünf Tage. Albrecht antwortete nämlich schon am 11. Februar. <sup>(6)</sup> Ein Tagesdurchschnitt von bis zu 47,5 Kilometer ist so zu berechnen, was den 50er Durchschnitt der Reisen nach Würzburg und Aschaffenburg bestätigt.

Die Reise des Boten, der die Antwort Albrechts, die am 11. Februar erfolgte, transportierte, lässt sich auch verfolgen. „Als euer gnad uns geschrieben hat, haben wir am aschermittwoch (16. Februar; d. Verf.) verlesen und sind wol gedechtig ...“ <sup>(7)</sup> Gehen wir davon aus, dass der Kurier sich am 12. Februar auf den Weg machte, so kommen wir auf vier bis fünf Reisetage und somit auf eine Reisegeschwindigkeit von 38 bis 47,5 Kilometern pro Tag.

Wesentlich langsamer ging es auf der selben Strecke ein paar Monate später zu. Einen Brief des Kaisers, abgefertigt in Frankfurt am 2. Dezember, hielt Albrecht in Ansbach erst am Abend des 8. Dezember in den Händen. „Als euer gnad mir geschriben hat in einem eurm brive, des datum stet zu Franckfort am freitag nach Andree, der mir geantwort ist worden uf heut donrstag unser lieben frauen tag conceptionis zu vesper zeit ...“ <sup>(8)</sup> Das wären dann für

<sup>1</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 3, fol. 93 r.; Priebatsch 3, Nr. 1077, S. 395 ff.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 94; Priebatsch 3, Nr. 1078, S. 397.

<sup>3</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5., fol. 146; Priebatsch 1, Nr. 591, S. 519

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 149 f.; Priebatsch 1, Nr. 594, S. 520 f.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., fol. 238 f.; Priebatsch 1, Nr. 774, S. 621 f.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., fol. 71 f.; Priebatsch 3, Nr. 1038, S. 341 ff.

<sup>7</sup> STAN, A.R.T.A. Nr. 3, fol. 74, f.; Priebatsch 3, Nr. 1048, S. 358.

<sup>8</sup> STAN, a.a.O., fol. 138 v. f.; Priebatsch 3, Nr. 1160, S. 499.

eine Strecke von 190 Kilometern immerhin acht volle Reisetage und ein Tagesdurchschnitt von nur 24 Kilometern. Man muss allerdings vermuten, dass der Kurier des Kaisers unterwegs aufgehalten wurde, weil die rund doppelt so lange Reisezeit sonst nicht zu erklären ist. Albrecht erwähnte die lange Reisezeit auch in seiner Antwort, weil sie wohl nicht der Norm entsprach.

Die Dauer der Reise eines Briefes zwischen Ansbach und Köln am Rhein ist ebenfalls festzustellen. Albrecht, der nach dem Ende des Reichskrieges gegen Burgund im Frühjahr und Sommer 1475 noch zu Verhandlungen am Rhein geblieben war, schrieb seiner Frau am 5. April einen Brief, den Kurfürstin Anna am 16. April beantwortete. <sup>(1)</sup> Für die 390 Kilometer lange Strecke von Köln über Mainz und Frankfurt nach Ansbach benötigte der Bote zehn Tage, was immerhin noch einen Durchschnitt von knapp 40 Kilometern ergibt. Wenn man bedenkt, dass die Kriegshandlungen in der Rheingegend erst kurz vorher beendet worden waren, ist dies ebenfalls eine beachtliche Leistung.

Für den April 1474 können wir eine sehr schnelle Nachrichtenverbindung zwischen Ansbach und Augsburg ermitteln. Am 11. und am 12. April dieses Jahres sind zwei fast gleichlautende Schreiben Albrechts in Ansbach verfasst worden, die an den kaiserlichen Rat Haugg von Werdemberg (11. April) und den Kaiser (12. April) adressiert waren. <sup>(2)</sup> Es ist sehr wahrscheinlich, dass beide Briefe zusammen am 12. April auf die Reise geschickt wurden und Friedrich III. beantwortete sie bereits am 13. April. So haben wir weniger als zwei Tage für die 120 Kilometer lange Strecke von Franken nach Schwaben und damit ein Tagesmittel von mehr als 60 Kilometern.

Genauso schnell verlief eine Reise ein paar Monate später. Am 18. Juli gab Albrecht aus Ansbach seinen Gesandten in Augsburg eine Weisung, deren Ausführung – sie mussten mit den Gesandten Herzog Albrechts IV. von München einen Rechtstag vereinbaren – sie bereits am 20. Juli melden konnten. <sup>(3)</sup> Das deutet auf eine Reisezeit des Boten von erneut weniger als zwei Tagen hin.

Ebenfalls zwischen Schwaben und Franken, genaugenommen zwischen Nördlingen und Cadolzburg, ritt am 6. September 1485 ein eiliger Bote, um Albrecht weitere Informationen über den Stand der Belagerung der Stadt durch Herzog Georg von Landshut zu bringen. Albrecht antwortete aus seiner Nebenresidenz bereits am kommenden Tag. <sup>(4)</sup> Für eine rund 100 Kilometer lange Strecke benötigte der Kurier deutlich weniger als zwei Tage, der Tagesdurchschnitt lag also wieder über 50 Kilometer.

Besonders schnell ging es auch im Mai 1485 bei einem Informationsaustausch zwischen Albrecht und seinem Rat und Bamberger Domherrn Hertnid von Stein zu. Albrecht hatte Stein am 3. Mai schriftlich gebeten bei territorialpolitischen Verhandlungen in Bamberg seine Interessen zu vertreten. <sup>(5)</sup> Stein antwortete am 6. Mai, gab eine erste Einschätzung der Lage und schilderte alle Beschwerden, die die territorialpolitischen Gegner des Zollern gegen ihn ins Feld geführt hatten. <sup>(6)</sup> Dies scheint Albrecht genötigt zu haben, sofort zu antworten und seine Sicht der Eigentumsverhältnisse an den umstrittenen Herrschaften und Rechten darzulegen. Er tat dies bereits am kommenden Tag, dem 7. Mai, Samstag nach Cantate. <sup>(7)</sup> Dies zeigt, dass der Bote aus Bamberg, rund 95 Kilometer von Ansbach entfernt, wie im Fall

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 132, S. 164; Priebatsch 2, Nr. 91, S. 134.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 818, S. 645 f.

<sup>3</sup> STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 118 ff.; Priebatsch 1, Nr. 871, S. 679 ff. und Nr. 872, S. 681.

<sup>4</sup> STAN, Bayerische Bücher 10, fol. 98; Priebatsch 3, Nr. 1123, S. 445 f.

<sup>5</sup> Albrecht sah sich einer Koalition aus Würzburg und dem Pfalzgrafen Otto von Neumarkt gegenüber, mit denen er sich um Rechte an Wäldern, Klöstern und Burgen, unter anderem den Besitzungen der Familie von Sparneck, stritt. Literatur: Alban Freiherr von Dobenek, Geschichte des ausgestorbenen Geschlechts der von Sparneck; In: Archiv für Geschichte und Altertumskunde von Oberfranken; Band 24,3; 1905; S. 1 – 65, besonders S. 41 ff. Als Vermittler wurden die Sachsenherzöge und der Bischof von Eichstätt ausgesucht.

<sup>6</sup> Priebatsch 3, Nr. 1067, S. 384 ff.

<sup>7</sup> STAN, a.a.O. fol. 48 v. ff.; Priebatsch 3, a.a.O.

der Reise von Nördlingen nach Cadolzburg nur einige Stunden am 6. Mai und einige Stunden am 7. Mai unterwegs gewesen sein konnte. Der Tagesdurchschnitt lag deshalb bei dieser kurzen Reise ebenfalls deutlich über 50 Kilometer.

Schauen wir als letztes nun auf die Reisen nach Böhmen, so können wir die Reisegeschwindigkeit nach dort ebenfalls an Hand einiger Kurierreisen nachvollziehen. Ein Brief 'König Ladislaus' aus Prag, datiert auf den 5. Dezember 1476, kam erst rund zwei Wochen später in Ansbach an. Die Kanzleinotiz, die auf der Rückseite des Schreibens angebracht wurde, lautet: „*Komen am mitwoch nach Lucie.*“ (18. Dezember; d. Verf.)<sup>(1)</sup>

Die Strecke Ansbach – Eger – Prag misst 360 Kilometer und bei elf Reisetagen musste sich der Bote mit einem Durchschnitt von 33 Kilometern pro Tag begnügen. Die generell unsichere Lage in Böhmen könnte eine Ursache für die Tatsache sein, dass der Bote relativ langsam unterwegs war.

Betrachten wir dann aber einen Briefwechsel, der für Albrecht zwischen Nürnberg und Prag abgewickelt wurde, so ist schon eine höhere Geschwindigkeit nachzuweisen.<sup>(2)</sup> Die Stadt Nürnberg schrieb dem Kurfürsten mit Datum vom 6. April 1478 nach Ansbach und meldete, dass am „... *heutigen Montagmorgen* ...“ ein Brief aus Prag angekommen sei, der am vergangenen Mittwoch, dem 1. April 1478, in der böhmischen Hauptstadt abgeschickt worden wäre. Das ergibt eine maximale Laufzeit von fünf vollen Tage und noch ein paar Stunden am erwähnten Montagmorgen. Der Inhalt des Briefes war für Albrecht von großer Bedeutung. Denn es wird von einem Friedensvertrag zwischen den beiden böhmischen Königen, Matthias von Ungarn und Ladislaus, gesprochen, der endlich ausgehandelt worden sei.

Die Strecke von Prag über Eger nach Nürnberg beträgt rund 310 Kilometer. Das wären dann rund 60 Kilometer pro Tag, die der Bote zurücklegen konnte. Auch dieser Botenreiter musste dabei durch Gegenden, in denen es immer wieder zu militärischen Auseinandersetzungen kam. Dennoch war dieser Kurier fast doppelt so schnell gereist, als der Bote zweieinhalb Jahre früher.

Etwas langsamer scheint der Bote unterwegs gewesen zu sein, der ausgehend vom 9. Oktober 1479 einen Brief des Ladislaus-Vertrauten Burian von Guttstein nach Kulmbach überbrachte. Denn erst sieben Tage später, am 16. Oktober, leitete der Hauptmann Hans von Redwitz das Schreiben nach Ansbach weiter.<sup>(3)</sup> Teilen wir die rund 240 Kilometer lange Strecke zwischen Prag über Eger nach Kulmbach durch sieben, kommen wir auf einen Tagesdurchschnitt von nur 35 Kilometern.

Schaut man sich zum Vergleich die Reise von vier kurfürstlichen Räten durch Böhmen an, die in Albrechts Auftrag im September 1480 reisten, so ist festzustellen, dass auch Räte zügig unterwegs waren. Die vier Herren waren am 18. September noch in Eger, weil sie an diesem Tag von dort aus einen Bericht an Albrecht sandten.<sup>(4)</sup> Ausweislich ihres Schreibens an Albrecht vom 25. September aus Prag sind sie dort aber schon am 21. September, „*donerstag Matthäi*“, angekommen.<sup>(5)</sup> Das zeigt, dass sie drei oder maximal vier Tage für die 172 Kilometer von Eger nach Prag brauchten, was einem Tagesdurchschnitt von 43 bis 57 Kilometern entsprach. Auf kürzere Entfernung erreichten die Räte einen höheren Tagesdurchschnitt als Kurier auf längeren Strecken, weil die Boten dabei ihre Pferde über längere Zeit anstrengen mussten.

Intensiver Kontakt bestand auch zwischen Albrecht und seinem Schwiegersohn, Herzog Heinrich von Münsterberg. Aber bei nur wenigen dieser Briefe ist die Länge der Botenreise festzustellen, da die Antworten immer mit sehr großer Verzögerung ergingen, so dass die jeweiligen Datierungen nicht sehr aussagekräftig sind. Einen Brief Münsterbergs aus Glatz

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 254, S. 270.

<sup>2</sup> Berlin, Staatsarchiv Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 56; Priebatsch 2, Nr. 378, S. 367 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 610, S. 561 f.

<sup>4</sup> Das Schreiben ist datiert auf den Montag nach Lamperti. Abschrift bei Willy Böhm.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 694, S. 643 f.

vom 18. Januar 1480 beantwortete Albrecht in Ansbach am 4. Februar. <sup>(1)</sup> Das deutet auf eine Reise von maximal rund 17 Tagen hin. Bei einer Entfernung von Glatz über Prag und Eger nach Ansbach von 530 Kilometern, kommt man auf einen Tagesdurchschnitt von 31 Kilometern und bleibt damit im Rahmen der üblichen Botengeschwindigkeit. <sup>(2)</sup>

Zwischen Brandenburg und Böhmen ist die Geschwindigkeit zweier Reisen nachzuweisen. Am 8. April 1478 informierte Herzog Friedrich von Liegnitz mit einem in eben dieser Stadt datierten Brief Markgraf Johann über eine Stellungnahme des ungarischen Statthalters Georg von Stein. Bereits am 11. April antwortete der Markgraf aus Frankfurt an der Oder. <sup>(3)</sup> Das bedeutet eine Botenreise von drei bis vier Tagen. Die Strecke von Frankfurt nach Liegnitz beträgt 190 Kilometer. Setzt man für die Botenreise drei Tage an, so kommt man auf einen Durchschnitt von 63 Kilometern pro Tag. Lässt man den Boten vier Tage unterwegs sein, so legte er täglich immerhin noch 47,5 Kilometer zurück.

Am 23. November des selben Jahres schickte Herzog Heinrich von Münsterberg einen Brief von Glatz aus an Albrecht, der aber zuerst zu Markgraf Johann gebracht wurde, der sich zu dieser Zeit in Frankfurt an der Oder aufhielt. Von dort wurde das Schreiben am 28. November weiter nach Cölln geschickt, wo es zwei Tage später ankam. <sup>(4)</sup> Das deutet auf eine fünftägige Reise bei rund 320 Kilometern von Glatz nach Frankfurt hin und belegt einen Tagesdurchschnitt von 64 Kilometern für den Boten.

Die Geschwindigkeit der Botenreisen im Reich weist ebenfalls eine sehr große Spanne auf. Erstaunlich schnelle und sehr langsame Reisen stehen einander gegenüber. Oft waren es politische Umstände – meist militärische Konflikte – die die Ritte verzögerten. Alles in allem kamen die Boten auch nicht an die Leistungen heran, die Albrechts Kuriere auf dem Weg zwischen Ansbach und Cölln erbrachten.

### 2.3.6 „Internationale“ Botenreisen

Die mit am besten dokumentierten „internationalen“ <sup>(5)</sup> Botenreisen im Auftrag des Kurfürsten Albrecht Achilles führten in den Machtbereich des Königs Matthias von Ungarn. Eine Reihe von Quellen vom Sommer 1479 berichten uns darüber. Drei Kurierreisen beweisen, dass der Weg zwischen Cölln und Olmütz über mindestens 550 Kilometer in sieben bis neun Tagen zu schaffen war.

Wieder waren es die Verhandlungen mit König Matthias von Ungarn wegen des Glogauer Erbes und die Notwendigkeit, die unklare Lehnzugehörigkeit des schlesischen Fürstentums zu sichern, die eine brandenburgische Gesandtschaft ins Reich des Corvinen nötig machte. Kurfürstliche Gesandte waren zu Matthias nach Budapest gereist und begaben sich dann über Preßburg schließlich ins mährische Olmütz, damals Teil der Besitzungen des Corvinen, um dort weiter zu verhandeln.

Die erste für uns interessante Reise eines Boten begann am 25. Mai 1479, als Albrecht einen am Tag vorher geschriebenen Brief an die Gesandten abschickte. Die Kanzleinotiz führt aus:

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 636, S. 579 f. und Priebatsch 2, Nr. 644, S. 585 f.

<sup>2</sup> Höchstens ein weiterer Kontakt zwischen Albrecht und Herzog Heinrich könnte zur Geschwindigkeitsberechnung noch herangezogen werden. Einen Brief Münsterbergs vom 13. März 1477 aus Glatz beantwortete Albrecht in Ansbach am 1. April. Quelle: Priebatsch 2, Nr. 279, S. 291 ff. Das ergibt eine Differenz von rund 17 Tagen. Bei einer Entfernung von 510 Kilometern zwischen der fränkischen und der schlesischen Stadt kämen wir auf einen Reisedurchschnitt von knapp 30 Kilometern. Das entspricht einem der oben ermittelten Werte bei der Reise von Ansbach nach Prag.

<sup>3</sup> Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 55 und 58; Priebatsch 2, Nr. 377, S. 366 f.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 444, S. 425 f.

<sup>5</sup> Die Problematik des Begriffes „international“ im Mittelalter wie auch noch in der Frühen Neuzeit ist offensichtlich. Denn das Konzept der nationalen Souveränität, das grundlegend für die Definition von Staaten im modernen Sinne ist, lag damals noch nicht vor. Allerdings ist die Wahl dieses Begriffs nicht willkürlich, sondern versucht eine griffige Definition der Reisen, die über das Reichsgebiet hinausgingen.

„bei herzog Heinr. von Münsterbergs diener.“<sup>(1)</sup> Ausweislich eines Antwortschreibens der Gesandten aus Olmütz erfahren wir, dass dieser Brief am Abend des 1. Juni, bei den Gesandten eingegangen ist. „*darnach am dritten pfingstag* (=der Dienstag nach Pfingsten, der 1. Juni 1479; d. Verf.) *sind uns eur gnaden brive bey herzog Fridrichs diener einem, genannt, Seidlize, behendigt worden umb vesperzeit.*“<sup>(2)</sup> Der Brief wäre also acht Tage unterwegs gewesen. Doch hier ergibt sich nun ein Problem. Denn abgeschickt wurde das Schreiben mit einem Mann des Herzogs Heinrich von Münsterberg und es wurde abgeliefert durch einen Boten Seidlitz, der in Diensten des Herzogs Friedrich von Liegnitz stand. Es ist deshalb nicht sicher, ob es sich um das selbe Schriftstück handelte, so dass die achttägige Reise zwischen Cölln und Olmütz mit dieser Quelle noch nicht als erwiesen gelten kann.

Kurze Zeit später war wieder ein Kurier unterwegs und nun können wir genau feststellen, wie lang die Reise nach Mähren dauerte und dass acht Tage durchaus ein realistischer Zeitrahmen war. Kurfürst Albrecht schrieb den Gesandten mit Datum vom 8. Juni 1479 und forderte sie in diesem Brief auf, härter zu verhandeln. Dieses Schreiben überbrachte ein gewisser Mertein, der vertraute Bote des Herzogs Heinrich von Münsterberg. Es ist mit folgendem Kanzleivermerk versehen: „*Ist Mertein, herzog Heinrichs von Munsterberg bote, mit solche briven zu Berlin ausgeritten am mittwoch nach trinitatis* (9. Juni; ein Tag nach der Briefabfassung; d. Verf.) *und meint, in sechs tagen in olmütz zu sein.*“<sup>(3)</sup>

Schon allein diese Aussage des Boten ist sehr aufschlussreich. Denn der Kurier des böhmischen Fürsten Münsterberg, der die Reise in die Hauptstadt des mährischen Reichsteils bestimmt nicht das erste Mal unternahm, konnte die Streckenlänge sicherlich realistisch einschätzen. Dass er dann dennoch nicht so schnell war, wie er vermutet hatte, könnte daran gelegen haben, dass er die brandenburgische Teilstrecke falsch einschätzte, oder aber durch irgendetwas aufgehalten wurde. Wie lang er dann wirklich brauchte, beweist uns ein weiterer Brief.

Am 25. Juni 1479 antworteten die Gesandten aus Olmütz dem Kurfürsten. Ihr Schreiben führt unter anderem aus : „*Darnach am donrstag nach viti* (17. Juni; neun Tage nach der Abreise des Boten aus Cölln d. Verf.) *haben wir eur gnaden brive und meinung bey dem Mertein empfangen.*“<sup>(4)</sup> Statt der angegebenen sechs Reisetage brauchte der böhmisch/schlesische Bote Mertein also neun Tage von Cölln nach Olmütz. Die gesamte Streckenlänge zwischen den beiden Residenzorten betrug, wenn man die kürzeste Verbindung wählte, immerhin rund 550 Kilometer.

Dass diese Geschwindigkeit kein Einzelfall war, beweist der weitere Verlauf der Korrespondenz. Albrecht antwortete seinen Gesandten auf deren Schreiben vom 25. Juni bereits wieder am 2. Juli<sup>(5)</sup>. Wobei wir leider nicht erfahren, wer den Brief überbrachte. Münsterbergs Bote Mertein fällt als Überbringer aus, weil er schon ein paar Tage vorher mit einem Vertragsentwurf zurückgereist war.

Der Bote reiste jedoch frühestens am 26. Juni aus Olmütz ab. Denn das Schreiben der Gesandten, das auf den 25. Juni datiert ist, war sehr umfangreich, so dass mit mindestens einem Tag Arbeitszeit zu rechnen ist. Auch Albrechts Antwortschreiben vom 2. Juli ist sicher nicht ad hoc entstanden, sondern darüber musste diskutiert und der Brief musste dann formuliert werden, so dass das Schreiben aus Ungarn spätestens am 1. Juli in Cölln gewesen sein musste. So kommen wir sogar auf maximal sieben Netto-Reisetage. Dies kommt der Selbsteinschätzung des Boten Mertein recht nahe und belegt m. E., dass auch die neun Tage dauernde Hinreise im Idealfall schneller hätte bewältigt werden können.

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 233 v.; Priebatsch 2, Nr. 564, S. 523.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O. Nr. 49, fol. 249 r.; Priebatsch 2, Nr. 580, S. 541.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 49, fol. 245 v.; Priebatsch 2, Nr. 572, S. 533. Die Arbeit des Boten Mertein wird unten im Kapitel 1.4 noch einmal im Detail gewürdigt.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., Nr. 49, fol. 249 r.; Priebatsch 2, Nr. 580, S. 541.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 582, S. 543.

Teilt man die oben schon genannten rund 550 Kilometer durch sieben, so ergibt sich eine durchschnittliche Tagesleistung von mehr als 78 Kilometern. Bei acht Reisetagen kommen wir auf rund 69 Kilometer und selbst bei der neuntägigen Kurierreise schaffte Bote Mertein immer noch 61 Kilometer am Tag.

Wir befinden uns Mitte Juni/Anfang Juli in der Zeit der Sommersonnenwende, können also auf bis zu 16 Stunden Tageslicht bauen. Das würde bei der Sieben-Tage-Reise eine Stundenleistung von rund 4,9 Kilometern bedeuten. Das wäre etwas weniger als die oben errechneten Zahlen beim regionalen Verkehr, was aber als absolut plausibel erscheinen darf, da die gesamte Streckenlänge ja viel größer war und das Pferd schonender behandelt werden musste.

Natürlich gilt auch in diesem Fall die oben getroffene Aussage, dass die einzelnen Tagesetappen wegen der Notwendigkeit, auf bestimmte Übernachtungsorte Rücksicht zu nehmen, unterschiedlich ausgefallen sein mögen. Das zeigt aber nur, dass auch noch höhere Tagesleistungen möglich gewesen sind, die sich mit kürzeren Etappen abwechselten.

Geht man vom kürzesten Weg aus, so müsste der Bote von Cölln aus zuerst an die Oder nach Frankfurt geritten sein, den Fluss dort gequert haben und in Schlesien über Glogau nach Breslau gereist sein. Von dort führt der direkte Weg südwärts nach Glatz, wo der Gebirgszug der Sudeten zu überqueren war. Dann hätte der Bote dem Fluss March folgend nach Olmütz reisen können. Die alte Handelsstraße von Schlesien nach Mähren durch die Mährische Pforte, die das Sudetengebirge östlich umgeht, hätte den Boten noch viel weiter in den Osten gebracht und sowohl seine Gesamtleistung, also auch seinen Tagesdurchschnitt wesentlich erhöht. Diese Überlegungen sind aber hypothetische Annahmen, denen die Quellenbasis fehlt. Sie zeigen aber auch, dass die Kilometerleistungen bewusst konservativ berechnet sind.

Eine weitere gut belegte Reise ins Reich des Corvinen ordnete Albrecht im Juni 1481 an. Er schrieb am 22. Juni einen Brief an König Matthias, in dem er auf einen Vorschlag der Ungarn eingeht, wie es um die schlesische Erbschaft weitergehen soll. Das Schreiben trägt die Kanzleinotiz: „*Bote Siegerstorffer, der montag darnach (25. Juni; d. Verf.) wegritt.*“<sup>(1)</sup>

Die Antwort König Matthias<sup>4</sup> ist datiert vom 18. Juli aus Budapest, in den deutschsprachigen Quellen immer Ofen genannt. Laut der auf dem angekommenen Schreiben angebrachten Kanzleinotiz, war der Bote am 4. August wieder zurück in Ansbach. „*Komen bey Sigerstorffer am sambstag nach vincula Petri.*“<sup>(2)</sup>

Sollte er unverzüglich am Tag nach der Beantwortung des markgräflichen Schreibens durch König Matthias aus Budapest weggeritten sein, hätte er für die 750 Kilometer lange Strecke 17 Tage gebraucht. Das entspräche einem Tagesdurchschnitt von mehr als 44 Kilometern auf der sehr langen Strecke und wäre damit ein mehr als respektables Ergebnis. Die Reise fand wieder um die Zeit statt, in der 16 Stunden Tageslicht zur Verfügung standen. Das Stundenmittel betrug demnach 2,75 Kilometer und war deutlich geringer als bei der um rund ein Drittel kürzeren Reise des Boten Mertein zwei Jahre vorher nach Olmütz.

Reisen von und nach Italien mussten Albrechts Boten ebenfalls in einer Reihe von Fällen unternehmen, um unter anderem Informationen von dort nach Norden zu bringen. Einen Brief König Christians I. von Dänemark, der in Mantua auf den 24. März 1476 datiert ist, konnte Albrecht in Ansbach am 11. April beantworten.<sup>(3)</sup>

17 Tage war die Nachricht bei einer Wegstrecke von rund 590 Kilometern über den Reschenpass und Reutte unterwegs. Es bleibt daher festzuhalten, dass dieser Bote nur knapp

<sup>1</sup> Priebatsch 3, Nr. 759, S. 70 f.

<sup>2</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 98 und STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 319 v.; Priebatsch 3, Nr. 771, S. 78 f. König Matthias ließ mitteilen, dass er das Erbschaftsthema auf dem kommenden Reichstag in Nürnberg durch seinen Gesandten, den Bischof Johann von Wardein, erörtern lassen möchte. Die zitierte Kanzleinotiz befindet sich nur auf dem Exemplar in Nürnberg.

<sup>3</sup> Julius von Minutoli, Friedrich I. von Brandenburg und Memorabilia aus dem Leben der Markgrafen von Brandenburg aus den Quellen des Plassenburgers Archivs; Berlin, 1850.

35 Kilometer am Tag schaffte. <sup>(1)</sup> Wenngleich natürlich nicht ausgeschlossen ist, dass Albrecht nicht sofort antwortete und der Brief aus Mantua schon ein paar Tage früher in Franken war, was dann die Tagesleistung des Boten erhöht hätte.

Auch mit der päpstlichen Kurie in Rom, genauer gesagt mit einer Reihe von Kardinälen der Kurie, unterhielt Albrecht Achilles engen diplomatischen Kontakt. Das machte Reisen von Gesandten nötig, die in theologischen oder kirchenpolitischen Angelegenheiten dort vorsprachen. In einigen Fällen können auch die Reisen von Boten über die Alpen quellenmäßig nachvollzogen werden. Ein Bote konnte im 15. Jahrhundert in zwölf Tagen von Rom nach Regensburg reiten. Das beweist eine Quelle aus dem Jahr 1471, die anlässlich des in der Donaustadt abgehaltenen Reichstages überliefert ist. <sup>(2)</sup> Papst Paul II. war in Rom am 25. Juli 1471 gestorben. Kardinal Francesco Piccolomini, der päpstliche Legat auf dem Regensburger Reichstag, erfuhr am 7. August frühmorgens, also nur 12 Tage später, vom Tod des Pontifex. <sup>(3)</sup> Die Strecke Rom – Regensburg über den Brenner beträgt rund 1030 Kilometer, weswegen wir auf eine erstaunliche Tagesleistung von rund 85 Kilometern kommen.

Dass Albrechts Boten hier fast mithalten konnten, beweisen zwei Briefe aus dem Sommer 1482. Kardinal Francesco von Mantua, Albrechts Großneffe, schrieb am 27. Juli aus Rom an Albrecht, bedankte sich für ein Schreiben aus Ansbach, das gerade eingetroffen sei und schilderte die Schwierigkeiten, die Albrechts Besteuerung von Klerikern mit sich brachte. Vom selben Tag ist auch ein Schreiben von Gonzagas Sekretär Arrivabene überliefert, in dem dieser über die Abreise der Würzburger Delegation, die Beschwerden gegen Albrecht vorgebracht hatte, aus Rom berichtete. <sup>(4)</sup>

Albrecht seinerseits schrieb mit Datum vom 13. August erneut an den Kardinal und meldete darin, dass es ihm selbst gelungen sei, auf dem Verhandlungsweg die Streitigkeiten wegen der Pfaffensteuer mit den Bischöfen von Würzburg und Bamberg zu klären. Dieser lateinische Brief war gerade geschrieben, als die Antwort aus Rom auf ein vorangegangenes Schreiben eintraf. <sup>(5)</sup> Der Brief, den höchstwahrscheinlich ein Bote Albrechts aus Rom nach Franken gebracht hatte, muss also entweder am 13. August oder gar noch einen Tag vorher

---

<sup>1</sup> Sehen wir uns im Vergleich dazu die Reiseleistung eines normalen Reiters an, so können wir auf einen Brief rekurren, den Albrechts Gesandter Hertnid von Stein am 25. Juli 1481 aus Bologna an Albrecht schrieb. Er teilte dabei wie so oft Neuigkeiten über seinen Versuch mit, im Fall des Heiratsstreites zwischen Markgräfin Barbara und Ladislaus von Böhmen Hilfe bei der Kurie zu bekommen. Darüber hinaus informierte Stein seinen Fürsten, dass er von Bologna aus in vier Tagen in Pavia sei und von dort aus den üblichen Weg nach Hause nehme. Quelle: Priebatsch 3, Nr. 772, S. 79. Die Strecke Bologna – Pavia umfasst knapp 200 Kilometer.

Domherr Stein legte also täglich rund 50 Kilometer zurück und damit mehr als der Bote. Hier ist zu beachten, dass die Reise Steins von Bologna nach Pavia nur auf guten Straßen durch die Ebene führte, während bei der Durchschnittsberechnung für die Botenreise die Alpenpässe zu berücksichtigen sind. Dennoch ist die Aussage, dass Albrechts Bote offensichtlich nicht viel schneller unterwegs war als ein normaler Reisender, erstaunlich. Ein noch auffälligeres Ergebnis haben wir, wenn wir die Reise des Bamberger Kanonikers Martin Thumbeck im Spätherbst 1481 betrachten. Er reiste mit einer Credenz, die am Freitag nach Dionisus, dem 12. Oktober, ausgestellt worden war, aus Ansbach nach Rom und kam dort seinen eigenen Angaben nach am Leonhardi-Tag, dem 6. November, an. Setzen wir den Abreisetag ungefähr mit dem Ausstellungstag der Credenz gleich, so war der Kanonikus rund 26 Tage unterwegs. Er kam also pro Tag rund 43 Kilometer weit voran, obwohl er schon sehr spät im Jahr über die Alpen musste. Quelle: STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 226 I, Fasz. 10., fol. 2.

<sup>2</sup> Die Dokumente zu diesem Reichstag, der als großer Christentag in die Geschichte einging, sind als Band 22, der ersten Reihe der Reichstagsakten durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ediert. In der Folge kurz als RTA, I, 22 zitiert.

<sup>3</sup> RTA I, 22,2, Vorwort S. XXIX; nachzulesen im Bericht des Patrizi, fol. 63, r. f.

<sup>4</sup> STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 226 II, Fasz. 12, fol. 26; Priebatsch 3, Nr. 893, S. 206 f. Der Inhalt der Briefe von und an Albrecht, die sich um den Streit um die Pfaffensteuer drehen, sind in Kapitel 2.7 ausführlich analysiert. Dort sind auch Hintergrund und Verlauf dieser Auseinandersetzung, die immerhin fast zwei Jahre währte, kurz dargelegt und es sind Arbeiten genannt, die das Thema umfassend behandeln.

<sup>5</sup> STAB, a.a.O., fol. 29. Priebatsch 3, a.a.O.

angekommen sein. Die Antwort an den Kardinal, durch die wir über die schnelle Botenreise informiert sind, erging aus Neustadt an der Aisch, gut 30 Kilometer nördlich von Ansbach.

Ging der Brief in Rom selbst am 27. Juli weg, so dauerte es folglich nur maximal 18 Tage, bis er in Neustadt an der Aisch auf dem Pult des Fürsten lag. Wahrscheinlich waren es sogar ein oder zwei Tage weniger. Die Strecke von Rom über Bologna, Pavia und den Splügenpass nach Neustadt an der Aisch beträgt 1150 Kilometer. Bei 18 Tagen kommen wir auf einen Durchschnitt von 64 Kilometern. Setzen wir 16 Tage an, was plausibler ist, denn am 27. Juli war man in Rom mit dem Schreiben von zwei langen Briefen beschäftigt und am 13. August musste eine ausführliche Antwort erstellt werden, so steigt die Tagesleistung sogar auf 72 Kilometer. <sup>(1)</sup> Die Stundenleistung des Boten betrug damit ziemlich genau 4,8 Kilometer, wenn wir der Jahreszeit entsprechend mit 15 Stunden Tageslicht kalkulieren.

Dass diese Botenleistung, die gerade geschildert wurde, stark von der sommerlichen Jahreszeit begünstigt gewesen sein dürfte, zeigt ein zweites Beispiel einer Reise von Rom nach Franken, die im Winter stattfand und deren Beginn und Ende glücklicherweise auch überliefert sind. Anfang des Jahres 1483 war es wieder einmal Hertnid von Stein, der in Albrechts Auftrag in Rom weilte und am 4. Januar einen Zwischenbericht nach Hause sandte. Die Kanzlei in Ansbach brachte nach der Ankunft des Schreibens folgenden Vermerk an: „*Denselben briefe herr Asmus von rosenberg bot bracht hat am mitwuch nach purificacionis marie.*“ <sup>(2)</sup> Das war in diesem Jahr der 6. Februar.

In diesen Wintertagen hatte der Bote also 33 Tage gebraucht, um die 1120 Kilometer zwischen Rom und Ansbach hinter sich zu bringen. Pro Tag war er folglich nur rund 34 Kilometer vorangekommen. Wenn wir bedenken, dass im Januar und zu Beginn des Februars nur acht Stunden Tageslicht zur Verfügung stehen, so kommen wir auf ein Stundenmittel von 3,25 Kilometern. Die Reise über die Alpen ging im Winter deutlich langsamer vor sich, man brauchte sogar doppelt so lang wie im Sommer. Doch wenn wir uns das Stundenmittel ansehen, so ist hier der Rückstand schon deutlich geschrumpft.

Das nördliche Ausland war auch in einigen Fällen Ziel von Botenreisen, die Albrecht Achilles veranlasst hatte. Die Tatsache, dass seine Nichte Dorothea Königin von Dänemark war und er in einigen Fragen eine Kooperation mit dem Dänenherrscher Christian I. suchte, machten Gesandten-, aber eben auch Botenreisen notwendig. Sehen wir uns einen dieser Kurierritte näher an.

Am 16. November 1464 war Markgraf Johann der Alchimist gestorben und Albrecht, als dessen Erbe, benachrichtigte die anderen Verwandten, unter anderem auch Johanns Tochter Dorothea. Sie und ihr Mann Christian beantworteten die Todesnachricht mit einem Brief vom 1. Januar 1465 und schrieben aus Kopenhagen unter anderem, dass sie den Brief aus Ansbach, datiert vom „*montag Elisabeth*“, am „*heiligen newen Jaars abend*“, also dem 31. Dezember 1464, empfangen haben. <sup>(3)</sup> Der Tag der Heiligen Elisabeth ist der 19. November, der im Jahr 1464 auch ein Montag war, weswegen die Datumsangabe sehr glaubwürdig ist. Der Abreisetag passt auch gut zum Todestag Johanns, drei Tage vorher. Unterstellen wir dem dänischen Königspaar auch Wahrhaftigkeit in seiner Aussage, dass es das Schreiben wirklich erst am 31. Dezember bekommen hat, so war der Bote mit dem Brief 43 Tage unterwegs. Auf dem Landweg sind es von Ansbach über Hof, Magdeburg, dem Herzogtum Schleswig und Jütland, dem Festlandsteil Dänemarks, rund 1200 Kilometer bis Kopenhagen. Wir stoßen bei der sehr langen Strecke von Franken nach Kopenhagen also auf eine durchschnittliche Tagesleistung von 27,9 Kilometern. In Anbetracht der Tatsache, dass der Bote diese Strecke nicht kannte, ist das Ergebnis durchaus mit den anderen Erkenntnissen über längere Reisen zu

<sup>1</sup> Albrechts Brief vom 13. August beantwortete der Kardinal in Rom erst am 25. September. Was der Grund für die verspätete Antwort war, kann nicht ermittelt werden.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 339 r.; Priebatsch 3, Nr. 929, S. 235.

<sup>3</sup> Riedel 3,3, Nr. 60, S. 70 f.

vereinbaren. Auch ein theoretisches Stundenmittel von rund 3,5 Kilometern, bei rund acht Stunden Tageslicht passt zu den bisher gewonnenen Aussagen.

### 2.3.7 Fazit

Die Reisegeschwindigkeit von Boten im 15. Jahrhundert, das ist das eindeutige Ergebnis dieses Kapitels, war wesentlich größer als bisher in der Forschung angenommen. Selbst wenn man überlieferungsbedingte Unsicherheiten in die Überlegungen mit einbezieht, steht fest, dass Tagesleistungen von 50 bis 60 Kilometern und das über mehrere Tage hinweg möglich waren und auch regelmäßig vorkamen. Spitzenleistungen von 100 Kilometern am Tag sind für die Strecke Ansbach – Cöln nachzuweisen. Das Stundenmittel schwankte bei mittleren Reisen zwischen fünf und acht Kilometern, wobei hier immer Pausen mit einberechnet sind. Bei Reisen über mehr als 1000 Kilometer ging das Stundenmittel dann etwas zurück.

Es sticht die Tatsache ins Auge, dass auch bei kürzeren Reisen, die dokumentiert sind, die Reisegeschwindigkeit kaum höher lag, als bei den mehrtägigen oder gar mehrwöchigen Reisen zu weiter entfernt liegenden Zielorten. Die Leistungsfähigkeit der Pferde und Kuriere lag offensichtlich mehr auf der Ausdauerseite und nicht so sehr darin, kurzfristige Spitzenleistungen zu erzielen. Ritten die Kuriere mit ihren Pferden in angemessenem Tempo mit den entsprechenden Pausen und ruhten nachts, so konnten die Pferde dies bei gleichmäßiger Durchschnittsgeschwindigkeit eine Reihe von Tagen, bis hin zu einer Woche und wenn nötig noch länger, ohne Schwierigkeiten durchhalten.

Der Unterschied in den Kilometerleistungen pro Tag im Sommer und im Winter ist auffällig gering, wenn man bedenkt, dass in den Sommermonaten teilweise bis zu doppelt so viele Stunden Tageslicht zur Verfügung standen. Daraus folgt die Erkenntnis, dass man wesentlich langsamer reiten musste, beziehungsweise mehr Pausen einlegen musste, wenn man als Reiter mit seinem Pferd länger am Tage unterwegs sein wollte. Zu einer nachhaltigen Beschleunigung der Reise konnte man das längere Tageslicht also offensichtlich nicht ausnutzen.

Es lassen sich auch keine relevanten Unterschiede zwischen Reisen durch gut erschlossene, bekannte Regionen und dem Boten nicht so vertraute, abgelegene Gegenden feststellen. Offensichtlich war es nur die Leistungsfähigkeit des jeweiligen Pferdes, die der Reisegeschwindigkeit der Boten Grenzen setzte. Die Jahreszeiten und auch die Beschaffenheit der Wege waren dahingegen wohl von untergeordneter Bedeutung. Es ist allerdings eine Ausnahme von dieser Regel zu machen: Wenn die Alpen zu überqueren waren, ging es im Sommer mehr als doppelt so schnell wie es im Winter möglich war.

Auch die Befassung mit der Reisegeschwindigkeit der Boten brachte keine Anhaltspunkte dafür, dass Relaisstationen für die Kuriere und deren Pferde bereitstanden. Die einzelne Notiz in dem Schreiben des brandenburgischen Amtmanns von der Schulenburg wiegt m. E. nicht schwer genug, um darauf eine solche Hypothese aufzubauen.

## 2.4 Die Arbeit der Boten

Während die Folgen der Botentätigkeit – die geflossenen Informationen – in den Quellen klar zu Tage treten, erscheinen die Namen der Kuriere im Verhältnis zur großen Zahl von überbrachten Nachrichten nur selten. Nur einige der Briefboten, die im Dienste Albrecht Achilles' unterwegs waren, sind namentlich bekannt oder sogar einer bestimmten sozialen Schicht, beziehungsweise einer speziellen Position im Regierungsapparat zuzuordnen. In diesem Kapitel soll versucht werden, herauszuarbeiten, inwieweit unterschiedliche soziale Herkunft und unterschiedlicher Bildungsstand sich auch in den Aufgabengebieten der Boten niedergeschlagen haben.

Idealtypisch sind zwei Typen von Boten zu unterscheiden. Männer, die nur als berittene (oder laufende) Kuriere dienten und Briefe in der Regel lediglich zustellten. Öfter dienten sie dabei auch noch als Überbringer kleinerer Warenmengen, Geschenke zumeist, die man zusätzlich auf einem Pferd transportieren konnte. <sup>(1)</sup> Die zweite Gruppe von Briefboten waren Männer einer gehobenen sozialen Schicht und vor allem auch von höherem Bildungsstand, die nicht nur schriftliche Nachrichten überbrachten, sondern zusätzlich dazu auch noch mündliche Informationen lieferten, Befehle überbrachten und gleichzeitig politisch tätig waren, als Berater oder Gesandte. Es gilt, herauszufinden, ob dieser Idealtypus auch in der Realität vorkam.

### 2.4.1 Reguläre Boten – hauptamtliche Eilboten und andere reguläre Kuriere

Die wichtigste Gruppe unter den Boten aus einfachem Stand, die Albrecht Achilles dienten, waren die Eilboten. Sie sind in den Quellen an mehreren Stellen direkt als solche ausgewiesen und ihr Auftrag war es, brisante, wichtige und vor allem natürlich eilige Nachrichten unverzüglich an den Mann zu bringen.

Ein Schreiben des märkischen Statthalters Friedrich Sesselmann vom 22. September 1479 führt uns auf die Spur dieser Eilboten. Der Bischof klagte in diesem Brief an Albrecht und Johann, die sich beide in Franken befanden, dass man ihm nur noch den Bayerlein als Eilboten dagelassen habe. Besonders auffällig ist, dass er in seinem Brief ohne lange Vorrede und Höflichkeiten auf das Botenproblem zu sprechen kam. Das Fehlen der Boten beschäftigte den Kanzler offensichtlich sehr. Sesselmann: „*Gnedigen heren. Beyerlein ist mir hinnen gelassen ob einer eylende hinaus zuverkundigen vorab durch in dasselbig sach. ist er nach seins reyten gewonheit yetzunt sehr lang aussen noch nicht komen. ob solchs nach ewer gnaden bedunken der sachen geschieht oder anders ist mir verborgen.*“ <sup>(2)</sup>

Diese Stelle macht zum einen deutlich, dass der Begriff Eilbote keine Erfindung der modernen Zeit ist, sondern im 15. Jahrhundert schon gebräuchlich war. Ein eindeutiges Zeichen dafür, dass Eilbedürftigkeit auch den damals Handelnden ein Begriff war. Klar wird durch diese Textstelle auch, dass an Albrechts Hof in Cölln mehrere Eilboten beschäftigt waren. Dies ermöglichte, wenn man sich die im vorherigen Kapitel dargelegte maximale Reisegeschwindigkeit der Eilboten von fünf bis sechs Tagen in Erinnerung ruft, einen wöchentlichen Informationsaustausch über die rund 490 Kilometer weite Entfernung zwischen den beiden Regierungssitzen und damit ein bereits sehr dichtes Informationsnetz.

<sup>1</sup> Ein Beispiel dafür ist ein Botenritt, den Albrecht zu Beginn des Jahres 1482 veranlasste. Er schickte mit einem Kurier, der um den 17. Januar zu Johann nach Cölln aufbrach, dem jungen Markgrafen ein Messer, das er anscheinend kurz vorher vom Abt von Heilsbronn geschenkt bekommen hatte. Er forderte seinen Sohn in dem Begleitbrief auch auf, ihm eine gute Jagdhündin nach Franken zu schicken, damit er mit ihrer Hilfe Nachwuchs züchten könne. Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 132 b; Priebatsch 3, Nr. 831, S. 140.

<sup>2</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. III, fol. 111; Priebatsch 2, Nr. 603, S. 557.

Allein in Ansbach standen diesen Eilboten, wie wir oben schon dargelegt haben, zwei Pferde aus dem Stall des Fürsten zur Verfügung. <sup>(1)</sup>

Da beide Fürsten sich im September 1479 – als Sesselmann die Klage über den Mangel an Eilboten formulierte – in den fränkischen Besitzungen der Zollern aufhielten, erscheint es klar, dass sie einige der brandenburgischen Boten in ihrem Gefolge nach Süden mitgenommen hatten. In Cölln, in der Regierungszentrale für den Norden, wurden sie folglich knapp.

Eine besondere Vertrauensstellung besaß der Bote **Heinzlein**. Seine Wichtigkeit verdeutlicht eine Quelle aus dem Januar 1472. Der in Brandenburg weilende Albrecht brauchte dringend Geld und wohl ebenso eilig Informationen aus Franken. Es zeichneten sich Konflikte mit dem Landshuter Herzog Ludwig dem Reichen ab <sup>(2)</sup> und die Spannungen mit den Pommernherzögen und den märkischen Ständen waren auch weiter virulent.

Vor diesem Hintergrund ist das Schreiben vom 18. Januar 1472 zu sehen, das Albrecht an Heinrich von Aufsess, den Statthalter des Fürstentums auf dem Gebirge schickte. <sup>(3)</sup> Er antwortete in dem Schreiben unter anderem auf drei konkrete Fragen, die Hauptmann Aufsess ihm gestellt hatte und mahnte ihn dann „... *las uns nicht an neue mere und das das gelt, dorumb wir hinaus geschrieben haben, pey dem Heinzlein botten gewißlich uf mitfasten herein wird.*“ <sup>(4)</sup>

Hier ist der vertraute Eilbote nicht nur als Überbringer wichtiger Informationen geschätzt, sondern es sollen ihm auch größere Geldbeträge anvertraut werden. Aus Briefen, die in den Wochen und Monaten vorher geschrieben worden waren, geht hervor, dass Albrecht aus der Frühjahrssteuerabrechnung, die am ersten Sonntag der Fastenzeit, dem im Jahr 1472 auf den 22. Februar fallenden Sonntag Invocavit, fällig wurde, immerhin einen Betrag von 15 000 Gulden erhalten sollte. <sup>(5)</sup> Das sind mehr als die Jahresausgaben für den gesamten Brandenburger oder auch den Ansbacher Hofstaat, um die Höhe der Summe an zwei Beispielen zu verdeutlichen.

Ein Schreiben vom 28. Januar 1472 aus Cölln nach Ansbach enthält die Forderung, von dort aus 18 000 Gulden bis Mitfasten, 8. März, in die Mark zu schicken. <sup>(6)</sup> Da die Ansbacher Räte eigens angeschrieben wurden und ihren Anteil an den Ausgaben für Brandenburg zahlen sollten, ist zu vermuten, dass die oben genannten 15 000 Gulden allein aus dem obergelbischen Fürstentum aufzubringen waren. Die Summe ist ein enormes Vermögen selbst für einen Fürsten, umso mehr für einen einfachen Knecht. <sup>(7)</sup>

Ein knappes Jahr vorher, im März 1471, hatte Albrecht bereits selbst eine ansehnliche Summe von Ansbach nach Cölln gesandt. Ein Brief vom 21. März 1471 an Markgraf Johann gibt uns darüber Aufschluss. Er werde, so schreibt Albrecht an seinen Sohn, den Kanzleischreiber

<sup>1</sup> Siehe oben Kapitel 1.1.

<sup>2</sup> Umfassend dargestellt werden die Konflikte zwischen Albrecht Achilles und Herzog Ludwig dem Reichen von Landshut bei Riezler, Geschichte Baierns, S. 377 ff., S. 399 ff. und 417 ff. Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen beiden Fürsten war der zweite Markgrafenkrieg. Doch auch nach der Rother Richtung 1461 und dem Frieden von Prag 1463 gingen die Streitigkeiten und Scharmützel weiter.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 20 v.; Priebatsch 1, Nr. 275, S. 311 f. Aufsess war Hauptmann des Fürstentums „auf dem Gebirg“, das einen Großteil des heutigen bayerischen Regierungsbezirks Oberfranken einnahm. Wegen der sprachlichen Klarheit verwendet der Text die heute gebräuchliche Schreibweise auf dem Gebirge.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O.

<sup>5</sup> Priebatsch 1, Nr. 240, S. 286.

<sup>6</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol 21 ff.; Burkhardt, Nr. 19, S. 36, Priebatsch 1, Nr. 283, S. 316 ff.

<sup>7</sup> Der reale Wert des Geldes, sprich die Umtauschrelation in Waren, schwankte natürlich sehr stark. Agrarkrisen und politische Konflikte führten zu Teuerungen, so dass der Wert des Geldes nur ungefähr angegeben werden kann. Sozialgeschichtliche Forschungen haben einige punktuell gültige Werte herausgearbeitet. Ein Beispiel: Eine Kuh hatte im Jahre 1450 in Bayreuth den Wert von vier Gulden. Siehe Fritz Verdenhalven, Alte Maße, Münzen und Gewichte aus dem deutschen Sprachgebiet; Neustadt an der Aisch, 1968; S. 7 f. und S. 11 ff. und Bernd Sprenger, Das Geld der Deutschen; 3. Auflage; Paderborn, 2002; S. 84. Wie auch immer, der Geldbetrag stellte für jeden Zeitgenossen ein riesiges Vermögen dar.

Johann Vogel mit 4000 Gulden schicken. <sup>(1)</sup> Dieser Kanzleischreiber war einer der engsten Vertrauten Albrechts, so dass der Vertrauensvorschuss für den Boten, der ebenfalls Geld befördern soll, umso höher bewertet werden muss.

Der Transport einer so großen Summe von Münzen durch einen einzigen Boten auf seinem Pferd ist schon aus Gewichtsgründen unmöglich. Eine rheinische Ein-Gulden-Münze wog in der Mitte der 70er Jahre des 15. Jahrhunderts rund 3,4 Gramm. <sup>(2)</sup> Das macht bei 1000 Münzen 3,4 Kilogramm und bei 15 000 Goldstücken genau 51 Kilogramm. Dieses Gewicht kann ein Pferd zusätzlich zum Reiter auf längeren Strecken sicher nicht tragen, weswegen die Nachricht über den Geldtransport durch den Boten weiter zu hinterfragen ist.

Weiter helfen uns hier drei Briefe, die im März 1472 verschickt wurden. Albrecht schrieb am 14. März 1472 an Aufsess nach Kulmbach und an die Ansbacher Räte, dass das Geld jetzt bald kommen müsse. <sup>(3)</sup> Es war also – betrachtet man die oben erwähnte Forderung Albrechts, das Geld müsse am 8. März in Cölln sein – sogar schon überfällig. Vom selben Tag gibt es ein Schreiben an die Statthalter in beiden Fürstentümern, dass 14 000 Gulden zu liefern seien, 8000 aus Ansbach und 6000 aus Kulmbach. <sup>(4)</sup> Die Ansbacher Räte hatten den Hauptmann auf dem Gebirge bereits mit Datum vom 8. März informiert, dass im Unterland das von Albrecht früher angeforderte Geld eingesammelt sei. Heinrich von Aufsess solle für den Transport mit einem Wagen (!) sorgen. <sup>(5)</sup>

Da nun die fränkischen Statthalter das Geld ohnehin erst sehr viel später eingesammelt hatten und nun auch noch beschlossen, wegen des Gewichts einen Wagen und wahrscheinlich auch eine Eskorte zu schicken <sup>(6)</sup>, war Eilbote Heinzlein zumindest als alleiniger Transporteur des Geldes sicher aus dem Spiel. Wie immer auch sich der Ablauf des Werttransportes im einzelnen abgespielt hat, so bleibt doch festzuhalten, dass Albrecht dem Eilboten Heinzlein großes Vertrauen entgegengebracht wenn er ihn für geeignet hielt, große Geldbeträge zu transportieren, beziehungsweise den Transport zu organisieren und zu verantworten. Und dieses Vertrauen wurde offensichtlich auch nicht enttäuscht, weil Heinzlein auch in den folgenden Jahren als Eilbote aktiv blieb, wie rund ein Dutzend weiterer Quellenzeugnisse belegt.

In einem Schreiben Albrechts vom 21. Dezember 1471 aus Cölln an die Ansbacher Statthalter beklagte Albrecht, dass der Bote Heinzlein solange ausbleibe. Man brauche ihm keine Zehrung zu geben, das erledige er in Cölln für die Hin- und Rückreise. <sup>(7)</sup> Albrecht behandelte die Arbeit des Boten Heinzlein schon nach kurzer Zeit, als er erst knapp zwei Monate in Cölln war, wie Routineaufträge. Das zeigt meines Erachtens, dass Heinzlein auch schon vor dem Herbst 1471 als Bote aktiv war, als Albrecht von Ansbach aus regelmäßig mit Cölln in Verbindung getreten war. Nur so konnte er einschätzen, ob die Reise des Boten diesmal ungewöhnlich lang dauerte. Dass er die Räte an die organisatorischen Regeln des Botenverkehrs Cölln – Ansbach erinnerte, ist aber ein Zeichen dafür, dass mit den Einsätzen der Eilboten noch nicht alles glatt lief.

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 102 r.; Priebatsch 1, S. 224 ff, Nr. 149.

<sup>2</sup> Alfred Noss, Die Münzen der Erzbischöfe von Köln; 2. Band 1306-1547; Köln, 1913; S. 320.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 33 r.; Priebatsch 1, Nr. 304, S. 333 f.; Burkhardt 1, Nr. 29, S. 61.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 305, S. 334.

<sup>5</sup> Priebatsch 1, Nr. 304, S. 333, Anm. 6.

<sup>6</sup> Einen Hinweis auf eine Eskorte für das Geld finden wir in einem Schreiben Albrechts vom 1. Januar 1472, in dem er Heinrich von Aufsess und die Räte informierte, dass er für die Strecke innerhalb Brandenburgs den Trebbiner Vogt mit der Sicherung des Transportes beauftragt habe. „Vnd so das gelt gein Wittenberg kumbt, das es nicht von dannen gefurt werde. Man schreib dann Baltasarn von Sliben vnserm Voyt zw Trebin oder thun Im bottschafft, dem haben wir befolhen, sich daselbst hin gein Wittenberg zufugen, damit es sicher hieher bracht werde.“ Quelle: Burkhardt, Nr. 29, S. 62. Aufsess sollte also das gesamte Geld aus Franken, sein eigenes und das aus dem untergebirgischen Fürstentum bis Wittenberg bringen lassen. Dort angekommen sollte er dann den Trebbiner Vogt informieren, der Bescheid wusste und das Geld dann sicher nach Cölln geleiten sollte.

<sup>7</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 9 v.; Burkhardt, Nr. 8, S. 15; Priebatsch 1, Nr. 262, S. 300 f.

Heinzlein taucht wieder am 10. Mai des Jahres 1472 (Sonntag Exaudi, der 6. Sonntag nach Ostern) in den Quellen auf. Die Kanzleinotiz in einem an diesem Tag datierten Schreiben konstatiert: „*gein Franken zu schreiben, bei dem Heintzlein*“. <sup>(1)</sup> Die Lage in Brandenburg spitzte sich zu. Eine kriegerische Auseinandersetzung mit den konkurrierenden Pommernherzögen wurde immer wahrscheinlicher. Albrecht schrieb in diesem Brief an die Ansbacher Räte, dass sie Wundärzte in die Mark schicken sollten und dass bis zum Johannistag (29. Juni 1472) entweder ein Ausgleich mit Herzog Wratzlaw von Pommern-Wolgast geschlossen sei oder die Waffen sprächen.

Der Einsatz des vertrauten Eilboten erklärt sich aus zwei Gründen. Es musste zum einen schnell gehen. Binnen anderthalb Monaten mussten die Wundärzte, die Feldscher, im Norden sein. <sup>(2)</sup> Zudem sollte es im Süden des Reiches nicht noch zusätzlich publik werden, dass dem Zollernfürsten im Norden Krieg drohte und Albrecht dadurch in der Mark gebunden wäre. Schließlich gab es latente Konflikte in Franken mit Nürnberg und vor allem mit dem Landshuter Herzog, die auch bald ausbrachen. <sup>(3)</sup>

Heinzlein, so zeigt uns die nächste Quelle <sup>(4)</sup>, ist aber erst am übernächsten Tag, dem 12. Mai, losgeritten – „*am dinstag nach exaudi*“ – und nahm sicher noch einen Brief vom 11. Mai mit, der mit der Kanzleinotiz „*gein Francken bey Heintzlein boten*“ versehen war. Drei weitere Schreiben mit Datum vom 11. Mai und 12. Mai 1472 sind auch erhalten <sup>(5)</sup>. Diese Schreiben handeln von weniger wichtigen Dingen; es wurden Spielsachen für die Prinzen und Prinzessinnen, sowie Arzneien und zwei Bogen eines Esslinger Meisters bestellt. Sind diese Briefe auch mit Heinzlein verschickt worden und ließ Albrecht seinen Eilboten deshalb zwei Tage warten, relativiert sich die Eilbedürftigkeit der Kriegsnachrichten und zeigt uns, dass die Eilboten auch für alltägliche Verrichtungen wie Bestellungen eingesetzt wurden.

Auch der Schriftverkehr mit anderen Adressaten sah Heinzlein im Einsatz. In einem Brief vom 26. Juni 1472 aus Cölln an Herzog Wilhelm von Sachsen erinnerte Albrecht seinen Verbündeten daran, dass er ihm bereits seine Überlegungen zum weiteren Vorgehen in Böhmen schriftlich zugesandt habe. Durch den Boten Heinzlein, wie Albrecht erwähnte. <sup>(6)</sup>

Explizit in der Kanzleinotiz als Überbringer eines Schreibens nach Ansbach taucht Heinzlein dann wieder am 7. Februar 1473 auf, als Albrecht aus Cölln an die Ansbacher Räte schrieb. „*Antwort den reten bei Heintzlein boten*“, steht im Brief zu lesen. <sup>(7)</sup>

In den knapp anderthalb Jahren, die Albrecht zwischen November 1471 und März 1473 in der Mark verbrachte, war die Tätigkeit des Eilboten Heinzlein ein enorm wichtiger Faktor dabei, den Kontakt mit und dadurch die Kontrolle über die Angelegenheiten in Franken nicht aus den Augen zu verlieren.

Einen der ersten Briefe Markgraf Johanns an seinen Vater, nachdem dieser im Frühjahr 1473 die Mark nach seinem ersten Besuch verlassen hatte, wurde ebenfalls vom vertrauten Boten Heinzlein überbracht. „*Bey Heintzlin botten hinaufs gesandt*“, <sup>(8)</sup> lautet die Kanzleinotiz des Schreibens vom 10. April 1473.

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 59 r.; Priebatsch 1, Nr. 350, S. 373. Die Schreibweise des Botennamens „Heinzlein“ wechselte häufig. Aus Gründen der Einheitlichkeit wird im Lauftext durchgängig die angeführte Version verwendet, in den zitierten Quellenstellen behalte ich die dort verwendete Schreibweise bei.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 359, S. 380. Zumindest ein Wundarzt, namens Conradt, wurde in Marsch gesetzt. Er reiste um dem 31. Mai.

<sup>3</sup> Siehe dazu die obigen Angaben, besonders Riezler. Die Nürnberger waren an den Verhältnissen in Brandenburg sehr interessiert und sandten sogar zwei Schreiben nach Lübeck, in denen sie sich über den Stand der Dinge in Streit zwischen Brandenburg und Pommern erkundigten. Sie bekamen aber keine brauchbaren Auskünfte. Quelle: Nürnberger Stadtarchiv, 1421, Or. Pers.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 352, S. 376; Burkhardt, Nr. 57, S. 114.

<sup>5</sup> Burkhardt, Nr. 58 und 59, S. 114 f.

<sup>6</sup> Priebatsch 1, Nr. 420, S. 423 f.

<sup>7</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 145 b; Burkhardt, Nr. 149, S. 260; Priebatsch 1, Nr. 533, S. 486.

<sup>8</sup> Riedel 2,5, Nr. 1939, S. 201 ff.

Es war dies eine mehrseitige Berichterstattung des Markgrafen an seinen Vater, in dem Johann die gesamten Probleme im Kurfürstentum – Steuerstreit, Konflikte mit Pommern, knappe Finanzmittel – referierte. Dies war sicherlich auch schon einen Monat vorher bekannt gewesen, als Albrecht noch in Brandenburg residierte. Albrecht reiste dennoch ab, weil sich auch in Franken Konflikte anbahnten und Johann – alleingelassen mit den ungelösten Problemen – schickte ihm durch den sichersten Mann, den er unter den Boten hatte, einen Brandbrief mit den Beschwerden und Sorgen hinterher.

Gut einen Monat später musste Heinzlein erneut einen langen Brief Johanns nach Ansbach bringen, in dem ähnliche Probleme dargelegt wurden. Er ist datiert auf den 17. Mai 1473 und ist vermutlich Johanns Antwort auf die Replik Albrechts auf das Schreiben vom 10. April desselben Jahres. *„Lieber her und vater, Ewr lieb schreiben uns vf vnnse egen hantschrift bei Heinzlin vnnserm boten zugesandt ... .“*<sup>(1)</sup>

Der politische Austausch zwischen Albrecht und Johann in diesen ersten Wochen und Monaten der Regentschaft Johanns in Brandenburg ruhte – wie vorher der Kontakt des Kurfürsten zu seinen fränkischen Stammländern – in hohem Maße auf der Zuverlässigkeit und Schnelligkeit des Boten Heinzlein.

Das Vertrauen in die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit Heinzleins ist erneut ganz besonders aus einem Briefwechsel aus dem März 1474 zu entnehmen. Johann Volker, der Ansbacher Kanzler Albrechts, war als Gesandter auf dem Nürnberger Reichstag, dem auch der Kaiser beiwohnte. Heinzlein dient als Verbindungsmann nach Ansbach, von wo aus Albrecht die Geschehnisse verfolgte. Ein Anliegen des Kurfürsten war die Situation in Dithmarschen. Albrecht versuchte, wie oben schon erwähnt, ein kaiserliches Mandat an die Dithmarscher zu erwirken.<sup>(2)</sup>

Kanzler Johann Volker gelang es schließlich dieses Mandat zu bekommen. Er meldete dies seinem Fürsten mit Schreiben vom 23. März 1474 aus Nürnberg.<sup>(3)</sup> Es müsse schnell gehandelt werden und Bosso von Alvensleben, der Hauptmann der Altmark, solle die Sache in die Hand nehmen, so der Kanzler. Dann fährt Volker fort: *„darumb han ich Heinzlein auf einer meiner Pferd hinausgeschickt, auf das sein Pferd dester gerueter ist und bit unterniglich, eur gnad woll mich unterrichten ... .“* Auch glaube er, dass die kaiserliche Kanzlei das Mandat des Kaisers *„kaum morgen vor nachts“* fertig habe und er hoffe, dass *„heinzlein wohl wider kommen und mir euer gnaden maynung einbringen mag.“*<sup>(4)</sup>

Volker schickte Heinzlein mit einem Ersatzpferd nach Ansbach, um die Erlangung des kaiserlichen Befehls zu vermelden und sich sein weiteres Vorgehen in der Dithmarschen-Angelegenheit genehmigen zu lassen. Heinzlein sollte schnell wieder aus Ansbach zurückkommen, dann, so hoffte Volker, seien alle Papiere ausgefertigt und Heinzlein könne sie zusammen mit den entsprechenden Befehlen Albrechts in den Norden bringen. Heinzlein diene wieder als Kurier in einer wichtigen politischen Aktion.

Kanzler Friedrich Sesselmann verwies in einem Schreiben vom 14. September 1475 an Albrecht, in dem er die inneren Verhältnisse des Kurfürstentums nach der langen Abwesenheit Albrechts darlegte, auf ein vorangegangenes Schreiben, in dem er Albrecht durch *„Heinzken boten“* auf die große Unsicherheit im Lande aufmerksam gemacht hatte.<sup>(5)</sup>

Am 17. April 1476 machte sich Heinzlein mit einer Reihe von Anweisungen Albrechts an die Ansbacher Räte wieder von Cölln aus auf den Weg. Die Kanzleinotiz lautete: *„hat Heinzlein boten hinaus gefurt.“*<sup>(6)</sup> Zusätzlich transportierte er noch einen Zettel, auf dem die gesamte Korrespondenz verzeichnet war, die Albrecht mit nach Ansbach genommen hatte. Die Räte

<sup>1</sup> Riedel 2,5, Nr. 1945, S. 214 ff.

<sup>2</sup> Der Streit zwischen der Bauernrepublik und König Christian von Dänemark ist ausführlich dargestellt bei William L. Urban; Dithmarschen, a.a.O., S. 102 ff.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 802, S. 635 ff.

<sup>4</sup> Alle drei Textstellen bei Priebatsch, a.a.O.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 153, S. 180.

<sup>6</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 12 r.; Priebatsch 1, Nr. 209, S. 216 ff.

sollten wohl über die Korrespondenz auf dem Laufenden gehalten werden. Auch hier diente die Arbeit des Eilboten einem wichtigen Regierungsziel: die Übersicht über die politische Korrespondenz zu behalten.

Im Frühjahr des Jahres 1477 sandte Albrecht seinen vertrauten Boten nach Böhmen, um eine Nachricht an den königlichen Hof nach Prag zu bringen und von dort eine Antwort zurück nach Ansbach zuzustellen. Dieser Einsatz Heinzleins ist in einem Schreiben Albrechts an seinen Schwiegersohn Heinrich von Münsterberg vom 1. April 1477 dokumentiert, in dem sich der Kurfürst auf Nachrichten bezog, die er aus Prag erhalten hatte. Darin war zu lesen gewesen, dass es eine Hofintrige in Prag gebe, die die Hochzeit zwischen Ladislaus und Barbara zu hintertreiben versuche. Mehr wisse er aber nicht, weil „... *itzunt alle botschaft und furnehmen hinder uns geschan*“, so Münsterbergs Worte.

Albrecht bedankte sich bei Münsterberg für die Informationen und fügte dann aber noch hinzu: „... *wir haben aber ganz von disen dingen nichts vernommen und nachdem es nach cristlicher ordnung nit gesein mag, als wir von hochgelerten bericht werden, so getrauen wir ganz, das nichts daran sei. es ist auch sindt der letzten schrift, die uns bei Heintzem, unserm botten, von der koniglichen wirde gescheen ist, dabei ir gewest seit, als uns der bot sagt, da er abgeschiden ist, deshalb von der koniglichen wird nichts ans uns gelangt ...*.“<sup>(1)</sup> Heinzlein war also nicht nur zwischen Ansbach und Cölln im Einsatz, sondern überbrachte auch Schreiben nach Prag.

Diese Quellenstelle lässt sich auch noch in der Weise interpretieren, dass die Abfertigung des Boten keineswegs durch einen subalternen Kanzleibeamten in einem Hinterzimmer geschah. Zumindest der Herzog von Münsterberg war bei der Übergabe des Schreibens dabei. Es scheint sogar so, dass die Übergabe in einem offiziellen Rahmen stattgefunden haben könnte.

Der Einsatz des Eilboten Heinzlein ist ebenfalls in einem Schreiben dokumentiert, das in Cölln auf den 2. September 1477 datiert ist.<sup>(2)</sup> Die Räte schrieben an Albrecht und seinen Sohn Johann, die sich beide zu dieser Zeit in Franken aufhielten. Die Situation in Crossen, der einzigen Stadt, die die Brandenburger zum damaligen Zeitpunkt aus dem Glogauer Erbe Barbaras halten können, erschien gefährlich. Beide Fürsten waren nicht vor Ort und die Räte riefen – wie schon in der Zeit vorher mehrmals – eilig um Hilfe.

Die Kanzleinotiz stellt fest, dass der Brief abgesendet wurde am „*mitwoch nach Egidy*, (2. September; d. Verf.) *In der dritten stund nach mitemtag*.“<sup>(3)</sup> Der Bote hätte also noch am selben Tag nachmittags losreiten sollen. Doch dazu kam es nicht, wie wir oben schon gesehen haben. Denn ein beigelegter Zettel informiert: „*Als der briue hirbei geschriben vnd heinenlin bot darmit gefertigt was, wurden vns hirinnen geschlossen briue dorch unsers heren von Lubus knecht einen zu bracht ...*“. Losgeschickt wurde der Bote Heinzlein schließlich ausweislich der Quelle „*am mitwoch zu nacht nach Egidi*.“<sup>(4)</sup>

Einen ganz besonderen Auftrag für Heinzlein hielt der Frühsommer 1478 bereit. Einer von Albrechts Vertrauenspersonen am kaiserlichen Hof, Kardinal Heßler, benötigte Hilfe.<sup>(5)</sup> Der Kirchenmann strebte mit großer Energie nach einem Bischofsamt und zu dieser Zeit interessierte sich Heßler für das vakante Bistum Lüttich. Der Kaiser, dessen enger Ratgeber Heßler war, bat Albrecht sich bei Papst Sixtus IV. für Heßler einzusetzen. Der Kardinal, der gerade von einem diplomatischen Einsatz aus Burgund und Frankreich zurückgekehrt war,

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 279, S. 291.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 172, S. 208.

<sup>3</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>4</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>5</sup> Zur Rolle des Kardinals Heßler siehe den entsprechenden Artikel in Gatz, Bischöfe, Band 2, S. 289 ff. Detaillierter wird das Leben des Diplomaten und Kardinals von Alfred A. Strnad; Der Apostolische Protonotar Dr. Georg Heßler. Eine biographische Skizze; In: Römische Quartalschrift, 65. Band, 1970, S. 29 – 53, beschrieben. Am ausführlichsten befasste sich W. Hollweg mit dem Leben Heßlers. Dr. Georg Heßler. Ein kaiserlicher Diplomat und römischer Kardinal des 15. Jahrhunderts; Leipzig, 1907.

hielt sich am 22. Mai nachweislich in der fränkischen Reichsstadt Weißenburg auf und schien von dort aus Albrecht ebenfalls um Hilfe gebeten zu haben.

Albrecht antwortete dem Kardinal mit einem Schreiben vom 26. Mai aus Ansbach und versicherte ihm, dass er seinen Boten Heinzlein gerne für ihn nach Würzburg schicken und von da aus mit Briefen nach Rom reiten lasse. Albrecht schrieb dem Kardinal: „*Unser freuntlichen dienst zuvor erwürdigster in got vater besunder ... und sind willig euch heinzen unsern boten zuzuschicken gein würzburg mit anderen boten zu reyten die briefe zu antworten gein Rom ...*“<sup>(1)</sup>

Es gibt keinen Quellenbeleg dafür, dass die Reise Heinzleins stattgefunden hat, aber Albrechts Angebot zeigt, dass er die botentechnischen Kapazitäten hatte, um einen seiner Eilboten für längere Zeit zu entbehren. Er traute Heinzlein die Mission – einen Ritt nach Rom – offensichtlich auch zu. Heinzlein war also auch außerhalb des Reichsgebietes für Albrecht tätig.

Am 2. Mai 1481 schrieb Albrecht wegen des Zustandekommens eines Turniers aus Ansbach nach Cölln. Die ausführliche Kanzleinotiz lautet: „*margrave Johansen des turners, auch der landtbete halben geantwort. Hat den brief Heinczlein bötlien genomen mit frau Margrethen der herzogin von Stetin brief des heirats halb. Der ist ausgeritten am freitag nach crucis invencionis.*“ (4. Mai; d. Verf.)<sup>(2)</sup>

Heinzlein überstellte also nicht nur die Antwort des Kurfürsten, in der dieser die Abhaltung des Turniers billigte. Der Bote nahm auch noch ein Traktat mit nach Cölln, in dem es um den Dauerstreit der direkten Besteuerung ging und noch ein Schreiben, in dem eine mögliche Heirat zwischen einer Tochter Margarethas von Brandenburg, der Frau Herzog Bogislaw X. von Pommern, und Herzog Sigmund von Tirol diskutiert wurde.<sup>(3)</sup> Heinzlein nahm folglich auch auf dieser Reise eine Reihe von wichtigen Unterlagen mit nach Cölln.

Eine Quelle vom 4. Januar 1481 erwähnte einen „*Henzlein förster, turknecht bey der nacht.*“<sup>(4)</sup> Heinzlein könnte also befördert worden sein. Er tauchte danach nur noch einmal als Bote auf, nämlich in der oben angeführten Reise vom Mai, was ein Indiz für eine möglich Beförderung sein kann. Die gute Arbeit des Boten hätten ihm so zu einem gesellschaftlichen Aufstieg verholfen.<sup>(5)</sup>

Neben dem Eilboten Heinzlein begegnet uns mit **Bayerlein** derjenige Bote, der nicht nur explizit als Eilbote bezeichnet wurde, sondern auch derjenige, der am häufigsten in den Quellen als Überbringer von Briefen genannt wird.<sup>(6)</sup>

Das erste Mal taucht der Bote in einem Schreiben vom 21. Juli 1473 auf, als er laut Kanzleivermerk einen Brief überbrachte, der vom Abfall der wichtigen Festung und Stadt Gartz in der Prignitz warnte. Die Kanzleinotiz lautet: „*Bey dem Bayrlin hinaus gesandt.*“<sup>(7)</sup>

<sup>1</sup> STAN, C 3, Nr. 267 - alte Bamberger Signatur 70 a, fol.7; Priebatsch 2, Nr. 401, S. 388.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 99 r.; Priebatsch 3, Nr. 736, S. 53.

<sup>3</sup> Die Heiratspläne, die den Brandenburgern sicher ins Konzept gepasst hätten, weil man Albrechts Nichte Margaretha mit einem bedeutenden Reichsfürsten hätte zusammen bringen können, zerschlugen sich jedoch Mitte 1482, als der Graf von Tirol Kurfürstin Anna mitteilte, dass er im Moment nicht zu heiraten wünsche. Quelle: Riedel 3,2, Nr.231 f., S. 284.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 92 r.; Priebatsch 3, Nr. 711, S. 3.

<sup>5</sup> Priebatsch, einer der besten Kenner der Quellen zu Albrecht Achilles, sieht in dem Förster Henzlein eine andere Person, ohne das allerdings zu belegen oder irgendwie zu begründen. Die Stellung eines Försters war schon eine gehobene Position. Die Aufgabe eines Türknechts, also eines besonderen Wachpostens oder Adjutanten wäre auch nicht völlig abwegig. Besonders die Tatsache, dass dieser Türknecht und Förster seinerseits einen Boten instruierte, ist auffällig. Henzlein schickte nämlich den Boten Geyserlein im Auftrag Albrechts zu Bischof Sesselmann, um eine Besorgung zu erledigen.

<sup>6</sup> Auch den Namen dieses Eilboten überlieferten uns die fürstlichen Schreiber in unterschiedlichen Versionen. Wir werden im Lauftext die Form „Bayerlein“ verwenden, die entsprechenden Quellenzitate aber mit der dort gebrauchten Version wiedergeben.

<sup>7</sup> Priebatsch 1, Nr. 633, S. 536; Riedel 2,5, 1950, S. 229. Der Hauptmann der Stadt und der Festung, der in Brandenburg und Pommern begüterte Adelige Werner von der Schulenburg, hatte mit Datum vom 5. Juli einen Brandbrief nach Cölln geschrieben. Schließlich kam der Burgkommandant noch persönlich nach Cölln, um zu

Am 9. August 1473, 19 Tage nach dem Beginn seiner gerade erwähnten Reise, sieht man den „Bairlin“, wie er jetzt geschrieben wird, wieder in Aktion. Er war aus Ansbach zurück in Cölln und machte sich von der brandenburgischen Residenz aus wieder auf die Reise nach Franken. „Bei dem Bairlin hinaus geschickt.“<sup>(1)</sup> Johann bestätigte in diesem Schreiben, dass er einen Brief durch den Kellner von Lehnin mit Anweisungen Albrechts erhalten hatte und versprach sie umzusetzen.<sup>(2)</sup> Die Räte, so versicherte er seinem Vater zusätzlich in diesem Schreiben, seien für den 13. August geladen. Außerdem nehme der Eilbote noch einen Brief Johanns und ein Schreiben der Witwe Kurfürst Friedrichs II. mit, so Johann in seiner Antwort. Neben dem eiligen Anliegen, die Handlungsfähigkeit des Regenten und den Gehorsam Johanns gegenüber dem Vater zu belegen, bediente man sich des Eilboten Bayerlein auch, um weniger eilige Sachen zu bestellen. Von einer Exklusivität der Tätigkeit von Eilboten kann also auch hier nicht die Rede sein. Das System war noch nicht so ausgereift, als dass es diese Differenzierungen immer zuließ. Wenn der Eilbote ritt, dann musste er mitnehmen, was gerade zu transportieren war.

In einem Schreiben an den Hofmeister Lorenz von Schaumburg erwähnte Markgraf Johann am 28. Dezember 1476 die Tatsache, dass an diesem Tag ein Schreiben Albrechts durch den Boten Bayerlein zugestellt worden sei.<sup>(3)</sup> Das Schreiben, dessen Inhalt wir nicht kennen, wurde dem Hofmeister zusätzlich noch als Kopie mitgeschickt, wie dem Schreiben zu entnehmen ist.

Am 25. April 1478 schrieb Johann einen längeren Brief, in dem er die schmachvollen Umstände schilderte, die zum Fall der Festung Gartz in der Prignitz geführt hatten.<sup>(4)</sup> Darin erwähnte der Kurprinz aber auch ein vorangegangenes Schreiben, in dem er den Fall der Festungen schon in kurzer Form gemeldet hatte: „... den fall mit den Virraden und Garcz wie er sich zu der selbigen zeit begeben hat haben wir euer lieb bey dem Bairlin in ganzer eyl wissen lassen ...“<sup>(5)</sup> Die schwere militärische Schlappe und damit verbunden der Ausbruch des Krieges musste dem Kurfürsten so schnell wie möglich gemeldet werden, weshalb Eilbote Bayerlein zum Einsatz kam.

Am 26. Juni 1478 schickte Albrecht einen Brief nach Cölln, in dem der Kurfürst wieder versuchte, die Ungarnpolitik Johanns mit seinen eigenen Plänen in Übereinstimmung zu bringen. Er forderte seinen Sohn auf, mit Matthias von Ungarn in Kontakt zu treten, um einen drohenden Zweifrontenkrieg, im Norden gegen Pommern und im Süden und Osten gegen Matthias, zu verhindern. Dabei spielte in Albrechts Überlegungen der Bote Bayerlein eine wichtige Rolle: „Darumb laßt den Beyrlein tag und nacht hinrennen und schreibt dem konig und herzog Cristoffeln ...“<sup>(6)</sup> Albrecht war von den Fähigkeiten und der Vertrauenswürdigkeit des Boten Bayerlein so überzeugt, dass er ihn auch für einen Eilboten-

---

warnen und auch der Rat Nickel Pfuhl musste Beunruhigendes übermitteln, wie aus dem Schreiben Johanns an seinen Vater hervorgeht: „Liber her und vater. Gestern ist Werner von der Schollnburg hierher komen vnd hat vns in warheit zu erkennen geben, wie die von Gartz gantz in willen und meynung sind, sich von der herschafft zu setzen vnd des allgereyt ein wissen haben, und furter berurt, das her Nickel pful in seinem herziehen, als er zu Angermund bey Ime gewest ist, gesagt hab, das ein treffenlicher zu Stettin gewest vnd einen brief vor einem Rate zu Stettin ligen vnd gesehen hab Innhaltende, das sich die von Gartz zu jhener herschafft wieder setzen wollen ...“ Schulenburg war also am 20. Juli zur Berichterstattung gekommen und schon am Tag danach verfasste Johann sein Schreiben. Da diese Nachricht sicherlich zurecht als sehr wichtig erschien, beschloss der Markgraf, dass sofort ein Eilbote in Marsch gesetzt wurde. In der Kanzlei wurde damals noch meistens die alte Schreibweise Garcz oder Garz ohne „tz“ verwendet. Da es auch ein Garz, nur mit „z“ geschrieben auf der Insel Rügen gibt, wollen wir im Lauftext die moderne Schreibweise gebrauchen.

<sup>1</sup> Riedel 2,5, Nr. 1951, S. 230; Priebatsch 1, Nr. 650, S. 545.

<sup>2</sup> Siehe dazu Kapitel 1.4.2.

<sup>3</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, fol. 45; Priebatsch 2, Nr. 259, S. 273.

<sup>4</sup> Die Besatzung der Burg, angeführt von ihrem Hauptmann Werner von der Schulenburg, war nach einer exzessiven Tauffeier noch betrunken und verschlief so den Angriff der Pommern auf die Stadt, weshalb Gartz und kurz darauf auch die Festung der Stadt leicht eingenommen werden konnte. Quelle: Priebatsch, a.a.O.

<sup>5</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. II, fol. 71 r.; Priebatsch 2, Nr. 391, S. 378.

<sup>6</sup> Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. XI, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 67; Priebatsch 2, Nr. 417, S. 406

Einsatz nach Ungarn vorschlug. Diese Reise lässt sich aus den Quellen nicht rekonstruieren, so dass nicht klar ist, ob Johann dem Vorschlag seines Vaters folgte. Aus diesem Schreiben ist aber noch zusätzlich die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Eilbote Bayerlein in Cölln stationiert war, wenn er von dort aus auf die lange Reise geschickt werden sollte und somit als regulärer Kurier zwischen Cölln und Ansbach für längere Zeit ausfiel.

Bayerlein überstellte am 5. Januar 1480 ein kurzes Anschreiben und die Kopie des ersten Berichtes der drei brandenburgischen Gesandten, die damals in Ungarn weilten, Otto Schenk von Landsberg, Liborius von Schlieben und Sigmund von Rotemberg, an den Kurfürsten Albrecht. „*Bey dem Beyrlein*“, lautet die Kanzleinotiz. Wichtig ist die Begründung für die Weitergabe der Ungarn-Briefe, die Albrecht in seinem Anschreiben gab: „*Lieber sone. Wir schicken euch hiemit abschrift etlicher brief, wie uns unser rete aus dem koniglichen hof zu Hungern geschriben haben. Das wollten wir euch nit verhalten, des ein wissen und dornach zu richten haben und seyt darob, das doctor Liborius von Slieben das gelt entricht, damit wir nicht in unglauben fallen, angesehen, das ims Johans spet von unsern wegen bezalt hat.*“<sup>(1)</sup> Johann bekam durch den Boten Bayerlein, der wieder auf seine Stammstrecke Cölln – Ansbach zurückgekehrt war, die Korrespondenz der Gesandten zur Kenntnis, um auf dem Laufenden zu sein und um in der Ungarnpolitik nicht unwissentlich möglicherweise falsch zu handeln. Außerdem war er durch das Begleitschreiben darüber informiert, dass der Gesandte von Schlieben bereits bezahlt sei. Sowohl die pekuniären als aber auch die diplomatischen Klarstellungen waren Albrecht sicherlich wichtig.

Nachweislich tätig wurde Bayerlein auch am 28. Februar 1480, als er ein Schreiben Albrechts nach Cölln brachte, das die Antwort auf einen Brief war, mit dem er am 22. Februar aus Cölln Richtung Ansbach aufgebrochen war: „*Antwort meins herrn uf das schreiben so im mein herr marggrave Johans gethan hat bei dem Beyerlein dinstag nach invocavit.*“<sup>(2)</sup>

Johann hatte den Bayerlein geschickt, um auf den Verfall von Schulden aufmerksam zu machen, die der Adelige Balthasar von Schlieben beim Fürsten hatte. Es ist davon auszugehen, dass Bayerlein die Antwort, in der Albrecht Johann freie Hand dabei ließ, die ausstehenden Schulden einzutreiben, auch wieder nach Cölln transportierte.

Am 10. April 1480 kam Bayerlein wieder mit einem Schreiben Johans nach Ansbach. Albrecht antwortete ein paar Tage später und als Kanzleinotiz findet man folglich: „*antwort meins herrn uf den brive, vom Bayrlein bracht am montag nach quasimodogeniti.*“<sup>(3)</sup> Der Streit um das Geld mit Balthasar von Schlieben war auch hier Thema. Außerdem wurden die üblichen Brandenburger Problemfälle debattiert, wie der Streit um die Landbede und die Auseinandersetzungen mit Pommern.

Am 2. August 1480 antwortete Albrecht auf einen Brief Johans, den ihm Bayerlein am 31. Juli nach Schwabach gebracht hatte.<sup>(4)</sup>

Das letzte Mal im Jahr 1480 stoßen wir auf Bayerlein, als er Anfang September ein Schreiben, in dem wieder die Ungarnpolitik besprochen wurde, von Cölln nach Ansbach und dann anschließend die Antwort wieder nach Norden transportierte, die am 6. September von Albrecht formuliert worden war.<sup>(5)</sup> Die Koordinierung der Politik der beiden weit auseinander lebenden Zollernfürsten wurde hier auch damit gesichert, dass Albrecht wieder Abschriften von wichtigen Briefen nach Berlin schickte, die ihm vom Kaiser und den sächsischen Herzögen zugegangen waren.

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 59 v.; Riedel 3,2, Nr. 191, S. 241; Priebatsch 2, Nr. 631, S. 575

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 64 r.; Priebatsch 2, Nr. 647, S. 589.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 66 r.; Riedel 3,2, Nr. 237, S. 288 ff.; Priebatsch 2, Nr. 660, S. 608 ff.

<sup>4</sup> Kanzleivermerk: „*antwort marggraf Johanssen auf sein schrift, bei dem Beyrlein heraus geschickt und gein Schwabach kommen am montag vor vincula Petri.*“ Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 76 r.; Priebatsch 2, Nr. 678, S. 626. Der Brief, der bei Riedel 3,2, Nr. S. 255 ff. abgedruckt ist, handelt wieder in erster Linie die Beziehungen zu Ungarn ab.

<sup>5</sup> Der Kanzleivermerk lautet: „*antwort bey dem Beyrlein nach Egidy.*“ Quelle: Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 88; Priebatsch 2, Nr. 692, S. 640 ff.

Ein weiterer Einsatz Bayerleins ist für Anfang 1481 belegt. Kurfürstin Anna schickte ihrer Stieftochter Barbara im Januar 50 Gulden durch den Boten Bayerlein und ließ später durch den selben Mann noch ein Halsband überbringen, das ihre Nichte Margareta bekommen sollte, die Frau Herzog Bogislaws von Pommern. <sup>(1)</sup> Bayerlein ist hier ebenfalls als sehr vertrauter Bote zu sehen, dem Geld und Pretiosen anvertraut wurden.

Ein paar Monate später, am 24. August 1481, war Bayerlein wieder unterwegs. „Antwort bey dem Beyerlein uf die schrift assumptionis Marie (15. August; d. Verf.) gein Nur. kommen“, <sup>(2)</sup> heißt die Kanzleinotiz. Albrecht informierte Johann darin über die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit Ungarn.

Wieder war es Albrechts Versuch, Johann bei den Verhandlungen mit Ungarn bei der Stange zu halten und zu vermeiden, dass der Kurprinz, der verstärkt die brandenburgischen Angelegenheiten im Auge hatte, eine eigenständige Ungarn-Politik betrieb. Der Kurfürst schrieb Johann in diesem Sinne auch am 5. November 1481 aus Ansbach und ließ das Schreiben wieder von Bayerlein überbringen: „hat Beyerlein die brief hinweggefurt“, hielten die Kanzleischreiber fest. <sup>(3)</sup>

Nicht immer aber klappte die Koordination der beiden Höfe in der Ungarnpolitik, wie ein Briefwechsel von Januar 1481 beweist. „Lieber Herr und vater. Die sachen und schrift des konigs von Hungern halben an eur lieb gelangt und durch Beyrlin boten behendet, der hie am abent circumcionis zu mitternacht gefertigt eylends was ... .“ <sup>(4)</sup> So beginnt der Rechtfertigungsbrief Johanns an Albrecht vom 16. Januar 1482, in dem er sein eigenmächtiges Vorgehen in der Ungarn-Politik erklären wollte. <sup>(5)</sup>

Im Herbst 1482 schickte Albrecht den Boten Bayerlein offensichtlich nach Venedig, um dort nach Markgraf Friedrich Ausschau zu halten, der sich auf der Pilgerfahrt ins Heilige Land befand. Denn ein Händler, der in Venedig auf Wein wartete, schrieb mit Datum vom 5. Oktober 1482 an Albrecht, dass er in Venedig den Bayerlein getroffen habe, der aber noch keine Nachricht von Markgraf Friedrich erhalten habe. Er selbst habe allerdings erfahren, dass es allen Reisenden gut gehe, einige vorher Erkrankte wieder gesund seien und die Pilgergruppe bereits bis Candia auf Kreta gekommen sei. Sie plane, am Gallitag, dem 16. Oktober, in Venedig zu sein, beruhigte der Kaufmann den Fürsten. <sup>(6)</sup> Bayerlein schien nicht nur ein vertrauenswürdiger Eilbote gewesen zu sein, sondern Albrecht setzte ihn auch als Kundschafter ein, der offensichtlich allein auf sich gestellt in Venedig Informationen über das Schicksal Friedrichs einholen sollte. Damit wächst Bayerleins Aufgabenbereich deutlich über den eines einfachen Boten hinaus.

Im März 1483 reiste Bayerlein wieder im Auftrag Albrechts nach Cöln. Der Kurfürst antwortete auf einen Brief Johanns, der sich wieder einmal mit der Politik gegenüber Ungarn befasste. Johann hatte zuvor auch Schreiben des Matthias Corvinus nach Ansbach geschickt. Die Antwort Albrechts ist auf den 11. März datiert, Bayerlein machte sich aber erst am 14. März auf den Weg. Die Kanzleinotiz lautet: „Hat der Beyerlein die brief hineingefurt am freitag nach letare.“ <sup>(7)</sup>

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 93 r.; Priebatsch 3, Nr. 714, S. 33 f.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 117; Priebatsch 3, Nr. 781, S. 86.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 125 r.; Priebatsch 3, Nr. 807, S. 112 ff.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 142 r.; Priebatsch 3, Nr. 830, S. 139.

<sup>5</sup> Näher ist dieses Schreiben im Kapitel 1.3 untersucht. Hier interessiert nur die Tatsache, dass Eilbote Bayerlein dem Markgrafen anscheinend versichert hatte, besonders schnell zu reiten. Wenngleich die Authentizität dieser Aussage umstritten ist. Albrechts Antwort vom 30. Januar 1482, Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 140 f., stellt dazu einiges klar.

<sup>6</sup> Priebatsch 3, Nr. 914, S. 221. In Wirklichkeit kam Friedrich erst am 1. November in Venedig an und verständigte sofort die Eltern. Näheres zur Pilgerreise Friedrichs nach Jerusalem bei Friedrich Geisheim, Die Hohenzollern am heiligen Grabe zu Jerusalem, Berlin, 1858, S. 31 ff.

<sup>7</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 178 f.; Priebatsch 3, Nr. 941, S. 250.

Die Verhandlungen mit Sachsen Ende 1484, bei denen es um eine Reihe von bilateralen Fragen ging, beschäftigten auch die Eilboten wieder. Am 8. Juli 1484 wurde Bayerlein mit der Nachricht zu Markgraf Johann geschickt, dass zum Salzwedler Tag, auf dem Markgraf Johann mit dem sächsischen Obermarschall von Schleidnitz zusammentreffen wollte, zwei Räte aus Ansbach teilnehmen würden, Veit von Vestenberg und Johann Vogel. <sup>(1)</sup>

Bereits drei Tage vorher, am 5. Juli, reiste ein anderer Eilbote, Kunz, von Ansbach nach Cölln, um Markgraf Johann mit einem ausführlichen Schreiben auf das Zusammentreffen mit Schleidnitz vorzubereiten. Albrecht befürchtete wohl, dass der erfahrene sächsische Politiker den jungen Johann über den Tisch ziehen könnte. <sup>(2)</sup> Zusätzlich ist noch ein Schreiben an den Sekretär und Rat Vogel ebenfalls vom 8. Juli überliefert, in dem dieser instruiert wurde, wie er mit den Sachsen zu verhandeln habe. <sup>(3)</sup> Es war dem Ansbacher Hof also möglich, gleichzeitig noch einen dritten Boten loszuschicken. Die beiden wichtigen Kontakte, die Instruktionen Johanns und die Mitteilung, dass Hilfe und Kontrolle unterwegs ist, überbrachten jedoch die Eilboten.

Bote Bayerlein sicherte durch seine zuverlässige Arbeit die politische Koordination Albrechts mit seinem Sohn und Statthalter Johann und zusätzlich war er als Überbringer von Wertsachen und als Kundschafter auch außerhalb des Reiches tätig, was die wichtige Stellung des Kuriers verdeutlicht. Doch auch er musste die übliche Botenarbeit, den Transport jedweder Schreiben, verrichten.

Der eben schon erwähnte Bote **Kunz** <sup>(4)</sup> tauchte nicht erst Mitte 1484 als besonderer Bote auf, sondern es handelte sich um einen weiteren Mann, der über längere Zeit als Bote in wichtigen Angelegenheiten zum Einsatz kam. Ein Kurier mit diesem oder leicht abgeändertem Namen findet sich in einer ganzen Reihe von Fällen in den Quellen. Natürlich bergen auch in diesem Fall die orthographischen Ungenauigkeiten die Unsicherheit, ob es sich jeweils um ein und dieselbe Person handelt.

Die zeitlich früheste Erwähnung stammt vom 24. Mai 1472, als uns der Mann als Contz Jeger entgegentritt. In einem Schreiben von diesem Tag erfahren wir, dass Albrecht zu Ohren gekommen war, dass jener Contz zusammen mit dem Falkner Hanns den Nürnbergern zu Diensten gewesen und diesen bei Jagden im fürstlichen Forst behilflich gewesen sei. Sei dem so gewesen, schrieb Albrecht, solle man beide ernsthaft bestrafen. <sup>(5)</sup>

Eine sehr strenge Bestrafung scheint aber nicht stattgefunden zu haben, denn das nächste Mal, als Kunz in den Quellen erscheint, ist er wieder in Albrechts Diensten und wird explizit als Bote bezeichnet – in einem Brief vom 4. Mai 1473. Markgräfin Margaretha, die Nichte Albrechts, die mit Bogislaw von Pommern verheiratet werden sollte <sup>(6)</sup>, erwähnte in einem Brief an den kurfürstlichen Onkel den Boten Kunz, den sie um Geld und Leinwand gebeten hätte. <sup>(7)</sup> Der Brief trägt die Kanzleinotiz „*komen bei Kunzlein, seinem boten.*“ Hier ist Kunz auf einer Ebene mit dem Eilboten Bayerlein zu sehen, da er ebenfalls für die Überbringung von Geld vorgesehen war. Der Mann genoss eindeutig auch eine große Vertrauensstellung.

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 221 r.; Priebatsch 3, Nr. 1009, S. 314.

<sup>2</sup> Auch war es zuvor zu persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Markgraf Johann und Schleidnitz gekommen, die sich zu diplomatischen Verwicklungen ausweiteten. Albrecht musste schlichten, um das wichtige Verhältnis zu Sachsen nicht zu stören. Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 219 f.; Priebatsch 3, Nr. 1009, S. 312 ff. „*bei conclein boten hineingeschickt.*“

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 222 r.; Priebatsch 3, a.a.O.

<sup>4</sup> Als Namensvarianten tauchten Kunzlein und auch Contz auf.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 64 b; Priebatsch 1, Nr. 361, S. 384.

<sup>6</sup> Zur Geschichte der Markgräfin Margaretha siehe Heide Lore Böcker, Margaretha, Markgräfin von Brandenburg, Herzogin von Pommern und Fürstin von Rügen; In: Gerald Beyreuther (hrsg.), Fürstinnen und Städterinnen; Freiburg, 1993; S. 190 – 222. Zum Ablauf der Ereignisse im Verhältnis zwischen Brandenburg und Pommern noch in der Zeit Friedrichs II. und den ersten Jahren Albrechts im Überblick bietet sich das Werk von Siegfried Rachfahl; Der Stettiner Erbfolgestreit 1464 – 1472; Breslau, 1890, an.

<sup>7</sup> Priebatsch 1, Nr. 563, S. 501.

Die Vorphase des Reichskrieges gegen Burgund sieht den Boten Kunz wieder im Einsatz für Albrecht. Im Januar 1474 war Kaiser Friedrich III. in Köln und versuchte zusammen mit dem päpstlichen Legaten einen Ausgleich zwischen dem Kölner Erzbischof Rupprecht von der Pfalz auf der einen Seite sowie dem Domkapitel und der Stadt Köln auf der anderen Seite zu erreichen. <sup>(1)</sup>

Im Vorfeld der sich abzeichnenden Auseinandersetzung war Albrecht auf Informationen, die ihm sein Gesandter Ludwig von Eyb aus Köln unter anderem in einem Schreiben vom 13. Januar 1474 übermittelte <sup>(2)</sup>, angewiesen. Eyb führte in einem beigelegten Zettel aus, dass der Bote Kunz ein Schreiben Albrechts nach Köln überbracht habe. Seinen, Eybs, Brief und die drei Anlagen mit Detailinformationen sende er jetzt dem Kurfürsten durch den selben Boten nach Ansbach zurück. <sup>(3)</sup>

Der Gesandte Ludwig von Eyb berichtete in dem Schreiben vom 13. Januar 1474 erneut an Albrecht aus Köln am Rhein. Ein Brief Albrechts <sup>(4)</sup> sei mit dem Eilboten „*Cuntzlein*“ angekommen, als er mit der Niederschrift eines Briefes <sup>(5)</sup> gerade fertig gewesen sei. Eyb machte sich nun daran, einen zweiten Brief zu schreiben, in dem er weitere Einzelheiten über die Pläne des Kaisers schilderte, vor allem dessen möglichen Reiseweg vom Rhein nach Augsburg zum dort geplanten Reichstag. Außerdem legte Eyb seinem Fürsten eine Reihe von Zetteln mit wichtigen Informationen aus Frankreich bei. Er werde jetzt alles durch den Boten Kunz zu Albrecht schicken, so Eybs Resümee. <sup>(6)</sup> Die Aufgabe des Eilboten Kunz lag darin, dass er Albrecht über den Weg des Kaisers informierte und dadurch Albrecht ermöglichte, das von ihm erwünschte Treffen zwischen dem Reichsoberhaupt und einer polnisch-böhmischen Delegation diplomatisch vorzubereiten. <sup>(7)</sup>

Anfang des Jahres 1475 war Kunz immer noch im Westen des Reiches bei Albrecht, der dort die Kämpfe gegen die Burgunder leitete. Erwähnt ist der Bote in einem Schreiben des Kurfürsten an Herzog Albrecht IV. von München, in dem der Kurfürst seinem Wittelsbacher Namensvetter Nachrichten aus dem Krieg zukommen ließ und das vom Boten Kunz überbracht wurde. <sup>(8)</sup> Kunz erscheint in den Monaten des Kriegseinsatzes häufig als Begleiter Albrechts, so dass davon ausgegangen werden kann, dass der Kurfürst ihn als Sonderkurier im Feld zur Seite hatte.

Doch auch in Friedenszeiten saß Bote Kunz für Albrecht im Sattel. Einen Brief vom 18. Dezember 1477 von Cölln nach Ansbach überbrachte ebenfalls „*Cuncz bottin, Johannis zu weihnachten*.“ <sup>(9)</sup> Die Spannungen mit Matthias Corvinus, der die Glogauer Erbschaft Barbaras von Brandenburg nicht anerkennen wollte, hatten sich verschärft. Der Gesandte, der in Ungarn mit Matthias verhandelt hatte, war zurückgekehrt und sein schriftlicher Bericht wurde dem Schreiben nach Franken beigelegt. Auch eine Stellungnahme der Brandenburger Stände zum möglichen Krieg um Glogau ist Teil des Dokumentenpaketes, genauso wie die Notizen über die Verhandlungsergebnisse mit den Wettinern in der Schlesienfrage und Warnungen über einen ungarischen Truppenaufmarsch. Unzweifelhaft handelte es sich um wichtige Nachrichten, die der Bote Kunz zu überbringen hatte – die Informationen stellten die koordinierte Ungarnpolitik sicher. Kunz ergänzt dadurch die oben bereits dargelegte Arbeit des Boten Bayerlein.

<sup>1</sup> Siehe dazu die Erläuterungen in der biographischen Skizze.

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III., fol. 47 ff.; Priebatsch 1, Nr. 758, S. 613.

<sup>3</sup> Siehe genauer unten bei der Analyse der Botenreisen anlässlich von Gesandtschaftsreisen.

<sup>4</sup> Dieses Schreiben stammte aus Cadolzburg und handelte von der Notwendigkeit, die polnischen Gesandten mit dem Kaiser zusammenzubringen. Quelle: Priebatsch 1, Nr. 749, S. 605 f.

<sup>5</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 7; Priebatsch 1, Nr. 757, S. 612. Darin schildert Eyb ausführlich die Verhandlungen in Köln zwischen Kaiser, Erzbischof und Domkapitel.

<sup>6</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 50; Priebatsch 1, Nr. 758, S. 613.

<sup>7</sup> Ausführlich eingegangen wird auf diese diplomatischen Schritte in Kapitel 2.3.

<sup>8</sup> Priebatsch 2, Nr. 16. S. 81.

<sup>9</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz II, fol. 1; Priebatsch 2, Nr. 343, S. 337 f.

Von ebensolcher Bedeutung ist der nächste Einsatz des Boten Kunz, der uns mit einer Quelle vom 12. Juni 1478 überliefert ist. <sup>(1)</sup> „*Komen bei Conzlein boten ...*“, heißt es in dem Brief Johanns aus Cölln nach Franken in der Kanzleinotiz. Johann schrieb in dem Brief, der sich um die Auseinandersetzungen mit Pommern drehte <sup>(2)</sup>, auch, dass der Bote Kunz ihm drei Schreiben Albrechts überbracht hatte. Der Bote war also regelmäßig zwischen Ansbach und Cölln im Einsatz und stellte zusammen mit Bayerlein und Heinzlein den Pendeldienst sicher. Johann schilderte seine Aktivitäten und der Bote transportierte auch ein Schreiben des Berliner Propstes Erasmus von Brandenburg, der erneut als Diplomat im Einsatz war, diesmal beim Wettiner Ernst, dem Erzbischof von Magdeburg, dessen Hilfe man sich im Kampf mit Pommern versichern wollte.

Im Mai 1479 taucht Bote Kunz wieder als Kurier auf. Albrecht stand noch in Auseinandersetzungen mit Bogislaw von Pommern und versuchte bei Herzog Wilhelm von Sachsen militärische Hilfe zu erhalten. Albrecht schrieb in dieser Sache auch an den Erzbischof von Magdeburg und an das Oberhaupt des Hauses Wettin, Kurfürst Ernst von Sachsen. Nur beim letzten der Briefe, der auf den 12. Mai datiert ist und wohl auch der wichtigste war, wissen wir um den Boten. Es handelte sich um Kunz, der sich am 13. Mai auf den Weg machte und möglicherweise alle Schreiben überbrachte. <sup>(3)</sup>

Eine weitere Erwähnung in der Geschichte findet unser Bote Ende September 1480. Johann bestätigte in einem Brief an Albrecht, dass dieser ihm kürzlich den Schriftwechsel mit den Sachsenherzögen über das gemeinsame Vorgehen gegenüber Matthias von Ungarn in Abschrift zur Verfügung gestellt habe. Der Bote Kunz habe diese Abschriften gebracht. <sup>(4)</sup> Die Koordination der Ungarnpolitik der beiden Fürsten war wieder von der Zuverlässigkeit des Boten Kunz abhängig.

Eilbote Kunz ist auch noch im Jahr 1482 nachzuweisen. Einen Brief Albrechts vom 22. Juli 1482 aus Schwabach überbrachte er ausweislich der Kanzleinotiz an Johann: „*Bote Conzlein, abgegangen Dienstag nach maria Magdalena.*“ (23. Juli) <sup>(5)</sup> Albrecht informierte Johann erneut über die Verhandlungen mit Ungarn und versuchte wieder, die Politik gegenüber König Matthias zu koordinieren.

Die Kanzleinotiz eines Briefes Albrechts vom 11. August 1482 weist den Boten Kunz wieder im Einsatz zwischen Brandenburg und Franken nach: „*Antwort auf die schrift, die Conclein bot heraus bracht hat gein der newenstat an sand Lorentzen abent den zeisen berürend.*“ <sup>(6)</sup> Johann hatte Albrecht geschrieben und eine Reihe von Szenarien erstellt, wie man den Streit um das Tonnengeld in Brandenburg entschärfen könnte. Albrecht replizierte und hielt Johann und seine Räte zu größerem Einsatz an, um möglichst viel Steuern zu bekommen. Die Koordination der Regierungsarbeit war auch das Ziel dieses von Kunz überbrachten Schreibens.

Erneut als Geldbote war Kunz im November 1483 im Einsatz. Markgraf Friedrich, Albrechts zweiter Sohn, befand sich im Gefolge des Pfalzgrafen Philipp in Ulm, wo er auf Einladung des Bürgermeisters länger bleiben und an einem Turnier teilnehmen wollte. Dazu, so informierte Friedrich seinen Vater am 6. November, brauche er aber Geld. Das solle ihm Albrecht durch den „*Lüchtlein*“ schicken. Albrecht schrieb daraufhin aus Bayreuth, wohin er sich aus Angst vor einer Seuche in Mittelfranken zurückgezogen hatte, nach Ansbach und wies die Räte an, Friedrich den Kunz mit dem Geld zu schicken. <sup>(7)</sup> Höhere Beträge wurden

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 24; Priebatsch 2, Nr. 409, S. 399.

<sup>2</sup> Zum Konflikt Brandenburg-Pommern siehe Näheres bei Oskar Eggert, a.a.O. und W. Wegener, Die Herzöge vom Pommern; 2. Auflage; Göttingen, 1969.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 23; Priebatsch 2, Nr. 556, S. 515 f.

<sup>4</sup> Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 90 f.; Priebatsch 2, Nr. 695, S. 645 ff.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 157 v.; Priebatsch 3, Nr. 892, S. 205 f.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 159 v.; Priebatsch 3, Nr. 899, S. 213.

<sup>7</sup> Priebatsch 3, Nr. 985, S. 283.

nicht durch irgendjemand überbracht, sondern offensichtlich nur durch einen der Eilboten. Das ist eine durchgängige Vorgehensweise Albrechts.

Die letzte Erwähnung in den Quellen fand Bote Kunz gegen Ende des Jahres 1485. Einen Brief Johans datiert vom 22. November transportierte Kunz nach Ansbach und kam dort ausweislich der Kanzleinotiz am 2. Dezember an.<sup>(1)</sup> Der Inhalt war heikel, denn in Cölln war ein Streit um das Wittum Markgräfin Barbaras ausgebrochen. Markgraf Johann wollte ihr keine ausreichenden Einnahmen zugestehen, obwohl sie es gewesen war, die die neuen schlesischen Besitzungen an Brandenburg gebracht hatte. Albrecht antwortete schon am 3. Dezember mit einem langen Schreiben, in dem er den jungen Markgrafen dazu zu bewegen suchte, den Streit mit Barbara gütlich beizulegen. Auch dieses Schreiben, bei dem es um Familienstreit und politische Auseinandersetzungen ging, war von einer gewissen Wichtigkeit.

Vom 16. April 1475, dies sei hier der Vollständigkeit halber angeführt, findet sich ein Schreiben Albrechts an seine Frau Anna wohl aus dem Feldlager am Rhein mit dem Satz „*als du mir nechst bey Conitzlein von Zedwitz auch itz nochmals geschrieben.*“<sup>(2)</sup> Mit diesem Brief wurden zwei Schreiben Annas, datiert auf den 3. April und den 5. April 1475, beantwortet. Es ist nicht zu klären, ob dieser Bote identisch mit unserem Kunz ist. Der Beiname von Zedwitz taucht sonst nirgends auf, wenn vom Boten Kunz die Rede ist. Vieles spricht allerdings dafür, zumal Kunz, wie oben gezeigt, in diesen Jahren vor und während des Reichskrieges gegen Burgund mehrmals zwischen Rhein und Ansbach hin- und herreiste, um Botschaften zu überbringen.

Kommen wir nun zu den Boten, die nicht regelmäßig als Eilboten unterwegs waren, sondern nur zu besonderen Gelegenheiten eingesetzt wurden und dann die Arbeit der Eilboten unterstützten. In einigen Fällen war es möglich, die soziale Herkunft dieser Männer näher zu bestimmen.

Es interessiert hier zuerst ein Schreiben des Markgrafen Johann an seinen Vater. Der Brandenburger Regent schickte das Schreiben in Cölln am 4. Februar 1475 und bat darin seinen Vater Albrecht unter anderem: „*Mychelin, Roszknecht, ... hat vns erkennen geben, wie er vor etlicher zeyt das land knecht Ampt zu Cadolzburg, das nun eyner gnant Cotzman schneider, hatt, gehabt habe vnde nachdem Ime nen soliche ferne botschafft, als zu vns herein vnde an ander ende zu reyden, seyenes alters halben vast swer vnde vber seyn vermogen sein woll, ...*“<sup>(3)</sup>

Diese in mehrfacher Hinsicht interessante Quelle zeigt, dass ein Pferdeknecht Bote sein konnte. Dies ist an und für sich eine naheliegende Vermutung, weil berittene Boten eine gewisse Affinität zu Pferden haben mussten. Doch in der Quelle ist auch davon die Rede, dass dieser Pferdeknecht später das Amt eines Landknechts innehatte. Damit entfernen wir uns ein Stück weit von der Position eines einfachen Pferdeknechts. Denn der Landknecht ist eine Position im Gerichtswesen. Er ist der Amtsdienner, derjenige, der als Fronbote die Beklagten vor das Gericht zitiert und auch als Büttel, Scherge oder Weibel Urteile exekutiert.<sup>(4)</sup>

Es ist also mit dem Landknecht Mychelin immerhin eine, wenn auch auf der unteren Hierarchiestufe anzusiedelnde, Amtsperson, die als Briefbote zum Einsatz kam. Das erinnert an die Situation in Bern, wo sich das Amt des Briefboten aus demjenigen der Gerichtsdieners entwickelt hatte.<sup>(5)</sup> Es ist aber vor allem wieder ein Indiz dafür, dass Bote durchaus eine Vertrauensstellung war. Da Johann schreibt, dass der Reiter mehrere Botschaften sowohl nach Cölln als auch anderswohin erledigt hatte, und das wohl über viele Jahre hinweg bis ins Alter,

<sup>1</sup>Die Kanzleinotiz lautete: „*bracht durch Contzlin am Freitag nach Andrea.*“ Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 283 r.; Priebatsch 3, Nr. 1155, S. 493 f.

<sup>2</sup>Riedel, 3,2, Nr. 132, S. 164.

<sup>3</sup>Riedel 3,2, S. 155, Nr. 122.

<sup>4</sup>Siehe Robert R. Anderson, Ulrich Goebel, Oskar Reichmann (Hrsg.) Frühneuhochdeutsches Wörterbuch; Band 9, Lieferung 1, Sp. 212; Berlin 1999.

<sup>5</sup>Siehe dazu die Ausführungen in der Einleitung.

kann man zu dem Schluss kommen, dass die Botentätigkeit des Landknechtes eine regelmäßige zusätzliche Beschäftigung und nicht nur ein einmaliger Einsatz war.

Als weiterer Bote, der öfter und bei wichtigen Anlässen im Einsatz war und dessen Beruf man ebenfalls kennt, begegnet uns ein Mann namens **Götz**.<sup>(1)</sup> Die erste Quellenstelle zu ihm finden wir für das Jahr 1472, als Albrecht am 31. August ein Schreiben von Cölln nach Ansbach schickte. „*Den reten gein Onoltzpach bey dem Gotzen*“, lautet die entsprechende Stelle.<sup>(2)</sup>

Die nächste Erwähnung Götzens stammt aus dem Sommer 1474. In einem Brief vom 30. Juli aus Cölln an Albrecht bat Johann unter anderem, dass ihm sein Vater das brandenburgische Lehnbuch, das Johann Spet mit nach Franken genommen hätte, um dort davon eine Abschrift anzufertigen, zurückschicke. Er solle das Buch durch Götz, seinen Harnischknecht, schicken. „*Bitten wir, ewer liebe wolle bestellen, das uns das mit gotzen vnnserm harnischknecht hirein geschickt werde ...*“.<sup>(3)</sup> Die Position eines Harnischknechtes, der bei Kampf und Turnier an der Seite des Fürsten war, ist durchaus auch als eine Vertrauensstellung zu bezeichnen. Wieder sieht man eine dem Fürsten nahestehende Person in der Funktion eines Boten.

Am 12. November 1480 wurde eine Botschaft Albrechts an Markgraf Johann wieder vom Harnischknecht überbracht. Streit um die Finanzen des Kurfürstentums war das Thema.<sup>(4)</sup> Diese Textstelle, bei der Götz wieder seine schon oben erhaltene Berufsbezeichnung bekommt, ist die letzte, die zu finden ist. Diese beiden Textstellen, eine von 1472 und die zweite von 1480, in Kombination zeigen, dass der Harnischknecht über einen längeren Zeitraum immer wieder als Bote im Einsatz war. Seinen Hauptberuf in der Waffenkammer des Markgrafen übte er offensichtlich die gesamte Zeit über neben seiner Tätigkeit als Bote aus.

Ein Bote namens Götz, von dem nicht klar ist, ob es sich um den Harnischknecht handelt, findet sich noch weitere Male in den Quellen. Am 10. Mai 1476 schrieb Albrecht aus Brandenburg den Räten in Ansbach und antwortete damit auf einen Brief seiner Statthalter. Die Kanzleinotiz lautet: „*antwort den reten uf ir schreiben bey dem lamem Goczzen der gleit halben; am freitag nach jubilate ist er mit dieser antwort wider wegk gangen.*“<sup>(5)</sup>

Besonders erstaunlich ist hier, dass der Bote Götz als „lahm“ bezeichnet wird. Auch wurde wieder einmal explizit das Wort gehen benutzt, was die Sache im Zusammenhang mit dem offensichtlichen Gebrechen des Kuriers nun vollends mysteriös macht.

Erneut im Einsatz auf der Strecke Cölln – Ansbach finden wir einen Götz dann im Juli 1476. Albrecht schrieb mit Datum vom 27. Juli einen Brief an die Räte, in dem er sie aufforderte, seinen Schwiegersohn Graf Eberhard den Älteren von Württemberg-Stuttgart zu empfangen, instruierte sie in Streitsachen mit der Reichsstadt Nürnberg und ordnete die Entsendung des Hans von Thalheim an den kaiserlichen Hof an. Die zugehörige Kanzleinotiz lautet: „*Den reten geantwortet uf ir schreiben bey dem langen Goczzen komen, geantwortet zu Seiesar Marie Magdalene.*“<sup>(6)</sup> Möglicherweise dienten die beiden Attribute dazu, die beiden Boten Götz untereinander und vom Harnischknecht Götz auseinander zu halten.

<sup>1</sup> Auch hier ist uns der Name des Boten in unterschiedlichen Variationen überliefert. Neben Götz, finden wir Goczzen oder auch Gotzen.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 116 r.; Priebatsch 1, Nr. 465, S. 444.

<sup>3</sup> Riedel, 3,2, Nr. 114, S. 148 f.; Priebatsch 1, Nr. 882, S. 685.

<sup>4</sup> „*bey Gotzen harnaschknecht.*“ Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 90; Priebatsch 2, Nr. 700, S. 652.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 13 r.; Priebatsch 2, Nr. 215, S. 226. Natürlich ist es möglich, dass Götz zu diesem Zeitpunkt durch einen Unfall oder eine Verletzung behindert war. Dann ist aber noch ungewöhnlicher, dass er auf eine so lange Botenreise geschickt wurde.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., Nr. 32 a, fol. 30 v.; Priebatsch 2, Nr. 236, S. 252. Bei der Ortsbezeichnung Seiesar handelte es sich nach Einschätzung des Editors Friedrich Priebatsch um die bischöflich-brandenburgische Residenz Ziesar, in der Albrecht auf seiner Rückreise von Tangermünde nach Cölln damals Station machte. Quelle: Priebatsch 2, S. 252, Anm. 39.

Ein weiterer Bote, dessen Beruf zu erschließen ist, findet sich in einem Brief aus dem Jahr 1470. Dort taucht der Name **Lorenz** als Bote auf, der einen Brief im Auftrag Albrechts an die Ansbacher Räte überbrachte. <sup>(1)</sup> Es handelte sich dabei um die Auflistung der Dokumente, die Albrecht bei der Regierungsübernahme in Brandenburg als notwendig erachtete und die er deshalb in Ansbach anforderte. Dazu gehörten unter anderem eine Abschrift der Goldenen Bulle und der Vertrag zwischen Albrecht und seinem Bruder und Vorgänger Friedrich II. Lorenz brachte die Dokumente dann nach Cölln.

Im Hofpersonalverzeichnis, das um diese Zeit entstand, tauchen vier Männer mit dem Namen Lorenz auf. Zwei davon sind höhere Chargen am Hof, kommen also als Boten wohl nicht in Frage <sup>(2)</sup> Darüber hinaus finden wir einen Lorentz Buck, genannt „*Lorentz silberknecht*.“ <sup>(3)</sup> Priebatsch geht ausweislich einer Fußnote in seiner Edition davon aus, dass dieser Verwahrer des Cöllner Silberschmucks als Bote im Einsatz war. Dem Silberknecht, der unter den Hofdienern aufgelistet war, die kein eigenes Pferd zur Verfügung hatten, musste dann natürlich ein Reittier aus dem Stall des Fürsten zur Verfügung gestellt worden sein. Die Wichtigkeit der Dokumente, die es zu überbringen galt, könnte Albrecht dazu gebracht haben, einen besonders vertrauenswürdigen Mann einzusetzen.

Gegen Ende von Albrechts Regierungszeit ist nochmals ein Lorenz als Bote verzeichnet, allerdings im fränkischen Raum. Einen Beschwerdebrief des Ritters Veit von Wallenrode an Markgraf Friedrich vom 18. Dezember 1485 überbrachte der kurfürstliche **Diener Lorenz Fursvehde**, der wohl mit dem Lorenz, der 15 Jahre früher in Brandenburg aktiv war, nicht gleichzusetzen ist. <sup>(4)</sup>

Ein weiterer Name eines Boten, dessen Aufgabe und soziale Stellung bekannt ist, wird in den Quellen genannt: **Wilhelm Roder**. Dabei handelte es sich um den Wilhelm Leynlewter, genannt Roder, der in den Quellen als Heidereiter in Rathenow bezeichnet ist und somit die Aufgaben eines Försters erfüllte. Dies war ebenfalls wieder eine sozial etwas herausgehobene Stellung. <sup>(5)</sup> Er wird namentlich genannt, als er am 4. Januar 1482 mit Mitteilungen für Markgräfin Barbara aus Ansbach nach Cölln geschickt wurde. <sup>(6)</sup>

Roder tauchte als Bote weiterhin im Oktober 1481 auf. „*dem hernachgeschriben verpetschaften brief hat Vogel meinem herrn marggrave Johannsen geschriben und weg geschickt bey Wilhelm Roder am mittwoch nach dionisy*.“ <sup>(7)</sup> Markgraf Johann hatte kurz vorher Amtsmüdigkeit angedeutet und gebeten, das Brandenburger Kurfürstentum mit einer der fränkischen Herrschaften der Zollern tauschen zu dürfen. Albrechts Sekretär Johann Vogel sollte den jungen Fürsten in einem Gespräch davon abhalten. Um dieses Gespräch vorzubereiten, schickte Albrecht einen von Vogel geschriebenen Brief nach Cölln, von dem ausdrücklich gesagt wurde, dass er versiegelt und von Roder überbracht worden sei.

Es gibt vom selben Tag noch zwei weitere Schreiben aus Ansbach, die nach Cölln gingen. <sup>(8)</sup> Diese Briefe sollte Markgraf Johanns Bote, der die Nachricht von der Amtsmüdigkeit gebracht hatte, nach Cölln bringen. Diesem hätte man auch den Brief an Johann anvertrauen können, in dem man ihm den Amtsverzicht ausreden wollte. Doch das tat man wohl bewusst nicht, sondern schickte dieses Schreiben getrennt mit Roder, der dadurch als besonders vertrauenswürdiger Bote ausgewiesen ist.

<sup>1</sup> „*Lorencz hat mitgenommen*“ Quelle: Priebatsch 1, Nr. 44, S. 125.

<sup>2</sup> Es handelt sich um Lorentz Strausz, dem am Hof drei Pferde zur Verfügung standen und um einen Lorenz von Beyrn, der sogar vier Pferde im höfischen Marstall halten durfte. Quelle: Riedel 3,2, Nr. 94, S. 126 f.

<sup>3</sup> Riedel 3,2 Nr. 94, S. 126 f. Buck war also für das Silberbesteck des Hofes verantwortlich. Seine etwas herausgehobene Stellung wurde auch dadurch manifestiert, dass er das Recht hatte, ein Pferd auf Kosten des Fürsten im Marstall unterzustellen.

<sup>4</sup> Priebatsch 3, Nr. 1168, S. 505 f.

<sup>5</sup> Riedel 3 2, Nr. 75, S. 89.

<sup>6</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 132; Priebatsch 3, Nr. 825, S. 136.

<sup>7</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 123 r.; Priebatsch 3, Nr. 798, S. 98 ff.

<sup>8</sup> Priebatsch, a.a.O., S. 100.

Roder tauchte dann noch einmal als Bote auf, als er am 4. Januar 1482 zwei Briefe aus Ansbach nach Cölln brachte. Vermutlich hatte er zuvor ein oder mehrere Schreiben in Ansbach abgeliefert. „*Hat der Roder die brief genommen*“, lautet die Kanzleinotiz. <sup>(1)</sup>

Ein Schreiben Albrechts an Johann vom 14. Dezember 1480, in dem es wieder einmal um die Ehe Barbaras ging, überbrachte ausweislich der Kanzleinotiz **Reitknecht Hans**. „*dieser briefe ist bei Hansen meiner g. frauen marstaller in die Marck geschickt, und ausgeriten am sambstag nach Lucie*. (16. Dez.; d. Verf.)“ <sup>(2)</sup> Es ist davon auszugehen, dass es sich bei der gnädigen Frau um Markgräfin Barbara selbst handelte. Man musste auf einen der wenigen Leute aus ihrem Gefolge zurückgreifen, um eine Nachricht zu überstellen, die sie betraf. Albrecht benutzte dazu keinen seiner etatmäßigen Boten nach Brandenburg.

Es gibt auch noch ein Schreiben vom 17. Januar 1482, in dem es heißt, dass ein Knecht der Markgräfin Barbara als Kurier tätig war. <sup>(3)</sup> Er überbrachte ein Messer, ein Geschenk Albrechts, an Johann. Vermutlich war er vorher mit einer Nachricht Barbaras für ihren Vater nach Ansbach gekommen. Auch hier fanden es weder Vater noch Bruder für notwendig, einen eigenen regulären Boten einzusetzen.

Drei Mal war auch **Jörg, Markgräfin Barbaras Schneider**, als Bote unterwegs, nicht immer nur für seine Herrin. So informierte Kurfürst Albrecht seinen Sohn am 1. Februar 1480 über seine Ansichten zu der gesamten Palette von politischen Fragen Brandenburg betreffend: Steuern, Schuldenstand, Verhältnis zu Sachsen, Fragen der inneren Sicherheit. Dieser Brief, der am 9. Februar in Cölln ankam, hatte den Schneider als Zusteller: „*kommen am donerstag nach purificationis bey frawen Barbaras sneider*“. <sup>(4)</sup>

Vom 30. März 1481, dem Freitag nach dem Sonntag Oculi, stammt die zweite Belegstelle: „*Diesen und die zwen hernach folgend brief hat frau Barbara sneider angenommen und hinein zu furen und zu antworten. Der ist ausgeritten von hynnen am freitag nach oculi nach Mittag*.“ <sup>(5)</sup> Aus der Quelle geht hervor, dass der Schneider nicht nur drei Schreiben transportierte, sondern auch zwölf Ellen Samt und 50 Gulden in bar, was als Beweis für die Vertrauensstellung des Mannes gelten darf.

Erneut unterwegs nachweisbar ist der Schneider im August 1482, wenn es in der Kanzleinotiz eines Schreibens des Kurfürsten vom 9. August aus Neustadt an der Aisch an Johann heißt: „*Antwort uf die schrift, die Jorg, meiner gnedigen frauen Barbara sneider heraus bracht hat am dinstag Sixti*. (6. August; d. Verf.)“ <sup>(6)</sup>

Der Inhalt des Antwortschreibens hat nichts mit Angelegenheiten Barbaras zu tun, so dass anzunehmen ist, dass auch das ursprüngliche Schreiben, das Schneider Jörg nach Franken gebracht hatte, keine Angelegenheiten Barbaras berührt haben dürfte. Johann verwendete Barbaras Hofstaat offensichtlich auch für eigene Zwecke.

Aus einem Brief, der im Frühjahr 1475 verfasst wurde, erfährt man wieder die soziale und berufliche Stellung eines Boten, des **Stallmeisters Fritz Creusen**. Kurfürstin Anna bekam überraschend Besuch von Königin Dorothea von Dänemark. <sup>(7)</sup> In einem Schreiben an Albrecht, der noch im Reichskrieg gegen Burgund im Einsatz war und im Westen des Reiches im Feldlager weilte, teilte ihm sein Rat und Hausvogt Sebastian von Seckendorff am 3. April

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 132; Priebatsch 3, Nr. 825, S. 136.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., Nr. 49, fol. 310 r.; Priebatsch 2, Nr. 709, S. 660.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 132 v.; Priebatsch 3, Nr. 831, S. 140.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 61 v.; Riedel 3,2, Nr. 192, S. 242 f.; Priebatsch 2, Nr. 642, S. 583 ff.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 98 r.; Priebatsch 3, Nr. 731, S. 46.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 158 v.; Priebatsch 3, Nr. 897, S. 211.

<sup>7</sup> Dorothea von Brandenburg, die jüngste der drei Töchter des Markgrafen Johann des Alchimisten, heiratete 1445 den Wittelsbacher Christoph von Pfalz-Neumarkt, der als Christoph I. König von Dänemark wurde. Nach dessen Tod im Jahr 1448 wurde Dorothea die Gemahlin des neuen dänischen Königs Christian I., des vormaligen Grafen von Holstein. Die Dänenkönigin versuchte trotz der Streitigkeiten um den Nachlass ihres Vaters den Kontakt mit ihrem Onkel Albrecht Achilles aufrecht zu erhalten, um ihrem politisch oft unter Druck stehenden Ehemann eine Stütze im Reich zu sichern. Im Jahre 1475 begab sich Dorothea auf eine auch politisch bedingte Pilgerfahrt nach Rom, bei der sie auch in Ansbach Station machte.

1475 Einzelheiten über den Besuch der Dänenkönigin mit. <sup>(1)</sup> Seckendorff schrieb unter anderem, dass Kurfürstin Anna, nachdem sie von der Tatsache erfahren hatte, dass Dorothea beim Bischof von Bamberg sei und nach Ansbach kommen wolle, auf sein Anraten hin „*einen eylenden rey tenden knecht, Fritzen Crewsen, iren marstaller, mit einem brieff ...*“ an den Bischof von Bamberg geschickt habe.

Es war also wieder ein Mann in einer Vertrauensstellung – er kümmerte sich persönlich um die Pferde der Kurfürstin – als Kurier Verwendung fand.

Ein eiliges Schreiben ließen die Statthalter am 4. Januar 1479 durch **Albrecht Jäger** aus Ansbach nach Cölln bringen. Der Bischof von Bamberg hatte in Albrechts Abwesenheit ein Schreiben nach Ansbach geschickt, das nach Rom zu Kardinal Francesco von Mantua weitergeleitet werden und das auch Albrechts Siegel tragen sollte, um ihm mehr Gewicht zu verleihen. Das erschien den Räten offensichtlich sehr merkwürdig und noch am selben Tag musste der Bote nach Cölln zu Albrecht aufbrechen, um sich nach dem Hintergrund der Angelegenheit zu erkundigen. <sup>(2)</sup> Die Kanzleinotiz lautet: „*Bei Albr. Jeger hineingeschickt am dinstag vor trium regum.*“ <sup>(3)</sup> Da es schnell gehen musste, wählte man einen Hofbediensteten aus, der mit dem Pferd umgehen konnte; ein Jäger war sicherlich keine schlechte Wahl.

Auch ein **Falkner** musste mit einem Pferd zurecht kommen, was ihn offensichtlich auch als Boten einsetzbar machte, wie ein Schreiben aus dem Januar 1483 beweist. Albrecht schrieb am 27. Januar 1483 einen Brief an Johann, dem zwei Zettel jeweils mit Datum vom 29. Januar beigelegt wurden. Einer der beigelegten Zettel bekam die Überschrift „*heimlich brieflein*“, war nur für Johann bestimmt und enthielt eine genaue Auflistung der Ausgaben für den Hofhalt. <sup>(4)</sup> Transportiert hat alles der Falkner am 30. Januar: „*Hat Jöslein falckner hinein geführt am donerstag nach conversionis Pauli.*“ <sup>(5)</sup>

Mehrmals für den Kurfürsten im Einsatz war in den 80er Jahren der Bote **Utz Baur**. Im Mai 1481 tauchte der Name auf drei Schriftstücken auf, die Albrecht alle am 20. dieses Monats von Ansbach nach Cölln zu Kanzler Friedrich Sesselmann schickte. Auch ein viertes Schreiben, das einen Tag später, am 21. Mai 1481, datiert ist, trägt einen Kanzleivermerk zu Utz. Es handelte sich um einen Brief der Kurfürstin Anna an ihre Tochter Barbara. Die Vermerke auf den drei kurfürstlichen Schreiben lauteten: „*bey Utz Baur*“, „*hat Utz Baur geführt*“ und „*hat Utz Baur hinein geführt*“. Aussagekräftiger ist der Text, der dem Brief Annas an ihre Tochter vorangestellt wurde: „*antwort frau Barbara uf das schreiben, so sie meiner gnedigen frauen gethan hat von irer gnaden wegen bey Utz Baur, Hat Utz Baur genommen eodem die.*“ <sup>(6)</sup>

Aus der letzten Textstelle wird klar, dass Utz zumindest um diese Zeit öfter zwischen Ansbach und Cölln verkehrte, denn das ursprüngliche Schreiben war von Kurfürstin Anna ausgegangen, dann hatte Barbara geantwortet und Anna schickte wiederum ein Schreiben mit Utz nach Norden. Die Briefe des Kurfürsten an Kanzler Sesselmann vom Tag vorher sind dann mit dem Boten der Kurfürstin mitgeschickt worden.

Der oben bereits erwähnte Weinhändler, der beruhigende Nachrichten über die baldige Rückkehr Markgraf Friedrichs von dessen Pilgerfahrt nach Ansbach meldete, hieß *ebenfalls* „*Ucz Pauer*“. <sup>(7)</sup> Es ist schwer zu sagen, ob das nur eine zufällige Namensgleichheit war, oder ob die selbe Person damit gemeint war.

Auch den Kontakt zwischen Albrecht in Ansbach und seinem Sohn Friedrich, der mit dem Kaiser und der Stadt Nürnberg im Herbst 1485 verhandelte, wurde unter anderem durch den

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 130, S. 162 ff.

<sup>2</sup> Siehe den ausführlich dargestellten Fall in Kapitel 1.2.5.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 485, S. 454 .

<sup>4</sup> Das Schreiben wird in Kapitel 1.5 näher untersucht.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 171 r.; Priebatsch 3, Nr. 934, S. 240 ff.

<sup>6</sup> Priebatsch 3, Nr. 743, S. 57 ff.

<sup>7</sup> Priebatsch 3, Nr. 914, S. 221.

Boten Utz Bawern, wie er jetzt genannt wurde, aufrecht erhalten. Sein Name taucht in einem Schreiben Markgraf Friedrichs vom 16. Oktober 1485 auf. Er habe seinen Bericht an Albrecht schon fertiggestellt gehabt, als noch eine Nachricht des Kurfürsten durch eben jenen Utz gekommen sei, heißt es dort. <sup>(1)</sup>

Wenn dieser Utz wirklich ein Bauer gewesen ist, wie man aus der dauernden Verwendung dieses Beinamens schließen könnte, dann zeigt es, dass auch einem Menschen, der ursprünglich sicher nur regional begrenzte Ortskenntnisse hatte, weite Reisen zugemutet und zugetraut wurden, die er dann auch mit Erfolg absolvieren konnte. Die letzte uns bekannte Botenreise des Utz, von Ansbach nach Nürnberg und wieder zurück, steht nicht im Widerspruch zu dieser Aussage, denn auch die Eilboten Bayerlein und Kunz wurden neben den Kurierritten über weitere Entfernungen zu Botenritten in die Umgebung eingesetzt.

Ein „*armann*“, also ein Hintersasse und damit ebenfalls ein Bauer, mit Namen **Peter Kadolt** ist als Bote im Jahr 1477 nachgewiesen. Er wurde anscheinend wegen eines Vergehens von Würzburger Soldaten festgenommen. <sup>(2)</sup> Dies ist ein weiterer Hinweis auf einen Boten aus der untersten sozialen Schicht.

Bei einer Reihe von Boten, die teilweise wichtige Aufträge erledigten, ist uns nur der Name überliefert, die soziale Stellung hingegen nicht. Einmal ist in den Quellen ein gewisser **Ploslein** erwähnt. Er verkehrte nachweislich im Herbst 1470 zwischen Franken und Prag und ist in einem Schreiben Herzog Heinrichs von Münsterberg vom 2. Oktober erwähnt: „*Wir haben von Ploslein eweren gnaden poten vernomen, ...*“ <sup>(3)</sup>

**Fritz Vogel** ist offensichtlich ein weiterer zusätzlicher Bote, der zweimal in den Quellen zu finden ist. Am 1. Mai 1476 adressierte Albrecht ein Schreiben aus Cölln an die Räte in Ansbach. „... *bey dem Vogel Fritzen, der ist ausgegangen am donerstag nach Walpurigs.* (2. Mai; d. Verf.)“ <sup>(4)</sup> Die Nachrichten, die Fritz Vogel überbrachte, waren durchaus wichtig; sie befassten sich mit dem beginnenden Erbstreit in Schlesien, wichtigen Angelegenheiten in Franken und einem Streit um die Judensteuer.

Am 22. Mai 1476 schrieb Albrecht wieder an die Räte in Ansbach. Die Kanzleinotiz lautet zum einen: „*hat Vogelfritz die brief bracht*“ und dann weiter: „*Hat Peter Semler die brief hinaus getragen am freitag dornach.* (24. Mai; d. Verf.)“ <sup>(5)</sup>

Vogel machte sich am 2. Mai auf den Weg nach Ansbach und schien mit der Antwort aus Franken kurz vor dem 22. Mai zurückgekommen zu sein. Mit der Zustellung eines weiteren Schreibens in den Süden wurde aber nicht mehr er, sondern ein anderer Kurier beauftragt. Rufen wir uns in Erinnerung, dass der letzte quellenmäßig zu erfassende Eilkurier, Bote Heinzlein, am 17. April dieses Jahres aus Cölln losgeritten war, so schälen sich die Gründe für den Einsatz des Fritz Vogel als Bote heraus. Heinzlein war Anfang Mai noch nicht aus Ansbach zurück, wichtige Nachrichten waren aber aufgelaufen. Also schickte Albrecht den Fritz Vogel los, der seine Aufgabe auch erfüllte, dann aber durch einen anderen Mann abgelöst wurde. Zwischen dem 2. und dem 22. Mai 1476 schickte Albrecht aus Cölln allein fünf Briefe nach Ansbach. Die Schreiben sind datiert vom 1., 10. (2), 19. und 22. Mai. Die etatmäßigen Eilboten konnten den Transport dieser dichten Folge von Briefen nicht mehr bewältigen, so dass mit Vogel und Peter Semler zusätzliche Männer aufgeboden werden mussten.

Einen Brief Albrechts vom 14. September 1471 aus Cadolzburg an Kanzler Sesselmann überstellte ausweislich der Kanzleinotiz ein Bote aus Brandenburg: „*bei Heinrichen dem Merckischen boten hineingeschickt.*“ <sup>(6)</sup> Das Schreiben ist die Antwort Albrechts auf einen

<sup>1</sup> STAN, A.R.T.A, Nr. 3, fol. 123 v.; Priebatsch 3, Nr. 1143, S. 470 ff.

<sup>2</sup> Siehe ausführlich mit Quellenhinweis in Kapitel 1.2.4.

<sup>3</sup> FRA II, 20, Nr. 526, S. 635.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 8 r.; Priebatsch 2, Nr. 211, S. 219.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 32 a, fol. 20 r.; Priebatsch 2, Nr. 217, S. 231 f.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., Nr. 44, fol. 124 r.; Priebatsch 1, Nr. 221, S. 276.

Brief Sesselmanns, in dem dieser das Prozedere um die Einberufung des Landtages und die Huldigung durch die Stände dargelegt hatte. Der Bote Heinrich kam also aus der Mark und die Bezeichnung märkischer Bote könnte sich explizit nur auf diese Tatsache beziehen: Er war eben der Bote, der aus der Mark kam.

Allerdings tauchte der Begriff in abgewandelter Form neun Jahre später wieder auf. In einem Schreiben Albrechts aus Ansbach vom 21. August 1480 ist die Kanzleinotiz angefügt: „Antwort uf die schrift bey dem **klein Merckischen bötlein** uf montag nach Assumpcionis Marie.“<sup>(1)</sup>

Es ist also durchaus möglich, dass mit dem märkischen Boten ein spezieller Kurier bezeichnet wurde und jetzt vielleicht der Sohn dieses schon etablierten Boten aus Cölln gemeint gewesen sein könnte. Das wäre ein Indiz dafür, dass der Sohn dem Vater im Amt des Boten nachgefolgt war. Auch hier ist eine Parallele zu den Verhältnissen in Bern zu sehen, die in der Einleitung dargelegt wurden.

Markgraf Johann wandte sich in zwei Schreiben, am 17. und am 21. Mai 1473, von Cölln aus an Albrecht und schilderte darin wieder sehr ausführlich die aus seiner Sicht sehr prekäre Lage in Brandenburg. Besonders der eklatante Geldmangel und die Schwierigkeiten mit der neu eingeführten Biersteuer beunruhigten den Kurprinzen. Das Hauptschreiben mit Datum vom 17. Mai überbrachte ausweislich der Kanzleinotiz ein Bote namens **Eulenschmid**: „bey dem jungen Ewlnsmid hinausgeschrieben.“ Der zusätzliche Zettel, der erst am 21. Mai 1473 datiert wurde, wurde auch von dem jungen Eulenschmid zugestellt.<sup>(2)</sup> Darin stand, dass der Hausvogt ausstehende Schulden beglichen habe.

Johann verständigte Albrecht Mitte Oktober 1483 über die Wahl des neuen Bischofs von Lebus. Das war zu spät für den Kurfürsten, um die Wahl des ihm nicht genehmen Liborius von Schlieben zu verhindern. Albrecht antwortete Johann am 26. Oktober entsprechend ärgerlich und schickte diesen Brief und noch einige andere Schreiben durch einen bis dahin unbekanntem Boten zurück: „Hat **Wytze Hack** die brief hinweg gefurt.“<sup>(3)</sup>

Normalerweise transportierte der Bote, der das Schreiben brachte, auch die Antwort zurück. Das war, wie sich zeigen wird, auch in diesem Fall so. Bestätigt wird es nämlich durch einen weiteren Brief Johanns. Dieser schrieb am 7. November 1483 wieder an Albrecht und ließ das Schreiben ebenfalls durch Hack überbringen, der in dieser Quelle allerdings Wrizko Hacken genannt wurde. Es handelt sich aber offensichtlich um den selben Mann. Johann schrieb, dass er sehr wohl versucht habe, Albrecht zu informieren, dass aber der Kurfürst sein erstes Mitteilungsschreiben, durch Hack überstellt, offensichtlich nicht schnell genug bekommen habe und man jetzt die Postulation<sup>(4)</sup> des Domkapitels nicht mehr zurücknehmen könne. „Als ewr lieb unsern moglichen vleis der scheen Postulacion ufs unseren schrfften bey Wrizko Hacken zu gesant vernomen vnd wir dar uff gemessigte antwortt mit bewegung mcncherley ferlichkeit der herschaft ewr liebe landen vnd des Styffts zu Lubus entpfahen, haben wir mit vnsern trefflichsten gelortten vnd leyschen retten bewagen vnd befinden bey dem Capittel nicht Ir postulation verendrung zu thun, ...“<sup>(5)</sup> Die Tatsache, dass Johann es versäumt hatte, einen Eilboten einzusetzen, zeitigte also einen schweren Nachteil für Brandenburgs Kurfürsten.

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 80 r.; Priebatsch 2, Nr. 687, S. 635.

<sup>2</sup> Riedel 2,5, Nr. 1945, S. 214 ff.; Priebatsch 1, Nr. 569, S. 506 f. Bote Eulenschmid ist an einer anderen Stelle als Sohn eines „hofmannes“ bezeichnet. Siehe Priebatsch 1, Nr. 344, S. 369.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 183 r.; Priebatsch 3, Nr. 982, S. 282.

<sup>4</sup> Mit dem Begriff der „Postulatio“ wird normalerweise – wie oben schon erwähnt – die Wahl eines Kandidaten durch das Domkapitel bezeichnet, dessen kanonische Wahl durch Weihenindernisse verhindert wurden. Im Falle des Liborius von Schlieben ist davon nichts bekannt, so dass davon auszugehen ist, dass Johann den Begriff gebrauchte, ohne über seine exakte kirchenrechtliche Bedeutung nachgedacht zu haben.

<sup>5</sup> Riedel 3,2, Nr. 241, S. 293.

Zwei Mal machen wir Bekanntschaft mit dem Boten **Gürtler**. <sup>(1)</sup> Einen nicht alltäglichen Auftrag bekam der Mann in November 1480. Am 22. November dieses Jahres hatte man Hertnid von Stein mit einer Credenz Albrechts wieder einmal nach Rom geschickt, um für Barbara von Brandenburg zu streiten. Diese Reise führte über Wien, weil der Domherr auch beim Kaiser in dieser Frage vorstellig werden sollte. <sup>(2)</sup> Kurze Zeit später kamen Schreiben aus Prag, in denen König Ladislaus seinen Standpunkt bekräftigte, warum er die Ehe nicht vollziehen wolle. Es erschien Albrecht offensichtlich nötig, Stein diese Briefe zukommen zu lassen, damit dieser die darin enthaltenen Argumente zur Kenntnis nehmen und vielleicht auch gleich widerlegen konnte. Auch eine spezielle Credenz der Bittstellerin selbst an den Papst legte man den Briefkopien noch bei, datierte die gesamte Korrespondenz auf Donnerstag, 14. Dezember, und sandte sie Stein hinterher.

Bote Gürtler war für diese Arbeit ausersehen, wie in der Kanzleinotiz festgehalten wurde: „*dieser briefe ist dem thumdechant geschickt gein Wien und ob man ine do nit fund, gein Rome bei dem Gurtler. Ist ausgegangen am sambstag nach Lucie.*“ <sup>(3)</sup> Hier vertraute man dem Gürtler eine komplizierte Mission an, die genaue geographische Kenntnisse erforderte, denn er musste wissen, wie man gewöhnlich von Wien nach Rom reiste, um Stein einzuholen, falls er schon weitergereist war. <sup>(4)</sup>

Einen Brief Albrechts an Johann vom 21. April 1483 überbrachte auch Gürtler. Es handelte sich um eine eilige und brisante Angelegenheit, weswegen Gürtler noch am selben Tag aufbrach. Brandenburg verfolgte den Plan, Sachsen die kurz vorher gewonnenen Gebiete in Schlesien mit Gewinn weiter zu verkaufen und wollte die Verhandlungen darüber geheim halten. Bote Gürtler war also wieder mit einer sehr wichtigen Mission betraut worden. Die Kanzleischreiber hielten den Vorgang fest: „*hat der Gürtler den brief wegk getragen am montag nach jubilate.*“ <sup>(5)</sup>

Der Bote **Stolzenroder** ist als Kurier nachgewiesen in einem Schreiben Albrechts vom 18. Dezember 1480. Die Kanzleinotiz lautet: „*antwort meinem herrn marggrave Johannsen uf sein schreiben, bey dem Stolzenrod kommen.*“ <sup>(6)</sup> Das Schreiben handelt von den Gesprächen mit Ungarn. Johann scheint gefragt zu haben, wie die Sache weitergehen solle. Und Albrecht antwortete in dem Brief vom 18. Dezember, dass man eine vierköpfige Gesandtschaft zu König Matthias schicken und dessen Absichten erkunden solle. Die Kosten von rund 60 Gulden solle man ruhig aufbringen. Es ist davon auszugehen, dass Stolzenroder die Antwort, die einen klaren und wichtigen Befehl an Johann enthielt, auch wieder nach Cölln gebracht hat.

Bote **Nenninger** verkehrte nachweisbar ab den 80er Jahren zwischen Cölln und Ansbach. Die erste Erwähnung eines Boten dieses Namens finden wir in einem Brief Albrechts, den dieser am 21. Oktober 1480 zu Johann nach Cölln schickte. Ausführlich legte der Kurfürst seine Sicht zu den Verhandlungen mit Ungarn dar, in denen das Glogauer Erbe gesichert werden sollte. Die Kanzleinotiz hat folgenden Wortlaut: „*Antwort meins herrn bey dem Neninger in die Marck gefurt am sambstag nach Galli.*“ <sup>(7)</sup> Damit ist klar, dass der Bote sofort nach Fertigstellung des Briefes abgereist war, weil Albrecht der Angelegenheit große Dringlichkeit beimaß.

In einem Brief vom 3. November 1480 aus Nürnberg an Johann stellte Albrecht dann aber fest, dass es bei der Zustellung des oben erwähnten Briefes zu Schwierigkeiten gekommen war. Es heißt dort: „*Wir mercken aus disem eweren schreiben, das euch vnser nechste*

<sup>1</sup> Ob es sich bei dieser Bezeichnung nur um den Namen des Boten handelte, oder aber ob er noch den Beruf des Gürtlers, des Gürtelmachers ausübte, ist nicht zu klären.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 302; Priebatsch 2, Nr. 704, S. 657.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 303 und 306 r.; Priebatsch 2, Nr. 704, S. 657.

<sup>4</sup> Siehe die genaue Analyse dieser Quelle in Kapitel 1.2.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 180 r.; Priebatsch 3, Nr. 951, S. 255.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 91 r.; Priebatsch 2, Nr. 709, S. 660.

<sup>7</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 85 r.; Priebatsch 2, Nr. 697, S. 650.

*antwort auff ewer vorigs schreiben, die wir euch bey dem Nennyger gethan haben, dennoch nit ist zukomen, aus derselben vnd dieser vnser antwort findet Ir vnseres willens genügsame vnderrichtung.*“<sup>(1)</sup> Der Austausch von wichtigen Informationen über die Ungarnpolitik kam ins Stocken, weil nicht auf die Arbeit der Eilboten zurückgegriffen wurde.

Einen Brief Albrechts, datiert auf den 3. Juli 1482 aus Cadolzburg, brachte ebenfalls der Bote Nenninger nach Cölln, wobei die Datierung dieses Schreibens etwas unklar ist. Der Kanzleivermerk lautet nämlich: „*Antwort auf M. Johans Brief. Bey dem Neninger geschickt gein Langenzenn. Geantwortet visitacionis Marie.*“<sup>(2)</sup> Der Tag Visitacionis Marie oder Maria Heimsuchung ist der 2. Juli. Nenninger, der auch den Brief Johans aus Cölln gebracht hatte, musste wohl bis Langenzenn in der Nähe von Cadolzburg reiten, wohin sich Albrecht zu einer Ruhepause zurückgezogen hatte. Anscheinend empfing Albrecht den Boten in Langenzenn, formulierte dort eine Antwort, reiste zusammen mit Nenninger die wenigen Kilometer nach Cadolzburg und ließ dort die Antwort niederschreiben und dann auf den Weg bringen.

Drei Mal stoßen wir auf die Arbeit des Boten **Geyslerlein**. Im August 1473 schien Albrecht Geyslerlein mit einer Botschaft zu Graf Ulrich von Württemberg geschickt zu haben. Dieser hatte versprochen, Ende des Monats mit Albrechts Tochter Elisabeth, seiner Schwiegertochter, nach Feuchtwangen zu kommen. Er tat das nicht, entschuldigte sich dafür in einem Schreiben mit Datum vom 1. September, kündigte sein Kommen nun für den 12. September an und bat gleichzeitig um Entschuldigung dafür, dass er den Geyslerlein noch nicht zurückgeschickt habe. Er werde ihn mitbringen, wenn er in knapp zwei Wochen nach Franken komme.<sup>(3)</sup> Warum der Bote in Württemberg blieb und was er dort zu erledigen gehabt hatte, verschweigen uns die Quellen.

Mehr als sechs Jahre später, am 4. Januar 1481, schrieb Albrecht an Johann und informierte ihn über die geplante Hochzeit zwischen seiner Tochter Sybilla und dem Sohn des Herzogs von Jülich und Berg. Zugestellt wurde der Brief „*bey dem Geyslerlein am mitwoch nach dem jarstag.*“<sup>(4)</sup>

Im März 1481 war es wieder Geyslerlein, der den Informationsfluss zwischen Cölln und Ansbach aufrecht erhielt. Albrecht antwortete am 30. März auf ein Schreiben des Brandenburger Kanzlers Sesselmann und erwähnte im Text den Boten namentlich: „... *auf der Gaysserlein sagt*“,<sup>(5)</sup> ist da zu lesen.

In einem Schreiben vom 7. Februar 1485 begegnet uns der Bote **Jörg Geyr**. Er war von Albrecht zu seinen Gesandten nach Frankfurt zum Reichstag geschickt worden und wurde von Ludwig von Eyb und Johann Pfofel in Frankfurt zurückgehalten, um später Nachrichten zu überbringen. Außerdem lahme sein Pferd, heißt es in der Quelle.<sup>(6)</sup>

Zweimal erscheint in den Quellen der Name des Boten **Sigerstorffer**. Ein Brief Albrechts vom 9. April 1481 aus Ansbach an Johann bringt im Kanzleivermerk den ersten Hinweis auf diesen Boten.<sup>(7)</sup> Der selbe Kurier reiste dann im Juni 1481 nach Ungarn und überbrachte König Matthias ein Schreiben des Kurfürsten, in dem dieser auf Verhandlungsvorschläge des Corvinen einging. Am 4. August war der Bote mit der Antwort des Ungarnkönigs wieder zurück.<sup>(8)</sup> Auch Bote Sigerstorffer wurde also auf verschiedenen Strecken eingesetzt.

Ende 1483 taucht der Bote **Pley** in den Kanzleinotizen auf, der um den 10. Dezember herum zwei Briefe von Bayreuth nach Cölln transportierte. Es handelte sich zum einen um die

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 210, S. 261 f.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 151 r.; Priebatsch 3, Nr. 889, S. 200 f.

<sup>3</sup> STAN, A.A. Nr. 732, fol. 80; Priebatsch 1, Nr. 676, S. 567 f.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 92 r.; Priebatsch 3, Nr. 711, S. 1.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 97 r.; Priebatsch 3, Nr. 731, S. 44.

<sup>6</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 3, fol. 71 f.; Priebatsch 3, Nr. 1038, S. 341 ff.

<sup>7</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 98 v.; Priebatsch 3, Nr. 733, S. 47.

<sup>8</sup> Sowohl Albrechts Brief, als auch die Antwort König Matthias' sind mit Kanzleinotizen überliefert. Quelle: Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 96; Priebatsch 3, Nr. 759, S. 70 f.; und Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 98; Priebatsch 3, Nr. 771, S. 78 f.

Antwort Albrechts auf ein Schreiben der Herzogin Margaretha von Pommern, seiner Nichte, und zum anderen um einen Brief an Markgraf Johann, der Rechtspositionen für die Verhandlungen mit den Städten über die Zölle darlegte. <sup>(1)</sup> Pley sollte wohl erst nach Cölln und dann weiter mit dem Brief an Margaretha nach Pommern. Das war durchaus auch eine anspruchsvollere Aufgabe.

Ein besonderes Einsatzfeld von vertrauten Boten ergab sich, wenn Gesandtschaften zum Beispiel im Gefolge des kaiserlichen Hofes unterwegs waren. Dann wurden an die Organisation des Botenwesens und an die Tüchtigkeit der Kuriere besondere Anforderungen gestellt, die nicht immer erfüllt wurden.

Gut dokumentiert ist diese Botenarbeit und die großen Probleme, die eine mangelnde Organisation mit sich brachten, im diplomatischen Verkehr im Vorfeld des Reichstages zu Trier in der zweiten Hälfte des Jahres 1473. Herzog Karl der Kühne von Burgund drängte ins Reich und versuchte auch die Kurfürsten in seine politischen Überlegungen mit einzubeziehen. Ein Reichstag in Trier sollte die Verhandlungen voranbringen. <sup>(2)</sup> Brandenburgs Kurfürst Albrecht kam also ins diplomatische Spiel, doch der Fürst lag krank danieder. <sup>(3)</sup> Er konnte im Westen des Reiches nur mit Hilfe seiner Gesandten agieren, die dem kaiserlichen Hof folgten. Und der Kontakt zwischen den vor Ort agierenden Räten und Albrecht musste durch Boten sichergestellt werden, um einen regelmäßigen Informationsfluss und eine zuverlässige Befehlsübermittlung zu gewährleisten.

Der Kaiser reiste in den Sommermonaten des Jahres 1473 durch den Südwesten des Reiches, um dort Kontakte zu knüpfen und seine Politik gegenüber Karl von Burgund, den Schweizern, seinem Vetter Sigmund und auch dem König von Frankreich durch regionale Bündnisse voranzubringen. <sup>(4)</sup> Die Gesandten des Fürsten mussten dem reisenden Kaiserhof folgen, was auch die Arbeit der Boten nicht gerade erleichterte. Die elementare Wichtigkeit der Boten für die Politik Albrechts in diesen Monaten liegt also auf der Hand und ihre Tätigkeit ist quellenmäßig auch gut zu erfassen.

Am 23. Juli 1473 <sup>(5)</sup> meldeten sich die beiden Gesandten, Ludwig von Eyb und Hertnid von Stein, aus Dinkelsbühl. Die nächste Nachricht kam am 29. Juli aus Baden, dann ging es Schlag auf Schlag: 30. Juli aus Baden, 31. Juli von ebendort, 2. August erneut, diesmal aus Niederbaden <sup>(6)</sup> und dann noch einmal am 10. August aus Baden. <sup>(7)</sup>

<sup>1</sup> Die Kanzleinotizen lauten: „*Antwort frauen Margreten von Stetin auf das schreiben sie bey Hannsen Rugern meinem g, herren gethan hat, seinen gnaden geantwortet zu Bayreut am mitwoch nach Katharine und dies antwort hat der Pley, meins g. herrn bothman getragen.*“ Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 190 v.; Priebatsch 3, Nr. 993, S. 291. Und: „*bey dem Pleyen*“ Quelle: STAN, a.a.O. fol. 189 v.; Priebatsch 3, Nr. 994, S. 292.

<sup>2</sup> Siehe dazu die Ausführungen in der biographischen Skizze zu Beginn der Arbeit.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 586, S. 551 ff. Albrecht schrieb am 27. Juni 1473 an Erzbischof Adolf von Mainz, dass er die Einladung zu den Reichstagen nach Baden und nach Trier nicht annehmen könne, weil er wegen der Hitze nicht reisen könne. Textstellen aus Chroniken, die auch Priebatsch in Fußnoten erwähnt, belegen Albrechts Aussage. So die „Anonyme Chronik“, die für die Mitte des Jahres 1473 Hitze und Trockenheit in Süddeutschland vermeldet. Quelle: Chroniken 22, S. 523 f. Mitte Juli begab sich Albrecht auf sein Schloss nach Schwabach und zog auch seine versprochene Teilnahme am böhmischen Landtag in Troppau zurück. Spätestens diese zweite Absage macht klar, dass es Albrecht wirklich schlecht ging und er nicht nur an einer diplomatischen Krankheit litt, um nicht nach Trier reisen zu müssen, denn in Böhmen ging es auch um schlesische Angelegenheiten, die ihn persönlich angingen und die seine Anwesenheit nötig gemacht hätten.

<sup>4</sup> Näheres zu Friedrichs Reise und die politischen Verhandlungen dabei siehe zusammengefasst bei Ehm, a.a.O., S. 130 ff.

<sup>5</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 161 f.; Priebatsch 1, S. 537, Nr. 637; FRA II, 46, Nr. 195, S. 206 f.

<sup>6</sup> Die Stadt Baden-Baden, seit 1370 zeitweise Residenz der Markgrafen von Baden, ab 1479 Dauerresidenz, war in eine Oberstadt und in eine Unterstadt geteilt. Anscheinend musste der Gesandte Albrechts in einem der damals schon zahlreichen Gast- und Badehäuser des „Warmbades“ logieren und konnte nicht auf der Burg des Markgrafen wohnen.

<sup>7</sup> Diese fünf Schreiben sind alle abgedruckt im ersten Band von Priebatsch.

Fünf Schreiben ließen die eifrigen Berichterstatter übermitteln, bevor Albrecht das erste Mal antworten konnte. Er tat dies am 14. August aus Neustadt an der Aisch.<sup>(1)</sup> Die Analyse des Inhalts ergibt, dass er nur die ersten beiden Schreiben, die vom 29. Juli und vom 30. Juli, erhalten hatte. Er ging in seinem Antwortbrief noch davon aus, dass Karl von Burgund bei der Einnahme des Herzogtums Geldern große Schwierigkeiten hatte, wie es ihm im Schreiben der Räte vom 29. Juli mitgeteilt worden war. In Wirklichkeit war der Kampf mit der Einnahme der Residenzstadt Nimwegen bereits am 20. Juli 1473 weitgehend entschieden gewesen, wie es ihm seine Räte dann auch mit dem Brief vom 2. August berichteten. Diesen Brief hielt Albrecht, als er die Antwort verfasste, aber noch nicht in Händen. Durch die mangelhaft organisierte Informationsübermittlung tappte Albrecht, was die Vorgänge im Westen des Reiches anging, zu Beginn der Gesandtschaftstätigkeit im Dunkeln.

Die Informationsbeschaffung und Befehlsübermittlung waren auch in den kommenden Wochen kein Ruhmesblatt. Während Albrecht, wie oben erwähnt, am 14. August die ersten beiden Briefe gerade beantwortete, machten sich beide Gesandten daran, am 15. August eine neuerliche Einschätzung der Lage zu übermitteln. Ein weiterer Brief, den die Gesandten entweder am 15. oder am 17. August 1473 abschickten, musste sogar durch einen fremden Boten übermittelt werden, weil kein eigener Kurier verfügbar gewesen zu sein schien.

Erst das nächste Schreiben der Räte, datiert in Straßburg auf den 24. August, nennt uns mit „*Jorgen zigler*“ den beauftragten Boten.<sup>(2)</sup> Es ist dies die Antwort auf Albrechts erstes Schreiben an die Räte vom 14. August. Die Räte teilten mit, dass ihnen der Brief Albrechts „*bei dem Zigler botten*“ zugegangen sei, stellten mit Bedauern fest, dass ein großer Teil ihrer Informationsbriefe den Fürsten am 14. August noch gar nicht erreicht hätte und führten in ihrem Schreiben weiter aus, dass sie jetzt den Boten Zigler für die Übersendung der Antwort einsetzen würden.<sup>(3)</sup> Man versuchte nun mit dem Einsatz dieses Boten, den Albrecht sehr spät geschickt hatte, eine Art von Ordnung in die Korrespondenz zu bekommen. Albrecht hatte jetzt immerhin erreicht, dass ein regelmäßiger Austausch stattfinden konnte.

Am 1. September des Jahres 1473 ist wieder ein Schreiben der Räte verfasst worden.<sup>(4)</sup> Man befand sich zusammen mit dem kaiserlichen Hof mittlerweile in Freiburg im Breisgau. Eyb und Stein führten an, dass sie schrieben, weil sich nach „*Jorgen Ziglers wegreiten*“ Wichtiges ereignet habe.

Das Fehlen eines geeigneten Eilboten, das macht diese Stelle deutlich, wurde nun als Problem gesehen und auch thematisiert. Man glaubte Nachrichten schicken und sich deshalb irgendeinen Boten suchen zu müssen. Dafür rechtfertigte man sich dann aber explizit mit dem Hinweis auf eben diese wichtigen Ereignisse. Den Räten war wohl klar, dass diese Art der Nachrichtenübermittlung Risiken barg.

Jetzt wurde auch versucht, die Botentätigkeit für die Zukunft besser zu organisieren. Um dem Boten des Markgrafen den Weg zu weisen, gab man die vermutete Reiseroute für die nächste Zeit an. Der Kaiser wolle nach Basel, dort drei Tage bleiben und dann über Selestat, Colmar und Metz nach Trier ziehen, so die Gesandten.<sup>(5)</sup>

Am 7. September schließlich waren die kurfürstlichen Gesandten in Basel und schrieben an diesem Tag einen weiteren Brief.<sup>(6)</sup> Doch der wurde nicht abgeschickt, sondern erst zusammen mit einem weiteren Schreiben vom 9. September. „*Als dieser brieff hiebei geschrieben und ee der bot gefertigt word ...*“ seien neue Nachrichten eingetroffen<sup>(7)</sup>, heißt

<sup>1</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. III, fol. 14; Priebatsch 1, Nr. 655, S. 547 f. Neustadt an der Aisch war ebenfalls eine der Sommerresidenzen Albrechts. Da er immer noch nicht nach Ansbach zurückgekehrt ist, scheint er noch immer krank gewesen zu sein.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 37; Priebatsch 1, Nr. 665, S. 560.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 42 f.; Priebatsch 1, Nr. 671, S. 564 f.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., fol. 44; Priebatsch 1, Nr. 678, S. 568.

<sup>7</sup> STAN, a.a.O., fol. 45; Priebatsch 1, Nr. 679, S. 569.

es darin. Sieht man sich das Datum des vorausgegangenen Briefes an, den Zigler zugestellt hatte, den 24. August, so ist es plausibel, dass er von seiner Reise Freiburg – Franken um diese Zeit zurückgekommen sein und dann die neuen Briefe übermittelt haben könnte. Der Versuch, Ordnung in der Nachrichtenübermittlung zu erreichen, wird erneut sichtbar.

Neben dem Boten Zigler setzte Albrecht später noch zwei weitere Männer ein, wie uns ein späterer Brief der Räte zeigt. Kurfürstliche Räte und kaiserlicher Hofstaat waren Anfang Oktober in Trier angekommen und die Räte schrieben von dort am 8. Oktober ihre ersten Mitteilungen. <sup>(1)</sup> In dem Brief heißt es, die Antwort Albrechts auf das Schreiben der Räte aus Freiburg vom 7. September, das in Cadolzburg am 13. September expediert worden war, sei ihnen durch den Boten Peterlein übergeben worden. Man wolle den Peterlein vorerst hier behalten, um Albrecht eine Reihe wichtiger Dokumente, so zum Beispiel kaiserliche Geleitbriefe für die polnische und böhmische Gesandtschaft, zu schicken, die in Kürze ausgestellt würden. Die Räte dachten wieder in organisatorischen Kategorien, wenn sie einen Boten zurückhielten, um ihn dann mit besonders wichtigen Nachrichten loszuschicken, wenn dies notwendig erscheinen sollte.

Außerdem bestätigten sie die Ankunft eines weiteren Schreibens Albrechts, das am 20. September ebenfalls von Cadolzburg aus auf die Reise geschickt worden war. Dieses habe ein gewisser Stolzenroder gebracht. Durch diesen Boten wird wohl auch das gerade analysierte Schreiben vom 8. Oktober zurück zu Albrecht geschickt worden sein. Der Bote Stolzenroder ist in einem weiteren Schreiben der Räte vom 31. Oktober aus Trier erneut genannt. <sup>(2)</sup> Darin heißt es, dass man Albrecht die Ankunft Herzog Karls von Burgund bereits mitgeteilt habe, eben durch den Boten Stoltzenroder. Dieser weitere Brief, dessen Überbringer nicht überliefert ist, sollte anscheinend die Mitteilung nur zur Sicherheit wiederholen.

Albrecht Achilles setzte im Vorfeld der Trierer Verhandlungen abwechselnd drei namentlich bekannte Boten ein und erreichte nach anfänglichen großen Schwierigkeiten, dass der Nachrichtenfluss dichter und besser koordiniert wurde. Am Anfang konnte die Übermittlung von Nachrichten nur sichergestellt werden, indem die Gesandten improvisierten und die teilweise sehr brisanten und für Albrecht wichtigen Nachrichten mit Hilfe fremder Boten zu ihrem Herrn brachten. Die Vorbereitung auf die Gesandtschaftsreise schien die Bereitstellung von Boten nicht beinhaltet zu haben. Augenscheinlich war man nicht auf das Ausmaß der anfallenden Informationsmenge vorbereitet. Da es sich um eine sehr wichtige Gesandtschaft handelte und Albrecht schon länger wusste, dass er wegen seiner angegriffenen Gesundheit nicht zum Kaiser und schon gar nicht bis nach Trier reisen konnte, nimmt diese mangelnde Organisation der Botenverbindung wunder.

Erst als Albrecht die Notwendigkeit einer besseren Nachrichtenverbindung erkannt hatte, setzte er drei Boten ein, von denen allerdings zwei nur in diesem Zusammenhang als Kuriere auftauchen, weshalb es unwahrscheinlich ist, dass es sich um erfahrene Boten handelte. Die besten Männer des Kurfürsten, die Eilboten, blieben offensichtlich für die Verbindung nach Brandenburg reserviert, die Albrecht wohl als am wichtigsten erschien.

Was den Ablauf der Verhandlungen zwischen Kaiser und Herzog Karl von Burgund in Trier anging und auch über die späteren Vorgänge in Köln und Aachen, wo der Kaiser versuchte, den Erzbischof von Köln vom Bündnis mit Karl von Burgund abzubringen, war Albrecht durch eine Reihe von Gesandtschaftsberichten und ein funktionierendes Botensystem dann bestens informiert. Sicherlich auch deshalb, weil er aus den Fehlern der vorangegangenen Monate gelernt hatte und mit dem Boten Kunz – wie schon erwähnt – einen seiner besten Männer einsetzte.

Die Arbeit der hauptamtlichen Boten Albrechts auf der wichtigsten Route, der Strecke von Ansbach nach Cölln, war durch hohe Professionalität geprägt. Die Namen von drei Boten, die durch große Zuverlässigkeit und Vertrautheit mit dem Fürsten ausgezeichnet waren, stehen

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 61; Priebatsch 1, Nr. 705, S. 579 f.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 57; Priebatsch 1, Nr. 721, S. 587 ff.

aus den Quellen hervor. Bayerlein, Heinzlein und Kunz waren die Namen der Männer, die das Rückgrat der Botenverbindung zwischen Brandenburg und Franken bildeten. Sie galten als Eilboten und – das zeigte die Untersuchung in Kapitel 1.3 – legten die Strecke in fünf bis sechs Tagen zurück. Albrecht vertraute diesen Männern, die er nicht nur als Briefboten, sondern auch als Geld- und Wertboten sowie als Informanten einsetzte. Stellt man eine Hierarchie der Boten Albrechts auf, so stehen diese drei Kuriere sowohl was die Häufigkeit, aber auch was die Wichtigkeit ihrer Einsätze angeht, an erster Stelle. Diese Schnellboten waren so häufig in Einsatz, dass man schon die Ansätze eines regelmäßigen Botenverkehrs zwischen der brandenburgischen Residenz Cölln und Albrechts wichtigstem fränkischen Herrschersitz, Ansbach, erkennen kann. Ein sozialer Aufstieg, wie er für den Boten Heinzlein vermutet werden kann, könnte die Belohnung für gute Dienste gewesen sein.

Die Arbeit der Eilboten hätte aber nie und nimmer dazu ausgereicht, um den Informationsfluss aufrecht zu erhalten. Albrecht musste für die Kurierritte zwischen seinen beiden wichtigsten Regierungszentren auch auf eine größere Zahl anderer Hofbediensteter zurückgreifen. Bei einer Reihe von ihnen, keineswegs aber bei allen, ist eine große Nähe zu Pferden und zum Reiten festzustellen. Neben besonderen Pferdeknechten finden wir Jäger, Falkner und Förster in den Reihen der zusätzlichen Boten. Allerdings sind mit einem Schneider und einem Hofbediensteten, der sich sonst um das Tafelsilber des Fürsten kümmerte, auch Männer tätig geworden, die keine ausgebildeten Reiter sein mussten. Allen diesen zusätzlichen Boten ist aber gemein, dass sie einer etwas höheren sozialen Position im Hofstaat angehörten. Einfache Knechte und Angehörige der untersten sozialen Schicht sind kaum zu finden.

Die Namen von Boten, das soll als weiteres wichtiges Fazit hier festgehalten werden, tauchen in den Quellen fast nur bei Korrespondenzen auf, die zwischen Cölln und Ansbach hin- und hergingen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass es die große Zahl von Kurierritten und Briefen, die geschrieben wurden, um den Kontakt zwischen den beiden Regierungssitzen aufrecht zu erhalten, nötig machte, die Brief in irgendeiner Form zu kennzeichnen. Die Botennamen könnten dazu gedient haben, wenn man sich zusätzlich vor Augen hält, dass mögliche Nachfragen nach verspäteten oder verlorenen Briefen dann eher möglich waren, wenn der Überbringer namentlich bekannt war. Albrecht oder einer seiner Briefpartner erwähnen in mehreren Fällen einen Botennamen, um einen Brief zu identifizieren, der unauffindbar oder noch nicht angekommen war.

Es fällt weiterhin auf, dass der Kurierverkehr allgemein in den 80er Jahren dichter wurde, mehr zusätzliche Boten in Einsatz waren und in diesen Jahren auch in Schreiben an andere Orte mehr Botennamen auftauchen. Auch dies könnte der Tatsache geschuldet sein, dass man versuchte, den Überblick über die Korrespondenz zu behalten.

Die Nennung der Botennamen scheint mir jedenfalls wieder ein Versuch gewesen zu sein, das System zu verbessern, weil man die Wichtigkeit der Korrespondenz erkannt hatte. Kurfürst Albrecht wurde mit zunehmendem Alter gebrechlicher und musste fast ausschließlich von seiner Residenz aus Politik betreiben, weswegen ein funktionierendes Nachrichten- und Botensystem auch immer ausgereifter werden musste. Gerade im Fall der zuletzt geschilderten Einsätze im Kontakt mit Delegationen Albrechts auf Reichstagen, zeigten sich die Wichtigkeit der Botenorganisation und die Probleme, die auftraten, wenn man auf gute Boten verzichtete.

#### 2.4.2 Boten aus gehobenem Stand

Albrecht Achilles konnte nicht den gesamten Nachrichtenverkehr mit Hilfe der besoldeten hauptamtlichen Boten bewältigen. Immer wieder griff er auf andere Mitglieder seines Haushaltes, einen seiner Beamten oder auch auf andere ihm nahestehende Männer zurück, um

in speziellen Fällen Nachrichten oder Anweisungen zu überbringen, beziehungsweise Informationen zu bekommen.

Die Räte und andere höhere Chargen am Hof Albrechts dienten in einer Reihe von Fällen, wenn sie in diplomatischer Mission reisten, zusätzlich als Briefboten. Ein recht häufig auch als Bote eingesetzter Rat Albrechts war der fürstliche Protonotar **Johannes Spet**.<sup>(1)</sup> Albrecht schickte den Räten in Ansbach mit Datum vom 24. Mai 1472 aus Neu-Angermünde einen langen Brief mit detaillierten Anweisungen zu einer Reihe von politischen Problemen. Der Text erwähnt, dass die Räte dem Fürsten durch Johannes Spet Fragen übermittelt hätten, die dieser nun beantworten werde: „*Antwort den reten uf Johann Speten anbringen*“<sup>(2)</sup>, so der Kanzleivermerk. Da die Antworten sehr genau auf konkrete Probleme eingingen, ist es sehr plausibel, dass die Fragen in einem Brief zusammengefasst waren, den Spet überbrachte.

Fast die identische Formulierung in einer Kanzleinotiz findet sich in einem Schreiben Albrechts vom 29. November 1472, also rund ein halbes Jahr später, das wieder an die Ansbacher Räte ging: „*Wie den reten geschriben ist uf Johannes Spetens einbringen*.“<sup>(3)</sup> Der Protonotar war wieder der Überbringer von Fragen. Dieses Schreiben Albrechts enthält auch eine Reihe von Informationen für die Räte. Außerdem forderte der Fürst weitere Berichte an.

Zusammen mit Ludwig von Eyb war Johannes Spet auch im September 1472 als Briefbote im Einsatz. Zwei Schreiben der Ansbacher Räte, datiert auf den 4. und 7. September, beantwortete Albrecht am 24. September, wobei er noch weitere Themen berührte, die in den Schreiben aus Ansbach nicht erwähnt waren. Verschickt hat er die Briefe durch Räte: „*wie er geantwortet hat den reten zu onoltzpach und herrn Heinrichen von Aufsess bei Ludwig von Eyb und Speten*.“<sup>(4)</sup> Der Brief sollte sowohl nach Ansbach als auch auf die Plassenburg, so dass es möglich ist, dass deshalb zwei Boten gewählt wurden. In diesem Fall ist nicht ersichtlich, warum Albrecht nicht einen einfachen Briefboten zum Transport der Schreiben auswählte. Es ist möglich, dass die beiden Räte ohnehin nach Süden reisten und deshalb die Schreiben mitnahmen.

**Dr. Peter Knorre**, der Propst von Ansbach und einer der wichtigsten Berater Albrechts<sup>(5)</sup> in kirchenrechtlichen und diplomatischen Fragen, erscheint in einer Quelle auch als Briefbote. Kurfürst Friedrich II. schrieb am 14. Oktober 1467 aus Meißen an seinen Bruder Markgraf Albrecht, dass ihm „*doctor Peter knor des ein verzeichnus nach eweren willen begriffen gelassen hat ...*“ Knorre hatte also eine Liste von Vorschlägen Albrechts überbracht.<sup>(6)</sup> Knorre war zu den Verhandlungen zwischen Brandenburgern und Sachsen in erster Linie als fürstlicher Ratgeber gereist und der Transport dieser Liste mit Vorschlägen war nur eine zusätzliche Dienstleistung des Propstes.

Im Frühjahr des Jahres 1471 verdichteten sich in Brandenburg Gerüchte, dass die Nachbarn die Abwesenheit des neuen Kurfürsten ausnutzen könnten, um ihre Territorien auf Kosten der Kurmark zu vergrößern. Auch die inneren Verhältnisse in der Mark galten als nicht stabil. All dies ließ Kanzler Sesselmann den Kurfürsten in einem Brief vom 9. April 1471 wissen. Sesselmann hatte Informationen aus Gartz in der östlich gelegenen Uckermark an der Grenze

<sup>1</sup> Johannes Spet war zusammen mit Johann Volker, dem Kanzler, der engste persönliche Mitarbeiter Albrechts. Er führte den Titel Protonotar, was die Stellung eines Sekretärs der Kanzlei wiedergab. Das Amt des Protonotars als erster Gehilfe des Kanzlers war schon im 13. Jahrhundert aus der Reichskanzlei in die Kanzleien der Fürsten eingegangen. Die Inhaber dieser Ämter benötigten juristische Kenntnisse und waren meistens für die diplomatische Korrespondenz zuständig. Oft wurden sie aus den Reihen der weltlichen Rechtsgelehrten rekrutiert. Näheres im entsprechenden Artikel im Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, Band 3, Sp. 2044 ff.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 64 v.; Burkhardt, Nr. 63, S. 123; Priebatsch 1, Nr. 361, S. 384.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 132 r.; Burkhardt, Nr. 135, S. 233; Priebatsch 1, Nr. 502, S. 465 f.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 119 v.; Burkhardt, Nr. 118, S. 204; Priebatsch 1, Nr. 479, S. 451.

<sup>5</sup> Der Werdegang und die politische Tätigkeit des Dr. Knorre oder Knorr, je nach dem, wie ihn die Quellen bezeichnen, ist nachgezeichnet in Johannes Kist, Peter Knorr; In: Fränkische Lebensbilder. Band 2, Würzburg, 1968, S. 159 – 176. Dort ist auch noch auf weitere Literatur verwiesen.

<sup>6</sup> Riedel 3,1, Nr. 320, S. 447 f.; Höfler, Kaiserliches Buch Nr. 72, S. 151.

zu Pommern und verwies zudem auf einen Bericht des Busso von Alvensleben, des Hauptmanns der im Westen des Kurfürstentums Brandenburg zu findenden Altmark. Sesselmanns Berichterstattung verzögerte sich etwas, weil Alvensleben seinen Bericht selbst nach Cölln brachte, um ihn dem Kanzler zu geben. „... *Als disser brief geschrieben was, quam her Busse von Aluesleue vnd brachte ein von den altmerkischen steten, als ewr gnade in seinem schreiben wol wirt vornemen und sagt mir fürder, das die von Stendal im, her Jorgen vnd mir gedrawt hetten die kopfe abzuhaben ...*“<sup>(1)</sup> Der Hauptmann diente als Bote seines eigenen Berichts, das klingt nicht sehr professionell. Aus dem weiteren Text geht aber hervor, dass Alvensleben zusätzlich eine mündliche Einschätzung der Lage abgeben hatte, die Sesselmann dann in den Bericht an Albrecht einarbeitete.

Eine herausragende Stellung im diplomatischen Verkehr Albrechts nahm **Nickel Pfuhl** ein.<sup>(2)</sup> Der Adelige und Rat, Spezialist in brandenburgischen, norddeutschen und auch dänischen Angelegenheiten, diente auch als Kurier. Albrecht schickte Pfuhl als seinen Gesandten nach Brandenburg, um dort sowohl als Botschafter bei norddeutschen Fürsten und Städten für ihn tätig zu sein, als auch um Nachrichten und Befehle des Kurfürsten zu überbringen. An die Stadt Lüneburg, mit der Albrecht seit Jahren wegen des Streits um eine größere Summe Geldes in gerichtliche Auseinandersetzungen verwickelt war, sollte Pfuhl auch ein Schreiben des Kurfürsten in dieser Sache zustellen. Das geht aus der Fertigung des Rates hervor, die mit dem Datum vom 31. Januar 1471 überliefert ist.<sup>(3)</sup> Die Übergabe eines Schreibens durch den Rat Pfuhl sollte dem Schreiben an den widerspenstigen Lüneburger Rat wahrscheinlich mehr Gewicht verleihen.<sup>(4)</sup>

Der Rat **Albrecht Clitzing** war in den frühen 70er Jahren einer der wichtigsten Diplomaten im Dienste Albrechts.<sup>(5)</sup> Er war einige Male auch als Kurier im Einsatz. So diente er im August 1471 als Geldbote, als er im Zusammenhang einer Reise, auf der er mündliche Nachrichten übermittelte, 2000 Gulden an den Küchenmeister Johann Schulte überbrachte.<sup>(6)</sup>

Interessant ist eine Nachricht Clitzings an den sächsischen Rat Nickel von Köckeritz über die Vorgänge in den nordischen Reichen im Sommer 1482. Darin wurden die Vorgänge und politischen Verhandlungen geschildert, mit denen der neue dänische König Johann, ein Großneffe Albrecht Achilles', versuchte, auch in Norwegen und Schweden Fuß zu fassen.<sup>(7)</sup> Die Informationen richteten sich aber gerade nicht an Albrecht, sondern an einen sächsischen Rat und das, obwohl Albrecht und Clitzing immer noch gute Beziehungen zueinander hatten.<sup>(8)</sup> Ob Köckeritz, der schon öfter auch für Albrecht Achilles tätig geworden war, die Nachrichten an Albrecht weiterleitete, ist nicht nachzuweisen.

Im März 1471 schickte Albrecht seinen Sekretär **Johann Vogel** zusammen mit dem Ritter Riverschrack nach Cölln und gab seinem Vertrauten 4000 Gulden mit. Riverschrack, der offensichtlich zum Schutz des Geldtransportes eingesetzt wurde, sollte ausweislich der

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 91, S. 111 ff.

<sup>2</sup> Der Ritter Nickel oder Nikolas Pfuhl oder Pfuell gilt als Stammvater der Familie. Ausgehend von ihm kann die Familiengeschichte lückenlos verfolgt werden. Die Vorfahren der Familie von Pfuhl waren allerdings schon seit 926 bald nach der Vertreibung der Wenden in den sächsischen Marken begütert. 1484 verließ Markgraf Johann dem Nickel Pfuhl das alte Schloss zu Berlin als freies Burglehen. Quelle: Raumer, Codex II, Nr. 80, S. 78 f. Näheres zur Familie Pfuhl im Neuen Preußischen Adelslexikon, herausgegeben von Leopold von Zedlitz-Neukirch, Band 4, S. 35 f. und Gauhe, a.a.O., S. 1188.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol 187 ff.; Priebatsch 1, Nr. 119, S. 200 f.

<sup>4</sup> Die Auszahlung der Schulden hat Albrecht aber auch durch dieses Schreiben nicht erreicht.

<sup>5</sup> Er war der Propst von Berlin und vor allem bei diplomatischen Missionen im Norden des Reiches, in Dänemark und in Polen im Einsatz. Ab der Mitte der 70er Jahre trat er auch in die Dienste König Christians von Dänemark und wurde Propst von Hamburg.

<sup>6</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 122 v.; Priebatsch 1, Nr. 208, S. 267.

<sup>7</sup> Priebatsch 3, Nr. 883, S. 195 f.

<sup>8</sup> Albrecht setzte sich bei Papst Sixtus IV. dafür ein, dass dieser die Einsetzung Clitzings als Hamburger Propst durch eine neue Bulle absichern solle, weil das ursprünglich ausgestellte Schriftstück verschwunden sei und Clitzing Schwierigkeiten habe, sich durchzusetzen. Quelle: Priebatsch 3, Nr. 972, S. 270.

Anordnung Albrechts vom Küchenmeister Johann Schulte 30 Schock märkischer Groschen, rund 60 Gulden, als Bezahlung erhalten. <sup>(1)</sup>

Ein Brief vom 1. Juli des selben Jahres, den Albrecht an die Cöllner Räte vom Regensburger Reichstag aus schickte, erwähnte erneut die Summe von 4000 Gulden, die Vogel zur Begleichung von Schulden und Anwerbung von Söldnern nach Brandenburg brachte. Da dieser Brief erst rund vier Monate später datiert war, muss es sich wohl um einen erneuten Kurierritt gehandelt haben, auf dem wieder eine große Summe transportiert wurde.

Vogel war als Kurier wieder im Einsatz, als Albrecht im Juli 1476 von Cölln aus mit den Ansbacher Räten korrespondierte. Der Fürst hatte einen langen Brief durch einen ungenannten Boten überbringen lassen und erwähnte in diesem Schreiben, dass noch ein zweiter Brief unterwegs sei, den Vogel zustellen werde. Darin ging es um die Kleider und das Geschirr der Kurfürstin, das mit dem Schneider und dem Silberknecht des Hofes auf die Reise geschickt werden sollte, wie Albrecht anordnete. <sup>(2)</sup> Die wichtigen politischen Nachrichten schickte Albrecht durch einen Boten, die speziellen Anweisungen den Haushalt betreffend ließ er durch den Sekretär zustellen. Johann Vogel hatte auch noch eine Reihe von mündlichen Aufträgen mitbekommen, die im Hauptbrief angedeutet werden.

Einen Brief heiklen Inhalts musste Sekretär Johann Vogel im Oktober 1481 überbringen. Markgraf Johann war amtsmüde und bat seinen Vater, eines der fränkischen Fürstentümer der Zollern gegen die Kurmark tauschen zu dürfen. Diesen eigenhändig geschriebenen Brief ließ Johann durch Vogel nach Ansbach bringen. Man weiß von dem Brief, der selbst verloren ging, weil Albrecht im Antwortschreiben vom 10. Oktober unter anderem ausführte: „... *als ir uns bey Vogeln uf eur hantschrift zu embottn habt.*“ <sup>(3)</sup>

Der Rat **Dr. Johann Stocker** <sup>(4)</sup> ist mit Datum vom 6. Mai 1473 als Briefbote belegt. Kanzler Friedrich Sesselmann schrieb dem zwei Monate vorher wieder nach Franken abgereisten Albrecht, dass ein Schreiben des Königs von Polen in Cölln eingetroffen sei. Dieses schickte Sesselmann zusammen mit einer Reihe von innen- und außenpolitischen Nachrichten durch den Rat Johann Stocker an Albrecht: „*bei Dr. Stocker hinausgesand.*“, <sup>(5)</sup> so die Kanzleinotiz.

**Graf Eitelfriedrich von Zollern**, der als Diplomat und Rat in Albrechts Diensten stand, überbrachte in einigen Fällen nachweislich auch Schreiben. So hatte er einen Brief Albrechts an Johann im Gepäck, als er am 13. Juli 1480 von Cadolzburg aus Richtung Norden ritt. Die Kanzleinotiz lautet: „*Bey dem jungen von zolr.*“ <sup>(6)</sup> In dem Schreiben ging es zum einen um Familienangelegenheiten, aber auch um eine Gesandtschaft nach Prag, die Johann sofort senden sollte. „*Eur lieb schick zu stund an doctor Pfoitel heraus*“ <sup>(7)</sup>, heißt es in dem Schreiben. Es war also durchaus eine eilige Botschaft, die man dem Eitelfriedrich anvertraute. Auch hier scheint es aber so gewesen zu sein, dass die ohnehin vorgesehene Reise des Grafen ihn zum Boten machte.

Einen zweiten Dienst als Briefkurier erwies Eitelfriedrich dem Kurfürsten im März 1483. Ein Schreiben Albrechts an Kanzler Sesselmann, das auf den 23. März in Cadolzburg datiert ist, überbrachte laut Kanzleinotiz Eitelfriedrich: „*antwort meins hern dem von Lebus uf sein*

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 100 ff.; Priebatsch 1, Nr. 149, S. 224 ff.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., Nr. 32 a, fol. 26 f.; Priebatsch 2, Nr. 229, S. 241 ff.

<sup>3</sup> Albrecht riet seinem Sohn in diesem Schreiben dringend vom Wechsel nach Franken ab. Quelle: STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 123 r.; Priebatsch 3, Nr. 798, S. 98.

<sup>4</sup> Johann Stocker stammte aus Hof und war einer der wichtigsten Berater Albrechts. Er diente auch einige Male als Gesandter beim Kurfürsten von Sachsen.

<sup>5</sup> Riedel 2,5, Nr. 1443, S. 213; Priebatsch 1, Nr. 565, S. 505.

<sup>6</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 76 r.; Priebatsch 2, Nr. 678, S. 625 f. Graf Josniclas von Zollern war damals das Oberhaupt der schwäbischen Zollern, sein ältester Sohn wurde daher als der junge Zoller bezeichnet.

<sup>7</sup> STAN, a.a.O.

*schreiben, hat der von Zoller den brief hineingefurt von Cad.*“<sup>(1)</sup> In diesem Schreiben ging es um geplante Ehebündnisse des Hauses Brandenburg. Sesselmann schien die Ideen und Pläne Albrechts nicht gut zu heißen und hatte das in seinem Schreiben auch zum Ausdruck gebracht. Eine mögliche Erklärung für die Wahl des Grafen könnte gewesen sein, dass etwas heikle Familienfragen einen Boten aus dem familiären Umfeld bedingten.

Ebenfalls familiäre Gesichtspunkte spielten wahrscheinlich bei der Wahl des Boten eine Rolle, der am 4. Oktober 1483 einen Brief überbrachte. Es war dies wieder Eitelfriedrich von Zollern.<sup>(2)</sup> In der zweiten Septemberhälfte 1483 war der langjährige Bischof von Lebus, der brandenburgische Kanzler Friedrich Sesselmann, gestorben. Aufgrund von päpstlichen Privilegien aus den 40er Jahren nahm Albrecht als Kurfürst von Brandenburg für sich das Recht in Anspruch, über das Bistum frei zu verfügen und dem Kapitel einen Kandidaten zu nominieren. Er tat das in dem genannten Schreiben und schlug dem Kapitel Graf Friedrich von Zollern, den jüngeren Bruder Eitelfriedrichs, zur damaligen Zeit Domdechant in Straßburg, als neuen Bischof vor.<sup>(3)</sup>

Ein Schreiben von Ende Juli 1472, das der Landkomtur Melchior von Neuneck zu Albrecht nach Cölln schickte, weißt folgenden Kanzleivermerk auf: „*Haben die **Frenkischen rete** mit in bracht am mittwoch oswaldi.*“<sup>(4)</sup> Dieser Mittwoch, an dem die Räte ankamen, fiel in diesem Jahr auf den 5. August. Einer der Räte war wohl Sebastian von Seckendorf, denn im Brief findet sich noch die Aussage, dass dieser Rat nach Cölln komme, um Näheres über die Zustände in Böhmen zu berichten.

Neben den Räten im engeren Sinn, waren noch andere höher gestellte Persönlichkeiten als Kuriere tätig. So wird *Anselm von Eyb*, Sohn des langjährigen Kämmerers und Albrecht-Vertrauten Ludwig von Eyb, in einem Schreiben Albrechts vom 4. Februar 1472 als Briefbote genannt. Albrecht schickte an diesem Tag aus Cölln die von ihm verbesserten Konzepte von Schreiben an Kaiser Friedrich III. nach Ansbach. Die dortigen Räte sollten diesen Brief ausfertigen und dann durch Anselm von Eyb an den Kaiser überstellen lassen.<sup>(5)</sup> Ein Schreiben an den Kaiser machte möglicherweise den Einsatz eines herausgehobenen Überbringers nötig.

Der Sohn des Ansbacher Kämmerers Eyb ist Ende 1474 erneut bei einem Botenritt nachweisbar. Ludwig von Eyb schrieb am 21. November von Uffenheim am Main aus an Albrecht, der zu diesem Zeitpunkt auf Burg Colmberg in der Nähe von Ansbach weilte. Darin heißt es: „*als ich gen Wurczburg kumen bin, erkunt ich mich ee ich zu dem keisser kam, was seiner gnaden meinung, die er euren gnaden bey meinem sune und Heinczen Sewbot hinauf zu werben bevolheln hat. Da ich di sach, des keisers halben, seines auszyns richtig sand, stelt ich mein werbung darnach, dye dem keiser geseelich was, das euer gnad in seinen sachen so vleissig und sorgfeltig wert und sagt mir, er het euren gnaden geschriben und bey meinem sone, auch Heinczen Sewbot zu wissen gethan ...*“<sup>(6)</sup>

Die Entsendung der beiden Männer diente in erste Linie dazu, mündliche Informationen und Einschätzungen des Kaisers zu überbringen, doch auch die Briefe des Kaisers sollten an Albrecht gelangen. Eyb schrieb, dass sein Sohn die Briefe des Kaisers auf ausdrücklichen Wunsch Friedrichs III. überbringe. Die Würde des Absenders verlangte auch in diesem Fall nach einem höher gestellten Boten.

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 179 v.; Priebatsch 3, Nr. 945, S. 251.

<sup>2</sup> Kanzleinotiz: „*hat der von Zoller den brief genommen.*“ Quelle: STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 182 v.; Priebatsch 3, Nr. 978, S. 274.

<sup>3</sup> Näheres zu diesem Briefwechsel findet sich in Kapitel 2.3.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 90 v.; Burkhardt, Nr. 117, S. 203, Anm. 2; Priebatsch 1, Nr. 438, S. 432.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 29 r.; Burkhardt, Nr. 21, S. 47; Priebatsch 1, Nr. 288, S. 321. Siehe weitere Ausführungen auch im Kapitel 1.2.5.

<sup>6</sup> STAN, C 3, Nr. 237 II, fol. 586; Priebatsch 1, Nr. 996, S. 762.

Ebenfalls Fragen der Etikette scheinen eine Rolle gespielt zu haben, als der ungarische Adelige **Jan von Mila**, in einem Fall auch als Briefbote tätig wurde. <sup>(1)</sup> Albrecht beauftragte ihn am 27. April 1479, kurfürstliche Schreiben an Beatrix, die neue Gemahlin König Matthias‘ von Ungarn, zu überstellen. Die Tochter König Ferdinands von Neapel kam mit größerem Gefolge aus Süditalien auf den Balkan und bald spielten sie, ihr Bruder und weitere Leute aus ihrem Gefolge eine wichtige Rolle am Hof des Ungarnkönigs. Da Albrecht sich König Matthias annähern musste, war es natürlich notwendig, auch mit der einflussreichen Frau am Hof Kontakt aufzunehmen. <sup>(2)</sup> Ihr wollte Albrecht offensichtlich seine Briefe nicht durch einen einfachen Kurier überbringen lassen und wählte deshalb einen adeligen Boten. <sup>(3)</sup> In einem Schreiben an die in Ungarn für ihn tätigen Räte vom 8. Juni 1479 findet sich dann noch der Hinweis darauf, dass Mila nicht nur einen Brief an Königin Beatrix, sondern noch weitere Schreiben an höher gestellte Persönlichkeiten überbrachte: „*item was Jan von Milaw brive hat gefurt an konig, konigin cardinal* (der Bruder von Beatrix, der ebenfalls ein wichtiger Mann am Hof war; d. Verf.) *und Jorgen von Stein, findet ir hirinn verslossen und schicken uch die anderweit, dann wir uch die vormals geschickt haben, ...*“ <sup>(4)</sup>

Es fällt hier auf, dass Albrecht alle Briefe, die durch Mila überbracht wurden, noch einmal mit einem anderen Boten an die Räte sandte. Es ist aber wohl nicht so, dass er dem Boten Mila misstraute, sondern man kann eher davon ausgehen, dass er seinen Gesandten den Inhalt der Schreiben an die ungarischen Verhandlungspartner möglichst im Wortlaut mitteilen wollte, damit diese genau wussten, was er geschrieben hatte und bei Verhandlungen nicht nur auf die Aussagen der Ungarn angewiesen zu sein.

**Sigmund Rotemberg**, der Landvogt von Cottbus, überbrachte im Juni 1481 zwei Briefe von Ansbach nach Cöln. Albrecht schrieb an Johann und Kurfürstin Anna an ihre Tochter Barbara. Beide Schreiben sind auf den 22. Juni 1481 datiert und tragen den Kanzleivermerk: „*hat sigmundt Rotenburg hineingefurt.*“ <sup>(5)</sup> Auch hier ergibt sich der Grund für die Botenreise aus dem weiteren Text des Albrecht-Briefes. Der Kurfürst schrieb seinem Sohn nämlich, dass ihm Rotemberg nähere Informationen über die Verhandlungen um die Glogauer Erbschaft geben werde. Rotemberg, der sich häufiger mit den Problemen in Schlesien zu befassen hatte, war also zu Gesprächen mit dem Kurfürsten in Ansbach gewesen, sollte jetzt den jungen Markgrafen instruieren und transportierte auf der Rückreise eben auch einige Briefe.

Ein weiteres Beispiel stammt aus dem Jahr 1485. Offensichtlich fiel im Februar dieses Jahres der etatmäßige Bote Jörg Geyr, der den Kontakt zwischen Albrecht und seiner Gesandtschaft bei einem Reichstag in Frankfurt halten sollte, aus, weil sein Pferd lahmte. <sup>(6)</sup> Deshalb schickten die Räte am 5. Februar 1485 den Amtmann **Ewald von Lichtenstein** mit einem Schreiben zu Albrecht, wie aus der Quellenstelle „... *bei Eboten von Lichtenstein geschrieben*

<sup>1</sup> Mila kam als Gesandter König Matthias‘ im Jahre 1478 in Kontakt zu Albrecht, als er, ausgestattet mit einer Crenz des Corvinen, nach Cöln gekommen war. Albrecht bestätigte dies in einem Schreiben an Matthias vom 21. Februar 1478. Quelle: Priebatsch 1, Nr. 361, S. 354. Die schriftliche Antwort ist bei Riedel 3,2, Nr. 186, S. 233 ff. überliefert. Aus dem Februar 1479 sind dann Briefwechsel zwischen Albrecht und Mila überliefert, aus denen hervorgeht, dass der Kurfürst dem Adeligen Besitzungen und Rechte in der Lausitz übertragen und ihn im Rechtsstreit gegen einen Konkurrenten unterstützt hatte. Quelle: Priebatsch 2, Nr. 518, S. 482. Seit diesem Zeitpunkt ist Mila in drei Einsätzen als Diplomat und eben auch als Kurier nach Ungarn im Jahr 1479 nachzuweisen. Albrecht hatte einen kenntnisreichen Berater in ungarischen Fragen abgeworben.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 226 v.; Priebatsch 2, Nr. 548, S. 506. Zur Rolle der Beatrix von Neapel siehe Nehring, Matthias Corvinus, a.a.O., S. 112 ff.

<sup>3</sup> Mila überbrachte nicht nur Briefe, sondern bestellte auch mündliche Nachrichten. Siehe dazu Näheres in Kapitel 3.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 245 r.; Priebatsch 2, Nr. 572, S. 535.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 109 v.; Priebatsch 3, Nr. 758, S. 69.

<sup>6</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 3, fol. 71 f.; Priebatsch 3, Nr. 1038, S. 341 ff.

... “<sup>(1)</sup> zu entnehmen ist. Der Amtmann scheint Teil der kurfürstlichen Delegation gewesen zu sein. Ob er ohnehin zurück nach Franken reisen wollte, oder speziell als Bote gesandt wurde, lässt sich nicht klären.

Der **Deutschordenskomtur zu Virnsberg**<sup>(2)</sup> überbrachte in Albrechts Auftrag am 15. Juni 1477 wichtige Informationen des Kurfürsten an Markgraf Johann. Der Ordensritter hatte eine Urkunde im Gepäck, die in der Auseinandersetzung zwischen den Zollern und den Wettinern um den Einfluss im Bistum Havelberg benötigt wurde. „*Wir schicken euch hiemit bey unserm rate dem Comethur zu virnsperg deutsch ordens ein brief*“, <sup>(3)</sup> schrieb Albrecht in das beigelegte Anschreiben. Es ist hier auch kein spezieller Anlass zu erkennen, weshalb der Komtur als Bote eingesetzt wurde. Sowohl eine zufällige Reise, als auch ein Besuch in anderer Absicht in Cölln wären mögliche Gründe dafür, dem Komtur einen Brief mitzugeben. Nicht nur hochgestellte Persönlichkeiten, die an Albrechts Hof lebten oder sonst sehr wichtige Positionen innehatten, arbeiteten als Kurier für den Kurfürsten. Albrecht bediente sich auch Adelliger und anderer höhergestellter Personen, damit sie in speziellen Fällen für ihn als Boten unterwegs waren.

In einer sehr brisanten Zeit, dem Jahreswechsel von 1478 auf 1479 bemühte Albrecht den fränkischen Adeligen **Heinrich von Pappenheim**. Der im Altmühltal begüterte Reichserbmarschall war ein wichtiger Partner der fränkischen Fürsten, sowohl der Markgrafen als auch der Bischöfe von Eichstätt. <sup>(4)</sup> Schon 1471 war er für Albrecht als kaiserlicher Kommissar tätig geworden. <sup>(5)</sup>

Trotz Briefen und Gesandten, mit deren Hilfe Albrecht im Dezember 1478 und zu Beginn des Jahres 1479 Neuigkeiten über einen Friedensvertrag zwischen den beiden böhmischen Königen erfahren wollte, blieb der Kenntnisstand des Kurfürsten in dieser für ihn sehr wichtigen Angelegenheit höchst unbefriedigend. Er sandte deshalb ein Schreiben an einen kaiserlichen Rat nach Graz, den auch in Albrechts Sold stehenden Martin Heiden, und bat diesen um Auskunft. Diesen Brief, datiert auf den 9. Januar 1478, ließ Albrecht nicht von einem Boten überbringen, sondern vom Marschall von Pappenheim, der im Auftrag des Bischofs von Eichstätt ohnehin an den Kaiserhof reiste. <sup>(6)</sup>

In diesem Fall scheint der Einsatz eines hochgestellten Boten nicht darauf zurückzuführen sein, dass das zu überbringende Dokument so wichtig war oder dass der Empfänger eine besondere Stellung hatte, sondern eher darauf, dass Pappenheim ohnehin reiste. Ob Albrecht auch Aufsehen vermeiden wollte, indem er den Brief an seinen Gewährsmann nicht durch

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 76; Priebatsch 3, Nr. 1045, S. 349 ff. Auf die Spur des Ewald von Lichtenstein als eines Boten kommt man, weil die Gesandten im darauffolgenden Brief an Albrecht noch einmal auf das vorhergehende Schreiben und seinen Träger verwiesen. Die Herren von Lichtenstein waren Bamberger Vasallen, doch auch im Dienst anderer Fürsten, wie der Wettiner in Coburg und eben Albrechts, tätig. Siehe Gauhe, a.a.O., Sp. 1211 f.

<sup>2</sup> Burg und Herrschaft rund 20 Kilometer nördlich von Ansbach, die im 13. Jahrhundert in den Besitz der Zollern gekommen waren. Burggraf Konrad der Fromme schenkte die Burg und die zugehörigen Besitzungen 1294 an den Deutschen Orden. Seitdem war die Burg Sitz eines Komturs und Verwaltungsmittelpunkt eines Ordensterritoriums. Die Komture auf dieser Burg standen in enger Verbindung zu den Zollern. Für die Jahre 1473 bis 1480 ist Georg von Diemar als Komtur von Virnsberg verzeichnet. Nachgewiesen hat dies Dieter Weiß; Die Geschichte der Deutschordens-Ballei Franken im Mittelalter; Neustadt an der Aisch, 1991; S. 489 f. Es war folglich dieser Komtur Georg, der von Albrecht als Überbringer des Briefes eingesetzt wurde.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 165, S. 202; Priebatsch 2, Nr. 302, S. 308, Anm. 3. Die wettinischen Kurfürsten von Sachsen betrieben ab Mitte der 70er Jahre eine sehr erfolgreiche Territorialpolitik in Mitteldeutschland und es gelang ihnen auch, eine Reihe von Stiften im Bereich zwischen Sachsen und Brandenburg unter ihre Kontrolle zu bringen. Besonders die Inbesitznahme des Erzstiftes Magdeburg, des Stiftes Halberstadt und der Besitzungen des Klosters von Quedlinburg waren herausragende Erfolge der wettinischen Personalpolitik. Das führte zur Verstimmung der beiden Kurhäuser, die nur mühsam unter Kontrolle gehalten werden konnte.

<sup>4</sup> Zur Geschichte derer von Pappenheim siehe Wilhelm Kraft, Das Reichsmarschallamt in seiner geschichtlichen Entwicklung. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für Mittelfranken; Band 78; 1959; S. 1 – 36.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 7 r.; Burkhardt, Nr. 5, S. 10; Priebatsch 1, Nr. 263, S. 302 f.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., Nr. 49, fol. 57 c; Priebatsch 2, Nr. 344, S. 338 f.

einen bekannten brandenburgischen Boten, sondern durch einen neutralen Adligen überbringen ließ, ist nicht zu beweisen. Die Antwort aus Graz erfolgte gut zwei Monate später in offizieller Form durch den Kaiser selbst. Von Martin Heiden selbst ist kein Schreiben überliefert.

Ebenfalls nur in indirekter Verbindung zu Kurfürst Albrecht Achilles steht ein Mann, der mehrmals als Briefbote Erwähnung findet. Es ist der **Kleriker Bartholomeus**, der Kellner oder Cellerarius des Zisterzienserklosters Lehnin südwestlich von Berlin. <sup>(1)</sup> Er diente in drei Fällen als Briefbote. Im Juli 1473 überbrachte er Schreiben des Markgrafen Johann an seinen Vater nach Franken. Die Schreiben sind datiert auf den 8. Juli und den 12. Juli 1473 <sup>(2)</sup> Am 9. August desselben Jahres bestellte er – wohl auf der Rückreise in den Norden – ein Schreiben des Vaters an den Sohn. <sup>(3)</sup>

Schauen wir uns die Botenreisen im Juli genauer an, so ist klar, dass der Cellerarius als jemand diente, der zusätzlich zu seinem eigentlichen Auftrag auch als Briefkurier Informationen übermitteln sollte. Ausweislich der Kanzleinotiz des am 8. Juli ausgefertigten Schreiben an seinen Vater nahm der Kellner dieses auf seiner Reise mit: „*Bey Herrn Bartholomeus hinausgeschickt*“. Dieser Brief des Markgrafen befasste sich mit den Schwierigkeiten, die geplante und politisch wichtige Eheschließung zwischen ihm und der sächsischen Herzogstochter Margaretha voranzutreiben, mit den weiter wachsenden Schwierigkeiten um die neu eingeführten indirekten Steuern und die pommersche Bedrohung für Stadt und Festung Gartz und damit des ganzen Nordostens der Uckermark.

Das zweite markgräfliche Schreiben, das fünf Tage später ausgestellt wurde, enthielt Nachrichten über dieselben Problemfelder. Da Bartholomeus in der Zwischenzeit natürlich nicht gereist sein konnte, muss man davon ausgehen, dass er am Hof gewartet hatte. Der Grund dafür ist vielleicht in dem Punkt des zweiten Schreibens zu erblicken, von dem im ersten Brief nicht die Rede war: Grenzstreitigkeiten zwischen dem Kurfürstentum Sachsen und der Mark Brandenburg. Genaugenommen – und damit sieht man wie oben schon dargelegt den Grund für die Reise des Kellners zum Kurfürsten – ging es bei diesen Streitfällen um Besitzungen des Lehniner Klosters, die sich schließlich noch bis 1481 hingezogen haben. Um in diesem Streitfall die Unterstützung des Fürsten zu bekommen, war Bartholomeus eben zuerst nach Cölln gekommen und dann nach Ansbach gereist. Das Schreiben führt dann auch dezidiert aus, dass Bartholomeus zusätzlich mündlich den Standpunkt des Klosters beim Kurfürsten Albrecht darlegen sollte. „*Er Bartholomeus, kellern zu lehnyn, furder muntlich wol berichten wirt.*“

Da der Kellner also ohnehin nach Süden reiste, sollte er auch Briefe mit anderen Inhalten, die zur Beförderung anstanden, mitnehmen. Dabei fällt nun auf, dass es sich um hochbrisante

---

<sup>1</sup> Der Kellner oder Cellerarius des Klosters stand in der Hierarchie nach dem Abt und dem Prior an der dritten Stelle. „Der Cellerarius nahm im klösterlichen Wirtschaftsgefüge die entscheidende Position ein. Er hatte die Versorgung des Klosters mit Nahrung und anderem Bedarf zu gewährleisten sowie die zahlreichen Eigenbetriebe der Zisterze zu überwachen“, fasst Stephan Warnatsch in seiner Monographie über das Kloster die Aufgaben des Kellners zusammen. Von herausragender Bedeutung war Bartholomeus. Seine besondere Stellung lag darin, dass er als Rechtsvertreter des Klosters im Streit mit dem früheren Abt Arnold von Monnikendam, der das Kloster von 1456 bis 1467 geleitet hatte, tätig wurde. Bartholomeus agierte dabei als Stellvertreter des neuen Kloostervorstehers Gallus (1467 bis 1479) und ist somit in der Klosterhierarchie besonders hoch anzusetzen. Bei der Auseinandersetzung ging es – wie so oft – um Kloostergut. Deswegen ist wohl der Cellerarius als Bevollmächtigter eingesetzt worden. Das Kloster, das zwischen den heutigen Städten Potsdam und Brandenburg im Havelland lag, wurde im 12. Jahrhundert gegründet. Das Kloster kam in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts durch Übergriffe adeliger Nachbarn in eine existentielle Krise, aus der sie dank der Politik der Kurfürsten aus dem Haus der Zollern gerettet wurde. Die daraus resultierende enge Bindung des Klosters an die Kurfürsten ist der Hintergrund der Tätigkeit des Kellners, die für die vorliegende Arbeit relevant ist. Siehe dazu die Ausführungen bei Warnatsch, a.a.O.

<sup>2</sup> Riedel, 2,5, Nr. 1446, S. 217-221; Priebatsch 1, Nr. 601, S. 522, und Riedel 2,5, Nr. 1447, S. 221-225; Priebatsch 1, Nr. 608, S. 525.

<sup>3</sup> Riedel, 2,5, Nr. 1451, S. 230.

Nachrichten handelte, die man einem bekannten und bis zu einem gewissen Grad der eigenen Herrschaft unterstehenden, aber doch nicht sehr nahestehenden Kurier mitgab. Auch die Schnelligkeit, auf die es bei diesen Nachrichten auch ankam, war sicherlich nicht die Hauptstärke des reisenden Klerikers.

Ebenso scheint es sich verhalten zu haben, als Bartholomeus auf der Rückreise ein Schreiben Albrechts an Johann, in dem es nicht um den Lehniner Rechtsstreit ging, mit nach Cölln brachte. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang noch, dass dem Brief Albrechts, den Bartholomeus überbrachte, noch die Entwürfe zu Bündnisverträgen Albrechts mit Herzog Albrecht von München und dessen Bruder Sigmund beilagen. Johann bezog sich auf jeden Fall auf diese beigelegten Bündnisverträge mit den Münchner Herzögen in seiner Antwort vom 9. August 1473, mit der er die glückliche Ankunft des Boten Bartholomeus bestätigte. *„Liber her und vater. Ewr schreiben vns bey her Bartholomeus vnd auch sunst zugeschickt, haben wir vernommen vns darauf vnser heimlichst Rete uf freitag nach laurentii (13. August; d. Verf.) hirher zu kommen und dar Innen ratz zu pflagen verboten lassen. ... Vnd schicken euch hiemit den brief an vnser Oheim Hertzog Sigmunden und hertzog Albrechten von Munchen nach Inhalt ewr Copei vns gesandt gefertigt, den Ir furter mit vnnsers lieben bruder Marggraue fridrichs versiglung und ufsrichten mogt.“* Beigelegt ist dem Brief dann noch das Schreiben des Markgrafen an die Münchner Herzöge, in dem Johann dem ausgehandelten Bündnis beiträt. <sup>(1)</sup>

Johann schrieb von Briefen Albrechts, die vom Kellner und auch von anderen zugestellt worden waren, weshalb es nicht explizit bewiesen ist, dass der Mönch auch den Vertragsentwurf transportierte. So gibt es einen weiteren Brief Albrechts nach Cölln, datiert auf den 17. Juli, in dem er Johann auftrag, für die Durchreise des Königs von Dänemark durch die Mark Sorge zu tragen. <sup>(2)</sup> Dieser Brief trägt keinerlei Kanzleinotiz und es ist deshalb möglich, dass Bartholomeus dieses Schreiben transportierte und ein anderer Bote den Vertragsentwurf.

Um die Tätigkeit des Zisterziensers richtig würdigen zu können, müssen wir uns die Reisen der Eilboten um diese Zeit anschauen. Im Frühjahr und im Sommer 1473 sind nachweislich alle drei Hauptboten im Einsatz. Heinzlein reiste von Cölln am 10. April und am 17. Mai ab, Bayerlein war am 21. Juli und am 9. August von Cölln aus gestartet und Bote Kunz transportierte nachweislich ein Schreiben, das um den 4. Mai in Cölln angekommen ist. Trotz des Einsatzes dieser drei Eilboten benötigte man noch zusätzliche Kuriere und musste mit dem Kleriker Bartholomeus sogar einen reisenden Mönch verpflichten, weil die Informationsdichte so hoch war, dass die hauptamtlichen Boten nicht ausreichten, um alle anfallenden Nachrichten zuzustellen.

Ein Bote Albrechts war auch der Ritter **Kilian Steiner**, ein enger Vertrauter Kaiser Friedrichs. Diesen beauftragte Albrecht im Februar 1471 kaiserliche Mandate zum Herzog von Pommern und zum König von Polen zu bringen. Albrecht stellte für Kilian Steiner Credenzen an seine Räte in Brandenburg und an den König von Polen aus. <sup>(3)</sup> Die Briefe an den König von Polen sollte wohl nicht von einem einfachen Boten, sondern von einem Ritter überbracht werden, was wiederum als ein Hinweis auf die Einhaltung der Etikette zu deuten sein könnte.

Der Rat **Christoph von Zedlitz** der in Diensten des Herzogs Heinrich von Münsterberg stand, brachte Ende März 1480 mündliche Informationen Münsterbergs aus Böhmen zu Albrecht. Auf der Rückreise überbrachte der Mann dann einen Brief Albrechts an seinen

<sup>1</sup> Riedel, 2,5, Nr. 1951, S. 230. Das Bündnis zwischen Ansbach und München sollte dadurch gefestigt werden, dass die beiden schon erwachsenen Söhne und Erben Albrechts es bekräftigten. Das war ein durchaus übliches Verfahren.

<sup>2</sup> Riedel 2,5, Nr. 1949, S. 228 f.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 205 r.; Priebatsch 1, Nr. 130, S. 211 f. und Nr. 132, S. 213. Ritter Kilian Steiner stand zuerst in Diensten Herzog Sigmunds von Tirol, später diente er Kaiser Friedrich und dessen Sohn Maximilian.

Schwiegersohn. <sup>(1)</sup> Der Brieftransport erweist sich in diesem Fall als zusätzliche Tätigkeit des ohnehin reisenden Rates.

Der Kleriker **Johannes Polraus**, Pfarrer und kaiserlicher Notar <sup>(2)</sup>, sollte rund ein Dutzend Briefe Albrechts nach Mantua und Rom bringen. Seine Fertigung mit dem Verzeichnis der Schriften, die er zu transportieren hatte, stammt vom 11. Dezember 1477. Die Liste führt Schreiben an zehn Adressaten auf. Zusätzlich wurden dem Kleriker noch eine Reihe von kirchenrechtlichen Problemen zur Lösung aufgetragen, so zum Beispiel die Beschaffung von päpstlichen Bullen für die drei jungen Markgrafen, die ihnen in Zeiten eines Interdikts persönliche Immunität sichern sollten. Auch sollte Polraus Gespräche mit befreundeten Kardinälen führen. <sup>(3)</sup> Der Priester war also mehr Diplomat als Briefbote, wengleich die Zustellung der Schreiben auch ein wichtiger Teil seiner Aufgabe war.

Als Fazit dieses Teils der Untersuchung lässt sich der Schluss ziehen, dass hochgestellte Briefboten in vielen Fällen Briefe mitnahmen, wenn sie ohnehin zu diplomatischen Reisen aufbrachen. Die Botentätigkeit ist klar als Nebenbeschäftigung zu erkennen. Die Briefe konnten mit dem direkten Auftrag zu tun haben und die mündlichen Nachrichten ergänzen beziehungsweise die diplomatischen Verhandlungen unterstützen. Das war aber nicht zwingend. Man nahm auch einen Brief mit, wenn man in die entsprechende Richtung reiste und eigentlich einen anderen Auftrag hatte.

Nicht von der Hand zu weisen ist auch der Eindruck, dass mit der Wahl hochgestellter „Briefboten“ in einigen Fällen ein gewisser Repräsentationszweck erfüllt wurde. Darauf deuten vor allem die beiden Botenritte des Anselm von Eyb mit Korrespondenz für und vom Kaiser hin. Auch der Ritt Milas an den ungarischen Hof zählt zu dieser Kategorie. Und auch sonst achtete Albrecht darauf, dass, wie im Fall der Briefe an die Stadt Lüneburg, der hochgestellte Bote dem Schreiben zusätzliches Gewicht verleihen sollte. Die überwiegende Mehrzahl von Briefen an Könige und den Kaiser wurde allerdings von Briefboten im üblichen Rang überstellt, so dass die protokollarischen Überlegungen Ausnahmen gewesen sein dürften.

#### 2.4.3 Gelegenheitsboten aus dem Umfeld Albrechts

Nicht nur hochgestellte Persönlichkeiten, die entweder gezielt auch als Kuriere unterwegs waren oder auf einer Reise zusätzlich einige Schreiben mitnahmen, setzte Albrechts als außerordentliche Boten ein. Er griff auch auf Männer und sogar Frauen einfacher Herkunft aus seinem Umfeld zurück, um kostengünstig und spontan Nachrichten zu übermitteln oder zu empfangen. Sowohl Hofbedienstete als auch Männer, die nur in loser Beziehung zu ihm standen, bekamen Post des Kurfürsten in die Hand gedrückt. Sie reisten entweder gezielt, um Nachrichten zu überbringen, oder aber waren aus anderen Gründen unterwegs und nahmen Briefe mit.

Der Kastner **Lorenz Molbach** ist im Februar 1478 als Bote im Einsatz. Herzog Friedrich von Liegnitz <sup>(4)</sup> informierte Markgraf Johann mit einem Brief vom 28. Februar 1478, dass ihm König Matthias von Ungarn geschrieben habe. Er, Friedrich, habe Markgraf Johanns Wunsch

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 656, S. 598 f. Der Fall ist in Kapitel 3 näher dargelegt.

<sup>2</sup> Von Johannes Polraus ist bekannt, dass er Jurist war, ab 1467 in Leipzig studiert hatte und eine Pfründe als Pfarrer in Kirchturmbach erhielt. Er starb 1483 und wurde in Heilsbronn bestattet. Er gehörte sicherlich in die unteren Ränge der Hierarchie, stand aber gesellschaftlich deutlich über einem normalen Boten, weshalb seine Arbeit in diesem Kapitel gewürdigt wird.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 101 ff.; Priebatsch 2, Nr. 340, S. 355.

<sup>4</sup> Zur Politik des Herzogs Friedrichs von Liegnitz siehe Georg Jaeckel: Geschichte der Liegnitz-Brieger Piasten; Erster Band: Die geschichtliche Entwicklung bis zu Herzog Georg II. von Liegnitz-Brieg-Wohlau; (=Beiträge zur Liegnitzer Geschichte. Herausgegeben von der Historischen Gesellschaft Liegnitz; 10. Band) Crailsheim, 1980; S. 72 ff.

gemäß beim Ungarn-König interveniert, um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Die entsprechende Bitte habe Johann ja durch den Kastner Lorenz Molbach überbringen lassen, schrieb der schlesische Herzog. <sup>(1)</sup> Kastner Molbach war ein Vertrauter des Kurprinzen. Da Johann immer wieder an seinem Vater vorbei mit Ungarn verhandelte und von diesem hier geschilderten Vorhandlungsangebot offensichtlich nichts nach Ansbach gemeldet wurde, ist es möglich, dass der Vertraute als Kurier ausersehen war, um die Reise geheim halten zu können. <sup>(2)</sup>

Mit dem Türhüter Kurfürstin Annas, **Jakob Pfister**, ist ein enger Vertrauter des Kurfürstenpaars im Februar 1479 als Kurier im Einsatz. Seine Credenz an den Hauptmann auf dem Gebirge, Hans von Redwitz, datiert vom 2. Februar. Albrecht schickte den Vertrauten aus Cölln mit mündlichen Aufträgen nach Kulmbach. Unter anderem sollte er das Einsammeln von Steuern beschleunigen und 8000 Gulden in die Mark bringen. <sup>(3)</sup> Ob Pfister auch Schreiben überbrachte, ist nicht sicher. Klar ist hingegen, dass mögliche Kuriertätigkeiten in diesem aufgezeigten Fall eindeutig von nachrangiger Bedeutung gewesen wären.

Weiterhin ist auf die Reise des Höflings **Duser Brech** im September 1479 hinzuweisen, der im Auftrag des Landvogts der Neumark, Christoph von Polenz, Nachrichten über Verhandlungen mit den Pommern zu Kurfürst Albrecht nach Ansbach brachte. Dass der Mann, der am Brandenburger Hof als „Einrösser“ verzeichnet war und später Hofmeister zu Soldin wurde, nach Süden gereist war, erfahren wir aus einer Antwort Albrechts an Landvogt von Polenz vom 26. September 1479. <sup>(4)</sup>

Zum zweiten Mal ist ein Brech als Kurier in einem Schreiben vom 24. Februar 1482 erwähnt. Albrecht schrieb Johann aus Ansbach und forderte ihn auf, zusammen mit Räten am 22. März zu Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Sachsen nach Schleiz zu kommen. Er selbst wolle auch kommen, denn Sachsen und Brandenburg wollten dort ihre Ungarnpolitik abstimmen. Die Ansbacher Kanzlei brachte auf dem Schreiben folgenden Vermerk an: „*Antwort uf sein schreiben bey seinem knaben dem Duser Brech.*“ <sup>(5)</sup> Johann hatte also ein Schreiben mit dem Duser Brech nach Ansbach geschickt. Da der oben genannte Brech um diese Zeit bereits Hofmeister von Soldin war, muss es sich um seinen Sohn gehandelt haben, der dem Ausdruck „Knabe“ nach am Hof in Cölln als Page diente.

Ein Schreiben im Februar 1483 überstellte ein Bote namens **Conrad Bartel**, der als Rentmeister ein Vertrauter von Markgraf Johann war. Der Kurier wurde am 14. Februar losgeschickt, um ein Schreiben Albrechts, das auf Informationen beruhte, die Graf Eitelfriedrich von Zollern persönlich von Cölln nach Ansbach gebracht hatte und bei denen es um Familienangelegenheiten ging, zu überbringen. Die Kanzleinotiz: „*Auf anbringen graf Eitel Friczen von Zollr meinem herrn marggraf Johansen geschriben und bei Conrads Bartel hineingeschickt am freitag nach der aschermittwoch.*“ <sup>(6)</sup> Auch hier war es wieder ein Vertrauter, der Briefe über Familienangelegenheiten transportierte.

Am 31. Mai 1472 schickten die Räte von Ansbach aus den von Albrecht angeforderten Feldscher und **Wundarzt Meister Konrad** nach Brandenburg. Da der Mann ohnehin reiste, gab man ihm noch ein Schreiben mit, in dem eine Reihe von territorialpolitischen

<sup>1</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, fol. 48; Priebatsch 2, Nr. 360. S. 353.

<sup>2</sup> Herzog Friedrich von Liegnitz legte die Antwort des Ungarnkönigs, Quelle: Berlin, a.a.O., fol. 52, dem Schreiben an Markgraf Johann bei.

<sup>3</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. III, fol. 5; Priebatsch 2, Nr. 512. S. 477.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 56 b; Priebatsch 2, Nr. 604, S. 558.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 149 v.; Priebatsch 3, Nr. 853, S. 158.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 175 r.; Priebatsch 3, Nr. 936, S. 243 f. Bartel war der Rentmeister Johans, der sich auch um die Organisation der Hochzeit mit Margaretha von Sachsen gekümmert hatte. Der Rentmeister hatte als direkter Untergebener des Vogts die Domänenbewirtschaftung zu organisieren und war damit dem persönlichen Dienst für den Fürsten zugeteilt, dessen Einnahmen für das tägliche Leben ja zu einem Teil aus den Domänen stammten, wenngleich dieses Wort damals noch nicht in Gebrauch war.

Informationen stand. Außerdem nahm der Arzt noch zwei päpstliche Bullen mit, die Hertnid von Stein in Rom erwirkt und nach Ansbach geschickt hatte. <sup>(1)</sup>

Auch das Jahr 1474 berichtet uns von der Arbeit von Gelegenheitsboten. In einem Schreiben des märkischen Kanzlers Friedrich von Lebus vom 12. November 1474 wird dem Kurfürsten unter anderem gemeldet, dass das brandenburgische Kontingent für den Reichskrieg gegen Karl den Kühnen aus Cölln aufgebrochen sei. Der Brief enthält auch eine Reihe von Nachrichten aus Polen und Böhmen, die im Zusammenhang mit dem böhmischen Thronstreit standen. Die Reiter, so heißt es zusätzlich, würden ihm weitere Nachrichten bringen. <sup>(2)</sup> Ob diese Reiter mündliche Nachrichten überbringen oder einen Brief abliefern sollten, wird nicht klar.

Das war dann für Albrecht Achilles ohnehin ohne Belang, weil die Truppen, wie wir aus einem zwei Tage später von Markgraf Johann verfassten Schreiben erfahren, nicht ankamen. Er habe, berichtete er dem Vater, die brandenburgischen Truppen wieder umkehren lassen, um sie in Schlesien einzusetzen. <sup>(3)</sup> Die Nachrichten, die Angehörige, wahrscheinlich die führenden **Offiziere**, der Truppe hätten überbringen sollen, sind also nie angekommen. Zwar handelte es sich bei diesem Vorfall nur um eine Randnotiz. Doch zeigt sich, dass die spontane und unorganisierte Nachrichtenübermittlung große Defizite aufwies, weil sie eben sehr unzuverlässig und in ihrem Ergebnis nicht zu kalkulieren war.

Im April 1479 bekam Albrecht Nachrichten von Herzog Bogislaw X. von Pommern. „antwort, so herzog Buxlaff darauf geben, volgt hernach (am vierden blat) die komen ist bey dem **Awtenriet** und seinem Diener, dem vom Sann“ <sup>(4)</sup>, ist da zu lesen.

Ein zweites Mal findet sich Awtenriet als Bote verzeichnet, als Gesandte Albrechts am 25. September 1480 aus Prag nach Ansbach berichteten und mitteilten, sie hätten bereits einen ersten Brief mit vorläufigen Nachrichten mit einem Knecht des Amtmanns Schirndinger losgeschickt und hätten den Awtenriet zu weiteren Botendiensten noch in Prag behalten. <sup>(5)</sup> Vermutlich hatte Albrecht den Räten den Boten Awtenriet mitgegeben, damit diese einen vertrauten Kurier mit dem Transport der Informationen beauftragen konnten. Die Räte behielten diesen besonderen Boten für die wichtigen Nachrichten zurück und bedienten sich eines anderen Kuriers, um Albrecht erste Informationen zuzusenden.

Auch im Fall des sehr wichtigen diplomatischen Verkehrs mit den beiden Böhmenkönigen bediente sich Albrecht Achilles Gelegenheitsboten. Mit Datum vom 25. August 1479 schickte der Kurfürst von der Plassenburg aus ein Schreiben an Ladislaus nach Prag, in dem er noch einmal darum bat, Genaueres über den Friedensvertrag zwischen dem Böhmenkönig und seinem Rivalen Matthias erfahren zu wollen. Die Kanzleinotiz erklärt lapidar: „bei **Soldan von Wirsberg**, der on das hinein wollt.“ <sup>(6)</sup> Hier schwankt die Einschätzung von Albrechts Verhalten zwischen Bewunderung für seine botentechnische Pragmatik und dem Kopfschütteln darüber, dass er einen so wichtigen Brief einfach dem nächsten ohnehin nach Prag reisenden Menschen mitgab. <sup>(7)</sup>

<sup>1</sup> Die Kanzleinotiz lautete: „bei meinster Conraten wundarzt hinein geschickt am sontag nach corporis Christi.“  
Quelle: Priebatsch 1, Nr. 359, S. 382.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, S. 745 f., Nr. 973.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 118, S. 152; Priebatsch 1, Nr. 979, S. 748.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 14 v.; Priebatsch 2, Nr. 547, S. 505. Diese nachträglich angebrachte Kanzleinotiz, die explizit auch die Lage des Antwortschreibens des Herzogs Bogislaw im Archiv festhielt, scheint aus organisatorischen Gründen eingefügt worden zu sein. Auch hier diente der Botenname zu Registraturzwecken.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 694, S. 644.

<sup>6</sup> Priebatsch 2, Nr. 594, S. 550.

<sup>7</sup> Ein Heinrich von Wirsberg ist für das Jahr 1483 als Dechant des Stifts zu Feuchtwangen überliefert. Er wurde bereits 1456 Chorherr. Literatur: Christoph Friedrich Jacobi; Geschichte der Stadt und des ehemaligen Stifts Feuchtwangen; Nürnberg, 1833. Heinrich von Wirsberg ist auf den Seiten 212 und 214 genannt. Ein Soldan von Wirsberg taucht in den Quellen zu Stadt und Stift nicht auf. Das Verhältnis Albrechts zum Stift und zur Stadt Feuchtwangen wird bei Jacobi ebenfalls kurz dargelegt. Der Markgraf und Kurfürst übte die den Burggrafen von

Wieder einen Arzt verwendete Albrecht zu Beginn des Jahres 1480, um ein Bündnisangebot an die Eidgenossen zu überbringen. Die Eingangsbestätigung der Schweizer lautet: „*Als herr Hans von Toglenburg, der artzt, anbracht hatt, dy der marggraff von Brandenburg im bevolhen hab, an uns zu bringen und gesuchen, ob amn etwa zimlicher vereinigung zwüschend sinen gnaden und uns gemachen möchte ...*“<sup>(1)</sup>

Aus dem weiteren Text geht hervor, dass der Arzt auch Aufträge des kaiserlichen Rates Haugg von Werdemberg hatte. Dieser wollte erreichen, dass es zwischen Herzog Maximilian von Burgund und den Eidgenossen zu einer Einigung kam, die, das darf man aus der politischen Situation schlussfolgern, sich gegen den König von Frankreich richten sollte. Die Schweizer hielten sich auf beide Anfragen hin sehr bedeckt. Wieso Albrecht und Haugg in dem konkreten Fall auf einen Arzt als Boten zurückgriffen und ob es sich um nur mündlich vorgetragene oder schriftliche Angebote handelte, lässt sich nicht klären. Vermutlich war der Arzt als Bote gewählt worden, um relativ unauffällig und auf niederer Ebene ins Gespräch zu kommen.

Im Jahr 1480 setzte Albrecht sogar eine *Amme* als Briefkurier ein. Markgraf Johann hatte seinen Vater gebeten, zur erwarteten Geburt seines Kindes die bewährte Amme aus Ansbach nach Cölln zu schicken. Kurfürst Albrecht sagte dies in einem Schreiben vom 2. August 1480 auch zu und versicherte, die Amme werde spätestens bis zum Bartholomeustag, dem 24. August, in Brandenburg sein.<sup>(2)</sup> Am 12. August dieses Jahres schrieb Albrecht erneut nach Cölln, erläuterte in dem Schreiben seine Ansichten zu der geplante Ehe zwischen Eitelfriedrich von Zollern und seiner, Albrechts, Nichte und gab Johann eine Reihe von guten Ratschlägen für die Zukunft. Die Kanzleinotiz führt aus: „*Bey der ammen hinein geschickt von Langen Zenn an unser lieben frauen tag wurzweih.*“<sup>(3)</sup>

Der Brief war nun nicht von existentieller Bedeutung, doch Eheangelegenheiten in der Familie galten ebenfalls nicht als Lappalien. Familiäre Fragen und Ratschläge fürs Leben waren bei der Frau, die die fürstliche Familie ins Leben holte, sicher gut aufgehoben. Zusätzlich interessant ist hier, dass man der Amme zutraute, in maximal zehn Tagen die rund 430 Kilometer zwischen Langenzenn bei Cadolzburg und Cölln zurückzulegen.<sup>(4)</sup>

Nachrichten aus Rom ins Reich wurden offensichtlich öfter durch ohnehin verkehrende Reisende bestellt. Wir stoßen da einmal auf den Wormser Domherrn *Peter Anton von Clapis*, der am 4. Dezember 1478 seinen Vikar Bernhard Dichlin mit päpstlichen Schreiben zu Albrecht nach Ansbach schickte. Er, so erfährt man aus dem Anschreiben, habe die Briefe aus Rom mitgebracht, könne sie wegen eines Gebrechens jetzt aber nicht selbst abliefern, weshalb er seinen Vikar schicke.<sup>(5)</sup>

Der Kanoniker Martin Thumbeck, der im Frühjahr 1482 in Albrechts Auftrag an der Kurie weilte, übermittelte seinem Auftraggeber regelmäßig Berichte, die allerdings nicht immer

Nürnberg von König Sigmund verliehen Schutzvogtei sehr streng aus und es gelang ihm, beide Körperschaften unter strikter Kontrolle zu halten. Siehe Jacobi, S. 32 ff.

<sup>1</sup> Luzern, Staatsarchiv, Luzerner Abschiede B, fol. 155; Priebatsch 2, Nr. 646, S. 588.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 204, S. 255 ff; Priebatsch 2, Nr. 678, S. 626.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 33; Priebatsch 2, Nr. 684, S. 633.

<sup>4</sup> Die Amme überbrachte die Korrespondenz zuverlässig. Bei der Geburt konnte sie offensichtlich keinen positiven Einfluss nehmen. Denn, wenn im Sommer oder Frühherbst ein Kind im Cöllner Schloss geboren wurde, überlebte es nicht. Das erste überlebende Kind Kurfürst Johanns und seiner Frau Margaretha war der spätere Kurfürst Joachim I., der 1482 auf die Welt kam. Sein Bruder Albrecht, der spätere Kardinallegat, und seine Schwestern Anna und Ursula, wurden später im Verlauf der 80er Jahre geboren.

<sup>5</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 84; Priebatsch 2, Nr. 456, S. 436. Da Albrecht nicht in Ansbach war, schickten ihm die Räte die päpstlichen Schreiben nach Cölln nach. Aus deren Anschreiben vom 21. Dezember 1478 erfährt man, dass es sich um zwei Breven, gesiegelt mit dem „*annulus piscatoris*“, Sixtus' IV. gehandelt habe. Näheres dazu in Kapitel 1.2.5.

zuverlässig ankamen. <sup>(1)</sup> Nach einer Beschwerde Albrechts, die ihm durch den Boten Jorg am 16. April 1482 zugestellt worden waren, rechtfertigte sich Thumbeck in einem Schreiben an Johann Volker vom 21. April dieses Jahres und führte darin auf, dass er schon dreimal geschrieben habe. Um seine Aussagen zu untermauern, zählte er die drei Boten auf, die die Schreiben überbracht haben sollen: *Johann Theodoricus von Eschenbach*, ein Domherr aus Lebus, ein gewisser *Puczen* und der Kleriker *Meister Konrad Greffestein*. <sup>(2)</sup> Zumindest die beiden Kleriker scheinen in irgendwelchen persönlichen Angelegenheiten in Rom gewesen zu sein und bei ihrer Rückreise, die entsprechenden Schreiben aus Gefälligkeit oder gegen ein Entgelt mitgenommen zu haben.

Auch der Einsatz der Gelegenheitsboten ist ein Anzeichen dafür, dass die Botenorganisation des Fürsten noch nicht ausgereift war. Denn diese Leute nahmen nicht nur Routineschreiben mit, sondern überstellten in vielen Fällen auch sehr wichtige und brisante Nachrichten, die besser in den Händen von regulären Boten aufgehoben gewesen wären. Immer wieder kam es dazu, dass solche Schreiben dann nur mit Verspätung ankamen.

#### 2.4.4 Boten fremder Herren

Nicht immer war es möglich oder schien es geraten, einen eigenen Boten auf die Reise zu schicken. Man musste dann auf Boten anderer Herren zurückgreifen. Die Problematik des Einsatzes fremder Boten wird von den Handelnden selbst in einem Schreiben vom Februar 1480 formuliert. Albrecht hatte zwei seiner Räte zu Verhandlungen mit König Matthias von Ungarn nach Budapest geschickt. Diese schrieben am 29. Februar 1480 einen umfassenden Tätigkeitsbericht, den sie nach Cölln an Markgraf Johann adressierten. Unter anderem hieß es in diesem Brief: *„Gnediger her, wir haben Eweren gnaden vor bei her Jorgen vom Stain, boten, am Suntag invocavit geschriben, das sich die sachen bizs hero verzogen hetten, Auch was wir im rechten gehandelt haben, wie Ewer gnaden heren vnd vater vnserm gnedigsten heren geschriben, wie das Interlocutoria sententia gegangen were, das hertzog hanns die Stet und Slosz in sequestrum legen sol vnd der haubtsachen ein Reichstag acht tag nach georgi schirst gesetzt, vnzueiffelich solch habe ewer gnade ein wissen von vnserm alten gnedigen heren. ... Solichs wollten wir ewer gnaden nit verhalten, ab der erst brif euer gnaden nit behendigt wurde, das dennoch ewer gnaden durch vnser eygene potschafft des ein wissen entpfahe.“* <sup>(3)</sup>

Es ist anzunehmen, dass die Gesandten keinen eigenen Boten zur Verfügung hatten, als sie glaubten, die Nachricht über die Verzögerung des Friedensschlusses mitteilen zu müssen. Sie waren daher gezwungen, einen ungarischen Kurier, der ohnehin zum schlesischen Statthalter Matthias‘, Georg von Stein, reiste, für ihre Nachrichtenübermittlung verwenden. Doch der Zweifel, dass die Nachricht nicht angekommen sein könnte, saß tief. Sie wiederholten deshalb die Nachrichten in einem mehr als zwei Wochen später abgeschickten Schreiben. In der Tat ist der Brief der Gesandten, den der Bote Steins überbringen sollte, in den brandenburgischen Archiven nicht zu finden.

Quellenmäßig sehr gut fassbar ist der Bote Mertein aus Münsterberg, ein Mann von Albrechts Schwiegersohn Heinrich von Münsterberg. Münsterberg und Albrecht wirkten politisch eng zusammen und der Böhme diente Albrecht des öfteren als Informant und Experte in böhmischen Angelegenheiten. Eine enge Zusammenarbeit machte auch einen intensiven Nachrichtenaustausch nötig, bei dem Münsterbergs Bote Mertein wiederholt zum Einsatz

<sup>1</sup> Näheres zu den Problemen bei der Übermittlung von Nachrichten aus Italien findet sich oben in Kapitel 1.2.4 und in Kapitel 2.7, in dem über die Nachrichten aus Italien zu handeln sein wird, die im Verlaufe des Streites um die Pfaffensteuer 1481 und 1482 übermittelt wurden.

<sup>2</sup> STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 226 II, Fasz. 12, fol. 20; Priebatsch 3, Nr. 871, S. 183 f.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 195, S. 245.

kam. Dieser Mertein, Merten oder auch Martin, wie er in den Quellen erscheint, ist ein Mann, der mehrmals brisante Nachrichten und eilige Informationen überbrachte und dabei nicht nur als einfacher Briefbote fungierte, sondern auch mündliche Nachrichten bestellte.

Mertein war das erste Mal in Februar 1471 für Albrecht Achilles im Einsatz, wie uns ein Brief vom 27. Februar dieses Jahres aus Prag von Gregor von Heimburg zeigt. <sup>(1)</sup> Der Rat des Böhmenkönigs Georg von Podiebrad schickte Albrecht eine Reihe von Informationen aus Böhmen und erwähnte dabei auch den Tod des utraquistischen Prager Erzbischofs Johann von Rokycana, der am 22. Februar verstorben war. <sup>(2)</sup> Davon, so zeigte sich Heimburg sicher, habe Albrecht schon durch den Boten „*Mertem*“ erfahren. Hier ist nicht belegt, dass Heinrich von Münsterberg, zu dessen Umgebung Mertein später zählen wird, den Boten geschickt hat. Da König Georg Podiebrad, Heinrichs Vater, noch lebte <sup>(3)</sup>, könnte Mertein auch in dessen Auftrag unterwegs gewesen sein, um die Nachricht zu überbringen. Der Bote wurde auf jeden Fall umgehend zu Albrecht geschickt, denn fünf Tage nach dem Tod Rokycanas, als Heimburg schrieb, war die Benachrichtigung schon abgesandt gewesen.

Albrecht und Heinrich tauschten auch im Herbst 1478 Briefe aus. Diese Schreiben sind uns zwar ohne Kanzleivermerk überliefert, doch die Tatsache, dass Mertein der Bote war, lässt sich aus dem Inhalt des Briefes des Herzogs von Münsterberg entnehmen. Dort heißt es nämlich unter anderem: „... *treffliche sachen wirdt ewer gnaden bot mertein überbringen.*“ <sup>(4)</sup> Besonders interessant sind die Vorgänge, die in einem Schreiben Albrechts vom 19. Februar 1479 aus Frankfurt an der Oder wiedergegeben werden. <sup>(5)</sup> Albrecht schickte dem Herzog von Münsterberg die Abschriften des gesamten Briefverkehrs, der in der Glogauer Erbsache und der Heiratsangelegenheit Ladislaus' von Böhmen und Barbaras von Brandenburg in der letzten Zeit angefallen war. Der Text geht dann weiter: „... *der kriegsleuft, hochzeit und aller sachen halber wirdt euch Mertein eur bote berichten. So wollen wir den andern knecht behalten, eur liebe zu schreiben, ob der fried erstreckt wird oder nit und bitten euch, nicht zu verargen, das wir den boten so lang enthalten haben.*“

Münsterberg hatte wohl im Laufe der Zeit zwei Boten nach Frankfurt an der Oder geschickt – Mertein und einen namentlich nicht bekannten zweiten Mann. Mertein wurde mit einem Brief und mündlichen Informationen zurückgeschickt. Der zweite Bote, eindeutig auch ein Mann Münsterbergs, blieb als Botenreserve da, um schnell neue Nachrichten senden zu können. Dabei handelte es sich um eine sehr vorausschauende, planende Handlungsweise, die natürlich auch durch den glücklichen Umstand ermöglicht wurde, dass zwei fremde Boten gleichzeitig am Hof beziehungsweise im Feldlager anwesend waren.

Weiter im Brief heißt es: „*demnach schreiben wir der konniglichen wird bey diesem boten und bitten in, ...*“. Der fremde Bote wurde also nicht nur zu seinem eigenen Herrn geschickt, was ja noch normal wäre. Er sollte auch einem Dritten, König Ladislaus von Böhmen, Nachrichten überbringen.

Und den Grund für dieses Vorgehen legte Albrecht auch gleich dar: „... *wir wissen nicht wol unser bote durchbringen.*“ <sup>(6)</sup> Albrecht fürchtete, dass die Gegner seinen Boten nicht durch das feindliche Gebiet in Schlesien und Böhmen reisen lassen würden, obwohl, wie er selbst schrieb, ein Waffenstillstand in Kraft sei. Der Rückgriff auf den neutralen Boten ermöglichte die Informationspolitik trotz der lauernden Gefahren.

Geradezu perfekt organisiert war Albrechts Botentätigkeit mit Hilfe von Münsterbergs Boten Mertein im Zusammenhang mit der Gesandtschaftsreise seiner Räte im Frühsommer 1479 zu

<sup>1</sup> Priebatsch 1, S. 216, Nr. 137.

<sup>2</sup> Der Name des Erzbischofs ist unterschiedlich überliefert. In den zeitgenössischen deutschen Texten ist meist Rokizans zu lesen. Heute hat man sich in der Geschichtswissenschaft auf die oben benutzte Schreibweise geeinigt.

<sup>3</sup> Podiebrad starb am 22. März 1471.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 444, S. 425.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 189 r.; Priebatsch 2, S. 479 f., Nr. 515.

<sup>6</sup> Alle Zitate finden sich in STAN, a.a.O.

König Matthias von Ungarn nach Olmütz. Die Gesandten sollten versuchen, die festgefahrenen Verhandlungen zwischen Brandenburg und Ungarn um die Beilegung des Glogauer Erbschaftsstreites voranzubringen. Für Albrecht stand viel auf dem Spiel. Er musste in Matthias mit demjenigen der beiden Könige von Böhmen verhandeln, den er eigentlich nicht anerkennen wollte. Er musste dies aber tun, da Matthias die rechtliche und faktische Kontrolle über Schlesien zugefallen war. <sup>(1)</sup>

Die Gesandten reisten am 12. April 1479 aus Frankfurt an der Oder ab und Albrecht begleitete deren Tätigkeit durch Instruktionsschreiben, die er mit Boten überbringen ließ – allerdings mit fremden Boten. Albrecht benutzte neben Mertein einen Kurier eines weiteren schlesischen Fürsten.

Das erste Schreiben ging am 22. April 1479 von Frankfurt an der Oder aus auf den Weg und Albrecht führte im Text eigens auf, dass der Brief überbracht wurde „*bei Mertein, seinem knecht.*“ <sup>(2)</sup>

Am 24. Mai 1479 schickte Albrecht wieder einen Boten des Herzogs Heinrich von Münsterberg aus Cölln los. Der Kanzleivermerk in der Quelle lautet diesmal: „*bei herzog Heinr. von Munsterbergs diener.*“ <sup>(3)</sup> Diesmal ist der Name des Boten nicht erwähnt. Das Wort „*diener*“ in diesem Zusammenhang könnte auf einen in der Hierarchie höher stehenden Menschen schließen lassen. Allerdings ist Mertein selbst in den Quellen zumindest einmal auch mit dem Attribut Diener belegt worden. <sup>(4)</sup> Auch wäre es zeitlich möglich gewesen, dass nur ein Kurier in der Anfangsphase alle Reisen nach Ungarn absolvierte. <sup>(5)</sup>

Die nächste Reise Merteins begann am 9. Juni, wie explizit im Kanzleivermerk zu einem Schreiben vom 8. Juni 1479 angeführt ist, als Albrecht seiner Gesandtschaft wieder eine Nachricht zukommen ließ. „*Ist Mertein, herzog Heinrichs von Munsterberg bote, mit solchen briven zu Berlin ausgeritten am mittwoch nach trinitatis.* (9. Juni d. Verf.)“ <sup>(6)</sup>

Mertein, das erfahren wir auch aus dem Brief der Gesandten vom 25. Juni, wurde schnell wieder zurückgeschickt. Denn die Diplomaten schrieben in dem oben schon erwähnten Brief: „*... den handel, den wir mit der koniglichen wirde von eur gnaden wegen gehandelt, haben wie euren gnaden bey unsers gnedigen herrn herzog Heinrichs botten entdeckt.*“ <sup>(7)</sup> Die Gesandten vertrauten also auch das Schlüsseldokument der gesamten Verhandlungen, das Abkommen mit König Matthias, dem fremden Boten an. Albrecht hat sich also wiederum eines fremden Boten bedient, um sehr wichtige Nachrichten zu überbringen und ebenso wichtige Informationen zu erhalten. Der Einsatz des böhmischen Boten, der sicher bessere

<sup>1</sup> Näheres siehe in der biographischen Skizze. Die Beziehung zwischen Kurfürst Albrecht und König Matthias wird genau analysiert in Felix Priebatsch, *Der Glogauer Erbfolgestreit*. In: *Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertum Schlesiens*, 33, 1899, S. 67-106; und Karl Nehring, *Matthias Corvinus*, a.a.O.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 543, S. 500.

<sup>3</sup> STAN, *Herrschaftliche Bücher*, Nr. 49, fol. 233 v.; Priebatsch 2, Nr. 564, S. 523.

<sup>4</sup> Rund zwei Jahre nach den uns hier interessierenden Ereignissen war Bote Mertein wieder im Einsatz für Albrecht Achilles. Heinrich von Münsterberg schickte ihn mit einem am 24. Oktober 1481 datierten Schreiben zu Albrecht und vermerkte im Schreiben zusätzlich: „*... durch disen unsern diner Mertein wirt e. g. der sach gruntlich unterricht.*“ Quelle: Priebatsch 3, Nr. 801, S. 102. Er wird allerdings sonst immer als Knecht oder Bote apostrophiert. Der Begriff Diener bezieht sich in den spätmittelalterlichen Quellen hauptsächlich auf Männer mit relativ hohem Rang, wie es heute noch im Ausdruck Staatsdiener enthalten ist, waren damit zum einen Beamte gemeint, zum anderen aber auch Adelige, die im Dienst eines Fürsten standen. Siehe Grimm, *Deutsches Wörterbuch*, Band 2, Sp. 1106 f. Nie bezog es sich in den von dieser Arbeit herangezogenen Quellen auf Lakaien.

<sup>5</sup> Siehe Kapitel 1.3. Wir haben eine weitere Quelle, einen Brief der Gesandten aus Olmütz vom 25. Juni, der bestätigt, dass Mertein nach neun Tagen – vom 9. Juni aus gerechnet – am 17. Juni 1479, nach Olmütz kam. „*darnach am donrstag na viti* (eben dieser 17. Juni; d. Verf.) *haben wir eur gnaden brive und meinung bey dem Mertein empfangen ...*“ Quelle: STAN, *Herrschaftliche Bücher*, Nr. 49, fol. 242 v.; Priebatsch 2, Nr. 572, S. 533.

<sup>6</sup> STAN, *Herrschaftliche Bücher*, Nr. 49, fol. 249 r.; Priebatsch 2, Nr. 580, S. 541.

<sup>7</sup> Priebatsch 2, Nr. 572, S. 533.

Orts- und Sprachkenntnisse vorzuweisen hatte als Albrechts eigene Männer, war die wichtigste Verbindung zwischen Albrecht und seinen Leuten bei dieser brisanten Mission.

Allem Anschein nach war sogar noch ein weiterer fremder Bote für Albrecht im Einsatz, denn der eben erwähnte Brief vom 15. Juni 1479 berichtet: „*darnach am dritten pfingstag (das war in diesem Jahr der 1. Juni; d. Verf.) sind uns eur gnaden brive bey herzog Fridrichs diener einem, genannt Seidlize, behendigt worden umb vesperzeit.*“<sup>(1)</sup> Dieser zweite Bote war ein Mann des Herzogs Friedrich von Liegnitz, der ebenfalls eine vermittelnde Rolle im Streit zwischen Ladislaus und Matthias zu spielen versuchte.<sup>(2)</sup>

Albrecht, das zeigt der intensive Einsatz der Boten im Umfeld der Gesandtschaftsreise nach Olmütz, wollte die Verhandlungen mit Ungarn unter allen Umständen selbst führen. Die Notwendigkeit, mit Ungarn und Böhmen zum Ausgleich zu kommen, war für Brandenburg von elementarer Bedeutung. Zum anderen musste Albrechts Stellung als Kurfürst und enger Verbündeter des Kaisers, seinerseits ein Erzfeind des Ungarnkönigs, gewahrt bleiben.

Ein schwieriges Unterfangen, das eine persönliche Anwesenheit eigentlich erforderlich gemacht hätte, aber gleichzeitig verbot. Doch mehrere Umstände – persönliche und politische – hinderten ihn daran, selbst vor Ort zu verhandeln. Einmal ließen sein Alter und seine schon angegriffene Gesundheit eine Reise nach Ungarn nicht angeraten sein. Zum anderen war seine Anwesenheit in Brandenburg vor allem wegen der Gefahr einer weiteren Auseinandersetzung mit Pommern notwendig. Außerdem hätte er durch seine Reise zum Ungarnkönig Matthias Corvinus als Lehnsherr über Schlesien und damit als einen der rechtmäßigen Könige Böhmens anerkannt. Sogar eine persönliche Huldigung wäre dann notwendig gewesen, die Albrecht auf jeden Fall vermeiden wollte.<sup>(3)</sup> Die Notwendigkeit, selbst zu verhandeln und die Unmöglichkeit, vor Ort sein zu können, macht die elementare Wichtigkeit des funktionierenden Botenwesens in diesem Fall besonders deutlich. Die Verwendung von fremden Boten war durch die Umstände erzwungen, war aber letztendlich erfolgreich.<sup>(4)</sup>

Neben den Boten des ihm politisch nahestehenden Herzogs Heinrich von Münsterberg schickte Albrecht auch Briefe durch Boten anderer Fürsten. So geschehen im Sommer 1473 und wieder in einem Moment, in dem Albrecht mit einer seiner Gesandtschaften kommunizieren musste. Die Räte Eyb und Hertnid von Stein reisten zusammen mit dem Kaiser durch Südwestdeutschland und gaben regelmäßig Berichte nach Ansbach, wobei in den meisten Fällen nicht zu bestimmen ist, welche Boten zum Einsatz kamen.<sup>(5)</sup> Erst bei einem Schreiben aus dem August 1473 kommen wir auf die Spur der Boten. Denn am 17. August 1473, als sich der kaiserliche Hof und mit ihm auch die Gesandten Albrechts von Baden nach Straßburg weiter bewegt hatten, setzten die Räte einen ausführlichen Bericht ab. Sie schrieben darin ihrem Herrn: Der vorangegangene Bericht aus Baden, datiert auf den 15. August, sei „... *bei des konigs von bolan potschaft geschriben ...*“ „...*ursach halben, das wir zweifelten, ob die botschaft zu e.g. kom, domit die brief nit in ander hend dann in e.g. gelangten.*“<sup>(6)</sup>

<sup>1</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>2</sup> Die Politik Friedrichs von Liegnitz (1445-1488) ist nachgezeichnet bei Georg Jaeckel, a.a.O.

<sup>3</sup> Siehe Priebatsch, Der Glogauer Erbfolgestreit, a.a.O.

<sup>4</sup> Die Verhandlungen verliefen für Brandenburg positiv. Man einigte sich nach dreijährigen Gesprächen bei dem schließlich im August 1482 geschlossenen Ausgleich darauf, dass Brandenburg als Entschädigung für das – ohnehin verlorene – Glogau 50 000 Gulden bekam. Nach weiteren Verhandlungen und Konflikten wurde der Vertrag im Abkommen von Kamenz 1482 so abgewandelt, dass Brandenburg vier Herrschaften in Schlesien als Pfandlehen erhielt. Wichtig war, dass man sich in Zukunft aus dem Streit der Böhmenkönige heraushalten konnte, Albrecht die persönliche Huldigung vermieden hatte, weil die Herrschaften nur als Pfandlehen an ihn gingen, und so seine Beziehungen zum Kaiser nicht belastet wurden. Die Verhandlungen auf dem Olmützer Tag von 1479 sind nachgezeichnet in SS Rer. Sil., Band 13, S. 270 ff. Die positive Bewertung lieferten Nehring, a.a.O. und Priebatsch, Erbfolgestreit, a.a.O.

<sup>5</sup> Siehe oben Kapitel 1.4.1.

<sup>6</sup> Priebatsch I, Nr. 660, S. 554 ff.

Der Transport der Botschaft durch die vor Ort zur Verfügung stehenden Boten – wer immer diese auch gewesen sein mögen – schien den Räten also nicht sicher genug zu sein. Sie entschieden sich, den Brief der ohnehin zu Albrecht reisenden Gesandtschaft des Polenkönigs mitzugeben. Zwar standen sich der polnische König Kasimir und Albrecht zur damaligen Zeit politisch recht nahe und ihre Interessen gerade in böhmischen Fragen stimmten überein. Dennoch ist die Übermittlung von heiklen Nachrichten durch fremde Gesandte ein großer Unsicherheitsfaktor. Dass man darauf offensichtlich angewiesen war, zeigt erneut, dass die Nachrichtenübermittlung von den Verhandlungen als alles andere als gesichert gelten musste. Im nachfolgenden Brief wurde Albrecht über den gewählten Übertragungsweg informiert. Dies wiederum macht deutlich, dass die Gesandten selbst nicht ganz sicher waren, ob sie den richtigen Weg gewählt hatten.

Den Boten eines weiteren Verbündeten, des Königs von Dänemark, benutzte Albrecht im September des Jahres 1474. Im Zusammenhang mit dem Reichskrieg gegen Karl den Kühnen, versuchte Kaiser Friedrich III. auch den Dänenkönig Christian I. als Verbündeten gegen den Burgunder zu gewinnen. <sup>(1)</sup> Er sollte durch den Gesandten Seybold zu Rambach zum antiburgundischen Bündnis überredet werden und der Kaiser forderte Albrecht auf, Christian im nämlichen Sinne zu bearbeiten. <sup>(2)</sup> Albrecht tat dies, indem er dem Seybold, der zu ihm nach Cadolzburg gekommen war, eine entsprechende Beglaubigung mitgab. Dies teilte Albrecht dem Dänenkönig in einem ausführlichen Brief mit, den er durch „den dänischen Boten“ zustellen ließ. Weil es noch eine geraume Zeit dauern werde, bis der Gesandte Seybold zu Christian kommen werde, schicke er schon einmal eine Credenz, so Albrecht. <sup>(3)</sup> Der dänische Bote, der wohl im Gefolge Seybolds nach Cadolzburg gekommen war, sollte den Dänenkönig schneller über die Absichten Albrechts informieren, als es der langsamere reisende Gesandte tat. Die Nachricht, die der fremde Bote anvertraut bekam, war auch nicht brisant, da sie ohnehin für seinen Herren bestimmt war.

Um über das Kriegsgeschehen im Westen des Reiches besser informiert zu sein, versuchte Albrecht Nachrichten von dort zu bekommen. Teilweise geschah dies mit Erfolg, wenn man den Brief des Michel von Schwarzenberg betrachtet, der im Auftrag des Herzogs Ludwig von Pfalz-Veldenz an Albrecht geschrieben war. Das fragliche Schreiben ist datiert vom 22. Oktober 1474, die Quelle verrät uns aber nicht den Absendeort. <sup>(4)</sup> Der kleine Brief enthält eine Fülle von wichtigen militärischen und diplomatischen Nachrichten an den Fürsten. Außerdem wurde die Abschrift eines Berichts des Dompropstes Thomas von Cilli aus Konstanz, der im Dienste Herzog Sigmunds von Tirol stand, an den Kaiser beigelegt.

Überbracht wurde das Schreiben mit dem wichtigen Inhalt von einem offensichtlich völlig Außenstehenden. Denn Schwarzenberg schreibt: „*geschr. under meins wirts botschaft gebrechenhaft des meinen*“. <sup>(5)</sup> Egal, ob Schwarzenberg nur in diesem konkreten Augenblick keinen eigenen Boten hatte, oder generell nicht auf die Dienste eines eigenen Knechtes zurückgreifen konnte, zeigt sich wieder, dass das mangelhaft organisierte Botenwesen eine Schwachstelle der kurfürstlichen Politik war.

<sup>1</sup> Der mögliche Beitrag des Dänenkönigs im Krieg gegen Burgund scheint ein sehr peripheres Ereignis gewesen zu sein. Womöglich wollte er zusammen mit dem Bischof von Münster eine zusätzliche Front im Nordwesten aufbauen. Er unterbreitete sogar das Angebot, seinen Schwiegersohn, König Jakob III. von Schottland, als weiteren Verbündeten zu aktivieren. Dies zeigt m. E. die Abseitigkeit dieses diplomatischen Schachzuges, zumal das Verhältnis zwischen Dänen- und Schottenkönig zu diesem Zeitpunkt schon völlig zerrüttet war. Näheres zu diesem Thema findet sich in der Cambridge Medieval History; Band 8; S. 475 ff.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 914, S. 709.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 916, S. 709 f.

<sup>4</sup> STAN, C 3, Nr. 1913, fol. 18; Priebatsch 1, Nr. 952, S. 731 f. Hierbei ist als Einschränkung zu sagen, dass auf dem jetzt im Nürnberger Archiv liegenden Brief keinerlei Zusatz zu finden ist, der sich mit dem Übertragungsweg befasst. Doch Priebatsch muss wohl einen Umschlag oder einen kleinen zusätzlichen Zettel gefunden haben, als die Akten Ende des 19. Jahrhunderts noch in Bamberg lagen.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O.

Diese Schwäche beweist auch ein Schreiben, das in den ersten Januartagen des Jahres 1475 abgefasst wurde. Sebastian von Seckendorf, der Hausvogt von Ansbach, schickte Albrecht am 4. Januar 1475 Nachrichten aus Ansbach an die Front. Dabei schrieb er, dass der Knecht Jörg aus Bamberg mit Zehrung von Ansbach zum Rhein geschickt werde. <sup>(1)</sup> Handelte es sich wirklich um einen Boten aus dem Herrschaftsgebiet des Bischofs von Bamberg, der von den Ansbachern bezahlt wurde, dann könnte man daraus schließen, dass man einen fremden Boten zu einem eigenen machte.

Im Umfeld des Reichskrieges gegen Karl von Burgund ist auch der Einsatz eines landgräflich-hessischen Boten in Albrechts Diensten nachzuweisen. Die kurfürstlichen Räte bestätigten Albrecht mit Datum vom 13. März 1475 aus Bergheim, dass sein Brief, der mit dem Boten des Landgrafen geschickt worden wäre, bei ihnen angekommen sei. <sup>(2)</sup>

Einen Brief aus Cadolzburg nach Cölln, datiert auf den 10. September 1481, überbrachte der Diener des Grafen von Hohenlohe, der am 12. September aus Franken abreiste. *„hat den brief genommen Bertram von Buck, grave Gotfrieds von Hohenloe diener am mittwoch nach nativitatis marie.“* <sup>(3)</sup> Albrecht schickte mit diesem Schreiben Abschriften von Briefen aus Prag, die als Antwort auf die Zusendung des päpstlichen Breve die Hochzeitsfrage Ladislaus – Barbara betreffend eingetroffen waren. Albrecht, so führte er in dem Anschreiben aus, wollte, dass Johann auch in der Heiratsfrage auf dem Laufenden bliebe. Die gegenseitige Information der Verantwortlichen in Ansbach und auch in Cölln war ein Hauptanliegen der Nachrichtenübermittlungen zwischen den beiden Residenzen und somit eine zentrale Aufgabe der hauptamtlichen Boten. Es ist daher verwunderlich, dass Albrecht einen völlig fremden Mann, noch dazu einen Angehörigen eines fremden Hofstaates, einsetzte.

Als einen weiteren Boten setzte Albrecht den Kaplan seiner Tochter Ursula von Münsterberg ein. Dieser Priester Heinrich reiste mit einem Schreiben Albrechts am 17. Februar 1471 <sup>(4)</sup> von Ansbach nach Böhmen und sollte dort den Tod des früheren Kurfürsten Friedrich II. verkünden. Aber in dem Brief, den der Kleriker überbrachte, ging es auch um politische Fragen. So wurden Probleme angesprochen, die in den Bündnisverhandlungen zwischen Kaiser Friedrich III. und König Kasimir von Polen aufgetreten waren. Warum der schlesische Kaplan um diese Zeit in Ansbach war, ob er schon einen Brief aus Polen nach Franken gebracht hatte, ist aus den Quellen nicht zu belegen.

Ursulas Kaplan Heinrich wurde nochmals als Bote eingesetzt. Nämlich als er am 29. August 1472 Briefe Münsterbergs und dessen Bruders, des Herzogs Victorin von Münsterberg, zu Albrecht brachte. <sup>(5)</sup> Ob der Kaplan gezielt reiste, oder ob es sich wieder um die Mitnahme von Briefen auf einer Reise handelte, ist nicht zu sagen.

Hertnid von Stein gab einen wichtigen Brief an Albrecht, den er im Juli 1480 aus Rom nach Ansbach sandte, einem Diener des Kardinals von Mantua mit, der auf dem Weg nach Brandenburg war. *„zeiger dits briefs hat eins lehens halben in der margk zu Brannndenburg zu handeln.“* <sup>(6)</sup> Das Schreiben handelte von einem großen Erfolg Steins, dem es gelungen war, die Korrespondenz des Königs Ladislaus von Böhmen mit dem Papst einzusehen. Er hatte die wichtigsten Informationen aus diesen fremden Briefen zusammengetragen und schilderte im Brief an Albrecht unter anderem die geplanten Annäherungsversuche Prags an den Heiligen Stuhl, die durch die Entsendung eines Dominikanermönches angebahnt worden seien.

Sicherlich war der Bote des mit Albrecht verwandten und öfter kooperierenden Kardinals von Mantua vertrauenswürdig. Dennoch ist auch hier wieder festzustellen, dass man bei

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 212; Priebatsch 2, Nr. 5, S. 73.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 209; Priebatsch 2, Nr. 78, S. 127 f.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 119 v.; Priebatsch 3, Nr. 788, S. 92.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., Nr. 44, fol. 208 r.; Priebatsch 1, S. 212 f., Nr. 131.

<sup>5</sup> Priebatsch 1, Nr. 459 f., S. 442.

<sup>6</sup> Priebatsch 2, Nr. 676, S. 623 f.

Botenreisen improvisierte, wenn man ein solch wichtiges Schreiben, durch das Albrecht über einen Schachzug des Böhmenkönigs informiert wurde, einem fremden Kleriker mitgab, der zufällig nach Brandenburg reiste.

Auch Boten von Reichsstädten waren für Albrecht im Einsatz. In den Quellen begegnet uns ein Bote aus der fränkischen Reichsstadt Rothenburg. Albrecht schrieb am 4. Juli 1476 aus Cölln an seine Ansbacher Räte einen Brief, der ein nicht überliefertes Schreiben der Verantwortlichen aus Franken beantwortet und der mit dem Satz beginnt: „*Lieben getreuen, ihr habt uns nechtsmals bey der von Rottemburg botten allerley geschrieben inn derselben brieve, die wir haben gelesen, und ist daruf eins yeden stucks halber unser antwort, wie hernach volgt.*“<sup>(1)</sup>

Dieses „*allerley*“ bestand aus wichtigen diplomatischen, wirtschaftspolitischen und territorialpolitischen Informationen, die sich zumeist um das Verhältnis zu den beiden bayerischen Herzögen, Albrecht IV. von München und Ludwig dem Reichen von Landshut, drehten. Albrechts Rat Ludwig von Eyb war sogar in München zu Verhandlungen mit Albrecht IV. gewesen. Auch darüber stand im Brief der Räte einiges. Es erscheint erstaunlich, dass die Räte einen Boten der Reichsstadt Rothenburg benutzen, um diese durchaus brisanten Nachrichten zu übermitteln. Albrecht hat dieses Verhalten aber nicht kritisiert. Unklar ist, ob er seine Antwort vom 4. Juli auch mit dem Rothenburger Boten zurückschickte. Da an diesem Tag drei Briefe aus der kurfürstlichen Kanzlei in Cölln expediert wurden, der eben zitierte nach Ansbach und je einer nach Bamberg<sup>(2)</sup> und nach Kulmbach auf die Plassenburg<sup>(3)</sup>, könnte es notwendig gewesen sein, auf ihn zurückzugreifen, weil Adressaten bedient werden mussten, die an drei unterschiedlichen Orten lebten.

Am 24. Mai 1479 schickte Albrecht seinen Räten ein Schreiben aus Cölln, in dem er auf die Vorstellungen der Räte bezüglich der Verhandlungen mit Ungarn einging. Er legte ausführlich die Brandenburger Verhandlungslinien dar, listete also Regierungsgeheimnisse auf und schickte den Brief dennoch über Nürnberg nach Ansbach. Denn das Schreiben, das am 2. Juni in seiner fränkischen Residenz ankam, trägt den Kanzleivermerk: „*presentata bei einem von Nur. heraus am mitwuch nach pfingsten.*“<sup>(4)</sup> Zumindest den letzten Teil des Weges legte der Brief folglich in den Händen eines fremden Boten zurück, der offensichtlich in Nürnberg angeworben worden war..

Auch von einem Reichstag in Frankfurt aus wurde ein Schreiben durch einen wohl zufällig reisenden Boten, einen Mitarbeiter des Nürnberger Rates, überbracht. In einem Brief vom 19. Februar 1485 informierten die beiden dort im Auftrag Albrechts tätigen Räte, Ludwig von Eyb und Dr. Johann Pfofel, dass sie Albrecht schon zweimal geschrieben hätten. Ein Schreiben sei durch den fürstlichen Amtmann Ewolt von Lichtenstein zugestellt worden.<sup>(5)</sup> Das zweite Schreiben hingegen sei auf anderem Weg zu Albrecht geschickt worden: „*... sovil der zeit uns zu schreiben vor gewesen ist und darnach aber euren gnaden geschriben bei dem Schilling (ist ein notari zu Nurmberg) und im bevolhen Adam Flurherr (Geleitsmann Albrechts, also eine Art Unteroffizier der Wachsoldaten für die Begleitung, Bewachung und Kontrolle von Warentransporten ; d. Verf.) die brieff zu antworten und im geschriben, die euern gnaden bei aigner potschaft zu stund zu schicken am sontag estomichi (13. Februar; d. Verf.) sovil aber wir zu schreiben gehabt haben.*“<sup>(6)</sup>

Das Schreiben war also am 13. Februar durch den Nürnberger Notar Schilling nach Nürnberg gebracht worden. Dort sollte es Schilling dem kurfürstlichen Beamten Flurherr übergeben und dieser sollte, dem schriftlichen Befehl folgend, der ebenso durch den Notar überbracht

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 26 r.; Priebatsch 2, Nr. 229, S. 241 ff.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., Nr. 32 a, fol. 28 f; Priebatsch 2, Nr. 230, S. 243 ff.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 32 a, fol. 40 f.; Priebatsch 2, Nr. 229, S. 243.

<sup>4</sup> Näheres zu den Briefen siehe Kapitel 1.3.3.

<sup>5</sup> Siehe Kapitel 1.4.2, Boten von hohem Stand.

<sup>6</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 3, fol. 74 f.; Priebatsch 3, Nr. 1048, S. 358.

worden war, das Schreiben von Nürnberg nach Ansbach durch einen eigenen Kurier schicken. Dieser komplizierte Weg musste beschriftet werden, weil die Räte Ewolt von Lichtenstein, der sie wohl nach Frankfurt begleitet hatte, schon am 7. November mit einem Brief losgeschickt hatten. Der weitere den Räten nach Frankfurt mitgegebene Bote war nicht einsatzbereit, weil sein Pferd lahmt. Die erste Antwort Albrechts, die ja von einem Boten überbracht werden musste, stammte vom 11. Februar und kam in Frankfurt am 16. Februar an. Damit stand den Räten ab diesem Zeitpunkt wieder ein Kurier zur Verfügung, der dann auch mit einem dritten Brief vom Reichstag am 19. Februar zurück zu Albrecht geschickt werden konnte.

Schwierigkeiten mit den selbstständigen und sehr eigenwilligen Großbauern aus Dithmarschen beklagte der dänische König Christian I. in einem Schreiben vom 17. Oktober 1474 aus dem holsteinischen Segeberg an Albrecht. Neben den Informationen an Albrecht, der als kaiserlicher Kommissar in der Dithmarschen-Frage eingesetzt war, enthielt das Schreiben auch die Bitte um Hilfe und Rat. Die Kanzleinotiz auf dem Brief, die offensichtlich von einem Ansbacher Schreiber auf der Rückseite angebracht wurde, lautet: „*hat herzug Sig. heroltlein meinem herrn geantwortet zu Frankfurt am montag vor Lucie (12. Dezember; d. Verf.) LXXIII.*“<sup>(1)</sup>

Das Schreiben des Dänenkönigs, der seinerseits als Vermittler zwischen Kaiser und Reich einerseits und Karl von Burgund tätig war, wurde also einem Boten des Herzogs Sigmund von Tirol zur Bestellung nach Frankfurt mitgegeben. Albrecht hielt sich zu diesem Zeitpunkt auf der Reise von Franken zum Kriegsschauplatz am Rhein dort auf. Herzog Sigmund, der eine Koalition gegen seinen früheren Verbündeten Karl von Burgund schmiedete, schickte zu dieser Zeit sicherlich öfter Boten aus, die Nachrichten und Pläne weitergeben sollten. Die Mitnahme eines Briefes für einen anderen Fürsten in einer anderen Sache wurde offensichtlich als unproblematische Art der Nachrichtenübermittlung angesehen.

Um den Durchmarsch Ansbacher Truppen durch die wettinischen Fürstentümer nach Brandenburg zu organisieren, hielt sich Albrechts Rat Hertnid von Stein im Juni 1478 am Hof des Magdeburger Erzbischofs auf der Burg Giebichenstein bei Halle auf. Der Briefverkehr zwischen ihm und Albrecht in Ansbach spielte sich über Magdeburger Boten ab. Das ist einem Schreiben Steins vom 15. Juni aus Giebichenstein zu entnehmen, in dem er seinem Fürsten bestätigte, dass er einen Brief Albrechts vom 6. Juni sowie Credenzen durch den Boten des Magdeburger Erzbischofs erhalten habe.<sup>(2)</sup>

Wenn dieses Schreiben Albrechts mit dem Magdeburger Boten kam, so ist davon auszugehen, dass Stein vorher seine Nachricht – das Schreiben stammt vom 30. Mai – auch durch einen Boten des Erzbischofs überbringen ließ. Sicherlich waren es pragmatische Überlegungen, die Stein zum Einsatz eines fremden Boten schreiten ließen, denn offensichtlich hatte er keinen eigenen Mann an der Hand.

Wiederum war es eine Nachricht aus Rom, die den Einsatz eines weiteren fremden Boten notwendig machte. Der Bamberger Kanoniker Martin Thumbeck schrieb am 11. November 1481 einen langen Brief aus Rom, in dem er alle seine bisherigen Schritte an der Kurie zu Gunsten von Markgräfin Barbaras Eheprojekt referierte. Unter anderem führte Thumbeck darin noch aus, dass er sehr schnell bis zum Anbruch des Tages geschrieben habe, damit er das Schreiben an den päpstlichen Bankier Hans Mullner nach Nürnberg schicken könne. Er müsse jetzt aber aufhören, so Thumbeck, weil der Bote, ein Knecht des Grafen von Barby, schon warte.<sup>(3)</sup>

Der Gesandte Albrechts nach Rom wurde von diesem, ebenso wenig wie die Räte, die in Ungarn im Einsatz waren, mit einem eigenen Boten ausgestattet. Man musste auf die Dienste eines Fremden zurückgreifen, in diesem Fall auf einen Mann, der im Auftrag der Familie der

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 944, S. 729.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 413, S. 401 f.

<sup>3</sup> STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 226 I, Fasz. 10, fol. 3; Priebatsch 3, Nr. 809, S. 116 ff.

Grafen von Barby unterwegs waren. Die Grafen erreichten in diesen Jahren die Erhebung eines ihrer Mitglieder in das Straßburger Domkapitel. <sup>(1)</sup> Der Bote, der nach Norden reiste, hatte sicherlich in erster Linie einen Auftrag zu erledigen gehabt, der mit den kirchlichen Angelegenheiten der Barbys zu tun hatte.

Ein dritter Fall, bei dem ein Gesandter Albrechts Berichte aus Rom mit einem fremden Boten schickte, ist uns für den Jahresanfang 1483 überliefert. Diesmal war es wieder Hertnid von Stein, der an der Kurie vorstellig geworden war. Mit Datum vom 4. Januar 1483 schickte Stein einen Zwischenbericht nach Ansbach. Die fränkische Kanzlei fügte dem angekommenen Schreiben dann folgenden Vermerk bei: „... *denselben briefe herr Asmus von Rosenberg bot bracht hat am mitwuch nach purificationis marie.*“ <sup>(2)</sup>

Der Ritter Asmus von Rosenberg ist als Amtmann von Uffenheim nachweisbar. Er nahm auch in der unterfränkischen ritterlichen Bewegung, die versuchte, sich mehr Unabhängigkeit von den Fürsten zu erkämpfen, eine wichtige Position ein. Eigentlich gehörten die Rosenbergs zu den Adeligen des Würzburger Stiftes, doch gerade Asmus lavierte zwischen Würzburg und Brandenburg-Ansbach, um sich größere Unabhängigkeit zu verschaffen. Die Tatsache, dass Asmus die sehr wichtige Position des markgräflichen Amtmannes von Uffenheim innehatte, seit 1378 burggräflicher Besitz und Verwaltungsmittelpunkt der zollerischen Besitzungen zwischen Maindreieck und Frankenhöhe und damit in unmittelbarer Nachbarschaft zum Würzburger Stift gelegen, zeigt die größere Nähe zu Markgraf und Kurfürst Albrecht Achilles. Allerdings pochten die Rosenbergs zusammen mit ihren ritterlichen Verbündeten, wie den Hennebergs und den Lichtensteins, auf eine gewisse Unabhängigkeit auch gegenüber der Markgrafschaft, so dass eine Einordnung des Kuriers unter die Rubrik der fremden Boten geboten erscheint. <sup>(3)</sup>

Offensichtlich der Täuschung des Gegners, in diesem Fall des Landshuter Herzogs Georg des Reichen, diente der Einsatz eines fremden Boten, den Albrecht ausweislich eines Schreibens vom 25. August 1485 anordnete. Der entsprechende Brief sollte an den kaiserlichen Rat Hans Waldner gehen, der sich am Hof Friedrichs III. dafür einsetzen sollte, dass der Kaiser eine Weiterführung des Bündnisses zwischen Nürnberg und Landshut verhinderte. Mit diesem wollte Albrecht nicht durch einen eigenen Boten in Kontakt treten, vielleicht um keine Aufmerksamkeit zu erregen und er bat daher die Stadt Nördlingen, die zu dieser Zeit ohnehin in intensivem Briefverkehr mit dem Kaiser stand, den Brief zu überbringen: Der entsprechende Ansbacher Kanzleivermerk auf dem Brief lautet: „*Disen briefe hat mein g. herr den von Nordlingen geschickt bei irer botschaft dem Waldner zu schicken.*“ <sup>(4)</sup>

Nicht auszuschließen ist es aber auch, dass die Weiterleitung des Briefes an den Kaiser durch die Nördlinger nur praktische Gründe hatte. Albrecht, der die Nördlinger während der Belagerung der Stadt durch Herzog Georg diplomatisch unterstützte, stand in dauerndem Briefverkehr mit dem Rat. Auch vom 25. August 1485, dem Tag des Schreibens an Waldner, gibt es einen Brief Albrechts an Nördlingen. Da der Kaiser im Südwesten des Reiches unterwegs war und die Nördlinger sicher bald wieder einen Boten zum Reichsoberhaupt schicken würden, hätte sich der Kurfürst die Entsendung eines Boten gespart. In dem Schreiben an Waldner stand auch, dass er auf jeden Fall Antwort geben solle und er, Albrecht, den Botenlohn übernehmen wolle.

Nicht klar ausgeführt wurde, ob die Antwort wieder über Nördlingen, oder diesmal direkt nach Ansbach gehen sollte. Ungewöhnlich mutet der Übermittlungsweg des Schreibens auf

<sup>1</sup> Priebatsch 3, S. 118, Anm. 2. Die Grafen von Barby waren ein Adelsgeschlecht im Magdeburger Raum und Angehörige dieses Hauses besetzten vor allem dann im 16. Jahrhundert wichtige kirchliche Positionen in Magdeburg und Lübeck. Siehe Kneschke, Adelslexikon, Band 1, S.193, Gauhe, 1,1, S. 68 f.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 339 r.; Priebatsch 3, Nr. 929, S. 235.

<sup>3</sup> Siehe zur fränkischen Familie Rosenberg, Kneschke, Adelslexikon, Band 7, S. 578. Eine Beziehung zum böhmischen Herrengeschlecht der von Rosenberg-Orsini ist nicht vorstellbar, weil es in der fraglichen Zeit keinen Angehörigen des Hauses mit dem Namen Asmus gab. Siehe: ADB, 19, S. 570.

<sup>4</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 3, fol. 100 v.; Priebatsch 3, Nr. 1119, S. 442.

jeden Fall an. Man muss bedenken, dass Truppen Georgs in der Nähe Nördlingens lagerten und die Stadt bedrängten. Einen Brief, in dem ein diplomatischer Schachzug gegen Georg eingeleitet wurde, ohne Not in die Reichweite der Truppen eben dieses Herzogs zu schicken, war entweder sehr trickreich oder sehr unvorsichtig.

Am 27. November 1476 hatte Graf Ulrich V. von Württemberg Kurfürst Albrecht darüber informiert, dass es im Streit zwischen dem Württemberger Landhofmeister Georg von Absberg und einem fränkischen Gefolgsmann Albrechts, dem Ritter Michel von Schwarzenberg, neue Entwicklungen gebe und sich eine Einigung abzeichne.<sup>(1)</sup> Albrecht antwortete am 1. Dezember und teilte Ulrich mit, dass er den württembergischen Boten in Ansbach behalten und dem Schwarzenberg geschrieben habe. Er, Albrecht, billige die Entscheidung Ulrichs. Am 4. Dezember schrieb Albrecht noch einmal und führte aus, dass er den württembergischen Boten nun zurückschicke, weil Michel von Schwarzenberg nicht zu erreichen sei. Am 11. Dezember folgte dann ein drittes Schreiben Albrechts in dieser Sache an Ulrich, in dem der Kurfürst andeutete, dass Schwarzenberg mit der Entscheidung Ulrichs auch einverstanden sei.<sup>(2)</sup>

Zu welchem Zweck Albrecht den Württemberger Boten in Ansbach zurückbehalten hatte, ist nicht klar. Denn, allein um die erste Nachricht nach Stuttgart zu senden, dass er mit Schwarzenberg Kontakt aufnehmen wolle und den Boten hier behalten habe, musste er schon einen seiner Männer einsetzen. Wahrscheinlich wollte Albrecht, dass man den Württemberger Boten zu Schwarzenberg schickte, um den Entscheid Ulrichs gewissermaßen von einem zuständigen Boten zustellen zu lassen. Das schien aber nicht geklappt zu haben, weil der Bote Schwarzenberg nicht antraf. Ein paar Tage später musste er den Boten aus Stuttgart dann unverrichteter Dinge zurückschicken, um eine Woche später wieder einen seiner eigenen Leute loszuschicken, der die Nachricht über Schwarzenbergs Zustimmung übermittelte.

Die Problematik beim Einsatz fremder Boten, das zeigen die dargelegten Beispiele, lag in erster Linie darin, dass ihr Loyalitätsverhältnis zumindest gespalten war. Neben dem „Botenherrn“, um dieses Wort zu kreieren, waren sie natürlich in erster Linie ihrem eigentlichen Herrn verpflichtet. Albrecht, der sich dieser Problematik sicherlich bewusst war, schien dem in der Realität nicht viel Bedeutung beigemessen zu haben. Natürlich schickte er nur dann fremde Boten, wenn kein Interessenskonflikt offensichtlich war. Aber diese Konflikte traten eben nicht immer klar zu Tage.

So war die Verwendung des Münsterbergischen Boten Mertein bei der Instruktion und der Kontrolle der Ungarn-Gesandtschaft ein Risiko, weil die Familie des früheren Königs Podiebrad natürlich auch ihre eigenen Interessen hatte. Die Geschichte zeigte dann, dass sich sowohl Heinrich von Münsterberg als auch seine Brüder später ihrem ursprünglichen Gegner Matthias Corvinus durchaus annäherten.<sup>(3)</sup>

Besonders Gesandtschaften, die an weit entfernte Orte entsandt wurden, stattete Albrecht nicht immer mit der nötigen Zahl von Boten aus, die sie gebraucht hätten, um eine reibungslose Nachrichtenübermittlung zu garantieren. Sie mussten daher immer wieder auf fremde Boten zurückgreifen, um den Fürsten einigermaßen zeitnah über die Ergebnisse ihrer Gespräche in Kenntnis zu setzen. Das zeigt sich besonders bei den Gesandteneinsätzen in Ungarn und Rom. Der Aufbau eines wenn auch nur temporären Botennetzes zu solch weit entfernten Gegenden scheint Albrecht entweder nicht notwendig erachtet zu haben oder aber er schreckte vor dem organisatorischen Aufwand und den Kosten zurück, die damit verbunden gewesen wären.

Boten fremder Herren kamen deshalb besonders dann zum Einsatz, wenn es sich um Reisen in entferntere Gegenden handelte und auch spezielle geographische Kenntnisse notwendig

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 253, S. 268 f.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 253, S. 268 f.

<sup>3</sup> Der Verlauf der schlesischen Geschichte in den Jahren 1460 bis 1490 ist durch Emil Schiche in seinem Beitrag im ersten Band der Geschichte Schlesiens (Hrsg. von Hermann Aubin) S. 243 – 303, nachgezeichnet. Siehe auch Nehring, a.a.O., S. 160 ff.

waren. Vor allem die Einsätze Merteins in Ungarn sind hier als Beispiel anzuführen. Albrecht ist alles in allem als risikobereiter Pragmatiker zu sehen, der die ad hoc vorhandenen Vorteile des Einsatzes fremder Boten höher einschätzte, als eine mögliche Gefährdung der Geheimhaltung und die damit verbundenen Rückschläge bei längerfristigen politischen Zielen. Es ist allerdings kein konkreter Fall eines Geheimnisverrates durch einen fremden Boten bekannt.

Der Einsatz fremder Boten zeigt aber auch die noch mangelnde Professionalität des Botenwesens. Es scheint hier fast so zu sein, dass der Zufall Regie führte. Ging ein Bote in die entsprechende Richtung, so versuchte man, ihn auch für die eigenen Belange einzusetzen. Zeitliche Verzögerungen, die sich dadurch ergeben haben, dass man nicht eigene Boten zum Einsatz bringen konnte, wurden dabei in Kauf genommen.

#### 2.4.5 Andere Boten – Betroffene als Boten in eigener Sache, geschworene Boten

Der sparsame Umgang mit der Ressource „Briefbote“ zeigt sich besonders in einigen Fällen, wenn sogar Betroffene in eigener Sache mit der Überbringung der Nachricht betraut wurden. Zum einen ist ein Vorgang aus dem Jahre 1476 anzuführen, als es um das Schicksal eines Hintersassen aus dem obergiebirgischen Fürstentum geht. Anscheinend wusste der seit Ende 1475 als Hauptmann auf dem Gebirge wirkende Hans von Redwitz nicht recht, wie er den Fall eines „*armannes*“ namens Ludwig Schulz entscheiden sollte. Er schien Schulz zu Albrecht nach Brandenburg geschickt zu haben, um das Problem vom Fürsten selbst lösen zu lassen. Albrecht reagierte und schrieb mit Datum vom 4. Juli 1476 aus Cölln unter anderem deswegen an Redwitz. Eine Briefstelle lautet: *„hastu vor durch unser Schreiben, das wir dir bei dem Schulzen deshalb getan haben, unser meinung.“* <sup>(1)</sup>

Dieses angeführte Schreiben schien den Archivaren nicht wichtig genug, um es aufzuheben, so dass wir nicht wissen, um welches Anliegen es sich gehandelt hatte. Dennoch fällt es auf, dass der Hintersasse im eigenen Fall zwischen seinem Fürsten und dessen oberstem Repräsentanten im Fürstentum auf dem Gebirge als Bote agierte.

Noch ungewöhnlicher ist ein Fall aus dem Jahr 1472, der ebenfalls im obergiebirgischen Fürstentum spielte. Der damalige Hauptmann auf dem Gebirge, Heinrich von Aufsess, berichtete am 1. August dieses Jahres Albrecht über einen Mord in Bayreuth. <sup>(2)</sup> Der Kurfürst antwortete aus Cölln am 11. August und schrieb Aufsess darin seine Ansichten und Befehle zu einer Reihe von Problemen. Dem Brief war noch ein Zettel beigelegt, in dem es um das Totschlagsdelikt ging, vom dem Aufsess berichtet hatte. Aber Albrecht hatte offensichtlich auch aus einer anderen Quelle davon erfahren. Er schrieb Aufsess nämlich, dass ihm der Amtmann von Bayreuth, Apel von Lichtenstein, diese Nachricht ebenfalls hat zukommen lassen. In dem Schreiben heißt es: *„Als du uns auch schreibst des todslags halben, der durch den Lochner an dem tuchscherer zu Beireut begangen ist, hat uns unser amptman zu Beyreut Apel von Lichtenstein, ritter, nechstmals desselben handels halb und war er dorinn gehandelt hab, geschriben, den brief uns der Lochner selbst zubracht hat, bey dem wir im wider doruf geantwortet haben, als du des alles abschrift und dabey wie wir im itzund aber schreiben, hirinnen verslossen vernemen wirst, des auch also ein wissen zu haben. Datum ut supra.“* <sup>(3)</sup>

Der Brief des Hauptmanns von Aufsess vom 1. August führt aus, dass ein Erhart Lochner den Fritz Tuchscherer, Bürger von Bayreuth, erschlagen habe. Der Ankläger verweigere dem Lochner freies Geleit, aber Amtmann Lichtenstein habe es dem Lochner nun gegen den

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 30 r.; Priebatsch 2, Nr. 229, S. 243.

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. I, fol. 4; Priebatsch 1, Nr. 445, S. 435.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 112 r.; Priebatsch 1, Nr. 453, S. 438 f.

Willen des Anklägers zugestanden. <sup>(1)</sup> Der Angeklagte, von dessen Täterschaft in beiden Briefen ausgegangen wurde, reiste also erst nach Zusicherung freien Geleits zum Fürsten, um sich zu rechtfertigen, wobei nicht klar wird, ob er in Bayreuth im Gewahrsam des Amtmannes oder doch zumindest für diesen greifbar war. Oder aber ob es so war, dass er sich versteckt gehalten hatte und sich erst nach der Zusicherung des Geleits den Behörden stellte. Entscheidend für unsere Frage ist, dass der Amtmann seinen Bericht über den Vorfall, der sicherlich bei der Urteilsfindung eine wichtige Rolle spielen würde, durch den mutmaßlichen Täter zum Fürsten schickte.

Noch ungewöhnlicher erscheint, dass Albrecht seine Entscheidung über den Fall wieder mit dem Angeklagten zurück zum Gerichtsstand überstellen ließ. Leider ist das Schreiben Albrechts, das auch in Kopie an den Hauptmann auf dem Gebirge ging, nicht überliefert, so dass wir den Tenor seiner Entscheidung nicht kennen. Albrecht schien sich keine Gedanken darüber gemacht zu haben, dass Lochner den Brief lesen oder sich vorlesen lassen und bei einer für ihn negativen Entscheidung untertauchen könnte. Möglicherweise war die Stellungnahme des Kurfürsten auch günstig für den Angeklagten, so dass er im Gegenteil dafür Sorge zu tragen wusste, das Schreiben Albrechts dem Richter zukommen zu lassen. Als eine gewisse Absicherung dagegen, dass das Urteil, oder besser gesagt die Vorgaben des Fürsten für das Urteil, nicht gänzlich verschwanden, diente die Kopie an den Vorgesetzten des Amtmannes. Der Ausgang des Verfahrens ist aus den Quellen nicht zu entnehmen.

Ein Schreiben Albrechts an Hauptmann Hans von Redwitz wurde im Dezember 1475 auch durch einen persönlich betroffenen Boten überbracht. Redwitz bestätigte seinem Fürsten durch ein Schreiben vom 19. Dezember von der Plassenburg, dass er auf einen „*schriftlichem bevehle ewer gnaden*“ warte. Ihm sei bekannt, dass dieser Befehl abgegangen, ihm aber noch nicht zugegangen sei. Er warte aber, bis die Anweisungen des Kurfürsten bei ihm sei, die „... *aber wol in des Paulesen von Streytberg selbs person halben durch eynen euren gnaden verwanten, der in sollichen euern gnaden und der herschaft bests wyget, an mich und den lantschreiber gelanget.*“ <sup>(2)</sup> Bei dem Vorgang handelte es sich um die Übergabe des Kleinen Kulms, der Burg der Familie von Streitberg an der Wisent bei Ebermannsstadt an den Sohn des derzeitigen Inhabers, Paul von Streitberg. Er selbst überbrachte den offiziellen Befehl Albrechts an den Hauptmann.

Ein weiterer Fall ereignete sich im Februar 1480. Der neue Bischof des exemten pommerschen Bistums Cammin, Marianus de Fregeno, reiste im Frühjahr von Rom, wo er kurz vorher von Sixtus IV. zum Bischof von Cammin providiert und schließlich auch geweiht worden war, an die Ostsee. Die Situation in Stift und Bistum Cammin war sehr verworren, weil dort nach dem Tod Bischofs Iwens im Jahr 1471 erst ein polnischer Bischof vom Papst eingesetzt worden war, der sich dann aber weigerte, das ihm zugedachte Amt anzutreten. Das Domkapitel postulierte nun Graf Ludwig von Eberstein zum Bischof und Administrator. Dies wiederum erkannte die Kurie nicht an und setzte deshalb im März 1479 den ebenso erfolgreichen wie umstrittenen Ablassprediger Fregeno als Bischof ein. Auf der Reise in sein Bistum machte dieser auch in Ansbach und Cölln halt, um mit den Brandenburger Fürsten politische Gespräche zu führen. <sup>(3)</sup>

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. I, fol. 4; Priebatsch 1, Nr. 445, S. 435.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 166, S. 191.

<sup>3</sup> Konnte er sich zuerst mit Hilfe Bogislaws in Cammin durchsetzen, so musste er doch schließlich auf Druck des Kapitels abberufen werden, als zusätzlich zu den Streitigkeiten in Cammin erneut Beschwerden gegen ihn auftauchten, die im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Ablassprediger standen. Er starb im Juli 1482 in Rom, wohin er gereist war, um sich zu rechtfertigen. Zur Person des Bischofs siehe Eubel, Hierarchia, Band 2, S. 116 und Gatz, Bischöfe, Band 2, S. 195 ff. Dort findet sich noch weitere Literatur über den Kirchenmann. Über die Politik Brandenburgs gegenüber dem Bistum Cammin siehe Priebatsch 2, Einleitung, S. 58, Materna/Ribbe, a.a.O., S. 226 ff. und Eggert, a.a.O. Im Endeffekt konnte sich Fregeno also nicht gegen das Domkapitel und seinen Gegenkandidaten, den Grafen von Eberstein, durchsetzen.

Kurfürst Albrecht gab Marianus de Fregeno nach dessen Besuch in Ansbach im Februar 1480 ein Empfehlungsschreiben an Johann mit, in dem der Bischof sogar als kurfürstlicher Rat bezeichnet wurde. Diesen Brief überbrachte der Bischof selbst: *„Brief an meinen herrn marggrave Johannsen von wegen des bestetigten bischofs von Camyn. Hat er den brief selbs genomen.“* <sup>(1)</sup> Der Bischof nahm die Credenz für sich selbst mit, was ein eigentlich alltäglicher Vorgang war. Doch das Schreiben an Johann war mehr als ein Empfehlungsschreiben. Denn Albrecht wies den Kurprinzen und Statthalter in der Mark darin an, wie er sich in den absehbaren Auseinandersetzungen im nördlich Brandenburgs gelegenen Bistum verhalten sollte: *„Lieber sone. Dieser gegenwertiger herr Marianus, bestetigter vom stul zu Rom zum bisthum zu Camyn hat uns gebeten umb forderung und ist worden unser rate und erbeut sich groß fur sein person. des stifts halben haben wir kein wort mit im geredt, dann wir entwesten, ob es die richtigung erleyden mocht oder nicht. Wie es gegen dem andern und seiner freuntschaft ein gestalt hat, ist euch auch unverborgen, doch ist nichts dorinnen beslossen oder volzogen. Der wurd euch sein nottorft erzelen, do werdt ir euch wol nach gestalt der sach geburlich innen wissen zu halten. Datum am sonntag reminiscere LXXX.“* <sup>(2)</sup> Albrecht hielt seinen Sohn also zu größtmöglicher Vorsicht und Neutralität an und gab zu bedenken, dass man die Verträge und die guten Beziehungen zum regierenden Bischof Eberstein bei allen Entscheidungen berücksichtigen müsse. Diese Anweisungen an den Statthalter gehörten eigentlich nicht in die Hand desjenigen, der in den politischen Auseinandersetzungen Partei war.

Überraschenderweise existiert ein weiteres Schreiben Albrechts an Johann aus diesen Tagen. Es war einer der vielen Briefe, in denen man sich mit den Steuerstreitigkeiten in Brandenburg befassen musste. Interessant ist, dass es am 28. Februar, *„montag nach dem sonntag reminiscere“*, und damit nur einen Tag nach dem Schreiben abgefasst wurde, das Fregeno mitnahm. Ausweislich der Kanzleinotiz wurde es vom Eilboten Bayerlein überbracht: *„antwort meins herrn uf das schreiben, so im mein herr marggrave Johanns gethan hat bei dem Beyerlein dinstag nach invocavit.“* <sup>(3)</sup> Eilbote Bayerlein war also kurz vorher nach Ansbach gekommen und hätte wohl das etwas zweideutige Empfehlungsschreiben oder zumindest den Teil, in dem die für Johann gedachten Ratschläge standen, übermitteln können. Doch man tat dies nicht und gab den Brief Fregeno mit auf die Reise.

Erbstreitigkeiten schien es im Hause der Berliner Familie Markow <sup>(4)</sup> gegeben zu haben. Johann konnte oder wollte diese nicht entscheiden und legte den Fall seinem Vater in Franken vor, der die Entscheidung seinerseits aber wieder unter Hinweis auf allgemeine Rechtsgrundsätze an Johann übertrug. Die Kanzleinotiz des auf den 7. Mai 1480 datierten Schreiben Albrechts lautet: *„Antwort meinem herrn marggrave Johannsen des Merckawers halben von Berlin.“*

Das nur kurze Schreiben soll auch vollständig zitiert werden: *„Lieber son. als ir uns habt geschriben bey dem Merckawer, haben wir versehen. Und nachdem der knab nu mündig ist und einred hat, die wöllet hören, und last darumb ergeen, sovil und recht ist.“* <sup>(5)</sup> Ein Mitglied der Familie Markow diente in der internen Auseinandersetzung also als Bote.

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 63 b; Priebatsch 2, Nr. 647, S. 588. Neben dem Dokument aus der Ansbacher Kanzlei, das im Nürnberger Staatsarchiv liegt, existiert noch eine Zweitschrift der Credenz in den Brandenburger Archiven. Das Exemplar in Berlin hat keine Kanzleinotiz. Die ist nur auf dem Dokument zu finden, das in Nürnberg liegt, woraus zu schließen ist, dass der Ansbacher Kanzleischreiber sie als eine Art von Ausgangsbeleg auf dem Exemplar anbrachte, das im Ansbacher Archiv blieb. Hier wiederum stoßen wir auf ein Zeichen von rationaler Herrschaftsausübung. Albrecht behielt eine Kopie des Schreibens an Johann in seinem Archiv und es wurde zur Sicherheit noch angefügt, wer das Schreiben überbrachte.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 64 r.; Priebatsch 1, a.a.O.

<sup>4</sup> Für die fragliche Zeit ist ein Peter Markow nachgewiesen, der in Leipzig studierte. Quelle: Priebatsch 2, Nr. 663 a, S. 613, Anm. 2.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 71 v.; Priebatsch 2, Nr. 663 a, S. 613.

Zusätzlich dazu überbrachte er als Gelegenheitsbote noch ein Schreiben, das ebenfalls auf den 7. Mai datiert war und an den Brandenburger Kanzler Sesselmann ging. *„Hat der Merckawer den brief genomen zu antworten.“* <sup>(1)</sup> Beide Vorgänge sind nicht Zeichen einer professionellen Botenorganisation.

Städtische Boten, die seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts in vielen Reichsstädten nachzuweisen sind, mussten einen speziellen Boteneid schwören, ihren Dienst gewissenhaft zu erfüllen. <sup>(2)</sup> Ein Eid für die Boten in Albrechts Dienst ist nicht überliefert. Nur eine Quellenstelle nimmt überhaupt Bezug auf diese Frage. Albrecht war wieder einmal in eine der unzähligen Auseinandersetzungen mit seinem Jugendfreund und späteren Widersacher Ludwig von Landshut verwickelt. Der markgräfliche Amtmann von Hohentrüdingen, Ewald von Lichtenstein, informierte Albrecht mit Schreiben vom 6. Mai 1473, dass das dem Landshuter Herzog zugehörige bayerische Landgericht Graisbach markgräfliche Untertanen aus Tuttelbronn vor seine Schranken zitiert habe. <sup>(3)</sup> Albrecht antwortete am 12. Mai aus Augsburg, trug dem Amtmann auf, die Sache weiter zu beobachten, die Tuttelbronner anzuhalten, der Ladung nicht Folge zu leisten und teilte Ewald von Lichtenstein mit, dass er selbst dem bayerischen Amtmann von Graisbach schreiben und sich beschweren wolle. <sup>(4)</sup>

Dieses angekündigte Schreiben stammt vom 16. Mai und ging direkt an den bayerischen Vogt. Albrecht führte darin aus, dass die Absicht, gegen seine Untertanen aus Tuttelbronn und Auernheim in Graisbach zu richten, sofort einzustellen sei, weil die hohe und niedere Gerichtsbarkeit in beiden Orten ihm zustünde. Die Quelle führt weiter aus: *„Mit diesem abgeschriebenen brieff hat peter Semlerlin unseres gnedigen herren geschworener botte gethan unnd alls er danach bei seinem eyd den brieve gethan hatt er gesagt das er diessen brieffe am montag nach cantate umb zwei hore nach mittag zu graispach geantwortet hab an das gericht den hab der kastner aufgebrochen und in selbst gelesen dornach hab diser dy leutt von. graispach geruffen und den brieff den schoppen auch gelesen hab.“* <sup>(5)</sup>

Albrecht schien von Augsburg aus also direkt nach Graisbach geschrieben zu haben und setzte für diesen staatsrechtlichen Akt einen geschworenen Boten ein, der ein markgräflicher Machtbote oder Herold gewesen sein dürfte. Dessen Aufgabe war es nicht in erster Linie eine Nachricht an den bayerischen Amtmann in Graisbach zu überbringen, sondern ein formelles Protestschreiben. Der Aussage des Amtsboten, der diese durch seinen Eid bestätigte, wurde großes Gewicht beigemessen. Er bezeugte, dass der Rechtsakt, die Übergabe des Protestschreibens und die öffentliche Verlesung vor den Schöffen in Graisbach, stattgefunden

<sup>1</sup> STAN, a.a.O.

<sup>2</sup> Die Forschungen zu den städtischen Ratsboten und deren Vereidigung ist recht umfangreich. Die Botenordnung der Reichstadt Straßburg erwähnt bereits zu Beginn des 14. Jahrhunderts den Boteneid. Unklar ist oft, um welche Art von Boten es sich handelte. Handelte es sich um Briefboten, die in den Quellen auch „brivedregher“ genannt werden, oder haben wir Macht- oder Ratsboten vor uns? Siehe dazu die Ausführungen in der Einleitung.

<sup>3</sup> STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 66 v. f.; Priebatsch 1, Nr. 566, S. 505. Hintergrund der Auseinandersetzung ist der immer wieder auftauchende Streit beider Fürsten um Gerichtsrechte. Nach der Erwerbung des Graisbacher Landgerichts versuchte der Landshuter Herzog dieses zur Ausdehnung seines Einflusses in den Gebieten entlang der Donau und auch in den Einflussbereich Albrechts hinein zu gebrauchen. Auch gegenüber den Reichsstädten Donauwörth und Nördlingen erwies es sich als wichtiges Instrument im Machtkampf. Anlass des von Bayern versuchten Verfahrens vor dem Graisbacher Landgericht war ein Streit zwischen den Orten Langenalthem und Tuttelbronn um Holzrechte. Am 24. Januar 1473 meldete der Amtmann von Hohentrüdingen das erste Mal etwas über den Streit. Einige der beteiligten Bauern würden zum Landgericht Graisbach gehören und hätten den Fall dort vorgebracht. Von dort seien nun beide Gemeinden vorgeladen worden, so der Bericht des Amtmanns. Die Statthalter berichteten dies dem in Brandenburg weilenden Kurfürsten am 18. März und fügten hinzu, dass man zusammen mit den anderen nicht-bayerischen Grundherrschaften in diesen Dörfern, dem Bischof von Eichstätt und dem Marschall von Pappenheim, verhindern wolle, dass die Bauern vor das bayerische Gericht gezogen würden. Quelle: Priebatsch 1, Nr. 544, S. 492 f., bes. Anm. 5. Da der Graisbacher Vogt dennoch die Bauern vorlud, weitete sich der Konflikt ins Grundsätzliche aus und Albrecht intervenierte selbst.

<sup>4</sup> STAN, Bayerische Bücher, a.a.O., fol. 67 v. f.; Priebatsch 1, Nr. 567, S. 506.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., fol. 68 r.; Priebatsch 1, a.a.O.

hatte. Der Bote Semler taucht in den Quellen nur einmal auf, es ist also nicht auszumachen, in welcher sonstigen Funktion der Mann am Hofe des Kurfürsten stand. Er schien aber im Gefolge des Fürsten zu reisen, weil dieser den Machtboten direkt von Augsburg aus nach Graisbach geschickt hatte.

#### 2.4.6 Fazit

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Aussagen in den Quellen über die Arbeit und die soziale Herkunft der Boten in der Regierungszeit Albrechts den Versuch deutlich werden lassen, Strukturen zu schaffen. Es gelang dem Fürsten, eine Reihe von Männern auszurüsten und bereitzuhalten, die als das Rückgrat des Botenwesens gelten konnten. Die auch explizit als Eilboten bezeichneten Männer, von denen wir mit Kunz, Bayerlein und Heinzlein drei konkret fassen können, stellten den Nachrichtenverkehr des Kurfürsten zwischen seinen wichtigsten Herrschaftszentren sicher. Einige weitere quellenmäßig fassbar Kuriere ergänzten die Arbeit dieser Eilboten.

Besonders hervorzuheben ist das große Vertrauen, das der Fürst auch in Boten von einfacher Herkunft setzte. Nicht nur, dass er ihnen wichtige Briefe anvertraute, was an sich schon erwähnenswert ist. Darüber hinaus wurden auch mündliche Nachrichten der Reiter akzeptiert. Und Albrecht verließ sich sogar auf ihre Meinung und ihre Auskünfte, wie sich in den Fällen zeigte, als Albrecht die Aussage eines Boten den Worten seines Sohnes gegenüberstellte, ja dem Eilboten Bayerlein sogar eher Glauben schenkte als Johann. Hier ist eine Differenzierungsfähigkeit Albrechts zu erkennen, die bemerkenswert ist. Der Fürst diskutierte mit den Boten sicher nicht die große Politik, aber die Zustände am Hof und das Verhalten der hohen Herren, von dem die Boten aus niedrigerem Stand sicherlich eine dezidierte Meinung hatten, ließ er sich von ihnen sehr wohl darlegen.

Zusätzlich zeigt die Untersuchung der Arbeit der Boten, dass es neben der strukturell organisierten Tätigkeit der hauptamtlichen Boten, die in erster Linie auf der Strecke zwischen Ansbach und Cölln im Einsatz waren, noch viele Felder gab, in denen die Organisation noch nicht so weit fortgeschritten war. Viele Nachrichten wurden von Leuten überbracht, die gerade verfügbar waren und in die entsprechende Richtung reisten. Das Nebeneinander von modernen staatlichen Organisationsprinzipien und noch völlig personenbezogenen und sehr oft nur ad hoc organisierten Aktionen, wie sie für den spätmittelalterlich/frühneuzeitlichen Staat charakteristisch sind, zeigt sich auch in der Struktur der Botenarbeit bei Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg.

## 2.5 Bezahlung der Boten

Regieren kostet Geld. Das war auch in der Zeit des Markgrafen Albrecht Achilles nicht anders und auch das Botenwesen musste aus dem Haushalt der zollerischen Fürstentümer finanziert werden. Es wird zu prüfen sein, ob dem Fürsten die Aufrechterhaltung seiner Kommunikationsstränge einen finanziellen Einsatz wert war. In der Forschung gilt Albrecht Achilles als sparsamer Haushalter. Er wird im Gegensatz zu seinen Vorgängern und Nachfolgern sowohl in den fränkischen Fürstentümern als auch in Brandenburg als die große Ausnahme gesehen, da er nicht nur die Ausgaben drosselte, sondern auch neue Einnahmequellen erschloss.<sup>(1)</sup> In dem fränkischen Ritter Ludwig von Eyb, der über Jahrzehnte in seinem Dienst stand, hatte er einen zur Systematik neigenden obersten Finanzbeamten gefunden, dem es gelang, zumindest in den fränkischen Fürstentümern einen ausgeglichenen Haushalt zu garantieren.<sup>(2)</sup> Seine für unsere Untersuchung hier wichtigste Leistung war es allerdings, recht genaue Aufzeichnungen über die finanziellen Verhältnisse der Regierungszeit Albrechts hinterlassen zu haben, Quellen, auf die wir uns auch bei der Klärung der Frage nach dem Botenlohn dankbar stützen können.

### 2.5.1 Hinweise auf Botenlohn im markgräflichen Haushalt und die Bezahlung der Boten

Da die finanziellen Verhältnisse in Albrechts Regierungszeit vor allem durch die Aufzeichnungen Eybs quellenmäßig einigermaßen gut erschlossen und auch wissenschaftlich bearbeitet sind<sup>(3)</sup>, finden wir sehr detaillierte Angaben darüber vor. In drei der vier überlieferten Haushaltsrechnungen – sie stammen aus den 50er und 80er Jahren – sind auch die Ausgaben für Boten erwähnt. Es sind diese Haushaltsrechnungen, das muss im Vorfeld gesagt werden, keine verbindlichen Etats im späteren haushaltsrechtlichen Sinn. Es handelt sich eher um Vorstellungen, in welcher Höhe sich die Ausgaben im Idealfall bewegen sollten.<sup>(4)</sup> Abweichungen in der Realität nach unten und oben sind wahrscheinlich. Dennoch zeigen sie, welche relative Bedeutung ein Haushaltsposten und damit die dadurch finanzierte Leistung zu einer bestimmten Zeit hatte.

---

<sup>1</sup> Siehe zu diesem Punkt besonders die Ausführungen Albert Kotelmans, Die Finanzen des Kurfürsten Albrecht Achilles. 1. Teil. In: Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde, Band 3, 1866, S. 1 – 28. und 2. Teil. a.a.O., S. 95 – 105. Ob diese ausschließlich positive Bewertung aufrecht erhalten werden kann, ist fraglich. Denn die Finanzpolitik des Kurfürsten vor allem in Brandenburg ist m. E. sprunghaft und führte auch zu keiner nennenswerten Besserung der finanziellen Situation des Staatshaushaltes. Vor allem der Versuch, neue indirekte Steuern auf Bier und Wein, das sogenannte Tonnengeld, einzuführen, ohne die politischen Rahmenbedingungen dafür geschaffen zu haben, ist kein Beweis für finanztechnisches Geschick. Es ist allerdings nicht Aufgabe dieser Arbeit, die haushaltstechnischen und finanzpolitischen Leistungen des Fürsten detailliert zu untersuchen. Diese Fußnote soll nur als Anregung dienen, sich die Finanzpolitik Albrechts kritischer anzuschauen.

<sup>2</sup> Eybs Leben ist im Werk von Albert Werminghoff, Ludwig von Eyb der Ältere, Halle, 1919, detailliert nachgezeichnet. Zur Biografie von Eyb ist zudem die Einleitung im Werk Christian Meyers, Aus dem Gedenkbuch des Ritters Ludwig des Älteren von Eyb, heranzuziehen. Sein diplomatisches Wirken wurde von einem seiner Nachkommen, Volker von Eyb, in einer juristischen Dissertation aus dem Jahre 1973 untersucht: Ludwig von Eyb und die friedliche Streiterledigung unter territorialen Reichsständen zu Ausgang des Mittelalters. Würzburg, Diss., 1973.

<sup>3</sup> Die einschlägigen Quellen sind bei Priebatsch, a.a.O. ediert. An den jeweiligen Stellen wird genau darauf verwiesen. Analysiert ist die Finanzverwaltung außer bei Kotelmann auch sehr detailliert in der oben genannten Arbeit von Werminghoff und bei Christian Meyer. a.a.O. Kotelmann ermittelte, dass die Einnahmen Albrechts in den mehr als 45 Jahren seiner Regierung stetig zunahmen und sich bis 1485, dem Jahr, für das wir als letztes Zahlen haben, mehr als verdoppelten. Die laufenden Ausgaben für den Hofstaat und die persönlichen Aufwendungen hingegen seien weitgehend gleich geblieben. Das übrige Geld fand Verwendung in politischen Geschäften, militärischen Ausgaben oder landete im Staatsschatz. Siehe Kotelmann, 2. Teil, S. 97.

<sup>4</sup> So auch das Ergebnis der Analysen Kotelmans und Meyers.

Weiterhin erfahren wir etwas über Botenlohn in der brandenburgischen Hofordnung von 1470, wie oben in Kapitel 1.1 schon ausführlich dargelegt wurde.

Bei der chronologischen Behandlung stößt man als erstes auf die Aufstellung für den markgräflichen Haushalt in Ansbach, wie sie in den 40er und 50er Jahren von Eyb konzipiert worden war. In der Forschung wurde diese Haushaltsordnung außer durch Kotelmann – wie schon erwähnt – auch noch von Christian Meyer im Jahre 1890 näher untersucht und auf 1458 datiert. <sup>(1)</sup>

Die engen personellen Verbindungen, die ab 1470 zwischen dem Ansbacher Hof sowohl beim Personal als auch der Struktur nach mit der kurfürstlichen Verwaltung in Cölln bestanden haben, machen diese Quelle darüber hinaus weiter interessant. Denn Ludwig von Eyb, aus dessen Feder – wie oben schon gezeigt – die brandenburgische Hofordnung stammen könnte, zeichnet dann wohl auch noch für die späteren Haushaltsentwürfe aus den 80er Jahren verantwortlich. Und: In allen Entwürfen – denjenigen für die 50er und denjenigen für die 80er Jahre – taucht der Punkt Botenlohn ebenso auf wie in der Hofordnung von 1470. Es ist hier von einer großen Kontinuität zu sprechen.

Sehen wir uns nun zuerst die Haushaltsordnung der 50er Jahre an, die im Gedenkbuch des Ritters Ludwig von Eyb undatiert überliefert ist und die von der Forschung, wie schon gesagt, im Jahr 1458 angesiedelt wird. <sup>(2)</sup> Als erstes ist die Datierungsfrage zu klären. Eyb schreibt in seinen Aufzeichnungen: „*In des mas ist meins herrn haushaltung gestanden bey meiner gn. Frawen seligen von Baden, ee dann er gen Österreich zoch.*“ <sup>(3)</sup> Damit können wir die Zeit genau eingrenzen, denn Albrecht war 1446 bis 1457 mit Margaretha verheiratet; sie starb am 24. Oktober 1457. In den Diensten des Hauses Österreich war der Markgraf in den Jahren 1455 bis 1457. <sup>(4)</sup> Das führt nun, was die angenommene Datierung ins Jahr 1458 angeht, zu einigen Problemen. Denn der Dienst bei Kaiser Friedrich III., für den er in der Steiermark gegen eine Adelsfronde kämpfte, war 1457 zu Ende. Die Gültigkeit der Haushaltsansätze kann sich also nicht auf das Jahr 1458 beziehen, wie Meyer, Höfler und auch Werminghoff meinen, sondern auf die Jahre vor 1455. Aufgezeichnet müssen sie allerdings nach dem 24. Oktober 1457 worden sein, als Margarete von Baden schon gestorben war. <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> Christian Meyer, a.a.O., Einleitung, S. II – IV.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliches Buch, Nr. 17. Das Originalbuch ist nicht erhalten, doch es existiert eine Abschrift aus dem Jahr 1492, wie die Überschrift zeigt. „*anno domini MCCCC im LXXXII jahr am sonntag nach sant Matheistag ist die ordnung und handelung geschriben auss herrn ludwig von Eyb ritter Buch der herrschaft zu Brandenburg zu gut.*“ Eyb hatte sich wohl in den langen Jahren seines Wirkens ein Buch mit Handakten zusammengestellt, das nun ein Schreiber kopierte, um möglicherweise sonst nirgends mehr vorhandene Dokumente wieder dem allgemeinen Archiv zugänglich zu machen. Außer Eybs Buch kopierte er in das Herrschaftliche Buch XVII allerdings noch weitere Dokumente. Da dies noch zu Leb- und Dienstzeiten Eybs geschah, ist die Verlässlichkeit der Quelle garantiert. Ediert ist die Quelle zweimal, allerdings nie komplett. Constantin Höfler, Ritter Ludwig's von Eyb Denkwürdigkeiten brandenburgischer Fürsten, Berlin, 1849, veröffentlichte Teile des Werks. Die für uns entscheidenden Teile sind nachzulesen bei Meyer, a.a.O. Beide Herausgeber versahen ihre Werke mit einer umfangreichen Einleitung.

<sup>3</sup> Meyer, a.a.O., S. 4 f. Eyb selbst kommt in seiner Berechnung auf eine Summe von 10 350 Gulden. Doch das ist dadurch zu erklären, dass er einen Posten falsch multiplizierte und um 600 Gulden zu wenig herausbekam.

<sup>4</sup> Wir verfügen als Quelle dafür Prozessakten, die einen Streit zwischen Albrecht und Dörfern im heutigen Württemberg um die Rechte am Federsee bei Buchau dokumentieren. Sie sind in den *Selecta Norimbergensia* IV, Ansbach, 1772, S. 251 – 366, ediert. Diese Gerechtsame wurden Albrecht für seine Tätigkeiten in der Steiermark vom Kaiser bestätigt. Erwähnt ist die Hilfe Albrechts für den Kaiser auch in Ebendorfers *Chronicon Austriacum*, Buch IV.

<sup>5</sup> Auch das Argument, dass eine Markgräfin in Ansbach gelebt haben muss, weil für sie ein spezielles Wochengeld beziehungsweise Nadelgeld ausgesetzt war, das vor allem Werminghoff anführt, um das Jahr 1458 als Gültigkeitsjahr zu beweisen, ist nicht stichhaltig. Denn erstens heirateten Albrecht und Anna erst am 12. November 1458, also fast am Ende des Jahres, und zweitens kann es ja auch Margareta gewesen sein, die in den Jahren vor 1455 das Wochengeld bekam. Ich neige zu der zweiten Annahme.

Dass Eyb Annas Hofmeister wurde, so ein weiteres Argument, ist ebenso ohne Belang, wenn es um die Frage der Datierung geht. Denn Eyb schrieb nur, dass es Wochengeld gibt, nicht dass er es zu verwalten gehabt hätte.

Diese Korrektur macht die Quelle allerdings noch wichtiger. Denn sie zeigt, dass der Ansatz nicht nur für ein Jahr galt, sondern für mehrere Jahre Gültigkeit hatte. Wir haben hier also die Finanzrechnung vor uns, die für die ersten Regierungsjahre des Fürsten Gültigkeit hatte. 1450 bis 1455 sind als die Jahre zu betrachten, auf die sich der erste der Ansätze bezieht, den wir nun auf seine Bedeutung für das Botenwesen untersuchen wollen.

Eyb ging davon aus, dass am Hof in Ansbach, das kurz zuvor von Albrecht als Sitz der neuen Residenz für die Markgrafschaft bestimmt worden war, 260 Menschen Dienst tun sollten. 200 dieser Hofbediensteten sollten mit je einem Pferd ausgestattet sein, für deren Unterhalt auch der Hof verantwortlich zeichnen sollte. Er stellte nun drei Musterhaushalte auf, wie diese Ausgaben zu begleichen sein könnten.

Sehen wir uns den ersten Ansatz an, der die Gesamtkosten auf 10 950 Gulden festlegte. Zusätzlich zu den Kosten von rund 8500 Gulden, die die Bezahlung der 260 Hofbediensteten ausmachte und die offensichtlich in bar erfolgte, kamen 2450 Gulden für besondere Ausgaben wie Schuhgeld, Hofgewand, Beleuchtungsmittel, Silberkammer, Pferdeschäden und die Freihaltung von Gästen in den Herbergen. Auch Wein, Heu sowie Hufschlag und Zaumzeug, die Ausgaben für die Kanzlei, Knechtlohn, Wochengeld für die Bediensteten der Markgräfin und eben – das interessiert an dieser Stelle besonders – Botenlohn, der mit 100 Gulden ins Gewicht fiel, sind erwähnt. „*Item 100 gulden pottenlohn und drinkgelt*“, heißt es in der Quelle wörtlich. <sup>(1)</sup>

In den beiden weiteren Haushaltsansätzen für diese Jahre berechnete Eyb unterschiedlich hohe Ausgaben für den Hofstaat. Die Gesamtkosten schwankten in den drei Ansätzen zwischen den oben schon erwähnten 10 950, über 11 550 bis zu 14 450 Gulden. <sup>(2)</sup> Die beiden anderen Haushaltsansätze dieses Jahres sind Vorschläge Eybs, wie man es besser machen könnte. Denn er vermutete, dass die pauschalen Geldleistungen an den Hofstaat nicht der richtige Weg seien. Die Höflinge kassierten, seien aber oft nicht anwesend. Entweder man kontrolliere die Anwesenheit genau, oder man gehe zur Naturalwirtschaft über und nur derjenige, der da sei, bekomme auch etwas – Unterkunft, Verpflegung und Kleidung. <sup>(3)</sup> Dabei musste Eyb aber in Kauf nehmen, die Ausgaben zu erhöhen, weil es offensichtlich aufwändiger war, die Naturalleistungen für den Hofstaat einzukaufen und dann zuzuteilen.

---

<sup>1</sup> Meyer, Aus dem Gedenkbuch, S. 4. Vergleichszahlen, die es erlauben würden, die Bedeutung der 100 Gulden einzuschätzen, sind schwer zu finden. Die Niederlassung der Großen Ravensburger Handelsgesellschaft in Brügge setzte für den Briefverkehr im Haushaltsjahr 1477/78 eine Summe von 15 Gulden Botenlohn an. Insgesamt wurden 95 Schreiben übersandt. Vier nahmen eigene Handelsgesellen mit, in 30 Fällen gab man die Korrespondenz befreundeten Kaufleuten mit auf die Reise und die restlichen gut 60 Briefe überstellten Boten, die bezahlt werden mussten. Es handelte sich offensichtlich um städtische Boten – 21 Mal konnten Boten der Reichsstadt Köln identifiziert werden. Schulte, a.a.O., S. 115; Gerteis, a.a.O., S. 24. Wenn man die 15 Gulden der Ravensburger Handelsgesellschaft für rund 60 Kurierreisen veranschlagt, käme man bei 100 Gulden – fast die siebenfache Summe – aus Albrechts Haushaltsansatz auf rund 420 Reisen, die finanziell abgedeckt waren. Natürlich hing die Höhe der Vergütung auch von der Streckenlänge und den zu erwartenden Widrigkeiten auf der Reise ab, so dass die Vergleichbarkeit der beiden Zahlen nur mit Einschränkungen zu bejahen ist. Kaiser Sigmund musste, um noch eine Vergleichszahl zu liefern, vom Regensburger Reichstag des Jahres 1422 rund 70 Briefe versenden, was ihn 115 Gulden kostete, also rund 1,6 Gulden pro Briefzustellung. Quelle: R.T.A., I, 8, S. 123 f. Sicher ist hier die größere Entfernung bis zum Zielort ausschlaggebend für die wesentlich höheren Kosten. Ein Bote des Handelshauses Runtinger erhielt im Jahr 1400 für eine zweiwöchige Reise nach Venedig zwei Gulden Botenlohn. Siehe Eikenberg, a.a.O., S. 295.

<sup>2</sup> Meyer, Aus dem Gedenkbuch, S. 4 – 8. Pro berittenem Höfling schwankten die jährlichen Ausgaben zwischen 36,5 und 50 Gulden. Wenn man bedenkt, dass allein einer der begehrten juristischen Räte der Stadt Nürnberg an die 400 Gulden jährlich an Gehalt erhielt, so ist die sparsame Kalkulation des Kämmerers Eyb deutlich auszumachen.

<sup>3</sup> Dies führte Eyb in seinen Denkwürdigkeiten im Anschluss an die Haushaltsrechnungen aus. Meyer, Aus dem Gedenkbuch, S. 7 ff.

Wichtig für uns ist neben dem ersten Ansatz die dritte Haushaltsrechnung <sup>(1)</sup>, die von Naturalleistungen für den Hof ausgeht und die wir deshalb genauer untersuchen wollen, weil darin die Boten sogar zweimal Erwähnung fanden. Zum einen war wieder die Summe von 100 Gulden genannt, die sie als Bezahlung erhielten. Zum anderen tauchen die Boten – in der Mehrzahl – unter den 21 Kategorien von Hofbediensteten auf, denen kein Pferd zustand. Es dienten in den 50er Jahren also Boten am Hof Albrechts und sie kamen im Gegensatz zur Hofordnung von 1470 auch im Personalverzeichnis vor.

Die Haushaltsordnungen der 50er Jahre differenzierten bei den Ausgaben für Boten in „*botenlon*“ und „*drinkgelt*“. Mit dem Begriff „*drinkgelt*“ oder auch „*trinkgelt*“ ist gerade im Umfeld von Boten ein zusätzliches Salär gemeint. <sup>(2)</sup> Trinkgeld kann mit Zehrgeld, also der Aufwandsentschädigung oder den Spesen gleichgesetzt werden. Die schon erwähnte Sächsische Landesordnung von 1482 führte den Begriff „*zehrgelt*“ explizit im Zusammenhang mit Aufwandsentschädigungen an. Der Begriff wird dort mit „*wirtsgelt*“ gleichgesetzt, also den Ausgaben auf der Reise in einem Gasthaus. <sup>(3)</sup>

In zwei weiteren Quellenstellen finden sich Aussagen zur Differenzierung von Botenlohn und Zehrung. Dort werden die beiden Begriffe synonym verwendet. Albrecht schrieb in dem schon in Kapitel 1.1.3 analysierten Schreiben vom 21. Dezember 1471 an Markgraf Johann: „*Vnd Ir bedorfft keine zerung geben, denn wir richten sie des botenlons hynnen aus.*“ <sup>(4)</sup> Johann bestätigte rund anderthalb Jahre später, die Anweisungen des Vater bezüglich der Entlohnung umgesetzt zu haben: „*... vnser botten die wir hinaus schicken mit zerung vfz vnd ein zu uersehen, desgleichen ir mit eweren botten auch thon wollet, also geben wir vnssern botten von zerung vfz und ein ...*“ <sup>(5)</sup>

Wahrscheinlich wirft der Fürst beide Begriffe in einen Topf, weil es ihm in diesem Fall nur auf die Tatsache ankommt, dass sämtliche Ausgaben für die Boten, eben Botenlohn und Zehrgeld, von demjenigen zu zahlen sind, der den Kurier zuerst losschickt, es folglich egal ist, ob es sich um Lohn oder um das Geld handelte, das die Boten auf der Reise für Nahrung für sich und Futter für das Pferd ausgeben konnten. Markgraf Johann schrieb dann ja auch nur noch vom Zehrgeld, das für Hin- und Rückreise auf einmal zu zahlen ist. Er erwähnt den Begriff Lohn gar nicht mehr, was die oben genannte Annahme zusätzlich stützt, dass es nur auf den Auszahlmodus ankam und nicht auf die Differenzierung der beiden Zahlungen. Oder aber die beiden Begriffe wurden nicht getrennt, weil beide Entgelte ohnehin in einer Summe ausbezahlt wurden, berechnet nach der jeweiligen Streckenlänge (Botenlohn) und der Schwierigkeit beziehungsweise Anforderungen (Zehrung), die zum Beispiel von der Jahreszeit abhängig waren. Das lässt sich aber nicht entscheiden.

Die nächste Erwähnung von Botenlohn findet sich im Jahr 1470 in der Hofordnung. Sie legt die Bezahlung der Boten in die Hand des Küchenschreibers am Cöllner Hof, der in umfassender Weise als Botenmeister agierte. Der lapidare Satz, den wir schon kennen, lautet: „*Item der kuchenschreiber sol die poten vnd potlon ausrichten ...*“ <sup>(6)</sup> Für die Abrechnung war der Küchenschreiber dann dem Küchenmeister verantwortlich. „*... vnd sulchs handels*

<sup>1</sup> Auf die Analyse der zweiten Rechnung können wir hier verzichten, denn sie stellt Überlegungen an, die Hofleute in den Gasthäusern Ansbachs gegen eine Pauschale bewirten zu lassen. Eine interessante Idee, die aber mit unserer Untersuchung nichts zu tun hat.

<sup>2</sup> In Zedlers Universallexikon, Leipzig, Halle, 1748, Band 45, Sp. 803 f. sind unter dem Stichwort „*Trinckgeld*“ an mehreren Stellen die Boten erwähnt. Allerdings ist die früheste Referenzstelle aus dem Jahre 1548 und bezieht sich auf die Reichspolizeiordnung, in der Pfeifern, Trommlern aber eben auch Boten explizit untersagt wird, Trinkgelder anzunehmen. Das zeigt m. E. natürlich, dass es bei den Boten üblich war, Trinkgelder zu akzeptieren.

<sup>3</sup> Die Bezeichnung Wirth- oder Zehrgeld wird in Zedlers Universallexikon abgehandelt und auch dort synonym gebraucht. Als Referenzstelle wird auch explizit die sächsische Landesordnung von 1482 angeführt, die beide Wörter für die selbe Art von Bezahlung verwendet. Quelle: Zedler, Bd. 57, Sp. 1190.

<sup>4</sup> Burkhardt, Nr. 8, S. 16; Priebatsch 1, Nr. 262, S. 300 f.

<sup>5</sup> Riedel 2,5, Nr. 1947, S. 224. Der Brief stammt vom 12. Juli 1474.

<sup>6</sup> Riedel 3,2, Nr. 93, S. 122. Die Quelle ist bereits oben in Kapitel 1.1.2 genauer behandelt.

*sol der kuchenschreiber dem kuchmeister, der Im solch gelt gibt, alle wochen darumme Rechnung thun.*“<sup>(1)</sup>

In dieser Quelle taucht nun ebenfalls keine Differenzierung zwischen Botenlohn und Zehrung oder Trinkgeld auf. Das hat m. E. aber auch wieder nur den Grund, dass die gesamten Ausgaben für Boten gemeint waren.

1483, schon gegen Ende der Regierungszeit Albrechts, entstanden wieder Haushaltsrechnungen, in denen Botenlohn vorkam. Sie finden sich in zwei Briefen, die Kurfürst Albrecht Achilles im Jahr 1483 an den Markgrafen Johann nach Cölln schickte, um den immer wieder aufkommenden Klagen des jungen Fürsten über dessen angeblich zu geringe Haushaltsmittel zu begegnen.

Die Briefe stammen aus dem Januar 1483 und sind im Archiv in einem Aktenkonvolut enthalten.<sup>(2)</sup> Sie scheinen zusammen geschickt worden zu sein. Offensichtlich ist das zweite Schreiben, mit der Überschrift *„Das heimlich brieflein, in den anderen beschlossen.“*<sup>(3)</sup> ein beigelegter Brief, der aber zusammen mit einem Zettel immerhin auch zwei Seiten umfasst. Natürlich sind auch die dort genannten Zahlen nur als grobe Angaben zu verstehen. Albrecht, das wird aus den einleitenden Worten aber deutlich, sah diese Summen als sehr realistisch für die Größenordnung des Brandenburger Haushalts an. Beide Haushaltsansätze, der im Hauptbrief und der in dem eingeschlossenen und nur für Johann bestimmten beigelegten Brief, unterschieden sich nicht grundlegend voneinander. In beiden Etatvorschlägen gestand Albrecht seinem Sohn 16 000 Gulden für den Brandenburger Hof zu.

Betrachten wir zuerst den Etatvorschlag, der im sich Hauptbrief findet: *„facit uf 1c pferd und L menschen IIIIm gulden, xxx gld. uf ein pferd und xx uf ein mensch, da nit pferd hat.*

*Item den amptleuten IIIIm gulden wert ein jar, facit VIIIm gulden, III m gulden für euch, das ander vor in unserm anslag angezeigt auszurichten, botenlon, knechtlon, heu, stroh, nagel, eisen, schuchgelt und wochengelt, facit Xm gulden. Da uberig behalt, so werdt ir reich und könt nit onwerden ... .“*<sup>(4)</sup>

Hier ist eine Berechnung über die Höhe des Botenlohns besonders schwierig, weil die Summe zusammen mit einer größeren Zahl von Sach- und Personalausgaben des Fürsten aufgeführt war, die sicherlich einen Großteil des Betrages verschlangen. Zu sehen ist, dass Albrecht von faktischen Kosten von rund 10 000 Gulden ausgeht, die Johann seiner Einschätzung nach für das Funktionieren des Hofes bräuchte. Die restlichen 6000 Gulden sah der Vater wohl als eine Art Reserve an.

Der Botenlohn war auch im zweiten Anschlag, der ebenfalls die Gesamtsumme für die Regierungsarbeit auf 10 000 Gulden veranschlagt, nur zusammen mit anderen Etatposten ausgewiesen, doch etwas präziser ist er hier schon zu fassen: *„für heu, stroh, des ir sunst gnug habt, auch nagel und eisen (für Hufschlag; d. Verf.), wochengelt der frauen, auch botenlon, schuchgelt 1 m gulden, des ir nicht halb bedörft.“*<sup>(5)</sup>

Vergleicht man diese vier Unterpunkte in Höhe von 1000 Gulden mit den nämlichen vier Etatposten im Haushalt von 1458, wo nur rund 500 Gulden vorgesehen waren, so fällt diese Verdoppelung der Summe auf.

Diese Verdoppelung des Haushaltsansatzes für die Boten kann auch als eine wirkliche Erhöhung der Mittel gelten, weil für die 25 Jahre, die zwischen den beiden Quellen liegen, keine inflationären Entwicklungen oder Teuerungen in dieser Größenordnung bekannt sind. Der Feingehalt der Münzen, sei es der der Goldgulden und auch der der verschiedenen Silbermünzen, hatte sich kaum verringert. 1454 betrug das Korngewicht des Rheinischen Guldens 2,73 Gramm Gold, 1490, dem Jahr, aus dem wieder eine Vergleichsmünze vorliegt,

<sup>1</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol 170 ff.; Priebatsch 3, Nr. 934, S. 240 ff.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 147 r.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 173 r.; Priebatsch 3, a.a.O., S. 242.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., fol. 174 r.; Priebatsch 3, a.a.O., S. 243.

2,53 Gramm Gold. <sup>(1)</sup> Das entspricht einer Abwertung, sprich Inflationsrate, von gut 7,3 Prozent, bezogen auf 30 Jahre, also einer durchschnittlichen jährlichen Inflationsrate von nur rund 0,25 Prozent. Zum anderen gibt es eine Reihe von Aussagen, die belegen, dass das Preisniveau in der Mark Brandenburg sogar deutlich unter dem in Franken lag. <sup>(2)</sup> Dort hatte also eine bestimmte Summe eine viel höhere Kaufkraft.

Betrachten wir als dritten Punkt die gerade analysierten Quellen unter dem Aspekt des Preisvergleiches noch einmal, so zeigt sich, dass die angesetzten Kosten für einen berittenen Höfling sogar deutlich zurückgegangen waren. In Ansbach im Jahre 1458 wurden sie mit 36,5 Gulden und in Cölln im Jahre 1483 nur noch mit 30 Gulden veranschlagt. Und sieht man die Kosten für den jährlichen Unterhalt von einfacheren Hofbediensteten ohne Pferd an, so ist bei den Ausgaben für 1483 zumindest keine Steigerung festzustellen; in beiden Haushaltsansätzen wurden dafür 20 Gulden pro Bediensteten angenommen. Das Lohnniveau am Hof hatte sich also nicht erhöht, sondern war sogar etwas gesunken.

Es gibt noch einen weiteren überlieferten Haushaltsansatz Albrechts aus dem Jahr 1485. <sup>(3)</sup> In dieser Quelle suchen wir die Nennung der Boten allerdings vergeblich. Jedoch ist auch hier die Gesamtsumme des Haushalts mit 10 000 Gulden angegeben, was zumindest diese wichtige Vergleichszahl noch einmal bestätigt.

Da Albrecht auch alles andere als ein Verschwender war und sicherlich in den Briefen aus dem Jahr 1483 keine überhöhten Summen genannt haben wird, zumal er den Sohn zur Sparsamkeit anhielt, dürfen wir davon ausgehen, dass der Haushaltsposten „Botenlohn“ einfach mehr Geld beanspruchte, weil mehr Botenreisen zu unternehmen waren. Weiterhin wird natürlich auch der Hof in Ansbach 1483 Mittel für Boten in seinem Etat enthalten haben. Leider gibt es darüber aber keine Quellen. Da Ludwig von Eyb aber die gesamte Regierungszeit des Markgrafen und Kurfürsten Albrecht Achilles für dessen Finanzverwaltung an exponierter Stelle zuständig war, ist es sehr plausibel, dass am Ansbacher Hof weiterhin eine ähnliche Situation in finanztechnischer Hinsicht herrschte. <sup>(4)</sup>

Eine zusätzliche direkte Quelle über das für Boten verfügbare Geld haben wir für das Jahr 1478. Als Albrecht Achilles seinen dritten Zug in die Mark von Ansbach aus vorbereitete, versuchte er auch viele Detailfragen persönlich zu klären, wozu er natürlich genaueste Informationen aus dem Norden brauchte. Er ermunterte seinen Sohn und Statthalter Johann deshalb, ihm Nachrichten zukommen zu lassen und schrieb in einem Brief vom 24. Mai 1478: „ ... lasset uns on botschaft nicht. Man botten lont lang von funfzig gulden. “ <sup>(5)</sup>

Hier haben wir also die Zahl von 50 Gulden, was nur rund ein Viertel dessen wäre, was die oben dargelegte Berechnung ergeben hat. Doch ist diese Aussage, so wichtig sie ist, nicht mit einem Haushaltsansatz zu vergleichen. Denn Albrecht schrieb nicht, dass die 50 Gulden die Gesamtkosten für ein Jahr seien. Die Vorbereitungen der Reise nach Brandenburg, die nötig war, um drängende Problem zu lösen, könnten Albrecht durchaus bewogen haben, diese 50 Gulden zusätzlich für Boten auszugeben, deren Reisen in der Vorbereitungsphase der Expedition notwendig waren. Die Zahl der Botenreisen in den Monaten vor Albrechts dritter Reise in die Mark war dann auch entsprechend hoch. <sup>(6)</sup> Ein Rückgang der Ausgaben für Boten widerspräche auch den oben gewonnenen Erkenntnissen, dass sich der Botenverkehr

<sup>1</sup> Noss, Münzen, a.a.O., S. 320.

<sup>2</sup> Schapper, Hofordnung, S. 153; Kotelmann, Finanzen, S. 444. Die Quellen, die Kotelmann auswertete, sind folgende: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 106; Priebatsch 1, Nr. 164, S. 237 ff.; STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 275 ff.; Priebatsch 3, Nr. 1082, S. 400 ff.

<sup>3</sup> Priebatsch 3, Nr. 1082, S. 400 ff.

<sup>4</sup> Verschiedene Autoren kommen zu diesem Schluss. Besonders Meyer und Kotelmann in ihren schon mehrfach zitierten Arbeiten hegen diese Vermutung, für deren Plausibilität viel spricht, wenn man Eybs Wirken im Jahr 1470 am Hof zu Cölln betrachtet.

<sup>5</sup> Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11. 27 a, 60 und 61; Priebatsch 2, Nr. 400, S. 386.

<sup>6</sup> Priebatsch führt in seinem zweiten Band von Januar bis Juni 1478 20 dieser Briefe auf, die zwischen den beiden Residenzorten hin- und hergingen..

vor allem zwischen Cölln und Ansbach in den 70er und 80er Jahren des 15. Jahrhunderts deutlich intensiviert hatte. <sup>(1)</sup>

Die Ausgaben für den Botendienst, das soll als erstes Fazit gezogen werden, müssen sich deutlich erhöht haben, um den gestiegenen Bedürfnissen gerecht zu werden. Das ist nun, bedenkt man, dass Albrecht mittlerweile drei Fürstentümer zu regieren hatte, keine Überraschung. Aber es ist m. E. hiermit auch quellenmäßig erwiesen und die Thesen stehen auf einem zusätzlichen und sicheren Fundament.

Kurfürst Albrecht Achilles und auch die in seinem Auftrag tätigen Männer, sei es sein Sohn Johann oder die Räte, wollten dafür sorgen, dass ein und derselbe Bote eine Nachricht hin und die Antwort zurückbrachte. Dazu stellten sie sicher, dass der Bote bei der Abreise für beide Wegstrecken bezahlt wurde. Mehrere Quellenstellen, die wir schon in anderem Zusammenhang kennen gelernt haben, belegen dies.

So ist es in einem Schreiben vom 21. Dezember 1471 nachzulesen. Albrecht erklärte darin den Räten in Ansbach von Cölln aus, dass die Zehrung der Boten immer für die Hin- und Rückreise zu erfolgen habe. „... *Vnd Ir bedorfft keine zerung geben, denn wir richten sie des botenlons hynnen aus. Desgleichen thut doausen auch, dann wenn Ir einen herein schickt, so wollen wir Im hynnen nichts geben.*“ <sup>(2)</sup>

Eine weitere Quelle, die diese Annahme bestätigt, ist ein Schreiben aus dem Jahre 1473. Johann bestätigte Albrecht in einem Zettel, der das Datum 12. Juli 1473 trägt, dass er den Boten wie gewünscht Zehrung für Hin- und Rückreise bezahle. Die Stelle lautet genau: „*Als vns ewer lieb schreibt der botten halben ist vns vnvergessen das vns ewr lieb vormals vor etlichen Jahren derhalben auch geschrieben hat, vnsser botten die wir hinausz schicken mit zerung vfz und ein zu uersehen, desgleichen ji mit eweren botten auch thon wollet, also geben wir vnssern botten von zerung ufz und ein, was sich geburt bis gein onolztpach. Darnach sich ewr lieb hab zu richten.*“ <sup>(3)</sup>

Diese expliziten organisatorischen Festlegungen der finanziellen Abwicklung der Botenreisen zeigen, dass es einen festen Rahmen gab, dass es aber auch zu Ungereimtheiten kommen konnte. Es war keineswegs selbstverständlich, dass die Boten finanziell immer für beide Reisen ausgestattet worden sind, denn sonst hätte Albrecht ja nicht so energisch nachhaken müssen, um das Prozedere noch einmal allen verständlich zu machen. Aber die Quellen machen den Wunsch Albrechts deutlich, dass die finanzielle Ausstattung der Boten und auch die konkrete Abwicklung der Bezahlung nach einem bestimmten Schema funktionieren sollten. Und zumindest für die Botenreisen zwischen Ansbach und Cölln, die einen erheblichen Teil der Arbeit der Kuriere ausmachte, schien es – nach einiger Kritik – dann auch in der gewünschten Weise umgesetzt worden zu sein, wie Johanns explizite Bestätigung zeigt.

Die Formulierung in Johanns Schreiben schließt nicht aus, dass es ein weiteres Schreiben Albrechts in dieser Angelegenheit gegeben haben könnte. Denn Johann formulierte ja, dass in der Angelegenheit schon einmal geschrieben worden sei und dass auch vor etlichen Jahren davon schon einmal die Rede gewesen sei. Nimmt man die Stelle wörtlich, müsste man mindestens zwei Schreiben Albrechts in dieser Sache vermuten. Es könnte sich aber auch um eine sprachliche Unklarheit handeln. Wie immer die theoretischen Vorgaben in der Realität ausgestaltet wurden, es ist dies alles ein weiterer Beleg dafür, dass Albrecht Achilles seinem Botendienst große Bedeutung zumaß und ihm einen festen finanziellen und organisatorischen Rahmen schaffen wollte.

<sup>1</sup> Siehe dazu im Kapitel 1.4 das Fazit zur Arbeit der Boten.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 10 r.; Burkhardt, Nr. 18, S. 15; Priebatsch 1, Nr. 262, S. 300 f.

<sup>3</sup> Riedel 2,5, Nr. 1947, S. 221 – 225; Priebatsch 1, Nr. 608, S. 525.

## 2.5.2 Berechnung der Kosten einer Botenreise

Versucht man nun die Kosten pro Botenreise zu berechnen, so lassen einen die Quellen zur brandenburgischen und fränkischen Geschichte der Zollern hier weitgehend im Stich. Aber es gibt Quellen aus dem 15. Jahrhundert, die als Hilfskonstrukt heranzuziehen sind. Wir finden sie in Überlieferungen der sächsischen Herzöge und in reichsstädtischen Rechnungsbüchern, so ganz dezidiert in demjenigen von Regensburg.

Eingedenk der großen zeitlichen Nähe der brandenburgischen/fränkischen Quellen einerseits und der angeführten sächsischen/reichsstädtischen Quellen andererseits, darüber hinaus der geographischen Nachbarschaft der verschiedenen Herrschaftsgebiete und der engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen, scheint es erlaubt, die aus anderen Quellen gewonnenen Zahlen auch als Grundlage für die Berechnung zu nehmen, um die Botenlöhne brandenburgischer Kuriere zu bestimmen. Damit lassen sich dann auch Aussagen über die Häufigkeit von Botenreisen treffen, was wiederum Rückschlüsse auf den Organisationsgrad zulässt.

Sehen wir uns zuerst die oben schon kurz erwähnte sächsische Landesordnung der Wettiner Ernst und Albrecht aus dem Jahre 1482 an, die eine Summe für Botendienste anführt: „*Einem boten soll man im Lande von einer Meile Wegs hin und her wieder zu lauffen, acht neue Pfennige zu Lohne geben.*“<sup>(1)</sup> Eine Meile, so haben die Berechnungen in Kapitel 1.3.2 ergeben, schwankte in ihrer Länge zwischen 8,5 und 8,75 Kilometer. Nehmen wir dies für die weiteren Berechnungen als Faustgröße an, so hätte ein sächsischer Bote, der für eine Meile vier Pfennig bekam (die acht Pfennig bezogen sich ja auf den Hin- und Rückweg), umgerechnet auf den Kilometer 0,45 Pfennig erhalten.

Der Wert eines neuen sächsischen Pfennigs im Verhältnis zum Gulden betrug 1482 rund 240 zu 1.<sup>(2)</sup> Auch in der Praxis, so ist in den Verträgen zahlreicher Münzvereine nachzulesen, war das Umtauschverhältnis von Goldgulden zu Silbermünzen jeweils ungefähr mit 1 Gulden zu 20 Schillingen (Groschen) zu 240 Pfennig festgelegt.<sup>(3)</sup> Tendenziell, so ergaben die Untersuchungen von Numismatikern, stieg der Wert des Gulden im Verhältnis zu den Silbermünzen aber über das 15. Jahrhundert hinweg.<sup>(4)</sup> Das ergibt auch die Auflistung im Werk von Spufford, der schon für das Jahr 1490 den realen Wert eines Guldens auf 252 sächsische Pfennig taxiert.<sup>(5)</sup> So hatte, um noch ein anderes Beispiel zu nennen, ein Gulden

<sup>1</sup> Codex Augusteus, a.a.O., Bd. I,1, Sp. 6 und Holfert, a.a.O., S. 240 ff. Allgemein zur Landesordnung von 1482 und deren Einordnung in die Verwaltungsgeschichte siehe Gregor Richter. Die Ernestinischen Landesordnungen und ihre Vorläufer von 1446 und 1482 (=Mitteldeutsche Forschungen, Band 34) Köln, 1964, S. 46 ff.

<sup>2</sup> Landesordnung, Codex Augusteus, a.a.O., Sp. 3.

<sup>3</sup> Siehe Peter Spufford, Handbook of medieval exchange, London, 1986. Dort sind die Umtauschrelationen von Dutzenden von regionalen, im Reich zirkulierenden Münzen nachzulesen.

Was die währungstechnischen Verhältnisse in Franken angeht, so kommt die Untersuchung von Eichhorn, Der Strukturwandel im Geldumlauf in Franken zwischen 1437 und 1610; Wiesbaden, 1973, zu dem Ergebnis, dass der Goldgehalt des Guldens relativ stabil blieb. Was die Inflationsrate bei den Lebenshaltungskosten, gemessen am Silbergehalt der Pfennig- und Groschenmünzen, angeht, kommt der Autor zu dem Schluss, dass die jährliche Rate in den Jahren 1437-1457, den Zeitpunkten zweier fränkischer Münzkonventionen, in denen der Silbergehalt der Pfennige festgelegt wurde, bei 0,91 Prozent lag. Im zweiten untersuchten Zeitraum von 1463 bis 1495 – aus diesen beiden Jahren liegen wieder Aufzeichnungen über Münzkonventionen vor – sank die jährliche Inflationsrate sogar auf nur 0,43 Prozent. Lediglich in den sechs Jahren von 1457 bis 1463, als Münzen mit sehr geringem Silbergehalt aus dem bayerischen Raum (die sogenannten Schinderlinge) in die fränkische Wirtschaft strömten, stieg die in Silber gemessene Inflationsrate auf jährliche 3,8 Prozent. Eichhorn, a.a.O., S. 225.

<sup>4</sup> Allgemein zur Münzgeschichte im Spätmittelalter ist neben dem erwähnten und ausführlich zitierten Werk von Spufford das Buch von Arnold Luschin von Ebengreuth; Allgemeine Münzkunde und Geldgeschichte des Mittelalters und der neueren Zeit, München, 1926, Neudruck München, 1971, zu empfehlen. Übersichtlich ist auch Arthur Suhle, Deutsche Münz- und Geldgeschichte von den Anfängen bis zum 15. Jahrhundert; Berlin, 1969. Weitere Literaturhinweise, sowie eine knappe Zusammenfassung der Entwicklungen finden sich im entsprechenden Artikel des LexMa, Band 6, Sp. 925 ff.

<sup>5</sup> Spufford, a.a.O., S. 249.

im Jahre 1480 den Wert von 26 Württemberger Schillingen, also 264 Pfennig. <sup>(1)</sup> Die 240 Pfennig pro Gulden, die Spufford aus Quellen herausgearbeitet hat, sind also eher die Untergrenze.

Rechnet man mit diesen Variablen aus der sächsischen und der zollerischen Quelle, setzt also 0,45 Pfennig pro Kilometer an, so konnte man mit 100 Gulden, die die Haushaltsrechnung für das Jahr 1458 für Botenlohn vorsah, 52 500 Kilometer Botendienste bezahlen. Für 1483, wenn wir vom doppelten Haushaltsansatz allein für den Cöllner Hof ausgehen, wäre dann auch von einer verdoppelten Boten-Kilometer-Leistung zu sprechen. Das erscheint auf den ersten Blick sehr viel, doch wenn man sich in Erinnerung ruft, dass zum Beispiel nur eine einfache Botenreise Ansbach – Cölln allein schon über 500 Kilometer führte, sind die errechneten Zahlen durchaus realistisch. Nur etwas mehr als 100 solch langer Reisen wären aus den zur Verfügung stehenden 100 Gulden zu bezahlen gewesen. Vergleicht man diese Berechnung mit der oben angeführten Zahl von 60 Reisen von Boten der Niederlassung der Ravensburger Handelsgesellschaft in Brügge, so sieht man ebenfalls, dass man sich mit den Zahlen zu Albrechts Boten in einer realistischen Größenordnung bewegt.

Wenn wir noch weitere zeitgenössische Quellen heranziehen wollen, so werden wir in den Aufzeichnungen fündig, die die Stadt Regensburg anlässlich des Reichstages von 1471 über ihre Botenkosten erstellt. <sup>(2)</sup> Insgesamt rechnete die Stadt 21 Botenreisen ab. Bei sieben dieser Ritte sind die Kosten für den Boten extra ausgewiesen, so dass die Bezahlung dieser Ritte hier herangezogen werden kann. Bei den anderen Kostenaufstellungen wurden auch zusätzliche Auslagen, wie Wartegeld und die Bezahlung von Geschenken mit einberechnet; die Berechnung der Kosten für den reinen Botenritt ist mit diesen Quellen also nicht möglich. Da wir es hier mit einem Rechnungsbuch der Stadt Regensburg zu tun haben, müssen wir uns auf die Umtauschrelation des Regensburger Pfennigs beziehen. Dieser lag damals aber ebenfalls bei rund 240 Pfennig pro Gulden. <sup>(3)</sup>

Wir haben als erstes einen Boten vor uns, der am 1. Mai 1471 von Regensburg nach Neumarkt in der Oberpfalz und zurück ritt. Das sind rund 130 Kilometer, für die er 27 Pfennig erhielt. Das macht nur 0,21 Pfennig pro Kilometer. <sup>(4)</sup>

Ein anderer Kurier brachte am 9. Juni Nachrichten an Söldner in Nabburg und Roding, wofür eine Streckenlänge von 85 Kilometern anzusetzen ist. Mit 42 Pfennig wurde er für seine Mühen entlohnt, was ein Kilometergeld von 0,49 Pfennig ergibt. <sup>(5)</sup> Dieser Wert nähert sich schon eher den Angaben in der sächsischen Botenordnung aus dem Jahr 1482 an.

Der Bote, der nach Kelheim geschickt wurde, um den Kaiser zu suchen und nach seiner Rückkehr 50 Kilometer zurückgelegt haben dürfte, kostete den Stadtkämmerer 18 Pfennig, also 0,36 Pfennig pro Kilometer. <sup>(6)</sup>

Auch nach Straubing führten in zwei Fällen Botenritte. Die Streckenlänge hin und zurück beläuft sich auf rund 80 Kilometer. Kurier Bartholomäus sah dafür 26 Pfennig, sein Kollege Cunz Fürer nur 21 Pfennig. Das Kilometergeld schwankte hier zwischen 0,33 und 0,26 Pfennig. <sup>(7)</sup>

Sehen wir uns noch den Boten Cunz Hagen an, der am 13. Juni nach Pfatter, südöstlich von Regensburg, unterwegs war. Zurück nach rund 50 Kilometern und um 13 Pfennig reicher, hatte er pro gerittenem Kilometer 0,26 Pfennig verdient. <sup>(8)</sup>

<sup>1</sup> Spufford, a.a.O.

<sup>2</sup> Die entsprechenden Quellen liegen im Stadtarchiv Regensburg unter den Signaturen Cameralia 16, fol. 290 v. – 318 r. Publiziert sind sie in RTA I, 22, 1 und 2. Zu finden sind die Belegstellen dort unter der Nummer 128 a, S. 895 – 901.

<sup>3</sup> Siehe Spufford, a.a.O., S. 268.

<sup>4</sup> RTA I, 22, 1 und 2. S. 896, Zeile 30 – 34.

<sup>5</sup> RTA a.a.O., S. 897, Zeile 32 – 34.

<sup>6</sup> RTA a.a.O., S. 896, Zeile 7 und 8.

<sup>7</sup> RTA a.a.O., S. 895, Zeilen 23-27.

<sup>8</sup> RTA a.a.O., S. 895, Zeilen 42-45.

Der letzte Reiter, dessen Arbeit uns bei der Berechnung von Botendiensten nützt, war unterwegs zu Albrecht Achilles nach Berching, um ihm die wahrscheinliche Ankunftszeit des Kaisers mitzuteilen. 65 Kilometer sind das hin und zurück und das Regensburger Stadtsäckel musste dafür 21 Pfennig berappen, also 0,32 Pfennig pro Kilometer. (<sup>1</sup>)

Diese Kilometergelder, rund zehn Jahre früher in Regensburger Pfennigen berechnet, liegen noch unter denen, die die sächsischen Boten ausweislich der Quelle von 1482 von ihrem Landesherrn bekamen. Das könnte darauf hindeuten, dass der einzelne Botenkilometer in der Realität noch billiger war, als die sächsische Landesordnung es gesetzlich festlegte. Albrecht Achilles konnte mit seinen 200 Gulden pro Jahr also wahrscheinlich sogar mehr als 100 000 Boten-Kilometer bezahlen.

### 2.5.3 Fazit

Ziel dieser umfassenden Berechnungen, die natürlich nur Annäherungswerte ergeben können, ist es, zu zeigen, dass die finanziellen Voraussetzungen für einen regelmäßigen und dichten Botenverkehr an den Höfen Albrechts Achilles' gegeben waren. Die Beschaffung von Nachrichten und die Kommunikation mit den ihm wichtig erscheinenden Zielorten war auch von der finanztechnischen Seite her gesichert. Albrecht Achilles hielt in seinem Haushalt eine relativ hohe Summe bereit, um Botenleistungen sicherzustellen. Er versuchte auch sicherzustellen, dass die Entlohnung der Kuriere nach einem festgelegten Schema geschah, um Doppelzahlungen zu vermeiden.

Sicherlich war es auch so, dass bei Notfällen zusätzlich Geld ausgegeben wurde, wenn wir uns an die Aussage des Fürsten erinnern, man möge nicht sparen und 50 Gulden zusätzlich für Boten bewilligen.

---

<sup>1</sup> RTA a.a.O., S. 895, Zeilen 47-49.

### 3 Der Inhalt der Nachrichten

Sind die organisatorischen Fragen beim Botenverkehr natürlich von grundsätzlicher und sehr großer Bedeutung, so muss bei der Untersuchung des Nachrichtenverkehrs auch dem Inhalt der Briefe, der Nachricht an sich, breiter Raum eingeräumt werden. Schriftliche Nachrichten bildeten den Grundstock der Informationen, die Albrecht sich beschaffte, die ihm zuzugingen und auf die aufbauend er versuchte, sein Regierungshandeln zu lenken.

Es wird zu ergründen sein, wie Kurfürst Albrecht auf die Nachrichten reagierte. Richtete er sein politisches Handeln danach aus, vertraute er den Informationen, die ihm zuzugingen, handelte er folgerichtig und schnell?

Ein zweiter Schwerpunkt wird sein, die Brauchbarkeit der Nachrichten für den Fürsten zu prüfen. Konnte er aus diesen Informationen konkreten Nutzen ziehen oder brachten sie ihm kaum verwertbare Erkenntnisse? Konnte er sich durch die Informationen Vorteile bei Verhandlungen und sonstigen diplomatischen oder auch kriegerischen Auseinandersetzungen verschaffen?

#### 3.1 Generelle Informationsschreiben

In einer beachtlichen Zahl von Briefen erhielt Albrecht von seinen Räten oder Gesandten umfassende Nachrichten über alle zu diesem Zeitpunkt an einem Ort zu bestimmten Ereignissen vorliegenden Informationen, die in den Augen der Gesandten eine Mitteilung wert schienen. Diese Schreiben bildeten den Grundstock des politischen Wissens Albrechts und sollen deshalb zu Beginn der Untersuchung analysiert werden. Es handelte sich dabei um Nachrichten, die Albrecht als zusätzliche Erkenntnisse zuflossen, wenn Gesandte oder andere Vertraute aus fernerer Gebieten Briefe sandten, um in erster Linie ihre dortige Tätigkeit für Albrecht zu erläutern. In den Quellen sind diese Nachrichten oft als „*zeitungen*“ bezeichnet, womit die spätmittelalterliche Begrifflichkeit schon sehr stark an neuzeitliche Entwicklungen erinnert.

Besonders gut zu belegen sind diese generellen Informationsschreiben bei Nachrichten, die aus Italien kamen.

Aus einem Bericht Hertnids von Stein<sup>(1)</sup> vom 28. Januar 1472, der sich in erster Linie um kirchenrechtliche Fragen drehte, erfuhr Albrecht einiges über den neuen Papst Sixtus IV. und die Kurie.<sup>(2)</sup> Der Heilige Vater sei ein Mensch von großer Bescheidenheit und von „*demuthigen handelns und rede*“. Besonders habe sich der Papst dazu verpflichtet, schädliche Exzesse und großen Prunk, wie sie bei seinem Vorgänger üblich gewesen seien, abzuschaffen. War dies nun eine sehr allgemeine Charakterisierung, so wurde Albrecht auch über Neubesetzungen an der Kurie informiert. Stein meldete, dass sich ein neuer starker Mann im Kardinalskollegium hervortat. Es handelte sich um den Franziskaner Pietro Riario, den Bischof von Tarvis. Stein schreibt: „... *item er hat einen münch seines ordens zum cardinal gemacht, der regiert mechtiglich bei im* (dem Papst; d. Verf.)“<sup>(3)</sup> Sicherlich war dies nur ein Mosaikstein im Informationsbild über die Kurie, aber dennoch nicht unwichtig für Albrecht.

<sup>1</sup> Stein war sehr häufig für Albrecht als Diplomat unterwegs und diente auch als Berichterstatter. Einen biographischen Abriss, der auch die Tätigkeiten für Albrecht Achilles würdigt, hat Mathias Thumser, Hertnid von Stein. (ca. 1427 – 1491) Bamberger Domdekan und markgräfllich-brandenburgischer Rat. Karriere zwischen Kirche und Fürstendienst; (=Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Reihe IX, Band 38) Neustadt an der Aisch, 1989, verfasst.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 285, S. 318 ff. Sixtus IV., Francesco della Rovere, wurde am 10. August 1471 als Nachfolger Pauls II. zum Papst gewählt. Siehe Eubel, a.a.O., S. 15.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, a.a.O. Riario wurde bereits im ersten Konsistorium Sixtus IV. am 16. Dezember 1481 zusammen mit Giulio della Rovere, dem Neffen des Papstes, zum Kardinal erhoben. Er starb bereits am 5. Januar 1484, so dass ihm größere Wirkmächtigkeit nicht zugesprochen werden kann.

Es erstaunt aber, dass Stein so oberflächlich blieb. Denn, dass es sich um Pietro Riario handelte, ist nur zu erschließen, wenn man zusätzliche Informationen hatte. Aus Steins Brief ging dies nicht hervor.

Markgräfin Barbara von Mantua, Albrechts Nichte, informierte ihren Onkel in einem Brief vom 6. November 1473, dass ihr Sohn, Francesco, der Kardinal von Mantua, jetzt wieder in Rom für Albrecht erreichbar sei. Damit konnte Albrecht wieder auf seinen wichtigsten Mittelsmann an der Kurie zurückgreifen. Zusätzlich gab ihm Barbara Informationen über die Kurie weiter, die sie anscheinend gerade von ihrem Sohn erhalten hatte, der in Mantua zu Besuch war. Papst Sixtus IV. plane eine größere Zahl von Verwandten zu Kardinälen zu erheben. Denn der Papst aus dem Haus della Rovere neige zu solchen Praktiken, so die Markgräfin etwas spitz. <sup>(1)</sup> Da der Inhalt dieser Nachricht etwas summarisch war, ist es fraglich, ob Albrecht viel damit anfangen konnte. Immerhin wusste er nun, dass mit weiteren Kardinalserhebungen zu rechnen war und dass es erhebliche Kritik an der Kurie wegen dieses Vorgehens gab. <sup>(2)</sup>

König Christian I. von Dänemark machte sich auf einer seiner Italienreisen zum Fürsprecher des Herzogs von Mailand, der vom Kaiser zum König erhoben werden wollte. Auch Kurfürst Albrecht sollte in die Verhandlungen einbezogen werden, was unter anderem ein Schreiben des Dänenkönigs vom 18. März 1474 belegt, in dem Kurfürst Albrecht Geld für seine Hilfe beim Kaiser versprochen wurde. <sup>(3)</sup> Zusätzlich zu den Ausführungen zu diesem Punkt kam Christian auch auf die politischen Verhältnisse in Italien zu sprechen. So berichtete er, dass Herzog Karl von Burgund gerade dabei sei, Kontakte zu Venedig aufzubauen. Karl wolle dort auch Truppen anwerben. Er, Christian, versuche für seinen Sohn eine Prinzessin von Savoyen zu werben. <sup>(4)</sup>

Diese allgemeinen Nachrichten sind auch nur von begrenzter Aussagefähigkeit. Im Unterschied zu anderen Briefen, in denen die zusätzlichen Nachrichten am Ende angefügt wurden, stellte sie Christian an den Anfang. Mit seinem eigentlichen Anliegen rückt er erst gegen Ende des Schreibens heraus. Es liegt der Verdacht nahe, dass der König nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen wollte, sondern mit diesen allgemeinen Informationen eine Art Vorrede halten wollte.

Ein Nachrichtenbrief aus Rom, den Hertnid von Stein am 7. März 1479 schickte, folgte auch dem bereits festgestellten Schema von wesentlichem Inhalt und zusätzlichen Informationen. Stein war nach Rom gesandt worden, um zu verhindern, dass König Matthias Kurfürst Albrecht beim Papst als Verteidiger von Ketzern anschwärzen konnte. <sup>(5)</sup> Stein berichtete nach Hause, dass er mit Kardinal Francesco Piccolomini Kontakt aufgenommen habe, der

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 723, S. 590.

<sup>2</sup> Die Kardinalserhebungen Sixtus' IV. waren während der gesamten Zeit seines Pontifikats Anlass für polemische Auseinandersetzungen. Der Tätigkeit dieses Mann auf dem Heiligen Stuhl verdanken wir die Etablierung des Wortes Nepotismus im Sprachschatz, da er eine nicht geringe Zahl von Neffen in hohe Positionen brachte. Nachdem Sixtus im Mai 1473 bereits achtmal den Kardinalshut verliehen hatte, ernannte er im Konsistorium vom 18. Dezember 1476 sogar zwölf Kardinäle gleichzeitig, drei von ihnen waren seine Neffen. Insgesamt verhalf Sixtus IV. während seines Pontifikats 34 Männern zu einem Platz im Konsistorium. Die Zahl der neu ernannten Kardinäle war vor allem für schon amtierende Würdenträger von Bedeutung, da sich deren Einkünfte aus dem Haushalt der Kurie verringerten, weil nur ein bestimmter, festgelegter Teil für die Kardinäle vorgesehen war. Dieser musste unter allen in Rom lebenden Kardinälen aufgeteilt werden. Siehe David Chambers; *The Economic Predicment of Renaissance Cardinals*; In: William M. Bowsky (Hrsg.); *Studies in Medieval and Renaissance History*; Band 3; Lincoln, Nebraska, 1966; S. 289 – 313.

<sup>3</sup> Eine gute Darstellung der Geschichte der Familie Sforza bietet die Arbeit von Klaus Schelle, *Die Sforza. Bauern, Condottieri, Herzöge. Geschichte einer Renaissancefamilie*; Stuttgart, 1980.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 798, S. 632 f.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 524, S. 485 f. Matthias von Ungarn versuchte im Kampf um Böhmen seinen Gegner Ladislaus und dessen Verbündete – also auch Albrecht Achilles – immer wieder in die Hussiten-Ecke zu stellen, den Machtkampf zu einem Glaubensstreit zu machen und somit päpstliche Unterstützung zu gewinnen. Er hatte seine böhmische Karriere als Gegenkönig zum utraquistischen Nationalkönig Georg Podiebrad mit massiver päpstlicher Unterstützung begonnen.

wiederum beim Papst erreicht habe, dass der Bischof von Augsburg, Johannes von Werderberg, zwischen Matthias und Albrecht vermitteln werde. Das hieß im Klartext, dass Matthias' Vorgehen gegen Albrecht zumindest vorerst gescheitert war und Stein seinen Auftrag erfüllt hatte.

Der Brief aus Rom ist aber noch voller Informationen zu den Geschehnissen in Rom, Italien und auf dem Balkan. Zuerst soll eine Auflistung der Nachrichten folgen, die im Brief völlig ungeordnet standen: Der Papst schmiedete gerade ein Bündnis mit Neapel und Ungarn. Dieses Bündnis solle gegen Florenz wirken, dem wiederum Venedig und Mailand helfen würden. Venedig seinerseits habe Frieden mit den Osmanen geschlossen und ihnen die Stadt „*schuterei*“, Skutari im heutigen Albanien, abgetreten. Der König von Frankreich habe eine große Gesandtschaft nach Florenz geschickt, angeblich um zu vermitteln. Niemand glaube aber, dass Ludwig XI. wirklich neutral sei. Auch kaiserliche Gesandte seien tätig. Gesandte des Landgrafen Hermann von Hessen seien in Rom, um dessen Bestätigung als Erzbischof von Köln zu erhalten. Der Papst habe vor, die Eidgenossen gegen Mailand einzusetzen. Sigmund von Tirol wolle ebenfalls in Italien eingreifen und bald solle wieder ein Legat ins Reich geschickt werden. Somit war Albrecht der momentane Stand der Bündnispolitik in Italien geläufig und auch reichspolitische Nachrichten hatte er bekommen.

Im Sommer 1480 war Stein erneut in Italien, im Einsatz für Albrecht und auch im Dienst anderer Auftraggeber. Wohl auf der Rückreise schrieb der Domherr von Matrei in Tirol aus, dass er im Streit um die Ehe Ladislaus – Barbara mit Hilfe des in Rom weilenden Kurfürsten von Sachsen und der Kardinäle von Mantua und Siena einiges erreicht habe. Stein schilderte auch das genaue Vorgehen an der Kurie und die Aktionen der Gegenseite. <sup>(1)</sup>

Dann ergänzte er die Berichterstattung im Hauptbrief, aber auch in vier beiliegenden Zetteln, wieder durch ausführliche Schilderungen der politischen Lage in Italien. Die Annullierung der Ehe des Herzogs von Ferrara wird erwähnt, ebenso die Konflikte zwischen dem Papst und Neapel, das die Seite gewechselt habe und nun Verbündeter von Florenz und Mailand sei. Auch die Auseinandersetzungen im Haus der Sforza in Mailand zwischen dem Sohn des verstorbenen Herzogs und dessen Brüdern waren Themen. <sup>(2)</sup> Ein Eingriff des Kaisers sei sinnvoll, weil es eine starke kaiserfreundliche Partei gebe; auch Übergriffe der Schweizer Söldner drohten, weil sie ihren Sold noch nicht erhalten hätten. „*Ganz welschland ist wieder in aufruhr*“, lautete die Zusammenfassung Steins. Er selbst sei auf dem Weg nach Wien, um dort päpstliche Schreiben an den Kaiser zu überbringen. <sup>(3)</sup> Hier findet sich erneut eine sehr ausführliche Schilderung der italienischen Verhältnisse, die Albrecht zusätzlich zur eigentlichen Information über Steins Auftrag erhielt.

In einem Schreiben Steins vom 17. Juni 1481 aus Rom, teilt dieser mit, dass er, wie gewünscht, ein „*breve plumbatum*“, im dem die Rechte der Markgräfin Barbara noch einmal herausgestellt worden seien, erwirkt und ihm zugeschickt habe. Im Schreiben finden sich auch wieder zusätzliche Nachrichten über die Lage in Rom. Dort sei ein politischer Streit zwischen Papst Sixtus IV., dessen Neffen und einem Erzbischof Andreas Zuccalmaggio von der Krainja ausgebrochen. Letzterer sei ein kaiserlicher Rat, von diesem abberufen worden, doch kurz vor seiner Abreise durch Sixtus IV. verhaftet und in die Engelsburg gebracht worden. <sup>(4)</sup>

Was wie eine Fußnote der Geschichte aussieht, entwickelte sich zu einer großen politischen Auseinandersetzung. Erzbischof Andreas, der mit seinem slawischen Namen Jamometric hieß, ging Ende des Jahres, als er aus der Engelsburg freigekommen war, nach Basel und versuchte,

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 676, S. 622 ff.

<sup>2</sup> Galeazzo Maria Sforza war im Dezember 1477 ermordet worden und seine Witwe Bona führte ab Januar 1478 nach einem Schiedsspruch Ludovicos Gonzaga die Regentschaft für ihren erst siebenjährigen Sohn Gian Galeazzo. Doch die Brüder des ermordeten Herzogs, allen voran Lodovico, genannt „Il Moro“, intrigierten gegen die Herzoginwitwe. Ende 1480 konnte Lodovico dann die Macht übernehmen. Siehe Schelle, Die Sforza, S. 143 ff.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 676, S. 622 ff.

<sup>4</sup> Priebatsch 3, Nr. 755, S. 67 f.

dort ein Konzil zu organisieren. Der Rat der Stadt ließ ihn gewähren und die Aktion fand Rückhalt, sogar in Oberitalien. Der alarmierte Papst versuchte mit allen geistlichen Druckmitteln bis hin zum Interdikt über Basel die Konzilsidee im Keim zu ersticken. Trotz einer Zusammenarbeit mit dem Kaiser, der Entsendung von vier Legaten und einem Handelsembargo gegen Basel dauerte es bis zum Januar 1483, bis die Stadt nachgab und Jamometric inhaftieren ließ. <sup>(1)</sup>

Hier ist wieder der Wert von Basisinformationen zu sehen. Konnte Albrecht 1481 wohl wenig mit der Nachricht über die Verhaftung anfangen, so waren ihm die Hintergründe bekannt, als der Kampf des Klerikers in Basel, einer Stadt im Reich, begann und größere Folgen zeitigte.

Der Kanoniker Martin Thumbeck, der vom Spätherbst 1481 bis zum Frühjahr des kommenden Jahres in kirchenrechtlichen Auseinandersetzungen für Albrecht an der Kurie wirkte und auch regelmäßig nach Ansbach berichtete, meldete nebenbei auch einiges von der Kurie und aus Italien. So ergänzte er in einem Schreiben vom 25. November 1481 die Berichte über seine Tätigkeit mit der Meldung über den Tod von Albrechts Nichte, Markgräfin Barbara von Mantua, und über das Hinscheiden des Kardinals Batista Orsini. <sup>(2)</sup> Die Nachricht über den Tod des Kardinals Orsini stand völlig unkommentiert in Thumbecks Brief, so dass wieder ein Zusatzwissen Albrechts nötig war, um aus dieser Nachricht einen Informationsgewinn zu ziehen.

In weiteren Schreiben vom Februar und März 1482 berichtete Thumbeck von der großen Unsicherheit in der Ewigen Stadt und über Parteikämpfe innerhalb des Kardinalskollegiums, ohne allerdings Einzelheiten und Namen zu nennen. „... *so ist grosse zwittracht und ferlichkeyt und ist nymant tag noch nacht sicher*“, so sein Resümee. Deutlicher wurde er erst in seinem letzten Schreiben für den Kurfürsten vom 21. April. Thumbeck berichtete von Adelskämpfen in Rom, bei denen sich vor allem die Anhänger der Familien della Valle und Santa Croce gegenüberständen. Es seien ein Verwandter des Kardinals von Colonna und viele andere ermordet worden. Am Gründonnerstag, dem 4. April 1482, habe der Papst die Stadtpaläste derer von Croce niederbrechen lassen. Außerdem wusste Thumbeck zu berichten, dass der König von Neapel eine Truppenexpedition zur Unterstützung des Herzogs von Ferrara und einen Durchmarsch durch den Kirchenstaat plane. Das wolle der Papst aber verhindern. <sup>(3)</sup>

Mit dem Umweg über Österreich erhielt Albrecht im Sommer 1483 als Zusatzgabe wieder Nachrichten aus Italien. Auf Drängen Friedrichs III. hatte Albrecht ein kleines Kontingent von Truppen unter der Führung des Nickel Schirndinger nach Österreich geschickt. Es sollte dort im Kampf gegen Matthias Corvinus zeitweilig einige Burgen sichern. Schirndinger informierte Albrecht in einem Schreiben, das Anfang August in Ansbach ankam <sup>(4)</sup>, über militärische Einzelheiten. Zusätzlich dazu teilte der Hauptmann seinem Fürsten auch einiges über die Lage in Italien mit. Es muss offen bleiben, woher der Feldhauptmann in Österreich die Nachrichten aus Italien hatte. Er schrieb Albrecht jedenfalls, dass der König von Neapel Rom belagere. Der Papst seinerseits habe zwei seiner Kardinäle, Giovanni Colonna und Gianbattista Savelli, den Vizekanzler, festnehmen lassen. Ein dritter Kardinal, Rodrigo Borgia, Kardinalbischof von Ostia und Kardinal-Kämmerer, sei entkommen. Der Kardinal von Mantua „... *ist vast gewaltig bei dem babst, sein bruder, der herr zu Mantua ist mit dem König von Neapolis wider den papst.*“ Sixtus selbst stehe zum Bündnis mit Venedig, das wiederum mit den Türken kooperiere. Der Herzog von Ferrara sei gegen die Venezianer siegreich gewesen, diese hätten aber zurückgeschlagen und eine Festung zurückerobert. <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> Kaiser und Papst stritten sich um die Auslieferung, so dass Jamometric bis zum 23. Januar 1485 in Basel in Haft war, nach Rom ausgeliefert wurde und dort starb.

<sup>2</sup> STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 226 I, Fasz. 10, fol. 5; Priebatsch 3, Nr. 816, S. 123.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., Nr. 226 II, Fasz. 12, fol. 20; Priebatsch 3, Nr. 871, S. 183 f.

<sup>4</sup> Das genaue Datum des Reports von Schirndinger ist nicht festzustellen, weil der Bericht nur in Form einer Kopie existiert, die Albrecht mit Datum vom 9. August als Zettel einem Brief an Markgraf Johann beilegte.

<sup>5</sup> Priebatsch 3, Nr. 897, S. 211 f.

Da Albrecht durch die häufigen Kontakte zur Kurie und seine enge Beziehung zu seinem Großneffen Francesco von Mantua Einblick in die Funktionsweise und die Zusammensetzung des Kardinalskollegiums hatte, musste er begreifen, dass der Konflikt des Papstes mit einigen seiner wichtigsten Amtsträger, darunter dem Kämmerer und dem Vizekanzler, eine schwierige Situation für das Papsttum darstellte. Da gerade um diese Zeit der Streit um die sogenannte Türken- oder Pfaffensteuer zwischen Albrecht und deutschen Bischöfen entbrannt war <sup>(1)</sup>, konnten solche Hintergrundinformationen aus der Kurie nur nützlich sein.

Doch auch aus anderen Gegenden Europas und des Reiches gingen Schreiben zu bestimmten Themen ein, die zusätzlich zu dem Hauptanliegen des Absenders noch allgemeine Nachrichten enthielten.

Ein wichtiges Feld, über das sich Albrecht informieren ließ, war natürlich die Reichspolitik. Graf Ulrich von Württemberg schrieb am 14. Juli 1470 aus Göppingen an Albrecht und bat ihn, ihm einige besonders schöne Jagdwaffen zu überlassen. Nebenbei berichtete der Graf noch, dass er bei Herzog Ludwig von Landshut gewesen sei und wie sich sein Aufenthalt dort abgespielt habe. <sup>(2)</sup> Das waren nun sicher keine harten Nachrichten, aber ein Stimmungsbild vom Landshuter Hof war immer eine willkommene Nachricht. Fast könnte man meinen, Ulrich wollte sich mit der Benachrichtigung für das Ausleihen der Waffen bedanken, oder doch zumindest Albrecht günstig stimmen.

Der Ansbacher Sekretär und Kanzler Albrechts, Johann Volker, traf sich im April 1472 mit Hertnid von Stein in Nürnberg, erfuhr dort zum einen Einzelheiten über dessen kirchenpolitische Mission für den Kurfürsten in Rom und teilte dies seinem Herrn in einem Schreiben vom 16. April nach Cölln mit. Auf der Rückseite dieses Briefes berichtete er, was er sonst noch in Nürnberg gehört habe. Es sei ein Gerücht in Umlauf, dass „*herzog ott von Bayrn*“ nach München gezogen sei, um Herzog Christoph in Abwesenheit Herzog Albrechts IV. zu befreien. Dies sei knapp misslungen. <sup>(3)</sup>

Ein weiteres Schreiben, das diesem Aufbau – Basisinformation und zusätzliche Nachrichten – genau folgte, ist ein Brief der Ansbacher Räte vom 31. Mai 1472. Hertnid von Stein hatte aus Rom einen Bericht und eine Reihe von päpstlichen Bullen und Breven <sup>(4)</sup> für Albrecht nach Ansbach geschickt. Die Räte meldeten dies weiter, schickten einige dieser päpstlichen Schreiben weiter nach Brandenburg, wo sich Albrecht zu dieser Zeit aufhielt, und sie nutzten die Gelegenheit, eine Reihe von Themen – die Reichspolitik betreffend – zu streifen und Albrecht jeweils kurz zu informieren.

Die angeordneten Einkäufe von Arzneien und Waffen für die Versorgung der Truppen in Brandenburg seien getätigt worden. Die Zollbriefe des Herzogs von Mecklenburg seien

<sup>1</sup> Siehe Kapitel 2.7.

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 732, fol. 42.

<sup>3</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 48; Priebatsch 1, Nr. 325, S. 349. Die Auseinandersetzungen im Münchner Herzogshaus, die Gefangennahme Herzog Christophs, des Bruders des regierenden Münchner Herzogs Albrecht IV., und vor allem der waghalsige Versuch Pfalzgraf Ottos von Neumarkt, Christoph aus der Neuveste in München zu befreien, waren damals Tagesgespräch und wurden in vielen Briefen und Berichten mitgeteilt. Am ausführlichsten fasst Riezler, a.a.O., Band 3, S. 482 ff. die Handlungen zusammen und stellt auch die zeitgenössischen Quellen vor.

<sup>4</sup> Päpstliche Bullen sind wichtige Schreiben des Heiligen Stuhls, die mit dem Bleisiegel gekennzeichnet waren, von dem sie auch den Namen hatten. Sie galten als das zentrale Kommunikationsmedium der Kurie, in dem die Entscheidungen des Papstes entweder zur öffentlichen Verbreitung oder für einen einzelnen Empfänger mitgeteilt wurden.

Ein Breve hingegen ist ein kurz gefasstes, in erster Linie zu Verwaltungszwecken ausgestelltes Schreiben, das mit dem roten Stempel des Fischerrings (= *anulus piscatoris*) gezeichnet war. Ab Mitte des 15. Jahrhunderts wurden Breven oft zur Aufzeichnung von Gunstbeweisen verwendet und kamen verstärkt beim Ablasshandel zum Einsatz. Siehe LThK, 3. Auflage, 1994, Band 2, Spalten 685 und 778.

Inwieweit die beiden Begriffe im täglichen Sprachgebrauch des 15. Jahrhunderts streng auseinander gehalten wurden, ist in der Forschung umstritten. In den schriftlichen Nachrichten der Berater Albrechts an den Fürsten, war allerdings immer entweder von Bulle oder von Schreiben die Rede, die mit dem „*anulus piscatoris*“ gesiegelt waren, was eine hohe Systematik in der Sprachregelung belegt.

angekommen, Sebastian von Seckendorf werde wie befohlen nach Brandenburg kommen, zwei Räte seien in Ingolstadt gewesen und hätten gemeldet, dass ein gewisser Bayrlin, der Gelder unterschlagen habe, gerichtet worden sei. Die beiden Räte, Jakob Protzner und Heinz von Seckendorf, seien auch in München gewesen, wo sie Herzog Albrecht IV. empfangen und ihnen seine Version vom Befreiungsversuch durch Pfalzgraf Otto von Mosbach-Neumarkt berichtet habe.

Herzog Albrecht habe gesagt, er wolle sich mit Otto gütlich einigen. Auch die erhaltenen Informationen über die Hintergründe des Streites Albrechts mit seinem Bruder Christoph und Vermittlungsversuche Ludwigs von Landshut wurden nach Cölln weitergegeben. Vom Rhein seien Überfälle pfälzischer Söldner und der Versuch des Erzbischofs von Köln bekannt geworden, die Stadt Deutz zu besetzen. Beide Übergriffe seien gescheitert, informierten die Ansbacher Räte ihren Herrn. Ein Zettel zum Schluss listet noch einige Nachrichten über Albrechts Frau und seine Kinder auf, denen es ausweislich dieses Zettels gut ging. <sup>(1)</sup>

Die Nachrichten, die Albrecht durch diesen längeren Brief erfuhr, deckten zwar ein weites Spektrum der Reichs- und Territorialpolitik ab, es stellt sich aber wieder die Frage, ob Albrecht in Brandenburg mit diesen wirklich sehr knappen Aussagen etwas anzufangen wusste und ob sie ihm einen ausreichenden Überblick über die Lage im Reich ermöglichten.

Die Ansbacher Räte informierten Albrecht am 5. September 1472 über eine finanzielle Notlage in der Markgrafschaft und der daraus resultierenden Unmöglichkeit, alle Aufträge des Fürsten, die er ihnen aus Cölln hat zukommen lassen, zu erledigen. Außerdem sei noch eine Gesandtschaft in Neumarkt am Hof Pfalzgraf Ottos von Mosbach-Neumarkt gewesen und habe dabei einiges erfahren, so die Räte. Albrecht Achilles wurde darüber in Kenntnis gesetzt, dass der Kurfürst von der Pfalz sich noch im Erzstift Köln aufhalte. Herzog Albrecht von München versuche zur Zeit nicht gegen die Fronde seiner beiden Brüder vorzugehen und der Bischof von Würzburg sei gezwungen gewesen, einen neuen Schuldbrief auszustellen, lauteten die Neuigkeiten. <sup>(2)</sup>

Albrechts Gesandter Eyb wusste am 27. Januar 1474 in einem Brief vom kaiserlichen Hof, der in Aschaffenburg Station gemacht hatte, zu berichten, dass die Hochzeit zwischen dem Kurprinzen von der Pfalz, Philipp, und Margaretha, der Tochter Herzog Ludwigs des Reichen von Landshut, in Amberg bevorstehe. Alle Wittelsbacher, die Bayernherzöge und die Pfalzgrafen, würden dem Ereignis beiwohnen wollen, ebenso Kurfürst Ernst von Sachsen und dessen Bruder Albrecht. <sup>(3)</sup>

Diese Information, die in einem Schreiben zu finden war, das sich hauptsächlich um Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Böhmen drehte, war für Albrecht von großer Wichtigkeit. Nicht nur die Tatsache, dass die Wittelsbacher durch die Hochzeit noch enger zusammenrückten, war für Albrecht beunruhigend, auch die Tatsache, dass alle Wittelsbacher, also auch Herzog Albrecht von München, dieses neue Familienbündnis besiegelten, war den Interessen Kurfürst Albrechts nicht dienlich. Ganz besonders brisant war aber die mögliche Anwesenheit der Sachsenherzöge, die eigentlich zu Albrechts engsten Verbündeten zählten. Eine Reaktion des Brandenburger Kurfürsten auf diese Nachricht ist allerdings nicht überliefert. <sup>(4)</sup>

Nach dem Tod Herzog Karls von Burgund im Januar 1477 wurde der in Burgund inhaftierte Graf Heinrich von Württemberg-Mömpelgard, Bruder von Albrechts Schwiegersohn Eberhard von Württemberg, freigelassen. <sup>(5)</sup> Dessen Schicksal, das Albrecht Achilles lindern

<sup>1</sup> STAN, Pfälzische Missive; Priebatsch 1, Nr. 359, S. 282. Die kirchenspezifischen Informationen beruhen auf den Nachrichten Steins aus Rom und dem Bericht, den er am 18. April aus Zeil bei Hassfurt nach Ansbach geschickt hatte. Quelle: Priebatsch 1, Nr. 327, S. 351 f.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 467, S. 445.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 771, S. 619.

<sup>4</sup> Die Hochzeit zwischen Pfalzgraf Philipp und Herzogin Margaretha von Landshut fand im Februar 1474 statt.

<sup>5</sup> Heinrich, der jüngere Sohn Ulrichs von Württemberg-Stuttgart, wurde 1473 Graf von Mömpelgard (Montbéliard), einer Herrschaft in der Burgundischen Pforte. Schon 1474 ließ ihn Karl von Burgund, der die

helfen sollte, war Hauptthema eines Schreibens des württembergischen Haushofmeisters Georg von Absberg an den Kurfürsten vom 23. Februar 1477 aus Stuttgart. Doch enthielt es noch eine Reihe weiterer Nachrichten. Graf Ulrich von Württemberg habe, so Absberg, Räte nach Basel geschickt und erfahren, dass Burgund und die Eidgenossen einen Waffenstillstand geschlossen hätten, der bis zum 23. März gelten solle. Die burgundischen Gesandten seien daraufhin zurück zur Herzoginwitwe Margarete, um weitere Instruktionen einzuholen. Der Kaiser und der päpstliche Legat hätten auch an die Herzogin geschrieben. Der Bischof von Metz, Jacques d'Amange, versuche, die Heirat zwischen Maria und Maximilian voranzutreiben. Absberg gab dann seiner Einschätzung Ausdruck, dass der Habsburger sich in den burgundischen Landen durchsetzen könne, weil sich die Stände dort nicht dem König von Frankreich anschließen wollten, obwohl er schon einige Städte besetzt habe. Die Burgen, die mit Besatzungen der Herzogin von Burgund belegt seien, würden sich gegen französische Angriffe halten. Schließlich gab Absberg auch noch die Quelle seiner Informationen preis. Der päpstliche Legat habe einen Gesandten geschickt, der am heutigen Tag die aufgeführten Nachrichten überbracht habe. <sup>(1)</sup>

Diese Informationen waren sowohl präzise als auch umfassend und stammten auch von einem derjenigen Diplomaten, die mit den Verhandlungen in und über Burgund betraut waren, hatten also auch einen hohen Grad an Authentizität. Standen diese Nachrichten allerdings allein, dann war Albrechts Wissensstand doch eher eingeschränkt. <sup>(2)</sup> Eine Antwort auf dieses Schreiben Absbergs erging schon am 26. Februar. Albrecht gab eine Reihe von Ratschlägen für die Zukunft des Grafen Heinrich, es ist aber nicht ersichtlich, dass Albrecht irgendwelche politischen Schritte unternahm, die seine Stellung gegenüber Maximilian und der möglichen Erwerbung Burgunds durch die Habsburger änderte.

Der Rat der Stadt Nürnberg schickte Albrecht Achilles am 7. März 1478 auf kaiserlichen Wunsch eine Reihe von Mandaten gegen den König von Polen, die der päpstliche Legat Balthasar von Piscia in Nürnberg habe verteilen und öffentlich verkünden lassen. Außerdem verschickten die Nürnberger mit demselben Kurier eine rechtliche Stellungnahme zu einem Streitfall zwischen ihnen und Albrecht, der einen Müller betraf. Angehängt an den Hauptbrief mit den Hinweisen auf die Anlagen fand Albrecht auch noch einige politische Informationen. So schickten die Nürnberger Räte Nachrichten aus Österreich und berichteten von Verträgen einiger Reichsfürsten und Grafen aus dem Südwesten des Reiches mit den Eidgenossen, die auf einem Tag in Zürich im Januar abgeschlossen worden seien. <sup>(3)</sup>

Ein Schreiben der Ansbacher Räte vom 7. Dezember 1478, das ausführliche Warnungen vor Kämpfen an der böhmischen Grenze übermittelte, ist gespickt mit ungeordneten und nicht kommentierten Detailinformationen über Vorgänge im Reich. <sup>(4)</sup> Die Räte, die in diesen

Herrschaft zur Arrondierung seines burgundischen Staates beehrte, gefangen setzen und presste ihm die Abtretung Mömpelgards ab. Erst 1477 nach Karls Tod wurde er freigelassen. Näheres zu Heinrich von Württemberg-Mömpelgard in ADB, Elfter Band, S. 627 f. und Ernst Marquardt, Geschichte Württembergs; 2. Auflage; Tübingen, 1962; S. 46 ff.

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 732, fol. 141 r.; Priebatsch 2, Nr. 273, S. 286 f.

<sup>2</sup> Die niederländischen Stände nutzten den Tod Karls von Burgund, um ihre vom Herzog stark beeinträchtigte Stellung im Machtgefüge wieder zu stärken und übernahmen die Kontrolle über die Regierung. Karls Tochter Maria wurde gefangengenommen, die wichtigsten Berater Karls hingerichtet. Die Stände sahen eine mögliche Heirat mit Maximilian deshalb anfangs skeptisch, weil sie dann in diesem einen Konkurrenten um die Macht gehabt hätten. Deshalb traten sie mit dem französischen König Ludwig XI. in Kontakt. Erst als die Niederländer merkten, dass Ludwig XI. ebenfalls eine starke zentrale Kontrolle über die von ihm besetzten Teile der burgundischen Länder ausübte und ständische Recht nicht achtete, schwenkten sie um und förderten die Heirat Maximilians und Marias. Die burgundische Heirat Maximilians und der darauffolgende Erbfolgekrieg sind in einer Reihe von Darstellungen umfangreich beschrieben. Eine ausführliche Zusammenfassung gerade der ersten Jahre Maximilians in Burgund, von denen die Nachricht des Hofmeisters Absberg handelte, findet sich bei Wiesflecker, a.a.O., S. 113 – 143.

<sup>3</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher 36, fol. 14; Priebatsch 2, Nr. 365, S. 358.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 459, S. 438 ff.

Monaten nur wenige Briefe an den in der Mark kämpfenden Fürsten schrieben, schienen die Gelegenheit beim Schopf gepackt zu haben und versorgten Albrecht Achilles mit allen Informationen, die ihnen zugegangen waren. So erfuhr Albrecht, dass Graf Eberhard der Ältere an den Händen gelähmt sei, dass der Bischof von Straßburg verstorben und der dortige Dompropst Albrecht, ein Bruder Pfalzgraf Ottos von Neumarkt, neuer Oberhirte geworden sei. Kurfürst Philipp von der Pfalz habe vergeblich versucht, dort den Kardinal Heßler als Bischof durchzusetzen. Eine Meldung betraf das Erzbistum Salzburg. Der aus Ungarn geflohene Erzbischof von Gran solle neuer Erzbischof von Salzburg werden, wohingegen der Amtsinhaber als Propst nach Wien wechseln wolle. Das Salzburger Kapitel wolle dem aber nicht zustimmen und habe sich an Herzog Ludwig von Landshut gewandt. Wieder wurde Albrechts Wissensstand mit Detailinformationen aufgefrischt und wieder muss festgestellt werden, dass dies nur dann sinnvoll war, wenn er die Nachrichten in einen allgemeinen Wissensschatz einbetten konnte.

Die Beziehungen zu Mächten, deren Machtzentrale weiter entfernt lag, konnte auch für einen deutschen Reichsfürsten von Interesse sein. So gelang es Albrecht immer wieder, sich über die politische und militärische Situation auf dem Balkan zu informieren. Dort prallten die Interessen und Einflusssphären Ungarns, des osmanischen Sultans und italienischer Handelsstaaten, in erster Linie natürlich Venedigs, sowie bis zu einem gewissen Grad auch die des Kaisers aufeinander. Nachrichten aus den Regierungszentralen der beteiligten Mächte gehörten auch zu den Informationen, die Albrecht zuzugingen.

Ein erstes Schreiben, das solche Informationen erhielt, ist datiert auf den 7. März 1463 und stammt von Stefan Scheuch, der zu diesem Zeitpunkt Albrechts Interessen am kaiserlichen Hof vertrat. Scheuch berichtete über eine Reihe von diplomatischen Verhandlungen, die die Reichspolitik betrafen. In einem Absatz kam er aber auch auf den Balkan zu sprechen: „*Item der Turck ligt mit grosser macht vor Kriechischen Weissenburg, vnd auf sonntag schirst werden die Hungern ein anslag im konigreich machen vnd will der konig personlich an den Turcken von stundan ziehen.*“<sup>(1)</sup> Albrecht erfuhr hier detaillierte Abläufe der ungarischen Verteidigungspolitik gegen das Vordringen der Osmanen.

Hertnid von Stein informierte Ansbach am 2. Dezember 1463 vom Tod Herzog Albrechts VI. von Österreich. Dem lateinischen Brief war auch noch ein längerer Abschnitt beigelegt, der die Kämpfe zwischen Venedig und den Truppen Kaiser Friedrichs III. um die Stadt Triest an der Adria beschrieb: „*Item sicuti alias audivistis, Venetos Triestum civitatem imperatoris tribus exercitibus obsedisse, noveritis, gentes imperatoris, que in civitate erant, unum de illis exercitibus invasisse, vicisse et spoliassse, multos Ytalos neci dedisse et captivos duxisse, reliquos exercitus incinerasse, ex quo reliqui duo exercitus ab obsidione discesserunt. Et sic illa civitas liberata est. Et creditur, Venetos amplius duobus milibus hominum perdidisse.*“ Die Stadt Triest sei daraufhin mit Lebensmitteln und anderen Versorgungsgütern reichlich ausgestattet worden und könne nun mindestens für ein Jahr ausharren.<sup>(2)</sup>

Beigelegt war dem Schreiben Steins an Knorre, das dieser umgehend Albrecht zukommen lassen sollte, noch ein ausführlicher Bericht über die Ereignisse in Bosnien. Diesen Brief hatte der Geschützmeister Johannes von Rossingen dem Ullrich von Grafeneck in Trautmanstorff geschrieben und darin das bedrohliche Vorrücken der türkischen Truppen in Bosnien auf die Erblände zu geschildert. Stein bat Knorre, Markgraf Albrecht dieses Schreiben, auf dessen

<sup>1</sup> FRA, II, 42, Nr. 266, S. 356.

<sup>2</sup> FRA, II, 46, Nr. 18, S. 29. Die Stadt Triest musste sich immer wieder venezianischer Angriffe auf ihre Autonomie erwehren und suchte dabei im Hochmittelalter Schutz bei benachbarten Fürsten wie zum Beispiel den Grafen von Görz. 1382 unterstellte sich die Stadt Herzog Leopold III. von Österreich aus dem Haus Habsburg. Die Habsburger, die als Landesherrn des benachbarten Herzogtums Krain Interessen in der Hafenstadt hatten, akzeptierten die innerstädtischen Freiheiten und konnten sich auf Dauer als beherrschende Macht durchsetzen. Seit 1469 band sich die Stadt vertraglich noch enger an die Habsburger. Der in dem Brief geschilderte Angriff Venedigs spielte bei der noch engeren Bindung des städtischen Patriziats an Friedrich III. als Herzog von Krain eine wichtige Rolle.

Rückseite vermerkt war „*Copiam suprascriptam mittit d. Hertvicus de Lapide ex curia imperiali domino P. Knorren prop Weczslariensi.*“, umgehend zukommen zu lassen. <sup>(1)</sup> Warum Stein glaubte, dass die Nachrichten über Bosnien besonders für Albrecht interessant sein könnten, ist nicht abschließend zu beantworten. Ein direktes Interesse des Markgrafen am Balkan ist nicht zu erkennen, so dass es sich hier auch um einen allgemeinen Informationsbrief handeln dürfte, der den politischen Horizont Albrechts erweitern sollte.

Knorre stand nicht nur in Albrechts Diensten, sondern war als Domherr zu Wetzlar und als Pfarrer von Sankt Lorenz in Nürnberg auch mit anderen Mächten des Reiches verbunden. Sein hauptsächliches Aktionsgebiet war aber die Ansbacher Markgrafschaft, so dass davon auszugehen ist, dass er 1463 in engem Kontakt zu Albrecht Achilles stand und ihn folglich schnell über die eingegangenen Informationen unterrichtete. <sup>(2)</sup>

Hertnid von Steins Namensvetter, der königlich-böhmische Rat Georg von Stein, schrieb Albrecht im Januar 1470 aus Prag und schlug dem Markgrafen dabei ein neues Bündnis mit König Podiebrad vor. Dabei kündigte er auch eine Reise ins obergiebigische Fürstentum an, um dort direkt zu verhandeln. In einem beigelegten Zettel wurde Albrecht auch noch über Vorgänge auf dem Balkan informiert: „*Die Türken haben laider in Ungarn ob fünfzigtausend menschen erschlagen und weggeführt und der maior Balasch des Ungrischen künigs hauptman, ist mit etlichen volk darvon komen. Das haben die graffen von Krabaten erschlagen umb verrättereij willen, die der mayor Balasch an im geton wolt haben.*“ <sup>(3)</sup>

Die Information bezog sich auf osmanische Vorstöße in Kroatien zum Jahreswechsel 1469/1470, die dem Sultan Gebietsgewinne gebracht hatten. Stein wollte Albrecht natürlich wissen lassen, dass Matthias Corvinus große Schwierigkeiten an den Südgrenzen seines Reiches hatte. Schließlich war der Ungarnkönig der wichtigste Widersacher König Georgs in Böhmen und Niederlagen des Ungarn konnten den Pragern nur gelegen sein, die Albrecht auf ihrer Seite halten wollten. Die Parteilichkeit der Nachricht dürfte Albrecht bewusst gewesen sein, wenngleich, wie schon erwähnt, die Tendenz der Nachricht stimmte.

Kurfürstliche Räte, die im Sommer und im Herbst 1473 mit dem Kaiser durch das Reich reisten, informierten ihren Herrn regelmäßig über das politische Geschehen am Hof. In einem Schreiben vom 31. Juli aus Baden übermittelten die Gesandten auch Nachrichten über die Situation im Kampf gegen die Türken, die sie wahrscheinlich am Hof erfahren hatten. So erfuhr Albrecht, dass der Papst gemeldet habe, dass es im osmanischen Reich zu Aufständen gekommen sei. Ein „*türk*“ habe mit Hilfe Venedigs den Truppen des Sultans eine Niederlage beigebracht. Der Sultan habe sich nach Konstantinopel zurückziehen müssen, sei dort dabei, die Hagia Sophia einzureißen, um die Stadt zu befestigen. In Ägypten seien zur Vergeltung venezianische Kaufleute festgenommen worden. <sup>(4)</sup>

Gegen Ende des Jahres 1473 informierte Eyb als Gesandter am kaiserlichen Hof seinen Fürsten ausführlich über Verhandlungen in Köln zwischen Erzbischof und Kapitel. In einem Satz fügte er noch die Nachricht hinzu, dass Sultan Mehmet den Aufstand des „*türcks*“ mittlerweile niedergeschlagen habe. <sup>(5)</sup>

Von der Wiederaufnahme von Kämpfen auf dem Balkan zwischen Osmanen und Ungarn erfuhr Albrecht in einem Bericht seines Rates Eyb dann am 17. Januar 1474 aus Köln, der eigentlich geschrieben worden war, um das Zusammentreffen einer kaiserlichen und böhmischen Delegation zu vermitteln. Eyb berichtete in dem selben Schreiben auch, dass die

<sup>1</sup> FRA, a.a.O., Nr. 17, S. 27 f.

<sup>2</sup> Eine kurze Lebensbeschreibung Knorres hat Kist, a.a.O. verfasst.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 6, S. 101 f.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 643, S. 540 ff. Der als „*türk*“ bezeichnete Aufständische war der Turkmene Ussun Hassan, was dem Bericht an Albrecht aber nicht zu entnehmen ist, der sich mit der grundsätzlichen Information zufrieden geben musste, dass es zu Unruhen im Herrschaftsbereich des Sultans gekommen war, in die Venedig verwickelt war.

<sup>5</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 211 ff.; Priebatsch 1, Nr. 744, S. 603 f.

Türken den Frieden aufgekündigt und bei Kämpfen den Truppen des Ungarnkönigs große Verluste zugefügt hätten. <sup>(1)</sup>

Über die Einberufung eines Reichstags durch den Kaiser wurde Albrecht in einem Schreiben des kaiserlichen Rates Martin Heiden vom 14. April 1479 aus Graz informiert. Dieser sollte ab dem 7. Juni stattfinden und sich mit der Vorbereitung eines Krieges gegen die Türken befassen. Heiden steuerte in seinem Schreiben noch eine ganze Reihe von Informationen bei, die sich auf die Lage auf dem Balkan und die Türkenkriege im Allgemeinen bezogen. So berichtete Heiden, dass die Türken militärische Aktionen gegen Ungarn unternähmen. Der Bischof von Wardein und der bosnische Despot rückten gegen sie zu Felde. Auch König Matthias habe angekündigt, in den Kampf einzugreifen, ein Aufgebot erlassen und die Türken hätten sich wieder nach Bosnien zurückgezogen. Dort würden sie allerdings neue Truppen sammeln, um gegen kaiserliche Gebiete – gemeint wird in erster Linie die Steiermark gewesen sein – vorzurücken. Nach der Übergabe von Skutari durch die Venezianer hätten die Osmanen dort alle Christen, die zum Aufstand aufgerufen hätten, töten lassen. Der Kardinal von Mantua sei zum Legaten für die Organisation des Kreuzzugs gegen die Türken „in Germaniam“ ernannt worden, endete diese ebenfalls als Zeitung bezeichnete Sammlung von Nachrichten. <sup>(2)</sup>

Diese Informationen waren natürlich dazu gedacht, Albrecht positiv auf die Reichstagsverhandlungen über die Kosten für den Kriegszug einzustimmen. Die Lage an der Grenze zwischen den Einflussbereichen der christlichen Herrscher und des Sultans war immer so konfliktträchtig, dass Gefechte entweder drohten oder schon stattfanden. Die Nachricht über einen geplanten Angriff auf die Steiermark, wo sich Heiden in diesem Moment auch befand, ist also nicht als völlig unglaubwürdig zurückzuweisen, war aber dennoch gezielt lanciert worden. Die Horrornachricht über das Gemetzel in Skutari passte sich nahtlos in den Tenor aller Berichte über die Türkenkriege ein, die von großen Grausamkeiten der jeweiligen Gegenseite erzählten. Es ist zweifelhaft, ob Albrecht diesen Informationen Glauben schenkte. Hilfreich für ihn dürfte es hingegen gewesen zu sein, zu erfahren, dass sein Gegner Matthias von Ungarn Schwierigkeiten an seiner Südgrenze hatte. Auch in diesem Fall handelte es sich um generelle Informationen, die Albrechts Hintergrundwissen auffrischten und keine konkreten Entscheidungen oder Handlungen auslösten.

Gesandte, die im Frühsommer 1479 in Ungarn waren und über die Verhandlungen um das Glogauer Erbe berichteten, fügten in zwei der sieben dem Hauptbrief vom 26. Mai aus Preßburg beigelegten Zettel allgemeine politische Informationen aus Ungarn bei. Sie schrieben Albrecht von der Anwesenheit einer Gesandtschaft des Hochmeisters des Deutschen Ordens, der weitere Hilfe Ungarns im Kampf gegen den König von Polen einfordere. Die Ordensritter führten Klage gegen Ungarn, dass sie im Stich gelassen worden seien. Weitere Verhandlungen zwischen Matthias und seinem böhmischen Gegenkönig Ladislaus seien abgesagt worden und Einfälle türkischer Truppen in Siebenbürgen zwingen den Ungarnkönig dazu, sich seiner Südgrenze zuzuwenden. <sup>(3)</sup> Der aktuelle Stand auf drei der außenpolitischen Konfliktfelder Ungarns wurde Albrecht in diesem Schreiben dargelegt, wenngleich mit sehr dürren Worten.

Auch im November 1479 bekam Albrecht Nachrichten von den Balkankriegen. Wieder war es Georg von Absberg – mittlerweile im Dienst Sigmunds von Tirol – der ihn in einem Schreiben, in dem es vorwiegend um Reichspolitik ging, mit internationalen Informationen belieferte. Absberg hatte das Gerücht gehört, dass die Ungarn einen großen Sieg erfochten und die Türken 30 000 Tote zu beklagen hätten. Matthias habe den Plan gefasst, in Italien einzumarschieren, sich mit den Eidgenossen zu verbünden und sich auf der Halbinsel festzusetzen. In Italien seien Mailand, Mantua und Ferrara von Florenz zu den Venezianern

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 224; Priebatsch 1, Nr. 760, S. 614.

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III; Priebatsch 2, Nr. 538, S. 496.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 565, S. 529.

übergegangen. Bei Auseinandersetzungen zwischen Neapel und dem Papst hätten beide Seiten ihre Position behauptet. <sup>(1)</sup>

Bestätigt wurden die Aussagen Absbergs durch einige Stellen in einem Brief Hertnids von Stein vom 5. Dezember desselben Jahres, der für Albrecht am Kaiserhof Verhandlungen geführt hatte. Unter anderem teilte Stein mit, dass König Matthias Pläne habe, bei Zagreb ein Heer zu sammeln und Kroatien zurückzuerobern. Dann wolle er durch Dalmatien gegen Venedig ziehen. Über das Meer solle auch eine Zusammenarbeit mit Neapel herbeigeführt und dann zusammen auch Bosnien zurückerobert werden, fasste Stein seine Informationen zusammen. <sup>(2)</sup> Auch diese aus großer Distanz erfahrenen und dann weitergegebenen Informationen waren zu wenig präzise, um von großem, politisch umzusetzendem Nutzen zu sein.

Im Dezember 1480 bekam Albrecht wieder einen detaillierten Bericht einer Ungarngesandtschaft übermittelt. In diesem Schreiben befassten sich immerhin zwei Absätze mit militärischen und politischen Nachrichten aus Ungarn und vom Türkenkrieg. Dabei fällt auf, dass in einem Abschnitt kurz vorher beendete Kämpfe gegen osmanische Truppen sehr genau beschrieben wurden. Dabei erfuhr Albrecht nicht nur von ungarischen Siegen sondern ebenso ausführlich von Niederlagen der Truppen König Matthias'. Diese Stelle lautet: „ ... *das die Thurcken nach solcher niderlag aber sind eingeuallen in das konigreich bossen, sind sie durch des konigs haubtleuth aber nidergelegt vnd zur flucht gebracht, In dem haben sich des konigs leuth zur habe gethan vnd ir sach veracht, sind die turcken zu gegenwere kommen vnd dem konig bei II m nidergelegt.*“ <sup>(3)</sup>

Albrecht wusste nun, dass die Abwehrrfolge der Ungarn gegen die osmanischen Truppen immer wieder auch von Niederlagen abgelöst wurden. Ein Ende der Kämpfe an der Türkengrenze und damit für Matthias die Möglichkeit, sich ganz seinen Plänen in Böhmen und im Reich zu widmen, waren somit nicht abzusehen. Dies war für Albrechts Einschätzung der politischen Handlungsfähigkeit seines Hauptkontrahenten sehr nützlich.

Im selben Schreiben erwähnten die Räte auch die Ankunft von König Matthias' Schwagers, des Kardinals Johann, des Bruders der aus Neapel stammenden Königin Beatrix, in Ungarn. Diese Tatsache wird nur mit dürren Worten beschrieben: „*Der konigin bruder, der Cardinal, ist zu Offen eingeritten. Am montag nach Elisabeth vnd wirdt Ertzbischoue zu Gran ...*“ <sup>(4)</sup> Dahinter verbirgt sich ein für die weitere Geschichte Ungarns wichtiger Machtkampf des Königtums gegen den Hochadel, der es Matthias übel nahm, einen Fremden mit der höchsten Würde der ungarischen Kirche betraut zu haben. Matthias näherte sich damit weiter dem Königreich Neapel an, um seine italienischen Pläne voranzutreiben, riskierte aber eine Schwächung seiner innerungarischen Stellung. <sup>(5)</sup> Um die kurze Notiz der Gesandten in ihrer Wichtigkeit einschätzen zu können, musste Albrecht dieses Hintergrundwissen haben, sonst wäre die Nachricht für ihn ohne Belang gewesen.

Ebenfalls authentische aber dennoch mit Vorsicht zu genießende Nachrichten über die Vorgänge auf dem Balkan gingen Albrecht in einem Schreiben zu, das König Matthias von Ungarn am 18. Januar 1481 aus Zagreb nach Ansbach schickte. Darin beklagte sich der Ungarnkönig über die Politik des Kaisers gegen ihn, die im Endeffekt nur den Türken helfe. Der Corvine legte diesem Angriff auf den Kaiser in Abschrift noch einen seiner Briefe an den Papst bei, in dem er die Vorgänge und vor allem seine Erfolge auf dem Balken gegen die Osmanen geschildert hatte. <sup>(6)</sup> Auch Albrecht befand sich nun auf dem Wissensstand des

<sup>1</sup> STAN, C 3, Nr. 267, fol. 92; Priebatsch 2, Nr. 618, S. 566.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 98; Priebatsch 2, Nr. 624, S. 570 f.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 211, S. 263.

<sup>4</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>5</sup> Nehring, a.a.O.

<sup>6</sup> Nehring, Quellen, Nr. 118, S. 22.

Papstes, wengleich dieses Schreiben die Geschehnisse wahrscheinlich sehr einseitig darstellte.

Die Schreiben zweier Räte vom Frankfurter Reichstag, die am 19. Februar 1485 abgeschickt wurden, informierten Albrecht detailliert über den Ablauf, die Beratungen und Beschlüsse der Fürsten und fürstlichen Gesandtschaften in diesen Tagen. Zusätzlich dazu schickten die Gesandten, Johann Pfofel und Ludwig von Eyb, dem Kurfürsten noch Nachrichten über viele Vorgänge, die ihnen in Frankfurt zu Ohren gekommen waren. So sei ihnen der Inhalt eines päpstlichen Schreibens an den Erzbischof von Mainz mitgeteilt worden, in dem Innozenz VIII. von Flottenexpeditionen der Osmanen nach Sizilien und auch gegen Orte auf dem italienischen Festland berichtete. <sup>(1)</sup> Dies war wieder eine wichtige außenpolitische Information, die Albrecht aber nur wieder von Nutzen sein konnte, wenn er sie in größere Zusammenhänge einzuordnen wusste.

Die Verhältnisse im Königreich Böhmen waren für Albrechts Interessen sehr wichtig. Deshalb floss ihm auch gezielt eine beachtliche Zahl von Nachrichten aus den Reichen der Krone Böhmens zu, weshalb diesen Nachrichten auch ein eigenes Kapitel der Arbeit gewidmet ist. <sup>(2)</sup> Im Anschluss sind folglich nur die Nachrichten über die böhmischen Verhältnisse untersucht, die als Zubrot in sonstigen Briefen an den Fürsten zu finden waren.

Die Gesandten, die Albrecht im Herbst 1480 nach Prag geschickt hatte, um dort mit den Räten mehrerer anderer Reichsfürsten im Auftrag des Reichstags zu verhandeln und eine Einigung zwischen den beiden böhmischen Kronprätendenten herbei zu führen, erreichten wenig. Doch sie berichteten in einem Schreiben, das am 25. September in Prag datiert ist, einiges über die religiösen Unruhen in der Moldaustadt, nachdem dort König Ladislaus begonnen hatte, utraquistische Geistliche abzusetzen und durch katholische zu ersetzen. *„Auch gnedigster herr. Gestern sonntag war bei funftausent mannen und etlich pfaffen jenes glaubens bei dem konig und baten umb etlich pfaffen, nemlich um pfaff Michel, der an des Ruckenzans (der 1471 verstorbene utraquistische Erzbischof Rokycana von Prag; d. Verf.) stat ist und etlich burger zu prag, die der konig gefangen hat, sie uzzulossen, und handelten auf ferrer von des glaubens und der compactata wegen. Ist swere und besorglich, auch gar feilich. Got fugs zum pesten.“* Am folgenden Tag seien noch mehr gekommen und hätten den König unter Druck gesetzt, der sich auf seine Ratgeber herausgeredet habe. <sup>(3)</sup> Die Aufstandsbewegung in Prag gegen die Politik der Rekatholisierung des aus Polen stammenden Königs entwickelte sich zu einer ernsthaften Bedrohung der königlichen Macht. Es war für Albrecht sicher sehr wichtig, darüber informiert zu sein. <sup>(4)</sup>

Am 19. Februar 1485 bekam Albrecht Nachricht von seinen Gesandten auf dem Frankfurter Reichstag. In einem der diesem Schreiben beiliegenden Zettel berichteten die Räte Albrecht auch das, was sie von der kaiserlichen Delegation über die Vorgänge in Österreich und

<sup>1</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 3, fol. 74 f.; Priebatsch 3, Nr. 1048, S. 360.

<sup>2</sup> Siehe Kapitel 2.5.

<sup>3</sup> Berlin, Hausarchiv, 275 L. 3; Priebatsch 2, Nr. 694, S. 643 f.

<sup>4</sup> König Ladislaus II. war vor allem von der utraquistischen Partei in Böhmen gewählt worden, um Rückhalt gegen den katholisch/päpstlichen Kandidaten Matthias Corvinus zu gewinnen. Doch persönlich war der Polenprinz streng katholisch und versuchte, die Stellung der Katholiken wieder zu stärken. Er ließ die Neugründung von Klöstern zu, rief das katholische Prager Domkapitel zurück und sorgte auch für die Wiederansiedlung katholischer Bürger und Geistlicher in Prag. Die Utraquisten unter Führung des Prager Erzbischofs Wenzel Koranda versuchten zwar, ihre Position weiter zu halten, doch der katholische Hochadel, der die Politik Ladislaus' weitgehend bestimmte, war nicht zu Kompromissen bereit. 1480/81 nahm der Druck der utraquistischen Seite in Prag zu und Ladislaus musste seine Rekatholisierungspolitik vorerst stoppen. Als er sie 1483 wieder aufnehmen wollte, kam es in Prag zu Aufständen mit pogromartigen Übergriffen auf Katholiken. Erst der Landtag von Kuttenberg im März 1485 brachte einen Ausgleich zwischen Utraquisten und Katholiken. Siehe Jörg K. Hoensch, *Geschichte Böhmens*; München, 1987, S. 163 ff. Die religiöse Entwicklung in Böhmen seit dem Regierungsantritt von König Ladislaus II. zeichnet auch Ferdinand Seibt, *Deutschland und die Tschechen*; München 1993; S. 163 bis 170, kurz nach. Ein besonderes Augenmerk legt er dabei auf den 1485 geschlossenen Religionsfrieden zwischen Utraquisten und Katholiken.

Böhmen gehört hatten, wo Matthias von Ungarn auf dem Vormarsch sei, wie sie meldeten. Verhandlungen zwischen den beiden Kontrahenten, die durch König Ladislaus von Böhmen vermittelt worden seien, stünden an. Matthias habe angekündigt, sich mit Maximilian zu einigen, da er mit dem Kaiser zu keiner Verständigung kommen könne. <sup>(1)</sup> All dies ermöglichte Albrecht, der wegen seiner sich verschlimmernden Gicht seine Residenz nicht verlassen konnte, einen Einblick in die aktuellen Vorgänge und auch in die Hintergründe des politischen Geschehens in Böhmen. Dieses Wissen war wichtig, denn es muss schon als ein gewisser Umschwung in der politischen Landschaft betrachtet werden, wenn Matthias' langjähriger Gegner Ladislaus jetzt als Mittelsmann für den Ungarnkönig tätig wurde.

Eine zweite Gruppe von Informationsschreibern, die ebenfalls noch betrachtet werden sollen, sind diejenigen Briefe, die ursprünglich nicht für Albrecht gedacht, von ihren ursprünglichen Empfängern aber dann aus unterschiedlichen Erwägungen an Albrecht weitergeleitet wurden. Auch aus ihnen ging dem Fürsten eine Reihe von Nachrichten zu.

Zum einen sind dies einige Briefe, die die Reichsstadt Nürnberg aus unterschiedlichen Quellen erhielt und in ihrer Eigenschaft als Nachrichtenverteilzentrum <sup>(2)</sup> weitersandte. Kurz hintereinander sandten die Nürnberger am 24. und am 29. Oktober 1474 Briefe an Albrecht, die Nachrichten über die Osmanen enthielten. <sup>(3)</sup> Der Nürnberger Rat hatte im Oktober Berichte von Vertrauensleuten vom Balkan bekommen und informierte Albrecht nun über deren Aussagen, wobei er bedauernd hinzufügte, dass sie lieber etwas günstigere Nachrichten gemeldet hätten, als das, was nun folge. Dieser Bericht der Vertrauensleute ist allerdings leider nicht auf uns gekommen.

Nachrichtentechnisch mit der interessanteste Vorgang dieser Jahre war der Tod des Herzogs Karl des Kühnen von Burgund, gefallen in der Schlacht von Nancy am 5. Januar 1477. <sup>(4)</sup> Es war ein Bericht aus der Stadt Nürnberg, der Albrecht als erster über den Schlachtentod des Burgunders informierte. Der erste Brief aus der Reichsstadt stammt vom 13. Januar: „... *das unser freunde die eydgenossen unserm herren von Burgundi ytzo abermals am jungsten ytz vergangen bei 27 000 mann abgesehen und das der herzog von burgundi geflohen und kaum davon komen sein solle.*“ <sup>(5)</sup> Diese erste Information war, was das Schicksal Karls angeht, falsch. Die Zahl von 27 000 gefallenen Burgundern war extrem überzeichnet. Vier Tage später, am 17. Januar, legten die Nürnberger nach und meldeten erneut den Sieg der

<sup>1</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 3, fol. 77; Priebatsch 3, a.a.O., S. 360 f.

<sup>2</sup> Miloslav Polivka hat die Rolle Nürnbergs als Nachrichtenverteilzentrum in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung der Zeit der Hussitenkriege untersucht. In: Heinz-Dieter Heimann (Hrsg.) *Kommunikationspraxis*, a.a.O., S. 165 – 179. Siehe auch die Analyse in der Einleitung zur Arbeit. Auch in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, so zeigen unter anderem die Briefe an Albrecht Achilles, diente die fränkische Reichsstadt als Kommunikationszentrum.

<sup>3</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 264; Priebatsch 2, Nr. 246, S. 264.

<sup>4</sup> Da der Burgunderherzog keinen männlichen Erben hatte, würde im Falle seines Todes das gesamte Erbe auf seine einzige Tochter Maria übergehen, die deshalb eine sehr gefragte Partie war. Das galt natürlich noch verstärkt in dem Moment, in dem das Erbe anfiel. Auch die aggressive Politik Karls, die ihm viele Feinde gemacht hatte, die schweren Rückschläge der burgundischen Politik seit 1474, die den Niedergang des Herzogtums schon anzeigten und die besondere staatsrechtliche Stellung des Herzogtums, das nur durch die Position des regierenden Fürsten zusammengehalten wurde, machten Nachrichten über das persönliche Schicksal Karls wichtig. Als sich der erneute Zusammenstoß Karls mit den Eidgenossen in Lothringen andeutete, baute Karls größter Feind, König Ludwig XI. von Frankreich, eigens eine Botenstaffette auf, um möglichst bald über den Ausgang der Schlacht von Nancy und auch über Karls Schicksal informiert zu werden. Der König erfuhr deshalb schon am 9. Januar in Plessis bei Tours, rund 480 Kilometer von Nancy entfernt, von Gerüchten über den Tod Karls. Bestätigt wurde diese für Ludwig erfreuliche Nachricht am 12. Januar, worauf er sofort politische und militärische Maßnahmen einleitete. Die Tochter und die Frau Karls hingegen hatten am 15. Januar im nur rund 380 Kilometer entfernten Gent noch immer keine Nachricht. Kaiser Friedrich III., Ludwigs Konkurrent in Sachen burgundisches Erbe, scheint erst am 23. Januar Gewissheit über Karls Tod gehabt zu haben. Siehe Schäffer, *Die Geschwindigkeit*, a.a.O., S. 106 f. Literatur zum Ende Karls des Kühnen: Werner Paravicini; Karl der Kühne, a.a.O. und Petra Ehm, a.a.O., S. 197 – 214.

<sup>5</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher, 35, fol. 104; Priebatsch 2, Nr. 266, S. 278 f.

Schweizer und Lothringer über Karl von Burgund, allerdings wieder ohne etwas vom Schlachtentod des Burgunders zu berichten. <sup>(1)</sup> Und wieder einen Tag später sandte der Rat der Stadt Nürnberg weitere Informationen an Albrecht, die ihm durch „*neue zeitung aus Nordlingen zukommen*“ sei. <sup>(2)</sup> Wiederum findet sich kein Hinweis auf den Tod des mächtigen Herzogs.

Ergänzende Nachrichten zu Karl von Burgund erhielt Albrecht mit einem Schreiben vom 18. Januar, das Graf Ludwig von Oettingen schickte. Darin wurde auch der Ausgang der Schlacht korrekt dargestellt, die Zahl der gefallenen Burgunder auf 3000 reduziert und das Gerücht weitergegeben, dass auch der Herzog von Burgund getötet und im Münster von Nancy beigesetzt worden sei: „*uf sonntag fur der heiligen drey konig tage der herzog von Luttringen, des herzogen von Osterreichs landvoit der von Rappenstein, der bischof von Straßburg, der stad von Strasburg zeug und etlich der aidgenossen den herzogen von Burgundy nebst der Nansz hin geslagin, ym bey den III m mannen erstochin und zwu meil weg es nachgeeilt habin. gefangen sind der bastard von Burgundy und sein son.*“ Dann wurden noch eine Reihe von toten und gefangenen burgundischen Großen aufgezählt. Auch habe man drei Hauptbüchsen und 100 Feldschlangen erbeutet. „*... auch der herzogen von Burgundien soll erslagen sein*“, geht die Nachricht dann weiter. <sup>(3)</sup>

Noch jetzt, am 18. Januar, wird die Nachricht vom Tode Karls des Kühnen nur als Gerücht behandelt und noch dazu ganz am Ende des Berichts angeführt. Dies ist durchaus so zu interpretieren, dass der Informant der Nachricht nicht ganz traute. Das Zögern ist sicherlich auch damit zu erklären, dass es sich bei dem möglichen Tod des Burgunders um ein sehr wichtiges politisches Ereignis handelte, über das man keine falschen Angaben machen wollte. Ähnlich wie der Kaiser und offensichtlich auch der Rest des Reiches erfuhr Albrecht erst sehr spät und über Umwege von diesem für den Fortgang der europäischen Politik so wichtigen Ereignis. Ludwig XI. von Frankreich war ihnen darin weit voraus, wobei es für ihn allerdings auch um eine Frage aller erster Priorität ging. Deshalb hatte er auch die oben schon beschriebene Stafette zur Weiterleitung der Nachrichten eingerichtet.

Weiterhin stoßen wir in dieser Reihe auf ein Schreiben aus Nürnberg, das Albrecht von dort am 27. Juni 1477 zuing. In dem Brief des Nürnberger Rates hieß es, dass „*... zu angeender stunde sein uns schriften aus dem k. hofe zukomen.*“ Der Inhalt bezog sich auf die Belehnung des Ladislaus Jagiello mit dem Königreich Böhmen durch Friedrich III. am 9. Juni 1477 und dessen Ablauf. Zusätzlich wurde noch berichtet, dass Kaiser und König mit ihren Truppen gegen Matthias von Ungarn vorgehen würden und der darüber seinerseits informierte Ungarnkönig seine Truppen ebenfalls in Marsch gesetzt habe. Die Nachricht, dass Kaiser Friedrich in Österreich ein Aufgebot erlassen habe, rundete das Informationsschreiben aus Nürnberg ab. <sup>(4)</sup>

Der Rat der Stadt Nürnberg hatte die Nachrichten für Albrecht sogar aufgearbeitet und niederschreiben lassen. Er tat dies, obwohl es zu dieser Zeit durchaus noch Spannungen zwischen beiden Mächten gab. So liegt ein Brief des Rates vom 24. Juni 1477 vor, in dem die Stadt bei Albrecht heftig Beschwerde über Geldgeschäfte und das Verhalten eines Waffenschmieds führte. <sup>(5)</sup> Auch diese Interessendivergenz hinderte Nürnberg nicht daran, Albrecht ausführlich und zügig zu informieren.

Mitte Juni 1481 erhielt Albrecht wieder einen Brief aus der benachbarten Reichsstadt. Die Nürnberger teilten dem Kurfürsten in einem Schreiben mit Datum vom 10. Juni 1481 mit, dass ihre Kaufleute in Venedig erfahren hätten, dass Sultan Mehmet II. am 5. Mai dieses

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 104 r. und v.; Priebatsch, a.a.O.

<sup>2</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>3</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>4</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher 35, fol. 178 f.; Priebatsch 2, Nr. 307, S. 312 ff.

<sup>5</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher 35, fol. 180.

Jahres auf dem Kriegszug gegen Ungarn verstorben sei. <sup>(1)</sup> Der Brief des Nürnberger Rates schilderte aber noch weitere Ereignisse im Zusammenhang mit dem Tod des mächtigen und im Abendland so gefürchteten Sultans. Als nämlich die Todesnachricht in seiner Hauptstadt Konstantinopel eingetroffen sei, seien dort sofort heftige Thronstreitigkeiten zwischen zwei Söhnen des verstorbenen Mehmet ausgebrochen. Die Hauptleute des türkischen Heeres hätten sich eingemischt. Es habe viele Tote gegeben und unter anderem habe man die venezianischen Schiffe am Auslaufen gehindert. Der ältere Sohn habe viel Geld ausgegeben, um sich Loyalitäten unter den Truppen zu erkaufen. Man wisse nicht, wie es im Reich der Osmanen weitergehe, schließt der Bericht. <sup>(2)</sup>

Sowohl der Tod Mehmeds, als auch die Kämpfe um die Nachfolgeregelung sind wichtige Basisinformationen, die zur Entwicklung einer umfassenden politischen Strategie, zum Beispiel auf Reichstagen oder bei Verhandlungen mit wichtigen Partnern, notwendig waren. Einen unmittelbaren praktischen Nutzen und vor allem konkrete Auswirkungen in Form von Handlungsanweisungen hatten diese Art von Nachrichten wohl nicht. Dazu waren die Ereignisse zu weit entfernt und die realen Einflussmöglichkeiten eines deutschen Fürsten auch nicht gegeben.

## Fazit

Zieht man ein Fazit aus der Untersuchung dieser Informationen, so muss man sich zuerst über die Präzision und die Nachvollziehbarkeit der meisten der Nachrichten wundern, die die Vertrauten von Albrecht Achilles diesem aus weit entfernt liegenden Gebieten zukommen ließen. Sie bildeten die Basis seines politischen Wissens. Meist waren diese Schreiben durch einen konkreten Anlass ausgelöst, über den es zu berichten galt. War dieses Thema abgehandelt, fügten die Informanten noch weitere Nachrichten hinzu, die sie an ihrem jeweiligen Einsatzort in Erfahrung gebracht hatten. Es ist hier eine Systematik zu erkennen, die auf Anweisungen des Fürsten zurückzugehen scheint. Da nahezu alle seine Gesandten und Räte, die unterwegs waren, dies so handhabten, scheint es, als sollten die Informationsschreiben in dieser vorgegebenen Form aufgebaut sein, um den Wissensstand des an seinem Hof lebenden Fürsten zu verbessern.

Es erscheint allerdings zweifelhaft, ob diese generellen und oft aus dem Zusammenhang gerissenen Informationen, diese „zeitungen“, ausreichend waren, um ihm einen umfassenden Überblick über die Reichs-, beziehungsweise europäische Politik zu geben und – wenn nötig – auf der höheren Ebene eine abgestimmte und zielgerichtete Politik formulieren und ausführen zu können. Zusätzliche Informationen zu den großen Fragen der internationalen Politik und auch zur Situation im Reich waren m. E. dringend nötig, um einen ausreichenden Wissensstand beim Fürsten und seinen Mitarbeitern zu garantieren.

An Albrecht weitergeleitete Informationen, die es in einer durchaus beachtlichen Anzahl gab, waren allerdings immer mit dem Odium behaftet, falsch zu sein. Zumindest bestand aber die Gefahr, dass diese Nachrichten nur gefiltert an Albrecht geschickt wurden. Es handelte sich nicht selten um als Nachrichten getarnte propagandistische Schreiben seiner Verbündeten oder Gegner.

---

<sup>1</sup> Diese Nachricht übermittelte der Doge dem Kaiser mit einem Schreiben, das in Venedig am 29. Mai abgeschickt wurde. Die Nürnberger Kaufleute in der Lagunenstadt scheinen es um dieselbe Zeit erfahren und ihre Vaterstadt davon zügig in Kenntnis gesetzt zu haben. Albrecht erfuhr also fast so schnell wie der Kaiser von dem Ereignis.

<sup>2</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher 37, fol. 207 v.; Priebatsch 3, Nr. 754, S. 66.

### 3.2 Informationen von Reichstagen, zur Reichspolitik und Königswahl

Reichstage zeichneten sich im 15. Jahrhundert kaum dadurch aus, dass Entscheidungen getroffen wurden, schon gar nicht solche, die das Reich als politische Einheit betrafen. Diese Versammlungen – im Verlauf der gesamten 100 Jahre fanden rund 70 Treffen statt, die die Forschung als Reichstage definiert – waren allerdings wichtige Informationsbörsen, dienten auch der Repräsentation und der Darlegung von Forderungen. Der Reichstag war, um mit den Worten von Peter Moraw zu sprechen, der verdichtete Hoftag des Königs oder Kaisers, <sup>(1)</sup> auf dem alle zusammenkamen, die im Personenverband des Reiches Rang und Namen und vor allem auch ein Anliegen und Interessen hatten.

Albrecht Achilles nahm auf Grund seiner Königsnähe – falls ihn körperliche Gebrechen oder wichtige politische Gründe nicht davon abhielten – an fast allen Reichstagen seiner Regierungszeit teil. Er informierte sich an Ort und Stelle, so dass keine Informationsschreiben über die Verhandlungen auf diesen Reichstagen verfasst wurden. War er nicht selbst anwesend, ließ er sich von Gesandten vertreten, deren Aufgabe es natürlich zuerst war, Albrechts politische Positionen zu vertreten. Darüber hinaus wird aus allen Schilderungen aber deutlich, dass in diesen Fällen die Information des abwesenden Fürsten eine wichtige zusätzliche Beschäftigung der Räte war.

Auf dem Reichstag zu Nürnberg im Hochsommer 1467 ließ sich Albrecht von Dr. Peter Knorre vertreten. Der Grund für Albrechts Abwesenheit ist darin zu suchen, dass er auf der nur rund 15 Kilometer von Nürnberg entfernten Cadolzburg den böhmischen Gesandten Otto von Sparneck beherbergte. König Podiebrad hatte Sparneck als Gesandten nach Nürnberg geschickt und Markgraf Albrecht hatte ihm Geleit zugesichert. Der päpstliche Legat, Bischof Rovarella von Ferrara, untersagte den Nürnbergern aber unter Drohungen, Otto von Sparneck, den er als utoquistischen Ketzer ansah, in die Stadt zu lassen. Daraufhin sagte Albrecht Achilles seine Teilnahme ab und wartete zusammen mit Sparneck zwei Reitstunden entfernt, was der Reichstag beschließen würde. <sup>(2)</sup> Die Versammlung begann nach längerer Verzögerung am 8. Juli. Knorre schrieb Albrecht erst am 17. August den ersten überlieferten Brief, in dem er die Ereignisse und Ergebnisse in Nürnberg zusammenfasste. <sup>(3)</sup>

Zuerst erfuhr Albrecht, dass der Legat und der Bischof von Passau noch in Nürnberg seien, auch der Vertreter des Kaisers, Graf Haugg von Werdenberg, befände sich noch in der Reichsstadt. Man sei dabei, einen „gemeinen friden“, also einen generellen Reichslandfrieden, zu beschließen, der auch mit geistlichen Strafen geschützt werden solle. Diese Formulierungen zeigen, dass sich die Abreise der beiden wichtigsten Männer vom Reichstag schon abgezeichnet hatte, er aber noch verhindert werden können. Er, so fuhr Knorre fort, wolle sich mit dem Landshuter Rat Martin Mair am heutigen Tage zusammensetzen und bilaterale Probleme besprechen. Was dabei herauskomme, werde er dem Fürsten bald melden.

Besonders bedeutend scheinen mir zwei Punkte zu sein, in denen Knorre auf das Ansehen Albrechts bei den anderen Teilnehmern am Reichstag einging: „*Ew. g, hab ich entschuldigt gegen dem legaten, das ir in nicht persönlich vo ewrm abschide habt gesehen. Er hat doran*

<sup>1</sup> Peter Moraw; Versuch über die Entstehung des Reichstages; In: Hermann Weber (Hrsg.); Politische Ordnungen und soziale Kräfte im Alten Reich; a.a.O., S. 1 – 36.

<sup>2</sup> Seit der Heirat seiner Tochter Ursula mit Podiebrads Sohn Heinrich war auch über Albrecht der Bann verhängt. Es gibt aber keinen Hinweis darauf, dass dieser kirchenrechtliche Makel Albrecht von der Teilnahme am Reichstag ausgeschlossen hätte. Er nahm in den folgenden Jahren, als er weiterhin gebannt war, sehr wohl an Reichsversammlungen teil.

<sup>3</sup> FRA II, 46, Nr. 46, S. 52 ff. Hier stoßen wir wieder auf die Möglichkeit, dass bis dahin bereits mündliche Berichte an Albrecht gegeben wurden. Ein kurzer Ritt Knorres herüber nach Cadolzburg, die Berichterstattung und der zweistündige Rückweg wären ohne Schwierigkeiten an einem Tag machbar gewesen. Die Abwesenheit des markgräflichen Gesandten für einige Stunden müsste sich dann nicht in den schriftlichen Aufzeichnungen über den Reichstag finden.

*ein begnugen alsohin, dann die andern fürsten und nemlich herzog Ludwig hat in gesehent zu Semer; das ist des legaten herberg.“* Während Albrecht sich fernhielt, kamen andere Fürsten und vor allem Albrechts Gegner Ludwig von Landshut sehr wohl persönlich mit dem Legaten Rovarella zusammen. Wichtiger war noch der nächste Abschnitt: *„Ewr gnad ist geachtet auff disem tage für den weyszten fürsten. Aber das ir fleissig seytt gewesen, die sachen des cristenlichen zuges oder auch den friden zu furdern, höre ich nicht von euch sagen.“* Albrecht erfuhr aus der Feder seines Gesandten, dass er eher als Verbündeter der ultraquistischen Ketzler gesehen wurde, denn als deren Gegner. Dies war eine Einschätzung, die Albrecht sicherlich nachdenklich gemacht hat. Knorre schloss dann noch einen Rat an: *„Es wer gut, das ew. gn. mer gehym und genemigkeit bey dem legaten erlanget hettent auf solchs, das ir euch mit dem babst wider gantzlich eingericht hettent. Es möchte vielleicht statlicher sein gewesen, dann das ir ein treffenliche botschafft gein Rom thetent, das doch an da nicht gesein mag, sullet ir bey dem babst lautter und günstlich werden. Und ab anders kein sach were, so soltent ir es doch meinem gnedigen herren, dem cardinal von Mantua, ewrm oheim zu eren gethan haben.“* Aus der Stimmung und den Informationen, die Knorre in Nürnberg zusammengetragen hatte, zog er den Schluss, dass Albrecht gut daran täte, sich mit Papst und Legat auszusöhnen.

Drei Berichte gingen Albrecht vom Regensburger Reichstag im Frühjahr 1469 zu. <sup>(1)</sup> Ziel dieses Reichstages war es, eine breitere Unterstützung im Reich für das Vorgehen gegen König Georg von Böhmen zu gewinnen. Bisher hatten der Papst und sein Legat nur König Matthias von Ungarn, der bereits zum böhmischen Gegenkönig gewählt worden war, für den Kampf gegen Podiebrad gewonnen. Besonders die Herrscher der an Böhmen angrenzenden Reichsfürstentümer, Landshut, Brandenburg-Kulmbach, Sachsen und Brandenburg, standen dem Böhmen neutral bis – hier ist besonders Albrecht Achilles zu nennen – freundschaftlich gegenüber. Auch die Position des Kaisers war nicht eindeutig. Eigentlich war Friedrich III. mit Matthias von Ungarn verbündet, doch gab es immer wieder Konflikte im Grenzgebiet, weil beide Aufrührer im Machtbereich des jeweiligen Nachbarn unterstützten und Matthias dem Kaiser zu mächtig war. Eine Machtposition, die sich nach dem Erwerb Böhmens noch verstärkt hätte, weshalb der Habsburger die Wahl des Matthias zum Böhmenkönig nicht gern gesehen hatte.

Das erste Schreiben der Gesandten an Albrecht ist – wie die anderen auch – nicht datiert, scheint aber von Ende Februar zu stammen, wie aus einer Reihe von Angaben im Text zu erschließen ist. So schrieben darin die entsandten Räte, der Abt von Heilsbronn <sup>(2)</sup> und wieder Dr. Peter Knorre <sup>(3)</sup>, dass sie an diesem Mittwoch gerade eingetroffen seien, dass noch kein Fürst anwesend sei und dass die Verhandlungen folglich noch nicht begonnen hätten. Da diese am Mittwoch, dem 1. März, begannen, die Credenz für Knorre und den Abt aber erst kurz vor dem 19. Februar ausgestellt worden war, kommt als Anreisetag nur Mittwoch, der 22. Februar, in Frage. Der Brief an Albrecht muss also zwischen dem 22. und dem 28. Februar entstanden sein.

<sup>1</sup> Die Akten dieses Reichstages sind erstmals umfassend in RTA, I, 22, 1 im Jahr 1973 publiziert worden. Ältere Editionen, wie die von Bachmann in FRA, druckten nur einige wenige Dokumente ab, allerdings alle, die als Informationen an Markgraf Albrecht Achilles zu werten sind. In der Einleitung der RTA ist auf Seite 66 bis 73 der politische Hintergrund des Treffens dargelegt. Bei Bedarf wird im Text darauf Bezug genommen. Der Kaiser, das sei gleich erwähnt, hielt sich zu dieser Zeit in Italien auf.

<sup>2</sup> Der Abt Peter Wegel war mehrmals für die Brandenburger und Ansbacher Fürsten als Diplomat tätig. Allerdings stand er, anders als Knorre, nicht in einem sehr engen Vertrauensverhältnis zu den Zollernfürsten. Es gab auch in der hier interessierenden Zeit des öfteren Diskussionen um Zwangsanzleihen, die das Kloster den Fürsten geben musste. Siehe Muck, a.a.O., S. 96 ff.

<sup>3</sup> Die Beglaubigungsschreiben für die beiden, eines stammt von Kurfürst Friedrich II., das andere von Albrecht, sind auf den 4. Februar, beziehungsweise auf die Zeit kurz vor dem 19. Februar datiert. Quelle: STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 66 und 67 a; RTA I, 22, 1, 22 c, S. 80 f.

Die Aufgaben der Räte, die sich aus der Instruktion Albrechts erkennen lassen, waren zum einen, die Position des Markgrafen hinsichtlich des Vorgehens gegen Böhmen zu begründen und zu verhindern, dass man wegen der Zusammenarbeit mit Podiebrad weiter ins Abseits geriet. Seine Abwesenheit sollte mit Verhandlungen in Naumburg mit Hessen und Sachsen begründet werden. Auch sollte versucht werden, die Absolution vom Bann zu erreichen und die Zusammenarbeit mit Hessen, Sachsen und dem Kurfürstentum Brandenburg zu stärken.

(<sup>1</sup>)

Bevor wir uns dem Inhalt der Nachrichten zuwenden, muss auf die Überlieferung eingegangen werden, weil sich daraus viel über die Berichterstattung erkennen lässt. Die drei ersten Berichte der Gesandten sind im Archiv als zusammenhängendes Konvolut überliefert. Bachmann, der sie 1892 publizierte, glaubte, dass es drei eigenständige Berichte waren, die jeweils separat verschickt wurden. Die neue Edition in den Reichstagsakten hingegen kommt zu dem Schluss, dass alles ein Schriftstück war, das erst irgendwann nach dem 2. März gesammelt losgeschickt wurde.

Keines der Dokumente ist, wie schon erwähnt, datiert, so dass von daher keine Entscheidung getroffen werden kann. Auch gibt es für die gesamte Zeit, in der Albrechts Gesandte in Regensburg waren, keine weiteren Instruktionen des Markgrafen. Bei anderen Reichstagen oder auch Gesandtschaftsreisen antwortete Albrecht sehr wohl und auch detailliert auf Berichte der Räte. Es entspann sich in Ansätzen eine Kommunikation zwischen Regierungszentrale und den Gesandten, die im Frühjahr 1469 vollständig ausblieb.

Die Fakten sprechen also dafür, dass die Nachrichten vom Reichstag erst sehr spät geschickt wurden und Albrecht deshalb verspätet über die Ereignisse in Kenntnis gesetzt wurde. Im Gegensatz zu Nürnberg, von wo aus es nur zwei Stunden nach Cadolzburg oder ein knapper Tag nach Ansbach sind, liegt Regensburg deutlich weiter weg von Albrechts Hof. Eine besser organisierte Botenverbindung wäre notwendig gewesen, um effektiver schriftlich kommunizieren zu können. Die gab es offensichtlich nicht, weswegen wir die drei im Anschluss zu untersuchenden Berichte als *eine* Informationsschrift auffassen müssen, die zusammen an den Herrscher geschickt wurde, auch wenn sie an unterschiedlichen Tagen entstanden ist. (<sup>2</sup>)

Knorre und der Abt berichteten ihrem Fürsten zu Beginn des ersten Schriftstücks, welche Räte und Delegationen schon angekommen seien. Besonders stellte man auf die Anwesenheit der sächsischen Räte, besonders des Obermarschalls Hugo von Schleidnitz, ab. Damit stand fest, dass Sachsen vertreten und somit eine Zusammenarbeit möglich war. Schon am Donnerstag, wahrscheinlich also am 23. Februar, habe man dem Legaten – es war wieder der Bischof von Ferrara – die Aufwartung gemacht, meldeten die Räte. Dort habe man die Entschuldigung für das Fernbleiben vorgebracht. Bis zum heutigen Tage seien keine Verhandlungen aufgenommen worden, was alle Delegationen verärgert habe. Drei kurze Nachrichten beenden den ersten Teil. Matthias von Ungarn habe sich in Kuttendorf festgesetzt, der Kaiser sei in Venedig und Herzog Albrecht IV. von München habe bei seinem Vorgehen gegen aufständische Ritter Erfolge erzielt und zwei Burgen erstürmen lassen.

Die Räte hatten also ihre ersten beiden Aufträge ausgeführt, den Fürsten entschuldigt und die Zusammenarbeit mit den sächsischen Räten organisiert. Das teilten sie ihrem Fürsten mit. Es wäre eigentlich angebracht gewesen, diese ersten Erfolge schnell zu melden. Warum es nicht geschah, ist nicht zu klären.

Der zweite Bericht, der sich im Archiv über zwei Blatt erstreckt, Folio 69 und 70, beginnt seine Erzählung mit einer Nachricht vom 28. Februar, als die Eröffnung des Reichstages am 1. März angekündigt wurde. Ein sehr langer Absatz beschreibt dann die religiösen Feiern zu

<sup>1</sup> STAN, a.a.O.

<sup>2</sup> Überliefert ist das Konvolut in STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 68 r. bis 71 v.; Publiziert in RTA, I, 22, 1, Nr. 24 a, S. 86 ff. und FRA, II, 46, Nr. 70, 72, 73, S. 78 ff. Die folgenden zusammenfassenden Wiedergaben und Zitate folgen dem Text der neueren Publikation, der allerdings nur in Nuancen vom Text in den FRA abweicht.

Beginn des Reichstags an eben jenem 1. März, einem Mittwoch, wobei Albrecht auch sehr genau erfuhr, welcher Bischof und welcher Abt, welche Zeremonie leitete. Natürlich wurde ihm auch mitgeteilt, welche Delegation wie in der Öffentlichkeit behandelt wurde und wer Vortritt vor wem erhielt. Auch die Predigt des Legaten, die natürlich aus Invektiven gegen die Utraquisten und Podiebrad bestand, fassten Knorre und der Abt zusammen.

Dann, noch am selben Tag, kamen der kaiserliche Vertreter Haugg von Werdemberg und der ungarische Gesandte, der Pressburger Propst Georg von Schönberg, zu Wort. Die politische Quintessenz fassten die Brandenburger Räte in einem Satz zusammen: *„Item der beschliess aller dreier was umb hilf wider die ketzer und die sunder verzug zu tun, dann so das geschee, weren die ketzer also zugericht, dass sie nicht beharren mochten und wurde die sache geringlich zu ende bracht.“* Die Forderung war klar: Man sollte gegen Böhmen vorgehen.

Dann referierten die Räte die Reaktion der fürstlichen Delegationen, die sich zuerst einen Tag Bedenkzeit erbeten und eine Antwort für Donnerstag um zwei Uhr nach Mittag versprochen hätten. Die Antwort an Papst, Kaiser und Ungarn vom Mittwoch lautete ausweislich des Berichtes: *„Item der sampnung namen sich zu hauf aller kurfursten und der werntlichen fursten sendpoten und schopften fur einen anfang des tags, dass man die bestlichen bullen, keiserlichen brive und des probsts von Presspurg brive den fursten zugeschickt lesen solt zu horen, ob die einmütiglich hielden, dann alle drei partei hetten in iren furgeben auf dieselben brive angezaigt und hilfe nach lauf derselben brive begert. Des rats verwilligten aller gaistlichen fursten botschaft.“*

Die fürstlichen Delegationen, so berichteten es die brandenburgischen Gesandten, hätten also am Donnerstagmorgen erst beratschlagt und seien dann übereingekommen, erst einmal Aktenstudium zu betreiben. Man habe sehen wollen, ob die drei treibenden Kräfte hinter dem Krieg gegen Podiebrad auf einer Linie lägen, schrieben sie ihrem Fürsten.

Weiter erfuhr Albrecht: *„Item nach mittage kamen die potschaft wider zusammen und wurden die brive gelesen und ainhellig erfunden und ward dabei einbracht, wie der bischove zu Eistett auf den selben tage komen solt, so were man herzog Albrechts von München auch wartende, so wurde herzog Ludwig mer seine rete schicken, wolt ratlich bedunken, dass man inden sachen zu ratslagen dem furbringen des legaten, kaiserlichen anwalds und des konigs von Hungern potschaft zu begegnen verzüge, bis dieselben einkemen, zu versuchen, ob man eins einmütigen begegnens oder begerens sich mochte verainen. Also stet die sache zu disem male ruende, was sich furdert wirdet begeben, bleibt e. gn. durch schrieft oder muntlich zu sagen nicht zu halden.“*

Man spielte auf Zeit und das war nun die Gelegenheit, den Bericht an Albrecht abzuschicken und die Ankündigung, ihn weiter auf dem Laufenden zu halten, kann als Schlusswort gelten. Allerdings gibt es noch ein drittes Dokument. Einen von anderer Hand geschriebenen Zettel, auf dem noch einmal detaillierter auf die Rede des ungarischen Gesandten eingegangen wurde. Zusätzlich wurde noch referiert, was die Abgesandten des böhmischen Herrenbundes, der katholischen Adelpartei, vorgetragen hatten. Auch sie hätten dringend ein Eingreifen der Reichsfürsten gegen Podiebrad gefordert.

Diese böhmischen Gesandten waren bisher in den Berichten Knorres und des Abtes noch gar nicht aufgetaucht und auch in der Auflistung der Gesandten nicht genannt worden. Es ist zu vermuten, dass die Böhmen später kamen und ihre Äußerungen zusammen mit zusätzlichen Ausführungen des ungarischen Gesandten, der seinen Herrn gegen Vorwürfe in Schutz nahm, nur gegen Podiebrad zu ziehen, um König von Böhmen werden zu können, auf dem Blatt hinzugefügt wurden.

Zusätzlich zu diesen beiden Abschnitten finden sich in der Nachschrift noch Nachrichten wiedergegeben, die auf dem Reichstag zirkulierten. Themen waren militärische Erfolge des Ungarnkönigs in Mähren, Kämpfe in Prag unter den Utraquisten und Bemühungen des Ungarnkönigs, die Aufstände in der Steiermark gegen Friedrich III., die er ursprünglich angezettelt hatte, zu beenden. Beendet wurde der Zettel mit der Auflistung von

Neuankömmlingen auf dem Reichstag. So seien auch der Bischof von Eichstätt und Herzog Albrecht von München jetzt eingetroffen, berichteten die Räte.

Es scheint, dass Knorre mit der Absendung der Nachricht noch einmal gewartet und erst jetzt, nach der Ankunft der beiden Fürsten, das Schreiben losgeschickt hatte. Als erstes Fazit muss man festhalten, dass die genauen Informationen über den Ablauf des Reichstages dem Markgrafen nichts nutzten, weil sie offensichtlich nicht zugestellt worden waren.

Zwei weitere Nachrichten vom Reichstag sind von Anfang März überliefert. <sup>(1)</sup> Beide Schreiben sind wieder nicht datiert, so dass eine genaue zeitliche Einordnung ebenfalls schwierig ist. Der erste Bericht befasst sich mit der Finanzierung des möglichen Kreuzzuges gegen die Utraquisten, wie der Kampf um die böhmische Krone von einigen gesehen wurde. Offensichtlich waren auf dem Reichstag Diskussionen aufgekommen, ob die Geistlichen zu Steuerzahlungen herangezogen werden könnten. Der Berichterstatter an Albrecht referierte drei Ansichten zu dem Problem. Die erste Meinung war, dass das Erzbistum Salzburg zahlen müsse, die Geistlichen aber dann nichts mehr an die weltlichen Herren abzuführen hätten, in deren Machtbereich ihre jeweiligen Sprengel liegen. Ansicht zwei war, dass Salzburg und andere betroffene Bistümer selbst Truppen auszurüsten hätten. Eine dritte Sicht war, dass weiter entfernt gelegene Bistümer zahlen sollten. Ernüchternd vom Standpunkt des Informierten aus war der Schlusssatz der Nachricht: *„Die meynunge sein alle wol dem legaten furkomen. Er hat aber nicht dorzu geredt, sunder gesagt: die geistlichkeit habe der sach halb yr ordenunge uß den bebtlichen briven, dabey laße er es zu diesmal bestehen.“* <sup>(2)</sup> Die Erkenntnis, die Albrecht aus diesem Text ziehen konnte, war nur die, dass es bei der Diskussion um die Finanzierung des Zuges sicher zu erheblichen Auseinandersetzungen kommen würde und der Legat sich bedeckt halten wollte.

Ebenfalls nicht datiert ist der nächste Bericht an Albrecht, den man allerdings auf Grund der geschilderten Vorgänge zeitlich einordnen kann. Er enthält ins Detail gehende Schilderungen der Verhandlungen mit dem Legaten und Haugg von Werdemberg über die Beschlüsse bezüglich eines möglichen Böhmenkrieges. Ganz zu Ende heißt es: *„Solche rede und handel sind beschechen am freitag vor Letare (10. März) in des legatten herberg zu Regenspurg ... anno sexagesimo nono.“* <sup>(3)</sup> Am selben Tag reiste auch der brandenburgische Rat Peter Knorre aus Regensburg ab und ließ den Abt von Heilsbronn allein als Gesandten zurück. Dies geht aus einem weiteren Schreiben hervor, das unten noch ausführlich analysiert wird. Es ist also sehr wahrscheinlich, dass Knorre diesen ausführlichen Bericht noch am 10. März schrieb und ihn dann zusammen mit dem Traktat über die Besteuerung der Geistlichen selbst mitnahm.

Der Bericht schilderte die Verhandlungen, die offensichtlich am Vormittag des 10. März stattgefunden haben, bis ins Detail. Man scheint sich sogar in verschiedenen Punkten, wie der Besteuerung des Klerus zur Finanzierung des Zuges, einig geworden zu sein. Diese Fortschritte erreichte man genau zu einem Zeitpunkt, als sich herausstellte, dass alles nur Makulatur war. Denn die politische Situation hatte sich grundlegend gewandelt, wie das schon angekündigte Dokument belegt.

Es handelt sich um einen weiteren Bericht an Albrecht Achilles, den wir uns genauer ansehen wollen: *„Am freitag vor Letare, als doctor Knorre weg rait, komen auf die dritten ore in des legaten haus die fursten und die kurfursten und fursten rete mit gemainer sampnung. Do verkundet der legat offenlich, wie im brive in namen des konigs von Hungern uberantwort weren, wie der konig mit dem Gorsiken ein frid auf hett genomen bis auf ostern, doch auf des Gorsicken ersuchen, saget auch dobei, dass im die brive ser verdeuchtlich weren etlicher sach halb, mit namen der pot, der im die brive uberantwort hett, wer nit des konig pot, auch wer*

<sup>1</sup> STAN, A.R.T.A. Nr. 5, fol. 78 und 82 r.; FRA II, 46, Nr. 75, 76, S. 86 f.; fol 78 und 82 r. sind in den RTA von 1973 nicht abgedruckt.

<sup>2</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 82 a; FRA II, 46, Nr. 75, S. 86 f.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 78; FRA II, 46, Nr. 76, S. 87 ff.

*die schrift nicht kanztleisch, auch hett im der konig vormals nicht in solcher form geschriben, doch wolt er sich zu stundan nawberts fugen und sich zu sachen geben und begert darauf, den sachen end zu schaffen.“* <sup>(1)</sup>

Die Grundlage für ein Vorgehen gegen den Böhmenkönig war weggebrochen, weil der Hauptverbündete in einem möglichen Krieg einen Separatfrieden geschlossen hatte. Die Vermutungen des Legaten, es könne sich bei dem Brief um eine Fälschung handeln, waren objektiv unbegründet, denn der Waffenstillstand zwischen Podiebrad und Matthias wurde tatsächlich geschlossen. Die Vermutungen könnten ohnehin nur aus taktischen Erwägungen heraus geäußert worden sein, um das Gesicht nach diesem diplomatischen Affront zu wahren. <sup>(2)</sup> Es war jetzt auf jeden Fall klar, dass es zu keinem Reichskrieg gegen Böhmen kommen würde und Albrechts Position vorerst gestärkt war.

Doch wann erfuhr Albrecht Achilles davon? Die Formulierung „... am freitag vor Letare, als doctor Knorre weg rait, komen ...“ lässt zweierlei Interpretationen zu. Einmal, dass Albrechts Gesandter Regensburg verlassen hatte, bevor der Brief verlesen wurde und folglich nichts davon wusste und übermitteln konnte. Oder aber, dass der Brief mit der Nachricht über die neue Lage der Auslöser der Abreise war, weil es nun nichts mehr zu verhandeln gab und Albrecht zu informieren war.

Der Legat hatte im Anschluss an die Verlesung des Briefes aus Ungarn angeregt, schnell zu einer Entscheidung zu kommen, weil er nach Ungarn müsse, um dort nachzuforschen, wie es stünde. Der Reichstag schien die Bitte des Bischofs von Ferrara erfüllt zu haben und sich auf einen Anschlag, einen Beschluss, geeinigt zu haben. Dieser Beschluss war allerdings nicht sehr hilfreich, da er im Endeffekt nur eine Vertagung auf einen Reichstag im Mai in Nürnberg enthielt, der dann nicht stattfand. <sup>(3)</sup> Erst Ende des Jahres kamen Kaiser und Legat in bilateralen Verhandlungen mit Landshut und Sachsen weiter, die ins Lager der Kriegsbefürworter umschwenkten und die Brandenburger allein auf Seiten Podiebrads stehen ließen.

In der markgräflichen Kanzlei in Ansbach ist ebenfalls eine Ausfertigung des Regensburger Reichstagsbeschlusses vom 10. März angekommen. Und dieser Beschluss führt uns auch zum Beweis, dass sich in der Information wieder eine Verzögerung ergeben hatte. Der Brief vom 10. März, in dem das Schreiben Matthias an den Legaten erwähnt wurde, wurde zusammen mit dem erst am Nachmittag des 10. März ergangenen Beschluss geschickt und verwahrt. Eine Kanzleinotiz der Ansbacher Schreiber lautet: „*Handel des tags halben zu Regensburg nach doctor Knorren hinreiten.*“ <sup>(4)</sup>

Doch auch diese Stelle ist nicht eindeutig zu verstehen. Eigentlich ist mit dem Präfix „hin“ die Richtung auf einen Ort zu gemeint. Doch gibt das in diesem Zusammenhang keinen Sinn, da Knorre um diese Zeit aus Regensburg wegritt. Und vor der Hinreise Knorres nach Regensburg fanden dort überhaupt keine Verhandlungen statt. Es kann also nur die Abreise aus Regensburg und die Reise nach Ansbach gemeint sein. <sup>(5)</sup> Zum anderen hat weder Knorre noch sonst ein Gesandter, der an Albrecht berichtete, jemals in der dritten Person von sich gesprochen. Der Brief muss also vom Abt von Heilsbronn allein verfasst und verantwortet worden sein. Der Hinweis auf die Abreise allein ist m. E. als eine Feststellung des

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr.5, fol. 72; RTA I, 22, 1, Nr. 24 b, S. 89 f. FRA II, 46, Nr. 77, S. 91 f.

<sup>2</sup> Die Nachricht über den Waffenstillstand entsprach auf jeden Fall der Wahrheit. Matthias war mit seinen Truppen in den Wintermonaten nach Böhmen eingedrungen. Doch Podiebrad gelang es, die Angreifer in den Karpaten festzunageln. Das kalte Winterwetter und der hohe Schnee machten die ungarischen Truppen bewegungsunfähig und Matthias musste Frieden schließen. Siehe Palacky, Geschichte Böhmens, 4,2, a.a.O., S. 558 f. und Nehring, a.a.O., S. 33.

<sup>3</sup> Überliefert ist die formale Anfrage Werdembergs und des Legaten in fünf Archiven. Publiziert in RTA I, 22, 1, Nr. 28, S. 101 ff.; FRA II, 44, Nr. 541, S. 654 ff.

<sup>4</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 72; RTA I, 22, 1, Nr. 24 b, S. 89 f

<sup>5</sup> Es gibt eine Reihe von Belegen dafür, dass mit „hin“ eigentlich weg gemeint ist. Als Beispiel sei auf eine Bibelstelle bei Luther, Lukas 7, 24 hingewiesen, in der „hingiengen“ die Bedeutung von weggehen annimmt.

verbleibenden Rates zu werten, dass er ab jetzt allein handeln musste. Knorre war also, das steht m. E. fest, abgereist, kurz bevor sich die Situation wendete.

Sind dies schon wichtige Indizien dafür, dass beide Schriftstücke erst nach der Abreise Knorres vom Abt geschickt wurden, belegt auch eine andere Stelle des Briefes diese These. Dort heißt es: *„Der keiserlich anwalt ließ alda zu stundan verlesen etliche capitel eynes anzaigers eines kunfftigen zugs oder anschlags, als der hie innen verschlossen ist. Do der verlesen ward nam man ein bedencken, umb zwei nach mittage auff das ratthaws zu kommen. Als da auff dem ratthaws ward ein antwort gemayniglich beschlossen auf das kürztz, die ir auch hierinnen beslossen vindet. Wol ward vill eingetragen, das die gemain antwort begriffen nicht hindern mocht, aber es ward doch anbracht durch sunder person und nicht von gemayner sampnung wegen an den legatten und kaiserlichen anwalt und ward darauff ein tag verrümpft auf Ascensionis negstkunfftig gen Nüremberg, weiter von den dingen zu handeln.“*

(<sup>1</sup>) Dass Knorre erst am späten Nachmittag nach all den geschilderten Verhandlungen noch die Nachrichten verfasst hat und dann abgereist ist, scheint unwahrscheinlich.

Einen letzten Bericht aus Regensburg erhielt Albrecht vom Abt von Heilsbronn, der am 12. März, dem Sonntag Letare, noch eine Besprechung mit Graf Haugg von Werderberg hatte, bei der der kaiserliche Abgesandte einige ausgewählte Fürsten doch noch zu Zugeständnissen überreden wollte. Geladen zu den separaten Verhandlungen waren Brandenburg, Bayern, Sachsen und Tirol. Doch, so ließ der Gesandte seinen Fürsten wissen, sei dieses Ansinnen von allen Angesprochenen abgewiesen worden. Man habe sich nur darauf geeinigt, sich am 24. April, dem Georgstag, noch einmal in Regensburg mit dem Kaiser beziehungsweise dessen Räten zu treffen. (<sup>2</sup>)

Die Berichterstattung vom Regensburger Reichstag war kein Ruhmesblatt der Informationsbeschaffung. Offensichtlich fehlten die Boten, die die Nachrichten möglichst zügig hätten überbringen können. Für ihn wichtige Vorgänge erfuhr der Markgraf erst mit deutlicher Verzögerung. Unglücklicherweise wurde die wichtigste Nachricht gerade dann bekannt, als Albrechts Gesandter den Reichstag schon verlassen hatte.

Angekommen sind die Informationen aber auf alle Fälle. Denn Albrecht setzte umgehend seinen Bruder Friedrich über die Ergebnisse in Kenntnis. Davon wissen wir, weil Kurfürst Friedrich am 5. April schon auf die Benachrichtigung antwortete: *„Ewer liebe schreiben und mitgeschickte ratslagung und handel der tege halben zu Nurmberg auf Ascensionis domini und der Bemischen sachen und uff Gregory zu Regenspurg unsers herrn kaisers halben, auch die verhandlungen mit unsern oheimen von Sachsen gehabt, han wir alles wol verstanden.“*

(<sup>3</sup>) Albrecht selbst war zu Verhandlungen in Naumburg mit den Sachsenherzögen, seine Räte hatten ihm aus Regensburg berichtet und die Ergebnisse beider Verhandlungstage teilte Albrecht seinem Bruder mit, um so eine Koordination der Politik zu erreichen. Albrecht handelte, nachdem er von den Ereignissen erfahren hatte, sehr schnell.

Ein weiterer Reichstag von Nürnberg, der dort im September und Oktober 1470 stattfand, war für Albrecht Achilles aus zwei Gründen bedeutend. Es war die erste Reichsversammlung, an der er das Recht hatte, als Kurfürst teilzunehmen. Zum zweiten befand er sich wegen seiner politischen Zusammenarbeit mit König Georg Podiebrad von Böhmen seit 1467 immer noch im Bann. Diesen zu lösen, ohne gleich alle politischen Optionen in Böhmen zu verspielen, war ein Ziel, das Albrecht auf dem Nürnberger Reichstag verfolgte. Zum zweiten musste er sehen, ob er als Kurfürst die Anerkennung der Mitkurfürsten und des Reiches erhielt, da der Kaiser der Übergabe der Kur noch nicht zugestimmt hatte und Albrecht auch noch nicht mit der Mark Brandenburg belehnt war. (<sup>4</sup>)

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 72.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 77 r.; RTA I, 22, 1, Nr. 24 c, S. 90; FRA II, 44, Nr. 77, S. 92 f.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 88 a; FRA II, 46, Nr. 79, S. 94 f.

<sup>4</sup> Genau genommen war Albrecht bereits 1440 zusammen mit seinen Brüdern Friedrich und Johann mit Brandenburg zur gesamten Hand belehnt worden. Allerdings war im Testament Friedrichs I. explizit

Albrecht hatte sich wohl schon Anfang September von Ansbach nach Cadolzburg, nur rund 15 Kilometer westlich der Nürnberger Altstadt gelegen, begeben. Es ist unklar, weshalb er nicht selbst auf dem Reichstag sein wollte. <sup>(1)</sup> Aber die günstige Lage von Cadolzburg setzte ihn in die Lage, nahe genug am Geschehen zu sein, um alle Vorgänge und Entscheidungen mitzubekommen. Ein Kurierreiter benötigte maximal zwei Stunden für den Weg.

Um die kirchenrechtlichen Fragen zu klären, beauftragte Albrecht wieder einmal Dr. Peter Knorre. Der Ansbacher Propst traf am 10. September 1470 als Gesandter auf dem Reichstag in Nürnberg ein, meldete sich gleich schriftlich beim Kurfürsten und informierte Albrecht, welche Fürsten oder Räte schon angekommen seien. <sup>(2)</sup> Dies ermöglichte Albrecht eine erste Einschätzung der Lage.

Das zweite Schreiben Knorres stammte vom 16. September und enthielt die Information, dass er, den Albrechts Weisungen gemäß, Dr. Lorenz Thum, einen Kanoniker von Feuchtwangen, mit entsprechenden Instruktionen in der Exkommunikationsfrage nach Rom geschickt habe. Der Gesandte sei mit einem Wechselbrief des päpstlichen Bankiers Hans Mulner in Höhe von 80 Dukaten ausgestattet worden. Knorre legte allerdings auch noch einmal dar, dass ihm dieser Weg nicht erfolgversprechend erscheine. <sup>(3)</sup>

Am 18. September schickte Albrecht dann als eine erste Reaktion eine Instruktion für den Gesandten Knorre aus Cadolzburg nach Nürnberg. In elf Absätzen, von denen sich jeder mit einem anderen Thema befasste, instruierte der Kurfürst seinen Rat, wie er sich zu verhalten habe. So sollten zum Beispiel die latenten Konflikte mit Herzog Ludwig von Landshut und dessen Verbündeten besprochen werden. Alle Formulierungen deuten darauf hin, dass zuerst einmal vorgefühlt werden sollte. Um die Tatsache wissend, dass fast noch niemand in Nürnberg war, sind diese allgemeinen Instruktionen verständlich. <sup>(4)</sup>

Der dritte Bericht aus Nürnberg vom 19. September 1470 wurde dann schon von drei Räten abgezeichnet. Zusätzlich zu Knorre vertraten Albrecht jetzt auch wieder der Abt von Heilsbronn und der fränkische Landkomtur des Deutschen Ordens, Melchior von Neueneck. Die ersten Verhandlungen hatten stattgefunden und die drei Räte berichteten, dass sie als kurfürstliche Gesandte behandelt worden seien. Albrechts erstes politisches Ziel war also erreicht.

Die kaiserlichen Räte, so ging der Bericht weiter, würden die Hilfe des Reiches gegen die Türken fordern. Truppen würden benötigt, um die Bergpässe der Karawanken zu schützen und so Einfälle von Streifscharen in die Steiermark und nach Kärnten zu verhindern. Die Pfälzer Partei klage gegen die kaiserliche Hilfe für deren territorialpolitischen Gegner Herzog Ludwig von Pfalz-Veldenz, dem Vertreter einer pfälzischen Nebenlinie. <sup>(5)</sup> Sie selbst hätten

festgehalten, dass die Kurwürde allein auf Friedrich II. übergehen sollte. So ergab sich eine rechtlich nicht ganz geklärte Situation. Um die Herrschaftsgewalt unumstritten ausüben zu können, war die erneute Belehnung durch den Kaiser sehr hilfreich. Siehe dazu Caemmerer, a.a.O., S. 6 ff. und Schultze, Die Mark Brandenburg, Band 3, S. 30 ff. Dort wird der Übergang der Regierung der Mark von Friedrich I. auf seine Söhne beschrieben.

<sup>1</sup> Kostengründe könnten eine Rolle gespielt haben oder die Furcht, vielleicht doch nicht als Kurfürst anerkannt zu werden, weil die nötigen Rechtsakte noch nicht erfolgt waren.

<sup>2</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 138; FRA II, 46, Nr. 101, S.121; Priebatsch 1, Nr. 91, S. 172 f. Knorre zählte auf: „*Hie sein mein herr von Speyer und Tririsch rete, nemlich einer von Palant, meins gn. h. von Trier hoffmeister, und ein doctor. Sust vernyme ich nicht von fursten oder furstenrethen, die noch entgegen sein. Man saget, wie mein gn. h. von Augspurg, grave Hugo von Montfort und her Heinrich, marschalck, komen sullen als keyserlich presidenten. Ich bin gestern fur Heylsprunn geritten und hab meinen herrn von Heylsprunn angesaget. Der wurde heute auch herein kommen.*“ Albrecht wusste also jetzt auch, dass der Abt von Heilsbronn als zweiter Gesandter nach Nürnberg kommen werde.

<sup>3</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 120 f.; FRA II, 46, Nr. 102, S. 122; Priebatsch 1, Nr. 94, S. 175 ff.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 122 f.; FRA II, 46, Nr. 103, S. 123 f.

<sup>5</sup> Der Wittelsbacher Ludwig von Pfalz-Veldenz, Herr einer kleinen Grafschaft an der Mosel, war das Oberhaupt einer 1410 entstandenen Nebenlinie des Pfälzer Kurhauses. Der territoriale Mittelpunkt seiner Herrschaft lag südwestlich von Bernkastel-Kues. Ludwig, in den Quellen immer als Herzog Ludwig von Bayern und als Pfalzgraf tituiert, war über längere Zeit ein erbitterter, wenn auch erfolgloser Gegner des Pfalzgrafen Friedrich des Siegreichen. Er stand sowohl im Mainzer Stiftsstreit als auch in den Konflikten zwischen Pfalzgraf Friedrich

dargelegt dar, dass sie auch im Namen von Herzog Wilhelm von Sachsen sprächen. Auch hier ist die Quintessenz, dass die Räte Albrecht informieren konnten, dass seine Weisungen ausgeführt worden waren. Man hatte sich akkreditiert und war anerkannt worden. Zusätzlich bekam der Kurfürst die ersten inhaltlichen Nachrichten übermittelt.

An dieses Schreiben ist noch die Berichterstattung vom nächsten Sitzungstag, dem 20. September, angehängt, an dem Sachsen und Brandenburg das Ende des Streits zwischen Kaiser und Pfalzgraf sowie einen besser besuchten Reichstag forderten, auf dem der Kaiser selbst erscheinen und der die Fragen der Türkenhilfe entscheiden sollte. Auch Matthias von Ungarn sollte nach den Vorstellungen der Räte eingeladen werden. Die kaiserlichen Räte, so der Bericht, hätten daraufhin versichert, Friedrich III. wolle zwischen Kurpfalz und Pfalz-Veldenz vermitteln. <sup>(1)</sup>

Es liegt noch ein Bericht vom 21. September vor, der davon handelt, dass der Reichstag beschlossen habe, eine Delegation zu Kaiser Friedrich zu schicken, um ihn zu überzeugen, zum Reichstag zu kommen. Die Abschrift des Beschlusses wurde beigelegt, <sup>(2)</sup> der Fürst sollte schließlich die authentischen Informationen haben. Diese dargelegte tägliche Berichterstattung war natürlich nur möglich, weil Nürnberg sehr nahe am Aufenthaltsort Albrechts lag, der weiterhin in Cadolzburg residierte.

Albrechts Reaktion auf die Berichterstattung waren weitere Instruktionen an die Räte. In einem Schreiben vom 21. September ging Albrecht auf den Bericht vom 19. September ein und befahl den Gesandten, den Herzog von Pfalz-Veldenz nicht im Stich zu lassen. Auch vom 22. September ist eine Instruktion an die Räte überliefert, die ihnen aufgab, dafür zu sorgen, dass die Delegation an den Kaiser mit neutralen Leuten besetzt werde. <sup>(3)</sup> Die große Nähe ermöglichte auch eine schnelle Antwort.

Eine weitere politische Reaktion bestand darin, den Bischof von Straßburg, den Bruder des Herzogs von Pfalz-Veldenz, in einem Schreiben vom 23. September 1470 aus Cadolzburg detailliert über den bisherigen Verlauf des Nürnberger Reichstages zu informieren. Außerdem gab er dem Bischof die von den Räten geschickte Teilnehmerliste weiter. <sup>(4)</sup> Aus dieser Liste geht hervor, dass der Straßburger Bischof einen eigenen Gesandten in Nürnberg hatte. Dennoch war es Albrecht, der den Bischof informierte und für den Herzog von Pfalz-Veldenz stritt. Albrecht machte nicht nur Politik, sondern redete auch darüber, könnte man sein Vorgehen beschreiben. In einem sehr ausführlichen Schreiben an Markgraf Johann und die Räte in Brandenburg von Anfang Oktober 1470 findet sich hingegen kein Wort über die Vorgänge auf dem Reichstag. Deren Information scheint Albrecht nicht wichtig gewesen zu sein.

Das Schreiben an den Straßburger Bischof gibt uns noch einen Hinweis auf eine politische Reaktion. Albrecht schrieb nämlich, dass er beschlossen habe, am 22. Oktober zum Kaiser zu reisen. Ein Zusammentreffen mit dem Kaiser war notwendig, um mit der Mark Brandenburg

---

und dem Kaiser um Rechte und Besitzungen im Elsass in Opposition zu seinem Verwandten. Albrecht Achilles stand mit den Herzögen von Pfalz-Veldenz seit den frühen 50er Jahren in Verbindung, als sie zur Zeit des ersten Markgrafenkrieges auf verschiedenen Kriegsschauplätzen gegen die selben Gegner kämpften: die Allianz von Landshut und Pfalz. Die Zusammenarbeit führte schließlich im Jahr 1478 zu einer familiären Beziehung zwischen Brandenburg und Pfalz-Veldenz, als Albrecht seine Tochter Amalia mit Kaspar von Veldenz-Zweibrücken, einem Sohn Ludwigs, verheiratete. Die für die junge Frau sehr traurige Ehe endete bereits nach drei Jahren mit ihrem Tod. Siehe Schaab, a.a.O.

<sup>1</sup> FRA II, 46, Nr. 105, S. 129 ff.

<sup>2</sup> FRA II, 46, Nr. 106, S. 133 f.

<sup>3</sup> FRA II, 46, Nr. 107, S. 134 f.

<sup>4</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5., fol. 124; Bachmann, FRA II, 46, Nr. 110, S. 136; Priebatsch 1, Nr. 98, S. 181.

Priebatsch vermutet, dass der Bischof von Straßburg, Bruder des Herzogs von Pfalz-Veldenz, der Adressat des Schreibens war. Bachmann hingegen glaubt, dass der Brief an den Erzbischof von Magdeburg ging, der ebenfalls ein Bruder des Herzogs von Pfalz-Veldenz war. Doch es ist wohl offensichtlich, dass der Straßburger gemeint ist, denn im Brief wird über der Erzbischof von Magdeburg in der dritten Person behandelt. „*Der ertzbischove zu Magdburg, wir, herzog Wilhelm von Sachsen, ewer lieb ...*“ Quelle: STAN, a.a.O.

belehnt werden zu können. Da Albrecht seinen Plan, dieses Zusammentreffen in Österreich herbeizuführen, verkündete, kurz nachdem er die Informationen vom Reichstag erhalten hatte, ist es nicht auszuschließen, dass auch ein kausaler Zusammenhang bestand. Er schien verstanden zu haben, dass der Kaiser noch lange nicht vorhatte, einen Reichstag zu besuchen und er sich deshalb selbst auf die Reise nach Österreich machen musste, um das Reichsoberhaupt zu treffen.

Im Sommer 1473 begab sich Kaiser Friedrich III. auf die Reise durch Südwestdeutschland und das Elsass nach Trier, um dort mit dem Burgunderherzog Karl dem Kühnen zusammenzutreffen. <sup>(1)</sup> Albrecht war schwer erkrankt <sup>(2)</sup> und konnte deswegen nicht an dem geplanten Treffen teilnehmen, zu dem ihn der Kaiser, aber auch der Herzog von Burgund eingeladen hatte. <sup>(3)</sup> Albrecht, dem es offensichtlich wichtig war, die Angelegenheiten genau zu verfolgen, schickte seine Räte Hertnid von Stein und Ludwig von Eyb mit dem kaiserlichen Hof mit. Die Anweisung, sich Friedrich III. anzuschließen, erging am 18. Juli 1473 in einem Schreiben, das in Schwabach ausgestellt war. Bereits am 23. Juli meldeten sich die Räte das erste Mal aus Dinkelsbühl. Sie versicherten darin, Albrechts Weisungen auszuführen und schickten schon einmal einige Nachrichten, die die Situation im Westen des Reiches erhellen sollten. So hätten sie erfahren, dass Karl von Burgund die Grafen von Moers besiegt habe und nun dabei sei, ins Herzogtum Geldern am Niederrhein einzumarschieren, meldeten die Räte. Die Hauptstadt Nimwegen leiste noch Widerstand, wolle sich aber gegen die Garantie ihrer kommunalen Privilegien ergeben, was Karl abgelehnt habe. Die gaben damit Informationen eines städtischen Vertreters weiter, wie aus der Quelle zu entnehmen ist: *„Als wir uff heinacht gein Dinckelspüel komen sind, hat uns der burgermeister Hanns Egener, der kurzlich das landt von Franckfurt herauf geriten ist, gesagt, wier er mit andern der stet bottschaft gereist sey. Den hab man geschriben, wie der herzog von Burgundi mechtiglich in dem Gellerischen land lig, und hab anfangs den graven von Mörs getrungen, das er sich zu im hat müssen slahen. Darnach hab er der der mechtigsten stet eine sturmt und mit fewr gewonnen, ettlich des rats enthaubt und die maur niderlegen lassen, dadurch er die andern clein stet erschreckt und auch gedrungen hat. So hab er sich fur die hawbstat gelegert, die sind im entgegengeschickt und sich geben wollen, doch das man sie bei irem altten herkomen ließ. Das hat nit mögen sein, sunder er hat ettlich mit leyb und gut zu seinen handen haben wollen, das sie im wie ander gehorsam sein sollten, das bisher noch nit geschehen und ligt noch dovor, aber noch sie nit rettung haben, sei sich zuversehen, sie können die leng auch nit halten. Das wollten wir e.g. fur hoffmer zu schreiben auch nit verhalten.“* <sup>(4)</sup> Die Räte stützten sich also auf eine Quelle, die die Informationen auch nur durch Hörensagen kannte. Da es sich um einen Informanten aus dem Umfeld eines städtischen Rates handelte, lag notwendigerweise ein besonderer Schwerpunkt auf dem Schicksal der Kommunen, die mit Karl von Burgund aneinander geraten waren.

Schon am 29. Juli schickten die Räte wieder einen Bericht, dieses Mal aus der Stadt Baden, der zweiten Residenzstadt des Markgrafen von Baden. <sup>(5)</sup> Diese Nachrichten zeigten

<sup>1</sup> Die Absichten Friedrichs und auch Karls werden in der Forschung sehr kontrovers diskutiert. Klar wird aus den Quellen nur, dass die beiden eine Übereinkunft erzielen wollten. Der Kaiser verfolgte den Plan, seinen Sohn Maximilian mit Burgunds Erbtöchter Maria zu verheiraten. Karl wollte vom Kaiser eine Königskrone und die Bestätigung aller Reichslehen, die Teil des burgundischen „Staates“ waren. Zusammengefasst ist die Forschungsdiskussion bei Petra Ehm, *Burgund und das Reich*, a.a.O.

<sup>2</sup> Der Kurfürst hatte einen schweren Gichtanfall und musste sich erst zur Erholung und dann zur Jagd nach Schwabach und schließlich auf sein Jagdschloss in Neustadt an der Aisch zurückziehen. Siehe Priebatsch 1, Nr. 648, S. 544.

<sup>3</sup> Die Hintergründe der Annäherung Habsburgs an Burgund, vor allem der Wunsch, sich die Hand der Erbin Burgunds, Maria zu sichern, sind gut herausgearbeitet bei Ehm, a.a.O., Wiesflecker, a.a.O., S. 88 – 104. Eine Zusammenfassung der Politik Friedrichs, die auch die Stellung zwischen Burgund und Böhmen besonders würdigt, bringt Bernd Rill; *Friedrich III. Habsburgs europäischer Durchbruch*; Graz, 1987; S. 192 ff.

<sup>4</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 161, 162; Bachmann FRA II, 46, Nr. 195, S. 206; Priebatsch 1, Nr. 637, S. 537.

<sup>5</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 19; Priebatsch 1, Nr. 640, S. 538 ff.

Albrecht, dass sich die Situation am Rhein und generell im Westen des Reiches zuzuspitzen drohte. Denn Albrecht erfuhr, dass der Herzog von Lothringen gestorben sei. Der Bischof von Augsburg sei am kaiserlichen Hof in Baden eingetroffen und habe von der Situation am Niederrhein berichtet. Im Kölner Stift sei der Waffenstillstand zwischen Erzbischof einerseits und Kapitel sowie dem Rat der Stadt bis zum 21. September verlängert worden. Doch ein Kompromissangebot zur endgültigen Beilegung des Streites habe der Erzbischof abgelehnt, weil er die Unterstützung Karls von Burgund bekommen habe. „... *domit han der herzog von Burgundi den bischopf an sich gezogen.*“ Burgund übe nun Druck auf das Kapitel aus und es drohe ein Krieg gegen die Stadt. Die Burgunder würden auch in Geldern und Moers weiter vorrücken, so der Bericht.

Zusätzlich zu den Nachrichten aus der Konfliktzone schilderten die Räte auch die Situation am Kaiserhof, berichteten zum Beispiel, welche Fürsten eingetroffen seien. Auch die Regalienverleihung an den Bischof von Straßburg (<sup>1</sup>) war ein Thema in der Benachrichtigung durch die Räte.

Schon zwei Tage später, am 31. Juli, meldeten sich die Räte erneut und berichteten in diesem Schreiben – ebenfalls noch aus Baden – sehr genau über die politischen Verhandlungen zwischen Kaiser und Fürsten. (<sup>2</sup>) Der Kaiser scheine im böhmischen Thronstreit dem Ladislaus zuzuneigen und verspreche Verhandlungen darüber auf dem nächsten Reichstag in Augsburg. In einem Gespräch, bei dem die Erzbischöfe von Trier und Mainz zusammen mit ihnen zugegen gewesen seien, sei die wichtige Rolle der Kurfürsten in dieser Frage betont worden. Der Kaiser habe sie aufgefordert, mit nach Trier zu kommen, wo er sich mit Karl treffen werde.

Ganz genau ging der Bericht vom 31. Juli auf die Situation in Lothringen ein. Vermutlich war mittlerweile am Hof Näheres bekannt geworden, das die Räte erfahren hatten und nun referierten. Es werde erzählt, dass der Herzog von Lothringen vergiftet worden sei, vermutlich sogar von dem selben Mann, einem französischen Geistlichen mit Namen Jean d'Angly, der auch verdächtig sei, den Bruder des französischen Königs, Charles de France, Herzog von Guyenne, getötet zu haben. Der Markgraf von Baden wolle dem kinderlosen Herzog von Lothringen nachfolgen und sei dabei, im Herzogtum einen Landtag abzuhalten. Es gebe jedoch Widerstand von französischer Seite. (<sup>3</sup>) Außerdem erfuhr der Kurfürst auf dem Krankenlager noch, dass Karl der Kühne Nimwegen eingenommen habe.

---

<sup>1</sup> Die Nachricht über die Regalienverleihung an den Bischof von Straßburg überrascht, denn eigentlich hat zu dieser Zeit kein neuer Bischof in Straßburg sein Amt angetreten. Der 1474 amtierende Bischof Rupprecht von Pfalz-Simmern war bereits seit 1440 Oberhirte der elsässischen Stadt. Siehe Eubel 2, S. 94. Sein Nachfolger, Albrecht bei Rhein, Sohn des Pfalzgrafen Otto I. von Pfalz-Neumarkt, wurde erst 1478/79 nach dem Tod Rupprechts von Simmern neuer Bischof von Straßburg. Siehe Gatz, Bischöfe, Band 2, S. 16 f. und 608 f. Die Stellung Rupprechts in seinem Stift und besonders der Stadt Straßburg gegenüber war durch die finanziellen Schwierigkeiten des Bischofs und des Bistums besonders prekär, so dass durch die Regalienverleihung, die der Kaiser erst 34 Jahre nach der Wahl des Bischofs vornahm, auch dessen Position gestärkt wurde. Der Regierungsakt des Kaisers muss wohl in erster Linie als ein Zugeständnis an den Bischof gesehen werden, um ihn in den sich abzeichnenden Konflikten an Kaiser und Reich zu binden. Rupprecht stammte aus einer Nebenlinie der Pfälzer Wittelsbacher und war in den territorialpolitischen Auseinandersetzungen im Elsass auch ein enger Verbündeter Pfalzgraf Friedrichs I. Dieser wiederum stand in Kontakt zu Karl von Burgund. Die Belehnung, über die Albrecht informiert wurde, diente entweder dazu, das gegnerische Lager zu schwächen, oder aber mit Hilfe von Zugeständnissen zu Verhandlungserfolgen zu kommen. Der Bericht Eybs und Steins geht nicht näher auf die Hintergründe und die Motivation der Belehnung ein. Sicherlich war Albrecht aber die politische Stellung des Straßburger Bischofs bekannt. Hier zeigt sich wieder, dass Nachrichten dem Fürsten oft nur nützlich sein konnten, wenn schon ein umfangreiches Basiswissen über eine Angelegenheit vorhanden war. <sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 643, S. 540 ff.

<sup>3</sup> Die Erbfolge im Herzogtum Lothringen stellte sich etwas kompliziert dar. Herzog Nikolaus starb kinderlos und hatte Jolantha von Vaudemont, die ältere Tochter seines Vorgängers in Lothringen, Herzog Renés von Anjou, als Erbin eingesetzt. Jolantha wiederum trat ihre ererbten Rechte an ihren Sohn René von Vaudemont ab. Karl von Baden seinerseits hatte die zweite Tochter Herzog Karls II. von Lothringen geheiratet und leitete daraus Erbansprüche ab. Ausführlich dargestellt ist die politische Situation dieses Reichsfürstentums in den 70er Jahren

Die Informationsflut der Gesandten setzte sich schon am 2. August fort, als noch ein Brief aus Baden nach Franken geschickt wurde. <sup>(1)</sup> Darin meldeten die Räte, dass inzwischen eine polnische Gesandtschaft eingetroffen sei, die in Anwesenheit der Erzbischöfe von Mainz und Trier sowie ihnen selbst vom Kaiser empfangen werden solle. Das Zustandekommen des Reichstags in Trier sei gefährdet, weil Karl von Burgund zu große Forderungen stelle, was den Platz für sich und sein Gefolge angehe. Der Kaiser überlege nun, den Tag nach Metz zu verlegen. In der Kölner Stiftsfehde verhandle der Kaiser jetzt mit Pfalzgraf Friedrich, dem Bruder des Kölner Erzbischofs. Karl von Burgund selbst wolle Nürnberger Bürger vor sein Gericht laden und plane die Weinzölle am Niederrhein zu verbieten und stattdessen eigene Abgaben auf den Transport der Fässer zu erheben.

Die Räte legten ausweislich ihres Schreibens noch einen Brief des Kaisers an Albrecht bei, der aber nicht überliefert ist.

Am 10. August verweilten der kaiserliche Hof und die ihn begleitenden Fürsten und Gesandtschaften immer noch in Baden. An diesem Tag wussten die Gesandten wieder etwas zu berichten. <sup>(2)</sup> Die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen <sup>(3)</sup> kämen nicht voran. Beide, so die Meinung der Räte, verhandelten nicht ernsthaft. Der Kaiser beabsichtige jetzt bald über Straßburg nach Metz zu ziehen. Karls Eroberung von Nimwegen sei bestätigt worden und Markgraf Karl von Baden habe mittlerweile auf Lothringen verzichtet, so die unkommentierte Nachricht über diesen Konfliktherd.

Die erste überlieferte Reaktion Albrechts auf die Briefe der Gesandten stammt vom 14. August. Aus Neustadt an der Aisch schrieb Albrecht eine längere Abhandlung, in der in erster Linie die bisher eingegangenen Nachrichten kommentiert wurden. Albrecht seinerseits informierte seine Räte über die gleichzeitig mit Polen und dem Böhmenkönig Ladislaus stattfindenden Gespräche. Podiebrads Rat Jobst von Einsiedel habe Nachrichten von seinen Verhandlungen in Troppau geschickt. Diesen Brief lege er in Kopie bei, so Albrecht. Zusätzlich verfasste der Kurfürst noch einen Zettel, in dem er den Brief Einsiedels erklärte und kommentierte, damit die Gesandten nichts falsch verstünden, wie er sich auszudrücken beliebte. <sup>(4)</sup>

Albrecht versuchte von Franken aus, die Verhandlungen, die im Osten und im Westen des Reiches gleichzeitig liefen, zu koordinieren. Am selben Tag nämlich schickte Albrecht auch ein Schreiben aus Neustadt an der Aisch über die Plassenburg nach Troppau zu Jobst von Einsiedel. Albrecht, der in einem beigelegten Zettel seinem obergebirgischen Statthalter Heinrich von Aufsess befahl, das Schreiben schnell weiterzuleiten, unterrichtete den Hof des Böhmenkönigs über die Vorgänge im Westen des Reiches. Eine polnisch/böhmische Gesandtschaft sei in Nürnberg, aber nicht bei ihm gewesen, so ein weiterer Punkt aus dem Brief, mit dem er Einsiedel wohl dazu bringen wollte, auf diese Räte einzuwirken und sie zu ihm zu schicken. Der Kaiser habe sich noch beklagt, dass seine Erblände von Böhmen aus angegriffen würden und habe das Ende dieser Übergriffe gefordert. Seine, Albrechts,

---

des 15. Jahrhunderts in Walter Mohr; Die Geschichte des Herzogtums Lothringen, Band 4, Trier 1986, S. 75 ff, bes. S. 97 f., Jean Schneider, Charles le Hardi, duc de Bourgogne et de Lorraine (1475 –1477); In: Le Pays Lorrain, 58, 1977, S. 19 - 40 und Alain Girardot, Les Angevins, ducs de Lorraine et de Bar. In: Le Pays Lorrain, 59, 1978, S. 1 – 18.

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 7; Priebatsch 1, Nr. 646, S. 543.

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 35 f.; Priebatsch 1, Nr. 652, S. 546.

<sup>3</sup> Dabei ging es neben der Beilegung der Kölner Stiftsfehde vor allem um die Auseinandersetzungen zwischen beiden um Rechte im Elsass und in Baden. Der Pfalzgraf hatte die Reichsvogteien im Elsass und in der Ortenau als Pfandlehen inne, die der Kaiser ablösen wollte. Doch man stritt sich um die Summe. Auch der Erzbischof von Mainz wollte Pfandlehen an der Bergstraße von der Pfalz einlösen. Diese hatte das Stift nach den militärischen Erfolgen Pfalzgraf Friedrichs des Siegreichen in der Mainzer Stiftsfehde zu Beginn der 60er Jahre der Kurpfalz zwangsweise gewähren und damit faktisch Gebiete abtreten müssen. Siehe Schaab, a.a.O.

<sup>4</sup> STAN, A.A., Nr. 768, a.a.O., fol. 14; Priebatsch 1, Nr. 655, S. 547.

Gesandten beim Kaiser, Eyb und Stein, würden ihm, Einsiedel, in einem gesonderten Schreiben weitere Einzelheiten mitteilen. <sup>(1)</sup>

Albrecht agierte hier – selbstverständlich auch aus eigenem Interesse – als die Verbindungsstation zwischen den beiden damaligen Hauptkrisenherden im Reich, dem Doppelkönigtum in Böhmen und dem Kölner Stiftsstreit und der daraus resultierenden Auseinandersetzung mit Karl von Burgund. Zusätzlich zu seinem Schreiben nach Böhmen hatte er auch noch veranlasst, dass seine Gesandten den Böhmenkönig Ladislaus ausführlich informierten. Brandenburg-Ansbach konnte als Makler in der Reichspolitik agieren, weil genügend Informationen vorlagen.

Mit Datum vom 15. August meldeten sich die Gesandten im Westen wieder <sup>(2)</sup> und berichteten nochmals aus Baden, dass die polnische Gesandtschaft dem Kaiser ihr Bedauern darüber ausgedrückt habe, dass bei den Verhandlungen in Troppau noch keine kaiserliche Erklärung vorgelegt worden sei. Die Räte dürften sich auf die gewünschte Belehnung Ladislaus' mit Böhmen bezogen haben. Man habe die Angelegenheit auf den kommenden Reichstag nach Augsburg verlagert, so Eyb und Stein.

Wieder berichteten die beiden über Erfolge Karls im Kampf um Geldern. René von Vaudemont sei von der Landschaft als Herzog von Lothringen anerkannt worden und der Kaiser beabsichtige, ihn in Trier mit dem Herzogtum zu belehnen. Bestätigen konnten die Räte die Reisepläne des Kaisers über Straßburg und Metz mit dem Ziel Trier. Man habe sich aber noch nicht darauf geeinigt, wo sich der Kaiser und der Burgunderherzog treffen würden. Herzog Ludwig von Landshut vermittele jetzt zwischen Pfalzgraf und Kaiser.

Zwei Tage später formulierten Stein und Eyb erneut einen Bericht an Albrecht, diesmal schon aus Straßburg. <sup>(3)</sup> Dieser bestand aus der detaillierten Wiedergabe des Vortrags der polnischen Delegation vor dem Kaiser. Die polnischen Gesandten hätten den Auftrag, ein Bündnis zwischen Kaiser, Böhmen und Polen auszuhandeln, so Albrechts Räte.

Dann erreichte die Räte Albrechts Schreiben vom 14. August. Sie gingen auf die Angelegenheit Polen/Böhmen aber nicht ein, sondern berichteten von einer Änderung in den Plänen Friedrichs. Der Kaiser habe Verhandlungen mit den Eidgenossen aufgenommen. Friedrich habe die Eidgenossen aufgefordert, Herzog Sigmund von Österreich, Herr der habsburgischen Vorlande und Graf von Tirol, alle Besitzungen zurückzugeben. Der Kaiser habe dann noch vorgeschlagen, sich zu weiteren Verhandlungen zu treffen; ein Plan, dem die Eidgenossen zugestimmt hätten. <sup>(4)</sup>

Schon am 1. September waren Kaiser und auch Albrechts Räte bis nach Freiburg im Breisgau gekommen, von wo aus wieder ein Bericht gesandt wurde. <sup>(5)</sup> Einmal teilten die Räte den vermutlichen weiteren Reiseweg Friedrichs mit, der über Basel, Sélestat (Schlettstadt), Colmar und Metz nach Trier führen sollte. Der Graf von Sulz sei als kaiserlicher Gesandter zu Herzog Karl aufgebrochen. Während Albrecht erfuhr, dass die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen um die Rückgabe der Reichsvogteien nicht voran kamen, gab es interessante Neuigkeiten über Herzog Ludwig von Landshut. Dieser habe versucht, beim Kaiser Mandate bezüglich des Landgerichts Graisbach und des Weissenburger Forstes zu erlangen. Herzog Albrecht von München habe sie informiert, so dass sie rechtzeitig und zur großen Verwunderung aller beim Kaiser gegen die Landshuter Pläne hätten intervenieren können, berichteten die Räte.

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, a.a.O., fol. 22; Priebatsch 1, Nr. 656, S. 549.

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 768, a.a.O., fol. 31 ff.; Priebatsch 1, Nr. 658, S. 550 f.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 30; Priebatsch 1, Nr. 660, S. 554 ff.

<sup>4</sup> Herzog Sigmund hatte sich zu Beginn der 70er Jahre auf die Seite Burgunds gestellt und Karl die Landvogtei im Elsass übertragen sowie Besitzungen am rechten Rheinufer verpfändet. Ziel des Kaisers dürfte es gewesen sein, Sigmund und die Eidgenossen zu versöhnen und seinen Vetter von Karl wegzulocken, damit dessen Verhandlungsposition geschwächt wurde. Die Verhandlungen zwischen Friedrich III. und einer eidgenössischen Gesandtschaft fanden dann Anfang September in Basel statt.

<sup>5</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 40 ff.; Priebatsch 1, Nr. 671, S. 564 f.

Seit Sonntag, dem 30. August, würden Herzog Sigmund und die Eidgenossen verhandeln, so ein weiterer Mosaikstein der politischen Lage, den Albrecht den Informationen seiner Gesandten verdankte. Der Kurfürst erfuhr aus diesem Schreiben auch weitere organisatorische Einzelheiten und auch politische Schachzüge. Was ihn am meisten interessiert haben dürfte, waren aber die Versuche seines langjährigen Gegners Ludwig von Landshut, territorialpolitische Vorteile zu erzielen. <sup>(1)</sup> Die Kontaktaufnahme Albrechts mit seinem Münchner Namensvetter im Frühjahr hatte sich also gelohnt.

Ein Schreiben von Anfang September 1473 brachte Albrecht wieder einmal Nachrichten aus dem Osten. Ein nicht unterschriebener Brief aus Troppau setzte ihn darüber in Kenntnis, dass es dort zu keiner Einigung zwischen Matthias und Ladislaus gekommen sei. König Ladislaus bot aber offensichtlich weitere Verhandlungen an. „... *wir hoffen den handeln uf ander wege zu brengen als durch sundrliche und fruntliche vernamen.*“ Jobst von Einsiedel, so hieß es in dem Schreiben weiter, der mit polnischen und böhmischen Räten zum Kaiser kommen wolle, werde ihm noch genaueres berichten. <sup>(2)</sup> Die angekündigte genauere Information bestand aus einem Schreiben des Jobst von Einsiedel, wurde in Troppau am 10. September aufgesetzt und informierte Albrecht zuerst einmal darüber, dass das Heiratsprojekt seinen Fortgang nehme. Vermutlich ist die geplante Verbindung zwischen Markgraf Friedrich und der polnischen Prinzessin Sophia gemeint. „*Und hab ganzen getrawen, es werde ein furganck gewynnen, als euer gnaden von mir versteen wirdt, so ich mit andern komen werden in den keyserlichen hofe gein Augspurg.*“

Albrecht hatte, das geht aus Einsiedels Schreiben hervor, offensichtlich mit Hilfe dieses böhmischen Rates eine Reihe von Schreiben an polnische Große verschickt, die der Mann aus Prag, seinen eigenen Worten nach, auch zugestellt hatte. Nach dieser für die brandenburgische Hausmachtspolitik bedeutenden Information erfuhr Albrecht noch, dass eine böhmisch-polnische Delegation zum Reichstag nach Augsburg kommen werde. Er selbst müsse noch auf dem böhmischen Landtag in Troppau bleiben, auf dem die polnischen und pro-polnisch-böhmischen Akteure schon drei Wochen verhandeln würden. Die ungarischen Vertreter würden am morgigen Tag erwartet. „*Aber herr Zdencko von Sternberg noch die andern herrn aus Behaim, die sich des konigs von Hunngern halten, der kommt keiner. Dann was betaidingt ist zu Benessaw, dem wollen sie nachkomen.*“ Der geplante Landtag in Troppau würde also ohne die Anhänger Matthias' stattfinden. Zum Abschluss hieß es noch: „*Nach dem allem wisse sich euer gnade zu richten.*“ <sup>(3)</sup> Albrecht hatte nun aus Böhmen eine Reihe von Informationen erhalten, die ihn über den Stand der Verhandlungen zwischen den beiden Thronprätendenten und der Reise einer Delegation zum Kaiser in Kenntnis setzte.

Albrecht reagierte auf die ersten Nachrichten am 10. September. Der Kurfürst, der mittlerweile nach Cadolzburg umgezogen war, wies Heinrich von Aufsess, seinen Statthalter im Fürstentum auf dem Gebirge, am 10. September an, einen Geleitbrief für Gesandte Ladislaus', die ins Reich wollten, weiterzuleiten. Wenn eine polnisch/böhmische Gesandtschaft komme, so sollte er sie nach Augsburg geleiten, hieß es in dem Befehl. <sup>(4)</sup> Albrecht hatte aus den Berichten seiner Räte im Westen erfahren, dass der Kaiser das Thema Böhmen auf den Augsburger Reichstag vertagt habe. So organisierte er die Reise einer Gesandtschaft des Königs Ladislaus, über deren Abreise er durch Briefe aus Böhmen erfahren hatte, nach Augsburg. Der Kurfürst verstand es, die beiden Ebenen zusammenzuführen.

<sup>1</sup> Der Besitz der Gerichtsrechte von Graisbach, eines Ortes südlich der Donau in der Nähe von Donauwörth, setzte Ludwig von Landshut unter anderem in die Lage, seine Expansionspolitik im schwäbisch/fränkischen Raum zu betreiben. Der Herzog versuchte auch immer wieder, Untertanen Albrechts vor sein Gericht zu zitieren, um sie somit in seinen Machtbereich zu ziehen. Mit Schreiben vom 7. September meldeten die Räte, dass es ihnen gelungen sei, vom Kaiser erneut einen Freibrief gegen die Ansprüche des Graisbacher Landgerichts zu erwirken. Quelle: STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 44.

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 53; Priebatsch 1, Nr. 675, S. 567.

<sup>3</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5. fol. 165 r., FRA II, 46, Nr. 198, S. 209; Priebatsch 1, Nr. 682, S. 570.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 683, S. 570.

Die nächste Mitteilung der Räte im Westen stammte vom 9. September und informierte Albrecht, dass der Tag in Trier voraussichtlich binnen zehn Tagen beginne. Es sei mittlerweile unklar, ob der Kaiser René von Vaudemont wirklich mit Lothringen behelhe, da Karl von Burgund Einspruch erhoben habe. <sup>(1)</sup>

Wesentlich wichtiger ist allerdings ein Schreiben Albrechts vom 13. September aus Cadolzburg an Eyb und Stein. Darin teilte er seinen Gesandten mit, dass er ihnen beiliegend Abschriften aller Briefe zusende, die er in der böhmischen Angelegenheit erhalten und geschrieben habe. Man solle sie dem Kaiser vorlegen. Er habe erfahren, dass Karl auch mit Matthias von Ungarn verhandle und diesem zugesagt habe, den Thronstreit in Böhmen mit Gewalt zu dessen Gunsten zu lösen. <sup>(2)</sup> Wieder versuchte Albrecht, die Informationen aus dem östlichen und dem westlichen Schauplatz zusammenzuführen. Er hatte durch seine Kontakte nach Böhmen von dieser Abmachung zwischen Matthias und Karl erfahren und meldete dies nach Westen weiter.

Bis zu einem gewissen Grad hatte Albrechts Vermittlertätigkeit Erfolg. Die Räte konnten am 8. Oktober aus Trier melden, dass Friedrich III. der böhmischen Gesandtschaft zum Reichstag nach Augsburg auch seinerseits Geleitbriefe ausstellen werde. Dies könne er auch einem kaiserlichen Schreiben entnehmen, das sie beigelegt hätten. Sobald sie die Geleitbriefe in Händen hätten, würden sie sie an Albrecht schicken, damit er sie an die Böhmen weiterleiten könne. Zu den politischen Vorgängen in Trier teilten sie weiter mit, dass die Burgunder eine sehr glanzvolle Hofhaltung hätten, dass in der Sache aber kaum etwas voran ginge. <sup>(3)</sup>

Der Reichstag von Trier, auf dem Kaiser Friedrich III. und Herzog Karl der Kühne über die Zukunft des Reiches und ihrer Kinder verhandelten, ist ein in der Forschung sehr umstrittenes Thema, weil weder die taktischen Winkelzüge der beiden Hauptpersonen noch der genaue Ablauf der Verhandlungen rekonstruiert werden können. Das liegt daran, dass die meisten Verhandlungen zwischen den beiden Herrschern persönlich im kleinen Kreis von Beratern geführt wurden und nichts schriftlich festgehalten wurde. Ein Umstand, den schon die Zeitgenossen, unter anderem die Gesandten Albrechts, bitter beklagten.

Friedrichs Endziel lag allen klar vor Augen: die Heirat zwischen Maximilian und Maria. Doch ist nicht festzustellen, welchen Preis er dafür zu zahlen bereit war. Karl, das scheint festzustehen, wollte in Trier eine Königskrone bekommen. Doch weiß man nicht, ob er danach strebte, alle seine Länder zu einer Einheit zusammenzufassen, daraus in Anlehnung an das frühhochmittelalterliche Königreich Lothringen ein Reich zu formen und es als König von Kaiser Friedrich zu Lehen zu nehmen. Oder ob er sogar zum Römischen König gewählt werden wollte, um dann als Nachfolger Friedrichs Kaiser zu werden. Maximilian wiederum, so diese Hypothese weiter, wäre dann seinerseits als der Nachfolger und Erbe Karls bereit gestanden.

Die plötzliche, fluchtartige Abreise Friedrichs aus Trier ist ebenfalls sehr rätselhaft. Hatte er Angst, wie fünf Jahre vorher der französische König Ludwig XI. von Karl gefangengenommen zu werden, wenn man sich nicht einigte? Oder konnte Friedrich sich nicht durchsetzen und brach die Verhandlungen deshalb ab?

Welche Rolle Karl den deutschen Kurfürsten zudachte, ist ebenfalls ein Streitpunkt in der Forschung. Wusste er um ihre verfassungsrechtliche Stellung im Reich und war ihm klar, dass ein weitreichender Umbau im Westteil des Reiches ohne ihre Zustimmung nicht Bestand haben würde? Oder war es Friedrich III., der die Kurfürsten heranzog, um seine Stellung zu festigen? <sup>(4)</sup>

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 45; Priebatsch 1, Nr. 679, S. 569.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 63; Priebatsch 1, Nr. 685, S. 571.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 61; Priebatsch 1, Nr. 705, S. 579.

<sup>4</sup> Während die ältere Forschung noch davon ausgegangen war, dass Karl die Position der Kurfürsten nicht einzuschätzen wusste und auf Vorbehalte von deren Seite verärgert reagierte, hat sich das Bild durch neuere Arbeiten gewandelt. Das Fazit in der Arbeit von Petra Ehm ist, dass es Karl von Burgund war, der die Kurfürsten einbeziehen wollte, weil er um ihre Bedeutung im Verfassungsgefüge des Reiches wusste. Und es war

Die Reaktion Albrechts auf die ausführlichen Berichte seiner Räte über die Verhandlungen von Trier ist erstaunlich passiv, wenn man die große politische Bedeutung der Zusammenarbeit mit Burgund betrachtet. Der Kurfürst leitete als eine seiner wenigen Reaktionen überhaupt, die Berichte der Gesandten an Herzog Wilhelm von Sachsen weiter, indem er sie in Briefen referierte und kommentierte. Dabei kam zum Ausdruck, dass er nicht glaubte, dass der Kaiser auf die Kurfürsten Rücksicht nehmen, sondern dass er seine Pläne ohne Rücksprache umsetzen werde.

Zu erklären ist diese Passivität, wenn man sieht, dass sich der Kurfürst eher auf die Geschehnisse im Osten des Reiches konzentrierte, über die ebenfalls in Trier gesprochen wurden. Albrecht Achilles war in erster Linie an der Lösung der böhmischen Frage interessiert, kam aber dabei nicht weiter. In einem Schreiben vom 29. Oktober aus Cadolzburg drängte er seine Räte, dass das Problem der möglichen Ketzerei der Gesandten, die ja aus einem hussitischen Umfeld kamen, rechtzeitig aus dem Weg geräumt werden müsse.

In den Mitteilungen der Räte aus Trier spielte diese Frage aber keine Rolle. In ihrem Schreiben vom 31. Oktober, in dem sie die Geheimpolitik Friedrichs und Karls besonders deutlich geißelten, berichteten sie von der Abreise erzürnter Delegationen und den Überlegungen anderer, es ihnen gleichzutun. So sei Herzog Albrecht von München am 18. Oktober schon weggeritten. Viele kaiserliche und burgundische Höflinge seien erkrankt und dies könne auch ein Grund für die Abreise vieler Herren sein, vermuteten die Räte.

Was Informationen über das Böhmen-Thema anging, so flossen die Nachrichten weiterhin spärlich. Albrecht erfuhr zum Beispiel nicht, dass am 18. Oktober die ungarische Gesandtschaft in Trier angekommen war, was für den Vertreter der polnisch-böhmischen Seite natürlich sehr wichtig gewesen wäre. Auch der Reiseweg des Kaisers von Trier zum Reichstag nach Augsburg stehe noch nicht fest, meldeten die Räte. Albrecht hätte diese Informationen aber gut brauchen können, um die Gesandtschaft des Ladislaus zu lotsen. <sup>(1)</sup>

Am 31. Oktober meldeten Albrechts Räte, dass Kaiser und Herzog abreisen wollten <sup>(2)</sup>, eine Nachricht, die in einem erneuten Brief acht Tage später dementiert wurde. Dies allein zeigte Albrecht, dass die Verhandlungen nicht sehr flüssig liefen und es anscheinend gegenseitige Drohungen gab, den Verhandlungsort zu verlassen.

Die umfangreichste Schilderung der politischen Verhandlungen enthält ein Konvolut von Schreiben, die alle auf den 7. November 1473 datiert sind. Eyb und Stein berichteten, dass Kaiser Friedrich verkündet habe, er wolle zwischen Burgund und Frankreich vermitteln, um Frieden zu schaffen und burgundische Hilfe für einen Kreuzzug zu gewinnen. Karl solle zum erblichen König von Burgund mit Lüttich, Utrecht, Toul, Verdun, Kleve, Lothringen und Savoyen als lehnsabhängige Fürstentümer werden. Hier tauchte, so kann festgestellt werden, die Idee auf, das alte karolingische Mittelreich wieder auferstehen zu lassen.

Die Räte fuhren dann fort: Die beiden anwesenden Kurfürsten, die Erzbischöfe von Trier und Mainz, und sie als kurbrandenburgische Gesandte, hätten vorgeschlagen, diese Entscheidung auf den Augsburger Reichstag zu vertagen, wenn alle Kurfürsten dabei seien. Der Kaiser habe dann angekündigt, dies auch ohne Zustimmung der Kurfürsten tun zu wollen und Herzog Karl

---

dahingegen der Kaiser, der die Frage der Königskrone für Karl und der burgundischen Heirat als Reichsoberhaupt und Chef des Hauses Habsburg allein entscheiden wollte. Dem widersetzten sich die Kurfürsten und verweigerten ihre Zustimmung. Ehm bezieht sich dabei besonders auf die Aussagen Kurfürst Albrechts, der den Alleingang des Kaiser ebenso kritisierte wie auch als unvermeidbar akzeptierte. (Ehm, a.a.O., S. 182 ff.) Zu entscheiden ist die Frage nicht endgültig, da es Quellen zum Trierer Verhandlungstag gibt, die beide Positionen untermauern. Mit die wichtigsten Quellen zum Reichstag von Trier, die diese ausführlichen diplomatie- und rechtsgeschichtlichen Erörterungen ermöglichen und die auch Albrechts Positionsbestimmung erkennbar machte, sind die Berichte der beiden brandenburgischen Gesandten Eyb und Stein, die Albrecht Achilles in rund einem halben Dutzend Schreiben die Vorgänge an der Mosel mitteilten.

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 57; Priebatsch 1, Nr. 721, S. 587 ff.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., Fasz. III, fol. 60; Priebatsch 1, Nr. 722, S. 589 f.

sei ob des Widerstandes ärgerlich gewesen. Friedrich III. habe dann Karl mit dem Herzogtum Geldern belehnt. <sup>(1)</sup>

Auf einem eingelegten Zettel, der ebenfalls auf den 7. November datiert ist, „ ... *am sonntag nach omnium sanctorum umb XI hor vor mitternacht* ...“, ergänzten sie den Bericht dann durch die Nachricht, dass sich Karl bei den kurfürstlichen Delegationen erkundigt habe, ob der Kaiser eine so weitreichende Entscheidung ohne Mitwirkung der Kurfürsten treffen dürfe. Man habe ausweichend geantwortet. Der Burgunderherzog habe ihnen noch mitgeteilt, er wolle sich auch noch direkt mit Albrecht in Verbindung setzen. <sup>(2)</sup>

Ein weiterer Zettel informierte Albrecht endlich über die böhmischen Angelegenheiten. Der Kaiser sicherte nochmals zu, den Geleitbrief für die böhmische Delegation zu schicken. Friedrich werde noch in dieser Woche nach Köln reisen und dann acht Tage für die Wallfahrt nach Aachen brauchen. Frühestens in 14 Tagen von jetzt aus gerechnet, könne er mit seiner Reise von Köln nach Augsburg beginnen. Es werde aber gemunkelt, dass der Tag von Augsburg mit Rücksicht auf Herzog Karl verschoben werden solle. <sup>(3)</sup>

Nachdem Albrecht dies erfahren hatte, reagierte er und drängte den Kaiser in einem Brief, die böhmischen Gesandten durch ein persönliches Schreiben zu besänftigen und zu bitten, auf ihn zu warten. Außerdem müsse endlich die Erlaubnis des Würzburger Bischofs eingeholt werden, damit die wartenden Gesandten die Messe feiern dürften.

Den nächsten Bericht für Albrecht – er stammt aus Koblenz – verfasste nur noch Ludwig von Eyb, denn Stein war im Auftrag des Kaisers zu Albrecht gereist, um diesen persönlich über die böhmische Angelegenheit zu informieren. Das Schreiben ist datiert auf den 28. November und informierte Albrecht, dass der Kaiser plötzlich aus Trier abgereist sei, am 25. November in Koblenz ein Schiff bestiegen habe und nach Köln gefahren sei. Einen letzten Vermittlungsversuch durch Peter von Hagenbach habe der Kaiser abgelehnt. Friedrich mache Karl für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich, so Eyb. <sup>(4)</sup>

Nachdem Eyb mit dem Kaiser nach Köln am Rhein gereist war, übermittelte er von dort aus und aus einer Reihe von anderen Aufenthaltsorten des Kaisers weiterhin Nachrichten an Albrecht, deren Hauptinhalt es war, die Reiseroute des Kaisers nach Augsburg zu übermitteln und dem Kurfürsten dabei zu helfen, Friedrich III. und die polnische Delegation zusammenzuführen. Die erste Nachricht erfolgte am 13. Dezember. <sup>(5)</sup> Bei den Vermittlungsbemühungen des Kaisers zwischen Erzbischof und Kapitel habe Rupprecht gedroht, sich Burgund anzuschließen, wenn ihn das Ergebnis nicht begünstige, ist in Eybs Bericht zu lesen.

Vier Tage später wusste Eyb zu berichten, dass der Kaiser zu Gunsten des Kapitels entschieden habe. Die geplante Reise des Kaisers nach Augsburg gehe von Köln aus über Frankfurt, Rothenburg, wo ein Zusammentreffen mit Albrecht und der böhmischen Delegation geplant ist, Dinkelsbühl, Nördlingen und Donauwörth nach Augsburg.

Eyb legte dann noch vier Zettel bei, auf denen die Reiseroute des Kaiser präzisiert und teilweise korrigiert wurde. Der Rat berichtete, dass der Kaiser auch ausrichten lasse, Albrecht möge die böhmische Gesandtschaft zum Bleiben bewegen. Friedrich selbst könne der Gesandtschaft nicht schreiben, weil er dann die Titulatur eines Königs von Böhmen verwenden müsse, was er noch nicht wolle. <sup>(6)</sup> Die Antwort Albrechts auf diesen Brief stammt vom 2. Januar 1474 und ist eine Klage, dass die Gesandten immer ungeduldiger werden und ihn auch 200 Gulden pro Woche kosteten.

<sup>1</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 180 ff.; FRA II, 46, Nr. 210 f., S. 221; Priebatsch 1, Nr. 724, S. 590 ff.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 183; Priebatsch a.a.O.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 178; Priebatsch a.a.O. Die Verschiebung des Reichstags wurde vom Kaiser offiziell am 1. Dezember in einem Brief an Albrecht verkündet. Er sollte nun am 6. Januar beginnen. Der Reichstag fand dann schließlich vom April bis Juni 1474 statt.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 200 f.; Priebatsch 1, Nr. 737, S. 600 f.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., fol. 210; FRA II, 46, Nr. 225, S. 242 f.; Priebatsch 1, Nr. 742, S. 603.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., fol. 211 ff.; FRA II, 46, Nr. 226, S. 243 ff.

Eyb meldete am 7. Januar, dass sich die Abreise Friedrichs aus Köln weiter verzögert habe, denn der Kaiser habe noch einmal versucht, zwischen Erzbischof und Kapitel zu vermitteln. Doch die Verhandlungen könnten wohl endgültig scheitern und Krieg drohen. *„Und als s. g. von Ach an dem heyligen abent wider hiher komen, ist seinen g. von beden partheyen des kriegs zwuschen meinen herrn von Coln und dem capittel furgetragen worden, sein k.m. solt nit also abscheiden und den krieg hinder im offen verlassen, dann wölt sein g., so weren weg vor hand, domit die sach beigelegt wurde und den jenen, die den friden nit gern sehen, ir will gebrochen. Wo das nit geschee, so wurde dorauß erwachsen, das mein herr von Coln des stifts slos und stet, die er noch in merer menig innen hett, dem hertzogen von Burgundi eingeben, sich mit im zu vertragen umb ein versehung und das der hertzog einen, der im zu bischoff gefellig were, eynhelffen möchte. So dass geschee, möchte dorauß erwachsen vil übels, sunderlich durch den krieg, der sich möchte einflechten. Das die stet am Rein, auch ander als Trier und Menntz, mit gedranget möchten werden durch vertreg Burgundi und des Pfaltzgraven dem bischoff zu willen.“* <sup>(1)</sup> Eyb gab in seiner Berichterstattung nicht nur die Situation wieder, sondern er analysierte die Lage auch und gab sogar einen Ausblick auf mögliche Folgen.

Ergänzt wird die Berichterstattung aus Köln noch durch Nachrichten, die den Hintergrund des Streits mit Burgund erhellten. Erste Fehlschläge Peters von Hagenbach im Elsass und die weitreichende Bündnispolitik des französischen Königs werden geschildert. *„Newe zeitung als man saget in dem, als der hertzog von Burgundi itzo in dem Elsas gewest ist, soll Peter von Hagenbach sich an zwayen steten in der lantvogtei versucht haben, zu Mulhawsen und Letstat, die zu uberreyten. Auß was ursach, sagt man nit. Und der hertzog zewhet wider hinder sich gein Burgundi warts. Man saget auch, es erfordere sein nottorfft, dann der konig von Franckreich ist gericht gruntlich mit dem konig von Arragon, gein dem er vil volcks allweg hat liegn han müssen. So hat er die grafschafften von Armenjecken gantz eyngenommen und denselben graven vertrieben, doran im ein grosse macht zuwachst. So sey der hertzog von Britanien, der vormals achtzig tawsent man wider in fur Paris dem hertzogen von Burgundi zu gut gefurt hat, mit im vertragen, und den gemelten hertzogen zu seinem constabel uffgenommen und das regiment des konigreichs bevolhen, und der vor sein constabel gewest sei, ist mit grossen unwillen abgeschaiden. Deshalb versiehet man sich, so der konig sich herfur in das reich thut, dem hertzogen von Burgundi thu not, sich dorinn auch zu versehen. Maint man, er sol nit alleweg in dem gerücht bleyben, dorinn er itzo ist.“*

Diese Mitteilungen aus dem Elsass und über die politischen Veränderungen in Frankreich zeigten Albrecht, dass die Machtstellung des Burgunderherzogs vielleicht nicht so stark war, wie sie erschien. Eyb ergänzte die Berichterstattung wieder durch eine Wertung: Er glaube, dass dem Burgunder möglicherweise ein Zweifrontenkrieg drohe. <sup>(2)</sup> Eybs Informationen sind nicht nur von sehr hohem Informationsgehalt, sondern schließen auch immer eine Wertung der Nachrichten mit ein.

Das Albrecht in diesem Moment am meisten interessierende Problem, die Reise des Kaisers vom Niederrhein nach Oberdeutschland, war wieder Thema in einem Schreiben Eybs, das nicht datiert ist und wohl um den 13. Januar von Köln abgeschickt worden war. Eyb gab neue Vermutungen über die mögliche Reiseroute des Kaisers wieder: Unter anderem sind Frankfurt, Aschaffenburg, Mergentheim, Rothenburg und Donauwörth aufgeführt. Explizit ausgeschlossen wurde von Eyb, dass der Kaiser über Würzburg, Weißenburg und Nürnberg nach Augsburg reise. <sup>(3)</sup>

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 222, FRA II, 46, Nr. 233, S. 254 ff.; Priebatsch 1, Nr. 754, S. 610 f.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O.; Ergänzt wird diese Schilderung Eybs durch einen noch ausführlicheren Bericht über die Vorgänge in Köln vom 13. Januar. Als Beilage eines undatierten Briefes aus diesen Tagen ist noch ein Zettel überliefert, der sich über Kriegspläne Ludwigs von Frankreich ausließ. Auch ein Schreiben Kaiser Friedrichs an Albrecht wurde dem Konvolut beigelegt. Quelle: Priebatsch 1, Nr. 757, S. 612.

<sup>3</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 47 ff.; Priebatsch 1, Nr. 758, S. 613.

Am 17. Januar wurde dann von der morgigen Abreise des Kaisers gesprochen, eine Aussage, die auch zutraf. Friedrich verließ Köln am Rhein am 18. Januar 1474. Albrecht wurde in diesem Schreiben auch darüber informiert, dass ein Treffen zwischen ihm und dem Kaiser geplant sei. Allerdings war diese Information auf ungewöhnliche Weise an den Gesandten herangetragen worden. Eyb berichtete, dass das kaiserliche Gefolge habe verkünden lassen, dass sich Friedrich mit Albrecht in Ansbach treffen werde. *„Item des keisers diener, als herr Sigmund Prüschenck und ander haben mir gesagt, wie der keyser inen hat gesaget, sie werden mit den junckfrawen zu Onoltzpach frolich sein, dann e. g. werde ine dohin laden. Danach hab sich e. g. auch zu richten.“*<sup>(1)</sup>

Das war eine für Albrecht sicherlich interessante Neuigkeit. Eyb ließ sich nicht näher darüber aus, was seiner Meinung nach hinter der Lancierung dieser Nachricht steckte und wie er ihren Wahrheitsgehalt einschätzte. Denn zwischen Kaiser und Fürst war schriftlich bereits vereinbart, dass man sich zu den politischen Gesprächen in Rothenburg treffen werde, wie aus einem Briefwechsel mit dem Kaiser hervorgeht. Auch die böhmisch/polnischen Gesandten sollten dort empfangen werden. Da man bei Kaiser Friedrich aber immer mit Wendungen und Änderungen der Pläne rechnen musste, war Albrecht für die Weitergabe dieser Gerüchte sicher dankbar, da sie ihn vorwarnten, dass sich möglicherweise noch Änderungen im Ablauf der Verhandlungen einstellen könnten.

Für eine weitergehende Vermutung, der Kaiser habe geplant, zuerst mit Albrecht allein in Ansbach zu verhandeln und ihm dies mündlich durch Eyb vorschlagen lassen, fehlen uns die Indizien. Tatsache ist, dass man sich nur in Rothenburg getroffen hat, zusammen mit den Gesandten aus Böhmen und Polen.

Weitere Detailinformationen über die Reiseroute des Kaisers schickte Eyb am Mittwoch, dem 26. Januar 1474, aus Frankfurt am Main. Der kaiserliche Hof sei heute in Frankfurt angekommen, nachdem man beim Rheinübergang einen Tag verloren habe. Geplant sei nun, am 28. Januar bis nach Aschaffenburg zu kommen, wo Friedrich mit dem regierenden Landgrafen von Hessen und dessen Bruder Hermann konferieren wolle.<sup>(2)</sup> Am 30. Januar sei dann die Übernachtung in Miltenberg, am 31. Januar in Bischofsheim vorgesehen und am 1. Februar wolle sich der Kaiser in Mergentheim aufhalten, wo Albrechts Gesandte ihn dann in Empfang nehmen sollten. Außerdem meldete Eyb, dass der Kaiser wünsche, dass die Rothenburger sich über die Sicherheitslage im „*ottenwalde*“ informieren sollten.<sup>(3)</sup>

Die Nachrichten über die baldige Ankunft des Kaisers und vor allem darüber, dass ein Zusammentreffen in Rothenburg geplant war, veranlassten Albrecht nun zum Handeln, wobei sich noch ein unerwartetes zusätzliches Problem auftat. Die Stadt Rothenburg – angetrieben von ihrem Stadtpfarrer – weigerte sich, die böhmischen Gesandten einzulassen, weil man in ihnen Anhänger der hussitischen Ketzerei sah und man somit fürchtete, das Interdikt auf die Stadt zu laden.

Die Information der böhmischen Gesandten über das Treffen mit dem Kaiser scheint ausschließlich mündlich erfolgt zu sein, was einsichtig ist, da sie sich ja bei Albrecht in Ansbach aufhielten. Deshalb ist die Tätigkeit des Fürsten in dieser Frage nicht nachzuvollziehen. Sehr gut dokumentiert, weil ausschließlich in schriftlicher Form

<sup>1</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 224; FRA II, 46, Nr. 234, S. 256; Priebatsch 1, Nr. 760, S. 614. In einem Schreiben, das Eyb zeitgleich auch an Herzog Albrecht IV. von München schickte, meldete der Rat, dass sich der Kaiser mit Kurfürst Albrecht in Rothenburg treffen wolle.

<sup>2</sup> Landgraf Hermann von Hessen war früh als Nachfolgekandidat für den zu Burgund neigenden Erzbischof Rupprecht ins Spiel gebracht worden. Er wurde schließlich im November 1480 nach Rupprechts Tod (16. Juli 1480) neuer Erzbischof von Köln. Siehe Eubel, Band 2, S. 132.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 766, S. 616. Im Odenwald, den der kaiserliche Hof auf der Reise von Miltenberg über Tauberbischofsheim nach Mergentheim durchqueren musste, stießen die Besitzungen des Erzstiftes Mainz und der Pfalzgrafschaft zusammen. Die hier anklingende Sorge des Kaisers stammt wohl eher daher, dass man einen Übergriff des Pfalzgrafen, dessen Beziehungen zum Kaiser ja sehr gespannt waren, befürchtete und nicht so sehr Angriffe von Räubern oder Raubrittern.

abgewickelt, sind hingegen Albrechts Maßnahmen in der Interdikt-Frage. Dabei muss noch einmal die kirchliche Landkarte Frankens in Erinnerung gerufen werden. Fast das gesamte untergebirgische Fürstentum der Zollern war Teil des Würzburger Bistumssprengels. Dasselbe galt, das ist hier ebenfalls entscheidend, für die Reichsstadt Rothenburg. Ansbachs Propst, ein Posten, der mit einem engen Vertrauten des Markgrafen besetzt war, war kirchenrechtlich dem Bischof von Würzburg unterstellt. Der Propst war seinerseits aber Vorgesetzter des Pfarrers von Rothenburg.

Die erste Aktion Albrechts in der Sache ist in einem Brief dokumentiert, den er am 26. Januar 1474 aus Ansbach an den Rat der Stadt Rothenburg schrieb und in dem er versuchte, die Bedenken des Rates zu zerstreuen, mögliche Ketzer, weil Unterstützer des Böhmenkönigs, in die Stadt zu lassen. Er habe davon gehört, so drückte sich Albrecht aus, dass man sich weigere, die Gesandten einzulassen, weil der Pfarrer dies nicht wolle. Albrecht führte in dem Schreiben weiter aus, dass ihm der zuständige Propst Dr. Knorre mitgeteilt habe, dass sich schon die Reichsstadt Nürnberg in dieser Frage erkundigt und der päpstliche Legat mitgeteilt habe, dass der Umgang mit den Böhmen erlaubt sei. Außerdem hebe die Anwesenheit des päpstlichen Legaten ein mögliches Interdikt ohnehin generell auf. Falls ihm der Pfarrer nicht glaube, möge er den Propst aufsuchen. <sup>(1)</sup>

Albrecht hatte sich also bei seinem kirchenrechtlichen und theologischen Berater Knorre informiert und versuchte, ausgestattet mit diesen Informationen, in einem argumentativen Brief die Rothenburger zu überzeugen, die polnische Delegation in die Stadt zu lassen.

Die Stadt stellte sich aber stur und teilte ihrerseits Albrecht mit Datum vom 31. Januar mit, dass ihr Pfarrer in Würzburg gewesen sei und ihm dort Dompropst Kilian von Bibra gesagt habe, dass nur der zuständige Ortsbischof ein Interdikt aussetzen könne. Außerdem habe man zwar versucht, den Propst in Ansbach aufzusuchen, doch dieser sei für sie nicht erreichbar gewesen. <sup>(2)</sup>

Dieses Schreiben kam noch am 31. Januar in Ansbach an und Albrecht reagierte sofort, indem er nicht nur seine Argumentation wiederholte, sondern noch hinzufügte, dass neben dem Legaten auch noch der Erzbischof von Mainz, der Metropolit der Kirchenprovinz und damit Übergeordneter des Bischofs von Würzburg, in die Stadt komme. Zusätzlich legte Albrecht den Rothenburgern noch eine Kopie des Schreibens des Legaten, Bischofs Rudolf von Breslau, bei, das ihm selbst am 27. Januar aus Nürnberg zugeschickt worden sei. Darin, so Albrecht, könnten die Rothenburger lesen, dass Legat Rudolf das Interdiktproblem gelöst habe. <sup>(3)</sup> Albrecht hatte sich aus Nürnberg sogar mit den entsprechenden Dokumenten versehen lassen, um seine Argumentation zu untermauern. Es ist nicht zu entscheiden, ob er das Schreiben des Legaten angefordert hatte, oder ob es ihm ohne sein Zutun zuging.

Auch in Würzburg wurde Albrecht nach der Mitteilung der Rothenburger, dass von dort Widerstand käme, aktiv. Er beauftragte Eyb, den er in Aschaffenburg wusste, ebenfalls mit Schreiben vom 31. Januar, sich nach Würzburg zu begeben und dort herauszufinden, ob der Bischof wirklich das Interdikt aufrechterhalten wolle. <sup>(4)</sup>

Schon am 3. Februar antwortete Eyb aus Würzburg, dass die Entscheidung über die Interdikt-Problematik dem Erzbischof von Mainz übertragen worden sei, was diesen nicht glücklich mache. Dem Brief war eine Zedula beigelegt, in der Eyb Albrecht über den Wunsch des Legaten und des Kaisers informierte, seinerseits die böhmischen Gesandten zu bitten, nicht öffentlich in die Kirche zu gehen, schon gar nicht zusammen mit Kaiser und Fürsten. *„Gnediger herr, der bevelh, des k. briff ist uf dem bestanden, dann ich weiß nit, was man schreybt, das man genugsam underrichtung finde aus des legaten briff, das man bei den Behaim mug werven und handelen, deshalb kein interdict zu Rotemberg gehalten werden soll,*

<sup>1</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 226 f.; Priebatsch 1, Nr. 767, S. 617 f.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 236; Priebatsch 1, Nr. 773, S. 621.

<sup>3</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 238 f.; Priebatsch 1, Nr. 774, S. 621 f.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 240; FRA II, 46, Nr. 239, S. 260.

*aber den eyngang der kirchen vor ine meß zu halten, des haben sie nit underrichtung, das es sin mog, so sein die brif, dorinn sie absolviert sollen sein, nit gnugsam und e.g. soll bei inen vleis haben, sich des, das man nicht interdict halt, gnugen zu lassen und in sonderheit mir bevolhen e.g. zu schreyben, thu es not, so woll er der sachen zu gut, den kirchgang mit den fursten meyden und sunerlich meß horen. Wo inen aber das nit gemaynt were und sie e. g. doruf nit ufbringen mocht, das dann e.g. eur gelert zu stund an, so erst ir moget, gein Rotenburg schickt, so will er die bischof und sein gelert doruber sitzen lassen und die ding bewägen, was man dorin gethun moge oder konn. Aber als vil ich verstee, so wirdet es hart anders durch die gaistlichen zugeben. Harnach hab sich e.g. zu richten.“<sup>(1)</sup>*

Albrecht hatte also erreicht, dass das Interdikt als ein Hindernis des Treffens aus dem Weg geräumt war. Wenngleich das Problem erhalten blieb, dass sich das Treffen zwischen Kaiser und Böhmen aus kirchenrechtlichen Gründen sehr kompliziert gestalten würde. Diese komplexen Regeln musste Albrecht überwachen und ihre Einhaltung bei der polnisch/böhmischen Seite durch Verhandlungen erreichen. Die regelmäßigen und häufigen Informationen Eybs waren die Grundlage für diesen diplomatischen Teilerfolg des Kurfürsten.

Vorher hatte sich erneut eine Verzögerung ergeben, an der wieder eine Routenänderung des Kaisers Schuld war. Eyb musste Albrecht mit einem Brief vom 29. Januar aus Aschaffenburg darüber informieren, dass das Reichsoberhaupt jetzt doch nach Würzburg reise, um sich dort mit dem Landgrafen von Hessen zu treffen. Möglicherweise reise der Kaiser dann weiter durch das markgräfliche Kitzingen.<sup>(2)</sup> Später wusste Eyb mitzuteilen, dass der Kaiser dann vorhabe, über Ochsenfurt nach Rothenburg zu reisen.<sup>(3)</sup>

Die Mühen Albrechts, das Treffen zwischen Kaiser, Legaten und den böhmischen Räten zu ermöglichen, wurden schließlich belohnt. Friedrich kam am 4. Februar 1474 wirklich nach Ochsenfurt und war am 5. Februar in Rothenburg, wo er mit den polnisch-böhmischen Räten verhandelte. Albrecht wurde am 6. Februar zu den Gesprächen hinzugebeten. Am 20. Februar ist Albrecht ebenfalls in Rothenburg nachweisbar und am 24. Februar kamen der Kaiser, der Erzbischof von Mainz und Albrecht zusammen in Nürnberg an.<sup>(4)</sup> Über den genauen Inhalt der offensichtlich mehrwöchigen Verhandlungen ist nichts überliefert, weil die Beteiligten mündlich miteinander verkehrten. Die Gespräche drehten sich aber, soviel ist sicher, um die Belehnung mit Böhmen und die Aufnahme Ladislaus‘ in die Kurfürsteneinung, weshalb die Anwesenheit des Mainzer Erzbischofs wichtig war.

Albrecht scheint wirklich die gesamte Zeit in Rothenburg gewesen zu sein, oder sich zumindest mit dem dort zu verhandelnden Thema auseinandergesetzt zu haben. Er ist in diesen Wochen an keinem anderen Ort nachweisbar und auch keine andere politische Aktivität ist quellenmäßig belegbar. Auffallend ist, dass es in den ersten beiden Monaten des Jahres 1474 auch keinen einzigen Brief Albrechts ins brandenburgische Cölln gibt. Erst in der Zeit des gemeinsamen Aufenthalts mit dem Kaiser in Nürnberg von Ende Februar bis zum 15. März ist Albrecht wieder in politischer Tätigkeit fassbar.

Informationen für Albrecht spielten auch wieder auf dem Reichstag zu Augsburg eine wichtige, der Kaiser und Fürsten im Frühjahr und Sommer 1474 am Lech zusammenführte.<sup>(5)</sup> Inhaltlich war wieder einmal die Frage eines Türkenkreuzzuges zu besprechen, aber auch die drohende Auseinandersetzung im Erzstift Köln und im Hintergrund die möglichen Reaktionen auf die weitere Expansionspolitik Herzog Karls von Burgund standen auf der Tagesordnung. Albrecht reiste Ende April nach Augsburg an und verließ spätestens in der

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 781, S. 625.

<sup>2</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 233 ff.; FRA II, 46, Nr. 238, S. 259; Priebatsch. 1, Nr. 770, S. 619.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 771, S. 619. Dieser Brief ist nicht datiert, muss aber von Ende Januar sein.

<sup>4</sup> Brief Nürnbergs an Herzog Ludwig den Reichen von Landshut. Quelle: Chroniken 10; S. 338, Anm. 6.

<sup>5</sup> Die Verhandlungen auf dem Reichstag zogen sich von April bis August hin. Grundlegende Probleme dieses Fürstentages waren der drohende Krieg im Erzstift Köln und das mögliche Eingreifen des Burgunderherzogs Karls des Kühnen.

Woche vor dem 15. Juni die Reichsstadt wieder. Ab Anfang Juli befand er sich nachweislich wieder in Ansbach. Mit Datum vom 15. Juli existiert die erste schriftliche Berichterstattung der in Augsburg verbliebenen kurfürstlichen Räte, die vom Ansbacher Propst Dr. Knorre angeführt wurden. <sup>(1)</sup> Offensichtlich hatte sich bis dahin auf dem Reichstag neben den anderen Tagungspunkten der ständig schwelende Streit zwischen Albrecht Achilles auf der einen und Ludwig von Landshut und der Reichsstadt Nürnberg auf der anderen Seite wieder einmal akut zugespitzt. Schon Mitte Mai, als Albrecht noch auf dem Reichstag war, war dies ein Thema gewesen. <sup>(2)</sup>

Knorre meldete nun Albrecht zum einen, dass er im Gegensatz zum bayerischen Gesandten auf der Kurfürstenbank links neben dem Kaiser habe sitzen dürfen. Er habe, so fuhr der Rat fort, sodann öffentlich im Namen des Fürsten erklärt, dass man zu einem Ausgleich bereit sei. Albrecht habe beide vom Kaiser in der Sache angesetzten Rechtstage persönlich besucht, während Ludwig nicht gekommen sei. Sein Herr sei jetzt nur weggeritten, weil er mit dem König von Dänemark habe mitreisen müssen, habe aber bevollmächtigte Räte zurückgelassen. Die Bayern, so Knorre, hätten dann erwidert, dass ihr Herzog krank sei und deshalb nicht habe kommen können. Er stimme einem Landfriedensbeschluss aber zu und sei bereit, die Angelegenheit vor einem kaiserlichen Kommissar beizulegen. Außerdem hätten die Landshuter Räte auch eine finanzielle Beteiligung am Türkenkrieg zugesagt. Der Kaiser habe dies akzeptiert und nun den Bischof von Eichstätt als Kommissar in der Streitsache zwischen Albrecht und Ludwig eingesetzt.

Der erste Teil des Gesandtenberichts endete mit der Nachricht, dass es den Räten Ludwigs gelungen sei, den Kaiser zu erneuten Verhandlungen mit dem Pfalzgrafen zu bewegen, nachdem dieser am 27. Mai auf dem Reichstag in die Acht erklärt worden war. Knorre schrieb dann noch, dass dies nur der summarische Bericht sei und er Albrecht auf eigenen Blättern eine noch ausführlichere Schilderung der Vorgänge beiliegend zukommen lasse. <sup>(3)</sup>

Schon so ist der Bericht Knorres für Albrecht von großer Bedeutung. Denn er zeigte ihm, dass die Bereitschaft des Kaisers, zu seinen Gunsten zu entscheiden, gering war. Die Sache würde sich, soviel war klar, noch lange hinschleppen. Auch der Hinweis darauf, dass sich Friedrich wieder an die Wittelsbacher anzunähern versuchte, indem neue Gespräche mit Pfalzgraf Friedrich zumindest nicht ausgeschlossen wurden, zeigte ihm die Richtung an, in die sich die kaiserliche Politik bewegte. Der drohende Krieg im Westen und die politische Nähe der Pfälzer und der Landshuter zu Herzog Karl von Burgund waren für den Kaiser beunruhigend und mussten diplomatisch bekämpft werden.

Zusätzlich zu den Informationen lieferten die Räte auch noch eine sehr präzise politische Einschätzung. Die Sache sei in der Sackgasse, man könne die vorgeschlagenen Schlichter im Streit mit Nürnberg, drei Grafen, nicht ablehnen. Der Kaiser selbst befasse sich nicht damit und wenn, dann wisse man nicht, wie es ausgehe. Die Landshuter würden versuchen die Sache zu verschleppen und auch die Nürnberger hätten gelehrte Juristen geschickt, die „... *ihr gelt zu verdinen und villeicht die sach zu vertiefen trachteten.*“ Wenn man öffentlich Vorschläge für eine Schlichtungskommission mache, fordere der Landshuter Rat Martin Mair bestimmt das Gegenteil. Albrecht solle lieber dem Kaiser schreiben, bitten, dass dieser eine Kommission einsetze und den Eichstätter Bischof auffordern, schnell einen Rechtstag anzusetzen.

<sup>1</sup> Das Dokument umfasst fünf Blatt. Quelle: STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 106 v. – 110 r. Gedruckt ist der Bericht in Müller, Reichstagstheaturum, Band II 5; S. 643 ff. Eine Zusammenfassung gibt Priebatsch 1, Nr. 869, S. 675 ff.

<sup>2</sup> Der Rat der Stadt Nürnberg wandte sich in einem Brief an den Rechtsgelehrten Martin Mair, der ja in Landshuter und Nürnberger Diensten stand, bezog sich auf einen Bericht eines ihrer in Augsburg weilenden Bürger und bat den Landshuter Rat um Ratschläge, wie die Verhandlungen mit Albrecht Achilles zu führen seien. Quelle: STAN, Nürnberger Briefbücher, 34 b, fol. 41; Priebatsch 1, Nr. 846, S. 663 f.

<sup>3</sup> Dieser noch ausführlichere Bericht ist ebenfalls in den Quellen überliefert. Quelle: STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 111 – 118.

Albrechts Reaktion auf die ausführlichen Darlegungen war die Anweisung, sich der Mithilfe des Herzogs Albrecht von München zu vergewissern und die Bereitschaft zu erklären, vor dem Bischof von Eichstätt zu verhandeln. <sup>(1)</sup>

Der letzte Bericht der Gesandten vom Augsburger Reichstag stammt vom 30. Juli und enthielt außer vielen Details über die Umstände, die dazu führten, dass aus den Verhandlungen zwischen Albrecht und Landshut nichts wurde, Nachrichten vom Streit des Kaisers mit dem Pfalzgrafen. Die Gesandten meldeten sogar, sie würden noch länger in Augsburg bleiben wollen, um den Fortgang der Verhandlungen noch zu verfolgen. <sup>(2)</sup> Dazu schien es aber nicht mehr gekommen zu sein. Zumindest sind keine weiteren Berichte brandenburgischer Gesandter überliefert. Die Eigeninitiative der Gesandten ist aber bemerkenswert.

Neben der Berichterstattung von den Reichstagen, die als Informationsbörsen natürlich überragende Bedeutung hatten, gab es auch zu anderen Zeiten und von anderen Orten viele Informationen, die Albrecht über Themen der Reichspolitik zuflossen.

Seine Nichte, die Markgräfin Barbara von Mantua, informierte Albrecht mit Schreiben vom 5. November 1458, dass Papst Pius II. einen Fürstentag in Italien abhalten wolle, um dort einen Kampf der Christenheit gegen die Osmanen zu beschließen. Neben Mantua, so Barbara, sei auch die Stadt Udine als Tagungsort im Gespräch. Markgraf Ludwig habe einen Gesandten ins Reich geschickt, der sich für Mantua als Tagungsort einsetzen solle. Albrecht wurde gebeten, das Anliegen zu unterstützen. <sup>(3)</sup> Albrecht reagierte prompt und schickte seinen Rat Hertnid von Stein zum Kaiser. <sup>(4)</sup>

Stefan Scheuch, der zu Beginn des Jahres 1463 im Auftrag Albrechts am kaiserlichen Hofe wirkte, übermittelte dem Markgrafen mit Datum vom 29. April eine ausführliche Schilderung und Analyse aller Nachrichten, die er bei Friedrich III. und dessen Umfeld in Wiener Neustadt in Erfahrung gebracht hatte. <sup>(5)</sup> Der Kaiser hatte, so ist aus dem Inhalt des Schreibens zu erschließen, Kontakt zu Albrecht Achilles und auch zu Graf Ullrich von Württemberg aufgenommen, um Unterstützung für seine politischen Pläne zu bekommen. Graf Ulrich von Württemberg war nach seiner Niederlage bei Seckenheim im Juni 1462 in pfälzischer Gefangenschaft und war kurz davor, sich vom Kaiser und Albrecht Achilles abzuwenden und ins Lager der Wittelsbacher zu wechseln, wenn diese ihm die Freiheit schenkten. Albrecht, durch seine Niederlage bei Giengen im Juli 1467 ebenfalls schwer unter Druck, konnte nur noch diplomatisch agieren.

Ulrich versprach in einem Dokument vom 29. Juni 1463 sich aller feindlichen Aktionen gegen die Wittelsbacher zu enthalten und auch der Kaiser und Albrecht Achilles schlossen unter Vermittlung Georgs von Böhmen im Sommer dieses Jahres Frieden mit den

---

<sup>1</sup> Der entsprechende Brief stammt aus Ansbach und ist auf den 18. Juli datiert. Quelle: STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 118 f. Die Einbeziehung der Münchner Räte erwies sich aus verschiedenen Gründen als schwierig, da Albrecht von München Ausflüchte machte. Man musste die Verhandlungen vor dem Eichstätter Bischof hinausschieben und einigte sich am 21. Juli erst einmal darauf, die Gespräche zu vertagen, um auf die Münchner Räte zu warten. Die kamen aber nicht, so dass man sich auf Verhandlungen ohne diese Gesandten einigte. Alle Seiten akzeptierten, dass Verhandlungen stattfinden sollten. Doch dann reiste der Bischof von Eichstätt erst einmal ab.

<sup>2</sup> STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 122 v. f.; Priebatsch 1, Nr. 883, S. 685 ff.

<sup>3</sup> Severidt, a.a.O., S. 158, Anm. 10. Die Abschrift des Briefes liegt im Archiv zu Mantua.

<sup>4</sup> Severidt, a.a.O., S. 282. Es ist nicht festzustellen, wie groß der Einfluss Albrechts auf den Kaiser war, der den Fürstentag schließlich selbst gar nicht besuchte. Der Papst scheint Mantua aus eigenem Antrieb zum Tagungsort bestimmt zu haben. Während des Kongresses von Mantua arbeiteten Albrecht, der als einziger Reichsfürst teilnahm, und die Gonzaga daran, Francesco, den zweiten Sohn Ludwigs, zum Kardinal zu machen. Was schließlich gelang. Albrecht hatte seinem Großneffen damit zum Kardinalshut verholfen und konnte später immer wieder auf die Dienste des jungen Kirchenmannes zählen.

<sup>5</sup> FRA II, 42, Nr. 266, S. 354 ff.

Wittelsbachern. Der Kaiser ließ seine beiden Reichsfeldherren, Ulrich von Württemberg und Albrecht von Brandenburg, weitgehend im Stich. <sup>(1)</sup>

Noch befinden wir uns in der Phase der Verhandlungen, in der Albrecht versuchte, den Kaiser trotz der Niederlagen zu hartem Vorgehen gegen die Wittelsbacher zu bringen. Scheuch informierte Albrecht, dass der Kaiser wünsche, dass Albrecht selbst oder zumindest bevollmächtigte Räte an den Hof kämen. Der Kaiser habe zugesichert, nichts ohne Rücksprache mit Albrecht zu entscheiden. Auch böhmische Abgesandte seien am kaiserlichen Hofe und versuchten, ein Fürstentreffen zu organisieren. Dazu würden sie den Kaiser, König Podiebrad, Markgraf Albrecht Achilles, Herzog Ludwig von Landshut und des Königs Bruder, Herzog Albrecht III. von Österreich, sowie einen päpstlichen Legaten einladen wollen. Noch fehle aber die Zusage Friedrichs III. und des Legaten. Inzwischen seien auch die Gesandten des Bischofs von Bamberg angekommen. Die Gesandten des Pfalzgrafen und des Bischofs von Würzburg seien noch nicht am Hof. Allerdings habe ein Bote einen Brief des Legaten an Albrecht Achilles an den kaiserlichen Hof gebracht, den er, Scheuch, hiermit an Albrecht weiterschicke.

Als weitere Nachrichten die Reichspolitik betreffend fügte Scheuch dann noch in mehreren Punkten Informationen bei, so über die Situation im Kölner Erzstift. *„Item das des pfalzgrafen bruder zu Coln erwelt ist, ist dem keyser ganz wider vnd mocht wol ein gruntlich verderben desselben stifts werden.“*

Auch das Verhältnis Kaiser – Matthias von Ungarn kommt zur Sprache: *“Item die sach zu Hungern mit dem keyser steet wol, also das der keyser als eyn vater ist konig zu Hungern vnd der Mathias ist konig als sein sone, vnd der keyser behelt sloss und stete, die er dann innhat, zum konigreich gehorende, vnd wirt dem Mathias die vngerischen krone geben in domit zu krönen. So gibt im der Mathias achczig tausent vngerisch gulden also par vnd verschreibt mitsamt dem ganzcen konigreich, nymer wider den keyser zu thun vnd dem keyser sein lebtag wider allermeniglich zu helffen, vnd ob er on sone abgieng, so sol das konigreich lediglich dem keyser bleiben. Solchs alles wurdet man yez zu Odemburg voltziehen vnd besliessen vnd der legat von des keyzers wegen hat zum babst vnb die confirmation geschickt.“* <sup>(2)</sup> Diese Nachricht, dass die langandauernde Fehde zwischen Friedrich und Matthias nun zu Ende war, spielte auch für die Reichspolitik eine wichtige Rolle. Denn sowohl der Kaiser als auch Matthias hatten nun den Rücken für weitere Aktionen gegen Böhmen frei, die bald danach auch begannen. <sup>(3)</sup>

Vom Tod des Herzogs Albrecht von Österreich, des Bruders und entschiedenen Gegners von Kaiser Friedrich III., erfuhr Albrecht in einem Schreiben, das sein Gesandter Hertnid von Stein am 2. Dezember 1463, dem Todestag des Herzogs, aus der Wiener Neustadt dem Ansbacher Propst Peter Knorre schickte. *„Illustriissima domina marchionissa Badensis, que in oppido Wiennensi cum germano fuit, scripsit suis consiliariis, iam in Nowa Civitate existentibus, quatinus certificarent dominum imperatorem, ducem Albertum, utriusque germanum, in nocte preterita ab hac luce migrasse. Que res imperatorem et totam curiam attonitam reddidit; et sicut ipsa scribit, tunc verisimiliter mortuus est ex peste iam undique terras grassante, quia per biduum infirmus fuit et conquestus est, se doluisse bracchium. Dicit nuncius, qui litteras attulit, Wiennenses clausisse omnes portas. Sed prius dominus Georgius de Lapide evasit ex opido, et nunc est spes future pacis.“* <sup>(4)</sup>

Die Nachricht vom Tod Herzog Albrechts VI. ging Albrecht also so schnell wie es irgend ging zu. <sup>(5)</sup> Stein wies Knorre sogar an, Albrecht sofort zu unterrichten, der ja den

<sup>1</sup> Wilhelm Baum, Kaiser Friedrich III. und die Württemberger; In: Paul-Joachim Heinig (hrsg.) Kaiser Friedrich III. in seiner Zeit; a.a.O., S. 103 – 138, besonders S. 114 ff.

<sup>2</sup> FRA, a.a.O.

<sup>3</sup> Näheres dazu bei Nehring, a.a.O.

<sup>4</sup> FRA II, 46, Nr. 18, S. 29.

<sup>5</sup> Politisch betrachtet war der kinderlose Tod Herzog Albrechts von Österreich vor allem für den Kaiser vorteilhaft, da Friedrich der Alleinerbe war und damit die gesamten Habsburger Erblande unter seiner Kontrolle

lateinischen Brief nicht lesen konnte. „*Volui vos non latere, et hanc litteram iunctam velitis celeriter mittere domino marchioni*“ Außerdem sollte Knorre Albrecht auch den beigegeführten Brief überstellen, der sich mit den Vorgängen auf dem Balkan befasste und der in Kapitel 2.1 schon ausführlich behandelt wurde. Interessant ist auch, dass das Schicksal des herzoglichen Rates Georg von Stein, der später in Diensten Podiebrads und Matthias' Corvinus stehen sollte, besonders erwähnt wurde. Die Hoffnung auf Frieden erfüllte sich in soweit, als Kaiser Friedrich die Besitzungen seines Bruders ohne langwierige Kämpfe übernehmen konnte.

1464 wurde nach dem Tod von Nikolaus von Kues das Bistum Brixen vakant. Kardinal Francesco Gonzaga, Albrechts Großneffe, erreichte es, dass der Papst ihn zum Bischof promovierte. Doch war damit noch nicht viel gewonnen, weil weder das Domkapitel noch der Graf von Tirol, Herzog Sigmund, noch der Kaiser dem zustimmen wollten. Schon Kardinal Nikolaus von Kues hatte über Jahre das Bistum nicht betreten können, nachdem er vertrieben worden war. Barbara von Mantua informierte Albrecht Achilles vom Plan, Francesco dort als Bischof einzusetzen. Und der Markgraf, der das strategisch wichtige Bistum einem ihm nahestehenden Kirchenmann zukommen lassen wollte, intervenierte bei Herzog Sigmund. Doch die konzertierte Aktion der Häuser Brandenburg und Gonzaga schlug fehl und Francesco musste auf das Bistum verzichten. <sup>(1)</sup>

Der Amtmann von Bayreuth, Apel von Lichtenstein, berichtete Albrecht im September 1471 über die Situation in Burgund. Albrecht antwortete auf das Schreiben am 26. September und bedankte sich für die Nachrichten. Es sei jetzt zwar zu spät, eine Antwort zu geben, aber wenn die Angelegenheit in Zukunft an ihn herangetragen werden sollte, so wisse er Bescheid und könne reagieren. Wörtlich heißt es dort: „*Lieber getreuer, dein schreiben uns itzund getan Burgundien halben haben wir zu gefallen vernomen und nachdem es zu fern ist, deshalb unser botschaft hinab zu thund, wo aber die ding furter an uns gelangen, wollten wir darzug geburlich und erbere antwort geben ...*“ <sup>(2)</sup>

Diese Quelle gibt uns wichtige Anhaltspunkte über die Art und Weise der Informationen, die Albrecht zugingen und wie der Fürst mit ihnen umging. Der Amtmann berichtete zwar, doch der Nachrichtenfluss war nicht so schnell, dass die Informationen noch rechtzeitig kamen, so dass eine unmittelbare Reaktion nicht mehr möglich war. Albrecht kannte nun aber die Hintergründe und konnte im Bedarfsfall reagieren.

Nachrichten aus Bayern scheinen Albrecht gegen Ende des Jahres 1472 zugegangen zu sein. Es existiert auf jeden Fall die Anweisung an die Räte Eyb und Johann Volker, sich aus dem Streit der bayerischen Herren herauszuhalten. Dabei erwähnte er in dem Schreiben vom 20. Dezember 1472 aus Cölln ausdrücklich Nachrichten, die er aus Bayern erhalten habe. „*Lieben getrewen. Als ir vns schreibt die sag die der Lufft getan hat, die püntt antreffend vnd die krieg zu Beyrn haben wir newr sorg, es wird nichts daraus, dann was gieng vns an, ob die herrn von Beyrn lang mit einander kriegtten, es irret vns gerad als hart, als ob der konig von Polan vnd Hungern mit einander kriegeten.*“ <sup>(3)</sup> Die Befehle ergingen, nachdem er entsprechende Informationen erhalten hatte.

Johann Volker und der Landkomtur von Neuneck informierten Albrecht im September 1472 über die Situation in Burgund. Das Schreiben existiert nicht mehr. Doch aus einem Antwortschreiben Albrechts aus Cölln, datiert auf den 24. September, in dem er für die Nachrichten über den Zug Karls von Burgund gegen Ludwig XI. von Frankreich dankte, ging

---

hatte. Albrecht von Österreich hatte sich seinen Anteil am Erbe des Ladislaus Postumus, des letzten Vertreters der albertinischen Linie der Habsburger, gesichert. Schon 1458 nahm er durch Vertrag Oberösterreich in Besitz und konnte sich, unterstützt von Wittelsbachern und den Landständen, bis Ende 1462 auch in Niederösterreich und damit in Wien weitgehend durchsetzen. Sein Tod, ein Jahr später, ließ seinen Besitz nun ungeschmälert dem Kaiser zufallen. Doch auch Albrecht Achilles hatten keinen Grund zu großer Trauer, weil der Verstorbene im Markgrafenkrieg einer seiner Gegner gewesen war.

<sup>1</sup> Severidt, a.a.O., S. 291 f.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 227. S. 279.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 134 r.; Burkhardt, Nr. 139, S. 244; Priebatsch 1, Nr. 515, S. 473.

er auf den Brief der Räte ein. <sup>1)</sup> Er diskutierte das Für und Wider dieser militärischen Aktionen und gab ihnen noch zusätzliche Informationen, die er offensichtlich aus anderer Quelle erhalten hatte. Das ergibt sich aus der vom Kurfürsten eingefügten Information an die Räte: „... *er ist aufgebrochen von der stat, di ir am letzten melt.*“

Diese Quelle, auf die das Zusatzwissen Albrechts zurückging, ist offensichtlich der Bericht eines Nürnberger Bürgers, der im Plassenburger Archiv unter der Überschrift „*Kriegsleufft, die sich halten zwischen dem kunig von Franckreich und dem herzog von Burgundie*“ abgelegt war. Die Herkunft der Informationen, die Albrecht für so wichtig erachtete, dass er sie aufbewahren ließ, erschließt sich aus dem letzten Satz: „*Item diß obgeschriben geschicht hat ein burger von Nurnberg heruß geschriben, der ist by dem herzog von Burgundien.*“ An wen dieser Nürnberger Bürger ursprünglich seine Informationen geschickt hatte, ist nicht klar. Wahrscheinlich ging das Schreiben an seine Heimatstadt, von der aus es seinen Weg zu Albrecht nach Cölln fand.

Nürnberg hatte der Formulierung nach einen Informanten, der sich zumindest längere Zeit, wenn nicht gar ständig bei Karl aufhielt. Aus dessen Wissen zog Albrecht Informationen, die er dann an seine Räte und Diplomaten weiterleitete, um sie in den Stand zu setzen, vor Ort agieren zu können. Dadurch, dass er wieder mehrere Informanten hatte, gelang es ihm auch, die Aussagen der unterschiedlichen Quellen gegeneinander abzuwägen. Die Tatsache, dass die Informationen angezapft und dann auch noch schriftlich für den Ansbacher Hof festgehalten wurden, ist ein Zeichen für hochentwickelte Informationspolitik.

Schauen wir uns das Schriftstück selbst etwas genauer an: „*Item mein gnediger her zu Burgundi ist des erstern gezogen mit seinem here ain statt und sloss ligt in Franckreich, heist Melle was vest und wolbesetzt mit viii c außwndigen mannen one die von der statt. Und als er hewt für die statt kam, gewonnen wir sie des andern tags mit dem sturm fru und was in der statt was von mansbilden uber xiii jar, das alles ward tod erschlagen one die frawen und kind; kirchen noch priester ward nit verschont. Zu dem wurden auf ii c ritter und knecht gefangen. Die wurden alsbald all gehanngen und ertrenckt. Und darnach hat man die statt und sloss abprechen lassen und außgeprannt.*“ Der Bericht steckt voller genauer Zahlenangaben über Truppenstärken, die sich noch dazu in glaubwürdigen Größenordnungen bewegen.

Danach schildert der Nürnberger, dass das Heer Karls weiter vor die Stadt Roye (im heutigen Département Somme, Arrondissement Montdidier) gezogen sei. Auch in diesem Teil finden sich wieder viele Zahlen und detaillierte Angaben über den Verlauf der Kämpfe: „*In derselben statt hat der kung vic raisige pferdt gesandt, ser gut capitein und xx schlangen und viii groß büchsen, mer iiij fußknecht, alle wolgerüst. Wertten sich zwein tag frischlich. Am dritten tat ruckten wir mit unser grossen büchsen zu der stat, in willen, in vier tagen die statt zu stürmen, denn wir hetten der statt ain groß teil auch der thurm und thor hingeschossen. Da begerten sie gnad und gaben sich in meins gnedigen herrn willen, dann sie mochten nit lenger halten.*“ Im Anschluss wird dann die demütigende Form der Kapitulation geschildert.

Als nächsten Abschnitt finden wir Informationen an Albrecht, die besagen, dass Karl und dessen Truppen zur benachbarten Stadt Montdidier am Dou zogen und diese sich ihm ergab.

Ein sehr großes Kapitel ist dann wieder den Kämpfen um die wichtige Stadt und Festung Beauvais gewidmet: „*Item darnach zoch m. h. für ain riech mechtige stat haist Brabers, ist ein schlüssel von Franckreich, ist nie gewonnen worden. Sein die Engelschen davor gelegen j jar, auch meins herrn vatter vi wochen, also das sie der konig besetzt hat mit iii raysigen pferden, mer iii fußknechten und haben grop geschöß und was sie dörffen, haben sie genug und mag in alle tag zugeen auf der ein seidten, das wir in nit wol mügen weren, ligt ain cleine tagrayse von Paris, ain clain tagreyse von Ruan. Dieselben stett helfen in. Also haben wir auff heut dato ditz briefs xii tag davor gelegen ganz an der statt und haben in an der seyden alle mewren, turen und tor abgeschossen. Auf hewt dato dies briefs haben wir im man die mawr*

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 91 v.; Priebatsch 1, Nr. 481, S. 453.

*tretten lassen, besehen, wie sie sich halten. Haben si sich sere geweret, auff ic tod beliben und iic wund. Vergieng sich fur ain halben sturm. Wir untersten uns yczund, die greben zu fullen, also das ich mich versich, das wir die statt stürmen werden. Und haben umb xm gulden pulver verschossen. So müssen wir ain monat cm gulden zu sold haben und ist ydermann schon bezalt.“* Dieser Teil der Schilderung lässt die Vermutung aufkommen, dass der Nürnberger Bürger direkt an den Kampfhandlungen beteiligt war, vielleicht als Söldner in Karls Armee diente. Denn der Augenzeuge berichtete nicht nur sehr detailliert, sondern auch so aktuell wie möglich, da er die Ereignisse am Tag der Abfassung des Briefes noch einflocht.

Die abschließenden vier kurzen Abschnitte sollen auch noch wiedergegeben werden, weil sie zusätzlich zu den bisherigen Schilderungen noch Pläne des burgundischen Heeres für die Zukunft bringen. *„Item wir haben in willen im man über das wasser zu legen, da dieser stat zuget. So haben wir auff unser ferdt hundert tausent und xxm man; also wirt die statt belegt. Ich hoff, wir woll sie gewinnen, würt uns kosten an xxm man.*

*Item so wir die statt gewinnen, mainen wir zu ziehen in armathia, auff das wir den kung wegig machen; der ligt auff dem hertzog zu Birthania, der gibt in gnug zuthun. So das geschicht, so versich ich mich, so kum es glücklich zu aym streyt. Got geb uns Glück.“*

Nach einer Schilderung der Versorgungslage, die der Nürnberger als sehr prekär einschätzt, datierte er mit den Worten: *„Datum im feld vor Brabers an sant Jacobs tag (25. Juli) anno lxxii.“* Außerdem kam er noch auf ein Gerücht zu sprechen, das im Umlauf war und das er zu widerlegen trachtete: *„Item in kurz ist red entstanden, wie der Bergunschen vil erschlagen solen sin by fier mylen von Bariß; man hat aber deß ken warlich wißen.“* <sup>(1)</sup>

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Albrecht Achilles durch die Weiterleitung dieser Nachricht voller militärischer Informationen einen beachtlichen Wissensstand über den Feldzug Karls von Burgund gegen Ludwig XI. von Frankreich hatte. Er diente dem Fürsten aber mehr als Hintergrundwissen, denn als Information, auf die konkrete Reaktionen erfolgen konnten.

Der Beginn der Kölner Stiftsfehde, die in den Reichskrieg gegen Karl von Burgund mündete, wurde Albrecht durch eine Nachricht des Kaisers mitgeteilt. Friedrich III. schrieb ihm am 14. August 1474 aus Augsburg und teilte dem Kurfürsten mit, dass vor zwei Wochen burgundische Truppen begonnen hätten, die Stadt Neuss zu belagern. Am 29. August erfuhr er dann durch ein Schreiben des Landgrafen Heinrich von Hessen, dass die Stadt gut verteidigt und verproviantiert sei. <sup>(2)</sup>

Die Auseinandersetzung mit dem Herzog von Burgund spielte sich auf zwei Kriegsschauplätzen ab, dem nördlichen im und um das Erzstift Köln und dem südlichen im Elsass, in dem eine weitgehend von Frankreich finanzierte Koalition dem Burgunderherzog gegenübertrat. Albrecht, der seit September 1474, als in Würzburg der Reichskrieg gegen Burgund beschlossen worden war, der wichtigste militärische Führer der Reichstruppen war, bekam seit diesem Zeitpunkt Nachrichten aus dem Krieg. Recht ausführlich waren die Informationen, die er aus dem nördlichen Kriegsschauplatz erhielt, auf dem er ja auch als Feldherr aktiv werden sollte. Nur spärlich hingegen flossen die Informationen aus den südlichen Gebieten zu ihm, als er sich im September und im Oktober noch in Franken aufhielt, um dort seine Truppen zu sammeln.

Ein Schreiben schickte ihm Michael von Schwarzenberg auf Geheiß des Herzogs Ludwig von Pfalz-Veldenz. Schwarzenberg zitierte in dem Brief vom 22. Oktober einen Bericht des Konstanzer Dompropstes Thomas Cilli, eines Mannes im Dienste Friedrichs III., an den Kaiser. Darin erfuhr Albrecht nun, dass König Ludwig XI. für 80 000 Gulden 16 000 Schweizer Söldner geworben habe, die in Burgund einfallen sollten. Weiter heißt es: *„So*

<sup>1</sup> FRA II 46, Nr. 169, S. 183 ff. Die Belagerung von Beauvais im Jahr 1472 durch Karl den Kühnen schlug fehl. Der Burgunderherzog musste den Rückzug antreten. Der gesamte Feldzug in diesem Jahr brachte dem Burgunder keinen nennenswerten Gewinn.

<sup>2</sup> Priebatsch I, Nr. 899, S. 700 f.

*zeucht der herzog von ostereich, Basel, Stroßburg und was in den bund horet, auch in Hohen Burgunyen. Darzu gibt der Konig von Franckreich achtzig tausent manne uf sune koste. ... dann Schweyzer und ihenes volck wille sich villeicht nit in eyner samelung zu hauf fugen.“*

Dem Schreiben des Herrn von Schwarzenberg war noch die Abschrift der Originalmitteilung des Propstes beigelegt, so dass sich die Frage stellt, wozu die Zusammenfassung diente. Der Originalbericht des Propstes erlaubte Albrecht dann die Erkenntnis, dass der Autor im Dienste Herzog Sigmunds von Tirol stand, für den er Verhandlungen mit den Eidgenossen geführt hatte. Zusätzlich zur Erwähnung der 80 000 Gulden für die 16 000 Söldner führt dieses Schreiben noch auf, dass es geplant sei, binnen zwei Wochen nach Montbéliard (Mömpelgard) in der Burgundischen Pforte vorzustoßen. *„Darzu sol der benannt kunig von Frannckenreich mit aller seiner macht entgegen auf den von Burgundi ziehen.“* Von den rund 80 000 Mann, die der Bund gegen Burgund ins Feld führen sollte, liebt man im Originalschreiben des Propstes allerdings nichts. <sup>(1)</sup>

Für einen in militärischen Fragen geschulten Leser wie den Kurfürsten Albrecht beinhalteten die Schreiben, die ihm zugestellt wurden, eine Reihe von sicherlich sehr brauchbaren Informationen: Karl von Burgund wurde von drei Seiten angegriffen. Mit wie vielen gegnerischen Soldaten er es zu tun bekommen würde, stand allerdings in den Sternen. Denn den phantastischen Angaben in dem Schreiben glaubte Albrecht sicherlich nicht.

Auch der Hofmeister des Grafen von Württemberg, Georg von Absberg, sandte am 5. Oktober 1474 Nachrichten aus Burgund. <sup>(2)</sup>

Am 11. Oktober 1474 meldeten sich Albrechts bereits entsandte Hauptleute, Ewald von Lichtenstein und Sebastian von Wallenrode, aus Koblenz. Kernaussage dieses Briefes war die Forderung nach Geld und Nachschub. Die Mehrzahl der fränkischen Kontingente habe nur Verpflegung für eine bis drei Wochen, so ihre Einschätzung. Die Feldhauptleute übermittelten aber auch Nachrichten, die sie selbst aus Neuss bekommen hatten. So berichteten sie von einem erneut gescheiterten burgundischen Sturmangriff und schätzten die Truppen Karls von Burgund als nicht so stark ein. Rücke das Reichsheer Richtung Niederrhein vor, sei mit einem großen Zulauf aus den angrenzenden Regionen zu rechnen, so ihre Vermutung. <sup>(3)</sup>

Albrecht reagierte, indem er die verbündeten fränkischen Reichsstände, vor allem die Städte, aber auch die zu seinem Machtbereich zählenden Klöster aufforderte, für mehr Finanzmittel und Proviant für die jeweiligen Kontingente zu sorgen. Der Kurfürst und Reichshauptmann schickte zusätzlich 3000 Körbe Korn und Hafer und 200 Fässer Wein nach Köln. Außerdem instruierte er die Kölner, dass sie den Proviant lagern und für die Truppen zur Verfügung halten sollten. <sup>(4)</sup>

Die ersten detaillierten militärischen Schilderungen Wallenrodes und Lichtensteins stammen vom 31. Oktober aus Koblenz, wo sich das Hauptquartier der Albrecht unterstellten Truppen befand. Im ersten Teil des Briefes erfuhr Albrecht aber zuerst einmal, dass der Landgraf Heinrich von Hessen zum Reichshauptmann ernannt worden war. <sup>(5)</sup> Sie hätten das zuerst nicht glauben können, hätten sich aber nach einer Bestätigung der Nachricht durch kaiserliche Kommissare unter dessen Befehl gestellt, teilten die beiden Truppenführer Albrecht mit. Man werde auf Anraten des Trierer Erzbischofs in Koblenz bleiben, weil man dort vor Angriffen

<sup>1</sup> STAN, C 3, Nr. 237 I, fol. 18; Priebatsch 1, Nr. 951 und 952, S. 731 f. Michel von Schwarzenberg war auch ein paar Wochen vorher, Anfang Oktober 1474, als Informant des Kaisers an Albrecht aktiv. Friedrich III. schickte ihn mit mündlichen Nachrichten den König von Frankreich betreffend zu Albrecht. Quelle: STAN, C 3, Nr. 236, (alte Bamberger Signatur 1911 c, Fragmente die Beilegung der Gebrechen zwischen Kaiser und Frankreich berührend), fol. 1.

<sup>2</sup> STAN, C 3, Nr. 237 II, fol. 509; Priebatsch 1, Nr. 931, S. 724.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 237 I, fol. 35; Priebatsch 1, Nr. 940, S. 727.

<sup>4</sup> Wir erfahren von dieser Tätigkeit durch ein Schreiben Albrechts an seine Offiziere vom 22. Oktober aus Gunzenhausen. Quelle: Priebatsch 1, Nr. 953, S. 732.

<sup>5</sup> Albrecht war dieser Titel schon früher vom Kaiser verliehen worden. Die Titelgleichheit führte in der kommenden Zeit immer wieder zu Reibereien zwischen dem Hessen und Albrecht.

von mit Burgund verbündeten Adeligen sicher sei. Man müsse zu jeder Zeit mit Angriffen auf die Truppen rechnen. Die Kosten für die Verpflegung seien immens. Der Befehl Albrechts, datiert auf den 22. Oktober aus Gunzenhausen, mit der Stadt Köln Verbindung aufzunehmen und Lagerraum für den versprochenen Proviant zu sorgen, sei ausgeführt worden. Die Offiziere bestätigten, dass sie „*keler und schutboden*“ <sup>(1)</sup> beschlagnahmt hätten. Der Rhein sei weiterhin unter Kontrolle der Burgunder, denn diese hätten die Burg Rudeleck und die Stadt Linz fest in der Hand.

Die Reichsstädte, so geht der Bericht weiter, hätten bis dato rund 6000 bis 7000 Mann geschickt, darunter 70 „*reisige*“ Pferde. Wallenrode und Lichtenstein schilderten auch noch, welche Kontingente schon da seien und welche in Kürze eintreffen würden. Von der Front vor Neuss sei zu berichten, dass die Burgunder keine Fortschritte gemacht und durch Ausfälle Verluste erlitten hätten. Außerdem habe man einen Mann festgenommen, der der Sabotage verdächtig sei. Das Geständnis des Gefangenen, der versucht habe, die kaiserlichen Truppen durch Brandstiftung zu schädigen, sei dem Schreiben beigelegt worden.

Albrecht erhielt durch diesen Bericht seiner Offiziere sehr detaillierte Angaben über die militärische Lage vor Ort. Er konnte nun, obwohl er noch in der Etappe war, schon militärische Detailplanungen beginnen und weiter für den dringend notwendigen Nachschub sorgen. Vor allem die Berichte Wallenrodes und Lichtenstein, die vor Sabotageakten und möglichen Handstreichern gegen seine Truppen warnten, müssen Albrecht sicherlich zur Vorsicht gemahnt haben.

Im November 1474, als Albrecht mit Nachschub und zusätzlichen Truppen langsam Main abwärts in Richtung des Kriegsgebietes marschierte, erreichte ihn eine zweite Nachricht mit Informationen aus dem Süden. Der württembergische Rat Georg von Absberg, dessen Herren die Herrschaft Montbéliard gehörte, meldete sich am 3. November erneut und berichtete, dass Herzog Sigmund vor Montbéliard und Besancon zöge, während die Schweizer vor Salins rückten. Auch Ludwig XI. rücke ins Feld. Absberg gab seiner Vermutung Ausdruck, dass Karl die Belagerung von Neuss aufgeben müsse. <sup>(2)</sup> Die Voraussagen des ersten Berichts aus dem Süden vom 22. Oktober wurden durch die Meldungen Absbergs nun bestätigt.

Der nächste Bericht der Hauptleute Wallenrode und Lichtenstein ist auf den 9. November datiert <sup>(3)</sup> und meldete Befehle des Landgrafen von Hessen, die vier Tage vorher von einem hessischen Botschafter mit Credenz gebracht worden seien. Ihnen sei befohlen worden, nach Köln zu kommen. Dies hätten sie aber abgelehnt und den Landgrafen gebeten, sich zu gedulden. Stattdessen habe man brieflich noch einmal bei den kaiserlichen Kommissaren nachgefragt, ob der Landgraf denn wirklich die Befehlsgewalt habe. Um die Versorgung der markgräflichen Truppen stehe es sehr schlecht. Die Kontingente, die die Grafen und Edelleute geschickt hätten, hätten Befehl, nach zwei Monaten wieder heimzukehren. Sie würden den Abmarsch verhindern wollen, bräuchten aber Verpflegung und Winterbekleidung, um die Soldaten zum Bleiben bewegen zu können. „... *sagen sie, wenn sie mit zerung und cleydern uf den winter ausgefertigt wern, so mochten sie sest bas ausharren*“, so der Originaltext.

Zum dritten Mal erhielt Albrecht Nachrichten vom südlichen Kriegsschauplatz in einem Schreiben Ludwigs von Eyb. Der Rat leitete „*zeitungen*“ weiter, die Friedrich III. für Albrecht verfasst hatte. Sie gingen Albrecht als Anlage eines Schreibens vom 21. November zu, sind aber nicht überliefert, so dass keine Aussage über den Inhalt der Informationen möglich ist. <sup>(4)</sup>

<sup>1</sup> Mit Schutboten oder Schüttboden sind Getreidespeicher gemeint. Siehe Grimm, a.a.O., Band 15, Sp. 2105.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O. fol. 40; Priebatsch 1, Nr. 962, S. 740.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 46; Priebatsch 1, Nr. 967, S. 742 f.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 21; Priebatsch 1, Nr. 996, S. 762.

Die Versorgungslage der Truppen war dann noch einmal Thema in einem Schreiben Lichtensteins vom 4. Dezember, das Albrechts Rat Albrecht Stieber am 14. Dezember beantwortete. <sup>(1)</sup>

Am 15. Dezember, Albrecht war noch in Frankfurt am Main, schrieb ein Soldat Albrechts, den Lichtenstein nach Köln geschickt hatte, an die Feldhauptleute, dass er in der Stadt Quartier in der Dompropstei gefunden habe. Vermutlich war dies auf die Aufforderung des Landgrafen von Hessen hin, zum Rapport zu erscheinen, veranlasst worden. Außerdem meldete dieser Quartiermacher, dass König Christian von Dänemark in Köln sei. Dieses Schreiben schickten die Hauptleute am 17. Dezember an Albrecht weiter. <sup>(2)</sup>

Weitere Briefe der Hauptleute vom 21. Dezember und vom 23. Dezember setzten Albrecht über die Details der Unterbringung der einzelnen Truppenteile in und um Koblenz in Kenntnis. Vom 24. Dezember stammt ein Brief des Trierer Erzbischofs Johann an Albrecht, der ihm rät, seine Truppen und vor allem den Train so schnell wie irgend möglich überzusetzen, bevor das Eis den Rhein unpassierbar mache. <sup>(3)</sup>

Je näher Albrecht seinen Truppen kam, desto dichter flossen die Detailinformationen über logistische und militärische Angelegenheiten. Die ausführlichen Schreiben der Feldhauptleute setzten Albrecht bereits vor seiner Ankunft genau ins Bild und ermöglichten ihm die sofortige Befehlsübernahme. Das zügige und erfolgreiche Übersetzen seiner Truppen ist ein Beleg dafür. Die Erfolge, die Albrecht als Feldhauptmann im Reichskrieg erzielte, sind sicherlich zum Teil auch darauf zurückzuführen, dass er mit ausreichend Informationen bestückt an der Front ankam und sofort die Initiative übernehmen konnte.

In zwei Schreiben, auf den 29. Mai und den 2. Juni 1477 datiert, informierte der Nürnberger Rat Albrecht Achilles über Reisepläne Herzog Maximilians. Der Sohn des Kaisers und zukünftiger Ehemann der burgundischen Erbin Maria sei im Mai in Wien gewesen und am 20. Mai über Wiener Neustadt in Richtung Graz aufgebrochen. Dort wolle er sich von seinen Schwestern verabschieden und dann über Ulm nach Frankfurt am Main reisen. <sup>(4)</sup> Maximilian, das wusste Albrecht natürlich, musste so schnell wie möglich nach Burgund zu seiner Frau, um die Ehe rechtsgültig zu schließen, zu vollziehen und die Sicherung des Herzogtums zu übernehmen. Aber welches spezielle Interesse Albrecht daran hatte, zu wissen, wann und wie das geschah, ist nicht zu erklären. <sup>(5)</sup> Zum anderen verwundert noch, dass in den Schreiben von Schwestern Maximilians die Rede ist. Denn Kaiser Friedrich III. hatte nur eine Tochter und Maximilian folglich nur eine Schwester. <sup>(6)</sup>

Die Ansbacher Räte informierten Albrecht in einem Schreiben vom 18. April 1479, dass sie nicht zur Beerdigung des Herzogs Ludwig von Landshut eingeladen worden seien. Ungeladen, so schrieben sie, würden sie nicht kommen wollen. Sie hätten aber erfahren, dass Pfalzgraf Philipp, Herzog Albrecht von München und der Bischof von Eichstätt geladen seien und anreisen würden. *„Unser herr, schenk Albrecht von Limpurg, kompt mit unserem*

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 237 II, fol. 525 und 545; Priebatsch 1, Nr. 1012, S. 771.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., Nr. 237 I, fol. 62; Priebatsch 1, Nr. 1014, S. 772. Der Dänenkönig traf am 17. Dezember in Koblenz ein, wie Albrecht aus einem Brief des Kaisers erfuhr. Der Kaiser selbst wurde dort zu Weihnachten erwartet.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 237 II, fol. 529, 577 und 579. Kurfürst Albrecht erreichte seine Truppen in Koblenz am 26. Dezember und ein undatiertes Zettel, der ebenfalls im Bamberger Staatsarchiv verwahrt ist, berichtet vom erfolgreichen Übersetzen der kurfürstlichen Truppen. Quelle: STAN, a.a.O., fol. 544.

<sup>4</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher 35, fol. 161 v., 165 v.; Priebatsch 2, Nr. 301, S. 306 ff.

<sup>5</sup> Offensichtlich hatte Albrecht sogar um die Auskunft in Nürnberg gebeten. Denn in einem Schreiben vom 19. Mai hatte man ihm noch bedauernd mitgeteilt, dass man nichts über Maximilians Reisepläne wisse. Quelle: STAN, a.a.O., fol. 167 r. f. Etwa für die selbe Zeit ist eine umfassende Benachrichtigung des Kurfürsten von Sachsen und Herzog Wilhelms III. überliefert, in dem Ernst und sein Onkel auf das genaueste über die Reisepläne und den Ablauf der Reise Maximilians von Österreich in den Westen informiert wurden.. Quelle: Weimar, Sächs.-Ernestinisches Geschichtsarchiv, reg. B, pag. 326, Nr. 40.

<sup>6</sup> Kunigunde von Österreich, geboren 1465, heiratete schließlich Herzog Albrecht IV. von München. Siehe Riezler, a.a.O.

*gnedigen herrn pfalzgraven dar, Jorg von Ehenheim zu Geyern mit unserm herrn von Eystet, Lorenz von Eberstein von seiner swester sön der Wolfsteiner wegen, die werden zu irer widerkunft uns des wesens danyden berichten.“* <sup>(1)</sup>

Die Tatsache, nicht zur Beerdigung in Landshut eingeladen worden zu sein, galt den Räten als Alarmzeichen, da die latenten Spannungen zwischen Brandenburg-Ansbach und Landshut weiterhin bestanden. Sie hatten anscheinend Kontakt zu Leuten aufgenommen, die dem Begräbnis beiwohnen sollten und wollten diese hinterher ausfragen. Eine sehr umsichtige Vorgehensweise ist hier festzustellen, über die der Kurfürst auch sofort in Kenntnis gesetzt wurde. Anscheinend hatte das Vorgehen Erfolg. Ludwig von Eyb schrieb Albrecht wieder am 17. Mai 1479 und informierte ihn, dass eine ungarische Gesandtschaft zu einem vertraulichen Gespräch beim Herzog gewesen sei. Über den genauen Inhalt des Gespräches habe er nichts erfahren können, da er in Herzog Georgs Umgebung niemanden habe, mit dem er vertraulich verhandeln könne. Doch etwas wusste Eyb schon zu berichten. Nämlich dass außer dem Herzog bei der Unterredung nur der Landshuter Kanzler Mauerkircher dabei war. Eyb hatte auch erfahren, dass sich Herzog Georg bald nach Ingolstadt begeben werde. Dort wolle er ihn aufsuchen, meldete er seinem Fürsten. <sup>(2)</sup>

Einem Schreiben der Ansbacher Räte vom 6. Juni 1479 an Albrecht beigelegt war ein Brief, den die Räte kurz vorher zugeschickt bekommen hatten. Er stammt von Ritter Stefan von Kehlheim, der in Diensten des Grafen Sigmund von Tirol stand. Dieses Schreiben ist erhalten und ist ein Kuriosum. Denn der Ritter berichtete darin über einen Vorschlag des Königs von England, Eduard IV. aus dem Hause York, ein Ehebündnis mit dem Hause Brandenburg eingehen zu wollen. Markgraf Sigmund sei beim König gut angesehen und Albrecht könne für seinen Sohn eine Nichte des Königs, entweder die Tochter eines Bruders oder die Tochter einer Schwester, bekommen, so der Ritter in seinem Brief. <sup>(3)</sup> Hintergrund dieses Angebots war die angestrebte Zusammenarbeit Herzog Maximilians von Burgund mit dem englischen König gegen König Ludwig XI. von Frankreich. Albrecht sollte in die europäische Politik einbezogen werden. Doch es ist zweifelhaft, ob dies ein ernst gemeinter Vorschlag war, denn später war davon nichts mehr zu hören.

Zwei Schreiben, die Albrecht gegen Ende des Jahres 1479 zingingen, setzten ihn detailliert über zwei sich im Südosten des Reiches anbahnende Konflikte in Kenntnis: den Salzburger und den Passauer Bistumsstreit. Johannes Beckensloer, der aus Breslau stammende Erzbischof von Gran, Primas von Ungarn und über lange Zeit ein wichtiger Berater des Königs, wurde gegen Ende der 70er Jahre immer mehr ins politische Abseits gedrängt. Der neue Bischof von Wardein, der ungarische Kanzler, und vor allem die Verwandten der neuen ungarischen Königin Beatrix, die mit ihr aus Neapel gekommen waren, übernahmen Stück für Stück die Machtstellung, die bisher Beckensloer innegehabt hatte. Dieser wandte sich schließlich gänzlich von Matthias ab, stahl den Domschatz von Gran und floh zu Kaiser Friedrich, der ihn und vor allem sein Geld gern aufnahm. Beckensloer forderte allerdings als Gegenleistung eine dem aufgegebenen Rang von Gran entsprechende Pfründe. Friedrich überredete deshalb den ohnehin amtsmüden Salzburger Erzbischof Bernhard von Rohr zu resignieren, wollte Beckensloer auf den Erzstuhl setzen und forcierte beim Papst die kirchenrechtliche Absegnung dieser Aktion.

Rohr stimmte seiner Resignation zuerst zu, rückte jedoch unter dem Einfluss Matthias' Corvinus wieder davon ab und schloss mit dem Ungarnkönig einen Vertrag, der diesen zum Vogt des Erzbistums machte. Erst nach langen Verhandlungen gelang eine Lösung, die es Beckensloer ermöglichte, das Erzbistum in Besitz zu nehmen. <sup>(4)</sup>

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 11; Priebatsch 2, Nr. 541, S. 499.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O.; Priebatsch 2, Nr. 558, S. 519.

<sup>3</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. I, fol. 45; Priebatsch 2, Nr. 575, S. 537. Näher ist die Quelle in Kapitel 3.3 analysiert.

<sup>4</sup> Beckensloer wurde Coadjutor des Erzbistums und erst nach Rohrs Tod Metropolit.

Die Lösung des Problems zog sich auch deshalb so lang hin, weil der Streit um das Erzbistum mit dem Nachfolgestreit im Bistum Passau zusammenfiel. Der Kaiser präsentierte in seinem Rat Kardinal Heßler einen Kandidaten und auch Georg von Landshut erhoffte sich den Zugriff auf das Stift, indem er seinen Vertrauten Ludwig Mauerkircher als Bischof vorschlug. Beide Kandidaten fanden Anhänger im Stift, Georg von Landshut kooperierte mit Matthias von Ungarn und der mächtige Herzog übte großen diplomatischen und auch militärischen Druck auf das Erzstift Salzburg und das Passauer Stift aus. Kriegerische Auseinandersetzungen um die Macht in der Stadt Passau waren die Folge und erst 1482 einigte man sich auf einen Kompromiss: Heßler wurde Bischof, Mauerkircher sein designierter Nachfolger. Diese beiden Auseinandersetzungen waren 1479 noch in einer frühen Phase, was die Informationen für Albrecht besonders wichtig machten. <sup>(1)</sup>

Georg von Absberg, schon lange Jahre immer wieder auch in Kontakt zu Albrecht stehend, zu dieser Zeit aber im Dienst Herzog Sigmunds von Tirol, informierte Albrecht über das oben genannte Abkommen zwischen Matthias und dem Salzburger Erzbischof von Rohr, das dem Ungarnkönig unter anderem erlaubte, alle Salzburger Festungen in der Steiermark und in Österreich in Beschlag zu nehmen. Dieses Abkommen, so Absberg, solle auch für die Besitzungen des Erzbischofs in Tirol gelten. <sup>(2)</sup> Dies war ein erster Schritt von Matthias im Kampf gegen Kaiser Friedrich III., durch den sich der Corvine wichtige Stützpunkte in den habsburgischen Erbländen sicherte.

Während Albrecht von Absberg nur über diesen militärischen Aspekt des Vertrages zwischen Matthias und Erzbischof Bernhard von Rohr informiert wurde, setzte ihn sein Berater Hertnid von Stein mit einem Schreiben vom 5. Dezember 1479, das dieser ebenfalls aus Graz schickte, detailliert und umfassend über den Streit um die beiden Bistümer in Kenntnis. Der König von Ungarn nehme sich des Salzburger Erzstiftes an und besetze alle Burgen. Kardinal Heßler und er selbst seien beauftragt, zwischen Erzbischof Rohr und Kaiser Friedrich zu vermitteln. Auch Streitigkeiten um andere Pfründen belasteten die Beziehungen zwischen Kaiser und Erzbischof. Er, Stein, werde heute aus Graz abreisen. Nach seinen Verhandlungen in Salzburg treffe er mit Kardinal Heßler in Trient zusammen, um dann nach Rom zu reisen.

Der Kaiser habe dem Bistum Passau alle Einkommen, die es aus dem Herzogtum Österreich beziehe, vorenthalten und verlange, gemäß den Privilegien des Wiener Konkordats, den Bischof zu ernennen. <sup>(3)</sup> Ob Kardinal Heßler aber wirklich Bischof werde, sei noch ungewiss, da auch noch andere Kandidaten im Gespräch seien. So sei zum Beispiel auch noch der Passauer Domherr Wilhelm Moroltinger, der als Diener Herzog Maximilians bezeichnet werde, ein aussichtsreicher Kandidat, berichtete Stein. <sup>(4)</sup>

Albrecht war jetzt im Besitz der wichtigsten Informationen über die beiden sich überschneidenden Streitfälle, die die politische Situation im Südosten des Reiches für einige Jahre mitbestimmen sollten.

Steins Schreiben enthielt aber noch mehr Informationen. So unterrichtete er Albrecht, dass der Kaiser wohl schwer dazu zu bewegen sei, persönlich an einem Reichstag teilzunehmen. Die Angelegenheiten seines Sohnes Maximilian – der Kampf um das wichtige burgundische Erbe – würden ihn nicht sonderlich interessieren. Und auch das Verhältnis zu den Fürsten sei so, dass nur die kämen, die etwas von ihm wollen würden und nicht die, die bereit sein, ihm zu helfen, schilderte Stein die Gemütsäußerungen des Kaisers. Eine Antwort des Kaisers an ihn,

<sup>1</sup> Näheres zum Passauer Bistumsstreit bei Nehring, a.a.O., S. 112 ff.

<sup>2</sup> STAN, C 3, Nr. 267, fol. 92; Priebatsch 2, Nr. 618, S. 566.

<sup>3</sup> Im Wiener Konkordat wurde vereinbart, im österreichischen Teil des Passauer Sprengels Gebiete auszugliedern und sie mit den Sitzen Wien und Wiener Neustadt zu eigenen Bistümern zu erheben. Doch der Großteil der Herzogtümer Ober- und Niederösterreich gehörte kirchlich weiter zu Passau. Und vor allem die weltlichen Besitzungen des Passauer Stiftes in Österreich, einschließlich der Burgen, blieben dem bayerischen Bistum erhalten. Das erklärt den großen Ehrgeiz Friedrichs, einen Mann seines Vertrauens auf dem Passauer Stuhl zu sehen und vor allem keinen Anhänger des rivalisierenden Herzogs Georg von Landshut zu dulden.

<sup>4</sup> STAN. C 3, Nr. 267, fol. 98; Priebatsch 2, Nr. 624, S. 570 f.

Albrecht, werde Sigmund von Pappenheim überbringen. Nürnberg habe beim Kaiser noch nicht Klage geführt wegen der Wegnahme einiger Ochsen durch Leute Albrechts. Sie hätten aber, so habe er erfahren, beim Landshuter Kanzler Mauerkircher Beschwerde eingelegt. <sup>(1)</sup> Albrecht hatte Stein anscheinend gebeten, bei seinem Besuch am kaiserlichen Hof reichspolitische und territorialpolitische Fragen anzusprechen und ihn zu informieren. Stein erfüllte seinen Auftrag in der gewohnt zuverlässigen Weise.

Den Tod seiner Nichte Barbara von Mantua, der neben dem Verlust einer engen Verwandten auch den Ausfall eines wichtigen Bindegliedes zu den italienischen Fürsten und zum Papsthof bedeutete, erfuhr Albrecht von seinem Gesandten Martin Thumbeck in einem Schreiben vom 25. November 1481. <sup>(2)</sup> Die Markgräfin war am 7. November verstorben. Thumbeck hatte es wohl an diesem Tag in einem Gespräch mit dem Kardinal von Mantua und dessen Sekretär erfahren. Die Todesnachricht, die ja auch noch nach Ansbach übermittelt werden musste und von Rom rund drei bis vier Wochen unterwegs war, bekam Albrecht folglich erst rund anderthalb Monate nach dem Hinscheiden der Markgräfin. Wenn man bedenkt, welche wichtige Rolle Barbara von Mantua bei Albrechts Kontakten zum Papsthof spielte, muss dies verwundern. Hier sei noch angeführt, dass der Kurfürst von Brandenburg auch über das Dahinscheiden Markgraf Ludwigs von Mantua, Barbaras Gemahl, im Jahr 1478 erst sehr spät in Kenntnis gesetzt worden war. <sup>(3)</sup>

Am 11. Oktober 1481 war es der Nürnberger Bürger Ruprecht Haller, der Albrecht Nachrichten aus der Reichspolitik, wieder über den Salzburger Bistumsstreit, zukommen ließ. Zum einen habe er nichts darüber gehört, dass zwischen dem Kaiser und dem Erzbischof von Salzburg ein Vertrag abgeschlossen worden sei, berichtete Haller. Doch er wisse, dass eine kaiserliche Gesandtschaft am Hof zu Salzburg sei. Außerdem erfuhr Albrecht noch, dass die Erkrankung Herzog Wilhelms III. von Sachsen schlimmer geworden sei, so dass man von Nürnberg aus den Arzt Sebolt Müllner nach Weimar geschickt habe. <sup>(4)</sup> Herzog Wilhelm war über Jahrzehnte hin Albrechts wichtigster Partner gewesen. Nachrichten über dessen Gesundheitszustand und möglichem Tod waren für den Kurfürsten sehr wichtig. Denn nach Wilhelms Tod würden alle seine Besitzungen an Kursachsen übergehen. <sup>(5)</sup>

Pfalzgraf Philipp informierte Albrecht am 14. August 1482 über den Tod des Wormser Bischofs Reinhart und die Wahl des Johann Kemerer von Talberg. Philipp bat Albrecht, für Talberg in Rom zu intervenieren, damit diesem die hohen Kosten bei der päpstlichen Konfirmation der Wahl reduziert würden. <sup>(6)</sup> Die Benachrichtigung hatte zwar nur den Sinn, Albrecht um Hilfe zu bitten, dennoch nützte auch Albrecht dieser Brief, denn er wusste schon kurz nach der Wahl, die am 12. August stattgefunden hatte, wer der neue Bischof von Worms war.

Herzog Maximilian schickte Albrecht zu Beginn des Jahres 1483 Nachrichten von seinen Kämpfen gegen die Aufständischen in den Niederlanden und den König von Frankreich. Wir wissen von dem Schreiben, weil Albrecht sie in einem Zettel zusammenfasste und diese Zedula einem Brief an seinen Sohn Johann beilegte, den er diesem am 13. Februar aus Ansbach nach Cölln schickte. Zusätzlich zu diesen Nachrichten erfuhr Albrecht noch, dass Maximilian gegen die Städte Lüttich und Geldern vorgegangen sei und einen Kampf gegen einen lokalen Machthaber zu seinen Gunsten entschieden habe. Woher diese zusätzlichen Informationen stammen, wissen wir allerdings nicht. <sup>(7)</sup>

<sup>1</sup> STAN, a.a.O.

<sup>2</sup> Priebatsch 3, Nr. 816, S. 123.

<sup>3</sup> Severidt, a.a.O. S. 163 ff.

<sup>4</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher 37, fol. 241; Priebatsch 3, Nr. 799, S. 101.

<sup>5</sup> Wilhelm von Sachsen starb erst 1483.

<sup>6</sup> STAN, A.A., Nr. 768, fol. 147; Priebatsch 3, Nr. 900, S. 213 f.

<sup>7</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 176 r.; Priebatsch 3, Nr. 936, S. 243 ff. Näheres zu den Kämpfen Maximilians zu dieser Zeit ist bei Wiesflecker, a.a.O., S. 167 ff. zu finden. Maximilian kam nach dem Tod seiner Gemahlin Maria, die ja die eigentliche Herzogin Burgunds war, in den Niederlanden unter Druck. Eine

Albrechts zweiter Sohn Friedrich, sein späterer Nachfolger in der Ansbacher Markgrafschaft, wurde im November 1483 zu Albrecht befohlen, der sich einer Seuche wegen von Ansbach nach Bayreuth zurückgezogen hatte. Friedrich entschuldigte sich aber und gab zur Begründung an, dass er erst noch auf zwei Turnieren in Stuttgart und Ulm fechten müsse. Der Vater möge ihm Geld für seinen Aufenthalt senden. Albrecht mahnte ihn im Antwortschreiben zur Vorsicht wegen der Seuche, erlaubte ihm aber, länger auszubleiben, was sich insofern auszahlte, als er Informationen aus Württemberg bekam, die das schlechte persönliche Verhältnis der beiden dort regierenden Grafen offenbarte.

Friedrich berichtete seinem Vater nämlich von einem Zusammentreffen auf einem Fest in Stuttgart. Eberhard der Jüngere, der später in Stuttgart eingetroffen sei, sei beim Tanz auf seinen Vetter, Eberhard den Älteren, zugegangen. „*Da wendet sich sein vetter, der alt, von im und versagt im sein hand. Damit der tanz bald end hett*“, beschrieb Friedrich die peinliche Szene. Nachträgliche Versuche, den Streit beizulegen, seien fehlgeschlagen. Eberhard der Ältere habe sich noch über Schmähungen durch seinen Vetter beschwert, der auch die ausgehandelten Verträge nicht einhalte. Möglicherweise komme es zu noch ernsteren Auseinandersetzungen in Württemberg, so Markgraf Friedrichs Vermutung. <sup>(1)</sup>

Diese Nachricht war für Albrecht insofern wichtig, da Eberhard der Jüngere mit seiner Tochter Else verheiratet war und sie natürlich unter den Zerwürfnissen zu leiden hatte. Doch die Vorgänge waren auch reichspolitisch interessant. Erst 1480 hatten die beiden Württemberger Linien zu einer gemeinsamen Regierung und einer Verschmelzung ihrer Fürstentümer gefunden. Dabei war Eberhard dem Älteren von Urach, der der fähigere Politiker war, die Führungsrolle zugestanden worden. Auch die Stellung der Stände wurde in dem Vertragswerk massiv gestärkt, was die politische Lage im Land weiter stabilisiert hatte. <sup>(2)</sup> Drohte diese Konstruktion zu zerbrechen, war mit Unruhe im Südwesten des Reiches zu rechnen.

Durch einen Brief des Kurfürsten an Hertnid von Stein vom 3. Mai 1485 erfahren wir etwas über weitere Informationen aus dem Südwesten des Reiches, die an Albrecht gelangt waren. Albrecht berichtete seinem Ratgeber von einem großen Bündnis in Schwaben, das von Herzog Sigmund von Österreich, den Grafen von Württemberg sowie schwäbischen Rittern, Städten und Grafen geschmiedet worden sei. „... *das langt uns ane von glaubwürdigen, die es wissen*“, versicherte Albrecht Stein. <sup>(3)</sup>

Diskussionen um die Wahl eines Römischen Königs waren fast während der gesamten Regierungszeit des der Untätigkeit geziehenen Friedrich III. zu hören. In dieser Frage tauchten regelmäßig Informationen und Gerüchte auf, die auch an Albrecht Achilles herangetragen wurden. So waren schon frühzeitig der Herzog von Burgund, Johann der Gute, und der böhmische König Georg von Podiebrad als Kandidaten ins Spiel gebracht worden, die gegen den Willen des Kaisers zum Römischen König gewählt werden sollten. In die entscheidende Phase ging die Suche nach einem römischen König aber erst Mitte der 80er Jahre, als Kaiser Friedrich III. selbst daran arbeitete, seinen Sohn Maximilian von den Kurfürsten wählen zu lassen.

Zu Beginn des Jahres 1485 fand in Frankfurt ein Reichstag statt, auf dem Kaiser und Kurfürsten über die Wahl eines Römischen Königs sprechen wollten. Zusätzlich sollten

Rebellion in Flandern und besonders der Aufstand in Utrecht machten ihm, der nur als Vormund für seinen Sohn Philipp regierte, schwer zu schaffen. Erst in den Jahren 1484 und 1485 konnte sich Maximilian gegen die Rebellion durchsetzen.

<sup>1</sup> Priebatsch 3, Nr. 985, S. 383.

<sup>2</sup> Näheres zur Württembergischen Geschichte dieser Jahre findet sich im Überblick bei Meinrad Schaab, a.a.O. und Hansmartin Schwarzmaier, Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Erster Band, Zweiter Teil, Stuttgart 2000; S. 70 ff.

<sup>3</sup> Priebatsch 3, Nr. 1067, S. 384 ff. Albrecht bezieht sich in diesem Schreiben auf die Vorgeschichte der Zusammenarbeit zwischen Habsburg und Württemberg, die 1488 in einen Schwäbischen Bund mündete, der sich auch gegen die Expansionsbestrebungen der Wittelsbacher richtete.

Hilfszusagen des Reiches an den Kaiser diskutiert werden, der sich von Matthias von Ungarn schwer bedrängt sah. Der Kaiser kam aber nicht. Und auch Herzog Maximilian, Erzbischof Hermann von Köln und Kurfürst Ernst von Sachsen ließen mitteilen, dass sie erst später nach Frankfurt kommen wollten. Auch den Pfalzgrafen konnte weder der kaiserliche Rat Haugg von Werdemberg noch einer der anderen Kurfürsten zum Kommen bewegen, obwohl man ihm darlegte, dass auch über andere Dinge als die mögliche Königswahl und die Hilfe für den Kaiser in Österreich gesprochen werden sollte. <sup>(1)</sup> So beschlossen schließlich auch die beiden anwesenden Kurfürsten, der Erzbischof von Mainz und Albrecht Achilles, wieder abzureisen und nur ihre Gesandtschaften zurückzulassen. Denn auch die meisten anderen geladenen Fürsten waren nicht gekommen, so dass keine wichtigen Entscheidungen zu erwarten waren. Albrecht war am 26. Januar in der Stadt am Main angekommen und reiste schließlich am 3. Februar wieder ab. Er ließ seine Räte Ludwig von Eyb und Johann Pfofel zurück, denen er an diesem Tag ausführliche schriftliche Instruktionen gegeben hatte, vor allem darauf zu achten, die Frage der Königswahl nur im versammelten Kurfürstenkollegium zu besprechen und keine Einzelgespräche zu tolerieren. <sup>(2)</sup>

Die beiden Gesandten hielten ihn in drei sehr ausführlichen Briefen über die schleppenden Verhandlungen auf dem Laufenden. Der erste Brief der Räte stammt vom 7. Februar und handelte gleich zu Beginn davon, dass man sich mit den sächsischen Räten abgesprochen habe. Anfragen der Vertreter Friedrichs III. und Maximilians seien abgelehnt worden, indem man darauf bestanden habe, auf die anderen Kurfürsten warten zu wollen. Den kaiserlichen Vertretern sei aber zugestanden worden, ihre Sichtweise darzulegen. Außerdem sei ein Brief des Erzbischofs Hermann von Köln angekommen und an die Delegationen verteilt worden. Eine Abschrift läge dem Brief bei. <sup>(3)</sup>

Auch das zweite Informationsschreiben legte großen Wert auf die Feststellung, dass man gemeinsam agiere. Das Schreiben vom 13. Februar 1485 führte aus, dass zwei Tage vorher die Erzbischöfe von Trier und Köln angekommen seien und man schon am Tag darauf beide Delegationen aufgesucht habe. Es folgten protokollarische und atmosphärische Schilderungen. Man sei zusammen – Brandenburg und Sachsen – erst zu den Kölnern gegangen, weil deren Herberge näher gelegen sei. Dann besuchte man den Trierer Kurfürsten, „... aber die gepere und antwort hat uns nit gedaucht als herzlich als bei Coln“, so die Einschätzung der Räte. Um ein Uhr hätten sich die vier Delegationen dann mit den kaiserlichen Vertretern im Rathaus getroffen und beschlossen, an den Erzbischof von Mainz zu schreiben, damit dieser nach Frankfurt komme. <sup>(4)</sup>

Der dritte Brief stammt vom 19. Februar und war das mit Abstand längste Schreiben, das die beiden vom Reichstag aus schickten. Es füllt fünf Bogen Papier und gibt für jeden Tag zwischen dem 14. Februar und dem 19. Februar genau an, was in Frankfurt geschah. Das Schreiben besteht aus einem Hauptbrief, datiert vom 19. Februar, und drei Zetteln, die am Freitag und am Samstag, 18. und 19. Februar, geschrieben wurden.

Vor allem die gemeinsamen Absprachen der inzwischen fünf Delegationen, Köln und Trier waren nun selbst in Frankfurt, Brandenburg, Sachsen und Mainz mit Räten vertreten, nehmen einen großen Teil des Textes ein. Die Reden des kaiserlichen Vertreters, Graf Haugg von Werdemberg, wurden ausführlich referiert und auch die Antworten der Reichsfürsten, neben den fünf kurfürstlichen Delegationen waren rund ein Dutzend Reichsfürsten selbst oder durch ihre Räte vertreten, sind wiedergegeben. Zusätzlich dazu standen in den Schreiben noch eine Reihe von Informationen über die An- und Abreise der einzelnen Delegationen und deren

<sup>1</sup> Kurz dargelegt sind die Diskussionen im Vorfeld dieses Reichstages mit den wichtigsten Quellen dazu bei Priebatsch 3, Nr. 1033, S. 333 ff.

<sup>2</sup> STAN, A.R.T.A. Nr. 3, fol. 63 v.; Priebatsch 3, Nr. 1036, S. 338 f.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 71 f.; Priebatsch 3, Nr. 1038, S. 341 ff.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 76; Priebatsch 3, Nr. 1045, S. 349 ff.

Zusammensetzungen. Albrecht war nach der Lektüre der Briefe umfassend über den Ablauf des Tages informiert. <sup>(1)</sup>

Die Informationen seiner Gesandten benutzte Albrecht dann in seinem Schreiben am 7. März aus Ansbach an den Kaiser, in dem er auf einen Brief Friedrichs III. vom 19. Februar aus Wels antwortete. <sup>(2)</sup> Friedrich hatte in seinem Brief geschrieben, dass er überhaupt nicht wolle, dass man einen Römischen König wähle. Albrecht konterte, er verstünde gar nicht, was der Kaiser habe, es sei in Frankfurt über die Königskandidatur doch gar nicht gesprochen worden, nur über Hilfsbitten des Kaisers gegen die Angriffe Ungarns habe man beraten, „... auf das mal nichts anders gehandelt von nymands.“

Und was die Hilfszusagen für Friedrich in seinem Kampf gegen Matthias angehe, die Friedrich in seinem Schreiben noch einmal eingefordert habe, beschied ihn Albrecht: „... darauf ist von der fünf kurfürsten wegen durch doctor Pfeffer (den Rat des Erzbischofs von Mainz) einhelliglich geantwort graf Hauggen, sie sind eur gnaden pflichtig.“

Hier fällt auf, dass in den drei überlieferten Schreiben trotz ihrer Länge nicht stand, dass die Antwort der Kurfürsten durch den Mainzer Rat Dr. Pfeffer erteilt worden war. Diese Detailinformation erhielt er wahrscheinlich nach der Rückkehr der Räte durch diese persönlich, wenngleich es dafür keinen Beleg gibt. <sup>(3)</sup> Das könnte wieder ein Beleg dafür sein, dass zusätzlich zu den schriftlichen Informationen auch mündliche Nachrichten eine wichtige Rolle spielten.

Albrecht konnte durch die detaillierten Informationen seiner Räte, die in den drei Schreiben standen und durch die offensichtlich zusätzlich mündlich überbrachten Nachrichten, die Argumente des Kaisers parieren und die Vorschläge, die einen Eintritt Brandenburgs in einen Krieg gegen Ungarn bedeutet hätten, abschmettern. Auch das einheitliche Vorgehen der Kurfürsten, das er angeregt hatte, hatte sich bewährt.

Das gesamte Jahr 1485 über verhandelten Kaiser und Kurfürsten weiter über das Thema Königswahl. Friedrich, der eigentlich mit dem Rücken zur Wand stand, weil Matthias von Ungarn Zug um Zug die österreichischen Erblande besetzte und als vorläufigen Höhepunkt seines Erfolges am 30. Juni 1485 in Wien einzog, gelang es dennoch politisch die Sache zu kontrollieren. Er verfolgte den Plan, Maximilian zum König wählen zu lassen, damit er, unterstützt durch die Macht des Reiches, sich endgültig in Burgund durchsetzen konnte. Dann wollte er mit dem Rückhalt der reichen Besitzungen im Westen gegen Matthias von Ungarn vorgehen.

Friedrich gelang es auch, eine dauerhafte Verbindung und politische Absprachen der Kurfürsten untereinander zu verhindern und somit einen drohenden hohen Preis in Form von politischen und auch finanziellen Zugeständnissen an die Königswähler zu vermeiden. Er spielte die Kurfürsten geschickt gegeneinander aus, indem er jedem etwas zugestand, was er ihm ohnehin auf die Dauer kaum verweigern konnte. Nur Albrecht, der sich redlich mühte, selbst etwas zu bekommen und zur Stärkung der Verhandlungspositionen eine Kurfürsteneinung gründen wollte, ging am Ende leer aus. Er hatte auf eine Ehe zwischen

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 74, 75, 77, 78 v.; Priebatsch 3, Nr. 1048, S. 358 ff.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 86 f.; Priebatsch 3, Nr. 1053, S. 366 f. Die folgenden Zitate stammen alle aus dieser Quelle.

<sup>3</sup> Es könnte natürlich auch sein, dass die Räte noch ein weiteres Schreiben nach Ansbach geschickt haben. Es ist aber nachzuweisen, dass nur Schreiben am 7. und am 13. Februar zu Albrecht abgingen. Für beide Schreiben haben wir in dem Brief vom 19. Februar Belegstellen, die auch die Art der Übermittlung festhielten. Einmal ritt ein Amtmann, das zweite Mal wurde der Brief durch einen Nürnberger Notar zugestellt. Und die Mainzer Delegation mit Dr. Pfeffer kam erst am 14. Februar an, so dass in diesen Briefen keine Nachrichten über die Rede des Mainzer Rates enthalten sein konnten. Der Herausgeber der Briefe Albrechts, Friedrich Priebatsch, machte hier einen seiner wenigen Fehler, indem er die Ankunft der Mainzer Delegation auf den 18. Februar legte, weil er den Sonntag Estomihi falsch einordnete. Der Brief vom 19. Februar berichtet dann über alle Tage ab dem 14. Februar, so dass es kaum ein Schreiben gegeben haben wird, das zusätzlich verfasst worden sein könnte. Und da sich der Reichstag nach dem 19. Februar schnell auflöste, ist es auch nicht wahrscheinlich, dass Pfofel und Eyb nach dem 19. Februar noch einen weiteren Brief schrieben.

Maximilian und seiner Tochter Dorothea gehofft. Die kam nicht zu Stande, wie auch die gesamte Politik Albrechts in dieser Frage scheiterte. <sup>(1)</sup>

Wie sah Albrechts Informationspolitik in diesem Jahr aus? Ist aus ihrem Verlauf eine Ursache für das politische Scheitern zu erschließen? Albrecht war das gesamte Jahr über in sehr schlechter gesundheitlicher Verfassung. Zusätzlich grassierte auch in der Gegend um Ansbach eine Epidemie, die ihn zur Flucht nach Bayreuth veranlasste. Seine faktische Manövrierfähigkeit war daher sehr eingeschränkt, er musste mit Hilfe von Gesandten und Kurieren Politik machen.

Friedrich III., sein direkter Gegenspieler, musste im Frühsommer 1485 aus Niederösterreich fliehen, wo sich Matthias Corvinus zusehends durchsetzte. Der Kaiser zog nach Innsbruck, wo es ihm gelang, eine Ehe zwischen Herzog Sigmund und der Tochter Herzog Albrechts von Sachsen zu stiften. Damit hatte er die sächsischen Wettiner und deren Kurstimme schon an sich gebunden. Der Kaiser reiste dann über Schwaben weiter nach Franken, wo er längere Zeit in Nürnberg und anderen Reichsstädten blieb und dort Verhandlungen führte. Es fällt auf, dass der Kaiser, der seine Regierungszentrale verloren hatte und damit eigentlich geschwächt war, durch seine Anwesenheit und seine persönlichen Kontakte mehr Erfolge erzielen konnte, als Albrecht aus der Ferne.

Der Brandenburger Kurfürst nahm in Nürnberg über seinen Sohn, Markgraf Friedrich, Kontakt zum Reichsoberhaupt auf. Der junge Markgraf schloss sich dem Hof des Kaisers an und schickte in den Frühjahrs- und Sommermonaten einige Berichte an seinen Vater. Doch den beiden Zollern gelang es nicht, den Kaiser argumentativ zu stellen. Aus Zorn und Verärgerung berief der Kurfürst seinen Sohn schließlich vom Hof ab. Kaiser Friedrich reiste dann weiter an den Rhein, um sich mit Maximilian zu treffen und sich bezüglich der Königswahl mit ihm und den rheinischen Kurfürsten abzustimmen. <sup>(2)</sup>

Für den Dezember 1485 war ursprünglich ein Kurfürstentag in Würzburg geplant gewesen, um sich dort über die Wahl Maximilians zu verständigen. Friedrich III. gelang es aber mit Briefen und in persönlichen Begegnungen alle Kurfürsten – mit der Ausnahme von Brandenburg – auf seine Seite zu bringen und der angesetzte Kurfürstentag wurde deshalb ersatzlos gestrichen. Albrechts Informationsstand in dieser Angelegenheit war – eigenem Bekunden nach – nicht immer der beste. Er klagte mehrmals in Briefen an den Kaiser, dass er nicht ausreichend informiert worden sei. So besonders in einem Schreiben vom 7. November 1485 aus Ansbach. <sup>(3)</sup> Da vom Kaiser keine zufriedenstellende Auskunft zu erhalten war, versuchte man einen anderen Weg, um an Nachrichten zu kommen.

Markgraf Friedrich bat im Namen seines Vaters schließlich Ewald von Lichtenstein, einen früheren Feldhauptmann Albrechts im Neusser Krieg, der inzwischen in die Dienste

---

<sup>1</sup> Die politischen Schachzüge des Jahres 1485, die schließlich zur Wahl Maximilians im Februar 1485 führten, lösten, wie oben schon beschrieben, eine heftige wissenschaftliche Kontroverse aus. Adolf Bachmann, Die ersten Versuche zu einer römischen Königswahl unter Friedrich III. In: Forschungen zur Deutschen Geschichte, 17, 1877, S. 275 – 330, lieferte sich mit Heinrich Ulmann, Friedrich III. gegenüber der Frage der deutschen Königswahl, Historische Zeitschrift, Band 84, 1900, S. 410 – 429, eine heftige Auseinandersetzung. Wiesflecker, Maximilians kundiger Biograph, kommt zu dem Schluss, dass Friedrich die Krönung seines Sohnes mit großer Zielsicherheit verfolgte. Im Westen und im Osten war die Stellung des Hauses Habsburg bedroht. Nach dem Tod Marias von Burgund 1482 war die Legitimität der Herrschaft in Burgund geschwächt und der Ungarnekönig Matthias drang ebenfalls ab 1482 in die Erblande vor. Um das Reich für die habsburgische Besitznahme Burgunds in Stellung zu bringen, sollte Maximilian zum Römischen König gewählt werden. Denn mit der burgundischen Macht im Rücken hoffte Friedrich, sich in den Erblanden wieder gegen Matthias Corvinus durchsetzen zu können. Schon Anfang 1485 wurde ein Reichstag nach Frankfurt ausgeschrieben, doch Vorbehalte Albrechts sowie des Mainzer und des Pfälzer Kurfürsten vereitelten eine Wahl. Doch Friedrich kam ins Reich, brachte die Kurfürsten auf seine Seite und verhinderte gleichzeitig, dass Maximilian ihm zu mächtig wurde. Der als „*erzschlafmütze*“ verschrieene Kaiser konnte seine Pläne im Endeffekt verwirklichen. Siehe dazu ausführlich Wiesflecker, a.a.O., S. 182 ff. und Rill, a.a.O., S. 267 ff.

<sup>2</sup> Siehe dazu die ausführlichen Erläuterungen bei Wiesflecker, a.a.O., und Rill, a.a.O.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 130 v. f.; Priebatsch 3, Nr. 1150, S. 484 f.

Maximilians getreten war, mit einem Schreiben vom 19. Dezember 1485 um Nachrichten und wenn möglich um einen Besuch in Ansbach. <sup>(1)</sup> Man wollte in Ansbach Nachrichten vom Rhein haben, wo sich Friedrich und Maximilian aufhielten und weiter mit den rheinischen Kurfürsten verhandelten.

Lichtenstein berichtete mit einem Schreiben vom 27. Dezember aus Aachen, dass sich Friedrich und Maximilian am 22. Dezember, dem Donnerstag vor Weihnachten, in Aachen getroffen hätten. Auch der Erzbischof von Köln sei dabei gewesen. Die beiden Habsburger seien ursprünglich nicht viel zusammen gewesen und hätten sich nur bei den Messen zu Weihnachten gesehen, während Maximilian einige Male mit dem Erzbischof von Köln zusammengekommen sei, so Lichtensteins Schilderung. <sup>(2)</sup>

Der Kaiser, der in den Tagen nach Weihnachten mit seinem Sohn verhandelt habe, habe eine Einladung in die Niederlande ausgeschlagen, um, so dessen von Lichtenstein referierte Aussage, möglichst bald einen Reichstag abhalten zu können, um Reichsangelegenheiten und solche der Habsburger zu erledigen. Die Quelle formuliert: „ ... *anlegung gescheft des heiligen reichs und des hausz zu Osterreich.*“ Man habe ja vorgehabt, einen Reichstag zu Würzburg abzuhalten, so die wiedergegebene Aussage des Kaisers „ ... *und der nit furgangk hett gehabt der ursach halben, die er im des andern tags zu erkennen het geben. Darumb gezimbt im der notorft nach bald oben im reich zu sein ...* .“

Herzog Maximilian, so ist einem beigelegten Zettel zu entnehmen, komme aber sicher nach Frankfurt zum dort vom Kaiser angesetzten Reichstag. „*Gnedigster herr. Mein herr, der herzog, der kombt auch auf den tag gein Franckfort, als er das dann euern gnaden schreibt und eur gnad bitt, dahin auch zu komen und seh gar gern, das eur gnad dahin kome ...* .“ <sup>(3)</sup>

Albrecht erhielt also die Informationen, dass der Reichstag bald abgehalten werden solle, dass der Kaiser geruhte, selbst zu erscheinen, dass auch Maximilian erscheinen werde und dass nicht nur über die mögliche Hilfe für die Erblande sondern auch über Reichsangelegenheiten zu reden sein werde. Zusammen mit der Tatsache, dass der Reichstag in der Wahl-Stadt Frankfurt abgehalten werden und er persönlich kommen sollte, machte Albrecht klar, dass man zur Wahl schreiten wollte.

Zusätzlich zu dem Schreiben Lichtensteins existiert noch ein kaiserliches Schreiben, das ebenfalls am 27. Dezember an Albrecht geschickt wurde. Darin teilte Friedrich III. ihm mit, dass er in zwei Tagen nach Frankfurt aufbrechen werde. Albrecht solle auch persönlich kommen und möglichst um den 20. Januar dort zu sein, „ ... *unserem furnemen, dir vormals entdeckt, mit deinem und ander churfursten und fursten rate und hilfe nachzuolgen.*“ <sup>(4)</sup>

Diesen Brief schickte Friedrich nicht direkt, sondern überließ ihn dem Erzbischof von Mainz, der ihn auch getreulich an seinen Mit-Kurfürsten weiterleitete und Albrecht informierte, dass ihn ein Schiff in Miltenberg erwarte. <sup>(5)</sup> Die Weiterleitung durch den Erzbischof, der für die Ladung zur Königswahl verantwortlich war, konnte als eine verklausulierte Einladung zur Wahl verstanden werden. Eine direkte Einladung des Erzbischofs zur Wahl unterblieb tunlichst, um eine klare Festlegung vermeiden zu können. Die Aussage, dass auch andere Fürsten kommen würden, die über Reichsangelegenheiten mitzuentcheiden hätten, diente wohl ebenfalls der Verschleierung der eigentlichen Absicht.

Die organisatorischen Informationen waren Albrecht – wenn auch verklausuliert – zugegangen und zwar in der Form, dass eine offizielle Einladung vermieden werden konnte. Wäre eine solche durch den Erzbischof von Mainz ergangen, hätte man auch den König von

<sup>1</sup> Priebatsch 3, Nr. 1170, S. 507.

<sup>2</sup> Hermann von Köln erhielt für seine Stimme die Belehnung mit dem Kurfürstentum durch den Kaiser und Maximilian verzichtete als Herzog von Burgund auf die Kölner Kirchenvogtei, die Karl dem Kühnen im Vorfeld des Reichskriegs der 70er Jahre vom damaligen Erzbischof Rupprecht von der Pfalz übertragen worden war.

<sup>3</sup> STAN, A.R.T.A. Nr. 3, fol. 144 f.; Priebatsch 3, Nr. 1170, S. 507 f.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 147 r.; Priebatsch 3, Nr. 1171, S. 509.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., fol. 145; Priebatsch 3, Nr. 1173, S. 511.

Böhmen laden müssen, was auf Grund der politischen Konstellationen unter allen Umständen vermieden werden musste.

Dass die Berichterstattung durch Lichtenstein Albrecht nicht zufrieden stellte, zeigt die Klage des Kurfürsten darüber, dass der Kaiser zwar Herzog Maximilian erklärt habe, warum der Würzburger Tag ausgefallen sei, dass Lichtenstein aber ihm diesen Grund nicht genannt habe. Aus der Vorgeschichte, die auch Albrecht kannte und die oben schon dargelegt ist, war klar, dass das Treffen in Würzburg zum Absprechen der Wahlkapitulationen hätte genützt werden sollen. Albrecht musste vermuten, dass die Tatsache seiner Absage darin lag, dass sich die Habsburger ihrer Sache schon sehr sicher waren. Der Kurfürst hatte nun gehofft von Lichtenstein mehr Hintergrundinformationen zu bekommen und auch die Auskunft, dass sein Verdacht berechtigt sei. Da Lichtenstein aber nicht mehr sein Mann war, sondern der Maximilians, durfte Albrecht das aber nicht erwarten.

Das Scheitern von Albrechts Plan, die Kurfürsten zu einer einheitlichen Haltung zu bewegen und damit auch für Brandenburg einen Gewinn aus der Königswahl zu ziehen, zum Beispiel seine Tochter Dorothea mit dem zukünftigen König Maximilian zu verloben, ist auch darauf zurückzuführen, dass der Nachrichtenfluss nicht funktionierte, wenngleich dieser Aspekt hier nicht überbewertet werden darf. Die Habsburger beabsichtigten nie, der Heirat wirklich zuzustimmen. Andeutungen in dieser Richtung hatten nur den Zweck, den Brandenburger Kurfürsten für die Königswahl Maximilians zu gewinnen. Dennoch führte die Krankheit des Kurfürsten und die dadurch bedingte Handlungsunfähigkeit dazu, dass Brandenburg das einzige Kurfürstentum war, das im Februar 1486 keinen Gewinn aus der Abgabe seiner Stimme für Maximilian von Habsburg erzielte.

## Fazit

Albrecht war stets bemüht, sich über die Situation im Reich zu informieren. Alle wichtigen Ereignisse wurden ihm deshalb auch bekannt. Allerdings, das wird ebenso deutlich, legte er nicht den großen Wert auf die reichspolitischen Benachrichtigungen, wie er notwendig gewesen wäre, um so gut informiert zu sein, dass ein erfolgreiches Eingreifen in die politischen Ereignisse möglich gewesen wäre.

Denn es fällt allerdings auf, dass die Nachrichtenverbindungen des Fürsten in viele Gegenden des Reiches nicht sehr gut ausgebaut waren. Viele Informationen kamen deshalb zu spät, um aus ihnen noch einen großen Nutzen ziehen zu können. Albrecht scheute wohl davor zurück, ein zusätzliches Botennetz zu den wichtigen Zentren des Reiches zu etablieren.

Die Folgen waren dann auch entsprechend. Vor allem Albrechts vergebliche Versuche, maßgeblichen Einfluss auf die Wahl Maximilians zum Römischen König auszuüben, zeigen diese Fehlschläge exemplarisch. Albrecht scheiterte dabei nicht nur an den widrigen politischen Umständen, sondern auch an den mangelnden Informationen, die ihm zuzugingen.

### 3.3 Die Konsolidierung der Herrschaft in Brandenburg – Innerer Widerstand und Auseinandersetzung mit Pommern

Die Herrschaft über die Mark Brandenburg war für Albrecht Achilles von Anfang an nicht einfach. Sein Herrschaftsmittelpunkt hatte sich seit 1440 in Franken herausgebildet und als er 1470 die Nachfolge seines Bruders Friedrich II. antrat, blieb Brandenburg für den neuen Kurfürsten faktisch ein Nebenland, auch wenn es wegen der mit dieser Herrschaft verbundenen Kurwürde die höchste Stellung innerhalb seiner Fürstentümer einnahm. Die Herrschaft in der Mark war zum einen wegen des äußeren Drucks, der aus dem Konflikt mit Pommern und den Kämpfen um die schlesische Herrschaft Glogau entstand, potentiell gefährdet. Dazu kam, dass die finanziellen Ressourcen der märkischen Regierung trotz der Konsolidierungspolitik Kurfürst Friedrichs II. immer noch sehr gering waren. Der Rückkauf der Neumark im Jahr 1464 und die Kämpfe gegen Pommern in der zweiten Hälfte der 60er Jahre führten zu einem Schuldenstand von rund 140 000 Gulden am Ende von Friedrichs Herrschaft. Mit diesen Hypotheken musste Albrecht zurecht kommen und er war zusätzlich mit dem Problem konfrontiert, die Mark aus der Ferne regieren zu müssen. Die Informationen über die Kurmark waren deshalb für Albrecht sehr wichtig und spiegelten zum anderen auch den Verlauf dieser inneren und äußeren Auseinandersetzungen.

Der Konflikt mit dem nördlichen Nachbarn Pommern beschäftigte Albrechts Vorgänger Friedrich II., ihn selbst und auch noch seinen Nachfolger Johann von 1464 bis 1493 immer wieder. Diplomatische und auch militärische Auseinandersetzungen wechselten sich mit Lösungsversuchen ab.<sup>(1)</sup> Natürlich tauchte dieses Konfliktfeld auch in den Informationen auf, die Albrecht Achilles über die Situation in der Mark zugesendet bekam. Sie werden zusammen mit den innenpolitischen Nachrichten behandelt, weil sich zwischen beiden viele Überschneidungen ergeben.

Die ersten Nachrichten zu diesem Thema scheinen Albrecht und sein damals in Brandenburg regierender Bruder Friedrich II. schon bald nach dem Tod des Herzogs Otto von Pommern-Stettin bekommen zu haben. Am 11. September 1464 starb mit Herzog Otto der letzte Angehörige der Stettiner Linie der Greifen kinderlos und die Brandenburger konnten sich Hoffnungen auf den Erwerb des östlichen Teils des Herzogtums Pommern machen. Kurfürst Friedrich wurde darüber mit einer gewissen Verzögerung informiert, weil er sich im Herbst dieses Jahres in Franken aufhielt. Die Kanzleinotiz dieser undatierten Mitteilung hielt dann auch fest: „*Tempore quo dominus fridericus, marchio brandenburgensis erat in Cadolburch.*“<sup>(2)</sup> Da Albrecht Achilles zu dieser Zeit sicher auch in Franken war<sup>(3)</sup>, erhielt er die Nachricht wohl fast zeitgleich mit seinem kurfürstlichen Bruder. Schon am 19. Oktober wurde Albrecht aktiv und beauftragte Hertnid von Stein, als Unterhändler in den Verhandlungen um die Zukunft des Herzogtums Stettin an den Kaiserhof zu gehen. Auch König Podiebrad von Böhmen und andere Kurfürsten wurden von den Brandenburgern über ihren Erbanspruch auf Pommern informiert. Albrecht war von Friedrich, der wieder nach Cölln zurückgekehrt war,

<sup>1</sup> Friedrich war es nach 1465 nicht gelungen, den Erbschaftsanspruch auf Pommern-Stettin durchzusetzen. Doch hatte er in einem Vertrag von 1467 erreicht, dass sich beide pommerschen Herzogtümer, Stettin und Wolgast, zu Vasallen Brandenburgs erklärten und die Erbfolge der Zollern akzeptierten. Siehe die Einzelheiten zu diesem Konflikt in der biographischen Skizze. Hier sei noch einmal auf die dort bereits erwähnte Literatur hingewiesen, die die Ereignisse schildert und bewertet.

<sup>2</sup> Riedel 2,5, Nr. 1817, S. 70.

<sup>3</sup> Friedrich II. verweilte mehr als einen Monat – mindestens bis Mitte November – in Ansbach und in Nürnberg auf einem Reichstag und verkehrte von dort aus mit dem kaiserlichen Hof. Quellen: FRA, II, 46, Nr. 19 – 21; S. 30 f. Albrecht selbst ist sicher am 8. November in Ansbach nachzuweisen, als er einen Brief seines Bruders vom Regensburger Reichstag erhielt. Quelle: Riedel 3,3, Nr. 58, S. 68. Es ist darüber hinaus sehr unwahrscheinlich, dass sich Albrecht während des Besuches seines Bruders, der der Abstimmung gemeinsamer politischer Positionen diente, woanders aufhielt.

informiert worden, um die diplomatischen Aktivitäten am Kaiserhof zur Sicherung der Machtübernahme in Stettin in die Wege zu leiten. Albrecht wurde hier für seinen Bruder tätig. Anfang Dezember 1464 informierte Kurfürst Friedrich II., der sich anlässlich der Beerdigungszeremonien für seinen Bruder Johann den Alchimisten wieder in Franken aufhielt, Markgraf Albrecht, er habe seinerseits die Nachricht erhalten, dass die geplante, reibungslose Machtübernahme in Pommern-Stettin sich nicht habe bewerkstelligen lassen. Der Landtag von Stettin, auf dem die Stände dem neuen Herrscher hätten huldigen sollen, habe nicht stattgefunden. Die kurfürstlich-brandenburgischen Räte seien von der Stadt Stettin nicht einmal eingelassen worden. Man habe nun für die Woche nach dem Dreikönigstag des folgenden Jahres, das heißt 1465, einen erneuten Huldigungstag einberufen.

Die Herzöge von Pommern-Wolgast hatten, das war die Quelle, auf die Friedrich sich stützte, an die Räte in Brandenburg geschrieben. Diesen Brief schickten die Räte zu Friedrich nach Franken, der ihn dann an Albrecht weiterleitete. Als zweite Anlage zu seinem Schreiben an Albrecht legte Friedrich noch ein Dokument bei, aus dem nach Friedrichs Worten hervorgehen sollte, dass die Herzöge von Pommern-Wolgast nie belehnt worden seien. <sup>(1)</sup> Weshalb Albrecht mit diesen Informationen versehen worden war, ergab sich auch aus dem Text des Briefes. Sein Bruder Friedrich forderte ihn auf, er solle beim Kaiser wieder die Sache der Brandenburger vertreten und somit erneut im Auftrag seines Bruders tätig werden.

In einem Schreiben Albrechts an Friedrich vom 15. Dezember 1464 erwähnte der Ansbacher Markgraf dann einen Brief, der auch der Information über die pommersche Erbschaft gedient haben könnte. „*Aber der von premszlaw brief gefellt uns nicht wol*“ <sup>(2)</sup>, ließ Albrecht seinen Bruder wissen. Es musste sich um ein Schreiben der brandenburgischen Stadt Prenzlau gehandelt haben, die ganz in der Nähe der Grenze zu Pommern lag. Friedrich II. schien es zuerst selbst bekommen und dann an Albrecht weitergeleitet zu haben, wahrscheinlich auch als Teil des oben erwähnten Konvoluts. Über den genauen Inhalt ist nichts bekannt.

Am 26. Dezember 1464 wurde wieder ein Brief in Cölln abgeschickt. Dieses Mal erfuhr Albrecht, dass die Stadt Stettin sich noch nicht auf die Seite der Wolgaster Herzöge geschlagen habe. Ernst und Wratzlaw würden deshalb planen, gegen die Stadt und andere befestigte Orte vorzugehen, erfuhr der Markgraf. Albrecht, so Kurfürst Friedrichs Aufforderung, solle den Lehnsbrief beim Kaiser besorgen und wenn nötig selbst an den Hof reisen. <sup>(3)</sup> Erneut dienten die Informationen an Albrecht wohl in erster Linie dazu, diesen in die Lage zu versetzen, Friedrich zu helfen.

Ausgestattet mit Informationen aus dem Norden agierte Albrecht dann bei Kaiser Friedrich III. in Wien. So sandte Albrecht einen seiner Räte, den Ansbacher Chorherrn Wentzlaw Reymann, mit entsprechenden Instruktionen zum Reichsoberhaupt und erwirkte von Friedrich III. schließlich auch die Lehnsbriefe für Pommern-Stettin und kaiserliche Mandate, die befahlen, Friedrich II. von Brandenburg als Herzog in Stettin anzuerkennen. <sup>(4)</sup> Die formelle Belehnung Friedrichs und Albrechts mit Pommern-Stettin durch Friedrich III. erfolgte am 21. März, dem Dienstag vor dem Sonntag Reminiscere, 1465. <sup>(5)</sup>

Albrecht war Ende des Jahres 1464 das erste Mal in die brandenburgische Politik eingebunden, konnte dank der ihm zugegangenen Informationen auch handelnd eingreifen, allerdings eindeutig noch im Auftrag seines Bruders Friedrich II. Die Belehnung sowohl

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 34, S. 29 f. Das genaue Datum dieses Briefes und auch der Ort, von dem er abgesendet wurde, sind nicht zu ermitteln. Friedrich befand sich jedoch im November und auch noch im Dezember höchstwahrscheinlich in Franken. Quelle: FRA, II, 46, Nr. 22, S. 31 f.

<sup>2</sup> Riedel 3,1, Nr. 249, S. 368 f.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 35, S. 30 ff.

<sup>4</sup> Die Tätigkeit Reymanns ist in einem Schreiben vom 26. Dezember 1464 nachgewiesen. Quelle: Riedel 3,2, Nr. 35, S. 30 ff.

<sup>5</sup> Raumer, Codex I, Nr. 124, S. 257 f. Die Rechnung über alle Ausgaben für die Räte und Beamten am kaiserlichen Hof, die bei Raumer, Codex, a.a.O. abgedruckt ist, zeigt, dass die Brandenburger insgesamt 1000 Gulden bezahlen mussten, um die Belehnung zu erhalten.

Friedrichs als auch Albrechts mit Pommern kann allerdings schon als Hinweis darauf gesehen werden, dass Albrecht als möglicher Nachfolger Friedrich galt. Die Frau Friedrichs, Katharina von Sachsen, brachte im Verlauf des Jahres 1465 einen toten Knaben zur Welt. Das genaue Geburtsdatum ist nicht überliefert, so dass nicht klar ist, inwiefern dieser neuerliche Schicksalsschlag – schon 1454 hatte das kurfürstliche Paar einen männlichen Neugeborenen verloren – Friedrichs Politik im Verlauf des Jahres 1465 und konkret die Entscheidung beeinflusste, auch seinen Bruder mit Pommern belehnen zu lassen. <sup>(1)</sup>

Im Herbst 1465 kamen neue Informationen aus Brandenburg, mit denen Friedrich seinen Bruder wieder als Helfer einzusetzen trachtete. Mit einem Schreiben vom 18. September 1465 aus Tangermünde wurden die Informationen über die Pommernfrage an Albrecht zwar schon viel detaillierter, sie bleiben aber auch jetzt noch darauf ausgerichtet, Albrecht in die Lage zu versetzen, für Friedrich tätig zu werden. <sup>(2)</sup> Friedrich informierte Albrecht zuerst, dass es gelungen sei, Nachrichten der Wolgaster Herzöge, den Gegnern im Kampf um das Stettiner Fürstentum, abzufangen: *„Wir schicken ewer Lieb hierinne verschlossen ein abschrift, die der Doktor, der jnn dem Keyserlichen Hofe von den Herren vnnsers Widerteils geschickt ist, denselben herrn heym geschrieben hat, den ewer Lieb wol vernemen wirdt vnd uns von guten Freunden yzundt zugeschickt ist.“*

Zusätzlich referierte Friedrich auch noch den Inhalt des Schreibens. Die Pommern hätten für sich die Verwandtschaft mit den Herzögen von Stettin und damit das Erbe beansprucht. <sup>(3)</sup> Auch sei dem Text zu entnehmen, dass der Kaiser ein falsches Spiel mit den Brandenburgern betreibe und den Wolgastern schon im Februar die Belehnung mit Stettin zugesichert habe. Auch seien, dies entnahm Friedrich ebenfalls dem Brief an die Pommern, die kaiserlichen Räte auf Seiten der Wolgaster: *„... als er auch rurt, das vns vnners Herrn des Keisers Rete das meiste Teil nicht gunstig sein sollen, wissen wir nicht, wormit wir das vmb sy verschult haben ...“*

Dann informierte Friedrich Markgraf Albrecht noch genau über die lehnsrechtlichen Abläufe in Pommern. Die Kernaussage war, dass die Vorgänger der jetzigen Herzöge von Wolgast nie mit Stettin belehnt worden seien. Kaiser Sigmund habe die beiden Linien der Pommernherzöge auf dem Konstanzer Konzil getrennt mit ihren jeweiligen Ländern belehnt und die Stettiner ausdrücklich an die Markgrafen von Brandenburg als deren Lehnsherrn verwiesen. Auch hätten sowohl Kurfürst Friedrich I., als auch Markgraf Johann der Alchimist, als auch er selbst immer auf der Lehnshoheit bestanden. <sup>(4)</sup> Albrecht solle aktiv werden *„... doch wolle ewr Lieb gleich wol uff disz unser Sach gut achtung haben.“*

Dieser Halbsatz beinhaltet nun die Begründung, warum Friedrich Albrecht mit all den Detailinformationen munitionierte. Er sollte sich um *„unser Sach“*, will heißen, um diejenige des gesamten Hauses Zollern kümmern. Man kann hier einen Anstieg in der Qualität der Informationen aus Brandenburg an Albrecht feststellen. Zumindest eine Gleichwertigkeit in der politischen Bedeutung der beiden Brüder war nun erreicht, was sich zwangsläufig auch in der Qualität der Nachrichten niederschlagen musste, die an Albrecht geschickt wurden.

<sup>1</sup> Die Belehnung zur gesamten Hand, also die Übergabe an alle erbberechtigten Mitglieder einer fürstlichen Familie, war allerdings ein zu dieser Zeit weit verbreiteter Vorgang. Sie allein beweist noch nicht, dass Friedrich die Hoffnung auf einen Sohn aufgegeben und Albrecht als seinen Nachfolger akzeptiert hatte. Siehe Näheres dazu in der biographischen Skizze.

<sup>2</sup> Riedel 2,5, Nr. 1835, S. 90 ff.

<sup>3</sup> Der mehrseitige, auf Latein verfasste Text, mit dem der pommersche Rat Matthias Wedel sich an den Kaiser wandte, ist in die brandenburgischen Archive überführt worden und von Raumer 1831 vollständig veröffentlicht worden. Quelle: Raumer, Codex I, Nr. 123, S. 253 ff.

<sup>4</sup> Die Aussage, dass die Pommernherzöge nie zur gesamten Hand mit dem Land belehnt worden wären, ist historisch nicht richtig. Denn Karl IV. hatte genau dies im Jahr 1348 getan. Die damalige Belehnung der Pommernherzöge war ein politischer Schachzug gegen die Brandenburger Markgrafen aus dem Hause Wittelsbach, die in Gegnerschaft zum Luxemburger standen.

Das nächste Schreiben Friedrichs an Albrecht stammt vom 5. April 1467. <sup>(1)</sup> Inzwischen hatte der Kaiser in der Stettiner Angelegenheit offen die Seite gewechselt und die Wolgaster Herzöge mit Stettin belehnt. Das Dokument ist auf den 14. Oktober 1466 datiert. Märkische Räte, so berichtete Friedrich, seien bei einem Treffen mit den Pommern gewesen und hätten um eine Kopie des Lehnsbriefes gebeten, den Kaiser Friedrich III. den Herzögen Ernst und Wratzlaw von Wolgast über Pommern-Stettin ausgestellt habe. Dieses Dokument sei ihnen verweigert worden und keiner der Brandenburger Fürsten habe bisher – immerhin sieben Monate nach der Ausstellung – den Lehnsbrief gesehen.

Die Wolgaster Räte hätten dann vorgeschlagen, auch über die gegenseitigen Beziehungen zu verhandeln, was die märkischen Räte abgelehnt hätten. Der Grund für die Benachrichtigung Albrechts hört sich in diesem Brief schon etwas anders an: „... *des wolt wir ewr liebe unverkundet nicht lassen, das ewer liebe ein wissen habe, was vnser here der keyser by uns tut.*“ Albrecht hatte jetzt keinen Auftrag mehr, ja, es ist überhaupt keine konkrete Zielsetzung in Friedrichs Brief feststellbar. Es scheint hingegen eher so, als diene diese Benachrichtigung Friedrich dazu, sich seine Sorgen und Nöte von der Seele zu schreiben. Bestätigt wird diese Vermutung durch die Tatsache, dass der Brief noch eine Seite weitergeht und Friedrich darin ausführlich über die kaiserliche Ungerechtigkeit klagt.

Die Brandenburger gaben ihre Versuche, Pommern-Stettin zu erwerben, vorerst auf und begnügten sich mit der Lehnsoberhoheit, der Eventualnachfolge und dem Recht, alle Titel der Herzöge von Pommern führen zu dürfen. Dieses Recht wurden beiden Zollernfürsten, auch dem fränkischen Markgrafen Albrecht, zugestanden. Das war wieder ein Schritt weiter auf Albrechts Weg zur Kurwürde.

Sehr detaillierte Informationen über die Auseinandersetzungen zwischen Brandenburg und Pommern erhielt Albrecht mit einem Schreiben seines Bruders Friedrich II. vom 29. Juni 1470. Jetzt zeigte sich ein gravierender Unterschied in der Art der Information. Hatten die Nachrichten für Albrecht über die Pommern-Krise früher dazu gedient, ihn in die Lage zu versetzen, seinem Bruder Ratschläge zu geben und ihn diplomatisch zu unterstützen, so mussten die Informationen Albrecht als den neuen Kurfürsten – die Übergabe der Kurwürde war formal am 6. Mai 1470 erfolgt – jetzt in die Lage versetzen, selbstständig zu entscheiden. Die Art und die Fülle der Informationen war dann auch entsprechend.

Die beiden regierenden Herzöge von Pommern, Erich und Wratzlaw, hätten geschrieben und der Korrespondenz in Abschrift ein Schreiben Kaiser Friedrichs III. beigelegt, so Friedrich. Von dessen Inhalt erfahren wir nichts, doch ist dem Tenor des Begleitschreibens zu entnehmen, dass es einen für die Pommern günstigen Inhalt hatte. Denn Friedrich fragte Albrecht, ob er es für möglich halte, dass der Kaiser so etwas hinter dem Rücken der Brandenburger machen könne. Friedrich machte zudem deutlich, dass er das kaiserliche Schreiben für nicht authentisch hielt.

Weitere Informationen in dem Brief waren die Aussage, dass die Pommern sowohl beim König von Polen als auch beim Kaiser ein Schiedsgerichtsverfahren angestrengt hätten und dass der polnische Rat Steber von Ponitz jetzt, nachdem er erst in Cölln gewesen sei, sich zu Verhandlungen in Pommern aufhalte, sich von dort aber noch nicht gemeldet habe. Außerdem hätten die Pommern-Herzöge zwei Gesandte geschickt, die um die Verlängerung des Waffenstillstandes nachsuchten. Der Frieden sei ja bis Maria Lichtmess (2. Februar) 1471 vereinbart, er habe jetzt eine Verlängerung bis Sankt Juliane (16. Februar) genehmigt und ein Treffen der beiden Ratsdelegationen in Gartz am Samstag nach Sankt Appolonia (11. Februar) vereinbart. <sup>(2)</sup> Die detaillierten Angaben, die Friedrich über seine Beschlüsse machte, erinnern schon an die Amtsführung eines Regenten, der alles detailliert seinem

---

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 301, S. 431 ff.

<sup>2</sup> Riedel 3,3, Nr. 70, S. 86 f.

Fürsten meldet und sich vor ihm rechtfertigt. Durch die Kenntnis der genauen Daten wurde Albrecht in die Lage versetzt, seine Pläne auf die Situation in Brandenburg einzustellen. <sup>(1)</sup> Albrecht reagierte auf diese Benachrichtigung aus Cölln in einem Schreiben vom 14. September 1470. Er billigte die Verlängerung des Waffenstillstandes, dessen Wortlaut ihm übermittelt worden sei. „*Als vns auch itzundt Jungst der abschied des tags mit den wolgatischen hern verkundet ist, lassen wir vns auf das mal gefallen.*“ <sup>(2)</sup> Das Regierungshandeln beschränkte sich vorerst darauf, die außenpolitischen Angelegenheiten der Mark aus der Ferne zu steuern.

Am 6. Mai 1470 hatte Kurfürst Friedrich II., wie schon erwähnt, auf die Brandenburger Kurwürde und Albrecht schickte bereits am 17. Mai Jahres zwei seiner Vertrauten, die Räte Georg von Absberg und Ludwig von Eyb, nach Cölln, um dort eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. <sup>(3)</sup> Mit Datum vom 8. Juni wurde den Räten noch einmal eine ausführliche Liste übersandt, in der die Anweisungen im wesentlichen wiederholt und detaillierter gefasst wurden. <sup>(4)</sup> Diese Instruktion muss ihnen nachgeschickt worden sein, da sie ausweislich einer anderen Quelle am 10. Juni bereits in Cölln waren. Damit ist klar, dass Albrecht bereits zehn Tage nach seinem formalen Regierungsantritt die Regierungsgeschäfte in Brandenburg aufnahm, vorerst aber aus der Ferne, aus Franken, agierte.

Die ersten Nachrichten aus der Mark Brandenburg erhielt der neue Kurfürst nicht durch einen Boten, sondern durch einen Besuch des Brandenburger Rates Albrecht Clitzing. Die schriftliche Fassung seines Berichts an Albrecht stammt vom 10. Juni 1470 und spätestens am 20. Juni hielt Albrecht sie in Schwabach in Händen und bekam dann auch die zusätzlichen mündlichen Ausführungen Clitzings mitgeteilt. <sup>(5)</sup>

Als erstes meldete Clitzing, dass die Emissäre angekommen seien und ihre Arbeit aufgenommen hätten. Den Hauptteil der Nachricht machten aber die Berichte über das Verhalten der Stände aus, die anlässlich der Regierungsübertragung zusammengerufen worden seien. Darüber sollte Clitzing auf Weisung der fränkischen Emissäre folgendes mitteilen: „*item als mein g. here marggrave Fridrich von meinem g. hn. Marggrave Albr. zu Gera gescheiden ist, so ist der lanntag zu Berlin gewest am sonnabende vor Exaudi (2. Juni; d. Verf.) und der handel ist gewest am sonntag exaudi.*

*Item die bisschofe, prelaten und ritterschaft us der Mittelmarke, uß dem Ukerlande und us dem lande zu Sternberg haben zugesagt die huldung zu thünde, wann mein g.h. marggrave Albr. kompt und haben denn etlich sachen seiner g. vorzuhalten, die doch nicht unpillig sein sollen. So das geschehen ist, wollen sye dorann gehorsamlich gefünden werden.*

*Item die prelaten und ritterschaft us der Altenmarke und Prignitz, die dar gewest sein, haben auch zugesagt, die huldung zu thunde, doch ein frist gebeten, bis uf montag nach trinitatis (16. Juni; d. Verf.) so wollen sie dar wider komen und die andern mit sich bringen und hoffen, die andern werden sich auch gehorsamlich dorinnen halten.*

*Item die stete us allen landen haben ein rügge sprache gebeten und wollen uf montag nach trinitatis volkomen antwort sagen.“*

<sup>1</sup> Dieses Bild passt auch in die politische Lage, denn am 6. Mai 1470 hatte Friedrich II. endgültig auf die Mark verzichtet. Vor seiner Abreise nach Franken, wo er seinen Alterssitz auf der Plassenburg einzunehmen gedachte, kümmerte er sich nur noch um den Gang der Geschäfte.

<sup>2</sup> Riedel 3,1, Nr. 383, S. 536; Priebatsch 1, Nr. 93, S. 175.

<sup>3</sup> Die Instruktion für den Gesandten von Waldenfels und „*die andern van der Blasseburg aus in die Marck*“, wie es in der Quelle heißt, wurde zusammen mit dem „Gewaltsbrief“ für die märkischen Statthalter und zwei Schreiben nach Cölln geschickt. Eines ging an Markgraf Johann, ein zweites an die Statthalter. Beide sind am 17. Mai ausgestellt. Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 61; Priebatsch 1, Nr. 40, S. 121 f.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 65; Priebatsch 1, Nr. 51, S. 128 ff.

<sup>5</sup> Clitzings Informationen, Quelle: STAN, a.a.O., fol. 67; Priebatsch 1, Nr. 55, S. 136 f., beantwortete Albrecht mit einem Brief vom 20. Juni. Quelle: STAN, a.a.O., fol. 68, Priebatsch 1, Nr. 58, S. 138 f. Wir werden in Kapitel 3 noch genauer auf diese mündliche Berichterstattung des Rates eingehen.

Clitzing musste aber noch eine Reihe weiterer Punkte berichten, von denen einige so ausformuliert wurden, dass schon aus der schriftlichen Fassung der wesentliche Inhalt der mündlichen Meldung sichtbar wurde:

*„Item die stete haben meinem g. heren marggrave Hansen und den stathaltern abgesagt, das sie die trabanten zu Gartz nicht lenger halten wollen, dann bis uf den sant Johannis tag (24. Juni; d. Verf.)<sup>(1)</sup> bitten marggraf Hans und stathelter etliche gute büchsenmeister uszurichten und auch II c trabanten und die forderlich ye ehe ye besser hinein zu schicken.“* Die Städte wollten also die Lasten für die Garnison in Gartz nicht mehr tragen und forderten, dass der Fürst die wichtige Grenzfestung auf eigene Kosten sichere.

Weiter erfuhr Albrecht, dass die markgräflichen Beamten alle auf den neuen Herrn eingeschworen worden seien, was dieser sicherlich befriedigt zur Kenntnis genommen hat. Dann musste Clitzing aber noch melden, dass die Verhandlungen über die Abzahlung der von Friedrich in seiner Regierungszeit angehäuften Schulden nicht vorangekommen sei. Markgraf Friedrich sei aber bereit, seinem Bruder und Nachfolger ein gesondertes Schreiben zukommen zu lassen, in dem der Regierungswechsel gegenüber dem Kaiser noch einmal ausdrücklich erklärt werde. Diese Nachrichten waren alle wichtig, um möglichen Schwierigkeiten von Seiten Friedrichs III. bei der Belehnung vorzubeugen.

Schließlich konnte Clitzing noch melden, dass man im Kampf gegen einen berüchtigten Raubritter, den Schibelbein, vorankomme. Es sei schon ein Aufgebot ergangen. Und ein letzter Punkt bezog sich auf die Außenpolitik: *„item von der eynung wegen mit dem konig zu Poln hat mein here von Lubus geschrieben und warten des antworts.“* Die Beziehungen zum benachbarten Königreich waren vor allem deshalb sehr wichtig, weil Polen eine Art von Schutzmacht für das Herzogtum Pommern ausübte. Auch gab es wohl schon damals Heiratspläne zwischen den Jagiellonen und den Zollern.

Vier weitere Punkte finden sich in der Fertigung nur in Stichworten, so dass nicht zu entscheiden ist, was genau Clitzing in Ansbach vorbrachte.<sup>(2)</sup>

Zusammenfassend sind diese Nachrichten über die Reaktion der Stände als ambivalent zu werten. Alle Ständevertreter signalisierten zwar im Prinzip Zustimmung zur Rechtsnachfolge Albrechts, knüpften diese aber an Bedingungen. Manche gingen sogar so weit, deutliche Vorbehalte zu formulieren, indem sie ankündigten, erst einmal Rücksprache halten zu müssen. Die anderen Punkte waren ebenfalls von gewisser Bedeutung für die Regierungsfähigkeit in der Mark. Alles in allem zeichnete die Berichterstattung aber kein problematisches Bild, sondern zeigte Albrecht, dass seine Vertreter die Lage kontrollierten.

In seiner Reaktion, in dem schon erwähnten Brief aus Schwabach vom 20. Juni an Markgraf Johann und die Statthalter, in dem der Kurfürst die Berichterstattung des Rates Clitzing erwähnte und sich dafür bedankte, ging Albrecht dann aber hauptsächlich auf den Punkt Gartz ein. Schon die schnelle Antwort zeigt, dass dem Fürsten diese Angelegenheit sehr eilte. Albrecht Achilles schrieb: *„... doch so schreiben wir hiermit den vier steten Brandenburg, Berlin, Franckfurt und Prenzlaw bestellung halb der trabanten gein Garcz und Logkenicz als ir in dieser hir innliegenden abschrift vernemen werdendt. Die wollet ine zum furderlichsten behendigen und auch bey ine allen vleys ankern, damit es geschehe. Das wollen wir in sundern gnaden gein ine erkennen, dann was wollten sie uns zeyhen, das sie uns ein sulche kurze zeit das abslugen, das sie unserm lieben bruder bishere lang zeit gewillfahrt haben.“*<sup>(3)</sup>

<sup>1</sup> Grotefend, a.a.O., Band 1, S. 100. Der 29. Juni ist in den Quellen der Tag „*decollatio Johannis*“

<sup>2</sup> *„item von der jungen frauen wegen.“* Das bezog sich auf das Schicksal der beiden noch nicht verheirateten Fürstentöchter in Brandenburg.

*„item von meins g. herrn marggrave Albr. und auch marggraf Hanses des alten insigel wegen.“*

*Item ob des not wurd sein, den stathaltern macht zu geben, etliche rete zu versetzen.“*

Und schließlich der letzte Punkt: *„item wie es dar mit aller notturft gestalt ist.“* Hier sind sicherlich die Probleme der Herrschaftsorganisation gemeint, vor allem die Struktur am Hof und die Haushaltsführung, auf die auch in späteren Berichten noch eingegangen wurde.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 69; Priebatsch 1, Nr. 58, S. 138 f.

Albrecht legte also den Finger genau in die Wunde. Die Städte wollten Verpflichtungen, die sie gegenüber Kurfürst Friedrich II. eingehalten haben, anlässlich des Regierungswechsels loswerden. Da natürlich die meisten Rechte des Fürsten nicht kodifiziert und allgemein geregelt waren, sondern es sich um einzelne Leistungen handelte, die sich aus der Gewohnheit ableiteten und dadurch zu Recht wurden, hätte der Wegfall einer Leistung bedingt durch den Regierungswechsel zu einer Kettenreaktion führen können. Dem musste Einhalt geboten werden. Die generellen Einwände und Forderungen der Stände, die auf dem Landtag vorgebracht worden waren, schienen Albrecht dagegen von geringerer Relevanz. Er reagierte nicht auf sie.

Doch der Streit um die Bezahlung der Gartzner Garnison beunruhigte Albrecht auch in anderer verfassungsrechtlicher Hinsicht. In einem beigelegten Zettel wandte sich Albrecht dagegen, die 200 Trabanten für Gartz von Franken aus zu bezahlen: *„Ir habt Albertum Clitzing auch an uns zu werben empfohlen, wir sollen II c drabanten hinein gein Garcz schicken. Das dienet hie außen nicht zu guten gerucht, in der gestalt, wir römten uns großer macht von den landen dort innen und musten hilf hinein schicken ... so wol als dort außen, das er auf seinen kosten, on unsern schaden, ein stat besetzen kond, oder zwaihundert tuglich drabanten usrichten mög, da mit er seine sloss besezt und in der vertrauen mocht ... .“*<sup>(1)</sup>

Albrecht wollte aus zwei Gründen die Versuche unterbinden, Franken für Brandenburg zahlen zu lassen. Einmal tat er es natürlich, um das Geld zu sparen. Die unangenehmen Erinnerung an die gravierenden finanziellen Probleme seines Vater Friedrich I., der die fränkischen Markgrafschaften hoch verschuldete, um die Mark zu gewinnen, waren Albrecht Achilles sicher eine Warnung. Bei seinem Regierungsantritt 1440 war die Markgrafschaft Ansbach so verschuldet gewesen, dass er sich keinen eigenen Hofstaat leisten konnte und mit seiner Mutter zusammen Hof halten musste. Auch sein politischer Spielraum war entsprechend klein. Zum anderen musste er natürlich auch zeigen, dass sich das Kurfürstentum aus eigener Macht erhalten könne, um die Gelüste der zahlreichen Gegner nicht zu nähren.

Aus dem Antwortbrief Albrechts lässt sich quellenmäßig auch noch belegen, dass es Albrecht Achilles selbst war, der die Benachrichtigung anforderte: *„Hochgeborener furste, lieber sune, erwirdige, besunder liebe frund und getreuen, als Albertus Cliczing itzund uf unser beschaiden heraus zu uns komen ist ... .“*<sup>(2)</sup>

Der neue Kurfürst räumte Nachrichten aus Brandenburg einen so hohen Stellenwert ein, dass er nicht nur zwei Räte in das neue Herrschaftsgebiet entsandte, die dort die Regierungsgeschäfte überwachen sollten. Sondern diese Emissäre erhielten zusätzlich den Auftrag, unverzüglich Berichte aus der Mark zu schicken und dazu einen der besten Kenner der Situation mit ausführlichen Schreiben und zur mündlichen Berichterstattung zu entsenden. Albrecht schien klar zu sein, dass er nur bei genauer Kenntnis der Lage Entscheidungen treffen konnte.

Die ersten schriftlichen Erläuterungen zu den Ergebnissen ihrer Visitation, die mit Boten übersandt wurden, übermittelten die beiden entsandten Räte Waldenfels und Eyb an den Kurfürsten in einem sehr ausführlichen Bericht, der aus der Zeit Ende Juli/Anfang August 1470 stammt. Es handelt sich um einen Hauptbrief und einige beigelegte Zettel, die im Archiv in einem Konvolut beisammen liegen.<sup>(3)</sup>

Die Rechnungsführung im märkischen Hofhalt, so die erste Nachricht, sei chaotisch, *„ ... jederman gelebt nach seinem willen“*, so dass man als erstes einen ordentlichen Haushalt erstellt habe. Die Räte ersuchten Albrecht, den erprobten Rechnungsprüfer Sigmund Plohofer

<sup>1</sup> STAN, a.a.O.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O.

<sup>3</sup> Alle folgenden Zitate und die in indirekter Rede wiedergegebenen Textpassagen stammen aus der Quelle in STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 437, fol. 3, 4, 5, 6 und 10; Priebatsch 1, Nr. 75, S. 157 ff. Das Hauptschreiben, das im Archiv die Folionummer 10 trägt, ist nicht datiert, stammt aber wohl aus dem Mai des Jahres 1470. Die vier zusätzlichen Zettel, die mit 3 bis 6 beziffert sind, sind jeweils nur abgeschnittene kleine Stücke Papier, die sicherlich zusammen mit dem Hauptschreiben nach Ansbach geschickt wurden.

zu schicken, damit dieser die Ausgaben der Küche, des Mühlenhofes, des Zöllners und aller einzelnen Gewerke am Hof und am Mühlenhof kontrolliere. Den Aufgabenbereich, den sie dem Gegenschreiber übergeben wollen, listeten die Gesandten dann anschließend auf.

Nach dieser vernichtenden Analyse des Hofhaltes berichteten die Räte noch über sonstige Vorkommnisse und vorgefundene Strukturen. So sei ihnen ein Rechtsfall angetragen worden, in dem es um Totschlag unter Verwandten gehe. Sie schlugen in dieser zweiten Zedula vor, eine Geldbuße in Höhe von 400 Gulden zu verhängen. Dies war also nicht nur eine Information, sondern auch ein Ratschlag, wie zu verfahren sei. Die Einblicke in die örtlichen Gegebenheiten machten es den Räten möglich, ihrem Fürsten auch Problemlösungen vorzuschlagen.

Anschließend wurde das Problem erwähnt, das in den kommenden Jahren fast in jeder Berichterstattung zu finden war: die prekäre Situation in der Grenzstadt Gartz. Die Städte würden es versäumen, weiterhin die ihnen auferlegten militärischen Kontingente für die 130 Mann starke Garnison in Gartz zu stellen, so die Räte. Man habe jetzt auf fürstliche Kosten 100 Mann unter Sold genommen und in Gartz stationiert: 60 Fußsoldaten, 20 Reiter und 20 Stadtwächter. Pro Woche mache das Kosten von rund 18 Groschen pro Mann aus, was damals ungefähr dem Wert von einem halben Gulden entsprach. Die jährlichen Gesamtkosten für den kurfürstlichen Haushalt, so musste sich Albrecht zu Hause ausrechnen, beliefen sich damit auf rund 2500 Gulden. Diese hohe Summe nannten die Räte in ihrem Bericht nicht.

Der Besitz der Stadt Gartz, die ursprünglich im Besitz der Herzöge von Pommern-Stettin gewesen sei, sei wichtig, weil daraus der Anspruch auf den Herzogstitel von Pommern abgeleitet werden könne, so die Auskunft der Räte. Denn es sei schwierig, „... *den titel zu schreiben on land und leut.*“ Dem Fürsten wurde damit die verfassungsrechtliche Notwendigkeit erklärt, weswegen man sich Gartz sichern sollte. Albrecht solle Anweisungen für das weitere Vorgehen in Gartz schicken, endet dieser Teil der Berichterstattung.

Im ersten der beigelegten Zettel (Folio 3) wurde auf die allgemein prekäre Versorgungslage in allen kurfürstlichen Burgen verwiesen. Es gäbe keine Burg, auf der genug Vorräte seien, um 100 Mann eine Nacht zu versorgen, Pfeile und Pulver würden nicht für zwei Tage Kampf reichen. Man werde wohl Material kaufen müssen. Zu Friedrichs Zeiten habe man das alles geborgt. Auch werde man die zuständigen Beamten fragen, um eine Lösung des Problems zu finden.

Der zweite Zettel (Folio 4) beinhaltet die Nachricht, dass man erfahren habe, man könne im Krieg auch Soldaten finden, die ohne Sold kämpften, wenn man ihnen Beute und das Lösegeld für Gefangene garantiere.

Der dritte Zettel (Folio 5) setzt Albrecht darüber in Kenntnis, dass sein Bruder Friedrich den Räten geschrieben habe und dass das Schreiben an den neuen Kurfürsten weitergeleitet worden sei, vermutlich als Anlage zu dem gesamten Konvolut.

Albrecht, so die Nachricht in Zettel 4 schließlich, (Folio 6), solle „*pfeileisen*“ schicken, „*pfeylsticker*“ gebe es reichlich. <sup>(1)</sup>

Auch die Diskussionen zwischen Albrecht und dem abgedanktem Kurfürsten spiegeln sich in den Berichten der Räte. Friedrich war noch in Brandenburg und bezüglich des Darlehens, das er seinem Bruder zu geben bereit sei, stand im Bericht zu lesen, dass es nur in ungarischen Gulden ausgezahlt werden könne, rheinische Gulden habe er keine zur Verfügung. Die drei Schriften des Briefwechsels zwischen den Räten und Friedrich, in denen das Darlehensproblem besprochen worden war, wurden dem Konvolut ebenfalls beigelegt.

Als Reaktion auf die große Zahl von Nachrichten aus seinem neuen Fürstentum schickte Albrecht am 18. August 1470 zwei Briefe nach Cölln, in denen er Angelegenheiten ansprach, die in allen Schreiben der Räte, dem Hauptbrief und den beigelegten Zetteln, erwähnt worden waren. Es ist daher davon auszugehen, dass das Konvolut von Schreiben, das im Archiv

<sup>1</sup> Mit „pfeileisen“ sind die Pfeilspitzen gemeint. Siehe Grimm, a.a.O., Band 13, Sp. 1659. Und „pfeilsticker“ sind Leute, die Pfeile herstellen, sie schäften und die Federn anbringen. Siehe Grimm, a.a.O., Band 13, Sp. 1663.

zusammen überliefert ist, auch im Jahre 1470 zusammengehörte und auf einmal von Brandenburg nach Ansbach gebracht worden war. Sonst hätte Albrecht sicherlich auf die ersten Schreiben schneller reagiert.

In einem der beiden Antwortbriefe <sup>(1)</sup> versprach Albrecht, den Gegenschreiber Plohofer zu schicken und er billigte auch die Einigung über das brüderliche Darlehen. Man solle, so wird weiter ausgeführt, eine gemeinsame Delegation aus fränkischen und brandenburgischen Räten zusammenstellen und von Cölln aus zum Kaiser schicken. Die Zusammensetzung und vor allem die Ausrüstung und das Aussehen der Delegation legte Albrecht im Detail fest. Der Fürst führt allerdings nicht aus, was die Delegation am kaiserlichen Hof erledigen solle. Er selbst plante damals schon seine Reise zum Kaiser, um dort die Belehnung mit Brandenburg zu empfangen. Allerdings kam es erst im November dazu. Verhandlungen über das Prozedere und vor allem die Kosten der Belehnung werden wahrscheinlich die Aufgaben der Räte gewesen sein, die zum Kaiser reisen sollten. Die Reise selbst ist allerdings nicht dokumentiert.

Was die anzuwerbenden Soldaten anging, so ordnete Albrecht an, diejenigen zu nehmen, die sich durchs Plündern ernähren würden. „... *gefellt uns der weg gar wol, das wir leut haben, die gewyn und verlust tragen*“, schrieb der sparsame Fürst.

Die Pfeileisen schicke er mit dem Plohofer. Er selbst wolle am 6. Januar 1471 in Cölln sein, bis dahin möge man versuchen, in der Mark Frieden zu halten. Außerdem möchten die Frauengemächer in einer bestimmten Art hergerichtet werden. Das Bußgeld in der Gerichtssache in Höhe von 400 Gulden solle man annehmen und solche Fragen in Zukunft gleich selbst entscheiden.

Beendet wurde der Brief mit dem Spruch: „*Schick weiß und bevilh in wenig.*“ Das ist zum einen als Lob für die Räte zu sehen, zum anderen drückt es aber auch aus, dass die Reaktion Albrechts in erster Linie darin bestand, die getroffenen Entscheidungen, die ihm mitgeteilt worden waren, gutzuheißen. Er forderte die Räte sogar ausdrücklich auf, mehr selbst zu entscheiden. Dieses weitgehende Delegieren von Aufgaben ist sicherlich der großen Entfernung zu Brandenburg zuzuschreiben und der Tatsache, dass ihm die Verhältnisse dort im wesentlichen unbekannt waren. Auf detaillierte Festlegungen stoßen wir in Fragen der politischen Etikette und der persönlichen Bedürfnisse, was sich bei den Anweisungen über die Ausrüstung der Gesandtschaft und die Einrichtung der Frauengemächer niederschlug.

Der zweite Brief vom selben Tag, dem Samstag nach Maria Himmelfahrt, befasste sich einzig und allein mit dem Verhältnis zu Pommern. Um dieses Schreiben richtig einordnen zu können, muss man die Vorgänge an der Grenze zwischen Brandenburg und Pommern im Sommer 1470 genauer betrachten.

Die pommerschen Herzöge Erich und Wratzlaw ließen Mitte August 1470 durch Streifscharen das Kloster, den Ort und die Burg Himmelstädt in der Nähe von Landsberg an der Wipper in der Neumark überfallen und besetzen. Der Landvogt der Neumark, Heinrich Borg, griff zur Vergeltung das Kloster Mariencron (auch Marientrohn genannt) bei Neustettin an und zerstörte es weitgehend. <sup>(2)</sup> Über diese Auseinandersetzungen, die ein Wiederaufflammen der Grenzscharmützel zwischen Pommern und Brandenburg darstellten, wurde ein ausführlicher Bericht erstellt. <sup>(3)</sup> Priebatsch, der das Aktenstück im Nürnberger Archiv fand und publizierte, meinte, dass es zur Berichterstattung an den Kurfürsten gedacht war. Er bezieht sich dabei auf ein Schreiben Albrechts vom September 1470, in dem sich dieser in einem Brief an Markgraf Johann und die Räte über das Ereignis informiert zeigte. <sup>(4)</sup>

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 77 b; Priebatsch 1, Nr. 83, S. 165 f.

<sup>2</sup> Kurz geschildert sind der Vorgang und die Vorgeschichte im Handbuch der Historischen Stätten Deutschlands, Band 12, Mecklenburg-Pommern, Stuttgart 1996, S. 234 f. Dort findet sich auch weiterführende Literatur zu den beiden betroffenen Klöstern.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 109 r.; Priebatsch 1, Nr. 82, S. 164 f.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 93, S. 175.

Diese Schlussfolgerung ist nicht ganz stichhaltig, weil Albrecht im August mehrere Berichte aus Cölln erhielt, in denen die Auseinandersetzungen mit den Pommern thematisiert wurden. Der Bericht über das Scharmützel ist weder datiert noch adressiert. Dennoch ist es sehr wahrscheinlich, dass das Schreiben an Albrecht gelangt war und damit seiner Information diente, zumal es sich später im Ansbacher Archiv befand, also nach Franken gekommen sein musste. Die Frage ist nur, wann dies geschehen war?

Sehen wir uns den Inhalt an. Der Verfasser des Schriftstücks legt zu Beginn dar, dass gegen Ende der Regierungszeit Friedrichs II. zwischen Pommern und Brandenburg Frieden geherrscht, <sup>(1)</sup> dass sich dann aber der Überfall der Pommern ereignet habe. „... *in demselben gutlichen stehende und fride etliche des landes zu Pomern, die in der gnanten herrn von Wolgast hilfe gewest seyn, in meyns gnedigen herrn lande, uf seiner g. voyt zu Schivelbein, Jacoff von Polencz, genohmen und mercklichen schaden geton haben und darzu etliche desselben landes in mein g. heren lande der Newen Marck uber Oder in einem closter Cistercienser ordens, gnant Hymelstede, auch genohmen, was dar gewest ist, unangesehen den friden und gutlich stehent. Hot der gnant myns g. herrn vogt herzoge Eriche von Wolgast dorumb geschrieben und ist auch selbst personlich dorumb zu im gerytten und seyn g. gebeten, das der die seinen mochte unterwysen und ernstlich myt in schaffen, das sye myns g. herrn marggraven armen luten solich genomen güter widergeben, die sie in inn einem cristlichen friden gnahmen hetten, das alles nicht helfen oder versahen wollte. Ist der gnante myns g. herrn und ander seiner g. landvogte und voyte dessulven landes bewagen worden, solichs zu straffen und ichts widerume darumb zu thun und haben ein küntschafft gekregen, das uf einer kirchfart eines guten tags im closter Mariencron die rytterschaft und ander des landes zu Pomern versamelt worden seyn und etliche von in leichte handeln worden, myns g. herrn landen ein grossers zuzufugen. Das zuvorkomen und auch den vorigen schaden zu rechen sein der gnante myns g. herrn vogt von Schiebelbein, Jacoff von Polencz und Hinrich Borke, landvoyt der Newen Margke und Werner Pful vogt zu Custrin myt iren hilfern bewagen worden, sie in demselben closter zu uberfallen. Als denn geton und haben etliche von in gefangen, geslagen und auch etliche leichte vom leben zum tod bracht und genohmen, was sie gehabt, und haben etliche, die sich in armario behalten hatten, dorusz genohmen und die thore entzwey gestossen, dorumb dann doch dem prior des gnanten closters und dem closter abtag geschen ist und dennoch die gnanten mnyns herrn amptlute und ire hilfere bennisch von etlichen prelaten und geistlichen und andern gehalten werden.“ <sup>(2)</sup>*

Der Vergeltungsschlag scheint Mitte August 1470, irgendwann um Maria Himmelfahrt herum, erfolgt zu sein. <sup>(3)</sup> Das Schreiben, das diese Vorfälle und die Vorgeschichte schildert, konnte also am 18. August, als der Kurfürst seinen Brief in der Pommernsache schrieb, noch gar nicht bei Albrecht in Ansbach gewesen sein. <sup>(4)</sup>

<sup>1</sup> Gemeint sind der Friedensschluss und der Kompromiss von 1467.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 109 r.; Priebatsch 1, Nr. 82, S. 164 f.

<sup>3</sup> Priebatsch argumentiert bei seiner Datierung mit dem Ausdruck „guter Tag“, der eine alte Bezeichnung für den Mittwoch sei. Da im Jahr 1470 der 15. August ein Mittwoch war, könnte dies als Beweis für diese These gelten. Ein Ritt in drei Tagen aus der Neumark nach Ansbach ist jedoch völlig ausgeschlossen, so dass Albrecht bei der Abfassung seines Schreibens keine Kenntnis von dem Vorfall haben konnte. Doch scheint der Überfall etwas früher stattgefunden zu haben. Denn die Interpretation „guter Tag“ für Mittwoch gilt von der germanistischen Forschung mittlerweile als widerlegt. Es ist der Montag, den man in spätmittelalterlichen Quellen auch als den „guten Tag“ bezeichnet. Genau belegt ist dies bei Grimm, a.a.O., Band 9, Sp. 1415 f. Da sich die Pommern beim Marienklöster aber auch zwei Tage vor Maria Himmelfahrt versammelt haben könnten, zumal wenn sie nicht nur zum Beten gekommen waren, ist der Brandenburger Überfall auch für den Montag vor Maria Himmelfahrt, den 13. August 1470, als möglich anzunehmen. Doch auch in diesem Fall konnte die Nachricht aus der Neumark am 18. August noch nicht in Ansbach gewesen sein. Fünf-Tages-Ritte zwischen Cölln und Ansbach sind in dieser Arbeit nachgewiesen, doch die Neumark jenseits der Oder ist noch rund 150 Kilometer weiter von Ansbach entfernt und die Boten brauchten somit mindestens anderthalb Tage länger für ihren Ritt nach Franken.

<sup>4</sup> Erst mit dem schon erwähnten Schreiben vom 14. September, in dem Albrecht auch auf das Problem der Exkommunikation der Brandenburger einging, reagierte der Kurfürst offensichtlich auf den Bericht.

Doch Albrecht hatte schon durch ein anderes Schreiben, das nicht überliefert ist, von dessen Existenz wir aber durch Albrechts Reaktion wissen, von den ersten Überfällen erfahren. Albrecht legte in seinem Schreiben vom 18. August den Räten seine Politik gegenüber Pommern dar, der sie zu folgen hätten und ging dabei Stück um Stück die Punkte durch, die ihm aus dem Norden übermittelt worden waren. Man kann deshalb das verschwundene Informationsschreiben aus Cölln an den Kurfürsten genau analysieren. Gleichzeitig ist die Reaktion Albrechts auf die Informationen im Detail zu fassen und zu bewerten. <sup>(1)</sup>

In Albrechts kurzer Einleitung heißt es: „*Lieben getreuen, eurem schreiben nach schicken wir euch inn der Stettinischen sach unsern ratslag, wie ir in innliegender verzeichnus vernemen werdent, euch darnach wissen zu halten.*“ Albrecht sah seine Antwort also als eine Auflistung seiner klaren Befehle für das Vorgehen gegenüber den Pommern an, auch wenn er es freundlicher formulierte.

Im „*verzeichnus*“ liest man dann: „*Item ir meldet zwu sorgnus in grüntlicher richtigung: das ein die nithaldung, das tregt das ander auf im, das sloss und gefangen verloren wern.*

*Item so meldt ir under andern, sie leugnen, das sie erworben haben die inhibicion vom kaiser, und sey in nit lieb, so slacht ir uns fur zwaierley recht vor unsern herrn dem kaiser und dem konig von Polan.*“

Die in der Berichterstattung mitgeteilten Überfälle der Pommern, seien es die auf das Kloster Himmelstädt oder die auf die Besitzungen von Brandenburger Rittern und Vögte in der Neumark, ermöglichten den Pommernherzögen Gebietsgewinne. Zusätzlich konnten sie markgräfliche Untertanen gefangen nehmen. Dies ist aus Albrechts Brief zu rekonstruieren. Die brandenburgischen Räte scheinen darauf mit Vertretern der Pommernherzöge gesprochen zu haben und hatten daraus wohl die Einschätzung gewonnen, dass die Herzöge Wrzlaw und Erich die Verträge nicht einhalten wollten, die 1467 die Lehnshoheit Brandenburgs über das nördliche Nachbarfürstentum und einen Frieden besiegelt hatten. Außerdem war Albrecht berichtet worden, dass die Herzöge von Pommern-Wolgast abstreiten würden, die Inhibition, die es den Brandenburgern untersagte, Herrschaftsgewalt im Herzogtum Stettin auszuüben, durch ein kaiserliches Mandat erworben zu haben. <sup>(2)</sup> Außerdem scheinen die Pommern den König von Polen als zusätzlichen Schiedsrichter ins Spiel gebracht zu haben. Albrechts Räte müssen ihm in ihrem Schreiben dann auch geraten haben, sich auf die polnische Vermittlung einzulassen.

Der militärische und diplomatische Erfolg von Albrechts Vorgänger Friedrich II. gegen die Pommern, der sich eine Lehnsoberhoheit und eine Eventualnachfolge gesichert hatte, stand nach dem Machtwechsel im Kurfürstentum also auf dem Spiel. Albrecht scheint das gesehen zu haben und reagierte darauf mit Anweisungen über die Verhandlungsführung und die Ziele des auszuhandelnden Vertrages: „*item ist ein notdurft, das man vor allen dingen abstell die inhibicion, sich kein teil der im rechten oder sunst zu gebrauchen; wenn on das möchte man auf den konig von Polan nit komen oder auf nymands anders. Denn wer mocht die wagnuss erleiden, das der konig von Polan des kaisers inhibicion mechtig sprech.*“ Erst dann, solle

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 76; Priebatsch 1, Nr. 84, S. 166 ff. Die folgenden wörtlichen Zitate stammen alle aus der angegebenen Quelle.

<sup>2</sup> Kaiser Friedrich III. hatte zu Beginn der Auseinandersetzungen zwischen Brandenburg und Pommern-Wolgast um Stettin 1464 den Anspruch Kurfürst Friedrichs II. unterstützt, ihn sogar schon mit Stettin belehnt und den Ständen untersagt, den Wolgastern zu huldigen. Aber bald schwenkte er um, erteilte den Wolgaster Herzögen den Zuspruch und verbot den Brandenburgern, in Stettin zu regieren, was rechtlich zu einem Patt führte. Die Inhibition oder der dingliche Arrest bedeutet die Einschränkung der Verfügungsgewalt über eine Sache. Modern ausgedrückt handelt es sich um eine einstweilige Verfügung des Kaisers, dass die Herrschaftsgewalt nicht ausgeübt werden dürfe, bis ein endgültiges Urteil ergangen sei. Siehe Haberkern/Wallach, S. 47 und Handwörterbuch zur Rechtsgeschichte, Band 1, Spalte 386 f. Dass die Pommern dieses kaiserliche Mandat nicht anerkennen wollten, ja sogar ausführten, es gebe kein solches, verwundert im ersten Augenblick, weil sie damit ja einen ihnen günstigen Rechtsakt ablehnten. Zu vermuten ist, dass sie den Kaiser als Entscheidungsträger ausschließen wollten, weil ihm eine große Nähe zu Albrecht Achilles nachgesagt wurde. Stattdessen hofften die Pommern auf den benachbarten Polenkönig.

man sich unparteiische Richter suchen. „*darauf mocht man sich des konigs von Polan oder ander vereinen, die unpartheysch wern, und ein grüntliche richtigung darauf besliessen; als fern es die rete und landtleute rieten und fur das best erckenten ...* .

*Item ob es in grüntlicher richtigung, das uns das liebste wer, nicht also geen wolt, so wer durch ein funf oder vierjerigen frid, inn der zeitt die ding also zu handeln und das recht zu treiben, wie man sich des vereynen wurd, auch fridlich zu sitzen und solichs notdruffticlich zu versorgen durch die hern, auch von beiden seyten durch prelaten, herrn, mann und stet, damit es gehalten würd.*

*Item der dritt weg, das die ding gericht wurden und die gefangen betegt bis zu austrag der sach, in welchem frid oder richtigung die that verboten und yederman das recht an billichen steten offen zu treiben und vorbehalten wer umb gefangen, gewonnen sloss, hauptsach und scheden, yetweders der weg einer wer, möchten wir, ob es die landschaft riet, erleiden.*

*Item ob der keins funden wurd, mög wir gedulden ein frid, also das recht und that ruwen bis von Pffingsten schirst uber ein jar, und in der zeit lassen versuchen, uns gutlich mit einander zu vereynen oder geburlichs rechten zu vertragen, also das aufrur und verderbung der land, plutvergiessung cristenlichs volks vermitten bleib ... .“<sup>(1)</sup>*

Albrecht gab in seinen Anweisungen den Statthaltern in Cölln vor, welche Ziele sie primär zu erreichen hätten und welche nachrangig wünschenswert seien. Eine generelle Regelung mit Hilfe neutraler Schiedsrichter sei die beste Alternative. Gelingt das nicht, solle man einen mehrjährigen Waffenstillstand anstreben. Sei auch das nicht machbar, solle man versuchen, die Gefangenen auszutauschen und die jeweiligen Kriegsgewinne zu behalten. Könne man sich auch darauf nicht verständigen, so solle wenigstens ein kurzer Waffenstillstand bis zum kommenden Pfingstfest, also für rund neun Monate, ausgehandelt werden. Spätestens dann, so ist zu vermuten, wollte Albrecht in Brandenburg sein und hätte sich selbst an Ort und Stelle um die Angelegenheit kümmern können.

Albrecht erhielt also schon zu Beginn seiner Regierung in Brandenburg genaue Informationen aus dem Norden. Nicht nur der Bericht des Vogts aus der Neumark wurde geschrieben, auch der weitere, nicht erhaltene Brief, scheint sehr ausführliche Informationen enthalten zu haben. Albrecht ging bei seinen Entscheidungen sehr genau auf die Nachrichten ein und orientierte sich dabei an ihnen. Dann reagierte er sehr umfassend und gab präzise Anweisungen, wie generell zu verfahren sei. Trotz dieser sehr detaillierten Vorgaben ließ er seinen Bevollmächtigten dann aber weitgehend freie Hand bei der Umsetzung. Denn nur sie konnten ja entscheiden, was im Moment zu erreichen war. Die große räumliche Entfernung ließ dem Kurfürsten wohl auch keine andere Wahl.

Der weitere Verlauf dieser Angelegenheit zeigt dann auch, wie begrenzt der Einfluss des weit entfernt residierenden Fürsten trotz präziser Information war. Denn schon mit Datum vom 15. August 1470 gab es ein vorläufiges Abkommen zwischen dem Brandenburger Kurfürstentum und den Pommernherzögen Erich und Wratzlaw, das in Greiffenhagen, einer Zollstation an der Steglitz bei Stettin, besiegelt wurde und das den bestehenden Waffenstillstand verlängerte. Die Brandenburger Statthalter hatten also nicht auf die Anweisungen Albrechts gewartet, sondern versucht, den Ausbruch neuer Feindseligkeiten durch einen Vertragsabschluss zu unterbinden. Durch den gleichzeitig ausgeführten Präventivschlag der Adligen aus der Neumark wurde dieser Versuch natürlich konterkariert. Die fehlende Abstimmung und die zu langsame Kommunikation zwischen Albrecht in Franken, den Räten in Cölln und den regionalen Befehlshabern war ein Grund für das politische Scheitern der Friedenspolitik. Die Folgen waren weitere Konflikte und Kämpfe in den folgenden neun Jahren.

Anfang Oktober 1470 muss dem Kurfürsten wieder ein sehr umfangreicher Lagebericht aus Brandenburg zugegangen sein. Er antwortete seinem Sohn Johann darauf mit einem Schreiben vom 4. Oktober und führte darin rund ein Dutzend Punkte auf, über die er augenscheinlich informiert worden war und die wiederum alle Politikbereiche betroffen

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 76; Priebatsch 1, Nr. 84, S. 166 ff.

hatten. <sup>(1)</sup> Wieder ist festzuhalten, dass auf ausführliche und detaillierte Informationen schnell und präzise geantwortet wurde.

Auch aus anderen Quellen als die des Hofes erhielt Albrecht Nachrichten aus Brandenburg. Anzuführen ist hier ein Schreiben der Stadt Prenzlau in der Uckermark vom 11. Juli 1471, in dem der städtische Rat von Übergriffen durch die Herzöge von Pommern berichtete. Dabei erfuhr Albrecht auch, dass der pommersche Bischof von Cammin, dessen Sprengel auch die Uckermark umfasste, die Stadt und andere brandenburgische Untertanen mit Bannsprüchen attackierte. <sup>(2)</sup> Aus den Schreiben seines Sohnes und seiner Räte war ihm diese zusätzliche Aggression nicht bekannt gewesen.

Genauere Informationen über die Verhältnisse in Brandenburg und das Verhältnis zu Pommern erhielt Albrecht durch ein Schreiben seines Sohnes vom 19. August 1471, das eine lange Kette von Friedensbrüchen der Nachbarn auflistete. Als Illustration und Beleg seiner Klagen und Warnungen legte Johann noch die Briefe von Betroffenen dem Schreiben an den Vater als Anlage bei. Als Beispiel sei ein Schreiben des Bischofs von Havelberg angeführt. Die Herzöge von Mecklenburg im Westen und Untertanen des Königs von Polen im Osten seien an den Übergriffen beteiligt gewesen, so der Bischof.

In der Uckermark, so führt Johann dann weiter aus, sei auch die Stadt Arnswalde angegriffen worden. Er habe reagiert, dem polnischen Statthalter geschrieben und mit ihm für den 1. September einen Verhandlungstag in Reetz bei Arnswalde vereinbart, zu dem er Räte entsenden werde. <sup>(3)</sup>

Albrecht scheinen diese Nachrichten beunruhigt zu haben. Denn im nächsten Brief, den er am 14. September aus Nürnberg nach Cölln sandte, und der an Sesselmann und Johann adressiert war, forderte er weitere genauere Informationen an. „... *indes erkundet man, wie sich all sach anlassen in dem Stettinischen und Mecklenburgischen handel. ... undt last uns eylends so tag und nacht wissen, wies es des Stetinischen frids halb ein gestalt hab.*“ <sup>(4)</sup> Auch schob er die Reise in die Mark, die er schon mehrmals wegen anderer Verpflichtungen zurückgestellt hatte, nun nicht mehr auf und machte sich Mitte Oktober auf den Weg.

Wohl kurz vor dem 14. September war Albrecht noch ein Schreiben aus Cölln zugegangen. Es ist nicht mehr erhalten, kann aber aus der Antwort des Kurfürsten eben vom 14. September erschlossen werden. Kanzler Sesselmann hatte in dem verlorengegangenen Schreiben anscheinend von Schwierigkeiten bei der Einberufung des Landtages berichtet. Die Stände, so lässt sich vermuten, strebten Verhandlungen an, bevor sie zu einer Huldigung bereit waren.

Albrecht reagierte schroff und lehnte jegliche Verhandlungen im Vorfeld der Huldigung ab. Er sei rechtmäßiger Markgraf von Brandenburg, da er der Erbe seines Vorgängers, schon vom Kaiser belehnt und in die Kurfürsteneinigung aufgenommen sei. Auch die Goldene Bulle regle die Nachfolge im Kurfürstentum genau. Sesselmann solle den Ständen nur mitteilen, dass sie zu erscheinen und zu huldigen hätten. <sup>(5)</sup> Man sieht, dass die Reaktion auf die Informationen klare Befehle waren. Albrecht spricht aus einer Position der Stärke heraus. Gerade jetzt befand er sich an der Seite des Kaisers in Nürnberg und hatte großen politischen Einfluss auf ihn. Zusätzlich hatte Albrecht Spielraum gewonnen weil er die Bürde des Banns einige Monate vorher auf dem Reichstag zu Regensburg losgeworden war.

Als Albrecht nach seinem ersten Aufenthalt in der Mark im März 1473 nach Franken zurückgekehrt war, fingen die finanziellen Probleme im Kurfürstentum erst richtig an. Denn der Kompromiss mit den Ständen über die Aufteilung der Schulden des Landes und der persönlichen Verbindlichkeiten des inzwischen verstorbenen Friedrich II. hatte die Lage nicht beruhigt, sondern verschärft. Albrecht hatte nämlich angeordnet, eine zusätzliche indirekte

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 87 ff.; Priebatsch 1, Nr. 101, S. 182 ff.

<sup>2</sup> Riedel 1,21, Nr. 301, S. 340 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 215, S. 270 f.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 124; Priebatsch 1, Nr. 221, S. 274 ff.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O.

Steuer, eine Akzise auf Bier und Wein, das sogenannte Tonnengeld, einzuführen. Damit wollte er seinen Anteil an der Schuldentilgung finanzieren. <sup>(1)</sup>

Doch die Städte verweigerten das Tonnengeld, da es von ihnen nicht gebilligt worden war. Darüber wurde Albrecht schon einen Monat nach seiner Abreise durch den Hauptmann der Altmark, Busso von Alvensleben <sup>(2)</sup>, informiert. Dieser schrieb am 3. April 1473 aus Tangermünde nach Cölln. Sein Schreiben wurde einem auf den 9. April datierten Schreiben Kanzler Sesselmanns beigelegt und so nach Ansbach geschickt. Er sei, so heißt es in dem Bericht aus Tangermünde, zum Zwecke des Einforderns des neuen Zolls in Salzwedel, Gardelegen, Stendal, Havelberg und Rathenow gewesen, sei aber überall auf Ablehnung gestoßen und habe kein Geld bekommen können. <sup>(3)</sup>

Das Schreiben Sesselmanns geht auf die Pommernfrage ein und empfiehlt dringend den Neubau einer Burg in Gartz, wo es rund 30 Bürger mit den Pommernherzögen halten würden. <sup>(4)</sup> Wieder ist in der Berichterstattung eine Trennung verschiedener Politikbereiche zu bemerken. Alvensleben berichtete über innenpolitische Aspekte und Sesselmann leitete das Schreiben mit einer kurzen Bemerkung weiter. Den außenpolitischen Konfliktstoff behandelte der Kanzler in einem separaten Brief.

Mit Datum vom 10. April 1473 sandte Markgraf Johann ein sehr langes Schreiben nach Ansbach, in dem er auf Alvensleben Bezug nahm und die Widerspenstigkeit der Städte hinsichtlich der neuen indirekten Steuer ausführlich schilderte. Vor allem in Frankfurt an der Oder gebe es große Vorbehalte gegen das Tonnengeld, so der Markgraf. Das zweite große Thema war auch in diesem Schreiben die unsichere Lage in Gartz. Zusätzlich zu den bekannten und immer wiederkehrenden Informationen aus der Mark Brandenburg erfuhr Albrecht, dass Johann ein allgemeines Aufgebot in der Uckermark und in der Neumark erlassen habe, um auf Angriffe der Herzöge von Pommern reagieren zu können.

Johann leitete ebenfalls Informationen von regionalen Amtsträgern an den Kurfürsten weiter, so zum Beispiel diejenigen des Landvogts der Neumark, Jakob Polenz, des uckermärkischen Landvogts Bernd von Bredaw und des Bischofs von Havelberg, der aus der Prignitz berichtete.

Der Rat der Stadt Gartz, die in der Uckermark sehr nahe an den Besitzungen der Herzöge von Pommern lag, schickte im Frühjahr 1473 zwei Warnschreiben nach Cölln. Eines, datiert auf den 5. April, ging an Markgraf Johann, ein zweites, geschrieben am 1. Mai, an den kurfürstlichen Rat Nickel Pfuhl. In beiden Briefen wurde vor Angriffen der Pommern-Herzöge gewarnt. <sup>(5)</sup> Auch diese beiden Schreiben wurden an Albrecht weitergeleitet, wodurch sich sein Informationshorizont erweiterte. Das Schreiben der Stadt Gartz vom 5. April ist mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls zusammen mit dem Schreiben Johanns nach Ansbach gebracht worden.

Außerdem bekam Albrecht im Brief seines Sohnes zu lesen, dass seine Nichte Dorothea, Tochter Kurfürst Friedrichs II. und seit 1464 mit Herzog Johann IV. von Sachsen-Lauenburg verheiratet, nach Cölln gekommen sei. Was die Herzogin wollte, stand nicht im Brief. Aber eine Nachschrift gibt uns einen Hinweis auf den möglichen Grund, nämlich die Abwicklung von delikaten Familienangelegenheiten. Dorotheas Schwester, Markgräfin Margaretha, die noch in Cölln wohnte und deren Verheiratung anstand, hatte sich offensichtlich darüber beschwert, dass die Pläne für eine Ehe und damit ihre Versorgung nicht vorankämen. Johann hatte ihr in Albrechts Namen ausgerichtet, dass man im Moment kein Geld für die Mitgift

<sup>1</sup> Siehe die genaue Erklärung des Vorgangs in der Biographischen Skizze und bei Priebatsch, 1, Einleitung.

<sup>2</sup> Die Geschichte der Familie von Alvensleben zeichnete Siegmund Wilhelm Wohlbrück nach in seinem Werk *Geschichtliche Nachrichten von dem Geschlechte von Alvensleben und dessen Gütern. Zweiter Theil*, Berlin, 1819. Albrechts wichtiger Rat, Busso von Alvensleben, wurde schon unter Friedrich II. Ritter und in den Schwanenorden aufgenommen. Sein Leben wird bei Wohlbrück auf den Seiten 69 bis 106 geschildert.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 87, S. 101 f.

<sup>4</sup> Riedel a.a.O., S. 111 ff.

<sup>5</sup> Riedel 3,2, Nr. 88, S. 102 f.

habe. Johann meldete, dass er diesen sicher nicht angenehmen Befehl ausgeführt habe. *„Gnediger herre, Fraw Margareta ist zu uerstehn geben, das ewr gnade mit der betzalung ewr Schulde dyss Jahre ihr Zugut vnd zu den zehentawsent gulden Ir heyrat auszurichten uberschuessen vnd anstehn wolle lassen. So ferne prelaten, herrn, Mannen und Stete zusagung theten, das sie nach ausgang solcher vir jar ewr gnaden solch X tawsent gulden zusagten wider zugeben, das denn die mannschaft vnd Stete noch nicht hetten thon wollen. Von deswegen auch Itzunt solch tzehentawsent gulden nicht auwsgericht wurden, doch werde man furder vleys thun vnd ist ir nicht mehr gesagt ... .“*<sup>(1)</sup> Johann konnte Albrecht in diesem Punkt also beruhigen. Die fälligen 10 000 Gulden, die die Stände hätten zahlen müssen, was diese sicher noch missmutiger gestimmt hätte, konnte man vorerst noch sparen.

Friedrich Sesselmann, bei der Abreise Albrechts aus der Mark im März 1473 als Kanzler und oberster Rat im Kurfürstentum noch einmal bestätigt, diente in allen seinen Regierungsjahren auch als der fleißigste und beständigste Informant Albrechts aus Brandenburg.

Schon am 29. April 1473 sandte Sesselmann eine zweiseitige Abhandlung zu Albrecht, in der er über Verhandlungen zwischen Brandenburg und Mecklenburg sowie mit einigen Hansestädten berichtete, die sich um die einvernehmliche Zollerhebung an einer Straße durch die Prignitz drehten. Sesselmann hatte sich mit den Mecklenburgern auf eine Regelung geeinigt und sandte das ausgehandelte Ergebnis nun zu Albrecht, damit er es absegnie. Wir wollen uns einen Teil dieses Briefes im Original ansehen, weil er auch eine genaue Begründung für die Information liefert. *„Gnedige her, von der strazs wegen, die durch die prignitz geen sol, darumb vormals verhandel durch die See stette mit ewr gnaden vnd dem hertzen von Meckelburg gescheen, ist am Sondagh quasimodogeniti ein tag mit den von lubeck und andern Stetten ... zu der wilzsnach gehalten und ist die verzeichnus, die wir euch hirmit senden des zolles halben, was sie darvon geben sollen, durch dieselben Stette vorgehalten, daruf man bedacht genommen hat, uv drey wochen In zu wissen zu thon vnd in solicher zeit verzeichnus zu schicken, was sie von iglichen stuck gegen vnd vufrichten sollen ... . Ist auch solich vffehub sunderlich gescheen, nachdem vnd die sachen nicht clein sein, in der zeit die an ewr gnaden lassen zu gelangen vnd ewr gnaden meynung der Inn zu erlernen ... .“*<sup>(2)</sup>

Der Kurfürst wurde, so ist dem Schreiben zu entnehmen, also aus zwei Gründen informiert. Einmal hatten beide Seiten ohnehin drei Wochen Zeit, um die jeweiligen Vorstellungen über die Zölle mitzuteilen. Dies nutzte Sesselmann, um den Fürsten in Kenntnis zu setzen und seine Entscheidung einzuholen. Zum anderen handelte es sich um eine grundlegende Frage, und man wollte die Meinung des Fürsten einholen, um zu sehen, wie groß der Verhandlungsspielraum sei. Albrecht, das zeigt diese Stelle wieder, war für die grundlegenden Entscheidungen in Brandenburg zuständig, seine Räte setzten sie dann im Detail um.

Weiter informierte Sesselmann den Kurfürsten, dass man den Schutz der Straße zusammen mit Mecklenburg garantieren werde. Schließlich konnte auch Sesselmann nicht anders, als dem Fürsten über Probleme bei der Eintreibung des neu beschlossenen Tonnengeldes zu berichten: *„Sundern allein als wir itzt dorch Ratenau geritten sein, hat vns der zolner bericht, das dieselben von Ratenaw den newen Zoll nicht geben wollen, den, den sie bey ewr gnaden zeiten schuldig worden sein vnd auch darnach. Desgleichen die von haelberg ewr gnaden zolner gantz schlecht wegk gejaget haben, als vns der zolner von tangermund eigentlich bericht hat.“*<sup>(3)</sup> Auch die Lage in Gartz war Thema im Brief, wenngleich nur von Gerüchten berichtet wurde, sie sei bedroht.

<sup>1</sup> Riedel 2,5, Nr. 1939, S. 201 ff.; Priebatsch 1, Nr. 553, S. 496. Die Versorgung von Friedrichs II. Tochter Margaretha war ein Teil des Abkommens aus dem Jahr 1470, in dem die Übergabe der Mark an Albrecht ausgehandelt worden war. Margaretha heiratete schließlich im Jahre 1477 Herzog Bogislaw X von Pommern.

<sup>2</sup> Riedel 2,5, Nr. 1940, S. 205.

<sup>3</sup> Riedel, a.a.O.

Kanzler Sesselmann informierte Albrecht mit einem Schreiben vom 6. Mai 1473 erneut über die innenpolitische und finanzielle Lage in der Mark. Der Kanzler berichtete zuerst von einem Teilerfolg bei den Verhandlungen über die Steuerfragen. Eine Regelung für die Judensteuer sei erreicht worden, bei anderen Fragen gebe es noch Probleme und man müsse weiter verhandeln. Die militärische Lage in Gartz sei noch ruhig. <sup>(1)</sup> Ein Schreiben des Hauptmanns der Grenzstadt Gartz, des Ritters Werner von der Schulenburg, ebenfalls vom 1. Mai 1473, informierte Markgraf Johann, dass die Pommern einen Angriff planen würden. Das habe er von einem Vertrauten erfahren und wolle es hiermit nach Cölln melden. Johann und Sesselmann, so wurde ihnen geraten, möchten diese Informationen nach Franken an Kurfürst Albrecht weiterleiten. <sup>(2)</sup> Die Brandenburger taten dies und gaben das Schreiben als Anlage ihres Briefes nach Ansbach dem Boten mit. Albrecht erfuhr also wieder aus verschiedenen Quellen, wie sich die Lage darstellte und konnte mögliche Entscheidungen so auf einer sichereren Grundlage treffen.

Johann schrieb erneut am 17. Mai und listete detailliert die Gläubiger des Kurfürstentums auf und auch die Summen, die man diesen schulde. Für Albrecht, der sich das Geld selbst geliehen hatte, waren das nun keine Neuigkeiten. Doch das Ausmaß der Steuerverweigerung muss für den Fürsten schon neu und überraschend gewesen sein: *„Der zoll halben in der altenmarck auch nemlich Huelberg und Rattenaw, hat ewr lieb in vnserm vorigen schreiben vnd auch in der Rete schrift, die zur welsnach gewest sind vernomen, wie es derhalben ein gestalt hat. So wollen die Altmerckischen Stett auch die in der prignitz, als der bischoff von huelberg vnserm Cantzler vor der welsnach gesagt hat, slechtz kein newen zoll geben.“* <sup>(3)</sup>

Schon am 21. Mai 1473 kam eine neue Nachricht aus Cölln, wieder durch Markgraf Johann geschickt. Darin wird erneut gefordert, für den Bau der Burg in Gartz mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Schwierigkeiten gab es nach Johanns Worten auch bei der Vorbereitung der geplanten Ehe zwischen Albrechts Nichte Margaretha und dem Herzog von Braunschweig. Johann meldete wie schon einen Monat vorher, dass er die Hochzeitspläne aus Geldmangel – man habe keine Mittel für die Aussteuer – nicht weiter betreiben könne. <sup>(4)</sup>

Im Juli wurde Albrecht durch drei weitere Schreiben Johanns mit Nachrichten und Klagen ob der Finanzprobleme und der Steuerverweigerung der Städte überhäuft. Gartz sei akut bedroht und brauche eine starke Garnison. Diesmal hieß es explizit, dass die geplante Hochzeit Margarethas vor dem Scheitern stehe. <sup>(5)</sup> Zwei der drei jeweils mehrseitigen Briefe brachten Albrecht kaum zusätzliche Informationen, sondern wiederholten im wesentlichen die bekannten Probleme und Klagepunkte. Die Intensität und Häufigkeit, mit der Johann und die Räte Albrecht informierten und ihn um Hilfe baten, müssten dem Kurfürsten jedoch klar gemacht haben, dass die Regierung der Mark ohne ihn auf tönernen Füßen stand.

Nur einer der Briefe, die am 21. Juli 1473 datiert sind, wiederholt nicht nur die altbekannten Klagen, sondern brachte zusätzliche Informationen, weswegen er hier im Detail zitiert werden soll: *„Lieber her und vater, gestern ist Werner von der Schollnburg hieher komen vnd hat vns in warheit zu erkennen geben, wie die von Gartz gantz in willen vnd meynung sind, sich von der herschaft zu setzen vnd des allgeryt ein wissen haben, vnd furter berurt, das her Nickel pful in seinem herziehen, als er zu Angermundd bey ime gewest ist gesagt hab, das ein treffenlicher zu Stettin gewest vnd einen brief vor einem Rate zu Stettin ligen vnd gesehen hab Innhaltende, das sich die von Gartz zu Jhener herschaft wider setzen wollen, wenn dieselbig herschaft Ine die vngnad zugeb. Furter gemeldet das der Rate zu Gartz zu Ime gesprochen*

<sup>1</sup> Riedel 2,5, Nr. 1943, S. 213.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 50, S. 46 f.

<sup>3</sup> Riedel 2,5, Nr. 1945, S. 214 ff.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 569, S. 506 f. Wie oben schon erwähnt, wurde Johanns Cousine Margaretha schließlich Herzogin von Pommern. 1473 führte man allerdings Verhandlungen über eine Ehe mit einem Fürsten aus dem Hause Braunschweig.

<sup>5</sup> Riedel 2,5, Nr. 1947, S. 221 ff.; Priebatsch 1, Nr. 601, S. 522 f. und Riedel 2,5, Nr. 1948, S. 225 ff; Priebatsch 1, Nr. 608, S. 525 f. und Riedel 2,5, Nr. 1950, S. 229 f.; Priebatsch 1, Nr. 633, S. 536.

*hab, wie das sie vnsser herschaft gerne thon wollten, was der herschaft lieb und nutz were, sunder sie mochten wider die gemeyn nicht, die in zu starkc, nachdem vnd ich macht klein gegen der gemeyn were, daraufs wol zu merken ist, das Ir meynung wer, das man allzeit soldner do Innen hett, die des Jars drey oder vier tausint gulden verzerten irs nutzhalben vnd wir souil darauf legen müssen, das wir des Inn die leng verdriesslich werden vnd sie solicher kostung vnd darlegens halben verlassen sollen vnd wann man das nicht thut so thon sie als zu besorgen ist, ein sprung, der fur die herrschaft nit ist.“<sup>(1)</sup>*

Eine Reihe von Informanten, die Johann zitierte, ein Agent in Stettin und die Beamten vor Ort, warnten vor offener Rebellion in Gartz. Der Rat der Stadt verhehlte kaum noch seine Bereitschaft, sich von Brandenburg abzuwenden. Eindringlicher konnten die warnenden Stimmen nicht sein. Auch die Informationen über Steuerverweigerung wurden mit Quellenangaben untermauert: *„Ist furter vorbracht das zu Stettin, zu Gartz vnd allenthalben vermeldet sey durch etlich vs vnnsern Stetten, wie sie vnnsere Stette vereinigt haben, der herrschaft kein hilf noch volg zu thon, es sey dann das der new zoll abgethan wird, solichs von den vnnsern, als wir bericht sind, verkundtschafft vnd verbottschaft ist.“<sup>(2)</sup>*

Die Tatsache, dass Albrecht nicht mehr tat, um die offensichtlich bedrohliche Situation in der Mark, vor allem den generellen Ungehorsam gegen die indirekte Besteuerung, zu beheben, kann auf die Gichterkrankung des Fürsten zurückgeführt werden, der den gesamten Sommer und Herbst über in Neustadt an der Aisch und in Cadolzburg residierte, um sich zu erholen. An eine erneute Reise in die Mark, wie sie von den dortigen Verantwortlichen in allen Schreiben gefordert wurde, um die Bedrohungen abzuwenden, war wohl nicht zu denken. Mehr als Belehrungen, Ratschläge und Ermutigungen in brieflicher Form sind als Reaktion aber nicht nachzuweisen. Vielleicht schätzte Albrecht die Gefährdung auch nicht so hoch ein und seine allgemeinen Appelle und Beschwichtigungen waren ernst gemeint. Da sich die Klagen alle glichen und Gartz trotz aller Warnungen immer noch im Besitz Brandenburgs war, könnte er zu dem Schluss gekommen sein, dass die Lage nicht so dramatisch war, wie sie die Verantwortlichen im Norden schilderten.

Einer der seltenen Informationsbriefe an Albrecht, die sich mit innenpolitischen Detailfragen der Mark Brandenburg befassen, findet sich für den Herbst 1473. Kanzler Sesselmann berichtete dem Kurfürsten am 26. September 1473 über den Heimfall zweier Dörfer – Blumberg und Massin in der Neumark – an den Kurfürsten. Dabei erfuhr der Fürst aber nicht nur diese Tatsache, sondern auch noch eine Reihe von Einzelheiten, zum Beispiel die exakten jährlichen Einnahmen – sie wurden in einem beigelegten Zettel aufgeführt – und die Namen und Abgaben der Aftervasallen. Hintergrund dieser genauen Berichterstattung war die Bitte der Brandenburger an den Fürsten, einen engen Vertrauten des Markgrafen, Duser Brech, mit den beiden Dörfern zu belehnen. Den zweiten Teil des Briefes macht dann auch diese Bitte aus. Albrecht möge entscheiden und seinen Entschluss dann dem Markgrafen mitteilen, schrieb der Kanzler.<sup>(3)</sup>

Sesselmann schickte die detaillierten Informationen offensichtlich deshalb an Albrecht, damit dieser eine Entscheidung über die Neuvergabe treffen konnte. Diese detaillierte Information über nicht grundsätzliche Fragen steht allerdings isoliert da, so dass die These, dass sich der Kurfürst nur um die großen Richtlinien kümmerte, nicht erschüttert wird. Eine Antwort des Kurfürsten, was mit den Dörfern zu geschehen habe, ist auch nicht überliefert. Vielleicht überließ er die Entscheidung seinen Räten und Johann.

<sup>1</sup> Riedel 2,5, Nr. 1950, S. 229.

<sup>2</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>3</sup> Riedel 1,11, Nr. 33, S. 247 f. Ein beigelegter Zettel informierte den Fürsten dann noch über eine Feuersbrunst in der Stadt Mittenwalde, dessen genaue Lage und Bedeutung dem Fürsten auch angegeben wird: *„... Mittenwalde, das ein porte ist gein dem land zu lusitz vnd vier meyl wegs von berlin ligt ...“* Sesselmann, der Mittenwalde auch als Schlüssel des Landes bezeichnet, schlägt vor, den geschädigten Bewohnern die nächst fälligen Abgaben zu erlassen, um ihnen den Wiederaufbau ihrer Besitzungen zu ermöglichen. Auch darüber möge Albrecht eine Entscheidung treffen, so Sesselmanns Bitte.

Ein fast ebenso langes Informationsschreiben Johanns wie das eben zitierte aus dem Juli existiert mit Datum vom 22. November 1473. Darin beschrieb Johann das Wiederaufflackern der Kämpfe zwischen Adeligen auf beiden Seiten der Grenzen und die dadurch verursachten zusätzlichen Spannungen mit den Herzögen von Pommern. „... *wir hetten etlich zeit in dem vorgangen sommer fride und ruhe mit den Nedderlendischen hern, so begabe es sich, das wir prelaten, hern, mannen und steten mündlichen, auch iglichem besundern schriftlich geboten haben, nach eurem vorlassen, euer und unser meynung, das sy fride halden keyn roberey ader plackerey thun, forderen, gestaten ader dazu nyemands hilf, rat und beystand thun sollten, sunder solchs weren. So hat darnach grave hans van rüppin uber solchs alles, im gesagt und im und seinem bruder grav Jacob zügeschriben und van euer libe und unsern wegen geboten, zugefaren und den Nedderlendischen hern vor Treptow, irer stat an der Tollenze gelegen, alles fihe, das daraus von sweynen und andern fihe ginge, ane alle unser wissen und vulbort, genommen, als wir nicht zweifeln vogel Voge solchs euer libe eigentlich underricht und dieselben hern unserm canzler, dem bischof von Lubus darumme geschriben haben. Hat sich am freytag na allerheilgen tage begeben, das herzog Erick mit den Hinderen Pommern, die an Preußen stossen. eine starke und grosse samelung hett, desgleichen sein bruder mit dem vam Sunde und andern, zu lande und wasser und quam derselbe herzog Ericke mit solcher sammelung bis uf anderhalb meyle van G. und wolt Gartz ingenumen haben, wenn er sein mit vorreterey gewis was, solch stat zu gewynnen und wen er sy weyk gehabt hett, wolt der ander bruder mit seinem folkee zu im stossen und das Ukerland, Virraden, dieselben zu gewynnen, angefochten, eher wir zu der were weren gekommen und usgebrant und usgepücht die uker und ander lande, was ys gemocht hetten. ... und hetten die unsern nach gots willen solchs bey zeit nicht erfahren, so were ir anslag und wille für sich ane zweifel gegangen ...“<sup>(1)</sup>*

Überfälle und Plünderungen brandenburgischer Untertanen führten dazu, dass die Pommern eine Strafexpedition zu starten versuchten und dabei die 1467 verlorenen Herrschaften um Gartz und Vierraden zurückzuerobern trachteten. Die Situation glich der, die im August 1470 in der Neumark zu beobachten war. Lokal begrenzte Überfälle drohten in einen offenen Krieg zu münden. Das ist zumindest die Schilderung Johanns über die Situation, der er dann die Mahnung anschloss, die Truppen an den Grenzen zu verstärken und dies mit Geld aus Franken zu bezahlen. Da die angeblich groß angelegte pommersche Invasion der Mark nicht stattgefunden hat, ist im Nachhinein schwer zu entscheiden, ob Johann übertrieb, um den Vater zu mehr Engagement zu bewegen.

Eine Reaktion des Kurfürsten auf die Schilderung seines Sohnes lässt sich jedenfalls nicht nachweisen. Es ist weder ein Schreiben, noch sonst irgendeine Willensäußerung Albrechts überliefert. Die Warnung Johanns, datiert auf den 22. November, über einen angeblichen Aufmarsch pommerscher Truppen am 5. November wäre ohnehin sehr spät erfolgt, wengleich man eingestehen muss, dass die Warnung an die Brandenburger und deren Weitergabe an Albrecht natürlich erst nach der Truppenzusammenziehung hätte erfolgen können. So bleibt nur die Tatsache festzuhalten, dass Angriffe der Pommern 1473 – fanden sie nun statt oder nicht – zu keinem Erfolg führten. Die gefährdeten Städte und Gebiete blieben zu diesem Zeitpunkt unter brandenburgischer Kontrolle.

Interessant ist auch, dass an mehreren Stellen in dem Brief an Albrecht geographische Detailinformationen geliefert wurden, wie zum Beispiel der Zusatz, dass die Stadt Treptow am Fluss Tollenze liege.<sup>(2)</sup> Außerdem berichtete der Sohn noch, dass Hinterpommern die Region sei, die an die Herrschaft der Deutschherren in Preußen grenze. Glaubte Johann, dass

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 735, S. 598 ff.

<sup>2</sup> Die Tollenze ist ein rechter Nebenfluss der Peene im heutigen Mecklenburg-Vorpommern. Es gab in der weiteren Umgebung auch noch die Stadt Treptow an der Rega, in der Nähe von Stettin, nahe der Ostseeküste. Die geographische Präzisierung machte also durchaus Sinn und zeigt wieder einmal, dass den handelnden Personen die Geographie ihrer Heimat und der Nachbarländer durchaus vertraut war.

sein Vater das nicht wusste, oder wollte er nur genaue Kenntnis nachweisen und sich damit profilieren?

Zu Beginn des Jahres 1474 kamen ebenfalls bedrohliche Nachrichten aus Brandenburg. Sesselmann schickte am 3. Januar einen Brief nach Ansbach, in dem er die neuesten Erkenntnisse in Sachen Gartz mitteilte. Nickel Pfuhl sei hier gewesen und habe ihm von einem Gespräch mit einem Priester berichtet, der ihm Namen von Gartzern Bürgern genannt habe, die vorhätten, sich mit den Pommern zusammenzutun. Nickel Pfuhl habe den Priester, der anfangs gezögert habe, dazu gebracht, ihm die Namen zu nennen: *„er Nickel Pful ist heuten bey meinem gnedigen hern und mir hir gewest und einbracht, das solche hirnach bestimpt vorreter burger zu Gartz sindt, nemlich Sasse bey den monken up dem orde, als euer gnaden in disser ingeslossen zettel eigintlich mit namen verzeichnit findet, wer die gnanten sein. Und ist also auskomen, das derselben einer zu einem prister zu Gartz komen ist und hat im gesagt, wy sy werden geheissen vorreter und schelke und wollens furder nicht mer leiden, sundern den sachen ein ende machen und irer weren etlich, dy sich zusampne geworfen hetten, wolt er bey in sein in irer gesellschaft, das solt er macht haben. Sagte im der prister, was konen orer zwen oder drey gethun, antwort er, so vil ist unser und zoch dy zettil heraus und lies im dy lesen und sprach, er hett briefe von den beiden Wolgastischen hern, das sy irer sache in der stat wol versichert weren. Also sagte im der prister furder, er west darauf nicht zu antworten, er were ein prister, so tochten im solchs sachen nicht zu handeln, doch wolt er darauf verdacht sein. Also ist derselb prister zu einem andern komen und hat im solchs geoffinbart und doch die leute nicht benamet, denn er meynt, es mocht blutvorgissen darus ensteen, darumme er mocht werden. Also quam der, deme der prister das gesagt hett, zu her Nickel Pful und erzelte im, wy vorberurt ist. Sagte im her Nickel, das er dem prister solt sagen, das er solchs wol mochte tun, wenn im rechten zugelassen wer, das ein prister einen richter bitten mochte, wenn im sein gut gestohlen werden, sein gut wider zu finden ... so sagte er im das von euren gnaden wegen, das euer gnade in des bey dem stul von rome und wo des not wer, benemen solt ... also hat der prister ein solch zettil obinberurt, von sich hingelegt und geschriben und nichts sagen wellen.“*

Nickel hatte also erreicht, dass der Priester das Beichtgeheimnis brach. Die Hinweise auf die weltliche Autorität und die vom Papst abgeleiteten Vollmachten scheinen den Priester überzeugt zu haben. Es ist schwer einzuschätzen, ob dem Geistlichen wirklich nicht klar war, dass ein schriftlicher Bruch des Beichtgeheimnisses ebenso verboten war, wie die mündliche Weitergabe von vertraulichen Informationen eines Beichtenden. Die unterschiedliche Bewertung von Mündlichem und Schriftlichem ist hier aber wieder manifest. Die Liste mit den Namen lag dem Brief an Albrecht bei, ist aber heute nicht mehr im Archiv erhalten. Einer der Namen der Pommern-Anhänger ist allerdings auch im Hauptbrief genannt. Sesselmann führte dann noch weiter aus, dass es wahrscheinlich noch mehr Verräter in der Stadt gebe, Albrecht müsse unbedingt kommen, so die Schlussfolgerung des Bischofs. <sup>(1)</sup>

Bei der Wertung dieser Nachricht ist darauf zu verweisen, dass sich der Informant selbst wieder einmal in sehr gutem Licht darstellte und besonders auch seine Tätigkeit und Brillanz schilderte. Es schien ihm nötig, den Fürsten von seiner Wichtigkeit zu überzeugen. Dass die Brandenburger Statthalter, an der Spitze der Theologe und Bischof Sesselmann, sogar dazu übergangen, das Beichtgeheimnis trickreich zu brechen und damit ein Sakrament verletzen, zeigt, ebenso wie die dauernde Wiederholung der Warnungen und Hilfsbitten, dass sie sich nicht sehr sicher fühlten. Die Möglichkeit, dass die Aktion zur Dramatisierung der Situation nur erfunden oder doch zumindest stark überzeichnet war, ist sehr gering. Denn immerhin lag dem Schreiben eine Liste von Namen bei, an die man irgendwie gelangt sein musste. Auch wurde der Vorgang so detailreich geschildert und mit einem bestimmten Priester in Zusammenhang gebracht, dass an eine erfundene Geschichte kaum zu denken ist.

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 750, S. 607 ff.

Informationen, die innere und äußere Sicherheit Brandenburgs berührend, gingen Albrecht auch im November des Jahres 1474 zu, als er voll und ganz mit den Vorbereitungen seines Kriegseinsatzes gegen Karl von Burgund beschäftigt war. Sesselmann meldete am 12. November aus Weimar, dass das brandenburgische Kontingent für den Reichskrieg, 200 Schützen und Reiter, jetzt aufbreche. Im Land würden Seuchen grassieren, so seien allein in Berlin „dreyzehundert“ und in Brandenburg „zwey tausent“ Menschen gestorben. Auch in anderen Städten sei eine hohe Sterberate festzustellen. <sup>(1)</sup>

Markgraf Johann musste den Abmarsch der brandenburgischen Truppen bald widerrufen. Am 14. November schrieb er Albrecht, dass er die Truppen, die schon bis Beelitz gekommen seien, wegen der gefährlichen Lage im Land zurückhalten müsse. König Matthias von Ungarn und Böhmen, als solcher Lehnsherr der Lausitz, habe das brandenburgische Cottbus zu einem heimgefallenen Lehen erklärt und es an die Herren von Sternburg neu vergeben. <sup>(2)</sup> Im November 1474 waren die Kämpfe zwischen den beiden rivalisierenden Böhmenkönigen Matthias und Ladislaus wieder ausgebrochen und die Aktion des Ungarn ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Da Albrecht und Brandenburg zu dieser Zeit neutral waren, ist der Schachzug Matthias' wohl nicht gegen sie gerichtet gewesen. Albrecht reagierte folglich auf die Nachricht seines Sohnes auch nicht.

Auch kirchenpolitische Fragen wurden im Nachrichtenverkehr diskutiert. Albrecht riet seinem Sohn Johann in einem Schreiben vom 15. August 1475 einer geplanten Neubesetzung von kirchlichen Pfründen in Brandenburg zuzustimmen. Der Kurfürst hatte durch eine nicht mehr zu rekonstruierende Quelle erfahren, dass der frühere Kaplan Friedrichs II., der Kanoniker Valentin, Scholastikus und Domherr in Wurtzen werden wolle. Der in Wurtzen amtierende Domherr, Erasmus Brandenburg, wolle im Gegenzug das Amt Valentins, das des Propstes zu Berlin, haben. <sup>(3)</sup> War dieser Ämtertausch auch kanonisch sicher nicht unproblematisch, so gewann die Mark in dem neuen Propst Brandenburg einen wichtigen politischen Berater. Albrechts Rat, der auf der frühzeitigen Information fußte, und dem Johann folgte, erwies sich als richtig.

Zwei Schreiben vom 14. September 1475 aus Brandenburg hatten die üblichen Themen – Finanznot und unsichere Grenzen – zum Thema, wenngleich in diesen Fällen die Informationen präziser und belegbarer waren als in vielen anderen Schreiben. Markgraf Johann verständigte seinen Vater in dem Brief, nachdem er ihm zuerst ausführlich zugesichert hatte, die Musikanten für den Auftritt während der Landshuter Hochzeit rechtzeitig zu schicken, <sup>(4)</sup> dass die altmärkischen Städte Stendal und Tangermünde sich weigern würden, ihren Anteil an der Landbede zu bezahlen, weil die Tonnensteuer eingeführt worden sei. Die beiden Städte hätten sich untereinander abgesprochen, bevor sie ihre Weigerung verkündet hätten. Als Beleg für seine Nachricht legte Johann das Schreiben der beiden altmärkischen Städte an ihn bei. <sup>(5)</sup> Besonders der Hinweis auf die gezielte Zusammenarbeit der Städte – ein für Territorialfürsten neuralgischer Punkt – wies Albrecht auf die Gefährlichkeit der Steuerverweigerung hin, die sich zunehmend ausbreitete und nun auch die Bezahlung der schon vereinbarten direkten Steuern zumindest hinauszögerte.

Kanzler Sesselmann fügte dem Schreiben des Kurprinzen noch ein Papier bei, in dem sich eine Reaktion Albrechts auf die Nachrichten und Klagen aus Brandenburg niederschlug. <sup>(6)</sup> Albrecht hatte anscheinend angekündigt, entgegen seinen ursprünglichen Plänen bald wieder in die Mark zu reisen. Sesselmann schrieb Albrecht: „... *ich bin euer gnaden zukunfft, in eurem schreiben bestimbt, ganz ser erfreut.*“ Der diesbezügliche Brief Albrechts ist nicht

<sup>1</sup> FRA II, 46, Nr. 301, S. 312; Priebatsch 1, Nr. 973, S. 745 f.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 118, S. 152 f.; Priebatsch 1, Nr. 979, S. 748.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 140, S. 170; Priebatsch 2, Nr. 143, S. 169.

<sup>4</sup> Albrecht nahm an der im November 1475 stattfindenden Hochzeit des Landshuter Herzogssohns Georg als einer der Ehrengäste teil.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 153, S. 179 ff.

<sup>6</sup> Priebatsch, a.a.O.

überliefert, so dass der genaue Text, in dem er sein Kommen ankündigte, nicht rekonstruiert werden kann. In einem Schreiben Herzog Wilhelms III. von Sachsen-Weimar vom 9. September ist allerdings davon die Rede, dass Albrecht angekündigt habe, zu Beginn des Jahres 1476 in Cölln zu sein. Also wird Albrecht einen ähnlichen Bescheid auch Sesselmann und Johann mitgeteilt haben.

Dass die Beziehungen mit Pommern gespannter zu werden schienen, versuchte Sesselmann seinem Fürsten mit folgender Nachricht glaubhaft zu machen: *„Herzog Wartzlaff hat sein canzler in merhern gehabt und nach seinem widerkommen ist derselbig vast nach krieg gestanden mit fürgeben, das er hilf vom konig von Hungern nicht allein an gelt, sundern auch mit volk wider euer gnad haben wird.“* Die Pommern würden in acht Tagen einen Landtag in Stargaden abhalten. *„... und was da beschlossen wirt, wirdet man villeicht auch erfahren.“*

Sesselmann ergänzte noch die Schilderung über die Steuerverweigerung durch die Wiedergabe der Argumentation der Stadt Frankfurt an der Oder: Sie fordere offen die Abschaffung des Tonnengeldes, sonst bezahle sie auch die Landbede nicht. Die Stadt Frankfurt begründete ihre Steuerverweigerung wirtschaftspolitisch: *„... sollten auch fremd leuth geben, wurden die land nicht besucht und dadurch gruntlich verdorben.“* Zu hohe Abgaben könnten den Transport von Wein und Bier durch brandenburgische Gebiete verhindern und damit den Wirtschaftsaustausch im allgemeinen hemmen. Außerdem, so Sesselmann, würden sich die Stadtväter auf ein Privileg des Markgrafen Friedrich des Jüngeren, des verstorbenen jüngsten Bruder Albrechts berufen, das ihnen Steuerfreiheit zubillige.

Die Nachrichten über die Bedrohung an der Nordgrenze und die Steuerverweigerung, die ja die politische und militärische Handlungsfähigkeit der kurfürstlichen Regierung zunehmend schmälerte, klangen bedrohlich. Sie scheinen Albrechts Entschluss, nach Brandenburg zu reisen, jedoch keinesfalls beschleunigt zu haben. Im Gegenteil, es wurde März, ehe der Kurfürst einen Fuß auf märkischen Boden setzte. Und der Hauptgrund für die Reise nach Brandenburg war der Anfall der Glogauer Erbschaft, wie im entsprechenden Kapitel dargestellt wird, und nicht innenpolitische Erwägungen.

Über Ansbach erhielt Albrecht im Juli 1476, als er in Brandenburg war, Dokumente aus Prag, die sich auf die Cottbuser Lehen Brandenburgs bezogen. Albrecht bestätigte den Erhalt der Dokumente in einem Brief vom 4. Juli aus Cölln nach Ansbach: *„... ir habt uns ytzund jungst geschriben und die brive der Behmischen rette, die leyhung Cotbus und anders berürende mitgeschickt. Die haben wir empfangen.“* <sup>(1)</sup> Jetzt, da Albrecht in Brandenburg war und er im böhmischen Thronstreit offen für Ladislaus II. Partei ergriffen hatte und sogar ein Bündnis mit ihm erwog, das durch eine Eheverbindung gesichert werden sollte, musste er seine Rechte an den Besitzungen in der Lausitz festigen, die ihm Matthias ein Jahr vorher aberkannt hatte. Dies gelang ihm durch die Belehnung von Seiten des Ladislaus. Die Nachrichten aus Ansbach setzten ihn über seine jetzige bessere Rechtsposition in Kenntnis.

Auch der zweite Aufenthalt Albrechts in der Mark hatte die Steuerverweigerung der Städte nicht beenden können. Zwar gelang es Albrecht im März 1476 sie von einem kurfürstlichen Gericht zur Zahlung der Landbede bis zum 11. November verurteilen zu lassen, doch die Widerstände hörten nicht auf. So schloss sich die Stadt Stendal am 26. Juni 1476 mit Hansestädten zu einem Bündnis zusammen, das im Oktober auf insgesamt 18 norddeutsche Städte, unter anderem Lübeck, Hamburg und Wismar, ausgedehnt wurde. Das Bündnis beinhaltete sogar ein gegenseitiges Beistandsversprechen wenn eine der jetzt verbündeten Städte in ihren Privilegien, Freiheiten, Gerechtigkeiten, alten Gewohnheiten und Herkommen verkürzt oder gekränkt oder mit weiteren Belastungen und ungewöhnlichen Beschwerden belastet würde.

Ein weiteres Bündnis, diesmal unter altmärkischen Städten, das am 12. März 1478 geschlossen wurde, richtete sich explizit gegen Angriffe des Landesherrn und sah ebenfalls

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 26 r. Priebatsch 2, Nr. 229, S. 241 ff.

militärische Beistandsverpflichtungen vor, wenn man angegriffen würde. *„Würde unsere Herrschaft Landbede oder andere Hülfe und Steuer oder wie es sonst heißen möge, von uns verlangen, das wollen wir einträchtig zu des Landes Bestem erwägen und nichts thun oder zusagen, es geschehe denn einträchtig und mit unser aller Zustimmung.“*<sup>(1)</sup>

Beides waren Verteidigungsbündnisse gegen zusätzliche Steuern. Beim Abschluss des ersten Paktes war Albrecht in Brandenburg und bekam den Vorgang wahrscheinlich selbst mit. Die Ausdehnung des ersten Abkommens und der zweite Pakt wurden zu einer Zeit geschlossen, als er außer Landes war. Es gibt aber keine Quellenstelle, die belegt, dass er informiert worden wäre.

Was hingegen die Meldungen über die städtischen Zahlungsverweigerungen angeht, so sind Reaktionen Albrechts nachweisbar. So antwortete der Kurfürst seinem Sohn Johann mit einem Schreiben vom 27. Januar 1477, in dem er auf erneute Nachrichten über die städtische Renitenz reagierte. Ihn wundere das Verhalten der Städte in der Altmark und der Prignitz. Die neuen Zölle seien zwar ausgesetzt, die alten, die offensichtlich auch nicht mehr bezahlt würden, seien weiterhin in Kraft, so Albrecht: *„Der Stette halben in der alten marck vnd Prignitz nymbt uns fremd, angesehen das lauter betaidingt ist, wir sollen die freyen fur die newen zollen hinfur nicht zugeben. Doch das alle geuerlichkeit vermyten bleibe, bei verlussung der habe vns was zollrecht sei, vnd sich dies bei den aiden und pflichten die sie vns schuldig sind verschreiben, vnd ist weder pier ader anders den fremden aufgenommen, Sunder zunemen, als wirs ausgesetzt haben, vnd das sie zoll getrewlich helffen hanthaben, des alles sol man briue geben und nehmen. ... von den alten zollen ist nichts betedingt, die mogen wir nehmen wir vor, Auch zu der melrosz vnd darumb.“*<sup>(2)</sup>

Der ständige Druck der Städte, die neuen indirekten Steuern, hier als Zölle bezeichnet, zurückzunehmen, der durch die Meldungen von Brandenburg nach Ansbach auch an Albrecht Achilles weitergegeben worden war, hatte also dazu geführt, dass sie ausgesetzt worden waren. Die Städte, die für die Eintreibung und die Weiterleitung der Abgaben an den Fürsten verantwortlich waren, verweigerten nun aber auch alle anderen Abgaben. Nachdem er entsprechend informiert worden war, schärfte Albrechts seinem Sohn und Statthalter in diesem Schreiben ein, dagegen vorzugehen.

Im April 1478 führten die bisher latent vorhandenen Spannungen zwischen Brandenburg und Pommern zum Ausbruch offener Feindseligkeiten. In einem Handstreich besetzten Soldaten, die die Herzöge Wratzlaw und Bogislaw von Pommern in Marsch gesetzt hatten, in den ersten Tagen des April die Städte und Festungen Gartz und Vierraden in der Uckermark. Davon erfuhr Albrecht durch einen Brief Johanns vom 9. April aus Frankfurt an der Oder, den der Eilbote Bayerlein überbrachte: *„... das herzog Warczloff dy stat zu Garcz wegk hat, sunder Werner von der Schulemburg hat das slos zu Garcz noch innen.“* Auch Vierraden habe der Herzog erobert haben.<sup>(3)</sup> Offensichtlich nutzten Wratzlaw und Bogislaw die Gunst der Stunde, die Johann im Abwehrkampf gegen ungarische Truppen im Südosten Brandenburgs beschäftigt sah, zu der Rückeroberung der bis 1467 pommerschen Städte.<sup>(4)</sup>

Die nächste überlieferte Nachricht an Albrecht über den Einfall der Pommern in Brandenburg stammt vom 25. April 1478. Der Markgraf war in Cölln und berichtete seinem Vater über den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung mit den Pommern. Johann erinnerte zuerst noch einmal an seinen Brief, den Bayerlein überbracht hätte und in dem der Fall der beiden Städte mitgeteilt worden sei. Da Johann sich auf das Schreiben vom 9. April als das vorläufig letzte in dieser Sache bezog, ist klar, dass dazwischen kein Brief Johanns an Albrecht abgeschickt

<sup>1</sup> Zitiert nach Götze, Stendal, a.a.O., S. 226. Götze zitiert aus den entsprechenden Stellen der Hanserecesse, die im Original nicht mehr vorliegen. Deshalb musste hier ausnahmsweise die Sekundärliteratur als Belegstelle gewählt werden.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 160, S. 192 ff.; Priebatsch 2, Nr. 268, S. 281 f.

<sup>3</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 76; Priebatsch 2, Nr. 381, S. 369.

<sup>4</sup> Den Ablauf der Kämpfe in den Jahren 1478 und 1479 zwischen Brandenburg und seinen Gegnern hat Wilhelm Brandt, *Der Märkische Krieg gegen Sagan und Pommern; Greifswald*, 1898, dargelegt.

worden war. Johann schilderte die von ihm eingeleiteten militärischen Maßnahmen gegen die Pommern. Er sei mit 1000 Mann Reiterei und wenigen Fußsoldaten – die Städte hätten ihre Infanteriekontingente nicht abgestellt – gegen Gartz vorgerückt. Vor der Stadt angekommen habe er bemerkt, dass inzwischen auch die Burg in der Hand der Pommern sei, so dass er keine Möglichkeit gesehen habe, militärisch etwas zu unternehmen. Er habe stattdessen die Burg Löcknitz mit Proviant versehen und die Besatzung dort verstärkt. Auch die Garnisonen von Prenzlau und Angermünde seien verstärkt worden. Nach Prenzlau habe er 300 Reiter gelegt, nach Angermünde 100 Reiter und 100 Fußsoldaten. Den Rest der Truppen – Albrecht konnte errechnen, dass es sich noch um rund 700 Reiter handelte – habe er nach Frankfurt geschickt. Dann sei er zusammen mit 60 Mann Hofgesinde zurück nach Cölln und werde umgehend wieder nach Frankfurt aufbrechen. An diplomatischen Aktionen habe er den Propst von Brandenburg nach Weimar zu Herzog Wilhelm III. geschickt, um diesen zu informieren und ihn um Hilfe zu bitten.

In einem beigelegten Zettel informierte Johann seinen Vater zusätzlich, dass er ein allgemeines Aufgebot erlassen und deshalb den geplanten Herrentag abgesagt habe. Der Pommernherzog und dessen Frau Margarethe, Albrechts Nichte, hätten geschrieben und ihr Bedauern über die Schwierigkeiten mit den Ungarn zum Ausdruck gebracht. Mit der Formulierung „... *wir meynen aber, wer das nit glaubt, er fahr darummen zum teufel nit*“, qualifizierte Johann diese Nachricht allerdings als heuchlerisch ab. Er habe aber geantwortet und um Hilfe bitten lassen, doch sei der Bote noch nicht zurück. Die Landstände seien mit dem vom ihm vorgeschlagenen Beitrag zu den Kriegsrüstungen nicht einverstanden, musste der Kurprinz eine weitere schlechte Nachricht übermitteln.

In den Brief, so Johanns Aussage im Hauptbrief, waren noch Berichte mit Warnungen eingelegt, die ihm zugegangen seien. <sup>(1)</sup> Diese zusätzlichen Mitteilungen sind uns zumindest teilweise bekannt, weil sie als Mitteilungen an Johann kurz vorher eingegangen waren und im Handarchiv des Kurprinzen verwahrt wurden. Sie kamen aus Cölln und waren in einem Brief zusammengefasst, den Kanzler Sesselmann, an Johann geschrieben hatte, der mittlerweile wieder in den Südosten Brandenburgs gezogen war, um dort gegen ungarische Streifscharen zu kämpfen. <sup>(2)</sup>

Dazu zählte ein Bericht des sich in pommerscher Gefangenschaft befindlichen Stadtkommandanten von Gartz, Werner von der Schulenburg, der einen Vertrauten nach Cölln geschickt hatte. Schulenburg äußerte in erster Linie Bedenken wegen der geostrategisch schlechten Lage der Neumark, des östlich der Oder gelegenen Teils der Mark Brandenburg. Es sei „*ein guter fründt zu im komen und hab im gesagt, das dy brucken daselbst (Küstrin; d. Verf.) meynet abzuhausen, so wer die bruck zu Garcz auf habe dadurch mocht man der Newenmarck nicht zu hilfe komen und dy Newenmarck verloren, wann dy manschaft und die stete der herschaft nicht gut sind, nachdem man neu zoll hab ufgelegt.*“

Auch den militärischen Besatzungen in den Städten und Burgen sei nicht zu trauen. Schulenburg regte auf Grund der gefährlichen Situation einen Separatfrieden mit den pommerschen Adeligen der Grenzregion an. Er müsse aber bis zum kommenden Samstag wissen, ob Brandenburg dazu bereit sei. Denn am Montag müsse er aus seinem Urlaub auf Ehrenwort zurückkehren und sich den Pommern wieder stellen.

Sesselmann schickte diese Einschätzung an Johann und fügte in seinem Brief noch hinzu: „*Als wir diesen brive schreiben lissen, köm des kastners von Küstrin knecht und bracht ein, wy der pfarrer von Berenwald zu im komen wer und het im gesagt, wie das der herzog Warczlaff und dy stett dy nacht vergangen Königsberg dy stat angefochten und gesturmt hetten und heynt dyse nacht Berenwald auch berbeiten und sturmen wurd.*“ Johann möge auf Bitten Schulenburgs den Brief geheim halten, „... *da er umb sein hals mocht kommen.*“

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 71 f.; Priebatsch 2, Nr. 391, S. 378.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 74 f.; Priebatsch 2, Nr. 390, S. 376 f.

Hier sehen wir mit das beste Beispiel dafür, wie sich eine Informationskette entwickelte. Lokale Autoritäten meldeten nach Cölln, von dort ging es zum Aufenthaltsort des Markgrafen, als dem obersten Verantwortlichen in Brandenburg, der seinerseits die aufgelaufenen Informationen an den Kurfürsten weiterleitete. Der Ablauf, der sich sehr professionell darstellte, barg aber die Gefahr, dass Nachrichten, die mehrere Stationen durchlaufen müssen, verfälscht werden konnten. Die schließlich entscheidende Instanz, der Kurfürst, war außerdem so weit entfernt, dass gezielte Maßnahmen, etwa die von Schulenburg vorgeschlagenen Verhandlungen mit bestimmten Adelsgruppen, nicht mehr rechtzeitig getroffen werden konnten. Es ist hinzuzufügen, dass es ohnehin zweifelhaft erscheint, ob der Plan des Stadtkommandanten aufgegangen wäre. Von der Schulenburg trachtete sicherlich danach, durch den Vorschlag eines Separatfriedens seine Situation in der Gefangenschaft zu verbessern. Die Familie von der Schulenburg stammte aus dem brandenburgisch-pommerschen Grenzland und hätte von einem durch sie herbeigeführten Ausgleich sicher sehr profitiert.

Die Reaktion des Kurfürsten auf diese Nachrichten und die – unten dargelegten Informationen über die Entwicklung der Kämpfe um das Glogauer Erbe – ließ nicht lange auf sich warten. Auf das Schreiben Johanns vom 25. April antwortete der Kurfürst mit einem ausführlichen Schreiben vom 24. Mai, in dem er zum einen die innenpolitischen Weichen stellte und zum anderen darauf bestand, dass der vorgesehene Landtag am 28. Juni in Prenzlau stattzufinden habe. Außerdem versah er seinen Sohn mit Argumentationshilfen, die es diesem ermöglichen sollten, den Widerstand der Stände gegen die Kriegskontributionen abzuschwächen. Er zählte die Truppen auf, die er mitbringen werde und rechnete Johann vor, dass zwei Drittel der Kosten für diese Truppen aus der Ansbacher Schatulle bezahlt werden würden. Darüber hinaus lobte er die militärischen Abwehrmaßnahmen Johanns gegen das weitere Vordringen der Pommern und gab taktische Ratschläge. So regte er den Bau von Basteien gegenüber von Vierraden und Prenzlau an. Er selbst, so versicherte Albrecht, werde gegen die Herzöge von Pommern ziehen. *„Lasset uns on botschaft nicht. Und sunderlich last uns wissen, wie sich herzog Buxlaff halt.“*, schloss Albrecht seinen Antwortbrief. <sup>(1)</sup>

Albrecht hatte den Entschluss gefasst, selbst nach Brandenburg in den Krieg zu ziehen. Er zog in Franken Truppen zusammen und bestand auf mehr und präziseren Nachrichten. Das waren seine unmittelbaren Reaktionen auf die Nachrichten aus Brandenburg. Ebenfalls seit Mitte Mai waren seine Räte in Sachsen und den anderen wettinischen Besitzungen im Einsatz, um ein Durchmarschrecht für die Ansbacher Truppen auszuhandeln. <sup>(2)</sup>

Am 4. Juni 1478 schickte Johann aus Prenzlau wieder Nachricht nach Ansbach und berichtete ausführlich über ein gewonnenes Gefecht gegen die Pommern bei Soldin in der Uckermark vom vorhergegangenen Freitag, dem 29. Mai. <sup>(3)</sup> Und am 12. Juni griff der Kurprinz wieder zur Feder, beantwortete Albrechts Schreiben vom 24. Mai und lieferte weitere Informationen zum Verlauf der Auseinandersetzung mit den Pommern. Er sei mit den Herzögen von Mecklenburg in Prenzlau zusammengetroffen, die einen Waffenstillstand mit Pommern bis zum 28. Juni vermittelt hätten. Er selbst sei gerade nach Cölln zurückgekehrt und werde sich am 21. Juni wieder mit den Mecklenburgern in Prenzlau treffen, um Unterstützung zu finden. Der von Albrecht angeordnete Landtag finde wie gewünscht am 28. Juni statt. <sup>(4)</sup> Die detaillierten Zeitangaben über die Waffenruhe ermöglichten es Albrecht nun, seinen Marsch nach Norden zu planen. <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 60 f.; Priebatsch 2, Nr. 400, S. 386 ff.

<sup>2</sup> Diese Quellen werden im folgenden Kapitel 2.4 noch genauer untersucht werden.

<sup>3</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. II, fol. 30 f.; Priebatsch 2, Nr. 406, S. 398

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., 24; Priebatsch 2, Nr. 409, S. 399.

<sup>5</sup> Angaben über Truppenstärken sind immer mit großer Vorsicht zu genießen. Was das Kontingent angeht, das Albrecht im Juni 1478 aus Franken nach Brandenburg führte, so haben wir aus einem Briefwechsel des Kurfürsten mit einem böhmischen Adeligen die Zahlen von 800 Reitern, 1200 Fußsoldaten und 100 Wagen.

Der Kurfürst zog noch im Juli nach Brandenburg und griff sehr erfolgreich in die Kämpfe gegen Pommern und Ungarn ein. Die Pommern mussten sich schon bald geschlagen geben und Albrecht schloss mit Herzog Bogislaw unter Vermittlung eines polnischen Gesandten am 28. September 1478 einen für Brandenburg günstigen Frieden. <sup>(1)</sup> Der einzige Gewinn, den Bogislaw aus den Kämpfen zog, war die Rückeroberung von Gartz. Der Zankapfel, der in fast jedem Informationsschreiben an Albrecht eine Rolle gespielt hatte, gehörte ab sofort wieder zu Pommern.

Doch der Konflikt war nicht gänzlich beigelegt. Der Landvogt der Neumark, Christoph von Polenz, schickte schon kurze Zeit später, mit Datum vom 14. Oktober 1478, Nachrichten über Übergriffe und einen möglichen Vertragsbruch der Pommern an Albrecht, der sich damals im Feldlager in Frankfurt an der Oder aufhielt, wo er gegen Ungarn und dessen schlesische Verbündete Krieg führte. Der Landvogt schrieb: „... *sunderlich die Bomerer iwer gnaden upgenamen freden nich wol haben und laten stelen und nehmen die dage und nachte, wes sie derlangen magen und dengken midt alle nichts to holdende und hebbe ... . . . sunder gnedige here die Pommerischen stede und manne hebben eynen gemeynen und hemelegen landtdach gehaedt to Grifennberg an sonavende vorgangen.*“ <sup>(2)</sup>

Eine schriftliche Reaktion Albrechts auf die Nachricht des Verantwortlichen für das an der Grenze zu Pommern liegende Gebiet, die von Vertragsbruch und möglichen plötzlichen Überfällen handelte, ist nicht überliefert. Dabei wäre es nicht das erste Mal gewesen, dass die militärisch unterlegenen Pommern überraschend zuschlugen und auf diese Weise kleinere Erfolge erzielten. <sup>(3)</sup> Da Albrecht aber in Frankfurt an der Oder sehr nahe an den gefährdeten Gebieten war, könnte es auch mündliche Anweisungen an militärische Befehlshaber gegeben haben. Dennoch hätte man zumindest einen Antwortbrief an Polenz erwarten können.

Obwohl es militärisch in den Jahren 1478 und 1479 sowohl gegen Pommern als auch gegen Ungarn und dessen schlesische Verbündete gut für Albrecht Achilles lief, forderte er im Frühjahr 1479 noch einmal Verstärkungen aus Franken an. Der Bericht der Räte an den Kurfürsten, der Geld, Söldner, Wagen und 400 Büchenschützen angefordert hatte, stammte vom 17. Mai und war sehr detailliert. <sup>(4)</sup> Man habe je einen Rat nach Nördlingen, Dinkelsbühl, Rothenburg, Nürnberg und Windsheim geschickt, um Söldner anzuwerben, liest man dort. Der Befehl an den Hauptmann auf dem Gebirge, dessen Kontingent betreffend, sei weitergeleitet worden. Redwitz habe ihnen geantwortet, dass nicht genügend Geld da sei, da die nächste Quatemberabrechnung erst am Dreifaltigkeitssonntag – im Jahr 1479 fiel dieser Sonntag, der erste nach Pfingsten, auf den 6. Juni – fällig sei. Von der Abrechnung an Reminiscere im Frühjahr seien nur noch 400 Gulden übrig, referierten die Ansbacher den Bericht aus dem Obergebirgischen. Das Oberland müsse 1000 Gulden in bar, 100 Pferde und noch eine Anzahl Männer stellen. Am 25. Mai, so fuhren die Ansbacher Räte fort, werde man Albrecht Stieber auf die Plassenburg schicken, um dort das Geld zu holen. Die 100 Pferde versuche man bei der Ritterschaft zu bekommen.

Die Ansbacher Räte schickten dann noch einen Zettel mit, auf dem die Tätigkeit der zum Truppenanwerben geschickten Räte dargelegt wurde. Hilpolt von Hausen habe in Nördlingen 200 Söldner angetroffen und in Dinkelsbühl rund 100. Deren Deputierte hätten nach langen Verhandlungen erklärt, dass sie pro Woche drei Pfund Brot und einen Gulden pro Mann wollen würden, außerdem Zehrung für den Hin- und Rückweg und als Waffen würden sie sich einen „*krebs*“, <sup>(5)</sup> eine Büchse, ein Schwert oder ein Langmesser wünschen. Bis zum

<sup>1</sup> Siehe Kapitel 2.4.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 445, S. 426 f.

<sup>3</sup> Siehe oben die überfallartige Einnahme von Gartz im Frühjahr 1478. Ein Befehl Albrechts vom 29. Oktober ist überliefert, in dem er den Hans von Biederstein und die beiden Lausitz-Städte Beeskow und Storkow vor Handstreichern warnte. Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 43 a; Priebatsch 2, Nr. 447, S. 428.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 557, S. 516 ff.

<sup>5</sup> Der Krebs ist ein Brustharnisch aus Platten im Gegensatz zum alten Ringpanzer und wird sonst auch Platt genannt. Siehe Grimm, a.a.O., Band 11, Sp. 2130.

Mittwoch nach Pfingsten (2. Juni) würden sie endgültig Bescheid sagen. Sebastian von Seckendorf habe zu Nürnberg 200 Kriegsknechte gefunden, die aber vier Pfund pro Woche, Kost für Hin- und Rückreise, Bestellung auf drei Monate und monatliche Kündigungsfrist gewünscht hätten. Albrecht von Biberen schließlich sei in Rothenburg auf 40 Söldner gestoßen, die pro Woche einen halben Gulden verlangt hätten und sich geweigert hätten, einen Harnisch zu tragen. Einen Büchsenmeister habe man nur in Rothenburg gefunden, der habe aber 40 Gulden Jahressold gefordert. Das sei ihnen zu teuer vorgekommen, weswegen man jetzt nach Stuttgart schicke, um vielleicht den Büchsenmeister Graf Ulrichs zu bekommen. Albrecht beantwortete dieses Schreiben am 24. Mai und qualifizierte die Söldner aus Franken als zu teuer ab. <sup>(1)</sup> Offensichtlich bekam und brauchte Albrecht keine Verstärkungen mehr in Brandenburg.

Die innere Lage Brandenburgs war jedoch auch nach den Siegen gegen die Pommern und Johann von Sagan und dessen ungarischen Hilfstruppen alles andere als gesichert, als der Kurfürst im Sommer 1479 die Mark wieder verließ. Das schlug sich auch in den Informationsschreiben nieder, die dem Fürsten in der nächsten Zeit zgingen. Kanzler Sesselmann informierte Albrecht schon in einem Brief vom 8. September 1479, dass die Pommern verabredungsgemäß die Burg von Saatzing geräumt hätten. Doch zuvor hätten sie noch die Stadt angezündet. Auch die Lehnsbriefe, die sich auf die Städte Beeskow und Storkow in der Lausitz bezögen, seien von den Pommern nicht ausgehändigt worden. <sup>(2)</sup>

Dass es vor allem im Inneren der Mark weiterhin sehr gefährlich war, dokumentieren zwei Vorfälle im Herbst 1479, als Albrecht noch keine zwei Monate aus der Mark weg war. Der Raubritter Hans von Plessen hatte in der Prignitz, dem nordwestlichen Teil der Mark Brandenburg, durch Gewaltakte den inneren Frieden schwer gestört. Dabei hatte er auch einen Gesandten des Kurfürsten von Sachsen gefangengenommen. Kanzler Sesselmann schilderte Albrecht diesen Vorfall und die Situation in der Mark nach der Tat des Raubritters in einem eindrucksvollen Schreiben vom 22. September. Der von Sesselmann mit dem Vorgehen gegen Plessen beauftragte Graf Hans von Ruppın habe gemeldet „... *das dy ganz Prignicz und dy inwoner daselbst klein und groß, außgenohmen die stete, damit vergift sind und dy that mit angeet.*“ Falls man die Schuldigen in der Prignitz ernsthaft zur Rechenschaft ziehen wolle, was auf Grund des sächsischen Drucks notwendig sei, so bestünde die Gefahr einer generellen Erhebung. Auch seien die Verhandlungen mit den Herzögen von Mecklenburg über die gegenseitige Hilfe bei Raubüberfällen in der Grenzzone gescheitert. Die Beziehungen seien sehr gespannt und es sei nicht ausgeschlossen, dass die Unzufriedenen in der Prignitz bei einem Aufstand Hilfe von Mecklenburg bekommen könnten, so der Kanzler.

Außerdem müsse er jetzt auch noch mitteilen, dass brandenburgische Raubritter um die Herren Glawitz und Koderitz mit rund 50 Reitern den ungarischen Vogt der Lausitz, Melchior von Löben, ermordet hätten. Er schicke einen Brief mit den Schilderungen des Cottbuser Landvogts Rotemberg, der den Vorfall untersucht habe, mit.

Außerdem liegt dem Brief Sesselmanns noch ein Entschuldigungsschreiben des Bischofs von Havelberg bei, der beteuerte, nichts mit den Unruhestiftern in der Prignitz zu tun zu haben. Ein beigelegter Zettel übermittelte dann die einzig positive Nachricht. Der Graf von Ruppın habe gemeldet, dass der Herzog von Mecklenburg versprochen habe, den Raubrittern in der Prignitz keinen Vorschub zu leisten. Er benötige, so Sesselmann, ausführliche und klare Weisungen, was zu tun sei. <sup>(3)</sup>

Die Berichterstattung hatte den Sinn, genaue Befehle zu erhalten. Denn die inneren Unruhen in der Mark betrafen auch die Beziehungen zu wichtigen Nachbarn, Mecklenburg, Sachsen und Ungarn. Da Markgraf Johann in diesen Monaten zu Besuch in Franken weilte, stand der

<sup>1</sup> STAN, C 3, Nr. 267, fol. 77; Priebatsch 2, Nr. 563, S. 522 f.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 598, S. 553 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 603, S. 557 f. Der Brief des Landvogts von Rotemberg liegt ebenfalls im Archiv vor. Quelle: Priebatsch, a.a.O.

mittlerweile schon betagte Sesselmann allein vor den Problemen, die sich leicht zu einem größeren Konflikt hätten ausweiten könnten. Deswegen war eine Entscheidung Albrechts notwendig.

Die Dramatik der Situation zeigte sich auch im nächsten Brief aus der Mark, den Sesselmann schon am 17. Oktober 1479 schrieb. Darin musste er wieder über Raubtaten berichten: „*Mein schrift und die bevelhung doctors Szeres und Vogels in yrem abschide von hir angezeigt klerlich, weiß in den sachen der gefangen und reuberey in der Pregnicz dieselben zeit gescheen.*“ Sesselmann beschränkte sich nicht mehr nur auf schriftlichen Benachrichtigungen und Klagen, sondern er schickte zwei Vertraute los, die in Franken die schlimmen Nachrichten verbreiten sollten. Das geschah mit dem klaren Ziel, zumindest Markgraf Johann wieder nach Brandenburg zu holen. Sesselmann sandte in Abschrift einen Brief des Grafen von Ruppin an die Herzöge von Sachsen, in dem dieser seine Fortschritte beim Kampf gegen die Raubritter darlegte. Außerdem, so der Kanzler, braue sich in Vierraden wieder etwas zusammen. Warnungen aus Pommern seien eingegangen. Man müsse die Burg in Vierraden sofort ausbauen und mit mehr Truppen versehen. <sup>(1)</sup>

Der Inhalt des Briefes des Grafen von Ruppin ist aus der Antwort Albrechts zu erschließen, die er am 27. Oktober nach Cölln schickte. Der Kurfürst referierte nämlich dessen Schreiben und gab seiner Freude Ausdruck, dass es gelungen sei, die Burg des Raubritters von Plessen einzunehmen. <sup>(2)</sup>

Eine Reaktion Albrechts auf die Berichterstattung ist darin zu sehen, dass er den widerstrebenden Markgrafen Johann schneller als ursprünglich geplant nach Brandenburg zurückschickte. Johann wollte noch zur Jagd bleiben und sich mit Graf Ulrich von Württemberg treffen. Doch mussten die Vergnügungen ausfallen. <sup>(3)</sup>

Auch nach der Rückkehr des Markgrafen im September war die Lage in der Mark immer noch nicht unter Kontrolle zu bringen. Vor allem die prekäre Finanzlage, verursacht durch die großen Schwierigkeiten, direkte und indirekte Steuern einzutreiben, machte den Regierenden weiter zu schaffen. Markgraf Johann und Kanzler Sesselmann hielten den Kurfürsten regelmäßig über den Streit um die Steuern auf dem Laufenden, so auch in einem nicht überlieferten Schreiben vom Januar 1480. Darin legte Johann im Detail dar, dass die Städte, hier sind es diejenigen aus der Altmark, die bereits bewilligte direkte Steuer, die Landbede, nicht zahlen würden. Sie würden einen Zahlungsaufschub um zwei Jahre verlangen, wären jedoch bereit, auf einem Landtag weiter zu verhandeln.

Wir wissen von diesem Bericht Johans durch das Antwortschreiben Albrechts vom 1. Februar 1480, in dem er die Informationen Johans rekapitulierte, bevor er sie beantwortete: „*Die antwort der Altmerckischen stete in einem zettel ist irer vorigen antwort gemeß und gebessert mit zweyen. Sie nennen zwey jar frist, der ist vor viere gewesen. Des ander wöllen sie mit rat der andern prelaten, herrn, mannen und steten antworten. Das haben sie vor nit wöllen thun, sundern sich gesundert indem gesprech in der sach. So kann es, ob got will, nit argk werden, nachdem sie es selber zugesagt haben.*“ <sup>(4)</sup> Die Reaktion Albrechts auf die Berichterstattung war die, den Prinzen zu ermutigen und für Zuversicht zu sorgen. Ein direkter Eingriff, ein Befehl oder eine Handlungsempfehlung des Kurfürsten sucht man vergeblich.

Am 1. März schickte Albrecht sichtlich erleichtert einen Brief an Kanzler Sesselmann, dessen Amtsmüdigkeit immer wieder zur Sprache gekommen war. <sup>(5)</sup> In einem kurz vorher eingegangenen Schreiben muss Sesselmann dann allerdings versprochen haben, weiter im Amt bleiben zu wollen. Albrecht lobte dies sehr: „*Ir schreibt uns, das ir noch im regiment*

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 57; Priebatsch 2, Nr. 614, S. 563 f.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 53; Priebatsch 2, Nr. 615, S. 564 f.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 61 v.; Priebatsch 2, Nr. 642, S. 583.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., fol. 64 v.; Priebatsch 2, Nr. 650, S. 592 f.

*seit, das horn wir gern, denn dieweil ir regiirt, sind wir in alle wege dester williger, wir wissen, das ir nicht ein verthuer seit, wo man euch volgen will, rauberey hast und gern fridt habt.“* Für den weit entfernten Kurfürsten war es in der Tat wichtig, einen erfahrenen Kanzler in Cölln zu wissen, vor allem deshalb, weil Albrecht von der Regierungskunst seines Erstgeborenen nicht viel hielt. War dieses Misstrauen objektiv auch überzogen – Johann regierte nicht so schlecht, wie Albrecht befürchtete – so diente Sesselmanns Anwesenheit im Schloss zu Cölln Albrecht subjektiv doch zur Beruhigung.

Im April 1480 war die Landbede wieder Thema im Briefverkehr zwischen Albrecht und Johann. Diesmal meldete Johann mit einem Schreiben, das ausweislich der Kanzleinotiz am 10. April in Ansbach angekommen war, dass die Städte der Mittelmark, das waren unter anderem Cölln und Berlin, erst binnen sechs Jahren zahlen wollten. Auch dies erfahren wir durch die Antwort Albrechts und auch hier beschwichtigte der Kurfürst, indem er schrieb, das sei besser als erwartet und er hätte den Streitfall auch nicht besser lösen können. <sup>(1)</sup>

Ein weiteres Schreiben, in dem die Steuerverweigerung der altmärkischen Städte thematisiert wurde, ging Albrecht nach Ausweis der Kanzleinotiz am 21. August zu und wurde vier Tage später vom Kurfürsten beantwortet. Johann hatte wieder von Zahlungsverzögerungen berichtet, obwohl die Städte die Zahlung von 6000 Gulden ausstehender Landbede schon zugesagt hätten. Albrecht bestand auf der Bezahlung und argumentierte mit der Rechtmäßigkeit seiner Forderungen: „... *nu sind sie das pfleg zu tun mancherlei ursach halben und machen sich nach altem herkomen billich den adern gemess, auch dem vertrag und abschid nach, den wir dortinnen emaln verlassen, und der verschreibung, die wir geben, in welchen sachen wir uns landbete zu geben vorbehalten haben, nemlich nyderlage, beratung der dochter, lantkrig mit rate der lantschaft, die alle do vorhanden sind zusambt dem alten herkomen.“* <sup>(2)</sup> Wieder einmal versuchte Albrecht Johann mit Argumenten zu versorgen und rekurrierte auf die rechtliche Lage.

Den vierten Brief in diesem Jahr, in dem Johann seinen Vater über die Steuerprobleme unterrichtete, sandte man am 25. September 1480 aus Cölln ab. Johann unterrichtete Albrecht dabei von einem Beschluss des Landtages, der besagen würde, dass den altmärkischen Städten die Landbede erlassen werden solle. Er habe dieses Ansinnen zurückgewiesen und gefordert, dass die Städte der Altmark ihren Möglichkeiten nach zu zahlen hätten. Eine Vorladung vor Gericht die bereits fertig vorläge, um sie zur Zahlung zu zwingen, habe er noch nicht ausgesprochen. Er habe ihnen jetzt noch Zeit bis zum Martinitag, dem 11. November, gegeben, um zu zahlen. Johann gab dann noch seiner Befürchtung Ausdruck, die Städte könnten gegen ein für sie ungünstiges Urteil beim Kaiser Berufung einlegen. <sup>(3)</sup>

Albrecht antwortete am 21. Oktober und hieß das Vorgehen seines Sohnes gut. Er hoffe, die Städte würden bis zum Martinitag zahlen und man könne mit den erwarteten 12 000 Gulden dann Schulden einlösen. <sup>(4)</sup> Am Montag nach Martini 1480 schrieben die altmärkischen Stände aber an Johann, dass sie die Bezahlung der Landbede weiterhin verweigern würden. <sup>(5)</sup> Eine Weitermeldung dieser erneuten Verweigerung nach Ansbach und eine Reaktion des Kurfürsten sind nicht überliefert.

Im Frühjahr 1481 kam es in der Stadt Prenzlau in der Uckermark zu einem Aufruhr der Bürger gegen den kurfürstlichen Richter, bei dessen Einsetzung, so die Meinung des Gremiums, der Rat nicht entsprechend einbezogen gewesen wäre. Die Räte in Cölln schickten zu Pfingsten eine Delegation nach Prenzlau, die den Auftrag hatte zu verhandeln und Mitteilung zu machen. „*Item wa sie uff irenn eigen furgenommen willen bliben und anzeigung*

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 66 f.; Priebatsch 2, Nr. 660, S. 608 ff.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 80; Priebatsch 2, Nr. 687, S. 635 f.

<sup>3</sup> Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, 90, 91; Priebatsch 2, Nr. 695, S. 645 ff.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 85 f.; Priebatsch 2, Nr. 697, S. 648 ff. Näheres zum Streit um die Landbede ist nachzulesen bei Priebatsch, Die Hohenzollern und die Städte der Mark, a.a.O., S. 149 ff.

<sup>5</sup> Raumer, Codex II, Nr. 60, S. 57 f.

*der that und zettel, so hat man sich unnsers gnedigen Hern von Lubus rate und verfuge die ding ufs bequemst, in einem fruntlichen anhang die ding an unnsern gnedigen Hern zu bringen, und sich dann weyter zu halten und lauth desselben schreyben meins Hern von Lubus und dester weniger nit, verflug man ufs getrewlichst wa und bey wem man kann, das in solichem stehen kein furder ufrur geschee“*, <sup>(1)</sup> hieß es in der Fertigung, die die Gesandten unter der Leitung des neuen Propstes zu Berlin, Claus von Arnheim, mitbekamen.

Die Gesandten hatten auch Befehl, sich für die Entscheidungen des Richters zu entschuldigen, und klarzulegen, dass der Fürst damit nichts zu tun gehabt hätte. Die Quelle spricht also explizit von Aufruhr und die Angelegenheit scheint auch so ernst gewesen zu sein, dass die kurfürstliche Regierung den Rückzug antrat.

Die entsandten Räte hielten sich Freitag bis Montag nach Pfingsten in Prenzlau auf und berichteten auch an ihre Auftraggeber. Das waren natürlich in erster Linie Markgraf Johann in Cölln und die dortigen Räte. Der Inhalt der Berichterstattung lässt den Schluss zu, dass man sich auf einen Kompromiss geeinigt hatte. Der Richter blieb im Amt, die Stadtväter und auch Leute aus dem „*gemayn volk*“, die mitverhandelt hatten, entschuldigten sich für den Aufruhr und der Richter wurde öffentlich zu besserer Amtsführung ermahnt: „*Wir haben auch In Ir gegenwertigkeit den richter verbott ym den handel gesagt und befolen sich des gegen eynen ydermann nutzsam und geburlich zu halden domit widerwille vormyden bleibe und sein also abgeschyden.*“ <sup>(2)</sup>

Die Gesandten referierten dann genauestens den Inhalt ihrer Verhandlungen an den vier Tagen, legten dar, dass sie ihre Credenzen vorgelegt hätten und diese von den Verhandlungspartnern akzeptiert worden seien. Dann ging es um die Person des Richters: „*Darauff so sie den richter wie ir rede laut angetzogen haben hat man ym anfang geredt, wie unser gnediger Herr der alt nicht us furstlicher gewalt alleyn so sein gnaden doch zu thun macht gehabt hat, sundern aus schulde und antwort Ir aller und des richters, nach genuglicher rede und widerrede nach laut des rechtsspruch derr schoppen zu magdburg funden und Irkant hat, das der richter nichtet mißhandelt hat ...*“ <sup>(3)</sup>

Kurfürst Albrecht war also derjenige, der den Richter in Prenzlau unter Beachtung der Rechte der Stadt ernannt hatte und gegen dessen Amtsführung dann doch ein solcher Widerstand entstanden war, dass man sich zu Verhandlungen bequemen musste. Nachrichten an Albrecht Achilles über die Konfrontation um den Richter finden sich in den Quellen allerdings nicht, obwohl er selbst die Ernennung verfügt hatte und es sich um einen ernstzunehmenden Angriff auf die fürstliche Autorität gehandelt hat.

Dass mangelnde und zu langsame Berichterstattung zu empfindlichen Rückschlägen führen können, musste Albrecht bei der Besetzung des Bischofstuhles von Lebus erleben, der 1483 nach dem Tod des langjährigen Amtsinhabers Friedrich Sesselmann notwendig geworden war. In der zweiten Septemberhälfte war Kanzler Friedrich Sesselmann, Bischof von Lebus, gestorben und Albrecht schrieb am 4. Oktober aus Cadolzburg an das Kapitel in der Stadt im Osten der Mittelmark. In dem Brief nominierte er den Grafen Friedrich von Zollern, Dechant zu Straßburg, als neuen Bischof. Albrecht berief sich dabei auf die Privilegien, die den Kurfürsten von Brandenburg durch die Päpste Martin V., Eugen IV. und Nikolaus V. verliehen worden seien. Die Kanzleinotiz weist aus, dass Graf Eitelfriedrich von Zollern, ein Bruder des Nominierten, den Brief überbrachte. <sup>(4)</sup> Albrecht war schon länger klar, dass Bischof Sesselmann amtsmüde und krank war. Das hatte der Kanzler seinem Fürsten öfter geschrieben, so dass sich Albrecht sicher schon Gedanken über die Nachfolge gemacht hatte

<sup>1</sup> Raumer, Codex II, Nr. 44, S. 52 f.

<sup>2</sup> Raumer, Codex II, Nr. 45, S. 53 ff.

<sup>3</sup> Aus dem Jahr 1480 liegt eine Verordnung vor, die das Wirken des Richters in Stendal beschreibt. Auch dort ist eine intensive Zusammenarbeit des fürstlichen Juristen mit dem städtischen Rat vorgesehen. Siehe Raumer, Codex II, Nr. 59, S. 56 f.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 182 v.; Priebatsch 3, Nr. 978, S. 274 f.

und dann sofort entschied. Wer wann die Nachricht von Sesselmanns Tod nach Franken gebracht hatte, ist nicht überliefert. Es ist folglich nicht klar, ob es schon eine Verzögerung bei der Berichterstattung an den Kurfürsten gab. Eitelfriedrich reiste sicher sofort los, um die kurfürstliche Weisung nach Lebus zu überbringen.

Dennoch gelang es Albrecht nicht, seinen Wunschkandidaten durchzusetzen. Das Kapitel in Lebus wählte schon sehr bald nach dem Tod Sesselmanns (<sup>1</sup>), anscheinend von Markgraf Johann nicht daran gehindert, den markgräflichen Rat Liborius von Schlieben zum neuen Bischof. Es ist auch nicht zu bestimmen, wann Albrecht von der Wahl des Liborius von Schlieben erfuhr. Die Quelle der Information war auf jeden Fall ein Brief des Markgrafen Johann, wie aus einem Brief Albrechts zu entnehmen ist. Denn am 26. Oktober 1483 schrieb Albrecht sowohl an seinen Sohn als auch an Graf Josniclas von Zollern, den Vater Friedrichs von Zollern. In beiden Briefen brachte er seinen Ärger zum Ausdruck. Albrecht fürchtete, dass die Wettiner zu viel Einfluss gewinnen könnten, denn die Familie von Schlieben hätte Besitzungen in der Lausitz und stünde dort mit den Herzögen von Sachsen in enger Verbindung. Doch versuchte er in seiner Reaktion auf die Wahl das Beste aus der Sache zu machen: *„Lieber sone. Als ir uns geschriben habt, das haben wir uns wol versehen und so es unser vetter nit sein sol, wo dann der von Slieben auf unser nominacion eingieng, möchten wirs ge leiden, dann solt der von Mantua eingeen durch unsern heiligen vater den babst und anders denn durch unser nominacion, so hetten wir ewiglich bebster zu Lubus. Nu ist der von Slieben ein redlicher gesell und möchte der herschaft nutz sein. Und darumb, wenn er uf unser nomicacion, als zu Brandenburg gescheen ist, eingieng, möchten wir ge leiden und erkenneneten es für ein bessers und nützlichers landen und leuten, denn das der stift verdürb. Zu Brandenburg ist es also gehandelt, das sie die ersten wale abstelten und weleten in uf unser bete. So müsten wir doch einen nehmen auf dem capitel, möchte der gut sein als tolig einer, der uf dem stift ist.“* (<sup>2</sup>)

Albrecht bestand aus formalen Gründen darauf, dass Liborius von Schlieben als von ihm nominiert bezeichnet wurde, um das Reservatsrecht der Bischofsernennungen in den märkischen Bistümern nicht zu gefährden. Wie in einem anderen Fall im Bistum Brandenburg (<sup>3</sup>) sollte das Kapitel die erste Wahl widerrufen, den Kandidaten als vom Fürsten nominiert ansehen und noch einmal wählen. Ein sehr pragmatischer Weg, von dem man aber nicht weiß,

---

<sup>1</sup> Der Amtsantritt des Liborius von Schlieben ist bei Eubel, a.a.O., Band 2, S. 180, mit dem 26. Januar 1484 angegeben. Ein genaues Todesdatum Sesselmanns und der Tag der Wahl seines Nachfolgers findet sich dort nicht. Auch Gatz, Bischöfe, Band 2, gibt kein genaues Todesdatum Sesselmanns an und verzeichnet auch kein Datum, an dem Schlieben in Lebus gewählt wurde. Ihm sei das Bistum am 26. Januar 1484 verliehen worden, liest man. Näheres zu den beiden Lebuser Bischöfen Sesselmann und Schlieben findet sich in Siegmund Wilhelm Wohlbrück, Geschichte des ehemaligen Bisthums Lebus und des gleichnamigen Landes, Band 2, Berlin, 1829, S. 152 – 164 (Sesselmann) und 165 – 167 (Schlieben). Ebenfalls ausführlich zur Geschichte des Lebuser Bistums: Herbert Ludat; Das Bistum Lebus, Weimar, 1942; Ludat befasst sich aber besonders mit der Besitzgeschichte und den wirtschaftlichen Grundlagen des Bistums im Allgemeinen. Auch Albrechts Großneffe Ludovico Gonzaga scheint sich um das Bistum bemüht zu haben, doch wurde seine Bewerbung schon von Albrecht Achilles im Vorfeld abgelehnt. Quelle: Priebatsch 3, Nr. 982 vom 26.10.83. Siehe zum Hintergrund des Falles das Werk von Bruno Hennig; Die Kirchenpolitik der älteren Hohenzollern in der Mark Brandenburg und die päpstlichen Privilegien des Jahres 1447; Berlin, 1907; S. 31 – 35.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 183 r.; Priebatsch 3, Nr. 982, S. 278 ff.

<sup>3</sup> Eine Schilderung der Umstände im Fall des Bistums Brandenburg findet sich im Vorwort von Riedel 1,8, S. 84. Das Kapitel hatte im Frühsommer 1472 – der Kurfürst befand sich im Lande – den Dompropst Arnold von Burgsdorf zum Nachfolger des Bischofs Dietrich von Stechow gewählt, bevor Albrecht eingreifen konnte. Dieser protestierte gegen die Wahl, machte aber sogleich das Angebot, Burgsdorf zu nominieren, wenn dieser auf seine Ansprüche aus der Wahl verzichten würde. Darauf einigte man sich und Albrecht nominierte Burgsdorf am 19. Juli 1472 vereinbarungsgemäß zum Bischof und er konnte sein Amt dann unangefochten antreten..

ob er beschritten wurde. Denn das Wahldatum, wie überhaupt die Tatsache der Wahl des Bischofs Liborius von Schlieben, ist in den Quellen nicht verzeichnet. <sup>(1)</sup>

Johann schrieb seinem Vater dann am 7. November 1483 auch, dass er sich mit den Räten in Cölln verständigt habe und man zu dem Schluss gekommen sei, gegen die Entscheidung des Kapitels, Liborius von Schlieben zum Bischof zu wählen, keinen Einspruch erheben zu wollen. Auch das Kapitel bitte, dass weder Albrecht noch der Papst einen anderen Kandidaten nominieren. Selbst Friedrich von Zollern, so Johann, habe sich in sein Schicksal gefügt: „*Demnach Ewer liebe schreiben vnd do bey angesehen, das vnser vetter von Czoller die sachen von seins bruders wegen in der herschaft land vnd lewten besten hat fallen lassen vnd sich des handels nicht mehr annympt.*“ <sup>(2)</sup>

Der neue brandenburgische Kanzler, Dr. Sigmund Zerer <sup>(3)</sup>, reiste im Winter 1483/84 nach Bayreuth, um dort dem Kurfürsten seinen Antrittsbesuch zu machen und benutzte die Gelegenheit gleich, um Albrecht Achilles die wichtigsten und neuesten Nachrichten zu übermitteln. Er tat dies mündlich, sehr ausführlich und Albrecht ließ diesen Vortrag schriftlich aufzeichnen. <sup>(4)</sup> Es ist dies die letzte überlieferte Information über die Verhältnisse in Brandenburg, die Albrecht zuging, obwohl der Kurfürst noch mehr als zwei Jahre lebte. Sein Rückzug aus der unmittelbaren Verantwortung für die Kurmark scheint sich auch im Fehlen von Nachrichten zu dokumentieren.

## Fazit

Bei den Nachrichten an Albrecht über die Situation in Brandenburg ist eine sehr deutliche Entwicklung festzustellen. Die ersten Informationen an ihn dienten nur dazu, ihn als Helfer für seinen Bruder, Kurfürst Friedrich II., mit den nötigen Nachrichten auszustatten. Erst als er zunehmend in die Position des Oberhauptes der Familie gerückt war, änderte sich die Qualität der Nachrichten und Albrecht wurde umfassend informiert.

Die Berichte an Albrecht, die flossen, nachdem er die Kurwürde erlangt hatte, sind dadurch gekennzeichnet, dass sie immer wieder zwei Themen, Steuerprobleme und die Bedrohung durch Pommern, in den Mittelpunkt stellten. Andere innere Konflikte, so der erwähnte Aufstand gegen den Richter in Prenzlau und die Schwierigkeiten mit den Städtebünden in den Jahren 1476 und 1478, finden sich hingegen nicht überliefert. Der Wissensstand des Fürsten war deshalb auf einige wenige Angelegenheiten beschränkt und viele andere Problemkreise kamen nicht vor. <sup>(5)</sup> Die vielen schriftlichen Berichte seines Bruders Friedrich, seines Sohnes und auch Sesselmanns waren oft sehr lang, doch bestanden sie in weiten Strecken aus Klagen und dem Wiederholen von bekannten Tatsachen.

Es muss festgehalten werden, dass Albrecht aus den schriftlichen Nachrichten unmöglich genug wissen konnte, um die Mark Brandenburg aus der Ferne zu regieren. Vor allem das Fehlen von Informationen über innenpolitische Details verhinderte eine wirksame direkte Regierungsausübung. Albrecht war deshalb darauf angewiesen, dass die Räte in Brandenburg weitgehend selbstständig handelten und er nur die großen Linien vorgeben konnte.

<sup>1</sup> Das Fehlen einer Nachricht über den Tag der Wahl könnte dahingehend interpretiert werden, dass diesem die Rechtskraft abgesprochen werden sollte. Doch weder die Quellen, noch die Sekundärliteratur gehen auf die Frage ein.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 241, S. 293 f.

<sup>3</sup> Zerer wurde Kanzler in Brandenburg, weil Albrecht offensichtlich nicht wollte, dass der gegen seinen Willen gewählte Bischof von Lebus, Liborius von Schlieben, Sesselmann auch in diesem Amt nachfolgte. Quelle: Priebatsch 3, Nr. 996, S. 294. Siehe dazu auch Stölzel, a.a.O., I, S. 98 und 109 ff.

<sup>4</sup> Näheres zu diesem Bericht und seiner Wichtigkeit für die Informationspolitik ist im Kapitel 3 zu finden.

<sup>5</sup> So kam es im Jahr 1480 zu einem Aufstand gegen den Bischof von Havelberg, bei dem dieser aus seiner Residenz fliehen musste. Ob Albrecht davon unterrichtet war, ist nicht zu klären. Näheres zum Aufstand gegen Bischof Wedego von Havelberg siehe bei Riedel 1,2, Vorwort, S. 417 ff.

Dies änderte sich nur bei drohenden Konflikten. In Krisenzeiten verdichtete sich der Informationsfluss aus Brandenburg und dem Fürsten ging in kurzen Zeitabständen eine Vielzahl von Informationen zu. Dann war er auch in der Lage, präzise zu reagieren und die Entscheidungen in die eigene Hand zu nehmen. Albrecht ergriff diese Gelegenheiten – dies zeigt sich am besten während des Krieges mit Pommern in den Jahren 1478 und 1479 – und handelte energisch. Die Statthalter in Brandenburg waren dann nur noch Erfüllungsgehilfen und dienten als Informanten.

### 3.4 Die Beziehungen zu den nord- und mitteldeutschen Nachbarn

Brandenburg hatte neben den Grenzen zu Pommern und Schlesien auch noch Berührungspunkte zu anderen rivalisierenden Mächten Nord- und Mitteldeutschlands, Hochstiften, Fürstenstaaten und auch Städten. Auch in den benachbarten Königreichen Polen und Dänemark kam es zu Entwicklungen, die für die politische Situation in Brandenburg von Bedeutung waren. Über sie musste Albrecht Achilles ebenfalls unterrichtet sein, wollte er eine zielgerichtete Interessenspolitik entwerfen und unangenehme Überraschungen von dieser Seite vermeiden. Besonders die Entwicklung der Beziehungen zu Sachsen war natürlich sehr wichtig. <sup>(1)</sup>

Während der Auseinandersetzungen zwischen den Kurfürsten von Brandenburg und den Städten der Mark, die der Hanse angehörten, holte sich Albrecht Achilles in den Jahren 1458 und 1459 Informationen aus Böhmen. Albrecht schrieb am Sonntag Quasimodo Geniti, dem 9. April 1458, an seinen Bruder, Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg einen Brief mit geheimzuhaltendem Inhalt. *„Den brief sol nymant ufbrechen und lesen dann unser bruder aynzyg selbst“*, heißt es auf der Rückseite des Schreibens. Albrecht hatte von einer Zusammenarbeit zwischen den Hansestädten und dem neuen Böhmenkönig Georg Podiebrad gehört und setzte nun seinen Bruder, den in Brandenburg regierenden Kurfürsten Friedrich II., davon in Kenntnis: *„Auch Lieber bruder lassen wir euer liebe im besten wissen in großer gehaym, das die von Lubeck ein trefflich botschafft gehabt haben bei dem newen erwelten zu Beheim von Ir un der ander henüschen stete wegen. Und haben sich berümet, etlicher Merckischer stete das sie der macht haben, das sie sich mitsamt ine und anderen Herren steten verpunden wollen, als wenn sie der neu Erwelte wol aufnehmen. Doch so ist an uns gelangt, der konig wolle das thun ... und ein guter freund unser herschaft aus Beheim hat uns das zuemboten und auch dabei zu erkennen geben von der anspruch wegen, die die herrn von sachsen und die kron auch von der kron wegen habe. So wurde der neu erwelte sein zusagen wandeln und wurde es ganz abslahen und wurde sich zu uns tun.“* <sup>(2)</sup>

Lübeck hatte wohl bei König Podiebrad um Hilfe gegen die Zöllern nachgesucht, die Podiebrad zu gewähren gewillt war. Auch wurde Albrecht von seinem Gewährsmann davon in Kenntnis gesetzt, dass die Ansprüche der Kurfürsten von Sachsen auf die böhmische Königskrone noch auf der Tagesordnung standen. Widerrufe Brandenburg seine Hilfe für Sachsen, werde Georg auch seine Hilfe für die Hansestädte überdenken, so die Nachricht. Albrecht Achilles setzte seinen Bruder in Brandenburg dann über den Bündnisplan der Hansestädte und die Verbindung mit der Hilfe Brandenburgs für die sächsischen Ambitionen ins Bild. Albrecht stand hier wieder eindeutig im Dienste seines Bruders, der in den 50er Jahren noch die gesamte brandenburgische Politik maßgeblich selbst bestimmte. Es ist zu vermuten, dass der Informant, der Albrecht über die Ankunft der hanseatischen Gesandtschaft in Kenntnis gesetzt hatte, ein Vertrauter Podiebrads war, der versuchte, die Brandenburger auf die Seite Podiebrads zu ziehen. <sup>(3)</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Brandenburg war zwischen den frühen 40er und Mitte der 60er Jahre eine Konstante. Einer unterstützte den anderen in den jeweiligen Auseinandersetzungen, seien es die Versuche der Sachsen, die böhmische Krone zu gewinnen, oder Albrechts Auseinandersetzungen mit Ludwig von Landshut und fränkischen Fürsten und Städten. Im Jahr 1466 – zwei Jahre nach dem Regierungsantritt des neuen Kurfürsten Ernst und von dessen Bruder Albrecht – deutete sich eine Wende in diesen Beziehungen an. Die Konkurrenz der beiden Kurhäuser in der Lausitz, besonders um den

<sup>1</sup> Siehe dazu Kretschmar, a.a.O. Eine kurze, aber sehr präzise Darstellung zur sächsischen Geschichte unter der Regierungszeit Kurfürst Ernsts und seines Bruders Albrecht findet sich in Karlheinz Blaschke; Geschichte Sachsens im Mittelalter; Berlin, 1990; S. 270 – 298.

<sup>2</sup> Berlin, Staatsarchiv, HA I, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 1; FRA II, 42, Nr. 165, S. 223 f.

<sup>3</sup> Reaktionen des Kurfürsten auf das Schreiben seines Bruders sind nicht zu ermitteln.

Besitz der Herrschaften Beeskow und Storkow führten ebenfalls zu Spannungen. <sup>(1)</sup> Die Wettiner kündigten an, ihr altes Bündnis mit Kurfürst Friedrich von Brandenburg und Markgraf Albrecht nicht zu verlängern, das einen uneingeschränkten gegenseitigen militärischen Beistand vorsah. Das Abkommen stammte noch aus der Zeit des Markgrafenkrieges, in dem zumindest Herzog Wilhelm III. Albrecht auch massiv militärisch unterstützt hatte. Doch auch Kursachsen stand damals noch auf Albrechts Seite.

Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg informierte Albrecht in einem undatierten Schreiben, das aus dem März oder den ersten Apriltagen 1466 zu stammen scheint, über sein Scheitern, als er den Vertrag in Verhandlungen mit dem sächsischen Obermarschall Hugo von Schleidnitz erneuern wollte. <sup>(2)</sup> Die Sachsen hätten dezidiert gesagt, dass sie nur noch einen Vertrag wünschen würden, der ihnen erlaube, bei Streitigkeiten zwischen den Zollern und den Wittelsbachern neutral zu bleiben. Er, so der Kurfürst im Brief an seinen Bruder, habe auf dem alten Bündnis bestanden und die Sachsen hätten dem dann formal auch zugestimmt. Doch er glaube ihnen nicht. „ .. *wir mercken wol, das sy darczu nicht geneigt sein*“, formuliert Friedrich seine Zweifel.

Friedrich riet seinem Bruder folglich, den neuen Vertrag gemäß den Wünschen der Sachsen abzuschließen, damit man wenigstens etwas in der Hand habe und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass kein neuer Konflikt mit Bayern bevorstehe. Ein zweiter Punkt, der kaiserliche Plan, eine Reihe von Landfriedensbünden im Reich aufzubauen, habe überhaupt nicht diskutiert werden können, weil die sächsischen Räte nicht auf die Frage einzugehen bereit gewesen seien, ob und inwieweit Sachsen und Brandenburg dabei eine gemeinsame Politik formulieren sollten. Herzog Albrecht von Sachsen wolle in 14 Tagen zum Kaiser reiten, so Friedrich abschließend. <sup>(3)</sup>

Diese Nachrichten waren für Albrecht, der den bayerischen Wittelsbachern gegenüberstand, von großer Bedeutung, da er nun nicht nur wusste, dass eine direkte sächsische Hilfe ausbleiben werde, falls es zu neuen Konflikten mit Ludwig von Landshut kommen sollte, sondern auch, dass die engen politischen Verbindungen zu Sachsen sich generell aufzulösen schienen. <sup>(4)</sup> Er reagierte zum einen mit einem Schreiben an seinen Bruder Friedrich vom 28. April 1466, in dem er auf die vollständige Erfüllung der sächsischen Bündnispflichten drängte. Er könne nicht den Vertrag ändern, dann werde er meineidig, so seine Argumentation, wobei man aber zweifeln müsse, ob er mit diesem Vorgehen bei den Sachsen Erfolg haben werde, so Albrechts skeptische Formulierung.

Zusätzlich erfahren wir, dass Albrecht in Lichtenfels mit Herzog Wilhelm von Sachsen, dem Onkel des Kurfürsten, verhandelt hatte. Es ist nicht zu beweisen, ob dies eine Reaktion auf die Schwierigkeiten mit Ernst und Albrecht war, doch plausibel ist es. <sup>(5)</sup> Schon immer stand Albrecht dem in Weimar residierenden und die thüringischen Gebiete der Wettiner regierenden Herzog näher, als den Repräsentanten der sächsischen Kurlinie.

Die Beziehungen zum Königreich Dänemark waren durch einen Streit um das Erbe Johanns des Alchimisten belastet. Dieser hatte seinem Bruder Albrecht bereits 1458 die Herrschaft im Fürstentum auf dem Gebirge überlassen und sich zu Studienzwecken vom politischen Leben

<sup>1</sup> Ausführlich dargestellt ist diese Entwicklung bei Rudolf Lehmann; Geschichte der Niederlausitz; Berlin, 1963; S. 80 ff.

<sup>2</sup> Riedel 3,1, Nr. 269, S. 390 ff. Der Brief selbst ist nicht datiert. Es gibt jedoch ein Schreiben Friedrichs an Obermarschall von Schleidnitz vom 27. Mai, in dem er nochmals auf die Verhandlungen, die kurz vorher stattgefunden haben dürften, und auf den Brief Albrechts einging.

<sup>3</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>4</sup> Hintergrund der Distanzierung Sachsens von Brandenburg ist die aktivere Politik der beiden neuen Herzöge gegenüber Böhmen. Kaiser und Papst hatten sich entschlossen, gegen Podiebrad und dessen utraquistische Unterstützer vorzugehen und einen neuen König für Böhmen zu suchen. Albrecht Achilles und Friedrich von Brandenburg standen noch fest zu Georg Podiebrad, Sachsen begann vorsichtig vom „Ketzerkönig“ abzurücken und zusammen mit den Wittelsbachern und dem Kaiser einen Umschwung in Böhmen zu erwägen.

<sup>5</sup> Siehe Kotelmann, a.a.O.

zurückgezogen. Albrecht sollte nach seinem Tod das zweite fränkische Fürstentum auch erben, aber den beiden Töchtern des Alchimisten, Barbara von Mantua und Dorothea von Dänemark, eine Geldsumme als Entschädigung auszahlen. Schon 1464, unmittelbar nach dem Tod des ältesten Bruders, kam es zu Streitigkeiten zwischen Albrecht und Dorothea von Dänemark. Zuerst führte man den Disput über Gesandte, was zu keinem Ergebnis führte. Im Juni 1466 schalteten Dorothea und ihr Mann, König Christian, Albrechts Bruder in den Streit ein. Friedrich II. informierte seinen Bruder, dass ein Gesandter der Dänen bei ihm gewesen sei, der das Erbe noch einmal eingefordert habe.

Offensichtlich wollten Christian und Dorothea nun nicht mehr nur Geld, sondern sogar einen Anteil an der Herrschaft im obergirgischen Fürstentum. Der Gesandte war beauftragt worden, im Namen des Königspaares einen Verhandlungstag in Hamburg oder Lübeck zu vereinbaren. Das habe schnell zu geschehen und Albrecht möge selbst erscheinen, sonst werde man den Kaiser und auch andere Reichsfürsten einschalten, übermittelte der Kurfürst die dänischen Drohungen an seinen Bruder. Friedrich, den die Sache nichts anging, schloss sich der Bitte der Dänen an und bat Albrecht ebenfalls, in den Norden zu kommen. <sup>(1)</sup>

Die Drohung des Königs von Dänemark, über die Friedrich seinen Bruder informiert hatte, scheint Albrecht zumindest lästig gewesen zu sein. Denn er stimmte einem Treffen im Prinzip zu und schlug Maria Lichtmess des kommenden Jahres vor, wies aber noch einmal alle Ansprüche Dorotheas auf das Fürstentum auf dem Gebirge zurück. <sup>(2)</sup> Es gab noch zwei weitere Briefwechsel in den kommenden Monaten, bei denen Christian auch andeutete, er habe bereits mit den Wettinern Kontakt aufgenommen und bei diesen über Albrechts Zahlungsverweigerung geklagt. Die Dänen verfolgten das Thema weiter, wobei die Finanzmisere des Königspaares und ihre Hoffnung, diese durch das Erbe Dorotheas zu beheben, eine wichtige Rolle gespielt haben dürften.

Bedeutsam war auch Brandenburgs Nachbarschaft zu Polen. Albrecht sollte während seiner Regierungszeit als Brandenburger Kurfürst nicht nur ein Ehebündnis mit den Jagiellonen eingehen. Auch die Tatsache, dass mit Ladislaus II. ein polnischer Prinz 1471 König von Böhmen und Verbündeter Albrechts wurde, führten Brandenburg und Polen eng zusammen. Nachrichten über die östlichen Nachbarn waren für Albrecht dementsprechend wichtig. Die ersten erhielt er schon einige Monate nach seinem Regierungsantritt in der Mark durch seinen Vorgänger Friedrich II.

Albrechts Bruder Friedrich begab sich nach seiner Abdankung als Kurfürst im Mai 1470 schon im Sommer dieses Jahres auf seinen Alterssitz, die Plassenburg ob Kulmbach in Franken. Bis zur Ankunft der Räte Albrechts im Juni hatte er noch die Regierung geführt. Auch von der Plassenburg aus diente er Albrecht weiter als Berater, wie sich aus einem Schreiben vom 27. Oktober 1470 nachweisen lässt. Friedrich unterrichtete seinen Bruder, dass er informiert worden sei, polnische Räte seien beim Kaiser. Dort werde Albrecht, von dessen Reise zum Kaiser Markgraf Friedrich also wusste, wohl mit ihnen zusammentreffen. Friedrich riet ihm, die von ihm schon begonnenen Verhandlungen über ein Heiratsbündnis mit Polen weiter zu betreiben. Die Polen, so vermutete Friedrich, würden das Heiratsthema nicht von sich aus ansprechen, deshalb solle er es tun. Er rate ihm ausdrücklich dazu, ein Heiratsbündnis mit Polen zu suchen, um für die Herrschaft in Brandenburg Nutzen zu ziehen. Falls ein Rat des Polenkönigs, der Woywode Stenzel von Osterrohe, Ansprüche auf Besitzungen in der Neumark erhebe, die die Polen schon seit der Regierungszeit ihres Vaters geltend machen würden, so solle Albrecht sagen, davon wisse er nichts. Die fraglichen vier Dörfer, eine Burg und der dazugehörige Wildbann, die Wälder, Seen und andere Rechte, seien Brandenburg zugehörig. Außerdem, so informierte Friedrich den Bruder, sei ein neuer Hochmeister des Deutschen Ordens gewählt worden: Heinrich von Richtenberg. <sup>(3)</sup> Ein zweiter Brief

<sup>1</sup> Riedel 3,3, Nr. 64, S. 77 f.

<sup>2</sup> Riedel 3,3, Nr. 65, S. 79 ff.

<sup>3</sup> Riedel 3,3, Nr. 71, S. 88 f.; Priebatsch 1, Nr. 111, S. 192 f.

Friedrichs stammt vom 15. November 1470 und informierte den neuen Kurfürsten, dass die polnischen Räte, den Brandenburgern geraten hätten, König Kasimir zu schreiben oder ihn sogar zu besuchen. Die Polen, das wird aus diesem Ratschlag deutlich, scheinen persönliche Kontakte und mündliche Verhandlungen sehr geschätzt zu haben. <sup>(1)</sup>

Friedrich, der Brandenburg 30 Jahre regiert und auch mit dem östlichen Nachbarn Polen mannigfaltige Kontakte geknüpft hatte <sup>(2)</sup>, diente Albrecht also als kundiger Berater. Friedrich scheint vor allem die persönlichen Beziehungen zu Polen als sehr wichtig eingeschätzt zu haben, die auch für die Stabilisierung der Herrschaft in Brandenburg wichtig waren. Vor allem der Hinweis darauf, dass auf Gebiete der östlich der Elbe gelegenen Neumark noch Ansprüche von polnischer Seite bestehen könnten, zeigte Albrecht, dass dies 1464 durch Friedrich II. zurückgewonnene Gebiet <sup>(3)</sup> noch nicht unumstritten zu Brandenburg gehörte. Vor allem der Rat Friedrichs, sich unwissend zu stellen, musste Albrecht gezeigt haben, dass es irgendwelche Ansprüche Polens geben könnte. In späteren Konflikten war Albrechts Augenmerk immer auch auf die Neumark gerichtet, die wegen ihrer Lage östlich der Oder eine besondere strategische Bedeutung hatte. Friedrich diente hier nicht nur als Informant, sondern noch mehr auch als kundiger Berater, der Land und Leute kannte. Diese beiden Briefe seines Bruders enthielten für Albrecht sehr wertvolle Nachrichten in seiner Anfangszeit als Kurfürst und als direkter Verhandlungspartner des Polenkönigs.

Im Auftrag seines Herrn, des Kurfürsten Albrecht Achilles, verhandelte der Rat Albrecht Clitzing im Frühjahr 1473 in der Stadt Lüneburg, um deren Bürger zur Zahlung von 4000 Gulden zu bewegen, die sie Albrecht Achilles schuldeten. Sein Bericht in dieser Sache, in dem er auch schrieb, dass er das Geld bekommen werde, stammt vom 7. April 1473. Ihm lag noch ein Zettel bei, auf dem Clitzing Nachrichten über die Bündnisverhandlungen mit Dänemark lieferte. Der König, so führte Clitzing aus, habe ein umfassendes Angebot gemacht und im Bündnisfall die Entsendung von 600 Fußsoldaten versprochen. Als Gegenleistung verlange Christian von Dänemark, dass Albrecht beim König von Polen interveniere, mit dem Ziel, diesen davon abzuhalten, aufständische Bewegungen in Schweden zu unterstützen. <sup>(4)</sup> König Christian schien die Geldforderungen zurückgestellt zu haben und näherte sich Albrecht an, der jetzt als Kurfürst in Brandenburg sein Nachbar war.

---

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 112, S. 193 ff.

<sup>2</sup> Zu Friedrichs II. politischen Leistungen siehe Schultze, Die Mark Brandenburg, Band 3, S. 53 – 106.

<sup>3</sup> Kurfürst Sigmund von Luxemburg, der spätere König und Kaiser, verpfändete die Neumark an den Deutschen Orden. Friedrich II. gelang es in einer großen Schwächephase des Ordens in den 60er Jahren des 15. Jahrhunderts, als der Hochmeister Geld brauchte, die Pfandschaft zu günstigen Konditionen einzulösen. Beim Rückkauf der Neumark musste Friedrich II. dem Hochmeister aber das Recht einräumen, seinerseits das Gebiet wieder zu erwerben. Ein entsprechendes Dokument wurde ausgestellt, aber dem Orden nie übergeben. Als der Ordensstaat nach dem 2. Thorner Frieden von 1466 unter polnische Oberhoheit geraten war, kam das Gerücht auf, der Polenkönig und der Hochmeister hätten sich darauf verständigt, die Neumark wieder für den Orden und damit indirekt auch für Polen zu erwerben. Siehe Schultze, a.a.O., S. 79, der die bei Riedel gedruckten einschlägigen Quellen untersucht und ausgewertet hat.

<sup>4</sup> Nach dem Tod König Christophs von Wittelsbach im Jahr 1448, der als Herrscher über alle drei nordischen Königreiche, Dänemark, Schweden und Norwegen, regierte, wählten die Dänen Christian von Holstein zum Herrscher, der sich auch in Norwegen und auf der Insel Gotland durchsetzen konnte. Nur Schweden ging eigene Wege und bestimmte nach einer kurzen Zeit der Regentschaft mit Karl Knutson einen einheimischen Adligen zum König. 1470 starb König Karl und Christian versuchte sich mit Hilfe einer Gruppe des schwedischen Adels durchzusetzen. Die Schweden hatten Sten Sture als Reichsverweser an ihre Spitze gewählt, der sich besonders nach der siegreichen Schlacht von Brunkeberg 1471 gegen den inzwischen von seinem Anhang zum König von Schweden gewählten Christian durchsetzen konnte. Doch gaben Christian und auch dessen Sohn und Nachfolger Johann den Anspruch auf den schwedischen Thron nicht auf, was immer wieder zu diplomatischen und kriegerischen Auseinandersetzungen führte. Siehe Ingvar Andersson; Schwedische Geschichte; München, 1950; S. 127 – 137. 1474 erhob Kaiser Friedrich die Grafschaft Holstein zum Herzogtum und damit zu einem Reichsfürstentum. Johann von Dänemark konnte sich erst 1483 zumindest in Dänemark und Norwegen als König durchsetzen.

Clitzing informierte Albrecht im selben Schreiben dann noch weiter, dass sich ein Bündnis zwischen holsteinischen Edelleuten, Hansestädten, den Bauern von Dithmarschen und einigen – allerdings nicht genannten – brandenburgischen Untertanen anbahne, das auch Albrechts Interessen berühre. Albrecht solle, so Clitzings Rat, kaiserliche Mandate gegen Dithmarschen erwirken, um schon einmal einem der Kontrahenten Paroli bieten zu können. <sup>(1)</sup> Clitzing, der sowohl Albrecht als auch König Christian diene, wählte die Nachrichten so aus, dass sie ein Bündnis der beiden Fürsten notwendig erscheinen ließen.

Albrecht schien deshalb die Informationen nicht ganz für bare Münze genommen zu haben. Er antwortete aber auf das Schreiben, am 24. April 1473 aus Augsburg, wo er sich anlässlich eines Reichstages aufhielt. Zuerst wies Albrecht seinen Rat Clitzing an, die von Lüneburg erhaltenen 4000 Gulden zu verteilen. 1000 hätten nach Brandenburg zu gehen, 3000 solle er beim Hauptmann auf dem Gebirge abliefern. Über das dänische Bündnisangebot und die Unruhen im Norden werde er mit ihm sprechen, sobald er wieder in in Franken weile. *„Lieber getrewer, Als Ir vns itzund geschriben vnd schrifft von vnserm heren vnd Swager, dem konig von Tennemarck, mit geschickt habt, haben wir vernommen vnd so ir heraus zu uns komet, wollen wir euch uff all stück antwort geben vnd begern ... .“* <sup>(2)</sup>

Die Reaktion Albrechts auf die Nachrichten über die mögliche Bedrohung des Mächtegleichgewichts im Norden des Reiches und eine mögliche Schwächung der brandenburgischen Position fiel zurückhaltend aus. Was in Franken besprochen worden sein könnte, entzieht sich unserer Kenntnis. Albrecht Achilles war zu diesem Zeitpunkt von seinem ersten Aufenthalt in der Mark nach Franken zurückgekehrt und musste dort eine Reihe von Angelegenheiten unerledigt zurücklassen. <sup>(3)</sup> Informationen über die anderen politischen Probleme, die rund um Brandenburg virulent waren, waren dem Kurfürsten deshalb sicherlich im Prinzip willkommen. Doch die Quelle Clitzing scheint Albrecht etwas parteiisch gewesen zu sein. Reaktionen Albrechts auf die Nachrichten sind dann auch nicht überliefert.

Im Herbst 1473, datiert auf den 1. Oktober, meldete sich Clitzing wieder bei Albrecht und berichtete von einer neuen Reise nach Dänemark. Der Rat war beauftragt worden, die immer noch schwelende Auseinandersetzung um das Erbe Johanns des Alchimisten zu schlichten. Doch er erfuhr dort auch, dass offensichtlich ein größeres Bündnis gegen Albrecht geschmiedet wurde. Denn Albrecht konnte in dem Schreiben lesen, dass König Christian Clitzing einiges über Bündnisse gegen ihn mitgeteilt hatte: *„... wie hertzog Ludwig von Bairen sein botschaft by hertzog Ericke und herzog Wartzlaff gehabt vnd sich myt In vertragen hatte, das sie ewer gnade vnd ewer land angreyffen vnd uvz der vertracht wyder geen sollten vnd war er in hulff vnd rates darzu thun wollte, vnd wo das durch meynen gnedigen heren konige zcu dennemargken vorkomen und vorhindert iszt worden ... .“* <sup>(4)</sup> Trafen diese Informationen zu, drohte ein Mehrfrontenkrieg in Brandenburg und in Franken. Christian von Dänemark war als Informant auch nicht frei von eigenen Interessen, so dass er seine Rolle in den konspirativen Verhandlungen sicherlich wichtiger dargestellt hatte, als sie in Wirklichkeit waren. Doch eine reine Erfindung dieses Bündnisplans ist nicht wahrscheinlich, so dass Albrecht die Versuche Landshuts, sich mit den Gegnern im Norden zu vereinen, als gegeben annehmen konnte. Auch der prinzipielle Wille Dänemarks, zu Brandenburg zu halten, stand fest.

Eine unmittelbare Reaktion des Kurfürsten auf all diese Informationen ist nicht feststellbar. Aber Albrecht versuchte, die Position Dänemarks zu stärken, wie sich schon ein paar Monate später zeigte. Albrecht konnte vom Kaiser für Dänemark Mandate gegen die rebellischen

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 90, S. 105 ff., Priebatsch 1, Nr. 550, S. 495.

<sup>2</sup> Riedel, 3,2, Nr. 95, S. 128; Priebatsch 1, Nr. 557, S. 498 f.

<sup>3</sup> Die Finanzausstattung der Kurmark und die Beziehungen zu Pommern waren die oben schon ausführlich geschilderten Krisenherde.

<sup>4</sup> Riedel 3,2, Nr. 67, S. 67 f.; Priebatsch 1, Nr. 701, S. 578. Priebatsch legt in der Fußnote 1 auf Seite 578 genau dar, wieso das Schreiben auf den 1. Oktober zu datieren ist und nicht auf den 13. Januar, wie Riedel meinte. Genauer ist diese Quelle in Kapitel 3 analysiert.

Dithmarscher erwirken und kümmerte sich darum, dass diese kaiserlichen Briefe, die die Dithmarscher aufforderten, Christian von Dänemark zu gehorchen, auch zugestellt wurden. Es blieb allerdings beim Versuch. Denn der vom Kaiser und von Albrecht als Kommissar für Dithmarschen beauftragte Busso von Alvensleben, markgräflicher Hauptmann der Altmark, musste am 7. Mai 1474 melden, dass ihn die Dithmarscher nicht einmal ins Land gelassen hätten und er folglich die kaiserlichen Mandate gar nicht hätte zustellen können. <sup>(1)</sup> Er rate, die Dithmarscher und die Hansestädte um Lübeck politisch gegeneinander auszuspielen, um der Bauernrepublik so den Rückhalt zu nehmen und sie gefügiger zu machen.

Der Befehl Albrechts, sich der Dithmarscher Sache anzunehmen, war am 27. März 1474 ergangen. Alvensleben sollte mit den dänischen Räten Rücksprache nehmen und dann die Dithmarscher Deputierten zu sich laden, um ihnen die kaiserlichen Mandate zu präsentieren. <sup>(2)</sup> Es ist auffällig, dass Alvensleben so schnell kapituliert hat. Seine Mitteilung, die durch ein Schreiben des Bischofs von Lübeck bestätigt wurde, zeigte Albrecht, dass die politische Situation in Norddeutschland so gefügt war, dass mit Befehlen aus dem Süden dort nichts zu machen war. Die Adressaten von kaiserlichen Schreiben nahmen diese nicht einmal entgegen. Dies kann als ein weiterer Beweis dafür gelten, dass der Norden des Reiches im Spätmittelalter ein königsferner Raum war, in dem die Autorität des Reichsoberhauptes kaum zählte. Kaiserliche Kommissare, wie Hauptmann Alvensleben, konnten sich noch viel weniger durchsetzen. Eine zweite Information konnte Albrecht Achilles aus dem Schreiben Alvenslebens ziehen. Die Hansestädte und die Dithmarscher Bauern standen in einem offensichtlich recht engen Bündnis gegen die fürstliche Partei. Der Rat des Hauptmanns Alvensleben, die gegnerische Phalanx aufzubrechen, war sicherlich gut, doch einen Weg dahin kannte auch Albrechts Hauptmann nicht.

Brandenburgs außenpolitische Stellung sollte auch durch ein Heiratsprojekt mit Polen gesichert werden. Man plante 1474 eine Verbindung zwischen dem damals fünfjährigen Markgrafen Sigmund und der polnischen Königstochter Sophie. Zu Gesprächen mit dem Polenkönig reiste Kanzler Sesselmann im April 1474 in den Osten und verhandelte am 13. April im polnischen Meseritz mit Abgesandten König Kasimirs. Sesselmann berichtete nach seiner Rückkehr nach Cölln darüber seinem Fürsten in einem Schreiben vom 25. April. <sup>(3)</sup>

Zuerst listete der Kanzler alle Anwesenden auf und meldete, dass die polnischen Räte keine Credenzen dabei gehabt hätten, aber versichert hätten, Vollmacht für die Eheverhandlungen zu haben. Die polnische Seite dränge darauf, dass Sophies Wittum durch Einnahmen aus brandenburgischen Städten und Herrschaften gedeckt werde. Er habe darauf verwiesen, dass Sigmund gemäß der Erbverfügung Albrechts Markgraf auf dem Gebirge werde und dortige Besitzungen zur Absicherung des Wittums herangezogen werden müssten. Auch hätten die Polen wissen wollen, was aus dem gemeinsamen Vermögen der Eheleute, der Mitgift Sophies in Geld und Schmuck sowie den Verschreibungen auf Sigmund geschehen würde, wenn einer der beiden Partner sterben würde. Die Polen hätten den Wert auf 40 000 ungarische Gulden taxiert, was einer Summe von 50 000 rheinischen Gulden entspreche, rechnete Kanzler Sesselmann vor.

Stellte der Kanzler bis dahin nur die Ungereimtheiten und noch vorhandenen Gegensätze in den Verhandlungen dar, schrieb er dann überraschend, dass man sich schon auf einen Ehevertrag geeinigt und diesen in Latein auch ausgefertigt vorliegen habe. Er liege dem Schreiben bei. Albrecht solle ihn übersetzen lassen, lesen und dann entscheiden. Auch der Termin für die Vertragsunterzeichnung stehe mit dem 21. August schon fest, an dem man sich

<sup>1</sup> Der ausführliche Briefwechsel in dieser Sache ist bei Riedel 1,17, Nr. 167 ff., S. 150 ff., abgedruckt. Auch Bischof Albert von Lübeck berichtete dem Kurfürsten ausführlich über den fehlgeschlagenen Versuch des Herrn von Alvensleben, die Dithmarscher zur Räson zu bringen. Quelle: Riedel, a.a.O., Nr. 1729.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 803, S. 637; Höfler 1, Nr. 78, S. 91.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 831, S. 652 ff.

wieder in Meseritz treffen wolle. Die Hochzeit könne dann am 11. Oktober 1474 stattfinden, so der Bescheid des Kanzlers.

Albrecht gingen alle Informationen zu, die er brauchte, um über die Hochzeit und damit über die politische Zusammenarbeit mit Polen zu entscheiden. Doch war die Art der Berichterstattung nicht dazu geeignet, Albrecht das Leben leicht zu machen, da Sesselmann zum einen alles schon ausgehandelt hatte und zum anderen eine Reihe von Zweifeln und Unwägbarkeiten formuliert hatte. Albrecht konnte jetzt nur ablehnen oder annehmen. Ein Eingreifen in die Verhandlungen war für Albrecht trotz der Informationen schwierig, weil sie schon sehr weit fortgeschritten waren, als er in Kenntnis gesetzt wurde.

Weiter ist in den Quellen über dieses Ehebündnis nicht mehr die Rede, die Heirat zwischen Sigmund und Sophie kam nicht zu Stande. Sehr wohl aber einigte man sich fünf Jahre später auf eine Verbindung Sophies mit Sigmunds Bruder Friedrich.

Die Verhandlungen über die Eheverbindung Markgraf Johanns mit dem Haus Wettin, die ebenfalls 1474 schon im Gespräch war, musste Albrecht auch aus der Ferne verfolgen. Kanzler Sesselmann, der auch an den Gesprächen mit Herzog Wilhelm III., dem potenziellen Schwiegervater, beteiligt war, berichtete am 12. November 1474 über die Verhandlungen. Auf einem Extrazettel wies der Kanzler noch auf die Schwierigkeiten hin, das geplante Beilager wie vereinbart zu Fastnacht in Cölln zu feiern. Er habe sich mit Herzog Wilhelm darauf verständigt, dass man die Eheschließung verschiebe, wenn in Brandenburg dann immer noch die Seuche grassiere. Klappe es im Winter nicht mehr, so werde ihn Herzog Wilhelm eine Woche vor dem anvisierten Termin informieren und man müsse einen anderen Termin suchen.

Kanzler Sesselmann hatte auch schon einen Ersatztermin festgelegt. Wilhelm und seine Tochter Margarethe hätten dann am 20. Mai des kommenden Jahres nach Beelitz zu kommen und am darauffolgenden Sonntag würde in Cölln geheiratet. <sup>(1)</sup>

Auch hier wurde Albrecht durch die Informationen über das Prozedere der Hochzeit wieder vor vollendete Tatsachen gestellt, nachdem Sesselmann – der vor Ort auch die reale Gefahr der Epidemie erkennen konnte – schon alles ausgehandelt hatte. Es ist erstaunlich, dass Albrecht – Kurfürst und Familienoberhaupt – so wenig mit den Verhandlungen zu tun hatte.

Die Beziehungen zu Polen standen wieder im Vordergrund, als Johann sich am 24. August 1475 an seinen Vater wandte. <sup>(2)</sup> Drei Punkte gab es, die es zwischen beiden Seiten damals zu verhandeln waren und über alle wurde Albrecht diesmal rechtzeitig informiert, um eingreifen zu können. Johann berichtete zuerst über die Absicht der polnischen Prinzessin Hedwig, auf dem Weg zu ihrer Hochzeit mit Georg von Landshut mit 3000 Pferden durch Brandenburg zu reiten. Am Michaelstag, dem 29. September, wolle sie mit ihrem Gefolge an der Grenze sein. Diese Nachricht habe ihm Bischof Nikolaus von Ermland überbracht, <sup>(3)</sup> der als Gesandter des Polenkönigs zu ihm gekommen sei, so Johann. Er habe dadurch erst jetzt erfahren, dass man das Gefolge und die Braut am 29. September an der Grenze in Empfang nehmen und geleiten solle. Das gesamte polnische Gefolge durch die Mark zu geleiten, werde wohl viel

<sup>1</sup> FRA II, 46, Nr. 301, S. 312; Priebatsch 1, Nr. 973, S. 745. In Wirklichkeit verschob sich das Hochzeitsdatum noch oft, einmal aus terminlichen Schwierigkeiten, aber vor allem wegen der Diskussion um Mitgift und Wittum. Erst fasste man den 6. Juli 1475 ins Auge, dann den Sonntag nach Allerheiligen (5. November) an dem aber die Hochzeit in Landshut stattfand, weswegen man dann auf den 10. Dezember kam. Da Advent war und man sich auch auf den Vertrag noch nicht hatte einigen können, wurde als nächster Termin der 14. Januar 1476 genannt. Geheiratet wurde schließlich erst am 25. August 1476.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 145, S. 170 ff. Der Brief ist schon in Kapitel 1.3 näher behandelt, wo es um die botentechnischen Informationen geht, die dem Schreiben zu entnehmen sind.

<sup>3</sup> Die Quelle nennt ihn „*bischove von Heylsberg*“, nach der Burg und bevorzugten Residenz der Ermländer Bischöfe. Nikolaus Tonge, so sein vollständiger Name, wurde am 4. November 1468 Bischof von Ermland und 1471 ins pommersche Bistum Cammin transferiert. Siehe Eubel, a.a.O., Band 2, S. 116, Caminem, Anm. 2. Der Bischof hatte somit zwei Bistümer inne und war als Vertreter polnischer Interessen auch in Pommern tätig.

Geld kosten, so die Einschätzung. Johann fragte beim Vater nach, wie er sich in der Frage der Durchreise verhalten solle.

Zum anderen habe der polnische Bischof auch die Ehepläne der Brandenburger mit Polen angesprochen. Johann schrieb dies seinem Vater in einem Satz, ohne den Namen des Brandenburger Prinzen zu nennen, der als Bräutigam in Frage komme. Die Eheverhandlungen von vor gut einem Jahr waren offensichtlich im Sande verlaufen, vielleicht deshalb, weil Albrecht die ausgehandelten Pläne nicht einfach nur abnicken wollte. Jetzt unternahmen die Polen mittels der Gesandtschaft Bischof Nikolaus‘ einen zweiten Anlauf.

Außerdem musste Johann von großem Ärger an der brandenburgisch-polnischen Grenze berichten, der bei den Gesprächen mit dem Gesandten Nikolaus von Ermland auch zur Sprache gekommen sei. Der Ritter von Glaubitz, dessen Herrschaft ohnehin zwischen Brandenburg und Polen strittig sei, habe in der letzten Zeit Überfälle in Polen verübt. Der Ritter habe „... *im kunigreich zu Poln an der grenitz etlich gut und gulden stucke genohmen* ...“, wie Johann sich ausdrückte. Jetzt würden die Polen Entschädigung fordern und hätten den Gesandten instruiert, entsprechendes einzuklagen. Er, Johann, habe Glaubitz auch sofort befohlen, die geraubten Gegenstände zurückzugeben, was dieser aber abgelehnt habe. <sup>(1)</sup>

Sechs Tage später wurde von Cölln aus wieder ein Brief nach Ansbach geschickt. Mit Datum vom 30. August 1475 liegt ein Schreiben des Kanzlers Sesselmann vor, in dem dieser auf Anweisungen Albrechts bezüglich der Durchreise Hedwigs einging. <sup>(2)</sup> Albrecht ordnete an, dass dies mit großen Ehren zu geschehen habe. Da die Reise von Polen über Böhmen wegen der dort angespannten politischen Situation nicht möglich war, musste Hedwig den Umweg wählen. Gerade weil sie in die Landshuter Herzogsfamilie – alte Gegner Albrechts – einheiraten wollte, musste sie besonders höflich behandelt werden, um keinen Anlass für Klagen zu bieten, so Albrechts vermutliche Hintergedanken.

Sesselmann berichtete in diesem Schreiben dem Fürsten aber auch über den Fortgang der brandenburgischen Eheverhandlungen mit Polen. Die Polen möchten, dass er, Sesselmann, nach Polen komme, um dort weitere Verhandlungen zu führen. <sup>(3)</sup> Sesselmann schloss seinen Brief mit dem Rat an Albrecht, selbst nach Polen zu reisen oder den König woanders zu treffen. Der vollständige Text lautet: „*Mit der heyrat meins gnedigen herrn marggrave Fridrichs, eurs sons, ist mir heut botschaft komen von der heren einem, der in solichen handel allzeit gewest ist, das der konig in kurz sich wird gein Posnaw fügen und das sein meynung wer, uns zum konig persönlich zu fügen, solich sachen zu volenden, wiewol ich an ander stet zu komen anzeigung gegeben hett und der bischove zu heylsberg mit zusagt, wenn und wa ich begeren wurd, die Polnischen Herrn hin zu komen in Polen, so wurd mir verfolget, das ich denn uf dem schreiben vorberurt nit vernym. wurde e.g. verhindert am hineinziehen, mir durch Vogelen itzund verkundet, des doch mein gnediger herr, ich und ander hirinnen nit verhoffen und die notdurft on grossen fall der herschaft furder in keynen weg leyden will, deucht mich nit ungeraten sein, meinem gnedigen hern mit etlichen den seinen zu euch zu Zeitz oder zu Gera, alsferne ir in eur land nicht furder hinaus haben wölt, zu verboten, selbst mit im zu handeln, notdurft dieser land und wie etlich swere leuft mit bequem usgericht mochten werden.*“ <sup>(4)</sup>

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 145, S. 170 ff.

<sup>2</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>3</sup> Nach polnischen Quellen reiste Sesselmann auch wirklich zum Polenkönig. Quelle: Mon. Med. Aev. Hist. Polon, Lewicky III, Nr. 207, S. 226 f. Es ist ein Brief des Bischofs von Kulm an den Hochmeister des Deutschen Ordens vom 22. Oktober 1475 überliefert, in dem die Anwesenheit Sesselmanns und dessen Verhandlungen in der Heiratsfrage erwähnt werden. Sesselmann selbst beherzigte also seinen eigenen Rat und nahm persönlich Kontakt mit den Mächtigen im Nachbarland auf. Als Bischof von Lebus war er seelsorgerisch auch für die Neumark, dem östlich der Oder gelegenen Teil Brandenburgs und damit unmittelbarem Nachbargebiet zu Polen, zuständig. Dies war wohl der Grund dafür, dass der Bischof besondere Kenntnisse über den östlichen Nachbarn Brandenburgs hatte und er auch besonderes Interesse an den polnischen Verhältnissen zeigte.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 145, S. 171.

Die für uns wichtigste Nachricht im Brief ist, dass jetzt schon Markgraf Friedrich als Bräutigam ausersehen war. Da es scheint, dass dies für Albrecht klar war, war es wahrscheinlich der Kurfürst, der seinen mittleren Sohn als Heiratskandidat ins Spiel gebracht und damit die Initiative in den Verhandlungen an sich gezogen hatte. Sesselmann informierte Albrecht, dass er mit dem polnischen Gesandten ausgemacht habe, dass ein persönliches Treffen zwischen Kurfürst und König zur Verabredung der Hochzeit unbedingt notwendig sei. Wenn Albrecht schon nicht nach Polen reisen wolle, so möchten sich beide Fürsten doch in Sachsen, auf halbem Wege, treffen.

Sesselmann, der augenscheinlich als der Polenfachmann im Cöllner Rat galt, traf selbstständig wieder weitreichende Entscheidungen und verband die Information mit konkreten politischen Ratschlägen. Aber der Kurfürst folgte ihnen nicht. Albrecht kam erst im März des kommenden Jahres auf seiner zweiten Reise in die Mark nach Sachsen, traf dort den Polenkönig aber nicht. <sup>(1)</sup>

Albrecht Clitzing meldete sich wieder im Jahre 1475, als er von Verhandlungen zwischen dem Herzog von Mecklenburg und dem Bischof von Halberstadt berichtete. Die beiden Fürsten wollten zusammenarbeiten, um Balthasar von Mecklenburg gegen den Widerstand der Wettiner das Amt des Bischofs von Halberstadt zu verschaffen. Albrecht, so der Vorschlag Clitzings, solle die Sachsen besänftigen, die beabsichtigen würden, um das Stift zu kämpfen. Auch sei er dabei, ein Bündnis zwischen den Königen von Polen und Dänemark anzubahnen. Polen habe bereits zugestimmt, Dänemark zögere noch. <sup>(2)</sup> Die Information Albrechts war durch die Hoffnung bestimmt, der Kurfürst von Brandenburg könnte den Plänen Clitzings hilfreich sein. Die Quellen weisen allerdings keinen Einsatz Albrechts zu Gunsten des Mecklenburger Herzogs nach. Das Gegenteil war der Fall, wie sich noch zeigen wird.

Auch Mecklenburg wechselte nämlich die politische Strategie. Im Oktober 1477 erhielt Albrecht wieder zwei Schreiben seines Rates Albrecht Clitzing, in denen ihm von den Verhandlungen zwischen Sachsen und Mecklenburg berichtet wurde. Clitzing schrieb am 10. Oktober, dass in Magdeburg Verhandlungen zwischen Herzog Magnus von Mecklenburg und zwei sächsischen Räten, dem Obermarschall Hugo von Schleidnitz und dem Bischof von Meißen, stattgefunden hätten, die ein Ehebündnis zwischen beiden Fürstenhäusern zum Ziel gehabt hätten. Es sei jedoch nichts Konkretes herausgekommen. Auch die Gespräche zwischen Sachsen und Dänemark, mit denen man versuche, eine Ehe zwischen Kronprinz Johann und einer sächsischen Herzogstochter voranzubringen, würden feststecken. Albrecht solle Räte schicken, um zu vermitteln. <sup>(3)</sup> Albrecht wurde mitgeteilt, dass sich die Wettiner, die ja bereits die Kontrolle im Erzbistum Magdeburg ausübten, auch weiteren norddeutschen Fürstentümern annäherten. Der Kurfürst musste also merken, dass die Expansionspolitik Sachsens im Norden des Reiches fortgesetzt wurde.

In dem zweiten, undatierten Brief, der aber um die selbe Zeit verfasst worden sein muss, berichtete Clitzing über den Plan des Bischofs von Halberstadt, sein Stift an den Herzog Balthasar von Mecklenburg abzutreten. Der Bischof erbitte Albrechts Hilfe gegen den Druck der Wettiner auf sein Territorium und biete ihm eine Zusammenarbeit an.

Offensichtlich versuchten die Mecklenburger zweigleisig zu fahren, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie verhandelten einmal mit dem Bischof von Halberstadt, der sich von den

---

<sup>1</sup> Bei diesem Aufenthalt in der Mark verabredeten Albrecht und König Kasimirs Sohn Ladislaus von Böhmen im August 1476 die Heirat des Böhmen mit Barbara von Brandenburg. Der Böhmenkönig bestätigte auch Barbaras Erbanspruch auf das Herzogtum Glogau. Die Vorarbeiten Sesselmanns zum engeren Bündnis mit Polen scheinen also erfolgreich gewesen zu sein. Die Hochzeit Markgraf Friedrichs mit Sophia von Polen, über die 1475 eigentlich verhandelt werden sollte, fand, wie schon erwähnt, erst 1479 statt. Ob die Weigerung Albrechts, sich mit Kasimir persönlich zu treffen, Ursache dieser sehr großen Verzögerung war, ist nicht nachzuweisen, aber möglich.

<sup>2</sup> Riedel 3,3, Nr. 86, S. 105.

<sup>3</sup> Riedel 3,3 Nr. 91, S. 110; Priebatsch 2, Nr. 327. S. 326 ff.

Wettinern nicht aus dem Amt drängen lassen wollte, und sie sprachen auch mit den Sachsen. <sup>(1)</sup> Der Bischof von Halberstadt hingegen setzte auf Brandenburg, auf dessen Hilfe er hoffte. Das Eheprojekt Sachsen – Dänemark, von dem Clitzing im ersten Brief berichtete, dass es nicht vorankomme, wurde auch in diesem zweiten Schreiben erwähnt. Hier hieß es nun, dass der König von Polen in die Pläne eingeschaltet und sogar um Zustimmung gebeten worden sei. <sup>(2)</sup>

In dieser Berichterstattung durch Clitzing taucht ein weites Spektrum an politischen Entwicklungen auf, denen Brandenburg sich in diesen Tagen stellen musste. Das Ausgreifen Sachsens auf die Stifte Magdeburg und Halberstadt und die geplanten Bündnisse mit Mecklenburg und Dänemark drohten dazu zu führen, dass Brandenburg, das ja auch mit seinem nordöstlichen Nachbarn Pommern im Konflikt stand, keinerlei Entwicklungsspielraum mehr gehabt hätte. Albrecht fand sich hier in einer bedrohlichen Situation. <sup>(3)</sup> Umso erstaunlicher war die Reaktion Albrechts auf das Schreiben Clitzings. Er beschwichtigte diesen in einem Brief vom 17. Oktober, ging nicht auf das Bündnisangebot Halberstadts ein und verlangte nur, dass das Kurfürstentum Brandenburg aus den Bündnisabsprachen vollständig ausgenommen werde: „ ... *als ir uns schreibt der dienerschaft und puntnus halben, können sie von beden teilen in kein puntnus geen, sie müssen uns ausnehmen, sie wollen dann nit halten eyd, glubd und verschreibung nach laut der briefe, jeder als im gewant ist.* “ Seine Räte werde er wie gewünscht schicken, versicherte Albrecht zum Abschluss. <sup>(4)</sup>

Obwohl der Kurfürst umfassend und rechtzeitig informiert worden war, griff er nicht ein. Er verbot im Gegenteil seinem Sohn Johann, der sich für Halberstadt stark machen wollte, jegliche Aktivität in dieser Richtung und ließ den Sachsen freie Hand in ihren diplomatischen Aktivitäten, die schließlich auch alle von Erfolg gekrönt waren. Albrecht wollte die Wettiner als Verbündete in der Auseinandersetzung mit Ungarn in Schlesien behalten. Diesem Ziel ordnete Albrecht die anderen Interessen Brandenburgs unter. Der Fürst nahm die Informationen wohl zur Kenntnis, folgte aber nicht den aus ihnen zu ziehenden Schlüssen, weil andere Interessen dem entgegenstanden.

Über das Verhältnis Albrechts zu den Nachbarfürstentümern Brandenburgs erfahren wir auch interessante Details aus zwei Schreiben, die Albrechts Vertrauter Hertnid von Stein am 30. Mai und am 15. Juni 1478 jeweils aus der Magdeburger Festung Giebichenstein nach Ansbach schickte. Albrecht hatte ihn und den Rat Hans von Kindsberg sowie den Berliner Propst Erasmus Brandenburg zu den wettinischen Herzögen von Sachsen und zum

---

<sup>1</sup> Herzog Magnus von Mecklenburg übernahm um diese Zeit die alleinige Kontrolle der Politik im Herzogtum und versuchte sich gegen die Stände im Inneren, die mächtigen Hansestädte und die fürstlichen Nachbarn durchzusetzen. Alles in allem scheiterte der Fürst in seinen ersten Regierungsjahren, während er später größere Erfolg erzielte. Zur Geschichte Mecklenburgs und dessen Verhältnis zu Brandenburg im Spätmittelalter siehe Manfred Hamann; Das staatliche Werden Mecklenburgs. Graz, 1962; und Ders. Mecklenburger Geschichte. Graz, 1968. Präzise gefasst ist die Geschichte Mecklenburgs im 15. Jahrhundert und vor allem die Beziehungen zu Brandenburg bei Christa Cordshagen, Mecklenburg. Aufbau eines Landes. Von den Teilfürstentümern zum Herzogtum. 1226 – 1600. In: 1000 Jahre Mecklenburg. Geschichte und Kunst einer europäischen Region. Katalog zur Landesausstellung; Schwerin, 1995, S. 47 ff.

<sup>2</sup> Riedel 3,3, Nr. 86, S. 105; Priebatsch 2, Nr. 327, S. 326 ff.

<sup>3</sup> Der Streit um das Stift Halberstadt führte zu schweren Zerwürfnissen der eigentlich eng verbündeten Kurhäuser Brandenburg und Sachsen. Kurfürst Ernst von Sachsen war es gelungen, 1476 seinen noch unmündigen Sohn Ernst als Postulaten auf den Erzstuhl von Magdeburg zu setzen. Seine Tochter Hedwig wurde Äbtissin in Quedlinburg und lag im Streit mit der Stadt und dem für Quedlinburg zuständigen Halberstadter Bischof Gebhardt. Dieser wandte sich um Schutz an Brandenburg, den Markgraf Johann zu gewähren versprach. Doch die Sachsen agierten schneller, ließen im August 1477 die Stadt Quedlinburg besetzen und deren Autonomie einschränken. Schließlich geriet das ganze Bistum in Abhängigkeit von Sachsen und Erzbischof Ernst wurde 1479 als Nachfolger Gebhardts auch Bischof dieser Diözese. Auf Anweisung Albrechts musste Johann alle Aktionen zugunsten des Bischofs Gebhardts einstellen. Kurfürst Albrecht wollte aus übergeordneten Gründen die Zusammenarbeit mit dem Haus Wettin nicht gefährden. Im Detail befasst sich Kretschmar, Die Beziehungen, a.a.O., mit den Vorgängen.

<sup>4</sup> Quelle, Priebatsch 2, Nr. 327, S. 326 f.

wettinischen Erzbischof Ernst von Magdeburg geschickt. Sie sollten die Konditionen für den Durchmarsch der Ansbacher Truppen nach Brandenburg aushandeln und Unterstützung bei den Wettinern für die Kämpfe in Schlesien einfordern. <sup>(1)</sup>

Stein fasste, wie es scheint, die Informationen der drei Gesandten in seinen Schreiben an Albrecht zusammen. Im Brief vom 30. Mai erfuhr Albrecht Nachrichten über das Prozedere der Verhandlungen. Zur Zeit, so Stein, verhandle er hier in Magdeburg. Am 10. Juni sei ein Treffen in Leipzig mit dem Kurfürsten Ernst von Sachsen und dessen Bruder Albrecht vereinbart. Am 15. Juni schließlich werde er sich mit allen drei sächsischen Herzögen, also auch mit Wilhelm III. von Sachsen-Weimar, treffen, und zwar in Eisleben. Die Berichterstattung über die Ergebnisse würde mündlich erfolgen, wenn er, Stein, zu Albrecht reise. <sup>(2)</sup>

Dies geschah offensichtlich aber nicht, was schon ein Anzeichen dafür war, dass die Verhandlungen nicht gut gelaufen waren. Stein fasste die Ergebnisse in seinem Brief vom 15. Juni dann auch so zusammen. Es habe weder eine explizite Durchzugserlaubnis gegeben, noch habe man von sächsischer Seite Zusagen hinsichtlich militärischer Hilfe in Schlesien gemacht. Die Anfrage des Hans von Kindsberg, der die organisatorischen Fragen des Durchmarsches aushandeln sollte, sei nicht beantwortet worden. Man müsse die Truppen auf einem anderen Weg von Franken nach Brandenburg verlegen, so Steins Resümee. Wenn Albrecht den geraden Weg ziehe, komme er gar nicht durch Gebiete des sächsischen Kurfürstentums, glaubte der Rat.

Stein gab dann auch Äußerungen Kurfürst Ernsts und seines Bruders Albrecht wieder, die die Vermutung aufkommen lassen, dass das Verhältnis zwischen Zollern und Wettinern nicht mehr ganz frei von Spannungen war. Die Fürsten hätten im Beisein des Obermarschalls Hugo von Schleidnitz und auch des Bischofs von Meißen „... *unbedacht angefangen zu reden eyner nach dem andern die maynung: wir wissen nicht, wy wir mit unserm swager daran seyn, was wir thun oder handeln, wirst alles zum unfruntlichen verstanden.*“ Man werfe ihnen vor, Herzog Johann von Sagan zu unterstützen, nur weil sie Verhandlungen aufgenommen hätten, so hätten die Sachsenherzöge weiterhin geklagt. Auch ihre Schwester, Albrechts Frau Anna, glaube wohl den Verleumdungen, weil sie ihnen geschrieben und Vorwürfe gemacht habe. Er, Stein, habe darauf erwidert, dass Kurfürst Albrecht sicher nicht derjenige sei, der auf Einflüsterungen und Gerüchte höre.

Markgraf Johann, so weitere Vorwürfe, unterstütze den Bischof von Halberstadt, und Brandenburger Untertanen würden Überfälle im Magdeburger Erzstift verüben. Die angeforderte Unterstützung durch 200 Reiter aus Magdeburg werde es wohl nicht geben. Allerdings werde der Erzbischof ein Quartier der durchmarschierenden Truppen in Halle genehmigen. Kurfürst Ernst hoffe auf ein Treffen mit Albrecht in Wittenberg am 25. Juni. <sup>(3)</sup> All diese Informationen, besonders die offen vor den Räten und dem Bischof von Meißen, ausgesprochenen Vorwürfe der wettinischen Herzöge gegen Albrecht, zeigten diesem, dass die Beziehungen zum Hause Wettin belastet waren und dass die Irritationen politische Folgen zeitigten, die ihm keineswegs genehm sein konnten, wenn man sich die geopolitische Lage Sachsens zwischen den beiden Besitzkomplexen der Brandenburger vor Augen führt. Wie reagierte Albrecht auf diese Informationen?

Den ersten Bericht Steins beantwortete Albrecht mit dem Angebot an Ernst von Sachsen, ihn persönlich in Wittenberg zu treffen. <sup>(4)</sup> Eine schriftliche Reaktion Albrechts auf Steins zweites Schreiben folgte mit Verzögerung. Der Kurfürst war um den 15. Juni 1478 schon zu

<sup>1</sup> Siehe genauer oben in Kapitel 2.3

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 87; Priebatsch 2, Nr. 404, S. 395 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 413, S. 401 f. Sachsen hatte kurz vorher, wie schon früher erwähnt, die schlesische Herrschaft Sagan gekauft und war damit ebenfalls territorial in Schlesien involviert. Das musste die Wettiner zur Zurückhaltung veranlassen, um nicht in den Konflikt um Glogau hineingezogen zu werden.

<sup>4</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 85; Priebatsch 2, Nr. 404, S. 395 f.

seinem Marsch nach Brandenburg aufgebrochen. Albrecht ist am 17. Juni im oberfränkischen Hollfeld in der Nähe der Burg Zwernitz nachzuweisen, am 20. Juni befand er sich in Helmbrechts, von wo aus er Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar kontaktierte und angab, über Weida und Zeitz reisen zu wollen. <sup>(1)</sup> Am 26. Juni war er erst in Merseburg, von wo aus er dann in einem Schreiben an seinen Sohn Johann auf Steins zweite Nachricht einging. Er informierte seinen Sohn von den militärischen Rüstungen und den positiven Gesprächen mit Herzog Wilhelm und beauftragte ihn, eine Botschaft nach Ungarn zu schicken und darin Verhandlungsbereitschaft anzudeuten. <sup>(2)</sup> Albrecht zog dann über Halle und Kemberg in die Mark. Am 3. Juli ist er in Cölln nachweisbar. <sup>(3)</sup>

Die schwierige Situation im Verhältnis zu seinen wichtigsten Verbündeten, über die er durch das Schreiben Steins informiert worden war, ließ Albrecht handeln. Die Kontaktaufnahme mit Wilhelm III. am 20. Juni 1478 war der erste Schritt in Albrechts Diplomatie gegenüber den Sachsenherzögen. Es ist allerdings nicht nachweisbar, ob er zu diesem Zeitpunkt den Brief Steins vom 15. Juni schon in den Händen hatte. Offensichtlich plante Albrecht durch die Vermittlung Wilhelms wieder mit dem Kurfürsten von Sachsen ins Gespräch zu kommen. Natürlich war er jetzt auch für den Durchmarsch auf Sachsen-Weimar angewiesen. Die Wahl der Marschroute der Ansbacher Truppen durch Mitteldeutschland zeigt, soweit Aufenthaltsorte ermittelt werden konnten, dass kursächsisches Gebiet gemieden wurde. Weida und Zeitz gehörten zum Herrschaftsbereich Wilhelms III., Merseburg, Halle und Kemberg waren Besitzungen des Erzbischofs von Magdeburg. Albrecht hielt sich also an die Vorgaben Ernsts von Sachsen und zog insoweit die Konsequenzen aus den Informationen Hertnids von Stein. Die vorsichtig angebahnte Kontaktaufnahme zu Ungarn weist ebenfalls darauf hin, dass man den Konflikt entschärfen wollte, da die bisherigen Verbündeten nicht mehr zu einem standen.

Die Beziehungen zwischen Brandenburg und Mecklenburg waren um die Mitte des 15. Jahrhunderts im Prinzip mit denen zu Pommern zu vergleichen. Die Brandenburger beanspruchten ebenfalls eine Oberhoheit über Mecklenburg, konnten sie aber ebenso wenig durchsetzen wie die Ansprüche auf Pommern. Zu offenen Auseinandersetzungen zwischen den Brandenburgern und den Mecklenburger Herzögen kam es allerdings nie. Die Mecklenburger versuchten sogar immer wieder, zwischen ihren beiden Nachbarn zu vermitteln, ja sogar – wie oben schon erwähnt – Unterstützung bei Brandenburg zu suchen. Die Bedrohung der inneren Sicherheit beider Fürstentümer durch auf beiden Seiten der Grenze sehr aktive Raubritter führte auch zu punktueller Zusammenarbeit. Nachdem es den Mecklenburger Herzögen gelungen war, die verschiedenen Teilherrschaften zu vereinen und nachdem 1477 Herzog Magnus II. alleiniger Herrscher im Herzogtum geworden war, versuchte er auch auf die beiden im Mecklenburger Territorium gelegenen Hansestädte Rostock und Wismar stärkeren Einfluss zu gewinnen.

Ein Weg dazu sollte die Zusammenarbeit mit Brandenburg sein, das ja mit seinen Städten auch immer wieder Schwierigkeiten hatte, besonders was die Bezahlung von Steuern anging. Herzog Magnus richtete deshalb im Sommer 1482 ein förmliches Hilfsersuchen an Markgraf Johann, ihn beim Kampf gegen Rostock zu unterstützen. Dieser antwortete dem Mecklenburger am 9. August, dass er über die Entsendung der Hilfstruppen nicht allein entscheiden könne. Er habe an den Vater geschrieben und noch keine Antwort erhalten. <sup>(4)</sup> Das war keine diplomatische Notlüge, um Zeit zu gewinnen, sondern entsprach den Tatsachen. Denn Albrecht antwortete auf die Nachricht aus Cölln, in dem das Mecklenburger

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 415, S. 403 f.

<sup>2</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2; Priebatsch 2, Nr. 417, S. 405 f.

<sup>3</sup> Siehe Priebatsch 3, Itinerar Albrechts, S. 537. Aus einem Schreiben Markgraf Johanns vom 21. Juni aus Cölln ist herauszulesen, dass Albrecht mit den Truppen reiste, denn der Kurprinz organisierte Quartiere für Albrecht und die Reiterei in Trebbin und für die Fußsoldaten am selben Tag in Teltow bei Saarmund. Quelle: Priebatsch 2, Nr. 416, S. 404.

<sup>4</sup> Priebatsch 3, Nr. 896, S. 210 f.

Hilfsgesuch geschildert worden war, erst am 9. August. Er rät darin von einem Eingreifen gegen die Stadt Rostock ab, weil sich die Hansestadt in den Auseinandersetzungen zwischen Brandenburg und Pommern immer pro-brandenburgisch gezeigt habe. <sup>(1)</sup> Die Folge dieser Hilfsverweigerung, mit der Albrecht eine wohl schon gegebene Zusage Johanns widerrief, war, dass Magnus den Kampf mit Rostock dieses Mal aufgeben musste. Erst 1488 konnte er einen Teilsieg erringen und die Autonomie der Stadt schmälern.

Einen generellen Überblick über die aktuellen Beziehungen zu den Nachbarterritorien und auch Städten im Einflussbereich des Kurfürstentums Brandenburg schien Markgraf Johann seinem Vater in nicht mehr vorhandenen Briefen vom November 1483 gegeben zu haben. Wir wissen von diesen Schreiben wieder nur durch eine Antwort, die Albrecht seinem Sohn am 26. November hat zukommen lassen. Albrecht arbeitete die Berichterstattung Johanns Stück um Stück ab. So ist zu erschließen, dass der Sohn seinem Vater über Streit mit Sachsen bezüglich des Geleitrechts und Straßenbau berichtet und darüber hinaus auch über Differenzen mit den Städten Lüneburg und Lübeck, sowie dem benachbarten Stift Hildesheim Meldung gemacht hatte. Zwischen Bürgern der Stadt Lüneburg und brandenburgischen Untertanen war es augenscheinlich zu Kämpfen gekommen, mit Lübeck war ein Rechtsstreit vor dem kaiserlichen Gericht auszufechten und die Brandenburger Rechte im benachbarten Hildesheimer Stift schienen vom Bischof in Frage gestellt worden zu sein. <sup>(2)</sup> Albrechts Reaktion war in allen vier strittigen Punkten, seinem Sohn zur Mäßigung und zu Verhandlungen sowie gerichtlichen Auseinandersetzungen zu raten.

Die wichtigste Aussage in Albrechts Brief steht allerdings gleich zu Beginn des Dokuments, wenn er schreibt: „*Lieber sune. Ir rennt uns kurz ane, nachdem uns die lauft dortinn nicht wol bekannt sind, sunderlich die, die teglich zufallen, ist uns swer, so eylends in groß hendel zu raten.*“ Johann möge die Stände einberufen und sich von deren Vertretern Ratschläge holen. <sup>(3)</sup> Albrecht gestand hiermit ein, nicht genug über die Detailfragen zu wissen, um profunde Ratschläge geben oder gar Entscheidungen treffen zu können. Trotz dieser Einschränkung führte er dann aber seine Gedanken zu den Fragen und Nachrichten Johanns im Detail aus. Dies zeigt aber, dass die Entscheidungen in Detailfragen in brandenburgischen Angelegenheiten und auch im Verhältnis zu den Nachbarn dort in Cölln durch Markgraf

---

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 158 v.; Priebatsch 1, Nr. 897, S. 211 f. Johann scheint sich mit dem Befehl seines Vaters nicht sofort abgefunden zu haben. Denn in einem Briefwechsel vom Sommer 1483 wird das Thema noch einmal aufgegriffen. Johann bestand auf die von ihm eingegangenen Verpflichtungen, Albrecht blieb ebenfalls bei seiner Meinung. Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 180 v.; Priebatsch 3, Nr. 965, S. 263.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 187 – 189 r.; Priebatsch 3, Nr. 991, S. 287 ff. Die Kanzleinotiz des Antwortschreibens lautet: „*Antwort meins g. herrn marggraf Johansen gegeben von Bayreut aus auf vier briefe, die sein reyrender bot an sant Kathrin tag dahin gein Bayreut bracht hat.*“ Die Briefe aus Cölln waren also am 25. November in Bayreuth gewesen. Priebatsch meint in einer Fußnote, dass Albrecht, als er von Differenzen mit dem Stift Hildesheim schrieb, dieses mit dem benachbarten und unter sächsischem Einfluss stehenden Halberstadt verwechselt hätte. Das kann man m. E. nicht einfach so behaupten. Denn selbst wenn der schon kranke Kurfürst die beiden Bistümer verwechselt hätte, so wäre es doch sicher dem Schreiber oder einem der Räte aufgefallen. Denn das Verhältnis zwischen Brandenburg und Hildesheim war keineswegs problemlos, sondern stand in den zurückliegenden Jahren immer wieder auf der Tagesordnung. Bei beiden Bischofswechseln in der Regierungszeit Albrechts, 1471/72 und 1481, kam es in Hildesheim zu Konflikten und 1472 sogar zu einer Doppelwahl. Brandenburg ergriff in beiden Auseinandersetzungen Partei und vor allem der Konflikt zu Beginn der 80er Jahre zog sich weiter hin. Auch 1483 war noch ein konflikträchtiges Jahr in Hildesheim, so dass die Vorgänge in Hildesheim zur Zeit der Abfassung des Briefes auf der Tagesordnung auch der Brandenburger Politik standen. Siehe Gatz, a.a.O., Band 2, S. 263 f. und S. 405 f. Dort findet sich auch weiterführende Literatur.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 187; Priebatsch, a.a.O., S. 287. Am Ende des dritten beigelegten Zettels ging Albrecht noch einmal auf dieses Problem ein, wenn er Johann darauf hinwies, dass er sich wegen einer Klage des Rates von Frankfurt an der Oder bezüglich des Zolls an den Sekretär Vogel und den Kammerschreiber Nördlinger wenden werde. Er könne schließlich nicht alle umfangreichen und langwierigen Auseinandersetzungen im Kopf behalten.

Johann und die Räte getroffen wurden. Das galt besonders jetzt, für die späteren Regierungsjahre des Kurfürsten.

Johann gab auch an, erfahren zu haben, dass sich Ernst und Albrecht von Sachsen durch die Vermittlung des Nickel von Köckeritz um ein regelrechtes Bündnis mit Matthias von Ungarn bemühen würden, was nach Johanns Ansicht die Stellung Brandenburgs schwächen würde. Wieder tauchte das Schreckgespenst einer ungarisch – sächsischen Zusammenarbeit auf. Doch Ende 1483 war diese Frage nicht mehr von so großer Bedeutung, weil sich Brandenburg und Ungarn bereits auf die Regelung der Glogauer Frage verständigt hatten. (<sup>1</sup>) Man konnte von Brandenburger Seite den Entwicklungen gelassener zuschauen.

## Fazit

Die Informationen, die Albrecht über das Verhältnis zu den Nachbarn Brandenburgs zugingen, wiesen immer Bezugspunkte zu den großen Brennpunkten seiner Politik auf. Gerade das Verhältnis zu Sachsen ordnete Albrecht dem großen Ziel unter, dessen Unterstützung in seiner Ostpolitik – zuerst gegenüber König Podiebrad von Böhmen und dann gegenüber König Matthias – zu behalten. Er konnte daher Informationen, die ihm taktische Vorteile in Konflikten und Verhandlungen beschwert hätten, nicht entsprechend nutzen, weil er gezwungen war, Rücksicht zu nehmen.

Besonders auffällig war die sehr eigenständige Politik des Kanzlers Sesselmann gegenüber Polen, wobei die Informationen an Albrecht diesen oft – ob absichtlich, bleibt dahingestellt – erst so spät erreichten, dass der Fürst nur noch die Notbremse ziehen und kaum noch gestaltend eingreifen konnte.

---

<sup>1</sup> Siehe dazu die Ausführungen in der biographischen Skizze und im folgenden Kapitel 3.5.

### 3.5 Die Beziehungen zum Königreich Böhmen und das Glogauer Erbe

Das für Albrecht Achilles wichtigste Feld der Familien- und Territorialpolitik bildeten während seiner gesamten Regierungszeit neben den zollerischen Kernlanden in Franken und ab 1470 Brandenburg die Gebiete im Osten des Reiches, die von der Krone von Böhmen abhängig waren. Interessen im Königreich Böhmen schon in den 40er und 50er Jahren und dann die Bewahrung der Erwerbungen Kurfürst Friedrichs II. in der Lausitz – neben Cottbus waren das die Städte Storkow und Beeskow – ließen ihn dort aktiv werden. Und schließlich standen ab den 70er Jahren, als Albrecht als Kurfürst alle zollerischen Fürstentümer regierte, Schlesien und der Kampf um das Glogauer Erbe im Vordergrund. Gute Informationen über die Zustände im Königreich und dessen Verhältnis zu anderen Mächten – Kaiser und Papsttum, Ungarn und Polen – waren für Albrecht Achilles unabdingbar, um seine Interessenspolitik in einen größeren Zusammenhang einordnen und zielstrebig verfolgen zu können.

Es verwundert daher nicht, dass Nachrichten über die politischen Verhältnisse in Böhmen und seinen Nachbarländern ganz oben auf der Interessensliste des Fürsten standen. Denn die Informationen Albrechts über die Konflikte um die Erbschaft des schlesischen Glogau, die seine Tochter Barbara im Jahre 1476 antrat, und die dadurch bedingte territorialpolitische Stärkung Brandenburgs waren immer nur vor dem Hintergrund der generellen politischen Situation in Böhmen und Ungarn einzuordnen. Zwischen 1476 und 1482 verlangte dieser Konflikt Albrecht höchste Aufmerksamkeit ab. Doch schon zu Beginn seiner politischen und militärischen Laufbahn stand Böhmen im Mittelpunkt.

Albrechts erste politische Handlungen, in den Jahren 1438 und 1439, noch bevor er von seinem Vater Friedrich I. die untergebirgische Markgrafschaft erbte, hatten das böhmische Nebenland Schlesien als Schauplatz, wo er Statthalter König Albrechts II. war. <sup>(1)</sup> Auch Informationen gingen zu dieser Zeit hin und her. Ein Brief des Kurfürsten Friedrich I. vom 18. September des selben Jahres aus Cadolzburg an den Grafen Ludwig von Oettingen, den dieser durch den Grafen Johann von Helffenstein nach Ulm weiterleitete, ist überliefert. Im Brief wird berichtet, dass der Kurfürst von Sachsen über die böhmischen Gegner König Albrechts II. gesiegt habe und der Habsburger dann nach Wien weitergereist sei. Berichtet wurde es ausweislich der Worte Friedrichs I. von einem Mann seines Sohnes Albrecht: „ ... *wir tun dir zu wissen, daz uf nechten in der nacht haincz unsers suns marggrave Albrechtz harnasch-maister von Behem komen ist. Der sagt uf ainen geloubßbrief der unsern, daz ...*“ <sup>(2)</sup> Albrecht übermittelte die Nachrichten also durch einen heimkehrenden Truppenführer.

Dieser mündliche Bericht aus Schlesien scheint nicht die einzige Berichterstattung Albrechts gewesen zu sein. An weiteren nachweisbaren Informationen, die zu dieser Zeit im Umfeld Albrechts flossen, ist ein Brief zu erwähnen, den Albrecht an seinen Vater schickte, der auf der Cadolzburg, westlich von Nürnberg, residierte. Der Frankfurter Bürger Heinrich Wyße zum Knobelauch vermerkte in einem Schreiben vom 31. Januar 1439 an die Stadt Frankfurt vom Nürnberger Reichstag, dass Albrecht seinem Vater Briefe geschrieben habe. „*Auch lieben herren, da ich diessen brief zugeslossen hatte und der bott ieczu von hinnen gen wolt,*

<sup>1</sup> Zusammengeschrieben sind die Ereignisse dieser Jahre in dem Werk von Kanter, a.a.O., der sich, wie schon erwähnt, vergeblich an einer Biographie Albrechts versuchte. Etwas griffiger ist diese Zeit bei Viktor Bayer, Die Jugendzeit des Markgrafen Albrecht Achilles von Brandenburg 1414 – 1440; In: FBPG; Band 11; 1898; S. 33 – 102, beschrieben. Der Habsburger Albrecht, Ehemann Elisabeths von Luxemburg, und damit Schwiegersohn Kaiser Sigmunds, wurde noch im Dezember 1437, nur zwei Monate nach dem Tod des Luxemburgers, als dessen Nachfolger zum König von Böhmen gewählt. Erst im Januar 1438 erfolgte dann seine Wahl zum Römischen König. Der König von Polen, Kasimir Andreas IV., erhob aber ebenfalls Anspruch auf die Wenzelskrone und polnische Truppen rückten unter anderem in Schlesien ein. Dort stand ihnen in königlichem Auftrag der junge fränkische Markgraf Albrecht gegenüber.

<sup>2</sup> RTA, I, 13, Nr. 286, S. 527, Zeile 26 – 28.

*so schickte der alde Paumcartner <sup>(1)</sup> zu mir, daz ich zu im queme, er wolt mich nuwe mere laßen horen. also ließ er mich 2 ader 3 brief horen, die im der alde marggraffe bi einer halben stunde gegeben hatte, die im von den jungen marggraffen komen waren und sunderlingen ein brief, den hatte im des jungen marggraffen diener einer gesant, dez abschrift ich uch hieinne verslossen senden. So ließ er mich einen brief horen, den hatte der hauptman zu Swebyssen <sup>(2)</sup> selber dem marggraffen gesant. Da stunt alle ding eigenlichen in, ...“ <sup>(3)</sup>* Albrecht versandte seinen Bericht an den Vater also wieder durch einen seiner Begleiter, der mit ihm in Schlesien diente. Es bleibt festzuhalten, dass auch hier von keinem Boten die Rede war, der Albrecht zur Verfügung gestanden hätte, obwohl er als königlicher Hauptmann eine gewisse hierarchische Stellung innehatte.

Herzog Wilhelm III. von Sachsen, der mit König Albrechts Tochter Anna verheiratet war, versuchte in den 50er Jahren gegen den noch unmündigen Habsburger Ladislaus Postumus die Böhmenkrone zu erkämpfen. Die Rechte des jungen Habsburgers und damit die seinen als Statthalter verteidigte Georg von Podiebrad. <sup>(4)</sup> In einem Schreiben vom 30. Juni 1453 wurde Albrecht durch ein Schreiben der Berater Ladislaus' Postumus informiert, dass es zu einer „*vehde*“ zwischen Kurfürst Friedrich II. von Sachsen und dessen Bruder Wilhelm von Sachsen einerseits und Georg von Podiebrad gekommen sei. Albrecht wurde aufgefordert, zu vermitteln und nicht in die Kämpfe einzugreifen. <sup>(5)</sup> Hintergrund dieses Briefes ist also weniger die Informationsabsicht als vielmehr die Warnung, Albrecht solle nicht den Fehler machen, auf sächsischer Seite in den Kampf einzugreifen. <sup>(6)</sup>

Im März 1458 tagte der böhmische Landtag, um einen Nachfolger für Ladislaus Postumus zu wählen. <sup>(7)</sup> Eine Gesandtschaft Herzog Wilhelms von Sachsen nahm an den Verhandlungen teil, um die Wahl ihres Herrn durchzusetzen. Dieser politische Plan schlug jedoch gründlich fehl, denn der Landtag bestimmte Georg von Podiebrad zum Nachfolger des verstorbenen Habsburgers. Die Informationen, die die Räte Wilhelms in den ersten Märztagen nach Sachsen schickten und in denen unter anderem die Wahl Georgs sowie die Ergebnisse sonstiger Verhandlungen auf dem böhmischen Landtag gemeldet wurden, waren sehr ausführlich. Diese Schreiben müssen vor dem 11. März in Weimar gewesen sein, weil sich

<sup>1</sup> Nürnberger Bürger, der zu dieser Zeit als Gesandter der Stadt bei Kurfürst Friedrich I. war.

<sup>2</sup> Gemeint ist die brandenburgische Stadt Schwiebus in der Nähe von Frankfurt an der Oder, wo ein Truppenführer Kurfürst Friedrichs I. im Krieg gegen die Polen in Schlesien stationiert war. Der Kurfürst bekam nicht nur von seinem Sohn Nachrichten, sondern auch von anderen Truppenführern. Da Markgraf Albrecht damals die fränkischen Kontingente der Zöllern kommandierte und nicht die brandenburgischen, ist nicht klar, ob er in irgendeiner Form mit dem Schwiebuser Hauptmann Kontakt hatte.

<sup>3</sup> RTA, I, 13, Nr. 379, S. 767, Zeile 27 – S. 768, Z. 1.

<sup>4</sup> Herzog Wilhelm hatte Anna von Habsburg, die 1432 geborene Tochter König Albrechts II. geheiratet. Das Mädchen wurde Wilhelm schon vor dem Tod des Königs versprochen; die Heirat fand erst im Juni 1446 statt. Der Sachsenherzog sah sich aber schon 1440, nach dem plötzlichen Tod Albrechts im November 1439, aus dynastischen Gründen als einen der Anwärter auf die Wenzelskrone. Als Ladislaus Postumus nach dem Tod des böhmischen und ungarischen Doppelkönigs Wladislaw 1444 als König in Böhmen und Ungarn anerkannt worden war – in beiden Ländern durch einen starken Reichsprotector vertreten, der die Herrschaft selbstständig ausübte – meldete auch Wilhelm wieder seinen Anspruch auf Böhmen an. Zu Beginn der 50er Jahre kam es zu Kämpfen zwischen Wilhelm und dem böhmischen Statthalter Georg von Podiebrad. Nach dem Tod des Postumus 1457 flammte der Thronstreit erneut auf und Wilhelm von Sachsen sah sich wieder Podiebrad gegenüber, der diesmal selbst als – schließlich erfolgreicher – Thronprätendent auftrat.

<sup>5</sup> FRA, II, 20, Nr. 50, S. 61 f.

<sup>6</sup> Schon im April 1452 hatte Albrecht auf Bitten des Kardinals von Kues eine Gesandtschaft nach Böhmen geschickt. FRA, a.a.O. Nr. 27, S. 38 ff. Die politische und militärische Zusammenarbeit Wilhelms und Albrechts begann bereits 1440 nach Albrechts Regierungsantritt. Im Kampf mit dem Würzburger Stift 1440 bis 1444 und im ersten Markgrafenkrieg 1449 bis 1452 wurde Albrecht von Wilhelm unterstützt. Der fränkische Markgraf revanchierte sich für die Hilfe, als er Wilhelm bei dessen Erbstreitigkeiten mit Kurfürst Friedrich II. von Sachsen unterstützte und ihm auch in der Münsteraner Stiftsfehde und eben beim Versuch, in Böhmen Fuß zu fassen, beistand.

<sup>7</sup> Am 23. November 1457 war Ladislaus Postumus in Prag gestorben.

Wilhelm in einem auf diesen Tag datierten Schreiben bei Papst, Kaiser und Kurfürsten über die Verletzung seines Erbrechtes beschwerte. <sup>(1)</sup>

Der neue Böhmenkönig Podiebrad schrieb am 8. März an Kurfürst Friedrich II. von Sachsen und behandelte diesen als böhmischen Vasallen. Sachsen hatte böhmische Lehen im Westen des Königreiches. Friedrich II. von Sachsen seinerseits informierte Albrecht Achilles am 19. März über Georgs Wahl und legte dabei das Schreiben des Böhmenkönigs vom 8. März bei. Friedrich klagte, dass Podiebrad sich sicher auch bald krönen lassen werde und dann wisse man nicht mehr, was man gegen ihn unternehmen solle. Albrecht solle doch einen Rat geben. <sup>(2)</sup> Die Benachrichtigung Albrechts über Podiebrads Wahl erfolgte durch Friedrich II. von Sachsen, als dieser die ersten politischen Konflikte mit dem neuen Böhmenkönig hatte. Die Information Albrechts diene also wieder nicht dazu, diesen in Kenntnis der Situation zu setzen, sondern um Beistand und Rat von ihm zu bekommen.

Doch auch Wilhelm scheint seinen langjährigen Kampfgefährten Albrecht unterrichtet zu haben. Denn Albrecht erwähnte in seinem Antwortschreiben an Friedrich vom 29. März, dass Wilhelm eben geschrieben habe und ihn zu einem Treffen nach Breslau eingeladen habe, wo man ein Bündnis schließen wolle. In einem Brief vom 1. April an Wilhelm bestätigte Albrecht dessen Einladung und sagte zu, dass seine Räte am Weißen Sonntag, dem 9. April 1458, in Breslau sein würden. <sup>(3)</sup> Wieder ist festzustellen, dass auch Wilhelms Brief nicht in erster Linie der Information diene, sondern der Bitte um Hilfe und Ratschläge.

Und Albrecht hatte einen Ratschlag. Er geht aus einem Brief hervor, den Albrecht im April 1458 schrieb und in dem ein Plan aufgezeigt wurde, wie man die Krönung Georgs von Podiebrad verhindern könnte. Albrecht Achilles trachtete danach, im Zusammenwirken mit Kurfürst Friedrich II. von Sachsen, ungarische Bischöfe davon abzuhalten, die Krönungszeremonie zu vollziehen. Albrecht war die damals prekäre Situation des böhmischen Episkopats bekannt. Der Prager Erzstuhl und das Bistum von Leitomischl waren offiziell vakant, weil die utraquistischen Amtsinhaber, in erster Linie Erzbischof Rokycana, vom Papst nicht konfirmiert worden waren. Der Bischof von Olmütz, der dritte böhmische Prälat, war noch nicht konsekriert. So musste man nach Albrechts Meinung nur die ungarischen Bischöfe und Bischof Jobst von Breslau davon abhalten, die Krönungszeremonie zu vollziehen und Podiebrad wäre in einer sehr schwierigen Position gewesen. <sup>(4)</sup>

Leider ist nicht nachzuvollziehen, woher Markgraf Albrecht dieses Detailwissen über die kirchlichen und verfassungsrechtlichen Besonderheiten hatte. Schließlich krönten dann zwei von Matthias von Ungarn entsandte und vom Legaten Carvajal sogar ausdrücklich autorisierte ungarische Bischöfe zusammen mit dem Elekten von Olmütz Podiebrad am 7. Mai 1458 im Veitsdom. <sup>(5)</sup> Matthias von Ungarn war kurz vorher der Schwiegersohn Podiebrads geworden und lehnte sich zu dieser Zeit eng an den Böhmenkönig an, um sich auch mit dessen Hilfe gegen die Widerstände in Ungarn durchsetzen zu können. Diese Grundkonstellation machte die politische Unterstützung des Ungarnkönigs für Podiebrad sogar sehr wahrscheinlich. Albrecht schien dies bei seinem Plan entweder nicht bedacht, oder aber nicht über die notwendigen Informationen verfügt zu haben.

Seine Taktik war also ein Fehlschlag und Albrecht erfuhr schließlich auch, woran es gelegen hatte. Mit Datum vom 9. Mai 1458 ist der Bericht eines nicht zu identifizierenden Teilnehmers an der Krönung Georgs an Albrecht Achilles überliefert. Darin wird vor allem

<sup>1</sup> FRA, II, 20, Nr. 142, S. 137.

<sup>2</sup> FRA, II, 20, Nr. 145, S. 139 f.

<sup>3</sup> FRA, a.a.O. Georg von Podiebrad hatte von Anfang an Schwierigkeiten sich in den böhmischen Gebieten durchzusetzen, in denen die katholische Position nach den Hussitenkriegen stark geblieben war. Konflikte gab es in erster Linie in Schlesien, wo es schon 1458 zu Bestrebungen gekommen war, einen Gegenkönig zu wählen. Diese Versuche scheiterten allerdings auf der ganzen Linie.

<sup>4</sup> Max Jordan; Das Königthum Georgs von Podiebrad; Leipzig, 1861; S. 429 ff.

<sup>5</sup> Ausführlich dargestellt sind Albrechts diplomatisches Vorgehen und der Ablauf der Diskussion um die Krönung Podiebrads in Heymann, George of Bohemia, S. 162 ff.

darauf abgehoben, dass Podiebrad in großer Einträchtigkeit zum König gewählt und nun gekrönt worden sei. Auch die wohlwollende Mithilfe König Matthias' von Ungarn, der zwei Bischöfe zur Krönung geschickt habe, ist dort erwähnt: „... *dapey dan alle herren vnd ritterschafft gemeynniglich gewesen sein; und ym her Stenko von Sternbergk dy krone vorgetragen hat, vnd der von Rosenbergk des czepter, vnd der von Michelspergk den apphel; vnd darczu haben yn gefurt czwene pyschoffe czwischen yn, nemlich der von Rabe vnd von Waczen, dy om der kunyngk von Vngern her Mathias geschickgt hat. Und die selbigen czwene habein yn gekronet vnd gesalbet vnd die künyginne darczu.*“

Podiebrad habe im Vorfeld Zugeständnisse an den Papst angedeutet, worauf ihn die katholischen Bischöfe gekrönt hätten. Allerdings, so der Informant weiter, stünden nicht alle im Königreich Böhmen hinter Podiebrad. So hätten die mährischen Städte Olmütz, Brünn, Iglau und Znaim im Bündnis mit Herzog Albrecht von Österreich die Huldigung verweigert. Dort lägen auch österreichische Soldaten. <sup>(1)</sup>

Dieser sehr ausführliche Bericht – es ist das erste Mal, dass Markgraf Albrecht direkte Informationen aus Böhmen bekam, die ihn auch als eigenständigen Machtfaktor anerkannten – ging Albrecht aber zu spät zu, um dem Fürsten bei seinen Plänen noch von Nutzen sein zu können.

Doch Albrecht gab noch nicht auf. Sein Rat Dr. Peter Knorre, den er nach Breslau geschickt hatte, hatte ihm offensichtlich von den Verhandlungen der Podiebrad-Gegner in der schlesischen Hauptstadt berichtet. Dieser Bericht selbst ist nicht auf uns gekommen, doch wird die Tatsache, dass es einen solchen gegeben hat, in einem Schreiben Albrechts an Wilhelm vom 18. Mai 1458 bestätigt. Darin schrieb Albrecht nämlich, dass er Knorres Ansicht und die Beschlüsse von Breslau billige. Er rate daher, als Schritt gegen den Böhmenkönig bei Friedrich von Sachsen und Friedrich von Brandenburg zu intervenieren, damit der Böhmenkönig nicht in die Kurfürsten-Einung aufgenommen werde. Auch solle Wilhelm nicht den Kaiser gegen sich aufbringen, indem er irgendwelche Ansprüche auf Österreich erhebe. <sup>(2)</sup>

Albrecht entwickelte aus den ihm zugegangenen Informationen, deren Zustandekommen er sogar initiiert hatte, selbstständige politische Überlegungen, die er dann in Ratschläge umsetzte. Durch seine nun schon 20 Jahre währende Zusammenarbeit mit Fürsten des Hauses Habsburg, er hatte König Albrecht II., König und Kaiser Friedrich III. und auch dessen Bruder Herzog Albrecht sowie Graf Sigmund von Tirol als Verhandlungsführer und Feldherr gedient, wusste er sicherlich über deren Sichtweisen, Pläne und Befürchtungen Bescheid. Dieses Hintergrundwissen erlaubte es ihm, die eingegangenen Informationen einzuschätzen und anzuwenden.

Im Januar 1459 schickte Podiebrad Gesandte zu Albrecht, um den Thronstreit mit Wilhelm von Sachsen zu lösen. Man möge sich in Wunsiedel treffen und die Situation dort besprechen, schrieb Podiebrad. <sup>(3)</sup> Daraus wurde nichts, doch schließlich kam es im April zu Verhandlungen in Eger, bei denen Albrecht die Interessen Wilhelms vertrat. Bei diesen Verhandlungen von Eger, die sich auch noch im Mai fortsetzten und die den Thronstreit zwischen Podiebrad und Wilhelm von Sachsen zu Gunsten des Böhmen lösten, zeigte sich Albrecht Achilles als Bevollmächtigter Wilhelms und Vermittler bestens informiert. Er war sogar mit allen nötigen Dokumenten ausgestattet, um den Erbanspruch Wilhelms auf Böhmen

<sup>1</sup> FRA II, 20, Nr. 156, S. 151 f.

<sup>2</sup> Wie schon erwähnt, war Wilhelm mit Anna von Habsburg verheiratet, der Schwester des Ladislaus Postumus. Dieser war der letzte Sprössling der albertinischen Linie der Habsburger und damit Herr des Herzogtums Österreich. König Friedrich III. war ein Abkomme der leopoldinischen Linie, die Kärnten, Steiermark und Tirol regierte. Der König war nur sehr entfernt mit Ladislaus Postumus verwandt (sieben Grade), aber dennoch der nächste männliche Verwandte, weswegen er und sein jüngerer Bruder Albrecht dann auch das Herzogtum Österreich erbten. Anna war als seine Schwester zwar viel näher mit Ladislaus Postumus verwandt, musste aber als Frau in der Erbfolge zurückstehen.

<sup>3</sup> FRA II, 20, Nr. 174, S. 166.

und die Zugehörigkeit vieler Grenzstädte und Festungen zu Sachsen zu beweisen. Nachzuweisen ist dieses Detailwissen des fränkischen Markgrafen aus einem Bericht von Verhandlungsteilnehmern, der im Geheimen Staatsarchiv in Dresden landete. <sup>(1)</sup> Die weder datierte noch unterzeichnete Schilderung der Abläufe zeigt Albrecht in intensivem Kontakt mit den Räten Herzog Wilhelms und führt unter anderem aus, dass Albrecht sogar alle Burgen in Böhmen auflistete, die erstens durch Kauf oder Pfandschaft, zweitens durch Verleihung, drittens als Lohn für geleistete Kriegsdienste und viertens durch Eroberung zu Sachsen gehörten.

Ausweislich dieses Berichts kooperierte Albrecht intensiv mit den Räten Wilhelms, hatte diese gleichsam als Berater dabei. Dies führt dann auch zur Quelle von Albrechts Informationen. Der Markgraf wurde offensichtlich von den Räten mit den notwendigen Informationen versehen, um als fürstlicher Verhandlungspartner Podiebrads auftreten zu können und damit der Stimme Sachsens mehr Gewicht zu geben. <sup>(2)</sup> Die Informationen an Albrecht zielten wieder darauf ab, ihn für die sächsische Seite streiten zu lassen. Der Fürst ist hier wieder nicht als eigenständiger politischer Faktor zu erkennen.

In der Auseinandersetzung Albrechts mit Nürnberg und dessen Verbündeten, Herzog Ludwig von Landshut, in den Jahren 1459 bis 1463, dem so genannten zweiten Markgrafenkrieg, stand König Georg von Böhmen nach anfänglichem Zögern auf Seiten der Gegner Albrechts. <sup>(3)</sup> Im Sommer 1461 trat Podiebrads Parteinahme für Ludwig von Landshut offen zu Tage. Berichte über das weitere Vorgehen Podiebrads in diesem Konflikt waren für Albrecht deshalb von großem Interesse.

Sebastian von Seckendorf, der 1461 als Vogt zusammen mit anderen Räten als Statthalter Albrechts das obergebirgische Fürstentum regierte, warnte seinen Herrn in einem Schreiben vom 12. September, dass die Wittelsbacher Gegner Albrechts bereits Verstärkung aus Böhmen erhalten hätten. *„Gnediger here. Uns sind treffentlich und ernstlich mynung zukomen das die Beheim heran komen und bereits zu amberg ligen und unsern gnedigen hern in seiner gnaden landt auff dem gepirg zuzihen zu wollen. Und wiewol uns nu treffentlich auch ergenzlich durch euer gnaden kuchenmeister auch den Barbir zugesagt ist auf sampstag schirst in unser gnedigen herrn lande zu sein sein, des wir auch in hoher hoffnung wartend und begierig sind ...“* <sup>(4)</sup> Diese Nachricht, die Seckendorf schickte, als Albrecht seinen Besuch auf der Plassenburg angekündigt hatte, war einigermaßen konkret, da der Truppenaufmarsch zumindest geographisch eingegrenzt werden konnte. Dennoch ist keine Reaktion des Fürsten zu belegen.

Der zweite nachweisbare Bericht an den Markgrafen über böhmische Angelegenheiten in dieser Zeit ist schon wesentlich wichtiger und gleichzeitig auch beunruhigender für Albrecht. Es ist ein Brief vom 14. September 1461 aus Prag, den von dort ein Gesandter des Kaisers, der Trienter Dompropst Johannes Hinderbach, sandte. Der Propst schreibt: *„Ich thu zu wissen, dass ich nach bevel des kaisers mit den behem. reten, die einen frid zwischen dem kaiser und seinem bruder getaidingt haben, hieher zu dem konig in botschaft komen hin. Nachdem in den sachen mit Ludwig kein endlicher beschluss hat mugen bescheen und wann die Baiern, die bei*

<sup>1</sup> FRA II, 20, Nr. 182, S. 177 f.

<sup>2</sup> Albrecht drängte Wilhelm dann zum Nachgeben und erreichte ein Übereinkommen, das sogar in einem Ehebündnis zwischen Sachsen und Böhmen mündete. Kurfürst Friedrichs zweiter Sohn, Herzog Albrecht, heiratete Podiebrads Tochter Zedena. Herzog Wilhelms Tochter Katharina war als Gemahlin von Herzog Hinko von Münsterberg, Podiebrads Sohn, vorgesehen. Die böhmischen Lehen Sachsens in Thüringen, Meißen und im Vogtland wurden bestätigt. Besitzungen in Böhmen mussten die Sachsen aber aufgeben. Podiebrad hatte sich weitgehend durchgesetzt. Über den Verlauf der von Albrecht geführten Verhandlungen siehe Heymann, George of Bohemia, S. 187 – 194.

<sup>3</sup> Podiebrad stand zu dieser Zeit in Gegnerschaft zu Kaiser Friedrich III. und ihm wurden Ambitionen auf die Römische Krone nachgesagt. Albrecht stand als enger Verbündeter des Kaisers auf der Gegenseite und warnte Friedrich III. wiederholt, dass ihm Gerüchte zu Ohren gekommen seien, Podiebrad habe es auf die Krone abgesehen. Siehe Heymann, a.a.O.

<sup>4</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Böhmen, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 3.

*herzog Albrechten im veld gewesen sein von Ludwigs wegen haben in nichts anders verwilligen wollen, nur allein der kaiser sollt solche gewaltsam und hauptmannschaft, so er ew. gn. bevolhen und gegeben hat, ganz abtun und die vehde so zwischen ew beider gnaden wer also stehen ze lassen, das aber s. k. gn. in keynem weg gemaint ist gewesen, sonder ee alle tayding abzuschlagen und ausszustossen, wan s.k gnad meint ew. Gn. in desen dingen nicht zu verlassen. Darumb derselb artikel ganz abgestellt und auf den konig geschickt und begern hat lassen sich in disen sachen auch zu seczen, damit der krieg niedergelegt werde. Es ist beslossen zwischen Ludwig und ew. Gnaden einen tag zu machen auf S. Gallentag.“<sup>(1)</sup>*

Albrecht erfuhr aus diesem Schreiben also, dass der Kaiser, bisher sein engster Verbündeter, nicht nur mit den Gegnern verhandelte, sondern diesen durch den vermittelten Friedensschluss mit seinem Bruder sogar zusätzlich noch zu Dank verpflichtet war. Ein völliges Umschwenken Friedrichs III. auf die Seite Podiebrads und der Wittelsbacher war jetzt denkbar. Zwar versicherte der kaiserliche Rat, dass man ihm die Rechte des kaiserlichen Hauptmannes, auf dem ein Großteil der Legitimation des Kampfes und auch der Zugang zu städtischen Ressourcen im Krieg ruhten, nicht entziehen wolle. Doch die Formulierung, man werde lieber alle Verhandlungen abrechnen, als Albrecht fallen zu lassen, klang viel zu gut, um ihr vollen Glauben zu schenken.

Der zweite Teil der Nachricht zeigte Albrecht dann auch, dass die Gegenseite, die Wittelsbacher, keine Zugeständnisse zu machen bereit waren. Dies waren keineswegs erfreuliche Nachrichten für Albrecht. Besonders prekär war der letzte Teil, in dem der Kaiser seinem Verbündeten mitteilte, dass König Podiebrad mit Zustimmung des Kaisers als Vermittler vorgesehen sei. Der Böhmenkönig war Albrecht im Moment sehr wenig freundschaftlich verbunden und musste zur Partei Herzog Ludwigs gerechnet werden. Dies machten Schreiben des Böhmenkönigs von Anfang September deutlich, die dieser unter anderem auch an Albrecht geschickt und worin er sich deutlich auf Ludwigs Seite gestellt hatte.<sup>(2)</sup> Die letzte Nachricht war, dass bereits ein Verhandlungstag, der 16. Oktober 1461, festgesetzt war. Albrecht hatte also nur noch rund einen Monat Zeit für Vorbereitungen.

Die Reaktion Albrechts auf die Nachricht aus Prag ist nicht genau zu bestimmen. Es existiert ein Schreiben Albrechts vom 21. September, also acht Tage nach der Datierung des Schreibens in Prag, an Kaiser Friedrich III. Wie an anderer Stelle nachgewiesen, wäre eine Botenreise zwischen Prag und Ansbach in dieser Zeit möglich gewesen und damit könnte der Brief eine direkte Reaktion des Markgrafen sein.<sup>(3)</sup> Albrecht befand sich allerdings im Feld. Er und seine Truppen lagerten bei Schwabach südlich von Nürnberg. Ob ihn der Bote aus Prag dort so schnell getroffen haben kann, muss offen bleiben. Albrechts Schreiben ging von der Thematik her natürlich auf den Konflikt ein und lässt auch eine gewisse Dringlichkeit erkennen, doch nimmt der Brief nicht explizit Bezug auf die Nachricht aus Prag.

Der Markgraf forderte den Kaiser in diesem Schreiben mit deutlichen Worten auf, ihm weiterhin zu helfen. „... *ich bitt ew. gn. dass jr die sach ernstlich in die hant nemet und auch den reichsstetten schreibet und jechlicher besonders und sie nicht zu einander hauffet, das eine auf die andern jr antwort verziehen und jne gebietet als vor unc noch hertiglich ermanet mit dem zusacze, das jr gegen in, wo sy des in einer bestimmten zeit nit tetten, mit recht procediren wollet, als zu dem, die eine viloney an ew. gn. und dem reiche haben getan. Dann gn. herr kommen sie nicht in die hilff, nachdeme der last zu grosz auf mir leyt, so ist dem schimpff der boden auff und der konig von Beheim wirdet Romischer konig, es sei ewrm gnaden und uns allen lieb oder leyde.“<sup>(4)</sup> Albrecht forderte nicht nur ultimativ Hilfe vom Kaiser sondern schrieb ihm sogar das Prozedere vor, was darauf schließen lässt, dass es eilig war. Außerdem erwähnte er die in diesem Jahren oft auftauchende Idee, dem als untätig*

<sup>1</sup> FRA, II, 20, Nr. 247, S. 248 f.

<sup>2</sup> FRA, a.o.O., Nr. 244, S. 247.

<sup>3</sup> In Kapitel 2.3 ist dieser Beweis geführt.

<sup>4</sup> FRA, a.a.O., Nr. 248, S. 249 f.

bezeichneten Kaiser in der Person von Podiebrad einen Römischen König als Reichsgubernator gegenüberzustellen. <sup>(1)</sup> Die implizite Drohung mit einem Reichsgubernator könnte natürlich eine Finte gewesen sein, aus der Angst geboren, den Kaiser als Verbündeten zu verlieren. Andererseits könnte Albrecht aber auch eine diesbezügliche Nachricht aus Böhmen erhalten haben.

Mit Sicherheit eine Reaktion Albrechts auf die Bedrohung durch Podiebrad war ein Brief des Markgrafen vom 30. September 1461 an den Papst, in dem er bei diesem über die Feinde, besonders auch Podiebrad, klagte und auch meinte, dass „ ... *all oberkait baidet haubt in geistlichen und weltlichen stand erlöschten würde.*“ <sup>(2)</sup> Hier eine Anspielung auf den hussitischen, papstfeindlichen Hintergrund Podiebrads zu vermuten, liegt nahe. Albrecht wollte dem Papst vor Augen führen, dass ein Ketzer Reichsoberhaupt werden könnte. Beide Reaktionen Albrechts zeugen allerdings von seiner schwachen Position, mehr als klagen konnte er in diesem Augenblick nicht.

Ende 1461 begannen dann die vom Kaiser erwähnten Verhandlungen in Prag unter Vermittlung Podiebrads, wobei der Markgraf nicht nur Ludwig von Landshut und die Bischöfe von Bamberg und Würzburg gegen sich hatte, sondern auch noch Herzog Albrecht von Österreich. Die Herzöge von Sachsen, Kurfürst Friedrich und Herzog Wilhelm, sonst an der Seite der Zollern, sieht man um diese Zeit auch nur als Vermittler – zwischen Friedrich von Brandenburg und Podiebrad. Albrecht Achilles stand hingegen ziemlich allein da.

In einem Schreiben vom Januar – das genaue Datum ist nicht zu ermitteln – an seinen Gesandten beim Kaiser, das nur bruchstückhaft überliefert ist, bezog sich Albrecht erneut auf Nachrichten, die ihm aus Böhmen zugegangen waren: „ ... *ist mir bottschaft zugestossen, die uns bracht hat wie ettlich zu Beheim unsers glawens sich bestellen lassen und seiner gnad helffen wollten, ob sie aber sr. gn. in soldesweis nicht bestellen wolt, dass sich dann se. Gn. verschriebe sich on sie nicht richten zu lassen, so versteen wir das der mertail aus Behaim und auch etlich stete aus Mehern sr. gn. hilf und beistand thun wollten, desgleichen wurden die herren, ritterschaft aus Slesien alle thun. Wir begern, du wollest sulchs in grosser geheim unsernhalben unvermerkt unsern keyser sagen eylend, das sich s. k. gn. danach habe zu richten, das domit nichts versewmet werde, dann wir ye die ding so gern gut sehen.*“ <sup>(3)</sup>

Gehen wir davon aus, dass die Nachricht wirklich an Albrecht herangetragen wurde und es nicht nur ein Trick des Markgrafen war, um den Kaiser zum Kampf anzustacheln, so zeigt sich wieder sehr deutlich der Ablauf. Albrecht wurde über Pläne informiert, den Kaiser gegen Podiebrad zu unterstützen und reagierte sofort, in dem er den Kaiser seinerseits davon in Kenntnis setzte und zum Handeln drängte. Der Markgraf gab sich also noch nicht geschlagen und versuchte, den Kaiser mittels für diesen günstigen Informationen auf seiner Seite zu halten und für den weiteren Kampf gegen Podiebrad zu gewinnen.

Nach der Niederlage von Giengen gegen Herzog Ludwig am 19. Juli 1462 musste Albrecht im von Georg von Podiebrad vermittelten Frieden von Prag im Jahr 1463 aber von seinen Plänen, mittels der Stärkung eines ihm vermeintlich zustehenden fränkischen Herzogstitels und vor allem mittels der Ausweitung der Jurisdiktion des Kaiserlichen Landgerichts Burggrafentums Nürnberg die Kontrolle über ganz Franken auszuüben, Abstand nehmen. Doch außer der Rücknahme dieser quasi imperialen Ansprüche hatte die Niederlage keine schwerwiegenden Folgen für ihn. Das lag in erster Linie an der Verhandlungsführung Podiebrads, der – zunehmend von Papst Pius II. als Ketzer bedrängt – neue Bündnispartner suchte. Da die enge Verbindung Albrechts zum Papsttum bekannt war, sollte er dem

<sup>1</sup> Friedrich III. und sogar seine Gemahlin Eleonore von Portugal schrieben Ende September/Anfang Oktober an Georg, um ihn von Maßnahmen gegen Albrecht abzuhalten. Podiebrad nahm auf jeden Fall den möglichen Einfluss des Kaisers auf die Städte so ernst, dass er die in Ulm versammelten Städtevertreter ultimatim und unter Drohungen aufforderte, Albrecht nicht zu helfen. Der Brief stammt vom 28. Oktober. FRA, II, 20, Nr. 249, S. 250.

<sup>2</sup> FRA, II, 20, Nr. 251, S. 250 f.

<sup>3</sup> FRA, a.a.O., Nr. 268, S. 263.

Böhmenkönig als Mittelsmann dienen. Die beiden Fürsten näherten sich folglich einander an, was auch daran zu erkennen ist, dass Albrecht von Podiebrad ins Vertrauen gezogen wurde.

So schrieb Podiebrads wichtiger Ratgeber Jobst von Einsiedel, dank seiner Zweisprachigkeit der ideale Botschafter zwischen Böhmen und deutschen Fürsten, am 4. Juli 1464 an Albrecht und berichtete diesem über Nachrichten, die gerade in Prag eingetroffen seien. Gesandte, die Podiebrad am kaiserlichen Hof gehabt habe, seien gerade zurückgekehrt und hätten berichtet, dass die Stadt Metz eine Gesandtschaft zum Kaiser geschickt und geklagt habe, dass Frankreich und Burgund versuchen würden, die Rechte des Reiches zu schmälern. Der König von Frankreich wolle Römischer König werden, Burgund solle das Herzogtum Luxemburg zu Lehen nehmen und auch der Herzog von Mailand solle durch König Ludwig XI. zum König erhoben werden. Einsiedel fragte bei Albrecht an, ob er von solchen Plänen auch etwas erfahren habe. Falls dem so sei, solle er es ihm doch bitte mitteilen.

Wichtiger als diese reichspolitischen Nachrichten aus dem Westen waren die weiteren Zeilen Einsiedels: *„Item herczog Albrecht von Sachsen meins genedigen herrn sone ewern gnaden swager ist ydeczund alhie zcu Prag pei mein herrn dem konige, vnd hat auff anderhalb hundert pferd vnd erkent sich mit sein koniglichen gnaden meiner frawen der konigyn, vnd meins herrn sönen seinen swegern er ist riterlich vnd rent mit scharff. Meins hernn herczog Wilhelmen von Sachsen potschafft ist auch alhie gewest der sachen halben als ir wist vnd ist pei mein genedigen herrn dem konig auch pei meiner frawen der konigyn mit eren, vnd in allen glimpfen auff genomen entpfangen vnd frewnttlich gefertiget worden. ich wirde auch in kurz czu mein herrn herczog Wilhelmen auch mein alden herrn von Sachsen reyten, in potschafft.“*<sup>(1)</sup>

Die guten Beziehungen zwischen Böhmen und Sachsen, das geht aus der Nachricht hervor, wurden immer enger. Albrecht und Zedena von Podiebrad hatte die schon geschlossene Ehe nun vollzogen und die zweite Heirat zwischen Sachsen und Böhmen, zwischen Wilhelms Tochter Katharina und Podiebrads Sohn Hinko, nahm ebenfalls Gestalt an. Weitere Verhandlungen mit Kurfürst Friedrich II. von Sachsen standen bevor. Albrecht war jetzt darüber informiert, dass auch die wettinischen Herren eng mit Böhmen kooperierten. Im letzten Teil des Briefes setzte Einsiedel Markgraf Albrecht dann noch über innerböhmische Angelegenheiten ins Bild, so zum Beispiel über den Erfolg Podiebrads gegen aufrührerische Barone in Mähren. Die guten Beziehungen zur böhmischen Krone ermöglichten es Albrecht also, über die Situation im Nachbarland und über dessen diplomatische Beziehungen im Bilde zu sein.

Doch auch von anderer Seite erfuhr Albrecht im Jahre 1464 Neuigkeiten aus Böhmen. Die Stadt Breslau schrieb dem Markgrafen am 7. März einen ausführlichen Brief, in dem zum einen Versuche geschildert wurden, die Stadt Breslau und den päpstlichen Legaten, Jeronimus von Kreta, zu verleumden. Der Hauptmann von Glatz, Wolff, habe zwei Männer unter der Folter dazu gebracht, auszusagen, dass der Legat versucht habe, König Podiebrad zu vergiften. Als die Gefangenen frei gewesen seien, hätten sie, so das Schreiben der Breslauer, diese Aussage sofort widerrufen. Albrecht solle die bösen Gerüchte nicht glauben. Außerdem müssten sie, die Breslauer, wegen ihres Festhaltens am katholischen Glauben weiter Unbill erleiden.<sup>(2)</sup> Dieses Benachrichtigungs- und Rechtfertigungsschreiben der Breslauer setzte Albrecht davon in Kenntnis, dass es in Böhmen heftige Spannungen gab. Giftmord-Vorwürfe und schärfste polizeiliche und gerichtliche Maßnahmen belegten dies. Auch die religiösen Spannungen waren nach wie vor vorhanden, so die Erkenntnis Albrechts. Die einseitig positiven Aussagen Einsiedels konnten so hinterfragt werden. Schon jetzt zeigt sich, dass Albrecht gerade in böhmischen Angelegenheiten auf eine zweite Quelle zu vertrauen lernte.

Im Februar 1467, als Albrecht der Hochzeit seiner Tochter Ursula mit Heinrich von Münsterberg beiwohnte, war er durch Briefe des Papstes und andere Quellen bereits von der

<sup>1</sup> FRA, a.a.O., Nr. 318, S. 333 f.

<sup>2</sup> FRA, II, 42, Nr. 267, S. 356 ff.

Absetzung Podiebrads und dem Bruch des Königs mit den katholischen Adeligen der Liga von Grünberg informiert. So hatte ihm Papst Paul II. am 15. Oktober 1466 geschrieben und in dem scharf formulierten Brief gedrängt, das Heiratsbündnis auf keinen Fall einzugehen, weil Podiebrad ein Ketzer sei. <sup>(1)</sup> Albrecht blieb aus politischer Opportunität trotz dieses Kenntnisstandes aber seinem eingeschlagenen Weg treu. Er scheint die aus der Zusammenarbeit mit Podiebrad möglicherweise resultierenden Risiken als nicht hoch eingeschätzt zu haben.

Eine schnelle Reaktion Albrechts auf eine Information aus Böhmen lässt sich hingegen gut analysieren, wenn wir uns einen Briefwechsel aus dem April 1467 ansehen. Mit Schreiben vom 6. April informierte Heinrich von Aufsess, Albrechts Statthalter im Fürstentum auf dem Gebirge, seinen Fürsten, dass zwei Bürger aus Eger bei ihm gewesen seien, die ein Schreiben an den Markgrafen auf der Plassenburg abgeliefert hätten, das er nun als Anlage nach Ansbach schicke. Über den Inhalt wisse er nur wenig, ergänzte Aufsess. Der kurze Brief Aufsess' ist sehr aufschlussreich und soll deshalb vollständig wiedergegeben werden: *„Hochgeborener furste. Caspar Junkherr vnd Clemens Buchelberger zu Eger haben mir geschriben vnd etlich werbung an euch thun lassen, als ewer gnad in dem eingeslossen brief vnd zettel der meynung nach sulcher werbung vernemen wirdt. Mich dobey ersucht, zu verfügen, domit das in geheim gehalten vnd sie nicht vermerkt werden. Han ich ine ander antwort nicht geben, dass das ich sulchs an ewer gnaden gelangen lassen wolle, doch in der gestalt, das sie doinn vnvermerkt vnd wol in geheim blaiben sulln. Was aber sulch werbung auff ir trag, han ich nicht erlernen mogen dann so vil, das ich wol vermerk, das sulchs von den herren heryret. Das wolt ich eweren gnaden vnentdeckt nicht verhalten, den sachen nach zu gedenken vnd sich darnach zu richten haben.“* <sup>(2)</sup>

Albrecht bekam dieses Schreiben aus Eger, in dem es, das zeigt schon Aufsess' kurze Inhaltswidergabe, um Angelegenheiten der böhmischen Herren ging, offensichtlich umgehend zugeschickt. Schon drei Tage später, also sofort nach Erhalt des Schreibens aus Kulmbach, reagierte der Markgraf und schrieb an König Podiebrad nach Prag einen Brief folgenden Inhalts: *„Gnediger her sweher vnd swager. Vnnserm hauptman uff dem gepirg, Heinrichen von Aufses, ritte, ist zukommen ein brive, von wem, wissen wir nicht, noch auch er. Wollten wir ewer koniglicher wird glaublich abschrift zuzuschicken nicht verhalten, eweren willen dorynnen zu erkennen mit erbitung, was ewer koniglichen liebe gefallens zu thun oder zu lassen sei, das last vns furderlich wissen. So haben wir vnsern hauptmann uff dem gebirg, Heinrich von Aufsess obgenannt, befolhen, wird es uch gemeynt sein, das er von vnnsern wegen ein botschaftt fertig zu ewer koniglichen werde, auch zu den hern, vnd an den hern am ersten werben am hineinreiten vnd tage zu verfolgen gein Eger, auch erstreckung des friden mit erbietung, das wir uns in den sachen arbeiten wollten, so ferre vnd es an ewer koniglicher liebe auch erlangen mogen, vff das ewer werde nicht vermerkt werde, das wir vor an euch bracht haben, vns, was sie an den herrn erlangen, auch furderlich zu wissen thun. Wurde es inn verfolgt, so reiten sie selbs zu euch vnd reden den tag vnd erstreckung des friden ab. Wurde es inen nicht verfolgt, so schreiben sie ewer koniglichen werde ader können sie sich zu euch kommen, so kommen sie gleichwol selber zu euch. Die schrift lumbt nicht von eweren teil ursprunglich, sunder, als weit wirs vermerken können, von jenem teil vnd wissen doch nicht*

<sup>1</sup> Das Thema ist ausführlich behandelt bei Heymann, a.a.O., S. 445 f. Die entscheidende Passage des päpstlichen Schreibens lautet: *„Superiori anno cum ad aures nostras pervenisset, te natam tuam catholicam parentibus orthodoxis genitam nato heretici Iersichi, regni Bohemie occupatoris, et ipsi paterne impietatis imitatori matrimonio copulari velle, nos eam rem indigne ferentes et glorie dei atque tuo honori salutique animarum vestrarum consulentes, scripsimus tibi gravibus quidem et efficacibus atque simul longuisculis literis apostolicis, exhortantes et admonentes te eciam anathematis interminacione et obstastacione divini iudicii tue nobilitati precipientes atque mandantens, ut ab inceptis resisteres, et nullo modo filiam tuam heretico jungeres, prout lacius ein eisdem literis, quarum copiam hiis insertam, ne ille forte perierint, mittere tibi decrevimus que de verbo ab verbum sequuntur.“* Quelle: FRA II, 44, Nr. 506, S. 617 f.

<sup>2</sup> FRA II, 42, Nr. 299, S. 407.

*von wene. Vnd empfehlen vns hiemit ewer koniglicher wirde als vnserm gnedigen herrn und sweher.“*<sup>(1)</sup>

Das Schreiben selbst, das die Bürger von Eger durch Aufsess an Albrecht übermitteln ließen, ist nicht überliefert. Vielleicht hat man es verschwinden lassen, um die Geheimhaltung zu gewährleisten. Wir kennen den Inhalt also nur aus dieser Zusammenfassung Albrechts in seinem Brief an Podiebrad und aus Aufsess' Andeutungen.

Es ist aber aus den beiden Texten zu erschließen, dass sich die böhmischen Herren, sicherlich der katholische Teil des Adels, der sich im so genannten Herrenbund oder der Liga von Grünberg zusammengeschlossen hatte, in irgendeiner Form an Albrecht gewandt hatte. Da der Aufstand dieser Adelsfronde gegen Podiebrad schon in vollem Gange war, in den kommenden Monaten auch weiterging und Albrecht Achilles zwei Monate vorher seine Tochter Ursula – wie oben erwähnt – mit Podiebrads Sohn Heinrich verheiratet hatte, scheinen die Männer des Herrenbundes beabsichtigt zu haben, Albrecht auf ihre Seite zu ziehen. Es ist natürlich auch nicht ausgeschlossen, dass der Herrenbund den Ansbacher Markgrafen nur zu einer Vermittlung aufgefordert hatte. Albrechts Aussage im Brief an Podiebrad, sofort eine Delegation aufbrechen zu lassen, könnte in diese Richtung deuten.

Wie auch immer es gewesen war, Albrecht reagierte zum einen dadurch, dass er Podiebrad den Inhalt des Schreibens zur Kenntnis brachte, seine Informanten, wie diese es vom Hauptmann von Aufsess erbeten hatten, aber schützte. Wahrscheinlich stand schon im Hauptbrief aus Eger kein Absender. Der könnte sich auf dem beiliegenden Zettel befunden haben, so dass man sagen kann, dass Albrecht das Schreiben an ihn, formal betrachtet, sogar vollständig kopieren und an Georg schicken ließ. Zum zweiten bot er seine Vermittlung an, wobei er Georg klar zu machen versuchte, dass er weiterhin fest auf seiner Seite stünde und ihn als Vermittler immer über alles auf dem Laufenden halten werde. Als dritte Reaktion schickte Albrecht König Podiebrad seinen Schriftwechsel mit Kaiser Friedrich III. in Kopie zu. Albrecht setzte seinen Verbündeten in der Tat umfassend in Kenntnis, auch um Misstrauen vorzubeugen.

Eine Reaktion Podiebrads auf Albrechts Ansinnen und Informationen ist nicht überliefert. Es gibt ein Schreiben des Böhmenkönigs vom 19. April, zehn Tage nach der Absendung von Albrechts Brief, in dem Georg über die Machenschaften des päpstlichen Legaten Rudolf von Breslau in Schlesien klagte. Albrecht solle ihm helfen, beim Papst zu erreichen, Rudolfs Aktionen zu stoppen, war dort zu lesen.<sup>(2)</sup> Von der Auseinandersetzung mit den katholischen Baronen und Albrechts Vermittlungsversuch finden wir nichts in dem Schreiben. Albrechts Reaktion auf die Informationen aus Böhmen war offensichtlich ins Leere gelaufen.

Kurze Zeit später war Albrechts politischer Einsatz in Böhmen wieder gefragt. Das unerwartete Angebot an Albrechts Bruder Friedrich II. von Brandenburg, König von Böhmen zu werden und Georg von Podiebrad zu verdrängen, war natürlich auch für Albrecht Achilles ein Vorgang, der seine ganze Aufmerksamkeit erforderte. Das Angebot wurde dem Brandenburger Kurfürsten durch ein Schreiben des päpstlichen Legaten Rudolf von Breslau zu Beginn des Jahres 1467 unterbreitet. Sein Bruder Friedrich hielt Albrecht vom Frühjahr 1467 bis zum Februar 1468 regelmäßig über die Verhandlungen und Gespräche auf dem Laufenden. Ziel dieser Schreiben war es, die Unterstützung Albrechts für seine Thronkandidatur zu bekommen. Doch Albrecht zeigte sich alles in allem sehr reserviert und scheint von Anfang an nichts von der Angelegenheit gehalten zu haben. Denn ihm war es offensichtlich zu gefährlich, gegen den in Böhmen fest im Sattel sitzenden Podiebrad vorzugehen. Noch dazu stand Albrecht nach der Heirat zwischen Podiebrads Sohn Heinrich und Albrechts Tochter Ursula in einer engen verwandtschaftlichen Beziehungen zum böhmischen Königshaus.

---

<sup>1</sup> FRA II, 42, Nr. 300, S. 408 f.

<sup>2</sup> FRA II, 42, Nr. 302, S. 410.

Landshut und Sachsen hingegen drängten den Kaiser zu einem Bündnis gegen Podiebrad, in das auch die beiden Zollernfürsten eingebunden werden sollten. Im September 1467 fand in Landshut eine Besprechung der Fürsten statt, zu der Albrecht seinen Rat Georg von Absberg geschickt hatte. Dieser berichtete ihm, dass Landshut und Sachsen eine Delegation zum Kaiser geschickt hätten, um diesen für das Bündnis zu gewinnen. Diese Information gab Albrecht Achilles in einem Schreiben vom 5. Oktober an Kurfürst Friedrich II. weiter. Dieses Schreiben ist im Gegensatz zum Bericht des Rates aus Landshut erhalten, wodurch man über den Vorgang informiert ist. Außerdem rät Albrecht seinem Bruder in dem Schreiben, diesem Bündnis nicht beizutreten. <sup>(1)</sup>

Friedrich II. selbst verhandelte mit den Wettinern, Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht von Sachsen, in Meißen und sandte Albrecht die Ergebnisse dieser Gespräche in einem Brief vom 14. Oktober zu. Darin meldete Friedrich, dass beide Sachsen-Herzöge ebenfalls kein Interesse an einem Offensivbündnis gegen Podiebrad hätten. Die Sachsen, so Friedrich weiter, würden zum geplanten Regensburger Reichstag Gesandte schicken, die die Angelegenheit nochmals mit Albrecht Achilles durchsprechen würden. <sup>(2)</sup> Albrecht gingen Informationen von zwei Seiten zu, so dass er die Positionen aller Beteiligten, Sachsens, Landshuts und auch die seines Bruders, kannte. Er konnte folglich auf dem kommenden Reichstag als Sprecher des Hauses Brandenburg tätig werden. Ein formelles Bündnis der deutschen Fürsten gegen Podiebrad kam vor allem wegen Albrechts Abneigung dagegen nicht zu Stande. Und auch Friedrich von Brandenburg nahm wegen Albrechts Widerstand die Böhmenkrone nicht an. Die guten Informationen Albrechts hatten sicherlich einen Anteil daran, dass der Markgraf seine Position durchsetzen konnte.

Nachdem Kurfürst Friedrich von Brandenburg nicht als Rivale Podiebrads zu gewinnen war, suchten die päpstlichen Legaten, neben Rudolf von Breslau auch Bischof Rovarella, einen neuen Kandidaten und fanden ihn im Ungarnkönig Matthias Corvinus. Diesem gelang es, den katholischen Teil des böhmischen Adels auf seine Seite zu ziehen. <sup>(3)</sup> Schon Ende 1468 rückte Matthias kämpfend in Böhmen ein, musste sich aber – auch bedingt durch einen sehr kalten Winter – wieder zurückziehen und vorerst Frieden mit Podiebrad schließen. Im April 1469 bot der Führer des Herrenbundes, der Herr von Sternberg, Corvinus dann die böhmische Krone an und am 3. Mai dieses Jahres wählte man ihn in Olmütz in Mähren zum König, was den Kampf um die böhmische Krone, der sich bis ins Jahr 1482 hinziehen sollte, beginnen ließ. <sup>(4)</sup>

Schon bald bekam Albrecht Informationen vom Kriegsschauplatz. Jobst von Einsiedel, Parteigänger und Rat Podiebrads, berichtete Albrecht am 9. März 1469, dass die Ungarn in Böhmen eingefallen seien, einige Burgen erstürmt und das Land verwüstet hätten. Ab dem Dienstag nach Ostern, 4. April 1469, gelte ein Waffenstillstand und man verhandle. Der König von Ungarn sei zu diesem Zweck zusammen mit dem Erzbischof von Gran in Olmütz. Die päpstlichen Legaten, die in Regensburg seien, verhandelten ebenfalls mit König Podiebrad. <sup>(5)</sup>

Hier stoßen wir auf eine eminent wichtige Nachricht für Albrecht. Wenn man sich die Berichterstattung an ihn vom Regensburger Reichstag ansieht, von wo ihm im März seine Gesandten die Kompromisslosigkeit des Legaten Rovarella im Kampf gegen den „Ketzerkönig“ gemeldet <sup>(6)</sup> hatten, so steht die Nachricht Einsiedels dagegen in starkem

<sup>1</sup> Riedel 3,1, Nr. 318, S. 446.

<sup>2</sup> Riedel 3,1, Nr. 320, S. 447.

<sup>3</sup> Siehe dazu die Ausführungen in der Einleitung.

<sup>4</sup> Siehe dazu Nehring, a.a.O., S. 33 ff.

<sup>5</sup> Riedel 3,2, Nr. 42, S. 39 f.

<sup>6</sup> In der ersten Märzhälfte fand auch ein Reichstag in Regensburg statt, auf dem Albrecht durch Gesandte vertreten war. Dort wurde dieser Friedensschluss am 11. März bekannt, als der päpstliche Legat Rovarella ein Schreiben des Ungarnkönigs bekam und dieses verlesen ließ. Albrecht wurde von seinem Gesandten im

Kontrast. Offensichtlich fuhr Legat Rovarella zweigleisig und hielt in irgendeiner Form Kontakt zu Podiebrad, wenn es auch nicht gleich formelle Verhandlungen gewesen sein mussten. Aus zwei verschiedenen Quellen setzte sich für Albrecht wieder ein umfassenderes Bild über die Situation in Böhmen zusammen. Die zweite wichtige Erkenntnis für Albrecht war, dass im böhmischen Thronkampf noch nichts entschieden war.

Beide Seiten, Podiebrad und seine Gegner, setzten auch weiterhin auf Informationen, und so bekam Albrecht Achilles auch Besuch von böhmischen Gesandten. Podiebrad schickte im März 1469 seinen Rat Span zu Albrecht, um seine Sicht darlegen zu lassen. Albrecht informierte seinen Bruder in einem Schreiben vom 23. März über den Besuch und die dabei erfahrenen Neuigkeiten. <sup>(1)</sup> Friedrich II., der im Gegensatz zu seinem Bruder nicht im Bann war, bekam Nachrichten und Gesandtenbesuche der päpstlich/ungarischen Seite. Matthias sandte den Propst von Preßburg, Georg von Schönberg, zu Friedrich und lud diesen zu einem Treffen in Breslau ein. Friedrich informierte seinerseits Albrecht, indem er ihm am 23. März 1469 schrieb und um Rat fragte, ob er die Einladung annehmen solle. Albrecht stimmte dem zu und legte dar, welche Vorteile und Gefahren aus einem Bündnis mit Matthias erwachsen könnten. <sup>(2)</sup> Die beiden Zollernfürsten teilten sich die diplomatischen Aktivitäten wieder einmal auf. Friedrich verhandelte, allerdings unter Anleitung seines Bruders, mit Matthias, Albrecht hielt die Kontakte zu Podiebrad. Durch gegenseitige Information versuchten sie, ihre Politik untereinander abzustimmen.

Von verfassungsrechtlich sehr interessanten Überlegungen in Böhmen erfuhr Albrecht aus mehreren Quellen im Mai 1469. Er listete die Informanten und deren genaue Aussagen in einem Schreiben an Kurfürst Friedrich II. auf, das er seinem Bruder am 20. Mai nach Cölln schickte. Einige sehr einflussreiche Adelige und Kirchenmänner beider Parteien, so Albrechts Informanten, hätten König Georg von Podiebrad das Angebot gemacht, Böhmen in ein Erbkönigtum zu verwandeln, wenn er zum katholischen Glauben übertrete und auf die Sonderrechte der utraquistischen Kirche verzichte. Auch Gegenkönig Matthias von Ungarn sei in die Verhandlungen eingeweiht, wurde berichtet. <sup>(3)</sup> Vor allem der letzte Punkt zeigte Albrecht, dass sich möglicherweise noch eine für ihn günstige Wendung des böhmischen Thronstreites abzeichnen könnte. Da der Markgraf offensichtlich über drei unabhängig von einander berichtende Informanten verfügte, ist diesem Bericht große Glaubwürdigkeit zu bescheinigen. Klar ist allerdings auch, dass dieser Plan eines Ausgleichs zwischen Katholiken und zumindest einem Teil der Hussiten nicht erfolgreich umgesetzt werden konnte, wie der weitere Verlauf der Geschichte zeigte. Wieder ist hervorzuheben, dass mehrere Informanten Albrecht über einen Vorgang in Kenntnis setzten. Dieses breite Informationsspektrum scheint bei Nachrichten aus Böhmen sogar das übliche Verfahren gewesen zu sein.

---

Anschluss informiert, doch die direkte Benachrichtigung aus Böhmen scheint genauso schnell bei ihm gewesen zu sein. Vergleiche dazu Kapitel 2.2.

<sup>1</sup> Riedel 3,1, Nr. 354, S. 499 ff.

<sup>2</sup> Höfler 1, Nr. 89, S. 186 f. und Nr. 90, S. 187 ff.; Riedel 3,1, Nr. 355 und Nr. 356, S. 501 ff.

<sup>3</sup> „ ... vnd ist hans herdogen gestern komen von prag mitsambt dem wagenpurgmeister, dem wir von Beheim bestalt haben, der sagt gerad, als her Jobst schreibt. Auch schicken wir euer liebe ein schriff, die doctor Gregorius Heymburg dem castener zum hofe gethan, der vns die eylends zugeschickt hat vnd uns vff datum ditz briues zukomen ist, daran ir eygentlich vermerckt, sie sich die sach heldt zu Beheim. Es sagen auch herdogen vnd der wagenpurgmeister, das itzunt ein tag sein soll in den pfingstfeyern zu Prag, dahin alle die komen sollen, die dem Girsig noch vnderthenig sein, doselbst alle sein vnderthanen die richtung zusagen vnd dem hindergang vff die echt hirnach gezeichnet globen werden. So ist die heimlich richtung zwischen beder konig, wie man sprechen wurd, das woll euer liebe in grosser geheim halten, dann es vns nicht docht, das es aus solt komen vnserhalb. Item der konig soll durch die echt gesprochen werden zu erbkonig, so sollen die echt dagegen hinwider sprechen, das der Girsig mit allen seinem teil sich sollen halten nach ordnung der cristlichen kirchen vnd das alles soll vorwilligt, bestetigt vnd versorgt werden von allen teilen, der darzu notturfftig ist, das es gehalten wird. Item der Bischoue von Gran, der Bischoue von Olmütz, der von Sternberg, der von Swanberg, der Hafernburg, der von Rabenstein, der von Golitz vnd her Albrecht Costa, das sind die echt, dauon vorgemeldet ist, vnd darauff sollen der konig vnd auch die herren, so sie heymkomen, den frid auszschreiben vnd handelen vnd wandelen allgeregert daruff wider miteinander.“ Quelle: Riedel 3,1, Nr. 83, S. 94.

Am 17. Juni 1469 war Friedrich II. vom oben erwähnten Besuch bei König Matthias wieder zurück. Noch an diesem Tag schickte er Albrecht einen Brief, in dem der Ablauf des Breslauer Treffens geschildert wurde. Er sei am Mittwoch vor Fronleichnam, dem 31. Mai, bei Matthias gewesen. Am Tag vorher habe diesem der schlesische Adel gehuldigt. Matthias habe ihm auch ein formales Bündnisangebot unterbreitet. Auch die beiden Legaten, Rudolf von Breslau und Lorenzo Rovarella, die anwesend gewesen seien, hätten ihn zu dem Bündnis aufgefordert. Und auch der kaiserliche Rat Johannes Rot, der Bischof von Lavant, habe dieses Angebot unterstützt. Er habe aber abgelehnt und gesagt, er müsse sich erst mit seinem Bruder Albrecht beraten. Matthias sei wegen der Verzögerung zwar ungnädig gewesen, doch habe er, Friedrich, sich mit Alter und Kinderlosigkeit entschuldigt und auf Albrecht als den zukünftigen Kurfürsten verwiesen. Deshalb sei das Bündnisangebot auf Albrecht ausgedehnt worden, so Friedrich II. <sup>(1)</sup>

Albrecht antwortete seinem Bruder am 1. Juli 1469 aus Cadolzburg und schrieb über weitere Informationen die ihm zugegangen seien. Podiebrads Rat Span sei noch einmal hier gewesen und habe dabei von Podiebrads Verbindungsaufnahme zu Polen erzählt. Der König habe seinen Sohn Victorin von Münsterberg und Räte zu König Kasimir nach Polen geschickt, um ein Bündnis zu schmieden. Span sei auch in Frankreich gewesen und habe dort mit König Ludwig XI. und Herzog Karl von Burgund konferiert. Die Böhmen, gab Albrecht seiner Vermutung Ausdruck, würden sich wohl mit beiden Mächten im Westen gut stellen wollen. <sup>(2)</sup>

Albrecht hatte nun ausführliche Informationen, wiederum von beiden Konfliktparteien, und er zog daraus Schlüsse, die uns bekannt sind, weil er sie seinem Brief an Friedrich anvertraute. Man solle vor allem vorsichtig sein, schrieb Albrecht. Bevor man ein Bündnis mit Ungarn eingehe, müsse man abwarten, wie die Verhandlungen zwischen Polen und Böhmen ausgingen. Außerdem sei Herzog Albrecht von Sachsen gerade in Wien beim Kaiser und der Herzog wolle auf dem Rückweg noch einmal bei ihm vorbeikommen und berichten, wie sich der Kaiser und Podiebrad, die zur Zeit im Streit lägen, arrangiert hätten. Die Quintessenz der ihm zugegangenen Informationen fasste Albrecht im Brief an Friedrich folgendermaßen zusammen: „*Nach dem allem hat man sich zu richten.*“ Albrecht Achilles stürmte also nicht los, sondern er riet zur Besonnenheit und zur genauen Analyse der zu erwartenden Nachrichten.

Ein weiterer wichtiger Berater Podiebrads, Georg von Stein, reiste im Januar 1470 nach Hof und Kulmbach, um dort dem Vertreter Albrechts unter anderem über Pläne zu berichten, die der Herzog von Burgund betreibe, um sich zum Römischen König zu machen. Außerdem überbrachte Stein einen neuen Bündnisplan Podiebrads. Auch die Ergebnisse von Absprachen zwischen Podiebrad und Matthias von Ungarn erfuhr Albrecht auf diesem Weg. Der Landschreiber auf dem Gebirge hatte die mündlichen Vorträge Steins aufgezeichnet und sie dann weiter nach Ansbach gesandt. <sup>(3)</sup>

Die Ehe Ursulas von Brandenburg mit Podiebrads Sohn Heinrich von Münsterberg zahlte sich – nimmt man Informationen als Kriterium – das erste Mal nachweisbar aus, als der Herzog am 2. Oktober 1470 Albrecht einen längeren Brief schrieb, in dem er über den Verlauf des Krieges zwischen König Georg und Matthias von Ungarn berichtete. Albrecht seinerseits hatte die Podiebrad-Seite über Kontaktversuche der Ungarn im Reich informiert, in denen die Siege Matthias‘ herausgestellt worden waren und bekam nun in der Antwort den Verlauf des Geschehens aus Sicht der Familie Podiebrad geschildert. Ein Auszug aus der Schilderung mag genügen: „*Ober das ewer gnad dieser lewft aller die warheit erfinde. So geruchet zu wissen, als yeczundt in der nehesten vergangen vasten vnser lieber herre vnd vater der konig von*

<sup>1</sup> Höfler 1, Nr. 93, S. 191 ff.; Riedel 3,1, Nr. 360, S. 507.

<sup>2</sup> Höfler 1, Nr. 94, S. 195 ff.; Riedel 3,1, Nr. 361, S. 509 ff.

<sup>3</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Böhmen, Fasz. 2, fol. 31 f.; FRA, II, 20, Nr. 508, S. 616 ff. Priebatsch 1, Nr. 12., S. 105 f. Siehe Kapitel 3.3.

*Behmen ein hereszug mit einer wagenpurgk gein Merhern zu rettung der stat Redisch, darumb der konig von Vngern basteyen gemacht hett, geschicket hatt, das dasselb volk die stat Redisch mit speisz versorgten, vnd czogen weitter hinab an die vngerische grenicz an das wasser Maye genant, vnd beschedigten sie mit prant und name.“* <sup>(1)</sup> Diese und auch die anderen Schilderung zeigten dem erfahrenen Kriegsmann Albrecht, dass der Krieg sich auf böhmischen Boden abspielte und die „Siege“ des Königs darin bestanden, halbe Abwehrrfolge zu erzielen, zum Beispiel eine belagerte Stadt mit Lebensmitteln zu versorgen, beziehungsweise Gebiete des Gegners auszuplündern. Eine definitive Entscheidung der Waffen war nicht abzusehen. Wieder zeigt es sich, dass Albrecht auch Informationen über die Partei König Matthias<sup>1</sup> bekommen hatte und daher nicht nur auf die Nachrichten seiner Verbündeten und Verwandten angewiesen war.

Einer der wichtigsten Berater des Böhmenkönigs Georg von Podiebrad, der bedeutende Theologe Gregor von Heimburg <sup>(2)</sup>, stand ebenfalls in häufigem Briefkontakt mit Albrecht und informierte den deutschen Fürsten darin immer wieder über die böhmischen Verhältnisse. Natürlich waren diese Nachrichten sehr stark aus der Sicht der Podiebrad-Partei gefärbt.

In einem Schreiben vom 27. Februar 1471 schickte Gregor von Heimburg die Nachricht, dass der ultraquistische Erzbischof Rozkycana von Prag vor fünf Tagen gestorben sei. Auch hätten Verhandlungen mit einer polnischen Delegation begonnen. Der böhmische Adelige Schenk von Sternberg sei auf die Seite Podiebrads zurückgekehrt. Die Exkommunikation Podiebrads und damit auch der auf diesen Spruch aufbauende Kirchenbann gegen Albrecht solle bald aufgehoben werden. Kaiser Friedrich III. mache sich in dieser Richtung stark, ohne dass die beiden Legaten, Rovarella und der neu im Reich weilende Francesco Piccolomini, davon etwas erfahren hätten. <sup>(3)</sup> Heimburg meinte dann noch, dass Albrecht einen Teil dieser Informationen sicherlich schon durch den Boten „Mertem“, also veranlasst durch Heinrich von Münsterberg, erfahren habe. Das deutet wieder darauf hin, dass kurz vorher bereits weitere Informationen aus Prag nach Ansbach gekommen waren und somit Albrecht wieder zwei Quellen zur Verfügung standen.

Gerade die Nachricht vom Versuch direkter Verhandlungen zwischen Podiebrad und dem Papst unter Ausschaltung der Legaten – vermittelt durch Kaiser Friedrich III. – könnte Albrecht glaubhaft erschienen sein. Denn er selbst hatte ein halbes Jahr vorher selbst versucht, mit dem Papst direkt in Kontakt zu treten und so vom Bann gelöst zu werden. Diesem Versuch war allerdings kein Erfolg beschieden. Die Nachricht über diesen Misserfolg ließ Albrecht am 21. März 1471 dann auch durch Peter Knorre an Heimburg übermitteln. <sup>(4)</sup>

Über eine Nachricht vom Tod des Königs Georg von Böhmen am 22. März 1471 direkt an Albrecht Achilles erfahren wir nichts aus den Quellen. Es existiert allerdings ein Brief vom 26. März, den Jakob von Heimburg, Sohn des böhmischen Rates Gregor von Heimburg, an Schinagel, den markgräflichen Kastner von Castell, schickte. „... *für neue zeitung weiß ich dir nit zu schreiben, dann das der almechtig got unsern kungk am nesten freitag vor dato diez brifs von dieser welt geruffen hat, den man dann samstag und suntag darnach öffentlich in seinem kungklichen hofe gezeigt und gelasen und darnach uf den montag zirlich und mit großen eren und clage aller leut alhie, beides wesens, loblich begraben und begangen worden uf sant Wencles perg nach siten und gewanheiten der forverfahren, kunge zu Beheimen. Und der erber rat zu Prage haben alle ding so ordenlich und wol bestalt, das idermann an alle*

<sup>1</sup> FRA, II, 20, Nr. 526, S. 635 ff.; Priebatsch 1, Nr. 100, S. 181 f.

<sup>2</sup> Die wichtigsten Lebensstationen des bedeutenden Gelehrten des 15. Jahrhunderts sind zusammengefasst in Band 11, der ADB, S. 327 ff. Dort ist auch auf die ältere Literatur zu Heimburg verwiesen. Eine sehr konzentrierte Darstellung findet sich auch in NDB, Band 8, S. 274 f. Eine Biographie liegt aus der Feder von J. Joachimsohn aus dem Jahr 1891 mit dem Titel Gregor von Heimburg vor. Sein Briefwechsel mit Albrecht Achilles aus den Jahren 1468/70 ist von Höfler, Das kaiserliche Buch des Markgrafen Albrecht Achilles 1440/70, auf den Seiten 197 ff. publiziert.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 137, S. 216.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 154, S. 228 ff.

*sorg und beswerung aller ufrur, in seinem stand sein wesen wol erberlich hat halten mogen, so ist mein her herzog Heinrich under den reten und handelern des lands vorgeher. Ich bin in hoffnung, es wird alles gut. Damit bewar dich got. Datum uf dinstag nach unser lieben frauen tag LXXI.*“<sup>(1)</sup> Es ist davon auszugehen, dass Schinagel seinen Fürsten unverzüglich über den Tod des Böhmenkönigs informiert hatte. Allerdings gibt es auch darüber keinen Quellennachweis.<sup>(2)</sup>

Die Nachricht Heimburgs, setzen wir voraus, dass sie dem Kurfürsten in dieser Form weitervermittelt wurde, informierte Albrecht nicht nur über den Tod des Böhmenkönigs, sondern auch darüber, dass zumindest in den Augen des Informanten die Lage in Prag ruhig sei. Zwischen den Zeilen ist aber herauszulesen, dass die Angst vor Unruhen mitschwang. Schon deshalb, weil, wie Heimburg schrieb, die Trauer auf den utraquistischen Teil der Bevölkerung beschränkt blieb. „*Alle leut alhie, beides wesens*“, lautete die entsprechende Formulierung. Heinrich von Münsterberg habe eine entscheidende Rolle in der vorläufigen Regentschaft übernommen, so eine weitere wichtige Komponente der Nachricht, die für Albrecht sicher auch von Belang war.

Der Weg von Prag nach Castell<sup>(3)</sup>, östlich Kitzingen gelegen, und von dort mit der Meldung weiter nach Ansbach dürfte für den Boten sicher mindestens eine Woche gedauert haben, wenn wir andere Kurierreisen zwischen Böhmen und Franken zum Vergleich heranziehen.<sup>(4)</sup> Gehen wir nun davon aus, dass Albrecht Achilles erst Anfang April vom Tod Georgs von Podiebrad erfahren hatte, so zeigt sich, dass sich der Fürst daraufhin zügig ans Werk machte. Er setzte eine dreiköpfige Delegation nach Böhmen in Marsch, die einem Bericht des sächsischen Rates Matthias Schlick zufolge um die Mitte des Monats April in Prag eintraf. Bei den Gesandten handelte es sich um Hans von Sparneck, Sebastian von Wallenrode und Bernhard Vitzthum.<sup>(5)</sup> Ihr erster überlieferter Bericht an Albrecht ist datiert vom 27. April

<sup>1</sup> Gregor von Heimburg, der zusammen mit Podiebrad und anderen böhmischen Großen im Bann stand, hatte mit Albrechts Erlaubnis seine Frau in den Herrschaftsbereich des Zollernfürsten geschickt, wo sie im Haus des Kastners von Castell Zuflucht erhielt. Es sind mehrere Briefkontakte zwischen Schinagel und Prag verzeichnet. Der gelehrte Rat hatte in den vorangegangenen Jahren einen guten Kontakt zu Albrecht aufgebaut und brachte seine Frau deshalb in Franken in Sicherheit. Es ist daran zu erinnern, dass Albrecht selbst durch seine Böhmen freundlich gesonnene Politik seit 1467 im Bann stand. Quellen: Priebatsch 1, Nr. 154, S. 228 f. und Priebatsch 1, Nr. 155, S. 230.

<sup>2</sup> Heimburg schrieb am Tag nach der Beisetzung des Königs, was Pietät verrät, aber nicht den Wunsch, die Nachricht so schnell wie möglich zu verbreiten. Das war allerdings auch nicht seine Aufgabe. Sicherlich hätte man erwartet, Albrechts böhmischer Hauptverbündeter und Schwiegersohn Heinrich von Münsterberg, würde den Tod des Vaters und Königs melden. Doch der nächste überlieferte Kontakt zwischen Albrecht und Münsterberg stammt erst aus dem Sommer.

<sup>3</sup> Der Ort Castell im heutigen Unterfranken liegt rund 15 Kilometer östlich von Kitzingen. 1388 gelangte ein Teil der Besitzungen des Grafenhauses von Castell in den Besitz der Nürnberger Burggrafen. Klaus Crows, genannt Schinagel, der auch als Truppenführer für Albrecht Achilles kämpfte, amtierte dort in den 70er Jahren des 15. Jahrhunderts nachweislich als Kastner und damit Amtsträger Albrechts. Priebatsch vermutet in einer Fußnote, das mit dem Ort Castell der heute Kastl genannte Flecken, rund vier Kilometer südlich der heutigen oberpfälzischen Kreisstadt Kemnath gemeint sein könnte. Doch dieses Gebiet gehörte seit dem 13. Jahrhundert mit einer kurzen Unterbrechung Mitte des 14. Jahrhunderts, als es ein Teil des von Karl IV. geschaffenen Neuböhmen wurde, zu den pfälzischen Besitzungen der Wittelsbacher. Nur drei Orte in der Nähe von Kemnath hatten Bezug zu den zollerischen Besitzungen. Das waren der Markt Erbdorf und die Orte Burgrub und Trautenberg, die aber alle ganz im Osten des heutigen Landkreises Kemnath und damit weit entfernt vom Flecken Kastl liegen. Siehe dazu Die Kunstdenkmäler von Bayern, Regierungsbezirk Oberpfalz und Regensburg, Band X, Bezirksamt Kemnath; 1907, Neudruck München, 1982; S. 5 f. Dort sind die entsprechenden Quellen aufgelistet. Eine Beziehung hin zu dem Ort Kastl oder gar die Existenz einer markgräflichen Verwaltung ist nirgends bezeugt, so dass die Vermutung Priebatsch' nicht stichhaltig erscheint.

<sup>4</sup> Die Reisstrecke von Prag über Eger nach Castell beträgt ungefähr 360 Kilometer. Schaffte der Bote 50 Kilometer am Tag, konnte er rund acht Tage nach seinem Aufbruch in der böhmischen Hauptstadt in dem fränkischen Ort sein.

<sup>5</sup> „*Auch geruch ew furstli. Gnad zu wissen, das als hewt, mittwoche nach Palmarum* (10. April; d. Verf.), *zu mir komen sind gen Hirtenberg* (Ort bei Falkenau an der Eger; d. Verf.) *meins gned. Herrn margraven Albrechts*

1471. Ihre Informationen hätten sie von Gewährsleuten bekommen, die der „*Behemischen Sprach*“ mächtig seien, schrieben sie. Sie und die Gesandten Wilhelms von Sachsen seien zum Bleiben aufgefordert worden, bis Nachrichten aus der Stadt Polna kommen würden, wo ein Landtag stattfinde, der von der utoquistischen und der katholischen Seite beschickt worden sei. Die drei Räte gaben zusätzlich zur Schilderung der Lage auch ihre Einschätzung wieder, dass sich die Böhmen dort nicht einigen würden. Die „*gemayn red*“ sei, dass der Ungarnkönig zu den Waffen greifen und die polnische Seite dagegen halten werde. Ihre Einschätzung war: Niemand wisse, wie es weitergehen werde. <sup>(1)</sup>

Ein undatiertes Schreiben, das allem Anschein nach ebenfalls am oder kurz nach dem 10. April verfasst wurde, ergänzte die Schilderungen der Räte. Die drei Gesandten schrieben, dass just als das erste Schreiben schon verschlossen und versiegelt gewesen sei, ein polnischer Gesandter in die Herberge gekommen sei und ihnen eine ausführliche Darstellung der Lage aus polnischer Sicht gegeben habe, die sie nun Albrecht referieren würden. Nebenbei erfuhr der Kurfürst, dass neben seinen und den sächsischen Gesandten auch Räte des Wittelsbacher Pfalzgrafen Ottos von Neumarkt, der Landgrafen von Hessen und des Grafen von Württemberg anwesend seien.

Der polnische Gesandte, ein „*ritter*“, habe berichtet, dass sowohl König Kasimir als auch Prinz Ladislaus, der böhmische Thronprätendent, in Litauen vom Tod Podiebrads erfahren hätten, ging der Bericht der Brandenburger Räte weiter. Sie seien unverzüglich nach Krakau gereist, um dort einen Reichstag einzuberufen. Kasimir habe an den Papst geschrieben, um bei der Besetzung des böhmischen Königsthrons einen Aufschub zu erwirken, damit das Königreich nicht an Fremde gehe. Der Gesandte habe dann noch die Gemeinsamkeiten zwischen Polen und Böhmen betont, „*Windisch und Behemisch in dem anbegynne ein gezung gewest*“, und versichert, dass Polen mit aller Kraft gegen die Ungarn und andere Gegner in Böhmen vorgehen werde. Man habe bereits Herzog Victorin von Münsterberg, Podiebrads Sohn, aus ungarischer Gefangenschaft ausgelöst.

Nach Auskunft der Räte Albrechts verständigten sich die Gesandten der deutschen Fürsten auf eine gemeinsame Antwort, deren Inhalt der Appell zum Frieden gewesen sei und die Anregung, einen weiteren Landtag einzuberufen, um eine eintrachtige Wahl zu ermöglichen. Der polnische Gesandte solle sich dorthin begeben und für Prinz Ladislaus werben, da der Landtag von Polna ja ergebnislos verlaufen sei. <sup>(2)</sup>

Im ersten Brief der Räte war das Scheitern des Landtages lediglich als Möglichkeit betrachtet worden. Jetzt ließen die Räte durchblicken, dass das Treffen schon als gescheitert gelten musste. In der kurzen Zeitspanne seit dem Verfassen des ersten Briefes und dem Erscheinen des polnischen Gesandten muss sich die Nachrichtenlage wohl geändert haben, was Albrecht nun ebenfalls erfuhr.

Die beiden Grundaussagen der Informationen sind klar: Die polnische Seite machte Ernst mit dem Anspruch auf die böhmische Krone – ihr Gegner Corvinus war bereits 1469 gegen Podiebrad zum König von Böhmen gewählt worden – und die Stände konnten sich nicht auf einen friedlichen Ausgleich einigen, was Konflikte programmierte. Am 27. Mai 1471 wählte die utoquistische Partei Ladislaus in Kuttenberg dann zum König von Böhmen. <sup>(3)</sup> Die Krönung erfolgte am 22. August desselben Jahres. Wieder gab es in Böhmen zwei Könige und der Thronkampf ging weiter.

Die erste nachweisbare Reaktion Albrechts auf die Verschärfung der Spannungen in Böhmen und die Wahl Ladislaus‘ war die Entsendung einer weiteren Gesandtschaft nach Prag.

---

rette, mit nomen Hanns von Sparneck und ein Wallenroder, und auch herr Bernhart Viczthum, die ich geleitten hab lassen und reyten gein Prag.“ Quelle: FRA II, 46, Nr. 212, 144.

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 173, S. 246 f.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 174, S. 247 ff.

<sup>3</sup> Palacky, Geschichte Böhmens, a.a.O., Band 5,1, S. 32 ff. Auch Herzog Albrecht von Sachsen machte sich Hoffnungen auf den böhmischen Königsthron und folgte damit den Spuren seines Onkels Wilhelm. Doch wieder mussten die Wettiner zurückstecken, weil ihnen die nötige Unterstützung fehlte.

Albrecht informierte darüber Graf Ulrich von Württemberg in einem Schreiben vom 8. September. Doch die Gesandtschaft war offenkundig schon viel früher aufgebrochen, wie man aus der Formulierung in Albrechts Schreiben an den Grafen erkennen kann. Ulrich hatte sich in einem Schreiben an Albrecht nämlich nach seinem Hofmeister Georg von Absberg erkundigt, dessen juristische und auch diplomatische Dienste sich Brandenburg und Württemberg teilten und der als Gesandter Ulrichs auf dem Regensburger Reichstag weilte. Albrecht setzte den Grafen nun davon in Kenntnis, dass Absberg von Regensburg aus zur Krönung des Ladislaus nach Prag geritten sei. Absberg habe sich den brandenburgischen Räten angeschlossen, die er zu Verhandlungen mit dem jungen König nach Böhmen geschickt habe. Infolge der Verzögerungen bei der Krönung müsse sich Absberg länger in Prag aufhalten, werde aber bald kommen, so Albrecht. <sup>(1)</sup>

Diese Quelle zeigt uns, dass die auf dem Regensburger Reichstag versammelten Fürsten – und damit auch Albrecht Achilles – über die Vorgänge in Böhmen auf dem Laufenden gehalten wurden. Ein genaues Datum, wann die Wahl, beziehungsweise die Krönung Ladislaus‘ in Regensburg bekannt geworden war, ist nicht überliefert. Das früheste Dokument, das auf dem Reichstag entstanden ist und das die Wahl des polnischen Prinzen verzeichnete, ist ein Brief des Kölner Notars und Gesandten Hermann Ysvogel an seine Heimatstadt vom 14. Juni, also mehr als zwei Wochen nach dem Ereignis. <sup>(2)</sup> Vermutlich dürfte die Nachricht kurz vorher in der Donaustadt angekommen sein. Briefe Albrechts um diese Zeit, die diplomatische Aktivitäten nachweisen könnten, fehlen. Albrecht schickte, das wird aus dem Schreiben an Ulrich von Württemberg deutlich, als politische Reaktion eine weitere Gesandtschaft nach Prag.

Ergänzt wurde die Berichterstattung über den Konflikt zwischen Polen und Ungarn um die böhmische Krone durch ein Schreiben des böhmischen Kanzlers Jobst von Einsiedel am 9. Oktober 1471 aus Prag. Das Schreiben meldete ohne Einzelheiten mitzuteilen, dass polnische Truppen unter dem Befehl des Prinzen Kasimir in Ungarn einmarschiert seien. Am 27. Januar 1472 berichtete Münsterberg ebenfalls nur sehr allgemein über den Fortgang des Krieges. Prinz Kasimir habe Burgen besetzt und Matthias rücke jetzt gegen ihn vor. Die Sache des Polenkönigs stände „*bas wen des koniges von Ungern*“, so die nicht sehr erhellende Zusammenfassung. <sup>(3)</sup>

Die Verhandlungen der böhmischen Thronprätendenten mit anderen Reichsfürsten, bei denen sie Unterstützung suchten, hielt die Diplomatie im Sommer 1472 in Atem. Vor allem die unmittelbaren Nachbarfürstentümer, die Häuser der Zöllern, Wettiner und Wittelsbacher, waren begehrte Gesprächspartner. Albrecht und die drei Herren des Hauses Wettin, Kurfürst Ernst, sein Bruder Herzog Albrecht und deren Onkel, Herzog Wilhelm III. von Sachsen-Weimar, versuchten ihre Politik untereinander abzusprechen. Dazu schickte Kurfürst Albrecht im Juni 1472 Lorenz von Schaumburg und Johannes Spet zu Verhandlungen nach Sachsen. Zuerst trafen sich die brandenburgischen Räte mit Wilhelm in Rosla und reisten dann zusammen mit dem Fürsten nach Zerbst zum Kurfürsten von Sachsen und dessen Bruder, um sich schließlich am 25. Juni in Freiberg mit den Gesandten König Matthias‘ zu treffen. Albrecht erfuhr von diesem komplizierten Prozedere durch ein Schreiben der Räte vom 10.

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 732, fol. 61; Priebatsch 1, Nr. 220, S. 274.

<sup>2</sup> „... *ind ouch, dat die ketzer zo Bemen des koeninxs sun von Polandt mit namen Laslaw vur einen koenignk zo Bemen gekoiren haven in einre stat gnant zor Kутten, ...*“ Quelle: RTA I, 22, 2, S. 505, Zeilen 6 ff.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 281, S. 315 f. Mit „*bas*“ ist in diesem Zusammenhang gut oder trefflich gemeint und die Aussage entsprach damit nicht den Realitäten. Denn der Einmarsch der polnischen Truppen schlug trotz innenpolitischer Schwierigkeiten Matthias‘ in Ungarn fehl. Die Polen wurden geschlagen und mussten sich bald wieder zurückziehen. Am 8. März 1472 kam es zu einem Waffenstillstand, der durch einen vorläufigen Friedensschluss zwischen Ladislaus und Matthias am 31. Mai 1472 ergänzt wurde. Beide Waffenstillstände waren bis zum Sommer 1473 befristet.

Juni. Den Inhalt der Gespräche, so wurde ihm beschieden, bekäme er nach der Rückkehr der Räte von den Verhandlungen mit Ungarn persönlich mitgeteilt. <sup>(1)</sup>

Doch bei aller Abgestimmtheit der zollerischen und wettinischen Position gingen die beiden Kurhäuser auch eigene Wege. Albrecht hatte erfahren, dass Kurfürst Ernst auch mit Ladislaus Gespräche führte. Dies teilte der Fürst seinen in Sachsen tätigen Gesandten mit: „ ... *hat uns in geheim Steinbach gesagt, den wollet nit melden.*“ <sup>(2)</sup>

Ladislaus, der sich bei der Wahl 1471 gegen Albrecht von Sachsen durchgesetzt hatte, wolle aber erst die Zerbster Gespräche zwischen Sachsen, Brandenburg und Ungarn abwarten, bevor man zu ernsthaften Verhandlungen schreite, so die Nachricht aus dem inneren Zirkel des Böhmenkönigs Ladislaus. Diese Information gab Albrecht – wie es scheint sofort, nachdem er sie bekommen hatte – an seine Gesandten weiter, damit sie diese bei ihrem Vorgehen mit ins Kalkül ziehen konnten. Albrecht hatte auch vom ungarischen Verhandlungsführer Georg von Stein Nachricht erhalten, dass sich dessen Delegation etwas verspäten werde. Auch diese organisatorische Nachricht gab Albrecht postwendend an seine Gesandten weiter. Die zusätzlichen Informationen, die Albrecht wieder erhielt, ermöglichten ihm die Kontrolle seiner Verbündeten.

Der Dauerkonflikt um die Krone Böhmens führte im Herbst 1474 wieder zu militärischen Auseinandersetzungen. Das war zu einer Zeit, als Albrecht in Franken seine Vorbereitungen für die Teilnahme am Reichskrieg gegen Burgund betrieb und bald an den Rhein reisen wollte. Der Brandenburger Kanzler Sesselmann informierte Albrecht in einem Schreiben vom 12. November 1474 in groben Zügen über die militärische Situation im Kriegsgebiet: König Kasimir von Polen liege vor Breslau, König Ladislaus belagere die schlesische Stadt Schweidnitz. Als Gegenschlag hätte der mit Matthias von Ungarn verbündete Herzog Friedrich von Liegnitz die polnische Stadt Meseritz angegriffen. Er habe noch nicht gehört, dass die belagerten Städte genommen seien. Die Truppen würden nur die jeweiligen Weichbilder verwüsten. <sup>(3)</sup> Diese Schilderung Sesselmanns gab die Situation treffend wieder, denn die polnische Seite konnte an keiner Front Matthias erfolgreich bekämpfen, so dass beide Seiten schließlich einem erneuten Waffenstillstand zustimmten, der auch politische Abmachungen zum Inhalt hatte: Ladislaus sollte das böhmische Kernland beherrschen, Matthias bekam die Kontrolle über die Nebenländer der Krone Böhmens, Mähren, Schlesien und die Lausitz. <sup>(4)</sup> Die Situation beruhigte sich und Informationen an Albrecht für die kommenden zwei Jahre sucht man dann auch vergeblich.

Intensiviert wird das Interesse Albrechts an den böhmischen Angelegenheiten wieder ab dem Jahr 1476, als er und das Kurfürstentum Brandenburg begannen, konkrete territoriale Interessen zu verfechten. Am 11. Oktober 1472 hatte die damals achtjährige Barbara von Brandenburg den kränkelnden und kinderlosen Herzog Heinrich XI. von Glogau heiraten müssen. Nachdem dieser am 22. Februar 1476 gestorben war, trat der zuvor geschlossene Erbvertrag in Kraft und das schlesische Kleinherzogtum fiel an Brandenburg. Mit Johann von Sagan, einem Neffen des verstorbenen Herzogs, trat aber ein Widersacher auf den Plan, der sich Rückhalt bei Matthias von Ungarn verschaffen konnte, während Albrecht auf der Seite des zweiten Böhmenkönigs, Ladislaus Jagiello, stand. Albrecht schloss sogar ein Ehebündnis mit dem jungen Böhmenkönig, der sich mit der Erbin Glogaus Barbara verheiraten sollte. Der

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 391, S. 402 f. Siehe die näheren Ausführungen in Kapitel 3.1.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 392, S. 404. Hans von Steinbach, der hier als Informant genannt wurde, stand des öfteren im Kontakt mit Albrecht Achilles. Nachgewiesen sind Briefwechsel und Besuche für die Jahre 1470 und 1472 sowie für den August des Jahres 1473. Er war auch zweimal als Gesandter Albrechts in Böhmen.

<sup>3</sup> FRA II, 46, Nr. 301, S. 312; Priebatsch 1, Nr. 973, S. 745. Die Nachricht von der Besetzung der Stadt Meseritz ging Albrecht noch ein zweites Mal zu, als ihm sein Sohn Johann zwei Tage später einen Brief schrieb, der den Fall ebenfalls behandelte.

<sup>4</sup> Siehe Nehring, a.a.O.

Kampf um die böhmische Krone fand so eine Fortsetzung auf niedrigerem Niveau in den Kämpfen um die nordschlesische Herrschaft. <sup>(1)</sup>

In den kommenden sechs Jahren mühte sich die Politik Albrechts darum, das Glogauer Erbe zu sichern. Dabei sah man ihn meistens auf der Seite des Ladislaus. Erst als Albrecht merkte, dass die Herrschaft in Schlesien so nicht zu halten war, bemühte er sich um einen Ausgleich mit Matthias, ohne seine Beziehungen zu König Ladislaus gänzlich preiszugeben. Albrecht betrieb eine Schaukelpolitik, die großen Aufwand erforderte und im Endeffekt kaum Gewinn brachte. Richtige und zügige Informationen waren für Albrecht aber unabdingbar, um die verschiedenen Orte und Ebenen der Handlung zu überblicken und einigermaßen handlungsfähig zu bleiben. <sup>(2)</sup>

Die Nachrichten aus Böhmen und Schlesien, die im Rahmen der Auseinandersetzung um das Glogauer Erbe im wesentlichen von dort ansässigen Vertrauensleuten stammten, bildeten einen wichtigen Teil der Informationen, die Albrecht für die Auseinandersetzung um das schlesische Herzogtum und im Streit um die Heirat seiner Tochter Barbara brauchte. Das Machtzentrum des Königs Matthias war weit entfernt, denn der Corvine residierte in Budapest, Preßburg oder Olmütz in Mähren. Um von dort zu erfahren, wie die Lage sich darstellte, musste Albrecht Gesandtschaften einsetzen, die bei ihren Reisen in den Machtbereich des Corvinen die Lage erkundeten, schriftliche Nachrichten mit Boten schickten und nach ihrer Rückkehr den Fürsten mündlich unterrichteten. Der Nachrichtenfluss aus den drei Regionen, die für Albrechts Politik im Glogauer Erbstreit entscheidend waren, Schlesien, Böhmen und Ungarn, muss für diesen Zeitraum deshalb zusammen untersucht werden. Es ist dabei vor allem die Frage zu stellen, ob es Albrecht Achilles gelang, sich ausreichend Nachrichten zu verschaffen, sowie die Informationen aus den verschiedenen Gegenden und Quellen verarbeiten und gegebenenfalls die entsprechenden Konsequenzen ziehen zu können.

Die Nachricht über den unmittelbar bevorstehenden Tod Herzog Heinrichs von Glogau ging den Brandenburgern sehr zügig zu. Markgraf Johann meldete seinem Vater mit Schreiben vom 22. Februar 1476, dem Donnerstag Cathedra Petri, aus Cölln, dass der Frankfurter Arzt Hans Maurer, der Heinrich von Glogau behandle, gemäß seiner Verpflichtung gegenüber der Herrschaft den Vogt von Cottbus, Sigmund von Rotenberg, heimlich habe wissen lassen, dass der Herzog nur noch bis zum kommenden Montag, das wäre der 26. Februar gewesen, zu leben habe. Der Vogt selbst, der eigens nach Schlesien entsandt worden sei, sei offiziell nicht vorgelassen worden, als er sich über den Zustand des Sterbenden hätte erkundigen wollen. Rotenberg habe aber schon die herzoglichen Burgen im Namen der Ehefrau Heinrichs, Markgräfin Barbara, besetzen lassen und Nachrichten nach Cölln geschickt. Er, Johann, werde weitere Truppen schicken. Albrecht solle sich mit dem König von Böhmen in Verbindung setzen, um das Erbe rechtlich zu sichern. Johann führte weiter aus, dass keine Zeit sei, von hier aus in Prag um eine Belehnung anzuhalten, Albrecht solle deshalb von Ansbach aus eine Gesandtschaft zu König Ladislaus schicken. <sup>(3)</sup>

Die Information, die die Regierung Johanns durch Bestechung oder Druck erhalten hatte, löste bei den Brandenburgern sofort Aktivitäten aus. Da Rotenberg keine offizielle Auskunft erhielt, holte er sich die Nachrichten über andere Kanäle. Dass der Arzt mit seiner Diagnose nicht völlig falsch lag, zeigt das Todesdatum des Herzogs, der 23. Februar 1476. Das war bereits ein Tag nachdem das Schreiben Johanns auf den Weg gebracht worden war.

<sup>1</sup> Siehe die Schilderung in der biographischen Skizze.

<sup>2</sup> Der Ehevertrag zwischen Albrecht und Heinrich von Glogau datiert vom Donnerstag nach Sankt Kilian des Jahres 1472. Quelle: Raumer, Codex II, Nr. 6, S. 6 ff. Die beste Darstellung des Konfliktverlaufs um das Glogauer Erbe hinterließ der Albrecht-Fachmann Friedrich Priebatsch, Der Glogauer Erbfolgestreit; In: Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertums Schlesiens; Band 33; 1899; S. 67 – 106.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 189, S. 202 ff.

Allerdings wird in diesem Fall auch klar, dass nicht nur die Brandenburger gute Informanten hatten. Denn es war ihr Gegenspieler, Herzog Johann von Sagan, der den Landständen schon kurz nach dem Ableben seines Onkels diesen Umstand mitteilte. Aus dieser Tatsache ist zu folgern, dass sich auch der Herzog sehr zeitig informiert hatte.

Albrecht Achilles reiste im März 1476 nach Brandenburg und kam nach Aufhalten in Sachsen gegen Ende des Monats in Cölln an. Eine seiner ersten Regierungshandlungen in Cölln war es, eine Gesandtschaft zu König Ladislaus zu schicken. Die Credenz und die Fertigung des Gesandten Albrecht Clitzing trägt das Datum vom 31. März. In der Beauftragung Clitzings wurde dargelegt, dass dieser sich um die Belehnung mit Glogau kümmern solle. Es wird aber auch erwähnt, dass König Matthias sich mittels einer Gesandtschaft bereits an Albrecht gewandt und seinerseits angeboten hatte, die Belehnung zu erteilen. Die entscheidenden Stellen der Fertigung lauten: *„Item ein credenz und daruf unser freuntlich dienste sagen. Item die werbung zu verneuen, wie vor gescheen ist und mag dieselb meinung erlangt werden, des will sich mein herr costen lassen ain guldin, tausend oder funfzehnhundert. item ob man das nicht erlangen mocht, das man dann vleys ankere, unser tochter, ir und irer freuntschaft, ir vermechnus, heimsteuer, widerlegung und morgengabe zu bestettigen, und ob das ein guldin VI c, VIII c oder M guldin gestunde, last mein herr gescheen. Der dritte weg, das man bestettige dem freulein ir morgengab, heimsteuer, widerlegung und vermechnus, ob das III c, IIII c oder V c gulden costet, der jedes habt macht. Item ob es alles nicht wollt sein, so sprecht, so entgült mein gnediger herr seiner guttat, sein tochterman hat ims gern von dem konig von Hungern geschickt, er wollte es aber von im nicht haben, sonder von euch.“*<sup>(1)</sup>

Drei Punkte sind in dieser Fertigung zu beachten. Albrecht wollte sich den Besitz Glogaus schnell und auf alle Fälle sichern, selbst wenn es viel Geld kosten sollte und er ließ die sanfte Drohung einfließen, dass es auch noch einen zweiten böhmischen König gebe. Man agierte mit Zuckerbrot (Geld) und Peitsche (Drohung mit Gegenkönig).

Besonders wichtig erscheint mir aber der erste Satz der zitierten Quelle, nämlich dass die Forderung nach der Belehnung erneut an Ladislaus herangetragen werden sollte. Das kann im Umkehrschluss nur bedeuten, dass es bereits vorher irgendeine Art von diplomatischer Demarche, schriftlich oder mündlich, gegeben haben muss. Albrecht könnte der Aufforderung Johanns, noch im Februar von Ansbach aus eine Gesandtschaft nach Prag zu schicken, nachgekommen sein. Oder aber dies war spätestens ganz zu Anfang seines Aufenthaltes in der Mark geschehen. Der Kurfürst scheint also auf die Benachrichtigung über das Ende des Glogauer Herzogs sehr schnell reagiert zu haben. Und als sich das gewünschte Ergebnis nicht einstellte, erhöhte Albrecht den Druck mit Hilfe des Gesandten Clitzings und den Hinweisen auf den zweiten Böhmenkönig.

König Ladislaus bestätigte Barbara schließlich den Besitz Glogaus am 27. Juni 1476. Damit verletzte er aber den Vertrag mit Matthias, dem die Lehnshoheit über Schlesien zustand. Da Albrecht das wusste, hielt er vorsichtshalber auch Kontakt zum Gegenkönig, wobei die Initiative allerdings vom Corvinen ausging. König Matthias' Statthalter in Schlesien, der Deutsche Georg von Stein, und der päpstliche Legat und Matthias-Verbündete Rudolf von Breslau hatten einen Beauftragten zu Albrecht geschickt, dem am 31. März in Breslau eine Credenz ausgestellt worden war.<sup>(2)</sup> Albrecht seinerseits griff den angebotenen Dialog dankbar auf und antwortete zügig. Sein Schreiben ist datiert auf „*vor palmarum*“, das genaue Datum verschweigt die Quelle. Es müsste sich aber um die Woche vor dem Palmsonntag 1476, also um die Tage zwischen dem 1. und dem 6. April gehandelt haben. Im Gegensatz zu Matthias wandte sich Albrecht schriftlich an den Verhandlungspartner und erinnerte an Matthias' Zusage, Barbara das Vermächtnis ohne die dafür üblichen Abgaben zu bestätigen.

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 205, S. 213 f.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 206, S. 214 f. Man schickte den Juristen Jakob Warus zu Albrecht, der in schlesischen Fragen öfter als Gesandter diente.

Albrecht weiter: Wenn nun der Gesandte Warus frage, welches Anrecht der Markgraf auf Glogau habe, so sei die Antwort, dass der verstorbene Herzog das Land seiner Gemahlin vermacht habe. <sup>(1)</sup>

Schon am 8. April, dem Montag der Osterwoche, antwortete die ungarische Seite wieder. Der Dialog wurde also fortgesetzt. Es fällt auf, dass nicht nur Albrecht schnell informiert wurde und handelte, sondern dass auch König Matthias frühzeitig vom Tod Heinrichs von Glogau erfahren hatte und seinerseits tätig geworden war. Das Schreiben des Ungarnkönigs und das daraus ersichtlich gewordene Interesse Matthias' an einem Übereinkommen mit Albrecht Achilles nutzte der Kurfürst sofort auch zu einer Reaktion ihm gegenüber. Sei es, dass er ernsthaft in diese Richtung verhandeln wollte, sei es, dass er nur ein Druckmittel gegen Ladislaus von Böhmen gewinnen wollte.

Sicherlich war die Erbschaft von Glogau auch der wichtigste Anlass für Albrecht, im März 1476 nach Brandenburg zu reisen. Innenpolitische Gründe lagen zu dieser Zeit nicht vor. Die Reise kann daher als dritte und wichtigste Reaktion des Kurfürsten auf die Nachricht vom Tod Heinrichs von Glogau gesehen werden. Die Aktionen von der Mark aus, als Albrecht dann auch näher am Geschehen war, führten schließlich insoweit zum Erfolg, dass zumindest Ladislaus die Erbschaft anerkannte.

Doch der Konflikt war noch lange nicht ausgestanden. Zu Beginn des Jahres 1477 erfuhr Albrecht, dass der Abt des Klosters im schlesischen Sagan als Vermittler zwischen Herzog Johann und Barbara auftrat. Der Abt hatte sich, so Albrechts Wissensstand, auch ohne die Billigung Barbaras an die Glogauer Landschaft gewandt, die ihrerseits mit Johann von Sagan Verhandlungen aufnahm. Die Glogauer Untertanen standen also keineswegs geschlossen auf Brandenburger Seite.

Über die Tätigkeit des Abtes beschwerte sich Albrecht in einem Brief an Kurfürst Ernst von Sachsen, der seit 1474 durch Kauf Herr des Herzogtums Sagan und damit Landesherr des Abtes war. <sup>(2)</sup> Die neu gewonnenen Informationen ermöglichten Albrecht sofortiges politisches Handeln. Die Antwort aus Sachsen war aber abweisend. Kurfürst Ernst ließ ausrichten, dass man über die Tätigkeiten des Abtes informiert sei und dass niemandem geschadet werden solle. Eine eindeutige Stellungnahme des sächsischen Kurfürsten für Barbara von Brandenburg und ein Unterbinden der Verhandlungen, die Johann von Sagan als möglichen Erben aufwerteten, blieben aus.

Markgraf Johann informierte seinen Vater kurze Zeit später über Nachrichten, die ihm zu Ohren gekommen waren: Er habe gehört, dass der König von Ungarn Barbara entführen lassen wolle. Diesen Warnhinweis können wir allerdings nur aus der Antwort des Kurfürsten an seinen Sohn rekonstruieren. <sup>(3)</sup> Albrecht reagierte darauf nämlich sehr entrüstet: *„Als ir uns geschriben habt warnung halb, unser tochter person, antreffen, das ist ein stinckende lügen. Was sollt sie dem konig von Hungern, wenn er siehet. Wol glauben wir, das er leut in die Slesien schick, die zu bewaren vor dem konig von Poln.“* Auch die Erbhuldigung, die Sagan ihm geleistet habe, sei ihm schon bekannt gewesen, so Albrechts Replik.

Die Informationen, auf denen Johanns Warnung und die Mitteilung beruhte, Matthias schicke Truppen nach Schlesien, basierte offensichtlich auf einem Schreiben, das der oben noch so gescholtene Abt Martin von Sagan mit Datum vom 14. Februar 1477 verschickt hatte: *„Ich fuge ew. gn. wissen, wy daz der konig von Ungern in die Slesie geschickt hat hern Dobisch von Czirnahor und den Zeretinski s. ggn. Feld hauptman mit eynem merglichen reysigen gezeuge, h. Johans und andern landen und steten zcu hulf weder all dy, dy do sich seiner k. m. spenen adir irrungen in desin landen zcu machen gedencken. Hat och k. m. fursten herrn landen und steten der Slesie einen landistag off montag nach Invocavit kein Breslaw irczelit,*

<sup>1</sup> FRA II, 46, Nr. 383, S. 383.

<sup>2</sup> FRA II, 46, Nr. 398, S. 394; Priebatsch 2, Nr. 272, S. 285. Zur Tätigkeit des Abtes Martin von Sagan siehe Heyne, Geschichte des Bistums Breslau, III, S. 1106.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 274, S. 287 f.

*sy alle aldo irlangen wirt durch seyne rethe, neben s. gn. hoptleuten in das felt zu rocken und getrauen beystand wedir alle, dy s. gn. adir desin landin entkegen sein, zu thun. Gn. herrn, zo k. m. off sulchen tag von fursten herrn landen und steten der Slesie hulff rat und beistand zeu gesagit wirt, als ich mit des gantzlichen vorsehe, besorge ich mit denne, das betedingeter frede zwuschen den irluchten fursten margrave zu Brandenburg und h. Johans nicht halten wirt, so die margrefischen von Crossin sulchen freden in dem, das sy das lendichin zeum Bobirsberger, das h. Johans inne und under gehabt hat, zcu erm gehorsam teglichen twingen obirgreifen, und zo is, do got vorsey, zwuschen den genanten parten weder zu fede und offrur komen sulde, mogen ew. gn. bemerken, so h. Johans merkliche hulff und rat habin wurde, das sich och sulche erig ernster irgebin muste wen vor ye. ...“<sup>(1)</sup>*

Albrechts entspannte Reaktion wiederum könnte auf seine ersten politischen und militärischen Erfahrungen zurückgegangen sein, die er in den Jahren 1438 und 1439 gerade in Schlesien gemacht hatte, als er für den damaligen Böhmenkönig, den Habsburger Albrecht II., Schlesien gegen polnische Einfälle verteidigt hatte. Dass der Böhmenkönig vor allem Schlesien vor Polen schützen und deshalb Truppen entsenden musste, wusste Albrecht noch aus der Zeit von vor 40 Jahren. Einen direkten Angriff auf Glogau glaubte Albrecht nicht befürchten zu müssen. Albrecht, das scheint hier deutlich zu werden, konnte aktuelle Nachrichten deshalb wieder einordnen, weil er auf einem großen politischen Erfahrungsschatz und Basisinformationen aufbauen konnte.

Bald zeichneten sich auch erste Risse im Bündnis Albrechts mit Ladislaus ab. Albrechts Schwiegersohn Heinrich von Münsterberg setzte Albrecht am 13. März 1477 davon in Kenntnis, dass es bei der geplanten Hochzeit zwischen Barbara und Ladislaus Schwierigkeiten gebe. Er habe nicht erfahren können, was die Hochzeit zwischen den beiden verzögere. Man erzähle sich aber, dass einige den Plan verfolgten, Ladislaus solle die Tochter des Kaisers oder die des kürzlich im Kampf gefallenen Herzogs Karl von Burgund heiraten.<sup>(2)</sup> Das waren keine sehr präzisen Informationen, zeigten Albrecht aber an, dass am Hof in Prag nicht alles glatt lief.

Das muss auch für die große böhmische Politik gesagt werden. Denn die Konfliktsituation in Böhmen spitzte sich offensichtlich im Frühjahr 1477 wieder zu, als der Kaiser klar machte, dass er auf Seiten Ladislaus‘ stünde und beabsichtige, ihn mit Böhmen zu belehnen. Damit hätte Ladislaus eine wichtige zusätzliche Legitimation gewonnen. Auch ein Offensivbündnis zwischen Kaiser, Ladislaus und König Kasimir von Polen gegen Matthias sollte ausgehandelt werden.<sup>(3)</sup>

Erst Anfang Juni wurde Albrecht über diese Vorgänge informiert, als er ein Schreiben seines Schwiegersohns Heinrich von Münsterberg erhielt, das dieser am 31. Mai aus Prag abgeschickt hatte. Der Herzog berichtete, dass Ladislaus ihn aufgefordert habe, zur geplanten Belehnung nach Österreich mitzukommen. Er habe aber abgelehnt, weil Matthias in Schlesien wieder zu den Waffen gegriffen habe. Die ungarischen Truppen hätten sich aber wieder zurückgezogen und sowohl eine Reihe von schlesischen Fürsten als auch die führenden Adligen Mährens hätten mit König Ladislaus Frieden geschlossen. Da diese Landschaften eigentlich Matthias von Ungarn zustanden, deuteten die Nachrichten Münsterbergs eine Schwächung der Position des Corvinen an.

Wichtiger waren noch die Informationen, die Münsterberg auf einem beigelegten Zettel mitzuteilen wusste: *„Auch ist uns in geheymen zu wissen geschan, das die keiserliche m. auch unser herr der konig, so sie zusammen kommen, ichts furzunehmen willen haben weder den konig von Hungern, domethe sei mit em ende haben und bekommen mochten, so ettliche herrn*

<sup>1</sup> SS. Rer. Sil., Band 10, Nr. 56, S. 110 f. Das Schreiben an die sächsischen Herzöge wurde nach Brandenburg weitergeleitet und ermöglichte so die Information Johanns an Albrecht und dessen Reaktion.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 279, S. 291 ff.

<sup>3</sup> Ladislaus zog mit Truppen nach Österreich und wurde vom Kaiser am 10. Juni tatsächlich mit dem Königreich Böhmen belehnt.

*zu ungeru geistlich und werlentlich wolgefallen und geneigt sein der keiserlichen m. auch unserm herrn dem konige ... .“*<sup>(1)</sup>

Anscheinend existierte ein Geheimvertrag zwischen Ladislaus und Friedrich, der die Absetzung Matthias‘ auch in Ungarn vorsah. Da die Ambitionen Friedrichs auf die ungarische Königskrone seit langem bekannt waren und er sich nun im böhmischen Thronstreit ganz auf die Seite von Ladislaus geschlagen hatte, war dies für Albrecht sicherlich glaubhaft. Für Albrecht war diese Information auch insofern wichtig, da er sich nun ausrechnen konnte, dass die Konflikte im Südosten und eben auch in Böhmen weitergehen und eskalieren würden.

Der Rat von Nürnberg setzte Albrecht dann am 27. Juni 1477 über die Vorkommnisse auf der Reise Ladislaus‘ nach Österreich, dem Zusammentreffen mit Friedrich und der Belehnung mit Böhmen, in Kenntnis. „... *darnach am eritag* (Dienstag, 10. Juni; d. Verf.) *nachmittag hat die k. m. dem konig vom Beheim die lehen geliehen und da aber ser grosse kostlichkeit gewesen und hat neun fannen gehabt, bedeuten neun land.*“ Nach dieser staatsrechtlich wichtigen Information, dass die Belehnung mit dem Königreich stattgefunden habe, kamen noch interessante politische Nachrichten: „... *de konig werden in zweyen tagen zu Wienn nachzefolgen aufsein, und man sagt, der zug werde gein Hungern und die k. m. wird selbs personlich mit im veld sein. Und hat die k. m. ein groß treffelich auszschreiben an die landtherren und undersessen gethan, sich von stund an gerust zu im ze fügen. Desgleich sagt man, das der konig von Hungern in grosser sambnung und in willen sei, herauf entgegen ze ziehen.*“<sup>(2)</sup> Der Krieg, so war Albrecht nun informiert, nahm seinen Lauf.

Doch die Waffen sprachen nicht allzu lange. Denn Matthias behielt an allen Fronten die Oberhand und die Verbündeten fingen bald an, sich zu zerstreuen und politisch wieder getrennt zu agieren. Albrecht erfuhr dies durch ein Schreiben des Kaisers vom 7. August 1477 aus Krems, in dem er Ladislaus Vorwürfe machte, am Scheitern des Kriegszugs Schuld gewesen zu sein. Die vom Böhmenkönig geschickten Truppen hätten militärisch nichts ausgerichtet, sondern im Gegenteil Untertanen Friedrichs geschädigt und damit dem Feind in die Hände gespielt. Er selbst habe militärisch nichts erreicht, weil sich Matthias von Ungarn mit den Gefolgsleuten des Böhmenkönigs verständigt und Frieden geschlossen habe. Auch als Ladislaus nach der Regalienverleihung selbst gegen Matthias gezogen sei, habe er keine militärischen Aktionen gegen den Ungarnkönig eingeleitet, sondern habe ebenfalls nur die Untertanen Friedrichs behelligt und ausgeplündert. Genau aus diesen Gründen seien die Unternehmungen gegen Matthias nicht vorangekommen. Ihn, den Kaiser, treffe keinerlei Schuld, so die Zusammenfassung von Friedrichs Philippika.<sup>(3)</sup>

Albrecht wusste alle diese Informationen konkret einzusetzen. Sicherlich glaubte er nicht Friedrichs Aussage über die alleinige Schuld Ladislaus‘ am Scheitern des Kriegszugs, aber er hatte durch das kaiserliche Schreiben erfahren, dass der Böhmenkönig wieder nach Prag zurückgekehrt war. Die entsprechende Stelle in Friedrichs Brief, aus der Albrecht dieses Wissen zog, lautet: „... *ze tun erpoten haben, daz er bey uns blieb und mitsambt uns den sachen wider den kunig von Hungern nachgieng, daz er aber an im nit erlangen noch in bey uns behalten mugen, sunder an allen trost und andders dann wir uns zu im versehen haben von uns aufprochen und abgeschaiden ist und ... .“*<sup>(4)</sup>

Albrecht reagierte und schickte am 4. September 1477 eine Gesandtschaft nach Prag, die vordergründig den Auftrag hatte, Ladislaus zur Belehnung mit dem Königreich Böhmen zu gratulieren. Außerdem sollten die Räte, Heinrich von Kindsberg, der Amtmann von Hof, und Sebastian von Wallenrode, auf Albrechts Verdienste bei der Annäherung zwischen Ladislaus und Friedrich hinweisen, die schließlich die Belehnung erst möglich gemacht habe. Albrechts Räte sollten dann weiterhin darauf hinweisen, dass Barbara, auf den Schutz Ladislaus‘

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 302, S. 308 ff.

<sup>2</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher 35, fol. 178 f.; Priebatsch 2, Nr. 307, S. 312 f.

<sup>3</sup> Chmel, Monumenta Habs. I,1, Nr. 179, S. 470 – 472.

<sup>4</sup> Chmel, a.a.O., S. 471 f.

vertrauend, sich gegen Ungarn gestellt habe. Der König von Böhmen solle nun sein Wort halten und Barbara heiraten, so die Forderung.

Außerdem hatten sie noch den Auftrag, Ladislaus den Rat auszurichten, sich in Rom beim Papst um die Aufhebung des Banns gegen sich und Barbara zu bemühen. <sup>(1)</sup>

Die Schwierigkeiten im Bündnis der Matthias-Gegner, die aus dem kaiserlichen Schreiben ebenfalls sehr deutlich hervorgingen, ließen Albrecht ebenfalls handeln: Er schickte eine erste Gesandtschaft nach Ungarn. Es ist weder eine Credenz noch sonst ein Schriftstück überliefert, aus dem hervorginge, wann der Gesandte aufgebrochen war. So ist nicht exakt zu sagen, welche Nachricht zu welchem Zeitpunkt Albrecht dazu gebracht hatte, auch wieder mit Matthias zu sprechen. Es ist wohl zu vermuten, dass er alle ihm in den vorangegangenen Wochen und Monaten zugegangenen Informationen über die Misserfolge der Matthias-Gegner entsprechend interpretierte.

Über die Ergebnisse dieser Reise bekam der Kurfürst Ende Dezember 1477 Bescheid. Denn der Gesandte, es handelte sich um den Propst von Berlin, Erasmus Brandenburg, war nach Brandenburg zurückgekehrt und fertigte dort einen schriftlichen Bericht an, den Markgraf Johann mit Datum vom 18. Dezember 1477 nach Ansbach schickte und der dort ausweislich der Kanzleinotiz am 27. Dezember ankam. Man habe erfahren, dass der König von Ungarn mit bewaffneter Macht nach Breslau kommen wolle, um Herzog Johann von Sagan zu helfen, hieß es dort. Wenn nun bei so großer Gefahr Albrecht selbst nicht mit Matthias unterhandeln möchte, so möchte er, Johann, es aus „*eigner bewegnus*“ tun. <sup>(2)</sup> Die Situation war also eindeutig. Nach seinen Siegen gegen Kaiser und Polen hatte Matthias wieder Kräfte frei, um sich um Schlesien zu kümmern, das ihm vertraglich zustand und wo sich unter anderem die Brandenburger in Glogau gegen ihn gestellt hatten.

Auf diese Nachricht, nämlich, dass man von Brandenburg aus eine selbstständige Ungarnpolitik zu betreiben beabsichtige, reagierte Albrecht mit zwei Briefen Ende des Jahres. Er schrieb an Kanzler Sesselmann und vor allem an seinen Sohn – dieses Schreiben stammt vom 30. Dezember 1477 – und forderte beide auf, auf alle Fälle noch zu warten, bevor man mit Ungarn Kontakt aufnehme. Ladislaus von Böhmen warte auch noch, ob er sich nicht doch mit Matthias einigen könne, so der Kurfürst. <sup>(3)</sup> Albrecht versuchte zuerst einmal, die Brandenburger Ungarnpolitik mit der seinen zu koordinieren und auf Zeit zu spielen. Denn er hatte – es ist unklar wie – erfahren, dass Verhandlungen zwischen beiden Böhmenkönigen liefen, die wegen der militärischen Überlegenheit des Ungarn notwendig geworden waren.

Denn schon im Herbst 1477 hatte sich die Lage durch die militärischen Erfolge des Ungarnkönigs grundlegend geändert. Friedrich III. musste im Dezember mit Matthias Frieden schließen und ihn schließlich auch mit Böhmen belehnen. Albrecht geriet dadurch in die Schwierigkeit, ohne kaiserlichen Beistand allein gegen Matthias zu stehen. Die Informationen an Albrecht über diese dramatische Änderung zu seinen Ungunsten schien ihm über Brandenburg zugegangen zu sein. Denn ein kaiserlicher Rat, der Teilnehmer an den Verhandlungen zwischen Matthias und Friedrich gewesen war, der Dompropst Thomas Cilli aus Konstanz, schrieb Markgraf Johann am 25. Dezember 1477 aus Kornneuburg bei Wien. In dem Schreiben stand, dass sich Kaiser und König darauf verständigt hätten, zwischen Brandenburg und Johann von Sagan Frieden zu vermitteln. Man wolle erreichen „... *ain frundlicher anstand bis auf sand Jörgen tag schirstkommend gemacht werde*.“ Johann solle dem Frieden zustimmen, weil sonst die Gefahr drohe, dass sich Matthias nach dem Friedensschluss mit dem Kaiser mit vollem Einsatz gegen Brandenburg wenden werde. „...“

<sup>1</sup> FRA II, 46, Nr. 420, S. 427 f.; Priebatsch 1, Nr. 307, S. 313 f. Erfolg hatten die Bemühungen nicht. Ladislaus machte den Brandenburgern Vorwürfe, ihn nicht ausreichend unterstützt und nicht verhindert zu haben, dass das Herzogtum Glogau zu Matthias überschwenkte. Es werde keine Gesandtschaft nach Rom gesandt und auch nicht weiter verhandelt, beschied der König seinen Verbündeten.

<sup>2</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. II, fol. 1; Priebatsch 2, Nr. 343, S. 337 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 347, S. 343.

*und bitt von meinen weg somit sonder vleis ewer gnad wolle den beraten frundlichen anstand annemen, der sachen aller ... das auch dem benannten hertzog Johannsen von Sagan durch gewisse botschafft als sich geburt furderlich verkunden. ... Dann von solchs nicht bestgeben, ist zu besorgen, das der kunig von Hungern der nu mit der kaiserlich maiestat in einung komen ist werde sich mit seiner macht auf euer gnad legen ...“* <sup>(1)</sup> Der Bericht über den Friedensschluss wird durch eine Warnung ergänzt, die ihrerseits sicher auf dem Wissen des kaiserlichen Protonotars beruht, dass der Kaiser nicht bereit sein werde, weiter zu Brandenburg zu stehen.

Der Brief Johanns vom 18. Dezember an Albrecht konnte nicht vom Brief des Thomas Cilli ausgelöst worden sein. Aber es gibt noch eine andere Information an Johann, die diesem die Gefahr durch Matthias klarmachte. Schon am 2. Dezember 1477 hatte Kaiser Friedrich Markgraf Johann und alle anderen Vasallen der Krone Böhmens aufgefordert, ihre böhmischen Lehen von Matthias zu empfangen. „*Ad duces Saxonie, Johannem marchionem Brandenburgensem, comites de Wirtenberg, Hohenloe et ceteri regni Bohemie vasallos*“ <sup>(2)</sup>, lautet die Anrede im entsprechenden Schreiben des Kaisers. Interessanterweise richtete sich der Befehl nicht an den Kurfürsten von Brandenburg, sondern an den Erbprinzen. Ebenso wurden alle böhmischen Großen entsprechend instruiert, wie im Namensverzeichnis des Mandates nachzulesen ist.

Mit dem Umweg über Cölln hatte Albrecht also die konkrete Nachricht erhalten, dass der Kaiser sich auf die Seite des Königs von Ungarn geschlagen hatte. Doch Albrecht hatte auch eine eigene Quelle. Er hatte eine Gesandtschaft zum Kaiser geschickt, deren Credenz auf den 2. November 1477 datiert ist. Die Gesandtschaft berichtete kurz nach dem 10. November 1477 aus Gmunden in Oberösterreich, dass man dem Kaiser bis hierher habe entgegenreiten müssen, weil er sich nicht traue, nach Passau zu reisen. Man habe dem Kaiser die in den Instruktionen vorgegebenen Mitteilungen gemacht und dieser habe erwidert, dass er Frieden mit Matthias haben schließen müssen, weil ihn sowohl Ladislaus als auch der König von Polen im Stich gelassen hätten. Er habe weder Albrecht noch andere Bundesgenossen in diesem Frieden vergessen. Wenn kein Ausgleich zustande komme, solle sich Albrecht zum Kampf rüsten. <sup>(3)</sup>

Wieder konnte Albrecht zwei von einander unabhängige Quellen aufbieten, um sich über die Änderung der politischen Situation auf dem Laufenden zu halten. Sicherlich hatte ihn der erste Brief des Kaisers, der von großen Dissonanzen im Bündnis gegen Matthias berichtete, misstrauisch gemacht, weswegen er eine erneute Gesandtschaft aussandte.

Am 9. Januar 1478 erkundigte sich Albrecht, dem die Aussagen zu summarisch gewesen zu sein scheinen, nochmals beim Kaiser, ob er und Barbara in den Friedensschluss mit einbezogen seien. Und gleichzeitig erging ein entsprechendes Auskunftersuchen auch an den kaiserlichen Rat Martin Heiden. <sup>(4)</sup>

Die Informationsbeschaffung und der Informationsfluss waren in diesen Wochen von einem großen Durcheinander gekennzeichnet und passten sich damit nahtlos der politischen Situation an. Die politischen Rahmenbedingungen wechselten damals so schnell, dass die Informationsübermittlung nicht mithalten konnte. Aber durch Hartnäckigkeit und durch Organisationsgeschick war es Albrecht Achilles gelungen, schließlich die gewünschten Informationen zu erhalten.

<sup>1</sup> Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, 68; STAN, C 3, Nr. 267, Fasz. 70 a, fol. 1 r.; Priebatsch 2, Nr. 344, S. 338.

<sup>2</sup> Chmel, Monumenta Habs. I, 2, Nr. XIX, S. 123 f. Mit Schreiben vom 9. Januar 1478 aus Korneuburg fordert Matthias dann seinerseits die Brandenburger auf, ihre böhmischen Lehen bei ihm persönlich in Empfang zu nehmen und ihm zu huldigen. Wieder richtete sich das Schreiben an den Markgrafen Johann. Siehe Nehring, Quellen, Nr. 60, S. 13.

<sup>3</sup> FRA II, 46, Nr. 423, S. 433 f; Priebatsch 2, Nr. 344, S. 338.

<sup>4</sup> FRA II, 46, Nr. 425, S. 435; Riedel 3,2, Nr. 180, S. 223.

Doch es drohte weiterhin die Gefahr, dass Johann und die Räte in Brandenburg eine eigenständige Ungarnpolitik betrieben und er, der Kurfürst, davon nichts mitbekomme. Seine Befürchtungen wurden bald bestätigt. Im März 1478 schickte Johann eigenmächtig Graf Eitelfriedrich von Zollern zu Verhandlungen nach Ungarn. Albrecht erfuhr nur durch Äußerungen der Boten, die aus Cölln zu ihm gekommen waren, dass Eitelfriedrich in Ungarn gewesen sei und wollte durch ein Schreiben vom 16. April erfahren, was dabei herausgekommen sei. „... *als die boten sagen, er sey zu Hungern gewest und hab den frieden geteidingt, den ir uns jetzunt zuschreibt*“<sup>(1)</sup>, so seine Frage. Vermutlich war auch Propst Erasmus wieder mit von der Partie, denn Johann kündigte nach der väterlichen Mahnung in einem Schreiben vom 25. April an, den Kleriker bald zu Albrecht zu schicken, um ihm von den Verhandlungen des Grafen Eitelfriedrich von Zollern in Ungarn zu berichten.<sup>(2)</sup> Der Inhalt der Berichterstattung des Propstes und damit auch der Ablauf der Verhandlungen in Ungarn sind nicht überliefert. Wir kennen Albrechts Informationsstand zu dieser Zeit also nicht.

Doch von anderer Seite gingen Albrecht Nachrichten zu. Am 13. März und am 6. April 1478 informierte der Rat der Stadt Nürnberg Kurfürst Albrecht in zwei Briefen über die Situation in Böhmen. Im ersten Schreiben teilten die Nürnberger mit, dass König Matthias ins böhmische Kernland vordringe und nach Pilsen wolle. Er habe bereits einige seiner Räte vorangeschickt, um Verbündete zu kontaktieren. Sein Kontrahent Ladislaus wolle die Stadt einnehmen und habe seinen Gefolgsmann Burian von Guttenstein mit Truppen in Marsch gesetzt. Dieser solle die Stadt „*berennen*“.<sup>(3)</sup>

Im Schreiben vom 6. April hieß es dann, dass in Böhmen ein „ewiger“ Friede geschlossen worden sei. Ladislaus behalte das böhmische Kernland und die Lausitz, sein Kontrahent Matthias bleibe Herr in Mähren und Schlesien. Ungarische Räte seien bereits auf dem Weg nach Kuttenberg, um den Vertrag zu unterzeichnen.<sup>(4)</sup>

Die Nachricht des Nürnberger Rates bezog sich wohl auf die in der Forschung als Vorvertrag von Brünn bezeichnete Einigung vom 28. März 1478. Nach den dort ausgehandelten Vorschlägen sollten Schlesien und die Lausitz de jure an Ladislaus gehen, allerdings mit der Einschränkung, dass es sich um eine Pfandleihe an Matthias handelte, für deren Einlösung Ladislaus die riesige Summe von 400 000 Gulden aufbringen müsste. Folglich blieben beide Gebiete faktisch unter der Kontrolle des Matthias von Ungarn.<sup>(5)</sup>

Während also in Böhmen im Hauptkonflikt zwischen Matthias und Ladislaus Ruhe eingekehrt war, herrschten auf dem schlesischen Nebenkriegsschauplatz weiterhin große Spannungen. Albrecht erfuhr davon durch ein Schreiben vom 8. April 1478, das ihm der kurfürstliche Rat Lorenz von Schaumburg, der als Verwalter des Herzogtums Glogau für Albrecht im Einsatz war, zukommen ließ. Schaumburg warnte vor der Einnahme der schlesischen Stadt Lübben durch gegnerische Truppen. Herzog Johann von Sagan wolle die Stadt zusammen mit dem ungarischen Vogt der Lausitz, Melchior von Löben, erobern. Lübben, so fuhr Schaumburg fort, sei die der Mark am nächsten gelegene Stadt, sie sei „... *vest und hat brucken uber die*

<sup>1</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 65; Priebatsch 2, Nr. 383, S. 370 f.

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 71; Priebatsch 2, Nr. 391, S. 378.

<sup>3</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher 36, fol. 27 r. f.; Priebatsch 2, Nr. 370, S. 362. Kurz vorher hatte Albrecht ein Schreiben des Hans von Redwitz erhalten, in dem ihm der Hauptmann auf dem Gebirge die schriftliche Version eines Berichtes zukommen ließ, den Nickel Schirmdinger kurz vorher aus dem Feldlager des Ladislaus, kommandiert von Burian von Guttenstein, gebracht hatte. Dieser hatte Details der Belagerung von Pilsen mitgeteilt: „*vier basteyen dofur zu slahen, ine allw strassen zu verlegen und zu weren, auf das sie von ine aus eyn unbeschedit bleiben.*“ Quelle: Priebatsch, a.a.O.

<sup>4</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, fol. 56; Priebatsch 2, Nr. 378, S. 367 f.

<sup>5</sup> Die Verhandlungen zwischen den beiden Königen waren zu Beginn des Jahres 1478 wieder in Gang gekommen, weil beide in ihren Herrschaftsbereichen Schwierigkeiten mit ihrem jeweiligen Anhang hatten. Die hohen Adeligen machten sich das Doppelkönigtum zu Nutze, um mehr Einfluss und Besitz zu bekommen. Sowohl Matthias als auch Ladislaus sahen ein, dass sie den Machtanspruch des Hochadels nur bändigen konnten, wenn sie sich irgendwie einigten. Näheres bei Nehring, a.a.O., S. 95 ff.

*Spreh, der von Sternberg hat alweg mit hans da gesessen und leit zwischen Mittenwald und Cotbus. Es gleubt auch nymant anders, dann das Melchor Loben herzog Hansen zu gut dy lant vottei einnem und nicht im selbsz.*“ Die von ihm auf Ehrenwort freigelassenen Gefangenen seien zurückgekommen, ergänzte der Vogt die Nachrichten. Schaumberg interpretierte das so, dass mit einem baldigen neuerlichen Kriegsausbruch gerechnet werden müsste, weil das bevorstehende Ende des Waffenstillstandes die Freigelassenen nötigte, sich wieder zu stellen. <sup>(1)</sup>

Einen Tag später, am 9. April, schickte Markgraf Johann aus Frankfurt an der Oder ein Schreiben ab, in dem er einen Waffenstillstand mit Johann von Sagan bis zum Georgitag, dem 23. April, meldete. Graf Eitelfriedrich von Zollern habe diesen Waffenstillstand ausgehandelt. <sup>(2)</sup> Doch im selben Schreiben musste Johann melden, dass die Pommern zu den Waffen gegriffen hätten. Pommersche Streifscharen hätten Anfang April die Festungen und Städte Vierraden und Gartz in der Uckermark im Handstreich genommen. Darüber wurde Albrecht außer in dem kurzen Brief Johanns vom 9. April ausführlicher durch ein Schreiben vom 25. April informiert. <sup>(3)</sup> Johann gelang es im folgenden, die Situation im Norden zu stabilisieren, er verstärkte die Garnisonen rund um die verlorenen Plätze, schreckte jedoch vor einem Angriff auf die beiden Festungen zurück.

Und auch der Friede mit Ungarn und dem Herzog von Sagan hielt nur bis Ende April. Ungarische und schlesische Truppen besetzten am 27. April die Stadt Beelitz, rund 50 Kilometer südlich von Cölln an der Straße nach Wittenberg. Sie schnitten damit die direkte Kommunikation zwischen Cölln und Ansbach ab.

Albrecht war vorerst noch ahnungslos. Denn erst ein Schreiben vom 7. Mai aus dem Feldlager vor Beelitz, das Johann belagerte, setzte Albrecht vom ungarischen Angriff in Kenntnis. Und auch jetzt erst erfuhr Albrecht, dass Johann schon Gegenmaßnahmen eingeleitet hatte. <sup>(4)</sup> Beelitz konnte der Markgraf auch bald zurückerobern. Doch die ungarischen Truppen standen weiter an den Grenzen der Mark Brandenburg.

Der Kurfürst, der noch davon ausging, dass an der brandenburgischen Südgrenze alles ruhig sei, schrieb seinem Sohn Johann am 25. April 1478 einen ausführlichen Brief, <sup>(5)</sup> in dem er ihn unter anderem davon in Kenntnis setzte, dass König Ladislaus im Frieden von Kuttenberg die Lausitz zugesprochen worden sei. Er solle den brandenburgischen Lehnsträger dieser Gebiete, den Herrn von Reppin, sofort nach Prag schicken, um sich von Ladislaus belehnen zu lassen. Damit reagierte Albrecht auf die Mitteilungen über den Vorfrieden von Brünn, von dem er durch den Brief des Nürnberger Rates und offensichtlich auch aus anderen Quellen erfahren hatte.

Denn Albrecht teilte Johann weiter mit, dass er aus Böhmen noch zusätzliche Informationen bekommen habe, die sich aber offensichtlich nicht alle deckten. *„Die rede sind dreyerley herr Burian schreibt die richtung ... .“* Diese Auskunft kommt also von König Ladislaus' Parteigänger Burian von Guttenstein, der gemeldet hätte, dass es zu einer Übereinkunft gekommen sei. Albrecht vermutete: *„... die richtung, die ist war, wie, meldt er nit.“* Die Formulierung Albrechts gibt zu der Vermutung Anlass, dass er sich über die fehlende klare Aussage wunderte. Es sei richtig, so gab Albrecht Guttensteins Nachricht weiter, dass eine Richtung, das heißt ein Vertrag ausgehandelt worden sei. Doch über den Inhalt desselben sei im Schreiben des Burian von Guttenstein nichts gestanden. Dann gebe es, so Albrecht, noch die Aussage der Nürnberger: *„Die richtung schreiben die von Nuremberg, wissen wir nit anders, die sey also, die bede haben wir euch zugeschickt.“* Und diese Version sei die, die er

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 380, S. 369.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 381, S. 369.

<sup>3</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. II, fol. 76 und 71; Priebatsch 2, Nr. 381, S. 369 und Nr. 391, S. 378 f. Siehe ausführlich in Kapitel 2.3.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 64; Priebatsch 2, Nr. 394, S. 380 f.

<sup>5</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, 59; Priebatsch 2, Nr. 383, S. 370 f. Die folgenden wörtlichen Zitate stammen alle aus dieser Quelle.

Johann oben im Brief schon mitgeteilt habe, dass nämlich die Lausitz jetzt unter der Herrschaft des Ladislaus stünde, fuhr Albrecht in seinem Schreiben an Johann fort.

Dann gebe es aber noch eine dritte Version, teilte Albrecht seinem Sohn mit: *„Aber dietmar Rot von Nuremberg, unser abenteurer, von dem wir kleinat kaufen, ir kent in wol, der hat uns geschriben, als ir hirinn verschlossen findet. Welchs war ist, der von Nuremberg oder das, so ist er konig. Darumb saumt nicht, so haben die herrrn von Sachsen und Biberstein keinen grunt. Dann ob es wol pfandt wer, als Dietmar schreibt, so ist er doch konig und herr und mag das lösen wenn er will. Darumb ist er oberherr aller lehen.“* Die Mitteilungen des Geschäftspartners schickte er Johann sogar in Abschrift. Da dieses Schreiben verschwunden ist, wissen wir nicht, wie die genaue Version des Schmuckhändlers über den Waffenstillstand lautete. Doch in Albrechts Brief ist ein Punkt aus dem Bericht des Schmuckhändlers zitiert, nämlich die Aussage, dass es sich um eine Verpfändung handeln würde.

Der Schmuckhändler hatte Albrecht also zumindest einen für den Kurfürsten entscheidenden Punkt des Vertrages korrekt mitgeteilt und hätte ihn damit in die Lage gesetzt, angemessen zu reagieren. Doch Albrecht ging davon aus, dass auch in diesem Fall die faktische und rechtliche Kontrolle über die Lausitz bei Ladislaus läge. Albrecht hoffte und glaubte im übrigen, dass die Nachricht des Nürnberger Rates die entscheidende und richtige sei und dass die Lausitz dem mit Brandenburg verbündeten Böhmenkönig zustehe. *„ ... ist dann der von Nuremberg schreiben war, dafür wirs halten, so ist es aber sein.“*, formulierte der Kurfürst.

Also veranlasste er die Entsendung Reppins. Und Albrecht drängte dabei auf Eile, um den beiden territorialpolitischen Kontrahenten in der Lausitz, Sachsen und den Herren von Bieberstein, keine Zeit mehr zu geben, selbst tätig zu werden und sich um die strittigen Lehen zu bemühen.

Auch auf die Mitteilung Johanns, dass in Schlesien ein Waffenstillstand geschlossen worden sei, reagierte Albrecht prompt. Er beklagte gegenüber Johann, dass Verhandlungen aufgenommen worden seien, ohne dass mit ihm Rücksprache genommen worden sei: *„ ... got geb, das es gewerlich und gut sey und das ir nit eins arbeitet und wir das ander, das den rucken zu haufen keret. Ir wist das unser alles, dann wir handeln öffentlich, euch unverporgen. Wir können aber nit gewissen, was ir heimlich handelt, dann das wir gern sehen, das es gut were und wol geriet und zu verantworten stund ... .“* Für die Zukunft, so sein Befehl, solle man koordiniert vorgehen.

Die ausführlichen, detaillierten und offensichtlich auch stimmigen Informationen erlaubten es Albrecht im April 1478, schnell aktiv zu werden und dadurch die geplante Politik umzusetzen. Er ordnete diplomatische Schritte an, mit denen um die Belehnung nachzusuchen sei, und er versuchte durch organisatorische Vorgaben eine koordinierte Politik gegenüber Ungarn zu erreichen. Albrecht sicherte sich in diesen Wochen durch die Benutzung unterschiedlicher Quellen für seine Informationen erneut die Möglichkeit, die ihm zugegangenen Nachrichten zu verifizieren.

Dennoch führte seine Politik nicht zum Ziel. Denn zum einen war er einer Falschinformation bezüglich der Lausitz aufgesessen. Und zum anderen war er, als er diesen Schachzug plante, noch nicht darüber informiert, dass die Kämpfe in Schlesien wieder ausgebrochen waren. Das alles erfuhr Albrecht erst Mitte Mai, wie die weiteren Untersuchungen zeigen werden.

Im April, kurz nach der Mission des Grafen Eitelfriedrich, sehen wir noch einen brandenburgischen Gesandten, der in Ungarn aktiv war. Nickel von Köckeritz, ein Rat in Diensten des Kurfürsten von Sachsen, der aber im Glogauer Erbfolgekrieg mehrmals als Mittelsmann zwischen Brandenburg und Ungarn wirkte, war ebenfalls bei König Matthias gewesen und brachte bereits vor dem 18. April Briefe und auch mündliche Nachrichten aus Ungarn nach Cölln. Wer Köckeritz losgeschickt hatte, ist nicht zu ermitteln. Eine Initiative Kursachsens, das sowohl als Verbündeter Brandenburgs als auch als Inhaber der Herrschaft Sagan Interessen in der Angelegenheit hatte, ist ebenso wahrscheinlich wie ein Auftrag aus

Cölln. Ein Indiz könnte sein, dass Köckeritz nach Cölln reiste, um dort Bericht zu erstatten, was es plausibel erscheinen lässt, dass er von dort aus beauftragt worden war.

Kanzler Sesselmann leitete die überbrachten Schreiben als Anhang eines sehr viel größeren Berichts, den er am 18. April abfasste, an Johann weiter. <sup>(1)</sup> Diesen Bericht des Rates Köckeritz und die von ihm mitgebrachten Briefe schickte der Markgraf dann am 7. Mai vom Feldlager vor Beelitz aus weiter an Albrecht. In diesem Brief referierte Johann auch kurz das Wesentliche der Aussagen des sächsischen Rates. Er sei von Matthias freundlich und vor dem versammelten Hof empfangen worden. Der König habe seinen schlesischen Statthalter Georg von Stein dann angewiesen, einen Ausgleich mit Brandenburg zu suchen. Gelänge das nicht, solle man sich an ihn wenden, sei dann immer noch kein Friede möglich, möge der Kaiser entscheiden. Wenn Brandenburg aufhöre, ihn zu verachten, könne man freundschaftliche Beziehungen aufnehmen, so die Stellungnahme des Ungarnkönigs. Statthalter Stein, so Köckeritz, habe daraufhin Verhandlungen angeboten. Wenn Brandenburg dem nicht zustimme, sei er instruiert, Johann von Sagan mit allen Mitteln zu helfen, so dessen Aussage. Köckeritz habe deshalb zugestimmt, einen Verhandlungstag in Guben für den 11. Mai einzuberufen. <sup>(2)</sup> Da Köckeritz sogar Vollmachten hatte, im Namen Brandenburgs Verhandlungen zu akzeptieren, ist es sogar sehr wahrscheinlich, dass er im Auftrag des Kurprinzen in Ungarn war. Höchstwahrscheinlich erfolgte diese Reise wieder ohne Wissen des Vaters.

Der Nachrichtenfluss ist hier bemerkenswert. Köckeritz brachte schriftliche und mündliche Nachrichten aus Ungarn mit, die er in Cölln ablieferte. Der dort amtierende Regent, Kanzler Sesselmann, schickte die schriftlichen Nachrichten und wahrscheinlich auch den Gesandten weiter zu Johann, der – nun auf jeden Fall in schriftlicher Form – die Zusammenfassung an Albrecht schickte. Diese Umwege führten aber dazu, dass Kurfürst Albrecht die wichtigen Nachrichten aus Ungarn erst mit sehr großer Verspätung zuzugingen.

Albrecht erfuhr jetzt, dass König Matthias selbst eine zurückhaltende Linie im Glogauer Streit zu vertreten schien, da er verschiedene und langwierige Möglichkeiten der Verhandlungsführung anbot. Es ist kaum vorstellbar, dass er den Kaiser wirklich über die schlesischen Angelegenheiten mitreden lassen wollte, doch deutete dieses Angebot allgemein auf Konzilianz hin. Auf der anderen Seite ließ er Köckeritz nicht zu einem vertraulichen Gespräch vor, was auf eine gewisse Distanz schließen ließ. Ganz anders präsentierte sich Statthalter Stein, der auf sofortigen Verhandlungen bestand und sich auch mit Drohungen nicht zurückhielt. Der Einberufung eines Verhandlungstages auf den 11. Mai, so legte Stein seine Position klar, müsste sofort zugestimmt werden. Dies war so kurzfristig, dass Albrecht dafür kein politisches Konzept mehr entwickeln konnte, zumal er davon erst aus Johanns Schreiben vom 7. Mai erfahren hatte.

Aus dieser Nachrichtenlage ist für Albrecht eine – vielleicht gewollte – Ambivalenz der ungarischen Politik zu erkennen. Auf der einen Seite ließ man sich Zeit und zeigte sich konzilient, andererseits ging man so schnell und kompromisslos vor, drohte und setzte so enge Zeitpläne, dass Albrecht keine Zeit zu Gegenmaßnahmen blieb. Der überraschend ausgeführte Überfall auf Beelitz passt ebenfalls in dieses Bild. Albrecht hätte diese Politik vielleicht durchschaut, wenn er rechtzeitig davon erfahren hätte. Doch so musste er ohne ausreichende Informationen agieren und kam politisch in große Schwierigkeiten.

Denn auch die Nachrichten über die Verhandlungen zwischen Matthias und Ladislaus, die den Hintergrund der Geschehnisse bildeten, kamen mit Verspätung in Ansbach an. Erst mit Schreiben vom 9. Mai gingen Albrecht Informationen vom kaiserlichen Hof in Graz zu. Auch sie dürften deshalb erst Mitte Mai in Ansbach gewesen sein. Der kaiserliche Rat Martin Heiden meldete, dass zwischen Matthias einerseits und König Kasimir von Polen und Ladislaus von Böhmen andererseits bereits Frieden herrsche. Der Ungar behalte Mähren und

<sup>1</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 78 f.; Priebatsch 2, Nr. 385, 372 ff.

<sup>2</sup> STAN, A.A. 768, II, fol. 64; Priebatsch 2, Nr. 394, S. 380.

Schlesien, verzichte aber auf das böhmische Kernland. Dafür bekomme er eine Entschädigung von 400 000 Gulden. <sup>(1)</sup> Eine explizite Erwähnung der Lausitz fehlt in Heidens Bericht, doch war Albrecht klar, dass sich der Status Quo nicht geändert hatte. Zu seinem Bedauern musste Albrecht damit feststellen, dass die Lausitz in dem Vertrag zwischen Ladislaus und Matthias keineswegs dem mit ihm verbündeten König zugesprochen worden war, sondern de facto bei Matthias blieb. Albrecht hatte der falschen Quelle vertraut, beziehungsweise die richtige Information falsch interpretiert.

Weitere Nachrichten zeigten Albrecht, dass die politische Lage noch sehr unklar war. Im Juni 1478 meldete ihm der zu Ladislaus' Partei gehörende Burian von Guttstein, dass die beiden Thronprätendenten noch „*keine entliche vertragung*“ erzielt haben. Es sei aber ein Landtag in Prag geplant. Ungarische Räte befänden sich in der Nähe und würden an den Verhandlungen teilnehmen. <sup>(2)</sup> Aus Schlesien erfuhr Albrecht um die selbe Zeit durch einen Bericht Herzog Friedrichs von Liegnitz, dass Johann von Sagan mittlerweile ein förmliches Hilfsersuchen an Matthias von Ungarn gestellt habe. <sup>(3)</sup>

Albrecht scheint sich der Problematik und Gefährlichkeit der Situation nun bewusst geworden zu sein, denn er reagierte. Der Kurfürst fasste um diese Zeit den Entschluss, mit militärischer Macht in die Mark zu ziehen. Er leitete umgehend Verhandlungen mit den Fürsten ein, die einem Durchzug der Truppen aus Franken zustimmen mussten: Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht von Sachsen, Herzog Wilhelm von Sachsen und Erzbischof Ernst von Magdeburg. <sup>(4)</sup> Am 15. Juni 1478 brach Albrecht schließlich in die Mark auf, wo er Ende des Monats eintraf.

Natürlich war die politische Lage in Brandenburg, der Zweifrontenkrieg gegen Pommern und Ungarn und auch die Schwierigkeiten wegen der Steuerverweigerung der Stände, primärer Auslöser des Zugs nach Norden. Doch die schlechte Informationslage, die Tatsache, dass viele Informationen zu spät kamen und nicht genau genug waren und die dadurch fehlende Koordination der Politik, beunruhigten den erfahrenen Politiker Albrecht sicher ebenfalls. Rufen wir uns Albrechts mehrmalige und inständige Bitten um mehr Nachrichten in diesen Monaten in Erinnerung, so sehen wir, dass er unter einem regelrechten Informationsmangel litt. Und seine Klage in einem Brief an Johann vom 16. April dieses Jahres, dass man unkoordiniert handle, zeigt dies noch deutlicher: „*Got geb, das es gewerlich und gut sey und das ir nit eins arbeitet und wir das ander, das den rucken zu haufen keret. Ir wist das unser alles, dann wir handeln öffentlich, euch unverporgen. Wir können aber nit gewissen, war ir heimlich handelt, denn das wir gern sehen, das es gut were vnd wol geriet und zu verantworten stund ...*“ <sup>(5)</sup>

Eine zweite Reaktion Albrechts war auf längerfristige Erfolge abgestellt und hatte ausschließlich mit der mangelnden Information zu tun, unter der er bis jetzt in der Glogauer Frage und den daraus resultierenden Konflikten mit Ungarn gelitten hatte. Albrecht achtete darauf, dass in Zukunft Gesandtschaften nach Ungarn mit Leuten seines Vertrauens besetzt waren und dass er auch in Ansbach Informationen aus erster Hand erhielt. Sehen wir uns deshalb den weiteren Fortgang von Albrechts Politik gegenüber Schlesien und Ungarn unter dem Gesichtspunkt der Informationsbeschaffung an.

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 383, S. 370. Was die finanzielle Seite der Abmachung angeht, so hatte Heiden dies entweder falsch verstanden, oder aber falsch berichtet. Denn Matthias bekam die ungeheuere Summe von 400 000 Gulden natürlich nicht ausgezahlt, sondern sie war, wie oben schon angeführt, die Pfandsumme, für die Ladislaus theoretisch Mähren und Schlesien von Matthias einlösen hätte können. Die finanziellen Aspekte werden Albrecht nicht besonders interessiert haben, sondern eher die territorialen Abmachungen, die seinen Interessen diametral entgegen standen.

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 36; Priebatsch 2, Nr. 411, S. 400.

<sup>3</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 3.; Priebatsch 2, Nr. 413, S. 401 f.

<sup>4</sup> Diese Verhandlungen sind in Kapitel 2.4 näher untersucht.

<sup>5</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 59; Priebatsch 2, Nr. 383, S. 370 f.

Nachdem der Kurfürst nach seiner Ankunft in Brandenburg zuerst erfolgreich gegen die Pommern gekämpft hatte, wandte er sich dem zweiten Kriegsschauplatz zu. Ab dem Spätsommer 1478 befand sich Albrecht meistens im Südosten des Landes nahe dem Kampfgeschehen. Das ermöglichte ihm offensichtlich viele direkte Kontakte zu den Gegnern. Zusätzlich dazu ist noch eine große Zahl von Briefen überliefert, die zwischen dem König von Ungarn beziehungsweise dessen Statthalter Stein in Schlesien auf der einen Seite und den Brandenburgern andererseits hin- und hergingen.

Albrecht hielt von Brandenburg aus auch Kontakt nach Prag. So ließ Albrecht mit Datum vom 2. November 1478 Instruktionen für einen Gesandten an seinen Schwiegersohn Heinrich von Münsterberg aufschreiben, aus denen klar wird, dass er kurz vorher darüber informiert worden war, dass ein neues Abkommen zwischen Ladislaus und Matthias geschlossen worden war, das den Status Quo noch einmal bestätigte. Heinrich solle bitte bei König Ladislaus dafür sorgen, „ ... *das er uns vnderrichtung gebe, wir wir uns halten sollen nach laut der bericht, die er mit dem konig von Hungern eingegangen hat, als uns anlangt. Man sagt, sie sollen bede konig bleiben und einer dem anderen schreiben konig zu Beheim und sol iglicher innbehalte, das er habe mit aller gehorsam und obrigkeit, lehen, leihen, volg, offnung, gult und alle gehorsam behalten ins einem tail und welcher den andern iüberlebe, derselb soll ein erbkonig bleiben und das gut, das der ander innhabt hat, losen umb 300 000 gulden und kein tail sol den andern abzulosen haben, die weil sie bede leben.*“<sup>(1)</sup>

Die Quelle dieser Information ist nicht bekannt, doch gibt sie die Regelungen sehr gut wieder, die im Vertragsentwurf von Brünn vom 30. September 1478 enthalten waren. Albrechts Informant war ein guter Kenner des Vertrags und nun war auch Albrecht bestens informiert. Besonders die Nachfrage des Kurfürsten, wie es um die Führung der Kurstimme bestellt sei, beweist, dass ihm der Text bis ins Detail bekannt war. Denn gerade dieser Punkt wurde in den Verhandlungen zwischen Matthias und Ladislaus ausgespart.<sup>(2)</sup> Es war Albrecht nun gelungen, die korrekten Informationen über die für ihn so wichtige Situation in Böhmen zu bekommen. Diesmal scheint er auch dem Informanten Glauben geschenkt zu haben, der die korrekten Informationen hatte.

Die weiteren Verhandlungen mit Ungarn liefen von Brandenburg aus über Georg von Stein und über mehrere Gesandte des Königs Matthias, zum Beispiel den ungarischen Kanzleischreiber Johannes Goldin, der mit einer Credenz des Corvinen nach Brandenburg kam und auf dessen Vortrag Albrecht am 4. Oktober schriftlich antwortete.<sup>(3)</sup> Am 2. Januar 1479 sagte sich der ungarische Truppenführer Zeleni zu einem Besuch an. Auch ihm antwortete Albrecht.<sup>(4)</sup> Doch die Verhandlungen kamen nicht voran, da beide Seiten auf ihren Standpunkten beharrten. Matthias verlangte, dass man Glogau von ihm zu Lehen nehme und Albrecht wollte dies unter allen Umständen vermeiden. Gegenseitige Beschuldigungen, wer wann den Waffenstillstand gebrochen habe, trugen nicht zur Entkrampfung der Situation bei.

Der Wissensstand Albrechts über die Situation im gegnerischen Lager basierte bis zu diesem Zeitpunkt lediglich auf den Aussagen der Gegenseite. Es ist nicht überliefert, ob das den Kurfürsten störte. Er beschloss aber zu Beginn des Jahres 1479 selbst eine erste Gesandtschaft nach Ungarn zu schicken, um weiter zu verhandeln. Die Gesandten konnten, das war für Albrecht sicher auch wichtig, in Zukunft ihre Einschätzungen schicken und Albrecht konnte damit auf die Informationen eigener Leute aus Ungarn zählen.

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 444, S. 425 f.

<sup>2</sup> Der Vertragsentwurf von Brünn bildete die Grundlage für die Machtverteilung in den Reichen der Krone Böhmens bis zu Matthias' Tod im Jahr 1490. Die Ergebnisse von Brünn wurden im Dezember 1478 in Olmütz verkündet und schließlich am 21. Juli 1479 ebendort feierlich als Vertrag unterzeichnet. Näheres zu diesem Vertrag bei Nehring, a.a.O., S. 95 ff.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 440, S. 421 f.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 149 r.; Priebatsch 2, Nr. 483, S. 453 f.

Erster nachweisbarer Gesandter war der von Albrecht in Dienst genommene ungarische Adelige Jan von Mila, der im Februar 1479 Nachrichten über den Glogauer Erbstreit aus Ungarn brachte. Er habe beim Ungarnkönig vorgesprochen und durch seine Zähigkeit einiges erreicht, so hieß es in seinem Bericht vom 20. Februar. Matthias habe Friedrich von Liegnitz, Bischof Rudolf von Breslau und den Söldnerführer Stephan Zapolya mit Verhandlungen über die Glogauer Frage beauftragt. <sup>(1)</sup>

Am 5. April schrieben die Ansbacher Räte an Albrecht. Sie hatten Besuch von zwei Gesandten des Pfalzgrafen Otto von Neumarkt bekommen, die von der Reise ihres Herren nach Ungarn berichteten. <sup>(2)</sup> Sie schrieben die Aussagen der Neumarkter Räte ab und übermittelten sie an Albrecht nach Brandenburg. Otto, so das Gesprächsprotokoll, sei von König Matthias befohlen worden, gemäß seiner Verpflichtung der Krone Böhmens gegenüber dem ungarischen Hauptmann in Pilsen vier Burgen im Grenzgebiet zwischen Böhmen und dem Fürstentum auf dem Gebirge zu Angriffen auf Albrecht zur Verfügung zu stellen. <sup>(3)</sup> Um dies abzuwenden, sei Otto nach Ungarn gereist und in Kaschau <sup>(4)</sup> empfangen worden. Er habe dem Ungarnkönig versichert, dass er bereit sei, seine böhmischen Lehen von ihm zu empfangen, habe aber weiter erklärt, dass er ihm die Burgen nicht zur Verfügung stellen könne, weil er einen Vertrag mit Albrecht Achilles habe. Auch habe er seine Vermittlung angeboten. Dem habe Matthias zugestimmt, doch solle er nur zusammen mit dem Kurfürsten von Sachsen tätig werden, den Matthias bereits damit beauftragt habe. Zu der Zeit, als er am Hof gewesen sei, sei ein Angebot Albrechts dort angekommen, dessen Inhalt Matthias nicht gefallen habe. Sein Unmut habe sich aber gegen seine eigenen Räte gerichtet, die Bedingungen zugestimmt hätten, die ihm nicht gepasst hätten. Einer dieser Punkte sei die Zusage gewesen, Barbara von Brandenburg als Königin von Böhmen zu bezeichnen und sie belehnen zu müssen, wenn sie auf seine Seite trete. Auch die Verpflichtung, Johann von Sagan im Stich lassen zu müssen, wenn man sich mit Brandenburg einige, habe Matthias nicht gefallen. <sup>(5)</sup>

Die Informationen, die Albrecht über die Reaktion des Matthias auf die Vorschläge aus Brandenburg erhielt, waren hochinteressant. Denn sie zeigten ihm, dass es auf der ungarischen Seite deutliche interne Differenzen gab und die Positionen der Räte nicht immer mit der des Königs abgestimmt waren. Dies musste Albrecht natürlich unter dem Vorbehalt sehen, dass die Aussagen der Räte Ottos in diesem Punkt zutreffend waren. Es gibt allerdings m. E. keinen Grund, diesen Aussagen zu misstrauen, da es den Räten oder Otto von Neumarkt keinen Vorteil gebracht hätte, in diesem Punkt zu lügen. Anders sieht es natürlich mit dem zweiten Teil der Informationen aus, die sich auf Ottos Beweggründe für die Reise und seine Einstellung zu einem möglichen Konflikt bezogen. Hier war immer die Gefahr gegeben, dass er seine Interessen dann doch auf der Seite des Matthias von Ungarn sah. <sup>(6)</sup>

Die Nachricht über Ernst von Sachsen, der als Vermittler eingesetzt war, zeigte Albrecht erneut, dass die Zeit der engen Zusammenarbeit mit dem Hause Wettin zu Ende ging. Diese Information deckte sich mit den Nachrichten, die er Anfang des Jahres durch Wilhelm von Sachsen-Weimar via Hauptmann Hans von Redwitz über Ernst und seinen Bruder, Herzog

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 518, S. 482 f.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 549, S. 506 f. Oben in Kapitel 2.1 wurde näher auf diese Quelle eingegangen.

<sup>3</sup> Bei Wüst, Pfalz-Mosbach, finden sich eine Reihe von Herrschaften und Burgen nachgewiesen, für die der König von Böhmen ein Öffnungsrecht hatte. Siehe Wüst, a.a.O., S. 204 ff. Es ist folglich nicht klar, welche Befestigungsanlagen hier gemeint gewesen sein könnten. Siehe die genauere Analyse in Kapitel 2.6.

<sup>4</sup> Kaschau, heute Kosice in der Slowakischen Republik, liegt sehr weit im Osten des damaligen Königreichs Ungarn. Pfalzgraf Otto von Neumarkt musste eine lange Reise unternehmen, um mit Matthias sprechen zu können.

<sup>5</sup> STAN, C 3, Nr. 267, fol. 72 f.; Priebatsch 2, Nr. 549, S. 506 f.

<sup>6</sup> 1485 eroberte Otto von Neumarkt eine Burg in der Nähe von Kulmbach, dann allerdings in Zusammenarbeit mit und wohl im Auftrag von Herzog Georg von Landshut.

Albrecht von Sachsen, bekommen hatte. Dort hatte es geheißten, dass Ernst und Albrecht bei Matthias seien und dass man ihnen nicht trauen dürfe.<sup>(1)</sup>

Ende April 1479 sandte Albrecht noch von Cölln aus Sigmund von Rotemberg und Dr. Johann Pfofel als Gesandte nach Schlesien zum ungarischen Statthalter Georg von Stein und schließlich weiter nach Ungarn.<sup>(2)</sup> Am 28. April meldeten sie sich das erste Mal und informierten den Fürsten über den Ablauf der Gesandtschaftsreise, den sie mit Stein vereinbart hatten. Der Waffenstillstand zwischen Ungarn und Johann von Sagan auf der einen und Brandenburg auf der anderen Seite solle bis zum 15. Juni 1479 gelten. Seien sie bis acht Tage nach Pfingsten nicht zurück oder hätten sich brieflich nicht gemeldet, werde sich der Waffenstillstand automatisch verlängern. Stein, so schrieben sie explizit, habe auch den Herzog von Sagan über den befristeten Frieden informiert. Man reise jetzt zusammen mit Stein über Liegnitz nach Breslau und dann nach Preßburg, wo man mit Matthias zusammentreffen werde. Die Informationen über die weitere Reiseroute werde man in Liegnitz hinterlassen.<sup>(3)</sup>

Mehr als das konnte Albrecht von einer ersten Berichterstattung nicht erwarten. Die Gesandten hatten ihm alles mitgeteilt, was er vorerst wissen musste: bis wann die Waffen schweigen sollen, ab wann man folglich wieder mit Gefechten zu rechnen habe und welchen Weg die Gesandten nehmen, falls man ihnen noch Informationen hinterher schicken will.

Bericht Nummer zwei trägt das Datum vom 30. April 1479, stammt aus Liegnitz und konkretisierte die zwei Tage vorher geschickten Informationen. Der Waffenstillstand sei gesichert bis zum Sankt-Veits-Tag, dem 15. Juni. Falls die Verhandlungen weitergehen würden, herrsche bis zu Michaeli, dem 29. September, Frieden, hätten die Ungarn zugestanden. An Christi Himmelfahrt, im Jahr 1479 war dies der 20. Mai, würden die Verhandlungen mit Matthias in Olmütz beginnen. Der Brief schloss wieder mit dem Hinweis, wie man beabsichtige weiterzureisen: „... und ziehen mit dem bischof von Preslaw nach der Neysse und nit uf Glaz, umb sicherung willen der weg.“<sup>(4)</sup>

Ab dem Moment, in dem der Brief in Cölln ankam, war Albrecht über weitere Details der Verhandlungsorganisation informiert. Vor allem die genauen Daten erlaubten es ihm, seine diplomatischen und organisatorischen Schritte zu planen.

Zusätzliche ausführliche Informationen über die politische Position des ungarischen Königs in der Glogauer Frage erhielt Albrecht dann durch die weiteren Berichte seiner Gesandten, die Mitte Mai 1479 in Ungarn eintrafen. In einer Reihe von Schreiben zwischen dem 19. Mai und dem 15. Juni informierten Rotemberg und Pfofel Kurfürst Albrecht sehr ausführlich über die Vorgänge und Absprachen. Das erste Schreiben vom 19. Mai aus Preßburg berichtete allerdings nur, dass die unterschiedlichen Ansichten ausgetauscht worden seien.<sup>(5)</sup> Von einem einjährigen Waffenstillstand konnten die Räte dann in einem Brief vom 26. Mai berichten.<sup>(6)</sup>

In diesem Bericht sind auch sehr wichtige Informationen enthalten, die Albrecht zeigten, wie er und seine Machtstellung am ungarischen Hof eingeschätzt angesehen wurden. Die Räte verfassten in dem Brief vom 26. Mai 1479 eine lange Abhandlung, in der sie die konträren Ansichten der beiden Seiten im Glogauer Erbfall noch einmal darlegten und den fruchtlosen Austausch schon bekannter Argumente ihrerseits und der ungarischen Gastgeber andererseits wiederholten. Das zeigte Albrecht schon einmal, dass die Verhandlungen nicht weiter kamen. Aufschlussreicher mögen die Teile des Briefes gewesen sein, in denen es um das Prozedere der Verhandlungen und das Verhalten der Ungarn den Gesandten gegenüber ging. Sie hätten

<sup>1</sup> STAN, A.A. 768 II, 15; Priebatsch 2, Nr. 484, S. 454.

<sup>2</sup> Die Beglaubigung der Räte durch Albrecht erfolgte am 23. April.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 231 v.; Priebatsch 2, Nr. 551 a, S. 508 f.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 551 b, S. 509 f.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 565, S. 524 ff.

<sup>6</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 234 ff.; Priebatsch 2, Nr. 565, S. 524 ff.

am Tag ihrer Ankunft, dem 13. Mai, 30 ungarische Gulden für den Aufenthalt in der Herberge bekommen, so die Räte. Schon am kommenden Tag habe sie der Kardinallegat empfangen, bei dem sie um eine Audienz beim König gebeten hätten. Die sei ihnen bereits am nächsten Tag gewährt worden und sie seien dazu von „*Steffan, dem heimlichen Liebhaber*“, in der Herberge abgeholt worden. <sup>(1)</sup>

Auf einem der sieben Zettel, die dem Hauptbrief beigelegt waren, schilderten die Räte einen Teil der Aussprache mit dem König, in dem dieser den Verdacht zurückgewiesen habe, mit den Gegnern Brandenburgs, den Herzögen von Pommern, gemeinsame Sache machen zu wollen. Diese hätten ihm schriftliche Bündnisangebote gemacht, die „... *der konig nit hat wollen lesen und gesaget (mit gnedigem urlaub) er scheid in solich verretterisch brive.*“ <sup>(2)</sup>

Die Aufnahme am ungarischen Hof war also durchaus korrekt. Sie wurden durch die Übernahme der Kosten aus der Herberge ausgelöst und man brachte den Räten eine gewisse Höflichkeit entgegen, vor allem auch deshalb, weil man sie nicht lange warten ließ. Die deftig formulierte Aussage, Ungarn wolle auf keinen Fall ein Bündnis mit Pommern eingehen, ist sicherlich von keinem der Beteiligten als endgültig angesehen worden, doch zeigte sich hier eine gewisse Offenheit im Umgang mit den Gesandten, die geeignet war, Vertrauen zu schaffen. Denn eine diplomatischer formulierte Aussage wäre sicherlich auch verständlich gewesen.

Zusätzlich zu Rotemberg und Pfofel hatte Albrecht noch einen weiteren Gesandten in Ungarn. Es handelte sich um den Grafen Otto von Henneberg, über dessen Tätigkeit wir nur dadurch informiert sind, weil es zu einer Kommunikationspanne kam. Denn ein Brief an Henneberg, den Albrecht ihm im Frühsommer 1479 geschickt hatte, kam nicht an. Wir sind über das Problem durch das Schreiben der Gesandten Pfofel und Rotemberg informiert, das sie am 26. Mai aus Preßburg an Albrecht Achilles sandten. Darin referierten sie die gesamte bis dahin geleistete Arbeit und erwähnten auch einen Brief Albrechts an Henneberg: „*G.h. graff Ott vom Hemberg ist bei dem konig zu offen uns seins hinabreytens nit hie zu gerieten. So der hieher kumbt, wollen wir e. g. briff im behendigen und euer g. bepfelh nach die sachen entdecken.*“ <sup>(3)</sup> Henneberg, der Bruder des damaligen Bamberger Bischofs Philipp von Henneberg, sei zum Ungarnkönig nach Budapest gekommen. Allerdings, so die anderen Gesandten, sei er nicht über Preßburg gereist und habe somit einen Brief Albrechts, der für ihn bestimmt oder aber dessen Inhalt zumindest für ihn wichtig gewesen sei, nicht entgegennehmen können. Falls Henneberg noch nach Preßburg kommen sollte, werde man ihm das Schreiben aushändigen und ihm auch die weiteren Befehle Albrechts mündlich ausrichten.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass Otto von Henneberg einen Auftrag Albrechts in Ungarn ausführte. Auf jeden Fall ist bekannt, dass Otto von Henneberg <sup>(4)</sup> bereits mehrmals für

<sup>1</sup> STAN, a.a.O.; Priebatsch 2, a.a.O. Die Bezeichnung Liebhaber bedeutet, dass es sich um einen Günstling, einen Anhänger des Königs handelte. Der Begriff Liebhaber wird öfter in dieser Bedeutung verwendet. Siehe Grimm, Deutsches Wörterbuch, a.a.O., Band 6, Sp. 962, Punkt 4 und Götze, Frühneuhochdeutsches Glossar, a.a.O., S. 151: lieben: sich einschmeicheln, sich empfehlen. Bei Diefenbach, Wülcker, Hoch- und Niederdeutsches Wörterbuch, Sp. 740, ist explizit Günstling als mögliche Bedeutung für den Ausdruck Liebhaber vorgesehen. Mit heimlich ist vertraut gemeint. Siehe Götze, a.a.O., S. 118. Heimlichkeit = Vertraulichkeit, auch bei Diefenbach, Wülcker, a.a.O., Sp. 658 und bei Grimm, a.a.O., Band 10, Sp. 876, ist diese mögliche Bedeutung erwähnt. Die Räte sahen die Tatsache, dass sie von einem dem König nahestehenden Mann zur Audienz abgeholt worden waren, als eine Auszeichnung an, über die sie Albrecht in Kenntnis setzen wollten. Stefan Crispi wurde am 26. Februar 1490 zum Bischof von Sirmium, einem Suffraganbistum des ungarischen Erzbistums Calozka ernannt. Siehe Eubel, Band 2, S. 238.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 231 v.; Priebatsch 2, a.a.O.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 565, S. 527. Es handelt sich um einen beigelegten Zettel zum Schreiben an Albrecht.

<sup>4</sup> Die Grafen von Henneberg, in den Quellen oft als Hemberg bezeichnet, waren ein in Franken und im sächsisch/thüringischen Gebiet begütertes Reichsgrafen-Geschlecht und wurden in der früheren Neuzeit in den Reichsfürstenstand erhoben. Im 15. Jahrhundert stellte die Familie schon mehrere Reichsbischöfe. Neben dem schon erwähnten Philipp in Bamberg ist hier vor allem Berthold von Henneberg zu erwähnen, der 1482

Albrecht im Einsatz gewesen, so als Truppenführer im Reichskrieg von 1474. In einem Dokument, ebenfalls vom Mai 1479, tauchte er in der Liste der Statthalter Albrechts in Ansbach auf. <sup>(1)</sup> 1478 war Henneberg als Oberkommandierender der markgräflichen Truppen in Franken vorgesehen, als es Gerüchte um Einfälle aus Böhmen ins obergirgische Fürstentum gab. <sup>(2)</sup> Ob Henneberg noch nach Preßburg kam und ob er von den zusätzlichen Aufträgen Albrechts erfuhr und sie ausführte, ist nicht nachzuweisen.

Henneberg schrieb den Ansbacher Räten nach seiner Rückkehr aus Ungarn am 22. Mai aus Neumarkt und erwähnte in diesem Brief nichts über ein zusätzliches Schreiben Albrechts. Er riet nur, dass sie Albrecht auffordern sollten, zu den anstehenden Verhandlungen in Olmütz jemanden zu schicken. Er nehme im Auftrag seines Bruders, des Bamberger Bischofs, an den dortigen Verhandlungen teil. <sup>(3)</sup> Dass Henneberg jetzt für seinen Bruder tätig wurde, schließt nicht aus, dass er vorher zumindest auch für Albrecht Achilles verhandelte. Oftmals war ein und der selbe Gesandte für verschiedene Auftraggeber tätig. Da Henneberg im Frühjahr und Sommer 1479 zu Albrechts Statthaltern zählte, ist es sehr wahrscheinlich, dass man ihn zu der Gesandtschaftsreise abstellte.

Albrecht hatte damit zwei Gesandtschaften, beide mit Männern seines Vertrauens besetzt, in Ungarn. Die Übermittlung von Aufträgen und die Weiterleitung von Befehlen klappte in diesem Fall aber nicht besonders gut, weil der Gesandte offensichtlich auf einem anderen Weg zu seinem Ziel reiste als der Bote mit dem ihm nachgesendeten oder zumindest für ihn wichtigen Schreiben.

Der dritte Bericht der Ungarngesandten aus dem Machtbereich Matthias' stammt vom 25. Juni und informierte Albrecht darüber, dass König Matthias auf seiner nächsten Reise nach Schlesien die Glogauer Frage selbst untersuchen und entscheiden werde und damit die einen Monat vorher geäußerte Meinung, er wolle nicht entscheiden, revidiert habe. Matthias und Ladislaus hätten sich in einem weiteren Vertrag von Olmütz ebenfalls auf einen Waffenstillstand geeinigt. <sup>(4)</sup> Außerdem erfuhr Albrecht, dass der ungarische Statthalter in Schlesien, Georg von Stein, seinem König zu einer harten Haltung gegenüber Brandenburg rate. Auch erwähnenswert fanden es die Gesandten, dass Herzog Albrecht von Sachsen, der in Schlesien und in Böhmen ebenfalls Interessen hätte, nach Ungarn gekommen sei. <sup>(5)</sup>

Durch diese sehr dichte Folge von Informationsbriefen seiner Gesandten, blieb Albrecht informiert und konnte sich auf die politischen Veränderungen einstellen, die sich im böhmischen Konflikt und in den Streitigkeiten in Schlesien ergaben. So reagierte Albrecht auf die Nachricht des erneuten Waffenstillstandsabkommen zwischen den beiden Königen, indem er am 25. August 1479 bei Ladislaus nachfragte, wie denn die Bedingungen aussähen, auf die er und Matthias sich geeinigt hätten. <sup>(6)</sup>

Eine neue Gesandtschaft Albrechts war gegen Ende des Jahres 1479 nach Ungarn gekommen. Sie berichtete Anfang 1480 das erste Mal, diesmal wieder nach Ansbach, wohin der Kurfürst im Spätsommer 1479 zurückgekehrt war. Nachdem König Matthias die Zwangsverwaltung, die Quellen benutzen den Fachausdruck Sequestrierung, des Herzogtums Glogau in einem Schreiben an Albrecht vom 13. Januar 1480 verfügt habe, habe er Herzog Friedrich von Liegnitz am selben Tag beauftragt, die Verwaltung dort am Sonntag Invocavit, dem 20.

---

Erzbischof von Mainz wurde und zu den Reichsfürsten zählte, die zusammen mit Kaiser Maximilian die Reichsreform voranzubringen versuchten. Gleichzeitig zu Graf Otto von Henneberg weilte auch ein Georg von Henneberg am ungarischen Hof. Er war Deutschherr und Mitglied einer Gesandtschaft des Hochmeisters an Matthias Corvinus. Die Genealogie der Grafen von Henneberg ist in Georg J. Kleiser; *The Counts of Henneberg. Aristocrats of the Holy Roman Empire. 840 – 1583*; Toronto, 1985, nachzulesen.

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 557, S. 518.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 459, S. 439.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 560, S. 520 f.

<sup>4</sup> Die Bestimmungen dieses Friedensvertrages sind publiziert in *SS. Rer. Sil.*, Band 13; S. 270 ff.

<sup>5</sup> STAN, *Herrschaftliche Bücher*, Nr. 49, fol. 249; Priebatsch 2, Nr. 575, S. 537.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., Nr. 49, fol. 251r.; Priebatsch 2, Nr. 594, S. 549 f.

Februar, zu übernehmen, so ihr Bericht. Sie, die brandenburgischen Räte Rotemberg und Schenk von Landsberg, hätten dem zugestimmt. <sup>(1)</sup> Diese Nachrichten teilten die Räte aus der ungarischen Hauptstadt Budapest Kurfürst Albrecht am 20. Februar 1480 und Markgraf Johann, der die brandenburgischen Truppen und die Verwaltung vor Ort unter seinem Befehl hatte, sogar erst am 28. Februar mit. Sie rieten in beiden Briefen, den Spruch anzunehmen, der wegen der Krankheit des Königs erst so spät erfolgt sei. <sup>(2)</sup> Vor allem die Benachrichtigung Johanns erfolgte relativ spät, so dass eine reibungslose Übergabe des Herzogtums an den Verwalter nicht garantiert war. Dadurch, dass sich Herzog Johann von Sagan gegen den Spruch des Königs stellte, konnte die Sequestrierung nicht stattfinden und die verspätete Information Albrechts und Johanns spielte somit keine Rolle.

Die Räte Dr. Johann Pfofel und Sigmund Rotemberg reisten im Frühjahr 1480 erneut an den ungarischen Hof. Rotemberg, der auch im Winter dort tätig war, könnte sich sogar die gesamte Zeit zwischen Dezember 1479 und Sommer 1480 dort aufgehalten haben. <sup>(3)</sup> Sie sandten jedenfalls in der zweiten Hälfte des Monats März einen Bericht nach Ansbach. Darin teilten sie mit, dass sie am Mittwoch nach Letare, dem 15. März, vom König und seinen wichtigsten Räten – sie zählten zwölf namentlich auf und erwähnten noch „*sunst gar vil guter leut*“ – empfangen worden seien. Die Räte berichteten weiter, dass sie vorgetragen hätten, dass ihr fürstlicher Auftraggeber die Sequestrierung des Herzogtums Glogau, die Matthias angeordnet habe, auch in Zukunft respektieren werde. Herzog Johann von Sagan hingegen, so die Mitteilung der Räte an Albrecht, akzeptiere die Entscheidung weiterhin nicht.

Dann folgt die Schilderung der königlichen Erwidern. Der Erzbischof Georg von Colazhan (Kalocza-Bacs) habe sie vorgetragen und die ungarische Seite habe verkündet, dass der ungehorsame Teil der Vertragspartner Sanktionen zu gegenwärtigen habe. Der König selbst habe dann noch angemerkt, dass man „... *seine redt zu seinem fruntlichen bruder marggraven Albrechten schicken und mit im ferrer handeln lassen.*“ <sup>(4)</sup>

Die Reaktion Albrechts auf den Bericht aus Ungarn bestand in einer Nachricht an Markgraf Johann, die in Ansbach am 16. April weggeschickt wurde. Das späte Datum dieses Briefes ist damit zu erklären, dass die Gesandten aus Ungarn mindestens noch einmal eine Nachricht übermittelt hatten, die der Kurfürst abgewartet und in sein Schreiben an Johann hat einfließen lassen. Denn in Albrechts Brief waren Informationen wiedergegeben, die im überlieferten Schreiben der Räte nicht zu finden sind. <sup>(5)</sup> Neben der Auskunft, dass Matthias Räte schicken werde, hatte Albrecht ausweislich der Weitergabe der Nachrichten an Johann von den Gesandten noch erfahren, dass diese Räte nach Crossen kommen würden und dass der König 25 000 ungarische Gulden als seinen Teil des Kompromisses einbringe. Wenn man ihm von Brandenburger Seite 30 000 rheinische Gulden gebe, wolle er dafür Crossen an Brandenburg abtreten. Der Text lautet: „*Nu hoft der pfotel, man mocht villeicht den kauff leichter bekommen, wie dann der kauff wurd, dreissigk tausend Reinisch guldin oder darundter, wollt der könig*

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 634, S. 577 f.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 195, S. 245; Priebatsch 2, a.a.O.

<sup>3</sup> Es gibt keine Fertigung für eine neue Gesandtschaft nach Ungarn, allerdings aber eine Rechnung, dem nachfolgend analysierten Brief hinzugefügt, die die Ausgabe von „*Vlc (600) gulden Ung. Verzert zu Offen nach des schaffers rechnung*“ ausweist. Es spricht also vieles dafür, dass sich die Räte die gesamte Zeit über am Hof des Matthias aufgehalten haben. Diese Tatsache tendiert bereits in Richtung einer ständigen Gesandtschaft, jedenfalls solange, wie die ernsten Dispute um das Glogauer Erbe anhielten. Die schon erwähnte Krankheit König Matthias', die Entscheidungen verzögerte, könnte auch ein Grund für die lange Gesandtschaftsdauer gewesen sein.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 290 v.; Priebatsch 2, Nr. 654, S. 596 f.

<sup>5</sup> Höchstwahrscheinlich waren die Räte aus Ungarn zurückgekehrt und hatten mündlich berichtet. Denn im Brief Albrechts heißt es: „*Doctor Pfottel hat vnns bericht, alls vns nicht zweiuelt, Ir nu von den retten auch bericht seyt ... got schicks zum besten mit seinem gotlichen willen. Doch wollen wir auff bestimbte zeit doctor pfotteln auch hinen schicken, auff das sie all drey bey ein sind, domit kein bruch an vns sey.*“ Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 68 r.; Riedel 3,2, Nr. 198, S. 249 ff.; Priebatsch 2, Nr. 654, S. 597.

*die vbermasz der andern funfvndzweitzigk tausend vngrisch guldin auch herausgeben, das eins mit dem andern zu gienk.*“<sup>(1)</sup>

Eine weitere nicht im ersten Schreiben übermittelte Nachricht war auch, dass man die ungarischen gegen die brandenburgischen Gefangenen austauschen werde. Das Freilassungsdekret des Ungarnkönigs ist auf den 23. März 1480 datiert und liegt in den Ansbacher Archiven genau hinter dem Bericht der Räte vor, muss also zeitnah überstellt worden sein.<sup>(2)</sup>

Albrecht wies Johann dann an, ebenfalls eine bevollmächtigte Gesandtschaft nach Crossen zu schicken, den Kauf der Stadt perfekt zu machen, den Preis wenn möglich zu drücken und das überschüssige Geld einzuziehen. Zwei Räte reisten aus Ungarn direkt nach Brandenburg zu Johann, der folglich auch Nachrichten aus erster Hand erhielt. Das Vorgehen, das Albrecht angeordnet hatte, vereinfachte die Vorgehensweise, denn Albrecht musste Johann jetzt nicht mehr alles von Grund auf berichten, sondern konnte auf einem Wissensstand aufbauen. Um sicher zu sein, dass in Cölln auch alles verstanden worden war, schickte Albrecht aus Ansbach noch einen Brief und wohl auch noch den erfahrenen Unterhändler Pfofel nach Cölln. Der Kurfürst zog aus den wahrscheinlich zwei Berichterstattungen der Räte nun den großen Nutzen, sich rechtzeitig vor den Verhandlungen in Crossen eine Taktik überlegen und diese auch rechtzeitig an seine Statthalter und Räte in Brandenburg übermitteln zu können. Die gute Nachrichtenlage ermöglichte es ihm, aus einer optimalen Position heraus zu verhandeln.

Eine Reise des Gesandten Hertnid von Stein im Sommer 1480 nach Rom brachte Albrecht ebenfalls sehr wertvolle Nachrichten über die Beziehungen zu Ladislaus von Böhmen und konkret zum Stand in der Auseinandersetzung um die Ehe zwischen Barbara und dem widerspenstigen Schwiegersohn. Der Domdechant schilderte in einem Schreiben vom 8. Juli 1480 alle Maßnahmen, die er mit Hilfe von Kardinälen an der Kurie ergriffen habe, um ein Scheitern des Eheprojekts zu verhindern. Vor allem habe er erreicht, dass zwei Albrecht nahestehende Kardinäle, Francesco Piccolomini und Auxias de Podio, in Zukunft sämtliche aus Prag in der Kurie eingehende Schriftstücke zuerst einsehen können.

Dieser Erfolg machte sich auch sofort bezahlt. Den Kardinälen – und damit auch Stein – wurde Einsicht in ein Schreiben des Königs Ladislaus gewährt, das im vorangegangenen Winter nach Rom gesandt worden war. Darin beglaubigte der Böhmenkönig einen Dominikaner, der den Papst von der Rechtgläubigkeit des Böhmenkönigs überzeugen sollte. Der Papst, so hatte Stein aus den Dokumenten herausgelesen, schien die Abkehr des Ladislaus von den utraquistischen Lehren ernst zu nehmen. Eine Abschrift dieses Briefes aus Prag, das enthüllt eine beigelegte Zedula, ließ Stein von einem Diener des Kardinals von Mantua, Albrechts Großneffen, sofort an den Fürsten überbringen.<sup>(3)</sup>

Die Annäherung Ladislaus‘ an den Papst musste Albrecht natürlich genau beobachten, weil sie ihm auf der einen Seite nützlich sein könnte. Denn nur ein unumstritten anerkannter König war ein guter Partner. Zum anderen barg es aber die Gefahr, dass Ladislaus, einmal aus der Sackgasse der hussitischen Ketzerei entkommen, ihn umso weniger als Bündnispartner brauchte und deshalb die Ehe mit Barbara in noch größere Ferne rücken könnte.

Nachrichten aus Schlesien bekam Albrecht in einem Brief seines Sohnes Johann, der Ende September 1480 aus der Mark Brandenburg abgeschickt worden war. Johann beklagte darin die hohen Kosten, die ihm die Verwaltung der Teile des Herzogtums Glogau verursachte, die die Brandenburger noch in ihrem Besitz hielten. Er müsse dem dortigen Hauptmann und

<sup>1</sup> STAN, a.a.O. Nr. 45, fol. 68 r.; Riedel 3,2, Nr. 198, S. 249 ff.; Priebatsch 2, Nr. 654, S. 597. Der Wechselkurs des ungarischen zum rheinischen Gulden betrug 6 zu 7. Ein ungarischer Gulden war also rund 1,2 rheinische Gulden wert. Albrecht hätte also noch einen leichten finanziellen Gewinn gemacht, wenn der Vertrag in dieser Form zu Stande gekommen wäre.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, S. 597. Anm. 1.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 676, S. 623 f.

dessen Söldnern noch 400 Gulden schicken und habe noch keinerlei Einnahmen aus der Herrschaft erhalten. Außerdem müsse er noch für die Versorgung Barbaras aufkommen. <sup>(1)</sup>

Am 21. Oktober 1480 antwortete Albrecht seinem Sohne auf diesen Brief. Albrecht schilderte Johann die Maßnahmen, die er schon ergriffen hatte, um die finanzielle Notlage der dortigen Verwaltung zu beheben. „... *als ir uns geschriben habt, Crossen halben, haben wir den Lest* (Hauptmann von Crossen; d. Verf.) *bestellt umb VIIIc gulden und im IIIc gulden daran bereit geben, die ubermaß solt Crossen uf das myndst wol ertragen nach laut der register der gült.*“ Der Nachrichtenwert dieser Briefe war gering, weil Albrecht und Johann jeweils schon wussten, was gemeldet wurde, diese Tatsachen nur anders interpretierten.

Eine weitere Gesandtschaft, die im Spätherbst 1480 in Budapest war, lieferte Albrecht ebenfalls sowohl politische Informationen als auch atmosphärische Schilderungen. Der erste Bericht der Räte stammt vom 14. Dezember und listet die Ereignisse auf, ohne allerdings genau auf die Chronologie zu achten. Nach ihrer Ankunft an Allerheiligen – sie seien zusammen mit dem König und dessen Hofstaat in der Hauptstadt eingezogen – seien sie, Otto Schenk von Landsberg und Sigmund von Rotemberg, schon am folgenden Freitag vom König in Privataudienz empfangen worden, „*heymliche verhorung*“ lautet der Ausdruck in der Quelle. Sie selbst hätten den brandenburgischen Standpunkt auch vor dem versammelten Hofe noch einmal dargelegt, wie auch die Abgesandten Hans<sup>c</sup> von Sagan öffentlich ihre Sicht der Dinge vertreten hätten. Die schriftliche Fassung beider Vorträge wurde dem Brief an Albrecht beigelegt. Der König habe sich dann Bedenkzeit ausbedungen, um eine Entscheidung zu fällen, auf die man heute noch warte, so die Räte.

Ist in diesem Schreiben der Informationsgehalt auch wieder eher dürftig, weil es auch noch keine Entscheidung Matthias<sup>c</sup> zu übermitteln gab, so waren wieder die Nachrichten über die Behandlung der Gesandtschaft von Interesse. Die Gesandten meldeten nämlich, dass sie schon vor ihrer Ankunft in Budapest, am Andreastag, dem 30. Oktober, im Feldlager vor der Stadt zum Abendessen beim König eingeladen worden seien. Man sei ebenso zuvorkommend behandelt worden, wie bei den vorigen Besuchen auch. Die Gesandten schilderten diese Ehrungen mit folgenden Worten: „*Auch schicket der konig seinen Cantzler zu vns, begerende, mit im dem Cardinal entgegen zu reitten, vns drei pferd mit sammt, atlassen vnd scharlach sateldecken bedeckt zugesant vnd geordent, das wir am nechsten vor im geen sollten. So ging man im mit der prozesz entgegen vnd rieten baid vnder einem kostlichen himel ein.*“ Auch anschließend beim Festessen habe man an hervorgehobenen Sitzen Platz nehmen dürfen. „... *vnd setzet den Schenken uff die linken seitten zu oberst.*“ Beim Tanz nach dem Essen sei die Bevorzugung weitergegangen. „... *vnd gabe dem Schenke vnd Sigmunden von Rotemberg den ersten tantz, darnach des konigs von hispania Botschaffter, den dritten der konigin Bruder, damit het der tantz ein ende.*“ <sup>(2)</sup>

Das lange Wartenlassen der Gesandten auf eine Entscheidung hätte leicht als Demütigung oder Zurückstufung des Verhandlungspartners angesehen werden können. Doch die Schilderungen der Räte über das zuvorkommende Verhalten des Königs, der die Gesandten Albrechts beim festlichen Einritt, beim Essen und auch beim Tanz auszeichnete, ließen den Kurfürsten wissen, dass die Räte und damit er etwas galten und seine Leute politisch höher eingeschätzt wurden als der andere anwesende Botschafter. Dies trug zur Entkrampfung der Situation bei und zeigte Albrecht, dass die politische Stimmung am ungarischen Hof ihm nicht feindlich war.

Der Nürnberger Rat informierte Albrecht mit einem Schreiben vom 19. Mai 1481, dass ein Waffenstillstand zwischen Friedrich und König Matthias vom 13. Mai bis zum 11. Juni geschlossen worden sei. Inzwischen würden die jeweiligen Gesandtschaften verhandeln

<sup>1</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, fol. 90, 91; Priebatsch 2, Nr. 695, S. 645 ff.

<sup>2</sup> Riedel 3,2, Nr. 211, S. 262.

wollen, ist dem Bericht zu entnehmen. <sup>(1)</sup> Diese Nachricht brachte nicht viel Neues, zeigte dem Fürsten aber, dass weiterhin ein militärisches und politisches Patt in Böhmen herrschte. Im August 1481 verkomplizierte sich die Lage in Schlesien. Alle Konfliktparteien, Ungarn, Brandenburg und auch der Herzog von Sagan hatten einem Waffenstillstand zugestimmt. Diese an sich erstrebenswerte Situation barg aber viele Probleme. Denn man verdächtigte sich nun gegenseitig, den Waffenstillstand nur für neue Rüstungen zu nutzen. Außerdem hatten vor allem die Brandenburger nach ihren Siegen in den Jahren 1478 und 1479 noch eine Reihe von Gefangenen, über deren Schicksal nun zu entscheiden war. Hans Lest, der brandenburgische Hauptmann von Crossen, schrieb am 1. August einen Brief aus der ihm anvertrauten Stadt. Crossen war Zentrum des Gebietes, das Brandenburg bis dahin aus der Erbmasse des Herzogtums Glogau hatte retten können. Lest warnte Albrecht in dem Schreiben, das mit dem Vermerk versehen war „*in seine hand*“, vor Anschlägen Johanns von Sagan. Er habe dies erfahren „*von einem, der do mit im rath ist bei herzog Johansen.*“ Dieser wolle den Frieden nicht halten, habe rund 300 Fußsoldaten zusammengezogen und sogar schon ein Aufgebot erlassen. Weiter meinte Lest: „*... und bin gewarnt durch denn selichin meinen gutin freunt, den ich ungerne melden wolt.*“ Man müsse sich auf jeden Fall auch vor den Machenschaften Georgs von Stein hüten und auch in der Stadt Crossen selbst drohe Gefahr durch unzuverlässige Bewohner. <sup>(2)</sup>

Lest scheint über zuverlässige Nachrichten aus dem inneren Zirkel des Gegners verfügt zu haben, die er sich in quasi geheimdienstlicher Manier beschafft hatte und deren Quelle er nicht preisgeben wollte. Waren die Angaben wahr, so stellten sie eine ungemein wichtige Information für Albrecht dar.

Und ein weiteres Schreiben an Albrecht, das Markgraf Johann am 7. August 1481 von Cölln aus nach Ansbach schickte, ergänzte und bestätigte die Informationen Lests noch. Johann meldete, dass es Gerüchte gebe, dass sich der zwischenzeitlich bei Matthias in Ungnade gefallene Johann von Sagan wieder mit dem König von Ungarn versöhnt habe. Wenn das stimme, dann müsse man wohl die Gefangenen freilassen. Diese Gerüchte, das war kurze Zeit später klar, entsprachen der Wahrheit. Am 10. August kamen Gesandte Johanns mit dieser Nachricht aus Ungarn zurück und der Herzog verlangte in einem Schreiben vom 15. August an Johann von diesem, die Gefangenen unverzüglich freizulassen. Außerdem, so Johann weiter, sei Eitelfriedrich von Zollern aus Crossen zurück und habe einen Zettel mitgebracht, in dem ebenfalls von der Gefährdung durch Hans von Sagan die Rede sei. <sup>(3)</sup>

Dieser Zettel könnte natürlich das Schreiben des Hans Lest gewesen sein. Dagegen spricht aber, dass Lests Schreiben ein eigener Brief war, der noch dazu von einem weiteren Zettel begleitet war, so dass man das Papier, von dem bei Johann die Rede ist, kaum als Zettel bezeichnet hätte. Außerdem schrieb Lest, dass sein Brief direkt an Albrecht übergeben werden sollte und im Archiv wurden Lests Brief und Johanns Schreiben in unterschiedlichen Ablagen verwahrt. Es scheint daher plausibel zu sein, anzunehmen, dass es sich um unterschiedliche Quellen handelte, die von einem möglichen Friedensbruch Johanns von Sagan sprachen, was die Glaubwürdigkeit dieser Nachricht deutlich erhöht.

Johann ging in seinem Schreiben ausführlich auf die Probleme ein, die der Krieg in der Mark verursacht hatte und beschrieb auch die Unlust der Stände, erneut für mögliche Verteidigungsausgaben herangezogen zu werden. Dann kam der Markgraf noch auf das Problem der Gefangenen zu sprechen: „*Lieber herr und vater. Heut sein unser reth treffenlich aus allen landen mit den hauptstetten in dieser Mittelmarck hir versammelt gewest und verhandlung gehabt etlicher gebrechen der land und sonderlichen der gefangen in dem vergangen krieg, die sich itzundt eingestelt haben, und nicht vil ist und an der nechtsvergangen stellung wol bei achtzig mann, die sich itzundt nicht gestellt haben, felen. Ist*

<sup>1</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher, 37, fol. 201 v.; Priebatsch 3, Nr. 741, S. 57.

<sup>2</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 21; Priebatsch 3, Nr. 773, S. 79 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 3, Nr. 775, S. 80 f.

*furgehalden usgang des frids zwischen der ko, wird zu Hungern und herzog Hannsen um assumpcionis schirst komende, wie man es furder mit unsern gefangen, in lenger tag oder nicht zu geben der herrschaft zu nutz und frommen halten solt. Denn nachdem und ruchbar wer, das herzog Hans villeucht verstetnus beym konig erlangt solt haben, lies er uns, als zu uns, zu besorgen ist mit krieg nicht unangefochten, sollten dann die gefangen lang tag haben und herzog hans uns bekriegen, wer fherlich und schedlich. Und daruf mit gemeynem rath beslossen, die gefangen, nachdem etlich under in die der ding der herrschaft zuwider am meisten betreyber sein, also hie zu behalden, so lang bis unser lieben frauen tag vorberurt ist.“<sup>(1)</sup>*

Albrecht reagierte auf die neue Lage mit einem Schreiben, das er am 24. August aus Cadolzburg nach Cölln schickte. Es trägt den Kanzleivermerk „Antwort bey dem Beyerlein uf die schrift assumpcionis Marie (15. August; d. Verf.) gein Nur. kommen.“<sup>(2)</sup> Es muss sich also – ausgehend von Berechnungen über die Reisegeschwindigkeit – um das Schreiben Johanns vom 7. August handeln.

In seiner Antwort ging der Kurfürst zuerst detailliert auf Klagen der Stände ein. Auch versicherte er, er wolle, dass die Auseinandersetzungen mit Johann von Sagan um Crossen endlich zum Ende kommen würden. Er komme in den Verhandlungen mit Matthias von Ungarn aber nicht voran, weil der Kaiser die Gesandtschaftsreise des Bischofs von Wardein, des ungarischen Kanzlers, verhindere. Sein Plan sei es, die Städte in Schlesien und zusätzlich eine finanzielle Entschädigung zu bekommen, im Gegenzug aber dennoch keine Huldigung leisten zu müssen. Auf die Gefangenenfrage und explizit auf das Problem, ob man die noch in Gewahrsam befindlichen Kriegsgefangenen als Faustpfand behalten sollte, bis absolut klar sei, ob der Waffenstillstand über den 15. August hinaus Bestand habe, ging Albrecht in seinem Schreiben aber in keiner Form ein.

Eine weitere Kanzleinotiz beweist, dass Johann am oder kurz vor dem 29. August erneut einen Bericht losschickte. Denn Albrechts Antwort auf dieses Schreiben, die der Kurfürst am 5. September aus Cadolzburg auf den Weg brachte, trug den Vermerk „ist antwort auf einen Brief M. Johann, der bei dessen eigenem boten auf Egidii, (1. September) nach Cadolzburg gelangte. Ist der Bote ausgegangen am mittwoch vor Egidy (29. August).“<sup>(3)</sup> Eine viertägige Reise von Cölln bis nach Cadolzburg war – wie oben gezeigt – für einen berittenen Boten möglich, so dass der Brief vom 29. August sehr wohl schon am 1. September am Ziel hat sein können. In dem allerdings nicht mehr erhaltenen Schreiben aus Cölln muss Johann ausweislich der Antwort Albrechts mitgeteilt haben, dass die Versöhnung Matthias‘ mit Herzog Johann von Sagan eine Tatsache sei. Sagens Schreiben vom 15. August sei ihm inzwischen zugegangen und er habe die Nachrichten an Albrecht weitergeleitet. Auch die Gefangenenfrage scheint in Johanns Brief noch einmal angesprochen worden zu sein.

Der Kurfürst ließ Johann in seiner Antwort wissen, dass er selbst nichts von einem Ausgleich zwischen Matthias und Johann von Sagan wisse, weil eben der Bischof von Wardein, Matthias‘ Gesandter, nicht durchkomme. Man solle die Gefangenen aber vorerst behalten, falls es doch wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen komme.<sup>(4)</sup>

Johanns Mitteilungen von Ende August hatten nun eine neue Qualität gewonnen, weil er inzwischen erfahren hatte, dass die Gerüchte um eine Aussöhnung zwischen Matthias von Ungarn und Johann von Sagan zuträfen. Johann von Sagan selbst hatte es Johann von Brandenburg in dem schon erwähnten Brief vom 15. August 1481 auch offiziell mitgeteilt.<sup>(5)</sup> Die erneute Kriegsgefahr war also real. Die Nachrichten über die Gerüchte bezüglich der

<sup>1</sup> Priebatsch 3, Nr. 775, S. 80 f.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 117 r.; Priebatsch 3, Nr. 781, S. 85 f. Albrecht hielt sich die erste Augushälfte über in der Reichsstadt auf, wo ihn der Bote auch aufsuchte. Offenbar beantwortete der Kurfürst das Schreiben aber erst neun Tage später, als er sich wieder in Cadolzburg befand.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 118 r.; Priebatsch 3, Nr. 788, S. 90 f.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O.

<sup>5</sup> Riedel 2,5, Nr. 2083, S. 374.

Kriegsabsichten des schlesischen Herzogs und vor allem die Nachricht, dass Johann von Sagan bei Matthias von Ungarn wieder in der Gunst war, schienen bei Albrecht eine gewisse Wirkung hinterlassen zu haben. Er ordnete nämlich an, die Gefangenen als Faustpfand vorerst weiter in Gewahrsam zu halten. Er begründete dies zusätzlich implizit auch damit, dass er keine offizielle Nachricht von Matthias habe, ob weiterhin mit Verhandlungen und damit mit einem Waffenstillstand zu rechnen sei. Solange die Nachrichtenlage nicht klar war und solange er keine definitive Zusage hatte, dass Frieden herrschte, reagierte der Kurfürst sehr vorsichtig. Die unsichere Nachrichtenlage, die dadurch bedingt war, dass keine direkte Verbindung zwischen Franken und Ungarn möglich war, war ursächlich für die Albrechts vorsichtiges Vorgehen.

Generell muss festgestellt werden, dass die Kommunikation mit Ungarn für Albrecht aus Ansbach in diesen Monaten nur sehr eingeschränkt möglich war. Er konnte immer nur auf dem Umweg über Schlesien und Brandenburg Nachrichten seines Hauptkontrahenten in der Glogauer Frage empfangen. Das erschwerte und verlangsamte die Reaktionsfähigkeit Albrechts und macht so manche verspätete Reaktion verständlich.

Deutlich wird die manchmal herrschende Konfusion in der Ungarnpolitik Albrechts, wenn wir uns einen Vorfall anschauen, der sich zum Jahreswechsel 1481/1482 ereignete und der die Notwendigkeit einer engen Abstimmung zwischen Cölln und Ansbach und damit einer funktionierenden Nachrichtenpolitik umso deutlicher machte. Die Ungarn hielten den Kontakt zu Johann in Brandenburg aufrecht, Albrecht hingegen erfuhr von den Verhandlungen mit Verspätung. Johann handelte zu Beginn des Jahres 1482 einen Vertrag mit Ungarn aus, in dem er eine Anerkennung der ungarischen Lehnshoheit über Schlesien und damit auch über das von Albrecht beanspruchte Herzogtum Glogau in Aussicht stellte. Johann handelte aus Sicht des Brandenburger Markgrafen folgerichtig, um den Konflikt an der Ostgrenze des Landes zu beenden, allerdings ohne die Angelegenheit mit seinem Vater besprochen zu haben. Albrecht Achilles gegenüber führte er aus, dass er nicht genug Zeit gehabt habe, ihn vorher um Zustimmung zu bitten, so dass er den Vertrag allein habe aushandeln müssen. In dem schon mehrfach zitierten Schreiben vom 30. Januar 1482 wies Albrecht seinen Sohn wütend zurecht und versagte dem Vertrag mit Matthias von Ungarn seine Zustimmung. <sup>(1)</sup>

Seine Reaktion auf diesen Alleingang und seine durch die mangelnde Information bedingte Abschottung von der Ungarnpolitik war nun zum einen, dass er Johann in einem weiteren Schreiben ausführlich darlegte, wieso er aus übergeordneten Gründen der zollerischen Machtpolitik nicht mit Matthias paktieren könne. *„Lieber sun. Ir schreibst in eurem brive vil schoner wort, der gelegenheit der sach den rücken kert und setzt durch euren prelaten, herrn, mann und stete rate, des wir nit gesteen. Sie sind die unsern und nit eur, dieweil wir leben und uns gelobt und gesworn und nicht euch und euren brudern, anders dann nach unserm tod, als die huldigung das anzeigt. So beschließt ir im letzten „zu vermeiden cristenlichs plutvergissen“. Nachdem der kaiser mit dem Durcken und mit dem konig von Hungern krigt durch koniglichen anfang und nicht kaiserlichen, dem wir als ein curfurst gelobt und zu den heiligen gesworn sind, so zelt an fingern so ir euch hinter eurem rechten herrn, eurem vater, unsern landen und leuten hieaussen aussount und uch von allen unsern puntgenossen, unsern freunden und dem ganzen reich setzt, des wir der obersten gelider eins sind, ob ir unterkumbt blutverissen cristlichen volcks, so ir die feindt sterkt, und den kaiser, das ganz reich und uns verlast, ob das dine zu behaltung cristlichen volcks oder zu unterdruckung, des ir der erst gern wert und unser land und leut dortinnen nach euch zucht und uns treulos und mainaidig machet ... es ist besser dem konig gelogen, dann untersteen die unsern mitsambt euch zu bewegen, untreu gegen uns und unsern landen zu thun und die zu verlassen, dadurch wir dem kaiser und dem heiligen reich treulos und mainaidig geschätzt werden, dann nymants glaubt, das irs on unsern willen thut. Sollen wirs unsern landen und frunden von uch entdecken, wir*

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 140 f.; Priebatsch 3, Nr. 834, S. 141 ff. Dieser Briefwechsel ist schon in Kapitel 1.3 näher untersucht worden.

*wern sein lieber vertragen. Wir mogens aber eren halben anders nit erleiden. dasrumb gedenkt, wir ir thut. Es thang also nit, es stet uns nit zu dulden ... .“<sup>(1)</sup>*

Durch die Nachrichten aus Brandenburg, die einen Alleingang des Markgrafen in der Ungarnpolitik zeigten, aufgeschreckt, reagierte Albrecht mit dem expliziten Befehl, den bereits abgeschlossenen Vertrag mit Matthias von Ungarn zu brechen, weil er, der Kurfürst, ihn nicht billige und er die Stellung des gesamten Hauses Brandenburg im Reich nachhaltig schädige. Die Wut, die aus den Zeilen spricht, kann auch dahingehend interpretiert werden, dass selbst jetzt, nach mehr als fünf Jahren Verhandlungen mit Ungarn, immer noch keine vernünftige Koordination zwischen Ansbach und Brandenburg erreicht war. Da Albrecht immer gezwungen war, auf dem Umweg über Brandenburg mit Ungarn zu verhandeln, blieb er trotz großer Mühe, die er auf eine Verhandlungsorganisation legte, immer wieder von den Informationen abgeschnitten.

Und Albrecht Achilles ging in seiner Reaktion noch einen Schritt weiter. Um weitere Alleingänge seines Sohnes zu verhindern, schickte er seinen Vertrauten, den Sekretär Johann Vogel, in die Mark. Kurz nach dessen Abreise sandte er diesem noch eine ausführliche schriftliche Instruktion nach, wie er für die Zukunft nicht abgesprochene Aktionen des Markgrafen zu unterbinden habe. Auch solle man die Brandenburger Stände mehr auf Distanz halten und ihren Einfluss beschneiden, befahl Albrecht. Die entscheidenden Stellen dieses Schreibens vom 2. Februar 1482 lauten: *„Wir haben bewegen der zettel der antwort unsers sons, der hab sovil clenck, er vertief sich neuer nicht weiter, so ist im nach allem wol zu thun, sunderlich so gehandelt wirt, da du in bevelh hast, das der von Lubus handeln soll und wir in dem einen brieve unsern sone geschriben haben, an uns zu bringen. Item das erst die lantschaft hab im geraten, da haist nit zugesagt und lassen es ein rat sein der landtschaft halben, die sind pflug zu raten. Man ist aber nit pflug ine zu volgen und raten, darnach man ine furgibt. ... item das unser sun die ding erbaiten woll be der k. mt. getrauen wir unzweivelchen, ... bist du kurz von uns geschiden, das wir dir deshalb nichts bevolhen haben. Haben wir dir nicht wollen unentdeckt lassen, des ein wissen zu haben, davon zu handeln in geheim gegen den dir das bevolhen ist, die sach zu handeln.“<sup>(2)</sup>* Vogel sollte also zusätzlich überwachen, ob Johann auch das tue, was Albrecht ihm befohlen habe. Um diesen Auftrag zu ermöglichen, wurde Vogel auch der Inhalt eines kurfürstlichen Schreibens an Johann mitgeteilt. Hier handelte es sich eindeutig um eine Teilentmachtung des Erbprinzen.

Erst rund zwei Jahre später, als Albrecht nach dem Friedensschluss zwischen Ladislaus und Matthias und der hartnäckigen Weigerung des Böhmenkönigs, Albrechts Tochter Barbara zu heiraten, sah, dass seine Schlesienpolitik nicht aufgegangen war, schwenkte der Kurfürst auf die Linie Johanns ein und verständigte sich mit Matthias über das Glogauer Erbe. Am 16. September 1482 einigte man sich darauf, dass das Herzogtum Glogau an die Krone und damit an Matthias heimfiel. Vier Herrschaften des Gebietes, insbesondere die Stadt Crossen, gingen als Pfandlehen an Brandenburg. Matthias behielt sich das Recht vor, sie gegen 50 000 Gulden wieder auszulösen, wozu es aber nie kam. Da es sich nur um ein Pfandlehen handelte, musste Albrecht Achilles keinen Lehnseid leisten und vermied es dadurch, mit dem härtesten Gegner des Kaisers zu eng zu paktieren.<sup>(3)</sup>

Der Streit mit König Ladislaus, der sich nach Albrechts Friedensschluss mit Matthias natürlich erst recht weigerte, Albrechts Tochter Barbara zu heiraten, ging hingegen weiter. Energisch nahm sich wieder Hertnid von Stein der Ehesache an, als er im Winter 1482/83 nach Italien reiste. Sein erster Bericht aus Rom, der dort am 4. Januar 1483 geschrieben worden war, informierte den Kurfürsten, dass er wie beim vorigen Mal mit den drei

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 146 r.; Priebatsch 3, Nr. 837, S. 145 f.

<sup>2</sup> Berlin, Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, fol. 112; Priebatsch 3, Nr. 838, S. 146 ff.

<sup>3</sup> Am 25. Oktober 1482 bestätigte Matthias den Vertrag mit Brandenburg. Er führte in seinem Schreiben ausdrücklich aus, dass die Brandenburger bis auf weiteres von der Erbhuldigung entbunden seien. Siehe Nehring, Quellen, Nr. 164, S. 29.

Kardinälen Gonzaga, Piccolomini und Montis Regalis zusammenarbeite. Sie seien zur Zeit aber sehr mit Verhandlungen zwischen italienischen Fürsten beschäftigt, „*tayding des friden Welscher land*“, würden sich aber danach um die Ehefrage kümmern. Die Kardinäle hätten ihm geraten, die Sache nicht zu forcieren, sondern die Zeit für sich spielen zu lassen. König Ladislaus habe ebenfalls Gesandte beim Papst gehabt, die diesen auffordern würden, ihren Herrn als König von Böhmen anzusprechen, dann werde er auch gehorchen. Die Kardinäle hätten daher gemeint, sie würden dem Papst raten, dieser Forderung Ladislaus‘ zu entsprechen. „*Was mir furter begegnet, will ich euern gnaden unverborgen halten*“, endete der erste Bericht Steins, der laut Kanzleivermerk am 5. Februar in Ansbach auf dem Pult des Fürsten lag. <sup>(1)</sup> Hertnid von Stein war angekommen, hatte Kontakte geknüpft, Ratschläge erhalten und teilte dies alles dem Kurfürsten präzise mit. Der Kanoniker hatte wieder einen Bericht verfasst, mit dem Albrecht zufrieden sein konnte.

Einen zweiten und abschließenden Bericht über seine Gesandtschaftsreise erstattete Stein am 4. April nach seiner Rückkehr aus Bamberg. Darin konnte er aber nur noch wiederholen, dass er noch mehrmals versucht habe, beim Papst und bei den Kardinälen ein härteres Vorgehen gegen Ladislaus zu erreichen. Doch mehr als wohlwollende Äußerungen habe es von Seiten der Kurie nicht gegeben, so die Auskunft Steins. <sup>(2)</sup>

## Fazit

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Informationen über Böhmen und den Streit um das Glogauer Erbe in den Jahren 1476 bis 1482 für Albrechts politische Taktik eine entscheidende Rolle spielten. Er hatte erkannt, dass er möglichst zeitnahe, umfassende und nachprüfbar Nachrichten brauchte, um angemessen reagieren zu können. Er holte sich die Informationen nicht nur aus den betroffenen Gebieten, sondern wusste auch Kontakte nach Ungarn und an die Kurie aufzubauen, wo wichtige Entscheidungsträger saßen.

Die relativ große geographische Entfernung und die Umwege, die viele Boten mit ihren Nachrichten machen mussten, führten allerdings oft dazu, dass Albrecht Achilles Botschaften zu spät erhielt, um noch adäquat handeln zu können. Gerade wenn Informationen aus Ungarn oder Schlesien via Brandenburg nach Ansbach geleitet werden mussten, kamen sie oft so spät an, dass sie schon überholt waren. Albrechts Reaktionen darauf waren dann notgedrungen falsch.

Der Aufbau eines leistungsfähigen Botenwesens zwischen Cölln und Ansbach reichte also trotz des kontinuierlichen Nachrichtenflusses offensichtlich nicht aus, ausreichende Informationen nach Franken zu bringen, wenn sich die Situation krisenhaft zuspitzte und schnell wechselte. Albrecht reiste deshalb den Ereignissen entgegen und suchte von Brandenburg, ja sogar unmittelbar von der Grenze zu Schlesien aus, die Politik zu bestimmen. Neben den geographischen Widrigkeiten kam noch hinzu, dass Markgraf Johann in der Ungarnpolitik oft eigene Wege ging und sogar gezielt versuchte, seinem Vater Nachrichten vorzuenthalten, um dem Kurfürsten darin zu hindern, einzugreifen. Albrecht bemerkte dies schmerzlich und versuchte korrigierend einzuwirken, was ihm aber nicht immer gelang.

Nachrichten aus Böhmen, das sei noch besonders hervorgehoben, litten oft unter dem Manko, dass sie von interessierten Parteien geschickt wurden und damit mit größter Vorsicht zu behandeln waren. Albrecht versuchte der Gefahr der Fehlinformation meist sehr erfolgreich entgegenzuwirken, indem er danach trachtete, seine Informationen durch Nachrichten aus unterschiedlichen Quellen zu verifizieren.

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 339 v.; Priebatsch 3, Nr. 929, S. 235.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 339 v. f.; Priebatsch 3, Nr. 948, S. 252 f. Bis zum Tod Albrechts änderte sich nichts an der Situation. Ladislaus erreichte schließlich vom Papst einen Dispens von der Ehe und heiratete später eine französische Prinzessin. Siehe dazu die entsprechenden Ausführungen in der biographischen Skizze.

### 3.6 Territorialpolitik in Franken

Nicht nur die Politik zur Ausweitung der Territorien war Thema des Nachrichtenverkehrs. Auch Berichte über die innere Konsolidierung der Herrschaftsgebiete gingen Albrecht Achilles zu. Dabei spielten sowohl die Warnungen vor feindlichen Übergriffen als auch oft präzise, ausführliche Informationen in kirchenrechtlichen, finanzpolitischen, wirtschaftlichen und territorialpolitischen Fragen eine zentrale Rolle, wie wir im Anschluss zeigen werden.

Die Situation im obergiebirgischen Fürstentum hatte eine Mitteilung von Bürgern der Stadt Eger im Blickfeld, die Albrecht zu Beginn des Jahres 1471 zuzuging. In der nicht überlieferten Mitteilung – *„die von Eger haben uns anbringen lassen“* – wurde anscheinend gegen den markgräflichen Statthalter, Heinrich von Aufsess, Stellung bezogen, der Eger mit einem Prozess überzogen hatte. Albrecht reagierte auf die Mitteilung, wodurch wir überhaupt nur Kenntnis von ihr haben, und befahl dem Hauptmann, das Verfahren gegen die böhmische Stadt einzustellen. Schließlich habe man einen Vertrag mit der Stadt und wolle das gute Verhältnis bewahren. <sup>(1)</sup>

Albrechts Amtmann Michel von Schwarzenberg informierte Albrecht am 28. September 1471 über mögliche Angriffe aus dem Odenwald heraus auf die Stadt Uffenheim. Diese Nachrichten wurden ergänzt durch einen Bericht des Hans von Absberg, ebenfalls ein markgräflicher Amtsträger, an den Ansbacher Hausvogt Kindsberg vom 16. Oktober. <sup>(2)</sup> Vom Odenwald bis nach Uffenheim sind es Luftlinie rund 50 Kilometer durch relativ dicht besiedelte Gegenden. Es bleibt in dem Schreiben unklar, welche Art von Gefahr den Uffenheimern aus dem Wald drohte. Doch die Einleitung von Gegenmaßnahmen zeigt, dass die Verantwortlichen die Bedrohung ernst nahmen. Es ist festzustellen, dass beide Benachrichtigungen, sowohl die konkrete aus Eger als auch die eher pauschale über die Bedrohung Uffenheims, Aktivitäten auslösten.

Aus einem Schreiben Albrechts vom 28. Januar 1472 aus Cölln erfahren wir, dass es in seiner Abwesenheit – Albrecht war im November 1471 in die Mark gereist – im obergiebirgischen Fürstentum zu Unstimmigkeiten unter seinen Beamten gekommen war. In dem Brief, der an die Räte in Ansbach adressiert war, stand, dass Albrecht erfahren habe, dass daran gedacht werde, den Kastner von Hof, einen Schwager des Rechtsgelehrten und ehemaligen böhmischen Rat Gregor von Heimburg, abzusetzen. Albrecht ordnete an, dass man dies nur tun dürfe, wenn Gründe vorlägen oder der Kastner nicht mehr im Amt bleiben wolle. <sup>(3)</sup> Offensichtlich hatte ein Angehöriger der Familie Heimburg Albrecht informiert, der darauf mit einem Befehl reagierte. Albrecht hielt sich also auch durch Dritte über die Tätigkeiten seiner Räte auf dem Laufenden und behielt so die Kontrolle über seine fränkischen Herrschaften, auch wenn er in Brandenburg weilte.

Ein Schreiben Hertnids von Stein vom 28. Januar 1472 aus Rom informierte Albrecht über dessen bisheriges Vorgehen in Rom die beiden Stifte Feuchtwangen und Ansbach betreffend. Stein berichtete, dass er am 15. Januar in Rom angekommen sei, mit Kardinal Gonzaga Kontakt aufgenommen und am gestrigen Montag, dem 27. Januar, beim Papst vorgesprochen habe. *„... darauf auch der babst sich zu euer gnaden sachen mit gemeynen worten gar gnediglich erbotten und euer schickung und mein fürbringen zu dancke genommen und bin in ganzer hoffnung euer gnad werde einen gnedigen babst haben, als ich von den cardinaln bin vertröstet worden“*, so Stein. Er sei mit vier Kardinälen im Gespräch. Am morgigen

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 128, S. 209 f. Vermutlich schickten die Stadtväter eine Delegation zum Fürsten, die auch noch andere Aufträge hatte. Jedenfalls schrieb Albrecht auch am 15. Februar an den päpstlichen Legaten Rovarella und bat ihn, das Interdikt gegen Eger, das auf der Stadt lastete, weil sie die Beziehungen zu König Podiebrad nicht abrechnen wollte, abzumildern. Quelle: FRA II, 42, Nr. 145, S. 161.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 229, S. 280.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 21 r.; Burkhardt, Nr. 19, S. 36; Priebatsch 1, Nr. 283, S. 316 ff.

Mittwoch, dem 29. Januar, werde es zur entscheidenden geheimen Unterredung kommen. Darüber werde er dann im nächsten Bericht etwas mitteilen. <sup>(1)</sup>

Diese Nachrichten Steins werden durch ein Schreiben des Kardinals Gonzaga vom 30. Januar bestätigt. <sup>(2)</sup> Inhaltlich erfahren wir in dem Brief Steins nichts über den abschließenden Erfolg oder Misserfolg seiner Verhandlungen. Das lateinische Schreiben Kardinals von Gonzaga aber informierte Albrecht immerhin davon, dass „*rem suam tanta omnium benivolentia et favore transactam esse.*“ <sup>(3)</sup> Albrecht konnte aus dem Brief Steins und dem Begleitbrief seines Großneffen entnehmen, dass seine Anliegen in Rom auf offene Ohren gestoßen waren und damit zu rechnen war, dass man seinen Wünschen Rechnung tragen werde.

Den angekündigten nächsten Bericht schickte Stein dann nicht aus Rom, sondern gab ihn zusammen mit einigen Bullen aus Rom erst im April 1472 nach seiner Rückkehr in Franken ab. Dr. Knorre meldete dies in einem Schreiben vom 19. April nach Cölln, legte dar, welche Bullen Stein aus Rom mitgebracht habe und erläuterte dem Kurfürsten auch noch deren Inhalte und politische Relevanz: „*Hat einbrach die copia zweyer bullen ... . die ander uber die probstey zu Onolzpach, Feuchtwang und die vier pfründ stet; ein costentliche bullen darinne eurer vorfarn und eur getreun dinst der stul zu Rom bewisen, tapferlich herfür gelesen und im gedechnus verneuet sein. Zum andern was verwart und also beleitet, das die richtung von Rot nicht schaden bringt und doch ungemelt ist. Zum dritten, das die widerwertigkeit, babst Paulus in den sachen bewisen, keinen schaden füget. Zum vierdten, zu seiner vollkommenheyt der sach gibet der babste die ding alle von neuem proprio motu cum clausula irritante, als euer gnad das aus den copeien abnemen wirdet.*“

Auch die Besetzung der Propstei von Feuchtwangen durch Albrecht sei zu Recht erfolgt, so der Tenor des päpstlichen Schreibens. Wenn man die Bullen in Besitz nehmen wolle, müsse man dem päpstlichen Bankier Hans Mullner in Nürnberg bis Pfingsten 233 Gulden zahlen und bekomme dann die Originale ausgehändigt. Falls nicht bezahlt würde, würden die Bullen zurück nach Rom geschickt. Er rate deshalb dazu, Mullner das Geld zu geben. <sup>(4)</sup>

Die Weisung Albrechts, die Bullen auszulösen, ist nicht überliefert, aber es geschah so. Denn zusammen mit weiteren sehr ausführlichen Informationen über diese kirchenpolitische Frage erhielt Albrecht Achilles diese Dokumente zugeschickt. Sie kamen als Beilage zu einem Schreiben vom 31. Mai 1472, in dem die Ansbacher Räte nach Cölln Bericht erstatteten. Allerdings wurden nur diejenigen geschickt, die für Brandenburg interessant waren: „*Sunst hetten wir die bulen uber die zwu brobsteyen und die vier corhernpfrund, auch das breve der brostei halb zu Feuchtwang hieaus behalten und allein das conservatorium mit abschrift der andern bullen hinein gesant.*“ <sup>(5)</sup>

Die Informationen über die Erledigung des Auftrags des Domherrn in Rom, die Bestätigungen kirchenrechtlicher Privilegierungen aus der Zeit Papst Nikolaus' V. aus den 40er Jahren waren umfassend. Die Räte in Ansbach informierten Albrecht, der in Brandenburg war, sofort, als die entsprechenden Dokumente in Franken eintrafen. Sie teilten ihm den Inhalt mit, erläuterten die rechtliche Bedeutung, informierten ihn über den weiteren Ablauf, um die Originaldokumente zu erhalten und schickten schließlich die für Brandenburg wichtigen Dokumente nach Cölln. Diejenigen päpstlichen Schreiben, die sich auf Franken bezogen, hielten sie zurück, da sie in Cölln von keinerlei Nutzen waren. Hier ist zum einen die Trennung der Verwaltung der fränkischen und der Brandenburger Besitzung der Zollern angedeutet, zum zweiten zeigt dieser Vorgang, dass Albrecht von seinen Statthaltern bestens informiert wurde. Die Absicherung seiner Stellung in den beiden Stiften, deren

<sup>1</sup> Burkhardt, Nr. 13 f., S. 27 f.; Priebatsch 1, Nr. 284, S. 318 ff.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 285, S. 320.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 285, S. 320.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 331, S. 355 f. Stein hatte am 13. April aus Gunzenhausen an Johann Volker geschrieben, dass sie sich doch bitte am morgigen Dienstag in Nürnberg treffen sollten, wo er Volker dann die Informationen geben wollte. Quelle: Priebatsch 1, Nr. 325, S. 349.

<sup>5</sup> Priebatsch 1, Nr. 359, S. 382.

Besetzungsrecht ihm reserviert war, spielte nicht nur für Albrechts Stellung als Territorialherr in Franken eine wichtige Rolle. Auch wichtige theologische und kirchenrechtliche Berater wie Lorenz Thum oder Dr. Peter Knorre stammten aus diesen Stiften. Er konnte deren Fachkompetenz nutzen und damit seine Regierungsarbeit auch in kirchenrechtlicher Hinsicht absichern und intensivieren.

Ein Briefwechsel mit Heinrich von Aufsess, dem Hauptmann auf dem Gebirge, aus dem Frühjahr 1472 zeigt, dass auch wirtschaftliche Fragen in den Informationen an Albrecht Achilles eine Rolle spielten. Der Kurfürst antwortete am 5. April 1472 ausführlich auf ein Schreiben des Hauptmanns, in dem dieser seinen Herrn über den Stand des Bergbaus und Verwaltungsfragen informiert hatte. Auch ein Vertrag mit dem Vitzthum von Amberg, dem dortigen pfälzischen Statthalter, wurde in dem Schreiben erwähnt und das Für und Wider der Abmachungen diskutiert.

Albrecht hatte auch Nachrichten von Leuten aus Hof erhalten, in denen es um den Streit um den dortigen Pfarrvikar ging. Wieder tritt die Wichtigkeit von kirchenrechtlichen Fragen bei der Territorialbildung zu Tage und auch deren Spiegelung in den Informationen: *„Die vom hoff haben vnns geschriben, den briue wir dir hie zuschicken, halt es mit dem pfarrer bey altem herkomen, das die armen nicht beswert werden. ...Von des Metsyders wegen das halt wies es die von Hoff gern haben“* <sup>(1)</sup> Die Informationen an Albrecht kamen also von verschiedenen Seiten und er arbeitete sie alle in seine Entscheidungsfindung ein, wie der Hinweis an Aufsess zeigt, dass er so verfahren solle, wie es die Leute aus Hof wünschen würden. Dieser Vorgang zeigt auch wieder, dass sich Albrecht von untergeordneten Beamten Nachrichten zuschicken ließ, um einen tieferen Einblick in die Probleme zu erhalten.

Aufsess seinerseits informierte Albrecht mit einem Schreiben vom 9. April 1472, in dem er von der unerlaubten Aufstellung eines Galgens durch die Familie von Sparneck in dem Ort Gattendorf <sup>(2)</sup> berichtete, wo man sich dadurch die Halsgerichtsbarkeit anmaße. <sup>(3)</sup> Albrechts Gerichtshoheit, die ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung der Territorialhoheit war, wurde beschnitten und Aufsess meldete dies dem Fürsten. Albrechts Sensibilität auf diesem Gebiet war sehr ausgeprägt, wenn man sich seinen Kampf um die Gerichtshoheit des Kaiserlichen Landgerichts Burggrafentums Nürnberg in den späten 50er und frühen 60er Jahren in Erinnerung ruft.

Auch hier reagierte Albrecht schnell und umfassend, um seine Rechte zu schützen. Mit einem Schreiben vom 19. April aus Tangermünde billigte er Aufsess' Vorgehen und in einem Schreiben vom 20. April, das sicher mit dem selben Boten auf die Reise geschickt wurde, mahnt er sogar an, mit Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar in der Angelegenheit Kontakt aufzunehmen: *„Auch beuelhen wir dir, das du die ding der von Sparneck des galgen halben zu gattendorf, was sich hinfur deshalb begibt, auch ander sachen daran vns gelegen ist an vnsern Sweher Herczog Wilhelm gelangen lassest, uff das man sein rat und hilf darinn hett.“*

<sup>(4)</sup> Der Herzog von Sachsen-Weimar war von Albrecht als Protektor der fränkischen Lande Albrechts eingesetzt worden, als der Kurfürst nach Brandenburg aufgebrochen war. Dies erklärt Albrechts Befehl, zusätzlich Wilhelm zu informieren.

Im selben Brief trifft man auch auf eine Frage des Geleitrechts, das ebenfalls konstituierend für die Herausbildung der Landeshoheit war. Herzog Wilhelm hatte Albrecht informiert, dass fränkische Kaufleute das Geleit in Sachsen verletzen würden. Albrecht wies Aufsess an, dies in Zukunft zu unterbinden: *„Vnnsrer Sweher Herczog Wilhelm hat uns bejagent, das wir allwegen gegen vnssern sweher von Sachsen vnd nicht gegen seiner lieber vom hof aus den kaufman gleiten wollen, ist unser meynung, das man es vngeuerlich halt gegen einen hern, als gein dem andern. Nemlich welche, welche uff zwickau wollen gein olsnitz oder plawen, die*

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 45 v.; Burkhardt, Nr. 43, S. 85; Priebatsch 1, Nr. 318, S. 342 ff.

<sup>2</sup> Gattendorf liegt in der Nähe von Hof und die dortige Burg war in Besitz der Familie von Sparneck.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 320, S. 344 f.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 50 v.; Burkhardt, Nr. 49, S. 96; Priebatsch 1, Nr. 330, S. 354 f.

*gleitt man dieselben strassen, welche uff Weida wollen, die gleit man auch dieselben strass, dann wir wollen uns an beden enden gleich vnd vnerweißlich halten, als der der In beden gern willfahret.“* <sup>(1)</sup> Durch den Herzog von Sachsen-Weimar in Kenntnis gesetzt, reagierte Albrecht umgehend und lieferte die Begründung für sein Tun gleich mit: Man wolle es sich mit beiden sächsischen Territorien nicht verderben, die beide fordern würden, dass ihr Geleitrecht geschützt werde.

Um die selbe Zeit überbrachte ein Bote auch eine Antwort Albrechts aus Cölln nach Ansbach, die sich mit dem nicht minder wichtigen und umstrittenen Geleit von Heideck befasste. Das Geleitrecht, das vom Besitz dieses Ortes abgeleitet wurde, befand sich unter der Kontrolle Herzog Ludwigs von Landshut; und der Wittelsbacher versuchte diese Rechtsposition gegen die territorialen Interessen Albrechts auszubauen. <sup>(2)</sup> Albrecht befahl den Räten mit Schreiben vom 4. Mai 1472 aus Cölln, beim Geleit den Ort Heideck zu meiden. Es gebe genug Straßen in der Gegend. Wer sich durch Heideck geleiten lasse, solle auf markgräflichem Gebiet belangt werden. Die Räte wiederum reagierten auf Albrechts Anweisung und schlugen in einem Schreiben vom 31. Mai vor, zwischen Eichstätt und Roth die Geleitstrecke entweder über Pleinfeld und Weißenburg oder über Hilpoltstein zu leiten und damit die Herrschaft Heideck westlich oder östlich zu umgehen. <sup>(3)</sup>

Die Räte kündigten in dem Schreiben auch an, eine Gesandtschaft zu Herzog Ludwig nach Landshut zu schicken, um das Thema zu besprechen. <sup>(4)</sup> Albrecht traf auf Grund der Informationen Grundsatzentscheidungen, überließ es aber seinen Statthaltern vor Ort, die Details zu regeln. Gute Informationen waren, das zeigt sich wieder, die Voraussetzung dafür, die Herrschaft in solch gut organisierter Weise ausüben zu können.

Die Rivalitäten zwischen Nürnberg und der Markgrafschaft waren die gesamte Regierungszeit Albrechts über virulent, denn immer wieder gab es Anlass zu Streit. Der fränkische Landkomtur des Deutschen Ordens, Melchior von Neuneck, stand als Verbündeter Albrechts aber auch als wichtiger Handelspartner Nürnbergs immer wieder bereit, um zu vermitteln. <sup>(5)</sup> Er diente aber auch als Informant, so in einem Brief, den er am 7. Juni 1472 aus Nürnberg an Albrecht sandte. Die Ausgangslage war die, dass sich der Nürnberger Rat zum wiederholten Male über die Zollstätte in Fürth beklagt hatte. In seinem Schreiben meldete Neuneck, dass er

---

<sup>1</sup> STAN, a.a.O.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 49 b; Burkhardt, Nr. 47, S. 92; Priebatsch 1, Nr. 329, S. 353 f. Der Ort Heideck in Mittelfranken liegt nordöstlich von Weißenburg. Schon im ersten Markgrafenkrieg um 1450 spielte die Herrschaft eine Rolle. Sie löste den Konflikt zwischen Albrecht und der Reichsstadt Nürnberg aus, weil der Herr von Heideck mit der Vergabe von Schürfrechten in seinem Gebiet die von Albrecht als Reichsfürst beanspruchten fürstlichen Bergbaurechte schmälerte, indem er sie selbst an einen Nutzer verlieh.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47 fol. 51 ff.; Priebatsch 1, Nr. 340, S. 364 ff. und Nr. 374, S. 392 f.

<sup>4</sup> Am 18. Juni meldeten sie Herzog Wilhelm von Sachsen die Tatsache, dass zwei Mal Gesandtschaften geschickt worden waren. Der Herzog von Sachsen wiederum bestätigte, dass er die Geleitfrage noch einmal mit Albrecht besprechen wolle. Albrecht reagierte auch darauf und untersagte jede Nachgiebigkeit in der Geleitfrage, insbesondere Entschädigungszahlungen an den Landshuter Herzog kämen nicht in Frage.

<sup>5</sup> Der Landkomtur von Franken des Deutschen Ordens war ein enger Verbündeter Albrechts. Die Zollern waren mit die wichtigsten Stifter von Ordensbesitz gewesen und auch im 15. Jahrhundert arbeiten Orden und Markgrafschaft politisch zusammen. Es gab auch sehr enge wirtschaftliche Kontakte des Ordens zur Reichsstadt Nürnberg. Gerade in den Besitzungen um Ellingen, dem Sitz der fränkischen Ballei, arbeitete das Gewerbe für Nürnberger Kapitalgeber. So wurden Eisenwaren hergestellt und nach Nürnberg transportiert, wo sie weiter verarbeitet und dann vermarktet wurden. Diese Wirtschaftsbeziehungen machten natürlich auch eine Zusammenarbeit mit Kurfürst Albrecht notwendig, durch dessen Gebiet die Waren reisen mussten. Dies war ein weiterer Anreiz für von Neuneck, zwischen den beiden Kontrahenten zu vermitteln. Die Beziehungen der Deutschherrschaft in Franken und besonders des Landkomturs Neuneck zu Albrecht und Nürnberg ist detailliert dargelegt in Diether Weiß; Die Geschichte der Deutsch-Ordens-Ballei Franken im Mittelalter; (=Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte; Reihe IX, Band 39) Neustadt an der Aisch, 1991.

mit einer Reihe von Ratsmitgliedern gesprochen und erfahren habe, dass der überwiegende Teil im Rat trotz dieser Differenzen für einen politischen Ausgleich mit Albrecht sei. <sup>(1)</sup>

Schon zehn Tage später – der Brief konnte nicht lange vorher in Brandenburg angekommen sein – schickte Albrecht aus Cölln zwei Schreiben los, in denen er auf diese für ihn positiven Nachrichten aus der Reichsstadt reagierte. Er bat Neuneck brieflich, weiter zu verhandeln und in einem Schreiben ebenfalls vom 14. Juni 1472 wies er seinen Rat Johann Volker an, den Kontakt mit dem Ordensritter zu halten, aber nichts über dessen Tätigkeit verlauten zu lassen. <sup>(2)</sup> Volker verhandelte zusätzlich selbst mit Nürnberg und konnte am 28. Juni berichten, dass die konziliananten Kräfte im Rat die Oberhand hätten. Der Landkomtur, so Volker, habe vorgeschlagen, die Markgrafschaft solle die umstrittene Zollstätte bei Fürth aufgeben und dafür von der Reichsstadt eine finanzielle Entschädigung verlangen.

Albrecht lehnte jedoch jedes Zugeständnis in der Fürther Zollfrage ab. Vor allem weigerte er sich, die Zollrechte an die Reichsstadt zu verkaufen. <sup>(3)</sup> Denn auch Zollrechte waren wichtige Bestandteile bei der Durchsetzung der Territorienbildung. Sie zu verkaufen hätte einen Rückschritt beim Bemühen bedeutet, sich eine verdichtete Herrschaft aufzubauen. Albrecht konnte durch die präzisen Informationen auch aus der Ferne in die Verhandlungen eingreifen und somit einen drohenden Verlust dieses wichtigen Hoheitsrechtes vermeiden.

Neben den Streitigkeiten über die Zoll- und Geleitfragen wurden die Räte in Franken im Frühjahr und im Sommer 1472 auch noch durch den Übergriff eines berüchtigten Raubritters, des Wilhelm Zaunruden, in Atem gehalten. Der Räuber hatte eine Gruppe von böhmischen Kaufleuten überfallen und sogar einen Geleitknecht des Kurfürsten gefangengenommen. Die Räte erfuhren von dem Überfall am 25. Mai und übermittelten die Nachricht an Albrecht in einem Brief vom 31. Mai. <sup>(4)</sup>

Dies war der dritte Vorfall binnen kurzen, in den der Zaunrude verwickelt war und der den Handelsverkehr und damit eine wichtige Einnahmequelle der Markgrafschaft in Mitleidenschaft zog. Dies ließ Albrecht handeln, wenn auch mit einer gewissen Verzögerung. In einem Schreiben an die Statthalter vom 25. Juli instruierte Albrecht sie, dass eine Straßenpolizei aufgestellt werden solle. Sogar die zuständigen Führer ernannte Albrecht von Cölln aus: *„Des zawnriden halben gefelt uns wol, wenn dem kawffman das sein wieder wurd, was unser oheim Hertzog Ott zw abtrag spricht, wollen wir Im vertrauen, nach dem er vns gewant ist, er werde es nit anders furnemen, denn vns erlich sey. Nemlich mit puntnus oder dinsten, wir begern keins geltz. Des kleinfridels halben gefelt vnns wol, wir haben dem lufft zugesagt In zu bestellen mit dreyen pferden, wi ir die XX ernert, da ernert die auch, vnd das der kleinfridel hawtman sey geuelt vns wol, auch nit ubel, so man zw zeiten die Rot tailen wurd, das der lufft der ein sey, daruff man sie tails, wir glauben das der kleinfriedel merer zw den sachen kann, dann Jener der Casten halben dem thut wie euch gut bedunckt.“* <sup>(5)</sup>

Hier sehen wir Albrecht dabei, wie er auf Grund der Informationen nicht nur eine Grundsatzentscheidung traf, sondern sogar einige Details selber regelte. Diese Art der Detailregelung scheint sogar die übliche Vorgehensweise gewesen zu sein, was Entscheidungen über Fragen in den fränkischen Fürstentümern angeht.

Die Räte führten seine Befehle auch aus. Eine Gesandtschaft reiste nach Neumarkt an den Hof Pfalzgraf Ottos, um mit dessen Hilfe den Überfall zu untersuchen und auf einem Rechtstag am 1. September gegen den Zaunruden vorzugehen. Am 4. und am 7. September verständigten die inzwischen wieder in Ansbach weilenden Räte Sebastian von Seckendorf und Jakob Protzner den Kurfürsten zum einen darüber, dass der Geleitknecht immer noch

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 80.; Burkhardt, Nr. 71, S. 137; Priebatsch 1, Nr. 388, S. 400f.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 82 v.; Burkhardt Nr. 83, S. 155; Priebatsch 1, Nr. 414, S. 420.

<sup>3</sup> Burkhardt Nr. 87, S. 164; Priebatsch 1, Nr. 424, S. 425.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 374, S. 392.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 99 v., 100 r.; Burkhardt Nr. 92, S. 170 ff.; Priebatsch 1, Nr. 434, S. 429.

nicht frei sei. Auf dem Rechtstag, so die Räte, sei festgestellt worden, dass die böhmischen Kaufleute zu Recht gegen den Überfall des Zaunruden klagen würden. Man müsse entschädigen, so die Auskunft der Räte. <sup>(1)</sup>

Kirchenpolitik und ihre konkreten Auswirkungen für Franken waren wieder im Juni 1472 Thema eines Informationsbriefes. Heinrich von Aufsess hatte Albrecht über die Pfarrstelle in Bayreuth informiert, für die eine Neubesetzung anstand. Albrecht reagierte und nominierte Hans von Lichtenstein für das Amt des Pfarrers, nahm sein Nominationsrecht also entschieden und zügig wahr. <sup>(2)</sup> Ein Delegieren dieses Nominationsrechts war kirchenrechtlich nicht möglich, nur der Fürst durfte entscheiden. Um dieses Rechtes nicht verlustig zu gehen, brauchte Kurfürst Albrecht die notwendigen Informationen, die ihm im vorliegenden Fall auch zugeflossen sind. Er ergriff dann sofort die Initiative und nahm sein Recht auch wahr.

Eine Zuspitzung erfuhr die Lage in Franken im November 1472, als Truppen Herzog Ludwigs von Landshut die Burg Möhren des Hans von Seckendorf, südöstlich von Treuchtlingen, einnahmen. Der überfallartige Angriff ereignete sich am 2. November. Die Räte in Ansbach erfuhren schon am nächsten Tag davon und berichteten Albrecht am 5. November in einem ausführlichen Schreiben den gesamten Vorfall. <sup>(3)</sup>

Die Räte meldeten, dass sie von dem Überfall am Dienstag, den 3. November, gegen drei Uhr nachmittags informiert worden seien. Ein Hintersasse des Klosters Wülzburg, der vom Pfarrer von Wettelsheim – drei Kilometer nördlich von Schloss Möhren gelegen – beauftragt worden sei, sei um diese Zeit zu ihnen gekommen. Der Pfarrer wiederum sei von Hans von Seckendorf zu Möhren informiert und von ihm gebeten worden, die Nachricht zu schicken. Spät am Abend wäre dann noch ein Soldat, „*reysiger knecht*“, des Erlinger von Rechenberg gekommen und habe im Namen des Hans von Seckendorfs gefragt, ob man ihn „*entschutte*“, <sup>(4)</sup> was sie zugesagt hätten.

Sie hätten dann weiter entschieden, Engelhart von Absberg zu beauftragen, etliche Knechte zu schicken, um auszuspähen, wie die Lage rund um das Schloss Möhren sei. Am Mittwoch, dem 4. November, sei dann die Nachricht des Landkomturs von Neueneck aus Ellingen gekommen, dass das Schloss mittlerweile vollständig erobert sei. Engelhart von Absberg habe am Nachmittag dieses 4. November den von seinen Leuten erkundeten Ablauf des Überfalls mitteilen lassen: Die Truppen Ludwigs, 200 Mann Fußvolk und 100 Reiter, seien am Allerseelentag, Montag, 2. November, vor das Schloss gezogen und hätten den Vorhof besetzt. Am Dienstag gegen 2 Uhr nachmittags habe Seckendorf dann die Zugbrücke heruntergelassen und man habe ihn gefangengenommen und abgeführt. Alle Hintersassen der Herrschaft hätten Herzog Ludwig Erbhuldigung leisten müssen. Die Führer der bayerischen Truppen, so eine Zusatzinformation, seien Wilhelm von Rechberg, der Amtmann von Graisbach, und Paul Weyler, der die Fußsoldaten kommandiere. Beide hätten mit ihren Männern die Burg besetzt.

Als dies alles in Ansbach bekannt gewesen sei, habe man das schon erlassene Aufgebot wieder abgesagt. Alle in Ansbach versammelten Räte, der Abt von Heilsbronn, der

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 51, fol. 14 b; Priebatsch 1, Nr. 469, S. 447; Albrecht antwortete auf die Mitteilungen am 24. September, dass er nicht daran denke, Entschädigungen zu zahlen. Er verlöre sonst an einem Tag mehr, als er in zehn Jahren einnehme. Quelle: STAN, a.a.O., Nr. 51, fol. 17. Ernsthaft mit dem Fall des Zaunruden befasste sich Albrecht erst mehr als ein Jahr später. In einem Schreiben vom 1. Oktober 1473 zitierte der Kurfürst den Räuber unter der Zusicherung von freiem Geleit nach Ansbach, nachdem der Zaunrude sich zu Verhandlungen bereit erklärt hatte. Zaunrude erschien dann doch nicht und „entbot“ sich auf Herzog Albrecht von München, dessen Untertan er sei. Albrecht Achilles ließ Klagepunkte gegen ihn zusammentragen, scheint seiner aber nicht habhaft geworden zu sein. Erst Ende 1475 konnten ihn Soldaten des Münchner Herzogs fangen und er wurde Anfang 1476 in Straubing geköpft. Näheres dazu in Priebatsch 1, S. 577 und in der Nürnberger Chronik. Siehe: Chroniken der Deutschen Städte; Band 10; S. 346 f.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 70 r.; Priebatsch 1, Nr. 395, S. 405.

<sup>3</sup> STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 20 f.; Priebatsch 1, Nr. 496, S. 460 ff.

<sup>4</sup> Das Wort entschütten oder „*entschutten*“ hat hier die Bedeutung von aus der Not helfen, aus der Gefangenschaft auslösen. Siehe Grimm, Deutsches Wörterbuch, Band 3, Sp. 612 f.

Landkomtur, Hans von Absberg, Sebastian von Seckendorf, Ludwig von Eyb und Albrecht Stieber, hätten dann, so schrieben sie weiter, beschlossen, Albrecht um Rat zu fragen und den Überfall an Herzog Wilhelm von Sachsen und an den Grafen von Württemberg zu melden.

Diese Nachricht an Albrecht macht nun eher den Eindruck, als wollten sich die Räte dafür entschuldigen, dass sie den Überfall nicht verhindert oder zumindest Maßnahmen ergriffen hätten, um die Bayern wieder zu vertreiben. Zwar enthielt das Schreiben, das am Tag, nachdem alle Informationen in Ansbach zusammengetragen worden waren, an Albrecht abging, eine Reihe von detaillierten und wichtigen Informationen, doch was sollte Albrecht damit im fast 500 Kilometer entfernten Cölln anfangen? Vorschläge für Gegenmaßnahmen, Hinweise auf Vorbereitungen, die vor Ort getroffen worden waren, all dies hätte Albrecht gebraucht, um wirkungsvoll reagieren zu können, doch davon stand nichts im Brief.

Albrecht scheint diese negative Einschätzung geteilt zu haben und kritisierte die Räte in einem Schreiben vom 19. November dann auch scharf, nachdem er in einem ersten Brief vom 13. November nur bemerkt hatte, dass Seckendorf immer noch sein Landsasse sei und dass sich die rechtliche Lage in Möhren nicht geändert habe. Das Schreiben vom 19. November verfasste der Kurfürst mit eigener Hand und beklagte darin vor allem, dass Ludwig jetzt wisse, dass die Räte nichts unternähmen, ohne ihn zu fragen.

Als einzige konkrete Reaktion Albrechts auf den Überfall ist eine Auflistung seiner Truppen und ihr Vergleich mit den Männern der potenziellen Gegner überliefert, die sich im Archiv auf einem Zettel finden, der dem Schreiben vom 19. November beigelegt war. Der Zettel trägt allerdings das Datum 30. November, wurde also deutlich später geschrieben. <sup>(1)</sup> Mehr konnte der Fürst im Moment auch nicht tun, weil er weit weg in Brandenburg war und diesmal die Informationen auch nicht ausreichten, um wirksam zu reagieren.

Ganz untätig waren die Räte in Franken aber nicht geblieben. Sie nahmen am 29. November mit Hans von Seckendorf Kontakt auf, der in Eichstätt auf Ehrenwort gefangen war. Seckendorf versicherte ihnen, er bleibe Albrecht treu und habe alle Angebote Ludwigs ausgeschlagen. Dieses Antwortschreiben des Gefangenen schickten die Räte am 5. Dezember an Albrecht weiter, rechtfertigten sich in einem Anschreiben und schickten nun auch eine Einschätzung der Lage. Es komme ihnen sehr merkwürdig vor, dass die Burg so schnell übergeben worden sei und dass Seckendorf sich als Gefangener frei bewegen dürfe. Er entschuldige sich damit, meldeten die Räte, dass die schlecht befestigte Burg mit seinen wenigen Leuten nicht zu verteidigen gewesen sei. <sup>(2)</sup>

Diesmal handelte es sich um besser zu verwertende Nachrichten, die von Ansbach nach Cölln geschickt wurden. Doch konkrete Maßnahmen zur Rückgewinnung der Burg Möhren scheinen weder in Cölln noch in Ansbach eingeleitet worden zu sein.

Albrecht reagierte auf die zunehmend spannungsreicheren Beziehungen zu Ludwig von Landshut aber in politischer Weise, indem er versuchte, einen Keil in die Wittelsbacher Hausallianz zu treiben und sich mit Herzog Albrecht von München zu verbünden. Möglich machte diese Annäherung zum einen der Konflikt zwischen Landshut und München um die Routenführung der Salzstraße. Albrecht von München bestand in der innerbayerischen Auseinandersetzung darauf, dass die Salzfürwerke aus dem Landshuter Gebiet auf der Fahrt in den Norden ihren Weg über seine Besitzungen nähmen, damit er seinen Teil der Einnahmen bekomme. Zum zweiten verdächtigte Albrecht seinen Landshuter Cousin, mit Herzog Christoph, Albrechts jüngeren Bruder, zu sympathisieren, der Anteil an der Herrschaft im Münchner Herzogtum verlangte und öfter gegen seinen Bruder rebellierte. <sup>(3)</sup>

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 127 v. ff.; Burkhardt, Nr. 133, S. 225; Priebatsch 1, Nr. 501, S. 463.

<sup>2</sup> STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 27 f.

<sup>3</sup> Ausführlich geschildert sind diese Zerwürfnisse in Riezler, Geschichte Bayerns, Band 3; S. 267 – 365. Nach der Einverleibung des Ingolstädter Teilherzogtums in den 40er Jahren kontrollierte Landshut die gesamte Salzstraße durch Bayern. München ging damals leer aus und wurde im Erdinger Vertrag von 1450 lediglich bis zu einem gewissen Grad finanziell entschädigt.

Ludwig von Eyb nahm im Februar 1473 mit Herzog Albrecht von München Kontakt auf und schilderte Kurfürst Albrecht den gesamten Vorgang und die Gesprächsinhalte in einem sehr langen Schreiben. <sup>(1)</sup> Er sei in Eichstätt gewesen und habe dort vom Hofmeister des Bischofs erfahren, dass dieser zu einem Gespräch mit Herzog Albrecht von München gebeten worden sei. Dabei habe Herzog Albrecht dem Hofmeister aufgetragen, Albrecht Achilles einige Nachrichten zukommen zu lassen. Diese Nachrichten habe nun der Hofmeister an ihn, Eyb, übermittelt und auch Herzog Albrechts Bitte ausgerichtet, dass man die Kontaktaufnahme geheim halten solle, schilderte der Ansbacher Rat den Vorgang. Dann fasst Eyb den Inhalt von Herzog Albrechts Angebot an den Kurfürsten zusammen: *„Er merck, das sein vetter herzog Ludwig allerlei gegen im furnem, das sich nicht zu gutem willen zieh. Sunderlich wolt herzog Ludwig die salzstrose gern wider haben, das seiner maynung oder willens nit sei. So lang ine auch ane mancherlei, das derselb sein vetter gein e.g. furnem, das nit billichkait auf im hab. Nu sey er, herzog Albrecht, frei aller puntnus, ausgenommen mit dem konig von Hungern sei er in etlicher verstentnus, die in kurz ausgee, die lenger zu erstrecken oder fallen zu lassen sind man doselbst gut stat. Wo dann e.g. gemaynt sei wolt, das ir mit dem einem, zweyen oder dreyen euern sonen mit im in ainung kommen wolt sein lebtag lang, die einem teil als gleich were als dem andern mit zimlichen austregen, auch getreuer hilfe und beystant, welcher aus euch furgenommen wurd, wider recht und billichkait zu vergewaltigen, wolt er sich des mit euch eynigen und sei euch thon als eur freuntlicher oheim und sich des zu euch und euren sonen widerumb getrösten.“*

Aus dem Bündnis könne Herzog Wilhelm von Sachsen ausgenommen werden, so Eyb weiter. Außerdem habe Herzog Albrecht versichert, dass er friedliebend sei und auch Albrecht Achilles wohl kein Freund des Kampfes mehr sei. Dann kam der Münchner Herzog noch auf das zweite Problem zu sprechen: *„... auch sei er mit seinen brudern, herzog Sigmunden und herzog Wolfgang vertragen, das die regierung sein und irenhalb bei seinen handen pleib, umb herzog Cristoffeln wird es auch wol richtig. Ob der aber gleich ubel wolt, so hett er an iren erblanden neur den vierden teil, damit mocht er dennoch nit vil sunders ausrichten.“* Albrecht Achilles erfuhr durch den Brief Eybs also nicht nur vom Bündnisangebot des Münchner Herzogs, sondern auch aus erster Hand von dessen Schwierigkeiten mit Ludwig von Landshut und Christoph.

Eyb fuhr dann fort, dass Albrecht von München sich nach Kurfürst Albrechts Rückkehr mit ihm treffen und die weiteren Einzelheiten eines möglichen Bündnisses besprechen wolle. Eyb ergänzte die reine Berichterstattung dann noch mit seiner aktuellen Einschätzung der Lage, die für Albrecht Achilles sicher auch von Bedeutung war: *„... nu aber e.g. aus dem abschid ytzo zu Ingelstat geschehen vernymbt das stolz wesen, das ich, Ludwig, gesehen und gehort hab und sie sich allenthalben zum pracht zaygen, hat uns bedaucht, e.g. das nit zu verhalten sein. es mocht auch, als uns einfelt auf im tragen ein nachgedenken, e. g. zu gute herzog Albr. An euch zu ziehen. Wann sie des land zu Bayrn getrennt wurden und herzog Albr. Mit den zweyen seinen brudern eures teils wern, herzog Ludwig musst sich derselben entsitzen und mocht destermynnder aus seinem land ziehen. So dann die hern zu Munchhenn die besern und meren ritterschaft haben, die wurd herzog Ludwigen entzogen und der soldt bei im gehauft.“*

Eyb rät auch im weiteren zum Bündnis, weil das Herausbrechen Münchens aus dem Lager Ludwigs auch Eichstätt und Nürnberg nachdenklich machen könne. Die Lageeinschätzung seines erfahrenen Rates dürfte für Albrecht, der zu diesem Zeitpunkt schon mehr als ein Jahr aus Franken weg war, fast noch wichtiger gewesen sein als die Nachricht vom Bündnisangebot.

Der schriftliche Kontakt zwischen den beiden fürstlichen Namensvettern ging im Juli weiter, als Albrecht von München weitere Einzelheiten über die Auseinandersetzungen innerhalb der Münchner Herzogsfamilie berichtete und das Vorgehen bei den Verhandlungen in Baden mit dem Kaiser und in Trier mit Herzog Karl von Burgund absprechen wollte. Albrecht Achilles

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 536, S. 487 ff.

antwortete schon drei Tage später. Er sende Eyb und Hertnid von Stein zu den Verhandlungen in den Westen des Reiches, meldete er nach München. Sie würden auch ihm, Herzog Albrecht, als Informanten zur Verfügung stehen. <sup>(1)</sup>

Die Zusammenarbeit mit Herzog Albrecht war das ganze Jahr 1473 über sehr eng, wie sich beim koordinierten Vorgehen im Vorfeld des Reichstags zu Trier und auf dieser Versammlung selbst zeigte. <sup>(2)</sup> Den Hauptzweck der Verhandlungen aus der Sicht des Kurfürsten, die Wittelsbacher Allianz zu sprengen, hat Albrecht Achilles auf Dauer nicht erreicht. Aber in den kommenden Jahren ist auch keine Zusammenarbeit der beiden Bayernherzöge gegen Albrecht Achilles feststellbar. Dem Kurfürsten war also zumindest ein zeitlich begrenzter Erfolg beschieden.

Nach der Rückkehr Albrechts nach Franken im März 1473 scheint sich die Lage dort beruhigt zu haben. Es muss aber auch in Betracht gezogen werden, dass wegen der Anwesenheit des Fürsten vor Ort die schriftlichen Berichterstattungen geringer geworden waren, weil über mehr Probleme mündlich berichtet worden sein könnte.

Ein Vorfall, der dies belegt, aber auch die Art des Informationsflusses im Herrschaftsgebiet von Albrecht Achilles zeigt, ist aus dem Juli 1473 überliefert. Herzog Albrecht von München schrieb seinem Namensvetter in Ansbach wieder einen Brief, in dem es erneut um die bevorstehenden Verhandlungen im Westen des Reiches mit Burgund ging. Auf einem beiliegenden Zettel warnte der Münchner Herzog aber noch, dass er von „*merklich gewerb auf dem gebirg*“, damit ist der Bayerische Wald und allgemein die Grenze zu Böhmen gemeint, gehört habe und er bat Albrecht Achilles, doch dort nachzuforschen. <sup>(3)</sup> Albrecht antwortete schon am 4. Juli nach München: „*Als eure lieb schreybt in eine zetteln, einges gewerbs halben uf dem gebirg, haben wir ytzund hienieden bey uns herrn heinrichen von aufsees und ander unser rette vom gepirg, an dem wir deshalb nichts erlernen können ...*“ Außerdem sei gerade noch ein Knecht von der Plassenburg gekommen, der bestätigen könne, dass an den Gerüchten nichts dran sei. <sup>(4)</sup> Die Verantwortlichen des obergebirgischen Fürstentums waren also zur Besprechung nach Ansbach geholt worden und konnten ihre Mitteilungen dort dem Fürsten mündlich zukommen lassen. Eine schriftliche Berichterstattung erübrigte sich also.

Schriftliche Berichterstattungen gab es wieder im November 1474. Kurfürst Albrecht, der mit seinen Vorbereitungen für den Marsch an den Rhein beschäftigt war und sich Ende November schon im fränkisch-nordschwäbischen Grenzgebiet aufhielt, bekam ein Schreiben des Beamten Hans Moninger aus Wertheim, das dort am 21. November abgeschickt worden war. Moninger schrieb, dass ihm ein Edelmann gesagt habe, dass der Pfalzgraf während Albrechts Abwesenheit einen Anschlag auf die Plassenburg plane.

Ebenfalls ein Warnschreiben übermittelte der markgräfliche Amtmann von Creglingen an der Tauber, Hans von Biberstein. Er war für die Organisation des Nachschubs für die Truppen Albrechts zuständig und berichtete auch über mögliche Anschläge des Pfalzgrafen. Dieser habe Truppen bei Schillingsfürst und in Weikersheim bei Mergentheim zusammengezogen, so die Auskunft Bibersteins. <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 146; Priebatsch 1, Nr. 591, S. 519 und STAN, a.a.O., fol. 149 f.; Priebatsch 1, Nr. 594, S. 520 f.

<sup>2</sup> Besonders deutlich wurde dies bei einem Vorgang, als Herzog Albrecht, der auf dem Trierer Tag anwesend war, die dort vertretenen kurbrandenburgischen Gesandten davor warnte, dass Ludwig von Landshut beim Kaiser eine Privilegierung des Landgerichts Graisbach erreichen wolle. Die Gesandten konnten diesen Versuch, wie schon in Kapitel 2.2 gesehen, wegen der rechtzeitigen Information vorzeitig abwehren.

<sup>3</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 146; Priebatsch 1, Nr. 591, S. 519.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 149 f.; Priebatsch 1, Nr. 594, S. 520 f.

<sup>5</sup> STAN, C 3, Nr. 237 II, fol. 562 und 566; Priebatsch 1, Nr. 997, S. 763. Albrecht befand sich vom 12. bis zum 19. November auf Schloss Colmberg bei Leutershausen zwischen Ansbach und Rothenburg, am 24. November in Hemmersheim, am 25. November in Königshofen an der Tauber und schließlich am 29. November in Werbach, nördlich von Tauberbischofsheim. Die Warnungen müssen ihn also recht schnell erreicht haben. Reaktionen des Fürsten oder eine Bestätigung der Warnung durch konkrete Vorfälle sind nicht bekannt. Man

Sobald der Fürst sein Territorium verließ, das zeigt sich hier wieder, musste er sich verstärkt auf schriftliche Nachrichten verlassen. Reaktionen Albrechts auf die mögliche Bedrohung seiner Etappe durch kurpfälzische Streifscharen und auch Maßnahmen zum Schutz der Plassenburg sind nicht überliefert.

Den Tod des Hauptmanns auf dem Gebirge, Heinrichs von Aufsess, meldete der Landschreiber Matthias Thalmann am 27. September 1474 an den Fürsten. Auch das Amt Zwernitz sei nach dem Tod des dortigen Amtsträgers erledigt. Er schlage zur Neubesetzung dieses Postens den Amtmann von Kulmbach, Hans Hau Eisen, vor. Dieser bewerbe sich um das Amt und sei dort besser als in Kulmbach zu verwenden, so des Landschreibers Meinung. Denn in Zwernitz könne er sowohl als Amtmann als auch als Kastner wirken und man spare sich die Kosten für einen Beamten. „*Di richt er baide aus und wer ein lon*“, so der Rat des Landschreibers, der seinen Herrn gut kannte und wusste, dass diesem sparsame Haushaltsführung ein Anliegen war. <sup>(1)</sup>

Das genaue Datum von Aufsess' Tod ist nicht bekannt, so dass nicht nachgeprüft werden kann, wie schnell Albrecht über die Vakanz in diesem wichtigen Amt informiert wurde. Die Bestallung des Nachfolgers, Dietz von der Thann, erfolgte am Donnerstag vor Elisabeth des Jahres 1474, also erst am 17. November. <sup>(2)</sup> Der Fürst scheint sich Zeit gelassen zu haben, wohl auch deshalb, weil er den Behörden im obergelbirgischen Fürstentum mit dem Landschreiber an der Spitze Vertrauen entgegenbrachte.

Die Wichtigkeit der Kirchenhoheit für die Territorialbildung kommt wieder in einem Informationsschreiben zum Ausdruck, das der Ansbacher Hausvogt Sebastian von Seckendorf seinem am Rhein im Reichskrieg kämpfenden Fürsten am 11. Februar 1475 schickte. Es ging in dem Brief vordergründig um die Organisation und Requirierung des Nachschubs, dahinter tauchten aber wichtige kirchenrechtliche Probleme auf. Denn Seckendorf meldete in dem Brief, dass der Bischof von Würzburg versucht habe, Kriegsleistungen beim Abt von Münchaurach einzufordern. Er habe dem Abt aber jegliche Abgaben an Bischof Rudolf verboten, versicherte Seckendorf. <sup>(3)</sup> Albrecht zählte die fränkischen Klöster, über die er die Vogtei ausübte, als eben auch Münchaurach, zu seinem Machtbereich und nahm deshalb für sich in Anspruch, sie auch zu Kriegsleistungen für sein Kontingent im Reichskrieg heranziehen zu dürfen. Der Bischof von Würzburg, in dessen Sprengel Münchaurach lag, beharrte dagegen auf dem Standpunkt, dass Kleriker keine Abgaben an die weltliche Gewalt zu leisten hätten und versuchte folglich, die finanziellen Beiträge des Klosters für den Reichskrieg für sein Kontingent zu verwenden. <sup>(4)</sup> Albrecht konnte nach der Berichterstattung Seckendorfs aber darauf zählen, dass seine Kirchenhoheit in diesem Fall gewahrt blieb und er die finanzielle Ressourcen des Kloster weiter nutzen konnte.

Diesem eben analysierten Brief ist ein weiteres Schreiben beigelegt, das das Datum 12. Februar 1475, Samstag vor dem Sonntag Invocavit, trägt. Darin schrieb Seckendorf, dass man erfahren habe, dass der Abt von Wülzburg schwer erkrankt sei. Er habe daher Johann Pfofel, der ohnehin nach Eichstätt habe reisen müssen, angewiesen, sich unterwegs nach dem Zustand des Abtes zu erkundigen. In Weißenburg, in unmittelbarer Nähe des Klosters, habe Pfofel erfahren, dass der Abt gestorben sei und habe dies sofort nach Ansbach gemeldet.

---

muss die Warnung wohl als Gerüchte abtun, die vor dem Hintergrund der politischen Situation zu sehen waren. Der Pfalzgraf war neben seinem Bruder Rupprecht, dem Erzbischof von Köln, der einzige Reichsfürst, der mehr oder minder offen auf Seiten Karls von Burgund stand. Da lag es nahe, zu vermuten, dass er auch auf Seiten des Herzogs in die Kämpfe eingreifen könnte, was aber nicht geschah.

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 926, S. 713.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, S. 713, Anm. 2.

<sup>3</sup> Zum Kloster Münchaurach und dem angesprochenen Streit siehe Josef Hemmerle, Die Benediktinerklöster in Bayern; Augsburg, 1970; S. 166 f.

<sup>4</sup> Später bei der Auseinandersetzung um die Türkensteuer, siehe Kapitel 2.7, wird der Streit um das Besteuerungsrecht noch schärfer.

Der Brief Pfofels, auf den sich Seckendorf beruft, trägt das Datum „*eylent weisenburg am donerstag nach Dorothee* (10. Februar; d. Verf.).“ Er, Seckendorf, habe dann sofort einen Knecht ins Kloster geschickt, der zusammen mit den fürstlichen Jägern dafür sorgen solle, dass kein Mönch das Kloster verlasse und dass nichts wegkomme. Er werde sich auch umgehend mit dem Abt von Heilsbronn beraten und Pfofel ins Kloster schicken, damit kein Abt ohne kurfürstlichen Befehl gewählt werde. <sup>(1)</sup> Der Informationsfluss in dieser kirchenrechtlichen Angelegenheit war also sehr schnell – sofort nach Ankunft der Nachricht aus Weißenburg meldete Seckendorf den Vorfall weiter an den Fürsten.

Albrecht antwortete Seckendorf und wies ihn an, dafür zu sorgen, dass ein guter Abt gewählt werde. Was einen solchen auszeichnen sollte, stand kurz danach zu lesen: „*Welcher aldo abt ist, der wirdet wol gut marggravlich sein. Tut er es nit gern, so geschieht im dest wirser* (schlimmer; d. Verf.).“ <sup>(2)</sup> Albrecht fügte also eine deutliche Warnung an den zu wählenden Abt hinzu. Außerdem bezog er sich in seinem Brief auf die Klöster Frauenaurach und Frauenthal, wo es offensichtlich dazu gekommen war, dass die Rechte des Markgrafen bei der Besetzung der wichtigen Ämter nicht wahrgenommen werden konnten. Dies ist wieder ein Hinweis auf die große Bedeutung der Kirchenherrschaft für die Staatsbildung und deshalb auch auf die Wichtigkeit der zügigen Information, um eingreifen und Wahlen beeinflussen zu können, bevor Tatsachen geschaffen wurden. <sup>(3)</sup> Albrecht wusste das und reagierte entsprechend.

Am 17. Dezember 1475 meldete der Amtmann von Trüdingen wieder einen Streitfall um das Geleitrecht. Soldaten des Herzogs Albrecht von München hätten in der Nähe von Oettingen einen Salzwagen eines Wemdinger Bürgers aufgebracht und ihn dann nach Wassertrüdingen und damit in den Machtbereich Kurfürst Albrechts gebracht. Dort habe er den Wagen und den Bürger in Gewahrsam genommen, so der Amtmann. Er befolge damit, so rechtfertigte er sich, einen Befehl des Kurfürsten, der im Salztransportstreit zwischen Albrecht von München und Ludwig von Landshut ja Amtshilfe für die Münchner befohlen habe. Die Wemdinger würden nun aber die Rückgabe des Wagens fordern und Albrecht möge eine Entscheidung treffen. <sup>(4)</sup> Der Kurfürst reagierte in der ihm eigenen Weise mit dem Befehl, den Wagen zu behalten, aber das Zugpferd zurückzugeben. Man müsse es sonst nur durchfüttern. <sup>(5)</sup>

Die fünfmonatige Abwesenheit Albrechts während seines zweiten Aufenthalts in der Mark vom März bis zum August 1476 scheint in Franken nicht soviel Unruhe ausgelöst zu haben, wie das Fehlen der fürstlichen Führungsgestalt drei Jahre vorher. Dennoch ließ sich Albrecht in der Ferne auf dem Laufenden halten und griff in das Geschehen ein, wenn er es für nötig erachtete.

Erneut um Kirchenpolitik ging es im Mai 1476. In einem Schreiben vom 22. Mai unterrichtete Albrecht die Räte, dass ihm zu Ohren gekommen sei, dass der Propst von Ansbach, Dr. Peter Knorre, gestorben sei. Albrecht reagierte sofort auf das Gerücht und forderte alle Rechtsdokumente an, die sich auf die Ansbacher Propstei beziehen, „... *das uns der verleyung halben nützlich und erspriesslich sein mag.*“ <sup>(6)</sup>

Albrecht wollte so schnell wie möglich handeln und einen neuen Propst ernennen, bevor der von kirchlicher Seite zuständige Würzburger Bischof eingreifen konnte. Es stellte sich aber bald heraus, dass der Propst noch lebte und Albrechts Aufregung umsonst war. Dennoch zeigt

<sup>1</sup> STAN, C 3, Nr. 237 I, fol. 137; Priebatsch 2, Nr. 42, S. 99 f.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, a.a.O. Das Datum dieses Schreibens ist nicht festzustellen, weil es nur als Konzept überliefert ist.

<sup>3</sup> Nach dem Klosterregister war 1475 Abt Johannes Kastner verstorben, der über Jahrzehnte hinweg in heftigen Auseinandersetzungen mit dem benachbarten Weißenburg gestanden hatte. Der neue Abt wurde Wilhelm Warnhofer. Siehe Hemmerle, a.a.O., S. 344 ff.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 165. Die Geschichte des Salzstreites zwischen den Bayernherzögen und Albrechts Verwicklung darin ist übersichtlich nachgezeichnet in Priebatsch 2, S. 189 f. Dort finden sich auch weitere Literaturverweise.

<sup>5</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>6</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 20 r.; Priebatsch 2, Nr. 217, S. 231 f.

sich auch hier die schnelle und zielgerichtete Reaktion Albrechts auf eine ihm zugegangene und sogar nur vage Nachricht. <sup>(1)</sup>

Einige Briefe aus dem Juni 1476, die sich wieder um den Streit um das Geleitrecht drehen, sind zwar nicht erhalten, aber in der Antwort Albrechts, datiert auf den 4. Juli, sind alle Punkte, die die Ansbacher Räte angesprochen hatten, wiederholt, so dass wir den Informationsfluss nachzeichnen können. Die Räte hatten gemeldet, dass es wieder Streit mit Herzog Ludwig von Landshut gebe, weil dieser das nach Franken exportierte Salz nicht wie abgesprochen durch die Herrschaft von Herzog Albrecht von München schicke. Man habe deshalb eine Fuhr in Gunzenhausen beschlagnahmen lassen, so die zu rekonstruierende Meldung der Räte. Albrecht billigte in seiner Antwort das Vorgehen. Darüber hinaus war der Kurfürst über einen Streit um die Jagdgerechtigkeit im Forst zu Heidenheim und über die Auseinandersetzung Michaels von Schwarzenberg mit dem Bischof von Würzburg um Abgaben für die Burg Werneck an der Werra informiert worden. In beiden Fällen riet Albrecht zu Kompromissen, um jeweils beiden Seiten ihr Recht zukommen zu lassen. Auch die Auseinandersetzung um den Veldener Forst zwischen der Markgrafschaft und dem Stift Bamberg, über deren Verlauf er offensichtlich durch ein Schreiben des Hauptmanns auf dem Gebirge informiert worden war, seien richtig geführt worden, so der Fürst. <sup>(2)</sup>

Die Statthalter beider Fürstentümer hatten Albrecht über spezielle Rechtsstreitigkeiten informiert und Entscheidungen in Einzelfragen erbeten. Albrecht reagierte und entschied wiederum eine Detailfrage, ließ seinen Räten in den anderen Fällen aber einen gewissen Ermessensspielraum.

Auch dem Hauptmann auf dem Gebirge, Hans von Redwitz, schrieb Albrecht am 4. Juli und lobte ihn für sein Vorgehen im Fall des Klosters Speinhart, einer Prämonstratenserabtei bei Eschenbach in der heutigen Oberpfalz: „*Wegen des hindergangs halb gefellt uns wol gehandelt.*“ <sup>(3)</sup> Redwitz hatte in der Frage der Neueinsetzung eines Abts selbstständig gehandelt und Albrecht erst im Nachhinein informiert. Die Information an den Fürsten war folglich nur eine Vollzugsmeldung.

Ebenfalls um die Wahrung der Kirchenhoheit ging es in einem Schreiben Hertnids von Stein, über dessen Inhalt wir auch nur durch Albrechts Antwort informiert sind. Es hat offensichtlich Streitigkeiten um die Besetzung der Pfarrei von Uffenheim gegeben, in die ein Vertrauter Albrechts verwickelt war, Peter Veit, der spätere Propst von Ansbach. Stein schien in Rom für Veit tätig gewesen zu sein und informierte in dem Schreiben, dessen Ankunft Albrecht bestätigte, nun auch den Kurfürsten über die Ergebnisse. <sup>(4)</sup> Auch hier bekam Albrecht nur den Ausgang des Streites mitgeteilt.

Auseinandersetzungen um das wichtige Kloster Wülzburg beschäftigten Albrecht wieder im Sommer 1476. Offensichtlich war es im Zusammenhang mit der Ernennung des neuen Abtes im Jahr 1475 zu Konflikten um die Rechte am Kloster gekommen. Der neue Abt schien andere Vorstellungen von Rechten und Pflichten gegenüber der Markgrafschaft gehabt zu haben als der Fürst. Albrecht, bereits wieder in Brandenburg, wurde darüber informiert und ordnete am 18. Juni 1476 an, unverzüglich Hans von Thalheim als Gesandten zum Kaiser zu schicken, um dort die Rechte der Burggrafen von Nürnberg am Kloster in Erinnerung zu rufen. Die Ansbacher taten wie geheißen und informierten den Fürsten schriftlich über die „Fertigung“, das heißt den Auftrag, den sie Hans von Thalheim für den kaiserlichen Hof gegeben hätten. Albrecht bestätigte den Erhalt dieses Schreibens am 27. Juli: „... *und als ir uns zuschickt Hannsen von Talheims fertigung in den keyserlichen hof, die gefelt uns und das*

<sup>1</sup> Dass Albrechts schnelle Reaktion durchaus Sinn machte, zeigte sich knapp zwei Jahre später, als der Propst wirklich starb und es sofort zu Auseinandersetzungen zwischen dem Landesherrn und dem für den Sprengel zuständigen Bischof von Würzburg kam. Da Albrecht vor Ort war, konnte er sich bei der Besetzung der wichtigen Pfründe durchsetzen.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 26 f.; Priebatsch 2, Nr. 229, S. 241 ff.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 28 f.; Priebatsch 2, Nr. 230, S. 243 ff.

*der abt von Wilczpurg sein botschaft auch mit hinabgeschickt hab, lassen wir geschehen sein, dann es ist nit wider zu bringen ...“* <sup>(1)</sup> Die Räte scheinen Albrechts Befehle also nicht ganz genau ausgeführt zu haben, denn sie schickten nicht nur ihre Sicht der Dinge zum Kaiser, sondern erlaubten auch der Gegenseite dies zu tun. Albrecht beließ es bei milder Kritik an diesem Vorgehen und schickte sich in das Unvermeidliche. Weitere Reaktionen Albrechts zu diesem Rechtsstreit sind nicht überliefert. <sup>(2)</sup>

Albrechts dritter Aufenthalt in der Mark, der Anfang Juli 1478 begann und bis Mitte 1479 dauerte, löste in Franken ebenfalls wenig Unruhe aus. Der erste Brief der Ansbacher Statthalter nach Cölln ist erst für den 7. Dezember überliefert. <sup>(3)</sup> Hauptinhalt waren Informationen über einen möglichen Angriff aus Böhmen heraus auf das Fürstentum auf dem Gebirge. Man habe gehört, dass rund 1000 Mann, Ungarn und Böhmen, beabsichtigten, in das Kulmbacher Herrschaftsgebiet einzufallen. Die Lage sei prekär, weil der Hauptmann ja mit Albrecht in der Mark sei. Die Verantwortlichen auf der Plassenburg hätten bereits zwei Mal in dieser Sache geschrieben und keine Antwort erhalten, wird Albrecht von Ansbach aus die Klage der Kollegen von der Plassenburg weitergegeben. Man habe von Ansbach aus ein Aufgebot erlassen und Sebastian von Seckendorf auf die Plassenburg geschickt. Ludwig von Eyb habe den Bischof von Bamberg um Hilfe angegangen. Falls es zu Kämpfen komme, wolle man einen Bruder des Bamberger Bischofs, den Grafen Otto von Henneberg, mit dem Oberbefehl über die markgräflichen Truppen betrauen.

Quelle dieser Meldungen nach Cölln scheinen Gerüchte gewesen zu sein, die besagten, dass König Matthias in Böhmen Söldner angeworben habe, um in Franken einzufallen. Auch die ungarischen Besatzungen der böhmischen Burgen Weißenstadt und Thann, so das Gerücht, würden sich an den geplanten Überfällen beteiligen. Als Stützpunkte seien auch die Burgen Bernau, Auerbach und Tirschenreuth, alle drei im Besitz <sup>(4)</sup> des Pfalzgrafen Otto von Neumarkt, vorgesehen. Dies habe ein markgräflicher Kastner, der in Neumarkt gewesen sei, mitgeteilt. Die Räte baten Albrecht zum Abschluss, doch den Hauptmann von Redwitz wieder nach Franken zu beordern. <sup>(5)</sup>

Albrecht reagierte auch, wenngleich erst nach zwei Wochen. Er hieß die Abwehrmaßnahmen der Räte gut und schickte Hauptmann Hans von Redwitz, wie von den Räten gewünscht, zurück auf die Plassenburg. Dass die Gerüchte sicherlich nicht gänzlich falsch waren, zeigt der weitere Verlauf der Ereignisse. Denn im Zusammenhang mit dieser Nachricht muss auch ein Brief des pfälzischen Ritters Kaspar von Vestenberg gesehen werden, der Albrecht über einen Schachzug Pfalzgraf Ottos von Neumarkt informierte, der zu Verhandlungen mit König Matthias nach Ungarn reisen wollte. <sup>(6)</sup> Über den Antritt dieser Reise informierte Vestenberg

<sup>1</sup> STAN, a.a.O. 30 v.; Priebatsch 2, Nr. 236, S. 252.

<sup>2</sup> Auch bei Hemmerle, der die Geschichte des Klosters Wülzburg nachgezeichnet hat, findet sich keine weitere Erwähnung dieses Streites.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 459, S. 438 ff.

<sup>4</sup> Wie schon im vorangegangenen Kapitel ausgeführt, stand Otto von Neumarkt in engen Beziehungen zu Matthias von Ungarn und wurde von diesem gedrängt, Burgen für den Angriff auf Albrechts fränkische Besitzungen bereitzustellen. Ob es sich um diese drei hier erwähnten Anlagen handelte, die Matthias benutzen wollte, ist nicht festzustellen.

<sup>5</sup> Zusammengestellt sind diese Hinweise bei Priebatsch 2, S. 438, Anm. 1.

<sup>6</sup> Ein Großteil der Besitzungen Ottos von Neumarkt in der Oberpfalz war seit den Zeiten Kaiser Karls IV. böhmisches Lehen; sie waren Teil von Neuböhmen. Trotz der erfolgreichen Versuche der pfälzischen Wittelsbacher zu Beginn des 15. Jahrhunderts unter König Rupprecht, diese Lehnshoheit vergessen zu machen, hielten die jeweiligen böhmischen Könige die Ansprüche aufrecht. Besonders Georg Podiebrad gelang es in den 50er und 60er Jahren gegenüber Pfalzgraf Otto II. die Ansprüche wieder durchzusetzen und ihn zu einem böhmischen Vasallen zu machen. König Matthias von Ungarn wusste sich die Dienste Ottos durch einen Dienstvertrag, der dem Wittelsbacher jährlich 4000 Gulden einbrachte, zu sichern. Damit konnte der Ungarnkönig auch auf die Besitzungen und Burgen im Herrschaftsgebiet Ottos zugreifen. Otto verweigerte dann in den Jahren 1481/82 auch dem Kaiser die Heerfolge gegen Matthias. Der Corvine verstand es auch, Otto immer wieder als Druckpotential gegen Albrecht Achilles aufzubauen. Auch die Reise im Jahr 1478 musste Otto

Albrecht in einem Brief vom 22. Dezember 1478. Er werde mit Otto auf der Donau nach Ungarn reisen, werde aber nichts gegen Albrecht unternehmen. Andererseits solle dieser sich aber vorsehen. Denn Matthias habe von Otto verlangt, dass er in seiner Eigenschaft als böhmischer Lehensmann ihm seine von Böhmen empfangenen Burgen öffne, also für militärische Auseinandersetzungen zur Verfügung stelle. <sup>(1)</sup>

Es ist nicht klar, ob Vestenbergs Brief direkt an Albrecht ging, oder seinen Weg über Ansbach nahm. Von dort aus ging jedenfalls am 4. Januar 1479 ein Schreiben in die Mark, in dem Albrecht von der Reise des Pfalzgrafen Otto nach Ungarn in Kenntnis gesetzt wurde. Zusätzlich teilten die Räte mit, dass auch Herzog Christoph von München mit von der Partie sei: „... *mitsambt unserm herrn Christoffel von Bayrn, der auf ine wart.*“ <sup>(2)</sup> Dieses Detail war im Brief Vestenbergs nicht enthalten, so dass die Räte zumindest noch eine zusätzliche Quelle für ihren Bericht gehabt haben mussten.

Diese Nachrichten waren ein weiteres Indiz für Albrecht, dass sich im Grenzgebiet zwischen Böhmen, Franken und dem Herrschaftsgebiet Ottos etwas anbahnen könnte. Man muss sich erinnern, dass auch die Kämpfe in Schlesien gegen Matthias und dessen Verbündete in dieser Zeit an Intensität zunahmen. Sowohl die Nachrichten des Kastners aus Neumarkt, als auch der Brief des Herrn von Vestenberg, als auch der Bericht der Räte waren handfeste und glaubhafte Nachrichten über eine mögliche Bedrohung. Albrecht billigte in einem Brief an die Räte vom 5. Januar 1479 deren Maßnahmen, schien sich aber sonst nicht weiter mit Details der Gegenmaßnahmen aufgehalten zu haben. Der zurückgesandte Hauptmann von Redwitz wurde selbst aktiv und meldete schon am 3. Januar nach Cölln, dass er dem Amtmann von Hof geraten habe, die Orte Weißenstadt, Arzberg und Hohenberg befestigen zu lassen. Außerdem wolle man, so der Hauptmann auf dem Gebirge, einen heimlichen Kundschafter nach Olmütz senden, wo sich König Matthias aufhalten solle. <sup>(3)</sup> Die Beamten Albrechts leiteten also die Gegenmaßnahmen in eigener Regie und informierten dann den Fürsten nur. Bemerkenswert ist es, dass man von Franken aus versuchte, zusätzliche Informationen zu gewinnen, indem man einen Spion beziehungsweise Kundschafter aussandte.

Ein Schreiben der Räte vom 18. April 1479 aus Ansbach informierte Albrecht, der sich noch in Brandenburg aufhielt, über eine Auseinandersetzung zwischen dem Abt von Heilsbronn, Petrus Wegel, und dem Adeligen Hans von Seckendorf zu Birkenfels um die Schankgerechtigkeit in Königshofen und die Abgaben dieses Dorfes bei Dinkelsbühl. Die Umstände und die zum Teil gewalttätigen Auseinandersetzungen wurden geschildert. Man habe eine vorläufige Regelung getroffen, die bis zum 6. Juni gelte. Wenn Albrecht zurück sei, könne er eine endgültige Entscheidung treffen. <sup>(4)</sup> Albrecht war nun über den Streit zwischen zwei wichtigen Gefolgsleuten im Detail informiert und konnte sich seine Entscheidung bis zu seiner Rückkehr nach Franken überlegen. Die Räte hatten das Problem vorläufig entschärft und dem Fürsten durch ausreichende Informationen in den Stand versetzt, zügig eine endgültige Lösung zu suchen.

Am 8. Juni 1479 informierten die Räte Albrecht, dass der Jägerknecht Muschler, der in Ellingen gewesen sei, dort mitbekommen habe, dass der Großkomtur aus Preußen, der nach den Berichten von Albrechts Ungarnesandten vom 26. Mai noch am Hof des Corvinen war, <sup>(5)</sup> jetzt in Ellingen, am Sitz des fränkischen Landkomturs sei. Dieser Graf Georg von Henneberg, Stellvertreter des Hochmeisters, habe in Nürnberg eine Versammlung der fränkischen Ordensritter einberufen und diesen im Namen des Hochmeisters Ulrich von

---

auf Anweisung von Matthias unternehmen, um sich zusammen mit Herzog Christoph von München in seinen Dienst zu stellen. Siehe dazu Wüst, Pfalz-Mosbach, S. 207.

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 14; Priebatsch 2, Nr. 468, S. 446.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 485, S. 454 ff.

<sup>3</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 15; Priebatsch 2, Nr. 484, S. 454.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 541, S. 499; Zum Kloster Heilsbronn siehe Muck, a.a.O., S. 170 ff. und 188 ff.

<sup>5</sup> Siehe Kapitel 2.5.

Lentersheim vorgeschlagen, die Besitzungen des Ordens in Franken zu verkaufen, um mit dem Geld Pfandschaften im Ordensland einzulösen. <sup>(1)</sup>

Schon vom 6. Juni, also zwei Tage bevor die Räte die Informationen Muschlers an Albrecht weiterleiteten, schrieb der fränkische Landkomtur Melchior von Neueneck an den Kurfürsten, dass Gerüchte, der Orden werde fränkische Besitzungen verkaufen, falsch seien. <sup>(2)</sup> Diese Reaktion des Landkomturs zeigt, dass an den Nachrichten des Jägerknechtes zumindest die Tatsache richtig war, dass über die Besitzungen gesprochen worden war. Neueneck hatte vielleicht sogar mitbekommen, dass Muschler in Ellingen etwas aufgeschnappt hatte und reagierte sofort mit einem Brief an Albrecht, um mögliche Irritationen zu vermeiden. Der Jägerknecht hatte also eine wichtige Nachricht für Albrecht geliefert. Denn die Besitzungen des Deutschen Ordens in Franken, es handelte sich um die reichste Ballei im Reich, waren für die Politik und auch für die Wirtschaftskraft der Ansbacher Markgrafschaft von großer Bedeutung. Die Gefahr, diese Partner zu verlieren, musste Albrecht zumindest unangenehm sein. <sup>(3)</sup> Erstaunlich ist auch, dass der Jäger die Hierarchien des Ordens so genau zu benennen und einzuordnen wusste. Die Räte präzisierten zwar sicherlich den Bericht des Jägers etwas, doch ungefähr muss Muschler gewusst haben, wer da angereist war.

Im selben Brief berichteten die Räte auch von einem Gesprächsangebot des Bischofs von Würzburg. Der kurfürstliche Rat Albrecht von Biberen sei zur Abwicklung von Zollrechnungen in Würzburg gewesen. Bei diesem Besuch habe ihm der Würzburger Bischof gesagt, er wolle mit Albrecht Achilles zu einem Bündnis kommen. Nachdem von Biberen dies gemeldet habe, habe man dem Bischof vorgeschlagen, unter einem Vorwand zwei Räte nach Würzburg zu schicken, „*damit kömen sie on verdacht hinab.*“ Man werde die Sache solange in der Schwebelage halten, bis Albrecht zurück sei. Denn sie würden vermuten, so schrieben die Räte, dass Bischof Rudolf die Verhandlungen mit Albrecht nur dazu verwende, um auf seine anderen Gesprächspartner, Bayern-Landshut und die Pfalz, Druck auszuüben. <sup>(4)</sup> Einer dieser Räte, die dann nach Würzburg geschickt wurden, war wieder Albrecht von Biberen, der am 19. Juni aus Würzburg nach Ansbach meldete, dass er mit dem Bischof gesprochen und dieser die Meinung geäußert habe, er könne ohne das Kapitel nichts entscheiden. <sup>(5)</sup> Diese Meldung des Albrecht von Biberen, die den Anschein bestätigte, Bischof Rudolf taktiere nur, sandten die Räte am 1. Juli zu Albrecht nach Cölln. Es kam im Anschluss dann auch zu keinen Verhandlungen zwischen dem Stift und der Markgrafschaft, so dass ein taktisches Manöver Bischof Rudolfs als sehr wahrscheinlich gelten kann.

Im Juli 1480 brachen wieder Konflikte zwischen der Markgrafschaft und dem Hochstift Würzburg aus. Ein Jude, Gopelmann, habe einige Hintersassen Albrechts vor ein Würzburger Gericht geladen. Das habe ihm Konrad Offner, einer seiner Beamten gemeldet, schrieb der erzürnte Kurfürst in einem Brief nach Würzburg. Albrecht reagierte mit diesem Schreiben vom 27. Juli an den Würzburger Landrichter Georg von Siech auf Offners kurz vorher eingegangene Meldung und verlangte nachdrücklich, die Vorladung markgräflicher Untertanen vor Würzburger Gerichte einzustellen. <sup>(6)</sup> Albrecht bezog sich dabei auf eine kurz vorher in Cadolzburg ausgehandelte Abmachung zwischen beiden Fürstentümern, die eben dies, das gegenseitige Vorladen, untersagte. Würzburg versprach in der Antwort vom 29. Juli dann auch das Verfahren zu untersagen. Albrechts schnelle Reaktion hatte also Erfolg, seine Gerichtshoheit blieb gewahrt.

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 38; Priebatsch 2, Nr. 571, S. 532 f.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 51. Die Finanznot des Ordens gegen Ende des 15. Jahrhunderts war eine bekannte Tatsache und auch Pläne, Besitzungen abzutreten und zu verkaufen, wurden immer wieder diskutiert. Die Nachricht Muschlers hatte also sicherlich einen wahren Hintergrund.

<sup>3</sup> Siehe Weiß, a.a.O.

<sup>4</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 41 r.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Fasz. I, fol. 48; Priebatsch 2, Nr. 574, S. 536.

<sup>6</sup> Priebatsch 2, Nr. 683, S. 631.

Hans von Redwitz leitete am 24. Oktober 1481 eine Nachricht weiter, die er aus Auerbach<sup>(1)</sup> vom dortigen Landrichter und Pfleger des Pfalzgrafen Ottos von Neumarkt, Dietz Marschall, erhalten hatte. Dieser melde, so Redwitz, militärische Vorbereitungen in Böhmen, die das Ziel hätten, mit Truppen ins Fürstentum auf dem Gebirge und in das Stift Bamberg einzufallen. Ein beigelegter Zettel listete dann sogar die Adeligen auf, die an dem Überfall teilnehmen wollten und berichteten über deren Truppenstärke: summa summarum 24 000 Mann und 2400 Wagen.<sup>(2)</sup> Das Schreiben des Dietz Marschall an Redwitz, das jener im Auftrag des pfalzgräflichen Hofmeisters Dietz von Thüngen am 15. Oktober abgeschickt hatte und das spätestens am 18. Oktober auf der Plassenburg war, sprach allerdings nur allgemein von Rüstungsanstrengungen in Böhmen. Auch hatte der Amtmann in seinem Schreiben dargelegt, dass es ungewiss sei, gegen wen sich die militärischen Vorbereitungen richten würden. In diesem Schreiben ist weder von der Truppenstärke, noch von den möglichen Aggressoren, noch von der konkreten Bedrohung des obergirgischen Fürstentums die Rede.

Wenn Redwitz dies nicht erfunden hatte, was kaum glaublich erscheint, muss er noch eine zweite Quelle gehabt haben, die die zusätzlichen Nachrichten enthielt. Das würde auch erklären, wieso er erst sechs Tage nach Eingang der Warnung des Neumarkter Beamten die Nachricht an Albrecht weiterleitete. Von einer Reaktion des Kurfürsten ist in den Quellen nichts zu finden. Es könnten die horrenden, offensichtlich übertriebenen Zahlen gewesen sein, die Albrecht dazu bewegt haben, nicht zu antworten.

Doch schon kurze Zeit später wurde die Bedrohung aber real. Am 30. Oktober 1481 war der Egerer Kaufmann Georg Wagner bei Schnabelwaid in kurfürstlichem Geleit überfallen und seiner Habe im Wert von 1200 Gulden beraubt worden. Die Verfolgung der Täter erwies sich als schwierig, weil sie in Verbindung mit Pfalzgraf Otto von Neumarkt standen, der die Verfolgung der Räuber, die sich in seine Herrschaft geflüchtete hatte, verständlicherweise nur mit geringer Intensität betrieb. König Ladislaus und böhmische Adelige machten sich die Sache des Kaufmanns Wagner zu Eigen und man drohte Otto von Neumarkt offen mit Vergeltung.

Bald wurde die Lage noch komplizierter, als der Kaufmann Wagner seine Forderungen an einen Verbündeten des Hochadeligen Burian von Guttenstein abtrat. Dieser böhmische Adelige lag seinerseits wieder wegen einer besitzrechtlichen Auseinandersetzung mit dem fränkischen Adligen Paul von Streitberg auch mit Albrecht Achilles im Streit, weil der Kurfürst Streitberg unterstützte. Der Überfall auf den Kaufmann drohte sich so zu einem größeren Konflikt auszuweiten.<sup>(3)</sup>

Im Frühjahr braute sich also einiges in Böhmen zusammen und König Ladislaus, dem sowohl Wagner als auch besonders Burian von Guttenstein nahe standen, schlug sich auf die Seite seiner Untertanen. Albrecht erhielt über die prekäre Situation Nachricht aus dem obergirgischen Fürstentum, als der Hauptmann Hans von Redwitz am 14. Mai 1482 meldete, dass sich böhmische Herren in Brüx<sup>(4)</sup> getroffen und beschlossen hätten, Albrecht mit Fehde zu überziehen. Der Grund dafür sei die kurfürstliche Unterstützung für Paul von

<sup>1</sup> Die Stadt Auerbach, ursprünglich eine Bamberger Gründung, geriet schon im 13. Jahrhundert in den Einflussbereich der Wittelsbacher, die die Vogteirechte seit 1266 innehatten. Im 14. Jahrhundert war der Ort Mittelpunkt des von Kaiser Karl IV. neugeschaffenen böhmischen Besitzkomplexes in der heutigen Oberpfalz, des „neuböhmischen Territoriums“. 1373 wurde das Landgericht von Sulzbach nach Auerbach verlegt. Kurpfälzischen Truppen gelang es im Jahr 1400 im Verlauf der Auseinandersetzungen mit König Wenzel nach dessen Absetzung die Stadt zu besetzen und damit auch das Landgericht und die umliegenden Besitzungen in die oberpfälzische Herrschaft der Wittelsbacher einzuverleiben. Siehe Handbuch der Bayerischen Geschichte, Band 3,3, S. 55 – 71.

<sup>2</sup> Priebatsch 3, Nr. 802, S. 103 f. Der Zettel nannte die Namen von rund 20 Städten und Adeligen, die angeblich jeweils 100 Wagen und 1000 Mann, zehn pro Wagen, in Marsch setzen wollten. Angeblich ginge es gegen den Bischof von Bamberg, der „*sey ein stolzer bischof*.“ Andere Fürsten sollten nur das Durchzugsrecht gewähren.

<sup>3</sup> Genau ist der Verlauf der beiden Streitfälle nachzulesen bei Priebatsch 2, Nr. 802, S. 105 ff.

<sup>4</sup> Der tschechische Name der Stadt ist Most und sie liegt rund 55 Kilometer nordöstlich von Karlsbad am Südrand des Erzgebirges und somit im Grenzgebiet zwischen Böhmen und Sachsen.

Streitberg und auch der noch immer nicht gesühnte Überfall auf den Kaufmann Wagner. Zum Anführer habe man Jacuko von Wresowic gemacht. Es sei auch berichtet worden, dass der König von Böhmen und Kurfürst Ernst sowie dessen Bruder Herzog Albrecht von Sachsen in Brüx gewesen seien und dort mit den böhmischen Herrn verhandelt hätten. Er habe deshalb angeordnet, dass der Pfleger von Hohenberg, Jobst Schirndinger, Kundschafter ausschicke: *„Gnediger her. Ewr gnad mag villeicht wissen haben von dem tag zu Brüx den derr konig von Beheim mit den hern von Sachsen gehabt hat auf solhem tag dan die treffentlichsten behemischen herrn vast alle gewesen sind ... doch warnung im (Schirndinger; d. Verf.) nicht allein von einem allein sundern wer dann bei einem guten Freund von Egern und auch namhaften burgern die ewer gnaden unnd herrschaft gut gesonnen. Han ich nicht gelassen, sunder zustundan an alle amt geschrieben die leut warnen und aupot than lassen ... .“*<sup>(1)</sup> Redwitz nahm die Warnungen anscheinend sehr ernst und ließ dies auch Albrecht wissen. Wieder ist bemerkenswert, dass Hauptmann von Redwitz die Entsendung von Kundschaftern anordnete, um zusätzliche Informationen aus Böhmen zu beschaffen. Da die Lage dort wegen des langen Thronstreites unübersichtlich war, glaubte man wohl durch direkte Erkundungen mehr Aufschluss über die Lage zu erhalten.

Albrecht antwortete am 18. Mai aus Coburg und schärfte seinen Leuten Wachsamkeit ein, eine Anordnung, die er zwei Tage später von Baiersdorf aus wiederholt.<sup>(2)</sup> Albrechts Amtmann Sigmund von Schwarzenberg erkundigte sich am 20. Mai bei Jeronimus Schlick, dem Burgherrn von Elbogen an der Eger bei Karlsbad, über die Situation.<sup>(3)</sup> Dieser ließ wissen, dass ein böhmischer Herr, dessen Namen er nicht nennen dürfe, vom König von Ungarn angegangen worden sei, 1000 Reiter anzuwerben, um in Franken einzufallen. Er solle die Burg Elbogen den Ungarn und ihren böhmischen Verbündeten als Basis für den Überfall überlassen, was er aber abgelehnt habe.<sup>(4)</sup>

Die markgräflichen Beamten hatten sich also noch eine zusätzliche Information verschafft. Auch hier ist wieder das Bemühen zu beobachten, eine Nachricht durch eine zweite Quelle zu verifizieren. Dieses Vorgehen hat man auch in der Böhmenpolitik Albrechts gesehen und auch hier ging es ja um Nachrichten aus Böhmen, wengleich sie sich um fränkische Angelegenheiten drehten. Böhmen scheint als Gebiet angesehen worden zu sein, über das man sich am besten mehrfach erkundigte, bevor man Entscheidungen traf.

Die Nachrichtenlage stellte sich jetzt für Albrecht noch bedrohlicher dar. Denn nun hatte er nicht nur Angriffe von Gefolgsleuten König Ladislaus' zu befürchten, es drohten auch Angriffe der zweiten böhmischen Partei, der Gefolgsleute des Corvinen.

Neben dem Brief Schwarzenbergs, von dem nicht nachzuweisen ist, ob Albrecht ihn veranlasste, ist auch eine direkte Aktivität des Kurfürsten festzustellen, die auf die vielfältigen Warnungen zurückzuführen sein dürfte. Albrecht schrieb an seinen Schwiegersohn Heinrich von Münsterberg und schien ihn über die Pläne der gegnerischen Koalition in Kenntnis gesetzt zu haben. Dieses Schreiben selbst ist nicht überliefert, Münsterbergs Antwort vom 21. Juni aus Prag hingegen schon. Der Herzog meldete, dass König Ladislaus nach seiner Intervention versichert habe, er werde den Wresowic und auch den Kaufmann Wagner zu zügeln wissen: *„Sein koniglich gnade hat euer lieb gleichbieten gutlich und fruntlich aufgenommen und zweifeln daran nicht, solich Jakubkens und Wagners furnemen wirt abgestellt und bei gleiche gelassen.“*<sup>(5)</sup>

Albrecht reagierte also auf die gefährlich klingenden Nachrichten und konnte aufbauend auf seine Informationen zumindest einen diplomatischen Erfolg verbuchen, indem Ladislaus ihm Hilfe zusicherte.

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 51, fol. 176 r.; Priebatsch 3, Nr. 875, S. 187.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., Nr. 51, fol. 176 v. f.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 51, fol. 177 v.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., Nr. 51, fol. 177 v. f.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 51, fol. 54 b f.; Priebatsch 3, Nr. 884, S. 196.

Am 30. Juni schickte Ladislaus dann Gesandte zu Albrecht, die versuchen sollten, den Streit zwischen Burian von Guttenstein und Paul von Streitberg zu schlichten, was schließlich auch gelang. Sowohl Albrechts Brief, als auch die Reise der böhmischen Diplomaten könnten durch die Berichterstattung an Albrecht ausgelöst worden sein, dem es somit deshalb gelang, die brenzlige Lage zu entschärfen, weil er rechtzeitig informiert worden war. Denn König Matthias war schließlich dabei gewesen, eine strategisch wichtige Position nahe der Grenze zu Franken zu besetzen. Auch ein Zusammengehen von Sachsen und Ungarn und ein Auseinanderbrechen der Ladislaus gewogenen Adelsgruppe in Böhmen drohten, was für Albrecht ebenfalls alles andere als gut gewesen wäre. Besonders das drohende Zusammenwirken der Stadt Eger – eigentlich den fränkischen Markgrafen nicht feindlich gesonnen – und der böhmischen Adelligen hätte Albrecht in eine schwierige Lage bringen können. Der schnelle Informationsfluss trug mit dazu bei, zwei Konfliktfelder zu beruhigen, die sich für Albrecht sehr bedrohlich hätten entwickeln können.

Albrecht, der sich wegen einer im untergebirgischen Fürstentum aufgetretenen Seuche nach Bayreuth zurückgezogen hatte, wurde mit einem Schreiben der Ansbacher Räte vom 26. Dezember 1483 erneut über Warnungen vor eventuellen Überfällen in Kenntnis gesetzt. Diesmal war es Herzog Georg von Landshut, dem man nachsagte, Truppen zusammenzuziehen. Albrecht wies die Räte an, wachsam zu sein. Diesen Befehl setzten sie in der Form um, dass sie die Amtleute von Schwabach, Roth, Trüdingen, Gunzenhausen, Stauff und Hohentrüdingen ihrerseits anwies, wachsam zu sein. <sup>(1)</sup> Die Verantwortlichen ergriffen wohl auch deshalb nur Routinemaßnahmen, weil die Informationen sehr wenig konkret waren.

Einen konkreten Angriff auf seine Interessenssphäre musste Albrecht dann aber im Februar 1485 erdulden, als Pfalzgraf Otto von Neumarkt die Burg Stein des Fritz von Sparneck bei Berneck im Fichtelgebirge in unmittelbarer Nähe von Kulmbach stürmen ließ. <sup>(2)</sup> Er handelte offenbar im Auftrag Herzog Georgs des Reichen von Landshut. <sup>(3)</sup> Sparneck hatte die Herrschaft zwar vom Bischof von Bamberg zu Lehen genommen, doch besaß der Kurfürst ein „Öffnungsrecht“ für die Festung, sie durfte also nicht zu Angriffen gegen ihn verwendet werden, er hingegen durfte auf die Infrastruktur der Burg zurückgreifen. <sup>(4)</sup> Solange sie dem ihm politisch nahestehenden Bischof von Bamberg zuzurechnen war, konnte Albrecht auch davon ausgehen, dass diese Rechte respektiert wurden. Nach der Übernahme durch den Wittelsbacher war dies zweifelhafter. <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> Priebatsch 3, Nr. 995, S. 293.

<sup>2</sup> Schloss Stein, heute eine Ruine, liegt nordöstlich Bernecks. Literatur zur Burg: H. Kunstmann; Burgen in Oberfranken. II. Teil, Kulmbach, 1955; H. Sieghardt; Burgen der bayerischen Ostmark; Bayreuth, 1938.

<sup>3</sup> Mit der Expansionspolitik Herzog Georgs des Reichen befasst sich Stauber, Herzog Georg, S. 199 ff. sehr ausführlich. Die Vorgänge um die Burg Stein sind in der Arbeit Staubers an Hand der Briefe Albrechts oder der Schreiben an ihn nachgezeichnet.

<sup>4</sup> Das Öffnungsrecht ist das Recht eines Landesherrn, eines Lehnsherrn oder eines anderen explizit dazu Berechtigten, eine Burg oder eine andere befestigte Anlage im Kriegsfall als Festung zu benutzen. Gleichzeitig umschreibt der Begriff auch die Verpflichtung des Besitzers der Festung, sie für militärische Aktionen zur Verfügung zu stellen. Kurz gefasst wird die Bedeutung und die Ausgestaltung des Öffnungsrecht dargelegt im entsprechenden Artikel im LexMa, Band 6, Sp. 1371 f. und dem Beitrag im Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, Band 3, Sp. 1225 ff. In beiden Lexika finden sich viele Hinweise auf weiterführende Literatur.

<sup>5</sup> Der Hintergrund der Auseinandersetzung hatte nichts mit Albrecht Achilles zu tun, sondern ging auf eine Fehde zwischen Adelligen zurück. Karl von Schaumburg war vom Bischof von Bamberg mit der Burg Thann belehnt worden, die jedoch faktisch im Besitz des Ritters Engelhart Nothaft, eines Mannes Ottos von Neumarkt, war. Es kam zu Auseinandersetzungen, bei denen sich Schaumburg an Fritz von Sparneck anlehnte und auf dessen Burg Stein weilte. Dies nahm Otto von Neumarkt zum Anlass, die Burg besetzen zu lassen. Der Ablauf des Streites ist kurz nachgezeichnet bei Priebatsch 3, Nr. 1046, S. 351 ff. Beunruhigender für Albrecht Achilles war die Zusammenarbeit Ottos mit Herzog Georg und Kurfürst Philipp. Die Pfälzer Nebenlinie Mosbach, seit 1448 auch in Neumarkt regierend, schloss sich seit Mitte des 15. Jahrhunderts sehr stark an die Kurpfalz an. Der nicht verheiratete Pfalzgraf Otto II. hatte bereits einen Erbvertrag mit Philipp von der Pfalz unterzeichnet, der die Besitzungen der Nebenlinie, die auch im rheinpfälzischen Territorium bedeutende Herrschaftsrechte hatte,

Das Schloss wurde am 18. Februar 1485 von Bewaffneten im Sold des Pfalzgrafen Otto von Neumarkt besetzt. Schon am 19. Februar, dem Samstag nach Valentini, informierte der neue Hauptmann auf dem Gebirge, Sebastian von Seckendorf Nolt, den Kurfürsten über den Vorfall. <sup>(1)</sup> Der Hauptmann war durch einen Brief des Adligen Veit von Wallenrode vom selben Tag über den Überfall in Kenntnis gesetzt worden. <sup>(2)</sup> Wallenrode hatte geschrieben, dass ein Mann des Burghabers von Sparneck „*zwo stund vor tag zu mir komen ist ...*“. Dieser habe vom Überfall berichtet und er selbst, so schreibt Wallenrode weiter, habe sofort im Amt Berneck ein Aufgebot erlassen und habe sich dann auf den Weg gemacht, um die Lage persönlich zu erkunden. Der Ablauf des Informationsflusses stellt sich also wie folgt dar: Am Samstag vor Sonnenaufgang erfuhr Wallenrode vom Angriff, traf Maßnahmen, holte weitere Informationen ein, schrieb im Verlauf des Tages eine Meldung an den Hauptmann auf dem Gebirge im benachbarten Kulmbach und dieser verfasste noch in den Abendstunden des selben Tages einen ausführlichen Bericht nach Ansbach. Der Nachrichtenfluss klappte in diesem Fall vorzüglich. <sup>(3)</sup>

Schon am 21. Februar antwortete Albrecht auf die Nachricht von der Erstürmung der Burg, die ihm Seckendorf, zugeschickt hatte. In seiner Nachricht hatte Seckendorf auch zum Gegenangriff und den Einsatz eines schweren Geschützes geraten. Beides lehnte Albrecht aber ab, da er nach eigenen Angaben wusste, dass die eigentliche Befestigung des Schlosses ohnehin schon vor längerer Zeit abgebrannt sei. Seckendorf solle zuerst einmal in der Umgebung der Burg Informationen bei den verschiedenen Amtsträgern einholen, so Albrechts Befehl. <sup>(4)</sup>

Albrecht hatte durch Seckendorfs Bericht darüber hinaus noch erfahren, dass markgräfliche Untertanen in Kontakt mit dem neuen Burgherrn getreten und dessen Hintersassen geworden seien. Er verbot daher in einem angefügten Zettel vom selben Tag dem Hauptmann jeglichen wirtschaftlichen und rechtlichen Kontakt mit dem neuen Burgherrn. <sup>(5)</sup> Die Reaktionen des Kurfürsten erfolgten dank der präzisen und schnellen Nachrichtenübermittlung also postwendend und waren ebenso konkret wie zielgerichtet.

Außerdem, so schrieb der Kurfürst am 3. Mai an Hertnid von Stein <sup>(6)</sup>, der sich in Bamberg für seine Interessen einsetzen und den Bamberger Bischof zu einer aktiveren Politik veranlassen sollte, habe er erfahren, dass Otto und Georg dem Pfalzgrafen Philipp ein Drittel der Burg angetragen hätten, wenn er sie unterstütze. Sie hätten Gesandte nach Heidelberg geschickt, um Philipp dieses Angebot zu unterbreiten. Der Pfalzgraf habe zuerst abgelehnt und dann nur begrenzte Hilfe angeboten. Dies „... *haben uns glaubhaft gut leut bericht, die dabei gewest sind, das es also gehandelt sei*“, so Albrechts Aussage über die Herkunft dieser zusätzlichen Informationen. <sup>(7)</sup> Wir kennen die Quelle nicht, doch zeigt es sich, dass Albrecht sich auch an anderer Stelle über die Lage und die politischen Vorgänge informierte. Der Kurfürst zog aus dieser zusätzlich gewonnenen Erkenntnis den Schluss, dass man sich mit dem Pfalzgrafen gut stellen müsse, um ihn nicht vollends ins gegnerische Lager zu treiben: „

---

wieder vollständig in die Kurpfalz integrierte. Die Zusammenarbeit auch mit Georg von Landshut, dessen Expansionspolitik sehr erfolgreich gewesen war und der seinerseits eine enge Kooperation mit der Kurpfalz suchte, führte zu einer bedeutenden Machtkonzentration des Hauses Wittelsbach im Süden und Osten der fränkischen Markgraftchaften. Siehe dazu Wüst, Pfalz-Mosbach, S. 236 ff.

<sup>1</sup> STAB, C 3, Nr. 876, fol. 10.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., fol. 11 r. Wallenrode datierte zwar anders: „*datum eylendis Berneck am sambstag nach Valentin.i*“ Doch da der Valentinstag der 14. Februar ist, handelt es sich um den selben Samstag, ein Tag nach der Besetzung des Schlosses.

<sup>3</sup> Der markgräfliche Beamte hatte noch eine weitere Quelle. In einem zusätzlichen Schreiben an Seckendorf berichtet er, dass ihn auch Bürger der Stadt Gefrees über den pfalzgräflichen Angriff mündlich informiert hätten. „... *und haben mir sagen lassen ...*“. Quelle: STAB, a.a.O., fol. 22 r.

<sup>4</sup> STAB, C 3, Nr. 876, fol. 11 v. f.; Priebatsch 3, Nr. 1050, S. 363.

<sup>5</sup> STAB, a.a.O., fol. 12 r.

<sup>6</sup> Die Rolle Steins ist bei Thumser, a.a.O., S. 167 – 170, geschildert.

<sup>7</sup> STAB, a.a.O., fol. 45 r.; Priebatsch 3, Nr. 1067.

... und darumb vermerken wir wo es nit nutz bringt den pfaltzgrauen nit gern do verthon man unnsere wo man kann domit man ihm dester ehe verbunden bleib.“<sup>(1)</sup> Der Fürst versuchte, die gegnerische Koalition nicht auch noch zu stärken, indem er sie durch Druck zusammenschweißte. Wieder ist erkennbar, dass sich Albrecht in brisanten Situationen nicht auf eine einzige Quelle verließ, sondern versuchte, zusätzliche Informationen zu gewinnen. Dies gelang ihm in diesem Fall wieder und er setzte die neuen Erkenntnisse auch gleich in diplomatische Schritte um.

Stein ging in seiner Antwort nicht auf Albrechts Informationen und Schlüsse ein, sondern steuerte selbst einige Nachrichten bei, die das diplomatische Umfeld der Auseinandersetzung beleuchten halfen. Er schrieb Albrecht am 6. Mai, dass er in Würzburg gewesen sei und der dortige Bischof angekündigt habe, neutral zu bleiben. Das Würzburger Kapitel sei allerdings sehr zornig auf Albrecht. Der Kurfürst habe, so Steins Wiedergabe der dortigen Beschwerden, den Würzburgern Klöster abgenommen und unterstütze auch den Bau einer Burg bei Forst in der Nähe von Haslach bei Kronach. Auch von Aktionen des Bischofs von Bamberg wusste Stein zu berichten. Philipp von Henneberg habe an Kurfürst Ernst von Sachsen geschrieben, um die Kontaktaufnahme bayerischer Räte mit den Wettinern zu neutralisieren. Die Bamberger Räte hätten auch eingehend mit Herzog Albrecht von Sachsen gesprochen, schloss Steins Bericht.<sup>(2)</sup>

Albrecht reagierte postwendend auf Steins Bericht und listete die Rechte der Markgrafen auf die Klöster und Besitzungen auf, die die Würzburger für sich beanspruchten.<sup>(3)</sup> Wichtig ist noch ein Satz in dem Schreiben an Stein. Albrecht gab nämlich an, dass er gehört habe, dass Bischof Philipp von Bamberg „weichliche Briefe“ an den Bischof von Eichstätt geschrieben habe. Diese Nachricht, von der wir nicht wissen, woher sie stammte, veranlasste Albrecht nun, seinen Rat Ludwig von Eyb, gleichzeitig Domherr in Eichstätt, zu beauftragen, an den dortigen Bischof zu schreiben. Er solle ihn dazu bringen, dem Bamberger Bischof zu raten, härter gegen die Besetzung der Burg vorzugehen. Falls es sich bei Sparneck wirklich um ein Raubschloss handle, wie behauptet würde, solle der Bischof von Bamberg es erst einmal wieder in Besitz nehmen und dann entscheiden, was damit zu tun sei.

Stein berichtete in einem Schreiben vom 9. Mai erneut von Verhandlungen in Bamberg. Er meldete, dass bayerische Gesandte zum Bischof gekommen seien und in einem beigelegten Zettel schrieb er dann noch, dass auch der sächsische Obermarschall Hugo von Schleidnitz im Auftrag Herzog Albrechts wieder in die Verhandlungen eingegriffen habe.<sup>(4)</sup> Durch Steins Briefe sah sich Albrecht Achilles in die Lage versetzt, die diplomatischen Vorgänge im Hintergrund im Auge zu behalten.

Doch der Kurfürst konnte noch auf weitere Informanten zählen. So berichtete Ritter Wolfgang von Stolzenrode in einem Brief vom 8. Mai, dass Herzog Georg einen Festungsbaumeister, einen gewissen „Pesnitzer“, engagiert habe: „Hat ine geschickt gein Nuremberg. Haben ime die von Nuremberg zugeschickt Jobsten Haller, der hat in geweist und sehen lassen als ir geschos, als ich bericht bin, und ist furter geritten geim Stain, do will er pauen und hat sich berompt, wie der costenlich teber<sup>(5)</sup> pauen konne, die er vor grossem volk wis zu behalten mit einer kleinen leut zale und weit were und bastei machen umb den Stain.“ Dies habe ihm ein frommer Edelmann erzählt, so Stolzenrode.<sup>(6)</sup>

<sup>1</sup> STAB, a.a.O., fol. 45 v.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., fol. 47 f. Ernst und Albrecht von Sachsen regierten bis zum Jahr 1485 die wettinischen Gebiete gemeinsam. Im Dresdner Vertrag von 1485 teilten sie dann das Fürstentum auf und es begann die Geschichte der ernestinischen und albertinischen Linie. Siehe Kneschke, a.a.O.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., fol. 48 v. ff.

<sup>4</sup> STAB, a.a.O., fol. 50 v. f.

<sup>5</sup> Mit „teber“ oder „tabor“ sind Befestigungsanlagen im Allgemeinen, befestigte Lager oder auch Wagenburgen gemeint. Das Wort rührt von den hussitischen Taboriten her, deren Wagenburgen in den 20er Jahren des 15. Jahrhunderts ihren Gegnern sehr zu schaffen machten. Siehe Grimm, a.a.O., Band 27, Sp. 7.

<sup>6</sup> STAB, a.a.O., fol. 40; Priebatsch 3, Nr. 1069, S. 388 f.

Diese Nachricht war für Albrecht von eminent großer Bedeutung, weil hiermit klar wurde, dass die Burg schwer befestigt und auch mit Artillerie versehen werden sollte. Die Nachricht des fränkischen Ritters, der sich allerdings nur auf die Erkenntnisse eines anderen Edelmannes berufen konnte, zeigte, dass Herzog Georg seine militärische Präsenz in der Region noch verstärken wollte.

Hertnid von Stein wieder war es, der Albrecht mit einer Information mögliche weitere Hintergründe des Überfalls klarmachte. Der Domherr schrieb am 5. Juni, dass er erfahren habe, dass neben einigen oberfränkischen Rittern auch das Bamberger Kapitel über die Amtsführung des Hauptmanns auf dem Gebirge erbost sei. <sup>(1)</sup> Es war also denkbar, dass Herzog Georg bei seinem Ausgreifen nach Franken hinein dort sogar mit lokalen Verbündeten aus dem Adel rechnen konnte, die mit der Herrschaft der fränkischen Fürsten unzufrieden waren. Auch im Bamberger Domkapitel, das ebenfalls über die Herrschaft der Zollern klagte, saßen viele Adelige aus der Region und somit hätten Albrecht in Zukunft auch im Machtzentrum eines seiner Verbündeten Gefahren drohen können.

Albrecht reagierte auf diesen Hinweis Steins sofort und trat mit Hauptmann von Seckendorf in Kontakt, um dessen Verhältnis zu Fritz von Sparneck und anderen Adeligen der Region zu klären. <sup>(2)</sup> Albrecht wollte offensichtlich versuchen, Konfliktfelder zu erkennen und wenn möglich zu entschärfen. In den restlichen ihm verbleibenden Lebensmonaten konnte der Kurfürst diese Frage aber nicht mehr klären.

Dass Fritz von Sparneck trotz des Überfalls zumindest nicht in erklärter Gegnerschaft zu Georg von Landshut stand, zeigte der weitere Verlauf der Auseinandersetzung. Noch im Sommer 1485 gelang es nämlich den Wittelsbachern, sich mit Sparneck zu einigen und die Burg für 3000 Gulden käuflich zu erwerben. Dies erfuhr der fränkische Kanzler Johann Volker durch einen Brief des Adligen Heinz von Waldenfels. Wieder war es Albrecht und seinen Leuten gelungen, an für sie wichtige Informationen heranzukommen: *„Einen fruntlichen dienst zuvor lieber Volker so wir gewissens hett sich fritz von sparneck uff heut mitwochen zu nacht zu Nuremberg gelegen und sich mit baiden mein herrn von Bayern umb den Stein vertragen die bezaln ime auff heutt dornstag zu Nuremberg dafur dreu tausent gulden vnnd hat daruber verschreibung müssen geben mit besigung seiner freundt unnd wird darauff meinem hern von Bamberg die lehen aufschreiben oder sagen unnd zwen edelmänner. die mein herrn von Bairn schicken werden zu lehen biten. Datum am dinstag nach margarete.“* <sup>(3)</sup>

Fritz von Sparneck wurde aus der Gefangenschaft entlassen und beendete die Fehde. Auch der Bamberger Bischof war – wie sich zeigte – zum Einlenken bereit, so dass Albrechts Politik im Endeffekt ins Leere gelaufen war.

Dieser komplette politische Fehlschlag darf aber nicht dazu führen, Albrechts Politik zu kritisieren. Vor allem die Informationsbeschaffung und der Nachrichtenfluss waren in diesem Fall bestens organisiert. Er wusste sehr präzise und meistens auch schnell, was die Gegenseite im Schilde führte. Eine Reihe von geheimen Informanten, die offensichtlich in wichtigen Positionen saßen und gut informiert waren, benachrichtigten den Kurfürsten über den Stand der Dinge und die Pläne der Gegenseite und er konnte so schnell reagieren. Erst die letzte Information, dass sich Bamberg und die beiden Wittelsbacher geeinigt hätten, ging dem Kurfürsten mit rund einmonatiger Verspätung zu, was seine letzten diplomatischen Aktivitäten dann wertlos hatten werden lassen. Die politischen Gesamtumstände führten in

<sup>1</sup> STAB, a.a.O., fol. 43.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., fol. 44.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., fol. 88 v. Der Margarethentag wird in der Diözese Bamberg am 13. Juli gefeiert. Der Dienstag nach Margarethen, an dem der Brief geschrieben wurde, war im Jahr 1485 also der 19. Juli. Etwas verwunderlich ist, dass der Schreiber der Briefe drei verschiedene Wochentage mit heute bezeichnet. Gemeint ist damit sicherlich die laufende Woche. Waldenfels hatte die Informationen also erhalten und weitergegeben, bevor der Vertrag abgeschlossen und die Entschädigung gezahlt worden war.

diesem Fall zum Scheitern von Albrechts Politik, nicht mögliche informationstechnische Fehler.

### Fazit

Nicht nur machtpolitisch, auch was die Organisation der Nachrichtenverbindung und die Präzision der Nachrichten anging, war Franken eindeutig Albrechts Stammland. Die Informationen, die Albrecht aus den fränkischen Fürstentümern erhielt, so kann man das Fazit dieses Kapitels ziehen, waren fast immer ebenso präzise wie ausführlich und setzten den Fürsten umfassend über die Situation in Kenntnis. Seine Beamten vor Ort versuchten auch – angewiesen durch den Fürsten, oder auch auf eigene Initiative – oft noch zusätzliche Nachrichten zu beschaffen. Vor allem wenn es um Vorgänge im benachbarten Böhmen ging, waren weitere Nachforschungen üblich.

In allen für die Konsolidierung einer Herrschaft wichtigen Fragen – Kirchenhoheit, Geleitrecht, Zoll, Gerichtswesen, Besitzrechte und Kontrolle über Burgen – war Albrecht auch während seiner Abwesenheit gut unterrichtet. Selbst Details wurden ihm mitgeteilt und er konnte dadurch zielgerichtete und zügige Entscheidungen treffen, die dann meistens auch im Sinne Albrechts umgesetzt wurden. Er war mittels der Nachrichtenverbindungen, das kann als Kernaussage getroffen werden, in der Lage, seine fränkischen Fürstentümer auch aus der Ferne und selbst was Details anging zu regieren.

### 3.7 Die Pfaffensteuer

Neben der Gerichts- und Finanzhoheit war die Kirchenhoheit ein wichtiger Faktor bei der spätmittelalterlichen Territoriums- und Herrschaftsbildung. Kurfürst Albrecht Achilles war diese Tatsache bewusst und wie schon an vielen Stellen gezeigt, kümmerte er sich auch intensiv um die Besetzung von Pfründen oder die Kontrolle von geistlichen Einrichtungen. Der Fürst schätzte auch Informationen zu diesen Fragen sehr hoch ein. Besonders zum Ausdruck kam der Kampf um die Kirchenhoheit und deren Beziehung zur Territorialbildung in den Jahren 1480 bis 1482, als um die sogenannte „Pfaffensteuer“ gestritten wurde. <sup>(1)</sup>

Die Auseinandersetzung Albrechts mit den fränkischen Bistümern, vor allem mit Würzburg und Bamberg, in geringerem Umfang auch mit den Bischöfen von Eichstätt, Regensburg und Augsburg, deren Sprengel das Gebiet der fränkischen Markgrafschaften ausmachten, lagen in all den Jahren von Albrechts Herrschaft in erster Linie darin begründet, dass man sich gegenseitig die Kontrolle über die Besetzung der kirchlichen Ämter streitig machte. Vor allem die Rivalität zwischen den Rechten der geistlichen Herren in Würzburg und Bamberg und Albrechts Befugnissen war sehr ausgeprägt. Deren Sprengel machten zusammen den Großteil des Herrschaftsgebietes der beiden fränkischen Markgrafschaften der Zollern aus. Die Auseinandersetzungen zwischen den Inhabern geistlicher und weltlicher Rechte waren dort eine Konstante im Kampf um die Konsolidierung der Landesherrschaft. Zugespitzt wurde die Situation, als die Auseinandersetzung um einzutreibende Kreuzzugssteuern in Franken Albrecht und die fränkischen Bischöfe, aber auch die Stiftsherrn von Eichstätt, Regensburg und Augsburg, zu besonders erbitterten Gegnern machte.

Hier soll nicht versucht werden, den fast eineinhalbjährigen Streit dieser wichtigen Reichsfürsten noch einmal nachzuzeichnen. Ziel ist es vielmehr, herauszufinden, ob und wie Informationen, die Albrecht zugingen, sein Verhalten beeinflussten und ob er versuchte, durch aktive Informationsbeschaffung sich Vorteile in der Auseinandersetzung zu verschaffen.

Der Reichstag zu Nürnberg im September und Oktober 1480 hatte mit dem relativen Erfolg geendet, einen gemeinsamen Zug des Reiches gegen die Türken zu propagieren und zu planen. Dabei war vereinbart worden, dass jeder Reichsstand eine gewisse Summe zu tragen hatte, und diese mittels einer Sondersteuer von seinen Untertanen eintreiben sollte, um damit ein Kontingent des Reichsaufgebotes zu stellen. 120 Fußsoldaten und 83 Mann zu Pferd musste zum Beispiel das Ansbacher Fürstentum stellen. <sup>(2)</sup> Eine päpstliche Bulle hatte ausdrücklich die Genehmigung erteilt, auch Kleriker zu diesem Zweck zu besteuern. Streit brach nun zwischen Albrecht und den beiden benachbarten fränkischen Bischöfen, sowie auch mit deren Amtsbrüdern in Eichstätt, Regensburg und Augsburg aus, weil beide Seiten die Kleriker besteuern wollten, um ihren Anteil an den Kosten des Reichskrieges zu bestreiten. Die Bischöfe argumentierten, dass die Kleriker zu ihrem Sprengel gehörten und dass es Laien grundsätzlich verboten sei, Kleriker zu besteuern, weshalb der Kreuzzugszehnt ihnen gebühre.

<sup>1</sup> Zusammenfassend hat sich schon Willy Böhm mit der Auseinandersetzung um die Pfaffensteuer befasst, Die Pfaffensteuer von 1480/81. Wissenschaftliche Beilage zum Programm der Sophienschule, Berlin, 1882. Die Quellen sind im Bamberger Staatsarchiv zu finden. Gedruckt sind die meisten einschlägigen Quellen bei Minutoli, Das kaiserliche Buch. Die Grundzüge der Auseinandersetzung sind bei Priebatsch 3, S. 4 – 32 zu finden. Ausführlich hat sich auch Wilhelm Engel; Passio dominorum. Ein Ausschnitt aus dem Kampf um die Landeskirchenherrschaft im spätmittelalterlichen Franken; In: ZBLG; Band 16; 1951; S. 256 – 316 mit dem Streit um die Pfaffensteuer befasst.

<sup>2</sup> Verzögerungen und Vorbehalte ergaben sich beim Beschluss und vor allem dann bei der Umsetzung der Pläne, weil die Fürsten befürchteten, der Kaiser könne die Truppen, die seinem Befehl unterstellt werden sollten, nicht gegen die Türken, sondern gegen seinen Kontrahenten Matthias von Ungarn einsetzen. Ein Marsch der Truppen zum Kampf gegen die osmanischen Einflussgebiete auf dem Balkan war ohnehin nur durch ungarisches Gebiet möglich. Matthias Corvinus, dessen Streit mit dem Kaiser zu Beginn der 80er Jahre wieder eskalierte, war diese Gefahr auch klar und er intervenierte entsprechend gegen die Pläne. Siehe Nehring, a.a.O.

Albrecht stand hingegen auf dem Standpunkt, dass sie seine Untertanen seien, weil sie in einer der beiden Markgrafschaften lebten und nicht im Stift eines der am Streit beteiligten Bischöfe. Es handle sich außerdem um eine Reichssteuer, noch dazu um eine, die einem Kreuzzug diene, so dass er als Vertreter des Reiches Anspruch auf das Geld habe, argumentierte der Kurfürst. Außerdem habe er die Schutzvogtei für eine Reihe von Klöstern in Franken inne, die er fünf Jahre vorher im Reichskrieg gegen Burgund sehr wohl besteuert habe. Da die Sprengel der fünf Bistümer – wie schon ausgeführt – das gesamte Territorium der Markgrafschaften umfassten <sup>(1)</sup>, war der Streit von grundlegender Bedeutung für Albrecht. Denn die Bischöfe hätten – hätten sie sich durchgesetzt – einen Großteil der ihnen auferlegten Lasten im Herrschafts- und Wirtschaftsgebiet des territorialen Nachbarn und Gegners einsammeln können, während Albrecht dann seine nicht-geistlichen Untertanen umso stärker hätte belasten müssen, um sein Kontingent zu finanzieren. <sup>(2)</sup> Der Kaiser hatte die Rechtslage offen gelassen, da er sowohl Albrecht als auch die Bischöfe von Bamberg und Würzburg zu Kommissaren für die Eintreibung der Steuer in Franken ernannt hatte. <sup>(3)</sup>

Am 9. Januar 1481, rund drei Monate nach dem Reichstagsbeschluss, ordnete Albrecht in einem Schreiben an seine Amtsträger an, dass die Steuer unverzüglich zu erheben sei, weil sein Kontingent bis zum 1. Mai einsatzbereit sein müsse. Das Geld sei auch von den Geistlichen „*in unserm furstenthumb gesessen*“ zu bezahlen, so Albrechts Befehl.

Schon am 21. Januar kam der erste Beschwerdebrief Würzburgs in Ansbach an, der die Unrechtmäßigkeit der Besteuerung postulierte. Albrecht wies die Vorwürfe umgehend zurück. Ein intensiver Briefverkehr folgte in den nächsten Tagen und Wochen und schon am 8. Februar griff der Würzburger Oberhirte, Bischof Rudolf von Scherenberg, zur Drohung der Exkommunikation gegenüber denjenigen Geistlichen, die an den Markgrafen zahlen würden. Von Würzburg angerufen, schickte Papst Sixtus IV. ein auf den 10. Mai 1481 datiertes Breve an den Kurfürsten und missbilligte darin ausdrücklich die Besteuerung der Geistlichen in den Bistümern Würzburg und Bamberg. Von den anderen Stiften war noch nicht die Rede.

Auch im Bamberger Bistum gab es schon kurz nach Albrechts Zahlungsbefehl Streit. Verkehrte Albrecht im Würzburger Fall selbst schriftlich mit dem Bischof, so wurde er über den Ablauf der Ereignisse im Bamberger Sprengel durch den Amtsträger auf dem Laufenden gehalten, der dort residierte. Es war der Hauptmann auf dem Gebirge, Hans von Redwitz, der Albrecht regelmäßig informierte. Am 11. Februar 1481 schon meldete von Redwitz, dass er den Pfarrern befohlen habe, sechs Gulden Sondersteuer pro Pferd zu zahlen, das ihnen gehöre. Ein Teil der Priester wolle zahlen, wenn der Bischof die Steuer zulasse, die Mehrzahl habe allerdings darauf beharrt, sie werde sich erst an den Oberhirten wenden und bis dahin nichts zahlen. Der Bamberger Bischof Philipp von Henneberg habe aber bereits seine Weigerung von den Kanzeln verlesen lassen, so von Redwitz' Bericht. <sup>(4)</sup> Albrecht, der die Brisanz der Lage zu erkennen schien, waren die Informationen aus dem obergebirgischen Fürstentum nicht umfassend genug und scheinen ihm auch nicht schnell genug geflossen zu sein. Das

<sup>1</sup> Sehr übersichtlich und informativ ist die Landkarte, die als Anlage zu Band 1 des biographischen Lexikons, *Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reiches, 1198 bis 1448*, herausgegeben von Erwin Gatz, Berlin, 2001, beigelegt ist. Hermann-Joseph Busley hat die Karte entworfen. Der Würzburger Sprengel umfasste ausweislich dieser Karte den nördlichen Teil der untergebirgischen Markgrafschaft einschließlich der Residenzstadt Ansbach. Die Gebiete der Markgrafschaft, die südlich von Ansbach und Nürnberg lagen, so die wichtigen Herrschaften um Gunzenhausen, Schwabach und Roth, um einige zu nennen, unterstanden kirchlich dem Bischof von Eichstätt. Im Südwesten, rund um die markgräfliche Stadt Feuchtwangen, war der Bischof von Augsburg zuständig. Bamberg's Sprengel nahm den Großteil des Fürstentums auf dem Gebirge und auch die Reichsstadt Nürnberg ein. Die östlichen Teile dieses Fürstentums ragten allerdings in den Sprengel des Bischofs von Regensburg hinein. Die kirchliche Oberhoheit Regensburgs – das sei hier nebenbei noch bemerkt – umfasste auch die Stadt Eger.

<sup>2</sup> Näheres zur Pfaffensteuer und zum Verlauf des Streites zwischen Albrecht und den fränkischen Bischöfen ist ebenfalls bei Priebatsch 3, Nr. 713, S. 4 – 32, nachzulesen.

<sup>3</sup> Priebatsch 3, Nr. 722, S. 39.

<sup>4</sup> STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 226 I, Fasz. 5, fol. 5 r.; Priebatsch 3, S. 8.

bekam von Redwitz in der Antwort Albrechts vom 16. Februar deutlich zu hören. Schon längst hätte er wegen der „*pfaffensache*“ den Landschreiber oder den Gegenschreiber zur Berichterstattung nach Ansbach schicken sollen, kritisiert ihn Albrecht. Er selbst habe auf jeden Fall wegen der Kanzelpredigten gegen die Steuern bei Bischof Philipp protestiert, erfuhr Hauptmann von Redwitz. <sup>(1)</sup> Hier stoßen wir auf die erste Reaktion Albrechts auf die Informationen, die ihm zugegangen waren. Er intervenierte bei seinem politischen Verbündeten in Bamberg mit einem höflich gehaltenen Schreiben.

Von Redwitz seinerseits antwortete wieder am 10. April und teilte Albrecht mit, dass sich die Geistlichen, die nicht zahlen würden, auf ein explizites Verbot des Bischofs berufen würden. Albrecht reagierte auf dieses Schreiben nun mit einem scharfen Brief an von Redwitz vom 13. April, also umgehend, und befahl, dass die Steuern auf jeden Fall einzutreiben seien, weil sie für Kaiser und Reich seien. Im untergebirgischen Fürstentum habe er die Geistlichen dazu gebracht, ihren Anteil zu zahlen, ermunterte er den Hauptmann. Der Würzburger Bischof habe schon geplant, von jedem Geistlichen einen Gulden zu kassieren und damit versucht, die Reichslasten des Stiftes auf die markgräflichen Untertanen abzuwälzen, so Albrecht. Dies sei nun verhindert worden. <sup>(2)</sup>

Wie sich der Fürst zu diesem Zeitpunkt über den Ablauf der Auseinandersetzung im untergebirgischen Fürstentum informierte, ist nicht nachzuvollziehen, da die Quellen fehlen. Es gab von Seiten Albrechts keinen schriftlich geäußerten Wunsch nach mehr und besseren Informationen. Er sah sich im untergebirgischen Fürstentum, vor seiner Haustür, also auf jeden Fall als ausreichend informiert an und glaubte auch deshalb die Sache zu beherrschen.

Ähnlich sicher zeigte er sich im Konflikt mit dem Eichstätter Bischof Wilhelm, dessen Sprengel die südlichen Teile der Markgrafschaft Ansbach, die Ämter Schwabach, Gunzenhausen, Roth, Thann, Wassertrüdingen, Hohentrüdingen, Flüglingen, Windsbach und Stauff, umfasste. Dieser hatte am 6. März 1481 an Albrecht geschrieben und ihm mitgeteilt, dass er von seinen Beamten erfahren habe, dass Albrecht die Priesterschaft des Bistums besteuere. Er möge dies einstellen. <sup>(3)</sup> Erst am 24. März, also fast drei Wochen später, reagierte Albrecht darauf und meinte lapidar, dass er lediglich sein Recht wahre und bei Geistlichen, über die ihm Patronatsrechte zustünden, Steuern eintreibe. Ohnehin beträfe dies im Eichstätter Sprengel so wenige Geistliche, dass sich ein Streit nicht lohne. <sup>(4)</sup> Die Reaktion auf die Kritik des dritten Bischofs fiel also sehr gelassen aus und Albrecht ließ sich mit der Antwort auch viel Zeit, was ebenfalls als Zeichen von Selbstsicherheit zu werten ist.

Da der Zug gegen die Türken – fast ist man geneigt zu sagen natürlich – nicht vorankam, wurde das Thema auf dem nächsten Reichstag, der im Juli und August 1481 wieder in Nürnberg stattfand, erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Kaiser, Fürsten und Städte erneuerten den Beschluss, den Zug in die Tat umzusetzen und zu seiner Finanzierung die Sondersteuer weiterhin einzutreiben. <sup>(5)</sup> Albrechts erneute Anweisung, basierend auf dem Reichstagsbeschluss vom August, die Geistlichen zur Steuer zu veranlassen, ist datiert auf den 20. August. Am 25. August erging dann der explizite Befehl an von Redwitz, die Besitzungen der Geistlichen zu taxieren, aufzulisten und das Verzeichnis umgehend nach Ansbach zu schicken. <sup>(6)</sup>

Hier zeigt sich, dass Albrecht, durch die vielen Nachrichten über die Steuerverweigerung gewarnt, die Besteuerung auf eine sichere administrative Basis stellen wollte. Er überließ es

<sup>1</sup> Priebatsch 3, S. 9.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., Fasz 2, fol. 1.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 7, fol. 1; Priebatsch 3, Nr. 726, S. 40 f.

<sup>4</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 7, fol. 2.

<sup>5</sup> Eine Gesandtschaft an Matthias Corvinus sollte dafür sorgen, dass dieser beruhigt und gleichzeitig informiert wurde, dass das gesamte Reich hinter dem Beschluss zum Kreuzzug stünde und nicht nur der Kaiser, der den Zug als territorialpolitischer Gegner des Corvinen vielleicht gegen Matthias hätte lenken können, wie von vielen vermutet wurde und was oben schon dargelegt worden ist.

<sup>6</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 6; Priebatsch 3, S. 9.

nicht mehr dem Hauptmann auf dem Gebirge, die Entscheidungen zu treffen, sondern wollte sich alle notwendigen Informationen beschaffen, die dann eine eigene Entscheidung ermöglichen würden.

Von Redwitz antwortete seinem Fürsten am 9. September mit der Nachricht, dass die meisten Priester die Angabe über ihr Vermögen verweigern würden. Auch fränkische Adelige, die Pfründe zu vergeben hätten, würden sich über die Besteuerung des Klerus beschweren. Von Redwitz nannte in seinem Schreiben allerdings keine Namen. <sup>(1)</sup> Erst am 15. September schickte von Redwitz das gewünschte Verzeichnis. Der Bischof von Bamberg drohe allerdings, so die beigelegte Nachricht, gegen das geplante gewaltsame Vorgehen der markgräflichen Beamten mit Bann und Interdikt zu antworten. <sup>(2)</sup>

Diese Informationen hörten sich für Albrecht doch etwas bedrohlicher an. Auch der Albrecht politisch nahestehende Bamberger Bischof drohte nun damit, zur schärfsten kirchlichen Waffe zu greifen. Dabei muss daran erinnert werden, dass dem Kurfürsten das päpstliche Schreiben vom Mai, das die Auffassung der Bischöfe voll unterstützte, ja vorlag und ihm zeigte, dass von dieser Seite kaum Unterstützung zu bekommen wäre. Auch die Kritik des reichsständischen Adels und vor allem die offensichtliche Unlust seines Statthalters, die Politik des Fürsten umzusetzen, waren deutliche Warnhinweise.

Albrecht zeigte sich aber unbeeindruckt und gab von Redwitz in einem Brief vom 18. September genaue Vorgaben über die Höhe der anzusetzenden Steuer. Insgesamt stünden ihm 450 Gulden zu, die einzutreiben seien und zwar bis Michaeli, also dem 29. Oktober. <sup>(3)</sup> Diese schnelle Antwort erstaunt, da man in Ansbach erst einmal das Verzeichnis hatte studieren müssen. Außerdem wundert man sich über die relativ geringe Summe, um die es ging. Redwitz replizierte wieder am 22. September und dann sofort noch einmal am 23. September. Im ersten Brief beklagte sich der Hauptmann, dass Albrecht ungnädig sei und ihn mit einem Gewissensproblem belaste. Der zweite Brief listete dann die Folgen der forcierten Steuereintreibung auf. Bei der ersten Pfändung in der Pfarrei Kulmbach hätten die Priester das Interdikt in Stadt, Pfarrei und Kloster verkündet. Auf der Burg würden die Priester Gottesdienst nur noch bei verschlossener Türe halten und außerdem würden sie ihn und die anderen in der Sache tätigen Beamten so behandeln, als seien sie bereits Gebannte. <sup>(4)</sup> Zusammengefasst hieß das, dass die Geistlichen, Untertanen des Markgrafen, ihm den Gehorsam verweigerten und damit die kirchlichen Autoritäten ihres jeweiligen Sprengels eindeutig über die weltliche Obrigkeit stellten.

Albrecht wiederum tröstete von Redwitz in einem langen Brief vom 26. September, in dem er den Hauptmann wegen der persönlichen Folgen des Bannes durchaus bedauerte, aber eine lange Reihe von Vorfällen aufzählte, bei denen Bannsprüche in den letzten Jahren erlassen worden seien. Dies habe nie besonders schlimme Folgen gezeitigt, beruhigte er seinen Hauptmann. Dann legte Albrecht sehr deutlich seine Beweggründe dar, weswegen er um die Steuer kämpfe. Füge er sich jetzt dem Bann, verliere er jegliche Autorität in seinem Fürstentum, so die Kernaussage. <sup>(5)</sup>

Von Redwitz griff wieder am 29. September zu Papier und Feder. Die Lage sei sehr schlimm, so seine Aussage. Er müsse Hohn und Spott ertragen. Die Knechte, die die Pfändungen durchführen würden, seien vom Tode bedroht, sie würden nicht mehr sicher über die Straße gehen können: *„Ist das heut an den knechten, morgen ist es an den gewaltigen. Alhie zu Culmbach in der pfarr, closter und auf dem sloss ist nu acht tag interdict gehalden, das man weder singt noch list auch nicht einleyt, das sacrament der ölung nicht raicht auch die*

<sup>1</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 13, f.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 7; Priebatsch 3, S. 10.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 8, Priebatsch 3, S. 10.

<sup>4</sup> STAB, C 3, Nr. 438, fol. 16.

<sup>5</sup> STAB, C 3, Nr. 226 I, Fasz. 2, fol. 4; Priebatsch 3, S. 12.

*grebnus verslecht, also das die toten leichnam unbegraben auf dem kirchhof erlendiglichen ligen, von dem man den stank und gesmack eynem und dem jamer also sehen mus.“*

Das Interdikt werde darüber hinaus in allen Pfarreien des obergebirgischen Fürstentums eingehalten, in denen es schon zu Pfändungen gekommen sei. Er sei sich sicher, dass dort, wo noch gepfändet werden müsse, auch Bann und Interdikt verhängt würden. Die Pfarreien des Dekanats Arzberg, die zum Regensburger Bistum gehören würden, hätten auch einen Brief ihres Bischofs Heinrich von Absberg bekommen, der das Interdikt für den Fall angedroht habe, dass gepfändet würde. <sup>(1)</sup> Dann fügte von Redwitz auf einem beigelegten Zettel noch die Warnung hinzu: „... *das gemeyn volk murr, ein aufruhr ist zu besorgen.*“ <sup>(2)</sup>

Diese Informationen zeigten Albrecht, dass die Situation eskalierte. Natürlich war wohl auch Albrecht klar, dass von Redwitz' Berichte die Lage etwas zugespitzt darstellten, da er die Zwangsbesteuerung des Klerus und vor allem die Folgen aus diesem Vorgehen für sich ablehnte, sich davor sogar regelrecht fürchtete. Doch gerade die Intensität der Schilderung musste Albrecht zeigen, dass seine Beamten in großer Sorge waren, dass sie zögerten, entschlossen zu handeln und damit seine fürstliche Autorität ins Wanken geriet.

Doch der Fürst blieb in der Steuerfrage weiterhin hart. Albrecht antwortete von Redwitz am 2. Oktober und weigerte sich weiterhin kategorisch, im Streit einzulenken. Er wiederholte den Befehl, die Steuer zu kassieren. Er habe einen rechtlichen Anspruch darauf, so Albrechts Diktum. <sup>(3)</sup> Von Redwitz brachte dann in seiner Antwort vom 6. Oktober weitere Beispiele von Orten, in denen das Interdikt verhängt und strikt befolgt werde. Das Interdikt gelte im Moment in Kulmbach, Drossenfeld, Trebgast, Nydernsteinach, Harsdorf, Seyboldsdorf, Berneck, Gefrees, Wirsberg, Münchberg, Goldkronach, Bayreuth, Creußen und Wunsiedel und werde strikt eingehalten. In Hof sei der Bann nun schon acht Tage in Kraft. <sup>(4)</sup>

Albrecht reagierte diesmal wieder umgehend und antwortete schon am 8. Oktober. Er schickte Abschriften seiner Schreiben an die Stadt Hof und die dortige Geistlichkeit, mit denen er versuche, sie zur Raison zu bringen: „... *umb den Hof ist doch der pfarrer mit uns vertragen durch Jörgen von Raweneck seinen vettern schier vor einen vierteil jars, als wir dir vorgeschriben haben.*“ Auch habe er mit Hertnid von Stein gesprochen, der ihn in Ansbach besucht habe. Dieser habe bestätigt, dass der Klerus verpflichtet sei, für den Kampf gegen die Ungläubigen Steuern zu zahlen. Außerdem habe er den Pfarrer von Bayreuth, Hans Stublinger, dazu gebracht, dass dieser seinem Vikar befohlen habe, die Messe zu lesen. <sup>(5)</sup>

Albrecht, das zeigen diese Informationen an Redwitz, war an verschiedenen Fronten aktiv, um sein Ziel zu erreichen. Er hatte den Theologen Stein dazu gebracht, ein ihm günstiges Gutachten zu verfassen und versuchte die Geistlichen mit allen Mitteln zu bearbeiten. Dass er dies alles von Redwitz mitteilte, scheint Teil einer Strategie zu sein, die er auch bei Schreiben an seinen Sohn Johann in Cölln öfter angewendet hatte. Er versuchte zu beruhigen und Mut zuzusprechen, auf der anderen Seite war es aber auch sein Ziel, seine Leute mit Informationen zu versorgen, um sie so für die argumentative Auseinandersetzung mit Gegnern oder schwankenden Verbündeten beziehungsweise Untergebenen zu wappnen. Das versuchte er auch mit von Redwitz, wie ein Auszug aus dem Text zeigen soll: „*Sollten wir uns hundert pfaffen nit erwerben. hab uns gen könig, 17 fursten erwert und bliben dannoch zwischen himel und erden. Und hielt man auch interdikt und sunden dannach einen syn, das man sang und las. Wie thun die pfaffen hinieden in Wirczburger, Bamberger, Eystetter und Augspurger bisthumb, sie bezaln gar schön und halten kein interdikt und sobald ein capittel verzuckt, so fellt man darain und pfendt. So ist es schon bezalt. Ir freundt, die gebens fur sie, sie bringen es wol von den pfaffen und lösen die pfandt, wenn man zehen mal als vil neme, als sie*

<sup>1</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 18; Priebatsch 3, S. 13.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 19.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 23.

<sup>4</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 28.

<sup>5</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 29.

*schuldig sind. Man brecht nyndert sovil doraus, das man uns bezalet. ... wir sind hieniden nahent gar bezalt. Und heldt man nyndert interdicit, dann sie haben sorg, man lauf in durch die heuser, ein öder pub, der nichts hett, der zerslug in öfen und gleser, thet in grösser schaden den uns der gemeynen pfaffen einer gibt.“* <sup>(1)</sup>

Dieser Text, der nichts anderes ist, als die Aufforderung, die Pfarrhäuser und deren Wirtschaftsgebäude zu plündern oder zumindest mit der Verwüstung zu drohen, um die Bezahlung der Steuern zu erzwingen, muss m. E. auch als Ausdruck des großen Ärgers und der Verbitterung Albrechts gesehen werden, dass ihm die Steuerangelegenheit solche Schwierigkeiten bereitete. Sie kontrastiert deutlich mit Albrechts Reaktionen am Anfang der Krise, als er sich seiner Sache sicher war und er seinen Kontrahenten fast herablassend antwortete.

Die nächste Nachricht, die Albrecht aus dem Fürstentum auf dem Gebirge zuzuging, war ein Schreiben des Hauptmanns von Redwitz vom 24. Oktober 1481. Sie lag einem Brief zu einem anderen Thema bei. Das Türkengeld sei und werde von den Geistlichen zu Kulmbach, Bayreuth und Umgebung nun bezahlt. Die Priester aus Wunsiedel und Hof würden sich noch sperren, was aber Schuld der Amtleute sei, „ ... *die der meynung nicht sein will, ich ine zu gebieten hab, oder villeicht sich nicht gern in den pan geben.*“ Er bat darum, Albrecht solle sich beim Bischof von Bamberg darum bemühen, dass er, der Landschreiber, die Kastner und Landknechte eine Befreiung vom Bann erhalten würden oder wenigstens einen Aufschub, damit sie wieder Gottesdienst feiern könnten. „ ... *dann die leng so vihisch zu leben, were schwere.*“ <sup>(2)</sup>

Die Nachricht, dass die geistlichen Strafen des Bischofs weiterhin insofern Wirkung erzielten, als dass in zwei Bezirken die Kreuzzugssteuer nicht eingetrieben werden konnte, zeigte Albrecht, dass er sich immer noch nicht hatte durchsetzen können. Gewisse Teilerfolge hatte er durch seine Beharrlichkeit aber erreicht.

Auch Albrechts Umgang mit dem protestierenden Eichstätter Bischof änderte sich deutlich. Hatte er zu Beginn des Jahres nur einen kurzen Brief geschrieben und die Sache als Kleinigkeit dargestellt, so reagierte er auf eine erneute Beschwerde des Eichstätters vom 14. September sehr viel schneller und verbindlicher. Schon am 18. September bot er Bischof Wilhelm ein persönliches Treffen an. <sup>(3)</sup> Stattgefunden hat das Treffen bald darauf in Ansbach, nachdem der Bischof ebenfalls am 18. September ein Mandat veröffentlicht hatte, in dem er gegen die Besteuerung seines Klerus protestierte. Albrecht befahl noch am 4. Oktober zu pfänden, billigte den betroffenen Klerikern aber am 17. Oktober einen Aufschub zu. Auch hier wurden die Befehle des Fürsten umgesetzt. Nachweisbar ist der Einsatz des Amtmanns von Stauff, der allerdings auch nur die Hintersassen der Priester besteuern konnte. <sup>(4)</sup>

Am 14. November 1481 schrieb Wilhelm von Eichstätt nochmals und bat, den Streit bis Weihnachten zu vertagen. Albrecht reagierte kompromisslos und bestand in seiner Antwort vom 16. November darauf, dass es sich um Reichssteuern handle, die er einzunehmen das Recht habe. Am 4. Dezember protestierte Wilhelm wieder und berichtete von Zwangsmaßnahmen gegen Hintersassen der Pfarrer dreier Dörfer bei Gunzenhausen. <sup>(5)</sup> Albrecht, so ist festzustellen, reagierte auf die Nachrichten der Steuerverweigerung also auch im Falle Eichstätts sehr konsequent und schnell. Er beschränkte sich aber darauf, die Laien zu besteuern, denen er die Zehnten abnahm, damit sie nicht mehr den Pfarrern gegeben werden konnten. Die Proteste des zuständigen Bischofs wurden zwar ernster genommen, doch Albrecht gab ihnen ebenfalls nicht nach.

<sup>1</sup> STAB, a.a.O.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 31; Priebatsch 3, Nr. 802, S. 103 f.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 7, fol. 4; Priebatsch 3, Nr. 726, S. 41.

<sup>4</sup> STAB, C 3, Nr. 226 II, Fasz. 13, fol. 11.

<sup>5</sup> Der Streit mit Eichstätt im Herbst und Winter 1481 ist ebenfalls in den Dokumenten nachzulesen, die im Bamberger Staatsarchiv verwahrt sind. Quellen: STAB, C 3, Nr. 226 I, Fasz. 7, fol. 7 ff.; Priebatsch 3, Nr. 810, S. 120.

Im Sprengel des Bistums Augsburg, das in Albrechts Fürstentum die Stadt und die Umgebung von Feuchtwangen umfasste, gab es nur Auseinandersetzungen mit dem Feuchtwanger Stift. Die dortigen Kleriker weigerten sich aber nicht zu zahlen, sondern klagten nur ob der hohen Lasten und ihrer Armut. Albrecht ging darauf nicht ein und wiederholte den Zahlungsbefehl, der dann offensichtlich befolgt wurde. <sup>(1)</sup> Irgendwelche Proteste des zuständigen Bischofs Johannes von Werdeberg aus Augsburg sind nicht überliefert. Als Bruder des kaiserlichen Haupttragebers Haugg von Werdeberg glaubte er wohl, sich beim Streit um Reichssteuern Zurückhaltung auferlegen zu müssen.

Auch im Regensburger Stift schien die Angelegenheit glimpflich abgelaufen zu sein. Jobst Schirndinger, der Amtmann zu Hohenberg, informierte Albrecht mit einem Schreiben vom 10. Februar 1481, dass die Priester seiner Ladung gefolgt seien, sich auch bereit erklärt hätten, zahlen zu wollen, doch ebenfalls ihre große Armut und hohe Belastung durch andere Abgaben ins Feld geführt hätten. Er, Schirndinger, habe deshalb vorerst keine Veranschlagung vorgenommen. Eine Reaktion Albrechts auf diesen Bericht ist nicht überliefert. Da es sich im Fall des Regensburger Bistums nur um sehr wenig betroffene Geistliche gehandelt hat, ist es möglich, dass der Kurfürst die Sache nicht weiter verfolgen ließ, um sich nicht noch einen Gegner zu schaffen.

Die Schilderungen der Situation aus dem Ansbacher Fürstentum, die Albrecht nach Kulmbach weiterleitete und die zeigen sollten, dass alles in Ordnung sei, waren wohl mehr Wunschenken des Fürsten, als Realität, wie die Quellenlage beweist, die im Anschluss skizziert werden soll.

Dort erging der erneute Zahlungsbefehl an die Geistlichen – basierend auf dem zweiten Reichstagsbeschluss – am 2. September 1481 und schon bald reagierte der Würzburger Bischof mit Mandaten gegen die Steuer und die Amtleute Albrechts bekamen große Schwierigkeiten. So berichtete Sigmund von Schwarzenberg, der Amtmann in Neustadt an der Aisch, am 27. September, dass die Geistlichen nicht zahlen würden. Sie würden sagen, wenn sie es täten, würden sie vom Bischof ihrer Pfründe beraubt und exkommuniziert, so der Amtmann. Schwarzenberg warnte Albrecht, dass der Bischof das Interdikt verhängen werde, sobald man zu Pfändungen schreite. Auch schrecke die Banndrohung alle Beamten, die bei der Eintreibung mitmachen müssten, von ihrer Pflicht ab. <sup>(2)</sup>

Albrecht antwortete schon am Tag danach aus Ansbach und machte Sigmund von Schwarzenberg Vorwürfe, dass er sich in seinem Amtsbezirk offensichtlich nicht durchsetzen könne. Er habe doch mehr Knechte zur Verfügung als der Hauptmann auf dem Gebirge und auch als alle anderen Amtmänner im Unterland. Behauptungen von Würzburger Seite, es drohe ein päpstlicher Bann, seien falsch. Der Papst habe ihn noch gar nicht vorgeladen und könne somit gar keine kirchlichen Strafen verhängen, dozierte der Kurfürst. Er habe schließlich die Befugnis, bei Geistlichen, die Reichslehen hätten und über die er die Patronatsrechte ausübe, Steuern für Reichszwecke einzutreiben. <sup>(3)</sup> Wieder findet man die Kombination aus Ermunterung und der Weitergabe von Fakten zur Steigerung der Argumentationskraft. Doch zeigen die Vorwürfe an den sonst hochgeschätzten Amtmann von Neustadt, dass Albrecht nervös und seiner Sache offensichtlich nicht mehr sicher war.

Einer Gesandtschaft des Würzburger Bischofs, die Ende September in Ansbach war, teilte Albrecht die selbe Rechtsposition mit. Er ermunterte sogar den Grafen von Schwarzburg, einen territorialpolitischen Gegner Rudolfs von Würzburg, zu militärischen Aktionen gegen das Stift und auch zu Maßnahmen gegen ungehorsame Pfarrer. <sup>(4)</sup> Ein neuer Krieg mit Würzburg, es wäre der dritte in Albrechts Regierungszeit gewesen, drohte und damit eine weitere Eskalation des Konflikts.

<sup>1</sup> STAB, C 3, Nr. 226 II, Fasz. 20, fol. 5.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 13, fol. 4.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 13, fol. 5.

<sup>4</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 13, fol. 42.

Die Folgen des Streites um die Pfaffensteuer waren also in beiden fränkischen Fürstentümern Albrechts ernst und drohten die Autorität des Fürsten bei den Geistlichen in seinem Fürstentum, den Untertanen im allgemeinen und gerade auch bei seinen Amtsträgern zu untergraben. Sie gehorchten, wie von Redwitz, nur mit großem Widerwillen, oder sogar, wie die Fälle zeigten, die Schwarzenberg aus Neustadt schilderte, gar nicht mehr.

Albrecht musste also handeln und schien dies im Oktober 1481 auch getan zu haben, indem er den Kanoniker Martin Thumbeck, Mitglied des Bamberger Domkapitels, nach Rom schickte. Neben den Aufträgen des Kurfürsten wollte der Geistliche auch eigene Angelegenheiten in Rom erledigen, denn er kämpfte um seinen Anspruch auf die Pfarrei Mockersdorf<sup>(1)</sup>, den ihm ein weiterer Anwärter bestritt. Außerdem sollte er in der Eheangelegenheit Barbaras weiter verhandeln und sich um die Interessen des Heilsbronner Mönches Ulrich Tremel kümmern, der eine Pfründe erwirken wollte.

Angekommen in der Ewigen Stadt ist der Gesandte seinem eigenen Bericht nach am Leonhardttag, dem 6. November 1481. Da er bereits so früh im November in Rom war, musste er Anfang bis Mitte Oktober aus Franken abgereist sein. Albrecht hatte Thumbeck eine Credenz ausgestellt, die auf Freitag nach Dionysius, das war in diesem Jahr der 12. Oktober, datiert war.<sup>(2)</sup> Der Kleriker wird sich kurz darauf auf den Weg gemacht haben. Wenn man sich die Vielzahl der Hiobsbotschaften in Erinnerung ruft, die gerade Ende September aus allen betroffenen kirchlichen Sprengeln in Ansbach ankamen, so kann man sicher davon ausgehen, dass Albrecht sich dadurch genötigt sah, einen eigenen Gesandten nach Rom zu schicken.

Die Hauptaufgabe des Kanonikers war ursprünglich gewesen, Verhandlungen über die Eheangelegenheit Barbara – Ladislaus zu führen, wie seinem ersten Rechenschaftsbericht auch zu entnehmen ist. Doch sollte sich der Streit um die Pfaffensteuer bald zu seinem Hauptanliegen entwickeln. Wieso die Wahl Albrechts gerade auf Martin Thumbeck fiel und der Kurfürst nicht den ihm näherstehenden und bewährten Hertnid von Stein wählte, liegt auf der Hand, wenn man Steins Position betrachtet. Schon in den vorangegangenen Jahren im Bamberger Bistumsstreit, als Stein der Hauptgegner und sogar Gegenkandidat des dann gewählten Philipp von Henneberg war, hatte der Domdechant sich schon sehr stark den geistlichen Standesbrüdern und der kirchlichen Hierarchie entfremdet. Griff er jetzt noch auf Seiten Albrechts in den Streit um die Besteuerung ein, so wären die Gräben noch tiefer geworden. Zum anderen hatte Stein in Nürnberg die Pfarrei der Lorenzkirche inne und zusätzlich noch eine Pfründe in den markgräflichen Gebieten. Er war also auch Partei in der Auseinandersetzung. Neutralität zu bewahren, war die beste Taktik, weswegen Albrecht darauf verzichtete, seinen vertrauten Berater einzusetzen.<sup>(3)</sup>

Es scheint so gewesen zu sein, dass Albrecht die Gelegenheit beim Schopf packte und den ohnehin reisenden Kanoniker Thumbeck als seinen Gesandten einsetzte. Albrecht sollte die Wahl nicht bereuen.

Thumbeck berichtete in einem Schreiben vom 11. November 1481, dass er über die Steuerfrage mit dem Kardinal Piccolomini und dem Kardinal von Mantua sprechen wolle. Piccolomini sei aber nicht da gewesen und der Kardinal Francesco von Mantua, Albrechts Großneffe Francesco Gonzaga, sei wegen einer Erkrankung ebenfalls noch nicht zu sprechen gewesen, weswegen er die entsprechenden Credenzen noch nicht abgegeben, sondern erst einmal mit Mantuas Sekretär Arrivabene konferiert habe. Dieser habe ihm geraten, mit einem der Legaten in Kontakt zu treten und nichts weiteres aus eigener Machtvollkommenheit in der Steuerfrage zu tun. Am heutigen Martinstag, dem 11. November, habe er dann noch ein

<sup>1</sup> Ort südlich des Fichtelgebirges, zwischen Kemnath und Neustadt in der heutigen Oberpfalz.

<sup>2</sup> STAB, C 3, Nr. 226 I, Fasz. 10, fol. 2 ff.

<sup>3</sup> Die Neutralität ging sogar so weit, dass Stein in den Verhandlungen um die Bezahlung der Steuer nicht selbst agierte, sondern seinen Vikar für sich reden ließ. Genauer nachzulesen sind Steins Position und sein Verhalten bei Thumser, a.a.O., S. 147 ff. und 158 – 160.

kurzes Gespräch mit dem Kardinal von Mantua geführt, der versprochen habe, im morgigen Konsistorium das Wort für Albrecht zu ergreifen. <sup>(1)</sup> Der Kardinal von Mantua und Thumbeck schrieben am 21. beziehungsweise am 25. November nochmals nach Ansbach und erwähnten in der Besteuerungsfrage nur die zusätzliche Tatsache, dass sie dem Papst noch gar nicht vorgetragen worden sei. <sup>(2)</sup>

Leider gibt es keine Bestätigung Albrechts, wann diese Mitteilungen, die ja andeuteten, dass die Angelegenheit in Rom noch mit einer gewissen Lässigkeit verfolgt wurde, in Ansbach eintrafen. Üblicherweise waren Schreiben aus Rom, wie wir unten noch sehen werden zwischen drei und vier Wochen unterwegs, so dass Albrecht Anfang bis Mitte Dezember erste Nachrichten von der Kurie bekommen haben könnte.

Im Gegensatz zu Rom, wo die Lage ruhig war, erhitzen sich in Albrechts Herrschaftsbereich die Gemüter und die Krise spitzte sich zu, wie ein Bericht des Hauptmanns auf dem Gebirge vom 5. Dezember beweist. Von Redwitz meldete, dass er versucht habe, sich an den Bischof von Bamberg zu wenden, um aus dem Bann zu kommen. Der Bischof habe seinen Abgesandten aber an den Papst, beziehungsweise an den Legaten, den Bischof von Teano, verwiesen, der gerade in Wien sei. Von Redwitz bat auch Albrecht, ihm bei der Befreiung aus dem Bann zu helfen, denn er sei ja nur seinetwegen in dieser misslichen Lage. <sup>(3)</sup>

Schon dies musste Albrecht aufhorchen lassen, denn sein Statthalter konferierte mit dem Gegner und machte ihm Vorwürfe. Schwerwiegender waren noch die Nachrichten, die von Redwitz in einem beigelegten Zettel mitlieferte. Er werde täglich von der Kanzel herab beschimpft. Der Kulmbacher Pfarrverweser Heinrich Lymersdorfer, dessen Verwandte alle markgräfliche Untertanen zu Berneck seien, nenne ihn Tyrannen, verkünde, er sei dem Teufel ergeben und benehme sich schlimmer als Juden und Heiden. Er habe den Lehnsträger der Pfründe, den Abt von Langheim <sup>(4)</sup> gebeten, den Kulmbacher Pfarrer zur Bestellung eines anderen Vikars aufzufordern. Denn, falls er den Verweser und dessen Kaplan in den Turm werfen lasse, so würde das noch mehr Grund zum Bann sein. Die Beamten in Hof seien weiter sehr saumselig bei der Eintreibung der Steuer, ergänzte von Redwitz seine Schilderungen noch. <sup>(5)</sup> Dieser Bericht klang nun ganz nach Aufruhr. Die Behörden konnten sich nicht mehr durchsetzen und mussten sogar Schmähungen ertragen, die im Endeffekt auch die fürstliche Autorität untergraben könnten.

Albrecht reagiert entsprechend gereizt. Er kritisierte in seinem Brief vom 10. Dezember vor allem von Redwitz' Versuch, sich selbst nach Bamberg zu wenden. Er, der Fürst, verhandle mit dem Bischof, der auch schon Gesandte geschickt habe. Weiter heißt es: „... *die bestlichen briefe halten nit innen, das du oder yemands im bann seyst. Deshalb bedorfen wir vom babst keiner absolution.*“ Außerdem, so beruhigte er von Redwitz wieder, habe er nur auf fürstlichen Befehl gehandelt und könne so auch nicht bestraft werden. Albrecht schickte des weiteren zwei Briefe an von Redwitz, die dieser weiterleiten sollte. Mit diesen Schreiben versuchte Albrecht gegen den rebellischen Kulmbacher Vikar vorzugehen. Ein Schreiben war an den Abt von Langheim gerichtet und verlangte die Bestellung eines anderen Vikars, denn der jetzige, so wurde ausgeführt „*hat sich gegen uns schwer vergangen.*“ Der zweite Brief war direkt an den Verweser Lymersdorfer gerichtet und befahl ihm, die Kirche zu verlassen: „*Du hast dich sovil widerwillens gegen uns und den unseren gehilfen, das wir dich nit lenger do leyden oder schutzen wollen.*“ Von Redwitz solle ihm dann noch berichten, wie

<sup>1</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 10, fol. 2 ff.; Priebatsch 3, Nr. 809, S. 118 ff.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 10, fol. 5; Priebatsch 3, Nr. 813 und 816, S. 122 f.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 35; Priebatsch 3, S. 17.

<sup>4</sup> Es handelt sich dabei um ein Zisterzienserkloster bei Lichtenfels, dem mehrere Pfarreien inkorporiert waren. 1435 wurde es als Reichskloster anerkannt, stand aber immer wieder unter dem Druck des Bamberger Stiftes, das es in seine Territorialherrschaft einbeziehen wollte.

<sup>5</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 38.

es mit der Türkensteuer aus den Gebieten stehe, die dem Regensburger Sprengel zuzurechnen seien, bat Albrecht. <sup>(1)</sup>

Der Kurfürst scheint gemerkt zu haben, dass er nun selbst eingreifen müsse, um den Verlust seiner fürstlichen Autorität zu verhindern und handelte an Stelle des Hauptmanns, der sich nicht gegen die aufrührerischen Reden wehren konnte oder wollte. Die Bezugnahme auf päpstliche Briefe könnte auch damit zusammenhängen, dass er aus Rom erfahren hatte, dass dort noch keine Entscheidung getroffen worden, ja noch nicht einmal ein Verfahren eröffnet sei. Der Grundtenor seiner Schreiben blieb aber gleich, Ermutigung und Information, wengleich von Redwitz hier auch deutlich kritisiert wurde, weil er sich an den Bamberger Bischof gewandt und damit gezeigt hatte, dass die geistlichen Strafmaßnahmen Wirkung zeigten. Dass Albrecht die Reden des Pfarrvikars gegen sich gerichtet fand, beweist, dass er die Gefahr sah, dass sich die Angelegenheit zu einem größeren Problem für die Herrschaft auswachsen könnte.

Den Beamten in Wunsiedel ging am 17. Dezember der Befehl zu, allen Geistlichen, die keine Messe lesen würden, die Einnahmen aus den Pfründen zu sperren. <sup>(2)</sup> Weitere Maßnahmen gegen die widerspenstigen Geistlichen waren hier angekündigt, denen er jetzt die wirtschaftliche Basis zu nehmen drohte. Albrecht verschärfte also den Druck auf seine Gegner.

Die Lage im Ansbacher Fürstentum eskalierte ebenfalls. Sigmund von Schwarzenberg, ebenso wie dessen Bruder Michel in Kitzingen kurz vorher von Albrecht erneut zu hartem Durchgreifen aufgefordert, meldete am 15. Dezember an den Kanzler Johann Volker, dass er einen anderen Weg versucht habe, an das gewünschte Geld zu kommen. Er habe den Bürgern von Neustadt und den Dorfmeistern der benachbarten Orte vorgeschlagen, dass sie für die Pfarrer in Vorleistung treten und den Konflikt so entschärfen könnten. Diese hätten sich aber geweigert. Hätten sie Geld, würden sie ihren Kindern Brot kaufen, das sei nötiger, sei deren Antwort gewesen. Jede Möglichkeit, so der Amtmann, die Steuer mit „*glimpf*“ zu kassieren, sei somit vertan. Albrecht möge selbst dem Kastner und dem Untervogt befehlen, die Steuer einzutreiben. <sup>(3)</sup>

Volker antwortete am 17. Dezember mit dem sarkastischen Spruch, dass der Kurfürst das Schreiben gesehen und gemeint habe, er habe noch gar nicht gewusst, dass Schwarzenberg sein Amt nicht allein ausüben könne. Man werde aber seinen Wunsch erfüllen. In dem selben Brief findet sich die Weisung an Kastner und Untervogt, das Geld einzunehmen. Sie sollten aber nicht mehr nehmen, als die Steuer ausmache. Eine Marginalie, möglicherweise vom Fürsten angefügt, wies den Amtmann an, für die Aufgabe „*gering leut*“ zu nehmen. <sup>(4)</sup> Es kam sehr selten vor, dass Albrecht etwas zu den Schreiben seiner Hofleute hinzufügte. Es schien ihm in diesem Fall wichtig zu sein, das Geld ohne Aufsehen und zusätzliche Komplikationen durch übertriebene Härte einzutreiben. So kann dieser Befehl interpretiert werden. Die Bedeutung des Adjektivs „gering“ an dieser Stelle ist nicht eindeutig zu bestimmen. Zum einen besteht die Möglichkeit, dass man sich auf die soziale Stellung bezog. Wahrscheinlicher ist es aber, dass einfach eine geringe Zahl von Leuten gemeint war, um das Aufsehen zu verringern. <sup>(5)</sup>

Vom selben Tag ist noch ein weiterer Befehl nach Neustadt überliefert, in dem Albrecht schrieb, dass die Geistlichen das Interdikt auch dort verhängt hätten, wo noch gar nicht gepfändet worden sei. Sie müssten Glück haben, dass man nicht ihre Häuser plündere und ihnen „*auf die meuler schlech*“, polterte der Fürst. <sup>(6)</sup> Der Ton dieses Schreibens war nun sehr

<sup>1</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 39.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 1, fol. 41.

<sup>3</sup> STAB, C 3, Nr. 226 II, Fasz. 13, fol. 18; Priebatsch 3, S. 22 f.

<sup>4</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 13, fol. 23.

<sup>5</sup> Siehe Grimm, Deutsches Wörterbuch, Band 5, Sp. 3689 ff. Das Lexikon gibt für beide Bedeutungen eine Reihe von Belegen an.

<sup>6</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 13, fol. 24.

rau, was m. E. wieder als Zeichen von Unsicherheit und Gereiztheit zu interpretieren ist. Am 17. Dezember schrieben auch Bürgermeister und Rat von Neustadt an der Aisch, dass sich die Priester auf einen päpstlichen Befehl beriefen und deshalb nicht zahlen würden. Albrecht erklärte den Neustädtern in seiner Antwort vom 18. Dezember, dass diese Aussage unwahr sei. Er drohte dann noch, den Klerikern ihre Pfründe zu entziehen. <sup>(1)</sup>

Diese beiden Stellen zeigen nun exemplarisch, dass sich Albrecht zumindest Gedanken über ein noch härteres Vorgehen gegen die Steuerverweigerer machte.

In einem nicht überlieferten Schreiben muss Albrecht den Neustädtern dann noch befohlen haben, den von Schwarzenberg vorgeschlagenen Weg doch zu versuchen, nämlich das Geld für die Steuerschuld der Priester vorzustrecken. Es handelte sich augenscheinlich um die Summe von 30 Gulden. Der Rat antwortete dem Fürsten am 11. Januar 1482, dass man das Geld nicht, wie Albrecht vorgeschlagen habe, bei den Nürnberger Juden leihen wolle. Wenn auch Albrecht erkläre, dass es sicher sei, dass die Stadtgemeinde es wieder „auf die pfaffen abwälzen“ könne, so wüssten sie doch nicht, wie sie allein von allen Städten dazu kämen, dass man ihnen dieses befehle. <sup>(2)</sup>

Wieder zeigte sich die offene Weigerung, dem landesherrlichen Befehl zu folgen und zum anderen auch Albrechts zunehmender Druck und seine große Verbitterung. Die Idee, dass die Stadt für die Steuerschuld des Klerus gerade steht und sich das Geld für einen Kreuzzug ausgerechnet von Juden leiht, um es dann später vom Klerus zurückzubekommen und mit Zinsen wieder den Juden zurückzahlt, ist selbst für Zeiten, die spätmittelalterliches Steuerwirrwarr gewohnt waren, erstaunlich. Die Reaktion der Neustädter Bürger war dann auch danach. Sie weigerten sich solange wie möglich.

Da Albrecht dem Klerus nicht beikommen konnte, hielt er sich an die Laien. Die Stadt musste schließlich nachgeben, wie sie in einem Schreiben vom 10. März 1482 darlegte. Da man das Geld weder bei Juden noch bei Christen bekommen habe, habe man es aus eigener Tasche bezahlt, so die Klage. <sup>(3)</sup>

Dieses Schreiben liefert uns noch eine Information, die ein schlagendes Licht auf Albrechts Vorgehen wirft. Die Stadtväter teilten in dem erwähnten Brief Albrecht mit, dass sie seine Frage, ob die Priester Konkubinen hätten, nicht genau zu beantworten wüssten. Sie würden nur wissen, dass die meisten Priester Mägde im Haus hätten, aber wozu und „*wer denselben iren mayden die kind mache*“, das sei ihnen unbekannt. Albrecht war offensichtlich in seinem Kampf um die Steuer und seine Machtstellung so weit gegangen, dass er die moralische Integrität des Gegners in Frage stellte. Um an sein Ziel zu gelangen, schreckte er auch nicht davor zurück, inquisitorische Fragen zu stellen. Dieses Vorgehen war Teil seiner Politik, Informationen zu beschaffen. Auch drohte er in einem Schreiben vom 3. Mai an die Stadt Neustadt an der Aisch, dass er den Priestern deren „*mägde*“ wegnehmen wolle. Spätestens dann würden sie schon bezahlen, so der wütende Kurfürst. <sup>(4)</sup>

Wie ist der zunehmende Ingrimm Albrechts zu erklären? Die Ursache könnte darin liegen, dass der Ungehorsam weiter um sich griff. Albrecht bekam das gesamte Jahr 1481 über auch aus dem Amt Dachsbach <sup>(5)</sup> Nachrichten über die Steuerverweigerung. Der zuständige Amtmann, Hans von Egloffstein, meldete am 12. September 1481, dass sich auch die Priester in seinem Amtsbezirk weigerten, die Steuer zu zahlen. Albrecht gab daraufhin Befehl, das Geld mit Gewalt einzutreiben. Es gebe genug Leute, die nichts zu verlieren hätten und diese Arbeit sogar gerne erledigen würden, so der erzürnte Fürst. <sup>(6)</sup>

<sup>1</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 13, fol. 27.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 13, fol. 31.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 13, fol. 38.

<sup>4</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 13, fol. 44.

<sup>5</sup> Ort in der Nähe von Neustadt an der Aisch. Er war Sitz einer markgräflichen Verwaltung, die einen ausgedehnten Besitzkomplex mit Hochgerichtsrechten zu kontrollieren hatte.

<sup>6</sup> STAB, C 3, Nr. 226 I, Fasz. 8, fol. 4.

Der Beamte gehorchte. Da die Häuser der Priester leer gewesen seien, habe er das Geld bei deren Hintersassen eintreiben müssen, meldete Egloffstein am 2. Dezember den Vollzug von Albrechts Befehl. Seit dem 30. Oktober liege nun das Interdikt über Dachsbach. Der Vikar weigere sich, der Weisung, dennoch Messen zu lesen, nachzukommen. Das „*gemeyn volck*“ sei über das Edikt sehr erschrocken. <sup>(1)</sup> Wieder konnte sich Albrecht nicht gegen die Geistlichen direkt durchsetzen und griff bei der Besteuerung auf die Laien zurück, was deren „Erschrecken“ sicher nicht verringert haben dürfte.

Aber auch weitere Informationen aus der Ferne könnten dem Fürsten Sorgen bereitet haben. Am 21. Dezember schrieb Albrecht an den Dompropst Hertnid von Stein und erkundigte sich, was Würzburger Gesandte in Bamberg zum Thema Kreuzzugssteuer vorgetragen hätten. <sup>(2)</sup> Hertnid von Stein meldete sich am 25. Dezember, griff also sogar an einem hohen Feiertag zur Feder. Er warnte Albrecht vor Gegenmaßnahmen der Bischöfe. So erfuhr der Kurfürst durch diesen Brief Steins aus Bamberg, dass nicht nur der Bischof von Würzburg sondern auch Wilhelm von Eichstätt Gesandte nach Bamberg geschickt habe. Ziel des Treffens sei es, ihr Vorgehen gegen Albrecht zu koordinieren. Man höre sogar, so Stein, dass der Würzburger Bischof das Interdikt über Ansbach verhängen wolle. Der Pfarrer von Kulmbach sei nach Bamberg gekommen und habe sich ebenfalls über die Steuererhebung beschwert. <sup>(3)</sup> In seiner Antwort an Stein vom 31. Dezember kündigte Albrecht an, bald nach Bamberg zu reisen und bat Stein, ihm dann als Vermittler beizustehen. <sup>(4)</sup>

Die Nachricht, dass sich drei Gegner im Steuerstreit zusammengeschlossen hatten, scheint Albrecht sehr beunruhigt zu haben, so dass er überlegte, dem Bamberger Bischof, mit dem er sonst gute Beziehungen unterhielt, einen Besuch abzustatten, sicherlich mit dem Ziel, die Phalanx der Gegner aufzubrechen. Offensichtlich hat die Reise aber nicht stattgefunden. Das Itinerar weist Albrecht die ersten drei Monate des Jahres durchgehend in Ansbach nach. Stein informierte ihn am 24. Januar 1482 noch einmal über den Stand der Dinge in Bamberg. Der Bischof von Eichstätt sei jetzt sogar persönlich gekommen, um in einem Streit zwischen Bischof und Kapitel zu vermitteln. Es sei auch ein Landtag abgehalten worden, bei dem Prälaten, Ritter und die Vertreter der Städte anwesend gewesen seien. Bei allen Verhandlungen sei auch die Klerikerbesteuerung Albrechts zur Sprache gekommen. <sup>(5)</sup> Dieser Bericht, wurde er nicht durch mündliche Nachrichten ergänzt, die allerdings nicht nachzuweisen sind, musste für Albrecht höchst unbefriedigend sein. Denn er sagte inhaltlich nichts aus. Er bekam nichts über den Tenor der Gespräche über seine Steuereintreibung mitgeteilt. Auch über den Streit Bischof – Kapitel und die Beratung des Landtages stand nichts verwertbares in dem Schreiben Steins.

Die nächste Berichterstattung Thumbecks aus Rom stammt vom 19. Februar 1482. Ob der Kanoniker die gesamte Zeit in Rom war, oder ob er im Winter zurück nach Deutschland und dann noch einmal über die Alpen reiste, ist ungewiss. Er informierte Albrecht jedenfalls, dass er sich noch einmal 100 Gulden von einem päpstlichen Bankier geliehen habe, die Albrecht beim Bankier Mullner in Nürnberg zurückzahlen müsse. Dass Thumbeck sich in Albrechts Namen 100 Gulden leihen konnte, ohne Rücksprache nehmen zu müssen und noch dazu, wie er schrieb, 40 Gulden erst einmal für sich verwenden durfte, zeigt, dass er vom Kurfürsten mit großen Vollmachten ausgestattet war oder diese zumindest unwidersprochen ausübte. Diese finanzielle Eigenständigkeit des Gesandten spricht für die Bedeutung, die ihm Albrecht beimaß. Während sonst Ausgaben der Gesandten genehmigt werden mussten und oftmals

<sup>1</sup> STAB a.a.O., Fasz. 8, fol. 8. Ähnliche Nachrichten erhielt Kurfürst Albrecht aus Lohenhausen, Hoheneck und anderen Ämtern.

<sup>2</sup> STAB, C 3, Nr. 226 II, Fasz. 19, fol. 33.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 14, fol. 4; Priebatsch 3, Nr. 821, S. 129 f. Am 28. Dezember 1481 wiederholte Stein seine Warnung.

<sup>4</sup> Hertnid von Stein diente auch deshalb so bereitwillig als Informant, weil er zu dieser Zeit selbst Streit mit dem Bischof hatte, der erst durch die Vermittlung des Eichstätter Oberhirten beigelegt werden konnte.

<sup>5</sup> Priebatsch 3, Nr. 833, S. 141.

kritisch hinterfragt wurden, schien Albrecht am Gebaren Thumbecks nichts auszusetzen gehabt zu haben.

Die Nachrichten, die Thumbeck schickte, waren jedenfalls das Geld wert. Einmal bestätigte der Gesandte den Eingang eines Schreibens Albrechts vom 26. Januar. Es musste sich um Schreiben an die drei Albrecht gewogenen Kardinäle Gonzaga, Piccolomini und Montis Regalis, des Kardinalpriesters von Santa Sabina, gehandelt haben. Diese habe er auch sofort zugestellt, so Thumbeck. Piccolomini rate dringend, die Klerikerbesteuerung aufzugeben. „*Die sach ist wider uns all*“, zitierte Thumbeck den Kardinal. Alle drei wollten sich aber dafür einsetzen, dass an der Kurie nichts gegen Albrecht unternommen werde. Inzwischen seien aber auch Gesandte Würzburgs und Bambergers eingetroffen, die sich unter anderem an Kardinal Piccolomini gewandt hätten. <sup>(1)</sup>

Diese für Albrecht schlechten Nachrichten, die wegen einer Verzögerung beim Transport erst im Verlauf des Monats März in Ansbach eingetroffen sein dürften, stimmten Albrecht nun offensichtlich bei seinen Verhandlungen mit den Nachbarbischöfen etwas nachgiebiger. So ging er in einer Antwort an Bischof Rudolf von Würzburg vom 15. März zumindest auf verschiedene Forderungen der Gegenseite ein. Wenngleich, das muss festgehalten werden, er im Prinzip auf seinem Rechtsstandpunkt beharrte. <sup>(2)</sup>

Der nächste Bericht an Albrecht aus Rom folgte am 11. März, stammte aus der Feder des Kardinals Gonzaga und ließ an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig. Der Papst sei über Albrechts Vorgehen sehr erzürnt und habe bereits ein Monitorium <sup>(3)</sup> gegen ihn erlassen. Er habe nur erreichen können, dass das päpstliche Mandat noch nicht veröffentlicht werde und somit noch nicht in Kraft trete. <sup>(4)</sup>

Ähnliches stand in einem weiteren Schreiben Thumbecks, das auf den folgenden Tag, den 12. März, datiert ist. Er habe am 4. März in der päpstlichen Registratur von dem Monitorium erfahren und sei gleich zu Kardinal Gonzaga gegangen, der das Zurückhalten des Mahnschreibens erreicht habe. 60 der 100 Dukaten habe er eingesetzt und damit Kardinal Gonzagas Sekretär Arrivabene und einen Juristen bezahlt, die sich beide als sehr nützlich erwiesen hätten. <sup>(5)</sup> Am 26. März und am 29. März schrieb Thumbeck weitere Briefe aus Rom, die ebenfalls sehr eindringlich formuliert waren. Zum einen übermittelte er die Verwunderung des Kardinals darüber, dass Albrecht nicht schreibe. Albrecht müsse, das sage Kardinal Gonzaga, umgehend schreiben und sich beim Papst entschuldigen. Nur so könne das Absenden des Mahnschreibens verhindert werden. Auch müsse er versichern, dass er für die Pfründenvergabe kein Geld nehme außer den Kanzleigebühren. Der Kardinal von Mantua habe im Konsistorium trotz heftiger Beschuldigungen der Würzburger Gesandten einen Aufschub für Albrecht erwirkt, meldete der Gesandte des Fürsten nach Ansbach. <sup>(6)</sup>

Der Kurfürst wurde durch diese Schreiben Thumbecks informiert, dass die Würzburger im Streit um die Steuer nun sogar eine zweite Front eröffnet hatten und ihn mit Simonie in Verbindung brachten. Der Rat, dem baldmöglichst entgegenzuwirken, zeigt, dass man diesen Vorwurf in Rom offensichtlich nicht auf die leichte Schulter nahm.

In seinem nächsten Bericht, der erst rund einen Monat später abging, klang dann alles wieder sehr viel entspannter. Inzwischen war ein Brief Albrechts in Rom angekommen, nach Thumbecks Aussage am 16. April. Dieses Schreiben aus Ansbach ist auch überliefert und beinhaltet in erster Linie die Beschwerde Albrechts an seinen Gesandten, dass noch keine Nachricht gekommen sei. Leider ist der Brief nicht eindeutig datiert, er könnte vom 23.

<sup>1</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 12, fol. 8; Priebatsch 3, Nr. 849, S. 154 f.

<sup>2</sup> Priebatsch 3, a.a.O.

<sup>3</sup> Ein Monitorium, auch „*Monitio canonica*“ genannt, ist eine kirchenrechtliche Verwarnung und eine Vorstufe zu einer Kirchenstrafe. Siehe LexThK, Band 7, Sp. 413. Der Papst nahm den Fall also durchaus zum Anlass, energisch gegen Albrecht vorzugehen.

<sup>4</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 12, fol. 12; Priebatsch 3, Nr. 858, S. 163 f.

<sup>5</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 12, fol. 14.

<sup>6</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 12, fol. 17 f.; Priebatsch 3, Nr. 863, S. 176 f.

Februar oder aber vom 2. März stammen, was auf eine sechs- bis siebenwöchige Laufzeit hinweist. <sup>(1)</sup>

Thumbeck rechtfertigte in seinem Schreiben vom 16. April sein Tun und listete die drei Briefe vom 12., 26. und 29. März zusammen mit den Namen der Zusteller auf. Der erste Brief sei mit dem Lebuser Domherrn Johann Theodoricus von Eschenbach geschickt worden, das zweite Schreiben habe er einem gewissen Puczen mitgegeben und der Kleriker Meister Konrad Greffestein habe den dritten Brief nach Ansbach mitgenommen. <sup>(2)</sup> Die Verzögerungen in der Zustellung dieser wichtigen Nachrichten scheinen also darauf zurückzuführen gewesen zu sein, dass Thumbeck auf Gelegenheitsboten hatte zurückgreifen müssen. <sup>(3)</sup>

Überraschenderweise adressierte Thumbeck dieses Schreiben nicht an den Kurfürsten, sondern an Kanzler Johann Volker. Der Gesandte informierte darin dann noch einmal über den Verlauf der Auseinandersetzung und versicherte, er habe das Monitorium abgewendet. Albrecht könne sich ruhig Zeit mit der Antwort lassen, denn der Kardinal von Mantua werde die Veröffentlichung auch weiterhin verhindern. Albrecht solle in Zukunft aber nichts mehr gegen die Geistlichen unternehmen, denn es würden in Rom böse Gerüchte verbreitet, er würde Übergriffe auf Pfarrer befehlen. In Zukunft solle sich Albrecht an den Sekretär des Kardinals von Mantua, Giovanni Pietro Arrivabene <sup>(4)</sup>, wenden. <sup>(5)</sup> Dieser Rat könnte bedeutet haben, dass Thumbeck beabsichtigte, in absehbarer Zeit zurückzureisen. Es ist dies auf jeden Fall das letzte Schreiben Thumbecks aus Rom, das überliefert ist. Der Domherr hatte wohl seinen Anspruch auf die Pfarrei durchgesetzt und war dann wahrscheinlich abgereist.

Nach dem Erhalt dieses Schreibens ging Albrecht daran, sich bei Herzog Wilhelm von Sachsen Hilfe zu holen. Dieser sollte auf Albrechts Bitte hin den Bischof von Bamberg zu einem Vergleich bewegen. <sup>(6)</sup> Obwohl die Nachrichten aus Rom nicht mehr so bedrohlich klangen wie im Winter, zeigten sie dem Fürsten dennoch, dass er sich im Endeffekt nicht würde durchsetzen können. Ein geordneter Rückzug, den ihm seine Vertrauten in Rom durch ihre Hinhaltenaktik ermöglichten, muss ihm wohl als der beste Weg aus der Krise erschienen sein.

Die weiteren Verhandlungen in Rom zum Thema Klerikerbesteuerung und auch die Berichterstattung an Albrecht erledigte dann der erwähnte Sekretär Arrivabene im Namen seines Kardinals. Arrivabene schrieb das erste Mal nach Thumbecks Abreise am 26. April und musste Albrecht berichten, dass die Würzburger nun in Kardinal Piccolomini einen Fürsprecher gefunden hätten. Die Sache sei sehr ernst. Er rate ihm deshalb, sofort Dokumente mit Rechtstiteln zu schicken, wenn er solche vorzuweisen habe. <sup>(7)</sup>

Mit Kardinal Piccolomini war somit einer derjenigen Männer an der Kurie, die bis dahin für ihn stritten, zu den Würzburgern übergelaufen. Der Druck auf Albrecht, so erfuhr er, hatte sogar noch zugenommen.

Am 27. Mai 1482 bestätigten der Kardinal und sein Sekretär dann den Eingang eines Briefes aus Ansbach vom 18. April, der noch an Thumbeck gerichtet war. Albrecht hatte also geglaubt, sein Gesandter und Informant befinde sich noch in Rom, obwohl dieser geschrieben hatte, dass er nur bis eine Woche nach Ostern dort sein werde. Dieses Informationsdefizit entstand auch deshalb, weil Albrecht mit Thumbeck nur einen Gesandten geschickt hatte, der in erster Linie in eigener Mission unterwegs war und sich nach erledigter Arbeit auf den

<sup>1</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 12, fol. 16; Priebatsch 3, Nr. 855, S. 160. Das Datum des Briefes ist „*onoltzpach, an sambstag invocavit*.“ Es steht nicht da, ob es der Samstag vor oder nach dem Sonntag Invocavit war.

<sup>2</sup> Näheres zu diesen Briefen findet sich in den Kapiteln 1.2.4 und 1.4.3.

<sup>3</sup> Siehe dazu ausführlich oben Kapitel 1.4.

<sup>4</sup> Zu Leben und Tätigkeit des Sekretärs siehe Chambers, Giovanni Pietro Arrivabene, a.a.O.

<sup>5</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 12, fol. 18; Priebatsch 3, Nr. 871, S. 183.

<sup>6</sup> Priebatsch 3, Nr. 893, S. 207.

<sup>7</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 12, fol. 21; Priebatsch 3, Nr. 872, S. 184 f.

Heimweg machte, anstatt die Angelegenheit Albrechts noch bis zum Ende durchzufechten. Die Übergabe der Verhandlungsführung an den Kardinal und dessen Sekretär hatte zwar reibungslos funktioniert, doch Albrecht konnte nicht rechtzeitig davon in Kenntnis gesetzt werden. Ein direkter Schaden scheint nicht entstanden zu sein, dennoch muss Albrechts Vorgehen als problematisch betrachtet werden.

Der Papst, so der Kardinal in seinem Schreiben, habe die Verzögerung der Rechtfertigung Albrechts akzeptiert. Die Unterlagen sollten nun bis zum Bartholomäustag, dem 24. August, in Rom sein. <sup>(1)</sup> Die Schreiben aus Rom gingen Albrecht jetzt alle nur noch in Latein zu, was dazu führte, dass die Nachrichten für ihn erst übersetzt werden mussten. Das Schreiben vom 27. Mai aus Rom ist im Archiv sowohl auf Lateinisch wie auch auf Deutsch überliefert, so dass auch zu beweisen ist, dass Albrecht die Übersetzung des ganzen Briefes angeordnet hatte.

Der Kardinal meldete sich wieder mit einem Schreiben vom 27. Juli und bestätigte den Eingang von Albrechts Brief, in dem dieser seine Rechtsposition dargelegt hatte. Der Kurfürst hatte auch, so ist es aus der Antwort des Kardinals zu erschließen, mitgeteilt, dass er im August keine Vertreter senden könne. Der Kardinal bestand aber darauf, dass irgendein Bevollmächtigter kommen müsse, denn sonst ginge in der Sache nichts voran. Arrivabene informierte Albrecht noch in einem kurzen Zusatzschreiben vom selben Tag, dass die Gesandten des Würzburger Bischofs wegen der Pest aus Rom abgereist seien. <sup>(2)</sup>

Dieser Brief wurde nun im Verhältnis zu den anderen in dieser Sache geschickten Schreiben sehr schnell transportiert, denn er kam schon um den 13. August in Ansbach an. Nachzuweisen ist dies, weil Albrecht an diesem Tag einen Brief an den Kardinal schreiben ließ, der diesen davon in Kenntnis setzte, dass er sich durch die Vermittlung Herzog Wilhelms von Sachsen nicht nur mit Bamberg sondern auch mit Würzburg und den anderen Bischöfen geeinigt habe. <sup>(3)</sup> Der Brief sei gerade geschrieben worden, als sein Schreiben aus Rom angekommen sei, wurde dem Kardinal mitgeteilt. Albrecht dankte darin dem Kardinal und Arrivabene für deren Hilfe und fragte noch, ob die Behauptung der Würzburger in den Verhandlungen richtig sei, dass das päpstliche Monitorium doch noch abgeschickt worden sei. <sup>(4)</sup>

Das von Herzog Wilhelm mit Bamberg vermittelte Abkommen mit Bamberg, das fast deckungsgleich am 10. August auch auf Würzburg übertragen worden war, führte zu keiner Einigung im Grundsatz, schaffte aber Ruhe. Die Bischöfe hoben alle geistlichen Strafmaßnahmen gegen die Besitzungen Albrechts auf, der wiederum zusicherte, die Strafaktionen gegen die Geistlichen einzustellen. Albrecht versprach zusätzlich, in der Auseinandersetzung zwischen Würzburg und dem Grafen von Schwarzburg zu vermitteln, gab also die Unterstützung seines Verbündeten auf. Die zeitliche Übereinstimmung zwischen den Albrecht aus Rom zugegangenen schlechten Nachrichten und seinen Zugeständnissen an die Bischöfe lässt den Schluss zu, dass es auch die schlechten Nachrichten aus Rom waren, die Albrecht zum Einlenken bewegten.

Albrecht meldete den Eingang des Schreibens aus Rom auch am 15. August an Sigmund von Schwarzenberg. Es sei ein Bote aus Rom gekommen, der gemeldet habe, dass die päpstlichen Bullen, von denen die Würzburger redeten, in Rom noch nicht veröffentlicht und schon gar nicht abgeschickt worden seien, heißt es dort. <sup>(5)</sup> Die Information aus Rom verwendete Albrecht also sofort auch zu einem diplomatischen Angriff, indem er den immer noch schwankenden Amtmann von der guten Nachricht in Kenntnis setzte. Allerdings war sich

<sup>1</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 12, fol. 23 und 25; Priebatsch 3, Nr. 877, S. 189.

<sup>2</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 12, fol. 26; Priebatsch 3, Nr. 893, S. 206 f.

<sup>3</sup> Die Einigung war auf einem Treffen in Neustadt erzielt worden. Quelle: Priebatsch 3, Nr. 898, S. 212 f.

<sup>4</sup> STAB, a.a.O., Fasz. 12, fol. 29.

<sup>5</sup> STAB, C 3, Nr. 226 I, Fasz. 10, fol. 7.

Albrecht selbst nicht ganz sicher, wie man an der Nachfrage an den Kardinal sieht, ob dieses päpstliche Mandat wirklich nicht komme.

Kardinal Gonzaga versicherte Albrecht im letzten Brief in dieser Angelegenheit vom 25. September 1482 noch einmal, dass die päpstlichen Mandate nicht nach Deutschland geschickt würden und somit aus Rom keine Gefahr mehr drohe. <sup>(1)</sup> Der Streit um die Pfaffensteuer war damit ausgestanden.

## Fazit

Bei der Wertung des Informationsgeschehens in der Frage der Pfaffensteuer zeigt sich die bei Albrecht schon in anderen Fällen aufgetauchte Ambivalenz: Professionalität auf der einen und Improvisation mit allen ihren Nachteilen auf der anderen Seite. Albrecht hatte mit Martin Thumbeck einen Vertreter entsandt, der zusätzlich noch in eigener Sache aktiv war, was natürlich dazu führte, dass er sich nicht voll auf das Projekt des Kurfürsten konzentrieren konnte. Wenngleich, auch das muss gesagt werden, die Informationen, die er lieferte, für Albrecht immer sehr nützlich waren. Vor allem gelang es dem Kanoniker, einen guten Draht zum Kardinal von Mantua und dessen Sekretär herzustellen, so dass auch Interna der Kurie und das Funktionieren der päpstlichen Bürokratie bekannt wurden und an Albrecht gemeldet werden konnten. Das ermöglichte Albrecht einen guten Kenntnisstand. Als schwerer Nachteil wog der Umstand, dass dem Gesandten keine adäquate Botenorganisation zur Verfügung stand. Geschickt wurden die Nachrichten aus Rom anscheinend mit ohnehin nach Norden reisenden Klerikern, was die teilweise sehr langen Laufzeiten einzelner Berichte und die Tatsache erklärt, dass sich Botschaften mehrmals überschneiden.

Wenn man die Brisanz der Situation in beiden fränkischen Fürstentümern sieht, so verwundert es schon, dass zum einen keine aufwändigere Gesandtschaft geschickt worden war und vor allem, dass die Überstellung der Nachrichten mehr oder minder dem Zufall überlassen wurde. Erst als Kurienkardinal Francesco Gonzaga die Angelegenheit federführend übernahm, schien auch die Übermittlung der Nachrichten besser und schneller funktioniert zu haben.

Die Betrachtung der Nachrichten aus Rom und der Berichte seiner Beamten aus den fränkischen Ämtern beweisen, dass der Fürst versuchte, Nachrichten aus verschiedenen Gegenden zusammenzutragen, diese auszuwerten, ihre Aussagen zu kombinieren und so auf die jeweilige Nachrichtenlage adäquat reagieren zu können.

Als sich in Franken der Widerstand verschärfte, wurde die Gesandtschaft nach Rom geschickt. Als die ersten eher positiven Nachrichten kamen, versteifte sich der Widerstand Albrechts gegen Priesterschaft, Bischöfe und die Renitenz seiner eigenen Leute. Als dann im Frühjahr die Nachrichten von der Kurie deutlich machten, dass seine Rechtsposition nicht zu halten war, schwenkte Albrecht um und gab Stück um Stück nach. Das zeigt deutlich der Verlauf der Verhandlungen mit dem Bischof von Würzburg. Im März 1482, als die dringenden Warnungen Thumbecks und des Kardinals von Mantua nach Ansbach kamen, zeigte sich Albrecht noch konzilianter. Und als ihm schließlich bedeutet wurde, dass er sich auf keinen Fall durchsetzen könne, bat er Herzog Wilhelm von Sachsen um Vermittlung und ließ auch seinen Verbündeten, den Grafen von Schwarzburg, fallen.

Die Informationen, so kann festgestellt werden, lenkten Albrechts politisches Handeln.

---

<sup>1</sup> STAB, C 3, Nr. 226 II, Fasz. 12, fol. 33; Priebatsch 3, Nr. 911, S. 219 f. Ein Kleriker der Kurie schickte Albrecht die gesamten schriftlichen Unterlagen zu und erinnerte den Fürsten daran, dass 30 Gulden notwendig seien, um alle Kosten zu decken.

### 3.8 „Lasst uns ohne nachricht nit“ – Die Suche nach Informationen

„Wir verargten es wol, wann ir uns nichten schreibt. Dann es ist nicht eine kleine notdurft zu entdecken, wa warnung kommen. Sie sind war oder nicht, so sein sie nicht zu verachten, sunder aufsehen haben.“<sup>(1)</sup> Diese Zeilen schrieb Albrecht Achilles am 18. Mai 1471 vom Regensburger Reichstag aus an seinen Sohn Johann nach Brandenburg und zeigte damit sehr deutlich, welchen Stellenwert er Informationen beimaß. Zu Albrechts Leidwesen lief der Strom der Informationen aber nicht immer so, wie er sich das gewünscht hätte. Es war daher für ihn nötig, selbst aktiv zu werden und sich um Informationen zu bemühen. Sehen wir uns die eingangs zitierte Quelle weiter an, können wir diese Einstellung in Albrechts eigenen Worten lesen: „... aber ir schreibt uns nicht, was wir hineinschreiben oder handeln sollen, des nutz darzu sey. Dann war ir und die rete uns anzeigt, das gut darzu were, wir liesen nicht, wir handelten dorinn nach eurem rat als der, die die laufft dortinn bas wissen dann wir.“<sup>(2)</sup> An Hand der Quellen über Markgraf Albrecht Achilles soll in diesem Kapitel untersucht werden, wie der Fürst sich Informationen zu beschaffen versuchte Welche Wege beschritt er, an wen wandte er sich, welche Themen interessierten ihn und wie sah es um den Erfolg seiner Bemühungen aus?<sup>(3)</sup> Die meisten hier zu untersuchenden Quellen wurden aus anderer Perspektive schon in einem der vorhergehenden Teilkapitel analysiert, weswegen hier nur noch der Aspekt der Informationssuche herausgestellt werden soll. Um größere Wiederholungen zu vermeiden, wird an geeigneter Stelle auf die Analysen in den vorhergehenden Kapiteln verwiesen.

#### 3.8.1 Informationssuche zu den Verhältnissen in den Reichen der Krone Böhmens

Die Verhältnisse im Königreich Böhmen und den Nebeländern Mähren, der Lausitz und Schlesien waren für Albrecht auf Grund seiner Interessen von großer Bedeutung. Wie schon in Kapitel 2.5 gesehen, floss deshalb auch eine große Zahl von Berichten aus und über diese Region an den Hof Albrechts. Es ist somit auch nicht verwunderlich, dass sich ein guter Teil der überlieferten Informationsbitten mit diesem Teil des Reiches befasste. Doch die Häufigkeit der Anfragen ist dennoch überraschend.

Der Fürst wandte sich bei der Suche nach Informationen aus Böhmen sehr gezielt an Personen, bei denen er von einem Erfolg seiner Bemühungen ausgehen konnte. Zum einen stoßen wir dabei auf seinen Bruder Friedrich II. Auf Druck des Papstes formierte sich Mitte der 60er Jahre eine Allianz deutscher Fürsten und des Kaisers gegen den Böhmenkönig Georg von Podiebrad. Da Böhmens Machtstellung sehr stark war und die für einen Krieg entscheidenden Territorialfürsten – Österreich, Bayern, Sachsen und Brandenburg – sich keine großen Vorteile von einem Kampf mit den Böhmen versprachen, verliefen die Verhandlungen sehr zäh.<sup>(4)</sup>

Die Brandenburger hatten sich die Verhandlungen aufgeteilt. Albrecht war für die Kontakte zu Bayern und dem Kaiser zuständig, Kurfürst Friedrich II. setzte sich mit den Sachsenherzögen auseinander. Um sich gegenseitig auf dem Laufenden zu halten, wählten die beiden Zollernfürsten den Briefweg. So schrieb Albrecht am 5. Oktober 1467 aus Ansbach an Friedrich, dass Herzog Ludwig von Landshut eine Gesandtschaft zum Kaiser geschickt habe, um ein Angriffsbündnis gegen Podiebrad zu schmieden. Auch Sachsen solle in das Bündnis

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 113 r.; Priebatsch 1, Nr. 183, S. 252.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O.

<sup>3</sup> In der Forschung wurde dem Thema Informationsbeschaffung bis heute kaum Beachtung geschenkt. Anzuführen ist hier nur, wie in der Einleitung schon erwähnt, Colin Richmond, a.a.O.

<sup>4</sup> Siehe dazu Heymann, a.a.O., S. 360 ff.

einbezogen werden. Albrecht, der bekanntlich ein Ehebündnis mit Podiebrad eingegangen war, riet von einem Unterstützungsabkommen gegen den Böhmenkönig ab. Doch was sagte Bruder Friedrich II., der Kurfürst in Cöln, dazu und wie würden sich die Sachsenherzöge verhalten? Um das herauszubekommen, fragte er direkt an: „... *auch des Handels bey vnserm schwager von sachsen halben eyllend wissen lassen, was ewer meynung sey vnd darnach haben zu richten.*“<sup>(1)</sup>

Diese konkrete Anfrage, die Albrecht an Friedrich schickte, zeitigte Erfolg. Friedrich, der sich zu Verhandlungen mit den Sachsen in Meißen aufhielt, antwortete am 14. Oktober von dort, dass die Sachsenherzöge ein derartiges Bündnis nicht abschließen würden. Er wolle es auch nicht tun und folglich rate er Albrecht, dieses auch zu unterlassen. Die konkrete Nachfrage führte zu einer brauchbaren Antwort.

Die wichtigste Quelle Albrechts für Nachrichten über Böhmen war sein Schwiegersohn Herzog Heinrich von Münsterberg. Dieser böhmische Adelige stand ihm wegen der schon aufgezeigten verwandtschaftlichen und politischen Beziehungen nahe.<sup>(2)</sup> Zusätzlich befand sich Heinrich als Sohn König Georgs von Podiebrad und dann als Verbündeter von König Ladislaus dezidiert auf einer Seite im böhmischen Thronkonflikt.<sup>(3)</sup> Albrecht konnte also Heinrichs Aussagen immer auch genau als diejenigen eines Anhängers einer Seite einordnen. Zum dritten waren Heinrich und seine Familie sowohl im böhmischen Kernland als auch in Schlesien – der Grafschaft Glatz – begütert, so dass er auch als Kenner des gesamten Gebietes gelten konnte. Der Herzog von Münsterberg weilte zudem häufig am Hofe König Ladislaus, womit ihm auch die Verhältnisse am Prager Hof vertraut waren.<sup>(4)</sup> Das waren viele Gründe für Albrecht, ihn zu befragen. Und der informationshungrige Kurfürst ließ sich diese Chance auch nicht entgehen, wie die folgenden Quellen zeigen werden.

Chronologisch die erste überlieferte Anfrage an den Schwiegersohn stammt aus dem Jahr 1477. Mit Datum vom 13. März ist ein Brief Münsterbergs an Albrecht aus Glatz zu finden, in dem der Herzog sich auf Fragen Albrechts bezieht, die der Kurfürst durch Sixtus von Seckendorf habe übermitteln lassen.<sup>(5)</sup> Seckendorf erkundigte sich ausweislich der Antworten Münsterbergs nach einem Dokument des Bischofs von Halberstadt aus dem 14. Jahrhundert. Darin, so Albrechts Vermutung und Hoffnung, habe der Bischof dem damaligen Kurfürsten, Kaiser Karl IV., und allen späteren Brandenburger Fürsten versprochen, ihnen Untertan zu sein. Münsterberg antwortete, dass, wenn er den Brief am Prager Hof finden werde und er Albrecht von Nutzen sei, er ihn ihm zuschicken werde.<sup>(6)</sup>

Näher an der Gegenwart lagen die weiteren Fragen, die Albrecht stellen ließ. Es ging um die möglichen Gründe, die die schon vereinbarte Heirat zwischen König Ladislaus und Albrechts Tochter Barbara verzögerten. Münsterberg antwortete aber nur, dass er dazu nichts sagen könne. Albrecht replizierte am 1. April 1477 und hakte in der Ehefrage nach.<sup>(7)</sup> So äußerte der Kurfürst den Wunsch, Münsterberg solle ihn sofort unterrichten, wenn König Ladislaus von seiner Reise zum Kaiser aus Österreich zurück sei.<sup>(8)</sup> Zusätzlich bat Albrecht noch

<sup>1</sup> Höfler, S. 150; Riedel 3,1, Nr. 318, S. 446.

<sup>2</sup> Herzog Heinrich von Münsterberg – das sei noch einmal erwähnt – heiratete 1467 Ursula von Brandenburg, eine Tochter Albrechts aus erster Ehe mit Margarete von Baden.

<sup>3</sup> Das galt auf jeden Fall bis 1479, als sich Matthias und Ladislaus auf eine bis zum Tod des Corvinen 1490 gültige Aufteilung der böhmischen Länder einigten. Nach 1479 näherten sich die Podiebrad-Söhne König Matthias an, um ihre Stellung in Schlesien behaupten zu können.

<sup>4</sup> Detailliert analysiert wird die Stellung Herzog Heinrichs von Münsterberg oben in Kapitel 1.4. Dort sind auch die entsprechenden Quellenstellen und einschlägige Literatur verzeichnet.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 279, S. 291 ff. Angehörige der fränkischen Familie von Seckendorf waren des öfteren für Albrecht als Räte, Hofbeamte, Statthalter oder eben als Diplomaten tätig.

<sup>6</sup> Siehe die ausführliche Würdigung dieser Quelle in Kapitel 2.4.

<sup>7</sup> Priebatsch 2, Nr. 279, S. 291 ff.

<sup>8</sup> Ladislaus war zum Kaiser gereist, um letztendlich erfolgreich um die Belehnung mit dem Königreich Böhmen nachzusuchen.

einmal um den Halberstadt-Brief: „ ... so bitten wir euer lieb gar fruntlich, ir wollet uns solchen brief zum furderlichsten zuschicken.“<sup>(1)</sup>

Diese doppelte Bitte um die Zusendung des Untertänigkeitsbriefes des Bischofs von Halberstadt führte schließlich zum Erfolg. Als Anlage zu einem Schreiben vom 31. Mai 1477 lag der gewünschte Brief bei.<sup>(2)</sup> Albrecht sandte ihn gut zwei Wochen später nach Cölln an Markgraf Johann.<sup>(3)</sup>

Am 9. Mai 1477 ging wieder ein Brief nach Böhmen. Albrecht fragte Münsterberg, ob der geplante Zug Ladislaus' zum Kaiser, bei dem er von Friedrich III. mit Böhmen belehnt werden sollte, wie geplant stattfinden werde.<sup>(4)</sup> Albrecht hatte von diesem Zug aus verschiedenen Quellen, unter anderem auch durch Briefe des Kaisers, erfahren. Wieder hakte er nach, um sicher zu gehen, ob die Pläne auch durchgeführt würden. Schließlich war es für den Kurfürsten wichtig, dass König Ladislaus, sein Verbündeter, der vom Kaiser anerkannte Herrscher Böhmens war.

Eine herausragend wichtige Quelle für ein Informationsersuchen Albrechts ist uns mit einem Brief überliefert, den der Kurfürst am 2. November 1478 an seinen Schwiegersohn aus Frankfurt an der Oder schrieb.<sup>(5)</sup> Albrecht befand sich seit Juli in Brandenburg, um gegen seine Widersacher in Schlesien und gegen die Herzöge von Pommern vorzugehen. Albrecht antwortete mit dem angeführten Schreiben auf eine Zuschrift Münsterbergs vom 12. Oktober. Neben einer Reihe von anderen Punkten enthielt das Schreiben des Kurfürsten eine Aufforderung an Münsterberg, nach Prag an den Hof König Ladislaus' zu reisen und dort einiges in Erfahrung zu bringen. Die entscheidende Textstelle lautet: „ ... das er (Ladislaus; d. Verf.) uns underichtung gebe, wie wir uns halten sollen nach laut der bericht, die er mit dem konig von Hungern eingangen hat, als uns anlangt, man sagt, sie sollen bede konig bleiben und einer dem anderen schreiben konig zu Beheim und sol iglicher innbehalten, das er hab mit aller gehorsam und obrigkeit, lehen leihen, volg offnung, gult und alle gehorsam behalten in seinem tail ...“<sup>(6)</sup>

Albrecht hat also bereits Informationen über den Vertrag zwischen den beiden Böhmenkönigen erhalten.<sup>(7)</sup> Albrecht kannte die entscheidenden Aussagen der Übereinkunft aus einer anderen Quelle und wollte nun genau nachforschen, ob diese Details auch stimmten. Münsterberg wurde aber auch signalisiert, dass man schon Bescheid wisse und er bei der Wahrheit bleiben solle. Die Gegenrecherche Albrechts ist hier besonders gut zu beobachten. Dann kam der Kurfürst zu einem noch wichtigeren Punkt. Er bohrte nach, um die konkreten Fragen zu klären, deren Beantwortung ihm noch nicht klar waren. Er wisse noch nicht, so Albrecht, ob die beiden böhmischen Nebenländer Schlesien und die Lausitz zum Einflussbereich Matthias' oder Ladislaus' gehörten.

Die Sorge Albrechts, die sich in dieser zusätzlichen Frage ausdrückt, war verständlich. Zum einen hatte Brandenburg selbst Lehen in der Niederlausitz, die im Raum um Cottbus lagen. Darüber hinaus war Albrechts Tochter Barbara, die Erbsprüche auf die Herrschaft Glogau in Schlesien hatte, bekanntlich mit König Ladislaus verheiratet und wäre endgültig zwischen den Fronten gestanden, wenn Schlesien verbindlich dem Reichsteil des Matthias zugeschlagen werden sollte. Also insistierte Albrecht und forderte Münsterberg auf, zu ergründen, ob Schlesien und die Lausitz an Matthias gefallen seien. Der Text lautet: „ ... so ist die Slesi des konigs von hungern, als wir horn, do unser dochter gut innen leit. ... so haben wir lehen von

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 279, S. 291 ff. Die mündliche Bitte hatte keinen Erfolg, also wurden die Informationen noch einmal schriftlich angefordert.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 302, S. 308 ff

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 165, S. 202. Wie in Kapitel 2.4 schon gezeigt, hatte Johann aber keinen Erfolg.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 75 r.; Priebatsch 2, Nr. 293, S. 303.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 444, S. 425 f.

<sup>6</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>7</sup> Siehe Kapitel 2.5.

*der cron zu Beheim, nachdem nu zwen konig sind, wissen wir nicht, an welchem ort wir der lehen unser lehentrager empahen sollen, nachdem das gut im land zu Lausiz leit.* “<sup>(1)</sup>

Eine weitere Frage richtete Albrecht an Münsterberg, die ihm in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Brandenburg wichtig war. Welcher der beiden Könige von Böhmen denn Kurfürst sei und wer von beiden welchen Titel führe, wollte Albrecht wissen.<sup>(2)</sup> Dem Brandenburger Kurfürsten stand sicher besonders klar vor Augen, dass diese ungeklärte Rechtslage im Fall einer Königswahl sicherlich zu neuem Streit führen würde.<sup>(3)</sup>

Wie war nun die Reaktion auf diese explizite Bitte um Information, die Albrecht Achilles am 2. November 1478 an seinen Schwiegersohn gerichtet hatte? Münsterberg antwortete am 23. November aus seiner Herrschaft Glatz und meldete, dass ihm selbst nichts mehr mitgeteilt werde, weil er sich zu sehr für Albrechts Tochter Barbara eingesetzt habe. Doch gab er Albrecht einen entscheidenden Hinweis: Auf die nächste „*Quatember*“<sup>(4)</sup> würden sich die Räte mit König Ladislaus in Prag treffen, von wo aus dann eine Gesandtschaft zu König Matthias aufbrechen werde, um weiter zu verhandeln. Albrecht solle seinerseits eine Gesandtschaft nach Prag schicken, um die Dinge zu beeinflussen.<sup>(5)</sup>

Die Antwort erreichte Frankfurt an der Oder, wo sich Albrecht noch immer aufhielt, am 28. November. Und schon am 30. November ließ der Kurfürst Münsterberg wissen, dass er Dr. Pfofel als Gesandten nach Prag schicken werde.<sup>(6)</sup> Die Informationsbitte hatte also wieder Früchte getragen.

Schon im Februar 1479 glaubte Albrecht noch einmal nachhaken zu müssen, um die so dringend benötigten Informationen zu bekommen. Sowohl die etwas einsilbige Nachricht Münsterbergs, als auch der Bericht des Gesandten Pfofel ließen nichts Gutes für Albrecht erahnen. Denn Pfofel hatte mit Datum vom 6. Januar aus Prag geschrieben, dass die Streitigkeiten zwischen Albrecht und dessen Tochter mit Matthias im Friedensabkommen der beiden Könige nicht berücksichtigt worden seien und dass Ladislaus auch mit dem direkten Kontrahenten um Glogau, Herzog Johann von Sagan, Frieden geschlossen habe. Eine schriftliche Antwort auf sein Vorbringen sei ihm verweigert worden.<sup>(7)</sup> Albrecht musste dies als Zeichen von Unmut des Königs und als Versuch werten, keine konkret nachprüfbare Antwort geben zu müssen.

Albrecht war alarmiert und er bat Münsterberg in einem Schreiben vom 19. Februar 1479 dem König einen Brief zukommen zu lassen, in dem die Bitte nach genauer Information über den Vertrag wiederholt und explizit um eine schriftliche Nachricht des Königs gebeten wurde.<sup>(8)</sup>

<sup>1</sup> Priebatsch, a.a.O., S. 426.

<sup>2</sup> In der Tat war es so, dass in allen Verträgen zwischen Ladislaus und Matthias die Frage der Kurwürde ausgespart war. Denn man konnte zwar Titel gleichzeitig führen und Länder aufteilen, aber die Kurstimme konnte natürlich nur einer abgeben.

<sup>3</sup> Die Vorgänge nach der Wahl Maximilians 1486 bestätigten die Sorge Albrechts. Die Details der Auseinandersetzung sind nachzulesen bei Perels, a.a.O.

<sup>4</sup> Die Quatembertage waren ursprünglich besondere Festtage im Kirchenjahr, an denen gefastet werden sollte und an denen besondere Weihehandlungen vorzunehmen waren. Im Laufe der Zeit wurden sie zu Tagen, an denen auch viele wichtige weltliche Angelegenheiten erledigt wurden, eben Land- oder Reichstage, Zunftversammlungen und – zunehmend wichtiger – waren zu diesen Terminen auch Steuerzahlungen fällig. Es handelte sich bei den Quatembertagen um vier Tage (Mittwoch bis Samstag) an ursprünglich drei, im deutschen Bereich seit der Synode von Seligenstadt 1028 an vier Terminen im Jahr. Die vier Quatembertage waren die jeweils vier Tage vor dem Sonntag Reminiscere, dem zweiten Fastensonntag, Trinitatis, dem ersten Sonntag nach Pfingsten, dem zweiten Sonntag nach Kreuzerhöhung (18. Sonntag nach Pfingsten) und dem Sonntag nach Lucia, dem 13. Dezember. Siehe: Grotefend, a.a.O., I, 1891, S. 160 f.

Da Münsterberg den oben erwähnten Brief am 23. November schrieb, waren die nächste Quatembertage diejenigen um Lucia. Albrecht musste also sehr schnell handeln, wenn er noch Einfluss nehmen wollte. Und er tat dies auch.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 444, S. 425 f.

<sup>6</sup> Priebatsch 2, Nr. 444, S. 425. Siehe dazu genauere Ausführungen in Kapitel 2.5.

<sup>7</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 120 f.; Priebatsch 2, Nr. 488, S. 457.

<sup>8</sup> STAN, a.a.O., fol. 189; Priebatsch 2, Nr. 515, S. 479 f.

Ladislaus antwortete auch, aber wieder sehr ausweichend. Die Informationssuche war diesmal gescheitert.

Das nächste Schreiben Albrechts an seinen Schwiegersohn mit der Bitte um Informationen stammt vom 22. April 1479. Albrecht suchte wieder nach Informationen über das rechtliche und faktische Verhältnis zwischen beiden Königen auf dem Wenzelsthron. „... und bitten euer lieb, uns on neue zeitung nicht zu lassen, wie es die konig gegen einander halten. Dann unser kuntschaft sagt uns, das der konig von Hungern auf den tag nicht wolle, der konig zu Poln komm dann selbs persönlich.“<sup>(1)</sup>

Diesmal wird es noch deutlicher, dass Albrecht bereits Informationen hatte und sie durch die Nachrichten aus einer zweiten, unabhängigen Quelle verifiziert haben wollte. Auch gab er dies dem Informanten klar zu verstehen, um ihn vor ausweichenden oder falschen Antworten zu warnen. Hier sehen wir die schon oben in Kapitel 2.5 gewonnene Einsicht bestätigt, dass Albrecht vor allem bei Informationen aus Böhmen immer noch eine zusätzliche Bestätigung einer schon erhaltenen Nachricht haben wollte.

Indirekt über eine Informationsbitte an Münsterberg werden wir durch ein Schreiben vom 24. Oktober 1481 informiert. Da waren seit dem letzten bekannten Versuch, Nachrichten aus Böhmen zu erhalten, bereits zweieinhalb Jahre vergangen. Der besagte Brief stammt aus Münsterbergs Feder und ist in Glatz abgesendet worden. „... euer lieb hat an uns begert, e. g. zu schreiben von geschichten des tags itzunt gehalten“,<sup>(2)</sup> ist die Formulierung, die uns hier begegnet. Dieser Brief des Kurfürsten ist nicht überliefert, wie überhaupt für das gesamte Jahr 1481 kaum Briefverkehr zwischen Albrecht und seinem Schwiegersohn dokumentiert ist. Das könnte dem Überlieferungszufall geschuldet sein, aber auch der Tatsache, dass die Böhmenfrage an Brisanz verloren hatte. Ladislaus und Matthias hatten sich im Sommer 1479 im Vertrag von Olmütz auf die Aufteilung der Macht in den Ländern der böhmischen Krone verständigt, ein Übereinkommen, das bis zum Tode Matthias' im Jahr 1490 nicht mehr verändert wurde. Außerdem war Matthias zunehmend an den anderen Grenzen seines Reiches beschäftigt, so dass die Probleme in Schlesien auch für ihn an Brisanz verloren hatten.<sup>(3)</sup> Nach den militärischen Erfolgen Albrechts und Johanns 1479 in Brandenburg und Schlesien gegen Herzog Johann von Sagan, dem Rivalen um das Herzogtum Glogau, war die Lage in den umstrittenen Gebieten ebenfalls ruhig. Wenngleich der Grundkonflikt Albrechts, Glogau wohl oder übel von Matthias zu Lehen nehmen zu müssen, immer noch nicht gelöst war. Dies sollte bekanntlich erst nach langen Verhandlungen mit dem Ungarnkönig im Jahr 1482 gelingen.<sup>(4)</sup>

Die Interessen Albrechts verlagerten sich zunehmend auf die Ehefrage und Informationen darüber flossen zunehmend zäher. Welche Versammlung Münsterberg mit dem Wort „tag“ meinte, ist nicht zu ergründen. Vermutlich handelte es sich um ein innerböhmisches Treffen. Da wir das Schreiben Albrechts, in dem er die Auskunft einforderte, nicht kennen, können wir in diesem Fall auch nicht beurteilen, ob er die Fragen mit der üblichen Präzision gestellt hatte. Doch Albrecht verließ sich nicht nur auf seinen Schwiegersohn, wenn er die Verhältnisse in Böhmen ergründen wollte. Er trat auch mit Burian von Guttenstein in Verbindung, einem der führenden Köpfe des katholischen Teils des böhmischen Hochadels, der ursprünglich gegen Podiebrad und für Matthias Position bezogen hatte, doch schon bald, im Sommer 1469, in den Anhang des damals siegreichen „Ketzerkönigs“ zurückkehrte und dann weiter dem König Ladislaus zuneigenden Teil der böhmischen Adelsgruppe angehörte.<sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 11; Priebatsch 2, Nr. 543, S. 500.

<sup>2</sup> Priebatsch 3, Nr. 801, S. 102.

<sup>3</sup> Nehring, a.a.O., S. S. 97 ff.

<sup>4</sup> Siehe die Erläuterung in der einleitenden biographischen Skizze in dieser Arbeit und auch Details in Kapitel 2.5. Eine ausführliche Würdigung findet sich bei Priebatsch, 3, Einleitung, Drittes Kapitel, S. 36 ff.

<sup>5</sup> Burian von Guttenstein arbeitete noch 1467 gegen Podiebrad, als er auf einer Reise zum Kaiser diesen zu überzeugen versuchte, den Böhmenkönig in Stich zu lassen. Die Geschichte der bedeutenden Herren und Grafen

Ein Briefverkehr vom Frühsommer 1478 führt aus auf die Spur dieser Informationssuche. Albrecht benachrichtigte Guttenstein wahrscheinlich Ende Mai dieses Jahres in einem verlorengegangenen Schreiben oder mündlich, dass er König Ladislaus in seinem Kampf gegen dessen Widersacher Matthias nicht beistehen könne, weil ihn Kämpfe und Unruhen nach Brandenburg rufen würden. Aus dem Antwortbrief Guttensteins geht hervor, dass Albrecht wusste, dass die böhmische Gesandtschaft zum Gegenkönig Matthias zurück gekommen war und dass sein Schwiegersohn Heinrich von Münsterberg dieser Delegation angehört hatte. Albrecht hatte also hier wieder einmal zwei Quellen und er ließ dies Guttenstein auch wissen, dass er die Möglichkeit hatte, dessen Informationen nachzuprüfen. Eine ausweichende, unpräzise oder gar falsche Antwort würde als solche also bald entlarvt werden. Es muss aber festgestellt werden, dass es aus dieser Zeit keinen Briefwechsel mit Münsterberg gibt, schon gar keine Anfrage des Kurfürsten an seinen Schwiegersohn. Es ist also gut möglich, dass Albrecht noch einen weiteren Informanten am böhmischen Königshof hatte.

Die Fragen in dem Brief an Guttenstein waren, das ist das zusätzlich interessante an dieser Quelle, wieder sehr konkret. Albrecht fragte Guttenstein, folgt man dem im Antwortschreiben wiedergegebenen Zitat, explizit, „... *ob kunig Matthias kunig Wladislaw die berichtigung abgeschrieben hab oder nicht.*“<sup>(1)</sup> Mit der Bezeichnung „abschreiben“ ist an dieser Stelle der Widerruf, oder das Aufkündigen einer vorher getroffenen Vereinbarung gemeint.<sup>(2)</sup> „Berichtigung“ oder auch „Richtung“ ist ein Vertragsentwurf. Albrecht hatte also erfahren, dass die vorher getroffenen Vereinbarungen von Ladislaus aufgekündigt worden waren. Deshalb legte Albrecht auch den Finger in die Wunde und fragte, ob denn wirklich neue Konflikte und damit auch kriegerische Auseinandersetzungen drohten. Albrecht stellte eine konkrete Frage über das ihn interessierende Thema Krieg in Böhmen, die eine konkrete Antwort erheischte.

Burian von Guttenstein, antwortete auch klar und präzise. Er schrieb, dass es noch „... *keine entliche vertragung ...*“ gebe und dass ein Landtag in Prag geplant sei, an dem „*all herren, ritterschaft und dy von stetten*“ teilnehmen würden und zu dem auch ungarische Räte kämen. Diese seien bereits in der Nähe von Prag in Kudlinec, „*sechs meil von prag.*“<sup>(3)</sup> Albrecht hatte durch Nachfragen wieder die gewünschten Informationen erhalten. Dies war zwar keine ganz genaue Antwort auf die Frage, doch hatte Albrecht herausgefunden, dass die Dinge noch in der Schwebe waren und dass ein allgemeiner böhmischer Landtag mit allen entscheidenden Teilnehmern am Streit stattfinden solle. Die Aussage, dass die ungarischen Räte bereits vor Ort seien, um zu verhandeln, gab ihm jetzt die Möglichkeit, sich auf kommende Ereignisse einzustellen.

Ein weiteres sehr gutes Beispiel dafür, dass Albrecht gezielt kompetente Informationsquellen ausschöpfte, ist ein Brief aus dem Jahre 1479. Mit Datum vom 26. April schrieb Albrecht aus Ansbach an seine Gesandten am Hof des Ungarnkönigs und forderte sowohl sofortige als auch regelmäßige Berichte ein. „... *und thut vleys, das Jan von Mila tag und nacht zu uns komm und last uns sonder botschaft nit.*“<sup>(4)</sup> Gezielt wurden seine Gesandten, Dr. Pfofel und Sigmund von Rotemberg, angesprochen, ihn weiterhin zu informieren. Sie waren mit der gesamten Problematik seit Jahren vertraut und hielten sich zu dem Zeitpunkt, als die Bitte um Information zugestellt wurde, auch schon längere Zeit am ungarischen Hof auf. Es handelte sich also um Experten, denen Albrecht auch vertraute. Dennoch wollte er noch zusätzliche Informationen aus dem Munde Jans von Mila. Dieser hier erwähnte Brief an die Gesandten in

---

von Guttenstein begann mit Burian, der Oberster Kämmerer des Königsreiches Böhmen wurde und bedeutende Besitzungen sein Eigen nannte. Siehe dazu Kneschke, a.a.O., Band 4, S. 113.

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 36; Priebatsch 2, Nr. 411, S. 400.

<sup>2</sup> Grimm, Wörterbuch, Band 1, Sp. 109.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 36; Priebatsch 2, Nr. 411, S. 400.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 223 v. f.; Priebatsch 2, Nr. 546, S. 503. Siehe auch Kapitel 2.3.

Ungarn liefert wieder ein gutes Beispiel dafür, wie die Informationsbeschaffung funktionierte. Der Kurfürst vertraute wieder auf mehrere Quellen. Neben der mündlichen Berichterstattung seines Vertrauten Jan von Mila <sup>(1)</sup> wurden auch weitere schriftlichen Nachrichten angefordert. Aus der Textstelle kann sogar gefolgert werden, dass Albrecht regelmäßige Berichterstattung wünschte.

Auch am Hof des Kaisers suchte sich Albrecht Informationen über Böhmen zu beschaffen. Anfang 1478 hatten sich die Bündnisse wieder einmal geändert. Da Friedrich III. trotz der Zusammenarbeit mit Ladislaus von Böhmen und König Kasimir von Polen sich nicht gegen seinen Gegner Matthias Corvinus hatte durchsetzen können, vollführte der Kaiser einen 180-Grad-Schwenk, schloss Frieden mit Matthias und belehnte diesen – wie rund ein halbes Jahr vorher Ladislaus – ebenfalls mit Böhmen. Der Friedensschluss wurde kurz vor Weihnachten öffentlich bekannt gegeben, nachdem schon seit Oktober geheime Verhandlungen stattgefunden hatten. <sup>(2)</sup>

Der neue Pakt barg nun die Gefahr, dass Albrecht Achilles seinen kaiserlichen Verbündeten verlieren könnte. Er schrieb deshalb am 9. Januar 1478 an den Kaiser <sup>(3)</sup>, nachdem er schon vorher eine Gesandtschaft geschickt hatte, die aber bis dato keine Meldung gemacht hatte. Der Kurfürst wurde offensichtlich nervös und schrieb deshalb ebenfalls mit Datum vom 9. Januar zusätzlich an den kaiserlichen Hofbeamten Martin Heiden, der auch bei Albrecht im Sold stand. <sup>(4)</sup> Albrecht bat Heiden, ihm mitzuteilen, wie es bei den Verhandlungen zwischen Kaiser und Matthias stehe und ob er und seine Tochter Barbara in den Friedensschluss miteinbezogen wären. Er solle ergründen, warum der Kaiser ihm nichts über den Friedensschluss schreibe, wo schon „... *der Baur auf der Gass* ...“ darüber rede. Und dann stellt Albrecht wieder eine sehr konkrete Frage: „... *mus wissen, ob mein dochter im friden versorgt ist.*“ <sup>(5)</sup> Hier zeigt sich wieder die typische Abfolge. Albrecht hatte etwas erfahren, wobei nicht klar ist, ob er schon gesicherte Informationen hatte, oder ob er wirklich nur Gerede gehört hatte, und er wollte diese Nachrichten jetzt verifizieren.

Das Resultat dieser Bemühungen ist schwer einzuschätzen. Es erfolgte eine Antwort des Kaisers mittels eines Briefes vom 16. März 1478 <sup>(6)</sup>, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass der Frieden für alle gelte und schließlich kam auch ein Bericht seiner Gesandten, in dem ihm berichtet wurde, dass die jeweiligen Verbündeten in den Friedensvertrag mit einbezogen seien. Auf eine Nachfrage der Gesandten habe der Kaiser durch jenen oben genannten Heiden antworten lassen: „*Item daruff hab im der k. ein bedacht genommen und durch den fisgal reden lasen, er hab e. g. in der theyding nit vergessen und gnediglich bedocht. Werde es nit gericht, das sich dann ew. gnad darzug rüst, das wol er auch thon, das man dann dem kunige von Hungern widerste, und das e. g. ob es nit bericht, euwer treffenlich botschafft zu den beyden konigen thu und anregen las, nachdem als e.g. solcher einung ein anreder und thediger gewest, das sie dann billichen on verzihen hilff thun. ... Und uff unser begerung ist geantwort, den abschits, friden oder unfrides, will die k. m. e.g. an verzeihen by seiner botschafft wissen lassen.*“ <sup>(7)</sup> Veränderungen in der Situation sollten Albrecht also mitgeteilt

<sup>1</sup> Jan von Mila, ursprünglich ungarischer Gesandter in den Verhandlungen um die schlesische Erbschaft der Brandenburger im Jahr 1478, war im folgenden Jahr nachweislich in fünf Fällen für Albrecht Achilles unterwegs. Unter anderem sollte er ein persönliches Schreiben des Kurfürsten an die Gemahlin des Matthias Corvinus, die aus Neapel stammende Königstochter Beatrix, überbringen. Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 226 v.; Priebatsch 2, Nr. 548, S. 506.

<sup>2</sup> Die genauen Umstände dieses Politikwechsels sind herausgearbeitet bei Karl Nehring, Matthias Corvinus, a.a.O., S. 91 – 95. Siehe auch oben Kapitel 2.5.

<sup>3</sup> Albrecht schreibt, der Kaiser solle ihn „*tag und nacht wissen lassen, ob er und sein tochter im friden versorgt ist.*“ Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 57 c; FRA II, 46, Nr. 425, S. 435.

<sup>4</sup> Martin Heiden tauchte in diesen Jahren in acht Fällen als Informant auf. Die Nachrichten stammten vom kaiserlichen Hof oder auch vom Balkan.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 57 c; Priebatsch 2, Nr. 344, S. 339.

<sup>6</sup> Riedel 3,2, Nr. 180, S. 223.

<sup>7</sup> FRA II, 46, Nr. 423, S. 433.

werden, so der Berater Friedrichs. Seine Gesandten und er hatten durch ihre Nachfragen erreicht, dass ihnen der Kaiser das zusicherte. Das ist als ein wesentlicher diplomatischer Erfolg der Brandenburger zu bewerten.

Am 2. August 1480 schrieb Albrecht von Schwabach aus an Johann nach Cölln und antwortete dem Sohn auf einen von dessen Briefen. Unter anderem ging es auch wieder um die Weigerung des Böhmenkönigs Ladislaus, Albrechts Tochter Barbara, wie versprochen, zu heiraten. Albrecht fühlte sich in Franken von den Informationen über die neuen Entwicklungen im Königreich Böhmen abgeschnitten. Denn er forderte genaue Unterrichtung ein: *„Darumb sehen wir gerne, das doctor Pfortel kome tag und nacht, das nicht versawmet wurd. Dass es ways sunst nymands die sach.“* <sup>(1)</sup> Das war ein großes Kompliment für den Gelehrten, der auch Fachmann in böhmischen Angelegenheiten war. Doch es bescherte ihm auch eine beschwerliche Reise nach Ansbach.

Die ohnehin langwierigen Verhandlungen zwischen Albrecht und Matthias von Ungarn in den Jahren 1479 bis 1482, die schließlich zu einer Bereinigung der Situation um Glogau führten, wurden immer wieder auch von Meinungsverschiedenheiten zwischen Albrecht und seinem Sohn Johann verkompliziert. So zum Jahreswechsel 1481/82, als Albrecht erfuhr, dass Markgraf Johann von Brandenburg aus eine andere Ungarnpolitik verfolgte. Um sich über die Umstände klar zu werden, befahl er seinem als Aufpasser nach Brandenburg entsandten Sekretär Vogel mit einem Schreiben vom 16. Februar 1482, dass dieser zurückkommen und ihm Bericht erstatten solle. <sup>(2)</sup>

Die Verhandlungen über den Vertrag mit Ungarn, der schließlich am 16. September 1482 geschlossen werden, und Brandenburg vier Herrschaften in Schlesien um das Städtchen Crossen einbringen sollte, waren noch in vollem Gange, da wurde bereits wieder ein neuer Schachzug diskutiert. Der Kurfürst von Sachsen, der in Schlesien seine Einflusszone ausweiten wollte, hatte im Geheimen angeboten, Crossen von den Brandenburgern als Pfandlehen zu übernehmen und dafür 66 000 Gulden zu bezahlen. Das waren 16 000 Gulden mehr als der Wert, auf dem man sich mit Ungarn geeinigt hatte. <sup>(3)</sup> Am 21. April 1482 beauftragte Albrecht von Ansbach aus die Brandenburger Räte und Markgraf Johann, sich zu vergewissern, ob in dem Vertragsentwurf mit Matthias von Ungarn eine Weiterverpfändung verboten sei. <sup>(4)</sup> Wieder waren zuerst genaue Informationen eingeholt worden, bevor weitere Verhandlungen geführt wurden.

### 3.8.2 Die politische Situation in Brandenburg

Ein weiterer Schwerpunkt bei der Informationssuche war für Albrecht die Mark Brandenburg. Informationen aus seinem nördlichen Fürstentum waren für Albrecht, der die meiste Zeit in Ansbach residierte, von großer Bedeutung, um die Mark auch aus der Ferne regieren zu können. Für gewöhnlich war er mit dem Nachrichtenfluss aus Cölln zufrieden. Doch in besonderen Momenten waren offensichtlich mehr Informationen nötig.

Begeben wir uns in das Jahr 1467, als der Brandenburger Kanzler Sesselmann, den damaligen Kurfürsten Friedrich II. davon in Kenntnis setzte, dass er einen Informationsauftrag an den Adeligen Werner von der Schulenburg übermittelt hätte. Die Stelle aus dem Brief vom 23. April 1467 lautet: *„... vnde hat werner zu entboten, ap her vass hortte vf dem tage, das ewer gnaden antreffe.“* <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 204, S. 244 ff.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 148 v.; Priebatsch 3, Nr. 847, S. 153 f.

<sup>3</sup> Siehe Kapitel 2.5.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 180 a; Priebatsch 3, Nr. 951, S. 255. Die Weiterverpfändung an Sachsen kam aber nicht zu Stande.

<sup>5</sup> Riedel 2,5, Nr. 1855, S. 108.

Die Familie von Schulenburg war in den umstrittenen Grenzregionen zwischen Brandenburg und Pommern begütert <sup>(1)</sup> und gerade Werner von der Schulenburg diente beiden Fürstenhäusern. <sup>(2)</sup> Sicherlich war von der Schulenburg einer, der Zugang zu wichtigen Leuten in Pommern hatte und einen Landtag dort besuchen und somit Informationen beschaffen konnte.

Hintergrund dieses Briefes sind die Konflikte zwischen Brandenburg und den Herzögen von Pommern-Wolgast um die Nachfolge im Herzogtum Pommern-Stettin. Albrecht war seit Beginn der Auseinandersetzungen im Jahr 1464 bekanntlich in die Angelegenheit eingeschaltet und diente meist als Kontaktmann zum Kaiser. Es gibt keinen Beweis dafür, dass Albrecht selbst diese Beauftragung eines Informanten veranlasst hatte. Doch ist generell im Briefwechsel dieser Zeit zu erkennen, dass er an Informationen aus dem Norden interessiert war, weil er zunehmend die Zügel der zollerischen Familienpolitik in die Hand nahm. <sup>(3)</sup> Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, dass die Vorgehensweise bei der Informationssuche auf dem Landtag des Herzogtums Pommern und das Ausspionieren der Absichten der potenziellen Gegner, mit Albrecht abgesprochen war. Zumindest konnten ihm möglicherweise eingehende Informationen später von Nutzen sein, als er ab 1470 das Kurfürstentum regierte.

Als nächstes finden sich Quellen zur Informationssuche über Brandenburg im Januar 1470, als Albrecht sich darauf vorbereitete, die Kurwürde in der Mark zu übernehmen. Er schickte seinen Beamten Lienhart Rott, in das Herzogtum München, um dort nach Dokumenten die Mark Brandenburg betreffend zu suchen. Herzog Albrecht IV. von München, so berichtete Rott am 12. Januar nach Ansbach, habe zugesagt, nach den Urkunden zu forschen. <sup>(4)</sup> Der Herzog scheint aber nichts gefunden zu haben.

Der intensive Briefkontakt zwischen Ansbach und Cölln im Verlauf der ersten Monate des Jahres 1471 lieferte Albrecht eine Fülle von Informationen, so dass er sich offensichtlich nur selten genötigt sah, dort nachzufragen. In einem Schreiben vom 27. März stellte er aber einige Fragen, die sich wiederum durch erstaunliche Präzision auszeichneten. Er wollte nämlich wissen, wie sich die Wolgaster Herzöge gegenüber den ihnen vom Kaiser zugesandten Mahnschreiben verhielten, in denen das Herzogtum Stettin ihm, Albrecht, zugesprochen worden sei. Außerdem solle ihm Markgraf Johann berichten, was sein Gesandter Nickel Pfuhl erreicht hätte, den er in die Stadt Lüneburg entsandt habe, um dort Schulden einzutreiben. <sup>(5)</sup> Wieder verfügte Albrecht über Grundinformationen, die durch konkretes Nachfragen ergänzt werden sollten.

Ein Schreiben, das Albrecht am 8. April dieses Jahres aus Ansbach nach Cölln schickte, belegt wieder eine Informationsbitte. <sup>(6)</sup> Nickel Pfuhl und Albrecht Clitzing, so Albrecht, sollten bis spätestens 28. April bei ihm sein, um ihn über die Lage in Pommern zu informieren, weil er am 29. April zum Reichstag nach Regensburg aufbrechen müsse. Diesmal handelte es sich um keine konkrete Nachfrage, sondern der Kurfürst, der auf dem

<sup>1</sup> Siehe Engel, (hrsg.) Historischer Atlas von Pommern, Köln, 1959 – 1964. Dort ist die besitzgeschichtliche Situation der Familie von der Schulenburg sehr detailliert nachgezeichnet. Siehe auch Kapitel 2.3.

<sup>2</sup> Unter anderem war er, wie wir schon gesehen haben, Stadthauptmann in Gartz. Näheres zur Geschichte des Werner von der Schulenburg und dessen politischer Bedeutung in Danneil; Das Geschlecht der von Schulenburg; a.a.O., S. 109-124. Kurz zusammengefasst ist seine Biographie in der ADB, Band 32, S. 674 ff.

<sup>3</sup> Als Belege dafür lassen sich eine Reihe von Briefen aus den Jahren 1465 bis 1470 anführen. So zum Beispiel der Briefwechsel zwischen den beiden fürstlichen Brüdern, der sich mit den Ansprüchen auf das Fürstentum Pommern-Stettin befasste. Albrecht entwickelte sich vom Ratgeber hin zum Handelnden. Quelle: Riedel 3,2, Nr. 35, S. 30 ff., 38, S. 35 ff. und Nr. 45, S. 42 f. Siehe auch die Ausführungen in der biographischen Skizze.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 5, S. 100 f. Vermutlich suchte Albrecht Dokumente aus dem 14. Jahrhundert, als Wittelsbacher die Mark regierten. Diese Suche zeigt, dass Albrecht die geplante Inbesitznahme Brandenburgs sehr systematisch anging. Allerdings gibt es keine Quelle, die besagt, dass man in München brauchbare Dokumente gefunden hätte.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 103 v.; Priebatsch 1, Nr. 156, S. 231.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., fol. 104 v. f.; Priebatsch 1, Nr. 160 und 163, S. 234 ff.

Reichstag um den Besitz des benachbarten Herzogtums kämpfen wollte, benötigte alle verfügbaren Informationen, weshalb die beiden Brandenburger Spezialisten für dieses Gebiet zu ihm kommen und ihn umfassend informieren sollten.

Werner von der Schulenburg, der brandenburgische Stadthauptmann von Gartz, ging sogar selbstständig auf Informationssuche. Der Adelige schrieb am 1. Mai 1471 an Markgraf Johann, dass er Informationen über die Situation an der Grenze zu Pommern habe. Ihm sei zu Ohren gekommen, dass die Pommern losschlagen würden, wenn deren Gesandte vom Reichstag aus Regensburg zurück seien. Er habe seinen Informanten beauftragt, sich weiter umzuhören: „*Doch hat er mit zugesagt, wes er In den oder anderen dingen meher erferen konde, will er mir zu wissen lassen werden.*“<sup>(1)</sup> Und Schulenburg schrieb dann noch explizit, dass die Informationen an Albrecht weitergeleitet werden sollten. „*... solchs mag ewer gnaden meinem gnedigen heren marggraue Albrechten sunder sümen schreiben, das sich sein gnad weiß darnach zu richten, vnnd wü sich ufs lengst verzeit, so schyt es so balde, wen ire Rete zu Regenspurg abscheyden.*“<sup>(2)</sup>

Ob die Weiterleitung funktionierte, kann aus den Quellen nicht mit letzter Sicherheit geschlossen werden. Es ging zwar ein Brief an Albrecht ab, der genau diese Themen ansprach und in dem auch ausweislich des Textes im Hauptbrief, ein zusätzlicher Informationsbrief eingelegt war, in dem wiederum wörtlich stand „*...sy wollten den an iren heren bringen*“. Es spricht also vieles dafür, dass es sich um das Schreiben von der Schulenburgs handeln könnte. Doch ist dieses Schreiben<sup>(3)</sup> schon vom 2. Mai datiert. Die 130 Kilometer lange Botenreise von Gartz nach Cölln, hätte dann nur einen Tag gedauert.<sup>(4)</sup>

Zusätzlich zu den Informationen über Pommern wollte Albrecht auch über die inneren Verhältnisse in Brandenburg Bescheid wissen, als er im Frühsommer 1471 auf dem schon erwähnten Reichstag zu Regensburg war. Am 18. Mai 1471, dem selben Tag, an dem Albrecht die eingangs zitierte generelle Ermahnung an seinen Sohn Johann schickte, dass Informationen wichtig seien und dass man ihn unterrichten möge, schrieb er auch an die brandenburgischen Räte. Er erinnerte sie daran, dass er schon einmal um Nachrichten die Mark betreffend gebeten habe. Noch sei aber nichts geschehen, kritisierte er: „*Wir haben euch vor etlicher zeit in die Marck geschriben und eures rats begert. ... die ist uns noch nit gescheen. ... Darumb wellet uns nochmals von stund an auf dieselben schrift eur schriftlich antwort wissen lassen, uns darnach haben zu richten.*“<sup>(5)</sup>

Die erste Aufforderung Albrechts an die Räte, die nicht auf uns gekommen ist, blieb offensichtlich unbeantwortet. Deshalb hakte der Fürst in einem Schreiben, dessen ärgerlicher Duktus zu erkennen ist, nach. Allerdings ist in den Quellen auch auf dieses zweite Schreiben keine Antwort zu finden. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Räte den expliziten Befehl des Fürsten einfach missachteten, so dass man davon ausgehen muss, dass entweder die entsprechenden Briefe nicht ankamen, oder aber zumindest die Antwort auf den zweiten Brief Albrechts verlorengegangen ist.

Knapp zwei Wochen später galoppierte wieder ein Bote Albrechts von Regensburg nach Cölln. Im Gepäck hatte der Kurier ein Schreiben, in dem der Fürst Informationen über das Verhältnis zwischen Böhmen und dem Kurfürstentum erheischte.<sup>(6)</sup> Albrecht schrieb, dass er auf dem Reichstag – leider stand dort nicht durch wen – erfahren habe, dass es zu Vertragsabschlüssen zwischen dem kürzlich verstorbenen König Georg Podiebrad und dem ebenfalls erst seit einem halben Jahr toten Kurfürsten Friedrich II. gekommen sein müsse. Gemäß diesen Verträgen stünde Brandenburg nach Podiebrads Tod die Herrschaft über

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 49, S. 45 f.; Priebatsch 1, Nr. 176, S. 250, Anm. 1.

<sup>2</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 50, S. 46 f.; Priebatsch 1, Nr. 176, S. 250.

<sup>4</sup> Wie schon in Kapitel 1.3 analysiert, wäre dies eine enorme Leistung des Boten.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 44, fol. 113 v.; Priebatsch 1, Nr. 184, S. 253 f.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., fol. 115; Priebatsch 1, Nr. 187, S. 254.

Schlesien und die Lausitz zu. Weiter schrieb Albrecht, dass die entsprechenden böhmischen Dokumente, die bei einem Treffen Podiebrads mit Friedrich in Guben unterzeichnet worden seien, auf der böhmischen Burg Karlstein lägen.

Albrechts Auftrag lautete: Man solle sofort alle brandenburgischen Räte, die davon wissen könnten, befragen und ihm deren Aussagen zukommen lassen. Wenn in Brandenburg etwas Schriftliches dazu vorhanden sei, solle man es ihm ebenfalls unverzüglich in Kopie durch einen Boten zuschicken. Auch den Grund, weshalb Albrecht die Informationen wollte, lieferte er mit: „... *das wir uns, so ein K. zu beheim gekorn wirdet, danach wissen zu richten.*“<sup>(1)</sup>

Die Neuwahl eines böhmischen Königs<sup>(2)</sup> stand an und Albrecht wollte Informationen, um dem neuen Herrscher, dessen Lehnsmann und gleichberechtigter Partner er ja gleichzeitig war, gut munitiert gegenüberzutreten zu können. Natürlich waren diese Informationen auch bei den Verhandlungen auf dem Reichstag, bei denen die Situation in Böhmen das zentrale Thema war, sehr nützlich.

Albrecht hatte also wieder Informationen bekommen und versuchte sie, das zeigt diese Quelle sehr gut, durch die Aussagen von Augenzeugen und durch Dokumente zu verifizieren. Diesmal ist ein Erfolg Albrechts insofern zu konstatieren, als er auf seine Informationsbitte Antwort erhielt. Der Rat Albrecht Clitzing, der die Sache in Brandenburg in die Hand genommen hatte, musste aber melden, dass niemand etwas wisse.<sup>(3)</sup>

Vom Reichstag wieder zurück in seinen Landen, ging die Informationssuche weiter. So ist ein Brief vom 14. September 1471 erhalten, den Albrecht aus Cadolzburg nach Cölln schrieb, kaum dass er vom Reichstag und einem anschließenden Treffen mit Kaiser Friedrich III. in Nürnberg wieder zu Hause war. Albrecht wandte sich an den Brandenburger Kanzler Friedrich Sesselmann und bestätigte darin zuerst einmal den Eingang eines von dessen Schreiben. Dann kündigte er an, dass er ohne Armee nach Brandenburg kommen werde und bat Sesselmann schließlich: „... *indes erkundet man, wie sich all sach anlassen in dem Stettinischen und Mecklenburgischen handel. ... und last uns eylends so tag und nacht wissen, wie es des Stettinischen frids halb ein gestalt hab.*“<sup>(4)</sup> Da Albrecht plante, ohne Truppen nach Brandenburg zu kommen, war es von großer Bedeutung für ihn, zu wissen, ob mit Angriffen von außen gerechnet werden musste.

Bei seinem ersten Besuch gerade in Brandenburg angekommen, stieß Kurfürst Albrecht unter anderem auf Schwierigkeiten mit kirchlichen Gerichten, die anscheinend ihre Jurisdiktion weiter ausgedehnt hatten, als dem Fürsten lieb war. Jedenfalls äußerte er sich in einem Schreiben an die Räte in Ansbach vom 12. Dezember 1471 aus Cölln in diesem Sinne. Er forderte deshalb genaue Informationen über die kirchliche Gerichtsbarkeit an. So sollten ihm die Räte die Abschriften aller Privilegien und Bullen zuschicken, die in Ansbach und auf der Plassenburg lagen und die sich mit diesem Thema befassten. Außerdem wollte er die Bullen haben, die ihm persönlich erlaubten, den Gottesdienst an Orten feiern zu lassen, die mit dem Interdikt belegt seien.<sup>(5)</sup> Hier finden wir wieder einen Beweis dafür, wie zielgerichtet und

<sup>1</sup> STAN, a.a.O.

<sup>2</sup> Bereits am 3. Mai 1469 war der Ungar Matthias Corvinus zum Gegenkönig gegen Podiebrad gewählt worden. Doch ein Großteil der böhmischen Großen und die meisten Reichsfürsten erkannten ihn nicht an. Über die Nachfolge Podiebrads verhandelte dessen Anhang mit mehreren Prätendenten, zum Beispiel dem später gewählten Polenprinzen Ladislaus und auch Herzog Albrecht von Sachsen.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 44, fol. 211 r.; Priebatsch I, Nr. 192, S. 258. Auch schriftliche Quellen über die Verhandlungen von Guben im Juni 1462 existierten nicht. Man habe die ausgetauschten Schreiben jeweils an den Absender zurückgegeben, hieß es. Interessant ist auch, dass in dem Antwortschreiben Albrechts erste Quelle aufgedeckt wurde. Clitzing vermutete nämlich, dass Jobst von Einsiedel, Sekretär des böhmischen Königs, „*villicht brots halben gerett hat.*“ Schwer zu sagen ist, wer nach Clitzings Meinung das Brot spendiert haben könnte, das Einsiedel zum Reden brachte.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 124 v.; Priebatsch I, Nr. 221, S. 275.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 3; Priebatsch I, Nr. 258, S. 296. Albrecht bezog sich dabei auf eine Reihe von Privilegien für die Fürsten des Hauses Zollern, die ihnen noch in den 40er Jahren von Papst Nikolaus V. verliehen worden waren. Albrecht Achilles und in seinem Gefolge Kurfürst Friedrich II. hatten zusammen mit

gründlich Albrechts Informationssuche verlief. Er wollte alle Unterlagen haben, damit er sich selbst ein umfassendes Bild machen und seine Argumente mit schriftlichen Dokumenten untermauern konnte.

Auch ein Schreiben an seinen wichtigsten Berater in theologischen Fragen, den Bamberger Dompropst Hertnid von Stein, vom 4. Juli 1476 aus Cölln, zeigt Albrecht an Fragen des kirchlichen Gerichtswesens interessiert. Es ging dabei um einen Eheprozess, der anscheinend einem Fräulein von Helffenstein ermöglichen sollte, sich wieder zu verheiraten. <sup>(1)</sup>

Albrechts Frage an Stein ist sehr ausführlich: „ ... *und begern an euch, das ir uns zu versten gebt ob es des ordinarius euch zu handeln moge befehlen oder einem anderen hierinnen, des wir begerten, auf das sie nicht hin und her auf dem chorgericht bedorst handeln, wer sein vor nit west, das er es erfüre, ir hinfür zu schaden, ob sie heyraten sollt. Wir haben hie zu Berlin ain chorgericht, da wer es heimlicher dann zu Brandenburg und ist der Probst alhir secundus ordinarius nach dem bischof und sonderlich hir in der stat, do wir wonen und die von Helffenstein ist, ist er primus nach dem bischof und wo der bischof nit gegeben wer, so wer er ordinarius zu Berlin.*“ <sup>(2)</sup>

Da er die Dame offensichtlich gut kannte, wollte Albrecht wohl erreichen, dass mit Propst Erasmus von Brandenburg ein ihm nahestehender Kirchenmann den Fall entschied und die Ehe dadurch ohne größeres Aufsehen ermöglicht würde. Die Stelle ist deshalb so ausführlich zitiert, um zu zeigen, dass Albrecht bei seiner Suche nach Informationen schon vorrecherchiert hatte, um sich einen Einblick zu verschaffen. Und in der Fragestellung an Stein machte Albrecht auch deutlich, in welche Richtung er sich die Antwort wünschte. Fast kann man sagen, dass er sie dem Experten in den Mund legte.

Eine Benachrichtigung über die Hochzeit von Albrechts Nichte Margaretha – Tochter des verstorbenen Kurfürsten Friedrich II. – mit Herzog Bogislaw von Pommern forderte er von seinem Sohn Johann mit Schreiben vom 20. September 1477 an. <sup>(3)</sup> Der Kurfürst hatte seinen Sohn, der im Sommer dieses Jahres zu Besuch in Franken weilte, mit sanftem Druck dazu bewegen müssen, wieder nach Brandenburg zurückzukehren, um die Hochzeit auszurichten, die sowohl bessere Beziehungen zu Pommern, als auch eine Versorgung der Nichte bedeutete. Die Berichterstattung über die Hochzeit und gleichzeitig über die Verhandlungen mit Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar, den Johann bei seiner Reise nach Norden getroffen haben muss, sollten Albrecht über das Zustandekommen des für Brandenburg wichtigen politischen Geschäftes informieren.

Die Zuspitzung des Konflikts mit Pommern im Jahr 1478 und die Schwierigkeiten in Schlesien ließen Albrecht zu dem Schluss kommen, erneut in sein Kurfürstentum zu reisen und dort das Zepter selbst in die Hand zu nehmen. Um bei der Ankunft in Cölln nicht völlig unvorbereitet zu sein, versuchte er im Vorfeld Nachrichten zu sammeln. Deshalb kam es wieder zu einer Reihe von Anfragen Albrechts an seine Leute im Norden, die er zusätzlich zu den vielen Briefen stellte, die ohnehin aus Cölln nach Ansbach kamen. <sup>(4)</sup> Eine erste derartige Aufforderung an seinen Sohn Johann erging mit einem Schreiben vom 8. April 1478. Er informierte ihn erst über die Ereignisse im Süden des Reiches und schloss dann die generelle

---

König Friedrich III. im Reich maßgeblich dafür gesorgt, dass dem Konzil von Basel die Unterstützung entzogen wurde und sich das Papsttum im Kampf mit dem Konziliarismus durchsetzen konnte. Dies dankte Nikolaus V. mit einer Reihe von Vergünstigungen, die für die Zollern darin bestanden, dass sie in kirchenrechtlichen Fragen Privilegien erhielten. Siehe Priebatsch, Kirchenpolitik, a.a.O.

<sup>1</sup> Das besagte Fräulein gehörte anscheinend ins Gefolge der Markgräfin Margaretha, Albrechts Nichte, die bis zu ihrer Heirat in Brandenburg lebte. Einem Brief aus dem Jahre 1473 nach zu urteilen, erlaubte sich die wahrscheinlich junge Dame einen sehr kecken Ton gegenüber dem Erzkämmerer des Heiligen Römischen Reiches, so dass eine intime Beziehung der beiden nicht ausgeschlossen werden kann. Quelle: Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Acta M. Margaretha betr. Nr. 8; Priebatsch 1, Nr. 708, S. 580 f. Dort heißt es: „ ... *die von Helffenstein wünscht vil guter nacht.*“

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 28 f.; Priebatsch 2, Nr. 230, S. 243 ff.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, S. 204 ff. oder 3,3; Priebatsch 2, Nr. 317, S. 319 f.

<sup>4</sup> Siehe die ausführliche Würdigung dieser Korrespondenz in Kapitel 2.3.

Mahnung an „ ... *vnd laszt vns on newe zeitung nicht.*“ <sup>(1)</sup> Im Gegensatz zur Mehrzahl der sonstigen Informationsbitten, die sich durch eine exakte Fragestellung auszeichneten, wurde hier nur pauschal um Neuigkeiten gebeten.

Bereits am 16. April schrieb Albrecht wieder an Johann. In diesem Brief forderte er genaue Informationen über die Städte und Festungen Gartz und Vierraden und warnte vor Anschlägen der Pommern und des Herzogs Johann von Sagan. Das Schreiben endete mit der Aufforderung: „ ... *vnd spart kein botenlon vnd last vns tag und nacht wissen, wie es ein gestalt hat.*“ <sup>(2)</sup> In einem diesem Brief beigelegten Zettel wurde er dann noch deutlicher: „*Vnd wollet euch eigentlich erkunden, wie sich hertzog Buxlaff in den dingen halt, auch die stat Stetin, vnd ob sich die Stat hertzog Buxlafs oder herzog Wartzlafs halt, das last uns wissen, des kont Ir euch an vnser Mumen wol erholen.*“ <sup>(3)</sup> Albrecht ging hier noch einen Schritt weiter. Er forderte nicht nur Informationen an, sondern er gab seinem Sohn auch einen Hinweis, woher man vielleicht Neuigkeiten beziehen könnte.

Eine weitere generelle Ermahnung an seinen Sohn, ihn über die Vorgänge in Brandenburg auf dem Laufenden zu halten, ist für den Mai 1478 überliefert. Albrecht plante schon von Ansbach aus detailliert militärische Unternehmungen gegen die Herzöge von Pommern und auch gegen die Gegner in Schlesien. Selbst Details über Truppenkonzentrationen und Nachschublieferungen legte er aus der Ferne fest, weshalb seine Aufforderung „ ... *lasset uns on botschaft nicht ...*“ <sup>(4)</sup> in dem Schreiben vom 24. Mai 1478 sehr verständlich war. Hier sind wieder keine konkreten Fragen gestellt, sondern auf Grund der schnell wechselnden Verhältnisse scheint ihm eine Breitband-Information nötig gewesen zu sein, die er auch anforderte.

Doch auch in diesem Fall, so zeigt uns die Quelle weiter, stellte Albrecht wieder eine sehr konkrete Frage. „ ... *und sunderlich laßt uns wissen, wie sich herzog Buxlaff halt.*“ <sup>(5)</sup> Der Hauptgegner der kommenden Auseinandersetzungen, da war sich Albrecht offensichtlich sicher, wird jener „Buxlaff“, Herzog Bogislaw X. von Pommern, sein. <sup>(6)</sup> Diese Frage wirft wieder ein bezeichnendes Licht auf den Regierungsstil Albrechts und auf seine Einschätzung der Fähigkeiten seines Sohnes. Albrecht kümmerte sich um Details und traute seinem Sohn offensichtlich nicht den Weitblick zu, Informationen über den Hauptgegner ganz selbstverständlich in die Berichte einzuflechten.

Wohl Anfang Juni, kurz vor seiner Abreise aus Franken, fragte Albrecht noch einmal in Brandenburg nach. Dieser Brief ist verschwunden, doch kann seine Existenz und sogar die genaue Fragestellung in dem Schreiben aus einer Antwort Johanns vom 21. Juni aus Cölln quellenmäßig belegt werden. Johann schrieb nämlich, dass Albrecht gefragt habe „ ... *wie die Sachen nach gescheener abrede zu Guben ein gestalt haben.*“ <sup>(7)</sup> Die Brandenburger hatten sich wieder einmal mit Vertretern des Kurfürsten von Sachsen getroffen und konferiert. Anscheinend waren Albrecht die Informationen über das Ergebnis der Gespräche aber noch nicht zugänglich gemacht worden, weshalb er sie anfordern musste. Wieder erweist es sich, dass Albrecht in der krisenhaften Situation die Zügel in Brandenburg fest in der Hand behalten wollte und dazu die nötigen Detailinformationen brauchte.

An wirtschaftlichen Fragen zeigte sich Albrecht interessiert, als er am 9. Juli 1478 einen schriftlichen Informationsauftrag erteilte. Das Dokument enthält Anweisungen an den Sekretär Albrechts, Johann Vogel. Dieser sollte nach Süden reisen und bekam unter anderem

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 182, S. 226; Priebatsch 2, Nr. 379, S. 368, Anm. 2

<sup>2</sup> Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 59; Riedel 3,2, Nr. 183, S. 226.

<sup>3</sup> Berlin, a.a.O.; Riedel 3,2, Nr. 183, S. 227.

<sup>4</sup> Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 60 f.; Priebatsch 2, Nr. 400, S. 386 ff.

<sup>5</sup> Berlin, a.a.O.

<sup>6</sup> Zur Geschichte Pommerns und den kriegerischen Auseinandersetzungen mit Brandenburg siehe u.a. J. Petersohn, Pommerns staatsrechtliches Verhältnis zu den Nachbarmächten im Mittelalter, 1980 und Oskar Eggert; Geschichte Pommerns, Hamburg, 1961.

<sup>7</sup> Priebatsch 2, S. 416, S. 404.

einige Aufträge nach Erkundigungen mit, die er anstellen sollte. Zum einen sollte Albrechts Vertrauter sich in Schwäbisch Hall nach einem Fachmann für Salinen erkundigen und einen für Brandenburg abwerben. Den Leuten vor Ort traue er nämlich nicht, ließ Albrecht seinen Vertrauten wissen. Noch aufwändiger war der zweite Auftrag: Man solle einen Boten zu Herzog Sigmund von Tirol schicken und „... *von unseres wegen bey einem boten, des sie bestellen sullen, schreiben, das er sich eigentlich erkund, was nutzes und gefells dem genanten oheim und schwager herzog Sigmundten von furstlicher obrigkeit wegen als dem landsfursten von seinem salzwerk folgen und zusteem soll und wie im das sein lieb, so ers selbs hab oder hinley in allweg nutz machen mog. Auch wie derselb unser oheim und swager freiheit daruber gab.*“<sup>(1)</sup>

Hier bewegte sich Albrechts Informationsinteresse auf wichtigem finanz- und wirtschaftspolitischen Terrain. Offensichtlich war es in Brandenburg zu einem Streit um die wirtschaftliche und steuerliche Nutzung der Salinen gekommen und Albrecht suchte fachlichen Rat von außerhalb, da die heimischen Experten nach Meinung des Landesherrn nur ihre eigenen Interessen im Auge hatten und nicht die des Fürsten. Die auswärtigen Fachleute sollten ihn durch ihre Informationen in die Lage versetzen, Entscheidungen zu treffen und es ihm ermöglichen, auf die interessensgeleiteten Aussagen der Brandenburger Fachleute verzichten zu können.

In einem Schreiben aus dem Jahr 1480, datiert auf den 18. Januar, in dem Albrecht seinerseits Johann über eine Fülle von Themen aus Franken informierte und wieder einmal die Finanzsituation in Brandenburg ansprach, findet sich auch ein kurzer Absatz, der Informationsbitten enthielt: „... *last vns yo furderlich wissen Sachsen halben, auch des Brobsts zu Berlin gefangknus vnd der altmerkischen halben der hilff zu bezalung der schuld wie es zuset.*“<sup>(2)</sup> Albrecht sprach hier zwei für die Situation in Brandenburg entscheidende Fragen an, das Verhältnis zu Sachsen und die Weigerung der altmärkischen Städte, ihren Anteil am Steueraufkommen zu bezahlen. Die Frage nach Propst Erasmus Brandenburg von Berlin war sicherlich aus der Verantwortung für seinen Berater geboren, der in ungarischer Gefangenschaft saß. Zum anderen war der Propst auch ein wichtiger Ratgeber und seine Gefangenschaft in Schlesien war ein Nachteil für Albrecht, weil er auf einen wichtigen Berater verzichten musste.<sup>(3)</sup>

### 3.8.3 Informationsbitten über die Lage in Franken

Albrechts wichtigste Herrschaftsbasis waren die fränkischen Fürstentümer. In den Zeiten, die er außerhalb Frankens verbrachte, behielt er Brandenburg-Ansbach und das Fürstentum auf dem Gebirge immer im Auge. Das zeigte sich auch in den Informationsbitten.

Auf einen besonderen Fall stoßen wir im Jahr 1470. Im September 1470 bekam Albrecht einen Brief aus Graz, den der kaiserliche Rat Heinz Seyboth zu Rambach am 1. September abgeschickt hatte. Der Informant berichtete, dass Nürnberger Räte an den Kaiserhof gekommen seien. Da er nicht habe erfahren können, was die Räte vom Kaiser gewollt hätten, hätte er einen von ihnen bestochen. Doch der habe ihm auch nichts genaues sagen können.<sup>(4)</sup> Auffällig ist hier, dass Seyboth aus eigenem Antrieb mit Hilfe von Bestechung auf Informationssuche ging. Eine Anweisung Albrechts ist nicht zu finden. Warum Heinz

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a, fol. 25; Priebatsch 2, Nr. 231, S. 245 f.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 61 r.; Riedel 3, 2, Nr. 192, S. 243; Priebatsch 2, Nr. 635, S. 579.

<sup>3</sup> Der Propst, der zwischen 1477 und 1479 mehrere Gesandtschaften nach Böhmen, Ungarn und Sachsen leitete, war im Oktober 1479 bei einem Überfall von Räubern aus dem Pommerschen gefangengenommen und dann nach Schlesien in die Obhut der Männer von König Matthias überstellt worden. Spätestens im September 1480 war er wieder frei und reiste als Gesandter nach Böhmen.

<sup>4</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 136; FRA II, 46, Nr. 100, S. 136; Priebatsch 1, Nr. 89, S. 171 ff.

Seyboth vom Gesandten dann doch nichts erfuhr, oder ob die ganze Geschichte sich vielleicht doch nicht ganz so abgespielt hatte, ist nicht zu klären.

Albrecht selbst wurde zu Beginn des Jahres 1472 das erste Mal als Informationssuchender tätig, als er in Brandenburg weilte und es zu Unklarheiten bezüglich der Gerichtsverfassung in Franken gekommen war. Der genaue Vorgang ist aus den Quellen nicht zu rekonstruieren. Albrecht jedenfalls schrieb seinen Ansbacher Räten am 10. Januar 1472 und forderte in einem dem Brief beigelegten Zettel eine Kopie der Gerichtsordnung an, um zu erfahren, wie und in welchen Fällen man von seinen fränkischen Gerichten an das Hofgericht appellieren könne. *„Zedula. Wollet vnns zum furderlichsten herein schicken der ordnung vnd Reformation abschrift, wie man sich von Vnnsern gerichtten daaussen im land fur vnser hofgericht appellirt und berufft“*, <sup>(1)</sup> ließ er die Räte wissen. Bei verfassungsrechtlichen Fragen, das war auch Albrecht klar, musste man den genauen Wortlaut kennen, um argumentieren zu können. Deshalb musste das Dokument beschafft werden.

Die territorialpolitischen Auseinandersetzungen mit den Landshuter Herzögen in Franken und Schwaben begleiteten Albrecht fast sein ganzes Herrscherleben. Auch in nach außen friedlichen Zeiten schwelte der Konflikt weiter. Gerade die Zusammenarbeit Landshuts mit Nürnberg betrachtete Albrecht immer als Bedrohung, über die er sich zu informieren hatte. Er tat dies zum Beispiel in einem Schreiben vom 24. September 1472 an Melchior von Neuneck, den fränkischen Landkomtur des Deutschen Ordens. Er verdächtige, so schrieb Albrecht, die Nürnberger eines Komplotts mit Ludwig von Landshut. In einem Vertrag, den er mit der Reichsstadt schließen wolle, würden die Nürnberger den Landshuter Herzog wohl *„ausnehmen“* wollen. Das hätte bedeutet, dass die ausgehandelten gegenseitigen Zusicherungen auf den Wittelsbacher nicht anzuwenden gewesen wären. Neuneck, der bekanntlich intensive Beziehungen sowohl zu Albrecht als auch zu Nürnberg pflegte, sollte nachforschen. *„... neu zeitung dancken wir euch und wenn ir vergebene botschaft habt, so last uns ir vil wissen“*, schrieb Albrecht. <sup>(2)</sup> Albrecht war zu dieser Zeit in Brandenburg beschäftigt und Ruhe in seinen südlichen Besitzungen war deshalb sehr wichtig, aber Informationen über mögliche Störungen auch.

Bei seinem zweiten Aufenthalt in Brandenburg im Laufe des Jahres 1476 kam es zu einem kirchenrechtlichen Problem. Der Kurfürst schrieb am 10. Mai 1476 aus Cölln an seine Räte in Ansbach, dass ihm zu Ohren gekommen sei, Dr. Peter Knorre, der Propst zu Ansbach, sei gestorben. Albrecht forderte in diesem Schreiben die Räte auf, ihm sofort mitzuteilen, ob das Gerücht stimme. Auch wolle er die Dokumente haben, die sich um die Ansbacher Propstei drehen würden, die *„... uns der verleyung halben nützlich und ersprisslich sein mag.“* <sup>(3)</sup>

Die Propstei von Ansbach, zu deren Rechten auch das gleichnamige Archidiakonat innerhalb der Diözese Würzburg gehörte, war die höchste kirchliche Pfründe, über die Albrecht in seinen fränkischen Landen gebieten konnte. Um sich den Zugriff darauf zu sichern, informierte er sich unverzüglich, auch wenn er bisher nur Gerüchte über den möglichen Tod des Amtsinhabers vernommen haben dürfte. Die Fragen, die er stellte, waren wieder sehr zielführend und vor allem die Anforderung der Rechtsdokumente zeigt, dass er das wichtigste zuerst wollte. Bedauernde Worte für den Ansbacher Propst fand er keine, wobei – wie schon in Kapitel 2.6 ausgeführt – noch anzumerken ist, dass der Geistliche gar nicht gestorben war.

<sup>(4)</sup>

Wieder um eine territorialpolitische Streitigkeit – ebenfalls größeren Ausmaßes und umfassender Problematik – handelte es sich im Januar 1482, als Albrecht mit dem fränkischen Adeligen Michel von Schwarzenberg in Kontakt trat. Dieser hatte Albrecht in einem nicht

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 17 r.; Burkhardt, Nr. 15, S. 28 f.; Priebatsch 1, Nr. 274, S. 311.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 91 v.; Priebatsch 1, Nr. 481, S. 453.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 32 a, fol. 20 r.; Priebatsch 2, Nr. 217, S. 231 f.

<sup>4</sup> Der Prälat schloss erst am 24. Februar 1478 für immer die Augen. Siehe dazu die ausführliche Analyse in Kapitel 2.6.

überlieferten Schreiben berichtet, dass ein Bündnis geschlossen worden sei, dass sich gegen ihn richten könne. Albrecht referierte den Brief Schwarzenbergs in seiner Replik an diesem vom 30. Januar folgendermaßen: *„Als du uns geschriben hast Jorgen von Sichts halben, desgleichen ist Eystett zu Beyrn. Aber worumb wissen wir nit, dann sovil mit Sachsen, Brandenburg und Hessen ist der vertrag verneuet zu Nuremberg. So haben wir auch mit herzog Albrechten zu Munchen, Baden, Wirtemberg und Berge verstenus. Darumb müssen wirs got bevehlen, was du weiter erferest und dir begegnet las uns wissen.. an den anderen dingen nach laut deins briefs ligt nit groß. Wurdt graf Ott an uns gelangen lassen jener halben weyst du zu guter maß die antwort. Auch las uns wissen zu welchem herrn von Sachsen Jorg von Sich geritten ist, wölten sie uns drohen, einen bischof zu machen, so haben wir nichts gegen einen von Sachsen.“*<sup>(1)</sup>

Da der Text des Michel von Schwarzenberg nicht erhalten ist, müssen wir uns bei der Analyse der Informationen auf die Antwort des Kurfürsten stützen. Mindestens drei Problemfelder sind in der Nachricht des Amtmannes angesprochen worden. Zum einen scheinen die Würzburger ein größeres Bündnis geplant zu haben, vor dem Schwarzenberg Albrecht warnte. Zweitens scheint es konkret um die Neubesetzung des Würzburger Bischofsstuhles gegangen zu sein, in dessen Zusammenhang das geplante Bündnis stand. Zum dritten ging es um Informationen des Grafen „Ott“, gemeint war wohl der Graf Otto von Henneberg, der ebenfalls in Albrechts Diensten stand.

Fürstenbündnisse und auch Wechsel der Partner standen auf der Tagesordnung, so dass Informationen darüber zum täglichen Brot gehörten. Die konkrete Situation, die Neubesetzung des Würzburger Bischofsstuhls, war allerdings ein Vorgang, der genauere Informationen nötig machte. Gerade die gespannten politischen Beziehungen zu Würzburg und auch der große Einfluss des Würzburger Oberhirten auf die Ansbacher Markgrafschaft, die zu einem großen Teil zum Würzburger Sprengel gehörte, machten es notwendig, über die dortigen Verhältnisse genau auf dem Laufenden gehalten zu werden.<sup>(2)</sup>

Jedenfalls hakte Albrecht nach und schrieb seinem Amtmann, er solle weiter forschen und ihn entsprechend informieren. Besonders wichtig war Albrecht das mögliche Reiseziel des Würzburger Landrichters von Sieck. Es machte natürlich einen gewaltigen Unterschied, zu welchem der drei damals regierenden sächsischen Herzöge der Würzburger Rat unterwegs war. Reiste er zu Kurfürst Ernst und dessen Bruder oder zum Onkel der beiden, Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar?

Erneut ist festzustellen, dass Albrecht nähere Informationen wollte, weil die ursprüngliche Nachricht ihm nicht ausreichend war. Und zusätzlich finden wir erneut eine seiner präzisen Fragen. Für die Konterkarierung eines Bündnisses musste er natürlich genau wissen, welcher der drei damals amtierenden Herzöge von Sachsen in das gegnerische Lager gezogen werden sollte.

Die Gefahr eines Bündnisses Sachsens gegen Albrecht, vielleicht sogar mit Matthias von Ungarn, schien nicht nur Schwarzenberg zu Ohren gekommen zu sein. Ein Brief Markgraf Johanns, allerdings erst vom Ende des Jahres 1483, sprach ebenfalls davon.<sup>(3)</sup> Weiterer Schriftverkehr mit Michel von Schwarzenberg, dem entnommen werden könnte, ob die

<sup>1</sup> Priebatsch 3, Nr. 835, S. 144.

<sup>2</sup> Schon zu Beginn seiner politischen Karriere in den frühen 40er Jahren hatte es schwere Konflikte mit dem Würzburger Bischof gegeben. Mit dem sächsischen Amtsinhaber, Herzog Sigmund (1440 bis 1443), war Albrecht dabei noch am besten gefahren, weswegen seine Aussage, er habe nichts gegen einen sächsischen Fürsten auf dem Stuhl des Heiligen Kilian, durchaus glaubhaft ist. Festzustellen ist, dass es um das Jahr 1482 keinerlei Anlass gab, über eine Neubesetzung des Würzburger Stuhls zu befinden. Denn Bischof Rudolf von Scherenberg, mit dem Albrecht gerade die heftige Auseinandersetzung um die Pfaffensteuer durchgeföchten hatte, regiert noch bis 1495. Siehe, Eubel, Band 2, S. 163 und Gatz, Bischöfe, Band 2, S. 634 f. Dort findet sich auch weiterführende Literatur zu Bischof Rudolf und seiner Beziehung zu Albrecht Achilles.

<sup>3</sup> STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 536; Priebatsch 3, a.a.O.

Nachfrage Albrechts Erfolg in Form von genaueren Informationen gehabt hatte, ist nicht überliefert.

Tief in fränkische Territorialpolitik führt uns eine Informationssuche Albrechts vom Jahresbeginn 1485, die sich in besonderer Weise mit Verfassungsfragen beschäftigte und wiederum Nürnberg im Mittelpunkt sah. Pfalzgraf Otto von Mosbach-Neumarkt, Nachbar von Albrechts Fürstentum auf dem Gebirge, ließ am 18. Februar 1485, die Burg zum Stein des Fritz von Sparneck in der Nähe von Kulmbach stürmen, nahm den Burgherren gefangen, ließ das Schloss neu befestigen und trat gleichzeitig die Hälfte des Besitzes an den Landshuter Herzog Georg ab. Albrecht vermutete, dass Georg hinter der ganzen Aktion stand <sup>(1)</sup> und plante militärische und diplomatische Gegenmaßnahmen.

Unter anderem bot die Stadt Nürnberg ihre Vermittlung an, der Albrecht nicht abgeneigt war. <sup>(2)</sup> Doch bevor er einer Verhandlung zustimmen wollte, wollte er wissen, wer in Nürnberg zur Zeit das Sagen habe, wie die Stadt verwaltungstechnisch organisiert und wer im entscheidenden Kleinen Rat Mitglied sei. Er schrieb daher dem Rat der Stadt am 27. Mai: *„Lieben besundern. Auff credentz sein bey unns gewesen dietz von Thüngen von unnsers oheim hertzog jorgen von Bayern wegen unnd haben geworbenunnd under anderem in schriften ubergeben.. wollen wir oder der sparnecker oder yemandts anders (versteen wir auf unnsern oheim unnd swager von Bamberg) der sachhalben sie rechts nit lassen. wollen sie vor einem klein rate zu Nuremberg ... nit wider sein. Darauff haben wir ein bedacht genommen zu antworten dann des gebots versteen wir nit wort wer ordentlich richter so war es kein gebot das verstanden wir nachdem ir aber ordentlich richter nit seit unnd also ir unnd unnsere gewilkürt richter würdt So sind notdürftig zu wissen was oder wer ein kleiner rat zu nuremberg ist unnd ob wir auff euch nicht zunemen eingiengen. Ob ir euch das verfahren wolt unnsere oheim unnd swager von Bamberg unns unnd fritzen von Sparneck in einer zeit entlichs richten verhelfen bitten wir euch der ding underrichtung zugeben uff das wir unns wissen zubedenken darinnen zuhandeln günstlich zu seyn unnd das ewer schriftlich Antwort. Datum Onoltzpach am freitag nach Urbani. Anno domini etc. Lxxxv.“* <sup>(3)</sup>

Diesmal ist die Genauigkeit auf die Spitze getrieben. Da Albrecht im Prinzip sicher klar war, was der Kleine oder Innere Rat der Reichsstadt darstellte und dass die Zielsetzung der Nürnberger Vermittlungsversuche davon abhing, wer zur Zeit im Rat an welcher Position saß, zielte seine Frage natürlich darauf ab, die Zusammensetzung des Gremiums zu erfahren. Albrecht wusste wahrscheinlich nach 45-jähriger Zusammenarbeit und Auseinandersetzung, dass der Kleine Rat, bestehend aus 26 Bürgermeistern, das entscheidende Gremium in der mächtigen Reichsstadt war. Er war es, der sich jährlich selbst wiederwählte oder neue Mitglieder kooptierte, und der dann die städtische Regierung, den Geheimen Rat, aus der Mitte seiner Mitglieder ernannte und mit den Losungern und den Obristhauptleuten die führenden Köpfe der Stadt bestimmte. <sup>(4)</sup>

Bürgermeister und Rat der Stadt Nürnberg schrieben dem Kurfürsten dann am 30. Mai 1485, erklärten dabei aber lediglich: *„... fugen wir ewern gnaden zu wissen das die so in dem teglichen regiment der stat Nur. sind, der kleyn rat gehaisen wirdet und ist.“* <sup>(5)</sup>

Damit konnte Albrecht noch nicht viel anfangen. Aussagekräftiger war da schon ein Schreiben vom folgenden Tag, dem 31. Mai. Das Ratsmitglied Nikolaus Groland schickte Albrecht die Liste derjenigen zu, die in Nürnberg zu der damaligen Zeit das Sagen hatten. „ ...

<sup>1</sup> STAB, C 3, Nr. 876, fol. 14 v. f. Näher ist die Quelle in Kapitel 2.6 bearbeitet.

<sup>2</sup> Kurfürst Albrecht erfuhr dies durch ein Schreiben des Ritters Wolfgang von Stolzenrode. Quelle: STAB, a.a.O., fol. 40 r.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., fol. 80 f.

<sup>4</sup> Kurz gefasst ist die Zusammensetzung und Funktionsweise des Nürnberger Rates, die Albrecht interessierten, im entsprechenden Artikel des LexMa, Band 6, Sp. 1319 f. erklärt. Grundlegend zu dem Thema ist das Werk von Ernst Pitz, Die Entstehung der Rats Herrschaft in Nürnberg im 13. und 14. Jahrhundert; (=Band 55 der Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte) München, 1956.

<sup>5</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher 39, fol. 121 v. f.; STAB, C 3, Nr. 876, fol. 80 r. f.

*Gnedigster herr auff ewer gnaden begern schickt ich denselben ewren gnaden die. so des regiments ditz jars schöpfen, räte, alten genannten und die von den hantwercken hie pflegen herinn verzaichnet. Dann womit ich ewern furstlichen gnaden in unterthenigkeit dienste unnd wolgefallen beweisen könnt thet ich williglich gern. Datum am eritag nach dem sonntag Trinitatis.*“<sup>(1)</sup> Anschließend fügte der Nürnberger noch die komplette Namensliste an. Mit diesem Verzeichnis in der Hand konnte Albrecht sehr genau sehen, welche Nürnberger seines Vertrauens in jenem Moment an den entscheidenden Stellen saßen.

Ein Brief Albrecht an Nikolaus Groland ist nicht überliefert. Es ist also nicht zu entscheiden, ob Albrecht seine altbewährte Methode, zwei Quellen zu benutzen, angewendet hat. Mir scheint dies aber sehr wahrscheinlich zu sein. Denn aus dem Schreiben des Rates geht nicht hervor, dass dieser Groland beauftragt hätte, Albrecht genauer zu informieren. Wahrscheinlich hatte sich der Kurfürst also im Geheimen an den Ratsherrn gewandt und ihn um Unterstützung gebeten.

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Burg Stein ist ein Informationsbegehren Albrechts an seinen Hauptmann auf dem Gebirge überliefert. Sebastian von Seckendorf hatte Albrecht über den Angriff informiert und der Kurfürst schrieb seinem Statthalter im obergäubirgischen, dass er, bevor irgendwelche militärischen Maßnahmen ergriffen werden sollten, erst einmal Informationen und Ratschläge von den markgräflichen Amtleuten in der Gegend eingeholt werden sollten. Die Ergebnisse dieser Befragungen sollten ihm dann mitgeteilt werden.<sup>(2)</sup> Zusätzlich, allerdings erst zu Beginn des Jahres 1486, erkundigte er sich in einem Schreiben an den Hauptmann Seckendorf nach dem Befehlshaber im Schloss Stein.<sup>(3)</sup>

Eine weitere Informationsbitte, bei der diesmal die Stadt Nürnberg Objekt der Wissbegierde war, können wir für den Herbst 1485 aus den Quellen rekonstruieren. Das Zusammenspiel zwischen den reichen Herzögen von Landshut und der mächtigen Reichsstadt Nürnberg hatte Albrecht fast seine gesamte Regierungszeit über begleitet und oft hatte er durch ihr enges Bündnis bittere Niederlagen erfahren müssen. Der Vertrag der beiden Gegner stammte aus dem Jahr 1460, war damals auf 26 Jahre geschlossen worden und würde folglich an Karfreitag 1486 auslaufen, wusste Albrecht.<sup>(4)</sup>

Der Kurfürst versuchte nun, den Kaiser dazu zu bringen, der Reichsstadt zu verbieten, das Bündnis mit Landshut zu erneuern. Doch bevor er offiziell vorstellig werden konnte, musste er sich Gewissheit verschaffen. Er schickte daher am 15. September 1485, einem Donnerstag, seinen wichtigsten Verbindungsmann in die Reichsstadt, den fränkischen Landkomtur des Deutschen Ordens Melchior von Neuneck.<sup>(5)</sup> Dieser hatte den Auftrag, sich nach dem genauen Vertragstext zu erkundigen: „... und ist die zeit gewiss zu diesen ostern aus, als wir bericht werden, und sei noch nichts anders beslossen, dann ir antwurt stee auf den kayser und die vorgeschriben maynung. Do habt erforschung nach.“<sup>(6)</sup>

Geradezu klassisch ist hier die schon bekannte Arbeitsweise Albrechts nachzuzeichnen: Informationen, die man bereits hat, sollen von einem geeigneten Mann verifiziert werden. Hier ging Albrecht dann aber noch einen Schritt weiter und setzte den Ordensritter dazu ein,

<sup>1</sup> STAN, a.a.O.; STAB, C 3, Nr. 876, fol. 80 v. f.

<sup>2</sup> Priebatsch 3, Nr. 1050, S. 363 f.

<sup>3</sup> STAB, a.a.O., fol. 124 v. Der Brief ist datiert in Ansbach auf den „sambstag nach obersten“, dem 7. Januar. Diese Anfrage war eine der letzten Regierungshandlungen Albrechts in Ansbach, bevor er zum Reichstag nach Frankfurt aufbrach, von dem er nicht mehr lebend zurückkehren sollte. Felix Priebatsch führt dieses Schreiben in seiner Quellenedition nicht auf. Nach dem 10. Januar reiste Albrecht von Ansbach ab und ist am 17. Januar schon in Bergel bei Uffenheim nachzuweisen. Siehe: Priebatsch 3, Itinerar, S. 542.

<sup>4</sup> So vermerkte es Albrecht in einem Schreiben an den kaiserlichen Rat Hans Waldner. Quelle: STAN, A.R.T.A., Fasz. III, fol. 100 v.; Priebatsch 3, Nr. 1118, S. 442.

<sup>5</sup> Siehe die Erklärung in Kapitel 2.6.

<sup>6</sup> STAN, Bayerische Bücher 5, fol. 91 r.; Priebatsch 3, Nr. 1129, S. 450.

zusätzlich noch neue Informationen in Erfahrung zu bringen, nämlich, ob der Vertrag nicht schon verlängert sei.

Der Landkomtur antwortete dann am 18. September, dem darauffolgenden Sonntag, dem Kurfürsten mit dem lapidaren Hinweis, dass es stimme, dass der Vertrag auslaufe. <sup>(1)</sup> Kanzler Johann Volker informierte dann seinerseits den Landkomtur mit Schreiben vom 9. Oktober, dass sich Albrecht nach Dinkelsbühl zum Kaiser begeben, um mit diesem zu sprechen. <sup>(2)</sup> Der kurfürstliche Informant sollte schließlich wissen, wo sich Albrecht befindet.

Albrecht wiederum schrieb dann am Mittwoch, dem 12. Oktober, aus Dinkelsbühl an den Landkomtur, dass er wiederum erfahren habe, dass die Nürnberger den Vertrag nur mit Erlaubnis des Kaisers verlängern würden. Der Landkomtur solle sich bald wieder nach Nürnberg begeben und dort weiter beim Rat um Auskunft nachsuchen. <sup>(3)</sup> Offensichtlich hatte Albrecht – darin war er ein Meister – noch eine zweite Quelle aufgetan und der Landkomtur kam zum Einsatz, um dieser neuen Information nachzugehen.

Der Landkomtur antwortete mit einem Schreiben vom folgenden Mittwoch, dem 19. Oktober, in dem er den Auftrag des Kurfürsten bestätigte und versicherte, sich umhören zu wollen, wenn er das nächste Mal nach Nürnberg komme. <sup>(4)</sup> Er folgte also der kurfürstlichen Aufforderung nicht, sofort wieder in die Reichsstadt zu reisen, sondern vertröstete Albrecht auf seine nächste Reise an die Pegnitz. Ein weiteres Informationsschreiben des Deutschherrn in dieser Sache ist aber nicht überliefert.

Am 16. Oktober schrieb Albrecht dann in der selben Angelegenheit an seinen Sohn, Markgraf Friedrich, der sich am kaiserlichen Hof aufhielt, und forderte auch von ihm weitere Nachrichten an: „ ... *und lasts uns morgen und all tag wissen, wie es ein gestalt hab.*“ <sup>(5)</sup> Zusätzlich zu den Informationen, die er beim Landkomtur abfragte, wollte er mit dieser weiteren Nachrichtenquelle die Informationen auf eine noch breitere Basis stellen.

Weiter ist in dem Brief zu lesen, dass neben dem oben bereits erwähnten Landkomtur noch ein weiterer Informant eingesetzt war. „ ... *der landkomther ist dynnen, der kann vil erfahren, desgleich der alt Linck zu Schwabach.*“ <sup>(6)</sup> Hier ist also sogar noch von einem dritten Informanten die Rede, einem Schwabacher Bürger, der ebenfalls zum Einsatz kam.

Mit einer ganzen Gruppe von Informanten versuchte sich Albrecht, der zu dieser Zeit schon sehr stark an Gicht erkrankt und sich kaum noch bewegen konnte, Einblick in die Situation in Nürnberg zu verschaffen. Der fast schon zur Manie ausgeartete Wunsch nach Nachrichten über das Bündnis Nürnberg – Landshut könnte mit der Krankheit zusammenhängen, die Albrecht dazu verdammt, in seiner Residenz zu bleiben und selbst nichts mehr in Erfahrung bringen zu können.

### 3.8.4 Informationsbitten die Reichspolitik betreffend

Albrecht schrieb am 2. September 1474 an seinen Gesandten Dr. Knorre, der beim Kaiser in Augsburg war, um herauszubekommen, welchen Weg Friedrich III. bei seiner geplanten Reise durch Südwest- und Süddeutschland zu nehmen gedachte. <sup>(7)</sup> Am selben Tag schrieb er

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 92; Priebatsch 3, Nr. 1136, S. 457 f. Es handelt sich bei dem Antwortbrief des Landkomturs vom darauffolgenden Sonntag um einen ganz kleinen Zettel, auf dem der Text an den Kurfürsten hingekritzelt wurde. Man sieht, dass der Landkomtur Eile hatte, Albrecht die Nachricht zukommen zu lassen.

<sup>2</sup> STAN, Bayerische Bücher 5, fol. 92; Priebatsch 3, Nr. 1136, S. 457.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 103; Priebatsch 3, Nr. 1136, S. 457 f.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 93 r. Der Landkomtur verwendete wieder einen kleinen Streifen Papier, um mit den Ansbachern in Kontakt zu treten.

<sup>5</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 3, fol. 123 v.; Priebatsch 3, Nr. 1143, S. 470 ff.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O.

<sup>7</sup> Priebatsch 1, Nr. 902, S. 701 f. Die Reise des Kaisers durch das Reich in den Jahren 1473 und 1474 beschäftigte Albrecht sehr oft, wie wir oben in Kapitel 2.2 gesehen haben. In diesem einen überlieferten Fall

auch dem Kaiser selbst und schlug ihm vor, sich mit ihm auf dem Kriegszug nach Westen zwischen Rothenburg und Würzburg zu treffen. Das Konzept dieses Schreibens findet sich im Archiv auf der Rückseite des selben Blattes, auf dem auch der Text des Schreibens an Knorre überliefert wurde. Die Informationsbitte hatte den praktischen Sinn, einen Treffpunkt auszumachen, um nicht zu lange auf der Suche nach Friedrich III. herumreisen zu müssen.

Auf eine weitere Informationsbitte stoßen wir, wenn wir die Antwort des Nürnberger Bürgers Rupprecht Haller vom 11. Oktober 1481 auf einen Brief Albrechts anschauen. Er gibt uns einen Hinweis darauf, dass Albrecht sich in seinem nicht erhaltenen Schreiben nach einem Vertrag zwischen Kaiser Friedrich III. und dem Erzbischof von Salzburg erkundigt hatte. Denn der Nürnberger schrieb Albrecht, dass er über den Vertrag, nach dem sich der Kurfürst erkundigt hätte, nichts wüsste. „*Gnediger here. Euer f. gnad schreiben mir yetz getan han ich vernomen und ist mir nit wissend auch nit an mich gelangt als das der k. mt. bei dem bischof zu Salzpurg botschaft sey anders dann das der k. mt. botschaft yetzo zu Salzpurg sein solle und auch die handlung ist mir verborgen.*“<sup>(1)</sup>

Der Brief ließ Albrecht also doch eine Reihe weiterer Informationen zukommen, so nicht nur über eine kaiserliche Gesandtschaft nach Salzburg, sondern auch über eine Gesandtschaft Herzog Wilhelms von Sachsen-Weimar. Die eigentliche Frage, was die Gesandten dort taten, konnte Rupprecht Haller aber auch nicht beantworten. Auch geht aus dem Text nicht hervor, was Albrecht explizit gefragt hatte, sondern nur, dass er Fragen übermittelt hatte.

Markgraf Friedrich war Ende Oktober/Anfang November 1483 zu einem Turnier in Ulm, zu dem ihn wohl die Stadt eingeladen hatte. Albrecht selbst zog sich zur selben Zeit vor einer in der Ansbacher Gegend grassierenden Seuche nach Bayreuth zurück<sup>(2)</sup> und hatte Friedrich aufgefordert, auch dorthin zu kommen. Dieser antwortete, er müsse erst noch das Turnier bestreiten und der Vater solle ihm Geld schicken.<sup>(3)</sup> Der Vater ließ den Ungehorsam durchgehen und schickte sogar Geld, schrieb dem Sohn jedoch auch einen Brief, datiert auf den 14. November aus Bayreuth und bat darin um Auskunft, ob Pfalzgraf Philipp und Herzog Georg von Landshut ebenfalls auf dem Turnier seien.<sup>(4)</sup> Friedrich antwortete am 22. November, dass der Pfalzgraf wohl nicht komme. Kein Wort ist in dem Schreiben aber über Georg von Landshut zu lesen.<sup>(5)</sup> Ein Brief Albrechts vom 21. November wiederholte deshalb die Frage nach Herzog Georg und den anderen „*herrn von Bayrn*“.<sup>(6)</sup>

Um diese Zeit gab es offensichtlich Gerüchte, dass Herzog Georg Truppenkonzentrationen befohlen habe, die sich gegen Albrecht hätten richten können. Albrecht waren Warnungen seiner in Ansbach verbliebenen Räte zugegangen.<sup>(7)</sup> Es kann also sein, dass Albrecht aus

versuchte er den Weg des Kaisers durch Nachfragen herauszubekommen. Seine Gesandten am Hof hielten ihn dann von sich aus auf dem Laufenden. Die einmalige Informationsbitte hatte eine lang anhaltende Wirkung.

<sup>1</sup> STAN, Nürnberger Briefbücher 37, fol. 241; Priebatsch 3, Nr. 799, S. 101. Rupprecht Haller sollte ein paar Jahre später erneut als Informant Albrechts dienen. Der Kurfürst wollte ihn im Streit um die Fortsetzung des Bündnisses Landshut-Nürnberg auf seine Seite ziehen und vom Patrizier auch Informationen erhalten. Dazu lud Albrecht Rupprecht Haller im August 1485 nach Cadolzburg ein. Haller lehnte die Einladung ab, die sich ausdrücklich auch auf die Bereitstellung von Sängern, Sängerinnen und *expressis verbis* „*gespielen*“ bezogen hatte. Das Wort kann sowohl für gesellige Kameraden als auch für Prostituierte gebraucht werden. Siehe Grimm, Wörterbuch, Band 5, Sp. 1451 ff. Haller kam nicht und entschuldigte sich damit, dass er in Trauer sei, weil die Frau seines Vetters gestorben sei. Der Kurfürst solle ihn aber bei seinem nächsten Besuch in der Stadt beehren, wo er ihm mit schönen Frauen Ergötzlichkeit bereiten wolle. Quelle: STAN, Nürnberger Briefbücher, Nr. 39, fol. 160 v.; Priebatsch 3, Nr. 1120, S. 443 f. In diesem Fall wollte der Nürnberger Bürger augenscheinlich nicht für Albrecht tätig werden und verschanzte sich hinter einer vorgeschobenen Begründung.

<sup>2</sup> Schon im Frühherbst hatte sich Albrecht nach Cadolzburg zurückgezogen und reiste dann Mitte November 1483 mit seinem Hof ins obergiebigische Bayreuth. Dort ist er das erste Mal am 21. November nachzuweisen. Quelle: Priebatsch 3, Nr. 990, S. 286 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 3, Nr. 985, S. 283. Siehe Kapitel 2.4.

<sup>4</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>5</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>6</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>7</sup> Priebatsch 3, Nr. 995, S. 293.

diesem Grund hatte herausfinden wollen, ob Georg in Ulm beim Turnier sei. Wenn er wusste, wo sich der Gegner befand, war das ein Schritt dahin, die Gefahr zu beherrschen. Die Antwort Friedrichs ist allerdings nicht problemlösend, da sie sich nur auf den Pfalzgrafen bezog.

Im Sommer 1485, nur kurze Zeit vor Albrechts Tod, ist es wieder Herzog Georg der Reiche von Landshut, über dessen Politik sich Albrecht zu informieren trachtete. Damals versuchte Georg mit militärischem Druck die Reichsstadt Nördlingen seinem Machtbereich einzuverleiben. Die Nördlinger wandten sich an den Kaiser, aber auch an Georgs Widersacher Albrecht Achilles um Hilfe. <sup>(1)</sup> Zwischen der Reichsstadt im Ries und Ansbach entwickelte sich daraufhin ein intensiver Briefverkehr. <sup>(2)</sup> Albrecht wollte auch beim Kaiser vorstellig werden und benötigte dazu Informationen aus erster Hand. Er schrieb deshalb am 3. Juli 1485 dem Nördlinger Bürger Jakob Protzner, der gleichzeitig auch Mitglied im markgräflichen Rat in Ansbach war. Man habe in Ansbach schon Gerüchte über Kämpfe gehört. Doch er müsse genaue Auskünfte haben, denn der Kaiser komme bald. Wenn Protzner nicht selbst kommen und Nachrichten bringen könne, solle er doch wenigstens einen Boten schicken. *„Las uns doch wissen uf unsern costen. Man sag hie, die von Nordlingen haben etlich edel und unedel hart verwundt mit geschoss. Auch sol ein rots swein an das gericht gehangen sein worden den Bayrn zu smeck. Man sagt auch die herzogischen betegen die gefangenen mit der hab. Was dran ist, wissen wir nit grunds ... und wollen nichts schreiben, wir westen dan ganzen grundt.“* <sup>(3)</sup>

Diese für unsere Fragestellung sehr wichtige Quelle liefert uns zum einen wieder den Beweis, dass Albrecht nachfragte, wenn er schon etwas gehört hatte, aber damit noch nicht zufrieden war. Er wollte in dem Konflikt aktiv werden, doch den Kaiser nur mit harten Informationen und Fakten versorgen und nicht nur mit Gerüchten.

Es zeigt sich auch wieder, dass Albrechts Fragen sehr präzise waren. Die genauen Verlustzahlen der Bayern interessierten ihn, das Verhalten der Bayern den Gefangenen gegenüber und – sicher auch zur eigenen Schadenfreude – Versuche, sich über den reichen und mächtigen Herzog lustig zu machen. Das Ansehen eines Reichsfürsten war natürlich ebenfalls ein Teil seiner politischen Macht. Wenn Georg es geschehen lassen musste, dass man ihn mit einem toten Schwein schmähte, dann wollte Albrecht das wissen und es dem Kaiser sofort weitererzählen. Eine konkrete Antwort auf diese Fragen konnte in den Quellen allerdings nicht gefunden werden.

Neben den untersuchten Quellen, die Informationsbitten zu konkreten Problemen waren, fanden sich noch einige weitere Stellen, in denen Albrecht generell um Nachrichten bat. *„Last uns nicht an neue mere“*, oder *„Last uns ohne nachricht nit“*, *„neu zeitung dancken wir euch“*, sind die Formulierungen, die er dabei wählte. <sup>(4)</sup> In einem Schreiben an die Ansbacher Räte vom 29. November 1472 forderte er *„bericht“* an. <sup>(5)</sup> Diese allgemeinen Nachfragen waren aber eher die Ausnahme, denn der Fürst bevorzugte eindeutig klare Anfragen. Sie zeigen aber auch, dass der Wunsch nach Informationen vorhanden war.

## Fazit

Betrachtet man die große Zahl von rund 3000 Briefen, die im Umfeld von Kurfürst Albrecht Achilles überliefert sind, handelt es sich bei den knapp 30 Briefen, in denen er sich explizit um eine Information bemühte, auf den ersten Blick um eine unspektakuläre Zahl. Doch dieser

<sup>1</sup> Sehr detailliert setzt sich Reinhold Stauber, Georg von Landshut, a.a.O., S. 247 ff., mit dem Konflikt zwischen Georg von Landshut und Nördlingen auseinander.

<sup>2</sup> Dieser ist uns schon in einer Reihe von Kapiteln begegnet.

<sup>3</sup> STAN, Bayerische Bücher 5, fol. 10 ff.; Priebatsch 3, Nr. 1085, S. 409.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 20 r.; Priebatsch 1, Nr. 275, S. 312; STAN, a.a.O., fol. 18 r.; Priebatsch 1, Nr. 276, S. 313; STAN, a.a.O., fol. 91 v.; Priebatsch 1, Nr. 481, S. 453.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 132 v.; Burkhardt, Nr. 135, S. 233; Priebatsch 1, Nr. 502, S. 465 f.

Eindruck trägt. Denn die entsprechenden Textstellen beweisen, dass Albrecht nicht nur sehr gekonnt und gezielt nach Informationen suchte. Sondern sie zeigen auch, dass er die Recherche immer auf wichtige Themen konzentrierte. Vielleicht tat er dies, weil er Ressourcen sparsam einzusetzen wusste, vielleicht auch, weil ihn andere Fragen nicht so sehr interessierten.

Albrechts Versuche der Informationsbeschaffung zeugen von großer Professionalität und Kenntnis der jeweiligen Situation. Er wandte sich immer an informierte Kreise und versuchte sogar, wenn möglich, zwei Quellen anzuzapfen, die von einander unabhängig waren. Hatte er Informationen, die er dann meistens als Gerüchte oder ähnliches ausgab, versuchte er, bei kompetenten Leuten eine Bestätigung dieser Grundinformationen zu erhalten. Wenn möglich, erstrebte er Informationen aus erster Hand und, wenn es sich um Fragen handelte, zu denen es schriftliche Dokumente gab, versuchte er auch diese oder zumindest Abschriften davon in die Hand zu bekommen.

Auffallend ist auch, dass es wieder die Länder der Krone Böhmens waren, die in der Informationspolitik des Kurfürsten eine so wichtige Rolle spielten.

Die Intensität des Briefverkehrs in den Wochen und Monaten vor Albrechts Reise im Sommer 1478 nach Brandenburg – er war am 3. Juli in Cölln – hat im Vergleich mit sonstigen Zeiten beachtlich zugenommen. Die Zahl der Textstellen aber, in denen konkrete Fragen gestellt wurden, lag hingegen noch deutlicher über derjenigen in anderen Zeitabschnitten. <sup>(1)</sup> Konkrete Not erforderte offensichtlich konkretes Nachfragen.

Die Bemühungen Albrechts um Informationen hatten im großen und ganzen Erfolg. Zwar wurden offensichtlich nicht alle Briefe, in denen Albrecht Informationen erbat, entsprechend beantwortet. Wenngleich man hier mit den Aussagen wieder vorsichtig sein sollte, weil natürlich auch Briefe verloren gegangen sein könnten. Doch auch, wenn man diese möglichen Verluste außer Acht lässt und sich nur auf die vorhandenen Quellen stützt, ist man ob der Präzision, Schnelligkeit und Verwertbarkeit der Antworten überrascht. Ein besonders gutes Beispiel dafür ist der Nachrichtenaustausch des Herbstes 1478 mit seinem Schwiegersohn Münsterberg über die Lage in Böhmen.

Die Briefe, die auf gezielte Anfragen zurückkamen, enthielten mehr und genauere Nachrichten als die nicht angeforderten Informationsschreiben, die in Ansbach oder Cölln auf das Schreibpult flatterten, wenngleich deren Zahl natürlich ungleich größer war. Hier Qualität, dort Quantität, könnte man sagen. Beides diente der besseren Information des Fürsten, der damit leichter und zielgenauer auf politische Ereignisse reagieren konnte. Der Erfolg seiner Bemühungen in Form von verwertbaren Antworten, das ist der wohl entscheidende Punkt, macht deutlich, dass die Informationssuche ein sehr wichtiges Herrschaftsinstrument des Fürsten war.

---

<sup>1</sup> Für das Jahr 1477 sind insgesamt nur sieben Briefe nachgewiesen, die zwischen Cölln und Ansbach hin- und hergingen. Da auf jedes Schreiben meist eine Antwort erfolgte, die man teilweise sogar aus dem Inhalt des überlieferten Schreibens rekonstruieren konnte, können wir mit rund 14 Schreiben in insgesamt 12 Monaten rechnen, was als eine sehr begrenzte Zahl bezeichnet werden muss. Im folgenden Jahr, 1478, als sich die Situation im nördlichen Fürstentum Albrechts zuspitzte, waren es bis Ende Juni, als Albrecht dann von Franken in die Mark reiste, zusammen 19 Schreiben, die zwischen den beiden Residenzen überbracht wurden. Vor allem ab April stoßen wir auf einen fast zweiwöchentlichen Turnus bei der Korrespondenz. Da auch hier noch einmal mit nicht überlieferten Antwortschreiben zu rechnen ist, hat sich der Nachrichtenaustausch im Vergleich zum Vorjahr fast verdreifacht.

#### 4 Mündlichkeit und Schriftlichkeit

Der Übergang von der Mündlichkeit zur Schriftlichkeit ist das Thema in einem Sammelband, den Hagen Keller und andere 1992 herausbrachten. Er stellt die Ergebnisse eines Kolloquiums zur pragmatischen Schriftlichkeit im Mittelalter dar, das 1989 an der Universität Münster stattfand. Sowohl im städtischen, kaufmännischen als auch – das erscheint mir besonders interessant – im monastischen Bereich, nahm die Schriftlichkeit im Verlauf des Hoch- und Spätmittelalters stark zu. Besonders die Verbandsbildung der Cluniazenser und noch stärker der Zisterzienser führte dazu, dass die Normen für eine große Zahl von Klöstern einheitlich festgelegt werden mussten. Dafür war es notwendig, sie schriftlich zu fixieren. Auch der Dominikanerorden war sich der Notwendigkeit bewusst, die Regeln schriftlich zu fassen und auch schriftliche Visitationsprotokolle der großen Zahl von Kontrollbesuchen anzufertigen.

<sup>(1)</sup> Quasi programmatisch stellte Petrus Venerabilis, der Abt von Cluny, die Vorzüge der schriftlichen Nachricht in einem Brief an Bernhard von Clairvaux dar: Der Brief besitze ein höheres Maß an Verlässlichkeit, denn Pergament könne die ihm anvertraute Botschaft nicht verändern, die Zunge des Redenden hingegen, die an nichts Schriftliches gebunden sei, habe durchaus die Möglichkeit, durch Hinzufügen und Weglassen von Wörtern und Sätzen, die Wahrheit der Aussage abzuwandeln. Der Abt schreibt: „*Sed queror, quod certiora per litteras indicia hactenus non dedidiste. Certiora dixi, quia nescit carta impressum mutare sermonem, cum loquentium lingua addendo vel demendo iniunctam mutet sepius veritatem.*“ <sup>(2)</sup>

Die Texte in der Zeit, in denen die deutsche Sprache zum wichtigsten Kommunikationsträger im Lande wurde und das Lateinische auch als Schriftsprache ablöste – die Forschung setzt dafür den Zeitraum von Mitte des 14. bis hinein ins 16. Jahrhundert an – waren noch mit großen stilistischen Schwächen behaftet: Die Texte waren unklar und redundant und die Autoren hatten Probleme, komplexere Sachverhalte überhaupt darzustellen. Sprachwissenschaftler haben dies in einer Reihe von Arbeiten umfassend dargestellt. <sup>(3)</sup> Die mündliche Kommunikation, so deren Fazit, blieb deshalb weiterhin von großer Bedeutung, sowohl im Alltag als auch in der Geschäftswelt sowie ebenso im politischen Leben. <sup>(4)</sup>

---

<sup>1</sup> Klaus Schreiner; Verschriftlichung als Faktor monastischer Reform. Funktionen von Schriftlichkeit im Ordenswesens des hohen und späten Mittelalters. In: Hagen Keller, u.a., Pragmatische Schriftlichkeit a.a.O.; S. 40 ff.

<sup>2</sup> Petrus Venerabilis ad Bernardum abbatem Claraevallis (1137) In: Giles Constable; The letters of Peter the Venerable, Band 1, Cambridge, 1967, Nr. 65, S. 194 f.

<sup>3</sup> Das 14. Jahrhundert gilt als Zeit des Umbruchs bei der Schriftsprache vom Lateinischen zum Deutschen. Die frühneuhochdeutsche Sprache wurde ab Mitte des 14. Jahrhunderts zunehmend dem Lateinischen ebenbürtig zur Seite gestellt. Adel und gehobenes Bürgertum wurden schriftkundig, konnten Deutsch lesen und schreiben. Der entsprechende Artikel im LexMa, Band 3, Spalten 763 ff. fasst den Forschungsstand kurz zusammen und verweist auf eine Fülle von Literatur zu diesem Thema. Was die Sprache in den Briefen des späteren Mittelalters anlangt, so führt Steinhausen, a.a.O., S. 10 ff., aus, dass die Formulierungen noch lange Zeit sehr schwerfällig waren. Nach der Durchsicht der rund 3000 Briefe, die die Basis dieser Arbeit bilden, kann diese Aussage nur bestätigt werden. Steinhausen kommt zu dem Schluss, dass ab dem 15. Jahrhundert fast nur noch auf Deutsch geschrieben wurde. Falls im Briefverkehr zwischen Menschen, die im Reich lebten, noch das Lateinische Verwendung fand, dann nur noch, wenn sehr starke Dialektunterschiede die Kommunikation erschwerten. Siehe Steinhausen, a.a.O., S. 25. Im internationalen Verkehr dominierte noch lange Zeit das Lateinische.

<sup>4</sup> Was die Wertigkeit der mündlichen Nachrichtenübermittlung angeht, so ist die Aussage zu treffen, dass mündliche Nachrichten oft mit Gerüchten gleichgesetzt wurden, deren Wahrheitsgehalt als nicht all zu groß eingestuft wurde. Diese Gerüchte wurden des öfteren auch als politische Kampfmittel eingesetzt. Für das fränkische Spätmittelalter ist Martin Bauer, Die „*gemin sag*“ im späteren Mittelalter. Studien zu einem Faktor mittelalterlicher Öffentlichkeit und seinem historischen Auskunftswert, Diss. Erlangen, 1981, dem nachgegangen. Er konzentriert sich allerdings auf die antikirchliche Propaganda im Vorfeld der Reformation, weswegen man seine Erkenntnisse mit dem hier behandelten Thema der Nachrichtenübermittlung nicht vergleichen kann.

Ist diese Aussage auch zu halten, wenn wir uns die Kommunikation ansehen, mit deren Hilfe Kurfürst Albrecht sich Informationen verschaffte? Dazu ist zu Beginn die Wertigkeit des Schriftlichen und Mündlichen bei Albrecht Achilles zu klären. Einen Hinweis darauf, wie der Fürst diese beiden Kommunikationsformen einschätzte, geben uns einige Briefe aus den ersten Tagen des Jahres 1471. In einem anscheinend verlorengegangenen Schreiben hatte Heinrich von Aufsess, der Hauptmann auf dem Gebirge, von Gerüchten erzählt, die besagten, Albrecht habe eine Änderung in der Regentschaft der fränkischen Fürstentümer angeordnet, nachdem er Ende Oktober nach Brandenburg aufgebrochen war. In seinem Antwortschreiben, dem wir die Kenntnis über den Vorgang verdanken, legte Albrecht klar, dass mündliche Äußerungen des Plassenbergers, des Amtmanns von Zwernitz, der offensichtlich diese Gerüchte in die Welt gesetzt hatte, unsinnig seien: *„Was inn der Plassenberger oder ander Lewt sagen, wo wir vnsern verlassen abschid hinder vns verenden, wir können es wol schreyben oder vnser treffentlich heimlichen rette einen mit einer Credencz vnd einem schriftlichen beuelhe schicken, daran man wol sehen wird, was unser meynung ist, vnd ob wir etwas endern wollen, dem nach mit bestellung alle ding lassen wir es bleyben, wir wir abgeschieden sind nach laut des Reces, und wollten das wir zu francken mit allen vnsern anstossern als wol eins wern ...“* <sup>(1)</sup>

Am 2. Januar 1472 sandte Albrecht auch den Räten und Statthaltern im untergebirgischen Fürstentum nach Ansbach ein Schreiben, in dem er sich ähnlich äußerte. Allerdings ergänzte er hier, dass er drei Bevollmächtigte geschickt habe, die auf die Bauten in den Städten ein wachsames Auge werfen sollten. <sup>(2)</sup> Ein Schreiben vom 10. Januar an den Amtmann von Ansbach bestätigte dann noch einmal, dass keine Änderungen im Regiment geplant seien. <sup>(3)</sup> Dass Albrecht dem mündlich verbreiteten Gerücht, er würde in Franken die Herrschaftsorganisation ändern, so nachdrücklich entgegentrat, lag sicherlich daran, dass er in seinem Stammland Ruhe bewahren wollte. Für unsere Fragestellung relevant ist aber, dass die Vorstellung verbreitet war, dass solch wichtige Entscheidungen auch mündlich hätten angeordnet werden können. In dieser Stelle kommt m. E. folglich ein hoher Stellenwert des Mündlichen zum Ausdruck. Es gilt zu untersuchen, ob sich diese Wertschätzung auch auf mündlich überlieferte Nachrichten übertrug.

Die Analysen der Nachrichten, die Albrecht Achilles zugingen, beschränken sich notgedrungen auf die schriftlich überlieferten Informationen, die in den Archiven und Quellensammlungen zu finden sind. Diese schriftlichen Quellen, in erster Linie, die an den Markgrafen und Kurfürsten gesandten Briefe, zeigen uns aber nur einen Ausschnitt der Realität. Eine sicherlich große Zahl von Informationen erreichte Albrecht auch durch mündliche Überlieferung. Wie groß dieser Anteil war, lässt sich natürlich nur vermuten, weil die Überlieferung dieser mündlichen Nachrichten weitgehend unterblieb. In einigen Dokumenten sind die überlieferten mündlichen Nachrichten allerdings sehr deutlich, ja sogar fast wörtlich auf uns gekommen, weshalb sie gut zu untersuchen sind und eine Antwort auf die Frage ermöglichen, wie wichtig die mündlichen Benachrichtigungen waren.

Bei der Durchsicht der Quellen in Archiven und Quellensammlungen wurden knapp 150 Textstellen in Briefen an Albrecht Achilles oder in Schreiben, die vom ihm ausgingen, entdeckt, die explizit aussagen, dass zusätzlich zu den schriftlichen Informationen, die das Schreiben enthielt, auch Nachrichten in mündlicher Form überbracht wurden, dass sogar der entscheidende Teil der Nachricht mündlich überliefert wurde, dass sich mündliche und schriftliche Nachrichten ergänzten oder sogar, dass ausschließlich Mündliches überliefert wurde. Bei insgesamt geschätzten 1500 Briefen, die Albrecht als Informationsschreiben erhielt, kommen wir also auf einen Anteil von immerhin bis zu 10 Prozent der Briefe, in denen auch von mündlichen Nachrichten die Rede ist.

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 47, fol. 11 r.; Burkhardt, Nr. 11, S. 18; Priebatsch 1, Nr. 269, S. 304.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 14 v.; Priebatsch 1, Nr. 270, S. 305 ff.; Burkhardt, Nr. 12, S. 22.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., fol. 17 v.; Priebatsch 1, Nr. 272, S. 309.

#### 4.1 Ausschließlich mündliche Nachrichten

In einer natürlich nur geringen Zahl von Fällen verweisen die schriftlichen Quellen auf Informationen, die ausschließlich nur mündlich geflossen waren. Wahrscheinlich am 4. Oktober 1470 schickte Albrecht je ein Schreiben an die Bischöfe von Lebus und Brandenburg mit der Bitte um Geld. Die Forderungen an die beiden Bistümer begründete er mit Informationen über die gute finanzielle Lage der Bischöfe, die ihm die Räte Absberg und Eyb mündlich überbracht hätten, so der Kurfürst in den Briefen. <sup>(1)</sup>

In einem der Schreiben vom 8. April 1471 bat er seinen Sohn Johann, dafür zu sorgen, dass die Räte Nickel Pfuhl und Albrecht Clitzing bis spätestens 28. April in Ansbach seien, um ihn über die augenblickliche Situation im Konflikt mit Pommern mündlich zu unterrichten. Er müsse spätestens am 29. April zum Reichstag nach Regensburg aufbrechen, wo er die Durchsetzung seiner Herrschaft im Herzogtum Pommern-Stettin weiter verfolgen wolle, so der Kurfürst. <sup>(2)</sup> Seine Verhandlungsstrategie in der für ihn wichtigen Frage sollte also ausschließlich auf aktuellen mündlichen Nachrichten basieren.

Ende Juli 1472 schrieb der fränkische Landkomtur des Deutschen Ordens, Melchior von Neuneck, an Albrecht, dass Sebastian von Seckendorf zu ihm kommen und ihm Genaueres über die Verhältnisse in Böhmen und Bayern mitteilen werde. *„Sebastian von Seckendorff bey dem bin ich am Mitwoch gewest, der weiß uwer gnade gestalt der louff, so sich Jetz erheben mit mynen herren zu Beyern vnd den Behemen, auch süst baß dann ich geschreyben kann zu unterrichten.“* <sup>(3)</sup>

Kurfürst Albrecht berichtete den Räten in Ansbach in seinem Antwortschreiben, dass er bereits von Hans Luft <sup>(4)</sup> mündliche Nachrichten aus Bayern bezüglich des Streites zwischen den bayerischen Herren erhalten habe. <sup>(5)</sup> Die Informationen über die Verhältnisse in den Herrschaften seiner Wittelsbacher Gegner flossen augenscheinlich ebenfalls in erster Linie auf mündlichem Weg.

Markgraf Johann schrieb mit Datum vom 12. Juli 1473 aus Cölln an seinen Vater und bestätigte in dem Schreiben, dass ihm Botschaften Albrechts durch Albrecht Clitzing und Oswald von Seckendorf zugegangen seien. Über den Inhalt erfahren wir allerdings nichts. <sup>(6)</sup>

Mit Schreiben vom 19. Oktober 1473 kündigte der märkische Kanzler Sesselmann Albrecht an, dass er den Kanzleischreiber und fürstlichen Vertrauten Johannes Vogel nach Ansbach schicken werde. Man möge ihn anhören und bald zurückschicken. <sup>(7)</sup> Zusätzlich, so wurde oben in Kapitel 2.3 schon gezeigt, gab es eine große Zahl von schriftlichen Nachrichten aus dieser Zeit, die von Brandenburg nach Ansbach geschickt wurden. Die mündliche Benachrichtigung des Fürsten war also nur eine zusätzliche Komponente.

Kaiser Friedrich III. schrieb Albrecht am 24. November 1473 aus Koblenz, dass er Informationen in der böhmisch-polnischen Angelegenheit habe und Hertnid von Stein beauftragt habe, diese ihm persönlich zu übermitteln. <sup>(8)</sup> Die heikle Frage, wie sich der Kaiser

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 90 f.; Priebatsch 1, Nr. 102 und 103, S. 186 f.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., Nr. 44, fol. 104 v.; Priebatsch 1, Nr. 160, S. 234.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 90 r.; Burkhardt, Nr. 117, S. 204; Priebatsch 1, Nr. 438, S. 432.

<sup>4</sup> Hans Luft diente Albrecht als Chef der Straßenpolizei und war damit für die Durchsetzung des für die Herrschaft wichtigen Geleitrechts verantwortlich. Auch als Truppenführer ist er nachweisbar und in zwei Fällen, dem hier angeführten Brief und einer Reise im Frühjahr 1470 nach München, auch als Informant tätig.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., Nr. 47, fol. 134 r.; Burkhardt, Nr. 139, S. 244; Priebatsch 1, Nr. 515, S. 473.

<sup>6</sup> Riedel, 2,5, Nr. 1947, S. 221 ff.; Priebatsch 1, Nr. 608, S. 525.

<sup>7</sup> Priebatsch 1, Nr. 714, S. 584. Erst aus einer Quelle, die uns für rund zweieinhalb Monate später überliefert ist, erfahren wir, welche Nachrichten Vogel überbracht hatte: *„Ich habe bey Johans Fogil, eueren gnaden mein gebrechlichkeit meins leibs, auch dorch mein schrift erzele lassen.“* Sesselmann hatte sein Rücktrittsgesuch, um das es bei Vogels mündlichem Bericht ging, später auch noch schriftlich eingereicht.

<sup>8</sup> STAN, A.R.T.A. Nr. 5, fol. 200 f.; Priebatsch 1, Nr. 737, S. 600 f. Albrecht war seit Wochen darum bemüht, ein Treffen des Kaisers mit der Gesandtschaft des böhmischen Königs Ladislaus zu ermöglichen. Der Kaiser

im böhmischen Thronstreit verhalten wolle, sollte, so ist zu vermuten, keinem Schriftstück anvertraut werden, um bei späteren Änderungen der politischen Strategie nicht auf die vorher vertretene Meinung festgelegt werden zu können.

Sehr deutlich sichtbar wird mündliche Berichterstattung auch bei den Berichten einer Gesandtschaft aus dem Jahr 1477. Im Frühjahr – das genaue Datum lässt sich leider nicht ermitteln – schickte Albrecht insgesamt fünf seiner Räte nach Prag um mit König Ladislaus Ehe- und Bündnispläne zu schmieden. <sup>(1)</sup> In einem Brief an den Böhmenkönig vom 8. Mai 1477, in dem Albrecht seine militärische Beteiligung an einer Offensive gegen Matthias von Ungarn offen verweigerte, weil er seinerseits Ladislaus' Unterstützung in Schlesien vermisste, zählte der Kurfürst die Namen von vier Räten auf, Philipp von Weinsberg, Wilhelm von Schwarzenberg, den Amtmann von Kitzingen, den Juristen Johann Pfofel und Hans von Thalheim, „... *die wir bei ewer koniglichen lieb gehabt haben und uvv heut, dato ditzs briefs, wider zu uns komen sind, unnd emboten hat ...*“ <sup>(2)</sup>

Es liegt nirgends ein schriftlicher Bericht aus Prag vor. Die vier Männer referierten, das zeigt auch die Wortwahl in dem Brief, wo von „entbieten“ die Rede ist, ihre Nachrichten nur mündlich.

Bedeutender wird die Quelle noch, wenn wir sehen, dass auch der fünfte Gesandte, der Theologe Liborius von Schlieben, mündlich Bericht erstattete: „*Als wir von unseren Reten bericht sein, so es nit gefridt oder gericht wird, das der krieg mit dem konig von vngern zu pfingsten angee, das ist von Sontag vber XIII tag (Albrechts Schreiben stammte vom Donnerstag nach dem Sonntag Cantate, dem vierten Sonntag nach Ostern; d. Verf.) des wir vns vorn uvv Georii (23. April; d. Verf.) nechst uervangen haben vnd unser Son in der Marck nit ander waisz, Ewer konigliche wird hab Im dann bey unserem Rate vnd lieben getrewen doctor liborius von Sliben anders verkundt. Auch so ist der frid zwischen vnserem Son in der Marck vnd hertzog hannsen vff Georii aufs gewesen, nachdem man vom tag on ends geschiden ist vnd ewer koniglich lieb weiteren handel zu haben nicht verwilligen wolt, als uch der von sliben den abschied dugentlich bericht hat.*“ <sup>(3)</sup>

Albrecht war also nicht nur selbst mündlich von den Räten informiert worden, sondern wusste auch genau, was Schlieben nach Cölln gemeldet hatte. Der Grund für Albrechts umfassenden Wissensstand findet sich in einer weiteren Textstelle, die belegt, dass Schlieben nach seinem Besuch in Cölln offensichtlich nach Ansbach kam. Denn es ist sehr wahrscheinlich, dass von Schlieben um die Zeit, als Albrecht nach Prag schrieb, in Ansbach war. „*Aber das wissen wir wol, das er am dritten tag auszreit, nach dem uns ewr koniglich lieb das durch den vitzthum ersucht*“, <sup>(4)</sup> so der Kurfürst. Er konnte ja nur deshalb die schnelle Reise von Schliebens zu weiteren Verhandlungen nach Prag garantieren, weil der Rat auch in seiner Nähe war.

Es handelte sich also um insgesamt drei mündliche Berichte, die Albrecht und seine Leute in Cölln über die Situation am Prager Hof in Kenntnis setzten. Schriftliche Informationen scheint es auch in diesem Fall überhaupt nicht gegeben zu haben.

Auch die Informationen im Vorfeld seiner dritten Reise in die Mark im Sommer 1478 erreichten Albrecht zu einem Teil nur mündlich, wie eine militärgeschichtliche Quelle beweist. Einem Mobilmachungs- und Aufmarschplan, mit dem Albrecht seinen Krieg gegen

wollte nicht zustimmen, weil er weiter zwischen den beiden böhmischen Könige lavieren wollte. Steins Mission dürfte damit im Zusammenhang gestanden haben.

<sup>1</sup> Näheres zu den politischen Umständen findet sich in der biographischen Skizze. Ladislaus war Anfang des Jahres von Kaiser Friedrich mit Böhmen belehnt worden und man hatte vereinbart, ihren gemeinsamen Gegner, Matthias von Ungarn, anzugreifen. Albrecht sollte als Mitstreiter gewonnen werden und rechnete sich dafür Chancen aus, seine kürzlich verwitwete Tochter Barbara mit Ladislaus verheiraten zu können. Ladislaus hatte in einem Schreiben Anfang des Jahres konkrete militärische Hilfszusagen gefordert. Siehe Kapitel 2.5.

<sup>2</sup> Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 76; Riedel 3,2, Nr. 164, S. 200; Priebatsch 2, Nr. 293, S. 303.

<sup>3</sup> Geheimes Staatsarchiv a.a.O., Riedel, a.a.O., S. 200 f.

<sup>4</sup> Geheimes Staatsarchiv a.a.O., Riedel, a.a.O., S. 200.

den schlesischen Widersacher Johann von Sagan plante, stellte er ein einleitendes Dokument voran, in dem Albrecht den brandenburgischen Landständen die Begründung für den Krieg gab und sie daran erinnerte, dass ein Landtag dem Feldzug zugestimmt habe. Unter anderem schreibt Albrecht dort: *„Unsere, des marggrafen Albrecht Antwort auf das Uns vo Unseren Rätthen und lieben getreuen des Bischofs von Brandenburg, des Abtes von Lehnin, des Ritters Nickel Pfuehl, des Baltasar von Schlieben und er zwei Ratsfreunde von Brandenburg und Berlin im Namen Unseres Sohnes des Marggrafen Johann, der prelaten, herren, mannen und stette vorgetragenen begehrs, lautet wie hierunter folgt: Unser Sohn, Marggraf Johan hat früher zu vns gesandt und Uns berichten lassen, dass seine Liebden, die Prälaten, herren und stette auf einem landtag einberufen ...“*<sup>(1)</sup> Aus den Worten „vorgetragen“ und „berichten“ ist zu schließen, dass es sich um eine mündliche Benachrichtigung an Albrecht handelte. Aufbauend auf diesen ihm nur mündlich zugetragenen Informationen entwickelte der Fürst seine Gegenargumentation.

Mit einem Brief vom 20. Dezember 1478, in dem Albrecht Maßnahmen der Räte in Ansbach guthieß, die diese zur Abwehr von drohenden Gefahren aus Böhmen getroffen hatten, erwähnte der Kurfürst auch, dass es Nachrichten aus Brandenburg gebe. Doch diese werde ihnen der zurückreisende Schneider Lichtenauer übermitteln.<sup>(2)</sup> Dass ein Schneider die Statthalter in einem mündlichen Vortrag zu informieren hatte, ist erstaunlich und wieder einmal ein Indiz dafür, dass Albrecht bei Informationsübertragungen oft sehr stark improvisierte.

In einem Schreiben an den Würzburger Landrichter Jörg von Siech beschwerte sich Albrecht am 27. Juli 1480, dass ein Untertan des Stifts markgräfliche Untertanen vor einem Würzburger Gericht verklagt habe. Seine Informationen, so Albrecht in dem Schreiben, habe er von einem Konrad Offner bekommen, der ihm das „erzählt“ habe, so die Formulierung.<sup>(3)</sup> Hier findet sich eine der wenigen mündlichen Informationen an Albrecht, die man als Gerücht bezeichnen könnte. Wie oben in Kapitel 2.4 schon gesehen erwies sich die Nachricht als authentisch und die Würzburger stellten auf Albrechts Intervention hin die gerichtliche Verfolgung des markgräflichen Untertanen ein.

Ein knappes halbes Jahr später finden wir wieder eine ausschließlich mündliche Benachrichtigung Albrechts. In einem Brief Albrechts an seinen Sohn Johann heißt es: *„Vaterliche Lieb vnd trew zuuor. Wir wissen, das Ir dem Meister Sand Johannes ordens gelihn habt das dorff Heinrichstorff, darumb er euch dreyhundert gulden zugeben versprochen hat, das ist mi vnserm gutem willen vnd volwort gescheen vnd lassen es dabei bleiben. Vns bericht aber Cort Slaberndorff, wie Beringer, der ausz dem Closter gelauffen ist, darnach sprech, auch sein bruder, hat derselb Beringer brief und Sigill, der mag sich halten wir konnen nit alle ding in gedechtnis haben, die da gehandelt sind. Das ist aber gewonheit, wem man angefell leyhet, der nymbt des brief. Dabey lassen wirs bleiben. Wir haben an vnserm abschide euch beuolhen, Cort Slaberndorff mit einem ampt doinnen zuuorsehen, der vns auch yetz hie gebeten hat euch zuschreiben ...“*<sup>(4)</sup>

Der letzte Satz des Zitates beweist, dass Kurt Slaberndorff, Hausvogt zu Cölln, persönlich in Ansbach war, um Albrecht über die Doppelleihe des Dorfes zu informieren. Mit Hilfe der mündlichen Information des Hausvogtes wurde die nicht haltbare Situation der Doppelbelehnung aufgedeckt und Albrecht, dem offensichtlich die Akten zu dem Fall aus Brandenburg ursprünglich nicht vorgelegen hatten, wurde auf ein Versäumnis aufmerksam gemacht, das er nun zu lösen versuchte.

<sup>1</sup> Geheimes Staatsarchiv, Mapp marchica. Publiziert ist der Text in den Kriegsgeschichtlichen Einzelschriften, Herausgegeben vom Großen Generalstab; Heft 3; Berlin, 1884. Die zitierte Stelle findet sich dort auf Seite 8. Das Auffinden dieser Quelle verdanke ich dem freundlichen Hinweis von Ulf Koppitz.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 459, S. 440.

<sup>3</sup> Priebatsch 2, Nr. 683, S. 631.

<sup>4</sup> Riedel 3,2, Nr. 209, S. 260 f.

Alles in allem beweisen schon diese wenigen Stellen, in denen Nachrichten analysiert wurden, die offensichtlich ausschließlich mündlich übermittelt worden waren, dass die nicht-schriftliche Kommunikation keine gänzlich unbedeutende Rolle spielte.

#### 4.2 Zusammenwirken von schriftlichen und mündlichen Nachrichten

Deutlicher wird dies noch, wenn man die Nachrichten betrachtet, in denen eine Kombination beider Übermittlungswege aufscheint. In der Mehrzahl der schriftlichen Quellen, die uns etwas über mündliche Berichterstattung überliefern, tauchen mündliche und schriftliche Nachrichten nebeneinander auf. Manchmal lässt sich sogar zeigen, dass die mündliche Komponente der Nachricht die wichtigere war.

Das erste Beispiel dafür findet sich im Jahr 1464. Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg besuchte im Herbst 1464 einen Reichstag in Nürnberg. Danach reiste er nach Cadolzburg und schickte seinem Bruder Albrecht am 8. November, einem Donnerstag, einen Brief von dort aus nach Ansbach. Er berichtete in diesem Schreiben, dass er mit den Nürnbergern verhandelt habe, dass diese auch weiterhin verhandeln wollten und er sie dazu für den kommenden Samstag oder Sonntag nach Ansbach gebeten habe. Weiterhin schrieb der Kurfürst an seinen Bruder: *„Als wir ewr libe bei Johannsen Spete den abschid des tages zu Nuremberg und auch von der von Nuremberg wegen zu entboten haben, zweifeln wir nicht, ewer libe sey des wol bericht.“*<sup>(1)</sup>

Die organisatorischen Informationen regelte Friedrich auf schriftlichem Wege, die inhaltlichen Themen hatte er bereits zuvor durch den vertrauten Rat Johannes Spet nach Ansbach übermitteln lassen. Sowohl das, was die Zollern mit den Nürnbergern direkt zu verhandeln hatten, als auch die allgemeinen Nachrichten vom Reichstag wurden Albrecht also mündlich mitgeteilt und nur das Prozedere der Verhandlungen war Gegenstand von schriftlichen Nachrichten.<sup>(2)</sup>

Nach dem Tod des letzten Herzogs von Pommern-Stettin im Jahre 1464 versuchte Brandenburg dieses Fürstentum an sich zu ziehen. Dazu bedurfte es auch der Hilfe des Kaisers und Albrecht Achilles wurde im Auftrag seines Bruders, wie oben schon mehrmals dargelegt, in dieser Richtung tätig. Unter anderem sandte er einen seiner Räte, Wenzel Reymann, Ansbacher Chorherr und Pfarrer in Cadolzburg, zu Verhandlungen und Erkundigungen an den kaiserlichen Hof. Mitte Dezember 1465 scheint er in Ansbach zurückgewesen zu sein und Albrecht sandte ihn mit einem Schreiben weiter nach Cölln. *„... den schicken wir hinein zu ewr liebe, uch gelegenheit vnd gestalt der Stettinischer sach zu vnderrichten.“*<sup>(3)</sup>

An schriftlichen Informationen enthielt der Brief nur noch Einschätzungen Albrechts über die Kosten, die mit der Erlangung des Lehnbriefes verbunden waren. Die eigentlichen Informationen vom Kaiserhof und damit die Kernaussagen sollte Reymann mündlich überbringen.

Nachrichten seines Bruders Friedrich über die Ungarnpolitik gelangten im Frühjahr 1469 durch den Rat Dr. Johann Stocker von Cölln nach Ansbach. Dabei handelte es sich, ausweislich eines Schreibens Friedrichs vom 12. Mai 1469, sowohl um schriftliche als auch um mündliche Nachrichten.<sup>(4)</sup> Wie sich die beiden Komponenten in diesem Bericht dargestellt haben, ist nicht nachweisbar, weil das Schreiben nicht erhalten ist.

<sup>1</sup> Riedel 3,3, Nr. 58, S. 68.

<sup>2</sup> Über das Thema der Verhandlungen zwischen Nürnberg und den Zollern gegen Ende des Jahre 1464 schweigen sich die Quellen aus.

<sup>3</sup> Riedel 2,5, Nr. 1836, S. 92 f.

<sup>4</sup> *„... als wir ewer libe geschreiben vnd auch vnser meynunge itzt by doctor Stocker zu entbotten haben des konings von vngern ...“* Quelle: Riedel 3,1, Nr. 82, S. 92.

Eine Mischung aus mündlichen und schriftlichen Berichten war Albrecht um die selbe Zeit auch aus Böhmen zugegangen. Ein Schreiben des königlichen Rates Gregor von Heimburg wurde durch mündliche Berichte von Ansbacher Räten, die gerade aus Prag zurückgekehrt waren, ergänzt und in einer Reihe von Punkten verifiziert. <sup>(1)</sup> Gerade die mündlichen Präzisierungen von kurzen, vielleicht unklaren schriftlichen Informationen und die zusätzlichen Hintergrundinformationen machten einen bedeutenden Teil dieser Nachricht aus und verdeutlichen wieder die große Wichtigkeit dieser Art der Übermittlung.

Auch in einem Schreiben an Kanzler Sesselmann, das ausweislich der Kanzleinotiz der Rat Nickel Pfuhl im Februar 1471 überbrachte, <sup>(2)</sup> findet sich das Zusammenspiel von Mündlichem und Schriftlichem. Albrecht gab zum einen schriftliche Anweisungen, wie die Finanzen des Kurfürstentums zu organisieren seien. Dann führte er in dem Schreiben aber weiter aus: „ ... *wie der stetinischen sachen halb sund wirt Herr Nickel pful unserem sone, euch und ander stathalter eigentlich berichten unser meynung.*“ <sup>(3)</sup>

Die Ansichten des Kurfürsten in Bezug auf das künftige Verhalten gegenüber dem regionalen Gegner Pommern wurden den Räten also nur mündlich überliefert. Da noch ein Waffenstillstand bis zum 25. August des Jahres ausgemacht und die Geheimhaltung der eigenen Pläne wichtig war, scheint der mündliche Teil der Nachricht der wichtigere gewesen zu sein.

Zwei Schreiben vom 6. August 1471, eines an Kanzler Sesselmann, das andere an das Ratskollegium in Cölln, erlauben ebenfalls eine Einschätzung des Mündlichen. Im allgemeinen Schreiben an die Räte heißt es: „ ... *und als ir schreibt der von Meckelburg wegen, den haben wir freuntschaft erzaigt und bringen ine mit, des sie uns billich dancken, als euch Albrecht Clitzing wol berichten wurdt.*“ <sup>(4)</sup> Im ergänzenden Schreiben an Kanzler Sesselmann berichtete Albrecht über diplomatische Erfolge in der Stettiner Angelegenheit auf dem Reichstag: „ ... *wie sich aller handel hier heldt, des wurdt euch Albrecht clintzing eygentlich berichten.*“ <sup>(5)</sup>

Sowohl die politischen Vorgaben, die beim Treffen mit den Mecklenburger Herzögen zu beachten waren, die als westliche Nachbarn der Herzöge von Pommern-Wolgast bei einer möglichen Auseinandersetzung eine wichtige Rolle spielen konnten, als auch die genaue Schilderung der diplomatischen Erfolge in der Pommernfrage sollte Albrecht Clitzing mündlich nach Brandenburg übermitteln. Clitzing reiste auch, wie aus der Kanzleinotiz eines der Schreiben, hervorgeht: „*bei herr Albr. Clinzcing hinein geschickt.*“ <sup>(6)</sup>

In einem Brief an Albrecht äußerte seine Tochter Ursula von Münsterberg am 27. Januar 1472 die Bitte, Räte nach Schlesien zu entsenden. Zusätzlich dazu schrieb die Tochter, die politisch immer im Einvernehmen mit ihrem Mann Heinrich von Münsterberg agierte, dass der Bote Mertein noch Neuigkeiten habe. „ ... *wollt dem glauben als wie selbs bey euer libe weren.*“ <sup>(7)</sup>

Diese Aussage belegt die überragende Wichtigkeit der mündlichen Nachricht besonders deutlich. Mertein wurde hier expressis verbis als Sprachrohr seiner Herrschaft vorgestellt.

Auch sehr deutlich wird die Wichtigkeit des Mündlichen bei der Berichterstattung der brandenburgischen Gesandten Lorenz von Schaumburg und Johannes Spet, die im Juni 1472 zu Verhandlungen mit Herzog Wilhelm III. von Sachsen-Weimar in Rosla waren. Sie

<sup>1</sup> Die mündlichen Nachrichten sind deshalb bekannt, weil Albrecht sie in einem Schreiben an seinen Bruder Friedrich vom 20. Mai 1469 erwähnte. Quelle: Riedel 3,1, Nr. 83, S. 94.

<sup>2</sup> Schreiben vom 31. Januar 1471. „*item herrn Nicklen Pfuhl sein die obgenannten brief alle bevohlen.*“ Quelle: STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 187 ff.; Priebatsch 1, Nr. 119, S. 200 f.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 97 a; Priebatsch 1, Nr. 123, S. 206. Mit einem Schreiben vom 17. Februar bestätigte Albrecht seinen Brandenburger Räten noch einmal, dass Pfuhl über Stettin Bescheid wisse. Quelle: STAN, a.a.O., Nr. 44, fol. 206; Priebatsch 1, Nr. 130, S. 211.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 122 r.; Priebatsch 1, Nr. 206, S. 266.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O., fol. 122 v.; Priebatsch 1, Nr. 207, S. 266.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., fol. 122 v.; Priebatsch 1, Nr. 210, S. 267.

<sup>7</sup> Priebatsch 1, Nr. 280, S. 315.

schrieben mit Datum vom 10. Juni von dort aus in einem Brief an Albrecht, in dem sie mitteilten, dass sie mit Wilhelm und dessen Räten verhandelt hätten, dass der Tag von Freiberg <sup>(1)</sup> auf den 25. Juni verschoben sei und man jetzt nach Zerbst reise. Es seien auch bereits Vorverhandlungen gelaufen, über die man dem Kurfürsten „... *eigentliche unterrichtung empfahen wirdet, so wir wider zu euren gnaden kommen.*“ <sup>(2)</sup>

Hier schrieben die Gesandten klar und unmissverständlich selbst, dass die „*eigentliche unterrichtung*“ mündlich erfolgen werde. Sie selbst stufen das Mündliche also als das wichtigere ein. Nur die organisatorischen Abläufe wurden dem Fürsten schriftlich mitgeteilt.

Und das untersuchte Dokument gibt uns noch eine weitere Information über mündliche Nachrichten. Die Räte schrieben nämlich noch, sie würden nach Zerbst zum Treffen mit Ungarn und Sachsen weiterreisen und sich dann sofort zu Albrecht „*umb underrichtung*“ begeben. <sup>(3)</sup> Die Information, wie es organisatorisch weiterging, wurde wieder schriftlich überbracht, die entscheidenden inhaltlichen Informationen sollten dann mündlich dargelegt werden.

Informationen vom böhmischen Landtag in Troppau im August 1473, in dem die beiden Thronprätendenten Ladislaus und Matthias einen Ausgleich suchten, gingen Albrecht durch ein nicht datiertes und nicht unterschriebenes Schreiben zu. Vermutlich ist Hans von Steinbach, ein böhmischer Adelige im Dienst König Ladislaus, der Autor. Der Brief ist sehr tendenziös und gibt die Schuld am Scheitern ausnahmslos der gegnerischen Seite. Ladislaus, so der anonyme Autor, werde aber weiter versuchen, mit den Anhängern des Matthias in Böhmen einen Ausgleich zu finden. Dann findet sich noch der für Albrecht wichtige Zusatz, dass ihm Jobst von Einsiedel weitere Einzelheiten melden werde. Dieser werde, so der anonyme Autor, mit den polnischen und böhmischen Räten zum Kaiser reisen und auch Albrecht aufsuchen. <sup>(4)</sup>

Die eigentlichen Nachrichten über den Verlauf des Tages, wahrscheinlich auch die politischen Einschätzungen aus Sicht des Ladislaus – Einsiedel ist ebenfalls Gefolgsmann des aus Polen stammenden Königs – gingen dem deutschen Fürsten also auf mündlichem Wege zu.

Im Vorfeld des Reichskrieges gegen Burgund verhandelte Kaiser Friedrich III. auch mit dem Erzfeind des Burgunderherzogs, König Ludwig XI. von Frankreich. Friedrich setzte auch die Fürsten von diesen Verhandlungen in Kenntnis und im Falle Albrechts war dazu der Ritter Michel von Schwarzenberg ausersehen. Friedrich schrieb Albrecht am 9. Oktober 1474 aus Würzburg, dass jener Schwarzenberg zu ihm kommen werde, um ihn mündlich zu informieren: „*Friedrich von gottes gnaden Römischer keiser zuallerzeiten merer des Reiches etc. Hochgeborener lieber oheim Churfürst und gevatter. Wir schicken zu euer lieb den edlen Herren von Schwarzenberg den haben wir etlicher sachen halb den kunig von Frannkreich berürende davon er etlich wissen hat und uns erst mit dir zu reden bevolhen als du von im bericht wirst ... .*“ <sup>(5)</sup> Die organisatorischen Abläufe erfuhr Albrecht, wie es fast schon die Regel gewesen zu sein scheint, im Brief, den entscheidenden Inhalt der Gespräche in Frankreich bekam er auf mündlichem Weg zugetragen.

<sup>1</sup> Verhandlungen sollten stattfinden zwischen den drei sächsischen Herzögen, Kurfürst Ernst, Herzog Albrecht und Herzog Wilhelm, sowie Kurfürst Albrecht.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 391, S. 402 f.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, a.a.O.

<sup>4</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. III, fol. 53; Priebatsch 1, Nr. 675, S. 567. Im Endeffekt stellte sich heraus, dass Einsiedel nicht reiste, sondern in Böhmen auf dem Troppauer Landtag blieb und Albrecht Achilles schriftlich über weitere Einzelheiten der Verhandlungen zwischen Matthias und Ladislaus in Kenntnis setzte. Es bleibt aber dabei, dass zumindest beabsichtigt war, dass die weiteren Informationen mündlich überbracht werden sollten.

<sup>5</sup> STAN, C 3, Nr. 236, Fasz. 1911 c, Fragmente die Beilegung der Gebrechen zwischen Kaiser und Frankreich berührend, fol. 1; Priebatsch 1, Nr. 934, S. 725.

Am 14. Februar 1475 berichtete der kaiserliche Rat Martin Heiden, der zu Bündnis-Verhandlungen mit Ludwig XI. <sup>(1)</sup> in Paris war, auch an Albrecht. Heiden richtete Grüße des französischen Monarchen aus, der auch Kriegsanstrengungen versprochen habe. Heyden schreibt: *„Gnedigster Her, eweren fürstlichen gnaden fug ich zu wissen das der kunig von frannkreich mit große lieb und treu gesagt und ein gros gefallen hat an e. g. arbeit und was so e. g. dem heiligen reich zu gut und dem herzoge von Burgundy zu widerstant redlich hat und thut. Ich kann auch aus vielem nit anders versteen dann das er ein sunder neigung und gefallen zu euren gnaden hab ... das mein sinn so ist der will in ime fast gut gein unsern herrn dem keiser und das kurfürsten und fürsten den herzogen von Burgundy als in tun mag als das e.g. von grave Schaffried von Leyningen furder berichtet werdet. Ich reyrt mit des kunigs reten zum herzogen von lotharingen und was mir daselbst begegnet will ich e. g. nit enthalten ... .“* <sup>(2)</sup> Wieder haben wir es mit dem oben beschriebenen System zu tun: organisatorische Nachrichten schriftlich, inhaltliche Informationen mündlich.

Zu Bündnisverhandlungen mit den Sachsenherzögen, die im Kampf um das Glogauer Erbe gewonnen werden sollten, war der Propst von Berlin, Erasmus Brandenburg, im November 1477 nach Dresden gereist. <sup>(3)</sup> Mit Datum vom 29. November schrieb Erasmus aus Dresden an Markgraf Johann nach Cölln, dass er anbei eine Abschrift der Werbung <sup>(4)</sup> an die Sachsenherzöge schicke. Wenn er wieder in Berlin sei, werde er ihn genauer informieren. <sup>(5)</sup> Der schriftliche Bericht <sup>(6)</sup> führt dann aus, dass der Propst die brandenburgischen Räte Sesselmann und Georg von Waldenfels entschuldigt habe, dass der Gegner Johann von Sagan den beschworenen Frieden gebrochen, Frankfurt an der Oder und Crossen angegriffen und sogar den Bürgermeister dieser Stadt gefangengenommen habe. Da der Herzog von Sagan nun auch Brandenburg direkt angegriffen habe, habe er Sachsen um militärischen Beistand gebeten. Auch sollten die Herzöge eigene Untertanen von Hilfeleistungen für Johann von Sagan abhalten.

Bis dahin referierte der Propst nur seine eigenen Darlegungen, die Johann von Brandenburg kennen musste, da er sie selbst hatte formulieren lassen. Erst zu Ende des Berichts kam Erasmus auf die Antworten der Sachsenherzöge zu sprechen. Man erinnere sich sehr wohl an die Hilfszusage an die Brandenburger, doch dann habe man mit Johann von Sagan, wenn auch erfolglos, verhandelt und könne jetzt nicht mehr an der Fehde teilnehmen, so deren von Brandenburg wiedergegebene Aussage. Man werde aber die eigenen Untertanen von der Unterstützung Sagens abhalten, so die vom Propst zusammengefasste Position des Hauses Wettin.

Die schriftliche Nachricht bestand also im Prinzip darin, dass die Sachsen ihre Bündniszusage brachen und bestenfalls dafür sorgten, dass sich ihre Untertanen neutral verhielten. Wenn Erasmus nun ankündigte, dass die genauere Unterrichtung folge, wenn er zurück sei, so musste es sich dabei wohl um die natürlich entscheidenden Hintergründe der sächsischen Weigerung handeln, den Brandenburgern beizustehen. Denn die Aussage, dass man nicht

<sup>1</sup> Zur Rolle des französischen Königs in dieser Phase der Auseinandersetzungen siehe u.a. Werner Paravicini, *Das Ende des Hauses Burgund*, a.a.O., und besonders Jean-Marie Cauchies; *Louis XI et Charles le Hardi. De Péronne à Nancy; 1468 –1477*; Brüssel, 1996.

<sup>2</sup> STAN, C. 3, Nr. 237 I, fol. 132; Priebatsch 2, Nr. 45, S. 102.

<sup>3</sup> Die Wettiner waren ebenfalls in Schlesien engagiert. Sie hatten dem späteren Widersacher der Brandenburger, dem Herzog Johann von Sagan, dessen Stammland in Schlesien abgekauft und dort selbst die Herrschaft übernommen. Das bedeutete, dass Sachsen zum einen ähnliche Interessen wie Brandenburg hatte, aber auch als Konkurrent zu betrachten war. Literatur: Priebatsch, *Glogauer Erbfolgekrieg*, a.a.O. Siehe auch Kapitel 2.5.

<sup>4</sup> Der Begriff „gewerbe“ oder „werbung“ steht in den frühneuhochdeutschen Quellen des 15. Jahrhunderts für die Bedeutung „ausrichten“ und „vorbringen“. Götzes *frühneuhochdeutsches Glossar*, 7. Auflage, Berlin 1967, S. 227, führt folgende mögliche Bedeutungen für das Verb „werben“ auf: erwerben, durchsetzen, ins Werk setzen, vorbringen und in der Sonderform „etwas an einen werben“ = ausrichten.

<sup>5</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 2 r.; Priebatsch 2, Nr. 335, S. 332 f.

<sup>6</sup> Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 39; Priebatsch 2, Nr. 335, S. 332 f. Siehe oben Kapitel 2.4.

mehr kämpfen könne, weil man schon einmal geredet habe, konnte niemandem glaubhaft erscheinen.

Der Propst reiste wohl von Dresden aus direkt weiter nach Prag, um dort bei König Ladislaus um Hilfe zu bitten. Von dort gibt es einen Bericht vom ihm, der aussagt, dass er am 6. Dezember am Prager Hof eingetroffen sei, so dass ein Umweg über Cölln kaum wahrscheinlich ist. Obwohl er die mündlichen Erklärungen versprochen hatte, reiste Brandenburg erst noch zu einem zweiten Verhandlungstermin. Hier zeigt sich dann auch eine der Schwächen der mündlichen Botschaft. Sie war nicht verfügbar, bevor der Gesandte nicht zurück war.

Die Ausdehnungspolitik der Wettiner im Raum zwischen Sachsen und Brandenburg, die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre das bis dahin sehr gute Verhältnis zwischen den beiden Kurhäusern belastete, zielte auch auf das Bistum Halberstadt. <sup>(1)</sup> Um dem entgegen zu wirken, suchte Albrecht nach Dokumenten, die den Einfluss Brandenburgs auf dieses Bistum bewiesen. Unter anderem vermutete er Dokumente in Prag, die Kaiser Karl IV. in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Brandenburg gesammelt haben könnte. Albrechts Schwiegersohn Heinrich von Münsterberg schrieb in einem Brief vom 13. März 1476, dass Albrecht durch Sixtus Seckendorf mündlich nach einem Untertänigkeitsbrief des Bischofs von Halberstadt gefragt habe. Falls in diesem Schreiben etwas Nützliches für die Markgrafschaft Brandenburg stünde, werde er es dem Kurfürsten zuschicken. <sup>(2)</sup>

Zusätzlich zu dieser mündlichen Anfrage stoßen wir im Briefverkehr zwischen Albrecht und Münsterberg aus diesen Tagen noch auf eine weitere wichtige Einschätzung des Mündlichen. In einem beigelegten Zettel zu seinem Antwortschreiben vom 1. April monierte der Kurfürst, dass ihm der Untertänigkeitsbrief des Bischofs von Halberstadt aus dem 14. Jahrhundert entgegen des Versprechens noch immer nicht zugeschickt sei: *„Lieber sone. Als uns euer lieb geschriben hat des bischofs von Halberstat halben emoln und auch itzund, haben wir uns in nutzlicher fruntlicher meynung verstanden und han deshalb euer lieb vormals auch lassen schreiben und befremdt uns, das uch der brief nicht zukommen ist. Aber wie dem allem, so bitten wir euer lieb gar fruntlich, ir wollet uns solchen brief zum furderlichsten zuschicken. Wollen wir in aller fruntschaft verdinen.“* <sup>(3)</sup>

Die erste Anfrage nach dem Untertänigkeitsbrief, so ist dieser Textstelle zu entnehmen, erging offensichtlich schriftlich. Erst nachdem keine Reaktion aus Böhmen erfolgte – sei es, weil der Brief wirklich nicht ankam, sei es, weil Münsterberg das Schreiben nicht beschaffen konnte oder wollte – hakte Albrecht durch eine mündliche Nachfrage nach. Er bekam dann die Reaktion von Münsterberg, dass die Anfrage diesmal angekommen sei und er tätig werden wolle. Doch Albrecht ging auf Nummer sicher und forderte das Dokument erneut an, diesmal wieder in schriftlicher Form. Trotz der offensichtlichen Tatsache, dass sich die mündliche Nachrichtenübermittlung in diesem Fall als die zuverlässigere Form herausgestellt hatte, ließ Albrecht also noch eine schriftliche Mahnung hinterher senden und kombinierte so Mündliches und Schriftliches.

Ein Schreiben Markgraf Johanns an Albrecht im Juni 1478 aus Prenzlau in der Uckermark lässt ebenfalls auf eine sehr wichtige mündliche Nachricht schließen. Der Markgraf unterrichtete seinen Vater, dass der Kastner Lorenz Mulbach bei Heinrich von Münsterberg gewesen und nun zurückgekehrt sei. Johann schreibt dann weiter: *„Hochgeborener fürst, lieber herr und vatter. lorenz mulbach ist zu uns komen unde hat uns etlich gewerbe von dem hochgeborenen fursten unsern Schwager hertzoze Heinrichen von Munsterberg bericht und*

<sup>1</sup> Ernst von Magdeburg wurde von seinem Vater im Jahre 1479 auch auf den Bischofsstuhl dieser Stadt gebracht. Genaueres bei Kretschmar, a.a.O. Zur Rolle des Erzbischofs Ernst von Magdeburg siehe ADB, Band, 4, S. 291 ff., NDB, Band 4, S. 615 f. Dort findet sich auch einige weiterführende Literatur.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 279, S. 291 ff. Dieses Vorgang ist bereits mehrmals in der Arbeit analysiert, weswegen er hier nur noch einmal kurz angerissen wird.

<sup>3</sup> Priebatsch, a.a.O.

*saget wie Im von dem selben unserm schwager befehl gegeben sey solich gewerb ewer lieb auch zu entdecken deshalben er sich denn ytzundt zu ewr lieb fugen als ewr lieb von im wol vernemen wirt uns domit ewer lieb als unserm lieben herren und vtter befehlende ...“* <sup>(1)</sup>

Der Kastner <sup>(2)</sup> kam von Münsterberg mit mündlichen Nachrichten, „gewerbe“, die er auf Wunsch des schlesischen Herzogs persönlich in Ansbach ausrichten sollte. Dass Mulbach überhaupt mit Verhandlungen in Böhmen und Schlesien befasst war, lag an seiner engen Beziehung zu Markgraf Johann. <sup>(3)</sup> Wer die Initiative unternommen hatte, den Kastner zu schicken, Johann oder Heinrich von Münsterberg, ist nicht zu klären.

Das zweite Indiz, dass es sich um eine mündliche Nachricht handelte, ist nicht so sehr die Tatsache, dass kein Schreiben Münsterbergs vorhanden ist. Es gingen viele Dokumente verloren. Doch im Hauptbrief, mit dem Johann seinem Vater die Ankunft des Kastners mitteilte, fehlt jeder Hinweis auf ein Schreiben. Es hätte aber dem Usus entsprochen, beigelegte Schreiben im Hauptbrief zu erwähnen.

Der schriftliche Teil der Information, der auf einem beigelegten Zettel aufgeschrieben war, bestand nur aus der Schilderung eines Gefechtes zwischen brandenburgischen und pommerschen Truppen, das für die Märkischen vorteilhaft verlaufen war. Die mündliche Nachricht war wieder einmal der mit Abstand wichtigere Teil der Information. Mulbach hatte nicht nur Johann in Cölln mündlich informiert, er reiste auch nach Ansbach und setzte dort den Kurfürsten durch einen persönlichen Vortrag ins Bild.

Eine sehr wichtige Rolle spielte die mündliche Komponente der Informationen auch in einer Nachricht, die der Kurfürst im Sommer 1479 erhielt. Stefan von Kehlheim <sup>(4)</sup> schrieb Albrecht am 19. Juni, dass der König von England Albrecht ein Ehebündnis vorschlage. Markgraf Sigmund dürfe sich eine Tochter oder eine Nichte des englischen Monarchen aussuchen. Einen entsprechenden Brief Eduards V. an Albrecht werde er, Stefan, mitbringen. Im übrigen habe auch Herzog Maximilian seine volle Unterstützung zugesagt. Wenn er zu Albrecht komme, werde er ihm genaueres berichten. <sup>(5)</sup>

Die Idee des angeblichen Heiratspaktes ist sonst in den Quellen nicht zu finden, so dass eine Wertung des Schreibens schwierig ist. Ritter Stefan von Kehlheim war ein Mann Maximilians, der bei seinen Kämpfen um das burgundische Erbe gegen König Ludwig XI. von Frankreich in England und auch bei den Reichsfürsten Verbündete suchte. Ein Heiratsbündnis zwischen König Eduard V. und Kurfürst Albrecht Achilles hätte auch für ihn Vorteile gehabt, so dass er als treibende Kraft hinter dem Plan zu vermuten ist. <sup>(6)</sup> Da es sich offensichtlich um einen neuen und vermutlich noch nicht ausgegorenen Plan handelte, sollten wohl die Einzelheiten noch nicht schriftlich fixiert werden. Nur die unumgängliche Angabe, über was der Gesandte sprechen wollte, musste schriftlich erfolgen, um sie durch einen Boten schnell vorausschicken zu können und es Albrecht dadurch ermöglichen, sich auf die Gespräche vorzubereiten.

<sup>1</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 31; Priebatsch 2, Nr. 406, S. 398.

<sup>2</sup> Als Kastner – im Wortsinne derjenige, der für den Kasten verantwortlich war, in dem das Getreide lagerte – war er für die Verwaltung der Besitzungen zuständig, die der Markgraf im Eigenbesitz hatte. Später entwickelten sich aus diesen Gütern die kurfürstlichen Domänen, die ein wichtiges Standbein der Herrschaft der Landesherrn in Brandenburg waren.

<sup>3</sup> Markgraf Johanns Kastner Mulbach war noch ein weiteres Mal als mündlicher Berichterstatter im Einsatz. Zu Beginn des Jahres 1478 war er mit einer Botschaft zu König Matthias von Ungarn gesandt worden. Quelle: Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 48; Priebatsch 2, Nr. 360, S. 353.

<sup>4</sup> Der Ritter stand damals in Diensten des Herzogs Sigmund, des Grafen von Tirol. Später gehörte er zum Umfeld Kaiser Maximilians.

<sup>5</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. I, fol. 45; Priebatsch 2, Nr. 575, S. 537.

<sup>6</sup> Burgund, dessen Erbe Maximilian war, hatte immer wieder die Zusammenarbeit mit England gesucht, um gegen den gemeinsamen Gegner, den König von Frankreich, vorzugehen. Herzog Karl der Kühne war in zweiter Ehe sogar mit einer Schwester des englischen Königs, Margarete von York, verheiratet gewesen.

Ein Nebeneinander von mündlicher und schriftlicher Information findet sich auch in einem Dokument vom 26. September 1479. Albrecht schrieb aus Markt-Erlbach (<sup>1</sup>) einen Brief an den Landvogt der Neumark (<sup>2</sup>), Christoph von Polenz, in dem er den Eingang einer Nachricht des Vogtes bestätigte und deren Inhalt teilweise referierte. Es drehte sich um einen Streit zwischen dem Bischof von Cammin, Ludwig von Eberstein, und einer Familie von der Osten. Der Bischof hatte sich über Polenz an Albrecht gewandt, obwohl es bereits einen Urteilsspruch des zuständigen Pommernherzogs Bogislaw X. gab. Polenz war die Sache so wichtig – schließlich lagen die letzten militärischen Auseinandersetzungen mit den Pommern erst ein Jahr zurück –, dass er den Hofbeamten Duser (oder Tuser) Brech (<sup>3</sup>) mit dem Schreiben des Bischofs und eigenen Ausführungen zu Albrecht schickte. Darüber hinaus schien Duser auch mündlich Meldung gemacht zu haben. In Albrechts Antwortschreiben ist nämlich zu lesen: „*Der Tuser sagt uns auch, wie unser schwager ein abschrift solt haben hören lassen.*“ (<sup>4</sup>) Diese mündliche Nachricht kommentierte Albrecht mit der Aussage, dass von seiner Seite nie ein Schriftstück ausgestellt worden sei, man der Sache aber nachgehe. (<sup>5</sup>) Entscheidend ist, dass das Problem so ernst genommen wurde und dass mit dem Verwaltungsbeamten ein Bote geschickt wurde, der die Fähigkeit und das Wissen hatte, einen Teil der Information, der der wichtigen Ergänzung der schriftlichen Nachrichten diene, mündlich darlegen zu können.

Kanzler Friedrich Sesselmann übermittelte Kurfürst Albrecht und Markgraf Johann, der sich im Herbst 1479 ebenfalls in Franken aufhielt, (<sup>6</sup>) eine Reihe von sehr wichtigen Nachrichten aus der Mark. Er stellte dem Brief sogar ein Inhaltsverzeichnis voran: „... *mein schrift und die bevelhung doctors Szerers und Vogels in yrem abschide hir, angezeigt klerlich, weiß in den sachen der gefangen und reuberey in der Prignicz dieselben zeit gescheen.*“ (<sup>7</sup>)

Doktor Zerer und der Albrechts Sekretär Johann Vogel waren auf einer der vielen Gesandtschaftsreisen brandenburgischer Diplomaten nach Ungarn unterwegs und reisten über Ansbach nach Südosteuropa. Dabei überbrachten sie den vorliegenden Brief und sollten nach Sesselmanns Meinung in Ansbach die Fürsten persönlich und detailliert über die Situation in Brandenburg in Kenntnis setzen. Die beiden Übermittlungsformen ergänzten sich wieder. Die Basisinformationen schickte Sesselmann in schriftlicher Form, das umfassende und für Albrecht sicher besonders wichtige Hintergrundwissen wurde hingegen mündlich weitergetragen.

Albrecht hatte Hertnid von Stein im Herbst 1479 zu Kaiser Friedrich III. nach Graz geschickt. Hauptzweck der Reise war es wohl, auszuloten, ob ein geplanter Reichstag stattfinden würde, der die Vorbereitungen für einen Kreuzzug gegen die Türken hätten organisieren können. Stein teilte seinem fürstlichen Auftraggeber in einem Brief vom 5. Dezember 1479 aus Graz mit, dass der Kaiser keine große Neigung verspüre, einen Reichstag einzuberufen und vor allem nicht, diesen selbst zu besuchen. Die Antwort, die der Kaiser für ihn habe, werde ihm Sigmund von Pappenheim mündlichen mitteilen. (<sup>8</sup>) Wieder erfuhr Albrecht eine grobe

<sup>1</sup> Ort in der Nähe von Albrechts Nebenresidenz Neustadt an der Aisch.

<sup>2</sup> Die Neumark war Mitte der 60er Jahre von Albrechts Vorgänger Friedrich II. wieder für Brandenburg gewonnen worden. Siehe ausführlich in Kapitel 2.3.

<sup>3</sup> Duser Brech taucht auch im Hofpersonalverzeichnis von 1470 als Einrösser auf. Quelle: Riedel 3, 2, Nr. 94, S. 127: „*I pferd duser wrech*“, erscheint in einem Schreiben vom 5. Juli 1473 als Jungmann, Quelle: Riedel, a.a.O., Nr. 101, S. 134 „*ist nymant van Juwen mannen hir, den ... Duser Wrech ...*“ und wird für das Jahr 1479 als Hofmeister von Soldin geführt. Quelle: Riedel 1, 18, Nr. 80, S. 494 f. Diese Quelle vom 17. Januar 1479 belegt die Übertragung des Hofmeisteramtes von Soldin an Duser und dessen Bruder Jürgen. Es handelt sich bei Duser Brech also um einen Beamten der mittleren Hierarchiestufe.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 56 v.; Priebatsch 2, Nr. 604, S. 558 f.

<sup>5</sup> Zu den Hintergründen des Falls siehe Kapitel 2.4.

<sup>6</sup> Johann begleitete seinen Vater im Spätsommer 1479, als dieser von der Mark aus zurück nach Franken reiste. Schon im Herbst musste der Erbprinz aber wieder zurück in sein ungeliebtes Fürstentum reisen.

<sup>7</sup> STAN, A.A., Nr. 768, Fasz. II, fol. 57; Priebatsch 2, Nr. 614, S. 563 f.

<sup>8</sup> STAN, C 3, Nr. 267, fol. 98; Priebatsch 2, Nr. 624, S. 570 f.

Zusammenfassung in schriftlicher Form, die eigentliche Antwort kam aber durch einen Gesandten, der ihn dann mündlich unterrichtete.

Nachrichten über die Situation in Schlesien überbrachte im Sommer 1481 Sigmund von Rotemberg, der Landvogt der Lausitz, von Ansbach nach Cölln. Albrecht kündigte den Vogt in einem Schreiben an Markgraf Johann vom 22. Juni 1481 an. Darin wurde angedeutet, dass es Gespräche mit dem ungarischen Statthalter Schlesiens, Georg von Stein, gegeben habe. Dann heißt es aber weiter: „*Sigmundt Rotemberg wird euch aller ding berichten wie das anbringen wurd die mit Jorgen von Stein gewesen ist.*“<sup>(1)</sup>

Ein Nebeneinander von mündlichen und schriftlichen Nachrichten ist auch dem Briefverkehr zwischen den württembergischen Grafen und Albrecht vom Dezember 1482 bis Januar 1483 zu entnehmen, in dem es zum einen um die Sicherung der Erb- und Versorgungsansprüche von Albrechts Tochter Else, Ehefrau des Grafen Eberhard VI. von Württemberg-Stuttgart, ging.<sup>(2)</sup> Doch darüber hinaus wurden weitere wichtige Informationen zwischen Württemberg und Franken ausgetauscht, die teils schriftlich, teils mündlich über die Gesandten übermittelt wurden. So berichteten die Württemberger Grafen, dass sie ab sofort gemeinsam regieren würden: „*... durch rat unser prelaten, ritterschaft und landschaft haben wir unser baiden land und lut zusamen geworfen und getön, also das wir furo ein wesen und ein regiment by und mit ainander haben werden. Mehr berichten die rete, die zu weihnachten komen.*“<sup>(3)</sup>

Die Tatsache, dass die beiden seit 1419 getrennten Württemberger Linien ab sofort die Grafschaft Württemberg wieder gemeinsam regieren wollten, ist insofern sehr wichtig für Albrecht, weil er zu den beiden Linien bisher sehr unterschiedliche Beziehungen hatte. Während sie zu Württemberg-Stuttgart sehr gut und eng waren und in einem Verwandtschaftsverhältnis gipfelten, müssen die Kontakte zu Württemberg-Urach eher als frostig bezeichnet werden. Den mündlichen Nachrichten der Gesandten, die die Einzelheiten der Übereinkunft, die als Münsinger Vertrag bezeichnet wird, mitteilten, kam also eine eminent große Bedeutung zu. Die dürftigen schriftlichen Informationen, die allerdings die im Münsinger Vertrag festgelegte starke Stellung der Stände in Württemberg zumindest andeuteten, fielen dagegen deutlich ab.<sup>(4)</sup>

Nicht immer ist es klar zu sagen, welche Komponente – die schriftliche oder die mündliche – den wichtigeren Nachrichteninhalt lieferte. Oft standen die beiden Formen nebeneinander und die jeweiligen Stärken des mündlichen und des schriftlichen Nachrichtenverkehrs ergänzten sich oft sehr planvoll.

Am 21. November 1474 informierte Ludwig von Eyb seinen Herrn in einem Schreiben vom kaiserlichen Hof, der zu der Zeit in Würzburg weilte: „*Gnediger her. Als ich gen Wurczburg kumen bin, erkunt ich mich ee ich zu dem keisser kam, was seiner gnaden meinung, die er euren gnaden bey meinem sune und Heinczen Sewbot hinauf zu werben bevolhen het. Da ich die sach, des keisers halben, seines auszyens richtig fand, stelt ich mein werbung darnach, dye dem keiser gesellich was, das euer gnad in seinen sachen so vleissig und sorgfeltig wert und sagt mir, er het euren gnaden geschriben und bey meinem sone, auch Heinczen Sewbot zu wissen gethan, das er auf mitwogen nechst on alle verhinderung sich erheben und auf freitag*

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 109; Priebatsch 3, Nr. 758, S. 69. Obwohl hier Markgraf Johann der Informierte ist und nicht Albrecht, ist diese Quelle in die Untersuchung mit einbezogen worden, weil das Regierungshandeln Albrechts ja auch darauf ausgerichtet sein musste, seine wichtigsten Mitarbeiter – und der Kurprinz und Statthalter gehörte natürlich dazu – informiert zu halten, damit sie handeln konnten.

<sup>2</sup> Elisabeth oder Else von Brandenburg lebte als Ehefrau des für die Herrschaft gänzlich ungeeigneten Grafen Eberhard, dem späteren Herzog Eberhard II., sehr unglücklich in Württemberg. Es gelang ihr und Albrecht Achilles allerdings zumindest das Wittum, zum Beispiel die Stadt Nürtingen, zu sichern.

<sup>3</sup> Priebatsch 3, Nr. 926, S. 232 f. Die Räte reisten auch wirklich, wie eine Credenz für sie vom 20. Dezember 1482 beweist. Quelle: Priebatsch 3, a.a.O.

<sup>4</sup> Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Zweiter Band. Die Territorien im Alten Reich. Stuttgart, 1995; S. 55 – 66.

zu Franckfurt zu sein, das euer gnad auch nicht lenger verzug und auf mitwog euch von haus aus erhübt.“<sup>(1)</sup> Der Kaiser ließ mündliche und schriftliche Nachrichten an Albrecht überbringen. Der mündliche Teil, den Eyb sich noch einmal bestätigen ließ und dann schriftlich weiterleitete, war der Reiseplan des Kaisers, der für den politischen Fortgang des Feldzuges natürlich von großer Bedeutung war. Beide Übertragungsarten ergänzten sich. Der schriftliche Teil sicherte die Authentizität, der mündliche Beitrag konzentrierte sich auf die Wiedergabe der brisanteren Angelegenheiten.

Eine andere Form der Ergänzung von Mündlichkeit und Schriftlichkeit findet sich ebenfalls in einer Reihe von Quellen: Schriftliche Kurzinformationen wurden durch einen schnellen Eilboten zugestellt, die ausführlichen mündlichen Hintergrundberichte folgten dann, wenn der Gesandte zurückkam.

Ein sehr gutes Beispiel für dieses Vorgehen findet sich für das Jahr 1478. Mit einem Eilboten unterrichtete Johann im April seinen Vater vom Fall der Städte Gartz und Vierraden in der Uckermark, die Handstreich der Herzöge von Pommern zum Opfer gefallen waren. Danach sandte Johann noch einen ausführlichen Bericht über die militärische und politische Lage, sowie über bereits eingeleitete diplomatische Gegenaktionen.<sup>(2)</sup> Zusätzlich dazu wurde, so ist dem Schreiben zu entnehmen, noch Propst Erasmus von Brandenburg auf die Reise geschickt. Er sollte auf dem Ritt nach Süden den verbündeten Herzog Wilhelm III., den zukünftigen Schwiegervater Johanns, informieren und dann auch zu Albrecht kommen. Der Brief berichtet noch von einem zweiten Informationsgegenstand: „... auch den handel den der von Zollr zu Hungern gehabt hat ewre lieb zu verkünden ...“. <sup>(3)</sup> Der brandenburgische Rat hatte also einen umfassenden Auftrag zu mündlicher Berichterstattung erhalten, während die Basisinformationen schon vorher zu Albrecht geschickt worden waren.

Wieder war es Propst Erasmus von Brandenburg, der im Juni 1478, diesmal zusammen mit dem Bamberger Domkapitular und Albrecht-Vertrauten Hertnid von Stein, mit Sachsen verhandelte. Die beiden Diplomaten sollten bei den Wettinern das Durchmarschrecht fränkischer Truppen nach Brandenburg erwirken.<sup>(4)</sup> In einem Schreiben mit Datum vom 13. Juni 1478 aus Berlin teilte der Propst Albrecht im wesentlichen mit, dass Erzbischof Ernst von Magdeburg erst das Domkapitel fragen wolle, bevor er eine Antwort in der Frage des Durchmarschrechtes geben könne. Weiter heißt es dann: „... mir hat ouch der techant von Bamberg, ... gesagt, er welle e.g. under augen reiten, des e. g. ouch berichten.“<sup>(5)</sup>

Zwei Gesandte waren also bei den Wettinern gewesen. Der Propst reiste zurück nach Cölln, um dort den Markgrafen Johann und die brandenburgischen Räte zu informieren. Hertnid von Stein hatte die Aufgabe, den Kurfürsten über die Ergebnisse der Verhandlungen in Kenntnis zu setzen. Die schriftliche Information, die vorab erfolgte, diente wieder der schnellen Kurzunterrichtung, die ausführliche mündliche Benachrichtigung folgte später nach. Mit einem ausführlichen, mündlichen Bericht glaubte man vielleicht die Stimmung am Magdeburger Hof und die politische Ausrichtung der gesamten Wettiner Fürstentümer besser darstellen zu können.

Auch die Informationen über die Beziehungen zwischen Brandenburg und Ungarn zeichneten sich durch eine Mischung aus mündlicher und schriftlicher Form aus. Anfang des Jahres 1478 schickte König Matthias den Adeligen Jan von Mila mit einer Credenz nach Ansbach, um seine Position in der Glogauer Frage darzulegen.<sup>(6)</sup>

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 996, S. 762.

<sup>2</sup> STAN, A. A., Nr. 768 Fasz. II, fol. 71; Priebatsch 2, Nr. 391, S. 378 f.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O.

<sup>4</sup> Siehe Kapitel 2.4.

<sup>5</sup> STAN, A.A. 768 II, 27; Priebatsch 2, Nr. 410, S. 399.

<sup>6</sup> Dies wird klar durch Albrechts Antwortbrief an Matthias mit Datum vom 21. Februar 1478, in dem der Kurfürst die Credenz des Gesandten bestätigte. Quelle: Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2, fol. 51; Priebatsch 2, Nr. 361, S. 354.

Die Antwort an Matthias erfolgte schriftlich. <sup>(1)</sup> Albrecht referierte in dem mehrseitigen Schreiben alles das, was Mila mündlich vorgetragen hatte und gab dem König die Antwort schriftlich, was Auszüge belegen sollen: „*Als du von der koniglichen wirde wegen im Anfang sein lieb vnd frundschaft vns gesagt hast, haben wir vermerckt vnd danckperlich empfangen vnd begern an dich, seiner koniglichen wirde vnser frundlich dinst zu sagen. Item als du weiter vns ersuchest von seiner koniglichen wird wegen mit hertzog hannsen frid zu halten vnd zu tegeu zu kommen, als du dann solchs an vnsern Son auch gepracht habst, der die gutlich geantwortet habe, daran du ein gut benugen habest, hat vns uff gestern vnser Sone dein anbringen vnd sein antwort zugeschickt, die vns gefelt vnd dem gern als zuthun gescheen vn vnserm Sone vernomen haben. ... So geben wir dir hirmit ein abschrift wie derselb Sendbot der keiserlichen Maiestat, doctor Thoman von Cile, vnserm Son geschriben hat ...*“ Weiter im Text hieß es dann: „*... haben wir eurer konniglich wird eylends wollen zuschicken, des unser guten lautern maynung und willnfarung ein wissen zu haben.*“ <sup>(2)</sup>

Die Eile erforderte eine schriftliche Antwort, die mit einem Eilboten schnell zu übermitteln war. Und die Schriftlichkeit garantierte zusätzlich, dass Albrechts Äußerungen dem König Matthias wortgetreu mitgeteilt werden konnten. Denn der Gesandte Mila stand in keinem Vertrauensverhältnis zu Albrecht und der Kurfürst konnte deshalb nicht sicher sein, dass der ungarische Rat alles wortgetreu übermitteln würde.

Wenig später hatte sich das Verhältnis zwischen Albrecht und Mila aber geändert; man kannte sich und arbeitete zusammen. <sup>(3)</sup> Der Diplomat kam im Februar 1479 aus Ungarn wieder nach Brandenburg. Er reiste offensichtlich durch Schlesien und die Lausitz, weil er sich in Cottbus, dem Verwaltungsmittelpunkt der brandenburgischen Besitzungen in der Niederlausitz, an den Landvogt wandte. Ausweislich eines Schreibens, das der Landvogt „*in der nacht cathedra petri*“ (22. Februar 1479) <sup>(4)</sup> an Albrecht sandte, sei Mila am Abend dieses Tages dort angekommen. Mila habe ihn aufgefordert, eine Reihe von Schreiben sofort zum Kurfürsten weiterzuleiten. Das geschah auch ausweislich des Schreibens des brandenburgischen Landvogts. <sup>(5)</sup>

Außerdem ist ein undatiertes Schreiben Milas aus diesen Tagen überliefert. <sup>(6)</sup> Der Diplomat ließ Albrecht darin wissen, dass er bei Matthias einiges erreicht habe und dass dieser den Bischof von Breslau, Herzog Friedrich von Liegnitz und den Heerführer Stefan Zapolya mit Verhandlungen beauftragt habe. Morgen oder am Mittwoch werde der Fürst die Dinge in aller Ausführlichkeit erfahren. Er habe nur schon einmal geschrieben „*als eyner, der die irstin botschaft bringit. ... eur g. wert ouch wol irfaren, was ich in den dingen gethon habe und grose ferlichkeit noch stehn muss.*“ <sup>(7)</sup>

Die schriftliche Botschaft war also erneut die schnelle Information, die in diesem Fall auch die Basisinformationen enthielt, dass weiter verhandelt wurde und wer von ungarischer Seite die Verhandlungen führte. Die mündliche Benachrichtigung sollte dann die ausführlichere Botschaft sein, in der es Hintergründe der Verhandlungen zu schildern galt und Mila auch seine Rolle würdigen wollte.

<sup>1</sup> „... der (Mila; d. Verf.) hat darauf geworben und wir im geantwort als ir hierinn verslossen findt.“ Priebatsch, a.a.O.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 405 r.; Riedel, 3,2, Nr. 186, S. 233 ff.

<sup>3</sup> Jan von Mila trat 1478 als Gesandter König Matthias' von Ungarn das erste Mal in Kontakt zu Albrecht. Der Kurfürst nahm ihn in Dienst und 1478 und 1479 war er insgesamt in fünf Fällen für Albrecht Achilles tätig.

<sup>4</sup> Der Peterstag, Petri Stuhlfeier oder eben auch „*cathedra petri*“, erinnert an den Tag, an dem der Legende nach Petrus zum Bischof von Rom wurde. Siehe Grotefend, Band 1, S. 153.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 518, S. 482 f.

<sup>6</sup> Priebatsch 2, a.a.O. Entweder formulierte Mila diesen Brief in Cottbus und schickte ihn zusammen mit den anderen Schreiben durch den reitenden Boten des Landvogts nach Frankfurt. Oder der Brief, dessen Absendeort ebenfalls nicht angegeben ist, wurde schon früher an einem anderen Ort geschrieben und unabhängig von den Vorgängen in Cottbus zu Albrecht gesandt. Wie auch immer es sich zugetragen hatte, die grundsätzliche Aussage wird dadurch nicht berührt.

<sup>7</sup> Priebatsch 2, a.a.O.

Wann Mila nach Frankfurt kam, ist nicht überliefert. Es gibt einen Antwortbrief Albrechts, datiert von „*aschermitwoch*“, dem 24. Februar, aus dessen Inhalt klar wird, dass Mila noch nicht da gewesen war. Das zeigt, dass Mila zumindest am Dienstag, 23. Februar, sicher noch nicht in Frankfurt gewesen ist. Die eilig überbrachte schriftliche Nachricht erwies sich also als notwendig.

Interessanter ist die gesamte Angelegenheit noch, wenn man sich einen zweiten Brief in der selben Sache betrachtet, den Matthias' Statthalter in Schlesien, Georg von Stein, mit Datum vom 20. Februar 1479 aus Breslau schickte. <sup>(1)</sup> Stein unterrichtete darin Albrecht, dass König Matthias einen Boten geschickt habe, der den Befehl gebracht habe, „ ... *das ich den friden nit aufgeen lies.*“ Stein schickte den Boten gleich weiter zu Albrecht und beglaubigte ihn mit den Worten „*zeiger dits briefs*“.

Weiter schreibt der ungarische Statthalter: „ ... *und will mir aller sachen aygentlich unterrichtung bey meister Hansen, den ich der sachen halben zu k. mt. mit disem boten gesandt hab, thun und hat den boten darumb vorher gesandt. ... das meister Hanns noch in vier tagen kom.*“ <sup>(2)</sup>

Auch die ungarische Seite fuhr also die Doppelstrategie. Stein schickte einen Rat und einen Briefboten zu König Matthias; dieser antwortete schnell mittels Brief und ausführlich mit dem Diplomaten, der rund vier Tage später kommen sollte.

Sowohl schriftliche als auch mündliche Informationen vom Hof des Pfalzgrafen Philipp sind in einem Schreiben überliefert, das die beiden fränkischen Adligen Michel und Sigmund von Schwarzenberg am 22. Februar 1481 aus an Albrecht schickten. Der Pfalzgraf befände sich zu einem Besuch beim Bischof von Würzburg und man hätte Albrecht gerne dabei gehabt, ist dort zu lesen. Dann fährt das Schreiben fort: „ ... *daruf Hanns von Drathe* (kurpfälzischer Rat; d. Verf.) *Wolffen Wolffskell angesprochen hat, und an dem ende itzo nit ausgetragen werden kondt, hat er im zu erkennen geben, er wolle ihms nach den ostern verkunden und darzu euer gnade mit zehen stickern vordern als wir dann ewer gnade in Kürze berichten wollen ...*“ <sup>(3)</sup>

Weiter heißt es in dem Schreiben, dass der Pfalzgraf auch Gesandte schicken und der Bischof von Würzburg den Dompropst und den Landrichter Jörg von Siech als seine Unterhändler in Marsch setzen wolle. Zur gleichen Zeit würden auch sie bei Albrecht sein. Außerdem wolle der Pfalzgraf Albrechts Sohn, Markgraf Friedrich, bei sich am Hofe haben, erfuhr Albrecht.

Leider ist aus den Quellen nicht zu erfahren, was die drei Fürsten, deren Interessen meistens konträr waren, in diesem Moment untereinander auszuhandeln hatten. Ein Turnier galt aber immer als beliebte Möglichkeit, sich zu Verhandlungen zu treffen. <sup>(4)</sup> Es steht nur fest, dass die mündliche Nachricht der Herrn von Schwarzenberg <sup>(5)</sup> in den Kontext der schriftlichen Informationen und der angekündigten Verhandlungen eingefügt war. Sie könnten, nachdem die organisatorischen Nachrichten schnell schriftlich überliefert worden waren, mündliche Hintergrundinformationen gegeben und damit Albrechts Wissenstand abgerundet haben.

Mit einer ungewöhnlichen Bitte seines Sohnes Johann sah sich Kurfürst Albrecht im Herbst 1481 konfrontiert. Der Kurprinz hatte einen Brief geschrieben und von Albrechts Sekretär Johann Vogel zustellen lassen, worin er offensichtlich die Absicht kundtat, die Mark

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 195 v.; Priebatsch 2, Nr. 518, S. 482 f.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O.

<sup>3</sup> STAB, Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 226 II, Fasz. 13, fol. 2; Priebatsch 3, Nr. 725, S. 40.

<sup>4</sup> Der Pfalzgraf und der Bischof von Würzburg standen aus verschiedenen Gründen in enger Beziehung zueinander. Im Odenwald grenzten ihre Herrschaften aneinander, die Beziehungen zum Erzstift Mainz waren für beide immer spannungsgeladen, was sie immer wieder zu Verbündeten machte. Die fränkischen Markgrafschaften hingegen, besonders zu der Zeit, als Albrecht Achilles sie regierte, gehörten eher zu den Gegnern Würzburgs und der Pfalz. Ein Dreiergipfel dieser Fürsten war also eher die Ausnahme.

<sup>5</sup> Mitglieder der weit verzweigten fränkischen Adelsfamilie von Schwarzenberg, Herren von Seinsheim, hatten Besitzungen in Main- und im markgräflichen Franken. Sie dienten Albrecht Achilles als Amtsmänner, so Michel von Schwarzenberg in Kitzingen und Sigmund in Neustadt. Erkinger von Schwarzenberg ist auch in den Diensten Maximilians von Österreich nachzuweisen. Näheres zur Familie und weiterführende Literatur in Kneschke, Adelslexikon, Band 8, S. 394 f.

Brandenburg gegen eines der fränkischen Fürstentümer der Zollern zu tauschen. Hintergrund dürfte die immer wieder auftauchende Klage Johanns über die schlechte finanzielle Lage der Mark gewesen sein. <sup>(1)</sup>

Albrecht reagierte schnell und schrieb seinem Sohn einen väterlichen Brief, in dem er ihm davon abriet, auf die Mark Brandenburg zu verzichten. Der Brief wurde ausweislich der Kanzleinotiz umgehend weggeschickt. *„Den hernach geschriben verpetschaften brief hat vogel meinem herrn marggrave Johannsen geschriben und wegh geschickt bey Wilhelm Roder am mittwoch nach dionisy (10. Oktober; d. Verf.).“* <sup>(2)</sup> Weiter steht in dem Schreiben, dass es eine Reihe von Gründen für das Verbleiben in Cölln gebe, *„ ... als euch Vogel berichten wird.“* <sup>(3)</sup>

Ein kurzer schneller Ratschlag an seinen Sohn erging schriftlich und wurde durch einen Boten zugestellt. Die ausführliche Überzeugungsarbeit sollte der Sekretär Vogel übernehmen, den Albrecht entsprechend instruiert haben dürfte. Die Vorgehensweise hatte insofern Erfolg, als Johann in der Mark blieb und 1486 als Nachfolger Albrechts Kurfürst wurde.

Schnelligkeit war auch in einer Auseinandersetzung um die oberfränkische Burg Stein im Jahr 1485 notwendig, die oben schon ausführlich untersucht wurde. <sup>(4)</sup> Dass schnell reagiert wurde, zeigt uns ein Brief, den Albrecht am 22. März aus Ansbach an alle Beamten schickte, die im Fürstentum auf dem Gebirge Verantwortung trugen. <sup>(5)</sup> Das Schreiben, das außer an den Hauptmann von Seckendorff auch an den Landschreiber Friedrich Brucker und an sieben regionale Befehlshaber geschickt wurde, ließ Albrecht in drei Ausfertigungen zirkulieren. Die an verschiedenen Orten residierenden Empfänger konnten so natürlich schneller über den Inhalt des Schreibens in Kenntnis gesetzt werden.

Albrecht setzte seine Beamten in dem genannten Rundschreiben über die generelle politische Lage in Kenntnis, indem er die möglichen Gegner und Bündnispartner detailliert auflistete. Zusätzlich, so ist zu lesen, war noch ein Gesandter unterwegs. Albrecht hatte den Adligen Georg von Rosenberg <sup>(6)</sup> nach Bamberg geschickt, um dort mit dem Bischof die Aktionen abzusprechen. Albrecht informierte seine Beamten: *„Lieben getreuen. Wir haben hinauf geschickt des Steins halb mitsambt unserm oheim und swager von Bamberg Jorgen von Rosemberg und Hannsen von Eich antreffend den anslag auf montag schierst furzunemen, als euch Jorg berichten wert.“* <sup>(7)</sup>

Während die schriftlichen Nachrichten hier erneut dazu dienten, kurz und prägnant und vor allem schnell – besonders mit Hilfe der drei Kopien des selben Briefes – die entscheidenden Leute zu informieren, diente die mündliche Nachricht wieder dem Überbringen der detaillierten Hintergrundinformationen. Im vorliegenden Fall kam aber noch ein Vorteil dazu. Rosenberg konnte die Erkenntnisse, die er in Bamberg gewonnen hatte, auf der Rückreise sofort den regionalen Befehlshabern darlegen. Das ging schneller als wenn er erst nach

<sup>1</sup> Historisch betrachtet konnte sich Johann auf die Generation vorher beziehen, als mit Johann dem Alchimisten ebenfalls der älteste Sohn des Brandenburger Kurfürsten auf die Kurmark verzichtet und das kleinste der drei zollerischen Herrschaften, das Fürstentum auf dem Gebirge, als Erbteil gewählt hatte. Kurfürst Albrecht Achilles hatte in seinem Hausgesetz aus dem Jahr 1473, der sogenannten „Dispositio Achillea“, allerdings unmissverständlich verfügt, dass Johann Kurfürst und Markgraf in Brandenburg werden sollte. Er hatte Johann bereits Ende der 60er Jahre, als klar geworden war, dass Albrecht einmal seinen ohne Söhne gebliebenen Bruder Friedrich als Kurfürst beerben werde, in die Mark geschickt, um ihn dort aufwachsen zu lassen.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 123 r.; Priebatsch 3, Nr. 798, S. 98 ff.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O.

<sup>4</sup> Ausführlich ist das Thema in Kapitel 2.6 dargestellt.

<sup>5</sup> Priebatsch 3, Nr. 1057, S. 370 ff.

<sup>6</sup> Fränkische Adelsfamilie, die meist mit Albrecht zusammenarbeitete und oft im Gegensatz zum Bischof von Würzburg und auch den pfälzischen Kurfürsten stand. Diese Rosenbergs haben nichts mit den böhmischen Herren von Rosenberg zu tun, die zu den führenden Adelshäusern der Krone Böhmens zählten. Siehe dazu Kneschke, Band 7, S. 577 f.

<sup>7</sup> Priebatsch 3, Nr. 1057, S. 370 ff.

Ansbach zurückgekehrt wäre und dann von dort aus die neuen Informationen wieder zu den Leuten vor Ort geschickt worden wären.

#### 4.3. Sammeln mündlicher Nachrichten und deren schriftliche Weiterleitung

Eine besondere Form der Kombination von Mündlichem und Schriftlichen findet sich in Fällen, in denen Nachrichten vor Ort erst einmal aus mündlichen Quellen zusammengetragen und dann, um eine weitere Entfernung sicher überbrücken zu können, in schriftlicher Form zusammengefasst und als Brief auf die Reise geschickt wurden.

Die unsichere Lage in Brandenburg im Frühjahr 1467 veranlassten den Kanzler und Statthalter Friedrich Sesselmann dort eine Reihe von Nachrichten zusammenzutragen und sie dem Kurfürsten Friedrich II., der damals in Süddeutschland unterwegs war und auch bei Albrecht Achilles weilte, in einem Brief zu melden. <sup>(1)</sup> Sesselmanns Informanten berichteten schriftlich und mündlich. So gibt es einen Brief Werners von der Schulenburg, der in militärischen Diensten Brandenburgs stand, und eine mündliche Information dieses Adligen, wie die folgende Stelle zeigen soll: *„Irleuchter, hochgeborner furste, gnediger herre, ich schigke ewer gnaden ingeslossen briff, den mir werner geschigekt hat, dar in ewer gnade schrangkes meynunge vol vornemen wirt. Och gnediger herre hat mir werner lasen zu entbiten dorch Peter borgsdorff, wy das der griffenhagen habe lasen besehen, das her ment griffenhagen mit der hulfe gotes vol eynzukreyen ...“* <sup>(2)</sup>

Ein zweiter Fall, bei dem schriftliche und mündliche Informationen aus der Brandenburger Region zusammengetragen und schriftlich über die weite Strecke gemeldet wurden, stammt aus dem Jahr 1473. Kanzler Sesselmann schrieb am 9. April des Jahres 1473 aus Cölln an Albrecht Achilles, der inzwischen Kurfürst geworden war, und berichtete über Bedrohungen durch die Pommern und möglichen Verrat in einigen Städten der Uckermark, besonders in Gartz. Zusätzlich zu den schriftlichen Nachrichten, die Sesselmann gesammelt hatte – *„ist gestern der von gartz brieff seiner gnaden zugeschickt, den ich ewer gnaden hiemit sende“* <sup>(3)</sup> – kamen auch mündliche Nachrichten nach Cölln: *„als disser brif geschriben was, quam her Busse von Aluensleue und brachte ein ... vnd sagt mir furder.“* <sup>(4)</sup>

All dies wurde gesammelt, die mündlichen Informationen aufgeschrieben, die schriftlichen Nachrichten in Kopie oder sogar im Original beilegt und dann wurde das Konvolut zu Albrecht in den Süden geschickt.

Der nächste Beleg für diese Vorgehensweise stammt aus dem Mai 1473. Albrecht war nach seinem ersten Aufenthalt in der Mark im Frühjahr 1473 wieder nach Franken zurückgekehrt. Zurück ließ er neben dem weiter schwelenden Konflikt mit Pommern auch den heftigen Streit um die Tonnensteuer. Markgraf Johann informierte seinen Vater am 17. Mai 1473 (*„donnerstag nach Cantate“*) über die Schwierigkeiten. Der Brief mit den Informationen war schon verfasst, als noch eine Nachricht eintraf, die in einem Zettel mit Datum vom 18. Mai (*„freitag nach Cantate“*) übermittelt wurde. *„Auf heut freitag nach Cantate ist unser Hausvogt Court Slaberndorff von Brandenburg wieder hieher komen, der hat uns bericht, wie die bezalung der XVIII c vnd XLVIII gulden den Czulstorffern hauptschuld nach leut Irer briue durch die von Brandenburg geschehen sey, Inmassen vnd wir ewer lieb deshalb hie mit schreiben.“* <sup>(5)</sup>

<sup>1</sup> Da Kurfürst Friedrich II. damals in enger Kooperation mit seinem Bruder Albrecht Achilles wirkte und der fränkische Zoller von den eingegangenen Informationen ebenfalls profitierte, ist diese Quelle hier mit analysiert worden.

<sup>2</sup> Riedel 2,5, Nr. 1855, S. 108.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 91, S. 111 ff. Priebatsch 1, Nr. 551, S. 495 f.

<sup>4</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>5</sup> Riedel 2,5, Nr. 1945, S. 217.

Die Nachrichten in Brandenburg wurden erneut auch aus mündlichen Quellen zusammengetragen und dann in schriftlicher Form über die weitere Strecke transportiert. Die Vorgehensweise Sesselmanns blieb auch unter dem neuen Kurfürsten die alte.

Nur kurze Zeit später trifft man wieder auf dieses schon bewährte Zusammenspiel. Der Stadtkommandant von Gartz, Werner von der Schulenburg, meldete mündlich nach Cölln und Johann gab die schriftlich zusammengefassten Informationen nach Ansbach weiter: „*Lieber her und vater, gestern ist Werner von der Schollnburg hieher komen vnd hat vns in warheit zu erkennen geben, wie die von Gartz gantz in willen vnd meynung sind, sich von der herschaft zu setzen vnd des allgeryt ein wissen haben, Vnd furter berurt, das her Nickel pful in seinem herziehen, als er zu Angermund bey Ime gewest ist, gesagt hab, das ein treffenlicher zu Stettin gewest vnd einen brief vor einem Rate zu Stettin ligen vnd gesehen hab Innhaltende, das sich die von Gartz zu Jhener herschaft wider setzen wollen, wenn dieselbig herschaft Ine die vngnad zugeb ...*“<sup>(1)</sup> Schulenburg selbst hatte, bevor er mündlich in Cölln Bericht erstattete, seinerseits mündliche Nachrichten von Nickel Pfuhl erhalten, der wiederum einen, nennen wir ihn ruhig Agenten, in Stettin im Einsatz gehabt hatte, der ebenfalls Nachrichten mündlich vermeldete. Wir stoßen hier auf eine mündliche Nachrichtenkette, die erst am Ende in schriftliche Form gegossen wurde.

Das Zusammenspiel von mündlichen und schriftlichen Informationen klappte auch auf dem Weg von Süden nach Norden.

Hertnid von Stein war im Auftrag des Fürsten in Rom gewesen. Am 28. Januar 1472 schickte Stein einen ausführlichen Bericht an Albrecht.<sup>(2)</sup> Neben dieser schriftlichen Information kam es auch zu mündlichen Unterrichtungen, deren Zustandekommen in einem Schreiben der Ansbacher Räte an Albrecht vom 17. April nachzulesen ist. Die Räte schrieben in diesem Brief an Albrecht, dass Stein am 13. April nach Gunzenhausen gekommen sei und von dort aus nach Ansbach geschrieben habe, dass er am 14. April in Nürnberg sei und sich dort mit einem markgräflichen Rat treffen wolle. Johann Volker sei daraufhin nach Nürnberg geritten und Stein habe noch einmal erklärt, wie die Gespräche in Rom – es war um die Stifte Ansbach und Feuchtwangen gegangen – abgelaufen seien. Außerdem, so habe Stein weiter berichtet, würden die von ihm beim Bankier Mullner hinterlegten päpstlichen Bullen abgeholt werden müssen. Zahle man dort die Kosten in Höhe von rund 233 Gulden, würden die Bullen ausgehändigt werden und träten in Kraft. Falls diese nicht geschähe, würden sie zurück nach Rom geschickt und wären damit wertlos.

All diese mündlichen Informationen Steins fassten die Ansbacher Räte also schriftlich zusammen und schickten den entsprechenden Brief drei Tage später, am 17. April, aus Ansbach nach Cölln. Zusätzlich dazu findet sich umseitig auf dem Schreiben noch ein kurzer Text, in dem weitere mündliche Nachrichten, einige Gerüchte, die Volker in Nürnberg aufgeschnappt hatte, schriftlich fixiert und übermittelt wurden.<sup>(3)</sup>

Ein Schreiben Steins, das dieser am 18. April aus Zeil bei Haßfurt im heutigen Unterfranken an Albrecht schickte, ergänzte dann die schriftliche Berichterstattung über die Ergebnisse der Romreise noch einmal.<sup>(4)</sup>

Ein geradezu klassisches Beispiel für das Zusammenwirken von Mündlichem und Schriftlichem findet sich bei den Informationen über einen Angriff auf das Schloss von Möhren im November 1472. Die Ansbacher Räte<sup>(5)</sup> schrieben am 5. November an Albrecht nach Cölln und informierten ihn schriftlich über den Vorgang. Dabei zitierten sie eine ganze Reihe von mündlichen Informationen, die in Ansbach in den drei Tagen seit dem Überfall

<sup>1</sup> Riedel 2,5, Nr. 1950, S. 229.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 284, S. 318 ff.

<sup>3</sup> STAN, A.A. Nr. 768, Fasz. III, fol. 48; Priebatsch 1, Nr. 325, S. 349.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 327, S. 351 f.

<sup>5</sup> Die Burg Möhren liegt südwestlich von Treuchtlingen. Zur Familie von Seckendorf siehe auch die ausführliche Darstellung von Gerhard Rechter; Die Seckendorf. Quellen und Studien zur Genealogie und Besitzgeschichte; Zwei Bände; Neustadt an der Aisch, 1987/1990. Näheres zu den Informationen in Kapitel 2.6.

eingegangen waren. So schrieben sie an einer Stelle des Briefes: *„Am dienstag nechts vergangen ist ein bauersman komen, der eylens von Willzburg der sey geschickt vom pfarrer zu Welltellzheim, dem hab hans von Seckendorf zu meren bevohlen, uns zu entbieten.“* Außerdem sei noch ein Knecht gekommen, der fragen ließ, ob Hilfe komme. <sup>(1)</sup> Dann folgt im Schreiben die schriftliche Zusammenfassung der eingegangenen mündlichen Berichte.

Ein letztes Beispiel für das Sammeln und schriftliche Weiterleiten mündlicher Nachrichten aus Franken nach Brandenburg stammt vom 14. Februar 1473, als die Räte Eyb und Volker schrieben: *„Gnediger her. wir haben e. g. hivor geschriben das einbringen von Hansen Luft, e. g. knecht der Bayrischen lauft halb an uns gelanget fur mere, die ichts oder nichts auf ine tragen mochten, als e. g. dazumal vernomen hat und bisher denselben dingen nach ein aufmerken gehabt, des wir aber demaß nit handlung empfunden.“* <sup>(2)</sup> Mit „mere“ sind Gerüchte gemeint, die Luft in diesem Fall zusammengetragen und nach Ansbach gemeldet haben dürfte. Auch wenn die Räte den Nachrichten keine große Relevanz zubilligten, übermittelten sie die Informationen dennoch und liefern wieder eines der seltenen Beispiele dafür, dass auch Gerüchte als Information dienten.

Die schriftliche Zusammenfassung mündlicher Informationen zeigte sich auch bei Nachrichten aus anderen Gegenden des Reiches. <sup>(3)</sup> Brandenburger Räte bekamen ausweislich ihres Schreibens vom April 1471 in ihrem Quartier in Prag Besuch von einem polnischen Ritter, der Credenzen an die Gesandtschaften mehrerer deutscher Fürsten hatte. Der polnische Gesandte unterrichtete die deutschen Diplomaten mündlich über die Pläne des Polenkönigs Kasimir und seines Sohnes Ladislaus, der als Anwärter auf den böhmischen Königsthron bereit stünde. Die brandenburgischen Gesandten fassten den Vortrag des Polen in einem Brief für Albrecht zusammen, um die Informationen schriftlich nach Ansbach übermitteln zu können. <sup>(4)</sup> Hier war es sicher auch von Bedeutung, den Vortrag des Ritters aus dem Polnischen oder Lateinischen für Albrecht zu übersetzen.<sup>(5)</sup>

#### 4.4 Schriftliche Fixierung mündlicher Nachrichten

Mündliche Nachrichtenübermittlung hatte in den Augen Albrechts ihre unbestreitbaren Vorteile. Doch auch die Nachteile waren nicht von der Hand zu weisen. Ein Problem war, dass die Information nicht mehr fassbar war, wenn sie nur mündlich überliefert worden war. Deshalb ließ Albrecht Achilles in einer Reihe von Fällen die mündlichen an ihn herangetragenen Nachrichten für das Archiv oder für die Weitervermittlung an Dritte schriftlich aufzeichnen. Damit wurden die mündlichen Nachrichten konserviert und für die Regierungspraxis der kommenden Zeit nutzbar gemacht.

In der Auseinandersetzung um die Nachfolge im Herzogtum Pommern-Stettin war Albrecht des öfteren für seinen Bruder Friedrich beim Kaiser tätig. Er schickte dazu – wie oben schon erwähnt – in mindestens zwei dokumentierten Fällen seinen Rat Wenzel Reymann an den Hof, der dann sowohl Albrecht, als auch Friedrich mündlich Bericht erstattete. Der zweite dieser Informationsbesuche Reymanns ist für den Mai 1466 dokumentiert. Denn Albrecht schrieb seinem Bruder mit Datum vom 2. Mai: *„Was wir mit Bruderlichen trewen vnd dinsten vnd gutes vermogen allzeit zuuor. Hochgeborner Fürste, lieber Bruder. Wir haben den Wirdigen vnsern Rate vnd lieben getrewen Hern Wentzlas Reyman, Chorhern zu Onoltzpach*

<sup>1</sup> STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 20 r.; Priebatsch 1, Nr. 496, S. 460 ff.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 536, S. 487.

<sup>3</sup> Laut eines Berichtes des sächsischen Rates Mathias Schlink vom 27. April 1471 handelte es sich um Hans von Sparneck, Sebastian Wallenroder und Bernhard Vitzthum. Quelle: FRA II, 46, Nr. 121, S. 144. Ein genaues Datum des Berichtes der Brandenburger ist nicht überliefert; es muss aber kurz nach ihrer Ankunft gewesen sein, die im sächsischen Bericht mit dem 10. April angegeben wurde.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 174, S. 247 ff.

<sup>5</sup> Es ist nicht überliefert, in welcher Sprache der polnische Ritter seinen Vortrag hielt.

*werbung, der er gnuglich von vnss bericht ist, an ewer liebe zuthun beuolhen, als Ir von Im vernemen werdent, bruderlich bitende, Ir wollet dem gnanten hern Wentzlaw sulcher werbung diszmal genzlich als vnns selbs glauben.“* <sup>(1)</sup>

Ein Konzept, in dem die Aufträge des Chorherrn niedergeschrieben wurden, ist im brandenburgischen Hausarchiv erhalten. Darin waren alle Punkte, die der Chorherr in Brandenburg vortragen sollte, in schriftlicher Form abgefasst. Es ist unter anderem von einem Eheprojekt mit Herzog Sigmund von München zu lesen, es ging um den Bischof von Brandenburg, den neuen Bischof von Würzburg und natürlich waren die Verhandlungen um das Stettiner Erbe angesprochen. Das alles existiert in sehr ausführlichen Stichpunkten und diente zum einen Reymann vermutlich als Gedächtnisstütze, zum anderen aber auch Kurfürst Friedrich zur Kontrolle. Im Gegensatz zur oben schon analysierten ersten Berichterstattung Reymanns aus dem Jahr 1465 ist hier eine schriftliche Fixierung der Benachrichtigung an Friedrich festzustellen.

Diese schriftlichen Notizen wären auch ohne mündliche Ergänzungen verständlich und ausführlich genug gewesen, wie ein Beispiel zeigen soll: *„Von Schickung wegen vnsers Sons, wenn er den haben will, das schreib vns zwey monat vor zu, uff welchem tag er dor Innen sein soll, so wollen wir In schicken mitsambt den, der Her wentzlaw begert hat von seinetwegen.“* Außerdem sind in der schriftlichen Aufzeichnung noch drei Stichpunkte aufgeführt, die nicht ausformuliert waren und die der Chorherr dem Kurfürsten im wesentlichen wohl mündlich zu erläutern gehabt hat. *„Des lantfrids und aller sach seyt vor bericht“, „Von des konigs wegen von Behemen“, „von Hertzog ludwigs wegen“ und „von der Biblien wegen“* <sup>(2)</sup>

Trotz des Schriftstücks blieb dem Gesandten also noch Arbeit übrig. Dass der schriftliche Bericht in den Archiven in Brandenburg landete, mag als Beleg dafür gelten, dass er auch nach Cölln transportiert worden war. Ob es sich um eine organisatorische Weiterentwicklung handelte, weil bei der ersten Berichterstattung Defizite auftraten, ist nicht zu belegen, aber sicherlich auch nicht auszuschließen.

Besonders deutlich wird das Vorgehen Albrechts, Mündliches schriftlich aufzuzeichnen, in Quellen des Jahres 1470. Ganz zu Beginn des Jahres sandte König Georg Podiebrad von Böhmen seinen Rat Georg von Stein zu Unterhandlungen mit Markgraf Albrecht Achilles nach Franken. Stein reiste aber nicht nach Ansbach, sondern nur auf die Plassenburg bei Kulmbach. Dort trug er alle seine Anliegen und die Informationen, die er hatte, dem Landschreiber auf dem Gebirge vor. Dieser brachte alles zu Papier und schickte die mehrseitige Abhandlung nach Ansbach. *„Werbung b. Georgen Stein durch den lantschreiber an meinen gn. hn. bracht“,* <sup>(3)</sup> lautet der erste Abschnitt des Dokuments. Ursache dieser Art von Informationsübermittlung war sicher die Tatsache, dass Podiebrad und seine Getreuen als ultraquistische Ketzer gebrandmarkt und im Bann waren. Ein direktes Zusammentreffen mit Albrecht, der sich zu dieser Zeit intensiv bemühte von dem gegen ihn verhängten Bann wegen seiner Zusammenarbeit mit Böhmen gelöst zu werden, wäre politisch sicher nicht opportun gewesen.

Inhaltlich herausstechend an der Berichterstattung waren Informationen über die Zusammenarbeit zwischen Böhmen und Burgund und natürlich die Lage in Böhmen und besonders die Ergebnisse von Verhandlungen zwischen Podiebrad und dem bereits zum böhmischen Gegenkönig gewählten Matthias von Ungarn. Zusätzlich dazu, dass der Landschreiber die Informationen für seinen Fürsten aufzeichnete, wurden noch weitere Schriftstücke verfasst, die an Kurfürst Friedrich nach Cölln geschickt wurden. *„Item wie darnach der vom Stein zedeln gemacht, dem von Hohenloh eyne vbergeben hat, die an mgg. Fridrichen selbs zu thun“* <sup>(4)</sup>, ist nämlich zu lesen. Von Kulmbach aus stellte Stein also auch

<sup>1</sup> Riedel 3,2, Nr. 38, S. 35.

<sup>2</sup> Riedel, a.a.O., S. 35 ff.

<sup>3</sup> FRA II, 20, Nr. 508, S. 616.

<sup>4</sup> FRA, a.a.O.

Kontakt nach Brandenburg her. Der Grund dafür dürfte ein ähnlicher gewesen sein, wie der oben erwähnte: die Vermeidung persönlichen Kontaktes zwischen Gebannten und im Falle Friedrichs Nicht-Gebannten.

Nach der Übergabe der Kurwürde an Albrecht schickten sein Bruder Friedrich und die Räte aus Cölln Albrecht Clitzing nach Ansbach, um umfassend Bericht zu erstatten. Die Punkte, über die Clitzing bei Albrecht zu berichten hatte, wurden aufgezeichnet und unter der Überschrift „*Werbung herrn Albr.Clitzing zu pfingsten im Lxxten.*“ im Archiv abgelegt. Möglich ist sowohl, dass man diese Aufzeichnung noch in Cölln vornehmen ließ und sie zusammen mit dem Berichterstatter nach Franken schickte, oder aber, dass sie Albrecht erst in Ansbach schriftlich niederlegen ließ. <sup>(1)</sup> Einige der mündlich überlieferten Nachrichten sind ausführlich dokumentiert, die anderen Informationen sind nur als Stichworte notiert. Zumindest ein Teil der Nachrichten konnte so aber im Archiv aufbewahrt werden.

Auch die fränkischen Räte, die Albrecht als neuer Kurfürst zur Bestandsaufnahme der märkischen Verhältnisse im Sommer 1470 nach Brandenburg geschickt hatte, waren im September nach Ansbach zurückgekehrt. Ihre offensichtlich sehr ausgiebigen mündlichen Berichte bildeten die Grundlage für die politischen Aktionen Albrechts, die er unternehmen musste, um das geerbte Kurfürstentum unter seine Kontrolle zu bringen. Leider kann man diese äußerst wichtige mündliche Berichterstattung nur in einem Punkt nachvollziehen, in der Steuerfrage.

Die Auskünfte der Räte Eyb und Absberg zu den künftigen Steuereinnahmen ließ Albrecht in Ansbach nämlich aufzeichnen und sie als Zettel in einen Brief an Markgraf Johann vom 4. Oktober 1470 beilegen. <sup>(2)</sup> Die schriftliche Fixierung erlaubte es Albrecht, dem wie immer über Geldsorgen klagenden Johann die geschätzte Einnahmeentwicklung schwarz auf weiß zu präsentieren und damit zu zeigen, dass er im Bilde sei. Das diente sicher auch der Untermauerung von Albrechts Argumentation.

Auch Albrechts Sohn Johann bediente sich – sicher unter der Anleitung der brandenburgischen Räte – dieser Methode, wie ein Vorgang aus dem Jahr 1473 beweist. Johann schrieb am 24. August dieses Jahres an Albrecht und teilte ihm in diesem Schreiben mit, dass er den Rat Georg von Waldenfels nach Ansbach schicke: „*Hochgeborner Furste, lieber her und vater. Nachdem vnser Rate vnd lieber getrewer Jorg von Waldenfels, Ritter, am Jungsten her gen Coln In den Sachen Gartz anlangend durch vns gefordert ist, Sein wir durch In erkunt, das er sich seiner sachen halben an sewhmen personlich gen Culmbach fugen wurd. ... So lang das wir vnser botschaft von vnserm vater und Sweher Hertzog Wilhelms vnser beyliggens halben erlangten, dem er also gerne gethan hat, vnd nachdem wir sust einen hoffenlichen in Solchen Sachen zu ewr lieb hetten müssen hinawfs schicken, Ist er vns von vnser fleissigen anlangens wegen zu willen worden, wie wol wir In des seiner kranckheyt halben nicht hetten wol thuren anmuthen, das er furder zu ewr lieb hinabe reyten will vnd all vnser Sachen, nachdem Im die vast bekannt seind, als er der eltsten vnd trefflichsten Rete einer hir Inne Im lande ist vnd In solch Sachen wol zu raten weysz, vff sich zu werben genohmen hat, ewr lieb mit gantzem vnd Sunderm vleys Bittende, Im solche werbung gentzlich als vns selbest zu glewben vnd vetterliche trew ... .*“ <sup>(3)</sup> Von Waldenfels reiste in eigenen Angelegenheiten ins Fürstentum auf dem Gebirge <sup>(4)</sup> und sollte dann noch weiter zu Albrecht. Ausgesucht wurde er, folgt man der Begründung Johanns, weil er ein besonders guter Kenner der politischen Verhältnisse war. Damit liegt eine explizite Begründung für den Einsatz als mündlicher Berichterstatter vor.

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 67; Priebatsch 1, Nr. 55, S. 136 f. Überliefert ist die Werbung in einem fränkischen Archiv, was es plausibel macht, dass sie in Franken entstand.

<sup>2</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 44, fol. 87 ff; Priebatsch 1, Nr. 101, S. 182 ff.

<sup>3</sup> Riedel 3,2, Nr. 106, S. 140; Priebatsch 1, Nr. 664, S. 559 f.

<sup>4</sup> Seine Familie stammte aus Oberfranken und ist dort urkundlich seit 1019 nachgewiesen. Ihr Stammsitz war Schloss Lichtenberg bei Kronach. Näheres zu Georg von Waldenfels, der seit 1440 in brandenburgischen Diensten nachzuweisen ist, findet sich in der ADB, Band 40, S. 689 ff.

Die Aufträge des von Waldenfels wurden in Cölln schriftlich festgehalten und sind in einer Reihe von Schriftstücken erhalten. <sup>(1)</sup> Durch die Tatsache, dass die Schriftstücke im Archiv in Brandenburg im Copialbuch Johanns landeten, wird klar, dass jeweils mindestens ein Exemplar in Cölln blieb. Ob eine möglicherweise vorhandene zweite Fassung dem Brief an Albrecht beigelegt wurde, oder ob Waldenfels nur mündlich in Ansbach referierte, ist nicht zu bestimmen.

Das erste dieser Schriftstücke ist eine schriftliche Anweisung an von Waldenfels, sich nach Ansbach zu begeben. Johann gab darin der Hoffnung Ausdruck, dass „*wir vns des gantzlichen zu dir verlassen vnd kein zwiuel daran haben, du werdest sie bas, dann wir mit vnsern Reten bedacht haben, vsrichten ...*“ Neben dem Anschreiben enthält das Aktenkonvolut, das dem Rat übergeben worden war, noch eine Kopie der Credenz und die Abschriften von Briefen des Königs von Polen und des Erzbischofs von Magdeburg, in denen es um die Ehe von Johanns Cousine Margaretha geht.

Das für die Untersuchung wichtigste Schriftstück ist die „*Instruction fur her Jorgen*“. Auf den anderthalb Blatt sind die Punkte aufgeführt, die von Waldenfels zu den Themen Gartz und Steuerverweigerung der Städte wissen und insbesondere mitteilen musste. Über die Heiratsprobleme hingegen finden wir nichts in dieser Instruktion. Johann ließ von Waldenfels mitteilen, dass er geheime Informationen aus dem Mecklenburger Hof bekommen habe, wie sich der dortige Herzog im Streit zwischen Brandenburg und Pommern verhalten werde. Das Schriftstück informierte ebenfalls über Scharmützel und Übergriffe mecklenburgischer und pommerscher Adelige gegen Kaufleute aus Gartz. Zusätzlich wurden alle diplomatischen Aktivitäten aufgelistet, die Brandenburger Räte – unter anderem Waldenfels selbst – in der Frage Gartz unternommen hatten. Einer der hinteren Absätze beginnt dann mit der Feststellung: „*Her Jorg euch selbs wol kuntlich. Wie es sunst Im land ein gestalt hat, nemlichen mit den Altmerckischen vnd andern, wist ich vnsern hern und vater wol zu berichten, vnd ist nit not, dar Innen zu beuelhen, wenn Ir in des bas zu berichten wist, dann wir euch schreiben können.*“ <sup>(2)</sup> Dieser Satz beweist nun eindeutig, dass das Schreiben nicht zur Vorlage an Albrecht bestimmt war, sondern zuallererst als eine Art von Gedächtnisstütze für den Berichterstatter diente.

Ein letzter Beweis, dass das Schriftstück nicht zum Versenden oder Überbringen gedacht war, ist die Kanzleinotiz, die sich auf dem Anschreiben befindet. „*Werbung herrn Jorgen von Waldenfels. Hat im mein herr muntlich antwort darauf geben.*“ <sup>(3)</sup> Waldenfels trug also seine Aufträge, die Werbung eben, mündlich vor und Albrecht replizierte darauf auch in der selben Weise.

Diese mündliche Antwort ist ebenfalls wieder aktenkundig. Denn Albrecht schrieb seinem Sohn am 10. September 1473 aus Cadolzburg und bestätigte, dass Waldenfels hier gewesen und vier Punkte angesprochen habe. Albrecht erwähnte in diesem Schreiben allerdings nur drei der Punkte: Gartz, Steuern und Hochzeit. Weiteres werde Georg von Waldenfels mündlich berichten, der jetzt noch zu Herzog Wilhelm von Sachsen als sein Gesandter unterwegs sei und dann zu Johann nach Cölln komme, so Albrecht. <sup>(4)</sup> Auch Albrecht bediente sich der selben Vorgangsweise und ließ die Punkte, über die gesprochen worden war, schriftlich fixieren. Er allerdings schickte dieses Register an Johann, der es dann in Cölln zu den Akten nahm.

Fast zur selben Zeit sprach auch Hans von Steinbach im Namen des Böhmenkönigs Ladislaus bei Albrecht vor. Seine Berichterstattung, die gleichzeitig auch ein Verhandlungsangebot war, umfasste sieben Punkte und wurde am 1. September 1471, dem Sankt-Gilgen-Tag, in

<sup>1</sup> Riedel 2,5, Nr. 1552, S. 231 ff.

<sup>2</sup> Riedel, a.a.O.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 664, S. 559.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 680, S. 569 f.

Neustadt an der Aisch aufgezeichnet. <sup>(1)</sup> Die einführende Notiz lautet: „*Von des konigs von Beheim an meinen hern marggrave Albrechten. Actum Newenstat an der Eysch, an sand Gilgen tag.*“ Der Gesandte hat seinen Vortrag also am selben Tag gehalten, an dem er aufgezeichnet wurde.

Neben Verhandlungspositionen, die Ladislaus' Botschafter vortrug, informierte dieser den Fürsten auch darüber, dass der Pfalzgraf eine Gesandtschaft nach Prag geschickt habe und darüber wie sich die Verhandlungen auf dem böhmischen Landtag in Troppau entwickelt hätten. Diese beiden Punkte wurden jeweils nur kurz angedeutet. Steinbach muss sie dem Fürsten folglich ausführlich mündlich dargelegt haben. Zwei andere Nachrichten, die der Botschafter ebenfalls übermittelte, waren hingegen ausformuliert. So erfuhr Albrecht, dass sein Schwiegersohn Münsterberg die Delegation Ladislaus' in Troppau leiten und wie man eine böhmische Gesandtschaft durch Franken und Bayern zu Kaiser Friedrich geleiten werde. Dazu habe man sich, so hieß es in der Berichterstattung, auch mit Herzog Ludwig von Landshut abgesprochen. Wieder ist die Zweiteilung zu beobachten. Die leichter zu beschreibenden Nachrichten wurden zu Papier gebracht. Die komplexeren Angelegenheiten, die vielleicht ausführlichere Hintergrundinformationen benötigten, wurden nur kurz angedeutet. Der Nutzwert dieses Teils des Dokumentes für spätere Verhandlungen war daher begrenzt. <sup>(2)</sup>

Wieder ein hervorragendes Beispiel für die Aufzeichnung mündlicher Informationen zeigt sich in einem Schreiben, das Markgraf Johann seinem Vater im Januar 1478 von Cölln nach Ansbach schickte. Mit Datum vom 10. Januar stellte Johann für seinen Verwandten Eitelfriedrich von Zollern eine Credenz aus und schickte diesen als Gesandten nach Süden. Eitelfriedrich, der ein wichtiger Mann im Umfeld des Brandenburger Kurhauses war, <sup>(3)</sup> trug seinen Bericht am 25. Januar in Ansbach vor. Dieser mündliche Vortrag wurde schriftlich festgehalten und zusammen mit der Credenz und weiteren Schreiben zur politischen Situation in Brandenburg, einem Schreiben der altmärkischen Städte, die darin ihre Steuerverweigerung begründeten und einem Briefwechsel mit Kurfürst Ernst von Sachen, auch archiviert, was uns diese ausnehmend wichtige Quelle bescherte. <sup>(4)</sup>

Der Inhalt von Eitelfriedrichs Vortrag bestand in der Schilderung der militärischen und finanziellen Lage des Brandenburger Regenten, die als katastrophal beschrieben wurde. Im einzelnen berichte Eitelfriedrich ausweislich der schriftlichen Aufzeichnung der Werbung, dass Johann nicht dazu im Stande sei, ohne die Verpfändung von Rechten und Besitzungen genug Geld aufzutreiben, um die Ausgaben im Kurfürstentum zu finanzieren. Falls Albrecht nicht bis Fastnacht das Verbot von neuen Verpfändungen aufhebe, „... *wird unser person halben nicht lenger ufhalten und wollend ouch das nicht furder thun. Eur lieb sich genzlich*

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 672, S. 566.

<sup>2</sup> Albrecht, das geht aus dem weiteren Text hervor, ließ Ladislaus seine Antwort schriftlich zukommen und behielt sich nur einige kurze Vermerke zurück, die auf das selbe Blatt Papier geschrieben wurden. „*Diese zedel hat mein herr marggrave Albrecht dem Steinbach uf sein werbung under anderm widergeben.*“ Quelle: Priebatsch, a.a.O. Offensichtlich übergab Albrecht also sogar noch mehr zusätzliche schriftliche Ausführungen. Die zurückbehaltenen Notizen waren auch sehr knapp abgefasst, was insoweit nicht verwunderlich ist, da Albrecht ja wusste, was er geantwortet hatte. Für die Akten war somit allerdings nicht viel verwertbares vorhanden. Dies ist ein deutlicher Unterschied zur Vorgehensweise in den anderen hier beschriebenen Fällen.

<sup>3</sup> Eitelfriedrich von Zollern wurde 1452 geboren und kam in seinen Kindesjahren zur Erziehung an den Ansbacher Hof von Albrecht Achilles. 1471 ging er mit dem neuen Kurfürsten nach Cölln und diente dort als Gesandter und auch als Militär. 1482 heirate Eitelfriedrich Albrechts Nichte Magdalena, Tochter Markgraf Friedrichs des Feisten. Nach Albrechts Tod 1486 trat Eitelfriedrich in den Dienst König Maximilians, agierte für ihn auf militärischem und diplomatischem Parkett und wurde nach 1495 unter anderem Präsident des Reichskammergerichtes. Traugott Märcker; Eitelfriedrich II., Graf von Hohenzollern und Markgräfin Magdalena von Brandenburg; Berlin 1857 und Wiesflecker, a.a.O., beschreiben die wichtigen Dienste, die Eitelfriedrich dem König und Kaiser leistete. Unter anderem geleitet der Graf Maximilians zweite Frau, Bianca Maria Sforza, auf ihrer Reise zum Bräutigam.

<sup>4</sup> Priebatsch 2, Nr. 350, S. 344 f.

*darnach hab zu richtend. Dann wir will merkend, das wir unser gruben ynn diesem land haben musend und ab wir verdurben, das man uns dy seygern darzu risset.*“ Albrecht habe zwar schon geschrieben, dass er Betteln gehen solle, wenn er mit seinen Einnahmen nicht auskomme, doch er bitte ihn noch einmal, etwas für ihn zu tun. Die Mark gehöre ja nicht ihm, sondern Albrecht und der Krieg in Schlesien gehe ihn nichts an, sondern Albrecht und Barbara, ließ Johann den Grafen von Zollern weiter klagen. Er könne Barbara und ihr Gefolge nicht länger ernähren, denn er habe schließlich schon 50 000 Gulden Schulden. Er brauche pro Woche 1300 Gulden, um die Truppen in Crossen, Cottbus, Peitz, Frankfurt an der Oder und Berlin zu unterhalten. Der König von Böhmen leiste keine Hilfe, so die Fortsetzung der Klagen.

Mit der schriftlichen Fixierung des Vortrages – diesmal schien alles aufgezeichnet worden zu sein – konnten die mündlichen Informationen Eitelriedrichs zusammen mit all den schriftlichen Nachrichten aus den mitgebrachten Schreiben archiviert und so für spätere Zeiten nutzbar gemacht werden.

Pfalzgraf Otto von Mosbach-Neumarkt <sup>(1)</sup>, um noch ein gutes Beispiel zu nennen, hatte sich Anfang 1479 nach Ungarn begeben, um dort bei König Matthias vorzusprechen, und unter anderem zu sondieren, wie das leidige Thema Glogau gelöst werden könne. Otto, der die oberpfälzischen Besitzungen der pfälzischen Wittelsbacher regierte, stand zwischen den Fronten. Er war sowohl Nachbar Albrechts als auch Lehnsmann der Krone von Böhmen und hatte Burgen in Besitz, die als Basis für mögliche ungarische Angriffe auf die fränkischen Besitzungen der Zollern hätten benutzt werden können. Wäre es soweit gekommen, wäre er selbst in die militärischen Auseinandersetzungen hineingezogen worden. Aus Eigeninteresse versuchte er sich also als Mittelsmann. <sup>(2)</sup>

Nach seiner Rückkehr aus Ungarn sandte er zwei seiner Räte nach Ansbach, um Albrecht Bericht erstatten zu lassen. <sup>(3)</sup> Albrecht war allerdings in Cölln, so dass die Wittelsbacher Räte nur die Statthalter antrafen. Ottos Räte trugen die Ergebnisse der Verhandlungen diesen mündlich vor, die Ansbacher Räte ließen deren Vortrag, der eine Reihe von für Albrecht sehr wichtigen Informationen enthielt, schriftlich niederlegen und sandten die Aufzeichnungen schon am 9. April nach Cölln. <sup>(4)</sup>

Die Räte Ottos reisten weiter nach Sachsen und dann nach Cölln, wo sie am Abend des 25. April eintrafen, um dort dem Kurfürsten persönlich mündlich die Ergebnisse der Gesandtschaftsreise mitzuteilen. Albrecht wusste aber bereits Bescheid und konnte den Räten Ottos bereits am folgenden Dienstag, dem 27. April, eine Antwort zukommen lassen. Diese Antwort ist als Abschrift im Hausarchiv in Berlin überliefert. <sup>(5)</sup> Ob sie nur mündlich erteilt und dann für die Brandenburger Kanzlei niedergeschrieben wurde, oder ob sie den Räten Ottos auch in schriftlicher Form mitgegeben wurde, ist nicht zu klären. <sup>(6)</sup>

Im Januar 1480 schickten die Brandenburger zwei Räte zu einem Verhandlungstag mit den Vertretern des Königs von Ungarn. Auf diesem Tag von Luckau, der am 19. Januar stattfand, sollte in erster Linie die unsichere Lage in der Lausitz, die zum Einflussgebiet König Matthias‘ gehörte, besprochen werden. Sowohl die Aufträge der beiden Brandenburger Verhandlungsteilnehmer, Dietrich von Freiberg und Sixt von Ehenheim, als auch deren Berichte vom Verhandlungstag, die ursprünglich mündliche Vorträge waren, wurden nach

<sup>1</sup> Die Geschichte der Mosbacher Seitenlinie der Pfälzer Kurfürsten und den Pfalzgrafen Otto I. und Otto II. untersuchte, wie schon erwähnt, Günther Wüst, a.a.O.

<sup>2</sup> Siehe die Ausführungen in Kapitel 2.5 und 2.6.

<sup>3</sup> Die Credenzer der Räte trägt das Datum vom 5. April 1479. Quelle: STAN, C 3, Nr. 267, fol. 72 f.; Priebatsch 2, Nr. 549, S. 506 f.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O.

<sup>5</sup> Priebatsch 2, Nr. 549, S. 506.

<sup>6</sup> In den Archiven ist kein entsprechendes Schriftstück zu finden.

deren Rückkehr in Cölln aufgezeichnet. „*Einbringen er Sixten uf sein werbung*“ steht als Kanzleinotiz über dem aufgezeichneten Bericht. <sup>(1)</sup>

Ebenso aufgezeichnet wurde der Vortrag des Christoph Zedlitz, der Aufträge und Informationen Heinrichs von Münsterberg überbracht hatte. Das geschah am 1. April 1480 und in dieser Quelle heißt es nun besonders deutlich: „*Item am heiligen osterabent im LXXXten jar hat mein herr Christoffel Zedlitz seines gewerbes von herzog Heinr. von Münsterberg wegen gehort; wie der geworben und abgefertigt ist, findet man in der schrift, die mein g. herr herzog Heinr. bei demselben Zedlitz gethan hat.*“ <sup>(2)</sup>

Als nächstes Blatt im Archiv findet sich dann das Antwortschreiben, <sup>(3)</sup> das Münsterberg auch zugegangen ist, wie dieser in einem Schreiben vom 10. Mai 1480 bestätigte. <sup>(4)</sup> Im Ansbacher Archiv wurde wieder zusammengebunden, was thematisch zusammengehörte, wozu man aber die mündlichen Nachrichten erst hatte aufschreiben müssen.

Wieder ein sehr klarer Beweis für die schriftliche Fixierung von mündlichen Informationen findet sich in einer Quelle, die auf den 10. Dezember 1480 datiert ist.

Einer Gesandtschaft König Ladislaus‘ von Böhmen, die Anfang Dezember zu ihm gekommen war und die mündlich die Position des Königs zur Ehefrage dargelegt hatte, antwortete Albrecht am 9. Dezember ebenfalls mündlich, ließ die Antwort aufzeichnen und den Gesandten am Tag darauf überreichen. Der Text der Kanzleinotiz lautete: „*Substanz meines g. herren antwort herzog Heinr. von Munsterberg und herrn Benisch Weytmuller uf ir anbringen von des konigs von Beheim wegen an sein gnad geschehen.*“ <sup>(5)</sup> Der Brief wurde also abgeschickt, ist aber als Konzept auch im Archiv in Franken überliefert, muss folglich zumindest in einer Ausfertigung für das damalige Archiv behalten worden sein.

Hier ist besonders zu bemerken, dass der Schreiber mit dem Wort „*substanz*“ andeutete, dass es sich um eine Zusammenfassung des Wesentlichen handelte. An selber Stelle im Archiv liegt ein Dokument, aus dem klar wird, dass Albrecht sogar noch mehr aufzeichnen ließ. Die Kanzleinotiz über diesen Text führt aus: „*Den schrift den mein gnediger her auf die bete herzog heinrichs von munsterberg gemacht hat an den konig von behemen.*“ Die auf dem Dokument links neben dem Text angebrachte zweite Kanzleinotiz aber lautet: „*ist nit ausgangen, sunder zu einem memorial behalten.*“ <sup>(6)</sup> Aus einem bestimmten Grund ging das Schreiben an Ladislaus also nicht hinaus, wurde aber nicht weggeworfen, sondern aufbewahrt, da es thematisch zum oben erwähnten Schriftverkehr passte und die Haltung Albrechts in der Frage zusammenfasste.

Die nächste Aufzeichnung eines mündlichen Berichtes finden wir – nach der Häufung im Jahre 1480 – erst wieder gut drei Jahre später. Diesmal handelte es sich um einen Bericht an Albrecht aus den ersten Wochen des Jahres 1484, als der neu ernannte brandenburgische Kanzler Dr. Siegmund Zerer nach Ansbach kam. Der Jurist wurde nach dem Tod von Friedrich Sesselmann zum Kanzler ernannt <sup>(7)</sup> und scheint seinen Antrittsbesuch bei Albrecht absolviert zu haben. Dabei berichtete der Kanzler auch über die Verhältnisse in der Mark und über die jüngsten Probleme dort. Das Dokument, das uns diesen Vorgang überliefert, trägt folgenden Kanzleivermerk: „*Anbringen doctor Sigmund Zerers, canzler von meins g. herrn*

<sup>1</sup> Priebatsch 2, Nr. 637, S. 580; Riedel 2,5, Nr. 2038, S. 336. Die Werbung Sixts, mit der er nach Luckau aufgebrochen war, ist im Archiv genau davor, fol. 51, erhalten. Sie lagen zusammen, um sie zusammen zur Hand zu haben.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 656, S. 598. Das von Priebatsch an selber Stelle abgedruckte Blatt 24 des selben Aktenkonvoluts ist der Brief, der auf den 3. April, also Ostermontag, datiert ist und durch den Herrn von Zedlitz an den Herzog von Münsterberg überbracht wurde.

<sup>3</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>4</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>5</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 304; Priebatsch 2, Nr. 703, S. 656.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., fol. 305.

<sup>7</sup> Zerer war bereits einige Jahre als Vizekanzler Sesselmanns rechte Hand gewesen. Näheres zu Siegmund Zerer in Adolf Stölzel; Brandenburg-Preußens Rechtsverfassung; Band I; Berlin, 1888; Neudruck, Vaduz, 1989; S. 111 ff. Zerer wurde in einer Urkunde vom 5. November 1483 das erste Mal als Kanzler titulierte.

*marggraf Johansen wegen an mein herrn zu Bayreut am donerstag nach obersten (8. Januar).“*<sup>(1)</sup>

Diese Formulierung beweist wieder, dass es sich um einen mündlichen Vortrag handelte, der am 8. Januar am Hof in Bayreuth schriftlich aufgezeichnet wurde. Die Antwort Albrechts, die auf den 12. Januar datiert ist und Punkt für Punkt auf Zerers Referat einging, liegt ebenfalls schriftlich im Archiv vor.<sup>(2)</sup> Allerdings ist sie nur als Konzept abgefasst und nicht als Brief mit Anrede und Gruß, so dass auch nicht sicher ist, ob sie jemals in schriftlicher Form nach Cölln transportiert wurde. Sie könnte also auch nur für die Akten in Franken angefertigt worden sein.<sup>(3)</sup>

Der mündliche Vortrag, den der genaue Kenner der brandenburgischen Verhältnisse vor Albrecht hielt, wurde schriftlich fixiert, weil man ihn damit als Quintessenz der Ausführungen Zerers zu den Akten geben und damit das Wissen speichern konnte. Sowohl der Vorgang als auch die wahrscheinlichen Beweggründe sind ein Beweis dafür, dass Albrecht Achilles großen Wert auf eine planbare und nachvollziehbare Herrschaftsausübung legte.

Eine sehr informative mündliche Nachricht an Albrecht Achilles, die er dann schriftlich fixieren ließ, finden wir auch im Jahre 1485. Sie stammt aus den Niederlanden und ist deshalb überliefert, weil Albrecht sie in einem Brief vom 2. August dieses Jahres an die Stadt Nördlingen weiterleitete. Die Nachricht bezog sich auf einen Aufstand gegen Herzog Maximilian, der den Habsburger gezwungen hatte, sogar seinen Sohn aus Gent wegzuschicken. Doch dann, so ist zu lesen, habe der Herzog die Revolte niedergeschlagen und „... *dennach der herzog vil enthaupt und ine all zeug und harnasch genomen und sind die wieder widerwertigen vast entronnen und hinwegk gelaufen und bricht der was schedlich ist.*“ Und gegen Ende des Briefes wird die Quelle für Albrechts Wissen genannt: „... *heut ist komme ein söldner von Onoltzpach, der uns die ding bericht hat und bey dem herzog gewesen ist.*“<sup>(4)</sup>

Der mündliche Bericht des Ansbacher Söldners, mit dem Albrecht früher vielleicht schon dienstlich zu tun gehabt hatte und der Augenzeuge der Vorgänge in den Niederlanden gewesen war, war sehr informativ, sowohl was militärische Einzelheiten des Aufstandes als auch was die politischen Vorgänge angeht. Ob sie schon in der Rohfassung so war, oder ob Albrecht durch Fragen mehr herausholte und die Ergebnisse für den Brief dann so dicht zusammenfasste, ist nicht zu beweisen, aber sehr plausibel. Der Nutzwert des mündlichen Bericht wurde durch die schriftliche Präzisierung Albrechts wohl sehr verbessert.

Ähnliches zeigt sich auch bei einem Vorgang, der schon ganz am Ende der Regierungszeit Albrechts angesiedelt ist. Im November 1485 schickte der Kurfürst seinen Rat Albrecht Stieber zu den Sachsenherzögen mit dem expliziten Auftrag, mündlich zu verhandeln und dann mündlich Bericht zu erstatten. Diese Fertigung Stiebers, die in Ansbach wohl vor der Abreise des Gesandten aufgezeichnet wurde, beginnt mit den Worten „*Fertigung Albrechten Stieber an beide herrn von Sachsen. Sag unsern swegern unser freuntlich dienst. Und sag ine ...*“<sup>(5)</sup> Das selbe geschah mit der Antwort des Gesandten, in der es zu Beginn der schriftlichen Aufzeichnung heißt: „*Relation Albrecht Stiebers, als er von herrn von Sachsen widerkommen ist.*“<sup>(6)</sup>

Albrecht hatte auch mit dem Kurfürsten von Mainz durch einen Gesandten Kontakt aufgenommen. „*Fertigung doctor Straus an bischove zu Menntz. Was zu antwort gesellt*

<sup>1</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 192; Priebatsch 3, Nr. 996, S. 294.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 194, 195; Priebatsch 3, Nr. 996, S. 295 f.

<sup>3</sup> Die Tatsache, dass die beiden Dokumente nur im Nürnberger Archiv liegen, darf aber nicht überbewertet werden. Archivalische Verluste aus welchen Gründen auch immer sind keine Seltenheit.

<sup>4</sup> STAN, Bayerische Bücher 11, fol. 53 r. Priebatsch 3, Nr. 1102, S. 425.

<sup>5</sup> STAN, A.R.T.A. Nr. 3, fol. 131 v.; Priebatsch 3, Nr. 1151, S. 487.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., fol. 133 r.; Priebatsch 3, a.a.O.

wissen wir nit.“<sup>(1)</sup> Auch dessen Verhandlungsvorgaben sind schriftlich in Ansbach festgehalten worden und sind fast deckungsgleich mit den Vorgaben für Stieber.

Die schriftliche Fixierung der Informationen des Gesandten Stieber und deren Vergleich mit den ebenfalls schriftlich festgehaltenen Vorgaben machte die Einordnung der diplomatischen Aktion für die fürstliche Regierung leichter. Ob auch Dr. Straus Informationen aus Mainz geliefert hat, die dann hätten aufgezeichnet werden können, weiß man nicht.

#### 4.5 Wahl des Mündlichen aus bestimmten Gründen

Es ergaben sich oftmals auch ganz konkrete Anlässe, aus denen heraus es dem Absender – Albrecht oder einem seiner Informanten – ratsam erschien, eine Nachricht in mündlicher Form überbringen zu lassen. Mündliche Botschaften wurden oft dann eingesetzt, wenn man der Gefahr gegenwärtig sein musste, dass ein Brief in falsche Hände fallen könnte, oder wenn es sich um eine sehr geheime, diplomatisch brisante, politisch heikle oder auch peinliche Angelegenheit handelte, die am besten nicht schwarz auf weiß übermittelt werden sollte.

Der Weg von und nach Böhmen wurde in einer Quelle aus dem Jahr 1472 als ein Unsicherheitsfaktor eingeschätzt. Mit Datum vom 27. Januar schrieb Heinrich von Münsterberg, dass Albrecht Räte senden solle, denn die Übermittlung von schriftlichen Nachrichten sei keineswegs problemlos: „... *auch als euer liebe begehrt, euch zu unterrichten gelegenheyt alles handels, dy alhy zu Behem, auch zu Ungern stent, fuget unseuer liebe nicht zu schreiben, manicherley ursach halben. Darumb bitten wir euer liebe gar früntlichen, euer liebe welle eynen eurer rath in korz zu uns schicke, den wir denn alles handels noch aller notdurft unterrichten wellen, wenne euer lieb mag verstehen, solthen wir unser eynen zu euch schicken, mocht sicherheyt halben nicht zu euch kommen ...*“<sup>(2)</sup>

Münsterberg wollte nicht riskieren, dass die Nachrichten abgefangen wurden. Er schreibt zwar nur, dass es verschiedene Gründe gebe und spricht das Thema Unsicherheit nicht explizit an. Da er es jedoch sogar als gefährlich ansah, einen Rat nach Brandenburg zu schicken, wo sich Albrecht zu dieser Zeit aufhielt, wird er wohl aus dem selben Grund auch vor der Übersendung von Briefen zurückgeschreckt sein. Albrecht entsprach der Bitte des Schwiegersohns und schickte seinen in böhmischen Angelegenheiten bewanderten Rat, den Cottbuser Landvogt Sigmund von Rotemberg, nach Böhmen.<sup>(3)</sup>

1479 waren es erneut Nachrichten aus Böhmen, die von der Unsicherheit der Nachrichtenübermittlung zeugen. Albrecht schrieb am 19. Februar dieses Jahres aus Frankfurt an der Oder an Heinrich von Münsterberg einen längeren Brief, in dem er um Informationen bat und seinem Schwiegersohn seinerseits Informationen zukommen ließ. „... *der kriegsleuft, hochzeit und aller sachen halben wurdet euch Mertein eur bote berichten.*“<sup>(4)</sup> Wichtige

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 132; Priebatsch 3, a.a.O. Bei den Verhandlungen mit seinen beiden Mitkurfürsten ging es darum, zwischen den Königswählern für die Verhandlungen um die geplante Wahl Maximilians eine gemeinsame politische Position zu finden, ein Versuch, der gründlich fehlschlug. Siehe dazu die Erklärung in der biographischen Skizze.

<sup>2</sup> Priebatsch 1, Nr. 281, S. 315 f.

<sup>3</sup> Folgenden Auftrag erhielt der Landvogt: „*Unsern gunstlichen grus zuvor. Lieber getreuer. Uns hat itzund der hochgeborene furst, unser lieber sone herzog Heinr. von Munsterberg geschriben, bitende, einen unsern rate zu im hinein zu schicken, wie du dann in innliegender abschrift seins brives vernemen wirst, an dich mit ganzem ernst begerende, das du dich mit disem unserm glaubsbrive, den wir dir hiebey zuschicken, zu stund an mit disem unsers sons boten erhebest und hinein zu seiner liebe van unsern wegen reytest und von im horest und handelst in dem, das er an dich bringen wirdet, noch deinem gutbedunken, doch uf ein anbringen an uns ...*“ Die Credenzt für Rotemberg ist dem Schreiben vom 7. Februar 1472 beigelegt. Quelle: Priebatsch 1, Nr. 291, S. 323. Rotemberg, der die brandenburgischen Besitzungen in der zu Böhmen gehörenden Lausitz verwaltete, war ein Fachmann in böhmischen Angelegenheiten, weswegen der große Handlungsspielraum, den Albrecht ihm einräumte, verständlich ist. Albrecht wollte aber, dass Rotemberg ihn über sein Vorgehen unterrichtete.

<sup>4</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 189; Priebatsch 2, Nr. 515, S. 479.

Nachrichten, vor allem militärische Einzelheiten, sollte also Mertein, ein sehr häufig eingesetzter und von beiden sehr geschätzter Mann, mündlich überbringen. Und den Grund für die Wahl des Mündlichen als Übertragungsweg kann man aus der Formulierung Albrechts ableiten, er habe den Boten Münsterbergs mit der Nachrichtenübermittlung beauftragt, weil „*wir nicht wol wissen unser boten durchzubringen.*“<sup>(1)</sup>

Hier schrieb Albrecht zwar nur, dass er aus Gründen der Unsicherheit im Lande auf einen Münsterberg-Boten zurückgreife und nicht, dass er deshalb die mündliche Botschaft wähle. Aber es ist deutlich, dass Gefahren auf einen Boten lauerten, weshalb zumindest militärische Details nicht dem Papier anvertraut werden sollten. Erst ein paar Tage später, mit einem Schreiben vom 19. Februar 1479, erfuhr Albrecht durch einen Eilkurier des Landvogts von Cottbus, dass zumindest einer seiner Gegner, König Matthias von Ungarn, den Waffenstillstand verlängern wolle und damit die Gefährdung abgenommen habe.<sup>(2)</sup>

Eine sogar explizite Aussage darüber, dass eine Nachricht in mündlicher Form überliefert wurde, weil der Weg unsicher war, liefert uns ein Vorgang vom November 1481. Dr. Liborius von Schlieben, damals Domherr zu Lebus und später Bischof dieser brandenburgischen Diözese, war von Johann nach Ansbach geschickt worden, um bei Albrecht Achilles vorstellig zu werden. Eine neue Entwicklung in der Auseinandersetzung mit Ungarn um das Glogauer Erbe hatte Johann veranlasst, mit Albrecht Kontakt aufzunehmen. Mit Datum vom 1. Dezember 1481 ließ Albrecht in Ansbach ein Dokument für den Domherrn niederschreiben, in dem die Anweisungen des Kurfürsten an seinen Sohn und Statthalter in der Mark zusammengefasst wurden. Neben der Frage des Glogauer Erbes wurden noch vier weitere Punkte kurz angerissen. Offensichtlich wurde diese Aufzeichnung – die Kanzleinotiz lautet „*Fertigung doctor Liborius von Slieben uf sein anbringen. Actum O. am sambstag nach Andree*“ – nur für die Kanzlei in Ansbach erstellt und von Schlieben sollte nur Mündliches in Cölln vortragen. Denn ein Punkt in der Fertigung hält fest: „*Dise schrift hat im mein herr nicht geben wöllen fare halb, ob er niederleg, sundern im die meynung muntlich gesagt und befohlen anzubringen, doraus er im ein memorial gemacht hat.*“<sup>(3)</sup> Mit dem Wort Memorial war wohl die Aufzeichnung gemeint, die nicht ausgehändigt wurde und in Ansbach blieb. Der vorsichtige Kurfürst setzte hier das Mündliche gezielt ein, um die Geheimhaltung zu gewährleisten.

Neben der drohenden Gefahr für die Boten spielten auch politische und sogar emotionale Gründe eine Rolle, wenn die Entscheidung getroffen wurde, eine mündliche Nachricht zu schicken.

Der Tod des Markgrafen Johann des Alchimisten am 16. November 1464 veranlasste Albrecht Achilles, einen Gesandten nach Dänemark zu schicken. Dort lebte bekanntlich Dorothea, die Tochter des Alchimisten, als Frau des Königs Christian. Königin Dorothea und ihr Mann antworteten auf die Todesnachricht aus Süddeutschland mit einem Brief vom 1. Januar 1465, in dem auch nachgefragt wurde, wie es um Dorotheas Erbe stünde. Dann folgte die Ankündigung: „*Als ewr liebe des auch durch ewrn diener Darius von Meyenthal verrer bericht werden mag.*“<sup>(4)</sup> Darius von Meyenthal<sup>(5)</sup>, der wohl auch die Todesnachricht nach

<sup>1</sup> STAN, a.a.O. Albrecht legte dem Schreiben an Münsterberg noch einen Zettel bei, in dem er ihn bat, ein ebenfalls beigelegtes Schreiben an König Ladislaus gelangen zu lassen. Auch in diesem Zettel begründete er diesen Umweg mit der Möglichkeit, dass sein eigener Bote nicht durchkommen könnte. Quelle: STAN, a.a.O. fol. 189 v.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 514, S. 479.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 45, fol. 131; Priebatsch 3, Nr. 817, S. 127.

<sup>4</sup> Riedel 3,3, Nr. 60, S. 70 f.

<sup>5</sup> Näheres zur Familie von Meyenthal findet sich in Johann Christian von Hellbachs Adels-Lexikon, Band 2; Ilmenau, 1826; S. 123. Dort ist allerdings auch nur der Eintrag zu finden, dass die Familie von Meyenthal ausgestorben ist. Angehörige der Familie waren im Stift Würzburg begütert und nahmen in Würzburg oft an Turnieren teil.

Dänemark gebracht hatte, sollte also mündlich die heikle Angelegenheit des Streits um den Erbanteil Dorotheas darlegen. <sup>(1)</sup>

Ein paar Jahre später stoßen wir wieder auf die Erbsache Johann, weswegen wir die Chronologie verlassen und uns gleich dieser Quelle zuwenden. Die zweite Tochter des Alchimisten, Barbara, seit 1433 als Frau Ludwigs von Gonzaga in Mantua in Italien lebend, wollte ebenfalls etwas aus der Hinterlassenschaft ihres Vaters erben. <sup>(2)</sup> Sie nutzte einen Besuch des Bamberger Domherrn Hertnid von Stein, der von einer Mission in Rom zurückreisend bei ihr Station machte, für ihren Protest beim Onkel.

Er, so schrieb Stein am 18. April 1472 an Albrecht, habe mit Barbara über die noch nicht ausgezahlte Mitgift von 12 000 Gulden verhandelt, die auf Neustadt an der Aisch verschrieben sei. <sup>(3)</sup> Weiter heißt es: *„ich bin of disem ausreiten zu Montua bey meinr gnedigen frauen von Montua gewesen denn der cardinal nicht nicht erlassen wolt dahin zu reisen und schicket mir zu, dy mich dahin forten. Ist meyn gnedigen frau und auch der alt herre von Montua mit mir zu reden kumen und allerley von den gebrechen, so zwischen eur gnaden und ir sein, der Newestatt halben gerdet, als hab ich mich nicht wollen annemen ichtes an eur gnad zu bringen. Darauf hat meyn frau eur gnaden geschrieben und mich gebetten, dabey zu sagen, was sie mit mir gereth hab. Nu hab ich sulchen brieve nicht bey mir, sondern so ich heym kome, will ich den euern gnaden bey der nechsten botschaft zuschicken und alsdann davon schreiben.“* <sup>(4)</sup>

Barbara hat Stein also gebeten, die unangenehme Angelegenheit des Erbstreites mündlich an Albrecht heranzutragen, denn die Markgräfin wusste, dass zwischen beiden ein Vertrauensverhältnis bestand. Stein weigerte sich zwar zuerst, „*ichtes*“, sprich irgendetwas, zu überbringen, sagte dann aber doch zu, den Inhalt des Gesprächs mit Barbara als Zusatzinformation wiederzugeben, wenn die Markgräfin Albrecht einen entsprechenden Brief schreiben würde. Im Brief an Albrecht revidierte er aber erneut seine Meinung und kündigte ein Schreiben an, in dem er seine Gespräche in Mantua zusammenfassen wollte. Dieses Schreiben ist aber offensichtlich nicht überliefert. Barbara jedenfalls, das steht fest, vertraute auf das Mündliche zur Übermittlung von Nachrichten über unangenehmen Familienstreit.

Auch mit seinem Bruder tauschte Albrecht mündliche Informationen aus. Kurfürst Friedrich II. verhandelte in den Jahren 1467 und 1468 mit dem päpstlichen Legaten für Böhmen, Bischof Rudolf von Breslau. Es ging um die mögliche Kronkandidatur Friedrichs II. in Böhmen, die dieser in enger Absprache mit seinem Bruder Albrecht verfolgte. <sup>(5)</sup> Bischof Rudolf hatte im Februar Gesandte an Friedrich geschickt, die mit einer Antwort zurückgeschickt wurden. Der Inhalt der Antwort wurde in einem Dokument festgehalten, das selbst nicht versandt wurde. Denn der letzte Absatz dieses Dokumentes lautet: *„Doch ist sulch antwerdt vmmb ferligkyt wille nicht in schrift gegeben, sundern In muntlich gesagt. Aber ire anbrenghen haben sy vns In schriften vberantwortet.“* <sup>(6)</sup>

<sup>1</sup> Der Streit um das Erbe ging weiter, dann allerdings in schriftlicher Form. So schrieben Dorothea und Christian auch an Friedrich II. von Brandenburg, was wiederum einen Briefwechsel der fürstlichen Brüder auslöste. Weitere Briefe folgten. Quellen: Riedel 3,3, Nr. 61, 64, 66, 68 und 70.

<sup>2</sup> Die 12 000 Gulden Mitgift, die die beiden Töchter des Alchimisten als Gegenleistung dafür bekommen sollten, dass Albrecht 1464 das Erbe seines Bruders Johann antreten konnte, waren durch die Einkünfte und die Herrschaft über die Stadt Neustadt an der Aisch – später wurde es das Wittum Kurfürstin Annas – gedeckt. Quellenmäßig belegt ist dies durch ein kaiserliches Mandat in der Sache. Quelle: Riedel 3,2, Nr. 41, S. 38 und Nr. 43, S. 40.

<sup>3</sup> Das Leben Markgräfin Barbaras wird untersucht von Bernhard Hofmann; Barbara von Hohenzollern. Ein Lebensbild aus dem XV. Jahrhundert; In: 41. Jahresbericht des Historischen Vereins für Mittelfranken; 1881; S. 3 – 23. Der Artikel enthält eine Reihe von Anlagen, so zum Beispiel auch Briefe. Siehe auch die in der Einleitung ausführlich zitierte neuere Arbeit von Edda Severidt, a.a.O.

<sup>4</sup> Priebatsch 1, Nr. 327, S. 352 f.

<sup>5</sup> Genau geschildert ist der Ablauf der Ereignisse in Heymann, George of Bohemia, a.a.O., S. 468 – 471.

<sup>6</sup> Riedel 3,1, Nr. 328, S. 458 ff.

Eine Textstelle, die deutlicher nicht sein könnte. Hier ist offensichtlich nicht die Gefahr gemeint, dass ein Bote überfallen werden könnte, sondern brisante politische Fragen spielten die entscheidende Rolle. Friedrich wurde als Gegenkandidat gegen den der utoquistischen Ketzerei beschuldigten Georg von Podiebrad gehandelt. Da der König zum einen noch fest im Sattel saß und Brandenburg zum anderen bisher keine Politik gegen den Böhmenkönig gemacht hatte und insbesondere Albrecht Achilles dem Böhmen sogar sehr positiv gegenüberstand, ist die Vorsicht Friedrichs verständlich, sich nicht schriftlich zur Kandidatur zu äußern, die ja eine Kehrtwende der zollerischen Böhmenpolitik bedeutet hätte.

Albrecht Achilles mahnte dann auch in einem Schreiben an Friedrich vom 1. März 1468, in dem er sehr ausführlich, detailliert und strukturiert seine Meinung zu der möglichen Thronkandidatur und seine Ratschläge darlegte, zu absoluter Diskretion. Schon auf dem äußeren Blatt, das als Umschlag diente, stand zu lesen: „*siner selbs hand. Sunst sol den brief nimand uffbrechen noch lesen ane vnsers bruders besunder erlauben.*“<sup>(1)</sup> Der Legat war da weniger vorsichtig. Er verfasste seine Anfrage an den Kurfürsten schriftlich.

In einem Schreiben des Grafen Ulrich von Württemberg vom 23. April 1471 stoßen wir wieder auf eine Formulierung, die den Einsatz des Mündlichen aus Gründen der politischen Brisanz erforderte. Einer von Ulrichs Leuten, ein Werner Lutzen, sei durch Bewaffnete Graf Eberhards des Jüngeren, Ulrichs Sohn, überfallen und verwundet worden, schrieb der Graf nach Ansbach. Deshalb und auch wegen anderer Sachen, die brieflich nicht mitzuteilen seien, solle Albrecht am Freitag nach Misericordia, das war im Jahr 1471 der 3. Mai, zu ihm nach Ellwangen kommen. Außerdem solle Albrecht noch Berater mitbringen. „*Ob uwer lieb gen Ellwangen komen wolle, bitt ich uwer lieb den alten von Hohenloe och dahin zu verboten und in sondern h. Jorgen von Absperg mit zu bringen. Das will ich umb uwer lieb verdienen*“, so die Formulierung in einem beiliegenden Zettel.<sup>(2)</sup> Die Tatsache, dass das Stuttgarter Grafenhaus so stark zerstritten war, dass man sich sogar bekämpfte, war in der Tat eine sehr prekäre Angelegenheit. Ulrich brauchte offensichtlich Rat und wollte die Details, die er fragen wollte, nicht einem Brief anvertrauen.

Albrecht selbst berichtete von einer geheimen Nachricht, die er mündlich bekam, in einem Brief an seine Räte Spet und Schaumburg vom 11. Juni 1472. Die beiden verhandelten in böhmischen Angelegenheiten mit den Sachsenherzögen und Albrecht informierte sie, dass er erfahren habe, dass Kurfürst Ernst von Sachsen mit beiden böhmischen Thronprätendenten in engen Verhandlungen stünde. „*Hat uns in geheim Steinbach gesagt, den wollet nit melden.*“<sup>(3)</sup> Albrecht wollte sicherlich vermeiden, dass die Sachsenherzöge erfuhren, dass er heimlich über ihre Aktivitäten in Kenntnis gesetzt worden war. Albrecht gab die mündlichen Informationen Steinbachs deshalb nur im Geheimen weiter.

Ludwig von Eyb schrieb am 14. Februar 1473 aus Ansbach nach Cölln, dass er in der Woche nach dem Sebastianstag, Anfang Februar, in Eichstätt gewesen sei. Dort habe er mit dem Eichstätter Hofmeister, Konrad von Luchaw, gesprochen, der seinerseits in Vohburg mit Herzog Albrecht IV. von München zusammengetroffen sei. Luchaw habe ihm im Auftrag Herzog Albrechts einiges vom Streit zwischen dem Münchner Herzog und seinem Landshuter Vetter Ludwig dem Reichen erzählt, so Eyb.<sup>(4)</sup> Der Hofmeister habe im Geheimen gesagt, dass Albrecht IV. Ludwig den Reichen verdächtige, gegen ihn zu intrigieren. Eyb schreibt wörtlich: „*... und als der widerkomen ist, hat er mir allein in vertrauen und geheym gesagt: er sei bei herzog Albrechten gewesen, der hab mit im geredt von eines handels wegen etlicher armenleut halb, ine und m. h. von Eystet gein einander berurend, der nit vil auf im trag und wol mit einem briefe auszurichten gewesen were. Aber der genannt m. h. herzog Albrecht hab*

<sup>1</sup> Riedel 3,1, Nr. 333, S. 476.

<sup>2</sup> STAN, A.A., Nr. 732, fol. 54 r.; Priebatsch 1, Nr. 171, S. 245.

<sup>3</sup> Priebatsch 1, Nr. 392, S. 403. Bei dem Informanten handelte es sich um den böhmischen Adligen Hans von Steinbach, mit dem Albrecht seit 1470 in Verbindung stand.

<sup>4</sup> Siehe die ausführliche Analyse in Kapitel 2.2.

*darnach gesagt: er verstee, das der hofmeister e.g. gewant sei, darumb woll er in vertrauen mit im reden, doch das dasselb nit weyter dann an e.g. gelang. Er merck, das sein vetter hertzog Ludwig allerlei gegen im furnem, das sich nicht zu gutem willen zieh. ... solchs alles sag er dem hofmeister darumb. Das er das wol mag in gehym an e. g. gelangen lassen und eures willens dorinn zu erkundigen. ... dorauf hab er, Contz von Luchaw, hertzog Albrecht geantwort: e.g. sei numer der ru und frids begirig und wis nit, war e.g. dorinnen willens sei, so wiß er es auch, ich, Ludwig, sei in kurz von e.g. heraus kommen, so kann ich es durch Schrift nicht wol allein handeln und sind bede des glaubens, das wir es nit weyter dann an e. g. lassen raichen. ... darumb er, der hofmeister mir, Ludwigen, das also im vertraun anbring.“<sup>(1)</sup>*

Obwohl die Münchner deutliche Interessensgegensätze zu den Landshuter Wittelsbachern hatten, war das Verraten der Familien-Gemeinsamkeit immer eine brisante Angelegenheit. Deshalb wollte Herzog Albrecht sich nicht zu offensichtlich mit Ludwigs Erzfeind Albrecht von Brandenburg verbünden. Die mündlichen Informationen des Hofmeisters waren da der geeignete Weg der Kontaktaufnahme. In den kommenden Jahren arbeiteten die Höfe in München und Ansbach dann auch in verschiedenen Fragen eng zusammen.<sup>(2)</sup>

Ein weiterer Fall, in dem ebenso klar wird, dass der Informant geheim gehalten werden wollte, begegnet uns im Jahr 1473, als der Rat Albrecht Clitzing<sup>(3)</sup> auf Albrechts Anweisung bei König Christian I. von Dänemark war. Der Gesandte hatte eine Schuldverschreibung des dänischen Monarchen an Albrecht erwirkt und wollte diese, ausweislich seines Briefes vom 1. Oktober des Jahres 1473, zu Albrecht bringen.

Darüber hinaus scheint König Christian Clitzing noch eine Reihe von Informationen gegeben zu haben: *„Ich habe mennicherley ander gewerbe an meins gnedigen heren, des konigs, wegen zcu uweren gnaden, die ich uweren gnaden nicht schreiben derv, der ich uweren gnaden muntlich wol will berichten.“<sup>(4)</sup>* In diesem hervorragenden Quellenbeispiel ist die Begründung für die Wahl der Mündlichkeit expressis verbis dargelegt: Er darf nichts Schriftliches verfassen, weil es ihm König Christian verboten hatte.

Diese Quelle lässt uns auch bei der Suche nach dem Inhalt der mündlichen Nachricht und damit nach dem Grund für das Verbot glücklicherweise nicht im Stich. Clitzing, so schrieb er selbst in seinem Brief, sei auf der Rückreise von Dänemark zu Albrecht nach Cölln gekommen und dort mit Markgraf Johann zusammengetroffen. Dieser habe ihm befohlen, vorerst am Brandenburger Hof zu bleiben. Denn Johann wolle selbst zu Albrecht nach Franken, wolle auch die wichtigen Reichstage – Verhandlungen mit Burgund standen an – besuchen und beim Besuch in Ansbach die angekündigten Nachrichten überbringen. Sollte, so fuhr Clitzing fort, Johann nicht reisen, werde er selbst kommen.

Clitzing schien es bei der Reiseunterbrechung, auch wenn sie auf Befehl des Markgrafen stattfand, nicht ganz wohl gewesen zu sein. Denn er fügte dem Schreiben an Albrecht noch eine Nachschrift an, in der er die Nachrichten, die er eigentlich überbringen wollte, schon einmal kurz anriss. Die Stelle lautet: *„Wie hertzog Ludwig von Bairen sein botschaft by hertzog Ericke und hertzog Wartlaff gehabt vnd sich myt In vertragen hatte, das sie ewer gnade vnd ewer lant angreyffen vnd ufz der vertracht wyder geen sollten vnd war er In hulff*

<sup>1</sup> Priebatsch 1, Nr. 536, S. 487.

<sup>2</sup> Siehe ebenfalls Kapitel 2.2. Dort ist auch weiterführende Literatur zum Streit angeführt.

<sup>3</sup> Albrecht Clitzing diente – wie oben schon erwähnt – sowohl Albrecht Achilles als auch König Christian von Dänemark als Gesandter und Berater.

<sup>4</sup> Riedel 3,2, Nr. 67, S. 67 f.; Priebatsch 1, Nr. 701, S. 578. Bei Riedel ist der 13. Januar als Datum vermerkt. Die Aussage am *„dage Remigy“* als Absendetag ist missverständlich. Am 1. Oktober wird die Translatio des Heiligen begangen und dieses Datum gilt als Remigius-Tag. Der Todestag des Heiligen, der 13. Januar, wird nur in einigen Diözesen im Westen des Reiches und im Erzbistum Reims begangen. Siehe dazu Grotefend, a.a.O., Band 1, S. 165. Da Albrecht im Januar 1473 noch in Brandenburg war, wäre eine Auseinandersetzung darüber, wer zum Kurfürsten reisen sollte, auch unsinnig, wenn der Brief aus den Januartagen stammen sollte.

*vnd rates darzu thun wollte vnd wo das durch meynen gnedigen heren konige zcu dennemargken vorkommen vnd vorhindert werde.“*<sup>(1)</sup>

Die geheimen Nachrichten Christians waren also Informationen über einen möglichen konzertierten Angriff der Pommern und Landshuter auf die Besitzungen Albrechts. Es versteht sich von selbst, dass die Gefahr eines Mehrfrontenkrieges ohne Verzögerung dem Fürsten zu melden war. Die Versicherung Clitzings, dass Christian von Dänemark alle Gefahren angeblich schon gebannt habe, wird Albrecht kaum beruhigt haben. Deshalb schickte Clitzing die Basis-Informationen auch schnell mit einem Boten.

Dass Johann mit dieser brisanten Nachricht selbst reisen wollte, ist erst einmal nicht verständlich. Wahrscheinlich war der Wunsch, die Nachrichten zu überbringen, nicht die Hauptmotivation des jungen Prinzen. Er wollte seinem Vater wegen einer Vielzahl von Problemen sprechen und eben auch – wie geäußert – zu den Reichstagen reisen.<sup>(2)</sup> Die Reise des Kurprinzen, das geht aus den Quellen hervor, hat auf jeden Fall nicht stattgefunden. Ob Clitzing dann gereist ist und Albrecht informierte, wie er versprochen hatte, verschweigen uns die Quellen.

Verständlich ist auf jeden Fall, dass König Christian, der wohl in das Komplott der Pommern und Landshuts mit einbezogen werden sollte, nicht als Informant entdeckt werden wollte und deshalb die schriftliche Nachrichtenübermittlung untersagte. Dass sie dann doch erfolgte, ergab sich aus der unklaren Lage nach Johanns Befehl an Clitzing, nicht zu Albrecht zu reisen.

Herzog Wilhelm III. von Sachsen-Weimar hatte – wie schon mehrmals erwähnt – immer ein sehr enges Verhältnis zu Albrecht Achilles und unterstützte öfter auch dann dessen Pläne, wenn sie den Interessen des Hauses Wettin nicht ganz entsprachen. Albrecht seinerseits suchte die Nähe zu Wilhelm und trachtete danach, durch dessen Vermittlung die engen Beziehungen zu Kursachsen zu bewahren. Ein Fall dieser Vermittlungspolitik Wilhelms zeigt sich in einem Schreiben vom November 1473, in dem es um die Stellung beider Kurstaaten gegenüber dem Wunsch Karls von Burgund ging, Römischer König zu werden. Albrecht hatte seinen Vertrauten Johann Spet mit der Bitte zu Wilhelm geschickt, dieser möge am kurfürstlichen Hof in Leipzig sondieren, wie man in dieser Frage gemeinsam vorgehen könnte.

Wilhelm machte sich offensichtlich auf, verhandelte, ließ die Informationen darüber aber nur mündlich an Albrecht übermitteln. „... *und wie es uns uf dem Hofe zu Liptzk ergangen hat, haben wir Johann Speten, ehe uwer Schrift uns zukommen ist, bevolhen, uwer Liebe des zu underrichten, in Meinung, es sei also nun ergangen, denn vorin wir uch zu willefarn westen ...*“<sup>(3)</sup>

Dieser Text stammt aus einem Brief Wilhelms an Albrecht vom 21. November 1473, nachdem der Brandenburger anscheinend noch einmal schriftlich nachgehakt hatte, weil ihm eine Antwort zu lange ausblieb. Wilhelm blieb aber trotz der Nachfrage in seiner schriftlichen Stellungnahme unbestimmt und informierte Albrecht nur, dass der Gesandte Spet ihn mündlich unterrichten werde. Wilhelm wollte offensichtlich nicht, dass die Einzelheiten seiner Gespräche in Leipzig bekannt wurden.

Auch aus dem Vorfeld des Reichskrieges gegen Burgund ist ein Fall überliefert, der zeigt, dass brisante Nachrichten oftmals untern einem Brief anvertraut wurden. Albrechts Rat Ludwig von Eyb, der seit dem Spätsommer 1473 Kaiser Friedrich III. bei dessen Reise durch Südwest- und Westdeutschland begleitet und regelmäßige Berichte nach Ansbach übermittelt

<sup>1</sup> Priebatsch, a.a.O.

<sup>2</sup> Johann äußerte in einer Reihe von Briefen den Wunsch, mit anderen Fürsten auf Reichstagen und Turnieren zusammenzutreffen.

<sup>3</sup> Müller, Reichstagstheatrum II, S. 599; Riedel 2,5, Nr. 1938, S. 201; Priebatsch 1, Nr. 733, S. 597. Datum des Briefes ist der 21. November und nicht der 3. Februar, wie Riedel irrtümlich angegeben hatte. Priebatsch korrigierte den Fehler.

hatte, war Anfang 1474 mit dem kaiserlichen Hof in Köln am Rhein eingetroffen. Dort lag der Erzbischof mit dem Domkapitel und der Stadt im Streit, eine Auseinandersetzung, die den Anlass für das Eingreifen Karls von Burgund im Stift und damit für den Ausbruch des Reichskrieges bilden sollte. <sup>(1)</sup>

Am 17. Januar schrieb Eyb, dass der Kaiser versucht habe, zwischen Erzbischof und Kapitel zu vermitteln und dass er, wenn seine Entscheidung verkündet sei, von Köln abreisen werde, wie er es schon länger vorhabe. Eyb schreibt dann weiter: „*Was in den sachen wider des k. willen bisher verhindrung und verzug bracht hat, will ich e. g. berichten, so ich hinauff kom, dovon uberlant nit zu schreiben ist.*“ <sup>(2)</sup> Die genauen Einzelheiten der politischen Auseinandersetzungen im Kölner Stift, die einen Ausgleich verhinderten, wollte Eyb ob ihrer Brisanz keinem Brief anvertrauen.

Ein Briefwechsel zwischen Albrecht und seinen engen Verbündeten, Graf Ulrich V. von Württemberg sowie dessen Sohn Graf Eberhard dem Jüngeren vom Herbst 1476 bringt uns auf die Spur einer weiteren brisanten mündlichen Nachricht. Ulrich und Eberhard schickten am 25. September den Ritter Konrad von Holtzingen mit einer Credenz zu Albrecht. <sup>(3)</sup> Wir wissen nicht mit Bestimmtheit, was Holtzingen ausrichtete. <sup>(4)</sup> Doch als Antwort übermittelte Albrecht den Württembergern eine Einladung nach Ansbach, die diese am 7. Oktober annahmen und fragten, ob sie nicht auch Pfalzgraf Philipp mitbringen könnten. <sup>(5)</sup> Albrecht wiederum replizierte, er wolle den Pfalzgrafen jetzt nicht einladen, da er ihn nicht würdig empfangen könne. Über die Einladung an den Pfalzgrafen, so versicherte Albrecht den Württemberger Grafen, würden sie bei Ullrichs und Eberhards Besuch reden. <sup>(6)</sup>

Die Brisanz, die sich hinter der möglichen Einladung des jungen Pfalzgrafen Philipp verbarg, lag darin, dass dieser ebenso wie der regierende Pfalzgraf Friedrich der Siegreiche aus verfassungsrechtlichen Gründen <sup>(7)</sup> in der Reichsacht war und beide als erbitterte Feinde des Kaisers galten. Auch im Reichskrieg gegen Burgund waren die Pfälzer Wittelsbacher die einzigen Reichsfürsten gewesen, die offen Karl von Burgund unterstützt hatten. All dies schien mündliche Konsultationen und Nachrichtenübermittlung nötig zu machen, so dass sich Albrecht hütete, etwas Schriftliches zu verfassen, außer der ungläubwürdigen Ausrede vom nicht würdigen Empfang.

Von Anfang 1480 ist wieder ein mündlicher Nachrichtenaustausch mit Schwiegersohn Heinrich von Münsterberg aktenkundig. Dieser schrieb am 18. Januar 1480 aus Glatz an Albrecht, dass er Geld brauche. Er habe dies bereits durch seinen Hauptmann Hans von Bischofsheim mündlich erbeten und werde nun, zusammen mit dem Boten, der diesen Brief überbringe, den Priester Heinrich schicken, der die Bitte erneuern und begründen werde. <sup>(8)</sup>

<sup>1</sup> Näheres dazu siehe in der biographischen Skizze.

<sup>2</sup> STAN, A.R.T.A., Nr. 5, fol. 224; FRA II, 46, Nr. 234, S. 257; Priebatsch 1, Nr. 760, S. 614.

<sup>3</sup> STAN, A.A., Nr. 732, fol. 123; Priebatsch 2, Nr. 240, S. 259.

<sup>4</sup> Vielleicht drehte es sich um den Streit um einen Schuldschein zwischen dem fränkischen Adeligen Michel von Schwarzenberg und dem württembergischen Haushofmeister Georg von Absberg, um den es in einigen Briefen zwischen Ansbach und Stuttgart gegen Ende des Jahres 1476 ging. Quelle: Priebatsch 2, Nr. 253, S. 268 f.

<sup>5</sup> STAN, a.a.O. fol. 124; Priebatsch, a.a.O.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O. fol. 125; Priebatsch, a.a.O.

<sup>7</sup> Es handelte sich um die Weigerung des Kaisers, die Pfälzer Arrogation von 1459 anzuerkennen. Durch diesen Vertrag, demzufolge der Bruder des verstorbenen Pfalzgrafen Ludwig IV., Friedrich I., anstelle des erst einjährigen Kurprinzen Philipp regierender Fürst wurde, wurde die durch die Goldene Bulle vorgeschriebene Erbfolge in der Kurpfalz außer Kraft gesetzt. Im Gegenzug verpflichtete sich Friedrich, keine gültige Ehe einzugehen und keine legitimen Nachkommen zu haben, stattdessen seinen Neffen Philipp zu adoptieren (Arrogatio) und so zu seinem Nachfolger zu machen. Das geschah so, aber der Vertrag war bis 1476, dem Todesjahr Friedrichs, eine immer wieder aufbrechende Quelle von Streitigkeiten zwischen den pfälzischen Wittelsbachern und dem Kaiser. Territoriale Auseinandersetzungen zwischen den Wittelsbachern und den Habsburgern kamen hinzu, so dass Kaiser und Pfalzgraf in jahrzehntelange Auseinandersetzungen verwickelt waren. Siehe genauer: Meinrad Schaab, a.a.O. Mittelalter; S. 174 ff.

<sup>8</sup> Priebatsch 2, Nr. 636, S. 579 f.

Einen weiteren Hinweis auf Geheimhaltung als Grund dafür, die Nachricht nur in mündlicher Form zu überbringen, finden wir wieder in einem Schreiben Münsterbergs, das in Glatz am 24. Oktober 1481 expediert wurde. Albrecht hatte ihn zuvor gebeten, über einen böhmischen Landtag zu berichten, was der Schwiegersohn auch tat. Er schrieb allerdings, dass Albrecht dieses Schreiben niemanden sehen lassen solle und dass der Kurfürst „... *durch disen unsern diner Mertin der sach gruntlich unterricht wirt.*“<sup>(1)</sup>

Obwohl Münsterberg in dem Schreiben keine inhaltliche Aussage traf, hatte er dennoch Bedenken, dass jemand den Brief unbefugt lesen könnte. Den eigentlichen Bericht schickte er deshalb lieber mündlich mit Bote Mertein.

Da die Schriftlichkeit noch in den Anfängen steckte und es möglicherweise Probleme bereitete, komplexere Aussagen verständlich zu formulieren, wäre es nahe gelegen, wenn man im Nachrichtenverkehr Albrechts auf eine größere Zahl von Fällen gestoßen wäre, in denen die Komplexität des Vorgangs eine schriftliche Information unmöglich gemacht hätte. Doch die Quellen liefern uns im gesamten Briefverkehr Albrechts nur drei Belege dafür, dass die Autoren die Mündlichkeit wählten, um komplizierte Sachverhalte besser darzulegen.

Die erste Quelle stammt aus dem Jahr 1480. Mit Datum vom 26. Mai schrieb Albrecht Achilles an Schwiegersohn Münsterberg einen längeren Brief, in dem er einige böhmische Angelegenheiten und wieder einmal das Nichtzustandekommen der Ehe zwischen Barbara und Ladislaus thematisierte. Doch es gab wohl noch viel mehr auszutauschen. Denn Kurfürst Albrecht schrieb auch: „... *die ding, als von euch selbs uns unvermerckt zu handeln, ursach halben, die zu langk zu schreiben wern Cristoffel Zedlitz wol bericht ist.*“<sup>(2)</sup>

Unter den komplizierten Angelegenheiten könnte natürlich die kirchenrechtlich komplexe Ehefrage zu subsumieren sein. Andere politische Fragen Böhmen betreffend, die leider nicht genannt wurden, könnte Albrecht mit seiner Formulierung aber auch gemeint haben.

Eindeutig nur um die Ehe Ladislaus – Barbara ging es, als Albrecht im November 1480 seinen kirchenrechtlichen Berater Hertnid von Stein nach Rom zu Papst Sixtus IV. schickte. Die Credenz, die zusammen mit Credenzen an Kaiser und wichtige Leute am kaiserlichen Hof auf das selbe Blatt geschrieben wurde, sagt aus, dass der Gesandte in wichtigen, schriftlich nicht zu erledigenden Dingen komme.<sup>(3)</sup>

Einen dritten Fall in den Quellen beschert uns ein Schreiben aus den Sommertagen des Jahres 1481, das sich wieder um die noch nicht zu Stande gekommene Ehe drehte. Hertnid von Stein war wieder an der Kurie vorstellig geworden, um dort päpstliche Unterstützung zu erhalten. Stein meldete sich am 25. Juli brieflich aus Bologna und berichtete von einem Breve des Papstes, das „... *heldet etlich meynung innen, darob euer gnad nit vast befrembden haben sol, bis zu meiner zukunfft, als denn ich euer gnaden der meynung bass berichten will, denn sich zu schreyben gebüret. ... Es hatt aber noch zur zeit nicht gescheen mögen und getrau, hinfüro auch nicht volge haben soll, des is euer gnade persönlich clerrlicher berichten will.*“<sup>(4)</sup>

In dieser Quelle begegnet uns die explizite Aussage, dass die zu überbringende Information sehr umfangreich und sogar widersprüchlich sei, weshalb Stein sie selbst „*clerrlicher*“ darlegen müsse. Stein zweifelte sogar daran, dass er in der Lage sei, Albrecht die theologischen und kirchenrechtlichen Feinheiten des Streits um den Ehevertrag und die Ansicht der Kurie in schriftlicher Form überhaupt erklären zu können.

Hilfreich schien Albrecht die Mündlichkeit auch dann zu sein, wenn er Unsicherheiten, die sich aus einer widersprüchlichen Nachrichtenlage ergaben, durch mündliche Zusatzinformationen klären lassen wollte.

<sup>1</sup> Priebatsch 3, Nr. 801, S. 102.

<sup>2</sup> Priebatsch 2, Nr. 666, S. 615.

<sup>3</sup> STAN, Herrschaftliche Bücher, Nr. 49, fol. 301; Priebatsch 2, Nr. 704, S. 657. Auf Folio 302 sind die Credenzen an den Papst und an den Kaiser, in lateinischer Sprache abgefasst, überliefert.

<sup>4</sup> Priebatsch 3, Nr. 772, S. 79.

So forderte er mit großem Nachdruck im Frühjahr 1479 einen mündlichen Bericht vom Gesandten Jan von Mila an. Er tat dies in einem Schreiben an die anderen Diplomaten, die er nach Ungarn geschickt hatte: „... und thut vleys, das Jan von Mila tag und nacht zu uns komm.“<sup>(1)</sup> Die schriftlichen Berichte, die die brandenburgischen Gesandten regelmäßig lieferten, sollten anscheinend durch einen mündlichen Bericht ergänzt und möglicherweise kontrolliert werden.

In einem Schreiben vom 30. März 1481 an seinen Sohn Johann ging Albrecht auch auf eine Bitte Kanzler Sesselmanns ein, der für sein Bistum Lebus ein Dorf und eine Heidefläche als Lehen wollte. Albrecht schrieb, dass der Lehnsmann, der das Dorf zur Zeit innehatte, noch lebe und auch noch jung und gesund sei. Dies habe, so referiert Albrecht, Sesselmann selbst so geschrieben.<sup>(2)</sup> Die Verwunderung darüber, dass Sesselmann einem offensichtlich unbescholtenen markgräflichen Lehnsmann Besitzungen abnehmen wollte, ist dem Schreiben Albrechts anzumerken. Also wartete er auf das klärende Wort durch die mündliche Unterrichtung: „... so wollen wir uns mit eur liebe underreden und ... was do ziemlich ist.“<sup>(3)</sup> Obwohl er aus zwei schriftlichen Quellen die Informationen hatte, was es mit dem Dorf auf sich hatte, wollte der Kurfürst noch einen persönlichen Bericht abwarten. Albrecht beschied Sesselmann dann auch in einem zusätzlichen Schreiben, dass er die Entscheidung bis nach dem angekündigten Gespräch mit Johann aufschieben werde.<sup>(4)</sup>

Auch zu Beginn des Jahres 1482 setzte der Kurfürst auf mündliche Informationen zur Kontrolle der schriftlichen Nachrichten, als er seinem Sekretär Johann Vogel, den er als Kontrollinstanz Ende Januar nach Cölln geschickt hatte, am 16. Februar 1482 befahl, sofort nach Ansbach zurückzukommen, um ihm persönlich Bericht über die Ungarnpolitik des Markgrafen und der märkischen Räte zu erstatten. Johann Vogel erstattete zwar auch schriftlich Bericht, doch dieses Schreiben ist ebenfalls auf den 16. Februar in Cölln datiert, überschneidet sich also mit dem Befehl des Kurfürsten, der offensichtlich schon unruhig geworden war.<sup>(5)</sup>

Vom selben Tag, dem 16. Februar, gibt es auch ein Schreiben an Markgraf Johann, aus dem hervorgeht, dass Johann seinen Vater in einem verlorengegangenen Brief zusätzlich über die Probleme bei der Eintreibung der direkten Steuern, der Landbede, informiert hatte. Diesen Nachrichten schien Albrecht nicht ganz zu glauben: „Lieber sone. Eur antwort unser muhmen gegeben, haben wir gehört nach laut eurs briefs, und befremdt uns, den unglimpf uf uns zu legen. Die lantschaft hat zugesagt hunderttausent gulden zu geben zu bezalung der schuld nach laut des registers dortinnen vorlassen, das zu unserm herausreyten nyndert hinderstellig gewesen ist, dann in der Altenmark.“<sup>(6)</sup> Albrecht erging sich dann noch in Bemerkungen zu einer Reihe von Details über Abmachungen zwischen ihm und den Ständen und beschwerte sich bitterlich, dass nicht gezahlt wurde.

Um sicher zu gehen, dass er sowohl über die Ungarnfrage als auch über die Steuerangelegenheit zügig informiert werde, zitierte er nun Vogel nach Ansbach, wie aus dem Brief zu ersehen ist: „Lieber getreuer. Wir schicken dir hirinn verslossen abschrift unser sweger von Sachsen antwort, die sie uns auf unser nechste schrift, dir wissend, gethan haben, und begern ernstlich, das du dich zu stund an heraus zu uns fugest, uns underrichtung zu thun

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., Nr. 49, fol. 223 v.; Priebatsch 2, Nr. 546, S. 503 f.

<sup>2</sup> „... als wir vermerken aus unsers frunds von Lubus brief.“ STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 97 r.; Priebatsch 3, Nr. 731, S. 44 ff.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O.

<sup>4</sup> STAN, a.a.O., fol. 96 r.; Priebatsch 3, a.a.O.

<sup>5</sup> Hier sei noch einmal kurz daran erinnert, dass diese Wochen für die Sicherung des Glogauer Erbes und die Stellung des Kurfürsten im Reich entscheidend waren, denn Johann hatte versucht, sich hinter dem Rücken seines Vaters, aus wohlverstandener brandenburgischer Eigeninteresse mit Matthias von Ungarn zu einigen. Albrecht war dabei, die Kontrolle über die Ungarnpolitik zu verlieren und musste reagieren. Siehe auch ausführlich dazu Kapitel 2.5 und Kapitel 2.8.

<sup>6</sup> STAN, a.a.O., Nr. 45, fol. 149 r.; Priebatsch 3, Nr. 847, S. 153 f.

*des handels, darumb wir dich hinein geschickt haben, als du von uns gefertigt und geschiden bist, damit wir nit zu smehe kommen und unserm zusagen volg geschehe, das wir halten wollen als ein biderman, nymands dawider angesehen, dann es gereyt in des keisers und der herrn von sachsen hōf ist durch den widerteil, denn das man des noch nit glaubt.“* <sup>(1)</sup>

Albrecht fürchtete um seine Glaubwürdigkeit gegenüber Verbündeten. Auch hatte er Angst, dass er die Kontrolle über die Ungarnpolitik verlieren könnte und versuchte sich durch mündliche und sicher auch ausführliche Informationen Vogels ein Bild darüber zu machen, wie die innen- und außenpolitische Lage Brandenburgs war.

Rund ein Dutzend Briefe waren wegen des Streites um die Ungarnpolitik hin und her gegangen, in denen mit Ausflüchten und Unwahrheiten nicht gespart worden war. Albrecht wollte jetzt durch ein Gespräch unter vier Augen erfahren, was sich in Cölln genau abgespielt hatte. Leider ist nicht überliefert, ob Vogel reiste und was er seinem Fürsten berichtete. Wichtig ist, dass Albrecht in einem Moment des Ärgers und vielleicht auch der Unsicherheit, wem denn zu glauben sei, auf den persönlichen Bericht setzte. Festzustellen ist auch, dass Albrechts Ton in der Auseinandersetzung mit seinen Leuten in Brandenburg zunehmend ruhiger wurde. Der Kurfürst entschuldigte sich in einem späteren Schreiben sogar und sprach ein – wenn auch reserviertes – Lob aus. <sup>(2)</sup> Die zusätzliche Berichterstattung hatte ihn womöglich besänftigt.

Ein weiterer Fall, in dem die mündliche Nachricht für Albrecht anscheinend eine sehr große Bedeutung hatte, finden wir in den Quellen von Ende Januar 1483. Johann hatte seinem Vater wohl ganz am Anfang des Jahres geschrieben und darin einige wichtige Punkte angesprochen. Dieser Brief scheint verloren zu sein, doch können wir seinen Inhalt mittels Albrechts Antwortschreiben vom 27. Januar teilweise rekonstruieren. Offensichtlich hatte wieder einmal das leidige Thema Geld in der Auseinandersetzung zwischen Vater und Sohn eine Rolle gespielt. Jedenfalls taucht in Albrechts Brief der Satz auf „... *der Jöslein falckner hat mit uns geredt uf die meynung es sey teur doinnen.*“ <sup>(3)</sup>

Dass der Falkner, der im Kanzleivermerk eindeutig als Bote bezeichnet ist <sup>(4)</sup>, das Thema von sich aus angesprochen hat, ist sehr unwahrscheinlich. Man muss davon ausgehen, dass Johann in seinem Brief geklagt hatte und Albrecht den Falkner, dessen Lebensmittelpunkt wohl das Schloss von Cölln war, der aber auch herumkam und damit vergleichen konnte, zum Preisniveau in Brandenburg befragt hatte, bevor er antwortete. Der Ausdruck „*hat mit uns geredt*“ könnte sogar auf eine längere Diskussion mit dem Boten hindeuten.

Albrecht antwortete jedenfalls sehr ausführlich und legte Johann den schon in anderem Zusammenhang (siehe Kapitel 1.5) untersuchten Haushaltsplan vor, in dem er zu dem Schluss kam, dass es günstiger sei, wenn Johann in Cölln bleibe und mit den dortigen Mitteln sparsamer umginge. Der mündliche Bericht des Falkners, das als Fazit, war auf jeden Fall eine wichtige Informationsquelle, der Albrecht vertraute und die in die Entscheidungsfindung des Fürsten eingeflossen war, als er seine Antwort verfasste.

#### 4.6 Fazit

Fassen wir das Kapitel kurz zusammen, so können wir konstatieren, dass die Zahl mündlicher Informationen, die zu belegen ist, beachtlich war. Noch bedeutender wird die Rolle der mündlichen Kommunikation, wenn wir uns die qualitative Analyse vergegenwärtigen.

<sup>1</sup> STAN, a.a.O., fol. 148 v.; Priebatsch 3, a.a.O.

<sup>2</sup> STAN, a.a.O., fol. 149 v.; Priebatsch 3, Nr. 853, S. 158. Dieser Brief wurde bereits am 24. Februar nach Cölln geschickt, kann also keine direkte Folge einer möglichen Berichterstattung durch Vogel sein.

<sup>3</sup> STAN, a.a.O. Nr. 45, fol. 170 v.; Priebatsch 3, Nr. 934, S. 240 ff.

<sup>4</sup> Der Falkner Jöslein hat in den 70er und 80er Jahren eine Reihe von Briefen zwischen Cölln und Ansbach transportiert.

Tauchen mündliche und schriftliche Informationen zusammen auf, war in vielen Fällen die mündliche Komponente die entscheidende. Man kann auch ein effektives Zusammenwirken der beiden Übertragungsformen feststellen, bei denen die jeweilige Stärke ausgespielt wurde. Die Wahl des Übertragungsweges schien fast nie zufällig gewählt. Der schriftliche Weg wurde ergriffen, um mit Hilfe von Eilboten kurze und oft auch präzise Nachrichten schnell an den Adressaten zu bringen. Oft waren es organisatorische Fragen, die auf diesem Weg mitgeteilt wurden. Die mündlichen Informationen, die zeitlich meistens mit Verzögerung eintrafen, weil die Informanten Entscheidungsträger waren und oft bis zum Ende der Verhandlungen am Ort des Geschehens bleiben mussten, lieferten dann oft sehr ausführliche Nachrichten, Hintergrundinformationen und auch Stimmungsberichte. Diese ermöglichten es Albrecht dann, die Situation in ihrer Gesamtheit einzuschätzen.

Es sei auch noch auf die Etablierung einer nachprüfbaren Verwaltungsarbeit hingewiesen, die Albrecht unter anderem dadurch zu erreichen versuchte, dass er mündliche Informationen schriftlich fixieren und sie damit präziser fassen ließ. Sie konnten dann über eine größere Entfernung transportiert werden und waren für die Regierenden auch später noch greifbar.

Die mündlichen Informationen bildeten für Albrecht auf vielen Politikfeldern eine unabdingbare Ergänzung zu den schriftlichen Informationen. Denn, wie schon mehrmals festgehalten, reichten die – in den Quellen auf uns gekommenen – schriftlichen Nachrichten bei weitem nicht aus, Albrechts Politik auf sichere Fundamente zu stellen. Die Bedeutung der mündlichen Nachrichtenweitergabe liegt daher auch aus diesem Grund auf der Hand.

## Zusammenfassung

### Organisation

Der Aufbau eines leistungsfähigen Botenwesens, das soll als das wichtigste Fazit der Arbeit gezogen werden, war Albrecht Achilles ein Anliegen. Mit einem klaren Ja ist nämlich die Frage zu beantworten, ob die Organisation des Botenwesens in der Politik des Fürsten eine besondere Priorität gehabt hat. Der Fürst hatte die Wichtigkeit von Informationen erkannt und setzte diese Erkenntnis in konkrete Entscheidungen um. Es gelang ihm, auch mit Hilfe der von ihm aufgebauten Botenorganisation die Regierungsfähigkeit in seinen drei Fürstentümern zu sichern. Albrecht Achilles, das muss einschränkend noch einmal wiederholt werden, war mit seiner Politik nicht immer erfolgreich, aber es gelang ihm, unterstützt auch durch den Aufbau von Strukturen im Botenwesen, sein weitgespanntes Erbe zu bewahren und es seinen Nachfahren in einem befriedigenden Zustand zu hinterlassen.

Vergleicht man die organisatorischen Leistungen Albrechts auf dem Feld des Botenwesens mit den Strukturen, die seine Zeitgenossen zur Verfügung hatten, so kann festgestellt werden, dass sich die Briefboten Albrechts, besonders was die Geschwindigkeit der Nachrichtenübermittlung anging, mit Kurieren anderer Fürsten und der Städte durchaus messen konnten. Dies ist als ein deutlicher Erfolg Albrechts zu bewerten.

Der Organisationsgrad von Albrechts Botenwesen war allerdings sehr unterschiedlich. Die Nachrichtenverbindung zwischen seinen beiden wichtigsten Residenzen, dem fränkischen Ansbach und dem brandenburgischen Cölln, war in den fast 16 Jahren, in denen Albrecht in beiden Regionen regierte, sehr gut ausgebaut und funktionierte meist reibungslos. Die Tatsache, dass Albrecht drei territorial getrennte Herrschaften zu regieren hatte, war für ihn sicherlich der Anlass für das Bestreben gewesen, die Botenverbindung zu optimieren. Doch die Systematik, mit der Albrecht vorging, zeigt, dass er nicht nur Getriebener war, sondern bewusste Entscheidungen traf.

Eine kleine Gruppe von speziellen Eilboten bildete das Rückgrat dieses Botenkurses, der in bestimmten politischen Situationen sogar schon regelmäßig bedient wurde. Die ortskundigen Kuriere gehörten zum engeren Gefolge des Fürsten und standen in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu Albrecht. Als Folge dieser guten Nachrichtenverbindung war der Wissensstand des Fürsten über die Lage in seinen Fürstentümern meist sehr gut und die Nachrichten kamen sogar in erstaunlich kurzer Zeit an ihr Ziel, was Albrecht dazu befähigte, auch aus größerer Entfernung zeitnah auf Entwicklungen zu reagieren.

Die Distanzen, die diese Eilboten zwischen Ansbach und Cölln zurücklegten, beliefen sich auf teilweise mehr als 100 Kilometer pro Tag und näherten sich somit den Leistungen der Botenreiter, die ab 1490 im Auftrag der Familie Thurn und Taxis Briefe für die Habsburger Kaiser überbrachten und dabei auf ein Postensystem zurückgreifen konnten. Die Kuriere des Deutschen Ordens, die ebenfalls Relaisstationen zur Verfügung hatten, kamen hingegen meist langsamer voran als die Boten Albrechts, was die Leistungsfähigkeit seiner Boten auf der Strecke zwischen Ansbach und Cölln noch deutlicher hervorhebt.

Wagt man einen Vergleich mit dem Botensystem der Taxis, so kann gesagt werden, dass auch die später als Reichspost bezeichnete Kurieranstalt zu Beginn nur auf einer Strecke, der Verbindung Mechelen – Innsbruck und dann weiter über Salzburg nach Wien, funktionierte. Andere Botenkurse mussten erst Stück um Stück aufgebaut werden. Albrechts Botenverbindung von Ansbach nach Cölln ist dieser ersten Strecke der Thurn und Taxis durchaus ebenbürtig an die Seite zu stellen.

Schlechter sieht es mit der organisatorischen Leistung von Albrechts Botensystem aus, wenn man die Verbindungen zu anderen Orten betrachtet. Hatte Albrecht Gesandtschaften auf Reichstagen oder an fremden Höfen, beziehungsweise an der Kurie, unterließ er es fast

immer, diesen auch Boten mitzugeben, damit die Räte ihre Nachrichten auch einigermaßen schnell und zuverlässig hätten übermitteln können. Meistens musste improvisiert und die Nachrichten mit fremden oder zufällig reisenden Boten transportiert werden, was teilweise dazu führte, dass wichtige Briefe den Fürsten sehr spät erreichten. Einzelne herausragende Botenritte, die für diese anderen Strecken ebenfalls nachzuweisen sind, basierten wohl mehr auf der Leistung des jeweiligen Kuriers, als auf den organisatorischen Fähigkeiten Albrechts. Diese Zweiteilung zeigt, dass Albrecht es verstand, sich auf die für ihn besonders relevanten politischen Sachverhalte zu konzentrieren. Die in der Forschung bisher vorherrschende Wahrnehmung des Fürsten als eines sich überall profilierenden Reichspolitikers muss zumindest von Seite der Nachrichtenbeschaffung hinterfragt werden.

In den Quellen ist an keiner Stelle eine Aussage darüber zu finden, dass die Boten Albrechts einen besonderen Eid hätten schwören müssen. Dies unterscheidet sie auf der einen Seite klar von den städtischen Boten, die sich in allen nachweisbaren Fällen mit einem Schwur zur getreulichen Ausübung ihres Dienstes verpflichten mussten. Doch auch die Boten Herzog Karls von Burgund, dessen Botenorganisation näher untersucht ist, mussten dem Herzog einen besonderen Boteneid leisten. Albrecht, so könnte man das Fehlen dieses formalen Kriteriums bewerten, pflegte einen persönlicheren Umgang mit den Männern seines Haushalts und verließ sich wohl eher auf informelle Kontrolle. Die überschaubare Anzahl von Kurieren – neben den drei nachweisbaren Eilboten, finden sich noch die Namen von rund einem Dutzend Kurieren, die häufiger im Einsatz waren – erleichterte sicherlich diese Art der Menschenführung.

Laufende Boten waren, das konnte ebenfalls klar nachgewiesen werden, für Albrecht Achilles im Einsatz und ihre Tätigkeit scheint selbst auf längeren Strecken eine Selbstverständlichkeit gewesen zu sein. Hauptstütze der Nachrichtenübermittlung waren aber nachweislich berittene Boten, die auf Pferde aus dem Stall des Fürsten zurückgreifen konnten. Das System bei Albrecht gliederte sich wohl den Strukturen, die in den Reichsstädten herrschten und von der Forschung schon ausführlich dargestellt wurde. Die kaiserlichen Boten dieser Zeit, daran soll hier noch einmal erinnert werden, scheinen hingegen ausschließlich beritten gewesen zu sein.

In den Quellen zu den Boten Albrechts findet sich nur ein Hinweis, der als Beleg für einen Pferde- oder gar Botenwechsel auf einem Kurierritt gewertet werden könnte, weshalb man mit Aussagen über die Existenz von Relaisstationen sehr vorsichtig sein muss. Klar scheint aber auf jeden Fall zu sein, dass die gesamte Strecke Ansbach – Cölln (490 Kilometer) immer jeweils vom selben Reiter auf dem selben Pferd zurückgelegt wurde. Auch Einzelreiter waren also in der Lage, weite Strecken schnell zurückzulegen.

Erstaunlich ist m. E. auch die Erkenntnis, dass in keiner Quelle ein Hinweis auf die Unterkunft der Boten auf längeren Strecken zu finden ist, obwohl sie in einigen Fällen nachweislich bis zu zehnmal übernachten mussten. Das Schweigen der Quellen kann damit zu erklären sein, dass das Auffinden einer Unterkunft auf den Botenreisen reibungslos funktionierte. Andererseits bleibt der Nachgeschmack, dass sich in dieser Frage eine schmerzliche Überlieferungslücke auftut.

Allgemein zeigt sich, dass der organisatorische Standard und vor allem die Leistungsfähigkeit des reichsfürstlichen Botenwesens in der Zeit unmittelbar vor Einführung der Reichspost der Thurn und Taxis schon beträchtlich waren. Einschätzungen der Forschung, die die Reichsfürsten in dieser Hinsicht bisher im Hintertreffen sahen, müssen wohl zumindest teilweise revidiert werden. Besonders die Vermutung, man träfe auch bei der Organisation des Botenwesens auf einen großen Entwicklungsunterschied zwischen dem romanischen Raum und dem Nordosten Europas und damit dem Großteil des deutschen Regnums, ist wohl nicht haltbar. <sup>(1)</sup>

---

<sup>1</sup> Zuletzt betonten Rainer C. Schwinges und Klaus Wriedt dies wieder sehr ausdrücklich in ihrer Einführung zum von ihnen herausgegebenen Sammelband *Gesandtschafts- und Botenwesen im spätmittelalterlichen Europa*, a.a.O., S. 14. Es ist hier als Gegenargument anzuführen, dass die Abqualifizierung von Regionen und Völkern

Ebenso wenig, wie diese Einschätzung generell für die strukturelle Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Systeme gelten kann, so muss ihr auch im speziellen Fall des Botenwesens widersprochen werden. Auch der als strukturell rückständig betrachtete Teil Europas – zu dem Brandenburg sicherlich gerechnet wird – war in der Lage fortschrittlich zu denken und zu handeln.

## Inhalt

Betrachtet man nun die inhaltlichen Aspekte der Informationen, so kann resümiert werden, dass die Nachrichten, die Albrecht Achilles aus den verschiedensten Quellen und zu den unterschiedlichsten Problembereichen zuflossen, beim Fürsten in fast allen zu erschließenden Fällen offene Ohren fanden. Er nahm die ihm zugehenden Informationen wichtig und versuchte, auf die eingegangenen Nachrichten angemessen zu reagieren. Seine Reaktionen, soweit man sie aus den Quellen nachvollziehen kann, erfolgten schnell und präzise. Oft ist festzustellen, dass neue Nachrichten Albrechts Politik sogar in eine andere Richtung lenkten und Informationen somit großen Einfluss auf seine Herrschaftspraxis hatten.

Ergänzend konnte nachgewiesen werden, dass Albrecht sich in Situationen, in denen die Informationen nur spärlich geflossen waren oder seine Erkenntnisse nicht ausreichten, um adäquat zu handeln, zur Zurückhaltung neigte. Er wollte offensichtlich keine Entscheidungen treffen ohne genau Bescheid zu wissen.

In einer Reihe von nachgewiesenen Fällen, stoßen wir auf vorzügliche, detaillierte und nachvollziehbare Informationen, die Albrecht zugingen und die es ihm erlaubten, sehr zielgenau zu reagieren. In allen diesen Fällen waren die Reaktionen des Fürsten dann auch zielführend und oft von Erfolg gekrönt. Besonders konkrete Nachrichten aus Böhmen verwendete er dazu, Gesandte mit den richtigen Aufträgen an den richtigen Ort zu senden.

War es hingegen so, dass nur sehr ungenaue Informationen geflossen waren, dann beschränkte sich Albrecht auch nur auf Routinemaßnahmen, weil ein anderes Vorgehen mangels genauer Kenntnis der Situation nicht möglich war. Kamen ihm zum Beispiel Warnungen über „*rüstungen*“ der Böhmen zu Ohren, so ordnete er, wie oben gesehen, nur erhöhte Wachsamkeit in den möglicherweise bedrohten Regionen an. Ungenaue Informationen hemmten also die politische Reaktion.

Es ist zum anderen aber nicht immer schlüssig zu bewerten, wie wertvoll und nützlich die ihm zugetragenen Nachrichten waren. Oft handelte es sich nur um Bruchstücke von Informationen über komplexe Sachverhalte, die für sich allein genommen noch nicht aussagekräftig genug waren, um es dem Fürsten zu ermöglichen, darauf aufbauend eine vernünftige Entscheidung zu treffen. Das gilt besonders für Nachrichten aus weiter entfernt liegenden Gebieten oder zu Themen, die Albrecht nicht existentiell betrafen. Er legte in diesen Fällen anscheinend auch keinen großen Wert darauf, die Unklarheiten und Defizite durch Nachfragen oder gar aufwändige zusätzliche Nachforschungen zu ergänzen.

Hier ist natürlich auf die Bedeutung des Mündlichen einzugehen. Es muss ihm zusätzlich zu den vielen nachweisbaren schriftlichen Informationen auch eine nicht unbeträchtliche Zahl von mündlichen Nachrichten – viel mehr, als diejenigen, die sich erschließen lassen konnten – zugegangen sein. Nur so ist eine Reihe von politischen Entscheidungen verständlich.

Der Fürst muss auch über ein breites Basiswissen verfügt haben, das er sich im Verlauf seines politischen Lebens angeeignet hatte und das er zum Beispiel durch den Besuch von Reichstagen, die auch Informationsbörsen waren, oder durch Berichte von Gesandtschaften

---

als rückständig oft mehr auf stereotypen Einschätzungen beruhte und weniger auf Fakten. Zum Beispiel gibt es eine Reihe italienischer Quellen, in denen das Frankreich des 15. Jahrhunderts als unzivilisiert bezeichnet wurde, was sicherlich nicht den Tatsachen entsprach.

immer wieder auffrischte. Darüber, wie dies im Einzelfall ablief, ist in den Quellen aber leider kein Nachweis zu finden.

Viele ihm zufließende Informationen konnte der Fürst wohl auch nur deshalb einordnen und sich damit nutzbar machen, weil ihm die Vorgeschichte und die Hintergründe schon bekannt waren. Das kann anhand von Beispielen einiger Nachrichten aus dem böhmischen Raum gefolgert werden, die in Kapitel 2.5 ausführlich analysiert wurden.

Ausgesprochen wissbegierig zeigte sich Albrecht in vielen Fällen, wenn es sich um Informationen über ihn besonders betreffende Angelegenheiten und Gebiete handelte. Stellte sich eine bestimmte politische Lage dabei für ihn nach der ersten Information noch unklar dar, forderte er in vielen Fällen sehr engagiert zusätzliche Nachrichten an und schreckte dabei auch nicht vor aufwändigen und kostenintensiven zusätzlichen Nachforschungen zurück. Erwiesen sich Informationen über ein bestimmtes Ereignis als besonders widersprüchlich, so versuchte Albrecht wenn möglich mehrere Quellen zu befragen, um sich ein umfassenderes Bild machen zu können. Dieses Vorgehen ist öfter bei Informationen festzustellen, die Albrecht aus Böhmen zugegangen waren. Die unübersichtliche Lage im umkämpften Königreich ließen ein solches von besonderer Vorsicht diktiertes Vorgehen wohl angeraten sein. Trotz dieser Umsicht, auch das konnte gezeigt werden, vertraute der Fürst manchmal falschen Informationen und seine auf dieser Basis getroffenen Maßnahmen erwiesen sich dann konsequenterweise als falsch.

Albrecht teilte also auch die Welt der Informationen in zwei Teile ein. Es gab die Themen, die ihm wichtig waren und jene Vorgänge und Ereignisse, die ihn nur am Rande interessierten. Er wusste seine naturgemäß begrenzten Ressourcen zur Nachrichtenbeschaffung sehr gezielt dort einzusetzen, wo sie ihm am nützlichsten waren und vermied so einen unverhältnismäßigen Aufwand.

Das mit Abstand wichtigste Feld für Albrecht – wenn wir die Nachrichtenpolitik als Maßstab nehmen wollen – war die Sicherung seiner Territorien und seiner politischen Macht. Aus Franken, Brandenburg und – im Zusammenhang damit – Böhmen/Schlesien floss ihm der überwiegende Teil der Informationen zu. Was Franken, die Basis seiner politischen Macht, anging, so versuchte er, diese beiden Fürstentümer auch aus der Ferne bis ins Detail selbst zu regieren, weswegen er folgerichtig oft Informationen über Einzelheiten entweder ohnehin bekam, oder sie gegebenenfalls anforderte. Besonders deutlich wird dies, wie gezeigt, bei Nachrichten über die Vergabe einzelner Ämter oder über territoriale Streitigkeiten.

Im Gegensatz dazu ließ er es zu, dass das Kurfürstentum Brandenburg von den dortigen Räten selbstständiger verwaltet wurde und er selbst beschränkte sich auf die Festlegung der politischen Grundlinien. Dementsprechend sind weniger Nachrichten über Einzelprobleme geflossen. Kam es aber dazu, dass seine generellen Direktiven nicht eingehalten wurden – besonders ist hier die Position gegenüber den Ständen und die Ungarnpolitik zu erwähnen – mischte sich Albrecht auch in Einzelfragen ein und holte sich dazu genaueste Informationen. Als Beispiel sei hier an den erbitterten Streit zwischen Albrecht und Markgraf Johann über die Behandlung der Glogauer Frage Anfang 1482 erinnert, als Albrecht brieflich und durch einen entsandten persönlichen Beauftragten Informationen in Brandenburg anforderte.

Auch hier zeigt sich wieder, dass Krisensituationen zu Innovationsschüben führten.<sup>(1)</sup> Allerdings konnte dies nur geschehen, weil die strukturellen Voraussetzungen bereits geschaffen waren, was wiederum voraussetzte, dass entsprechende politische Entscheidungen schon im Vorfeld der Krise gefallen waren. Albrecht Achilles, so kann man festhalten, hatte den entsprechenden politischen Weitblick, entsprechende Strukturen zu etablieren.

Die bewusste und gezielte Kombination von schriftlicher und nachweisbarer mündlicher Nachrichtenübermittlung zeigt Albrecht als einen sehr systematisch denkenden Herrscher. Er schaffte es, die jeweiligen Stärken der beiden Formen für sich einzusetzen und meist eine

---

<sup>1</sup> Siehe dazu die Gedanken von Peter Johanek in der Zusammenfassung des oben zitierten Sammelbandes auf Seite 368.

schriftliche Kurzinformationen schnell durch einen Kurier überbringen zu lassen, der später dann die ausführlichen mündlichen Darlegungen der entsandten Räte folgten. Als eine Besonderheit sei noch auf die in einer Reihe von Fällen nachweisbaren schriftlichen Zusammenfassungen von mündlichen Nachrichten hingewiesen, die sich in zwei Typen klassifizieren lassen. Wenn der Sachverhalt einigermaßen leicht darstellbar war, wurde er relativ präzise formuliert niedergeschrieben. Erwies sich ein Thema aber als zu komplex für eine knappe Zusammenfassung, verzichtete man von vornherein auf eine schriftliche Fixierung und beließ es in der Aktennotiz bei Stichworten. Das zeigt m. E. zum einen, dass die Fähigkeit, sich schriftlich auszudrücken, zumindest in der Umgebung Albrechts noch nicht sehr entwickelt war. Andererseits hatte eine solche nur sehr knappe schriftliche Wiedergabe auch den großen Nachteil, dass sie nur sehr begrenzt als Information und Wissenspeicher dienen konnte.

Auch eine chronologische Entwicklung ist aus dem Fazit der Nachrichten abzulesen. Albrecht Achilles fungierte in den ersten Jahren und Jahrzehnten seiner 45-jährigen Regierungszeit in erster Linie als politischer Helfer anderer, meist mächtigerer, Reichsfürsten. Dies zeigt sich auch bei den Nachrichten. In dieser Zeit wurde Albrecht durch sorgfältig ausgewählte Nachrichten mehr instruiert als informiert, um dann als Helfer tätig werden zu können. Erst als er selbst eine gewisse Position im Machtgefüge eingenommen hatte, flossen umfassendere Informationen, die ihn zunehmend zu einem selbstständigen politischen Akteur machten. Besonders deutlich tritt dieser Wandel in der Böhmenpolitik Albrechts hervor.

Vergleicht man die inhaltlichen Aspekte in den Schreiben an Albrecht mit den Ergebnissen der Arbeit von Seggerns über Herzog Karl von Burgund, dann zeigt sich, dass dem Brandenburger Kurfürst im Gegensatz zum Burgunder in erster Linie durchaus konkrete und für ihn neue Informationen durch seine Kuriere zugetragen wurden. In den Schreiben, die Albrecht aussandte, überwogen die Anweisungen an seine Beamten oder die politischen Vorschläge an Verhandlungspartner. Propagandistische Schreiben, wie Seggern sie bei Karl von Burgund vor allem ausgemacht hat, finden sich bei Albrecht Achilles kaum.

Diese Arbeit versuchte, die Strukturen im Botenwesen und in der Informationspolitik eines Fürsten des 15. Jahrhunderts zu behandeln. Es wäre sehr verdienstvoll, wenn die Informationsbeschaffung weiterer Reichsfürsten intensiver beleuchtet werden würde, um durch diese Arbeiten dann die Möglichkeit zu besitzen, Vergleiche ziehen und ein umfassenderes Bild über den Fluss von Informationen am Ende des Mittelalters und vor dem Beginn des Botenwesens der Thurn und Taxis gewinnen zu können. Dann wäre es auch leichter möglich, sich in der historischen Analyse des spätmittelalterlichen Boten- und Nachrichtenwesens aus der Fixierung auf die Taxispost zu lösen.

### Benutzte Archivalien

Die Auflistung gibt die Gruppen der benutzten Archivalien in den Archiven von Nürnberg, Bamberg, Würzburg, Berlin und München an, die für die Arbeit durchgesehen und ausgewertet wurden. Die einzelnen Dokumente sind dann in den jeweiligen Fußnoten nachgewiesen.

#### **Staatsarchiv Nürnberg (STAN)**

Fürstentum Ansbach, Archivakten (A.A.), Nr. 732

Fürstentum Ansbach, Archivakten (A.A.), Nr. 767

Fürstentum Ansbach, Archivakten (A.A.), Nr. 768, Fasz. I

Fürstentum Ansbach, Archivakten (A.A.), Nr. 768, Fasz. II

Fürstentum Ansbach, Archivakten (A.A.), Nr. 768, Fasz. III

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 70 a

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 235 I

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 236

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 237 I

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 267

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 1913

Ansbacher Reichstagsakten (A.R.T.A.), Nr. 3

Ansbacher Reichstagsakten (A.R.T.A.), Nr. 5

Bayerische Bücher, Nr. 5

Bayerische Bücher, Nr. 6

Bayerische Bücher, Nr. 10

Bayerische Bücher, Nr. 11

Herrschaftliche Bücher, Nr. 17

Herrschaftliche Bücher, Nr. 32 a

Herrschaftliche Bücher, Nr. 44

Herrschaftliche Bücher, Nr. 45

Herrschaftliche Bücher, Nr. 47

Herrschaftliche Bücher, Nr. 49

Herrschaftliche Bücher, Nr. 51

Brandenburg-Ansbach, Nr. 25, Korrespondenz des Markgrafen Albrecht

Nürnberger Briefbücher, Nr. 35

Nürnberger Briefbücher, Nr. 36

Nürnberger Briefbücher, Nr. 37

Nürnberger Briefbücher, Nr. 39

### **Staatsarchiv Bamberg (STAB)**

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 226 I

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 226 II

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 437

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 438

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 737

Hofrat Ansbach-Bayreuth, C 3, Nr. 876

Ehemalige Fehdeakten, Bestand J 8/1  
Neuverzeichnet unter den Nummern:  
1972 – 1978, 1979 und 2189

### **Staatsarchiv Würzburg (STAW)**

Zweites (ander) Brandenburgisches und Bambergisches Gebrechenbuch oder Liber hadrorum,  
1440 – 1458, 1462 – 1466: Folio 423 bis 572

### **Hauptstaatsarchiv München (HStA)**

Rst. Nördlingen, 987 und 988, fol. 147

## **Geheimes Staatsarchiv Berlin (GStA)**

Hausarchiv, Kurfürst Joachim II, Hofstaat; Pr. XXX

Hausarchiv, Nr. 275 L

Hausarchiv, Acta M. Margaretha betr.

Geheimes Staatsarchiv, Rep. 11, Nr. 27 a, Fasz. 2

Geheimes Staatsarchiv, Rep. 27 B

Geheimes Staatsarchiv, Rep. 27 J

Geheimes Staatsarchiv, Rep. 27 L

Geheimes Staatsarchiv, Rep. 28 E

Geheimes Staatsarchiv, Rep. 28 J

Geheimes Staatsarchiv, Rep. 36

### **Zur Archivlage:**

Nahezu alle in der Arbeit verwendeten Quellen befanden sich ursprünglich im zollerischen Hausarchiv auf der oberfränkischen Plassenburg. Auch nach der Teilung der Familie in einen brandenburgischen und einen fränkischen Zweig nach dem Tod Albrechts im Jahre 1486 blieb die Festung oberhalb Kulmbachs der wichtigste Aufbewahrungsort für die Urkunden aus der hier interessierenden Zeit. Nur wenige Dokumente kamen nach 1603, dem Beginn der Herrschaft der Fürsten der jüngeren Markgrafen, nach Brandenburg. Auch viele Dokumente Ansbacher Provenienz des 15. Jahrhunderts wurden den Plassenburger Archivaren zur Aufbewahrung übergeben. Das Ansbacher Geheime Archiv diente die gesamte Zeit nur als ein Verwaltungsarchiv.

Die direkte Machtübernahme der fränkischen Fürstentümer durch das Königreich Preußen im Jahr 1791 führte zu ersten gravierenden Veränderungen in der Archivstruktur. Ab 1791 waren die Archive den administrativen Interessen Preußens unterworfen. Die Ordnung wurde so verändert, wie es dem neuen Verwaltungsverständnis der nach Franken entsandten Reformer um Hardenberg entsprach. Es gab für das obergerbirgische Fürstentum fortan zwei Archive, eines in Bayreuth und eines weiterhin auf der Plassenburg. Und schon 1791 wurden Akten, die Familienangelegenheit der Zollern betrafen, ins Hausarchiv nach Berlin gebracht.

Ab den Jahren 1805/06 kam es zu einer bayerischen Umgestaltung der fränkischen Archive. Viele Dokumente mussten ans neue bayerische Archiv in Nürnberg abgegeben werden. Ebenfalls gegründet wurde auch ein dem bayerischen Staat unterstehendes Archiv in Bamberg, in das neben den Akten hochstiftisch-bambergischer Provenienz auch Teile des ehemaligen Plassenburger Archivs wanderten.

In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts und vor allem in Folge des Friedensvertrages zwischen Preußen und Bayern nach dem Krieg von 1866 musste Bayern den überwiegenden Teil der Familienakten der Zollern nach Berlin überstellen. Bedingt durch Kriegseinwirkungen, den nach 1949 erfolgten Transport ins Staatsarchiv der DDR in

Merseburg und der Rückkehr nach Berlin nach 1989 sind diese Akten nicht mehr vollständig. Heute befinden sich die noch existierenden Bestände im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem, wo sie vom Verfasser eingesehen wurden.

Die in Ansbach im dortigen markgräflichen Archiv gesammelten Dokumente, die das untergebirgische Fürstentum berührten, wurden 1820 – rund 14 Jahre nach der Eingliederung des Territoriums nach Bayern – ins Königliche Archivkonservatorium in Nürnberg – dem heutigen Staatsarchiv überführt. Ein Teil gelangte auch nach München ins damalige Königliche Allgemeine Reichsarchiv, heute Hauptstaatsarchiv. Im 19. Jahrhundert war folglich die überwiegende Mehrzahl der Akten und Dokumente, die in der Zeit Albrecht Achilles' entstanden war, in Nürnberg und Berlin, sowie einiges in München und Bamberg. Dort wurden die Bestände von den damals wirkenden Editoren umfassend gesichtet und meist sehr sorgfältig ediert.

Die Arbeitsweise der Archivare des 19. Jahrhunderts hat die „Tektonik“ der zollerischen Archive grundlegend verändert und ist auch für heutige Historiker eine wichtige Zäsur. Die Aufteilung der seit 1796 auf der Plassenburg vereinten Bände des Haus- und des Geheimen Archivs auf verschiedene bayerische und preußische Archive und besonders die Überführung der Bestände nach Nürnberg beziehungsweise München führte dazu, dass die ursprüngliche Provenienz der Dokumente, die ja auch eine wichtige Aussage für die politische Tätigkeit der entsprechenden Zeit enthält, kaum mehr zu erkennen war. Im 19. Jahrhundert versuchte man die Archive wie Bibliotheken zu organisieren und ordnete die Bestände nach sachlichen Zusammenhängen. Diese unhistorische Systematik blieb – mit einer Reihe von Änderungen - bis weit nach der Mitte des 20. Jahrhunderts erhalten.

Erst seit rund 20 Jahren versucht die bayerische Archivverwaltung alle überlieferten Archivalien wieder in ihre historische Systematik zu bringen. Das führte dazu, dass umfangreicher Aktenbestand zwischen den Archiven in München, Bamberg und Nürnberg ausgetauscht wurde. Dort wird nun versucht, die Registraturen unter Beachtung von Provenienz und Territorialpolitik zu organisieren. Das Jahr 1791, das Ende der fränkischen Fürstentümer der Zollern, wird dabei als Stichjahr genommen.

Die in Bayern überlieferten Originaldokumente aus der Zeit des 15. Jahrhundert, die für die Arbeit einschlägig sind, liegen heute in ihrer überwiegenden Zahl im Nürnberger Staatsarchiv. Das Staatsarchiv Bamberg verwahrt den nicht unbedeutenden Rest, <sup>(1)</sup> während im Hauptstaatsarchiv bis auf wenige Ausnahmen nichts mehr zu finden ist. Die Bezeichnungen der einzelnen Dokumentengruppen haben sich im Vergleich zur Situation des 19. Jahrhunderts durchgängig verändert. Bei den Zitaten sind natürlich die neuen Signaturen verwendet worden. Um die Übersichtlichkeit zu wahren und die weitere Benutzung der Editionen für zukünftige Forschungen zu gewährleisten, ist zusätzlich immer auf die entsprechende Fundstelle in den Quellensammlungen verwiesen. <sup>(2)</sup>

---

<sup>1</sup> Die Signaturgruppe C 3 ist in Bamberg als Zwischenablage gestaltet. Sie soll in den nächsten Jahren aufgelöst und die entsprechenden Archivalien nach ihrer Provenienz neu geordnet werden. Unter der Bezeichnung „Hauptmann und Räte auf dem Gebirg“, Signaturgruppe C 2, sind ebenfalls viele Akten zusammengefasst. Die Signaturgruppe umfasst alle Akten, die ursprünglich auf der Plassenburg waren.

<sup>2</sup> Gerhard Rechter; Zur künftigen Tektonik der brandenburg-bayreuthischen Schriftgutüberlieferung; In: Hermann Rumschöttel und Erich Stahleder (hrsg.) Bewahren und Umgestalten. A.a.o., S. 159 – 176. Im Ausstellungskatalog, Preußen und Bayern ist die Entwicklung des Archivbestandes der fränkischen Zollern kurz nachgezeichnet (S. 611 f.) Dort findet sich auch die einschlägige Literatur - meist Artikel aus der Archivalischen Zeitschrift des 19. Jahrhunderts. Sie zeigen die ursprüngliche Geschichte der Archive und ihre Bestände auf. Auch einen Gutteil der neuen Entwicklung beschreibt die Dissertation von Otto-Karl Tröger; Die Archive in Brandenburg-Ansbach-Bayreuth. Ihr organisatorischer Aufbau und ihre Einbindung in Verwaltung und Forschung; Regensburg, 1988.

## Gedruckte Quellen

Bachmann, Adolph

Urkunden und Actenstücke zur österreichischen Geschichte im Zeitalter Kaiser Friedrichs III. und König Georgs von Böhmen (1440-1471) (=Fontes Rerum Austriacarum, II. Abteilung, Diplomataria et acta, Band 42) Wien, 1879

Zit. FRA, II, 42

Ders.

Briefe und Acten zur österreichisch-deutschen Geschichte im Zeitalter Kaiser Friedrichs III. (=Fontes Rerum Austriacarum, II. Abteilung, Diplomataria et acta, Band 44) Wien, 1885

Zit. FRA II, 44

Ders.

Urkundliche Nachträge zur österreichisch-deutschen Geschichte im Zeitalter Kaiser Friedrichs III. (=Fontes Rerum Austriacarum, II. Abteilung, Diplomataria et acta, Band 46) Wien 1892

Zit. FRA II, 46

Bastian, Franz

Das Runtingerbuch; Band 2; Regensburg, 1935

Zit. Bastian

Boehmer, Johann Friedrich

Fontes Rerum Germanicarum, Band 1; Stuttgart, 1843

Zit. Boehmer

Burckhardt, Carl August Hugo

Das Fünfft Merckisch Buch des Churfürsten Albrecht Achilles. (=Quellenkunde zur Geschichte des Hauses Hohenzollern; Band 1) Jena, 1857

Zit. Burkhardt

Chmel, Joseph

***Regesta chronologico-diplomatica Frederici III. Romanorum Imperatoris (Regis quatuor), Wien, 1859***

Zit. Chmel, Regesta

Ders.

Monumenta Habsburgica. Band 1-1 und 1-2; Actenstücke und Briefe im Zeitalter Maximilians I., Wien 1854/55

Zit. Chmel, Monumenta

(Die) Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert. Band 2; Die Chroniken der fränkischen Städte; Nürnberg; Zweiter Band; Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Leipzig 1864  
Zit. Chroniken 2

(Die) Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert; Band 10; Die Chroniken der fränkischen Städte; Nürnberg; Vierter Band; Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Leipzig, 1872  
Zit. Chroniken 10

(Die) Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis zum 16. Jahrhundert; Band 22; Die Chroniken der schwäbischen Städte; Augsburg; Dritter Band; Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Leipzig, 1892  
Zit. Chroniken 22

Deutsche Reichstagsakten unter König Wenzel; Zweite Abteilung; 1388 – 1397  
(=Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe, I, 2) Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Bearbeitet von Julius Weizsäcker; München, 1874  
Zit. RTA I, 2

Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund; Zweite Abteilung; 1421 – 1426  
(=Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe I, 8) Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Bearbeitet von Dietrich Kerler; Gotha, 1883  
Zit. RTA I, 8

Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund; Fünfte Abteilung; 1433 – 1435  
(=Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe I, 11) Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Bearbeitet von Gustav Beckmann; Gotha, 1898  
Zit. RTA I, 11

Deutsche Reichstagsakten unter König Albrecht II.; Erste Abteilung; 1438  
(=Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe I, 13) Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Bearbeitet von Gustav Beckmann; Stuttgart, 1925  
Zit. RTA I, 13

Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Friedrich III.; Achte Abteilung; Erste Hälfte; 1468-1470  
(=Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe I, 22, 1) Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Bearbeitet von Ingeborg Most-Kolbe; Göttingen, 1973  
Zit. RTA I, 22, 1

Deutsche Reichstagsakten unter Maximilian I.; Erster Band; Reichstag zu Frankfurt 1486  
(=Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe II, Erster Band) Bearbeitet von Heinz Angermeier unter Mitwirkung von Reinhard Seyboth; Göttingen, 1989  
Zit. RTA II, 1

Gercken, Philipp Wilhelm  
Codex Diplomaticus Brandenburgensis. Diplomataria Veteris Marchiae Brandenburgensis. Band 8, Nr. III; Codex Epistolarum Marchionis Johannis Brandenb. ad Patrem Albertum Electorem Brandenburgensem, Sae. XV, S. 491 – 578; Stendal, 1785  
Zit. Gercken, Codex

Höfler, Constantin  
Das Kaiserliche Buch des Markgrafen Albrecht Achilles; 1. Band; Vorkurfürstliche Periode 1440 – 1470; Bayreuth, 1850; Ndr. Osnabrück, 1984  
Zit. Höfler

Jaffé, Philipp

Bibliotheca Rerum Germanicarum; Band 5; Berlin, 1869

Zit. Jaffé

Kaprinai, Stephanus

Hungariae diplomatica temporibus Mathiae de Hunyad, regis Hungariae, Zwei Bände. Wien 1767/71

Zit. Kaprinai, Diplomatica

Kronthal, Berthold/Wendt, Heinrich

Politische Correspondenz Breslaus im Zeitalter des Königs Matthias Corvinus (=Scriptores Rerum Silesiacarum, Band 13 und 14) Breslau, 1893/94

**Zit. SS rer. Sil., Band 13 und 14**

Markgraf, Hermann

Eschenloer, Peter. Historia Wratislaviensis et que post mortem regis Ladislai sub electo Georgio de Podeibrat Bohemorum rege illi acciderant prospera et adversa. (=Scriptores rerum Silesiacarum, Band 7), Breslau, 1872

Zit. SS rer. Sil., Band 7

Markgraf, Hermann

Politische Correspondenz Breslaus im Zeitalter König Georgs von Podiebrad (=Scriptores rerum Silesiacarum, Band 9) Breslau, 1873/74

Zit. SS rer. Sil, Band 7

Minutoli, Julius von

Das kaiserliche Buch des Markgrafen Albrecht Achilles; 2. Band; Kurfürstliche Periode 1470 – 1486; Berlin, 1850; Ndr. Osnabrück, 1984

Zit. Minutoli

Monumenta Boica

Herausgegeben von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; München, 1763 ff.

Benutzt wurden die Bände:

Band 9: 1767

Band 36,1: 1852

Band 36,2: 1861

Zit. Monumenta Boica

Monumenta Germaniae Historica, Deutsche Chroniken, Andere Geschichtsbücher des Mittelalters, Band 3; Jansen Enikels Werke; Hannover und Leipzig, 1900

Zit. MGH, Deutsche Chroniken

Monumenta Germaniae Historica, Diplomatum Karolinorum, Band 1; Die Urkunden Pippins, Karlmanns und Karls des Großen; Hannover, 1906

Zit. MGHDD, Dipl. Karo.

Monumenta Germaniae Historica, Diplomatum Karolinorum, Band 3; Die Urkunden Lothars I. und Lothars II; Berlin, Zürich, 1966

Zit. MGHDD, Dipl. Karo.

Monumenta Germaniae Historica, Diplomata regum Germaniae ex Stirpe Karolinorum, Band 3; Die Urkunden Arnolfs; Berlin, 1940

Zit. MGHDD, Arn.

Monumenta Germaniae Historica, Epistolarum, Band 3; Epistolae Merowingici et Karolini Aevi; Berlin, 1892

Zit. MGH, Epist.

Monumenta Germaniae Historica, Epistolarum, Band 4; Epistolae Karolini Aevi, Band 2; Berlin, 1895

Zit. MGH, Epist.

Monumenta Germaniae Historica, Epistolarum, Band 5; Epistolae Karolini Aevi, Band 3; Berlin, 1899

Zit. MGH, Epist.

Monumenta Germaniae Historica, Legum Sectio I, Legum Nationum Germanicarum; Band 5, Teil 2; Lex Baiwariorum; Hannover, 1926

Zit. MGHLNG

Monumenta Germaniae Historica, Legum Sectio II, Capitularia Regum Francorum; Band 2, Hannover, 1897

Zit. MGHLL, Kap.

Monumenta Germaniae Historica, Legum Sectio V, Formulae Merowingici et Karolini Aevi; Hannover, 1886

Zit. MGHLL, Form.

Monumenta Germaniae Historica, Scriptorum Rerum Merovingicarum, Band 1, Teil 1; Gregorii Turonensis Opera; Historica Francorum; Hannover, 1883

Zit. MGHSS, Rer. Mer.

Müller, Johann J.

Des Heiligen Römischen Reichs Teutscher Nation Reichs Tags Theatrum; Band 2 und 3; Leipzig, 1713

Zit. Müller, Reichstagstheatrum

Nehring, Karl

**Quellen zur ungarischen Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts; Budapest, 1976**

Zit. Nehring, Quellen

Palacky, Franz

Urkundliche Beiträge zur Geschichte Böhmens und seiner Nachbarländer im Zeitalter Georgs von Podiebrad. 1450 bis 1471; (=Fontes Rerum Austriacarum, II. Abteilung. Diplomataria et Acta, Band 20) Wien, 1860

Zit. FRA II, 20

Petitot, M.

Collection complète des mémoires relatifs à l'histoire de France ; Band 11; Paris, 1820

Zit. Petitot

Priebatsch, Felix

Politische Korrespondenz des Kurfürsten Albrecht Achilles. 3 Bände (=Publicationen aus den Königlich Preußischen Staatsarchiven; 59, 67, 71); Berlin, 1884, 1897 und 1898. (Es gibt auch einen Neudruck des dreibändigen Werkes, Osnabrück, 1965.)

Zit. Priebatsch 1 - 3

Raumer, Georg Wilhelm von

Codex Diplomaticus Brandenburgensis Continuatus; Zwei Teile; Berlin 1831 und 1833

Zit. Raumer, Codex II

Riedel, Adolph Friedrich

Codex Diplomaticus Brandenburgensis; 41 Bände, Berlin 1838 – 1869

Benutzt wurden die folgenden Bände:

Band 1,2: 1839

Band 1,8: 1848

Band 1,11: 1856

Band 1,17: 1859

Band 2,5: 1848

Band 3,1: 1859

Band 3,2: 1860

Band 3,3: 1861

Zit. Riedel

Ders.

Monumenta Zollerana, 8 Bände plus Registerband, Berlin, 1852 – 1890

Zit. Riedel, Monumenta

Rübsamen, Dieter

Das Briefeingangsregister des Nürnberger Rates für die Jahre 1449 bis 1457 (=Historische Forschungen; Band 22) Sigmaringen, 1997

Zit. Rübsamen, Register

Schwab, Ingo

Rheinische Urbare, 5. Band; Das Prümer Urbar (=Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde; Band 20) Düsseldorf, 1983

Zit. Schwab

Stenzel, Gustav A.

Annales Glogovienses (=Scriptores Rerum Silesiacarum, Band 10) Breslau, 1877

Zit. SS rer. Sil., Band 10

Zingerle, Ignaz von

Urbarbuch des Klosters Sonnenburg;

In: Archiv für österreichische Geschichte; Band 40; Wien, 1869

Zit. Zingerle

### Sekundärliteratur

Ahlborn, Heike/Kamenz, Kirstin/Kruse, Holger

Unsere Liebe Frau/Schwan (1440)

In: Kruse, Holger, Paravicini, Werner/Ranft, Andreas (hrsg.) Ritterorden und Adelsgesellschaften im spätmittelalterlichen Deutschland. Ein systematisches Verzeichnis; Frankfurt am Main, 1991

Ahrens, Karl-Heinz

Die verfassungsrechtliche Stellung und die politische Bedeutung der märkischen Bistümer im späten Mittelalter;

In: Roderich Schmidt (hrsg.) Mitteldeutsche Bistümer im Spätmittelalter. Lüneburg, 1988.

Ders.

Residenz und Herrschaft. Studien zur Herrschaftsorganisation, Herrschaftspraxis und Residenzbildung der Markgrafen von Brandenburg im späten Mittelalter; Frankfurt am Main, 1990

Alberti, H.-J. von

Maß und Gewicht; 1957

Althoff, Gerd

Zur Bedeutung symbolischer Kommunikation für das Verständnis des Mittelalters;

In: Frühmittelalterliche Studien; Band 31; 1997; S. 370 – 389.

Amrhein, August

Gotfried IV. Schenk von Limpurg, Bischof von Würzburg und Herzog von Franken 1442 – 1455;

In: Archiv des Historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg, Bände 50 – 53, 1908 –1911

Anderson, Robert R./Goebel, Ulrich/Reichmann, Oskar (hrsg.)

Frühneuhochdeutsches Wörterbuch; Berlin, 1999 ff.

Andersson, Ingvar

Schwedische Geschichte; München, 1950

Andrian-Werburg, Klaus von

Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg-Ansbach und das Kaiserliche Landgericht Burggrafentums Nürnberg;

In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung; Band 60; 2000; S. 56 – 65

Angermeier, Heinz

Der Frankfurter Reichstag 1486 als Höhepunkt und Grenzfall der Verflechtung deutscher und ungarischer Politik;

In: Ungarn-Jahrbuch 19; 1991; S. 216 – 228

Aubin, Hermann (hrsg.)

Geschichte Schlesiens; Band 1; Stuttgart, 1961

Bachmann, Adolph

Die ersten Versuche zu einer römischen Königswahl unter Friedrich II.;

In: Forschungen zur Deutschen Geschichte; Band 17; 1877; S. 275 – 330

Ders.

Zur Deutschen Königswahl Maximilians I.;

In: Archiv für Österreichische Geschichte; Band 76; 1890; S. 557 – 605

Ders.

Nochmals die Wahl Maximilians I. zum Deutschen König;

In: Historische Vierteljahresschrift; Band 4; 1901; S. 453 – 480

Barack, Karl August

Hans B. und die Wallfahrt nach Niklashausen im Jahre 1476;

In: Archiv des Historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg; Band 14; Heft 3; 1858 (4)

Bartmuß, Hans-Joachim

Kleine Geschichte Sachsen-Anhalts; Halle, 1992

Batz, Karl (hrsg.)

Bayern-Ingolstadt, Bayern-Landshut. 1392 – 1506. Glanz und Elend einer Teilung; Katalog zur Ausstellung des Stadtmuseums Ingolstadt; Ingolstadt, 1992

Bauer, Martin

Die *gemain sag* im späteren Mittelalter. Studien zu einem Faktor mittelalterlicher Öffentlichkeit und seinem historischen Auskunftswert; Diss. Erlangen-Nürnberg, 1981

Bautier, Robert Henri

Recherches sur les routes de L'Europe médiévale;

In: Bulletin philologique et historique du Comité des Travaux historiques et scientifiques; 1960; Band 1; Paris, 1961

Bayer, Victor

Die Jugendzeit des Markgrafen Albrecht Achilles von Brandenburg;

In: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte (FBPG); Band 11; 1898; S. 32 – 102

Behringer, W.

Thurn und Taxis. Geschichte ihrer Post und ihrer Unternehmen; München, 1989

Benecke, George Friedrich (Hrsg.)

Wigalois. Der Ritter mit dem Rade; Berlin, 1819

Bieger, Eckhard

Das Kirchenjahr zum Nachschlagen. Entstehung, Bedeutung, Brauchtum; München, 1985

Blaschke, Karlheinz

Geschichte Sachsens im Mittelalter; Berlin, 1989

Bock, E.

Die Doppelregierung Kaiser Friedrich III. und Maximilians I.;  
In: Aus Reichstagen des 15. und 16. Jahrhunderts (=Schriftenreihe der Historischen  
Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 5) Göttingen, 1958; S. 71 – 79

Böcker, Heide Lore

Die Festigung der Landesherrschaft durch die hohenzollerischen Kurfürsten und der Ausbau  
der Mark zum fürstlichen Territorialstaat während des 15. Jahrhunderts.  
In: Brandenburgische Geschichte; Ingo Materna und Wolfgang Ribbe (Hrsg.); Berlin, 1995; S.  
169 – 230

Dies.

Margaretha, Markgräfin von Brandenburg, Herzogin von Pommern und Fürstin von Rügen;  
In: Gerald Beyreuther (Hrsg.) Fürstinnen und Städterinnen; Freiburg, 1993; S. 190 – 222

Boehm, Hans G.

Die Deutschordens Ballei Franken. (=Heft 5 der Schriftenreihe Deutschorden Compagnie)  
Bad Mergentheim, 1988

Ders.

Deutscher Orden in Franken; Bamberg, 1988

Böhm, Willy

Markgraf Albrecht Achilles; Berlin, 1876

Ders.

Die Pfaffensteuer 1480/1481 in den fränkischen Gebieten des Markgrafen Albrecht Achilles;  
Berlin, 1882

Bookmann, Hartmut

Der Streit um das Wilsnacker Blut. Zur Situation des deutschen Klerus in der Mitte des 15.  
Jahrhunderts;  
In: Zeitschrift für Historische Forschung, 9, 1982, S. 385-408

Ders.

Reichstag und Konzil im 15. Jahrhundert;  
In: Erich Meuthen(Hrsg.); Reichstage und Kirche (=Schriftenreihe der Historischen  
Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Band 42) Göttingen, 1991

Ders.

Der Deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte; München, 1981

Ders.

Die Briefe des Deutschordensmeister;  
In: Heimann (Hrsg.) Kommunikationspraxis, a.a.O., S. 103 – 112

Bosl, Karl (Hrsg.)

Handbuch der Geschichte der Böhmisches Länder; Band 1; Stuttgart, 1967

Boyer, Marjorie, N.

A Day's Journey in Medieval France;  
In: Speculum 26, 1951; S. 597 bis 608

- Brandt, Wilhelm  
Der märkische Krieg gegen Sagan; Diss. Greifswald, 1898
- Brockelmann, Carl  
Geschichte der islamischen Völker und Staaten; 2. Auflage; München, 1943
- Brockhaus, Clemens  
Gregor von Heimburg; Leipzig, 1861; Ndr. Wiesbaden, 1969
- Buchner, H.  
Krieg des Herzogs Ludwig des Reichen mit Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg  
1458 – 1462;  
In: Abhandlungen der historischen Classe der königlich-bayerischen Akademie der  
Wissenschaften: 3 (1842), S. 1 – 96
- Buchwald, G. von  
Briefe der Kurfürstin Anna von Brandenburg;  
In: Historisches Jahrbuch; Band 4; 1883; S. 262 – 286
- Bünger, Werner  
Der Brief. Ein kulturgeschichtliches Dokument; Berlin, 1939
- Bulst, Neithard  
Normative Texte als Quelle zur Kommunikationsstruktur zwischen städtischen und  
territorialen Obrigkeiten im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit;  
In: Hundsbichler, a.a.O.
- Buschinger, Danielle (Hrsg.)  
Wigamur; (= Göppinger Arbeiten zur Germanistik; Nr. 320) Göppingen, 1987
- Caemmerer, Hermann v. (hrsg.)  
Die Testamente der Kurfürsten von Brandenburg und der beiden ersten Könige von Preußen;  
München, Leipzig, 1915
- Ders.  
Die Einnahmen des Kurfürsten Albrecht Achilles;  
In: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte; Band 26; 1913
- Cambridge Medieval History; Band 8; Cambridge, 1964
- (New) Cambridge Medieval History; Band 5; Cambridge, 1998
- Chambers, David Sanderson  
The Economic Predictment of Renaissance Cardinals;  
In: William M. Bowsky (hrsg.) Studies in Medieval and Renaissance History 3; Lincoln,  
Nebraska, 1966; S. 289 – 313
- Ders.  
Giovanni Pietro Arrivabene (1439 – 1504) Humanistic Secretary and Bishop;  
In: Aevum, 58, 1984, S. 397 – 438

- Ders.  
Renaissance cardinals and their wordly problems; Aldershot, 1997
- Chachies, Jean-Marie  
Louis XI et Charles le Hardi. De Péronne à Nancy. 1468 – 1477; Brüssel, 1996
- Clavadetscher, Otto Paul  
Verkehrsorganisation in Rätien zur Karolingerzeit;  
In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte; Band 5; 1955; S. 1 – 30
- Conrad, Klaus  
Die Belehnung der Herzöge von Pommern durch Karl IV. im Jahre 1348;  
In: Blätter für Deutsche Landesgeschichte; Band 114, 1978; S. 391 – 406
- Constable, Giles  
Letters and Letter-Collections; Turnhout, 1976
- Ders. (hrsg.)  
The letters of Peter the Venerable; Band 1; Cambridge, 1967
- Cordshagen, Christa  
Mecklenburg. Aufbau eines Landes. Von den Teilfürstentümern zum Herzogtum. 1226 – 1600;  
In: 1000 Jahre Mecklenburg. Geschichte und Kunst einer europäischen Region. Katalog zur Landesausstellung; Schwerin, 1995
- Dallmeier, Martin (hrsg.)  
Quellen zur Geschichte des europäischen Postwesens 1501 – 1806; Teil I – III; Kallmünz, 1977
- Danneil Johann Friedrich  
Das Geschlecht der von Schulenburg; Band II; Salzwedel, 1847
- Dannenbauer, Heinrich  
Paraveredus – Pferd. In: ZRG, Germ.Abt., Band 71, 1954, S. 55 – 73
- Deeg, Dietrich  
Die Herrschaft der Herren von Heideck. (=Schriftenfolge der Gesellschaft für Familienforschung, 18) Neustadt an der Aisch, 1968
- Denecke, Dieter  
Straße und Weg im Mittelalter als Lebensraum und Vermittler zwischen entfernten Orten;  
In: Bernd Herrmann (hrsg.) Mensch und Umwelt im Mittelalter, Stuttgart, 1986, S. 207 – 233
- Ders.  
Methoden und Ergebnisse der historisch-geographischen und archäologischen Untersuchung und Rekonstruktion mittelalterlicher Verkehrswege;  
In: Geschichtswissenschaft und Archäologie; (=Vorträge und Forschungen; Band 22) Stuttgart, 1979; S. 433 – 483

Ders.

Straßen, Reiserouten und Routenbücher (Itinerare) im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit;

In: Xenja von Ertzdorff und Dieter Neukirch (hrsg.); Reisen und Reiseliteratur im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. (Chloe. Beihefte zum Daphne, Band 13) Vorträge eines interdisziplinären Symposiums vom 3. bis 8. Juni 1991 an der Justus-von-Liebig-Universität Gießen; Amsterdam, 1992; S. 227 - 253

Denzel, Markus A.

Wissensmanagement und Wissensnetzwerke der Kaufleute. Aspekte kaufmännischer Kommunikation im späten Mittelalter:

In: Das Mittelalter, Band 6, Heft 1, 2001, S. 73 – 90

Diefenbacher, Michael

Fränkische Reichsstädte und Deutscher Orden;

In: Reichsstädte in Franken; München, 1981

Dietrich, Klaus Peter

Territoriale Entwicklung, Verfassung und Gerichtswesen im Gebiet um Bayreuth bis 1603; Kallmünz, 1958

Dobeneck, Alban Freiherr von

Geschichte des ausgestorbenen Geschlechts der von Sparneck, Teil 1 und Teil 2;

In: Archiv des Historischen Vereins für Oberfranken. Band 22, Nr. 3, 1905 und Band 23, Nummer 1, 1906

Doebner, Richard

Hildesheim im Spätmittelalter; Hildesheim, 1902

Droege, Georg

Die finanzielle Grundlagen des Territorialstaates in West- und Ostdeutschland an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit;

In: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 53, 1966, S. 145 - 161.

Dumont, Franz

Mainz. Die Geschichte der Stadt; Mainz, 1999

Durand, Dana Benett

The Vienna-Klosterneuburg map corpus of the fifteenth century; Leyden, 1952

Ebengreuth, Arnold Luschin von

Allgemeine Münzkunde und Geldgeschichte des Mittelalters und der neueren Zeit; München, 1926; Neudruck München, 1971

Eggert, Oskar

Geschichte Pommerns; Hamburg, 1961

Ehm, Petra

Burgund und das Reich; München, 2002

Eichhorn, Hansheiner

Der Strukturwandel im Geldumlauf Frankens zwischen 1437 und 1610; (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft LVIII) Wiesbaden, 1973

Eikenberg, Wiltrud

Das Handelshaus der Runtinger zu Regensburg; Göttingen, 1976

Eisenbeiß, Wilhelm

Briefe, Boten und Belege. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Botenwesens und der Post, dargestellt an der Geschichte der Stadt Regensburg bis zum Jahre 1920; Regensburg, 1966

Elze, Reinhard

Über die Leistungsfähigkeit von Gesandtschaften und Boten im 11. Jahrhundert. Aus der Vorgeschichte von Canossa (1075 – 1077);

In: Werner Paravicini und Karl Ferdinand Werner (Hrsg.) *Histoire comparée de l'administration (IV. à XVII. Siècles)*; (=Beihefte der Francia ; Band 9) München, 1980

Endres, Rudolf

Ein Verzeichnis der Geleitstraßen der Burggrafen von Nürnberg;

In: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 23, 1963. S. 107-138

Ders.

Auf- und Ausbau des Bayreuther Territoriums;

In: *Archiv für Geschichte von Oberfranken* 74, 1994. S. 55-71

Ders.

Die Nürnberg-Nördlinger Wirtschaftsbeziehungen im Mittelalter bis zur Schlacht von Nördlingen. Ihre rechtlich-politischen Voraussetzungen und ihre tatsächlichen Auswirkungen; Neustadt an der Aisch, 1963

Engel, Franz (hrsg.)

Historischer Atlas von Pommern; Köln, 1959-1964

Ders.

Historischer Atlas von Mecklenburg; Köln, 1960-1969

Engel, Evamaria/Zientara, Benedykt

Feudalstrukturen, Lehnbürgertum und Fernhandel im spätmittelalterlichen Brandenburg; Weimar, 1967

Engel, Wilhelm

Passio dominorum. Ein Ausschnitt aus dem Kampf um die Landeskirchenherrschaft im Spätmittelalterlichen Franken;

In: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte (ZBLG)*; Band 16; 1951; S. 256 – 316

Ettelt-Schönwald, Beatrix

Kanzlei, Rat und Regierung Herzog Ludwigs des Reichen von Bayern-Landshut; Zwei Bände; München 1999

Eubel, Conrad

Hierarchia catholica Medii Aevi; Volumen II; Ab anno 1431 usque ad annum 1503 perducte; Münster 1914; Neudruck Padua, 1966

Eyb, Eberhard Freiherr von

Das reichsritterliche Geschlecht der Freiherrn von Eyb; Neustadt an der Aisch, 1984

Eyb, Volker Freiherr von

Ludwig von Eyb und die friedliche Streiterledigung unter territorialen Reichsständen zu Ausgang des Mittelalters; Diss. Würzburg, 1973

Faulstich, Werner

Medien und Öffentlichkeiten im Mittelalter. 800 – 1400; Göttingen, 1996

Ders.

Medien zwischen Herrschaft und Revolte. Die Medienkultur der frühen Neuzeit. 1400 – 1700; München, 1998

Fickert, Wilhelm

Geldwesen, Kaufkraft und Maßeinheiten im Bereich des Fürstentums Kulmbach-Bayreuth; Nürnberg, 1989

Fleischmann, Peter (hrsg.)

Die handgemachten Karten des Staatsarchivs Nürnberg bis 1806 (=Bayerische Archivinventare; Band 49) München, 1998

Fontius, Martin

Post und Brief;

In: Hans Ulrich Gumbrecht und Karl Ludwig Pfeiffer (hrsg.) Materialität der Kommunikation.; Frankfurt am Main, 1988, S. 267 – 279.

Franklin, Otto

Albrecht Achilles und die Nürnberger 1449 bis 1453;

Berlin, 1886

Friedrich, Ludwig

Untersuchungen über die Reise- und Marschgeschwindigkeit im XII. und XIII. Jahrhundert; Berlin, 1897

Fugger, Eberhard Graf von

Die Seinsheim und ihre Zeit; München, 1893

Gachot, H.

Louffende Boten. Die geschworenen Läuferboten und ihre Silberbüchsen mit besonderer Berücksichtigung der Straßburger Botenordnung ;

In: Archiv für deutsche Postgeschichte; Band 3; 1964; S. 1 – 20

Ganshof, Francois-Louis

La tractoria. Contribution à l'étude des origins du droit du gite;

In : Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis; Band 8, 1928; S. 69 – 91

- Gasner, Ernst  
Zum deutschen Straßenwesen von der ältesten Zeit bis zur Mitte des XVII. Jahrhunderts;  
Leipzig, 1889
- Gatz, Erwin (hrsg.)  
Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reiches. Ein biographisches Lexikon; Band 2; 1448 –  
1648; Berlin, 1996
- Gauhe, Johann Friedrich  
Des heiligen Römischen Reiches Genealogisch-historisches Adels-Lexicon; Drei Bände;  
Leipzig, 1740 ff.
- Gebauer, Johannes H.  
Geschichte der Stadt Hildesheim; Hildesheim, 1950
- Geisheim, Friedrich  
Die Hohenzollern am Heiligen Grab zu Jerusalem; Berlin, 1858
- Geismeyer, Willi (hrsg.)  
Daniel Chodowiecki. Die Reise von Berlin nach Danzig. Das Tagebuch; Zwei Bände; Berlin,  
1994
- Genet, Jean-Philippe  
Histoire et système de communication au moyen age;  
In: Ders. (hrsg.) L'Histoire et les nouveaux publics dans l'Europe médiévale (XIII-XV siècles);  
Paris, 1997; S. 11 – 29
- Gerlich, Alois/Machilek, Franz  
Die Herrschaft der Zollern in Franken (Burggrafschaft Nürnberg, Markgrafentümer  
Brandenburg-Ansbach und Brandenburg- Kulmbach)  
In: Handbuch der bayerischen Geschichte. Bd. III, 1; S. 579-600
- Gerteis, Klaus  
Reisen, Boten, Posten und Korrespondenz im Mittelalter und früher Neuzeit;  
In: Hans Pohl (hrsg.) Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft  
Wiesbaden, 1989; S. 19 – 36
- Girardot, Alain  
Les Angevins, ducs de Lorraine et de Bar;  
In: Le Pays Lorrain; Band 59; 1978; S. 1 – 18
- Glaser, Rüdiger  
Klimageschichte Mitteleuropas. 1000 Jahre Wetter, Klima, Katastrophen; Darmstadt, 2001
- Görich, Knut  
Die Ehre Friedrich Barbarossas. Kommunikation, Konflikt und politisches Handeln im 12.  
Jahrhundert; Darmstadt, 2001
- Götze, Alfred  
Frühneuhochdeutsches Glossar; 7. Auflage; Berlin, 1971

- Götze, Ludwig  
Urkundliche Geschichte der Stadt Stendal; Stendal, 1873
- Gottschalk, Joseph  
Der Breslauer Johannes Beckensloer, Erzbischof von Gran und Salzburg.  
In: Archiv für schlesische Kirchengeschichte; Band 27; 1969; S. 98 – 129
- Grieger Rudolf  
Filpecz. Johann Bischof von Wardein. Diplomat der Könige Matthias und Wladislaw;  
München, 1982
- Grill, Richard  
Die Deutschordens-Landkommende Ellingen; Diss. Erlangen, 1957
- Grimm, Jacob und Wilhelm  
Deutsches Wörterbuch; Bearbeitet von Ludwig Sütterlin, Leipzig, 1854 ff. Neudruck  
München, 1984
- Grossmann, Julius  
Genealogie des Gesamthauses Hohenzollern; Berlin, 1905
- Grotefend, Hermann  
Zeitrechnung des Deutschen Mittelalters und der Neuzeit; Zwei Bände; 1. Auflage; Hannover,  
1891/92
- Gümbel, Albert  
Einlaufregister des Nürnberger Rates aus dem 15. Jahrhundert;  
In: Archivalische Zeitschrift; Band 38; 1929; S. 59 – 73
- Gumpfenberg, Ludwig Albert Freiherr von  
Nachrichten über die Turniere zu Würzburg und Bamberg in den Jahren 1479 und 1486;  
In: Archiv des historischen Vereins für Unterfranken und Aschaffenburg; Band 19; Nr. 2;  
1867; S. 164 – 210
- Haebler, Rolf Gustav  
Geschichte der Stadt und des Kurortes Baden-Baden;  
Baden-Baden, 1968
- Haenle, Sigmund  
Urkunden und Nachweise zur Geschichte des Schwanenordens;  
In: Jahrbuch des Historischen Vereins für Mittelfranken, Band 39, 1872/74; S. 1-178
- Hamann, Manfred  
Das staatliche Werden Mecklenburgs; Graz, 1962
- Ders.  
Mecklenburger Geschichte; Köln, 1968
- Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte; Fünf Bände, Berlin, 1971 ff.

Hartmann, Eugen  
Entwicklungsgeschichte der Posten von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart; Leipzig, 1868

Hass, Martin  
Die Hofordnung Kurfürst Joachims II. von Brandenburg. (=Historische Studien, Band 67)  
Berlin, 1910; Neudruck, Vaduz, 1965

Hasselholdt-Stockmann, Gustav Freiherr von  
Urkunden und Beilagen zum Kampfe der wittelsbachischen und brandenburgischen Politik in  
den Jahren 1459 bis 1465; Band I, Teil 1; Leipzig, 1865

Haverkamp, Alfred (hrsg.)  
Information, Kommunikation und Selbstdarstellung in mittelalterlichen Gemeinden;  
München, 1998

Heidemann, J.  
Die Königswahl Heinrichs von Luxemburg im Jahre 1308;  
In: Forschungen zur Deutschen Geschichte; 11. Band; 1871; S. 41 – 78

Heidenreich, Karl  
Der Deutsche Orden in der Neumark. 1402 – 1455; Berlin, 1932

Heimann, Heinz-Dieter  
Kommunikationspraxis und Korrespondenzwesen im Mittelalter und der Renaissance;  
Paderborn, 1998

Ders.  
Brivedregher. Kommunikations- und alltagsgeschichtliche Zugänge zur vormodernen  
Postgeschichte und Dienstleistungskultur;  
In: Hundsbichler, a.a.O.

Ders.  
Zur Visualisierung der städtischen Dienstleistungskultur. Das Beispiel der kommunalen  
Briefboten;  
In: Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums, 1993, S. 22 – 36

Heinig, Paul-Joachim.  
Reichsstadt, freie Städte, Königtum (1389 – 1450) Wiesbaden, 1983

Ders. (hrsg.)  
Kaiser Friedrich III. (1440 – 1493) in seiner Zeit. Studien anlässlich des 500. Todestages am  
19. August; Köln, 1993

Ders.  
Kaiser Friedrich III. (1440 – 1493) Hof, Regierung und Politik; Drei Bände; Köln, 1997

Ders.  
Römisch-deutscher Herrscherhof und Reichstag im europäischen Gesandtschaftssystem an  
der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit;  
In: Schwinges/Wriedt (Hrsg.) Gesandtschaftswesen, a.a.O., S. 225 – 264

Heinrich, Gerd

Historischer Handatlas zu Brandenburg-Preußen (=Veröffentlichung der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin) Lieferung 36 mit Beiheft; Berlin, 1971

Ders.

Die Mark Brandenburg 1313 – 1575; Berlin, 1971

Hellbach, Johann Christian von

Adelslexikon; Drei Bände; Ilmenau, 1825 ff.

Hemmerle, Josef

Die Benediktinerklöster in Bayern; (= Germania Benedictina, Band II) Augsburg, 1970; S. 174 ff.

Hennig, Bruno

Die Kirchenpolitik der älteren Hohenzollern in der Mark Brandenburg und die päpstlichen Privilegien des Jahres 1447; Berlin, 1907

Herding, Otto

Die politische Landesbeschreibung in der Markgrafschaft Ansbach;  
In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 4, 1938, S. 26 – 52

Herrmann, Franz

Das Markgrafenbuch. Geschichte der fränkischen Hohenzollern bis zum Wendepunkt des Mittelalters; Bayreuth, 1935

Heyen, Franz-Josef

Kaiser Heinrichs Romfahrt. Die Bilderchronik von Kaiser Heinrich VII. und Kurfürst Balduin von Luxemburg (1308 – 1313); Boppard, 1965

Heymann, Frederick Gotthold

George of Bohemia. King of Heretics; Princeton, 1965

Hippeau, Celestin (Hrsg.)

Amadas et Ydoine. Poèmes d'aventures ; Paris, 1863

Hirschmann, Gerhard (Hrsg.)

Johann Müllner. Die Annalen der Reichsstadt Nürnberg von 1623; Teil II, 1351 – 1469. Der große markgräfische Krieg; Nürnberg, 1984

Höfler, Constantin

Ritter Ludwig's von Eyb Denkwürdigkeiten brandenburgischer Fürsten; Bayreuth, 1849

Hoensch, Jörg K.

Matthias Corvinus. Diplomat, Feldherr, Mäzen; Graz, Wien, Köln, 1998

Ders.

Geschichte Böhmens. Von der slawischen Landnahme bis zur Gegenwart; 3. Auflage; München, 1997

Hoffmann, Hartmut

Zur Mittelalterlichen Brieftechnik;

In: Konrad Repken und Stephan Skalweit (Hrsg.) Spiegel der Geschichte. Festgabe für Max Braubach; Münster, 1964; S. 141 – 170

Hofmann, Bernhard

Barbara von Hohenzollern. Ein Lebensbild aus dem 15. Jahrhundert;

In: 41. Jahresbericht des Historischen Vereins für Mittelfranken; 1881

Hofmann, Michel

Die Außenbehörden des Hochstifts Bamberg und der Markgrafschaft Bayreuth;

In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 3; 1937, S. 52 – 96

Holfert, Günther

Der erste sächsische landesherrliche Botenkurs vom 15. bis zum 16. Jahrhundert und sein objektiv bedingtes Ende im Frühjahr 1515;

In: Michael von Meyeren (Hrsg.) 500 Jahre früheste bekannte sächsische Nachrichtenverbindung (1498 – 1998);

Hollenstein, J.

Die Klosterboten;

In: PTT-Zeitschrift der Schweizerischen Post- Telegraphen- und Telephonverwaltung; 1950; Dritter Teilband

Hollweg, Walter

Dr. Georg Heßler. Ein kaiserlicher Diplomat und römischer Kardinal des 15. Jahrhunderts; Leipzig, 1907

Hübner, Klara

Botenwesen und überregionale Nachrichtennetze als Innovationen spätmittelalterlicher Städte im eidgenössischen Raum;

In: Hans-Jörg Gilomen u.a. (Hrsg.) Innovationen. Voraussetzungen und Folgen – Antriebskräfte und Widerstände; Zürich, 2001; S. 321 – 328

Dies.

„Nüwe mer us Lamparten.“ Entstehung, Organisation und Funktionsweise spätmittelalterlicher Botenwesen am Beispiel Berns;

In: Schwinges/Wriedt (Hrsg.) a.a.O., S. 265 – 286

Hundsichler, Helmut (Hrsg.)

Kommunikation und Alltag im Spätmittelalter und früher Neuzeit. (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Phil. Hist. Klasse, Sitzungsbericht 596. Band (= Veröffentlichungen des Instituts für Realienskunde des Mittelalters und der Neuzeit; Nr. 15) Wien, 1992

Hunt, Edwin S.

A History of business in Medieval Europe (1200 – 1500); Cambridge, 1999

Hyland, Ann

The Endurance Horse. A World Survey from Ancient Civilisations to Modern Competition; London, 1988

Dies.

The Horse in the Middle Ages; Stroud, 1999

Ilardi, Vincent; The Ilardi Microfilm Collection of Renaissance Diplomatic Documents;  
In: David Abulafia (hrsg.); The French Descent into Renaissance Italy, 1494 – 1495.  
Antecedents and Effect; Aldershot, 1995,

Imhoff, Christoph v.

Berühmte Nürnberger aus neun Jahrhunderten; Nürnberg, 1984

Irmer, Georg

Die Romfahrt Kaiser Heinrichs VII. im Bildercyclus des Codex Balduini Trevirensis; Berlin, 1881

Isaacsohn, Siegfried

Geschichte des preußischen Beamtenthums vom Anfang des 15. Jahrhunderts bis auf die Gegenwart; Band 1; Berlin, 1874, Neudruck Aalen, 1962

Israel, Ottokar

Das Verhältnis des Hochmeisters des Deutschen Ordens zum Reich im 15. Jahrhundert; Marburg, 1952

Jacobi, Christoph Friedrich

Geschichte der Stadt und des ehemaligen Stifts Feuchtwanen; Nürnberg, 1833

Jaekel, Georg

Geschichte der Liegnitz-Brieger Piasten. Erster Band: Die geschichtliche Entwicklung bis zu Herzog Georg II. von Liegnitz-Brieg-Wohlau (1547-1586) (=Beiträge zur Liegnitzer Geschichte; Herausgegeben von der Historischen Gesellschaft Liegnitz e.V. 10. Band) Crailsheim, 1980

Jähnig, Bernhart/Biewer, Ludwig

Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte; Bonn, 1990

Jordan, Max

Das Königthum Georgs von Podiebrad; Leipzig, 1861

Kallen, G.

Die Belagerung von Neuss durch Karl den Kühnen; 1925

Kanter, Erhard Waldemar

Markgraf Albrecht Achilles I. von Brandenburg; Berlin, 1911

Kaufmann, Manfred

Fehde und Rechtshilfe. Die Verträge brandenburgischer Landesfürsten zu Bekämpfung des Raubrittertums im 15. und 16. Jahrhundert; Pfaffenweiler, 1993

Kaupp, Peter

500 Jahre Posthorn;

In: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen; Heft 3; 1988

- Keller, A. von (Hrsg.)  
Konrad von Würzburg. Der Trojanische Krieg; Stuttgart, 1858
- Keller, Hagen/Klaus Grubmüller/Nikolaus Staubach (Hrsg.)  
Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter. Erscheinungsformen und Entwicklungsstufen;  
München, 1992
- Kendall, Paul Murray und Vincent Ilardi (Hrsg.)  
Dispatches with related documents of Milanese Ambassadors in France and Burgundy (1450 –  
1483); Band 1 und 2; Ohio, 1970 f.
- Kern, Arthur  
Deutsche Hofordnungen des 16. und 17. Jahrhunderts; Zwei Bände; Berlin, 1905/7
- Kießkalt, Ernst  
Geschichte der Deutschen Post; Erlangen, 1935
- Kist, Johann  
Peter Knorr;  
In: Fränkische Lebensbilder; Neue Folge; Band 2; 1968; S. 159 ff.
- Klank, Werner  
Die Entwicklung des Grundsatzes der Unteilbarkeit und der Primogenitur im Kurfürstentum  
Brandenburg; Diss. Erlangen, 1908
- Kleiser, Georg J.  
The counts of Henneberg. Aristocrats of the Holy Roman Empire. 840 – 1583; Toronto, 1985
- Klettke-Mengel, Ingeborg  
Fürsten und Fürstenbriefe; Stuttgart, 1989
- Kneschke, Ernst Heinrich (hrsg.)  
Neues allgemeines Deutsches Adels-Lexicon; Neun Bände; Leipzig, 1859 ff.
- Kneschke, Rudolf  
Georg von Stein. Versuch einer Biographie; Diss. Leipzig, 1913
- Kölbel, Richard  
Der erste Markgrafenkrieg 1449 bis 1453;  
In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg; Band 65; 1978; S. 91 – 123
- Kölzer, Theo und Marlis Stähli (Hrsg.)  
Petrus de Ebulo. Liber ad honorem augusti sive de rebus Siculis. Eine Bilderchronik aus der  
Stauferzeit; (=Codex 120 II der Burgerbibliothek Bern) Textrevision und Übersetzung Gereon  
Becht-Jördens ; Sigmaringen, 1994
- Koeppel, K./Schuhmann, G.  
Ludwig von Eyb der Ältere;  
In: Fränkische Lebensbilder; Neue Folge; Band 2; 1986; S. 177-192

Kofer, Reinhold

Die Politik der Kurfürsten Friedrich II. und Albrecht von Brandenburg;

In: Hohenzollern-Jahrbuch; Jahrgang 13; 1909; S. 101 – 124

Kolb, Anne

Transport und Nachrichtenverkehr im Römischen Reich; (=Klio; Beiträge zur Alten Geschichte; Beihefte; Neue Folge; Band 2) Berlin, 2000

Korzendorfer, Adolf

Die Nachrichtenbeförderung in Bayern während des Mittelalters;

In: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, Band 2, 1929/31; S. 361 – 378

Kotelmann, Albert

Die Finanzen Albrecht Achilles;

In: Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde; Band 3; 1866; S. 4 ff.

Kraus, Viktor von (Hrsg.)

Maximilians I. vertraulicher Briefwechsel mit Sigmund Prüschenk;

Innsbruck, 1875

Kretschmar, Hellmut

Die Beziehungen zwischen Brandenburg und den wetttinischen Landen unter Kurfürst Albrecht Achilles und Ernst;

In: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte (FBPG); Band 35; 1923; S. 21 - 44 und Band 37; 1925; S. 204 - 244

Kroner, Michael

Cadolzburg. Im Wandel von der Hohenzollernresidenz und dem Ämtersitz zum gewerblich-industriellen Markt; Cadolzburg, 1991

Krüger, Herbert

Nürnberger Itinerarrolle;

In: Archiv für Postgeschichte; Band 1; 1957; S. 41 – 49

Ders.

Das älteste deutsche Routenhandbuch. Jörg Gails Raißbüchlein;

Graz, 1974

Ders.

Die Straßburger Itinerarsammlung;

In: Archiv für Postgeschichte; 1966; Heft 2; S. 2 – 31

Ders.

Des Nürnberger Meisters Erhard Etzlaub älteste Straßenkarte von Deutschland;

In: Jahrbücher für fränkische Landesforschung; Band 18; 1958

Kuchenbuch, Ludolf

Bäuerliche Gesellschaft und Klosterherrschaft im 9. Jahrhundert. Studien zur Sozialstruktur der Familia der Abtei Prüm; Wiesbaden, 1978

Küffner, Karl

Reichstag von Nürnberg anno 1480; Diss. Würzburg, 1892

Kunisch, Johann Gottlieb

Peter Eschenloer. Geschichten der Stadt Breslau oder Denkwürdigkeiten seiner Zeit vom Jahr 1440 bis 1479; Breslau, 1827/28

Kunstmann, H.

Burgen in Oberfranken; II. Teil; Kulmbach, 1955

Lauffer, Otto

Der laufende Bote im Nachrichtenwesen der früheren Jahrhunderte. Sein Amt, seine Ausstattung und seine Dienstleistungen;

In: Beiträge zur Deutschen Volks- und Altertumskunde; Band 1; 1954; S. 1. ff.

Lazzarini, Isabella

L'informazione politico-diplomatica nell'età della pace di Lodi. Raccolta, Selezione, Trasmissione. Spunti di ricerca dal carteggio Milano-Mantova nella prima età sforzesca (1450 – 1466);

In: Nuova Rivista Storica; Band 83; Fasz. II; S. 247 – 280

Lebe, Reinhard

War Karl der Kahle wirklich kahl? Über historische Beinamen; S. 104 – 109

Le Goff, Jacques

Temps de l'Eglise et temps du marchand;

In: Annales; Band 15/3; 1960

Lehmann, Rudolf

Geschichte der Niederlausitz; Berlin, 1963.

Leidel, Gerhard

Geschichte der Benediktinerabtei Wülzbach (=Mittelfränkische Studien 4) Erlangen-Nürnberg, 1983

Leiß, Eduard

Die Boten der Herzöge von Landshut;

In: Archiv für Postgeschichte in Bayern; 1. Jahrgang; 1925; S. 111 ff.

Ders.

Die Postgeschichte von Landshut;

In: Archiv für Postgeschichte in Bayern; 15. Jahrgang; Heft 1; 1938; S. 257 – 272

Lemm, Robert Arthur von

Dorpatener Ratslinie 1319 – 1889 und das Dorparter Stadtamt 1878 – 1918; Marburg, 1960

Lencker, Georg

Der brandenburgische Kanzler Johann Volker aus Crailsheim;

In: Württembergisch Franken; Band 50; 1966; S. 185 - 191

Lexikon des Mittelalters (LexMa); Zehn Bände; München, Zürich, 1980 ff.

Lexikon für Kirche und Theologie (LThK); Elf Bände; 3. Auflage; Freiburg, 1993 ff.

Lewinski, Ludwig

Die brandenburgische Kanzlei- und das Urkundenwesen während der Regierung der beiden ersten hohenzollerischen Markgrafen; Straßburg, 1893

Liebers Benno

Albrecht Achilles und die Wettiner; Diss. Halle, 1925

Lindemann, Margot

Nachrichtenübermittlung durch Kaufmannsbriefe. Brief-, „Zeitungen“ in der Korrespondenz Hildebrand Veckinchusens (1398 – 1428); München, 1978

Lippert, Friedrich

Der Verkehr auf den Bayreuther Geleitstraßen 1248 bis 1700;  
In: Archiv für Geschichte von Oberfranken; Band 31,2; 1931; S. 94 – 113

Loeser, Johann

Geschichte der Stadt Baden; Baden-Baden, 1891

Lotz, Wolfgang (hrsg.)

Deutsche Postgeschichte. Essays und Bilder; Berlin, 1989

Ludat, Herbert

Das Bistum Lebus; Weimar, 1942

Ludwig, Friedrich

Untersuchungen über Reise- und Marschgeschwindigkeit im XII. und XIII. Jahrhundert;  
Berlin, 1897

Märcker, Traugott

Eitelfriedrich II., Graf von Hohenzollern und Markgräfin Magdalena von Brandenburg;  
Berlin, 1857

Marquardt, Ernst

Geschichte Württembergs; 2. Auflage; Tübingen, 1962

Matthaei, Wilhelm

Über Reisen und Reiseverkehr im Zeitalter Ludwigs des Frommen;  
In: Archiv für Post und Telegraphie; 13. Jahrgang; Nr. 10; 1885; S. 289 ff.

Matthias, Wilhelm Heinrich

Darstellung des Postwesens in den königlich preußischen Staaten; Band 1; Berlin, 1812

Ders.

Über Posten und Postregale; Erster Band; Berlin, 1832

Matzenauer, M.

Die Politik Karls des Kühnen bis 1474; 1939

- Mendthal, H.  
Geometria Culmensis (=Publikation des Vereins für die Geschichte Ost- und Westpreußens)  
1886
- Menzel, Viktor  
Deutsches Gesandtenwesen im Mittelalter; Hannover, 1892
- Merz, Johannes  
Fürst und Herrschaft. Der Herzog von Franken und seine Nachbarn 1470 – 1519; München,  
2000
- Merzbacher, Friedrich  
Johann Freiherr von Schwarzenberg;  
In: Fränkische Lebensbilder; Band 4; 1971; S. 173 – 185
- Meuthen, Erich  
Das 15. Jahrhundert; 3. Auflage; München, 1996
- Meyer, Christian  
Zur Geschichte des Krieges zwischen Albrecht Achilles von Brandenburg und Herzog  
Ludwig von Baiern im Jahre 1460;  
In: Hohenzollerische Forschungen; Band I; 1892
- Ders.  
Aus dem Gedenkbuch des Ritters Ludwig des Älteren von Eyb, Hofmeister und Rath des  
Markgrafen Albrecht Achilles von Ansbach; Ansbach, 1890
- Ders.  
Briefe des Kurfürsten Albrecht Achilles an die Verwalter der Mark Brandenburg;  
In: Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde; 19. Jahrgang; 1882; Nr. 1; S. 1 –  
97
- Minutoli, Julius  
Friedrich I. von Brandenburg und Memorabilia aus dem Leben der Markgrafen von  
Brandenburg aus den Quellen des Plassenburger Archivs; Berlin, 1850
- Mittelstedt, Manfred  
Die Post in Frankfurt an der Oder und ihr Hauptgebäude; Berlin, 1999
- Moeglin, Jean Marie  
L' utilisation de l'histoire comme instrument de légitimation et controverse entre Wittelsbach  
et Hohenzollern en 1459 –1460;  
In: Actes du colloque sur l'historiographie médiévale en Europe; Paris, 1991; S. 217 – 231
- Ders.  
Dynastisches Bewußtsein und Geschichtsschreibung;  
In: Historische Zeitschrift; Band 256; 1993; S. 593 – 635
- Mohr, Walter  
Geschichte des Herzogtums Lothringen. 4. Band. Das Herzogtum Lothringen zwischen  
Frankreich und Deutschland; Trier, 1986

Monet, Pierre

„Wan es stet ubel in disen landen mit grossem kriege.“ Die Außenbeziehung der Reichsstadt Frankfurt am Main im Spätmittelalter;

In: Horst Brunner (hrsg.) Die Wahrnehmung und Darstellung von Kriegen im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit; Wiesbaden, 2000; S. 199 – 222

Moraw, Peter

Reisen im europäischen Spätmittelalter im Licht der neueren historischen Forschung;

In: Xenja von Ertzdorff (hrsg.) a.a.O.; S. 113 – 140

Ders.

Versuch über die Entstehung des Reichstages;

In: Hermann Weber (hrsg.) Politische Ordnungen und soziale Kräfte im Alten Reich;

Wiesbaden, 1980; S. 1- 36

Muck, Georg

Beiträge zur Geschichte von Kloster Heilsbrunn; Ansbach, 1859

Muehlon, Lore

Johann III. von Grumbach. Bischof von Würzburg und Herzog zu Franken; Würzburg, 1935

Müller Albert

Mobilität – Interaktion – Kommunikation. Sozial- und alltagsgeschichtliche Bemerkungen anhand von Beispielen aus dem spätmittelalterlichen Österreich;

In: Hundsbichler, a.a.O., S. 219 – 248

Müller, Hans

Die Fischersche Post in Bern (1675 – 1698); Bern, 1917

Müller, Karl Otto

Welthandelsbräuche 1480-1540; (=Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit; Band 5) Stuttgart, 1934

Müller-Mertens, Eckhard

Die landesherrliche Residenz in Berlin und Cölln 1280 – 1486. Der Markgrafenhof;

In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft; 36. Jahrgang; Heft 2; 1988; S. 138 – 154

Nehring, Karl

Matthias Corvinus, Kaiser Friedrich III. und das Reich. Zum hunyadisch-habsburgischen Gegensatz im Donauraum; München, 1975

Neubauer, Hansgeorg

Die burgundische Frage vom Tod Karls des Kühnen bis zum Frieden von Senlis; Erlangen, 1928

Neukirch, Dieter

Das Bild der Welt auf Karten des Mittelalters und der Frühen Neuzeit;

In: Xenja von Ertzdorff (Hrsg.) a.a.O. S. 191 - 226

- Neuß, Erich  
Hanse und niedersächsische Städtebünde;  
In: Jahrbuch für Regionalgeschichte; Band 1; 1965; S. 153 – 163
- Niederstätter, Alois  
Das Jahrhundert der Mitte. Österreichische Geschichte; Band 5 (1400 – 1522); Wien 1996
- North, Gottfried  
Die Post. Ihre Geschichte in Wort und Bild; 2. Auflage; Gießen, 1995
- Noss, Alfred  
Die Münzen der Erzbischöfe von Cöln; 2. Band 1306 – 1547; Köln, 1913
- Obersteiner, Jakob  
Die Bischöfe von Gurk. 1072 – 1822; Klagenfurt, 1969
- Oesterley, Hermann  
Historisch-geographisches Wörterbuch des deutschen Mittelalters; Gotha, 1883
- Ohler, Norbert  
Reisen im Mittelalter; München, 1988
- Ohmann, Fritz  
Die Anfänge des Postwesens und die Taxis; Leipzig, 1909
- Palacky; Frantisek  
Geschichte Böhmens; Band 4,2; Das Zeitalter Georgs von Podiebrad; Prag, 1860
- Ders.  
Geschichte Böhmens; Band 5,1; Das Zeitalter der Jageloniden. König Wladislaw II. von 1471 bis 1500; Prag, 1865
- Paravicini, Werner  
Karl der Kühne. Das Ende des Hauses Burgund; Göttingen, 1976
- Perels, Ernst  
Zur Geschichte der böhmischen Kur im 14. und 15. Jahrhundert;  
In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte; Germanistische Abteilung; Band 45; 1911
- Petersohn, Jürgen  
Pommerns staatsrechtliches Verhältnis zu den Nachbarmächten im Mittelalter; Konstanz, 1980
- Peyer, Hans Conrad  
Gastfreundschaft, Taverne und Gasthaus im Mittelalter; München, Wien, 1983
- Piendl, Max  
Das fürstliche Haus Thurn und Taxis; Regensburg, 1980
- Pirenne, Henri  
Histoire de Belgique des origines a nos jours; Band 1; Brüssel, 1972

Pitz, Ernst  
Die Entstehung der Rats Herrschaft in Nürnberg im 13. und 14. Jahrhundert; München, 1956

Philippi, Hans  
Das Haus Hessen; Kassel, 1983

Pfeiffer, Gerhard  
Münstersteinach;  
In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung; Band 23; 1963; S. 239 ff.

Plodeck, Karin  
Hofstruktur und Hofzeremoniell in Brandenburg-Ansbach vom 16. bis zum 18. Jahrhundert;  
In: Jahrbuch des Historischen Vereins für Mittelfranken; 86. Band; 1971/72; S. 1 ff.

Pöhlmann, Thomas  
Zur mittelalterlichen Territorialstruktur des Amtes Bayreuth;  
In: Archiv für Geschichte von Oberfranken; Band 76; 1996; S. 85 – 98

Pohl, Hans (hrsg.)  
Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft; (=Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beiheft 87) Stuttgart, 1989

Polivka, Miloslav  
Nürnberg und die böhmischen Städte in der Hussitenzeit. (=Medievalia Historica Bohemica; Band 2) Prag, 1992

Ders.  
Nürnberg als Nachrichtenzentrum in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts;  
In: Heinz-Dieter Heimann (hrsg.) Kommunikationspraxis und Korrespondenzwesen im Mittelalter und in der Renaissance; Paderborn, 1998; S. 165 – 179.

Priebatsch, Felix  
Die Hohenzollern und die Städte in der Mark im 15. Jahrhundert; Berlin, 1892

Ders.  
Staat und Kirche in der Mark Brandenburg am Ende des Mittelalters;  
In: Zeitschrift für Kirchengeschichte; Band 19; 1899, S. 397 ff., Band 20; 1900; S. 159 und 329 ff. sowie Band 21; 1901; S. 43 f.

Ders.  
Der Glogauer Erbfolgestreit;  
In: Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertums Schlesiens; Band 33; 1899; S. 67 – 106

Proksch, Constanze  
Die Auseinandersetzungen um den Austrag des Rechts zwischen Fürsten und Ritterschaft vom Ende des 14. bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts;  
In: Dieter Rödel und Joachim Schneider (hrsg.) Strukturen der Gesellschaft im Mittelalter; Wiesbaden, 1996

Quirin, Heinz

Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg als Politiker. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Süddeutschen Städtekrieges;

In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung; Band 31; 1971; S. 261 – 308

Rachfahl, Siegfried

Der Stettiner Erbfolgestreit 1464 – 1472; Breslau, 1890

Redlbacher, Fritz

Die Schifffahrt auf der bayerischen Donau im Ausgang des Mittelalters und Beginn der Neuzeit; Diss. Erlangen, 1923

Rechter, Gerhard

Die Archive der Grafen und Freiherren von Seckendorff; München, 1993

Ders.

Zur künftigen Tektonik der brandenburg-bayerischen Schriftgutüberlieferung im Staatsarchiv Bamberg;

In: Bewahren und Umgestalten. Aus der Arbeit der staatlichen Archive Bayerns. Walter Jaroschka zum 60. Geburtstag. (=Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern, Sonderheft 9) München, 1992, S. 159 – 176

Ders.

Die Seckendorff. Quellen und Studien zur Genealogie und Besitzgeschichte; Zwei Bände; Neustadt an der Aisch, 1987 und 1990

Ders.

Ein niederadeliger Territorialpolitiker im spätmittelalterlichen Franken. Burkhard von Seckendorff-Jochsberg;

In: Festschrift für Günther Schuhmann; Nürnberg, 1991 (= Jahrbuch des Historischen Vereins von Mittelfranken; Band 95; S. 19 – 32)

Renouard, Yves

Information et transmission des nouvelles;

In: L'Histoire et ses méthodes, Paris, 1961, Neudruck Paris, 1973

Richard, Jean

Les récits de voyages et de pèlerinages; Turnhout, 1981

Riché, Pierre

Die Welt der Karolinger ; 2. Auflage; Stuttgart, 1999

Richmond, Colin

Hand and Mouth. Information gathering and use in England in the later middle ages;

In: Journal of Historical Sociology; Band 1; 1988; S. 233 – 252

Richter, Gregor

Die Ernestinischen Landesordnungen und ihre Vorläufer von 1446 und 1482 (=Mitteldeutsche Forschungen; Band 34) Köln, 1964

Riezler, Sigmund

Geschichte Baierns; Teil 3; Gotha, 1889

- Rill, Bernd  
Friedrich III. Habsburgs europäischer Durchbruch; Graz, 1987
- Röckelein, Hedwig  
Kommunikation – Chancen und Grenzen eines mediävistischen Forschungszweigs;  
In: Das Mittelalter, Band 6; 2001; S. 5 – 13
- Ropp, Goswin Freiherr von der  
Zur Charakteristik des Kurfürsten Albrecht Achilles von Brandenburg;  
In: Hohenzollern-Jahrbuch; Band 2; 1898
- Rotter, Ekkehard  
Die Organisation des Briefverkehrs beim Deutschen Orden;  
In: Wolfgang Lotz (Hrsg.) Deutsche Postgeschichte; Berlin, 1989; S. 23 – 43
- Ruegg, Walter (Hrsg.)  
Geschichte der Universität in Europa; Band 1; Mittelalter; München, 1993
- Sautter, Karl  
Die Post im Leben der Völker im Wandel der Zeit;  
In: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen; 2. Jahrgang; 1950; S. 101 – 123
- Schaab, Meinrad  
Geschichte der Kurpfalz; Band 1; Mittelalter; 2. Auflage; Stuttgart, 1999
- Schaefer, Gustav  
Geschichte des sächsischen Postwesens; Dresden, 1879
- Schäffer, Roland  
Zur Geschwindigkeit des „staatlichen“ Nachrichtenverkehrs im Spätmittelalter;  
In: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark; Band 76; 1985; S. 101 – 119
- Schapper, Gerhard  
Die Hofordnung von 1470 und die Verwaltung am Berliner Hof zur Zeit Kurfürst Albrechts;  
In: Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg; Leipzig, 1912
- Schelle, Klaus  
Die Sforza. Bauern, Condottieri, Herzöge. Geschichte einer Renaissancefamilie; Stuttgart, 1980
- Schieche, Emil  
Politische Geschichte Schlesiens von 1327 – 1526;  
In: Historische Kommission für Schlesien (hrsg.); Geschichte Schlesiens, Band 1; Von der Urzeit bis zum Jahre 1526; 5. Auflage; Sigmaringen, 1988
- Schmid, Karl und Joachim Wollasch  
Die Gemeinschaft der Lebenden und der Verstorbenen in Zeugnissen des Mittelalters;  
In: Frühmittelalterliche Studien; Band 1; 1967; S. 365 – 405
- Dies.  
Societas und Fraternitas;  
In: Frühmittelalterliche Studien; Band 9; 1975; S. 1 – 48

Schmidt, G.

Eine Reise von Halberstadt nach Pressburg und zurück 1424 Dec. bis 1430 Febr.

In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichte; Band 7; 1886; S. 647 – 652

Schmidt, Gerhard

Die Einschränkung der politischen Selbstständigkeit der Bischöfe in der Mark Brandenburg im späten Mittelalter;

In: Evamaria Engel, Konrad Fritze, Johannes Schildbauer (hrsg.) Hansische Stadtgeschichte – Brandenburgische Landesgeschichte; Weimar, 1989; S. 41 – 56

Schmidt, Gudrun

Daniel Chodowieckis Reise von Berlin nach Danzig im Jahr 1773; Danzig, Berlin, 2000

Schneider, Jean

Charles le Hardi, duc de Bourgogne et de Lorraine (1475 – 1477);

In: Le Pays Lorrain; Band 58; 1977; S. 19 – 40

Schnellbögl, Fritz

Nürnberger Kartographie I;

In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg; Band 49, 1959; S. 170 ff.

Schöffel, Paul

Das Archidiakonats Rangau am Ausgang des Mittelalters;

In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung; Band 5; 1939; S. 132 – 135

Schreiner, Klaus

Verschriftlichung als Faktor monastischer Reform. Funktionen von Schriftlichkeit im Ordenswesen des hohen und späten Mittelalters;

In: Hagen Keller u.a. (hrsg.) Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter. Erscheinungsformen und Entwicklungsstufen; In: Hagen Keller/Klaus Grubmüller/Nikolaus Staubach. (hrsg.) München, 1992; S. 40 ff.

Schrötter, Friedrich von

Brandenburg-fränkisches Münzwesen; Teil 1; Halle an der Saale, 1927

Schubert, Ernst

Albrecht Achilles, Markgraf und Kurfürst von Brandenburg (1414 bis 1486);

In: Gerhard Pfeiffer und Alfred Wendehorst (hrsg.); Fränkische Lebensbilder; Band 4; Würzburg, 1971; S. 130 – 172

Schubert, Ernst

Kurfürsten und Wahlkollegium. Die Wahlen von 1308, 1314 und 1346 und der Kurverein von Rhens:

In: Franz-Josef Heyen (Hrsg.) Balduin von Luxemburg; Mainz, 1985; S. 103 ff.

Ders.

Bauerngeschrey. Zum Problem der öffentlichen Meinung im spätmittelalterlichen Franken;

In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung; Band 34/35; 1974/75; S. 883 – 907

Schuchard, Christiane

Die Deutschen an der päpstlichen Kurie im Spätmittelalter; Tübingen, 1987

Dies.

Die päpstlichen Kollektoren im späten Mittelalter; Tübingen, 2000

Schuhmann, Günther

Dr. Johann Pfofel, markgräflicher Rat und Gesandter (1445-1511);

In: 900 Jahre Roth, Festschrift 1960

Schulte, Alois

Geschichte der Großen Ravensburger Handelsgesellschaft (1380 – 1530) (=Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit; Band 1 – 3) Neudruck; Wiesbaden, 1964

Schultze, Alwin

Das höfische Leben zur Zeit der Minnesinger; Band 1; Leipzig, 1879, Neudruck 1991;

Schultze, Johannes

Die Mark Brandenburg; Dritter Band; Die Mark unter der Herrschaft der Hohenzollern (1415 – 1535); Berlin, 1963

Schulze, Heinrich

Die Hausgesetze der regierenden deutschen Fürstenhäuser; Band 3; Berlin, 1883

Schumann, Günther

Die Markgrafen von Brandenburg Ansbach. Die Markgrafen der älteren Linie;

In: Jahrbuch des Historischen Vereins für Mittelfranken, Band 90; 1980; S. 27 – 125

Ders. und Ferdinand Koeppel

Ludwig von Eyb der Ältere;

In: Fränkische Lebensbilder; Band 2; Würzburg, 1968; S. 177 – 192

Schwarzmaier, Hansmartin (hrsg.)

Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte; Erster Band; Zweiter Teil; Stuttgart, 2000

Schwarz-Zanetti, Gabriela

Grundzüge der Klima- und Umweltgeschichte des Hoch- und Spätmittelalters in Mitteleuropa; Zürich, 1998

Schwinges, Rainer C. und Klaus Wriedt (Hrsg.)

Gesandtschafts- und Botenwesen im spätmittelalterlichen Europa; (=Vorträge und Forschungen; Band LX) Ostfildern, 2003

Seggern, Harm von

Das Botenwesen Friedrichs III. Eine europäische Besonderheit?

In: Helga Schnabel-Schüle (Hrsg.) Vergleichende Perspektiven – Perspektiven des Vergleichs. Studien zur europäischen Geschichte von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert; Mainz, 1998; S. 67 – 122

Ders.

Herrschermedien im Spätmittelalter. Studien zur Informationsübermittlung im burgundischen Staat unter Karl dem Kühnen; Ostfildern, 2003

- Seekt, Johann Samuel  
Versuch einer Geschichte der uckermärkischen Hauptstadt Prenzlau; Prenzlau, 1785
- Seibt, Ferdinand  
Deutschland und die Tschechen; München, 1993
- Seidel, Paul  
Die ältesten Bildnisse der brandenburgischen Hohenzollern;  
In: Hohenzollern-Jahrbuch 1902; S. 57 – 69
- Seigel, Rudolf  
Die Entstehung der schwäbischen und fränkischen Linie des Hauses Hohenzollern;  
In: Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte; Band 5; 1969; S. 9 – 44
- Seis, Hermann  
Der Wettlauf der Landkommende Ellingen gegen die Markgrafschaft Ansbach um den eigenen Territorialstaat;  
In: 1100 Jahre Ellingen (899 – 1999); Ellingen, 1999
- Senatore, Francesco  
Uno mundo di carta. Forme e strutture della diplomazia; Neapel, 1998
- Seßler, Hans  
Das Botenwesen der Reichstadt Nürnberg; Diss. Erlangen, 1946
- Severidt, Ebba  
Familie, Verwandtschaft und Karriere bei den Gonzaga; Leinfelden-Echterdingen, 2002
- Seyboth, Reinhard  
Reichsstadt und Reichstag. Nürnberg als Schauplatz von Reichsversammlungen im späten Mittelalter;  
In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung; Band 52; 1992; S. 209 – 221
- Ders.  
Die Markgrafentümer Ansbach und Kulmbach unter der Regierung Markgraf Friedrich des Älteren (1486 bis 1515); Göttingen, 1985
- Ders.  
Nürnberg, Cadolzburg und Ansbach als spätmittelalterliche Residenzen der Hohenzollern. In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung; Band 49; 1989; S.1 – 25
- Ders.  
Die Hohenzollern in Franken und in Brandenburg an der Wende zur Neuzeit;  
In: Roderich Schmidt (hrsg.); Bayern und die Hohenzollern vom ausgehenden Mittelalter bis zum Ende des Alten Reiches; Bayreuth, 1992; S. 9 – 31
- Ders.  
Reichsstadt und fürstliche Residenz. Nürnberg als Versorgungszentrum für die fränkischen Hohenzollernresidenzen im späten Mittelalter;

In: Parvicini, Werner (hrsg.) Alltag bei Hofe. 3. Symposium der Residenzen-Kommission der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. (=Residenzenforschung; Band 5) Sigmaringen, 1995; S. 65 – 81

Sieber-Lehmann, Claudius  
Spätmittelalterlicher Nationalismus. Die Burgunderkriege am Oberrhein und in der Eidgenossenschaft; Göttingen, 1995

Sieghardt, H.  
Burgen der bayerischen Ostmark; Bayreuth, 1938

Spangenberg, Hans  
Hof- und Zentralverwaltung der Mark Brandenburg im Mittelalter; Leipzig, 1908

Spieß, Karl-Heinz (hrsg.)  
Medien der Kommunikation im Mittelalter; Stuttgart, 2002

Spindler, Max/Diepolder, Gertrud (hrsg.)  
Bayerischer Geschichtsatlas; München, 1969

Sporhan-Krempel, Lore  
Nürnberg als Nachrichtenzentrum zwischen 1400 und 1700; Nürnberg, 1968

Sprandel, Rolf  
Die territorialen Ämter des Fürstentums Würzburg im Spätmittelalter;  
In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung; Band 37; 1977; S. 45 – 64

Sprenger, Bernd  
Das Geld der Deutschen; 3. Auflage; Paderborn, 2002

Spufford, Peter  
Handbook of medieval exchange; London, 1986

Stauber, Reinhard  
Herzog Georg von Bayern-Landshut und seine Reichspolitik. Möglichkeiten und Grenzen reichsfürstlicher Politik im wittelsbachisch-habsburgischen Spannungsfeld zwischen 1470 und 1505; Kallmünz, 1993

Ders.  
Herzog Georg der Reiche von Niederbayern und Schwaben. Voraussetzungen und Formen landesherrlicher Expansionspolitik an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit;  
In: Zeitschrift für Bayerische Landesforschung; Band 49; 1986; S. 611 – 670

Staudenraus, Robert  
Das Post- und Botenwesen in der ehemaligen Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach;  
In: Archiv für Postgeschichte in Bayern; 13. Jahrgang; Heft 1; 1937; S. 24 – 37

Stein, Walter  
Handels- und Verkehrsgeschichte der deutschen Kaiserzeit; Neudruck Darmstadt, 1977

Steinhausen, Georg

Geschichte des deutschen Briefes. Zur Kulturgeschichte des deutschen Volkes; 1. Teil; Berlin, 1889

Steinstraß, Josef

Das ehemalige Erzbistum Magdeburg; Düsseldorf, 1930

Stephan, Heinrich

Die Post des Mittelalters;

In: Friedrich von Raumer (hrsg.); Historisches Taschenbuch, 4. Folge, 10. Jahrgang. Leipzig, 1869

Stillfried, Rudolf Graf von und Haenle, Siegmund

Das Buch vom Schwanenorden; Berlin, 1881

Stölzel, Adolf

Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung; Erster Band; Berlin, 1888; Neudruck Vaduz, 1989

Stoob, Heinz

Die Hanse; Graz, 1995

Storbeck, Ludwig

Chronik der Stadt Stendal; Stendal, 1927

Stricker, Friedrich/Warhuysen, Günter

Briefträger, laufende Boten und Postillione. 600 Jahre Weseler Postwesen; Wesel, 1980

Strnad, Alfred A.

Der apostolische Protonotar Dr. Georg Heßler. Eine biographische Skizze;

In: Römische Quartalschrift; Band 65; 1970; S. 29 – 53

Suhle, Arthur

Deutsche Münz- und Geldgeschichte von den Anfängen bis zum 15. Jahrhundert; München, 1969

Szechenyi, Istvan

Über Pferde, Pferdezucht und Pferderennen; Leipzig, Budapest, 1830; Neudruck Hildesheim, 1979

Thumser, Mathias

Hertnid von Stein. (ca. 1427 – 1491) Bamberger Domdekan und markgräflich-brandenburgischer Rat. Karriere zwischen Kirche und Fürstendienst; (=Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte; Reihe IX; Band 38) Neustadt an der Aisch, 1989

Tröger, Otto-Karl

Die Archive in Brandenburg-Ansbach-Bayreuth. Ihr organisatorischer Aufbau und ihre Einbindung in Verwaltung und Forschung; Diss. Regensburg, 1987; Selb, 1988

Ulmann, Heinrich

Friedrich III. gegenüber der Frage der deutschen Königswahl 1481 – 1482;

In: Historische Zeitschrift; Band 84; 1900; S. 410 – 429

Ulsamer, Willi  
Die Rother Richtung;  
In: 900 Jahre Roth, 1960; S. 103 – 154

Urban, William L.  
Dithmarschen. A Medieval Peasant Republic; Lewiston, 1991

Verdenhalven, Fritz  
Alte Maße, Münzen und Gewichte aus dem deutschen Sprachgebiet; Neustadt an der Aisch,  
1968

Vogel, Wilhelm.  
Des Ritters Ludwig von Eyb des Älteren Aufzeichnungen über das kaiserliche Landgericht  
Nürnberg; Erlangen, 1867

Vogtherr, Friedrich  
Geschichte der Stadt Ansbach; Ansbach, 1927

Voigt, Johannes  
Geschichte des Deutschen Ritter-Ordens in seinen zwölf Balleien in Deutschland; Berlin,  
1857

Volkert, Wilhelm  
Pfalz und Oberpfalz bis zum Tod König Ruprechts;  
In: Andreas Kraus (hrsg.); Handbuch der Bayerischen Geschichte; Band 3,3; München, 1994;  
S. 52 – 71

Wagner, Franz  
Finanzielle Ratschläge aus der Zeit Albrecht Achilles‘;  
In: Forschungen zur deutschen Geschichte; Band 25; 1885; S. 342 – 353

Ders.  
Kanzlei- und Archivwesen der fränkischen Hohenzollern von Mitte des 15. Jahrhunderts bis  
zur Mitte des 16. Jahrhunderts;  
In: Archivalische Zeitschrift; Band 10; 1885; S. 18 – 53

Ders.  
Nürnbergische Geheimschrift im 15. und am Anfang des 16. Jahrhunderts;  
In: Archivalische Zeitschrift; Band 9; 1884; S. 14 – 62

Ders.  
Berichtigungen und Nachträge zu Minutolis das Kaiserliche Buch des Markgrafen Albrecht  
Achilles;  
In: Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde; Band 18; 1881; S. 309 – 350

Ders.  
Das dritte Kaiserliche Buch der Markgrafen von Brandenburg;  
In: Forschungen zur deutschen Geschichte; Band 24; 1884; S. 475 – 565

Waitz, Georg

Deutsche Verfassungsgeschichte. Die Verfassung des Fränkischen Reiches; Vierter Band; Dritte Auflage; Ndr. Darmstadt, 1955

Warnatsch, Stephan

Geschichte des Klosters Lehnin. 1180 – 1542; Band 1; Berlin, 2000

Weber, Richard Ernst Jacob

La boîte de messenger en tant que signe distinctif du messenger au pied; Harlem (Ndl.), 1972

Wegener, Wilhelm

Die Herzöge von Pommern. Genealogische Tafeln zur mitteleuropäischen Geschichte; Band 3; Göttingen, 1962

Wehrmann, Martin

Geschichte von Pommern; Band 1; Augsburg, 1992

Weidemann, Margarete

Kulturgeschichte der Merowingerzeit nach den Werken Gregors von Tours; Mainz, 1982

Weigand-Karg, Sabine

Die Plassenburg. Residenz und Hofleben bis 1604; Diss. Bayreuth, 1991

Weiß, Dieter

Die Geschichte der Deutsch-Ordens-Ballei Franken im Mittelalter; (=Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte; Reihe IX; Band 39) Neustadt an der Aisch, 1991

Ders.

Geschichte Frankens bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts;  
In: Handbuch der Bayerischen Geschichte, Band II, 1; Neu herausgegeben von Andreas Kraus; 3. Auflage; München, 1997; S. 427 – 450

Ders.

Die ersten Hohenzollern in der Mark (1415 – 1499)  
In: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.) Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II.; München, 2000

Weiß, Elmar

Hans Böhm, der Pfeifer von Niklashausen, der große fränkische Sozialrevolutionär des ausgehenden Mittelalters; Freiburg, 1976

Weissthanner, A.

Die Kämpfe des Kurfürsten Albrecht Achilles gegen die Herzöge von Pommern 1478;  
In: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte; Band 54; 1942; S. 374 – 380

Wendehorst, Alfred

Die Bistümer der Kirchenprovinz Mainz. Das Bistum Würzburg; Teil 3 und 4 (=Germania Sacra; Neue Folge; Band 13) Berlin, 1978

Ders.

Gregor Heimburg;

In: Fränkische Lebensbilder; Band 4; Neustadt an der Aisch, 1971; S. 112 ff.

Wenzel, Horst

Zentralität und Regionalität. Zur Vernetzung mittelalterlicher Kommunikationszentren in Raum und Zeit;

In: Schöne, Albrecht (hrsg.) Kontroversen, alte und neu; Band 7; Tübingen, 1986; S. 14 – 26

Ders.

Gespräche – Boten - Briefe. Körpergedächtnis und Schriftgedächtnis im Mittelalter; Berlin, 1997

Ders.

Hören und Sehen, Schrift und Bild. Kultur und Gedächtnis im Mittelalter; München, 1995

Werminghoff, Albert

Ludwig von Eyb der Ältere (1417 bis 1502). Ein Beitrag zur fränkischen und deutschen Geschichte im 15. Jahrhundert; Halle, 1919

Wiedemann, Franz

Die Reichspolitik des Grafen Haug von Werdemberg in den Jahren 1466 – 1468; Diss. Greifswald; Stettin, 1883

Wiesflecker, Hermann

Kaiser Maximilians I. Das Reich, Österreich und Europa an der Wende zur Neuzeit; 1. Band; München, 1971

Witthöft, H.

Rute, Elle und Schuh in Preußen (=Scripta Mercaturae; 15,1) 1981

Wohlbrück, Siegmund Wilhelm

Geschichtliche Nachrichten von dem Geschlechte von Alvensleben und dessen Gütern; Zweiter Theil; Berlin, 1819

Ders.

Geschichte des ehemaligen Bisthums Lebus und des gleichnamigen Landes; Band 2; Berlin, 1829

Wolff, Hans (hrsg.)

Cartographia Bavariae - Bayern im Bild der Karte; Ausstellungskatalog der Bayerischen Staatsbibliothek; Weißenhorn, 1988

Wolff, Philippe

L'Hotellerie, Auxiliaire de la Route. Notes sur les Hotelleries Toulousaines au Moyen Age; In: Bulletin Philologique et Historique du comité des travaux historiques et scientifiques; Band 1; 1960; Paris, 1961; S. 189 – 205

Wolff, Richard

Politik des Hauses Brandenburg im ausgehenden 15. Jahrhundert (1486 – 1499); München, Leipzig, 1919

Wollesen-Zeitz, Eduard  
Stendal und die Hanse;

In: Beiträge zur Geschichte, Landes- und Volkskunde der Altmark; Band 5; Heft 5; 1929; S. 331 – 361

Wolpert, Hermann

Schrifttum über das deutsche Postwesen; Erster Teil; Von den Anfängen bis 1800; München, 1937

Würgler, Andreas

Boten und Gesandte an den eidgenössischen Tagsatzungen. Diplomatische Praxis im Spätmittelalter;

In: Schwinges/Wriedt (Hrsg.) Gesandtschaftswesen, a.a.O., S. 287 – 312

Wüst, Günther

Pfalz-Mosbach (1410-1499). Geschichte einer pfälzischen Seitenlinie des 15. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der Territorialpolitik; Heidelberg, 1976

Wüst, Wolfgang

Reichsstädtische Kommunikation in Franken und Schwaben. Nachrichtennetze für Bürger, Räte und Kaufleute im Spätmittelalter;

In: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, Band 62; Heft 3; 1999; S. 681 – 707

Wulz, Gustav

Nördlingen. Porträt einer Stadt; Oettingen, 1965

Wurth, Rüdiger

Salzburg. 600 Jahre Boten und Posten; Salzburg, 2000

Wyss, Arthur

Die Post in der Schweiz; 2. Auflage; Bern, Stuttgart, 1988

Zahn Wilhelm

Geschichte der Altmark; Stendal, 1891

Zedlitz-Neukirch, Leopold von

Neues Preußisches Adelslexicon; Fünf Bände; Leipzig, 1836

Zmora, Hilla

State and nobility in early modern Germany. The knightly feud in Franconia 1440 – 1567; Cambridge, 1997

Zwanzinger, Karl Heinz

Das fränkische Element in der Mark Brandenburg im 15. Jahrhundert.

In: Archiv für Geschichte und Altertumskunde von Oberfranken; Band 20/3; 1898; S. 65 – 95

### Abkürzungsverzeichnis:

**A.A.** Hofrat Ansbach-Bayreuth, Archivakten

**ADB** Allgemeine Deutsche Biographie

**A.R.T.A.** Ansbacher Reichstagsakten

**FBPG** Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte

**FRA** Fontes Rerum Austriacarum

**HStA** Bayerisches Hauptstaatsarchiv

**MGHDD, Dipl. Karo.** Monumenta Germaniae Historica, Diplomatum Karolinorum

**MGHDD, Arn.** Monumenta Germaniae Historica, Diplomata; Die Urkunden Arnulfs

**MGH, Epist.** Monumenta Germaniae Historica, Epistolarum

**MGHLNG** Monumenta Germaniae Historica, Legum Nationum Germanicarum

**MGHLL, Kap.** Monumenta Germaniae Historica, Capitularia Regum Francorum

**MGHLL, Form.** Monumenta Germaniae Historica, Formulae Merovingici et Karolini Aevi

**MGHSS, Rer. Mer.** Monumenta Germaniae Historica, Scriptores Rerum Merovingicarum

**MIÖG** Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtswissenschaft

**NDB** Neue Deutsche Biographie

**RTA** Deutsche Reichstagsakten

**SS Rer. Sil.** Scriptores Rerum Silesiacarum

**STAB** Bayerisches Staatsarchiv Bamberg

**STAN** Bayerisches Staatsarchiv Nürnberg

**STAW** Bayerisches Staatsarchiv Würzburg

**ZBLG** Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte

**ZRG, Germ. Abt.** Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung

# Lebenslauf

**Geboren** am 13. Oktober 1961 in Starnberg

**Vater:** Ludwig Walser, Schreiner,  
geboren am 13. April 1915  
verstorben am 30. Juli 1993

**Mutter:** Agnes Walser, geborene Nürnberger, Hausfrau  
geboren am 11. Februar 1926

Verheiratet, Tochter Franziska, geboren am 11. März 2003

## Schule und Wehrdienst:

25. Juni 1982

Abitur  
*Note: 1,8*

Juli 1982 bis September 1983

Grundwehrdienst

## Studium und Beruf

Oktober 1983 bis Februar 1990

Studium der Mittelalterlichen Geschichte,  
Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Politik  
an den Universitäten von München und  
Santiago de Compostela/Spanien

20. Februar 1990

Magisterexamen  
*Note: 1,5*

August 1990 bis Juli 1992

Volontariat beim Burda Verlag  
und beim Münchner Merkur

August 1992 bis Juni 1994

Redakteur beim Münchner Merkur

Juli 1994 bis März 1997

Redakteur beim Mallorca Magazin, Palma de Mallorca

Mai 1997 bis Juni 2000

Leitender Redakteur beim Münchner Merkur

Juli 2000 bis November 2004

Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität

*Note: Magna cum laude (1,0)*

Mündliche Prüfung am 26. Juli 2004

Druckerlaubnis erteilt am 02. November 2004

Seit Juli 2000

Arbeit als freier Wissenschaftsjournalist